COLLECTION OF PAMPHLETS BY AND ABOUT ADOLF STOECKER, AND ANTISEMITISM IN...

1) Adólf Stöecker, Das Moderne Judenthum in Deutschland
[illegible] in Berlin [illegible]

2) " Die sociale Lage und Frage (Vortrag) [illegible]

3) Loewe, Stoecker, Haenel, Contra Stoecker (drei Reden) [illegible]

4) Die Judenfrage. Verhandlungen d. Preuss. Abgeord. Hauses
über Interpellation [illegible] 1880

5) Die Judendebatte im Preuss. Abgeordnetenhause,
(Reden: Gossler, Stoecker, [illegible]) [illegible]

6) [illegible]. Adolf Stoecker [illegible]
[illegible] 1901

7) Lettre Publique [illegible] Stoecker [illegible]

8) [illegible]

9) [illegible]

10) [illegible]

[illegible]

Das moderne Judenthum

in Deutschland,

besonders in Berlin.

Zwei Reden

in der christlich-socialen Arbeiterpartei

gehalten

von

Adolf Stöcker,

Hof- und Domprediger zu Berlin.

Berlin.

Verlag von Wiegandt und Grieben.

1880.

Erste Rede.

Die Judenfrage ist schon lange eine brennende Frage; seit einigen Monaten steht sie bei uns in hellen Flammen. Sie zehrt nicht vom religiösen Fanatismus, auch nicht von politischer Leidenschaft. Orthodoxe und Freigeister, Conservative und Liberale reden und schreiben über dieselbe mit gleicher Heftigkeit; sie alle behandeln das Judenthum nicht als einen Zankapfel confessioneller Unduldsamkeit, sondern als einen Gegenstand socialer Besorgniß. Die sociale Frage ist die Judenfrage, — schreibt Glagau. Wählt keinen Juden! — ruft W. Marr in einer dritten Broschüre, nachdem er in der ersten vom „Sieg des Judenthums über das Germanenthum," in der zweiten von „dem jüdischen Kriegsschauplatz" berichtet hatte. Finis Germaniae, zu Deutsch: Das Ende Deutschlands ist gekommen — schließt er in höchster Erregung seinen Aufruf an unser Volk. Nun, so nahe glauben wir das Sterben des deutschen Geistes noch nicht. Völker können wiedergeboren werden wie einzelne Menschen; auch Deutschland, auch Berlin wird wieder genesen und von dem fremden Geiste sich losmachen. Aber Krankheitssymptome sind da; sociale Uebelstände liegen unserm Volkskörper in allen Gliedern, und sociale Feindschaft ist nie ohne Grund. Christen wie Juden muß es eine ernstliche Sorge sein, daß aus der Gegnerschaft kein Haß werde. Denn schon zuckt es hier und da wie das Wetterleuchten eines fernen Gewitters. Aber sehr merkwürdig ist, daß die jüdisch-liberalen Blätter nicht den Muth haben, auf die Klagen und Anklagen ihrer Angreifer zu antworten. Sonst erfinden sie den

Skandal, wenn es keinen giebt; an den Predigten in unseren Kirchen, wie an den Verhandlungen unserer kirchlichen Versammlungen wetzen sie ihre giftigen Federn; aber die Judenfrage suchen sie todt zu schweigen und vermeiden es durchaus, ihre Leser von jenen unangenehmen Stimmen irgend Etwas hören zu lassen. Sie hüllen sich in den Schein, als verachteten sie ihre Gegner, als hielten sie dieselben keiner Antwort werth. Es wäre richtiger, von den Feinden zu lernen, die eigenen Schäden zu erkennen und gemeinsam an der socialen Versöhnung zu arbeiten, die uns so nothwendig ist. In dieser Absicht möchte ich die Judenfrage behandeln, in voller christlicher Liebe, aber auch in voller socialer Wahrheit.

Gelegentliche Aeußerungen über dies Thema sind aus den christlich-socialen Versammlungen oft aus Parteizwecken in das große Publikum getragen; immer entstellt, übertrieben, vergiftet. Die Reporter gewisser Blätter, eine Schande für die Stadt der Intelligenz, sind ebenso unwissend als unwahr; Vieles fälschen sie aus Unverstand, das Meiste aus Bosheit. Ein Vorgang, der sich im vorigen Jahr zutrug, ist lehrreich und charakteristisch. Während meiner Abwesenheit war in unseren Versammlungen mehr als nöthig über die Juden geredet; die Judenpresse schrieb, die Christlich-Socialen seien vom Judenhaß beseelt und drängten zur Judenverfolgung. Ich kam zurück und ergriff die Gelegenheit öffentlich und feierlich zu erklären: Wir hassen Niemand, wir hassen auch die Juden nicht; wir achten sie als unsere Mitbürger und lieben sie als das Volk der Propheten und Apostel, aus welchem unser Erlöser hervorgegangen ist, aber das darf uns nicht abhalten, wenn jüdische Blätter unseren Glauben antasten und jüdischer Mammonsgeist unser Volk verdirbt, diese Gefahr zu kennzeichnen. Diese Erklärung wurde von Neuem verdreht; das ganze Elend Deutschlands — sollte ich gesagt haben — komme von den Juden. Eine Fluth von Zuschriften hagelte auf mich hernieder. Ein Berliner Jude, dessen Namen ich kenne, schrieb an mich, sein Volk sei der Favorit Gottes und wenn

Christen ihre Liebe zu dem auserwählten Volke erklärten, so sei das nichts anderes, als wenn Buhlerinnen — ich will dies anständigere Wort gebrauchen — vornehmen Edelleuten ihr Herz schenkten. Ein zweiter schickte „verachtungsvoll dem bornirten Judenhetzer" eine Schrift, in welcher ein ungläubiger getaufter Schriftsteller die Verdienste der Juden um die Wissenschaften im Mittelalter beschreibt und übertreibt. Ein Dritter aus Frankfurt a/M. beglückwünschte mich zu dem offenen Aussprechen des deutschen Schadens und unterschrieb sich: leider ein Jude. — Diese an sich unbedeutende Begebenheit ist ein recht deutliches Beispiel der Lüge, des Hochmuths und des Hasses, welche die Judenfrage bei jeder Besprechung derselben verwirren. Menschen, welche mit ihrer ätzenden Kritik Staat und Kirche, Personen und Sachen übergießen, sind höchst erzürnt, wenn ein Anderer sich erlaubt, auf das Judenthum auch nur einen prüfenden Blick zu werfen. Sie selbst überfallen jedes nicht jüdische Bestreben mit Haß und Hohn; sagt man über sie und ihr Treiben ein leises Wort der Wahrheit, so spielen sie die beleidigte Unschuld, die gekränkte Toleranz, die Märtyrer der Weltgeschichte. Trotzdem will ich es wagen, heute Abend über das moderne Judenthum offen und frei meine Meinung zu sagen. Auf lügenhafte Berichte bin ich von vorn herein gefaßt.

In der That erscheint mir das moderne Judenthum als eine große Gefahr für das deutsche Volksleben. Damit meine ich weder die Religion der Altgläubigen, noch die Aufklärung der Reformer. Das orthodoxe Judenthum, diese Verknöcherung des Gesetzes, das Alte Testament ohne Tempel, ohne Priester, ohne Opfer, ohne Messias, hat für die Kinder des neunzehnten Jahrhunderts weder Anziehungskraft noch Gefahren. Es ist eine im innersten Kern abgestorbene Religionsform, eine untere Stuffe der Offenbarung, ein überlebter Geist, noch immer ehrwürdig, aber durch Christum aufgehoben und für die Gegenwart keine Wahrheit mehr. An religiöser Bedeutung ist das Reformjudenthum noch geringer. Es ist weder Judenthum noch Christenthum, sondern ein dürftiges Ueberbleibsel der Aufklärungsepoche,

dessen Gedanken garnicht dem jüdischen Boden, sondern einer ärmlichen Zeit der christlichen Kirche entsprungen und in der Kirche selbst überwunden sind. Beide Parteien rühmen freilich, daß die Juden für die Welt und Menschheit Träger der höchsten religiösen und sittlichen Ideen seien, und daß die Mission des Judenthums für jetzt und alle Zukunft darin bestehe, jene Ideen festzuhalten, weiter zu entwickeln und auszubreiten. Die jüdische Presse von rechts und links ist darin ganz einig; der Weihrauch, der darüber aus den Synagogen beider Richtungen aufsteigt, ist geradezu sinnberauschend. Als kürzlich die Säcularfeier des edlen Moses Mendelssohn begangen wurde, stand vor der festlichen Versammlung das Wort: „Von Moses bis Moses ist Niemand wie Dieser." Eben auf diesen liebenswürdigen Geist, der aber doch auf die Entwickelung der Menschheit gewiß keinen durchgreifenden Einfluß geübt hat, beruft man sich in besonderer Weise. Bei der Feier seines Todestages im Jahre 1870 sprach der Landesrabbiner Dr. Adler die begeisterten Worte: „Ist auch der jüdische Staat untergegangen, das Judenthum lebt, seine Mission besteht noch, sein Dasein ist noch ein wichtiger Factor in der Entwickelungsgeschichte des Menschenthums, der fortschreitenden Menschenbildung. Unsere Mission war und ist und bleibt: der Sieg des fortschreitenden Menschengeistes, der Sieg des Menschenthums. Auch der untergegangene jüdische Staat ist für uns kein todter. Das Untergegangene war auch nur die Hülle des unvergänglichen Lebens, eines mit einer großen weltgeschichtlichen Mission betrauten Volksstammes." Da sehen Sie zugleich, wie die Menschheit doch eigentlich nur das Postament ist, um den unvergänglichen Volksstamm der Juden darauf zu stellen. So machen es fast Alle, die als Israeliten über ihr Volk Betrachtungen anstellen. Philippson schreibt, indem er in der Ausbreitung des Monotheismus, in der Vermittlung des Weltverkehrs, in dem Erringen der religiösen Gleichheit und Freiheit die große Mission Israels erblickt, Folgendes: „Die Kämpfe auf allen Gebieten sichern dem Judenthum eine bedeutende Zukunft sowohl für seine Bekenner wie für die gesammte rin-

gende Menschheit, ebenso wie mitten unter allen Wirren schließlich allein das Judenthum einen Gedankeninhalt darbietet, der mit der Geschichte der Menschheit, mit dem Verstande und dem Herzen übereinstimmt." Und ganz im Einklang mit dieser Einbildung sagt der orthodoxe Israelit: „Der Jude ist ein Inbegriff der ganzen Menschheit, daher geschieht jeder Fortschritt innerhalb der Menschheit für Israel, jede Entdeckung, jede Entwickelung, sie alle vollziehen sich in erster Linie zum Besten unseres Volkes." „Israel ist berufen — heißt es im Lager der jüdischen Orthodoxie — der ganzen Welt das Heil zu bringen, und die Zeit ist nah, denn das Kreuz zerfällt, der Halbmond erlischt, und die heidnischen Völker Asiens und Afrikas sind längst gegen die ererbten Götzen gleichgültig geworden?" „An dem Tage, da der Tempel zerstört ward, wurde der Messias geboren; da begann der Erleuchtungsgang Israels als Erlöser der Welt von Wahn und Irrthum," predigt in aller Naivetät Rabbiner Dr. Levin in Nürnberg bei der Einweihung der Synagoge vor den christlichen Vertretern der Stadt und breitet die Arme aus, um den Versammelten zuzurufen: „Diesen Kuß der ganzen Welt." Das ist doch ein wenig stark.

S. Meyer, Redacteur der „Jüdischen Presse" schreibt: „Wir dürfen die unbestrittene Thatsache, daß alle die hohen Ideen, auf denen die sittliche Weltordnung beruht, die den Intelligenzgehalt auch der modernen Cultur und Civilisation und die Grundlage wahrer Menschenliebe bilden, dem Judenthum entstammen, nicht in Frage ziehen lassen. — Alles Gute in den Evangelien ist nicht neu, sondern stammt aus dem Judenthum, und alles Neue ist nicht gut."

Ganz ähnlich schreibt Dr. Adler. — „Die Religion Israels ist die ewige unveränderliche Wahrheit; Christenthum und Islam sind Vorstufen, welche die Wahrheit erklimmen mußten, ehe ihr die ganze Wahrheit zugänglich werden konnte," nicht der orthodoxe Israelit; und der Reformrabbiner Nascher fällt in den Chorus ein: „Israels Sendung und Begabung ist, ein Leuchtthurm zu sein auf dem Gedankenmeere der Menschheit. Ihr seid berufen

— sagt der eitle Mann zu seinen eitlen Zuhörern in einer Predigt — wie die Sterne zu leuchten der Gesammtheit eurer Mitmenschen." Meint man, das seien Uebertreibungen Einzelner, so ist dagegen auf die Resolutionen der augsburgischen Synode vom Jahr 1871 hinzuweisen; da heißt es: „Der Geist der wahren Gotteserkenntniß und der reinen Sittlichkeit erfüllt immer mehr das Gesammtbewußtsein der Völker. Das Judenthum erkennt hierin mit Freuden eine Annäherung an die Ziele, die ihm auf seiner geschichtlichen Bahn zu allen Zeiten vorgeleuchtet haben?

Hier stellen wir unsere erste Forderung und bitten: ein klein wenig bescheidener! Wir leugnen nicht, daß Israel die Erkenntniß des persönlichen, einigen Gottes durch das Alterthum wie eine heilige Flamme getragen hat, bis Christus kam und den vollkommeneren Glauben, den reicheren Gottesbegriff und die höhere Wahrheit brachte. Aber es ist doch eine historische Thatsache, daß das Volk Israel immer und immer in den gröbsten Götzendienst zurückfiel, daß Gott nur durch die Sendung gewaltiger Persönlichkeiten den Abfall auf kurze Zeit dämpfen konnte. Israels Verdienst ist es wahrlich nicht, daß die Lehre von dem einigen Gott der Welt erhalten blieb, sondern Gottes Gnade. Ebenso ist es unzweifelhaft, daß die Gedanken der Religionsfreiheit, der Toleranz in dem modernen Sinne nicht zu dem Charakter des Alten Testaments gehören. Wer den Sabbath brach, wurde gesteinigt; die Baalspriester wurden geschlachtet. Es gehörte dies zu der Eigenthümlichkeit der gesetzlichen Anstalt; wir sind fern davon, dem Alten Testament daraus einen Vorwurf zu machen. Aber es ist doch durchaus irrig, wenn die Juden Ideen, die ihrer Religion in der historischen Form gänzlich unbekannt sind, für sich in Anspruch nehmen. Dabei wissen sie, daß sie eine Priesterkaste hatten — gewiß das Gegentheil der Gleichheit —, daß sie die Sclaverei übten — gewiß das Gegentheil der Freiheit — daß sie die Vielweiberei pflegten — gewiß das Gegentheil idealen Familienlebens. Erst das germanisch-christliche Leben hat diesen Mißständen abgeholfen. Es ist

wahr, Israel hatte eine erleuchtete wirthschaftliche Gesetzgebung: sociale Eigenthumsformen, Verbot des Zinses, höchste Barmherzigkeit gegen die Armen. Aber wir brauchen diese Dinge nur zu nennen, um den furchtbaren Abstand zwischen dem Alten Testament und dem modernen Judenthum zu fühlen. Nur das deutsche Recht hat den Begriff des gemeinschaftlichen Besitzes geschirmt, nur die christliche Kirche hat das Zinsverbot ausgesprochen; gerade hier liegen die Fehler und Sünden des modernen Judenthums vor Aller Augen.

Und zugegeben einmal, daß jene hohe Mission wirklich Israels dauernde Aufgabe ist, wer sind denn die vom Geiste Gottes glühenden Denker und Dichter, welche den lebendigen Gott verkünden, preisen, zu Ehren bringen? Etwa die Redacteure des Tageblatt? Oder die Gelehrten des Kladderadatsch? Wo ist die Prophetenschule heiligen Geistes, in welcher die Jünglinge gebildet werden zu jener Weltmission? Wo sind die Stationen? Wo sind die Missionare? Etwa an den Börsen in Berlin, Wien und Paris? O nein, solche Thorheiten muß man den Juden nicht sagen. Eben das ist ihr Verhängniß, daß sie, an Christo gescheitert, ihren göttlichen Curs verloren, ihre hohe Mission preisgegeben haben und nach dem schneidigen Entweder — Oder des Herrn Jesu: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon" — den Götzen des Goldes nachlaufen, weil sie die Wege Gottes versäumt haben. Ergreifend sind die alten Gebete, in denen das Judenthum nach Gott und Zion zurückverlangt. „Wegen unserer Sünden sind wir aus unserem Lande vertrieben und verbannt von unserem Boden, wir können unsere Pflichten nicht erfüllen, in deiner auserkorenen Wohnung und deinem großen und heiligen Tempel, worüber dein Name angerufen ist . . . . Laß uns Zerstreute aus allen Völkern zusammenkommen und vereinige uns Zersprengte von den Enden der Erde. Führe uns nach Zion, deiner Stadt mit Jubel und nach Jerusalem, deinem heiligen Tempel mit immerwährender Freude." Aber davon wissen die nichts, die im modernen Judenthum eine Rolle spielen; sie wohnen lieber in der Jerusalemer-

Straße, als in den Straßen von Jerusalem. Ein gläubiger Christ bedauerte einmal einen jüdischen Bruder, weil derselbe keinen Hohenpriester und keinen Tempel habe. O, ward ihm zur Antwort, unser Tempel ist die Synagoge und unser Hohepriester der Herr Oberrabbiner. — Aber die alttestamentliche Religion erfordert Opfercultus und Tempeldienst. Ohne diese ist dies Judenthum ein trockener Brunnen und ein verdorrter Baum. Und unfruchtbar ist es wirklich, überall nur der Schatten der christlichen Kirche, in deren Bereich es sich findet: in Deutschland aufgeklärt und in Parteien zerrissen, in den romanischen Ländern zwischen dem strengsten Talmudismus und dem Unglauben getheilt, bei den slavischen Nationen in Formeln erstarrt, und wieder von wilder Begeisterung ergriffen, unter dem Halbmond entgeistet und verwesend wie der Islam selbst. Das ist das Bild des Judenthums auf Erden. Ohne jede religiöse Schöpferkraft lebt es nur seinen Einbildungen.

Zuweilen kommt ein Strahl der Erkenntniß von der eigenen Misère auch über die jüdischen Schriftsteller selbst; es heißt dann wohl in ihren Zeitschriften: „Die religiöse Belebung ist im gegenwärtigen und im aufwachsenden Geschlecht im Abnehmen. Die Symptone thätigen Antheils an den Interessen der Judenheit und des Judenthums dürfen uns hierüber nicht täuschen; denn es ist nicht immer gerade die religiöse Ueberzeugung, welche die Männer antreibt, und man hat dabei mehr äußere Dinge als die Steigerung des inneren Lebens im Auge". — Und aus Wien klagt ein edler Jude: „Das moderne Creditwesen pflanzt eine tiefe Unruhe, ethische Frivolität, religiöse Gleichgültigkeit; die Lehrer und Sprecher unserer Religion sind aber nicht muthig genug, diese Dinge beim rechten Namen zu nennen?" Wenn sie einmal nüchtern werden, urtheilen auch solche Leute wie Philippson: „Eine Zweifelsucht hat sich der Jugend bemächtigt, daß die Wahrheit, daß eine feste Ueberzeugung für den Menschen bestehe und zu erreichen sei, geschwunden ist, wo alles Ideale sich verflüchtigt hat und nichts als greifbar und zuträglich erscheint, als was einen materiellen Nutzen und Reich-

thum, Ehre, Macht und Genuß verspricht .... Daher dieser wahnsinnige Spekulationsgeist und dieses Streben, schnell reich zu werden auf Kosten Anderer. In allen Gebieten der Kunst ist Ebbe. Wir haben weder Dichter noch Maler, weder Bildhauer noch Musiker, noch Schauspieler von origineller und bleibender Bedeutung; was noch davon übrig ist, stirbt allmählig hin, ohne ersetzt zu werden. Woher sollten sie kommen in einer materialistischen, des geistigen Schwungs beraubten Welt? Das sind die Folgen des Atheismus und Materialismus, wie sie unbestreitbare Geschichte und Erfahrung uns erweisen?"

Die reformerische israelitische Wochenschrift findet es doch der Mühe werth, ihren Lesern den Vers vorzulegen:

Ueberall, wo es gilt zu sehen und zu hören,
Scheint die Zahl der Juden sich täglich zu mehren.
In Promenaden, Theatern, Concerten und Bällen,
Siehst du meist Juden in allen Fällen.
Willst du wo mehr Christen als Juden sehn,
Mußt du Freitag Abend in die neue Synagoge gehn.

„Ganz sicher ist es, daß in Berlin nicht ein Viertel, wahrscheinlich, daß kaum ein Zehntel der jüdischen Gymnasiasten und Realschüler, wenn sie über 13 Jahre alt sind, ein Wort von Religionslehre hören." Die Moralität bleibt auf den Satz beschränkt: „was das Strafgesetz nicht verbietet, oder der Strafrichter nicht erreichen kann, ist erlaubt, nützlich, klug." Diese jüdischen Stimmen datiren vom Jahre 1871; es ist heute noch viel schlechter geworden. Die Juden bekämpfen unseren Glauben, aber sie wissen ganz gut, daß der Mensch ohne Religion nicht sein kann. „Es wird so — heißt es bei einem Reformer — jenes ekle Geschlecht erzogen, welches schon in den Kinderschuhen nach Lust und Geld, Geld und Lust lechzt und dann vom Jünglingsalter an dem goldenen Kalbe dient, buchstäblich als einzigen Gott den Mammon hat — Israels Namen und Gedächtniß dem Spotte, dem einzig verdienten Spott und Haß, preisgiebt. Erziehet weiter Juden ohne Judenthum, und Ihr

werdet Juden haben in der Bedeutung, die der fanatische Haß diesem Namen unterlegt."

Und trotz dieser Wahrheit, trotz jeder Abwesenheit religiöser Productivität die beständige Illusion, daß man eine religiöse Macht sei. Eine irreligiöse Macht ist das moderne Judenthum allerdings; eine Macht, welche überall das Christenthum bitter bekämpft, in den Völkern den christlichen Glauben ebenso wie das nationale Gefühl entwurzelt und als Ersatz nichts bietet als die abgöttische Verehrung des Judenthums so wie es ist, das keinen anderen Inhalt hat als seine Schwärmerei für sich selbst. Berthold Auerbach sagt im Roman Waldfried sehr richtig: „Die gebildeten Juden sind nicht sowohl Juden als vielmehr Nichtchristen." Daher schwärmen sie für Confessionslosigkeit; ihr Bekenntniß steht auf dem leeren Blatte zwischen dem alten und neuen Testament. Aber sie denken nicht daran, einfach ihre Armuth zu bekennen, sondern drapiren sich aus den Bettellumpen des Unglaubens einen Königsmantel und wissen damit der unkritischen Lesermasse zu imponiren. Denn es kommt nun einmal darauf an, den Juden eine welthistorische Aufgabe auch heute noch zuzuschreiben. Auch der liberalste Reformer will Jude bleiben. „Daß unser Judenthum uns werde und unsern Kindern und Kindeskindern bleibe, was es den Vätern war, ein liebes theures Kleinod; daß wir Tag für Tag uns begeistert fühlen als Juden, als Anhänger einer Religion, die Ausgangspunkt und Endziel der Humanität in sich vereinigt," schrieb vor Jahren der Gemeindevorsteher in Dresden an die jüdischen Gemeinden. Man will eben durchaus Jude bleiben. Aber es leuchtet ein, daß es nicht angeht, nichts Jüdisches zu glauben, und doch Jude zu sein, Jude im engsten Geist zu bleiben und dabei mit Menschheitsbeglückungsideen um sich zu werfen. Es kann gar nicht fehlen, daß die Lächerlichkeit eines solchen Treibens für den Kundigen überall sichtbar wird. Geradezu komisch ist es, wenn ein Dr. Berliner in den Jahren des französischen Krieges die Weltgeschichte unter der jüdischen Brille sieht. „Als Ausgangspunkt des Mittelalters gilt mir das letzte Viertel des 15. Jahr-

hunderts, in welchem die jüdische Presse ihre Thätigkeit begann und ein Jude, Tipsiles in Augsburg, das Pulver erfunden haben soll, mit dem endlich begonnen werden konnte, in die noch immer hochragende Feste des Mittelalters Bresche zu schießen.“ Kennt einer von Ihnen den Tipsiles, der das Pulver erfunden hat? Glaubt wirklich Jemand, daß nicht die Renaissance, die Entdeckung von Amerika und die Reformation, sondern die jüdische Presse die neue Zeit begonnen hat? O, man begreift bei einer solchen Betrachtung der Vergangenheit die ähnlichen Anschauungen für die Zukunft, die darin gipfeln, daß den Juden die Welt gehört. Crèmieux sagte auf einer Versammlung der israelitischen Verbindung in Paris: „Ein neues messianisches Reich, ein neues Jerusalem muß erstehen anstatt der Kaiser und Päpste.“ Und ein Dr. Rosenzweig machte kürzlich im Ernst den Vorschlag, man solle die Beschneidung überall zum Gesetz machen.

Alles Dies hat wohl zusammengewirkt, um die Juden, besonders die jüdischen Zeitungsschreiber, auf einen Grad von Intoleranz zu heben, der nachgerade unerträglich wird. In vollem Ernste lautet unsere zweite Bitte an die jüdische Presse: ein klein wenig toleranter! Wir wollen nicht wie viele Andere, die über dies Thema geschrieben haben, den Talmud mit seiner Verachtung fremder Völker, mit seinem Haß gegen jedes Menschenrecht citiren. Wir glauben, daß man die heutige Judenschaft in ihrer Gesammtheit nicht für Bücher verantwortlich machen kann, die vor Jahrtausenden geschrieben sind. Wir müßten ebenso den Katholiken alle Ketzerverfolgungen und Inquisitionsprozesse anrechnen, die doch auch von keinem Papste jemals als ein Unrecht widerrufen sind. Auch ist darin in der That eine Aenderung eingetreten. Obwohl die strengen Juden noch heute den Talmud als ebenso unfehlbar wie das Gesetz annehmen, obwohl einige unbesonnener Weise erklären, daß ihnen der ganze Talmud, also auch die vielen rachsüchtigen und wilden Stellen desselben, heilig sei, so ist doch offenbar durch das langjährige Zusammenwohnen mit den Christen, durch die mancherlei geschäftlichen

Beziehungen, durch den milderen Geist der Zeit in der Synagoge der Christenhaß mehr und mehr gewichen.

Der officielle Haß hat aufgehört; die erste jüdische Synode beschloß sogar: „In den zu überarbeitenden und neuen Gebetstücken sollen alle Aeußerungen, die irgendwie als Ausdruck der Erbitterung oder des Rachegeistes gedeutet werden könnten, gemieden werden.“ Aber in der Judenpresse athmet ein Haß gegen das Christliche, der den tiefsten Abscheu verdient. Da in unseren Zeitungen und Journalen die Artikel nicht unterzeichnet werden, so könnte man uns erwidern, es sei gar nicht zu constatiren, daß die christenthumsfeindlichen Aufsätze von Juden herrühren. Wir wissen sogar, daß genug getaufte Schreiber in den Redactionen sich finden, welche das traurige Amt üben, ihre Kirche zu schmähen. Aber es ist eine Thatsache, daß die schlimmsten Berliner Zeitungen in den Händen von Juden sind und daß in dem Redactionspersonal das jüdische Element eine Alles beherrschende Rolle spielt. Vollkommen beweisend aber ist der Umstand, daß die religiösen Streitigkeiten der jüdischen Parteien kaum je erwähnt, die Härten der jüdischen Altgläubigkeit nie berührt, die literarischen Angriffe gegen die Juden nie besprochen werden. Nie wird das orthodoxe Judenthum angegriffen; es kann die confessionslose Schule verwerfen und den ungetrauten Ehepaaren die Excommunication androhen: — kein liberales Blatt nimmt davon Notiz. Kommt dergleichen in christlichen Versammlungen vor, so fällt die Preßmeute mit scheinbarem Wuthgeheul darüber her. Unsere Heiligthümer werden beständig in den Staub gezogen, die Synagoge ist durch das stille Einverständniß aller liberalen Zeitungsschreiber geschützt. Man zeige uns in der liberalen Presse auch nur einen einzigen Artikel, der das Versöhnungsfest oder den Talmudverein in der unwürdigen Weise behandelte, wie das Tageblatt den diesjährigen Bußtag, einen unserer heiligsten Tage, verspottet, wie die Berliner Juden-Presse die August-Conferenz heruntergerissen hat. Nur das Christenthum muß sich die Nichtswürdigkeiten gefallen lassen. Der jüdische Stadtverordnetenvorsteher von Berlin hat sich kürzlich über die

Angelegenheiten unserer Kirche, die ihn nichts angehen, öffentlich ausgesprochen und dabei von „wirklichen Ketzerrichtern, die am liebsten die Andersgläubigen auf Scheiterhaufen verbrennen möchten,“ geredet. Wer giebt ihm das Recht, unter der christlichen Bevölkerung Zwietracht zu säen und Haß zu schüren? Diese Intoleranz ist unerträglich.

Schon im Jahre 1873 schrieb die Zeitung der Reformer: „Die jüdische Presse wird allzusehr durch Geschmacklosigkeit und Gehässigkeit entstellt. Ein schmähsüchtiger, bitterer und schneidender Ton hat sich in derselben und zwar auf jeder Seite geltend gemacht. Dieser Fehler hat verbildend auf das Publikum gewirkt, so daß es hauptsächlich an gewürzten Pikanterien Gefallen findet.“ Wie viel hat sich seitdem die jüdische Presse noch verschlimmert! Wo findet sich in der evangelischen, der conservativen Presse auch nur eine Spur von dieser Rücksichtslosigkeit? Wo ist je über ein jüdisches Fest, wo über die Speise- und Reinigungsgesetze gespottet? Das einfachste Anstandsgefühl müßte verbieten, sich an den Heiligthümern eines Volkes zu vergreifen. Eben diese beständigen Versuche, die Fundamente des Glaubens, der Sitte, der nationalen Ehre einer Nation zu untergraben, sind frevelhaft und schändlich. Die socialdemokratische Presse ist hin und wieder noch unfläthiger gewesen; verderblicher, weil weniger grob, und giftiger ist die Wirksamkeit einiger Organe, die in Berlin zu den gelesensten gehören. Ehe diese Giftquellen nicht gereinigt sind, ist an eine Besserung unserer Zustände nicht zu denken. Benzenberg schrieb schon 1816: „Vielleicht geht die Herrlichkeit Deutschlands in den Juden unter.“ Wenn die Christen fortfahren, sich den Einwirkungen des jüdischen Geistes, der sie entdeutscht und entchristlicht, dauernd hinzugeben, so wird diese Weissagung sich gewiß erfüllen. Vielleicht aber — das ist unsere Hoffnung — geht die Herrlichkeit Deutschlands nach dieser Periode des Niederganges wieder auf. Wir müßten in der That eine Nation ohne Ehrgefühl sein, wenn wir diese Ketten eines fremden Geistes nicht brächen, sondern wirklich verjudeten.

Es ist ja doch jedem Einsichtigen klar genug, daß die Herr-

schaft des semitischen Geistes über uns nicht blos unsere geistige, sondern auch unsere wirthschaftliche Verarmung bedeutet. Der Deutsche ist ein starker Idealist; eine Zeit lang erträgt er es schon, daß man seinen Hang zu den Ideen benutzt, um dahinter ein Geschäft zu machen. Aber zuletzt wird doch die Figur Nathans des Weisen, die Lessing in christlicher Menschenliebe erfunden hat, hinter der Shylocks verschwinden und das warnende Urtheil über das Judenthum, das unsere besten Männer: Kant, Fichte, Herder, gehabt haben, seine Kraft beweisen. Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm für sich unter einer fremden Race. Alle Einwanderer gehen zuletzt in dem Volke auf, unter welchem sie wohnen; die Juden nicht. Dem germanischen Wesen setzen sie ihr ungebrochenes Semitenthum, dem Christenthum ihren starren Gesetzescultus oder ihre Christusfeindschaft entgegen. Wir können sie darum nicht verurtheilen; so lange sie Juden sind, können sie gar nicht anders. Aber wir müssen uns mit klarer Erkenntniß vor den Gefahren schützen, die in einer solchen Vermischung liegen. Allein in Berlin wohnen 45,000 Juden, soviel wie in ganz Frankreich, wie in ganz England. Das ist zu viel. Wenn sie wirklich mit uns verbunden wären, hätte die Zahl nichts Bedenkliches. Aber da jenes halbe Hunderttausend eine in sich geschlossene Gemeinschaft bildet, in guten Verhältnissen, in steigender Macht, mit einer sehr profitablen Verstandeskraft ausgerüstet, ohne Theilnahme für unsere christlich-germanischen Interessen, so liegt darin eine wirkliche Gefahr. Wir nähern uns dem polnischen Mischungsverhältniß. Nur daß die Berliner Juden viel reicher, klüger, einflußreicher sind als die polnischen Israeliten. In ihrem Besitz sind die Geldadern, Bank und Handel; in ihren Händen ist die Presse und unverhältnißmäßig drängen sie sich zu den höheren Bildungsanstalten. Das Letzte ist gewiß ein schöner Zug; mir ist es oft rührend gewesen, wie arme Juden Hab und Gut hingaben, um ihren Kindern eine gute Bildung zu geben. Aber diese Entwickelung ist doch durchaus unheilvoll. Wir sind auf dem Wege, daß die öffentliche Meinung von den Juden völlig

beherrscht, die Arbeit von ihnen völlig ausgebeutet wird. Der Auflösungsprozeß ist im Gange; nichts hält uns davon zurück, wenn wir nicht umkehren und Israel zur Umkehr veranlassen. Und hier stellen wir unsere dritte Forderung: Das moderne Judenthum muß an der productiven Arbeit theilnehmen. **Bitte, etwas mehr Gleichheit!**

Früher hieß es, die Emancipation werde die Juden mehr in die andern Erwerbszweige treiben. Nun sind sie emancipirt; es ist aber das Gegentheil eingetreten. Noch mehr als früher cultiviren sie die Erwerbszweige, bei denen leicht und viel verdient wird. Seit Kurzem drängen sie sich auch, nicht zum Heil der Rechtsprechung, in die Richtercollegien. An der Arbeit der Handwerker sind sie fast gar nicht, an der Fabrikation wenig betheiligt. Daraus folgt, daß sie an der Arbeit keine Freude, für die deutsche Arbeitsehre keine Sympathie haben. Die Devise „billig und schlecht“ kommt zum guten Theil auf ihre Rechnung. Sie sind überall da, wo es Noth und Speculationslust zu benutzen gilt. Gründen, Wuchern sind Geschäfte, die sie unleugbar mit Vorliebe treiben. Sie ernten gern, wo sie nicht gesäet haben. Wenn die große sociale Frage die Frage ist nach dem rechten Verhältniß zwischen Arbeits- und Capitalertrag, dann ist eine Thätigkeit, welche die Arbeit im Interesse des Capitals maßlos und systematisch ausbeutet, das schlimmste Element dieser Frage. Es ist wahr, die Juden haben durch Marx und Lassalle dafür gesorgt, daß sie auch in der Socialdemokratie ihre Freunde haben; die Nihilisten in Rußland sind zum Theil Juden. Trotzdem hat ihre einseitige Geldwirthschaft auch für sie drohende Gefahren. Für mich gipfelt die Judenfrage in der Frage, ob die Juden, welche unter uns leben, lernen werden, sich an der gesammten deutschen Arbeit, auch an der harten sauren Arbeit des Handwerkes, der Fabrik, des Landbaues zu betheiligen. Weiter sollen wir von ihnen nichts verlangen.

Die Allgemeine Zeitung des Judenthums kann nicht umhin in dieser Hinsicht einige Warnungen zu erlassen. „Daß unter den Börsenspeculanten, Gründern und Schwindlern eine Anzahl

Juden waren und zwar in einem das Bevölkerungsverhältniß übersteigendem Maße, wird zugestanden.“ Die Neigung zum Handwerk schwindet immer mehr und selbst die Jugend in den Volksschulen und Waisenhäusern wirft sich jetzt fast lediglich auf die Kaufmannschaft. Viele Verfolgungen des Mittelalters — wird mit einem gewissen Durchbruch des Wahrheitsgefühls zugestanden — hatten darin ihren Grund, daß Fürsten, Adel und Bürger einigen Juden verschuldet waren und jene sich davon frei zu machen suchten, indem sie die sämmtlichen Juden wenigstens aus ihren Kreisen ausrotteten.“ Sogar mahnt man, „daß die Fluth des Judenhasses um so schneller verschwinden werde, je mehr die Juden aus dem Erlernten ernste Lehren ziehen und immer mehr auf solidem Grunde zu arbeiten und aufzubauen sich bestreben werden.“

Die Frage ist nur: was soll geschehen? Wir meinen, Juden und Christen müssen daran arbeiten, daß sie in das rechte Verhältniß zu einander kommen. Einen andern Weg giebt es nicht. Schon beginnt hie und da ein Haß gegen die Juden aufzulodern, der dem Evangelium widerstrebt. Fährt das moderne Judenthum wie bisher fort, die Capitalskraft wie die Macht der Presse zum Ruin der Nation zu verwenden, so ist eine Katastrophe zuletzt unausbleiblich. Israel muß den Anspruch aufgeben, der Herr Deutschlands werden zu wollen. Es entsage der Anmaßung, daß das Judenthum die Religion der Zukunft sein werde, da dasselbe doch so ganz die der Vergangenheit ist. Möchten thörichte Christen nicht fortfahren, das Volk in seinem Dünkel zu bestärken. Die jüdische Orthodoxie mit ihrer Beschneidung ist verlebt, das Reformjudenthum ist gar keine jüdische Religion. Wenn Israel dies erkannt hat, wird es seine vorgebliche Mission hübsch bei Seite lassen und aufhören, den Völkern, die ihm Gast- und Bürgerrecht gewähren, das Christenthum rauben zu wollen. Die jüdische Presse muß toleranter werden, das ist die erste Bedingung besserer Verhältnisse. Die socialen Uebelstände, welche das Judenthum mit sich bringt, müssen auf dem Wege einer weisen Gesetzgebung geheilt werden. Es wird nicht leicht sein, dem jüdischen Capital

den nöthigen Zaum anzulegen. Nur eine organische Gesetzgebung vermag dies zu erreichen. Beseitigung des Hypothekenwesens im Grundbesitz, an dessen Stelle das Rentensystem zu treten hat; lebenskräftige Innungen, welche dem ungelernten Capitalisten den Geschäftsbetrieb erschweren; eine Aenderung des Creditsystems, welche den Geschäftsmann von der Willkür des großen Capitals befreit; Aenderung des Börsen- und Aktienwesens; Wiedereinführung der confessionellen Statistik, damit das Mißverhältniß zwischen jüdischem Vermögen und christlicher Arbeit festgestellt werden kann; Einschränkung der Anstellung jüdischer Richter auf die Verhältnißzahl der Bevölkerung; Entfernung der jüdischen Lehrer aus unseren Volksschulen, zu dem Allen Kräftigung des christlich-germanischen Geistes; das sind die Mittel, um dem Ueberwuchern des Judenthums im germanischen Leben, diesem schlimmsten Wucher, entgegenzutreten. Entweder dies gelingt uns, dann mag der Segen wieder über Deutschland kommen, oder der Krebsschaden an dem wir leiden, frißt weiter; dann ist unsere Zukunft bedroht, und der deutsche Geist verjudet, das deutsche Wirthschaftsleben verarmt. Rückkehr zu mehr germanischem Rechts- und Wirthschaftsleben, Umkehr zu christlichem Glauben; so wird unsere Losung lauten. Dann thue Jeder seine Pflicht und Gott wird helfen.

Zweite Rede.

Gern hätte ich die Aufregung einer zweiten Discussion über die Judenfrage vermieden, aber ich habe versprochen, daß wir auf den wichtigen Gegenstand noch einmal zurückkommen würden; auch die Israeliten, welche an der ersten Versammlung theilnahmen, haben eine Wiederholung der Verhandlung gewünscht: so komme ich denn heute ihrem Wunsche und meinem Versprechen nach.

Was ich vorausgesehen und angekündigt habe, die lügnerische Entstellung unserer ersten Versammlung, ist natürlich eingetroffen. Die antichristliche Presse Berlins ist gar nicht mehr fähig, die Wahrheit zu sagen. Auch ein Blatt wie die Nationalzeitung brachte einen wesentlich falschen Bericht; und bis heute hat sie trotz der Aufforderung des Reichsboten denselben nicht berichtigt, obwohl es doch so leicht war, aus der gedruckten Rede die volle Wahrheit mitzutheilen. Von manchen anderen Zeitungen erwartet man gar nichts anderes, als grobe Unwahrheiten; diesmal hat ein aufrichtiger Israelit, der an der ersten Besprechung thätigen Antheil genommen hatte, wenigstens das Tageblatt in einem offenen Schreiben der Lüge geziehen!

Da dies Schreiben für den Werth und Charakter der Berliner Judenpresse so überaus bezeichnend ist, lassen wir es hier folgen:*)

Nach solchen Lügen bildet sich eine leichtgläubige Leserschaft ihr Urtheil, die auswärtige Presse druckt die Berliner Erfindungen nach, und in der Welt bildet sich die alberne Meinung, in den christlich-socialen Versammlungen werde eine Judenhetze veranstaltet. Berliner Fortschrittsmänner behaupten solche Albernheiten in Volksversammlungen; da darf man sich nicht wundern, daß ein Hamburger „Religionsloser" sich über „die gemeinsten und niederträchtigsten Verleumdungen," über den „Schmutz und Koth," womit die Juden beworfen worden, beschwert und mit einem komisch wirkenden Pathos an mich schreibt: „Ist denn ein Mensch zu verdammen, der in seiner Unwissenheit die schändlichen Lehren, welche Sie bestrebt sind

---

Berlin, den 21. September 1879.

*) Geehrte Redaction des Berliner Tageblatt!

Seit Gründung Ihres Blattes bin ich Ihr Abonnent. — Wenn ich auch seit einem Jahre mit Ihrer Wendung nicht im Innern zufriedengestellt bin, so las ich es doch gerne, da ich manches Wissenschaftliche darin fand. Den Localnachrichten schenkte ich größtentheils nicht Aufmerksamkeit, da ich mich öfter überzeugte, daß sie größtentheils übertrieben, oder dann widerrufen worden, an eine gänzliche Unwahrheit dachte ich nicht, da ich mich vom Gegentheil noch nicht überzeugt hatte. — Heute überzeugte ich mich, wie leichtfertig Sie dem Publicum Ihre Localnachrichten auftischen, und wie Sie dieselben benutzen, um Reclame für Ihr Blatt zu machen.

Circa 25 Jahre bin ich Berliner Bürger, jedoch seit dem Jahre 1865 halte ich mich von jeder politischen Versammlung fern, und nur aus Interesse für mein Judenthum besuchte ich am 19. d. M. Abends die Versammlung, einberufen vom Hofprediger Herrn Stöcker! Eine stattliche Versammlung von circa 700 Personen, nicht wie Sie meinen, daß der größte Theil Provinzialen wären: es waren lauter Berliner Bürger, indem sie sich nach ihren Wahlbezirken eingetheilt und geordnet haben.

Sie sandten heute einen Bericht in die Welt in Ihrer Zeitung, welcher nur die eine Wahrheit enthielt, daß eine Versammlung stattgefunden; alles Andere ist gelogen und

ihm beizubringen, in sich einsaugt und so zum Bösewicht wird?" Ich habe Briefe empfangen, die rein im Fieber geschrieben sind. Der eine verwünscht mich als einen zweiten Massenmörder Haman und prophezeit mir ein gleiches Ende; der andere erklärt, in England oder Amerika würde ich an den nächsten Laternenpfahl gehängt werden; ein dritter vergleicht mich mit Most und bedroht mich mit Ausweisung; ein vierter, der sich, um größeren Eindruck zu machen, Freund und Amtsgenosse nennt, stellt mir die Schrecken einer Disciplinaruntersuchung und Amtsentsetzung vor Augen und dringt in mich, alles Gesagte zurückzunehmen. Daneben fehlt es nicht an unglaublichen Gemeinheiten, die ich nicht wiedergeben kann. Das sind die Resultate der ordinären Zeitungslügen. Aus der Höhe einer anständigen, friedlichen Discussion wird die Judenfrage ohne

---

erdichtet. Ich bin der größte Gegner von Herrn Stöcker, es gelang mir auch, bei der Versammlung theilweise seine Ansichten abzuschwächen, und dennoch werde ich am Ende gezwungen sein, Herrn Stöcker Gerechtigkeit zukommen zu lassen, als er die Behauptung in seinem Vortrage aufstellte, „daß die Reporter gewisser Blätter eine Schande für die Stadt der Intelligenz sind, daß sie eben so unwissend als unwahr sind. Vieles fälschen sie aus Unverstand, das Meiste aus Bosheit." Was soll dieser Popanz in Ihrer heutigen Zeitung? Es wurde nicht Theater gespielt; es wurden Debatten geführt über die heiligsten Rechte zweier Glaubensgenossen, und die Versammlung fand großes Interesse an für und wider, so daß sie einstimmig beschloß, in der nächsten Zeit noch einen Abend diesem Thema zu widmen. Was kümmert sich die Welt um Ihr Tageblatt? Sobald es aber da ist, so muß die Redaction rein sein wie Gold; und wie ein jeder Richter über jeder Partei steht, so muß dieser Vertreter seiner Zeitung stehen.

Wenn Sie nicht zuverlässige Reporter haben, so unterlassen Sie doch den Bericht; würden Sie für 5 Pf. den Vortrag von Herrn Stöcker gekauft haben, so würden Sie gewußt haben, daß der Mann die größten Autoritäten des Judenthums anführte, sehr mäßig sprach, dadurch einen sehr großen Eindruck bei seinen Anhängern hervorbrachte; fünf sprachen

meine Schuld in den Rinnstein gezerrt. Mögen die Redacteure dafür die Verantwortung auf sich nehmen. Denn daß man eine so wichtige, für Wohl und Wehe unseres Volkes so entscheidende Frage garnicht berühren darf, werden sie höchstens heimlich zu wünschen, nicht öffentlich auszusprechen wagen.

Wer meine Rede wirklich gelesen hat, kann mich vielleicht bekämpfen, wenn er ein Jude oder Judengenosse ist, aber er kann mich nicht anklagen. Nie ist in mehr sachlicher, ruhiger Weise vom Standpunkt christlichen Glaubens das interessante Thema behandelt. Einige Israeliten haben das in ihren Briefen an mich ausdrücklich anerkannt. Um so kläglicher ist der Eindruck, den es macht, wenn Berliner Bezirksvereine unter den Aufreizungen schimpfender Israeliten sich zu der Thorheit verleiten lassen, leidenschaftliche und sinnlose Resolutionen zu fassen. Ja, der Stralauer Bezirksverein hat die Kühnheit gehabt, die Stadt-

---

dagegen; und auch da hat ein großer Theil der Versammlung sich den Ausführungen angeschlossen. Und wenn eine Versammlung von 700 Personen ca. 3¼ Stunden mit Aufmerksamkeit den Debatten folgt, wollen Sie die ganze Sache in's Lächerliche und in Casper-Theater umwandeln. Sogar die Bemerkung über Herrn Raup ist falsch! Wohl sagte er: ich bin weder Socialdemokrat noch Jude; ich habe drei preußischen Königen treu gedient, habe mit meinen jüdischen Kameraden nur Frieden gehabt; getheilt haben sie mit mir jeden Bissen, habe sie liebgewonnen und schätze die größte Masse der Juden; Spitzbuben giebt es unter Christen ebenfalls die Menge. Den Nachsatz legen Sie ihm zu. Ein Anderer, seinen Namen kenne ich nicht, auch ein Christ, sein Auge leuchtete wie Feuerkugeln, der schleuderte Herrn Stöcker die von Ihnen angeführten Worte zu. Der von Ihnen niedergeschriebene letzte Satz ist die größte Lüge; denn Herr Stöcker antwortete auf jeden Vortrag und vertheidigte sich, daß wir ihn mißverstanden hätten. — Ist es dann ein Wunder, wenn der Vorstand Ihre Reporter nicht einlassen will? Meinen Gegner kann ich nur bekämpfen, wenn ich ihm Gerechtigkeit zukommen lasse, besonders wo er Anspruch hat, daß wenigstens Wahrheit berichtet wird. Zum Schlusse ersuche ich Sie, als Ehrenmann, in Ihrer nächsten Nummer des Tageblatts, Ihren heutigen Bericht zu widerrufen . . . . Elias Cohn.

verordnetenversammlung aufzufordern „an maßgebender Stelle sofort Schritte einzuleiten, welche derartige Vorgänge in Zukunft unmöglich machen.“ Ich wünsche von Herzen, daß die Stadtverordnetenversammlung diese Vorgänge untersucht. Sie ist allerdings mit jüdischen Elementen weit über das Verhältniß der Bevölkerungszahl durchsetzt; aber ich traue ihr doch die Gerechtigkeit zu, daß sie nach geschehener Untersuchung nur Dr. Straßmann, ihren eigenen Vorsteher, tadeln würde. Denn eben die Auslassungen dieses Mannes, eines Juden, über unsere kirchlichen Verhältnisse haben es zur absoluten Nothwendigkeit gemacht, den jüdischen Anmaßungen ein energisches Halt zuzurufen. In seiner Stellung als der Präsident einer Körperschaft, welche neben den 45,000 Juden doch auch eine Million Christen zu vertreten hat, durfte er nicht sagen, was er gesagt hat. Ich habe aus Schonung in meiner vorigen Rede nur das weniger Beleidigende seiner Angriffe hervorgehoben, ich muß heute, um jedem Unpartheiischen ein Urtheil zu ermöglichen, den ganzen Abschnitt citiren. Derselbe lautet folgendermaßen:

> „Die kirchliche Reaction nimmt einen kühnen Anlauf. Schon erheben sich nicht mehr die Dunkelmänner gewöhnlichen Schlages, sondern die wirklichen Ketzerrichter, die am liebsten die Andersgläubigen auf Scheiterhaufen verbrennen möchten, und in Ermangelung dessen statt der Liebe, zu der sie verpflichtet, nur Haß und Zwietracht predigen. Gott möge sie nicht nach ihren Thaten richten und noch weniger nach ihren Worten, denn ihre Zunge ist wie die der giftigen Viper und ihr Athem ist wie der Hauch des Sumpfes, in dessen Miasmen das Leben hinsiecht.“

Nicht wahr, es würde einen seltsamen Eindruck machen, wenn Dr. Straßmann nach solchen feindseligen, übrigens gegeschmacklosen Aeußerungen gegen christliche Parteien sich darüber beschweren wollte, daß man dergleichen Schmähungen höflich von sich abweist? Darüber interpellirt, hat er sich auf sein Recht als Wahlcandidat berufen und erklärt, er meine damit nur diejenigen, welche Haß und Zwietracht säen und den Frieden stören.

Dem gegenüber berufe ich mich auf das bessere Recht, als ein Diener des Evangeliums von einer Kirche unverdiente Beleidigungen abzuwehren und mein Volk vor der Entchristlichung zu schützen, die es von Seiten der jüdischen Presse bedroht. Ich erkenne darin einfach eine Pflicht; da ich dieselbe auf der Kanzel nicht üben darf, bediene ich mich der öffentlichen Versammlung, um die bösen Mächte, welche unser Volk dem Abgrunde zutreiben, an das helle Tageslicht zu ziehen und zu züchtigen. Man hat mich aufgefordert, ich solle die Zeitungen beibringen, in denen unsere Heiligthümer verlästert wurden. Wohlan, da sind Zeugnisse aus diesem Jahre; zuerst ein Bußtagsartikel des Tageblatts.

„Die Glocken läuten — richtig, morgen ist Feiertag. Doch nein, kein Feiertag, kein Tag der Festesfreude, des lärmenden Volksgedränges und der lustigen Tanzweisen, sondern ein Tag innerer Einkehr und ernster Beschaulichkeit, der strenge Tag der Buße ist es . . .

Buße! — Ein hartes rauhes Wort, mit welchem Mancher gleich mir nichts Rechtes anzufangen wissen wird. Nichts weniger als ein Verächter der Religion, bin ich doch ein entschiedener Feind jener finsteren Doctrin, welche die Welt nur als ein klägliches Jammerthal und ihre Bewohner als eitel verruchte Sünder ansieht, von denen jeder zerknirscht an die Brust schlagen und ausrufen müßte:

Ach mich stechen im Gewissen
Dornen, und ich soll ein Bissen
Gieriger Höllenwölfe sein . . .

Nein, solcher düsteren Weltanschauung kann ich nicht Raum geben. Freilich sind wir Menschen eitle, eigensüchtige Creaturen, die einander oft neiden und befehden, und es giebt unter uns Wesen, in denen diese Fehler zu absoluter Unnatur entartet sind, aber diese bilden doch glücklicher Weise nur die Ausnahmen, und im Allgemeinen halte ich uns Menschen für lange nicht so schlecht, als wir selbst gewöhnlich uns zu machen pflegen.

Bei dieser günstigen Meinung von mir und meinen Mitmenschen soll ich nun Buße thun — gut, ich will's versuchen,

obwohl ich von vornherein überzeugt bin, daß es mir nicht glücken wird, zu jener tiefen Zerknirschung zu gelangen, wie sie die Donnerworte der Kanzel erheischen. Aber bei einigem guten Willen gelingt es mir vielleicht doch noch, mich etlicher Sünden zu überführen . . .

Nun theilt es die Sünden in Begehrungs- und Unterlassungssünden und stellt in Beziehung auf erstere folgende Betrachtung an:

Ach, von vornherein erhebt sich eine große Schwierigkeit: Ich sinne, sinne — sinne Tag und Nacht zurück und kann absolut nicht finden, wo und wie ich gesündigt hätte. Ich bin eben ein harmloser Mensch, der mit aller Welt in Frieden lebt, des Tages seine ernste Arbeit verrichtet, des Abends sein bescheidenes Schöpplein trinkt und nach dem zweiten, höchstens dritten fromm nach Hause geht . . . . Am besten wird es schon sein, ich klammere mich an einen bestimmten Tag an, und so nehm' ich denn den gestrigen. Gleich nach dem Aufstehen hab' ich zum Mokka die Zeitung gelesen — ja, allerdings, das war eine große Begehrungssünde, daß ich durch die ewigen Zolltarifs-Artikel und Debatten mir die Laune verderben ließ. Nun wird's ein Ende haben mit dem starken Mokka und der Havanna-Cigarre wie auch mit dem Bordeauxwein und allen andern Freuden, welche einen mitteljährigen Junggesellen über die Einsamkeit seines Daseins zu trösten vermögen. An Mehreinnahmen kann bei diesen Zeiten nur ein Bismarck denken, und so wird man denn schon die Zahl der Schöpplein heruntersetzen und zu Uckermärker mit Pfälzer Deckblatt greifen müssen. In der sicheren Aussicht dieser trostlosen Zustände hab' ich dann den Tag über, ganz gegen meine Gewohnheit, mir noch einmal recht gütlich gethan in den Genüssen, die nächstens unerschwinglich theuer sein werden, und des Abends bin ich voll düsterer Bitterkeit in's Theater gegangen. Wehe, welcher Berg von Begehrungssünden fällt mir da ein! Ich bin ein Theaterfreund und lasse selten ein neues Stück oder einen fremden Gast aus, und wie schmählich hab' ich nun den vergangenen Winter hindurch in mehr als 20 schlechten Stücken und mindestens einem Dutzend grausamlicher

Maria Stuarts die schöne kostbare Zeit vergeudet! Ja, das waren Sünden, welche abzubüßen die Pönitenz der persönlichen Gegenwart lange nicht ausgereicht hat.

Nun geht es zu den Unterlassungssünden über, die es lediglich in unterlassenen Vergnügen und Genüssen findet. Es schreibt:

Das Vergeuden der Zeit, ja, darin sind wir allzumal Sünder, die jeglichen Ruhmes ermangeln. Und neben der Vergeudung das Versäumen und Verpassen der Zeit — ein Thema, bei dessen Erwägung dem Nachsinnenden sich eine wahrhaft unendliche Perspective eröffnet. Wie viele herrliche Frühlings- und Sommertage hast Du in der gemeinen Sucht nach Erwerb hinter dumpfen Mauern verbracht! Indessen Du in staubiger Luft Deine Rechnung machtest und Pfennig zu Pfennig legtest, stieg draußen die Lerche hoch, brauste der Strom dahin und rauschte der Wald sein Lied . . . Du meinst, das könntest Du immer noch haben? O nein, wie in jenen versäumten Tagen singt nimmer wieder die Lerche Dir, rauscht niemals Dir der Wald, denn Du bist seit damals wieder um eine Spanne älter und stumpfer geworden . . . .

Und indem Du so nachsinnst der verlorenen Zeit, tauchen vor Deinem Blicke aus dem Nebel der Erinnerung nicht auch allerlei Sterne auf, dunkle und helle, in sanftem Licht wie in funkelndem Glanz? Augensterne sind es, die einen in schüchterner Bitte auf Dich gerichtet, die anderen wie in trotziger Frage, welche der Antwort gewiß ist . . . . Ach, heute verstehst Du so Bitte und Frage, die Du einst in thörichter Lässigkeit nicht vernommen, und wärest gern zu Antwort und Gewährung bereit, aber Deine Arme, die Du sehnsüchtig ausstreckst, greifen ins Wesenlose. So wenig wir nach den Lehren der Forschung wissen, ob die Sterne, welche vom Himmel zu uns hernieder leuchten, wirklich noch am Firmamente existiren und nicht längst untergegangen sind, so wenig weißt Du, ob und wo jene Sterne noch strahlen, die einst Dir gelächelt, aber durch Monde und Jahre, durch weit entlegene Ferne

bringt ihr Glanz zu Dir, eine höhnende Lockung des Unmöglichen, eine vorwurfsvolle Anklage unsühnbarer Schuld."

Also die Unterlassung von Buhlereien, denn das bedeutet doch die Spielerei mit den schüchternen und trotzigen Augen, ist die Unterlassungssünde, welche der frivole Schreiber als unsühnbare Schuld bezeichnet. Und dieser Bußtag war der erste nach den Attentaten; der erste, nachdem in furchtbaren Freveln die Wunde unseres Volkes aufgebrochen war. Ist solch ein Artikel nicht selber ein Attentat auf die Sittlichkeit und Religion?

Im August d. J. war hier in Berlin die lutherische Conferenz versammelt; die Art, wie das Berliner Tageblatt darüber redete, war durchaus ordinär und gehässig.

„Nun saß die erlesene Streitschaar des Himmels auf den Rohrstühlen — eine stattliche Zahl, sie ging in die Hunderte. Welche Fülle salbungsvoller, scheindemüthiger, kampflustsprühender theologischer Gesichter! Neben der ländlich zugeschnittenen Figur des simplen Dorfpastors der schlankgebaute „Streber" mit dem elegant gestutzten Backenbart, neben dem corpulenten, gutmüthig dreinschauenden Superintendenten aus Hinterpommern der finsterblickende Zelot vom „Generalstabe," außerdem ein kleines Contingent von der heiligen Sache zugethanen Laien."

Noch dem „Originalbericht des „Berliner Tageblatts" sei hier ein Platz eingeräumt:

„Duster im Innern und duster im Aeußern — das war die Signatur der Verhandlungen der August-Conferenz am Mittwoch Nachmittag. Während des larmoyanten Vortrages des Pastors Tauscher über „die lutherische Kirche, ein Salz und Licht für die Zukunft unseres deutschen Volkes" senkte sich eine ägyptische Finsterniß auf die Häupter der frommen Herren, und es hatte etwas Gespensterhaftes, inmitten dieser Finsterniß die Umrisse des eifernden Pastors von St. Lukas hervorragen zu sehen. Der schöne Saal der Reichshallen, der immer mehr einen interconfessionellen Charakter annimmt und heute der Dr. Kalthoff'schen Gemeinde, morgen der August-Conferenz und übermorgen den Juden Gelegenheit zur Andacht bietet, hatte nämlich die Eigenthümlichkeit, daß seine Lüstres den

Dienst versagten. Und wie schön paßte diese Lichtentziehung zu dem Character der ganzen Versammlung!"

Noch schlimmer waren die Auslassungen des Börsen-Courier:

„Die Hundstage bringen uns Jahr für Jahr seltsame Gäste. Es ist natürlich eine Zufälligkeit, daß es gerade die Zeit der glühenden Sonnenhitze (?!) ist, in der sich die Blüthe unserer Orthodoxie in den Mauern unserer sündigen Stadt zusammenfindet, um über das zu berathen, was zum ewigen Heile in dieser sündenbelasteten Zeit noth thut .... Zur Zeit in der der Schneidercongreß, der Congreß der Schornsteinfeger und der Congreß der Zitherschläger zusammentritt, pflegt sich in Berlin auch die August-Conferenz zu versammeln. In der Periode, in der in den Theatern nur wenig Novitäten aufgeführt werden, in der die Witzblätter meist etwas matt sind unter dem Einflusse der erschlaffenden Hitze, beginnt sich die preußische Orthodoxie dem verehrlichen Publikum zu präsentiren. Zunächst werden dabei fromme Lieder gesungen und alsdann eben so endlose, wie salbungsvolle Reden gehalten. Aber mitunter wird das den Herren ein wenig zu langweilig und dann steht einer von den frommen 400 auf, und zum Ergötzen der, durch all die Salbung und all die Frömmigkeit herzlich ermüdeten übrigen 399 beginnt er eine lustige Kapuzinerpredigt zu halten mit „Heißa, Juchheißa, Dudeldumdei", mit allerlei lustigen Sprüngen und ergötzlichen Scherzen."

Dasselbe Blatt leistete das Aeußerste von Zuchtlosigkeit in einem Aufsatz, der Gegenstand gerichtlicher Verfolgung geworden ist.

In demselben fingirt der Schreiber einen Traum. Es träumt ihm in der Weltausstellung, daß ein Maler wegen der Ausstellung eines Bildes vom 12jährigen Jesus im Tempel angeklagt worden sei. Das Bild des Jesusknaben wird nun folgendermaßen beschrieben:

„Es stellt einen jüdischen Israelitenknaben mosaischen Antlitzes in einem weißen, nicht ganz reinlichen Kittel dar. Selbiger Israelitenknabe hat rothes Haar und wahrscheinlich

Sommersprossen. Darüber, ob er schielt, sind die Ansichten getheilt. Besagter mosaischer Israelitenknabe scheint mehreren älteren Gentlemen von mehr hebräischem als respectablem Aeußern irgend etwas zu erklären. Er bewegt die Hände — so was man etwa im Berliner Jargon „er mauschelt mit den Händen" nennt.

Man hat ferner den vagen Eindruck, als ob sie [nämlich die Umgebung des Knaben, von der es heißt: „der Gesichtsausdruck der Herren in den Röcken und Gebetmänteln schwankt zwischen drei Jahren Zuchthaus bis zu vier Monaten Gefängniß"] Schmeie, Jekend, Jizchek, Awrohim, Szimche und Leibel hießen, während der kleine rothhaarige Knabe, der nur um ein Weniges weniger schlecht zu riechen scheint, als seine Umgebung sich ohne Frage in den officiellen Geburtsregistern „Leiser" nennt, in der holden Intimität des Privatlebens aber sicher „Leiserche", oder auch „Leiserleben" gerufen wird. Seine Beschäftigung auf dem Bilde ist ersichtlich die, den alten Gentlemen zu erklären, auf welche Art er, der kleine Tausendsasa mit den rothen Haaren einen Profit zu machen gedenke. Ein Theil der alten Herren scheint recht erfreut, während Einer augenscheinlich zu sich selber sagt: „Mab, heißt e Marrischkeit!" und ein Anderer die geflügelten Worte zu sprechen scheint: „Will der Jung schon schmußen von's Geschäft!" . . . . ."

Zu seiner Rechtfertigung sagt dann der Maler, er sei ein moderner Maler:

„Christus ist der Sohn Josephs, nicht wahr? Er ist also ein jüdischer Knabe gewesen. Da wir modernen Menschen an Wunder nicht glauben, kann ich mir nicht helfen, — er wird jüdisch ausgesehen haben. Jüdische Knaben haben häufig rothe Haare. Warum soll Christus nicht rothe Haare gehabt haben? Israelitenknaben tragen manchmal etwas schmutzige Kittel. Warum soll Christus einen ganz reinen angehabt haben? Jüdische Knaben mauscheln häufig mit den Händen; warum soll Christus, als er im Tempel mit den Priestern — die doch auch gewiß die Hände nicht still gehalten haben, nicht mit den vorderen Extremitäten gemauschelt haben? Hoher

Gerichtshof, ich weiß nicht, ob es ein wahres Bild ist, denn ich bin nicht dabei gewesen. Aber ein realistisch wahrscheinliches Bild ist es und darum bitte ich um Freisprechung von der Anklage. *)

Bedenken Sie, meine Herren von Israel, daß uns Christus gerade so heilig ist, wie Ihnen Jehovah, und Sie müssen unsern Zorn, anstatt zu verdammen, ehren und anerkennen.

Wie aber die Berliner Witzblätter, lauter jüdisches Giftgeschmeiß, die christlichen Dinge verhöhnen und verspotten, oft in einer einzigen Nummer drei, vier Mal, weiß Jeder, der diese verderblichen Blätter liest. Ebenso wie sie, sind auch die jüdisch-liberalen Zeitungen völlig in Haß gegen das Christenthum eingetaucht; die Artikel, welche wir oben abgedruckt haben, sind nur das Schlimmste von vielem Schlimmen seit einem halben Jahr. Bei diesem Zustand der Dinge von Judenhetze, Judenverfolgung zu reden, ist ein baarer Unsinn. Jene Blätter treiben das ganze Jahr Kirchenschmähung, Christenthumshetze, Pastorenverfolgung; sie thun dies in der Hauptstadt der größten protestantischen Macht der Welt. Und wenn dann zuletzt, um das Volk diesen Niederträchtigkeiten nicht zum Opfer werden zu lassen, zur Nothwehr gerufen wird, wenn ein Geistlicher in der nobelsten Weise sich diesen Gemeinheiten widersetzt, dann ruft dieselbe Presse nach dem Staatsanwalt, nach der kirchlichen Obrigkeit.

*) Zur Vergleichung, mit welcher Wahrhaftigkeit jüdische Vereine behandelt werden, diene eine Correspondenz über den Talmudverein vom 26. September 1875: „Der Talmudverein, welcher seit seiner vor 23 Jahren erfolgten Begründung, allabendlich seine Mitglieder zum Studium des Talmud versammelt, beging am Sonntag das Fest der Einweihung seiner neuen Lehrräume im eigenen Hause. Nach dem Vortrag mehrerer Gesänge hielt der Vorsteher und Schriftführer des Vereins, Dr. A. Berliner, eine Anrede an das zahlreich versammelte Publikum, in welcher er den Dank aussprach allen den Männern, welche durch ihren Eifer in der Verwaltung oder durch Fundationen dazu beigetragen haben, daß der Verein nunmehr sein eigenes Haus beziehen könne.“ Der Talmud aber leistet, wie bekannt, in Aberglauben und Intoleranz das Aeußerste; trotzdem nur freundliche Worte!

Christen aber, die für solche schimpflichen Gegner ihrer Glaubensgenossen unter die Waffen treten, wissen nicht was sie thun. Die Blätter, die ich citirt habe, sind in jüdischem Besitz; die Eigenthümer sind für den Inhalt derselben moralisch verantwortlich.

Ich bin von einem anständigen Juden gefragt, was ich eigentlich mit meinem Angriff gegen das moderne Judenthum bezwecke. Meine Antwort ist die, daß ich in dem zügellosen Capitalismus das Unheil unserer Epoche sehe und deshalb naturgemäß auch durch meine social-politischen Anschauungen ein Gegner des modernen Judenthums bin, in welchem jene Richtung ihre hauptsächlichsten Vertreter hat. Aber nie würde ich daran gedacht haben, gegen bloß volkswirthschaftliche Irrthümer aufzutreten, wenn nicht mit denselben diese frivole Hetzjagd gegen alle christlichen Elemente unseres Volkslebens verbunden wäre. Der Jammer um mein Volk, das dabei sittlich und religiös zu Grunde geht, treibt mich, diese Bosheit in die Oeffentlichkeit zu ziehen und den Kampf gegen dieselbe aufzunehmen. Was hilft es, das Schlechte auf der Kanzel zu bekämpfen, unter welcher die Schreiber und Leser jener Presse sich nicht versammeln, oder in conservativen Zeitungen einen Schmerzensschrei auszustoßen, welchen jene Seelenmörder belachen, ihre Opfer nicht hören! Dagegen ist eine Volksversammlung noch immer die geeignete Wahlstatt, um den Kampf mit den Volksverderbern aufzunehmen. Daß ich dazu ein gutes Recht habe, sagt mir mein Gewissen; daß es dazu die höchste Zeit ist, vielleicht noch nicht zu spät, aber wirklich die letzte Stunde, sagt mir die sittlich-religiöse Verwirrung der Gegenwart. Unrecht möchte ich Niemandem thun; die, welche mir vorwerfen, daß ich als Geistlicher, als Hofprediger Zwietracht säe, möchte ich fragen, ob Abwehr der Schande Aussaat von Zwietracht ist. Jene Artikelschreiber und Possenreißer sind die Säeleute des Hasses, nicht wir, die wir ohne Haß im Herzen — das weiß Gott! — vor ihnen unsere Kirche schützen möchten. Das sind entartete Juden — sagt man — und es ist ein Unrecht, das ganze Judenthum für diesen Ab-

schaum verantwortlich zu machen. Aber wer denkt daran? Was ich vom modernen Judenthum sage, will ich wahrlich nicht auf die einzelnen Individuen angewandt wissen. Es giebt viele Juden, die Respect vor unserem Glauben, Achtung vor dem germanischen Charakter, Theilnahme an unserem Volkswohl haben; es giebt viele Juden, die wahr im Wort, treu im Versprechen, redlich im Geschäft, gar keinen Anlaß zur Klage bieten, — ich selbst kenne solche, achte und liebe sie. Aber der Begriff „modernes Judenthum" bedeutet eben die Summe der hervorstechenden Züge, nicht die Vorzüge einzelner Persönlichkeiten; es ist mir unverständlich, wie man jenes Wort anders hat auffassen können. Man redet doch von „Germanenthum" und weiß, daß manche Germanen keine Spur davon an sich tragen; man spricht von dem „heutigen Christenthum" und denkt nicht an alle einzelnen Christen. Nur in diesem Sinne habe ich das moderne Judenthum verstanden; aber in diesem Sinne ist es in der That jene Erscheinung, wie ich sie gezeichnet habe, ohne Bescheidenheit, ohne Toleranz, ohne sociale Gleichheit. Auch betriebsam, nüchtern, intelligent, bildungsdurstig ist es; durch das Festhalten an der Familienpietät und der alten religiösen Tradition eng verbunden. Gern will ich diese Tugenden hervorheben; aber ich kann es nicht leugnen, daß bei der Verehrung der eigenen Religion diese Zerstörung der fremden einen doppelt schauerlichen Eindruck macht. Man wird mir einwenden, daß es nicht blos jüdische Schriftsteller sind, die Gift und Galle gegen das Christenthum speien, daß die elendesten Scribenten vielleicht unter den verlorenen Söhnen unserer Kirche gesucht werden müssen. Ich gebe dies zu. Trotzdem bleibt es richtig, daß die Eigenthümer aller jener Blätter, welche Christenthum, Kirche und Geistliche lästern, Juden sind. Aber wie ein schlechter Kuppler vor Gott und Gewissen für alles Verderben verantwortlich ist, das unter seinen Augen sich vollendet, so trägt auch der Eigenthümer einer Zeitung die moralische Rechenschaft für alle Unzucht der Sprache, die in seinem Blatte ihre Schande treibt. Mögen die edlen Juden ihren unedlen Glaubensgenossen zu verstehen geben, daß es sich

nicht schicke, die Heiligthümer einer Nation zu verachten, unter deren Flügeln sie Schutz und Recht genießen. Wenn ein Freund, der aus israelitischem Blut stammt und jetzt ein gläubiger Christ ist, mir schreibt, daß die Hauptschuld an diesem Ueberhandnehmen der gottlosen Presse der elende Zustand der Christenheit selbst trage, ihre Gott- und Kraftlosigkeit, ihr Aber- und Unglaube — so ist das unzweifelhaft richtig, und ich habe gerade dies oft genug in den Versammlungen der christlich-socialen Arbeiterpartei ausgesprochen.

Nur erleichtert dies das Schuldconto der jüdischen Zeitungsbesitzer nicht; es ist meines Erachtens ein satanischer Zug, auf den vorhandenen Mangel an kirchlichem Ehr- und Schamgefühl zu speculiren, um unser Volk noch tiefer in den Abgrund des Nihilismus zu stoßen. Ich finde dafür keine andere Erklärung als den wilden Haß gegen das Christenthum, einen Haß, der gewiß ein Ueberrest talmudischer Grundsätze, und eine Frucht jahrhundertlanger Unterdrückung, durch welche sich die Christen an Israel versündigt haben. Ein junger jüdischer Studiosus der Theologie, der sich in einer vermeintlichen Widerlegung meiner Rede die Sporen verdienen wollte, hat freilich die Stirn zu behaupten, der Talmud enthalte keine einzige inhumane Stelle. Ich scheue mich aufrichtig, den Talmud in die Debatte zu ziehen, aber es ist doch eine Thatsache, daß derselbe erklärt: „wie die Menschen über den Thieren stehen, so die Juden über den Völkern der Erde.“ Ich mag die einzelnen Thierarten nicht wiederholen, mit denen der Talmud die nichtjüdische Menschheit zu vergleichen die Unart hat; ich kann nur sagen, daß es nicht die edelsten Thiere sind, welche zum Vergleich herangezogen werden. Aber es sei der Gerechtigkeit wegen bemerkt, daß der Talmud auch wieder Worte der Nächstenliebe enthält.

Wie jene talmudistische Auffassung fremder Völker an der Intoleranz der Juden unbestrittenen Antheil hat, so auch an ihrer Einbildung. Ein wenig bescheidener! hatte ich gebeten und die Unbescheidenheit mit einer Menge von unwiderlegbaren Aussprüchen der Juden bewiesen. Ich habe in den Zeitungsreferaten,

in den Broschüren und Briefen, die an mich gerichtet sind, nichts entdeckt, was mich veranlassen könnte, mein Urtheil auch nur zu beschränken. Vielmehr ist mir in der Schrift jenes obenerwähnten Studenten eine geradezu lächerliche Ueberhebung entgegengetreten, die gewiß um so bezeichnender ist, als der junge Schriftsteller nur wieder sagt, was er von seinen Lehrern hat sagen hören. Er schreibt:

„Ja, ein Religionsgesetz ist für das ganze Judenthum, alle jüdische Herzen durchgeistigt ein Sehnen, alle jüdische Geister beseelt ein Gedanke, alle jüdische Seelen verknüpft ein Ziel: die menschenmögliche Vollkommenheit, die wahre Aufklärung, die innige Menschenliebe, den ungetrübten, ungestörten, beglückenden Frieden in und zwischen sich, sowie zwischen seinem Nebenmenschen zu erringen und endlich zu erreichen. . . . .

Also ganz Israel, auf dem ganzen großen Erdenrunde weilend, hat ein Religionsgesetz, ein gleich gesinntes Herz, einen gleich beseelten Geist, eine gleich heilige Seele! Nicht zerrissen, nicht zertheilt, nicht erstarrt wie Ew. Hochw. verläumderisch und vorurtheilsvoll es ausposaunen."

Und wie sehr nun diese Anschauung auf die jüdische Vorstellung von der Handarbeit einwirkt, zeigt die folgende Stelle aus derselben Feder:

„Wir fragen aber, wo in aller Welt hat man noch solche abgeschmackte Absurditäten gehört, Menschen, welche der Menschheit im höheren Sinne nützen können und nützen; Menschen, welche von Natur glücklich beanlagt sind, das Menschenthum der Realisirung hehrer Ideale entgegen zu führen; ein Volk, das zum Heile Aller im geistigen Schaffen und Wirken sein Element hat; wer hat es noch gehört, ein solches Volk, solche Menschen aus den Thürangeln ihrer Weltmission heben zu wollen? Wäre es nicht ganz verrohet und abgestumpft von Eltern gehandelt, wenn sie ihr Kind, das mit Riesenfleiß seinen Schulpflichten obliegt, die Wissenschaft mit Heißhunger in sich aufnimmt oder zum tüchtigen Kaufmann sich eignet,

aus den Tempeln der Musen, aus dem Paradiese seiner Berufsneigung rissen, um es einem Lebensberuf zu opfern, der Gemüth und Geist verödet, brach liegen zu lassen zwingt? Nein, solche Thorheiten muß man Juden nicht zumuthen! Solche geistige Morde zu vollbringen, lassen sich Juden von Ihnen, Herr Stöcker, nicht verleiten! Das wäre Verbrechen an Vaterland und Menschengeschlecht; ihm die besten Kräfte zu entziehen, wäre nicht zu sühnen."

Man beachte wohl, daß der sonderbare Schwärmer nicht von begabten Juden redet, gegen deren Studium selbstverständlich Niemand etwas einwenden könnte, sondern von dem ganzen Volke, dessen Weltmission es nicht gestatte, seine Mitglieder der Handarbeit zuzuführen, welche den Geist veröde ja morde. Die Christen sind also gut genug, den Juden die Schuhe zu flicken; die Juden sind dazu zu edel. Nur vergißt der naive Jüngling, oder wahrscheinlich weiß er es nicht, daß nur wir Deutsche einfältig genug sind, die Juden diese Rolle spielen zu lassen und unsere Nation aus kosmopolitischem Enthusiasmus für die Emancipation der Juden zu ruiniren. In Rußland und Polen, sowie in den deutschen Ostseeprovinzen, die ich aus eigener Anschauung kenne, sind viele Juden Handwerker; — von der geträumten Weltmission sieht man ihnen wahrlich nichts an.

Warum kann es in Deutschland, in Berlin nicht ähnlich sein? Es ist doch wahrlich kein Frevel, zu wünschen, die Juden möchten, so weit es ihre körperliche Beschaffenheit erlaubt, dieselbe Arbeit thun, wie ein Deutscher, möchten Schneider und Schuhmacher, Fabrikarbeiter und Diener, Mägde und Arbeiterinnen werden. Ihre Zahl ist in Berlin zu groß, als daß sie sich von der groben Arbeit fernhalten könnten. Sonst kommt es dahin, daß sie je länger, je mehr Arbeitgeber werden, dagegen die Christen in ihrem Dienste arbeiten und von ihnen ausgebeutet werden; ein Zustand, der unserer nationalen wie geistigen Stellung nicht würdig ist. Heutzutage ist Geld Macht. Ich gönne den Israeliten jedes Maß von redlich erworbenem Reichthum, aber ich finde ihren Einfluß auf unser öffentliches Leben unberechtigt. Sie

gebrauchen ihre Macht zur Zerstörung des christlichen Volksbewußtseins. Schon jetzt sitzen sie übermächtig in den Bezirksvereinen, in der Stadtverordnetenversammlung; wie soll das werden, wenn es so weiter geht? Ich glaube in der That, daß das beste Theil des deutschen Geistes verwelkte, wenn die Israeliten durch ihr Geld gleichsam die neue Aristokratie eines verjudeten Berlin, eines verjudeten Deutschland würden. Nur die Furcht vor dieser Perspective drängt mich zum offenen Aussprechen des socialen Mißverhältnisses, in welchem Israel und Deutschland stehen. Es ist natürlich den Juden sehr unangenehm, wenn diese Dinge zur Sprache kommen; merkwürdiger Weise sind auch viele Getaufte in Berlin schon so verjudet, daß sie das Aufdecken unseres Schadens wie eine Gewaltthat beklagen. Trotzdem ist nur auf diesem Wege eine Besserung möglich.

Bleiben wir zuerst bei einer Statistik von Berlin. Es ist Thatsache, daß Berlin 45,000 Juden hat und daß es ebensoviel hat wie ganz England, ganz Frankreich. Die Ignoranten der Magdeburgischen Zeitung haben freilich behauptet, das sei eine lächerliche Uebertreibung; sie wissen es eben nicht und schreien nur. England hat 46,000, Frankreich 51,000 Israeliten; gewiß darf man in einem Vortrag, bei dem es sich nicht um Statistik handelt, sagen, daß Berlin ebensoviel jüdische Bewohner hat. Diese Zahlen müssen doch auch den Stumpfsinnigsten zum Nachdenken bringen, denn jene Tausende sind meist in einer social ungemein bevorzugten Lage. Die Volkszählung Berlins vom Jahre 1867 mit 700,000 Einwohnern zeigt 3,9 Procent jüdischer Bevölkerung, unter ihnen 30 Procent der Familien, welche in der Lage sind, Erziehungspersonal für ihre Kinder zu halten. Leider findet sich betreffs der socialen Verhältnisse nichts Weiteres.

Der Bericht über die Volkszählung von 1871 giebt mehr Daten. Danach sind unter 100 Juden 71,3 Procent Arbeitgeber, unter 100 Protestanten 38,7 Procent; unter 10,000 Juden 1132 Directoren, 259 Directricen, unter 10,000 Protestanten 509 dirigirende Männer, 188 dirigirende Frauen; an dem

Handel sind die Juden mit 55 Procent ihrer Bevölkerung, die Protestanten mit 12 Procent betheiligt. Diese Zahlen sind interessant, sie beweisen das sociale Uebergewicht. Daß daraus ein Uebergewicht der Bildung folgen muß, ist klar; es zeigt sich in stärkster Weise. Auf den Berliner Gymnasien sind 1488 Israeliten bei 4764 protestantischen Schülern; also 5 Procent der Bevölkerung, aber 30 Procent der Besucher höherer Schulen. Ein solcher Trieb nach socialer Bevorzugung, nach höherer Ausbildung verdient an sich die höchste Anerkennung; nur bedeutet er für uns einen Kampf um das Dasein in der intensivsten Form. Wächst Israel in dieser Richtung weiter, so wächst es uns völlig über den Kopf. Denn man täusche sich nicht; auf diesem Boden steht Race gegen Race und führt, nicht im Sinne des Hasses, aber im Sinne des Wettbewerbes einen Racestreit. Dagegen verwahrt sich freilich das Judenthum mit allen Kräften; es will als völlig deutsch gelten und weist von allen Gedanken meiner ersten Rede am meisten den zurück, daß es ein Volk im Volke, ein Staat im Staate, ein Stamm in einer fremden Race sei. Dennoch ist dies der Ausdruck thatsächlicher Verhältnisse. Ist Israel durch die „Alliance Israelite“ auf der ganzen Erde zu social-politischem Wirken verbunden, so ist es ein Staat im Staate, international innerhalb der Nation. Ist Israel in seinem Erwerbsleben isolirt, nimmt es an unserem Landbau gar nicht, an unserem Handwerk wenig Antheil, so ist es ein Volk im Volke. Israel hat noch heute religiöse Satzungen, die es von den andern Völkern absondern; die orthodoxen Israeliten glauben sich zu verunreinigen, wenn sie mit Christen zusammen essen, sie haben ihre besonderen Schlächter und ihre Speisegesetze. Nun, aber dann sind sie doch gewiß eine fremde Race, wenn sie die christlichen Deutschen und ihre Mahlzeiten für unrein achten. Ich glaube, daß man bei der Judenfrage gerade diesen letzteren Punkt all zu sehr übersicht; derselbe beweist, daß Israel in der That ein fremdes Volk ist und nie mit uns eins werden kann, außer wenn es sich zum Christenthum bekehrt. Die paar Mischchen von Reformjuden wollen dagegen nichts bedeuten. Und

eben deßhalb liegt in der bevorzugten, glänzenden Stellung der Israeliten eine Gefahr. Es ist unausbleiblich: der große, Alles beherrschende Einfluß, der gegenwärtig mit dem Besitz verbunden ist, macht die Juden zu Herren in unserer materiell gerichteten Zeit. Daß sie vielfach unbarmherzige Herren sind, offenbart der Wucher, daß sie leicht übermüthige Tyrannen werden, beweist ihre Presse; daß daneben viel treffliche Menschen unter ihnen gefunden werden, ist selbstverständlich.

Die große Frage ist, wie wir die Gefahr dieses modernen Judenthums beseitigen oder verkleinern. Die Gesetzgebung, wenn sie die Herrschaft des Capitals einschränkt und damit den Juden ihre Domäne einengt, kann Einiges thun. Das Beste muß aus dem Wiedererwachen des lebendigen Christenthums kommen. Wenn das deutsche Volk wieder ein christliches Volk wird, gläubig an Jesum Christum, frei von Geldgier, voll Ehrfurcht für seine Kirche, dann wird das moderne Judenthum mit seinem Mammonsgeist, seiner schnöden Presse, seinem Haß gegen die Kirche nichts ausrichten. Vielmehr wird das lebendige Christenthum eine mächtige und unwiderstehliche Mission treiben an dem altgläubigen wie an dem modernen Judenthum.

Druck von J. Windolff in Berlin, Alte Jakobsstraße 120.

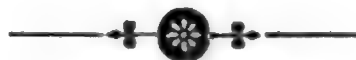
Die
sociale Lage und Frage.

Vortrag

von

Hofprediger A. Stöcker,

gehalten in Villingen, am 10. Oktober 1890.



Geehrte Herren! Ich bin aufgefordert, bei meiner Durchreise durch den schönen Schwarzwald hier in **Villingen** einzukehren und ein Wort zu sagen über die politische und sociale Lage. Ich bin dieser Einladung gern gefolgt, weil ich glaube, daß überall, wo deutsche Männer zusammen kommen, es ihnen wichtig und Bedürfnis ist, namentlich in diesen Tagen, sich über die großen Angelegenheiten des Vaterlandes auszusprechen und zu verständigen.

Wenn ich an diese letzten vier Tage zurückdenke, wie ich von der Reichshauptstadt bei sonnigem Herbstwetter durch's Land nach Stuttgart gefahren bin, der schönen Hauptstadt Schwabens, und da unter Freunden, lieben Christen und Patrioten, zwei Tage zugebracht habe in herzlicher Gemeinschaft, und mit viel Freude das schöne Schwabenland und sein biederes Volk wiedergesehen habe, — da ist, ich muß es sagen, das Gefühl über mich gekommen: Deutschland ist doch ein schönes und herrliches Land, das deutsche Volk ein glückliches Volk, und wir können unserem Gott nicht genug danken, daß wir ein so gesegnetes Vaterland haben. Und in einem so reich begnadigten Land, wie ich das in diesen Tagen wieder so recht gesehen und empfunden habe, da sollte man meinen, könnten auch glückliche Leute wohnen.

Freilich ist damit Deutschland noch lange kein Paradies. Es giebt da überall noch Mängel, es ist auch da noch viel zu wünschen übrig und auch noch viel zu tadeln, das gebe ich gern zu, Trübsal und Elend giebt's eben auch bei uns, wie überall auf der Erde. Aber wir sind hier auf der Erde doch auch nicht blos dazu da, um glücklich und in Freuden zu leben, wir sind vielmehr hier, um zu wirken und zu schaffen und uns durchzuringen durch dies Leben voll Kampf zur Ewigkeit. Und da meine ich, daß

vor allen Ländern der Erde unser liebes deutsches Vaterland, auch das badische Land, eine reich gesegnete Stätte des Fleißes und der Arbeit ist. Das sollten alle Deutschen inne werden. Das sollten auch die Badenser sich tief in's Herz schreiben! Wie herrlich, wie geachtet und angesehen steht unser Vaterland da, von allen Völkern beneidet! Wissen sie doch draußen besser zu schätzen und zu würdigen, was wir an unserem Lande haben, als leider wir selbst. Von allen Ecken und Enden der Welt, von England und Italien, von weither aus Amerika und Asien kommen sie zu uns, um unser Land und Volk kennen zu lernen, um unsere Wissenschaft, unsere Staatsverfassung, unsere Heereseinrichtung, unsere Industrie und unsern Handel zu studieren.

Da thut es mir in der Seele weh und jeden Patrioten muß es mit tiefem Schmerz erfüllen, zu sehen, daß grade in unserm Lande, grade unter unserm Volk es so viele giebt, die ihr Vaterland nicht lieb haben, die es auf jede Weise herunterreißen und in den Koth treten, die überall mit wahrhaft fanatischem Eifer darauf aus sind, kein gutes Haar an ihm zu lassen, und die Zustände bei uns als die denkbar schlechtesten und unerträglichsten hinstellen, während sie bei ihrer internationalen Charakterlosigkeit überall, nur nicht im eigenen Vaterland, alles glücklich, alles glänzend, alles vollkommen finden. Das ist nicht gut, das thut weh zu sehen, daß es viel solcher Leute bei uns giebt. Denken wir nur vierzig oder nur dreißig Jahre zurück, wie war es da doch noch ganz anders in unserm Volke. Wie haben sich damals die Leute gesehnt, wie haben sie gehofft und geträumt von einer Zeit, wo Deutschland einig und frei und groß und stark und mächtig sein würde! Und wenn man nun sieht, wie das alles mehr, als man je zu hoffen gewagt, durch Gottes gnädige Fügung Wirklichkeit geworden, schöne, große Wirklichkeit geworden ist, dann begreift man es wahrhaftig nicht, wie es jetzt noch Menschen bei uns geben kann, die vor lauter internationaler Träumerei diese großartige Wandlung nicht sehen wollen, die aller Welt erzählen, wie schauderhaft schlecht und faul alles bei uns sei, wie elend und erbärmlich es sich bei uns lebe, die unsere Zustände nicht schwarz genug malen können, kurz, unser Vaterland für

ein wahres Jammerthal halten, dem man nicht schnell genug den Rücken wenden könne.

Ich habe mich, das können Sie mir glauben, lieben Freunde, auch etwas in der Welt umgesehen und weiß so ziemlich, wie es in Frankreich, England und anderswo aussieht, auch wie es mit den politischen und socialen Verhältnissen in diesen Ländern steht. Da ist es für mich immer ein merkwürdiges und unerklärliches Ding gewesen, daß wir Deutsche die Einzigen sind, unter denen es so viele giebt, die ihr Vaterland nicht lieb haben. In England, Frankreich giebt es ebenso, wie bei uns, Menschen von verschiedener kirchlicher und politischer Richtung, da gehen grade wie bei uns, wenn es sich um die Angelegenheiten des Staates handelt, die Anschauungen weit auseinander. Es giebt auch dort Leute, welche Thron und Altar umstürzen wollen, und sie sind in diesem Punkt wohl noch schlimmer als bei uns. Dort giebt's auch Zeitungen und Parteien, die für ihre Anschauungen heiß miteinander kämpfen. Aber ein solches Land, wo, wie bei uns, die Bürger ihr eigenes Vaterland beschimpfen, habe ich nirgends gefunden. Eine vaterlandslose, verruchte Presse, die jeden Patrioten anekeln muß, giebt es leider nur bei uns. Das ist ein tiefer Schaden, den müssen wir bekämpfen.

Sie wissen, wie oft die Sozialdemokraten im Reichstag sagen, mit dem Krieg 1870 wäre es nicht richtig gewesen. Elsaß-Lothringen hätten wir den lieben Franzosen nicht abnehmen dürfen; das müßten wir ihnen unbedingt wieder zurückgeben, trotzdem so viel deutsches Blut darum geflossen ist. — Ich halte das einfach für Hochverrat. Ja wohl! Wie die Sachen liegen, kann ich es wirklich nicht anders bezeichnen. Denn das Elsaß ist ganz deutsch, Lothringen ist es zum größten Teil, und diese Länder haben von Alters her zum deutschen Reich gehört. wir hatten das fast vergessen, doch war in denselben das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit uns niemals ganz erloschen trotz der Jahrhunderte langen Fremdherrschaft. Als wir schwach waren, haben uns die Franzosen diese Provinzen einfach gestohlen. Das mag für die Herren Socialdemokraten ganz in der Ordnung gewesen sein. Aber daß wir sie uns in einem schweren, glorreichen Krieg

wieder geholt haben, das war ihnen nicht recht. Aber es muß ein elender Deutscher sein, der den Mut hat, auszusprechen, man solle diese Provinzen ihren Räubern wieder zurückgeben. Gott sei Dank, wir haben sie wieder und wir wollen sie auch behalten! Sie können, meine Herren, ganz Frankreich durchreisen und Sie werden keinen einzigen Franzosen finden, dem es je in den Sinn käme, man könne Nizza und Savoyen je wieder an Italien zurückgeben. Und da liegen doch die Sachen ganz anders. Als Italien einig wurde, mußte der König von Italien sein altes Heimatland Savoyen an Napoleon abtreten für die Hilfe, die dieser ihm geleistet hatte. Dem König mag das sauer genug geworden sein, aber die Franzosen haben diese Provinzen, die noch dazu ganz italienisch sind, nun einmal an sich gebracht und es giebt keinen Franzosen, nicht einen, der sich dazu herbeilassen würde, vor ganz Europa zu sagen, man solle jene Länder wieder an Italien zurückgeben.

Daß es bei uns so ganz anders ist, das hängt noch mit der alten Zeit zusammen, wo wir noch nicht einig waren, wo noch nicht das Bewußtsein, ein großes, einiges Vaterland zu haben, in uns lebte. Jetzt muß das anders werden! Denn sein eigenes Vaterland beschimpfen und verachten, das sollte kein Deutscher thun! Auch kein Socialdemokrat! Und ich hoffe, daß auch diese Partei sich dessen noch bewußt wird, was unserm Volk vor allem not thut. Denn das **Erste**, worauf es ankommt, wenn wir uns mit ihr verständigen sollen, das ist die **Liebe zum Vaterland.** Feststehen müssen wir auf dem Boden, den uns Gott gegeben! Stets eingedenk der mahnenden Worte unseres großen Dichters:

An's Vaterland, an's teure, schließ dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen:
Da sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

So haben unsere Vorväter auch immer gedacht. Erst bei dem jungen Geschlecht ist es anders geworden, dem sind andere Ideen eingepflanzt.

Das **Zweite**, was unser Volk groß macht, ist die **Monarchie**, K a i s e r t u m und K ö n i g t u m, mit ihm verbunden die deutschen Fürsten, wenn es auch Träumer giebt, die sagen, eine Republik mit einem gewählten

Präsidenten an der Spitze sei doch schöner; da gelte der einzelne doch auch etwas und habe mit drein zu reden, wenn was im Lande vorgehe. So nennen sie uns z. B. als schönes Vorbild die Schweiz. Ja, liebe Freunde, die Schweiz ist auch in einer ganz andern Lage als wir, die ist ein kleines, zerteiltes bergiges Land, von den hohen Alpen wie von mächtigen Bastionen überall sicher geschützt. Und wenn nun obendrein noch ganz Europa sich zusammenthut und beschließt: die Schweiz darf niemand anrühren, die ist neutrales Gebiet, die soll in Frieden leben, — da läßt sich schon gut Republik sein. Etwas ganz anderes ist es aber, wenn ein gewaltiger Großstaat mitten in Europa liegt, überall von großen, mächtigen, kampfgerüsteten und streitsüchtigen Völkern umgeben, denen es alle Augenblick einfallen kann, drauf los zu schlagen. Da thut's die Republik nicht, da ist eine kriegstüchtige, starke Monarchie von nöten, welche die ganze Kraft des Volkes zusammenhält und wehrhaft macht.

Aber Nordamerika ist auch eine Republik, sagen sie, und gewiß keine schlechte! Da geht es den Leuten doch so gut. Gewiß, vielen ist es dort recht gut gegangen, manchen auch nicht. Nun sind die nordamerikanischen Freistaaten aber so groß, ja noch größer als ganz Europa, und die einzelnen Staaten liegen so weit ausgedehnt, daß keiner von dem andern so recht etwas weiß, keiner den andern stören kann. Und wie alt ist diese Republik eigentlich? Achtzig oder hundert Jahre sind doch kein Alter, um zu urteilen, ob sich eine Staatsform bewährt hat, oder nicht. Da müssen wir also erst abwarten, was daraus wird. Manches ist dort freilich recht gut, das erkenne ich gern an. Die Leute können dort sehr viel Geld verdienen Aber unsere Obrigkeit, wie unsere ganze Staatsverfassung ist mir doch viel lieber. In Amerika wird alle paar Jahre ein anderer Präsident gewählt und wie geht es da bei der Wahl her? Geld spielt die Hauptrolle, um die Stimmen zu gewinnen. Alles will bestechen und alles läßt sich bestechen. Denn bei jedem neuen Präsidentenwechsel geht eine Umwälzung durch den ganzen Staat vor sich. Der Präsident setzt alle Beamten ab und besetzt die freien Stellen mit seinen Anhängern. Und nach ein paar Jahren kommt wieder ein anderer Präsident, der macht's grade

so. Wie sich unter solchem ewigen Wechsel feste Grundsätze bilden können, wie es da mit der Ehrlichkeit und dem Pflichtgefühl der Beamten bestellt ist, das ist uns ja allen bekannt. Eine solche Wirtschaft gefiele mir nun ganz und gar nicht; ich glaube, Ihnen auch nicht. Das ist kein Regieren mehr. Und ferner berücksichtige man noch die isolierte Lage Amerikas. Keinem europäischen Staat wird es einfallen, sich in die Angelegenheiten da drüben einzumischen. So ist Amerika gegen jeden Eingriff von außen geschützt und braucht deshalb nur ein geringes Heer zu unterhalten. Auf diese Weise geht es allenfalls noch, solange, bis es auch da nicht mehr geht.

Aber Frankreich! das ist doch gewiß eine richtige Republik, eine recht mächtige und große. Ja groß und mächtig war Frankreich, aber nur, solang es Königtum war. Die Zeit des Königtums war für Frankreich eine Jahrhunderte lange Periode des Glanzes, der Macht und der Ordnung. Nun haben sie vor 100 Jahren in diesem Lande die Republik aufgerichtet. Und was haben wir seitdem dort gesehen! Nach den Greuelscenen der Republik, nach der Hinrichtung des unschuldigen Königs ist dort keine dauernde Regierung mehr aufgekommen. Es folgte das erste Kaisertum mit seinen ununterbrochenen Kriegen, wo in wenig mehr als zwei Jahrzehnten 2 Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern geopfert wurden. Dann folgte Elba und St. Helena, und mit dem welterschütternden, glanzvollen Kaisertum war es vorbei. Hierauf wieder Königtum bis 1830. Dann wieder Revolution und nochmals Königtum bis 1848. Dann wieder Revolution, aus welcher sich zum zweiten male ein Napoleon an die Spitze stellte. Dann folgte das zweite Kaisertum, ein Säbelregiment, welches das Land auch moralisch ruinierte und sein trauriges Ende in den furchtbaren Niederlagen des Kriegs von 1870 fand. Dann machten sie wieder Republik, nachdem sie zuvor noch der Welt das greuelvolle Schauspiel der Kommunewirtschaft boten. Wie lang das Land mit dieser Republik zufrieden sein wird? Wer weiß es! Ich glaube nicht lange. Die Anhänger aller möglichen Staatsformen: Kaiserliche, Königliche, Republikaner, Kommunisten durchwühlen fortgesetzt das Land. Jeden Augenblick können wir von dort her wieder auf etwas gefaßt sein. Wir

sehen also, seitdem das Haupt des Königs auf dem Schaffot gefallen, hingemordet von den eigenen Unterthanen, kann das arme Land keine Ruhe mehr finden. Viermal eine Republik, zweimal Kaisertum, dreimal Königtum, ein halbes Dutzend Revolutionen, und das alles während kaum eines Jahrhunderts. Wem solch eine Republik gefällt, dem fehlt's irgendwo.

Ganz anders ist es bei uns. Wir sind unsern Fürsten treu, wenn es ihnen gut geht; und wenn schwere Zeiten über sie kommen, in der Stunde der Gefahr, dann stehen wir erst recht zu ihnen, mit Leib und Blut. Was haben denn die Franzosen, die Bürger und Arbeiter dieses Landes, von ihren Republiken gehabt? Die ehrgeizigen Advokaten und die schlauen Politiker haben den einzigen Vorteil aus den Revolutionen gezogen. Um das Volk, die Arbeiter, haben sie sich einen Pfifferling bekümmert, die haben sie auf die Barrikaden geschickt; und wenn der Streich gelungen und sie das Heft in der Hand hatten, dann haben sie das Volk ärger geknebelt, gedrückt und mißhandelt als irgendwo anders. Da kann doch wahrhaftig von Freiheit und glücklichen Zuständen keine Rede sein! Wie anders sorgt bei uns das Königtum für das Volk! Die Fürsten haben ihr Volk lieb, denn des Volkes Wohl ist auch ihr Glück. Warum sollte auch ein Präsident ein Herz für das Volk haben? Er weiß, wie schnell die Gunst der Menge wechselt, und nutzt deshalb die Machtstellung, solange er sie inne hat, für seinen eigenen Vorteil und Ehrgeiz aus. Denn gar bald kann die Laune der Wähler auch seiner Macht ein Ende machen. Wie viele von diesen „Erwählten des Volkes" mußten sich ins Ausland retten vor dem eignen Volk!

Da können wir doch Gott danken, daß wir eine feste, kräftige Monarchie haben. Ihr verdanken wir es hauptsächlich, daß unser Vaterland von den Umwälzungen frei geblieben ist, wie wir sie bei unserm Nachbarvolk gesehen. Die Monarchie allein, dürfen wir sagen, hat unser Volk groß gemacht. Daß unser deutsches Vaterland wieder einig und stark geworden ist und jetzt eine Machtstellung, ein Ansehen gewonnen hat, wie nie zuvor in seiner ganzen Geschichte, verdanken wir vor allem dieser starken Monarchie, und daß wir eine solche haben, dürfen wir

als eine besondere Fügung Gottes ansehen. Ganz besonders aber müssen wir Gott dafür danken, daß ER uns einen Mann gesandt hat wie Kaiser Wilhelm I. Das war ein Mann, ein Fürst, ein Christ! Es ist einmal von einem Monarchen der Ausdruck gebraucht worden: „Jeder Zoll ein König." So können wir auch von Kaiser Wilhelm sagen. Der war jeder Zoll ein Monarch. Und grade für die Zeit, die uns Not that, war er auch der rechte Mann. Er war es, der das deutsche Schwert schärfte, womit die Einigkeit geschaffen wurde. Alles war versucht, nur eins konnte Deutschland noch retten. Dazu war aber ein großes, tapferes, schlagfertiges Heer nötig und ein solches heranzubilden, war seine erste Regierungssorge. So konnte er in dem großen nationalen Krieg mit Gottes Hilfe Wunder vollbringen, Wunder, wie sie die Weltgeschichte nie zuvor verzeichnet. Und da war es nicht sein stolzes Heer, nicht die Weisheit der Führer, denen er in erster Linie diese Erfolge verdanken wollte, nein, er gab Gott zuerst die Ehre. Er war nicht blos ein großer Kriegsherr, ein tapferer Soldat, sondern auch ein demütiger König. Bescheiden war er als Kaiser geblieben, wie er es als Prinz gewesen war. Wenn man nach Berlin kommt, sieht man mitten in der Stadt ein einfaches Haus von 13 Fenster Front, manches Bürgerhaus. hat mehr Zimmer als dieses. Darin wohnte Kaiser Wilhelm. Er hatte es als Prinz bewohnt, er residierte darin, als die Revolution über Berlin hinflutete, er hat es auch als Kaiser nicht verlassen. Dort ist auch das historische Eckfenster, an dem er stand, wenn er die vorüberziehenden Truppen begrüßte und vor welchem die Berliner ihm so oft zujauchzten in den Tagen der Freude oder in stiller Teilnahme vorüberzogen, wenn Tage der Trauer in das Haus einzogen. In der Kammer daneben ist er denn auch gestorben! Ich habe ihn noch wenige Stunden vor seinem Tode dort gesehen und still gebetet. Sanft und Gott ergeben, wie er es in seinem ganzen Leben war, ist er auch dahin gegangen. Vor dem Tod gezittert hat er nicht. Und gesorgt für die Zukunft Deutschlands hat er noch in der letzten Stunde, als schon der Tod ihm auf die Zunge trat. „Er hatte keine Zeit müde zu sein". Ein wunderbarer Mann und ein wunderbares

Leben! Neun Jahre alt mußte er, als Napoleon das kleine Preußen zertrümmerte, an der Hand seiner edlen Mutter, der das Unglück des Vaterlandes das Herz brach, an die Grenze fliehen, wo die Königsfamilie Jahre lang einfach wie eine schlichte Bürgerfamilie lebte und oft an dem nötigsten Mangel litt. Das war eine Schule für den Knaben! Da lernte er schon in zarter Jugend die allmächtige Hand Gottes erkennen. Dann, als das Preußenvolk und mit ihm ganz Deutschland das Joch Napoleons abschüttelte, zog auch er, 15 Jahre alt, mit nach Frankreich und zwei mal in Paris als Sieger ein. Hierauf kehrte er nach Berlin zurück und wurde, nachdem er konfirmiert worden, ganz Soldat. Im Jahre 1848, als die Revolution in Berlin tobte, mußte er, das war eine bittere Erfahrung für ihn, vor seinem eigenen Volk nach England fliehen. Zurückgekehrt schlug er dann den Aufstand nieder. Wenige Jahre später wurde er an das Krankenbett seines Bruders geführt und übernahm Jahre lang für denselben die Geschäfte der Regierung. Wurde dann selbst König und Kaiser und in den ganzen vollen Glanz der großen Zeit, die über Deutschland hereinbrach, hineingeführt, in lauter Sieg und Herrlichkeit.

Aber auch viel trauriges mußte er erleben. Bald nach den Siegen, nach den wenigen Jahren des Schwindels brach der „Krach" über Deutschland herein. Die wirtschaftliche Not wurde so groß, daß ihm wohl das Herz darüber geblutet hat. Noch traurigeres und schmerzlicheres sollte er erfahren. In drei Wochen zweimal traten Mörder an ihn heran, wurden Kugeln auf den achtzig Jahre alten Monarchen abgefeuert. Wie tief mußte das den edlen Kaiser schmerzen. Er, dessen ganzes Leben dem Volke gewidmet war, von seinen eignen Unterthanen angefallen und verwundet. Und besonders schmerzlich war es ihm, daß in dieser Gefahr die eigne Tochter, Ihre edle Großherzogin an seiner Seite saß. Aber alles das konnte ihm sein Gottvertrauen nicht erschüttern. Als einer der Hofbeamten in jenen Tagen zu ihm sagte: „Majestät sind doch wie durch ein Wunder gerettet!" erwiderte der Kaiser: „Nicht, wie durch ein Wunder, sondern wirklich durch ein Wunder." Sein Herz wurde durch diese bittere Erfahrungen nicht erbittert. Den alten Leibarzt Dr.

kennen Sie wohl alle, haben wenigstens von ihm gehört. In Berlin kannte ihn jedermann. Jetzt ist er auch heimgegangen, seinem Kaiser nach. In dessen Familie hatte ich einmal eine Trauung zu halten. Da kamen wir bei Tisch auch auf den alten Kaiser zu sprechen. „Ich bin nun vierzig Jahre um den Kaiser," erzählte Dr. Lauer, „aber ich habe ihn niemals aufgeregt gesehen." Als nach den Attentaten ganz Europa es tief beklagte und die Mörder verwünschte, hat der Kaiser nicht ein einziges böses Wort gesagt. Ich selbst kann Ihnen ein Erlebnis aus jener Zeit erzählen, das Ihnen gewiß neu ist, ich habe es wenigstens noch nirgends veröffentlicht gefunden. Als der Kaiser zum zweiten mal getroffen war, da wurden in Berlin am selbigen Abend wohl in allen Kirchen Betgottesdienste abgehalten. Ich hatte die Predigt im Dom. Als ich tief erschüttert das Gebet sprach, betete ich für unser Volk, den Kaiser, das Vaterland, zuletzt auch für den Mörder Nobiling. Dies hatte man nun auch dem Kaiser erzählt und gemeint, es passe sich doch eigentlich nicht, für den Mörder zu beten. „Nein, grade für einen solchen muß man beten," erwiderte der Kaiser, „das ist schön, es freut mich, daß man für ihn gebetet hat." Ich glaube nicht, daß ein Präsident der Republik solche Gedanken hätte. — Eine Audienz, die der alte Hengstenberg, ein Patriot von Kopf bis zu Fuß, in jenen Tagen beim Kaiser hatte, ist wohl auch wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Er drückte dem Kaiser seine tiefe Erschütterung aus und beklagte es, daß ein so greiser Monarch für seine großen Thaten von den eignen Unterthanen bedroht werde. Da antwortete der Kaiser: „Gott hat alle Haare auf dem Haupte gezählt; ER hat auch die Schrotkörner gezählt. Dann wies er auf seinen Arm und sagt: „Hier ist es heil, aber im Herzen heilt es nicht wieder." — Es ist nachmal auch im Herzen geheilt! die kaserliche Socialpolitik ist Beweis dafür. Wie erhebend! Man hat ihm Wunden geschlagen und seine Gedanken sind: Wunden zu heilen.

Und so war auch sein Sohn, Kaiser Friedrich, von dem die Demokraten und andere Leute sich abmühen, dem deutschen Volk ein ganz falsches Bild vorzumalen. Kaiser Friedrich war ein zu vornehmer Fürst, als daß

er das Herandrängen gewisser Leute geduldet hätte, wäre er gesund geblieben. Aber als schwerkranker, dem Tod verfallener Mann bestieg er ja den Thron. Auch ihm haben wir viel zu danken. Auch er würde die großen Ideen seines erlauchten Vaters weiter geführt haben.

Von dem Enkel, dem jungen Kaiser Wilhelm II., wissen wir das genau. Wir sehen, wie kräftig und zielbewußt er in die Dinge eingreift. Seine ersten Regierungserlasse schon zeigen, daß er entschlossen ist, ganz in die Fußtapfen seines Großvaters zu treten, die angefangenen Werke zu Ende zu führen und weiter zu bauen, namentlich bezüglich der Fürsorge für die arbeitenden Klassen. Ihm zur Seite steht die junge Kaiserin, von gleicher Teilnahme und gleichem Wohlwollen grade für die unteren Klassen des Volkes beseelt. Ist sie ja doch selbst aus einfachen Verhältnissen heraus auf den Thron gekommen. Edel und fromm beanlagt wurde sie in den bescheidenen Verhältnissen ihrer Familie erzogen. Eine schlichte Fürstin ist sie auch in all' dem Glanz des Kaiserhofs geblieben. Und diesen schlichten Sinn überträgt sie auf die fünf kaiserlichen Prinzen. Ein Beispiel, wie der Geist der Nächstenliebe schon bei diesen Knaben sich äußert: Bei einer Andacht, wie solche regelmäßig im Schlosse gehalten werden, war auch vom neuen Jerusalem die Rede. Der kleine Kronprinz fragt: „Was ist denn das neue Jerusalem?" „Das ist die Stadt des ewigen Lebens, wo die Straßen mit goldenen Steinen gepflastert sind," erklärte ihm der Erzieher. „Ach, da möchte ich auch mal hin," meinte der Prinz, „und dann stecke ich mir die Taschen voll mit diesen goldenen Steinen und gebe sie den armen Leuten in Berlin." Nicht wahr, meine Freunde, es muß ein guter Geist in solchem Hause herrschen, wo schon von den Kindern so schön gedacht wird!

Dabei denke ich auch an Karlsruhe, an die unserem Kaiserhaus so nahe stehende Fürstenfamilie, an Ihren Großherzog, den um das deutsche Vaterland so hochverdienten Fürsten. Er war es, der den ersten Schritt zum Kaisertum that, der mit seltenem Patriotismus sich abmühte, alle Schwierigkeiten wegzuräumen, und dann bei der Kaiserproklamation in Versailles das erste Hoch auf den neuen deutschen Kaiser ausbrachte. Er war es,

der während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs mit Geduld und Weisheit zwischen dem Hof und Bismarck ausglich. Und als der junge Monarch auf den Thron kam, und alle Welt fragte: Was wird es jetzt geben, was wird aus Deutschland werden? da war es wieder Ihr Großherzog, der auf dem Plan erschien. „Jetzt müssen wir helfen," wandte er sich an die andern Fürsten, „jetzt müssen wir uns um den jungen Kaiser schaaren und der ganzen Welt, den Feinden draußen und im Innern, zeigen, daß das deutsche Reich nicht wieder auseinander bricht." Und sie kamen alle nach Berlin zur Eröffnung des ersten Reichstags. Nur Einer fehlte, der konnte nicht kommen. Alle, auch die katholischen Fürsten, der Bayer und der Sachse, wohnten dem Gottesdienste in der evangelischen Schloßkirche bei, obgleich auch in der katholischen Hedwigskirche Gottesdienst war. Sie wollten damit aller Welt und insbesondere dem deutschen Volke zeigen: In einer solchen Stunde kommt es auf die Konfession nicht an. Als der junge Kaiser mit den Fürsten in den weißen Saal trat, gingen hinter ihm die beiden Könige und so weiter zu zwei und zwei die andern Fürsten. Da wurde dem jungen Kaiser wohl bange, daß er, der junge Herr, nun der erste von allen sein sollte. Er trat deshalb — so erzählte man — einen Schritt zurück und ging nun zwischen, nicht vor den beiden Königen.

Liebe Freunde, wenn man solche Dinge sieht und hört, dann fragt man sich mit Recht: Warum können denn die Fürsten einig sein und nicht auch das Volk? Ist denn Streit nötig? Giebt es denn eine bessere Regierung als unser Kaiser und unsere Fürsten? Wo ist ein Land, wie unser deutsches Vaterland, wo die Bürger mit mehr Stolz und Freude teil nehmen können an den öffentlichen Angelegenheiten? — Und das alles verdanken wir der Monarchie. Wer deshalb daran denkt, aus unserem großen, deutschen Vaterlande eine Republik zu machen, der gehört in's Narrenhaus. Darum sage ich, mögen Sie, meine Herren, einer Partei angehören, welcher Sie wollen, wenn Einer kommt, der Ihnen etwas von einer Republik vormachen oder Throne umstürzen will, dem weisen Sie kräftig die Thür, der taugt nichts für das deutsche Volk

Viele denken bei einer Monarchie immer gleich an viele Steuern, große Heere, langen Dienst im Heer. Liebe Freunde, das ist ja wahr, ein großes Reich kostet viel Geld und wenn man sich schützen will, dann muß man auch gerüstet sein. Denn, wenn ein Land sich nicht ordentlich rüstet, und es wird trotzdem gezwungen, sich zu wehren, dann kostet's ihm weit mehr, als wenn es sich hundert Jahre hindurch stets ordentlich gerüstet hat. Der amerikanische Krieg hat mehr Menschen, mehr Blut, mehr Geld gekostet, als mein preußisches Vaterland während seiner ganzen Existenz für seine Rüstung ausgegeben hat. So kommt's, wenn man nicht gerüstet ist.

Und wenn mir Einer sagt, wir brauchten weniger gerüstet zu sein, den beneide ich um seine Einfalt. Wir weniger gerüstet! die wir mitten zwischen lauter großen, kampfgerüsteten Nationen stecken. Denken Sie sich nur in den Fall hinein, wenn Frankreich und Rußland einig sind und wir von ihnen besiegt würden. Wehe dann dem deutschen Volk, die würden ihm mehr Geld abnehmen, als es für ordentliche Rüstungen in hundert Jahren nicht auszugeben braucht.

Aber ein paar Millionen könnte man doch hier und da ersparen? In einer solchen Frage folge ich nur dem besten Ratgeber. Wenn ein Agitator das anrät, der selbst nicht gedient, aber vielleicht einen sehr großen Mund hat, so glaube ich dem alten Moltke mehr. Wenn ich einen guten Schuh brauche, so gehe ich zum guten Schuhmacher, und will ich einen guten Rock haben, so lasse ich mir den vom besten Schneider machen. Das ist natürlich und verständig. Und wenn ich in militärischen Dingen gut unterrichtet sein will, so gehe ich nicht zum Agitator, der nichts versteht, sondern ich gehe zum Feldmarschall Moltke, der so viele große Schlachten gewonnen hat, der weiß es am besten. Kommt also so einer mit einem großen Mund, der's besser wissen will, als der alte Moltke, so fragt ihn zuerst, wo denn die Schlachten seien, die er gewonnen habe.

Wir sind jetzt in einer schweren Lage: Moltke hat einmal im Reichstag gesagt: Was wir in wenigen Jahren durch glorreiche Siege gewonnen, das müssen wir noch ein halbes Jahrhundert lang verteidigen, deshalb müssen wir

auch noch auf lange Jahre hinaus eine schwere Rüstung tragen. Wir sind den andern Völkern eben zu mächtig geworden, das können sie uns nicht verzeihen. Wenn man nun einmal in einer solchen Welt ist, wo ein Volk sich vor dem andern fürchten muß, so bin ich dafür, daß die andern Völker, Frankreich und Rußland lieber uns fürchten und nicht wir sie. Liebe Freunde, zu einem Kaiser, der das Vaterland machtvoll schützen und schirmen soll, gehört auch eine Armee. Und was die betrifft, soll und kann ihm niemand drein reden. Regieren müssen die Fürsten, das Geld bewilligen ist Sache des Volkes und seiner Vertretung. Das versteht sich von selbst.

Die Monarchie also ist das zweite, was unser Volk groß gemacht hat und die es mächtig und stark erhält.

Das **Dritte** ist das **Christentum**, der Glaube, die Religion. Und da sehen wir mit Schrecken, wie der Glaube, die Religion grade bei unserm Volk so in Abgang gekommen ist. Wenn man die Zeitungen liest, findet man Tag für Tag nichts als Angriffe auf die christliche Kirche, das Evangelium, die Pastoren. Warum denn immer gegen die christliche Religion wüten? Ruht denn die irdische Welt blos auf irdischen Säulen? ruht sie denn vor allem nicht auch auf göttlichen Ordnungen. Und die christliche Kirche ist eine göttliche Ordnung für unser deutsches Volk, die es zu einem glückseligen Volk machen wird, solange es an ihr festhält. Und sonderbar! Immer ist es nur die christliche Religion, die christliche Kirche und ihre Diener, über welche die Feinde herfallen. Gegen die Synagoge sagt niemand etwas. Warum behandeln sie die Konfessionen nicht auf gleichem Fuß? Sonderbar, daß diese Schreiber und Redakteure, die oft selbst nicht einmal Christen sind, grade die christliche Kirche und alles, was damit zusammenhängt, mit Schmutz bewerfen. Das Judentum behandeln sie niemals schlecht. Das ist doch auffallend! Oder hat jemand von Ihnen schon einmal in solchen Blättern etwas gegen die Synagoge gelesen? Ich nicht.

In diesen Tagen hat, wie Sie wissen, das Sozialistengesetz sein Ende gefunden. Man will der Socialdemokratie nun wieder volle Freiheit lassen, sie können jetzt reden, schreiben und drucken, was sie wollen. Da hat man es denn erlebt, daß das erste, was die Socialdemokraten zu thun

hatten, war, daß sie zum Massenaustritt aus der Kirche aufforderten. Beweist das nicht jedermann deutlich, daß es diesen Leuten durchaus nicht um die Interessen der Arbeiter zu thun ist? Denn was wollen sie denn damit den Arbeitern nützen, daß sie dieselben zum Austritt aus der Kirche auffordern? Ist man denn außerhalb der Kirche glücklicher? Nur wer mit hellem Glaubensauge nach oben blicken kann als zu seiner ewigen Heimat, der ist wahrhaft glücklich! Wer aber ohne allen Glauben, ohne die Hoffnung der Ewigkeit, ohne christliche Liebe sein inneres Leben wie sein Familienleben aufbauen will, den beneide ich nicht, ein solcher Mensch möchte ich nicht sein. Die Frömmigkeit ist ein Erbteil unseres deutschen Volkes. Deutsche Treue und deutsche Frömmigkeit sind sprichwörtlich gewesen. Die soll man uns nicht rauben. Ja, wenn's an's Sterben geht, dann denkt auch so ein Umstürzler noch an seinen Gott und zittert vor der Ewigkeit. Es ist nicht lange her, da wurde ein Pfarrer in Berlin an's Sterbebett eines solchen socialdemokratischen Führers gerufen. Der Kranke hatte ihn besonders darum gebeten. Wir Geistlichen, die wir so oft am Sterbebett stehen, wir wissen, wie da im Vorgefühl der Ewigkeit das Leben in einem ganz andern Licht erscheint, wie da der Unglaube nicht mehr Stand halten will. So ging's auch dem socialdemokratischen Führer. Er bekannte: „Ich habe viel gefehlt, aber ich glaube noch an einen Gott.“ Und er ist dann in Frieden gestorben. Das war gut. Aber was der Mann angerichtet, wie er die Seelen um ihren Glauben gebracht hatte, das ließ sich nicht wieder gut machen.

Viele Leute wissen eigentlich gar nicht recht, wozu die Religion gut ist. Sie meinen, das sei so etwas von unbekannten Dingen. Ja, aber sie greift doch recht wirksam und entschieden in irdische Dinge ein. Da ist z. B. das Gebot: „Du sollst Vater und Mutter ehren,“ „Du sollst nicht stehlen,“ das sind Dinge, die recht tief in's Leben eindringen. — Auch das rechte Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeiter kommt von der Religion her. Viel besser würde es im socialen Leben stehen, viel besser würde man zwischen mein und dein unterscheiden lernen, wenn ein recht lebendiges Christentum vor-

handen wäre. „Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst." Wenn das jeder thäte, wenn der Arbeitgeber seine Arbeiter als Brüder behandelte, wie viel glücklicher würde unser Volk sein. Daß es nicht so ist, daran ist wahrlich nicht das Christentum schuld, sondern weil so wenig Christentum unter den Leuten ist und weil man ihnen auch das wenige um jeden Preis noch nehmen will. Was deshalb bei der ganzen socialen Frage einem am wehesten thut, ist dieser schlechte Atheismus, der unser Volk Gott und der Religion zu entfremden sucht. Liebe Freunde, in meiner Heimat in Norddeutschland ist es Brauch, ich weiß nicht, ob's bei Ihnen auch so ist, daß man auf Gläser, oder sonst etwas, wo Gift drin ist, drei Kreuze macht. Dann weiß jedermann: da bleib weg von, das ist giftig! So sollte man auch auf jene Zeitungen und Bücher, welche das Christentum und die Religion herunterreißen nnd alles Hohe und Edle im Leben verhöhnen, drei Kreuze machen, damit jedermann gewarnt sei. Das ist auch Gift, unglückseliges Gift für unser Volk, das geht auch an's Leben, das verdirbt Leib und Seele zugleich.

Es bleibt nun **viertens** die **eigentliche sociale Frage** noch übrig. Auch darüber will ich einige Worte sagen. Man hegt überall nach Aufhebung des Sozialistengesetzes die Furcht, es werde wohl gleich drunter und drüber gehen, wenn diese verhetzten, irregeleiteten Massen nicht mehr im Zaum gehalten würden. Ich teile diese Furcht nicht, ich begreife sie nicht. Ich halte es im Gegenteil für gut, daß die Sozialdemokraten einmal wieder reden und schreiben, thun und lassen können, was sie wollen. Man wird dann sehen, was sie eigentlich vorhaben. Denn die schlechten Blätter, welche sich an Gott, Christentum und Vaterland vergreifen, das sind nicht blos socialdemokratische Blätter. Man lasse nun auch den Sozialdemokraten mal wieder das Wort. Wenn sie über Fabrikordnung, Löhne, Arbeitszeit u. s. w. in ihren Blättern diskutieren, dagegen wird kein Mensch etwas haben, der vernünftig ist. Und wenn das zur Folge hat, daß die Löhne besser werden, dann kommt es dem ganzen Volk zu gut. Wir können nns nur freuen, wenn der kleine Mann soviel Lohn hat, als nur möglich ist.

Es giebt leider noch mancherorts in unserem Vaterlande Zustände unter der arbeitenden Bevölkerung, die tieftraurig sind. Die müssen beseitigt werden. Da sind z. B. die armen Handweber im schlesischen Eulengebirge; die weben immer noch ohne Maschine weiter. Das geht nicht. Es ist dort eine ganze große Bevölkerung, die bittere Not leidet. Eine Untersuchung hat ergeben, daß dort allgemein Mann, Frau und Kinder ca. 300 Mark im Jahre verdienen, etwas darüber oder darunter, je nach der Zahl der Kinder. Nicht besser steht's bei der armen Arbeiterbevölkerung des sächsischen Erzgebirges, wo die Not eher noch größer ist. Seit lange ist da aus manchen Orten kein Rekrut mehr heraus gekommen. Solche Zustände müssen enden. — Vor einiger Zeit hielt auf einem Kongreß in Nürnberg ein Mann einen Vortrag über die Lage der Näherinnen in Schlesien, deren Not noch drei, vier mal größer ist als die der Arbeiter. Eine solche Näherin verdient danach, und das nicht etwa auf dem Land, nein in größeren Städten, den Tag 35 Pf., wenn sie für feinere Luxusgeschäfte arbeitet, wohl eine Kleinigkeit mehr. Im Durchschnitt ist der Lohn nicht höher als M. 2,50 die Woche. Das ist haarsträubend. Solche Zustände müssen enden. Lieber mag die betreffende Industrie zu Grunde gehen. Die Seele ist mehr als der Gewinn und der Mensch mehr als das Geld. Man könnte einwenden, das sind zurückgebliebene Orte, wo so etwas noch vorkommt. Nein, in Berlin, der Reichshauptstadt, giebt's ähnliche Zustände. Da hat eine Frau, die Wolle strickt, mit ihrem Kind in 15—16 Arbeitsstunden 70 Pf. verdient. Und als vor Weihnachten das Geschäft pressierte und sie Tag und Nacht arbeiteten, da haben beide es in 24 Arbeitsstunden auf M. 1,50 gebracht. Das schreit gen Himmel. Wo die sociale Frage solche Nöte aufdeckt, da muß geholfen werden. Wenn ein verheirateter Arbeiter anderthalb Mark pro Tag verdient, wovon 60—70 Pf. für Wohnung, Heizung 2c. abgehen und ihm nicht einmal 60 Pf. für Weib und Kind übrig bleiben, das geht eben nicht mehr. Wenn also die sociale Frage das heißt, daß der Arbeiter sein Los verbessern will, so müssen wir alle zu dieser socialen Frage Ja und Amen sagen.

Aber da lautet's ganz anders bei den Socialdemokraten. Die sagen: Alles muß umgestürzt werden. Eigentum giebt's nicht. Niemand darf etwas besitzen, der Staat muß alles besitzen. Most sagte einmal, man müsse es dahin bringen, daß man vom 16—28. Lebensjahr nur zwei Stunden des Tags zu arbeiten brauche und die übrige Zeit als Rentier leben können, unsere ganze Industrie, unsere ganze Fabrikation müsse vom Staat übernommen werden. Alles sollte dann mit Maschine hergestellt, ja sogar die ganze Arbeit im Haus mit Maschine besorgt werden, damit es auch die Frauen gut haben. Vor kurzem ist von einem Amerikaner ein Buch erschienen, betitelt: „Um's Jahr 2000." Darin hat er alles das nun ausführlich durchgeführt. Da bin ich doch froh, daß ich noch im neunzehnten Jahrhundert lebe. Wie furchtbar langweilig muß die Welt mit solchen Zuständen sein! Sorglos und freudlos, wie im Zuchthaus.

Seit Erhebung unserer Monarchie zum Kaisertum und der Entwickelung unseres Arbeiterwesens ist ein ganz neuer Gedanke in die sociale Frage gekommen, nämlich, daß der Staat und die Monarchie bereit sind, für den kleinen Mann ganz besonders zu sorgen, wohlgemerkt nicht blos für den Arbeiter, sondern für den kleinen Mann überhaupt. Auch für den kleinen Besitzer auf dem Land.

Seit 1879 ist unser Wohlstand wieder im Aufschwung, nachdem in den siebziger Jahren unsere Industrie durch die falschen liberalen Grundsätze fast an den Abgrund geführt wurde, nachdem auch der letzte Eisenzoll aufgegeben war. Aus England und Schweden ging damals das Eisen, weil zollfrei, so massenhaft in Deutschland ein, daß in Rheinland-Westfalen mit seinen Hunderttausenden von Arbeitern die Werke stillstanden. Denn so billig konnten wir nicht liefern. So konnte es nicht fortgehen. Es kam die neue Zeit des Schutzzolls, welche die eigne Arbeit wieder gegen das Ausland schirmte.

Ja, aber die Zölle verteuern uns das Leben, vor allem die Lebensmittel, wendet man ein. Das sollen sie auch. Aber ohne Zölle, auch für die Landwirtschaft, wären wir noch viel schlimmer dran. Die Amerikaner sind gewiß praktische Leute. Die haben jetzt so hohe Zölle, daß fast nichts mehr eingeführt werden kann. Auch wir können

die Zölle für unsere Staatsausgaben gar nicht entbehren. Die direkten Steuern reichen dazu bei weitem nicht aus.

Ferner müssen wir auch nicht nur die Fabrikanten schützen und auch nicht nur die Arbeiter in der Industrie, die sind meist gut organisiert und sorgen selbst, daß sie nicht zu kurz kommen; auch dem kleinen Handwerker müßte geholfen werden, der ist ja fast am Absterben. Vor allem aber dem ländlichen Besitzer, dem Bauernstand. Ungarn und Rußland überschwemmten uns mit ihrem billigen schlechten Korn. Das mußte anders werden. Darüber wäre unser Bauernstand vollständig zu Grunde gegangen und der macht doch über die Hälfte der ganzen Bevölkerung aus. Die Lebensmittel müssen eben mehr kosten, der Bauer will auch verdienen. Denn „hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt."

Wenn wir nun unsere Gesetzgebung in den letzten 20 Jahren übersehen, und dabei bedenken, daß der Kaiser doch für alle seine Unterthanen in gleicher Weise sorgen muß, so dürfen wir sagen, kein Stand ist dabei so gut weggekommen als der Arbeiterstand. Unsere sociale Gesetzgebung begann mit der Unfallversicherung, dann kam die Krankenversicherung und endlich die Alters- und Invalidenversicherung. Blicken wir auf früher zurück, da waren die Arbeiter nicht so versorgt. Eine Krankheit konnte die Familie für das ganze Leben zurückbringen. Bei einem Unfall war's noch schlimmer. Wenn jemand einen Unfall erlitt, mußte er einfach klagen und ein solcher Prozeß um den Unfall ward wieder ein „zweiter Unfall" für ihn. Früher wurden nur ein Sechstel aller Unfälle entschädigt und unversorgte Invaliden mit nur einem Bein oder nur einem Arm gab's überall. Heute ist das nicht mehr, heute wird pünktlich und prompt bezahlt. Es ist dadurch wirklich eine große Lücke ausgefüllt, eine große Not gestillt. Und nun das Alters- und Invalidengesetz, was ist das für eine gewaltige, große Sache! Man wird beinahe bedenklich dabei. Elf Millionen Deutsche versorgt! Und wir haben es doch gewagt. Man muß an diese Gesetzgebung denken, wenn man die Regierung und ihre guten Absichten recht beurteilen will.

Was haben nun die Socialdemokraten ihrerseits für die Arbeiter gethan? Rein gar nichts. Sie verspechen sehr viel, sie versprechen alles mögliche und unmögliche, aber ob das auch ausführbar ist, das sagen sie dem Volk nicht. Zum Versprechen sind alle Agitatoren bereit. Sie versprechen dem Volk ganze Rittergüter. Nur schade, daß sie alle auf dem Mond liegen. Das Sprichwort sagt: „Ein Sperling in der Hand ist mir lieber, als eine Taube auf dem Dach." Und was unser Kaiser für die Arbeiter gethan hat, das ist doch mehr, als ein Sperling. Wenn nun noch der kleine Handwerker versorgt und damit die sociale Gesetzgebung so ziemlich abgeschlossen ist, dann, dürfen wir sagen, sind wir der ganzen Welt, allen Jahrhunderten, allen Zeiten in der Fürsorge für die Arbeiter voraus. Kaiser Wilhelm II. geht aber noch einen Schritt weiter. Er hat nicht blos das angefangene Werk des Großvaters zu Ende geführt, er betritt noch einen andern Weg. Er will auch dem Arbeiter seinen Sonntag wiedergeben. Das geht auf den innern Menschen. Das ist die Versicherung der Seele. Ein solches Gesetz wird sehr bald dem nächsten Reichstag vorliegen und ich zweifle nicht, daß es durchgesetzt wird.

Ich habe heute schon einmal gesagt, ich teile die Furcht nicht, es möchte jetzt nach der Aufhebung des Socialistengesetzes zu einer Revolution kommen. Ich glaube nicht an eine politische Revolution in unserer Zeit. Wo immer es eine solche Revolution gab, hatte sie ein Körnlein Wahrheit für sich. Was war die Ursache der französischen Revolution? Der Bürgerstand wollte in seinen Rechten nicht hinter den Adligen und dem geistlichen Stand zurückbleiben. Ludwig XVI. aber hatte keinen Blick dafür, ebensowenig die Minister und die Adligen. Heute nun ist der sociale Gedanke nicht blos bei den Socialdemokraten. Der Kaiser, der Großherzog, die Minister, die Pastoren, wir alle sind socialistisch. Unsere Reformen aber sind durchführbar, die der Socialdemokraten nicht. Das ist der einzige große Unterschied. Das ganze Volk ist social, die ganze Stimmung ist mehr für den Arbeiter, der es bedarf, als für den Arbeitgeber. Was soll da eine Revolution? Von einer solchen nur zu

sprechen, wäre schon recht dumm. Am Wirtshaustisch, wo zu viel getrunken wird, da kann man so etwas wohl hören: aber nützen kann es den Arbeitern nicht; eine Revolution könnte ihre Sache nur verderben.

Unter den Wünschen der Socialdemokraten finden wir manches, was ihnen erst von der Regierung klar gemacht ist, z. B. die Bildung von Arbeiterausschüssen. Das ist eine Sache, die vernünftig und durchführbar ist. Wenn ein Fabrikant Tausende von Arbeitern beschäftigt, wie z. B. Krupp, der sechzehn Tausend Arbeiter hat, so ist das wie eine große Stadt. Da kann man nicht machen, wie man will, da muß Ordnung sein. Da können die Arbeiter ganz wohl mitreden. Nicht in den Betrieb, — der ist Sache der Fabrikanten. Aber wenn z. B. eine Kasse eingerichtet werden soll, bei der Beratung und Festsetzung einer Arbeiterordnung, so sind das Sachen, die gehen die Arbeiter ebenso gut an, als den Fabrikanten. Da sollen sie mit dabei sein, da können beide Teile Hand in Hand gehen. Solche gemeinsame Arbeit kann dem gegenseitigen guten Verhältnis nur förderlich sein. Da lernt jeder den Standpunkt des andern kennen und achten.

Und sind denn das nicht bessere Zustände, als wenn immer eines dem anderen die Waffe auf die Brust setzen möchte. Können wir denn nicht alle einig sein? Sind denn die Zustände in unserem Vaterlande so, ist denn die ganze Zeit so, daß die Parteien sich in Wort und Schrift immer angreifen müssen, als ob wir nicht Leute eines Volkes seien? Warum können wir denn nicht in Frieden miteinander auskommen? Muß denn jeder gesetzwidrig vorgehen, muß man denn beständig alles ruinieren wollen?

Der „große Agitator“ Lasalle ist darin von seinen Nachfolgern doch sehr verschieden. Er fühlte sich als Deutscher, obgleich ein Jude. „Die Juden und Litteraten,“ sagte er einmal, „hasse ich, leider bin ich beides.“ Er war auch Monarchist. „Wenn ich mir denken könnte,“ sagte er ein andermal, „daß ein Königtum aufstände, das die Sache der Arbeiter an sich nähme, so wollte ich mit Freuden diesem socialen Königtum folgen.“ Das ist nun erschienen, wir haben jetzt das sociale Königtum, das die sociale Aufgabe in die Hand genommen, das die Völker aufruft zu internationalen Konferenzen. Am 15. März ist die

erste abgehalten worden. Da hätte Bebel lange rufen können, aber wenn der deutsche Kaiser ruft, dann kommen die Abgesandten der Völker. Und ist die sociale Frage denn nicht besser aufgehoben in der Hand der Monarchen als in der der Umstürzler? Das Vaterland muß man lieb haben, das Königtum hochhalten und das Christentum nicht leiden lassen, wenn die sociale Frage im Frieden gelöst werden soll. — Wenn meine Worte dazu beigetragen haben, so hat sich mein Besuch reichlich gelohnt.

Mit dem Hoch auf den Kaiser und den Großherzog haben wir unsere Versammlung eröffnet, lassen Sie uns zum Schluß unsere Gedanken richten auf unser geliebtes teures deutsches Vaterland, unser deutsches Vaterland lebe hoch, hoch hoch!

Contra Stöcker.

Drei Reden

der Abgeordneten Löwe (Berlin), Stöcker, Hänel,

gehalten in der

Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. Februar 1880.

Berlin, 1880.

(Broschürenfonds der deutschen Fortschrittspartei.)

Buchhandlung von E. Barthel in Berlin.
S. Alexandrinenstraße 32.

Preis: Portofreie Zusendung gegen Einsendung von 20 Pf.; in Partien von mindestens 10 Ex. 15 Pf. pro Exemplar

in Partien

Vorbemerkung.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar 1880 hatte der Abgeordnete **Stöcker**, der Hof- und Domprediger in Berlin, der Führer der christlich-socialen Partei, der Hauptvertreter der hierarchischen Ansprüche der Generalsynode, der Anstifter der Agitation gegen das Judenthum, aus einem Berichte der „Volkszeitung" über eine Wahlrede des Abgeordneten **Löwe** (Berlin) die Worte citirt: „Die Schulen werden unter dem konservativen Regiment wieder Pflanzstätten der Verdummung, der Heuchelei und der Unsittlichkeit." Herr Stöcker brachte mit diesem Citat einen Ausspruch des Abgeordneten und Vorstehers der Berliner Stadtverordneten Dr. Straßmann, gegen religiöse Unduldsamkeit, in Verbindung, kennzeichnete beide Redner als Israeliten und knüpfte daran die Frage: „Können wir diesen Menschen Gleichberechtigung zugestehen?"

Herr Stöcker erkannte es selbst an, daß der gedrängte, nicht stenographirte Bericht der „Volkszeitung" zwar für die Tendenz der Rede im Zusammenhang, nicht aber für die Wörtlichkeit ihrer Wiedergabe im Einzelnen einstehen konnte. Um so auffälliger war es, daß Herr Stöcker den Zusammenhang einfach verschwieg. Er verschwieg es, daß Herr Löwe, nicht nur als Wahlkandidat, sondern zugleich als Stadtverordneter und langjähriger Arbeiter im Schulwesen sich gegen die eben so heftigen als unbegründeten, ja geradezu entwürdigenden Angriffe auf das Schulwesen, insbesondere Berlin's richtete, welche in der „evangelisch-lutherischen Konferenz" erhoben worden waren. Es ist dies die sogenannte **Augustkonferenz**, die jährlich im August sich versammelnde Vereinigung der konfessionell-lutherischen Partei, auf der auch schon das frevelhafte Wort gesprochen wurde: „Die evangelische Landeskirche ist über den Libralismus zur Tagesordnung übergegangen."

An diese Vorgänge knüpfen die drei, am 11. Februar in der Abendsitzung des Abgeordnetenhauses gehaltenen Reden an, die im Folgenden wiedergegeben sind.

Abgeordneter **Löwe** (Berlin): Meine Herren, wenn ich auch gewünscht hätte, [illegible] die jetzt abgeschlossene Aera Falk mehr für die Festsetzung in gesetzlicher Weise [illegible] Volksunterrichtswesens gethan hätte, und, wenn das mit Rücksicht auf die wider[illegible]rebenden Strömungen unmöglich gewesen ist, wenigstens in finanzieller Beziehung [illegible]afür gesorgt hätte, daß von den großen Zuflüssen, die unser Reichs- und Staats[illegible]nanzwesen erhalten hat, auch ein kleiner Theil, einige Brosamen, abgefallen wären [illegible] den Tisch der Lehrer, deren Wittwen und Waisen und deren Emeriten, so habe [illegible] doch heute keine Veranlassung nehmen wollen, gegen die vorliegende Position zu [illegible]rechen, sondern mich im Gegentheil für dieselbe einschreiben lassen, weil ich der [illegible]berzeugung bin, daß unser Volksschulwesen auf der Bahn, die es bisher beschritten [illegible], seine zivilisatorische Mission auch ferner erfüllen wird, daß alle Versuche, die [illegible]macht werden, um es auf dieser Bahn rückwärts zu drängen, machtlos abprallen [illegible]rden an der Gewalt der Ereignisse und an der kulturhistorischen Entwickelung der [illegible]erhältnisse.

Meine Herren, für den Stand unseres Volksschulwesens in Preußen ist nun [illegible] Prototyp das Volksschulwesen der Kommune Berlin nach den verschiedensten [illegible]ichtungen. Unser Volksschulwesen steht deshalb so sehr auf der Höhe seiner Auf[illegible]be, weil es nicht nur so eingerichtet ist durch die Weisheit seiner Leiter und, wie [illegible] in diesem Punkte mit großer Freudigkeit anerkenne, durch direkte und indirekte [illegible]derung der verschiedenen Staatsbehörden, vom Minister, auch vom jetzigen Minister, [illegible] zu derjenigen Instanz, die unmittelbar der Leitung unseres Volksschulwesens vor[illegible]setzt ist, der städtischen Schuldeputation — nicht nur steht es deßhalb auf der Höhe, [illegible]weil es so geleitet wird, sondern auch, weil alle Einrichtungen im Innern, weil die [illegible]anze Art und Weise, wie seine Lehrer herangebildet werden, weil die Art und [illegible]eise dessen, was den Kindern in der Schule gelehrt wird, so sehr dazu angethan [illegible] sie zu tüchtigen, braven, gesitteten Staatsbürgern zu machen, so daß das Volks[illegible]ulwesen des ganzen Staates sich nach der Richtung hin, ein Vorbild an unserem [illegible]erliner Volksschulwesen nehmen kann. Denn, meine Herren, es ist jenes große [illegible]schulwesen, von dessen erstaunlichen Zahlen Sie gestern eine gewisse, Alle über[illegible]ende Mittheilung erhalten haben, daß nämlich fast 90,000 Kinder lediglich auf [illegible]ten der Kommune, ohne daß ein Pfennig zugezahlt zu werden braucht, ohne Unter[illegible]ied des Glaubensbekenntnisses, ohne Unterschied des Standes und des Vermögens [illegible] Schulen besuchen nnd daß dadurch in jeder Beziehung eine Ausgleichung für [illegible] bürgerliche Leben herbeigeführt wird. Aber abgesehen von diesen großen Zahlen, [illegible] jeden mit Respekt erfüllen müssen, ist es Ihnen gewiß nach einer anderen Rich[illegible]ung interessant gewesen, daß auch bei der Leitung dieses Volksschulwesens alle kon[illegible]nelle Unterschiede so sehr zurückgetreten sind, daß die direkt vorgesetzte Instanz [illegible] Bezug auf die Leitung, die Schuldeputation (sie zählt in ihrer Mitte eine Anzahl [illegible]erlicher Mitglieder, gewählt von der Stadtverordnetenversammlung zu Berlin [illegible] andere Mitglieder, die von der Königlichen Staatsregierung deputirt sind), sich [illegible]sammensetzt aus vier protestantischen Superintendenten, einem katholischen Probst [illegible] einer Anzahl bürgerlicher Mitglieder aller Glaubensbekenntnisse, katholischen, [illegible]testantischen und jüdischen Glaubensbekenntnisses. Meine Herren, alle diese [illegible] wirken seit Jahrzehnten in der größten Harmonie. Es ist niemals in diesem [illegible] dazu gekommen, daß eines auch der rechtgläubigsten Mitglieder irgend [illegible]on, zum Beispiel die geistlichen Mitglieder, die Superintendenten oder [illegible] von dem Recht, was ihnen gesetzlich zusteht, ihr Veto einzulegen gegen [illegible] dieser Verwaltungsbehörde, — ich sage, es ist nie dazu gekommen, [illegible] von diesem Rechte Gebrauch gemacht worden wäre, weil die Art und [illegible] die Geschäfte geleitet sind, von einem Gefühl der gegenseitigen Duldung [illegible] gemeinsamen Wirkens für die Interessen und das Wohl[illegible]

der Bürgerschaft durchdrungen ist, daß Dissonanzen, die irgend wie diese Arbeit stören konnten, niemals aufgekommen sind. Nun, meine Herren, wir verdanken diesen friedlichen Zustand in der Leitung dieses nach meiner Ueberzeugung wichtigsten Zweiges unseres städtischen Verwaltungswesens, wir verdanken diese schöne Ruhe, diesen Frieden, der schafft und nicht schläft, dem Umstande, daß keine einzige Richtung in dieser Schuldeputation vertreten ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hätte, diesen bestehenden schönen Frieden zu stören. Ich habe betont, alle Richtungen sind vertreten, nur mit einer einzigen Einschränkung: nicht diejenige Richtung, die zwar niemals werkthätig mitgearbeitet hat an den Aufgaben unserer kommunalen Erziehung und Leitung unserer Stadt, die aber trotzdem sich das Recht zuspricht, in einer unliebsamen Kritik, in einer Art der Behandlung außerhalb der durch das Gesetz vorgeschriebenen Grenzen eine Erregung in die Bürgerschaft zu bringen, die, Gott sei Dank, bis zu diesem Tage in die Kollegien, die die Bürgerschaft zu leiten haben, in Bezug auf diese weltlichen und erziehlichen Angelegenheiten, noch nicht gedrungen ist. Unsere ganze Bürgerschaft war vielmehr lediglich durchdrungen von dem Gefühl der hohen Befriedigung über das, was sie selbst in eigner werkthätiger Arbeit durch ihre Vertreter und durch die Leitung des Volksschulwesens auf diesem wichtigen Gebiete gethan hat.

Nun, meine Herren, werden Sie begreifen, welche Erregung es in unsere Bürgerschaft geworfen, als eines schönen Tages eine Versammlung von Männern, die keinen Beruf hatte, wie es sich thatsächlich herausgestellt hat, durch die Art ihres Urtheils, noch viel weniger eine Kenntniß hatte von unsern Dingen, noch viel weniger die Absicht gehabt hat, von der ihr gewährten Erlaubniß, unsere inneren Institutionen im Volksschulwesen kennen zu lernen, Gebrauch zu machen, — daß also eine solche Gesellschaft von Männern sich eines schönen Tages erkühnt hat, über unser und das allgemeine Volksschulwesen in folgender Weise abzusprechen. Es hat im August vergangenen Jahres in Berlin die evangelisch-lutherische Konferenz stattgefunden, die in ihrer Sitzung am 27. August durch den Mund ihres Referenten Dietz aus Bielefeld folgende Erklärung abgegeben hat:

> Jetzt singt der Berliner Gemeindeschüler: „Du bist verrückt, mein Kind!" (Schallendes Gelächter der Gesellschaft.) Das ist der Erfolg der modernen Volksschule, daß die Religion abgenommen, die Sittlichkeit zurückgegangen, die Vaterlandsliebe gefährdet, der Sinn für Heimath, Familie, Gemeinde mehr und mehr erloschen.

Nun, meine Herren, wenn hier eine fremde Gesellschaft es wagt, ohne Kenntniß der Zustände die Wahrheit geradezu auf den Kopf zu stellen und die höchsten und idealsten Besitzthümer eines Volkes in dieser Weise in den Staub zu ziehen — meine Herren, ist es dann wunderbar, daß jeder ehrliche Mann, der es gewissenhaft mit der Bürgerschaft meint, Jeder, dem das Herz warm im Busen schlägt für das Wohl des Volkes, in sittlicher Entrüstung entflammt ist über jenes Treiben? Und die Folge war auch, daß nicht nur in der einen oder anderen Versammlung, nicht nur aus dem Munde des einen oder des anderen Mannes aus der Bürgerschaft und deren Vertretung, sondern in allen Versammlungen, in kleinen Zusammenkünften, da, wo drei zusammen waren, wo sie zu irgend einer bürgerlichen Beschäftigung zusammen waren, namentlich allerdings da, wo sie in öffentlichen Versammlungen über das Wohl der Gemeinde zu berathen haben, ihrer Empörung Ausdruck gegeben haben über diese Mißachtung unserer höchsten Institutionen und diese Mißachtung der edelsten und lobenswerthesten Leistungen unserer Bürgerschaft. Das ist nicht von Einem von uns ausgesprochen worden, sondern von Allen von uns, und da in dieser Zeit die Wahlbewegung begann und in dieser Wahlbewegung auch von anderer Seite in derselben absprechenden Weise über unser Gemeinwesen und über die Männer, die in selbstloser Hingebung diesem Gemeinwesen vorstehen, abgeurtheilt wurde, war es ganz natürlich, daß unsere Bürgerschaft von einem jeden von uns erwartete und verlangte, daß wir bei jeder Gelegenheit vor dem Vaterlande konstatirten, welche tiefe Entrüstung unsere ganze Bürgerschaft durchzog ob eines solchen Treibens. Und, meine Herren, aus diesem Gedankengange heraus haben ich und auch einer meiner Freunde, [illegible] verehrter Doppelkollege Straßmann, uns verpflichtet gehalten, in denjenigen [illegible] lichen Verhandlungen, in denen unsere [illegible]

Art, wie wir ihre Vertretung auffaßten, auch die ihrige sei, unserer Anschauung [illegible] ein derartiges Treiben Ausdruck zu geben.

Nun, meine Herren, hat Ihnen neulich in der Sitzung am 6. Februar der Herr Abgeordnete Stöcker über derartige Aeußerungen, wie sie von meinem verehrten Freunde Straßmann und mir gefallen sein sollen und bis zu einem gewissen Grade, wie ich sofort konstatiren werde, gefallen sind, (Aha! rechts) Mittheilung gemacht, aber, meine Herren, in einer Einkleidung, von der ich glaube, daß ich berechtigt bin, sie hier weiter zu charakterisiren.

Die damalige Augustkonferenz fand statt unmittelbar nach der Demissionirung des vorigen Kultusministers und es ist Allen bekannt und ist ja auch kein Vorwurf für irgend eine Partei, noch irgend etwas, wogegen sich Jemand zu wehren braucht, daß die Hoffnungen und Befürchtungen, die Hoffnungen auf der einen Seite und die Befürchtungen auf der anderen Seite die waren, daß nicht blos der Mann gegangen wäre, sondern auch das System gewechselt werden sollte, (Ruf im Centrum: Hoffentlich!) und in demselben Augenblick wo das System gewechselt werden sollte, trat diese Versammlung auf und gab ihrer Ueberzeugung in der Weise, die ich eben mitgetheilt habe, Ausdruck, und da war allerdings die Meinung in unserer ganzen Bürgerschaft und auch bei uns die, daß, wenn etwa dieser Systemwechsel die Bedeutung haben sollte, daß diejenige Richtung, die in der Augustkonferenz zum Ausdruck gekommen war, berufen sein sollte, die Leitung unserer Kultusangelegenheiten in die Hand zu nehmen, dann allerdings dasjenige eintreten würde, was der Herr Abgeordnete Stöcker hier als meine Aeußerung zitirt hat, daß dann allerdings es mit dem Frieden vorbei sein würde und daß dann die Schulen unter einem solchen Regiment Pflanzstätten der Verdummung, der Heuchelei und der Unsittlichkeit werden müssen. (Oho! und lebhafter Widerspruch rechts).

Gewiß, meine Herren, das wird Niemand von Ihnen bestreiten können, weil ich überzeugt bin, daß Niemand von Ihnen sich identifiziren wird mit den Bestrebungen der Augustkonferenz. (Rufe rechts: Ja wohl! Gewiß!)

Nein, meine Herren, (Rufe rechts: Ja!) das können Sie nicht, weil Sie dann ebenso wie die Männer, die dies ausgesprochen haben, der Wahrheit in's Gesicht schlagen; das wollen Sie nicht. (Oho! und große Unruhe rechts).

Oho! das ist gar nichts; sehen und anerkennen, was wahr ist!

Nun muß ich das eine konstatiren, daß allerdings der Herr Kultusminister durch die unzweideutige Erklärung, die er gegeben hat, diese Befürchtung in jeder Weise zerstreut hat, daß den Männern, die hier mit der zweifelhaften Liebe gesprochen haben, der sie hier in Bezug auf unser Volksschulwesen Ausdruck gegeben haben, niemals die Leitung unsers Volksschulwesens in die Hände kommen wird!

Nun wäre ja die Sache damit erledigt gewesen, daß in öffentlichen Versammlungen das Berliner Volksschulwesen beschimpft worden ist, und daß in öffentlicher Versammlung Männer die gebührende Antwort darauf gegeben haben. Es tritt aber insofern eine Veränderung der Scene ein, als der Abgeordnete Stöcker es nunmehr für angezeigt gehalten hat, nicht etwa entweder diese Erklärung, die in der Augustkonferenz abgegeben war, mit seiner Person direkt zu decken, oder aber diese Erklärung zu bekämpfen oder diejenigen sachlich anzugreifen, die es für ihre Pflicht gehalten hatten, diesen wiederholten Angriffen auf das Berliner Schulwesen entgegen zu treten, — nein, von dem allen nichts, sondern der Abgeordnete Stöcker hat es lediglich für angezeigt gehalten, in Bezug auf zwei Männer, die auch bei der Vertheilung jenes Treibens betheiligt gewesen, nicht zu sagen, daß diese Männer in ihrer Eigenschaft als langjährige Vertreter der Berliner Bürgerschaft ihre Pflicht gethan haben, nicht zu sagen, daß diese beiden Männer gesprochen haben im Sinne der Hunderttausende, die sie und ihre Gesinnungsnossen in's Parlament, in diese Kammer und in die Stadtverordnetenversammlung geschickt haben, — nein, er hat weiter nichts an diesem ganzen Vorkommniß sich gemerkt, als daß diese beiden Männer [illegible] Weise jüdischen Glaubens sind, und hat daraus geschlossen, daß diejenigen Hunderttausende unseres Volkes, die in tüchtiger Würdigung der Interessen, in [illegible] Würdigung der Sittlichkeit der Bevölkerung unserer Stadt derartigen Männern [illegible] ihr Vertrauen schenken, nicht blos ihr Mandat anvertrauen, sondern [illegible], wenn sie dasjenige ausführen, was die Bürgerschaft selbst im [illegible]

sten Herzen empfindet, zujubeln, — daß dann eine solche Bürgerschaft so tief unter dem Standpunkt des Abgeordneten Stöcker stehe, daß mit derartigen Menschen überhaupt nicht mehr zu verkehren sei, daß man mit solchen Männern sich überhaupt nicht mehr vertragen könne.

Meine Herren, daß ist allerdings ein Zustand, wo der konfessionelle Hader von Jemand, der berufen sein sollte, den Frieden zu stiften, in einer solchen Weise erregt wird, daß ein Wort der Abwehr namentlich auf direkte Provokation unbedingt nothwendig ist. Diese Abwehr brauchte auch nicht einer von uns auf sich zu nehmen, diese Abwehr würde aus allen denjenigen Schichten kommen, einerlei welchen Glaubensbekenntnisses, einerlei welcher politischen Richtung sie sind, die da glauben, daß jeder ehrliche Mann verpflichtet ist, für die Wahrung des konfessionellen Friedens im Volke zu sorgen.

Aber, meine Herren, wir sind deshalb gezwungen gewesen, auch wider unseren Willen — ich persönlich entschieden gegen meinen Willen, gegen meine Haltung im ganzen Leben — auf die Arena zu treten und als Fechter für das angegriffene Judenthum einzutreten, weil der Versuch gemacht ist und zwar wiederum vom Abgeordneten Stöcker, nicht uns zu bekämpfen, wie der Abgeordnete behauptet, unseres Glaubens halber — diesen Gesichtspunkt lasse ich außerdem dahin gestellt sein — sondern uns zu bekämpfen, weil nach seiner Meinung die Juden vermöge ihrer Abstammung, vermöge des Blutes, das in ihren Adern rollt, auf Grund anderer prähistorischer und anthropologischer Studien, die er gemacht hat, eine ganz fremde Race, eine ganz andere Nation seien.

Meine Herren, eine solche Insinuation weise ich mit aller Entschiedenheit und voller Entrüstung zurück. (Bewegung rechts).

Wir stehen hier unter Ihnen nicht als Juden (wir schämen uns unseres Glaubensbekenntnisses nicht), sondern wir stehen hier unter Ihnen als Ihre deutschen Mitbürger! (Sehr wahr! links).

Unser Stolz ist es, daß wir geboren sind wie Sie, auf unserem deutschen Boden, an den unser Herz gewachsen ist; wir sind stolz darauf, daß wir eingesogen haben dieselbe deutsche Bildung wie Sie, wir sind stolz darauf, meine Herren, daß unsere Väter, unsere Brüder, unsere Söhne in den Reihen der Ihrigen gefochten haben, für unseres Vaterlandes Unabhängigkeit die Schlachten mit geschlagen und ihr Blut vergossen haben. Das ist das Band, was das Volk aneinander kettet, das ist der große Rechtstitel, auf dem wir stehen, das ist die magna charta, mit der wir vor unser Volk treten, und fordern, bleiben zu dürfen, was wir in unseren und den Herzen von ungezählten Millionen unserer Christenmitglieder seit lange sind: wir Alle Brüder einer Nation: dieses Bewußtsein, daß dieses unser Recht ist, ist so stark in uns, daß wir einen jeden Angriff auf dieses unser Recht zurückzuweisen entschlossen und auch Manns genug sind. Wir treten bescheiden vor das Volk mit dieser Forderung, (Widerspruch) aber wir treten mit dem Bewußtsein auf, daß wir in unserem Rechte sind. Wir als kleine Minorität wären schon aus diesem Grunde auf Toleranz angewiesen, und selbst wenn es nicht jedem Einzelnen von uns ins Herz geschrieben wäre, Toleranz zu üben, sind wir doch verpflichtet, die Toleranz, die wir in Anspruch nehmen müssen, auch entgegenzutragen. Aber wenn wir das thun, so müssen wir auf der anderen Seite auch von Ihnen fordern, daß Sie Diejenigen weit von sich weisen, welche unter dem Vorgeben, daß sie für das Christenthum eintreten, Haß und Unfrieden säen. Wir wissen sehr gut, daß an vielen von unseren jüdischen Mitbürgern Schlacken haften und Jeder von uns empfindet es als eine heilige Verpflichtung, seine Kräfte dafür einzusetzen, daß wir Diejenigen, die in der Irre gehen, wieder auf den rechten Weg zurückführen. Wir nehmen dazu die Hilfe an, wo sie uns geboten wird, aber, meine Herren, legen Sie Hand auf's Herz, sind nicht in allen übrigen religiösen Bekenntnissen ebenso viele Menschen, die in der Irre gehen, und ist es nicht unsere schönste und heiligste Aufgabe, daß wir, ganz abgesehen von der Zugehörigkeit zu irgend einem Religionsbekenntniß, als ehrenwerthe Männer ohne Ansehen der Partei Hand in Hand dafür eintreten, für die Versittlichung und Verbesserung unseres Volkes zu sorgen? Das ist wahre Friedensarbeit, die wird dem Volke Segen bringen und in der sind wir bereit, Hand in Hand mit

... zu gehen und mit Ihnen gemeinsam an diesem edlen Kulturwerk zu arbeiten. (...o! links).

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren! Ich will damit beginnen, die letzten ...worte, welche von drüben gegen mich geschleudert sind, zurückzuweisen und dann ... einen Blick auf das Berliner Schulwesen und auf das Elementarschulwesen über...pt zu werfen. Vor allen Dingen konstatire ich, daß jedesmal, wo die Judenfrage ...ch mich in die Oeffentlichkeit gekommen ist, dies geschehen ist nicht zum Angriff, ...dern zur Abwehr. (Sehr richtig! — Oh! Oh! — Heiterkeit).

Man kann ja sagen, daß man in einem friedlichen Kollegium arbeitet, aber ...n man als ein Mitglied eines friedlichen Kollegiums, das den Millionen von ...lin zu dienen hat, solche Schlagworte hinausruft, sei es auch in einer Wahlrede, ...enn man ein System, das in einer berechtigten evangelischen Richtung, wurzelt in ...ieser Weise charakterisirt, wie es der Herr Abgeordnete Löwe gethan hat, wenn man, ...ie der Herr Stadtverordnetenvorsteher Straßmann, die Brandfackel in die Parteien ...er Evangelischen hineinwirft, dann soll man sich nicht seiner friedlichen Gesinnung ...ühmen. (Sehr richtig! rechts).

Meine Herren, ich könnte diese friedliche Gesinnung trotz der Bestreitung von ...rüben für mich in Anspruch nehmen. Ich habe diese schwierige Frage, die ja wirklich nicht blos von mir diskutirt ist, sondern von vielen Seiten, von allen konfessionellen und von allen politischen Richtungen, ich habe sie aus dem gewöhnlichen Gezänk herausziehen und stellen wollen auf ein Niveau anständiger Diskussion. (Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts).

Meine Herren, Israeliten, die an den bekannten Versammlungen theilgenommen haben, haben mir dies Zeugniß selber gegeben. Wenn daraus im Publikum eine Judenhetze gemacht ist, wenn lügnerische Zeitungsberichte die Sache entstellen, um Propaganda daraus zu machen, so ist das nicht meine Schuld, sondern die Schuld der Gegner. Ich habe die Frage nicht behandelt als eine religiöse Frage, auch nicht blos als eine Racefrage. Es kann Niemand in Berlin sein, dem das alte Testament, die Urkunde des Judenthums, heiliger ist, als mir, das steht gar nicht in Frage. Ich habe auch nicht allein von der Race der Juden gesprochen, wenn ich auch weiß, daß alle Jahrtausend einmal über die Bühne der Weltgeschichte der Kampf zwischen Semiten und Ariern geht, zwischen den Puniern und Römern zuerst, zwischen dem Islam und der Christenheit zum zweiten Mal. Meine Herren, jedesmal in diesen welthistorischen Kämpfen sind die Semiten die Angreifer gewesen und nach schwerem Ringen ist es den Indogermanen immer gelungen, sie zurückzuweisen. Heute sehen wir in einer neuen Phase dieses welthistorischen Kampfes, das Schlachtfeld ist ein anderes, die Heerschaaren auch, heute ist es das moderne Judenthum, welches unter uns lebt, das in der That einen Kampf gegen unsere moderne Kultur führt. (Oho! links).

Ich sage nicht, daß alle Israeliten daran betheiligt sind, aber viele führen die...n Kampf. Aber dies Vornehmen, die Grundlage unserer Kultur zu untergraben, ...abe ich bekämpft; ich habe mich fern davon gehalten, zu untersuchen, wieviel die Race daran Theil hat, ich habe aus der Frage eine ethische gemacht, ich habe bekämpft das jüdische Großkapital, den jüdischen Wucher, der jetzt bei den oberschlesischen ...ehalten zu einer politischen und historischen Thatsache geworden ist, ich habe be...mpft das jüdische Literatenthum, das unsere Ideale zerreißt, (Lebhafter Widerspruch ...nks. — Sehr richtig! rechts) und die jüdische Presse, die unsere Heiligthümer unter...abt. Ich habe den edlen Israeliten in unserer Stadt zugerufen, sie möchten die ...te haben, ihren Glaubensgenossen zu sagen, daß das nicht angeht. Man beruft ... auf die Minorität. Ja, meine Herren, ich kenne sehr gut die Ansprüche der ...inorität, mit Nachsicht, mit Schonung, mit Brüderlichkeit und mit Liebe behandelt ... werden; wir wollen das auch der Minorität gern gewähren. Dann muß sich aber ... Minorität als Minorität betragen, nämlich bescheiden; solche Worte, wie sie aus ...m Munde des Herrn Abgeordneten Löwe in seiner Wahlrede gekommen sind, wie ... der Herr Abgeordnete Straßmann geäußert hat, können nur dazu dienen, das ... zwischen Minorität und Majorität zu verbittern. Ich glaube, meine ... es ist kaum irgend eine Person in Berlin, die soviel Toleranz, Rücksicht, ... zu üben hatte, als der Berliner Stadtverordnetenvorsteher, und ich...

bin ganz gewiß, daß viele von Ihnen das Wort, das er gesprochen hat, nicht billigen konnen, weil es nicht zu billigen ist.

Ich gehe weiter. Der Herr Abgeordnete Löwe hat sich auf die Sorgfalt berufen, womit die Berliner Schuldeputation dem Berliner Schulwesen vorsteht, er hat die Weisheit der Leiter dieses Schulwesens gerühmt. Eins wenigstens müßte man von diesem Kollegium mit Recht fordern und von den Israeliten in diesem Kollegium am meisten, daß sie mit der Simultanisirung unseres evangelischen nicht vorgegangen wären, als bis das jüdische Schulwesen gleichfalls die Hand zur Simultanisirung gereicht hätte. Es ist einmal an den jüdischen Schulvorstand die Frage gestellt, ob er die israelitische Schule mit den übrigen Berliner Schulen vereinigen wollte; er hat es abgelehnt. Ich glaube, daß da für den Abgeordneten Löwe ein ausgezeichnetes Feld der Thätigkeit wäre, diese Herren meinetwegen zur Simultanisirung zu veranlassen, aber dieses Simultanisirungsprinzip nicht bei uns geltend zu machen. (Sehr wahr!)

Daß für das Berliner Schulwesen sehr viel gethan wird, werde ich am wenigsten leugnen, aber daß manches geschieht, was dieses Schulwesen auf falsche Bahnen lenkt, das will ich jetzt beweisen.

Meine Herren, es ist in Berlin ein Lesebuch eingeführt, eins unter mehreren das Bohm'sche Lesebuch, das in allen erklärten Simultanschulen und in sämmtlichen neu eingerichteten Schulen eingeführt wird. Herr Bohm ist der einzige von den Herren, welche der Minister Falk zu seiner Schulkonferenz eingeladen hatte, der erklärte, es müßte das Christenthum nicht konfessionell gelehrt werden. (Hört! hört! rechts.)

Daß ein solcher Schulmann nicht geeignet sein kann, ein Lesebuch für die evangelischen Kreise unserer Residenz zu schreiben, leuchtet von vorne herein ein. Dieses Buch trägt nun auch ganz den Charakter der Konfessionslosigkeit. Das Christliche ist auf ein Minimum reduzirt, dagegen treten literarische Stücke, welche über die Sphäre eines Kindes aus dem Volke hinausgehen, stark in den Vordergrund. Die zweite Hälfte der obersten Stufe dieses Lesebuchs ist geradezu eine Art Literaturgeschichte. In welcher Weise die Auswahl für dieses Buch getroffen ist, mag Ihnen folgendes beweisen. Von den Liedern geistlichen Inhalts auf der Unterstufe sind, bei einer Zahl von 28, 3 von Rudolf Löwenstein, dem Redakteur des Kladderadatsch. (Heiterkeit. Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, auf der zweiten Stufe sind von 21 Liedern geistlichen Inhalts 4 von dem Chefredakteur der Vossischen Zeitung. (Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, auf der oberen Stufe — und das ist das Merkwürdige, ich glaube das einzig Dastehende in den Lehrbüchern innerhalb des Preußischen Schulgebiets — auf der oberen Stufe werden 45 vaterländische Dichter der Reihe nach genannt, 44 mit einer Probe ihrer Dichtungen, nur der eine ohne solche Probe, und das ist wiederum Rudolf Löwenstein, der allein durch die Macht seiner Persönlichkeit das Recht bekommen hat, mit einer Biographie in dieser Oberstufe zu stehen, (Heiterkeit), während in den beiden unteren Stufen sehr viele andere Schriftsteller, Dichter patriotisch christlicher Gesinnung sind, die auf dieser oberen Stufe nicht die Ehre gehabt haben mit ihrer Biographie aufgenommen zu werden. (Hört! hört! rechts.)

Ich glaube, es wird unmöglich sein, daß ein Schulmann einen Grund erfindet, warum Rudolf Löwenstein der einzige dieser Art ist.

So viel über das Lesebuch. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Löwe als Mitglied der Berliner Schuldeputation, dies einer Besprechung in seinem Kollegium einmal zu unterziehen.

Meine Herren, ich komme zu dem biblischen Geschichtsbuch vom Stadtschulrath Bertram. In diesem biblischen Geschichtsbuch vom Stadtschulrath Bertram sind in der willkürlichsten Weise die Weissagungen des alten Testamentes auf Christum verändert, (hört! hört! rechts) ohne daß die Kirche irgend einen Anlaß gegeben hat, mit solchen scharfen Veränderungen einzugreifen. Zum Beispiel wird gesagt: „Ich will Feindschaft setzen zwischen Dir und dem Weibe", die Worte „zwischen Deinem und ihrem Samen", also der ganze Weissagungsgehalt, sind einfach weggelassen. In späteren Weissagungen steht statt des Wortes „durch Deinen Samen", ein Wort, welches die [illegible] Nachkommenschaft bezeichnet und welches es möglich macht, [illegible]

die Blüthe und Erfüllung der Weissagungen zu erblicken — steht statt dieses Wortes beständig die „Nachkommen", also: „durch die Nachkommen Isaaks, Jakobs u. s. w. sollen die Völker der Erde gesegnet werden. (Große Heiterkeit.) (Hört! hört! Zurufe links.)

Nun, meine Herren, diese Nachkommen in Ehren, aber ich glaube nicht, daß alle Völker damit übereinstimmen werden, daß durch sie die Völker gesegnet werden. (Heiterkeit.)

Die wichtige Weissagung von dem Helden, dem die Völker anhängen, ist hier ganz einfach übersetzt, daß man nach Schilo kommt, eine rationalistische Umdeutung der gröbsten Art. Es sind dann weiter willkürliche Aenderungen vorgenommen auch in der Bedeutung tiefgreifender Wörter. So heißt es z. B. in der erschütternden Geschichte von Kain und Abel, anstatt: „Bist Du fromm, so bist Du angenehm" — „Bist Du fromm, so bist Du heiter", eine ganz ungehörige Uebersetzung, die in diese gewaltige Geschichte absolut nicht hineingehört. Es ist von Ismail gesagt, statt: „er war ein Spötter" — „er spielte;" von Jakob statt: „er war ein frommer Mann" — „er war ein stiller Mann;" von Isaak: „er war aufs Feld gegangen, um zu trauern", statt des eigentlichen Ausdrucks: „er war aufs Feld gegangen, um zu beten." Meine Herren, mag der Herr Stadtschulrath Bertram das mit dem Lexikon und mit der Grammatik ausmachen, ob es wirklich so heißt, jedenfalls halte ich es für unerlaubt, daß ein Schulwesen, welches nicht blos für ein allgemeines Christenthum, sondern, wie die Allgemeinen Bestimmungen lauten, für das Bekenntniß vorbereiten soll, ohne Genehmigung der Kirche, solche tiefeinschneidende Aenderungen vornimmt. (Sehr richtig. — Unruhe links.)

Ich komme zu dem Verhältniß der Realien in dem Berliner Volksschulwesen und ich kann nur sagen, daß ich auch da die Bitte an den Herrn Abgeordneten Löwe richte, er möchte Gelegenheit nehmen, auch diesen Punkt einmal der Berathung zu unterziehen.

Meine Herren, es ist das einer der wichtigsten Punkte, in welchem sich die Allgemeinen Bestimmungen des Ministers Falk von den Regulativen unterscheiden, — Sie müssen mir schon zur Beleuchtung dieser ganzen Angelegenheit gestatten, ein paar Worte darüber zu sagen. In dem Berliner Volksschulwesen werden die Realien sehr stark herangezogen. In vielen Schulen wird schon auf der untersten Stufe mit dem Zeichnen angefangen, auf der Mittelstufe mit der Geographie und der Naturkunde, erst auf der obersten Stufe in vielen Schulen mit dem Geschichtsunterrichte. Ich halte das besonders darum für einen Mangel, weil viele Kinder bis zur obersten Stufe gar nicht herankommen und weil in dem Geschichtsunterricht, wie bekannt ist, ein starkes ethisches Moment zur Ausbildung liegt. Ich glaube, man müßte durchaus für den Geschichtsunterricht auch auf der Mittelstufe Raum gewinnen. Der Religionsunterricht wird ja in Berlin gepflegt, wie jeder andere, aber es ist dies eine allgemeine Klage sämmtlicher Geistlichen, daß bei der verminderten Stundenzahl das nicht geleistet wird, was früher geleistet wurde. Die Kinder kommen in unseren Konfirmandenunterricht mit einer geringen Menge von Wissen, oft sehr unsicher in den Elementen. Ich kann von meiner gestrigen Konfirmandenstunde Ihnen den einen Beweis geben, daß unter sämmtlichen Konfirmanden, die ich habe — und sie kommen in unserer Gemeinde aus allen Theilen der Stadt — kein einziges Kind war, das die Geschichte von der Krankheit und der Genesung des Königs Hiskias wußte. (Große Heiterkeit links.)

Meine Herren, wer sich mit biblischer Geschichte abgiebt, wird sagen, daß das eine ungemeine Lücke ist.

Anstatt solcher nothwendigen und wichtigen Dinge macht man nur oft Exkursionen in der Literaturgeschichte, so wird zuweilen in der zweiten Klasse das Lebensbild von Herder und Lessing und in der ersten Klasse dasjenige von Schiller und Göthe gegeben. Ich habe einmal darüber mit einem Berliner Lehrer gesprochen und ihn gefragt: wenn nun einmal die Kinder nicht fähig sind bis zur ersten Klasse vorzudringen, also das Nothwendige des Elementarunterrichts zu lernen, was sollen sie dann mit den Klassikern? und da bekam ich die Antwort: sie bekommen doch wenigstens einen Begriff von den Koryphäen der deutschen Literatur. Meine Herren, darin liegt ein schwerer Irrthum. Ich glaube, daß die Leistungen des Elementarschulwesen

nur verkümmert werden, wenn man zu sehr in die Breite geht und zu hohe Ziele erstrebt. Ich habe einen interessanten Beweis dafür auch in Betreff des Berliner Schulwesens. Eine Schaar von Männern, die gewiß nicht gedacht hat, daß heute ihr Votum über das Berliner Schulwesen hier verlesen werden würde, der Verein der Berliner Buchdruckereibesitzer, welcher eine Fachschule für Lehrlinge errichtet hat, hat eine Prüfungskommission gebildet, um Knaben, die aus Berliner Volksschulen kommen, aufzunehmen. Der Verein schreibt:

> Diese Kommission hat zu Ostern vorigen Jahres ihre Thätigkeit begonnen und muß aus dem ersten Versuch in dieser Richtung ein so überaus trostloses Ergebniß verzeichnen, daß in Buchdruckereikreisen lebhaft die Frage erörtert worden, ob unsere Schulen überhaupt so mangelhaft seien, daß sie unfähig sind, die aus ihnen für uns sich rekrutirenden Lehrlinge auszubilden. Dem ist nun — trotz der Thatsache, daß von 17 zu Prüfenden nur 2 das Zeugniß **genügend** erhalten konnten — auf das Eifrigste widersprochen und namentlich das angeführt worden, daß ein böser Zufall wohl gerade die Ungeeignetsten unsern Beruf hat wählen lassen.

Meine Herren, ich glaube das Letztere nicht, die Buchdruckerlehrlinge sind meist intelligente Knaben. Der Grund liegt vielmehr, wie ich glaube, darin, daß unser Schulwesen auf eine Höhe hinaufgeschoben ist, daß nur sehr befähigte Kinder folgen können, während der Mittelschlag nicht so viel empfängt, als früher der Fall war, und ich halte es für das Wichtigste, an einem gut eingerichteten Volksschulwesen, daß man nicht einige hervorragende Köpfe, sondern den Durchschnitt richtig ausbildet. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich möchte sehr gerne eine Anregung nach der Richtung geben, in welcher Luther seiner Zeit vorgegangen ist, der der Kirche zurief, sie solle begabte Kinder aus den unteren heraufnehmen in die Gelehrtenschulen. Meine Herren, die Kirche kann in unseren schweren Zeiten das nicht, aber wenn einmal solche Einrichtungen getroffen würden, daß man begabte Kinder aus dem Volke emporhöbe und ihnen auf Staatskosten eine höhere Bildung geben ließe, so würde ich mich dessen sehr freuen. Aber der Durchschnitt muß mit einer sicheren, klaren, festen Bildung ausgerüstet werden. (Sehr richtig!)

Meine Herren, es ist auf dem Lande im Durchschnitt nicht viel anders. Ich habe aus einer Gemeinde der Mark, welche die beste Schule ihres Bezirks besitzt, mit Ausnahme der Stadt, also aus einer einklassigen Volksschule, eine Anzahl von Briefen, welche 13 bis 14 jährige Kinder geschrieben haben. Ich werde sie nachher auf den Tisch des Hauses niederlegen, um denen, welche sich für solche Fragen interessiren, die Möglichkeit zu gewähren, einzusehen, wie weit das Kind von 13 bis 14 Jahren es mit aller Anstrengung seiner Kräfte wohl bringen kann. Sie finden hier ungemein dürftige Produkte, welche nicht genügen, manche bessere Leistungen, aber Briefe ohne Fehler gar nicht in dem ganzen Paket — wiederum eine Mahnung, daß wir in unseren Anforderungen nur ein geringes Maß stellen dürfen; wie einmal Grimm, der große deutsche Volkskenner gesagt hat: „Die Milch der Frömmigkeit, das Brod des Patriotismus ist die Hauptsache; thue man in Seminarien und Volksschulen nicht zu viel fremde Nahrungsmittel dazu!“ Es führt mich das zu einer weiteren Betrachtung. Meine Herren, es ist mir heute morgen vorgehalten von dem Abgeordneten Seyffarth (Liegnitz), daß ich das Ziel des modernen Schulwesens so definirt hätte: „es solle denkfähige und nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft hervorbringen.“ Mit einer gewissen Emphase bin ich gefragt, aus welchem Buch ich das gelernt hätte. Meine Herren, ich habe das nicht behauptet; es steht in der Petition des Elbinger Magistrats als das Ziel, welches diese Behörde für ihre Schule hat, und ist [illegible] ein Beweis von den verkehrten Zielen, welche in diesen Kreisen herrschen. Ich bitte deshalb, durchaus nicht **mir** die Schuld dieses Ausdrucks beizumessen. Dieser Ausdruck hat den Abgeordneten Seyffarth zur Besprechung der allgemeinen Bestimmungen geführt. Er hat gefragt, ob darin wirklich ein schlechtes System sei, er hat den großen Schatten Pestalozzis heraufgerufen und gesagt, sein System sei es, in welchem wir leben. Meine Herren, ich habe die allgemeinen Bestimmungen bisher nicht berührt, ich habe sie, so viel ich mich erinnere, nicht einmal genannt. Ich glaube aber [illegible] nicht, daß es richtig ist, die allgemeinen Bestimmungen [illegible]

zu identifiziren. Ich halte es für sehr gewagt, Dinge, die vor siebzig Jahren geschehen sind, mit heutiger Zeit einfach zu parallelisiren. Wir sind doch in den siebzig Jahren vorwärts gekommen und wenn Pestalozzi in der That ein gewaltiges Element in unserer Schulentwickelung ist, so darf man doch nicht vergessen: er ist erst nach dem achtzehnten Jahrhundert gekommen, und seit ihm ist viel geschehen. Meine Herren, allgemeine Bestimmungen sind eigentlich niemals mit der Heftigkeit angegriffen, wie vor einem Jahre der damalige Minister Falk sie vertheidigte, und wie sie hier beständig als ein Angriffsobjekt zitirt werden. Am allerwenigsten ist es irgend Jemand eingefallen, auf das Konto dieser allgemeinen Bestimmungen die Entwickelung der Sozialdemokratie zu schreiben. Wir sind noch vor wenigen Tagen erinnert, daß diese Behauptung nie erwiesen ist. Ich kann nur sagen, sie ist niemals aufgestellt. Da ich jetzt bewogen bin, meine Meinung über die allgemeinen Bestimmungen zu äußern, so muß ich sagen, sie haben einen feinen organischen Fehler, nur für geübte Augen zu entdecken, aber er ist doch da. Ich möchte so sagen: die Regulative sind ein enggezogener Kreis mit einem festen Mittelpunkt. Der Mittelpunkt heißt Religion, und das ist das große Verdienst der Regulative, und ich bin überzeugt, viele Schulmänner, die die allgemeinen Bestimmungen lieb haben, werden den Regulativen das zugestehen, daß sie die Volkserziehung auf die rechte Basis des Nothwendigen in vaterländischer Kunde und Religiosität und in den nützlichen Wissenschaften gestellt haben. Das ist ein Fundament, welches dem preußischen Volksschulwesen, auch dem deutschen nicht wieder verloren gehen kann. Meine Herren, an Stelle dieses klar gezogenen Kreises mit festem Mittelpunkt erscheinen mir die allgemeinen Bestimmungen, wenn Sie mir noch ein Bild gestatten, wie eine Ellipse, eine Ellipse mit nicht einem Mittelpunkte, sondern zwei. Man nennt diese Punkte auch Brennpunkte, aber bekanntlich brennen sie nicht, und es geht diesen Bestimmungen wie den Ellipsen: je flacher sie gezogen werden, desto exzentrischer werden sie. (Sehr gut!) Das ist die Einwendung, welche ich gegen die allgemeinen Bestimmungen zu machen habe. Es ist allerdings durch sie das religiöse Element ein wenig verkümmert, besonders auf den Seminarien, wo auf der obersten Stufe nur zwei Stunden Religionsunterricht angesetzt sind, während ich glaube, daß die Lehrerbildung gerade bei ihrer Vollendung von der Religion ganz und gar durchzogen werden soll. Denn man muthet den jungen Leuten, wenn sie aus dem Seminar in die Gemeinde hineintreten, immer viel zu, dazu gehört klare Erkenntniß und fester Charakter. Meine Herren, nichts schadet der sittlichen Ausbildung mehr als unklare Erkenntniß in religiösen Dingen, (sehr wahr! rechts) und diese Erkenntniß wird man nicht schaffen bei der jetzigen Beschränkung der Anzahl der Religionsstunden.

Wir bedauern sehr, daß in den Volksschulen das 4. und 5. Hauptstück des Katechismus abgeschafft sind, mehr aber noch, daß nach den allgemeinen Bestimmungen die Lieder nach den Gesangbüchern jeder Gemeinde gelehrt werden; es ist dadurch die schöne Einigkeit im Liederwesen aufgehoben und an ihre Stelle die bunte Mannigfaltigkeit getreten, die in der unerwünschtesten Weise sich in unsern Gesangbüchern vorfindet. Soviel gegen Herrn Seyffarth (Liegnitz).

Ich gehe nun über zum Abgeordneten Seyffardt (Krefeld), um ihm mit einigen Worten zu antworten. Er hat uns in die Arena gestellt, hat uns ein Stiergefecht, eine intolerante Toleranz gezeigt, die es wünschte, es möchten die größeren Städte des Rheinlandes zum Entsetzen eines Theiles der Mitbürger alle simultanisirt worden sein; über dieser Arena thronte dann der Gott der Liebe — den es gar nicht giebt. (Heiterkeit.)

Es giebt nicht einen Gott der bloßen Liebe; der Gott der Liebe ist auch der Gott des Gerichts und er richtet nicht blos Personen, er richtet auch Systeme, er richtet Weltanschauungen und hat auch das System unseres modernen Liberalismus gerichtet, (sehr gut! rechts. Lachen links) und zwar da zuerst gerichtet, wo es am meisten gesündigt hat, in Kirche und Schule.

Wenn die allgemeinen Bestimmungen statt des einen Mittelpunktes zwei Centra schaffen, so dient der simultanisirende Geist, von dem der Abgeordnete für Krefeld gelehrt hat, dazu, die Religion vom Mittelpunkt der Charakterbildung noch mehr zu entziehen. Daß dadurch eine große Eintracht, eine Harmonie in der Bevölkerung erzeugt wird, kann, glaube ich, gerade der Vertreter für Krefeld am wenigsten be-

haupten. Wenn Krefeld in Hinterasien läge, und wir davon nie etwas erfahren hätten, möchte seine Behauptung gelten, wenn wir aber wissen, in Krefeld hat das Simultanisiren den Beginn des Unterrichts mit Gebet in einigen Klassen unmöglich gemacht, daß es dazu gekommen ist, die Kinder gegen ihre Lehrer zu verhören und in der Presse den ganzen Streit herumgezerrt zu sehen, dann kann man mit gutem Gewissen nicht sagen, daß in Krefeld durch das Simultanisiren die Eintracht gefördert ist. (Sehr wahr!)

Ich glaube, die Schädigung des konfessionellen Friedens in Elbing war gering gegenüber der in Krefeld; (sehr wahr!) den Vorwurf, der gemacht ist, daß in der Simultanschule der nationale Geist besser gepflegt würde, den Vorwurf weise ich durchaus ab. Ich halte es nicht für gerathen, die Anwendung der religiösen Fragen auf das nationale und politische Gebiet zu machen. Bis jetzt haben, Gott sei Dank, noch alle deutschen Staatsbürger, wenn das Vaterland sie rief, ihre Pflicht gethan; warten wir den Fall erst ab, wo der Patriotismus irgend ein Schulsystem im Stich läßt, und das glaube ich versichern zu können, meine Herren, in dem Moment, wo das geschähe, wäre es um jedes Schulsystem geschehen. (Sehr gut!)

Worauf kommt es denn an? Es kommt darauf an, klare Erkenntniß, tüchtige Charaktere zu schaffen; daran fehlt es unserer Zeit in vorwiegendem Maße, und nicht nur aus unseren Reihen ist behauptet, sondern der große Alexander von Humboldt hat sich die deutsche Menschheit gerade mit Rücksicht auf den Unterricht einmal angesehen und gesagt: ja es giebt genug Menschen unter uns, die viel wissen, aber tüchtige Charaktere sind selten. Nun darf man gewiß nicht dem Schulwesen allein das zuschreiben, das Schulwesen steht viel mehr, als diejenigen ahnen, welche von alten, jungen und jüngsten Lehrern reden, welche die allgemeinen Bestimmungen und die Regulative gegeneinander in's Feld führen, — die Schule steht viel mehr unter den großen Strömungen der Zeit, die im öffentlichen Leben zum Ausdruck kommen, und wenn uns heute Morgen der beherzigenswerthe Rath gegeben ist, die Parteien möchten den Schullehrern nicht für Wahlzwecke schmeicheln, so muß ich doch auch daran erinnern, daß es gewiß nicht günstig gewirkt hat, wenn der Oppelner Erlaß hier zur Verlesung gekommen ist, und der damalige Minister selbst erklärt, der Erlaß sei in einem Tone geschrieben, wie ihn Blätter haben, die ihn beständig angriffen; der Erlaß entbehre der objektiven Wahrheit. Auch solche Dinge vom Regierungstisch wirken in die Lehrerkreise hinein schädlich; es ist zu wünschen und zu hoffen, daß dergleichen nicht wieder vorkomme. (Sehr wahr!)

Ja, meine Herren, wenn man in die Lehrerkreise hineinruft: sie sind Bundesgenossen im Kulturkampfe, so kann man sich nicht wundern, wenn sie darauf anfangen sich etwas einzubilden. (Sehr richtig!)

Lassen Sie uns also einen neuen Anfang machen, lassen Sie uns klare, feste Ziele im Auge haben und die Unterrichtsverwaltung, welche ihre Ziele auf ebenem Wege verfolgt, mit unserem Vertrauen und unserer vollen Begeisterung unterstützen. Auf dem Wege des bloßen Unterrichts wird man ein Volk niemals bilden, und jeder Schulmann — ich glaube auch der Abgeordnete Seyffarth (Liegnitz) — wird mir Recht geben, — wenn Pestalozzi trotz der großen Ideen, welche er in das Volksschulwesen hineinwarf, zuletzt mit gebrochenem Herzen vor seiner eigenen Arbeit stand, so lag es daran, daß er zwei Dinge nicht kannte, welche die Grundlagen aller Erziehung bilden: die eine das sündige Menschenherz und die andere die Erlösung von oben her, nicht durch die pädagogische Kunst. (Sehr wahr!)

Meine Herren, es mögen jetzt gerade hundert Jahre her sein, da sagte Turgot — auch ein Bewunderer der Unterrichtsformen — zu dem König Ludwig XVI.: „in zehn Jahren will ich das französische Volk durch Unterricht gut und glücklich machen.“ Zehn Jahre darauf war die französische Revolution! Auch er vergaß, daß, um Menschen zu erziehen, um ein Volk zu erneuern, nicht das Licht von unten, sondern das Licht von oben Leuchtkraft und Wärme giebt. Lassen Sie uns das Licht von oben suchen in unserm ganzen Leben, und unser Volk wird wieder erleuchteter werden, als es im gegenwärtigen Augenblicke ist. (Lebhaftes Bravo rechts und im Centrum — Zischen links — wiederholter lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Hänel: Meine Herren, ich hatte nicht die Absicht, mich in diese Debatte zu mischen. Ich habe mich in der gegenwärtigen Session bei ...

Streit gegenüber, welchen der Kulturkampf hervorgerufen hat, sehr passiv verhalten. Ich glaube, daß die Art und Weise, wie derselbe jetzt fortgeführt wird, wie jetzt überall die Maßregeln und die Gesetze des Staats hier kritisirt werden, durch ihren einfachen Eindruck auf das Volk, eine stärkere Kritik ausüben gegenüber gewissen Richtungen, als auch nur das beredteste Wort auszuüben im Stande wäre. Ich bin der Meinung, daß der Friede, den man so sehr wünschte, niemals schwerer untergraben ist, als durch eine Reihe von Debatten, die hier im Hause geführt worden sind. Niemals, so lange ich im Abgeordnetenhause sitze, habe ich so sehr die Anfeuerung des Fanatismus nach den verschiedensten Richtungen gehört, als diesmal. Ich muß Eins besonders sagen, das von den Einrichtungen, von den Gesetzen des Staats hier gesprochen worden ist, als ob sie in der That bereits vollständig untergraben und unterhöhlt wären, und als ob es nicht mehr darauf ankäme, die Autorität des Rechts und Staats emporzuhalten, sondern vielmehr darauf, dieselben allmälig zu zerbröckeln, um in dieser Zerbröckelung ein gutes Spiel zu haben. Ich meine, daß gegenüber solchen Angriffen, wie ich sie hier gehört habe, selbst dann, wenn ein neues System hier am Ministertisch inaugurirt ist, daß gegenüber den Anforderungen, die man an den Staat gerichtet hat, die Vertreter der Regiernng, und zwar nicht der Regierung einer Partei, sondern der Regierung des Staates, hier zu oft geschwiegen und zu wenig Dinge zurückgewiesen haben, die nach meiner Meinung zurückgewiesen werden müssen, welche Partei es auch sei, die das Ruder in der Hand hat.

Meine Herren, ich komme hier gleich auf die Frage der Simultanschule und will darauf eingehen. Sie ist nach meiner Meinung von Seiten des Ministertisches durchaus nicht klargestellt, und ich sage, daß eine schwere Beunruhigung durch die große Majorität unseres Volkes geht (Widerspruch.) in Folge der Unklarheit, mit der von Seiten des Ministertisches vorgegangen ist. Meine Herren, Sie thun immer, als ob die Frage der Parität in der Schule identisch sei mit den herkömmlichen Unterscheidungen von evangelischer, katholischer, jüdischer Schule und paritätischer Schule. Das ist gar nicht der Fall. Die paritätische Schule muß im Staate existiren, im Staate Preußen und in Deutschland, auch wenn Sie sie konfessionell nennen; auch in der konfessionellen Schule müssen Sie paritätischen Unterricht in Preußen und in Deutschland geben. Meine Herren, ich sage paritätischer Unterricht, und zwar folgendermaßen: ganz gewiß, ich bin am wenigsten ein Freund davon, ich will nicht, daß die hergebrachten Unterscheidungsmerkmale der verschiedenen Kirchen in Deutschland durch den Unterricht künstlich und der Natur der Sache zuwider aufgelöst werden. Ich gebe vollkommen zu, es muß der konfessionelle Religionsunterricht bestehen. Allein, meine Herren, Niemand soll mir in Deutschland und Preußen sagen, daß der Religionsunterricht und konfessionelle Unterricht identisch sind, daß konfessionell gefärbter Religionsunterricht und diejenige moralische und intellektuelle Bildung, die von der Schule erwartet wird, sich gegenseitig bedingen. Es ist das einfach nicht richtig. Es widerstrebt den Thatsachen, es ist unwahr gegenüber unserer ganzen historischen Entwickelung. Meine Herren, wir besitzen im deutschen Volke einen Schatz von religiösen Vorstellungen, ich sage *religiösen* Vorstellungen, wir besitzen einen Schatz von ethischen Vorstellungen, *ethischen* Vorstellungen sage ich, der vollkommen sich gleichgültig verhält gegen die Konfessionalität, die konfessionellen Unterschiede. Ich behaupte, gerade diese Gemeinschaft in den religiösen und ethischen Gesinnungen zu pflegen, das ist eine ebenso wichtige Aufgabe, ja ich muß sagen, vom *politischen* Standpunkt aus die wichtigere Aufgabe, als die andere, dem konfessionellen Religionsunterricht seine volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Meine Herren, wenn Sie das nicht als die Hauptaufgabe des Schulunterrichts betrachten, gleichgültig, ob es eine evangelische, katholische, jüdische oder aber eine paritätische Schule ist, dann, meine Herren, wird die Reformation zu einem Verbrechen an dem Geiste der Nation. In dem Augenblick, wo sie nicht von diesem Gesichtspunkt ausgehen, da zerreißen Sie nothwendig die Wurzeln unseres Staatswesens, dann ist es nicht wahr, daß es eine religiöse und ethische Grundlage für den Staat Preußen, für diesen Staat Deutschland giebt, denn dann ist es die wahre Konsequenz, daß wir uns staatlich und politisch suchen nach Konfessionen auseinanderzugehen, auseinanderzureißen. Nein, meine Herren, gerade der Gesichtspunkt, daß der Staat berufen ist, die einigenden Elemente hervorzukehren, daß er eine religiöse Er

ziehung, eine ethische Erziehung, eine intellektuelle Erziehung erkennt bei voller Gerechtigkeit gegen die Konfessionalität, auch abgesehen von den konfessionellen Differenzen, dieser Standpunkt ist es allein, den eine Unterrichtsverwaltung auf die Dauer behaupten kann, und jede Unterrichtsverwaltung, die es versucht, von diesem obersten Standpunkt abzugehen, der prophezeihe ich hier, daß sie weggewischt wird von der Tafel der Geschichte, wie mit einem nassen Schwamm. (Zuruf: vom Fortschritt!)

Nein, meine Herren, nicht vom Fortschritt, nicht von irgend einer anderen Partei, sondern von der Natur unserer gesammten historischen und politischen Entwicklung aus, die es gar nicht ertragen kann, daß unsere religiösen und ethischen gemeinschaftlichen Ueberzeugungen künstlich auch da auseinander gerissen werden, wo sie in thatsächlicher Einigung vorhanden sind.

Meine Herren, was den Herrn Abgeordneten Stöcker betrifft, so hat derselbe seine Rede wesentlich gehalten als eine Abwehr gegen die meiner Meinung nach höchst verdienten Angriffe, die er erfahren hat. Zunächst hat er versucht, den Angriff zurückzuweisen, der gegen seine Agitation gegen die Juden hier erhoben worden ist. Ich muß sagen, diese Zurückweisung war schwächer, als ich von ihm erwartet hatte. Ich muß sagen, er hat, anstatt eine Vertheidigung zu führen, uns hier Gesichtspunkte entwickelt, die noch viel mehr gegen ihn sprechen, als ich selbst vorausgesetzt habe. Meine Herren, wenn ich vom Standpunkte des Abgeordneten Stöcker gehört hätte, daß er den jüdischen Glauben als solchen bekämpfe, daß er von seinem konfessionellen Standpunkte aus den Juden etwas am Zeuge flicken will, so begreife ich das. — Oder wenn er umgekehrt, einen prähistorischen Standpunkt der Nationalität hervorgekehrt hätte, so würde ich das weniger begreifen; allein ich müßte doch sagen, es klinge das nach etwas. Was sagt er uns jetzt? Er hält dafür, daß die Bewegung, deren Urheber er ist, für die er verantwortlich ist, — er hält dafür, daß diese Bewegung innerhalb einer großen historischen Entwickelung liege. Und wie begründet er das? Er sagt, die Weltgeschichte lehre uns, daß immer, ich weiß nicht von 500 zu 500 oder von 1000 zu 1000 Jahren, die Semiten in einem starken Kriege sich befinden gegenüber den Ariern.

Meine Herren, er exemplefizirt dabei auf die Römer und auf die Punier, ich glaube auch auf die Türkenkriege, die seit dem 15. oder 16. Jahrhundert in Europa hin und wieder gewüthet haben. Ja, um Gotteswillen, wo ist da ein Verständniß hierfür? Will er die Juden, die in unserer Mitte leben, die in unserem Lande geboren sind, will er die in eine historische Reihe setzen mit Dschingiskanischen Horden oder mit den Türken Osmans oder mit den Puniern in Karthago? Meine Herren, das ist ja nicht mehr faßbar, (Große Heiterkeit.) das ist ja faktisch eine so leere Redewendung, daß ich fast sagen muß, Herr Stöcker kann ernsthaft darin keine Vertheidigung finden, sondern er hat hier offenbar hinter eine allgemeine Anschauung sich verkrochen, sich versteckt, — ein Verstecken, welches vielleicht in irgend einer Volksversammlung irgend welchen Eindruck herrufen könnte, aber doch wahrhaftig nicht in einer Versammlung solcher Männer, wie sie hier sind!

Meine Herren, er ist dann fortgefahren: ja, wenn er auch auf diesen großen historischen Hintergrund die Judenfrage hebe, so habe er sie doch zuspitzen müssen zu einer ethischen Frage, und zwar zu einer ethischen Frage gegen das jüdische Großkapital, gegen das jüdische Literatenthum, gegen den jüdischen Wucher. Er soll mir einmal die Sittlichkeit erklären, er soll mir einmal die ethischen Grundsätze entwickeln, die dahin führen, zwischen jüdischem und nicht jüdischem Großkapital zu unterscheiden, zwischen jüdischem und nicht jüdischem Literatenthum, zwischen jüdischem und nicht jüdischem Wucher.

Er war vielleicht berechtigt, gegen Wucher, Großkapital und Literatenthum überhaupt zu eifern, das will ich von seinem sozialistischen Standpunkte aus ihm nicht bestreiten, (Heiterkeit) aber daß er das Jüdische hineinzieht und gerade dies als eine ethische Rechtfertigung seiner Angriffe hinstellt, — (Sehr gut! links) ja, meine Herren, ich muß wirklich sagen, das ist eine Verwirrung aller ethischen Begriffe, (Sehr richtig! links) die in mir als Laien — ich kann es nicht verhehlen — eine gewisse innere Erregung hervorbringt, weil ich mir sagen muß: wenn zwischen Männern, die gerade an erster Stelle die Ethik zu vertreten haben und zwischen mir und andern Laien ein so schwerer Widerspruch und Widerwille besteht, dann weiß ich nicht mehr, wohin wir in der deutschen Nation kommen sollen; denn dann sind wir nicht

nur daran, daß wir uns bekämpfen, sondern wir sind in der That daran, daß wir uns als ganz fremde und nicht mehr einander verstehende Individuen gegenüber stehen. (Sehr richtig! und Bravo links.)

Meine Herren, der Herr Stöcker ist dann übergegangen dazu, das Berliner Schulwesen zu kritisiren. Er hatte sich zu vertheidigen dagegen, daß er sich bis zu einem gewissen Grade in unbestimmten Wendungen identifizirt hatte mit den Angriffen, die die Augustkonferenz gegen das Berliner Schulwesen erhoben hatte. Auch hier hätte ich erwartet, daß Herr Stöcker uns einigermaßen thatsächliche Vorhaltungen machte, die etwa auf die nicht genügenden Leistungen des Berliner Schulwesens hinwiesen. Ja, meine Herren, von dem allen gar nichts. Ich muß ihnen sagen, die Anführungen, die Herr Stöcker gemacht hat, beweisen alles möglicherweise gegen seinen Geschmack, aber gar nichts gegen die Berliner Schulverwaltung! Meine Herren, wenn in einem Lehrbuch des Herrn Bohm nur dies gerügt werden kann, daß drei Gedichte von Herrn Löwenstein, dem Redakteur des Kladderadatsch, darin stehen, dann beruht das eben auf der Unkenntniß des Herrn Stöcker, der nicht weiß, daß Herr Löwenstein allgemein anerkannt ist für einen Autor, der gerade Kinderlieder mit einer Innigkeit und Zartheit gedichtet hat, daß sie in ihrer Weise eine Zierde unserer Literatur sind. Es mag ein Uebelstand sein, daß der Mann Löwenstein heißt, (Heiterkeit) daß er Redakteur des Kladderadatsch ist; allein, meine Herren, gerade diesen Liedern gegenüber, meine ich, sind jene anderen Qualitäten doch selbst für Herrn Stöcker entschuldbar zum mindesten; ich glaube kaum, daß er die Gedichte gelesen hat; er hat es auch nicht gewagt, sie hier vorzulesen, denn er würde sonst nur allgemeine Billigung für die Aufnahme in das Lesebuch gefunden haben.

Was fügte er hinzu? Außerdem noch 3 oder 4 Lieder des Herrn Kletke, der allerdings Redakteur der Vossischen Zeitung ist, — das mag ein Unglück in den Augen des Herrn Stöcker sein! (Heiterkeit).

Allein die deutsche Nation weiß, daß Herr Kletke ein vorzüglicher Lyriker ist, seine Gedichte sind in mehr als einer Auflage erschienen, sie haben mehr als ein deutsches Herz berührt und erhoben. Und jetzt finden sich in einem Berliner Lesebuch drei oder vier Gedichte eines so berühmten Lyrikers, der eben in Berlin sein Domizil hat! Und das soll ein Schaden sein, das soll irgend etwas beweisen gegen dieses Lesebuch! Nein, Herr Stöcker, sehen Sie sich wirklich nach besseren Argumenten um! (Heiterkeit.)

Dann hat er das biblische Lesebuch des Herrn Bertram seiner Kritik unterzogen. Ich bin nicht in der Lage, auf das Detail einzugehen. Wenn die einzelnen Wörter, die hier in etwas verändert sind, wirklich eine so weittragende Bedeutung haben, wie Herr Stöcker annimmt, dann begebe ich mich billig des Urtheils; ich muß sagen, gefunden habe ich es nicht. Meine Herren, die eine Wortänderung, die Herr Stöcker rügte, ist mit Rücksicht auf die Jugend nach meiner Ansicht nothwendig und durch das gewöhnliche einfachste Gefühl geboten*). (Sehr wahr! links).

In Bezug auf die andern Citate mag Herr Stöcker mehr Recht haben; wie gesagt, das vermag ich nicht zu beurtheilen.

Meine Herren, dem mag aber sein, wie ihm wolle, Herr Stöcker mag hier und da eine Kritik von seinem Standpunkt aus ausüben können, das wird er aber doch zugestehen müssen, daß ein biblisches Lesebuch unter allen Umständen unter dem Gesichtspunkt der Pädagogik einer genauen Ueberlegung und einer Redigirung der alttestamentarischen Geschichte bedarf. Herr Stöcker wird doch wahrhaftig nicht von seinem pädagogischen Standpunkt aus unbesehen jeden Ausdruck und jede Geschichte des alten Testaments der Jugend in die Hand geben. (Sehr wahr! links).

Jemand muß also in dieser Beziehung eine Auslese halten. Herr Stöcker sagt ohne Weiteres: die Kirche muß es. Nein, meine Herren, die Kirche hat in dieser Beziehung etwas verschiedene Gesichtspunkte, der Staat in der That muß hier das entscheidende Wort haben, denn er ist es, der über die pädagogische Methode an erster Stelle zu wachen hat und der dafür verantwortlich ist.

Herr Stöcker hat dann mit allgemeinen Redewendungen in Bezug auf das Berliner Schulwesen gesprochen, daß die Realien eine zu starke Betonung in diesem System fänden. Ja, meine Herren, man muß doch wirklich wiederum sagen, wer kann diese allgemeinen Redewendungen des Herrn Stöcker kontroliren? Man hätte

*) Die Aenderung von „Samen" in „Nachkommen".

[illegible] nur schlagende Beispiele anführen sollen, und was war das einzige schlagende Beispiel? Die Geschichte eines alten jüdischen Königs, von der ich, wie ich gestehe, allerdings kein Wort weiß. (Große Heiterkeit).

Wenn ich das Geständniß mache, so möchte ich wissen, wie viele Herren hier im Saale sitzen, welche die Hand ans Herz sagen können, was sie von der Krankheit und von der Genesung des Königs Hiskias wissen. (Große Heiterkeit).

Und gegenüber der Unkenntniß dieser Geschichte, gerade in der Gegenüberstellung dieser Geschichte betonte es Herr Stöcker, daß die Lebensbeschreibungen, wenn ich nicht irre, von Schiller und Göthe, ihre Gedichte und ihre Werke in den betreffenden Schulen zur Geltung kommen. Ja, meine Herren, ich muß wirklich sagen, Jemand, der von irgend welchem Standpunkt aus nicht etwas fanatisirt ist, der muß es in Wahrheit sehr natürlich und besser finden, daß die Kinder etwas von Schiller und Göthe wissen, als daß sie etwas von dem kranken König Hiskias wissen. (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stöcker hat wiederum ganz allgemein das Berliner Schulsystem damit angegriffen, daß er den großen und bedeutenden Satz ausgesprochen hat, die Volksschule müsse vor allem darauf berechnet sein, dem Mittelschlag die entsprechenden Kenntnisse und Gesinnungen beizubringen; sie dürfe nicht ausgehen auf besonders begabte und reich angelegte Kinder. Ja, meine Herren, das ist unbestreitbar, aber der Herr Abgeordnete Stöcker hätte uns nur nachweisen müssen, daß irgend Jemand diesen Satz bestritten hat, und besonders nachweisen müssen, daß die Berliner Schulverwaltung diesen Satz irgendwie bestritten hat. Ich höre Thatsachen, die beweisen, daß im Sinne des Herrn Stöcker Einrichtungen getroffen sind; so höre ich, ist überall in Berlin eine Selekta errichtet, die gerade für die besser befähigten Kinder eine weitere Fortbildung ermöglichen sollen, so daß also gerade durch diese Einrichtung wenigstens versucht ist, den Gesichtspunkt des Herrn Stöcker zur Geltung zu bringen. Nun kann ja vielleicht Herr Stöcker sagen, das hätte noch viel besser gemacht werden können, aber Herr Stöcker darf doch wahrhaftig nicht, wenn er die Berliner Schulverwaltung kritisirt, anstatt zu zeigen, wie er es besser gemacht hätte, nur einen allgemeinen selbstverständlichen Satz aussprechen. M. H., das war keine Kritik, das war wirklich ganz gewöhnliche agitatorische Redewendung. (Große Unruhe.)

Meine Herren, diese agitatorischen Redewendungen sind nicht ungefährlich, denn es glaubt doch vielleicht irgend Jemand, es könnte dies oder jenes Tiefgedachte oder Tieferfahrene dahinter sein. Aber noch mehr! die Verbindung, in welcher Herr Stöcker diesen Angriff bringt, sie geht überall dahin, daß, wenn irgendwo nun wirklich einmal ein Mangel in diesem Berliner Schulwesen gefunden würde, dies alsdann lediglich auf die Richtung zu schieben ist, welcher Herr Stöcker nicht angehört. Oder besser gesagt, wenn in einem so großen Schulwesen, welches über 1 Million Einwohner gesetzt ist, irgendwo diese oder jene unangenehme Geschichte vielleicht passirt, dann sagt Herr Stöcker: ich bin es, der euch das gesagt hat, ich bin es, der die Mangelhaftigkeit des Schulwesens euch nachgewiesen hat. Meine Herren, das ist keine richtige Kritik, das ist nicht mehr objektiv gedacht und das ist nicht mehr in wahrhaft förderndem Sinne gesprochen, wie man es gerade von einem Manne, wie Herr Stöcker, erwarten könnte. (Sehr richtig.)

Und diese Erwartung ist auch bei mir an einem anderen Punkte heute bitter getäuscht worden. Auch ich habe meine religiöse Empfindungen, auch ich besitze gewisse ethische Grundanschauungen, die, wenn sie mir angetastet werden, mir allerdings das Blut etwas rascher in Umlauf bringen. Und wenn der Herr Abgeordnete Stöcker vorhin gesagt hat, Gott habe über das liberale System gerichtet, so war das eine Anmaßung, (Oh! Oh! rechts.) (Sehr richtig links.) (Große Unruhe.) die mir allerdings das Blut in Wallung brachte.

Denn ist denn Herr Stöcker der Mann, der hier zu richten berufen [illegible] Namen Gottes? (Sehr richtig! links.)

Das ist er nicht, und ich muß sagen, einem Standpunkt, der solche falsche [illegible]ungen und Aeußerungen hier führt, — dem gegenüber habe ich den [illegible] Heuchelei und der Ueberhebung! (Lebhafter Beifall links.)

[illegible]

[illegible]: Herr Abgeordneter Hänel, diese letzte Aeußerung war unparla[illegible] Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

[illegible] Berlin S. Johannisstr. 20.

Die Judenfrage.

Verhandlungen

des Preußischen Abgeordnetenhauses

über die

Interpellation des Abgeordneten Dr. Hänel

am 20. und 22. November 1880.

Separatabdruck

der

Amtlichen Stenographischen Berichte des Hauses der Abgeordneten.

Berlin 1880.
W. Moeser Hofbuchhandlung.
Stallschreiberstraße 34. 35.

Digitized by Google

Zwölfte Sitzung

am Sonnabend den 20. November 1880.

Präsident: Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Verlesung der Interpellation des Abgeordneten Dr. Hänel, betreffend die Agitation gegen die jüdischen Staatsbürger.
— Nr. 41 der Drucksachen. —

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Interpellation zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Graf **v. Schmising-Kerssenbrock:**

Interpellation.

Seit geraumer Zeit macht sich gegen die jüdischen Staatsbürger Preußens eine Agitation geltend, welche zu bedauerlichen Ausschreitungen und zu einer weiter greifenden Beunruhigung Anlaß gegeben hat.

In Verfolg dieser Agitation wird eine an den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten gerichtete Petition verbreitet, welche die Anforderungen erhebt:

1. daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde;
2. daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienste — namentlich als Einzelrichter — eine angemessene Beschränkung finde;
3. daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in allen

übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in besonders motivirten Ausnahmefällen zur Anstellung gelangen;

4. daß die Wiederaufnahme der amtlichen Statistik über die jüdische Bevölkerung angeordnet werde.

In Veranlassung dessen erlaubt sich der Unterzeichnete, an die Königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten:

welche Stellung nimmt dieselbe Anforderungen gegenüber ein, die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen?

Berlin, den 13. November 1880.

Dr. Hänel.

Unterstützt u. s. w.

Präsident: Ich richte an die Königliche Staatsregierung die Frage, ob und wann sie die Interpellation zu beantworten gedenkt?

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf **zu Stolberg-Wernigerode:** Die Staatsregierung ist bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Präsident: Dann ertheile ich das Wort zur Begründung seiner Interpellation dem Abgeordneten Dr. Hänel.

Abgeordneter Dr. **Hänel:** Meine Herren! Im Jahre 1878 — es waren gerade 100 Jahre, nachdem Lessing seinen Nathan den Weisen geschrieben

(Lachen rechts)

— ich betrachte Gotthold Ephraim Lessing und sein Werk Nathan den Weisen allerdings noch heute als eine der stolzesten Zierden unserer klassischen Literatur — es war also im Jahre 1878, als sich hier in Berlin der europäische Kongreß versammelte, dessen Verhandlungen zu dem Vertrage vom 13. Juli führten. In diesem Vertrage haben 4 Staaten, Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien die Aufnahme in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft gefunden, nicht ohne Bedingungen. Unter den Bedingungen, welche ihnen der europäische Kongreß für diese Aufnahme in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft stellte, befand sich übereinstimmend für alle diese Staaten folgende Klausel:

„Es darf der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse Niemandem gegenüber geltend gemacht werden als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses der bürgerlichen Rechte, der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung

der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchen Orten es auch sei."

Meine Herren, diese Klausel war von höchster Bedeutung selbstverständlich für alle Konfessionen

(Rufe im Centrum: Mit Ausnahme der Katholiken!)

für alle Konfessionen

(Unruhe rechts)

war diese Klausel des europäischen Vertrages bestimmt!

(Ruf rechts und im Centrum: nur für die Juden!)

Richtig, Sie sagen: nur für die Juden. Es ist richtig, den nächsten Anlaß allerdings gab, weil man das Prinzip für die verschiedenen christlichen Konfessionen für unantastbar hielt,

(Aha! im Centrum)

die Lage der Juden in diesen verschiedenen Ländern. Daß dies der Fall sei, daß gerade die jüdische Frage es war, die der Kongreß in dieser Klausel lösen wollte, das ergeben die Protokolle, die vor mir liegen. Die Frage der vollen Parität der jüdischen Bevölkerung in jenen Landestheilen, sie ist zur Kontestation auf diesem Kongreß gekommen, zuerst für Serbien. Frankreich machte den entsprechenden Vorschlag für die Formel, die ich Ihnen vorgelesen habe. Im achten Protokoll sind die Verhandlungen verzeichnet. Es war der Fürst Gortschakoff, der zwar vollkommen anerkannte, daß die religiöse Freiheit gewahrt sein müsse, der sich aber mit Entschiedenheit dagegen erklärte, die Konsequenz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu ziehen, und er exemplifizirte für seinen Standpunkt auf die traurige Lage der Israeliten in jenen Ländern, sowie in einzelnen Landestheilen Rußlands. Meine Herren, es war der Fürst Bismarck, der ihm antwortete und der ihm die Bemerkung entgegenhielt, ob nicht vielleicht der traurige Zustand der Juden in jenen Ländern gerade dadurch herbeigeführt worden sei, daß sie von der bürgerlichen- und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung fern gehalten seien. Die Klausel wurde für Serbien angenommen. Die Kontestationen erneuerten sich in Bezug auf Rumänien, wie Sie wissen, einem Lande, wo die Judenfrage nach dem Prozentverhältniß der dortigen Bevölkerung ganz besonders schwer lag und auch darum schwer lag, weil nach dem bisherigen Stande der Legislation daselbst die Judenschaft einfach als Fremde, als Ausländer behandelt worden war. Das zehnte Protokoll bringt uns die Verhandlung. [illegible] wiederum der französische Bevollmächtigte, Herr Wadd[illegible], der die betreffende Klausel vertheidigte. Er erörterte die Schwierigkeiten, stellte aber fest, daß nur durch volle Emanzi-

pation die Assimilation der Juden an die einheimische Bevölkerung bewirkt werden könne, daß Rumänien, wenn es die Vortheile des Eintritts in die große europäische Familie genießen wolle, nothwendig auch die Pflichten dieser Gemeinschaft übernehmen müsse. Er schloß mit einer beredten Apostrophe dahin: man wird auf lange Zeit hin nicht eine so feierliche und entscheidende Gelegenheit finden, um aufs Neue die Grundsätze zu befestigen, die die Ehre und den inneren Frieden der civilisirten Nationen ausmachen.

(Sehr richtig!)

Dies fand rückhaltslose Zustimmung des Herrn Reichskanzlers; er betonte hierbei insbesondere die Lage der Gesetzgebung, der Verfassung des deutschen Reiches und fügte hinzu, es sei ein hohes, allgemeines Interesse, daß die Grundsätze, welche in der inneren Politik befolgt würden, auch auf die äußere Politik Anwendung fänden.

Meine Herren, so ist es geschehen, daß jene Klausel der vollen Gleichberechtigung für alle Konfessionen und mithin auch die volle Parität der jüdischen Bevölkerung eine europäische Anerkennung gefunden hat. Ich werde Sie nicht damit aufhalten, zu verfolgen, welche Schwierigkeiten sich der Ausführung dieser Klausel in Rumänien entgegenstellten. Ich konstatire nur die Thatsache, daß die Zögerungen, die die rumänische Regierung der Ausführung des Vertrages entgegenstellte, von Deutschland, Frankreich und England damit beantwortet wurde, daß dieselben die Anerkennung Rumäniens verzögerten. Erst als die rumänischen Kammern sich dazu verstanden hatten, jene Klausel des Vertrages in ihre Verfassung aufzunehmen, wurde praktische Nachgiebigkeit von Seiten der drei Mächte ausgeübt dahin, daß nicht die plötzliche Aufnahme der gesammten Judenschaft in den staatsbürgerlichen Verband mehr gefordert wurde, sondern daß man sich mit einer serienweisen und individuellen Aufnahme begnügte. Aber man stellte ausdrücklich in einer gemeinschaftlichen Note, wenn ich nicht irre, vom 20. Februar d. J. fest, daß man nach wie vor an der formellen Verbindlichkeit Rumäniens auf allmähliche Einräumung voller und ungeschmälerter Parität an die gesammte jüdische Bevölkerung festhalte.

Meine Herren, es ist nicht irgend welche agitatorische Versammlung gewesen, nicht eine fortschrittliche Partei, nicht irgend eine andere liberale Partei, nicht eine verjüdelte Gesellschaft — allerdings wegen des Lord Beaconsfield muß ich um Nachsicht und Entschuldigung bitten, — sondern es war die Versammlung der Vertreter der europäischen Mächte: e

waren die ersten Staatsmänner Europa's, welche dem Grundsatze eine feierliche Anerkennung verschafften, daß die volle Anerkennung der religiösen Parität und in Folge dessen auch die volle Anerkennung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden eine so wesentliche Grundlage der europäischen Civilisation, ja der staatlichen Ehre sei, daß ohne die Anerkennung dieser Grundlage der Eintritt in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft verweigert werden müsse.

Meine Herren, um die nämliche Zeit, als das europäische Verdikt in dieser Frage gesprochen wurde, — ich will nicht sagen, begann, aber accentuirte sich nimmer schärfer und leidenschaftlicher jene antisemitische Bewegung, vor deren häßlicher Gestalt wir heute stehen.

(Oho!)

(Sehr gut!)

Im Anfange konnte man sich über Richtung, Ziel und Methode dieser Bewegung wohl täuschen. Im Anfange schien es, als ob diese Bewegung einen Unterschied machen wollte zwischen den guten und den schlechten Juden, zwischen denjenigen Juden, die sich unsrer Civilisation assimilirt hätten, und denjenigen, die sich ihr noch immer fremd gegenüberstellen. Diese Voraussetzung ist es gewesen, die Männer von der höchsten Bildung und denen es ein volles Unrecht wäre die Absicht zuzuschreiben, in die vulgäre Judenhetze einzustimmen, veranlaßte, dieser Bewegung eine gewisse Unterstützung zu leihen. Sie waren der Meinung, daß es gelingen könnte, hierdurch gleichsam einen sanften Druck auf gewisse jüdische Elemente auszuüben, um sie schneller zu nationalisiren. Diese vermeintliche Sanftmuth der Bewegung, — sie ist längst überwunden. Ich für meinen Theil und meine politischen Freunde, wir leugnen es schlechterdings nicht, daß es gewisse Mißstände und Aergernisse auch in den jüdischen Kreisen giebt.

(Rufe: Aha! sehr gut!)

Meine Herren, die Anerkennung, daß dies der Fall sei, geben uns auch täglich unsre jüdischen Mitbürger,

(Ruf: So?)

geben uns auch täglich unsre jüdischen Mitbürger. Es giebt unter unsern jüdischen Mitbürgern ausgezeichnete Männer, welche es zu ihrer Lebensaufgabe machen, das zu verbreiten, was sie die Selbstkritik des Judenthums nennen. Meine Herren, das ist unbestreitbar, daß in jüdischen Kreisen noch vielfach eine gewisse Sucht nach schnellem Reichthum, ein gewisses nervöses Andrängen nach äußeren Ehrenstellen sich

geltend macht, daß sie sich zusammendrängen in den großen Städten, daß sie einen Zusammenhang, ein gegenseitiges Abschließen in gewissen Kreisen aufrecht erhalten, welches sie eben uns fremder stellt. Ja, es ist vollkommen richtig, daß damit in gewissen jüdischen Kreisen Charakterzüge aufrecht erhalten bleiben und fortgepflanzt werden, die uns subjektiv nicht angenehm und die objektiv durchaus nicht lobenswerth sind. Allein wir fragen allerdings diesen Anklagen gegenüber: verlangt man denn Wunder vom Himmel? Wie, meine Herren, wir sollen die Juden mehr als ein Jahrtausend geknechtet, mit Füßen getreten haben, wir sollen sie nach Bedarf todtgeschlagen haben —

(Unruhe)

ja, nach Bedarf todtgeschlagen haben,

(sehr gut!)

wir sollen sie ausgestoßen haben aus unserer nationalen Gemeinschaft, aus unserer Ehegemeinschaft, wir sollen sie gezwungen haben, gewisse bürgerliche Erwerbszweige ganz ausschließlich zu betreiben — und dieser mehr als tausendjährigen Vergangenheit gegenüber, meine Herren, da will man die Forderung aufstellen, daß die Rückwirkung derselben mit einem Schlage beseitigt sei! Wie lange datirt denn die Emanzipation der Juden in Deutschland? Kaum ein Lebensalter, ja die volle Emanzipation derselben kaum ein Jahrzehnt. Meine Herren, welches Wunder der Welt sollte es denn bewirkt haben, daß die Rückwirkung jener elenden, jener verächtlichen Lage, in die unsere Gesetzgebung sie hineingestoßen hatte, nicht in gewissen Kreisen auch noch heute ein gewisses Leben weiter führt? Eine derartige Anforderung geht schlechterdings gegen die Natur der Sache. Kennen Sie nicht die Lage der Griechen im Orient, die Geschichte des Fanar in Konstantinopel, wissen Sie nicht, daß nicht etwa die Herrscher und Unterdrücker derselben, daß objektive Beobachter dieser griechischen Rasse genau die nämlichen Untugenden, genau die nämlichen Mißstände und Aergernisse Wort für Wort, Zug um Zug nachsagen, die heute gewissen Kreisen unserer jüdischen Mitbürger nachgesagt werden? Meine Herren, vor allen Dingen verstößt das so flagrant gegen alle Billigkeit, daß ich hierüber in der That auch nicht das mindeste Wort verliere. Und gerade, weil so diese Anforderungen, diese Kritiken, die leidenschaftlichen Angriffe gegen alle Billigkeit und gegen die Natur der Sache verstießen, darum, meine Herren, konnte die Bewegung nicht festgehalten werden auf dem Punkte, der voraussetzt, als ob es sich handle um eine Bewegung gegen Mißstände und Aergernisse, die hier oder dort im Judenthum

hervortreten; — nein, die Bewegung hat sich ganz einfach und rund gegen das Judenthum als solches gerichtet.

(Unruhe, Widerspruch.)

Meine Herren, verlangen Sie Beweise dafür? Sehen Sie sich die Statuten der Antisemitenliga an, was enthalten dieselben? Nichts als die überall durchgeführte Tendenz, die Juden ohne jeden Unterschied des Verdienstes, der Ehrenhaftigkeit, der Leistung, des Charakters, ohne jeden Unterschied auszuschließen von unseren gesellschaftlichen und von unseren geschäftlichen Beziehungen. Sehen Sie sich doch die Wahlen an! Haben bei den Wahlen, den kommunalen Wahlen, die wir hier in Berlin, den politischen, die wir in Breslau, in Magdeburg, erlebt haben, — haben da diejenigen Personen, die jene Bewegung förderten, danach gefragt, ob der Betreffende verdienstvoll sei oder nicht? ob er dieser oder jener politischen Partei angehöre? was er bisher geleistet habe oder nicht? welchen ehrenhaften oder nicht ehrenhaften Charakter er gehabt habe? — Nein, meine Herren, die rothen Plakate, [illegible] hier selbst vor dem Rathhaus — ich muß sagen, ich [illegible] erröthen — gesehen haben,

(Lachen)

diese Plakate lauteten ganz einfach und simpel: „Wählt keine Juden!“

(Sehr gut!)

Meine Herren, im Anfang der Bewegung konnte man vielleicht glauben, daß es sich um eine religiöse Bewegung handele. Ich habe auch gestern eine Rede gelesen, die eine gewisse Sensation innerhalb gewisser Kreise gemacht hat. Diese Rede pointirte — wenigstens nach meiner Auffassung — dahin, daß die jüdische Religion, wenn sie orthodox sei, eine [illegible] Religion, ein überlebter Geist, ein verknöcherndes Wesen sei; wenn sie aber die reformirte Religion ist nur ein dürftiges Ueberbleibsel der Aufklärungsperiode, in beiden Fällen aber sei sie ein intolerantes und sich überhebendes Glaubensbekenntniß. Meine Herren, wenn Sie mich vor die Wahl zwischen zwei Uebeln stellen wollen, dann sage ich Ihnen ganz offen: die religiöse Betonung der Frage ist mir die liebere. Die Religion ist eine Angelegenheit, die sich diskutiren läßt, die man abthun und die man annehmen kann, die auf der inneren Ueberzeugung beruht, für die man verantwortlich ist. Diese nach meiner Meinung leichtere Färbung hat die Bewegung nicht innegehalten, sie ist rund und voll übergeleitet in die Frage der Race.

(Sehr gut! links.)

Das ist nach meiner Ueberzeugung [illegible]ndste, die

Digitized by Google

tiefgreifendste, ich scheue mich keinen Augenblick zu sagen, die perfideste Wendung,

(sehr gut! links.)

die diese Sache nehmen konnte; ja die perfideste Wendung; denn die Nation, der ich angehöre, die Race, zu der ich geboren bin, das ist ein Fatum, welches über mich verhängt ist; das kann ich nicht abschütteln, da kann ich mich nicht korrigiren, da bin ich nicht verantwortlich. Meine Herren, die Feindschaft, der Haß, welcher gegen die Race erregt wird, richtet sich nicht gegen die einzelnen Untugenden, nicht gegen den einzelnen Mangel, sondern er richtet sich gegen den ganzen Menschen!

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, diese Erregung von Haß und Feindschaft gegen die Race ist die Leugnung, sie ist die praktische Untergrabung der Fähigkeit, sich zum allgemeinen Menschenthum und zum nationalen Bürgerthum auszubilden.

(Sehr wahr! links.)

Und deshalb gerade sage ich, daß keine Wendung der Sache mehr jener ursprünglichen religiösen Färbung widersprechen konnte als gerade diese. Sie ist meiner festen Ueberzeugung nach geradezu ein Schlag ins Gesicht gegen das oberste und vornehmste, gegen das Königliche Gebot des Christenthums, welches dasselbe gleichwerthig erklärt mit dem Gebot der Gottesliebe, meine Herren, mit jenem Gebot, dessen Anwendung auf die vorliegende Frage jedem schlichten Verstande und jedem einfachen Herzen zweifellos ist, jenem Gebot, welches lautet: liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

(Sehr gut, bravo! links.)

Meine Herren, im Anfang der Bewegung schien es, als ob diesebe ihre Bestrebungen festhalten wollte auf dem Boden des Gesetzes und auf dem Boden der gegebenen Verfassung. Auch diese Voraussetzung hat sich nicht bewahrheitet. Wir sehen es, und die Interpellation, die vorliegt, hat gerade darum jene Petition, die darin berührt ist, ausdrücklich hervorgehoben und in ihren einzelnen Sätzen markirt. Wir sehen es jetzt, daß psychologisch und logisch die Nothwendigkeit vorlag, jene Bewegung zu unterstützen mit der Forderung, die verfassungsmäßige und gesetzliche Gleichberechtigung der Juden zu beseitigen. Mit dieser Wendung, die ich für die letzte Erfüllung, für den nothwendigen Ausgang der Bewegung, die man angefangen hat, betrachte, hat die antisemitische Bewegung den Boden sozialer, religiöser Erörterungen unterlassen. Die antisemitische Bewegung hat damit den politischen, den legislativen Boden betreten, sie fällt von diesem Augenblick an in die Kompetenz

der legislativen Faktoren, der Königlichen Staatsregierung und dieses Abgeordnetenhauses.

Meine Herren, ich habe Ihnen kurz die Entwickelung der antijüdischen Bewegung, die wir erlebt haben, geschildert; ich komme jetzt zu den Folgen, die diese Bewegung hervorgebracht hat. Ich gehe hier ganz leicht und obenhin über die sichtbaren Folgen hinweg. Jene turbulenten Volksversammlungen!

(Zurufe.)

Ja, meine Herren, warum unterbrechen Sie mich immer? Ich weiß so gut wie Sie, daß es immer eine gewisse Masse giebt, die nervöser Erregung, der Agitation, des Scandals bedarf, eine Masse, die gestern die sozialdemokratischen Versammlungen besucht, heute die christlichsozialen, morgen die antisemitischen Volksversammlungen und die übermorgen sich dieser oder jener Partei an die Fersen hängt.

(Wiederholte Zurufe).

Darf ich um Ihren Einwand bitten.

Präsident: Ich bitte fortzufahren.

Abgeordneter Dr. **Hänel:** Meine Herren, zu jenen sichtbaren Folgen gehört jener Cynismus und jene Rohheit der Presse in dieser Frage, die meiner Ueberzeugung nach vollkommen ebenbürtig steht derjenigen Haltung der sozialdemokratischen Presse, die zu deren Unterdrückung geführt hat. Ich will auch nur kurz berühren jene Brutalitäten in öffentlichen Lokalen, in öffentlichen Kommunikationsmitteln,

(Zurufe rechts)

welche das Gespräch der ganzen Stadt und des ganzen Landes gebildet haben. Ich kann mich auch berufen, wie mir authentisch berichtet ist, auf gewisse Massenschändungen jüdischer Gräber,

(oho! rechts)

die in der Provinz vorgekommen sind. Meine Herren, ich habe Belege hier vor mir.

(Rufe rechts: Beweise! Wo?)

— In Loslau in Oberschlesien, Kreis Rybnik.

(Zurufe aus dem Centrum.)

Die Schändung katholischer Gräber, wenn sie stattgefunden hat, gehört doch nicht in den Zusammenhang dessen, worüber ich spreche.

Nun glauben Sie denn, daß ich etwa diese einzelnen Fälle hier untersuchen will?

(Zurufe rechts: dann führt man sie auch nicht an)

Warten Sie, Herr v. Meyer, ich werde Ihnen die Antwort geben. Wo im *einzelnen* Falle hier Schuld oder Unschuld,

wo im **einzelnen** Falle die Provokation liegt, wo abgewehrt und wo angegriffen worden ist, wo im **einzelnen** Falle das größere Maß der Brutalität liegt, das ist mir vollkommen gleichgültig. Meine Herren, alle diese einzelnen Erscheinungen sind nur die Signatur dieser Bewegung.

(Sehr richtig! links.)

Sie zeigen nur, wohin sie in einzelnen leidenschaftlichen Gemüthern führen. Meine Herren, die Verantwortlichkeit für das Einzelne liegt weit ab von der Verantwortlichkeit, die die Gesammtheit der Bewegung trifft. Verantwortlich sind diejenigen, die diese Bewegung geschürt, gefördert und angefangen haben.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wenn dies die sichtbaren Folgen sind, so halte ich für viel schwerer, für viel durchgreifender jene unsichtbaren Folgen, von denen doch Jedermann wissen kann, wer wissen will. Ich frage Sie z. B., mit welchen Gefühlen meinen Sie wohl, daß unsere jüdischen Mitbürger ihre Kinder in die öffentliche Schule, in die öffentlichen Unterrichtsanstalten schicken; denn sie sind keinen Augenblick sicher, daß sie dort nicht der Injurie, der Beleidigung ausgesetzt sind.

(Sehr richtig! links.)
(Widerspruch rechts.)

Meine Herren, das Gefährlichste sind nicht solche Beleidigungen und Injurien, die unter die Möglichkeit der Disziplin fallen, sondern jene Absonderung, jene Zurücksetzung, die vollkommen unfaßbar ist. Meine Herren, vor allen Dingen sehen Sie sich diejenigen unserer jüdischen Mitbürger an, die mit dem vollen Einsatz ihres Geistes, ihrer Kraft, ihres Talents gewirkt haben in der Schule, in der Gemeinde, in den Parlamenten, in allen möglichen Lebensstellungen und Lebenskreisen! Sehen Sie sich gerade diese Juden an, die das nämliche volle Verdienst für sich in Anspruch nehmen können, welches jeder für seine Arbeit im öffentlichen und privaten Leben in Anspruch nimmt. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß diese jüdischen Mitbürger jetzt unter einem Druck stehen, der ihnen das Gefühl der Sicherheit entziehen, der ihnen die Freudigkeit ihres Schaffens rauben muß? Meine Herren, haben wir denn nicht eine vollkommen unwidersprochene Zeitungsnotiz, daß jetzt selbst der höchste Ehrendienst, der dem Könige und dem Vaterlande zu leisten ist, nicht ganz sicher ist — um des Judenthumes willen —

(hört! hört! links)

vor einzelnen Beleidigungen, vor einzelnen Insulten?

Meine Herren, ich glaube nicht, daß gerade diese unsichtbaren Folgen von irgend Jemandem, dem es um eine

Druck von Rosenthal u. Co. in ...

sachliche Erwägung zu thun ist, unterschätzt werden können. Sie haben allerdings jetzt eine Kluft aufgerissen zwischen unseren Mitbürgern, die in der That niemand — niemand, behaupte ich — rechtfertigen kann, die in jeder Beziehung nur als unheilvoll betrachtet werden muß.

Meine Herren, eine solche Lage der Dinge ist meiner Ueberzeugung nach vollkommen unvereinbar mit der Parteilosigkeit des Einzelnen. Es giebt eine gewisse Zuspitzung der Dinge, in welcher die kühle Zurückhaltung und die angebliche Parteilosigkeit trotz aller Protestationen zur entschiedenen und gerade, weil stillschweigend, vielleicht wirksamsten Parteinahme wird. Das, meine Herren, haben jene ehrenwerthen Männer empfunden, die am vorigen Sonntag ihre Manifestation gegen die antisemitische Bewegung veröffentlicht haben.

Ich behaupte aber auch, daß in dieser Lage sich in diesem Augenblick die Königliche Staatsregierung befindet.

(Hört! links. Oh! oh! rechts!)

Meine Herren, weil ich so die Lage ansehe, weil ich behaupte, daß Zurückhaltung und Parteilosigkeit in diesem Augenblick Parteinahme ist,

(sehr wahr! links)

darum habe ich diese Anfrage gestellt.

Meine Herren, ich hätte ja diese Anfrage zuspitzen können auf die Stellung, welche die Königliche Staatsregierung einnimmt gegenüber gewissen Excessen, Ausschreitungen, Leidenschaftlichkeiten. Diese Frage habe ich absichtlich nicht gestellt. Ich weiß es, daß gerade in Bezug hierauf der Königlichen Staatsregierung die Wege gewiesen sind. Hier existiren die Gesetze über die Presse, über das Vereinswesen, die gesetzlichen polizeilichen Ermächtigungen der Regierung, ihr Recht der Anklage. Es würde uns wahrhaftig, grade mir und meinen Parteifreunden, schlecht anstehen, wenn wir hier irgend wie eine einseitige Handhabung dieser Befugnisse auch nur dem Schein nach empfehlen wollten. Nein, meine Herren, das, was wir ganz allein in dieser Beziehung verlangen, das ist gleiche Sonne und gleicher Wind.

(Heiterkeit im Centrum. Zurufe.)

Auch gegen die Polen und auch gegen die Katholiken! Meine Herren, ich weiß nicht, daß sich irgend Jemand von meiner Partei gefunden habe, der eine Beeinträchtigung Ihres Versammlungs- oder Vereinsrechts in's Auge gefaßt hätte; nein, ich weiß allerdings, daß grade in Bezug auf die Handhabung dieser ihrer gesetzlichen Befugnisse —

(Vielfache Unterbrechungen aus dem Centrum, unmittelbar bei der Rednertribüne.)

Meine Herren, ich bitte Sie doch, mich nicht immer zu unterbrechen, Sie müssen doch sehen, daß dadurch meine Interpellation zu begründen mir schwerer und schwerer wird; ich muß schon physisch meine Stimme mehr anstrengen, als nothwendig ist. Wozu denn diese Unterbrechungen? Sie haben ja nachher das freie Wort.

Meine Herren, es existiren zweifellos Besorgnisse grade in den betroffnen jüdischen Kreisen, als ob die Königliche Staatsregierung nicht überall mit jenem gleichen Recht, welches auch wir fordern, verfahren habe —

(Oho! rechts.)

— Meine Herren, warum: Oho? mein Nachsatz kommt: Ich gestehe ganz offen zu, daß ich aus denjenigen Zuschriften, aus demjenigen Material, was mir zugekommen ist, bisher nicht im Stande gewesen bin, irgend welche Anklage in dieser Beziehung gegen die Regierung zu erheben. Meine Herren, wozu jetzt Ihr Oho? Warten Sie meine Sätze ab. Meine Herren, ich weiß auch, daß gewisse Empfindlichkeiten in gewissen jüdischen Kreisen sehr lebhaft sind, daß man sich beklagt, wie mehr oder minder allgemeine Zuschriften, die allerdings von höchst ausgezeichneter Stelle ausgegangen sind, lange Zeit gänzlich unbeantwortet geblieben sind und dann endlich auf Andringen erst eine überaus kühle Zurückweisung gefunden haben. Ich meine aber auch hier, ein Ton läßt sich nicht vor den Richter stellen und am wenigsten ein Ton der Kühle und der Zurückhaltung.

Meine Herren, nein, nicht auf diesen Punkt richtet sich meine Interpellation. Meine Interpellation greift den Punkt auf, wo die Bewegung übergegangen ist auf den politischen und auf den legislativen Boden, sie knüpft an die Thatsache an, daß in agitatorischer Weise durch das ganze Land hindurch die Erwartung verbreitet wird, die Königliche Regierung könne sich dazu entschließen, die verfassungsmäßig und reichsgesetzlich gewährleistete volle Gleichberechtigung der Juden zu beschränken.

Meine Herren, wie leidenschaftlich diese Erwartungen sind, mit welcher leidenschaftlichen Stärke dieselben gegenüber der Staatsregierung gehegt werden, dafür, meine Herren, ist wiederum die Petition ein Beweis, die ich vielfach angezogen habe. Sie wissen, diese Petition enthält den Satz, daß die Juden von allen obrigkeitlichen — noch hinzugefügt in Klammern: „autoritativen“ — Stellungen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienst, namentlich als Einzelrichter, eine angemessene Beschränkung erfahren. Nun, obgleich dieser Satz in der Petition enthalten ist, so

hat doch das einladende Begleitschreiben von der Petition gerühmt, daß die Staatsregierung in der Lage sei, der Petition Folge zu geben lediglich auf dem Wege der Verwaltung, ohne jede Zuziehung der gesetzgebenden Faktoren! So, meine Herren, macht die erregte Leidenschaft blind, so übersieht sie, daß hier an die Staatsregierung die Anforderung gestellt wird, im Wege der Verwaltungspraxis die Reichsgesetzgebung, die preußische Verfassung zu untergraben und lahm zu legen.

(Sehr richtig!)

Es ist in der That der Versuch einer Verleitung zum Bruch der höchsten Pflichten, ja zum Bruch des Verfassungseides, welche der Staatsregierung obliegen und welchen sie geleistet hat. Meine Herren, es ist dies der Ausdruck einer Verirrung der Leidenschaft, ich werde mich hieran ferner nicht heften, ich halte es für eine Verirrung, die in der Gemüthsverfassung, in die man sich selbst hineinagitirt hat, entschuldbar ist. Nein, ich halte mich an die loyale Deutung, die jener Petition und die den Erwartungen untergelegt werden muß. Nach dieser loyalen Deutung also wird die Erwartung überall gehegt, wird überall in agitatorischer Weise verbreitet, daß die Königliche Staatsregierung von demjenigen verfassungsmäßigen Einfluß, der ihr auf die Reichsgesetzgebung, der ihr auf die preußische Gesetzgebung zusteht, Gebrauch machen werde, um den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Konfessionen und mithin auch den verfassungsmäßigen Grundsatz der vollen Emanzipation der Juden in irgend welcher Weise wiederum zu beschränken, also in Wahrheit aufzuheben.

Meine Herren, wenn diese Erwartungen vorhanden sind, so muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß sie durch eine Reihe von Thatsachen eine gewisse Unterstützung finden können. Es ist leider eine Thatsache, daß der Herr Reichskanzler, der preußische Ministerpräsident, seiner Zeit, wenn ich nicht irre, auf dem vereinigten Landtage, zu den lebhaftesten Vertheidigern des Grundsatzes gezählt werden mußte, daß die Parität den jüdischen Mitbürgern nicht einzuräumen sei. Es ist eine vereinzelte, aber doch vielfach bemerkte Thatsache, daß die Verbreitung der bewußten Petition eine Empfehlung selbst in einem Blatte gefunden hat, von dem man annehmen muß, daß es nicht ohne Einfluß, daß es unter einer gewissen Verantwortlichkeit eines Königlichen Beamten steht. Und heute eben bei Beginn der Sitzung wird mir eine, jeder Zeit zur Disposition stehende Depesche aus einem westfälischen Orte vorgelegt, worin es heißt: „Amtlich durch den Landrath

dem Bürgermeister Aufforderung zur Unterschriftensammlung für Antisemitenliga zugegangen.“

(Unruhe.)

Meine Herren, wir können es doch auch unmöglich leugnen, daß es gerade Männer in der Reihe derjenigen Parteien — ich sage nicht diejenigen Parteien — daß es gerade die Blätter derjenigen Parteien, welche der Regierung näher stehen, es gewesen sind, welche die antisemitische Bewegung geschürt, geleitet und fortgepflanzt haben. Meine Herren, wir können endlich von unserem Standpunkte aus es allerdings nicht verschweigen, daß wir vor einer konservativen Regierung stehen,

(Abgeordneter v. Ludwig: Sehr mäßig.)

Ich will den Unterbrecher nicht nennen.

(Zuruf.)

Herr v. Brauchitsch, wenn Sie mich dazu autorisiren.

(Abgeordneter von Ludwig: Ich habe es gesagt!)

Präsident: Ich bitte, in den Unterbrechungen doch ein solches Maß zu halten, daß nicht ein vollständiger Dialog mit dem Redner entsteht.

Abgeordneter Dr. **Hänel:** Meine Herren, also ich sage, wir stehen immerhin vor einer konservativen Regierung, welche den konfessionellen Unterschieden eine sehr markante Einwirkung auf ihre Politik einräumt und welche, wie wir ja alle wissen, Mißständen und Aergernissen, die hervortreten, nur zu gern und zu rasch die gesetzliche Ermächtigung zu polizeilichen und diktatorischen Maßregeln entgegenzustellen beliebt.

Auf Grund von dem Allen glaubte ich, die Interpellation, wie ich sie gestellt habe, stellen zu müssen. Ich bitte, nicht das Verhältniß mißzuverstehen, in welchen meine Interpellation zu der darin angezogenen Petition steht. Diese Petition ist, wie ich ausdrücklich betont habe, für mich nur ein äußerer Anlaß, ein äußeres Beweisstück. Daß den Petenten Recht zu dieser Petition zusteht, daß sie es zu verfolgen haben, wie sie es wollen, daß die Regierung eingehende Antwort ertheilt, wie sie will, das ist alles ganz selbstverständlich und ist vollkommen abliegend von der Sache, die ich hier vertrete.

Meine Herren, ich stehe hier vollkommen selbstständig und unabhängig auf dem Rechte und zutreffendenfalls auf der Pflicht, welche mir Verfassung und Geschäftsordnung einräumt. Meine Herren, ich glaube, daß ich nicht nur be[illegible] sondern daß ich verpflichtet bin, gegenüber der König[illegible] Staatsregierung das Ersuchen auszusprechen, sie möge [illegible]er schweren verwirrten und verwickelten Lage der Ge-

müther und selbst gewisser sozialer Kreise, eine klare und feste Stellung einnehmen, insofern und insoweit jene Bewegung dahin ausläuft, den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundsatz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aufzuheben, ihn zu schmälern.

Die Verpflichtung, die ich in mir fühlte, diese Interpellation so zu stellen, wie ich sie gestellt habe, geht aus der Ueberzeugung hervor, daß eine runde und volle Erklärung von Seiten der Königlichen Staatsregierung: niemals werde sie sich dazu verstehen, jenem großen verfassungsmäßigen Grundsatz antasten zu lassen, jener garstigen Bewegung die praktische Spitze abbrechen wird.

(Sehr richtig!)

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß in dem Augenblick, wo auch eine konservative Regierung in Preußen erklärt, dieser verfassungsmäßige Grundsatz könne allen Erwartungen und allen Agitationen zum Trotz niemals preisgegeben werden, — ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine runde und volle Erklärung in diesem Sinne von wesentlicher Bedeutung ist für den vielfach gestörten weniger äußeren als inneren Frieden. Ich bin auch der festen Ueberzeugung, daß einer solchen Antwort gegenüber insbesondere jene unsere jüdischen Mitbürger, die jetzt abgeschreckt worden sind, die in der Freudigkeit ihres Wirkens gestört worden sind, die vor allen Dingen . . . .

(Unterbrechungen im Centrum. Lachen rechts.)

Ja, meine Herren, das sind doch Thatsachen, die Sie nicht leugnen, die Sie von Ihrem Standpunkt aus beklagen mögen!

(Zuruf im Centrum: Wucher! Wucher!)

Sie sagen mir Wucher? Also solche antisemitische Redensarten werden Einem selbst auf dieser Tribüne entgegengeworfen! So tief hat die Leidenschaftlichkeit gewüthet, ich muß sagen in einzelnen Köpfen und, füge ich hinzu, in einzelnen Herzen!

Ich sage also: eine volle und runde Beantwortung seitens der Staatsregierung und vor allem auch unseren jüdischen Mitbürgern, die sich hoch verdient gemacht haben in Staat, Gemeinde und allen bürgerlichen Lebensverhältnissen, wird nun die volle Sicherheit zurückgeben, die Freudigkeit des Schaffens, auf welche sie ein Recht haben, wie jeder andere Staatsbürger. Ich bin endlich der Ueberzeugung, daß gerade dieses Halt! das man der Bewegung durch eine solche runde und volle Erklärung entgegensetzt, von der entschiedensten Wirkung sein wird für die Bestrebungen der Führer und Lehrer im

Judenthum, die die volle Assimilation der noch nicht voll in uns aufgegangenen Reste herbeiführen wollen. Meine Herren, ich hoffe, wünsche und glaube, daß die Königliche Staatsregierung sich veranlaßt sehen wird zu der Erklärung, wie ich sie gewünscht habe. Allein ich erkläre Ihnen ganz offen und rund, wenn ich die Erwartung hegen müßte, daß die Königliche Staatsregierung eine solche Erklärung nicht abgiebt, daß sie in Verzögerungen und Ausweichungen sich einläßt, daß sie sich, ich weiß nicht an welchen formalistischen Kleinkram anklammert — selbst wenn ich erwarten müßte — was ich nicht thue, daß dies geschehe — ich würde diese Interpellation doch gestellt haben! Denn ich halte dafür, daß die Verantwortlichkeit, die die Staatsregierung aus einer solchen Zögerung und Ausweichung treffen müßte, klar vor dem Lande und klarer vor uns gestellt werden muß. Ich meine, daß die Regierung unter einer solchen Voraussetzung auch selbst wünschen müßte, die Verantwortlichkeit zu ihrem Theile mitzutragen für den Weitergang, für das Weiterwachsen einer Bewegung, die ich in Uebereinstimmung mit den Verdikt des europäischen Kongresses betrachte als einen Feind unserer europäischen Civilisation, unserer nationalen Ehre!

(Bravo! links, Unruhe rechts.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation ertheile ich das Wort dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums.

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf **zu Stolberg-Wernigerode:** Meine Herren! Die vorhin verlesene Interpellation des Herrn Abgeordneten Hänel geht davon aus, daß eine Petition an den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten verbreitet werde, welche die wörtlich aufgeführten 4 Forderungen an die Staatsregierung erhebt. In Veranlassung dessen richtet die Interpellation die Anfrage an die Staatsregierung, welche Stellung dieselbe Anforderungen gegenüber einnehme, „die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen."

Hierauf muß ich zunächst konstatiren, daß eine solche Petition, wie hier erwähnt ist, bisher an die Staatsregierung nicht gelangt ist, und daß diese daher auch nicht in der Lage war, den Inhalt derselben in amtliche Erwägung zu ziehen. Gleichwohl, meine Herren, nimmt die Staatsregierung nicht Anstand, die an sie am Schlusse der Interpellation gerichtete Frage dahin zu beantworten, daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung ausspricht, und daß das Staatsmini-

sterium nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen.

(Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident: Der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Freiherr **v. Minnigerode:** Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der vorliegenden Interpellation.

Präsident: Die Besprechung ist auch von anderen Seiten, von den Abgeordneten Kloß und Rickert beantragt. Ich frage, ob dieser Antrag Unterstützung findet und bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Es findet eine Besprechung statt.

Ich eröffne die Diskussion und bitte die Rednerliste zu gestalten.

(Die Rednerliste wird gestaltet.)

Die Rednerliste hat sich gestaltet, wie folgt: gegen sind eingetragen die Herren Abgeordneten Dr. Reichensperger (Olpe), Dr. v. Heydebrand, Hobrecht, Bachem, Dr. Windthorst, v. Kröcher, Stöcker, Strosser, Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Hohenzollern), Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Graf Clairon d'Haussonville, Dr. Lieber, v. Luck, Dr. Reichensperger (Köln), Freiherr v. Schorlemer-Alst, Dr. Roeckerath und für die Abgeordneten Seyffarth, Dr. Virchow, Struve, Träger, Dr. Meyer (Breslau), Kieschke, Neßler, Rickert und Vollerthun.

Ich ertheile zunächst das Wort gegen dem Abgeordneten Dr. Reichensperger (Olpe).

Abgeordneter Dr. **Reichensperger** (Olpe): Meine Herren, ich bin mit der Königlichen Staatsregierung ganz darin einverstanden, daß sie keine formelle Veranlassung gehabt hat, die gestellte Frage zu beantworten, nämlich die Frage, welche Stellung sie nehmen werde und wolle zu den hier vorgeführten vier Petitionsforderungen

(Zuruf: Davon steht nichts drin!)

— doch, es steht in dem Tenor der Frage, welche Stellung sie gegenüber jener Petition zu nehmen gedenke. Nun, wenn der Herr Interpellant, wie es scheint, darauf drücken will, daß er bloß eine Erklärung der Staatsregierung über die Frage betreffend die verfassungsmäßige Gleichberechtigung Aller habe, — wenn er die Frage darauf beschränkt wissen will, so bin ich damit einverstanden, glaube aber, daß der Wortlaut der

Interpellation das nicht bedeutet, — daß er vielmehr nur die Deutung zuläßt, daß in den Augen des Herrn Interpellanten alle vier Punkte als unter die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden fallend bezeichnet sind. Das wäre dann aber ein gewaltiger Irrthum, wie ich das noch mit einigen Worten zeigen will.

(Zuruf)

— Nun gut, also die Herren scheinen keine Antwort auf die vier einzelnen Petitionspunkte erwartet zu haben, — dann aber bin ich der Meinung, daß es doch wohl räthlich und richtig gewesen wäre, diese vier Punkte überhaupt aus der Interpellation herauszulassen,

(sehr wahr!)

uns damit nicht zu behelligen und nach der Seite des Publikums hin — worauf wohl die ganze Aktion lediglich abgesehen zu sein scheint — zu vexiren.

(Sehr richtig!)

Also es beschränken sich die Herren auf die Frage, welche Stellung die Staatsregierung gegenüber der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger einnehmen wolle. Ich habe nichts dagegen. Sie haben auch eine Antwort erhalten, obgleich die Staatsregierung formell nicht dazu verpflichtet war; Sie haben sie erhalten aus Gründen, die ich vollständig theile und würdige, und ich freue mich dessen, daß die Staatsregierung diese Erklärung abgegeben hat, daß sie bei dem Prinzip der vollen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung Aller stehen bleiben will. Ich meinestheils hätte sogar gewünscht, daß die Staatsregierung noch hinzugefügt hätte, daß sie auch auf dem Verwaltungswege nicht gedenke, eine andere Behandlung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern eintreten zu lassen, vielmehr das Prinzip der Gleichheit auch auf diesem Boden gewahrt bleiben werde. Denn, meine Herren, wir, meine politischen Freunde, haben leider Veranlassung genug gehabt zu empfinden, was das bedeutet.

(Hört! Hört! im Centrum. — Heiterkeit.)

Nun, meine Herrn, was die Interpellation selbst anlangt, so kann es wohl nicht meine Absicht und noch weniger meine Aufgabe sein, auf alle die thatsächlichen Verhältnisse hier einzugehen, die der Herr Interpellant angeführt hat, und zwar immer mit einem gewissen starken Accent gegen ein Mitglied dieses Hauses, der an die Spitze dieser Agitation gestellt worden ist, und dem nicht ganz freundliche Seitenblicke zugewandt worden sind. Ich glaube, die thatsächliche Erörterung dieser Verhältnisse wird von der betreffenden Seite aus hinreichend erfolgen; ich für meinen Theil erkläre aber

von vorn herein, daß ich in der angegriffenen Persönlichkeit keinen Agitator in dem bösen Sinne des Worts zu erkennen vermag, sondern daß ich den Muth bewundere, mit dem jener Herr es gewagt hat, in ein Wespennest zu schlagen,

(Bravo! rechts.)

dessen Bedeutsamkeit ich noch mit einigen Worten Ihnen zum Bewußtsein bringen werde.

Also, meine Herren, auf diese thatsächlichen und persönlichen Fragen werde ich mich nicht einlassen; es wird meines Erachtens meine alleinige Aufgabe sein, auf den Geist, der die Interpellation diktirt hat, mit einigen Worten einzugehen und nach jener Richtung hin etwas zu beleuchten. Ich bin der Meinung, daß der Herr Interpellant seiner Aufgabe von vorn herein einen möglichst schlechten Dienst geleistet hat, indem er anhub von dem Berliner Kongresse, der hier den Rumäniern die Verpflichtung aufoktroyirt hat, ihre werthen jüdischen Mitbürger, die sie nicht so hoch zu schätzen vermögen, wie der Herr Interpellant es thut, mit gleicher bürgerlicher und staatsbürgerlicher Berechtigung bei sich aufzunehmen. Das, meine Herren, hätte meines Erachtens der Herr Interpellant lieber ruhig für sich behalten sollen. Denn in meinen Augen ist diese Thatsache nur ein Beweis dafür, welch unermeßliche i n t e r n a t i o n a l e Macht bereits jene kleinste Minorität in allen Ländern davongetragen hat.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Das, meine Herren, ist die Erklärung jenes Räthsels und die Erklärung dafür, daß sogar ein Staat, wie Rußland, dazu übergegangen ist, dieses Gesetz den Rumäniern aufzuoktroyiren — ein Staat, von dem in den öffentlichen Blättern zu wiederholten Malen behauptet worden ist, daß ihm von Seiten jener jüdischen Börsenmachthaber gesagt worden sei, daß von einer russischen Staatsanleihe weiter keine Rede sein werde, wenn man nicht diese modernen Staatsprinzipien, die man richtig nach Rumänien hinübergeführt hat, auch in Rußland selber zur Geltung bringen werde —, ganz besonders die hier in Rede stehende Gleichberechtigung. Point d'argent, point de Suisses! Da hat dann der russische Staat sich zum Schildhalter für die Interessen der rumänischen Juden hergegeben, während er allen nicht orthodoxen russischen Unterthanen gegenüber eine Stellung einnimmt, die ich nicht näher zu charakterisiren brauche, da dies für jeden, der in öffentlichen Dingen überhaupt orientirt sich nennen will, in dem bekannten englischen Blaubuch zum Uebermaß deutlich dargelegt ist vor der ganzen diplomatischen Welt.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, was die Grundanschauung angeht, die den Vortrag des Herrn Interpellanten durchdringt, so muß ich mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß eine so große Verkennung der wirklichen Dinge, der wirklichen Sachlage in ihm dokumentirt wird. Seine Auffassung geht dahin, daß die ganze Agitation diktirt sei durch den Racenhaß und durch einen neu angefachten Religionshaß, — und merkwürdigerweise hat der Herr Interpellant diesen vermeintlich angefachten Religionshaß noch gewissermaßen unter seine Aegide genommen, während ich den Religionshaß noch weit mehr perhorresziren zu müssen glaube, als selbst den Racenhaß, — darum, weil er weit mehr das Innerste aller Gemüther erfaßt, — weil er also hundertmal gefährlicher ist, als der wirklich oder vermeintlich angefachte Racenhaß. Nein, meine Herren, wenn die Männer von der Fortschrittspartei das meinen, was sie hier gesagt haben, so kann ich sie nur versichern, daß sie nur wieder einen neuen Beweis für die Thatsache geliefert haben, daß sie das Volk, von dem sie immer sprechen, ja das sie par excellence zu vertreten vorgeben, gar nicht kennen!

(Sehr richtig!)

Diese weit verbreitete und tiefgreifende Agitation, die auch nicht meinen ganzen Beifall hat, ist nicht diktirt durch Racenhaß und religiösen Fanatismus, sondern er ist wesentlich und primo loco diktirt durch das Gefühl, daß nationale und ganz besonders soziale Interessen in Frage stehen und gefährdet sind. Das, meine Herren, ist der Ausgangspunkt, der dieser Bewegung eine so weite und tiefe Verbreitung verschafft hat. Ich, meine Herren, bin der Meinung, daß das Volk wohl in der Lage gewesen ist, sich zu fragen, welche Stellung denn in der Wirklichkeit jene emanzipirte Klasse unserer Staatsbürger (emanzipirt erst seit dem Jahre 1848 resp. 1850) in dieser letzten Generation eingenommen hat — und zwar auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, dem ökonomischen, politischen, literarischen und namentlich auf dem journalistischen Gebiete. Auf allen diesen Gebieten ist thatsächlich die Meinung in den weitesten Kreisen verbreitet, daß die Wirksamkeit jener Klasse unserer Mitbürger durchweg und der Regel nach eine schädliche, eine beeinträchtigende sei,

(sehr richtig! rechts)

also eine Stellung und eine Wirksamkeit, die auf die Dauer nicht ertragen werden wird. Das, sage ich, ist die Meinung, die in den betreffenden Volkskreisen gehegt wird. Und, meine Herren, wenn hier so oft die Rede gewesen ist von der Frage, ob und inwieweit wirklich alle die Vorwürfe begrün=

det sind, die dahin tendiren, daß die produktive Arbeit jener unteren Volksklassen ausgebeutet werde durch einen nicht produktiv arbeitenden, sondern spekulirenden Theil unserer Gesellschaft, — wenn die Frage aufgeworfen worden ist, ob und in wieweit namentlich die Kapitalherrschaft, die sich vielfach oder zu einem erheblichen Theil in den Händen der betreffenden Mitglieder unserer Staatsgemeinschaft befindet, hierbei wucherisch mißbraucht worden sei, dann habe ich meinerseits mich stets gehütet, ein bestimmtes Urtheil darüber abzugeben, weil ich es nicht verantworten kann. Allein es besteht einmal das weitverbreitete Gemeingefühl, daß der wesentliche Träger dieser Ausbeutung des Volkes gerade in der bezeichneten Richtung zu finden sei. Und, meine Herren, wenn ich hier vom Volke rede, dann meine ich keineswegs bloß das sogenannte „gemeine Volk," auf das man stellenweise etwas herabsehen zu dürfen glaubt, obgleich es gerade der eigentliche Kern und die Basis unserer Volksgesammtheit ist.

Freilich, meine Herren, hier geschieht das nicht. Ich will also nur sagen, daß, wenn ich vom Volke spreche, in dem solche Empfindungen bestehen, wie ich sie angedeutet habe, dann will ich damit wesentlich eingeschlossen wissen auch viele Gebildete, sehr viele Gebildete und viele Liberale und Hochliberale. Und, meine Herren, wenn Sie das übersehen sollten, dann will ich Ihnen keinen Eigennamen, keine persönliche Namen hier vorführen, aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht möchte, daß auf eine solche Anführung meinerseits Rekriminationen gegen jene Personen erfolgen könnten, die sie nicht zu beantworten im Stande sind, weil sie abwesend sind. Aber, meine Herren, für um so verwerflicher muß ich es erklären, wenn in derjenigen Presse, die auf dem Standpunkt des Herrn Interpellenten steht, sogar Namen genannt werden, über deren Ansichten unsere Loyalität es uns Allen verbietet, auch nur ein einziges Wort auszusprechen.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber, meine Herren, ich kann doch jedenfalls solche anonyme Personen hier anführen, die von den Herren Gegnern einigermaßen berücksichtigt werden sollten. Ich will an die Presse erinnern, und an einen großen Theil der liberalen Presse, die dennoch durchaus nicht auf dem Standpunkt des Herrn Interpellenten steht. Ich will nur, um zwei zu nennen, an die „Schlesische Zeitung" erinnern und an „die Grenzboten", beides Blätter, deren liberaler Charakter, glaube ich, bisheran man noch nicht bestritten hat.

(Lebhafter Widerspruch links.)

Also doch! Also ich konstatire das Zeugniß des Herrn Abgeordneten Richter, daß „die Grenzboten“ nicht liberal sind; dieselben aber nennen sich selber liberal und bestreiten vielleicht Ihnen den Charakter des ächten Liberalismus und bezeichnen ihren desfallsigen Gegner als Demagogen und Demokraten. Also ich, meine Herren, spreche von derjenigen Kategorie der Liberalen, die sich als solche fühlt, gerirt und im Allgemeinen anerkannt ist und bleibt.

Diesen Thatsachen gegenüber bin ich wirklich der Meinung, daß mit dem souveränen Doktrinarismus, der uns hier entgegengetragen worden ist, die Sache in der That nicht todtgeschlagen werden kann. Das Prinzip des verfassungsmäßigen Rechts erkenne ich vollständig als ein nothwendiges, als ein berechtigtes an. Aber, meine Herren, ich bin doch der weiteren Meinung, daß diejenigen Mitglieder unserer Staatsgenossenschaft, die erst seit dem Jahre 1848 diese Emanzipation erlangt haben, dessen etwas mehr bewußt bleiben, was sie dafür dem deutschen christlichen Volke schulden, —

(sehr richtig!)

daß sie nicht immer der Meinung sein dürfen, als hätten sie nur Rechte innerhalb der christlichen Gemeinschaft, keine Pflichten — ja als hätte unser Volk keine andere Bestimmung, als den Interessen und Wünschen und Ansprüchen der Juden zu dienen!

(Sehr wahr! rechts.)

So, meine Herren, steht es nicht. Diese Emanzipation muß noch erst verdient werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich, meine Herren, kann als Zeuge sprechen, wie sie zu Stande gekommen ist, da sie unter meiner und meiner Freunde Mitwirkung zu Stande gekommen ist. Wir haben im Jahre 1848 und 1850 diese volle bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger mit durchgesetzt. Damals ist es Niemanden in den Sinn gekommen, zu meinen, daß sie eine Belohnung sein soll für bereits bewährte und geleistete Bürgertugend. Das war nicht der Gedanke; im Gegentheil, es wurde ziemlich allgemein anerkannt, wie es auch der Herr Abgeordnete Hänel hier anerkannt hat, daß manche Charakterzüge bei diesen unseren Mitbürgern sich fänden, die eher antipathisch und abstoßend wirken mußten. Wir haben uns aber gesagt, daß ein großer Theil dieser bedauerlichen Erscheinungen entschuldigt werden könne und müsse als die Folge der bisherigen Unfreiheit der Juden. Wir haben aber dabei das Vertrauen gehabt, daß die damals

gewährte Freiheit diese Verhältnisse anders machen werde. Ich, meine Herren, will nicht darüber aburtheilen, ob und inwieweit diese Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Ich erkenne meines Theiles bereitwilligst an, daß sehr viele gute, ehrenwerthe, respektable Elemente in jenen Kreisen vorhanden sind, und bedaure nur das Eine, daß diese guten Elemente nicht so regsam sind, wie die anderen,

(sehr richtig! im Centrum)

daß sie nicht ihren guten Standpunkt ebenso zur Geltung bringen, wie die Andern, um so ein besseres Urtheil und eine bessere Erkenntniß bei dem deutschen christlichen Volke hervorzurufen, als es heute besteht. Ich erkenne bereitwilligst an, daß aus jenen guten jüdischen Kreisen auch Vereine gegen die Wucherausbeutung hervorgegangen sind, — mir fällt es also nicht ein, die Gesammtheit der Judenschaft verantwortlich zu machen für die Klagen, die desfalls gegen sie erhoben werden. Und auf der anderen Seite brauche ich ja gar nicht hinzuzufügen, wie es mir nicht einfallen kann, jene traurigen Erfahrungen in unserem Volke lediglich auf die jüdische Seite hin zu werfen. Nein, es giebt auch Christen genug — ich könnte vielleicht besser sagen, wie der alte Leo sagt: in Wasser abgewaschene Heiden, die auf diesem Gebiete jeden Wettlauf mit den Juden aushalten.

(Sehr gut! im Centrum.)

Meine Herren, ich bin der Meinung, daß eine solche Untersuchung nach dem Maße der Schuld hier nicht Platz greifen soll, jedenfalls so lange nicht, als nicht irgend wer im Stande ist, zu behaupten und zu beweisen, daß ein absoluter Nothstand eingetreten sei, wo also eine unbedingte Nothwehr, selbst mit Gewaltmitteln geboten, gerechtfertigt wäre, wenn man sich nicht mehr anders zu helfen weiß. Noth kennt eben kein Gebot! Eine solche Lage erkenne ich aber in der Gegenwart nicht an und ich hoffe, daß wir sie auch in der Zukunft nicht erleben werden.

Ich beharre also bei dem Standpunkt, den meine politischen Freunde von Anfang an in unserm Verfassungsleben eingenommen haben — ich beharre bei dem Standpunkt der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger. Aber, meine Herren, nicht um irgend wen zu verletzen, sondern um die Zukunft womöglich besser zu gestalten, muß ich hinzufügen, daß gerade unsere jüdischen Mitbürger meinen politischen Freunden und mir es so schwer, wie nur immer möglich, gemacht haben, auf diesem konstitutionellen, verfassungsmäßigen Standpunkt zu verharren.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Wir, meine Herren, meine politischen Freunde und ich — und das darf ich laut in diesem Hause sagen, weil dieser Saal es bezeugt, wir dürfen erklären, daß durch unsere Energie im Jahre 1856 die Artikel 4 und 12 der Verfassungsurkunde aufrecht erhalten worden sind, bei einer verhältnißmäßig schwachen Minorität meiner damals verhältnißmäßig zahlreichen Partei und der beiden minder zahlreichen liberalen und konstitutionellen Parteien. Wir, als damalige kleine Minorität, haben eine große Majorität selbst in der Landrathskammer errungen und das Votum erwirkt, welches den Antrag Wagener zurückgewiesen hat, der die bürgerliche und politische Gleichberechtigung der Juden mit den Artikeln 4 und 12 der Verfassungsurkunde über den Haufen werfen wollte. Und nun, meine Herren, haben wir die Quittung der Juden auf diesen unsern Schuldtitel seitdem bekommen,

(Nein! im Centrum)

im Laufe der ganzen letzten zehn Jahre!

(Sehr gut!)

Dem gegenüber, was *wir* für die politische und verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden gethan haben, haben wir eingehandelt die äußerste und gewaltsamste Feindschaft und Verfolgung gerade aus jenen Kreisen.

Meine Herren, ich will es Ihnen zeigen. Im ganzen Kulturkampf stand namentlich die jüdische Presse in erster Linie der Gegnerschaft gegen uns. Ich will hier dazwischen werfen, daß es mir unvergessen ist, daß der damalige Abgeordnete Lasker in dieser Beziehung eine vielfach andere Stellung, als seine übrigen Fraktionsgenossen, eingenommen hat, das vergesse ich nicht. Aber, meine Herren, damals hat die in den Händen unserer jüdischen Mitbürger befindliche oder unter ihrem Einfluß stehende Presse in aller Weise dazu gearbeitet und beigetragen, daß diejenigen Verfassungsartikel, die *unsere* Religionsfreiheit schützten, über den Haufen geworfen wurden!

(Sehr wahr! im Centrum.)

Und, meine Herren, damals und bis jetzt hat dieselbe Presse alle diejenigen *Verunglimpfungen*, die gegen unsere heiligsten Gefühle und Interessen durchweg laut geworden sind, auf allen Gebieten *überboten*!

(Sehr wahr! im Centrum.)

Der Herr Abgeordnete Hänel hat das Wort „Cynismus“ auf die Presse angewendet. Wahrlich, ich darf dies Wort auch hier anwenden, und glaube nicht, daß irgend wer bestreiten kann und will, daß im Großen und Ganzen wenigstens die Sache richtig von mir dargelegt worden ist.

Ich nun, meine Herren, kann Ihnen sagen, daß ich seit Jahren schon vorhergesehen habe, daß ein Tag der Abrechnung kommen werde, kommen müsse, — denn meine Herren, diese Aktionen sind keineswegs bloß gerichtet gewesen gegen unsere katholischen Interessen, sondern gegen das ganze christliche Prinzip, gegen alle Christen, als wäre ganz Deutschland bereits im Semitenthum aufgegangen!

(Sehr wahr!)

Dagegen, meine Herren, ist denn schließlich eine Volksverbitterung hervorgetreten, die ich nicht unbedingt billige, — die möglicherweise in einigen Punkten zu weit geht; aber Jeder wird anerkennen, daß auch die allerchristlichste Geduld endlich einmal reißen kann.

(Sehr wahr!)

Das Wort: Tensus rumpitur arcus, welches ich vor wenigen Monaten auf der Brücke in Luzern unter dem Tellschuß gesehen habe, gilt auch in Deutschland, und auch der deutsche Michel hat nur eine Geduld, die endlich reißen kann.

Ich, meine Herren, versichere Ihnen, daß ich das, was ich hier vorbringe, nicht thue, um zu verletzen oder um mich zu rächen, sondern daß ich es sage in der Hoffnung, daß eine Einkehr und eine Umkehr auch in dieser Beziehung bei unsern jüdischen Mitbürgern stattfinden möge. Jedenfalls möchte ich denselben im Hinblick auf alles das, was in der Vergangenheit geschehen ist, denn doch den Rath geben, sich nicht allzu empfindlich oder empfindsam zu zeigen, wenn auch ihnen einmal auf die Füße oder vielleicht gar auf die Hühneraugen getreten wird, —

(Heiterkeit)

daß sie sich nicht daran gewöhnen mögen, in Gemäßheit der Pferdebahnwagenscene, an die ja Herr Hänel geglaubt hat erinnern zu müssen, auf wirkliche oder vermeintliche Verbalinjurien mit Realinjurien und Ohrfeigen zu antworten. Nein, meine Herren, das wird auf die Dauer nicht gehen, — das könnte jenen Herren in der That recht schlecht bekommen! Und nun, meine Herren, wer tritt denn jetzt hier als Schildhalter, als Ritter für die Humanität, für die Freiheitsrechte, für die Verfassungsrechte unserer jüdischen Mitbürger ein? Es ist der Herr Abgeordnete Dr. Hänel an der Spitze seiner fortschrittlichen Freunde und verstärkt durch einige Sezessionisten.

(Große Heiterkeit.)

Ich, meine Herren, erinnere mich noch recht wohl, und meine Kollegen werden sich auch dessen erinnern, daß es einmal eine Skandalscene in Moabit gegeben hat. Wo sind

denn darauf solche Interpellationen Seitens der Fortschrittspartei gekommen?

(Sehr wahr!)

Nein! Petitionen um Vernichtung dieses kleinen sogenannten Klösterchens, worin, glaube ich, drei oder vier Dominikaner gewohnt haben; sie sollten vollends aufgelöst und vertrieben werden; das sollte die Antwort sein auf jene Skandalscene.

(Sehr gut!)

Aber, meine Herren, welche Stellung haben denn jene Ritter der Freiheit und des Verfassungsrechtes eingenommen während der zehn langen Jahre des Kulturkampfes, dem sie ja diesen lieblichen Namen sogar gegeben haben. Welche Stellung haben sie dabei eingenommen? Keine andere als die, daß sie die drei fundamentalen Verfassungsartikel, wie alle Welt sie im Frankfurter Parlament, in der Berliner Nationalversammlung, in den Revisionskammern immer angesehen hat, — daß sie, sage ich, diese drei fundamentalsten Artikel 15, 16 und 18 zuerst revidirt haben, und nachdem sie sich überzeugen mußten, daß kein Atom verfassungsmäßig garantirter Religionsfreiheit in der Verfassung bleiben durfte, wenn die Falk'schen Gesetze sollten angenommen werden, da hat man sie alle drei kassirt!

(Hört, hört!)

Und, meine Herren, was die fortschrittliche Verfassungstreue im Allgemeinen anlangt, so ist es mir noch sehr gegenwärtig, wie damals ein hervorragendes Mitglied dieser Fortschrittspartei, welches nach mir sprechen wird und einen etwaigen Irrthum rektifiziren kann, was also der Herr Abgeordnete Dr. Virchow damals für eine Stellung eingenommen hat. Als nämlich nach Revision dieser 3 Artikel von neuem Falk'sche Maigesetze eingebracht wurden und alle Welt anerkannte, auch der Herr Abgeordnete Virchow selbst, daß diese Gesetze selbst mit dem Inhalt der übrig gebliebenen Verfassungsartikel unverträglich seien, da hat er sein Sentiment dahin ausgesprochen, das schade nicht, diese Maigesetze könnten ohne weiteres votirt werden, es sei ja schon früher über Verfassungsbestimmungen hinweggegangen worden, auch hier könne man also munter darüber hinweggehen. Ja, diese Art von Verfassungstreue hat mich sogar noch vor einigen Tagen frappirt, als ich aus dem Munde eines anderen Mitgliedes der Fortschrittspartei, des Herrn Dr. Seelig — ich glaube, er gehört ja zur Fortschrittspartei — als ich von ihm die ganz unverfrorene Aeußerung hörte: der Artikel 9 unserer Verfassungsurkunde, der das Eigenthum für unverletzlich

erklärt, sei nicht anwendbar auf das Waldeigenthum, das sei ganz etwas anderes. Nun, meine Herren, wenn die Verfassungsurkunde so mißhandelt werden kann und wenn sogar ein Mitglied der Fortschrittspartei dies thut, dann werden vielleicht auch andere Herren in derselben verfassungsmäßigen Möglichkeit sein, zu sagen: ja die volle bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung besteht, aber von den Juden spricht die Verfassungsurknnde nicht, bei denen ist es ein ganz ander Ding. Dabei komme ich noch auf eine anderweite Anschauuug, die in dieser Partei außerhalb des Hauses noch in den letzten Tagen hervorgetreten ist. Ich will nur mit einem Worte daran erinnern, wie sogar das Petitionsrecht nicht mehr sicher ist vor den liberalen und fortschrittlichen Angriffen im Breslauer Stadtrath. Da soll gegen einen Lehrer, einen Dr. Fechner, die Disziplimaruntersuchung eingeleitet werden,

(Hört!)

weil der sich erdreistet hat, die vorliegende Petition zu unterschreiben! Nun, meine Herren, wenn das unter der Mühler'schen Herrschaft vorgekommen wäre, welcher Lärm?!

(Sehr gut!)

Das Petitionsrecht, das fundamentalste, ohne jeden geschriebenen Buchstaben unbestreitbarste Recht wird dort nicht mehr anerkannt? Ja, meine Herren, erlauben Sie mir die Meinung auszusprechen, daß die ganze heutige Interpellation keine andere Bedeutung der Sache nach haben soll, als: die Ausübung des Petitionsrechtes in Beziehung auf die hier in Rede stehende Angelegenheit möglichst zu unterdrücken.

(Sehr wahr!)

Ich wenigstens kann mir keinen anderen Reim darauf machen, als daß man jetzt schon, wo noch gar keine aktuelle Frage vorliegt, die Erklärung der Staatsregierung eben nur zu dem Ende fordert, damit möglichst Viele, namentlich Beamte, abgeschreckt werden, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen und die Petition zu unterschreiben. Also ein präventiver Akt der Staatsregierung wird gegenüber der möglichen Anwendung des Petitionsrechtes erstrebt. Ich weiß ja nach dem Zwischenruf, den der Abgeordnete Hänel beim Beginn meines Vortrages mir zugewandt hat, ob ich noch annehmen darf, daß der Herr Interpellant auch unzufrieden ist oder nicht mit der Nr. 1 der Petitionsforderungen, wo von einer Verhinderung oder Beschränkung der Einwanderung die Rede ist, — ich weiß es nicht, ich möchte aber glauben, daß er das auch perhorreszirt? Ich höre auch keine verneinende Stimme, also ich erlaube mir, einige Worte darauf zu sagen.

[illegible] werde. Aber, meine Herren, [illegible] von der Fortschrittspartei nicht [illegible] was sie ihrerseits auf diesem Gebiete [illegible] haben? Die Herren haben keineswegs [illegible] die Einwanderung ausländischer [illegible] verhindern oder zu beschränken.

(Sehr gut! im Centrum)

[illegible], meine Herren, sie haben dazu mitgewirkt, daß [illegible] Deutschen und preußischen Staatsbürgern, die im [illegible] dem früheren Gesetze in jenen Orden eingetreten sind, [illegible] als Deutsche abgesprochen worden ist. Sie, [illegible] sind nicht einmal zur bloßen Verbannung über[illegible] ein Wort, das in keiner civilisirten Staatsgesetzgeb[illegible] mehr gehört werden darf. Das wollten Sie [illegible] nicht, — aber Sie haben ein anderes maßloseres [illegible] wählt. Sie haben die Jesuiten einfach geächtet, [illegible] die Staats- und Reichsangehörigkeit dieser ein[illegible] niemals bestraften, wohl aber im Kriege dekorirten [illegible] und Deutschen verneint!! Meine Herren, das haben [illegible] einmal bloß gegenüber den Jesuiten gethan, bei [illegible] annehmen will, daß für viele, die sich für gebil[illegible] die aber ihre desfallsigen Kenntnisse nur aus einse[illegible] [illegible] geschöpft, ein gewisser Entschuldigungsgrund [illegible] Ich weiß ja, es besteht ein Vorurtheil auf diesem Gebiete [illegible] aus Ereignissen hinter uns liegender Jahrhunderte, wä[illegible] aktuellen Wirksamkeit dieser Jesuiten meiner [illegible] im Reichstag kein Mensch ein Wort zu sagen [illegible] Allein nicht bloß den Jesuiten gegenüber ist [illegible] [illegible]schrittspartei diese Stellung eingenommen worden, [illegible] etwas mehr bedeutet, als Behinderung und [illegible] Einwanderung, sondern man hat neben [illegible] die „verwandten Orden" geächtet! — „[illegible] [illegible] Namen gar noch nicht einmal genannt [illegible] [illegible] deren Wirksamkeit [illegible] Fortschritts[illegible] [illegible] hat. Auch [illegible] haben die Männer [illegible]

Was nun endlich die Petition sub Nr. 3 anlangt, so weiß ich auch nicht recht sicher, ob hier ein Gravamen erhoben wird dagegen, daß der christliche Charakter der Volksschule und so weiter gewahrt werde. Nun, meine Herren, wenn auch hierauf sich das Gravamen der Herren von der Fortschrittspartei richtet, dann muß mich das doch doppelt wundern, indem sie alsdann beweisen würden, daß sie sogar den formellen Inhalt unserer noch bestehenden Verfassungsurkunde nicht kennen. Artikel 24 derselben bestimmt jedenfalls hinsichtlich der öffentlichen Volksschule, daß der konfessionelle Charakter sogar gewahrt werden müsse, also doch wohl a majori der christliche Charakter gegenüber den anzustellenden jüdischen Lehrern.

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, will ich nur noch mit einem Worte sagen, daß, wenn ich mich gegen Nr. 2 der Petition ausgesprochen habe, die Frage unter Nr. 3 vielleicht eine verschiedene Beurtheilung erfahren kann hinsichtlich der öffentlichen Volksschule gegenüber den höheren Schulen. Was endlich die Frage der Einwanderung anlangt, so ist sie jedenfalls keine Frage, bei der Rechtsmomente Platz greifen, sondern sie ist bloß eine Interessenfrage. Auf eine Einwanderung hat kein Ausländer Anspruch, also wahrscheinlich auch kein Jude; die Einwanderung und Zulassung zum Staatsverbande, respektive die eventuelle Naturalisation ist eine Frage des Interesses des betreffenden Staates. Es kann darum die Möglichkeit entstehen, daß auch nach dieser Seite hin Vorkehrungen getroffen werden, wenn es wirklich wahr ist, was behauptet wird, was ich aber nicht weiß, daß in übermäßiger Weise eine gewisse Grundsuppe

(sehr gut! rechts)

aus Rußland und Polen zu uns kommt. Denn es wird eben behauptet, daß diese Einwanderung wesentlich aus Elementen bestände, die keine Garantie produktiver, redlicher Arbeit gewähren, sondern daß es Elemente sind, die ich nicht näher charakterisiren will. Also nach dieser Seite hin glaube ich, daß eine faktische Frage vorliegt, die in diesem Augenblicke von mir wenigstens nicht bejaht werden will und kann, daß aber die sub 4 geforderte statistische Feststellung der Sachlage für die Zukunft nur im hohen Grade wünschenswerth sein kann.

Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Interpellation sowohl, wie die ganze Agitation, über die man Beschwerde geführt hat, eine gute Folge haben möge, — die nämlich, unsern jüdischen Mitbürgern die Nothwendigkeit zu

zeigen, sich etwas mehr der Besonnenheit und der Mäßigung zu befleißigen,

(Sehr richtig!)

und namentlich ihr die Erkenntniß beizubringen, daß mit dem thatsächlichen Besitz von Freiheitsrechten nicht Alles abgethan ist, daß vielmehr immer noch die ernste Rückfrage möglich bleibt, ob denn die Erwartungen, die man an die Emanzipation der Juden geknüpft hat, auch in Erfüllung gegangen sind oder doch gehen können und sollen. Daß das Alles nicht in einer Generation möglich ist, das sehe auch ich ein, — aber die Nothwendigkeit und die Räthlichkeit eines ernsten Einsehens und der Selbstprüfung nach dieser Seite hin möchte ich unseren jüdischen Mitbürgern doch recht dringend an's Herz legen!

(Bravo! rechts und im Centrum.)

Präsident: Das Wort hat für der Abgeordnete Seyffarth.

Abgeordneter **Seyffarth:** Meine Herren! Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, die Interpellation sei nur dazu eingebracht worden, um Eindruck auf das Volk zu machen, so kann ich ihm in gewissen Beziehungen Recht geben, denn es ist eine Agitation hervorgerufen worden, die den Frieden unseres Landes auf das Empfindlichste zu gefährden geeignet ist, und um dieser Agitation Einhalt zu thun, darum ist diese Interpellation gestellt worden.

Wie weit es mit dieser Agitation geht, das geht aus einem Anschreiben hervor, welches der Petition beigegeben ist. Da heißt es:

> Um dies zu erreichen, werden wir dieselbe in mehr als 100.000 Exemplaren successive versenden und zwar an alle unserer Sache geneigten Redaktionen, Bürgermeistereien, Superintendenturen, landwirthschaftlichen Vereine, an alle Landräthe,
>
> (Hört! hört! links.)
>
> Oberförster, an sämmtliche Steuer- und Wirthschaftsreformer, viele Richter, Aerzte und dergl.

Meine Herren, es kommt viel weniger auf die Petition an, als vielmehr auf diese ganze Agitation, welche schon sehr verderblich wirkt auch an denjenigen Orten, wo bisher der Friede geherrscht hat. Ich kann Ihnen sagen, daß in der [illegible], welche mich als ihren Abgeordneten hierher geschickt [illegible] bisher ein ungetrübter Friede geherrscht hat. Aber da [illegible] kleines Blatt, daß nennt sich „patriotische Zeitung" [illegible] auf jede mögliche Weise und schreibt [illegible] Wir Christen gebrauchen die Juden nicht"

„Kaufen wir Christen nur bei unsern Mitchristen." „Kaufe man alle seine Bedürfnisse nur bei Christen". Das ist groß und fett gedruckt. Nun, meine Herren, wenn also in dieser Agitation eine Gefahr liegt, so glaube ich, ist es recht, daß eine solche Interpellation hier eingebracht wird. Daß eine solche Interpellation und eine Antwort darauf, wie die Königliche Staatsregierung sie hier gegeben hat, eine solche Ruhe herstellen kann, hat sich in Oesterreich-Ungarn bewahrheitet, denn als dort ebenfalls eine solche Agitation in Scene gesetzt war, wurde eine Interpellation eingebracht und nachdem die dortige Staatsregierung gegen diese Agitation aufgetreten ist, hat sie ihr Ende erreicht. Ich hoffe, daß auch von heute ab der Agitation die Spitze abgebrochen werden wird.

Meine Herren, was mich aber ganz besonders bewegt, hier das Wort zu ergreifen, das ist der Umstand, daß man diese Frage zu einer Frage der Religion gemacht hat, daß man das Christenthum als in Gefahr hingestellt hat, daß man vom christlichen Standpunkte und vom christlichen Prinzip aus gerade diese Judenfrage schüren zu müssen glaubt.

(Zuruf.)

Der Abgeordnete Dr. Franz sagt mir, das wäre nicht der Fall. Nun, meine Herren, muß ich dagegen erwidern, daß die Schriften, welche in dieser Beziehung erschienen sind, genau diesen Standpunkt einnehmen — wenigstens viele —, daß sie vom christlichen Standpunkte aus die Juden bekämpfen. Ich habe hier eine solche Schrift, sie heißt: „Neu-palästina oder das verjudete Deutschland, ein milder Beitrag zur Kenntniß der Judenfrage im sogenannten deutschen Reiche." Darin steht:

> „Daß die Juden feindlich den Christen gegenüber stehen, ist für jeden unterrichteten und logisch denkenden Menschen eine bekannte Thatsache."

Ferner steht an einer anderen Stelle:

> „Die christlichen Bewohner der europäischen Länder fragen seit vielen hundert Jahren überall und täglich: giebt es denn keine göttliche und menschliche Macht, die uns von dieser Landplage befreit?"

(Heiterkeit.)

Und dann, meine Herren, ist nicht gerade diese Agitation von einer Partei ausgegangen, die das Christenthum auf ihre Fahne geschrieben hat, von der christlich-sozialen Arbeiterpartei. Nun, meine Herren, ich halte diese Agitation vielmehr für unchristlich und halte ich es denn für meine

Pflicht, zu sagen, daß diese Frage mit Christenthum gar nichts zu thun hat.

(Oho!)

Wir sind durch die Juden in unserem christlichen Bewußtsein nicht gestört, und wir werden in unserer christlichen Kirche durch sie nicht angegriffen.

(Unruhe.)

Meine Herren, ich will natürlich nicht vertreten, daß einzelne Blätter, welche selbst von den Juden nicht anerkannt werden, in dieser Beziehung geschrieben waren, aber das kann ich Ihnen sagen, daß jeder anständige Jude uns als Christen achtet und das habe ich vielfach auch in meinem Leben erfahren.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn wir doch erst weniger theoretische Streitigkeiten führten, als mehr praktisches Christenthum. Es ist vorhin gesagt worden von dem ersten Herrn Redner: der erste Grundsatz des Christenthums wie aller Religionen ist der: Du sollst deinen Nächsten lieben, als dich selbst.

(Sehr richtig!)

Gewiß, das ist der erste Grundsatz und der hat ihn aufgestellt, der da gesagt hat, die Summe aller Gebote ist, Du sollst lieben Gott deinen Herrn von ganzem Herzen, aber das zweite Gebot ist dem gleich: und deinen Nächsten als dich selbst.

(Unruhe)

Und als nun die Frage an ihn herantrat: wer ist denn mein Nächster? da erzählte er das schöne Gleichniß vom barmherzigen Samariter, welches alle diese konfessionellen Grenzen überschreitet. Aber, meine Herren, ich führe noch ein ganz besonderes Wort in dieser Beziehung an, es ist ein Wort des Apostel Paulus, welches so recht hierher paßt. Der spricht: „hat denn Gott sein Volk verstoßen? das sei ferne, Gott hat sein Volk nicht verstoßen.“ Nun, meine Herren, warum sollen wir es verstoßen, wenn Gott es nicht verstoßen? Wir die staubgeborne Menschheit!

(Heiterkeit)

Also vom christlichen Standpunkt ist diese Agitation vollständig zu verwerfen, aber ich nehme hier Gelegenheit, zu bezeugen, daß auch der Vorwurf des Klassenunterschiedes und der gesonderten Racen und nationalen Interessen, welchen man den Juden macht, gar nicht zutreffend ist. Meine Herren, als ich im Jahre 1873, nach dem großen Kriege, in der Schweiz mit einem französischen Juden zusammenkam, so war derselbe so sehr Franzose, daß man mit ihm über den Krieg

gar nicht sprechen durfte, und ich kann Ihnen bezeugen, daß auch unsere jüdischen Mitbürger in jener großen Zeit so sehr deutsch gewesen sind, daß sie jeden anderen deutschen Patrioten in keiner Weise nachgestanden haben werden.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere Sie an jene gewaltigen Unterstützungen, die gerade von dieser Seite gekommen sind,

(Ruf rechts: Anleihe!)

und da kann ich aus meiner eigenen Erfahrung sprechen. Ich stand mit an der Spitze eines Komité's, welches zusammengetreten war, die Verwundeten zu pflegen und zu unterstützen. Es war an einer Station, wo gewöhnlich Halt gemacht wurde,

(Lachen, rechts)

und wenn in Frankfurt am Main oder Halle an der Saale die Kräfte nicht zureichten, so reichten sie da alle Mal zu, und da waren es namentlich Juden, welche an der Spitze mit standen und welche ich in ihrer Opferwilligkeit und Ausdauer nur zu bewundern Gelegenheit hatte; sie waren Tag und Nacht auf den Beinen. Ich weiß also nicht, was man mit dem Racenunterschied will und warum man auf ihre Nationalität einen Stein werfen will. Sie sind in Deutschland gute Patrioten gewesen und sind es immer. Aber, meine Herren, ich kann aus meinen Erfahrungen heraus noch etwas anderes bezeugen. Sie wissen, daß wir Geistliche oft in die Lage kommen, Unterstützungen gewähren zu müssen nach vielen Seiten hin, nicht bloß materielle Unterstützungen, sondern auch, wenn arme Waisenkinder zu versorgen sind und dergleichen mehr. Mitunter reichen unsere Mittel nicht aus und da ist es mir denn immer begegnet, daß, wenn ich zu einem jüdischen Mitbürger gekommen bin, ich immer ein offenes Herz und eine offene Hand gefunden habe,

(Sehr wahr!)

und das, meine Herren, soll ihnen nicht vergessen werden. Und das haben sie nicht etwa gethan, um sich hervorzuthun, um sich einen Namen zu machen, sondern meistentheils sagten sie mir: wir wünschen aber nicht, daß unser Name hierbei irgend wie genannt wird.

(Sehr richtig! Hört, hört! links.)

Wenn unsere jüdischen Mitbürger in solcher Weise zu uns stehen, warum wollen wir sie hassen, warum wollen wir sie verfolgen?

(Unruhe.)

Und nun, meine Herren, um auf die politische Seite der

Frage zu kommen, lassen Sie mich zum Schluß ein Wort von Friedrich dem Großen anführen. Das lautet:

Die Politik eines Fürsten verlangt, meiner Meinung nach, daß er den Glauben seines Volkes nicht berühre, und vielmehr, so gut er kann, die Geistlichkeit seiner Staaten und seiner Unterthanen zur Sanftmuth und Duldung anleite.

(Hört, hört!)

Diese Politik ist nicht bloß übereinstimmend mit dem Geiste des Evangeliums, welches nur Frieden, Menschenliebe und Mildthätigkeit gegen die Nebenmenschen lehrt, sondern ist auch dem Nutzen der Fürsten angemessen, weil sie mittelst Ausrottung des falschen Religionseifers und des Fanatismus aus ihren Staaten auch den gefährlichsten Stein des Anstoßes und die schlimmste Klippe aus dem Wege räumen; denn die Treue und der gute Wille des Volkes halten nicht Stich gegen die Religionswuth und die Begeisterung des Fanatismus,

(sehr richtig!)

welcher sogar den Meuchelmördern als Lohn für ihre Verbrechen den Himmel öffnet und ihnen die Märtyrerpalme für den Tod als Belohnung verspricht. Ein Fürst kann daher den kindischen Priesterzänkereien, die meist nur Wortstreite sind, nicht genug Verachtung zeigen, und kann nicht aufmerksam genug sein, um den Aberglauben und die daraus entstehende Religionswuth zu ersticken.

Meine Herren! In diesen Worten athmet ein echt christlicher Geist der Toleranz, und wenn wir dies praktische Christenthum üben, dann lösen wir die Judenfrage und dann lösen wir auch jede soziale Frage.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. v. Heydebrand und der Lasa.

Abgeordneter Dr. **v. Heydebrand und der Lasa:** Meine Herren! Auf keiner Seite des Hauses wird man sich wohl der Bedenken verschließen, die es hat, wenn man eine Angelegenheit vor das Forum der Landesvertretung und damit vor das Forum des ganzen Landes zieht, welche in den weitesten Kreisen die Gemüther heftig erregt und die innersten Gefühle des Volks affizirt. Nachdem die Herren vom Fortschritt diese Interpellation an das Haus gebracht haben, obschon sie sich sagen mußten, daß sie damit Oel ins Feuer gießen und einen neuen Luftzug der glimmenden Asche zu-

führen würden, hatten es meine politischen Freunde und ich in vollster Uebereinstimmung nicht nur für Recht, sondern für Pflicht, dieser Frage zwar mit aller Ruhe und Objektivität, aber auch mit aller Bestimmtheit und Offenheit gegenüberzutreten.

Meine Herren, es wird mir fern liegen, durch meine Ausführungen oder Ausdrücke auch nur irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen oder reizen zu wollen, ich stehe den Personen ohne jede Animosität gegenüber, und ich halte es gerade nach den Ausführungen des Herrn Vorredners für nothwendig, an dieser Stelle die Bemerkung nicht zu unterlassen, daß diejenigen Juden, mit denen ich bisher in Verkehr zu kommen Gelegenheit hatte, ich als achtungswerthe und gute Staatsbürger kennen gelernt habe. Aber grade dieser Umstand veranlaßt mich zu dem Hinweis darauf, ob es nicht endlich einmal an der Zeit wäre, daß die Presse, welche in so großer Zahl unter dem Einfluß unserer jüdischen Mitbürger steht, welche mit solcher Energie die Rechte und die Bestrebungen der Juden vertritt, welche mit solcher Schärfe aber nicht immer wahrheitsgetreu, jede Regung kritisirt, welche im Widerspruch steht mit ihren Anschauungen, welche konform mit der Einleitung in dieser Interpellation von bedauerlichen Ausschreitungen spricht, auch endlich einmal die Frage erörtern möge,

ob nicht ein Theil unseres deutschen Judenthums selbst die Schuld trägt an dem Unfrieden des Augenblicks.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, was die formelle Seite der Interpellation betrifft, so ist es ganz unzweifelhaft und auch von keinem Menschen bestritten worden, daß man die Regierung über alle Sachen interpelliren kann, die nur irgendwie mit dem Staatsleben zusammenhängen. Aber, meine Herren, ganz ungewöhnlich ist es doch, daß man die Staatsregierung veranlaßt, Stellung zu nehmen zu einer Frage, die noch in keiner Weise an sie herangetreten ist, zu einer Regung, der gegenüber sie noch in keiner Weise zu Maßnahmen veranlaßt worden ist,

(sehr wahr!)

ungewöhnlich, meine Herren, will es mir erscheinen, daß man eine Petition zum Gegenstande dieser Interpellation macht, welche gar nicht an die Adresse des Hauses, sondern an eine ganz andere Adresse gerichtet ist, welche an diese Adresse noch gar nicht abgegangen, sondern überhaupt erst in der Vorbereitung begriffen ist. Und wunderbar, meine Herren, will es

mir erscheinen, daß gerade diejenigen Herren die Interpellation eingebracht und unterzeichnet haben, daß gerade diejenigen Herren indirekt die autoritative Stellung der Regierung um Schutz und Hülfe anrufen, die dieser selben Regierung bei jeder Gelegenheit die größten Schwierigkeiten bereiten,

(sehr gut!)

aus deren Reihen noch vor wenigen Tagen gegen die Mitglieder dieser selben Regierung Angriffe gerichtet werden sind, die die tiefste Indignation und den tiefsten Unwillen im ganzen Lande erregt haben.

(Sehr wahr! rechts, Unruhe links.)

(Abgeordneter Richter: Aber bloß bei den Landräthen!)

— Ich habe den Herrn Abgeordneten Richter mit seiner Einwendung nicht verstanden. Ich möchte dem Herrn Richter aber einen Kompromiß vorschlagen: entweder, er unterbricht mich so laut, daß ich ihn verstehen kann, oder er spart sich seine Bemerkungen bis zum Schluß der Diskussion auf und nagelt mich dann gründlich fest; — ich werde ihm in jeder Beziehung zur Disposition stehen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, betrachten wir die Presse, welche diese Interpellation so besonders begünstigt und welche, noch ehe die Staatsregierung überhaupt zu einer Sitzung zusammengetreten war, die Notiz brachte, die Staatsregierung werde dieser Interpellation gegenüber eine sehr entgegenkommende und freundliche Haltung einnehmen und diese Regungen auf das schärfste verdammen. Meine Herren, bekommt man da nicht unwillkürlich den Eindruck, als habe man es hier darauf abgesehen, einen Druck auf die Entschließung der Staatsregierung auszuüben? Die Hülfe der Staatsregierung zu requiriren gegen eine Regung, von der man überzeugt ist, daß sie nicht so ohne weiteres zu beseitigen ist? Konnte man sich nicht sagen, daß die Staatsregierung sich einfach auf den Boden der bestehenden Gesetzgebung stellen und danach antworten werde, wie diese Antwort in so präziser Form auch abgegeben worden ist? Und, meine Herren, weiter: man versucht es sogar in dieser Presse, die Verantwortlichkeit für diese Regung der konservativen Partei zuzuschieben, man kehrt in dieser Presse sogar die Spitze gegen die konservative Partei. Meine Herren, es liegt mir hier vor ein Artikel aus der „Posener Zeitung“, uberschrieben: „Konservative Ausschreitungen.“ Dieser Artikel schildert den Fall, der hier in Berlin vorgekommen und bereits von Herrn Reichensperger erwähnt wurde. Ich unterlasse es aber, meine Herren, Ihnen die einzelnen Sätze mitzutheilen, weil ich mich mit Unwillen

von diesen hier gebrauchten Worten und Wendungen abwende. Aber, meine Herren, den Schlußsatz, der mit ganz besonderem Applomb geschrieben ist, den kann ich Ihnen nicht vorenthalten. Der lautet folgendermaßen:

„Dieser" —

Also Kantorowicz

(Heiterkeit)

„nahm die Sache krumm, verabreichte dem einen der Helden eine Ohrfeige, womit die Judenfrage zu allseitiger Befriedigung erledigt war.

(Heiterkeit.)

Man muß zu jeder Zeit, an jedem Orte und bei jeder Gelegenheit gegen die Auswüchse der jetzigen konservativen Strömung protestiren."

(Lachen rechts.)

Und, meine Herren, das wagt ein Blatt zu schreiben in demselben Moment, wo alle übrigen Blätter des gleichen Kalibers in der höchsten sittlichen Entrüstung die Hülfe und den Schutz der Staatsregierung anrufen angeblichen Ausschreitungen gegenüber, die sich gegen das Judenthum richten. Nun, meine Herren, da frage ich doch wirklich ganz ruhig und objektiv: auf welcher Seite liegen hier die Ausschreitungen? Zweifellos auf Seiten der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen. —

(Bravo!)

Und, meine Herren, wie behandelt man in allen diesen Blättern das Petitionsrecht? Ich habe ja gelesen, daß man diejenigen Leute, welche die Petition unterzeichnet haben, mit den größten Schmähungen trifft; aber ich habe hier zu meinem großen Erstaunen eben erst von Herrn Reichensperger gehört, daß man sogar soweit geht, die Disziplinaruntersuchung gegen diejenigen zu beantragen, die eine Petition unterzeichnet haben, welche sich gegen das Judenthum richtet. Ja, meine Herren, da frage ich doch einfach wiederum ruhig und objektiv, hat nicht die Nationalzeitung doch wirklich Recht, wenn ihr gelegentlich der Satz entschlüpft:

„Es scheint wirklich, als ob es in Deutschland bald nöthig werden soll, im Gegensatz zu früheren Bestrebungen, für Emanzipation der Christen zu agitiren."

(Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, täuschen wir uns darüber nicht: eine tiefe Mißstimmung gegen einen Theil unserer jüdischen Mit-

bürger hat die weitesten Kreise unseres Volkes erfüllt, und wenn irgendwo, so ist hier die Frage am Platz: welches sind die Gründe dieser Mißstimmung, und welches sind die Mittel, um zu einem friedlichen Verhältniß zu gelangen, das wir alle nur wünschen können? Meine Herren, ich frage Sie: beschränkt sich denn diese Regung hier auf Berlin? Sehen Sie nicht in Preußen und in Deutschland überall dieselbe Regung? Und nicht bloß in Deutschland selbst, auch im Auslande, wie der Herr Abgeordnete Reichensperger ja bereits ausgeführt hat; — ich will schweigen von Rumänien, ich will schweigen von Rußland, ich verweise Sie nur auf Oesterreich, wo sich ganz dieselbe Regung zeigt; und wenn der Herr Vorredner glaubt, daß mit der Beantwortung der Regierung, welche ähnlich war wie die hier gegebene, die Regung abgeschnitten ist, so glaube ich, sieht er doch die Sache von einem etwas sehr subjektiven und nicht ganz richtigen Standpunkt an; und wenn wir in Frankreich nicht dieselbe Wahrnehmung machen, so liegt es zunächst daran, daß in ganz Frankreich nicht so viel Juden vorhanden sind wie allein in der Stadt Berlin!

(Hört! hört!)

Und gerade Paris, meine Herren, ist der Sitz jener internationalen alliance israëlite, von der Crémieux selbst sagte: „Die Allianc wird eine wahrhafte Macht, sie ist eine zahlreiche und mächtige Verbindung, sie erstreckt sich über alle Punkte des Erdenkreises; — Kinder Israels, wir machen Riesenschritte!“

(Hört! Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, das ist vollkommen richtig: die Emanzipation des Judenthums hat sich in allen Kulturländern vollzogen und ist zum vollständigen Abschluß gelangt. Speziell in unserem deutschen Vaterland befinden wir uns momentan in dem Stadium — und darauf möchte ich den Hauptgrund der Erregung zurückführen, — wo die vollzogene Emanzipation in die äußere Erscheinung zu treten beginnt, wo die Wirkung dieser Emanzipation sich auch dem weiteren Publikum fühlbar macht. Ja, meine Herren, die konservative Partei hat de lege ferenda offen und rücksichtslos ihre Bedenken ausgesprochen, die konservative Partei hat damals offen und rückhaltslos, ohne irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen zu wollen, die Frage zur Erwägung gegeben, ob sich die deutsche Nation so leicht darein werde finden können, daß man obrigkeitliche und richterliche Aemter in die Hände von Männern jüdischer Religion legt. Aber, meine Herren, nachdem die Emanzipation sich vollzogen hat, nachdem die Ver-

hältnisse unserer jüdischen Mitbürger gesetzlich geregelt sind, hat sich die konservative Partei auf den Boden des gegebenen Rechts zu stellen und die verfassungsmäßigen Rechte unserer jüdischen Mitbürger ganz ebenso zu achten wie die jedes anderen Staatsbürgers. Meine Herren, nun scheint es mir aber ersprießlich, ich möchte sagen erforderlich, zu sein, daß gerade in diesem Uebergangsstadium, in dem wir uns befinden, unsere jüdischen Mitbürger die neu errungenen Rechte mit etwas mehr Takt und etwas mehr Mäßigung gebrauchen, als dies häufig der Fall ist, um nicht die weitere Durchführung der Emanzipation mit ihren Wirkungen auf die weiteren Kreise der Bevölkerung ohne Noth zu erschweren. Ja, meine Herren, haben denn unsere jüdischen Mitbürger diese Mäßigung stets an den Tag gelegt? Versuchen sie nicht durch stürmisches Eindringen in alle denkbaren Gebiete des Staatsorganismus mehr Rechte für sich zu beanspruchen, als ihnen vielleicht zukommen? Meine Herren, ich möchte zunächst die Frage aufwerfen: woher kommt es denn, daß unsere jüdischen Staatsbürger, denen alle Rechte der Verfassung eingeräumt sind, die nur ein Staatsangehöriger erlangen kann, damit nicht zufrieden zu sein scheinen; woher kommt es denn, daß ihre Vertreter sowohl hier wie im Reichstag sich fast ausschließlich in den Reihen der Opposition befinden, in den Reihen der Opposition einer Regierung gegenüber, deren Schutz und Hülfe sie sich doch sonst so gern gefallen lassen?

(Sehr richtig!)

Ich will das aber dahin gestellt sein lassen, das ist ja die Frage jedes Einzelnen. Aber, meine Herren, ganz andere, ernstere Erwägungen drängen sich immer auf, und ganz andere bedauerlichere Wahrnehmungen habe ich gemacht, und die bestehen darin, daß ein Theil unseres deutschen Judenthums und namentlich ein großer Theil der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse und Journalistik nicht mit derjenigen Achtung unseren christlichen Institutionen gegenübersteht, die wir von ihnen zu fordern berechtigt sind.

(Bravo! rechts.)

Hier am allerersten ist der Satz angebracht, der vielfach zitirt worden ist: Du sollst deinen Nächsten lieben, als dich selbst. Ja, meine Herren, ich könnte Ihnen ein zahlreicheres Material aufweisen, — wenn es eines Beweises noch bedürfte — aus dem zweifellos hervorgeht, daß man sogar dazu übergegangen ist, Angriffe gegen das Christenthum zu richten.

Ja, meine Herren, gegen solche Regungen richtet sich eine Bewegung, die Sie jetzt hier durch das Parlament ein-

[illegible]

in der That Gründe vorliegen, welche [illegible] nung geben und sie hervorrufen müssen. [illegible] erwarten, daß es dem gesunden Sinn des [illegible] Theils unserer jüdischen Mitbürger gelingen würde, [illegible] schwerden, die hervorgehen aus der großen Masse des [illegible] lichen Volkes, durch etwas taktvolleres Verhalten und [illegible] größere Mäßigung in dem Gebrauch ihrer Rechte die [illegible] abzubrechen. Wir können uns aber allerdings der Befürchtung nicht entschlagen, daß, wenn unsere Hoffnungen enttäuscht [illegible] den sollten, die Bewegung einen Umfang annehmen [illegible], dessen Ende wir absolut zu übersehen außer Stande [illegible], wofür aber die Verantwortung die konservative Partei [illegible] Voraus auf das bestimmteste ablehnen muß.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, die Gegensätze lassen sich mildern, [illegible] können wiederum zu einem friedlicheren Zustand mit [illegible] jüdischen Mitbürgern gelangen, den wir alle wünschen, [illegible] dieselben mit etwas mehr Pietät dem Glauben, [illegible], den Gefühlen des deutschen Volkes gegenüberstehen, [illegible] mit etwas mehr Respekt den christlichen Institutionen [illegible] Staates begegnen wollten, dessen milde Gesetze sie [illegible] der ausreichendsten und ausgiebigsten Weise schützen. [illegible] diese Forderungen unberechtigt? Wissen wir nicht, daß [illegible] das ganze Land hinter uns haben bei der Vertheidigung [illegible] ser Position?

(Sehr gut! rechts.)

Und, meine Herren, damit will ich schließen. [illegible] dieser in der entgegenkommendsten und friedliebendsten [illegible] auch an dieser Stelle wiederum an unsere jüdischen [illegible] gerichtete Apell ungehört und unbeachtet in der [illegible] hallen sollte, dann allerdings wird keine Macht [illegible] pellation, keine Macht einer geschickt redigirten [illegible] anderes Machtmittel im Stande sein, eine Bewegung [illegible] dämmen und zu unterdrücken, die nach ihrer [illegible] zeugung den Grundsatz vertheidigt und hochhält, [illegible] ein christliches Volk sind und bleiben wollen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete [illegible].

Abgeordneter Dr. [illegible]: Meine Herren, [illegible]

Herren, welche sich in die Bewegung hineingemacht haben, mit derselben Mäßigung gesprochen, welche der Herr Redner eben angewendet hat, so würde die Bewegung freiwillig den Charakter angenommen haben, den sie zu unserm Schmerze verloren hat, und wir würden gern darauf verzichtet haben, sie hier zur Verhandlung zu bringen. Aber, meine Herren, ich denke nicht, daß wir nothwendig haben, uns besonders zu entschuldigen, daß wir eine Angelegenheit von dieser Wichtigkeit in diesem Stadium hierher gebracht haben. Ich bitte Sie, sich bei dieser Gelegenheit nur zu erinnern, daß dieses Haus das ihm zustehende Interpellationsrecht mit einer Zaghaftigkeit handhabt, wie überhaupt keine zweite Volksvertretung in Europa gewöhnt ist. Ehe man sich hier entschließt, eine Interpellation zu stellen, müssen schon besondere Stürme sich erheben; zahllose Schwierigkeiten müssen überwunden werden, um nur die Fassung zu finden, die etwa dem Königlichen Staatsministerium genehm sein könnte. Anderswo, meine Herren, würde man längst eine einfache Anfrage an die Regierung gestellt haben. Sie brauchen also gar nicht soweit zu suchen, um die Gründe für unsere Anfrage sich klar zu machen. Wir verschweigen es gar nicht, die Anfrage ist gerichtet worden, um das Publikum zu avertiren, daß die Bestrebungen, welche jetzt laut werden, weder in der Regierung, noch in diesem Hause irgend einen Wiederhall finden. Wir haben das vorausgesetzt, wir haben erwartet, daß die Königliche Staatsregierung korrekt antworten werde, und wir haben erwartet, daß in diesem Hause wenigstens die Stimmen nicht wieder laut werden dürften, welche es wagen, sich in Volksversammlungen und auf öffentlicher Straße hören zu lassen.

Ich setze auch voraus, daß Sie uns gestatten werden, es für eine wichtige Aufgabe des Hauses zu halten, zur rechten Zeit eine Bewegung von so großer Bedeutung im Volke zu leiten, und ich möchte gerade einer Bemerkung des Herrn Vorredners gegenüber hervorheben: wir halten es nicht für die Aufgabe der einzelnen Abgeordneten, immer nur das passive Objekt des Drängens der Wähler zu sein, sondern wir halten allerdings die Abgeordneten für Männer, welche berufen sind, den Wählern in einer wichtigen Bewegung die Richtung anzuweisen.

Nun, meine Herren, wenn ich die Antwort, welche die Königliche Staatsregierung gegeben hat, als eine korrekte bezeichnet habe, so kann ich doch nicht leugnen, daß sie im Ganzen wohl etwas wärmer hätte sein können. Sie war ja korrekt, aber kühl bis ans Herz hinan! Sie wird trotzdem ihre Wirkung thun, aber ich glaube, die Sachlage, wie sie

sich vor unseren Augen darstellt, hätte es wohl motiviren können, noch einige Schritte weiter zu gehen. Es war nicht ganz richtig, wenn der Herr Vorredner sagte, die Antwort sei genau dieselbe, die der Ministerpräsident Tisza gegeben hat. Tisza ist ein ganzes Stück weiter gegangen, indem er direkt gesagt hat, daß in dem Augenblick, wo die Presse oder eine Person gegen irgend welche Konfession, Nationalität oder Kreise des Landes hetze, es das gesetzliche Recht und die Pflicht der Regierung sei, dergleichen Agitationen entweder zu verhindern oder mit der Wucht des Strafgesetzes zu treffen. Meine Herren, unsere jüdischen Mitbürger haben das Gefühl, daß die Herren Minister nicht geneigt sind, so weit zu gehen, und ich darf in dieser Beziehung ein spezielles Faktum hier mittheilen, welches sich auf den Herrn Minister des Innern bezieht.

Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde hat sich schon am 17. Oktober des Jahres 1879 an den Herrn Minister des Innern mit folgendem Schreiben gewendet:

Ew. Excellenz

naht der ehrerbietigst unterzeichnete Vorstand Namens der von ihm vertretenen Gemeinde mit der ganz gehorsamsten Bitte um Schutz gegen Angriffe und Verunglimpfungen, welche eine Aufreizung gegen die jüdische Religionsgesellschaft in sich schließen und nachgerade in bedenklicher Weise überhand nehmen.

Schon seit Jahr und Tag häuft die unter dem Namen christlich-soziale Arbeiterpartei bestehende Vereinigung, geleitet von dem Herrn Hofprediger Stöcker, in Wort und Schrift die bittersten Schmähungen gegen die Bekenner des jüdischen Glaubens. Was jedoch früher seltener und nur in vereinzelten Fällen geschah, das wiederholt sich jetzt systematisch in zahlreichen Flugschriften und fast allwöchentlich in öffentlichen Versammlungen. Man scheut sich nicht durch Verlästerungen und Verdächtigungen der Juden — ihrer Lehre und ihres Lebens — die Massen gegen sie aufzureizen und so den konfessionellen Frieden zu stören und die Eintracht zu untergraben, welche zwischen den Bürgern eines und desselben Staates, den Einwohnern einer und derselben Stadt besteht. Dauern jene Verdächtigungen fort, werden, wie bisher die ungebildeten Massen immer von Neuem gegen die jüdische Religionsgemeinschaft aufgestachelt, dann ist der Ausbruch roher Leidenschaften zu befürchten und die Tragweite eines solchen nicht zu bemessen.

Excellenz, wie alle Unterthanen Sr. Majestät des Kaisers und Königs blicken auch diejenigen jüdischen Glaubens mit freudigem Stolz auf das Vaterland hin, das unter den Kulturstaaten Europas den ersten Rang einnimmt. Sie fühlen sich voll als Söhne des Vaterlandes, tragen in sich das erhebende Bewußtsein treuer, nach allen Richtungen hin stets opferwilliger Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und glauben darum auch die Hülfe des Staates anrufen zu dürfen, wenn sie in ihrer Existenz bedroht werden.

So geben wir uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß Ew. Excellenz uns den erbetenen Schutz nicht versagen und die hohe Geneigtheit haben werden, dahin zu wirken, daß den gehässigen Agitationen, welche den öffentlichen Frieden und die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährden, recht bald Einhalt gethan werde.

Auf dieses Schreiben erfolgte keine Antwort, und der Vorstand der jüdischen Gemeinde sah sich veranlaßt, am 20. April d. J. — nachdem er vom 17. Oktober bis zum 20. April, ein halbes Jahr, auf Antwort gewartet hatte — eine neue Eingabe an Se. Excellenz zu richten, in welcher er daran erinnerte, daß ihm eine Mittheilung nicht geworden sei, und dringend bat, ihm gegenüber den immer mehr gefahrdrohenden Uebergriffen Schutz zu gewähren. Auch auf dieses Schreiben erfolgte keine Antwort, so daß der Vorstand zum dritten Mal am 31. Mai in einem neuen und dringlicheren Schreiben sich an den Minister wandte. Da man nicht begriff, warum absolut keine Antwort, nicht einmal eine abschlägige, kam, so begab sich endlich der Vorsitzende des Vorstandes persönlich in das Ministerium. Er fand leider den Herrn Minister nicht, sondern bloß einen hochgestellten Vertreter desselben, der ihm zunächst bemerkte, daß der Minister nicht jedem antworten könne, daß er aber indeß mit einer neuen Vorstellung den Versuch machen könne. Dies that der Vorsitzende in einem persönlichen Schreiben. Darauf endlich ist eine Antwort Sr. Excellenz vom 19. Juni erfolgt, welche auf eine beiläufige Bemerkung in einem der letzten Monitorien zunächst die Legitimation des Vorstandes bemängelt, indem er bemerkt, daß er den Vorstand zur Erhebung von Beschwerden im Namen und in Vertretung der gesammten jüdischen Glaubensgenossen nicht für legitimirt erachten könne. In Betreff des Gegenstandes der erhobenen Beschwerden sagt er, daß

gegen die öffentliche Erörterung und Kritik der Grundsätze und Einrichtungen der bestehenden Religionsgesellschaften oder des Verhaltens der Mitglieder derselben, selbst wenn dabei die wünschenswerthen Grenzen nicht eingehalten werden, seitens der Staatsbehörden nur insoweit eingegriffen werden kann, als Verletzungen der Gesetze eintreten, dergleichen Verstöße seien aber bei den Verhandlungen der hiesigen christlich-sozialen Arbeiterpartei, auf die sich die Vorstellungen des Vorstandes vorzugsweise beziehen, bisher nicht festgestellt."

Es wäre vielleicht möglich gewesen, das festzustellen.

(Ruf rechts: Nein!)

Es ist aber in der That eine untergeordnete Frage, die wir hier nicht entscheiden können, es giebt allerdings Indizien, welche darauf deuten, daß es vielleicht möglich gewesen wäre, wenn nicht besondere Hindernisse da gewesen wären. Indessen, ich will darauf nicht eingehen. Wenn der Herr Minister diese Antwort ¾ Jahr früher ertheilt hätte, so würde es vielleicht möglich gewesen sein, rechtzeitig dagegen zu remonstriren und Thatsachen beizubringen.

Ich kann nicht sagen, daß es besonders animirend wirkte auf die sich bedrückt und verfolgt Glaubenden, als ¾ Jahre gewartet werden mußte, ohne auch nur eine Aeußerung von der angerufenen Stelle zu hören, und als sie schließlich privatim erfuhren, der Herr Minister habe nicht für „Jedermann" eine Antwort. Als ob der Vorstand der jüdischen Gemeinde von Berlin „Jedermann" ist!

(Oh, oh! — rechts.)

Ich will den Herrn Minister durchaus nicht tadeln, daß er nicht eingeschritten ist; ich will nur die Herren darauf aufmerksam machen, welche Latitüde von Seiten der Staatsregierung den Diskussionen über religiöse und konfessionelle Verhältnisse gestattet wird, und ich möchte Herrn v. Heydebrand namentlich bitten, doch auch nicht zu empfindlich zu sein, wenn einmal dem christlichen Wagen etwas zu nahe gefahren wird,

(Oh! oh! rechts.)

was zu nahe gefahren wird.

(Oh! oh!)

Ja wohl, Herr v. Heydebrand, was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig. Wenn hier erklärt wird, daß den Juden, auch da, wo die wünschenswerthe Grenze nicht eingehalten ist, es ihnen überlassen werden muß, sich selbst zu schützen, dann müssen auch die Christen sich selber schützen,

dann gehen auch Sie nicht die Staatsgesetze und Staatsbehörden um Schutz an, dann lassen Sie der kirchlichen Bewegung ihren freien Lauf und lassen Sie dieselben sich selber austragen. Wir, meine Herren, wir glauben allerdings, daß für uns der Augenblick eingetreten ist, hindernd einzutreten, wenn unmittelbar an die Regierung gegangen wird, wenn eine Bewegung im Lande inszenirt wird, welche darauf ausgeht, nicht nur die schwer erworbenen Grundlagen der Verfassung zu alteriren, sondern auch Gesetze, welche schon vor derselben bestanden. Denn, meine Herren, ich möchte hier daran erinnern, es handelt sich gar nicht mehr bloß um die Rechte, welche durch die Verfassung erworben sind, sondern es handelt sich gegenwärtig auch schon darum, daß man Rechte in Frage stellt, welche durch die Gesetzgebung des Jahres 1812 für die Juden gewonnen worden sind. Ich habe das Gesetz vom 11. März 1812 vor mir, in welchem die Juden für Einländer und preußische Staatsbürger erkärt werden und in welchem genau festgestellt worden ist, was ihnen zusteht; das steht schon im § 8, daß sie „akademische Lehr-, Schul- und Gemeindeämter, zu welchen sie sich geschickt gemacht haben, verwalten können," und im § 9:

> „inwiefern die Juden zu anderen öffentlichen Verwaltungs- und Staatsämtern zugelassen werden können, behalten Wir uns vor, gesetzlich zu bestimmen."

Das war ein bestimmtes Versprechen, und wenn noch eine so lange Zeit vergangen ist, von 1812 bis 1848, ehe man das Wort eingelöst hat, so müssen Sie doch nicht sagen, daß das ein besonderes Entgegenkommen gewesen ist, und daß nun die Juden in Folge dieses Entgegenkommens nach mehr als zwei Menschenaltern in tiefste Bescheidenheit sich zurückziehen sollten. Daran sind wir nicht gewöhnt, daß man Jemandem Rechte ertheilt und ihm hinterher sagt, du mußt dich aber lange Zeit sehr bescheiden damit einrichten. Wer Rechte erhält, von dem erwarten wir, daß er sie in dem Augenblick, wo sie ihm ertheilt sind, auch voll benutzen werde. Ja, meine Herren, wir sind sehr erstaunt darüber, daß Männer, welche Rechte haben, sie nicht in Anwendung bringen sollen. Wie kann man jetzt dahin kommen, den Juden vorzuhalten: euch sind im Jahre 1848 Rechte gegeben worden, ihr solltet euch aber wohl hüten, diese Rechte voll anzuwenden?

(Ruf: Oh! Oh! — Mißbrauch!)

Nun sagen Sie: Mißbrauch! Ja, das ist ein anderer Punkt. Wenn es sich um den Mißbrauch von Rechten handelt, dann braucht man nicht sofort die Gesetzgebung zu ändern. Man

mag sich überlegen, ob dieser Mißbrauch noch innerhalb der Möglichkeiten des Gesetzes liegt oder außerhalb derselben. Ist das Letztere der Fall, so kann man ihm ohne weiteres beikommen; ist das Andere der Fall, so kann es sich nur darum handeln, auf der Basis des Rechtes, welches einmal geschaffen worden ist, diejenigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, welche verhindern, das Recht ungebührlich zu gebrauchen. Erst wenn Sie uns nachweisen können, daß die Juden in der That ein ihnen zustehendes Recht so mißbrauchen, daß es zu öffentlichem Schaden ausschlüge und daß das geändert werden könnte im Wege einer Gesetzgebung, die an dem Recht an sich nichts ändert, sondern nur die Anwendung des Gesetzes in gewisse normale Wege lenkt, dann ließe sich darüber sprechen. Aber davon ist nicht die Rede; alle die Dinge, welche hier in Frage stehen, sind in der That Kürzungen des Rechts, und ich bedaure lebhaft, daß selbst ein Mann, wie der Herr Abgeordneter Reichensperger, in dem Eifer des Kulturkampfes und in der Verletzung des Gefühls als Katholik sich so weit hinreißen läßt, daß er die Möglichkeit zugesteht, daß er unter gewissen Verhältnissen zu derartigen Kürzungen seine Zustimmung geben könnte. Meine Herren! Wir sind Herrn Abgeordneten Reichensperger und seinen damaligen Freunden von Herzen dankbar für die ernste und starke Thätigkeit, welche sie seiner Zeit aufgewendet haben, um der konservativen Strömung der fünfziger Jahre zu widerstehen. Wir haben diese Dankbarkeit nicht vergessen . . .

(Lachen im Centrum.)

Mein Gott, Sie werden doch nicht verlangen, daß wir aus privater Dankbarkeit etwas thun sollen, was nach unserer Meinung gegen die Interessen des Staates wäre.

(Aha!)

Meine Herren! Es kann sein, daß wir über verschiedene Dinge verschiedener Meinung sind, das wird aber das Gefühl der persönlichen Hochachtung und der persönlichen Dankbarkeit, was wir Herrn Abgeordneten Reichensperger und seinen damaligen Freunden für die Leistung der fünfziger Jahre schulden, niemals schwächen und wir werden zu jeder Zeit gern anerkennen, daß sie die rechten Männer am rechten Platze waren.

Ich will dem Herrn Abgeordneten Reichensperger jedoch nicht folgen auf das Gebiet der katholischen Frage,

(Zuruf)

ich denke, bis jetzt war ich immer noch da, wenn Sie mich aufriefen, und ich stehe bei der nächsten Gelegenheit gern zur Verfügung. Aber sie mögen es mir verzeihen, wenn ich nicht

wünsche, daß diese Frage, die uns so lebhaft beschäftigt, gekreuzt wird durch eine zweite Frage, die damit unmittelbar nichts zu thun hat. Das wäre doch das thörichste von der Welt, nun bei der Judenfrage die Kulturkampfangelegenheit zu diskutiren. Also erlauben Sie mir, daß wir diese Angelegenheit für einen späteren Tag vertagen und daß ich Herrn Reichensperger nehme in dem alten liberalen Sinne, wie er im Jahre 1850 gehandelt hat.

Von diesem alten liberalen Sinne aus muß ich zunächst konstatiren, daß ich es nicht verstehe, wie er die Frage als eine zulässige betrachten kann, daß man die Einwanderung von Juden beschränken könne im Sinne des ersten Punktes der Petition.

In dieser Beziehung möchte ich zunächst auf eine besondere Seite aufmerksam machen, welche sich durch diese ganze Diskussion nicht hier bloß, sondern auch in der Presse der konservativen Partei und den öffentlichen Versammlungen hindurchzieht, ich meine die, daß, wenn einmal ein gewisser Satz ausgesprochen oder gewisse Zahlen zum Beispiel hingestellt sind, sie immer wieder wiederholt werden gleichsam, als ob sie absolut richtig seien, und daß alle Widerlegungen nichts nützen, weil die Herren sich nicht die Mühe nehmen, dieselben zu lesen oder Kenntniß davon zu nehmen.

Meine Herren, diese Frage der Judeneinwanderung ist in allereingehendster Weise seitdem erörtert worden. Einer unserer besten Statistiker, Herr Neumann, hat darüber eine besondere kleine Broschüre geschrieben, die ich doch bitten möchte, wenn diese Sache mal wieder zur Verhandlung kommt, zum Gegenstande einer Betrachtung zu machen; ich stelle gerne ein Exemplar davon zur Verfügung.

(Ruf im Centrum: geht nur bis 1871!)

Meine Herren, man kann doch nicht weiter gehen, als Material vorhanden ist in der Statistik. Wenn Sie sagen, die Broschüre geht nur bis 1871 und Sie sich darauf zurückziehen wollen, daß erst seit 1871 der böse Zustand eingetreten sei, dann muß man von Ihnen zunächst Beweise verlangen. Früher ist behauptet worden, es sei seit langer Zeit immer so gegangen, die semitische Ueberschwemmung sei Dezennien hindurch immer fortgegangen. Nun hat Herr Neumann nachgewiesen, daß das erlogen ist, daß nicht ein Funke von dieser Behauptung wahr ist, daß im Gegentheil die Auswanderung größer geworden ist. Davon nehmen Sie keine Notiz und sagen: das war vor 1871! Es kann aber niemand statistisches Material nach 1871 bringen, weil nirgends eine einzige Zahl dieser Art zu haben ist. Herr

Neumann würde doch nicht bei 1871 aufgehört haben, wenn er Material bis 1879 hätte haben können.

Herr Neumann hat direkt nachgewiesen, daß es nur einen einzigen Punkt in Preußen giebt, das ist Berlin, welches allerdings einer fortdauernden Einwanderung unterlegen hat, aber nicht einer Einwanderung aus Russisch-Polen und Galizien, sondern einer Einwanderung aus den preußischen Provinzen und zwar ganz überwiegend aus der Provinz Posen. Er hat reiches Material dafür geliefert. Somit, meine Herren, erhitzen Sie sich über einen Gegenstand, der gar nicht existirt. Es wird ihnen nachgewiesen, daß die Einwanderung eine in der That verschwindend kleine ist, daß sie nur an einem oder höchstens an einigen wenigen Punkten irgend eine bemerkbare Größe darstellt; trotzdem fahren Sie fort, den Massen gegenüber fortwährend damit zu agitiren: da ist eine furchtbare Einwanderung, wir werden überschwemmt, wir können uns unseres Lebens nicht mehr erwehren, weil immer wieder neue hungerige Semiten aus der russischen Steppe hervorbrechen, die unsere besten Kräfte wegnehmen und uns zuletzt ausgesogen übrig lassen werden. Man sollte in der That meinen, ganze Horden von Semiten im aller heruntergekommensten Zustand, raubend und plündernd überzögen unser Vaterland, und es wäre nichts leichter, als sie aufzufinden. Wenn man sie aber sucht, so sind sie nicht zu finden.

Meine Herren, analog geht es mit der Verwechselung, die in dieser Frage fortwährend zwischen Religionspartei und Race getrieben wird. Wenn man hört, was in Versammlungen vorgetragen wird und was in der Petition steht, sollte man meinen, die Herren wären alle Ethnologen ersten Ranges,

(Heiterkeit.)

sie sprechen von Ariern im Gegensatz zu Semiten, als ob das ganz geläufige und täglich vorkommende Begriffe wären, aber nachher geben sie auf die Statistik zurück und agiren mit derselben bald im Sinne der Religionspartei, bald im Sinne des Stammes. Sagt man ihnen: ja wie kommt ihr dazu, die Leute der Religion wegen anzugreifen, die enthält ja gar nichts, was irgend wie gesellschaftsgefährlich wäre, was z. B. zum Wucher aufforderte oder ihn begünstigte, im Gegentheil, alle Religionsgesetze der Juden haben den Wucher stets zu unterdrücken gesucht, es ist nicht die Religion, welche dazu dringt, sondern etwas anderes? — oder weist man darauf hin, daß in der ganzen religiösen Thätigkeit der Juden nichts staatsgefährliches liege, im Gegentheil von jeher das jüdische

Gesetz die Unterwerfung unter das Staatsgesetz, die Anerkennung der bestehenden Regierung und Obrigkeit zum Gegenstande gehabt hat, dann sagt man uns: wir wollen ja nicht die Juden wegen ihrer Konfession, sondern wegen ihres Stammes, die Semiten als Race angreifen. Ja, dann muß ich sagen, das ist in der That ein reines Jongleurspiel. In dem Augenblick, wo man von der Race spricht, kommen Sie auf die Konfession. Wenn man dann sagt, daß es doch hervorragende Juden gegeben hat, die zum Christenthum übergingen und Führer der konservativen Partei wurden, — ich erinnere an Stahl und Leo, und ich könnte vielleicht nahe liegende Beispiele wählen,

(Heiterkeit)

ja, meine Herren, sind Sie denn damit nicht sehr zufrieden?

(Ja wohl! rechts.)

Errichten Sie denn nicht Monumente für Semiten, die zu Ihnen übergehen, aus Ihren Mitteln und aus wahrer Bewunderung und ohne daß Sie Widerwillen empfinden gegen die Männer wegen ihrer Race? Giebt es nicht zahlreiche konservative Familien, die mit Semiten verschwägert sind? Haben Sie denn bloß gegen männliche Semiten etwas einzuwenden?

(Stürmische langanhaltende Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, verzeihen Sie mir die Frage, aber die muß sich der Einzelne doch einmal klar stellen. Wenn wir nur dahin kämen, daß einmal das auseinandergesetzt wird, daß man nicht immer das eine Mal mit der Race, das andere Mal mit der Religion operirt, so würden wir sehr bald zu einer gewissen Verständigung gelangen. Die Race an sich scheint es ja doch für manche Mitglieder der konservativen Partei nicht zu sein, welche so sehr abschreckt, und wenn man untersucht, woher das Weiterwirken kommt, so stößt man doch schließlich immer, glaube ich, auf die Religion. Ich habe wenigstens den Eindruck, daß die Religion es ist, und daß alle diejenigen, die sich hinter die Race verstecken, also z. B. gerade die Herren von der Petition, sich selber täuschen; sie meinen in Wirklichkeit die Religion. Da stellt sich die Sache aber ganz anders, dann handelt es sich darum, daß die Juden ihrer Religion wegen angegriffen werden sollen, und in dem Augenblick, wo jemand das zugesteht, wird er auch stutzig werden, in einer solchen Bewegung fortzufahren. So lange man aber glaubt, es sei eine rein ethnologische Frage, die Frage: sollen wir unser Blut rein halten? sollen wir diese allophyle Race von unseren Grenzen abhalten? Dann wird die Sache etwas komplizirt, weil dann dieses Gewirr von

Stämmen und Völkern, die sich in den verschiedenen Racen vorfinden, in der That verwirrend auf ein sonst ganz normal organisirtes Gehirn einwirken kann. Aber wenn man der Sache näher tritt, was liegt näher, als die Betrachtung, daß es zuletzt doch weiter nichts als die niedrigsten Leidenschaften sind, welche entscheidend werden? in erster Linie der Neid. Meine Herren, warum greift man die Juden an? weil sie in den Besitz gelangen, weil sie uns das Kapital wegnehmen,

(Zuruf: aber wie?!)

— Es ist nicht das wie. Wenn sie das Kapital nicht bekämen, so würden Sie sich nicht widersetzen. Nein, daß die Juden es zu Stande bringen, daß sie im Besitz sind, das ist es, was Ihnen so unangenehm wird. Der Herr Abgeordnete v. Ludwig ruft: wie?! Meine Herren, die Juden können die allerbestesten Mittel anwenden und doch macht man ihnen den Vorwurf. Erlauben Sie mir Ihnen aus einer Broschüre eines Ihnen sehr bekannten Mannes, der sogar an der Spitze der Bewegung hier steht, eine seiner Betrachtungen nach dieser Richtung kurz hervorzuheben. Es wird darauf hingewiesen, daß in den Berliner Schulen und namentlich in den höheren, das Prozentverhältniß der jüdischen Kinder immer größer werde. Da heißt es nun:

> Ein solcher Trieb nach sozialer Bevorzugung, nach höherer Ausbildung, verdient an sich die höchste Anerkennung; nur bedeutet er für uns einen Kampf um das Dasein in der intensivsten Form. Wächst Israel in dieser Richtung weiter, so wächst es uns völlig über den Kopf. Denn man täusche sich nicht; auf diesem Boden steht Race gegen Race und führt nicht im Sinne des Hasses, aber im Sinne des Wettbewerbes einen Racestreit.

(Hört! hört! links)

Ja, meine Herren, wenn Sie untersuchen, worin der Unterschied zwischen Haß und Wettbewerb besteht, so werden Sie zugestehen müssen, daß es hier nicht mehr auf das wie ankommt. Denn wenn Jemand seine Kinder in die Schule schickt und sie etwas lernen läßt, und wenn nachher die Kinder anderen Kindern zuvorkommen, die nichts gelernt haben, so werden Sie das doch für eine edele Art des Wettstreites halten müssen. Ich weiß in der That nicht mehr, was die Leute machen sollen, um vorwärts zu kommen. Ist denn das nicht die vornehmste und beste Art, die man finden kann und gegen die, man sollte glauben, niemand etwas einwenden kann? Wenn ich meine Kinder sich entwickeln lasse

und ihnen das Beste verschaffe, was ich erreichen kann, und sie da vorwärts bringe, ja, meine Herren, dann kann ich wohl bedauern, daß nicht alle meine Mitbürger in der Lage sind, das zu thun; von mir wird man jedoch nicht verlangen, daß ich allen gleichmäßig helfe. Wenn die Juden wohlthätig sind, dann kann man es ihnen nicht verdenken, daß sie zunächst ihren Freunden gegenüber sich so zeigen und nicht denjenigen gegenüber, welche gegen sie feindlich auftreten. Aber wenn man ihnen ihre Bildung vorwirft und daraus einen Gegenstand macht, den man geradezu in darvinistischem Sinne als Kampf ums Dasein bezeichnet, dann hört jede mögliche friedliche Entwicklung auf, da ist kein Frieden mehr zu halten, wenn Sie so weit gehen, daß Sie dem Vater einen Vorwurf daraus machen, daß er seine Kinder in eine höhere Schule schickt.

(Ruf: Das fällt Niemandem ein!)

Ich habe Ihnen ja eben die Stelle verlesen, welche beweist, daß das als Racenkampf im strengsten Sinne bezeichnet wird.

(Unruhe.)

Meine Herren, wir sind immer der Meinung gewesen, daß Bildung und Erziehung dazu beitragen und von selbst dahin führen werden, die Gegensätze abzumildern und wir haben diese Meinung nicht bloß theoretisch gewonnen, sondern praktisch, wir haben sie aus eigenen Wahrnehmungen und aus den Kreisen, in welche wir hineinsehen können. Nun, meine Herren, machen wir es freilich nicht so wie Herr v. Heydebrand, der *seine* Juden alle korrekt findet,

(Heiterkeit)

und nur von andern Juden, wie es scheint, *gehört* hat, daß es schlechte Juden seien. Wir urtheilen nach unseren Erfahrungen innerhalb der Kreise, die uns zugängig sind, und die sind nicht ganz klein, wie ich bemerken muß. Wir haben in der That die Meinung, daß wir berechtigt sind, auf Grund dieser Wahrnehmungen ein Urtheil zu haben. Ja, meine Herren, da behaupte ich ja nicht, daß alle diese Juden durchaus persönlich angenehme Leute wären; ich habe auch durchaus nicht die Absicht, etwa für ihre einzelnen Eigenschaften durchweg zu plaidiren oder zu sagen, alles, was sie machen, ist vortrefflich und gut. Ich gehe nicht so weit, etwa alle diejenigen Juden, die in einer bestimmten Branche, zum Beispiel in der Presse, beschäftigt sind, für vortreffliche Juden zu halten oder dasjenige, was sie schreiben, alles zu billigen — ich wünschte wohl, sie hätten sich gerade in diesem Kampfe etwas praktischer und etwas klüger benommen. Indessen muß ich doch sagen, das wird auch aus den Kreisen des Judenthums offen

[illegible] und [illegible] bis [illegible]
[illegible] des Herrn [illegible]
[illegible] von gewissen Gesichtspunkten [illegible]
[illegible] und sie zurückzuweisen [illegible]
[illegible] Einzelheiten wollen wir [illegible]
[illegible] auf dem Boden der [illegible]
[illegible] von der schlechten Meinung [illegible]
[illegible] des Landes eingetreffen [illegible]
[illegible] ungünstigen Position, in [illegible]
gegenüber einzelnen Juden gelangt ist, nicht hinreichend [illegible]
die Race zu verdammen als eine Race, welche [illegible]
ihren Anlagen, ihrem Instinkte nach eine [illegible]
[illegible], meine Herren, wir halten diese Race für [illegible]
[illegible], wir glauben, daß sie in der That zu [illegible]
[illegible] beanlagt ist, und daß es nur darauf [illegible]
diejenige Erziehung und [illegible]
[illegible] auch den vollkommensten [illegible]
ist aber nichts mehr [illegible]
und wir freuen uns in der [illegible]
[illegible] möglich ist, ihren [illegible]
[illegible] zu Theil werden zu lassen. [illegible]

Daraus folgt, daß wenn so [illegible]
welche Verwirrung innerhalb der [illegible]
[illegible] der Bewegung besteht, [illegible]
wenn sie überhaupt fortgesetzt [illegible]
[illegible], daß sie Alles von [illegible]
[illegible] ist, auch auf andere [illegible]
[illegible]. Mit Absicht habe ich [illegible]
[illegible], welche schon [illegible]
[illegible] können. Es steht [illegible]
[illegible] und wird strenge [illegible]
[illegible] die Juden [illegible]
[illegible]

cunften aus derartige Feldzüge unternommen werden, wie es gegenwärtig bei uns der Fall ist. Ich erinnere in dieser Beziehung namentlich an Holland, wo doch sicherlich die Zahl der Juden groß genug ist, um als ein ausreichendes Beispiel zu dienen.

Meine Herren, die konservative Partei in Preußen kann sich, wie ich glaube, des Vorwurfs nicht entschlagen, daß sie es gewesen ist, aus deren Reihen heraus diese Bewegung sich entwickelt hat. Ich darf daran erinnern, daß der erste große Ansatz, der nach dieser Seite genommen worden ist, ganz positiv aus den Reihen der konservativen Partei hervorgegangen ist zu der Zeit, als zuerst die goldene Internationale von da aus in Angriff genommen wurde, namentlich seit 1875, wo die bekannte, zuerst gegen den Reichskanzler gerichtete Opposition ihre ersten Proklamationen auswarf. Die Koalition, welche damals in Waffen gegen den Reichskanzler stand, die ja nicht nach allen Seiten den Beifall der konservativen Partei hatte, aber doch sicherlich in deren Grenzen sich befand, hat in den bekannten Artikeln der Kreuzzeitung, der Reichsglocke und was sich daran schloß, die Angelegenheit aufnommen. Meine Herren, ich will nicht untersuchen, wie viel damals die „Germania"

(aha! im Centrum)

zu dieser Bewegung beigetragen hat; wenn ich mich dieser Untersuchung unterziehen wollte, so dürfte ich in der Lage sein, einige Beiträge zu liefern. Ich will aber nur die Ausgangspunkte bezeichnen und da muß ich anerkennen, daß der eigentliche Anstoß aus dem konservativen Lager hervorgegangen ist. Allerdings so lange nur in jenen Händen die Bewegung blieb, ist sie ziemlich wirkungslos und in sehr unmerklicher Weise verlaufen. Das zweite Stadium, in welches sie eingetreten ist, und von wo an sie eigentlich angefangen hat bedrohlich zu werden, das war der Zeitpunkt, wo wir wenigstens die Besorgniß in uns haben aufdämmern sehen, daß der Reptilienfonds

(hört, hört! links.)

nicht ganz fern von der Bewegung stehe. Es war die Zeit, wo gewisse bedeutende Juden namentlich in den Parlamenten unbequem wurden. Da leitete sich eine generelle Bewegung ein, die mit sehr viel stärkeren Mitteln arbeitete.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, von daher datirt die Begründung einer Reihe von Zeitschriften,

(hört, hört!)

welche, wenngleich nicht unmittelbar dem Namen nach, doch

dem Wesen nach spezifisch antisemitisch sind wie z. B. das vorhin von Herrn Abgeordneten Seyffarth citirte Liegnitzer Blatt, welches sich sogar nicht scheut, seine Judenhetze unter der Firma „patriotische Zeitung“ zu verbergen. Diese Blätter, von welchen wir hier in Berlin einige ganz besonders ausgezeichnet haben, sind plötzlich in einer Zahl und mit einer Ausstattung zu Tage getreten, daß man in der That fragt: wo kommen denn die Mittel alle her, um eine solche Bewegung zu unterhalten?

(Hört!)

Nun, meine Herren, nichts kann für derartige Verhältnisse nützlicher sein, als die öffentliche Diskussion. Es mag sonst aus der Sache hervorgehen, was da will, wir waren der Meinung, daß durch die öffentliche Diskussion, durch das volle Aussprechen über diese Angelegenheit den Interessen des Landes und namentlich auch dem Frieden desselben im höchsten Maße gedient sein werde.

Meine Herren, es läßt sich nicht leugnen, daß wir gerade auf dem Gebiete der artifiziellen Presse im Laufe der letzten Jahre erstaunliche Dinge erlebt haben, und daß die verschiedensten Parteien — ich darf wohl in dieser Beziehung selbst an gewisse Erinnerungen der Konservativen anklopfen — im Laufe der Jahre so mannigfache und bittere Erfahrungen gemacht haben, daß wir alle wohl wünschen möchten, daß der Friede des Landes dadurch gesichert würde, daß gewisse Kreise sich mit der Presse weniger beschäftigten. Daß es jetzt noch vorkommen kann, daß Männer wie Herr Reichensperger, sich so sehr über den Charakter einer gewissen Presse täuschen, daß sie ein Blatt, welches Herr Moritz Busch herausgiebt, für liberal halten und ein Blatt, welches wie die schlesische Zeitung sich zu den schlimmsten Artikeln in dieser Frage verstiegen hat, uns in die Schuhe schieben, das ist doch ein Zeichen, daß es nicht mehr möglich ist, sich in der Unsumme von Papier, welches gegenwärtig über das Land verbreitet wird, zurechtzufinden. Könnte namentlich nach dieser Richtung hin eine Verkleinerung eintreten, könnte die Art von Streitblättern, welche den konfessionellen Hader hervorrufen und unterhalten, unterdrückt werden, dann würde in der That recht viel erreicht werden;

(Sehr gut! Zuruf: unterdrücken?)

— ich meine unterdrücken insofern, als man ihnen die Mittel entzieht, durch welche allein sie bestehen, nicht daß man sie durch den Staatsanwalt unterdrücken soll.

Und so, meine Herren, will ich meine Bemerkungen schließen, in der Hoffnung, daß sie etwas dazu beitragen

werden, wenn wir weiter diskutiren, wenigstens die einzelnen Streitpunkte schärfer auseinander zu halten, als dies bisher zu meinem Bedauern der Fall gewesen ist.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort gegen hat der Abgeordnete Hobrecht.

Abgeordneter **Hobrecht:** Die Interpellation des Herrn Abgeordneten Dr. Hänel war gerechtfertigt, wenn auch vielleicht nicht durch die kolportirte Petition, an die sie sich äußerlich angeschlossen hat, so doch jedenfalls voll gerechtfertigt durch den Wunsch und durch die Hoffnung, daß in einer nun schon seit Jahren andauernden Bewegung, die unser öffentliches Leben stört, verwirrt und beunruhigt, eine offene zweifelfreie Erklärung der Königlichen Staatsregierung wohl im Stande sein werde, einen Stillstand und eine Beruhigung herbeizuführen. Gegen die beantragte weitere Besprechung des Gegenstandes haben wir, meine politischen Freunde und ich, uns nicht erklären können, wir haben sie nicht hindern können und auch nicht wollen, obschon sie nach der Meinung vieler unter uns nicht ganz gefahrlos ist, nach der Meinung aller derer, die es für eine Aufgabe weiser Politik halten, dem Eindringen unberechenbarer, zerstörender, elementarer Kräfte in unser öffentliches Leben möglichst vorzubeugen. Denn, meine Herren, in diesem Punkte stimme ich mit dem letzten Herrn Redner nicht überein; es handelt sich meiner festen Ueberzeugung nach nicht um einen konfessionellen Hader, — der tritt ganz zurück — es ist wirklich ein Racengegensatz, so schwer es ethnologisch möglich sein mag, die Grenze da richtig zu ziehen, und die konfessionellen Gegensätze spielen nur insofern hinein, als leider konfessionell — ich will in dieser Frage wenigstens keinen provozirenden Ausdruck brauchen — konfessioner Eifer es nicht verschmäht hat, diesen Racengegensatz als Bundesgenossen anzurufen und anzustacheln. Das ist sehr zu bedauern.

Meine Herren! Der Landtag ist nicht berufen, und eine so große Versammlung ist ja auch völlig außer Stande, die an sich sehr interessanten, wissenschaftlichen, ethischen Probleme, die sich an diese ganze Frage anknüpfen, gründlich zu erörtern, und hier allgemeine sittliche und wissenschaftliche Wahrheiten zu proklamiren. Der Landtag ist noch weniger berufen und im Stande, was leider, wie ich fürchte, im Verlauf der Diskussion doch der Fall sein wird, über die einzelnen Konfliktsfälle, die uns durch Erzählung und Mittheilungen der Presse bekannt geworden sind, hier zu Gericht zu sitzen. Ich fürchte, daß dadurch das Gegentheil von dem erzielt werden würde,

was wir Alle hoffen müssen. Unsere Aufgabe kann nur darin liegen, von dieser Stelle aus dahin zu wirken, daß in der öffentlichen Thätigkeit unserer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Organe jeder Versuch streng ferngehalten werde, sie in den Dienst irgend einer parteiischen Tendenz zu stellen. Darin liegt gerade auch die Gefahr dieser ganzen Agitation, daß sie Leidenschaften wachgerufen hat, die sich nicht kontroliren lassen. Von unserer jetzigen politischen Diskussion aber sollten und müßten Sympathien und Antipathien möglichst ferngehalten werden. Wenn wir, einem der besten Züge unseres Nationalcharakters folgend, nicht nach einem Sündenbock suchen, wenn wir das Auge, das nach dem schuldigen Theil und nach dem Grunde der Schuld sucht, nicht auf Andere, sondern in unser Inneres wenden, so wissen wir sehr bald genau, wo es fehlt und was zu ändern ist. Ich stimme dem letzten Herrn Redner darin bei: den leidenschaftlichen und heftigen Anklagen und Vorwürfen gegen die Juden liegt ein gut Teil des häßlichsten Neides zu Grunde, —

(Sehr wahr! links)

denen liegt zu Grunde ein beklagenswerther Mangel an ruhigem, festem Selbstvertrauen und an Energie. In einer der Petitionen und Eingaben, die hier kolportirt worden sind, haben wir die Aeußerung gelesen: „Wo in gleicher Zahl Juden und Christen zusammen sind, da sind die Juden die Herren, die Christen die Knechte.“ Meine Herren, das ist nicht wahr! Wenn es wahr wäre, dann hätten die Juden Recht, dann wären sie mit Recht die Herren und wir wären durch unsere Schuld Knechte.

(Zwischenrufe rechts.)

Ich sage: es ist nicht wahr; wäre es wahr, dann wäre es unsere Schuld und es nutzten uns keine künstlichen Mittel. Ich erkenne das voll an; — und wenn unsere jüdischen Mitbürger sich selbst prüfen, so werden sie auch in sich den Feind erkennen, den sie zu bekämpfen haben, und mancher unter ihnen hat das offen genug ausgesprochen. In einer gleichberechtigten Gesellschaft ist unerträglich dieses maßlose, fürchterliche Geschrei, wenn Einem von ihnen — um den Ausdruck des Herrn Kollegen Reichensperger zu gebrauchen — auf die Hühneraugen getreten wird; und wenn gar Jemand in einer abhängigen Stellung, dessen Amt ihn zu besonderer Diskretion verpflichtet, sich gegen einen Juden eine Taktlosigkeit oder Ungezogenheit zu Schulden kommen läßt, was ja übel genug ist, dann hören sofort alle Rücksichten auf, dann sollen alle Behörden Zeugniß ablegen von

der Tiefe ihrer Entrüstung, dann soll der Spruch, der das deutsche Rathhaus ziert:

eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede,
man soll sie billig hören Beede,

vergessen sein und es soll die ganze obrigkeitliche Gewalt aufgeboten werden, um die Unbill zu rächen. Meine Herren, das sind Defekte auf beiden Seiten, die beseitigt werden müssen. Aber ein Parlament kann dagegen keine Hülfe gewähren. Das ist der Grund, weshalb ich es nicht für nützlich und gut in dieser Frage hielt, sie hier weiter zu diskutiren. Hier kann nur die Gesellschaft selbst helfen. Und wenn wir uns alle ins Gedächtniß rufen das viele Schöne und Gute, was gerade in Preußen für uns und für die ganze Menschheit erworben ist dadurch, daß Deutsche und Juden sich die Hand gereicht haben, daß sie in ernster Arbeit, in Forschung und praktischer Thätigkeit mit einander gewetteifert haben, dann sollte es uns nicht schwer werden, die Besonnenheit und Geduld allseitig zu üben, ohne die wir einmal diese Krankheitserscheinung der Gegenwart nicht überwinden werden. Die Königliche Staatsregierung hat eine kurze aber ausreichende, zweifellose Antwort auf die an sie gestellten Fragen gegeben. Wir sind durch diese Antwort befriedigt, wir nehmen von ihr mit dem Vertrauen Akt, daß die Königliche Staatsregierung auch die Konsequenzen dieser Erklärung auf allen Gebieten der Verwaltung ziehen und sie zur Geltung bringen wird; wir sind fest überzeugt, daß sie in den Fällen, in welchen sie zu urtheilen berufen ist, lediglich ruhige und leidenschaftslose Gerechtigkeit wird walten lassen. Das übrige wird und muß der gesunde Verstand und das gesunde Herz unseres Volkes besorgen.

(Bravo!)

Präsident: Für hat das Wort der Abgeordnete Traeger.

Abgeordneter **Traeger:** Meine Herren, es liegt heute eine Erinnerung und eine Vergleichung so außerordentlich nahe, daß ich mich fast gewundert habe, sie bisher nur streifen zu hören. Besonders interessant ist dieselbe

(Rufe: Tribüne!)

für die Herren Konservativen und dieser Erinnerung halber habe ich mich gewundert, daß aus den Reihen dieser Herren nicht ein energischer Protest gegen das Bemühen, solche Bestrebungen mit ihnen in Verbindung zu bringen, hervorgetreten ist. Meine Herren, es ist eine ganz merkwürdige Thatsache, daß wir heute in dem großen und mächtigen Preußen, dessen König an der Spitze des deutschen Reiches steht,

die Judenfrage debattiren müssen und zwar in der Weise, wie es heute geschieht. Erinnern wir uns dabei nicht, daß das kleine und gedemüthigte Preußen zunächst dieser Frage, aber in einem ganz andern Sinne näher trat? durch die Gesetzgebung von 1848 wurde den Juden das Bürgerrecht gegeben; durch das Edikt vom 11. März 1812 wurden ihnen Staatsbürgerrechte verliehen, und, meine Herren, die Bundesakte, die wahrhaftig noch niemals für das Muster einer freisinnigen Gesetzgebung erachtet worden ist, legte in Artikel 16 die Tendenz allen Bundesregierungen nahe, den Juden die volle Gewährung der staatsbürgerlichen Rechte gegen die volle Uebernahme der staatsbürgerlichen Pflichten zu verleihen, und ausdrücklich wurde den Juden alles dasjenige, was sie an Rechten in den einzelnen Bundesstaaten bis dahin hatten, gewährleistet. Die preußische Regierung in dem ehrlichen Bestreben, diese Tendenz auszuführen, wandte sich in den Jahren 1824 bis 1827 an die Stände, und leider fielen in der damaligen Zeit des Rückschlages die Aeußerungen so ungünstig aus, daß die Regierung diese Bestrebungen fallen ließ. In den späteren Jahren kamen aus der Mitte dieser Stände heraus die Anregungen an die Regierung, im Jahre 1845 erklärten sich von 8 preußischen Provinzialständen 5 für die Erweiterung der Rechte der Juden, und darunter 2 sogar für die vollständige Emanzipation, so daß die Regierung im Jahre 1847 dem vereinigten Landtage den bekannten Gesetzentwurf vorlegte. Und nun, meine Herren, welche Erörterungen, welche Schicksale erfuhr er in diesem Landtage? Lassen wir den Herren den Vortritt. Am 15. Juni 1847 machte dieser Gesetzentwurf dasjenige Stadium in der Herrenkurie, welches wir in unserm heutigen parlamentarischen Sprachgebrauch die Generaldebatte nennen, und die ersten Redner waren Graf York, Graf Dyren und der Fürst Lynar, gewiß drei untadlige Ritter, die jede Ahnen- und Wappenprobe ohne Scheu bestehen können, und alle drei Herren vereinigten sich zum Antrage, dem vorgelegten Gesetzentwurf die Genehmigung zu versagen und von Seiner Majestät die Einbringung eines neuen Gesetzentwurfs auf Grund der vollständigen Emanzipation der Juden zu erbitten. Das sind die Ritter, die ihre Wappenschilder an der Wiege unseres Konstitutionalismus aufgehängt haben und von denen auch der Freisinnigste voll Ueberzeugung mit vollster Achtung salutiren wird. In der Kurie der drei Stände war das Schicksal des Gesetzentwurfs dasselbe. Ueberall trat ihm die lebhafteste Sympathie entgegen, und die Tendenz, die bei der Berathung das ganze Haus durchdrang, drückte sich aus in den folgenden Worten:

> Meine Herren, die Geschichte hat in mir die Ueberzeugung begründet, daß, wenn die Idee meiner Freiheit einmal in die Brust einer Nation gepflanzt ist und in derselben Wurzel gefaßt hat, keine Macht der Erde im Stande ist, sie aus derselben herauszureißen, sie wird und muß fortwachsen, bis sie die Wolken durchbrochen hat. Daß aber die Idee, die Juden mit den Christen in allen bürgerlichen Rechten gleichzustellen, eine Idee der Freiheit ist, das bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.

und es war nicht das Mitglied einer extremen Partei, es war kein fortschrittlicher Demagoge, der dieser Auffassung solche Worte lieh, — es war der Fürst Reuß, und auch die Vertreter der Ritterschaft in der Kurie, die vereinigten drei Stände bis auf Herrn v. Manteuffel und der Vertreter der sächsischen Ritterschaft Herr v. Bismarck (Schönhausen) waren alle von dem gleichen Sinne beseelt. Sie haben gehört, meine Herren, aus den Mittheilungen meines Freundes Hänel, daß Herr v. Bismarck (Schönhausen), seitdem er Kanzler des deutschen Reiches geworden ist, sich wesentlich zu anderen Ideen bekehrt und auf einem ganz anderen Gebiete das staatserhaltende Element sucht. Nun, das sind Ihre Vorfahren, die in jenem Kampf bei dieser Frage auf einer ganz anderen Seite gestanden haben, als diejenige Seite ist, auf welche man Sie hindrängen möchte. Sie haben mit dieser Frage und mit den an diese Frage sich knüpfenden Bestrebungen absolut nichts zu thun, und es muß jedem, der, wie ich auch, seinem Gegner mit Hochachtung gegenübersteht, mit tiefem Schmerz und Bedauern erfüllen, diesen Gegner in solchen Bestrebungen verwickelt zu sehen. Sie verwahren sich gegen keinen Vorwurf energischer, als gegen den, rückschrittlich zu sein, Sie wollen konservativ sein, das heißt, Sie wollen das Bestehende, das Erprobte, das Bewährte vertheidigen und schützen gegen den Ansturm zweifelhafter Neuerungen. Nun, hier kann die Frage nach dem konservativen Standpunkt nicht schwer zu entscheiden sein. Wo ist das Erprobte, wo ist das Bestehende, wo das Bewährte? Was man von Ihnen verlangt, ist, daß Sie sich betheiligen sollen an Neuerungen, die nicht etwa zweifelhaft sind, sondern die verdammt und gebrandmarkt worden sind schon im Jahre 1847 und noch viel länger, so lange verständige Menschen sich mit dieser Frage beschäftigt haben. Meine Herren, diese Bestrebungen wollen konservativ sein, sie wollen aber auch christlich sein, und auch mich drängt es, diese Frage ganz kurz noch zu erörtern.

Ich scheue mich absolut nicht, meine Herren, hier frei zu bekennen, daß auch ich ein gläubiger Christ bin; ich würde mich dieses Bekenntnisses aber schämen, wenn derartige Bestrebungen aus dem Christenthum entspringen könnten, wenn sie auch nur in die entfernteste Beziehung mit dem Christenthum gebracht werden könnten.

(Sehr gut! links.)

Meine Herren, diese Religion hat ihre ganze Wehr und Waffe in der überzeugenden Kraft ihrer Lehre auf die Liebe und Duldung, und diese Religion kann nun und nimmermehr zu dem Bestreben führen, Andersdenkenden, Andersgläubigen den Genuß der einfachsten staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken.

(Zustimmung links.)

Meine Herren, wenn von anderen Seiten angedeutet worden ist, es drohe dem Christenthum von dem Judenthum Gefahr, wenn man also meint, es handle sich hier um Präventiomaßregeln gegen eine etwaige Christenverfolgung — nun, den Herren, die diese Gefahr fürchten, muß ich doch, ganz abgesehen davon, daß der Beweis einer solchen Gefahr sehr schwer zu führen sein würde, erklären, daß sie ein außerordentlich geringfähiges Vertrauen in ihre eigene Religion haben.

(Sehr richtig! links.)

Also, meine Herren, das Recht dieser Bewegung, sich mit dem Worte „christlich" schmücken zu dürfen, bestreite ich auf das Entschiedenste.

Man hat aber auch gefühlt auf jener Seite, daß man dem Worte „christlich" noch ein anderes Wort beifügen müsse und da hat man als das nächstliegende „sozial" genommen und diese Bestrebungen bezeichnet als „christlich-soziale." Ja, meine Herren, das ist ganz richtig, der Schwerpunkt dieser Bewegung liegt nicht auf dem Gebiet der Politik, nicht in der konservativen Politik, er liegt auch nicht auf dem Gebiet der Religion, nicht in der christlichen Religion, er beruht auf dem sozialen Gebiet, — aber, meine Herren, nicht auf dem ehrlichen sozialen Gebiet, auf das sich Jeder, der wirklich ein Herz für die Leiden des Volkes hat, stellen muß, sondern auf dem unehrlichen sozialen Gebiet.

(Oh! rechts.)

Man hat namentlich in den gegenwärtigen Zeiten kennen und würdigen gelernt die agitatorische Kraft sozialer Ideen und darum verschmäht es fast keine politische Partei, bewußt oder unbewußt, heut zu Tage einen sozialistichen Beigeschmack ihrem Programm beizugeben und so wie die

Sozialdemokraten Sozialisten sind und diese Bestrebungen decken mit dem Beiwort „demokratisch“, das heißt diesen Bestrebungen ein politisches Gepräge zu geben suchen, so haben diese Herren zu dem „christlich“ das „sozial“ hinzugesetzt. Meine Herren, Sie haben es gewagt, ein Wort, die Bezeichnung einer Religion hinzuzufügen, das uns Allen und namentlich ihnen, die so fanatische Kämpfer des Christenthums sein wollen, so heilig sein müßte, daß sie es nicht hinabziehen in den Schmutz des Tages und in den Koth der niedrigsten Leidenschaft, denn darum handelt es sich hier. Mein verehrter Freund Virchow hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß, abgesehen von allen konfessionellen Unterschieden, es sich hier zum allerwesentlichsten um das Motiv des Neides handelt und in dieser Beziehung ist jene Bewegung viel umfangreicher als die sozialdemokratische. Die sozialdemokratische Bewegung wendet sich an die Leidenschaft, an die Noth der wirklich Enterbten, der Armen und Elenden, aber, meine Herren, diese Bewegnng sucht ihre Unterkunft in den Schichten gerade der besser, aber nach ihrer Ansicht und vielleicht auch in Wirklichkeit, nicht gut genug Situirten. Es wird, meine Herren, angefacht und angestachelt der Neid des weniger Besitzenden gegen den mehr Besitzenden, es wird ins Gefecht gerufen der Neid des Unbeholfenen gegen den Geschickteren. Das ist dasselbe Motiv, was in Ungarn nnd Böhmen der Deutschenhetze zu Grunde liegt. Wollen diese Herren sich mit den Czechen und Magyaren vielleicht auf eine und dieselbe Stufe stellen?

Nun, meine Herren, es hat namentlich Herr Reichensperger die Sache so dargestellt, als sei man damals allerdings von einem gewissen Billigkeitsgefühl geleitet gewesen, den Juden die betreffenden Rechte zu gewähren, als sei das aber geschehen gewissermaßen mit einem stillschweigenden Vorbehalt, das heißt, man wollte die Juden erst eine Prüfungszeit durchmachen lassen und dann erwägen, ob sie sich der gewährten Rechte würdig bewiesen hätten. Meine Herren, ich müßte die Verhandlungen des vereinigten Landtages gar nicht verstanden haben, aber mir ist von einem derartigen Vorbehalt aus diesen Verhandlungen absolut nichts entgegengetreten; man that es nicht der Juden wegen — es waren unter den Verfechtern der Juden sehr viele, die persönlich mit ihnen nichts zu thun haben wollten, während jeder Widersacher der Juden, auch Herr v. Bismarck-Schönhausen einen Kreis ganz charmanter, liebenswürdiger Juden zu seinem Privatgebrauch hatte;

(Heiterkeit)

nein, meine Herren, aus staatserhaltendem Prinzip, aus dem Bewußtsein, nicht länger dieser fortschreitenden Idee widerstehen zu können, gab man jene Freiheiten. Alle die Einwendungen, die wir heute hören, sind damals auch gemacht worden, die Beschäftigung der Juden, kurz und gut, es giebt nichts, was man nicht gegen sie vorbrachte, und nichts, was man nicht widerlegt hätte. Ein Moment wurde damals auch schon hervorgehoben, was uns jetzt noch viel näher liegt. Man gedachte der Juden, die so tapfer in den Befreiungskriegen in den Reihen der Preußen mitgefochten, und nun frage ich Sie, meine Herren, liegt uns denn diese Erinnerung nicht viel näher? Haben wir denn das Eiserne Kreuz und die Ehrenzeichen des großen Kampfs verliehen mit den Abzeichen: Für Christen und für Juden, oder wissen wir nicht, daß unter diesem heiligen Zeichen, auf welchem Boden wir es auch treffen, ein tapferes, für das Wohl seines Vaterlandes zu bluten und sterben bereites Herz schlägt? Was ist das größte, das höchste Recht, das Sie einem Mann einräumen, die höchste Achtung, die Sie ihm erweisen? wenn Sie ihn für würdig halten, für seine Idee Blut und Leben einzusetzen. Demjenigen, dem Sie es gestatten, für sein Vaterland zu sterben, haben Sie damit ein Ehrenrecht eingeräumt, gegen das alle andern Ehernrechte verschwindend klein sind.

Nicht bloß mit dem Schwert in der Hand, auch mit dem Beutel in der Hand haben die Juden stets außerordentlich werthvolle Dienste geleistet. Es giebt eine Wohlthätigkeit, meine Herren, Sie werden mich verstehen, wenn ich sie als die spezifisch christliche bezeichne, eine Wohlthätigkeit, die sich eigentlich in einen nicht gut verträglichen Gegensatz zu der allgemeinen Wohlthätigkeit stellt, — aber selbst diese Wohlthätigkeit, die zuweilen einen recht offensiven und aggressiven Charakter trägt, hat sich niemals umsonst an die Juden gewendet, ihr Appell hat stets einen thatkräftigen Widerhall gefunden.

Glauben Sie nicht, daß ich, so wenig wie es meine Freunde wollen, hier auftrete als ein Verherrlicher der Juden. Wir geben Ihnen Alle zu, daß unter den Juden Leute sind, mit denen man nicht die geringste Gemeinschaft haben möchte, und die vielleicht eigentlich den allen Staatsbürgern gewährleisteten Rechte nicht würdig sind. Aber giebt es denn deren nicht auch unter den Christen?

Es wird von der Presse gesprochen. Ja, meine Herren, es giebt Preßorgane schimpflichster Natur, die von christlichen Redakteuren geleitet werden und angeblich christliche Tendenzen verfolgen. Wird es denn einem wohlwollenden intelligenten

Juden einfallen, für diese Ausschreitungen das ganze Christenthum verantwortlich zu machen? Gewiß nicht. Wir haben von den Juden nichts zu fürchten, und wenn uns wirklich etwas von dieser Seite drohen sollte, und wir uns fürchten müßten, dann würden wir ganz andere Waffen in der Hand haben, die uns feindseligen Elemente zu bekämpfen, als die Verkümmerung der staatsbürgerlichen Rechte. Hüten wir uns vor Bestrebungen, die nichts sind als demagogische Bestrebungen der untersten Sorte. Mir ist neulich etwas vorgekommen, was außerordentlich scherzhaft wäre, wenn die ganze Sache nicht so tragisch wäre. Sie haben aber von dem vielberufenen Erlaß des Herrn Stumm gelesen, welcher einem Zeitungsblatt das Leben abschnitt, weil es ein Gedicht veröffentlicht hatte, welches nach der Ansicht des Herrn Stumm sozialdemokratische Tendenzen predigte und welches den Arbeitern und Arbeitgebern gefährlich sein könnte. Ja, meine Herren, dieses Gedicht ist nicht etwa einer sozialistischen Zeitung, nein, es ist der „Wahrheit" entnommen, dem offiziellen Witzblatt der christlich-sozialen Partei,

(Unruhe)

einer Partei, meine Herren, die sich sehr gern mit Ihrem Banner deckt, die behauptet, für konservative Interessen zu fechten und deren einzelne Erzeugnisse einem Konservativen einen so großen Schreck eingejagt haben, daß er sofort die Sozialdemokratie dahinter wittert. Das ist ein Beispiel, das außerordentlich lehrreich ist, ich will auf das Gedicht selbst nicht eingehen. Meine Herren, haben wir denn etwas für den Staat zu fürchten, oder haben wir ein Staatsinteresse daran, den Bestrebungen, wie sie in der Petition ausgedrückt sind, näher zu treten? Damals, im Landtage von 1847, sagte ein Abgeordneter — diesmal müssen Sie mich schon entschuldigen, ich komme mit einem bürgerlichen, mit Camphausen:

> Ich habe endlich wahrgenommen, daß die Existenz des preußischen Staates an den Grundsatz geknüpft ist, daß verschiedenen Konfessionen die gleiche politische Berechtigung zustehe und daß die Monarchie gefährdet werde, wenn dieser Grundsatz nachhaltig und wesentlich verlassen werden sollte.

Das ist ein Satz hoher Staatsweisheit.

Und wie, meine Herren, um zu schließen, stellt sich denn zu dieser Frage das fundamentale bürgerliche Gesetz in unserem Staate, jenes Gesetz, welches noch niemals genug gewürdigt ist, das ein leuchtendes Denkmal des menschlichen Geistes und

menschlichen Scharfsinns, aber auch wahrhaft freiheitlichen Sinnes ist, das allgemeine Landrecht? Es sagt im § 13 II 11:

> Jede Kirchengesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflößen.

Wenn eine Religionsgesellschaft diesen Verpflichtungen Genüge leistet, dann wird sie vom preußischen Staat anerkannt, dann werden ihre Mitglieder geschützt. Und nun frage ich Sie, meine Herren, haben es die Juden jemals an Ehrfurcht vor ihrer Gottheit fehlen lassen — ich meine „ihrer" klein geschrieben. Meine Herren, Sie sind es ja gerade, welche die Juden von ihrem Gotte abwendig machen wollen, die sie zum Gegentheile von dem, was das Allgemeine Landrecht von den Mitgliedern der Religionsgesellschaften verlangt, veranlassen. Haben Sie besonders viel von dem Ungehorsam der Juden gegen die Gesetze gehört? Ich bin überzeugt, daß die Statistik in dieser Beziehung nicht zum Nachtheil der Juden ausfallen wird; an der guten Gesinnung gegen ihre Mitbürger haben sie es niemals fehlen lassen.

(Heiterkeit.)

Wir können aber schon aus den Gründen, weil sie in der überwiegenden Mehrheit sind, viel mehr Christen, als Juden anführen, die sich gegen die Gesetze des Staates und gegen die Verpflichtung der Moral vergangen haben.

Es ist noch nicht 25 Jahre her, seit unser Verfassungsleben begründet wurde. Ich halte es für außerordentlich traurig, daß wir nach 23 Jahren schon in der Lage sind, eine Debatte, die damals vollständig abgemacht ist, zu wiederholen, und nicht zu unserem Vortheil, denn es war damals viel mehr Idealismus in dem Streben der Nation und ihren Vertretern, und man war noch nicht so weit gekommen, alle humanen und freiheitlichen Bestrebungen mit dem Vorwurf des Doktrinarismus abzumachen.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Windthorst.

Abgeordneter Dr. **Windthorst:** Meine Herren! Die Eigenartigkeit der Angelegenheit, welche uns hier beschäftigt, ist so sehr geeignet, Verschiedenheit in den Anschauungen zu begründen, und dann liegen diese Anschauungen wieder so nahe neben einander, daß es, glaube ich, Jedem sehr schwer fallen würde, seine Worte so einzurichten, daß sie eine allgemeine Anerkennung finden könnten. Dies veranlaßt mich

zu erklären, daß das, was ich sagen werde, nur meine persönliche Ansicht vertritt.

Meine Herren, was die Interpellation betrifft, so bin ich der Meinung, daß sie durchaus nicht motivirt war, daß sie das Gegentheil von dem bewirken wird, was die Herren beabsichtigt haben;

(sehr wahr! rechts.)

und das bedauere ich im allerhöchsten Maße. Den Vorwurf können die Herren niemals abweisen, daß sie eine Interpellation eingereicht haben über Dinge, die noch gar nicht existent sind, und daß sie sich haben hinreißen lassen durch die Hitze des Moments. Meine Herren, die Interpellation ist von der Regierung beantwortet, nach meinem Dafürhalten zutreffend, erschöpfend, für Jedermann beruhigend.

(Abgeordneter Dr. Hänel: Na also!)

Ich weiß nicht, was das „also“ bedeutet; man kann auch auf eine quaestio domitiana eine ganz zutreffende Antwort geben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Virchow findet die Antwort kühl. Ich kann dem geehrten Herrn nur erwidern, wenn in ähnlichen Fällen uns eine solche Antwort geworden wäre, würden wir sie für gar nicht kühl, sondern für dankenswerth warm gehalten haben.

(Sehr gut! im Centrum.)

Uns ist niemals in unseren Nöthen eine solche Antwort zu Theil geworden; und es ist allerdings ein Zeichen der Zeit, daß man uns kühl und Andere weniger kühl behandelt.

Ich weiß nicht, was den verehrten Kollegen Träger bewogen hat, so Außerordentliches vorzutragen. Nachdem der Herr Minister erklärt hat, die Regierung denke gar nicht daran, irgend etwas zu ändern in den staatsbürgerlichen Verhältnissen unserer jüdischen Mitbürger; nachdem von Seiten des Herrn Abgeordneten Reichensperger und von Seiten des verehrten Herrn aus der konservativen Partei mit unzweideutigen Worten erklärt worden war, daß man die betreffenden Grundsätze der Verfassung anerkenne und daran festhalten wolle, war es gar nicht nöthig, uns Derartiges wieder vorzuführen, wie es der Herr Abgeordnete Träger gethan hat — es wäre denn, daß der verehrte Herr sich gemüßigt gefunden hätte, seinen Fraktionsgenossen so recht lebendig ins Gedächtniß zu rufen, wie sie bei uns gerade das Gegentheil von alledem gethan haben, wozu er sie heut auffordert.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Was die Sache selbst betrifft, so ist sie einmal zur Er-

örterung gekommen, und wir sind deshalb allerdings genöthigt, unsere Ansicht zu äußern. Die Frage der sozialen Stellung unserer jüdischen Mitbürger im christlichen Staat ist eine außerordentlich schwierige und ich glaube, daß man diese wichtige Frage eigentlich nur behandeln sollte an den wahren Stätten wahrer Wissenschaft und unter den Formen der Wissenschaft. Sie in das Tagesleben hinein zu werfen, halte ich bei den Stimmungen, welche einmal in den Massen der Bevölkerung obwalten, für im höchsten Grade mißlich und bedenklich.

(Hört! hört!)

Meine Herren, der ganze Inhalt meines Gedankens liegt in ganz kurzen Worten: Keine Judenhetze, aber auch keine Christenhetze,

(Sehr gut!)

vor allem auch nicht eine Katholikenhetze.

(Aha! links.)

Die politische und religiöse Duldung ist die einzige Basis, auf welcher in Deutschland bei den Verhältnissen, wie sie liegen, der Staat und die bürgerliche Gesellschaft gedeihen können. Diese Duldung sind wir allen unseren Mitbürgern schuldig, auch den jüdischen Mitbürgern und diesen besonders deshalb, weil sie in der Minorität sind. Aber, meine Herren, wenn ich diese Duldung gewähre, so sage ich den jüdischen Mitbürgern: diese Duldung kann nicht einseitg sein, sie muß vielmehr gegenseitig sein; und die Duldung, die Sie von uns verlangen, müssen Sie selbst auch uns gewähren. Meine Herren, ich bin der Meinung, daß die sozialpolitische Frage über die Stellung der Juden in unseren christlichen Staaten in der Presse nicht immer in der richtigen Weise behandelt worden ist, und daß manchmal die Behandlung eine solche, daß die jüdischen Mitburger sich dadurch allerdings verletzt fühlen konnten, das muß ich von meinem Standpunkt aus auf das Bestimmteste mißbilligen. Wenn überhaupt diese Frage heute schon behandelt werden soll, dann muß sie behandelt werden mit der äußersten Objektivität, der äußersten Ruhe, ohne alle persönliche Pointen, ohne verletzendes Beiwerk. Ueber meinen Zweifel darüber, ob man sie überhaupt in Volksversammlungen bringen durfte, habe ich vorhin schon mich ausgesprochen. Ich bin der Meinung, daß sie nicht dahin gehört,

(Hört! hört! links.)

— oder wenigstens nicht eher dahin gehört, als bis auf dem Gebiete der Wissenschaft und nach den Erörterungen in wissenschaftlicher Form feste und bestimmte Resultate gewonnen sind.

Meine Herren, die Erörterung dieser Frage stößt hüben und drüben auf Stimmungen, welche durch die Art, wie die Erörterung geführt wird, gar leicht aufgeregt, erzitirt werden können; und die Folgen kann niemand ermessen.

Wenn ich in dieser Weise offen und klar das mißbilligt habe, was ich mißbilligen muß, so sage ich auf der anderen Seite, daß die Erörterungen ganz bestimmt nicht eingetreten wären, wenn ein Theil unserer jüdischen Mitbürger nicht selbst die Veranlassung dazu gegeben hätte. Meine Herren, einer der Hauptpunkte, worüber die Juden bei der Verhandlung ihrer Angelegenheiten sich beklagen und beklagen können, ist nach meinem Dafürhalten der, daß man, wenn ein einzelner Jude oder eine Mehrzahl von Juden, ein Theil derselben, etwas gethan hat, was mit Recht gerügt werden muß, das verallgemeinert und generell hinstellt, als ob es die ganze Judenschaft träfe. Das ist grundverkehrt und grundverletzend. Wenn man Klagen über einzelne oder über einen Theil hat, so soll man die einzelnen und diesen Theil konkret fassen; aber niemals die Sache generell hinstellen und dadurch die ganze Judenschaft verletzen, unter der es die allerehrenwerthesten Menschen giebt. Aber es ist auch nicht zu leugnen — und ruhig denkende jüdische Mitbürger leugnen es nicht — daß allerdings ein Theil der Juden eine Weise angeschlagen hat, die für die Christen nicht allein, nein! für die menschliche Gesellschaft im höchsten Grade bedenklich ist; und die jüdischen Mitbürger haben nach meinem Dafürhalten keine größere Aufgabe als die, diesen Theil ihrer Genossen in die richtigen Wege zurückzuführen. In dem unglücklichen, großen kirchenpolitischen Kampfe hat die überwiegende Mehrzahl jüdischer Literaten eine der katholischen und auch der positiv evangelischen Bevölkerung sehr feindliche Stellung eingenommen;

(sehr wahr! im Centrum)

und ich bin einigermaßen erstaunt, daß Organe, welche sich über die Verletzung der Juden beklagen, gleichzeitig und in demselben Blatte, welches solche Klage enthält, die christlichen Verhältnisse angreifen. Mir scheint, die jüdischen Mitbürger hätten noch Arbeit genug, für sich das Richtige zu schaffen, und könnten uns Christen überlassen, unsere Angelegenheiten selbst auszumachen. Ich würde mir niemals herausnehmen, in irgend welcher Weise mich zu äußern über die verschiedenen Differenzpunkte, die in dem Judenthum und seinem Bekenntniß sich zu Tage legen. Das ist eine durchaus innere Angelegenheit; jede Aeußerung über dieselbe würde ich für eine meine Kompetenz überschreitende Anmaßung halten. Wenn

Sie das aber anerkennen, daß ich nicht so verfahren kann, darf ich die Herren von dem jüdischen Bekenntniß bitten, uns auch in Ruhe zu lassen.

(Sehr richtig!)

Ich bin überzeugt, daß, wenn dieses Verhalten eingeschlagen wird, wir sehr bald zur Ruhe und Zufriedenheit auch in dieser Angelegenheit zurückkehren werden.

Meine Herren, der Abgeordnete Virchow hat sich sehr leicht geholfen, als er den schlagenden Argumenten meines Kollegen Reichensperger gegenüber sagte: über die katholische Frage wolle er zu einer anderen Zeit sprechen, sie durchkreuze seinen heutigen Plan. Meine Herren, ich glaube gern, daß sie seine Pläne sehr stark durchkreuzt. Aber, so wenig ich mich gefreut habe über diese Interpellation und die darnach nothwendige Besprechung, so wenig ich erfreut bin über das, was bei derselben vorkommt, so muß ich doch anerkennen, daß eine günstigere und zutreffendere Gelegenheit sich nicht darbieten könnte, dem Herrn Kollegen Virchow und seinen Freunden, die Kulturkämpfer sind — (sie sind es nämlich nicht alle und zu meiner Freude gerade auch jüdische Mitglieder seiner Partei sind es nicht) —

(Unruhe links)

nachzuweisen, wie im höchsten Grade inkonsequent sie sind, und daß ich den Eifer, den sie nun hier entwickeln, für bedeutend genug halte, ihnen die Logik in's Gedächtniß zu rufen, wonach Sie dasjenige, was Sie mit Recht für die jüdischen Mitbürger in Anspruch nehmen, auch den katholischen schuldig sind.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Es hat eine Anzahl Notabeln hier eine Erklärung abgegeben. Die Tendenz dieser Erklärung kann ich vollkommen billigen, aber meine Herren, es muß immer statt „jüdische" geschrieben werden: „jüdische und katholische Mitbürger".

(Sehr gut! im Centrum.)

Das beizufügen haben die Herren Dr. Mommsen und Dr. Gneist vergessen. Es ist mir eine besondere Genugthuung gewesen, den Abgeordneten Dr. Gneist auch unter dieser von mir übrigens nicht angegriffenen Erklärung zu finden, weil ich denke, daß er nun Jurist genug ist, die Konsequenzen zu ziehen —

(Sehr gut!)

(Zuruf: Thut er doch nicht!)

dann hört er auf, ein Jurist zu sein —

(Heiterkeit!)

um alle seine Vergehen gegen uns von der Moabiter Angelegenheit bis heute gründlich wieder gut zu machen.

Meine Herren, ich muß dann sagen, daß die Interpellation, wie die Besprechung, bei mir aus dem Grunde keinen unangenehmen Eindruck hinterläßt, weil wir danach doch einen Fortschritt gemacht haben. Selbst auf Seiten, wo wir sonst diese rücksichtsvolle Behandlung solcher Fragen nicht hörten, wo, wenn es sich um uns handelte, das Konzert der Aggression ein vollständiges war, hat man hier bei dieser Sache ganz zu meiner Befriedigung einen sehr ruhigen und gemäßigten Ton innegehalten. Auch die Regierung ist sehr beeilt gewesen zu meiner großen Freude, die Verfassung gegen jegliche (andre) Agitation auf Abänderung in Schutz zu nehmen. Aber ich bitte nun Alle von rechts und links, die jetzt gelernt haben, daß man nur auf dem Boden der Verfassung die Verhältnisse der verschiedenen Bekenntnisse regeln und in wirklich vernünftiger Bahn erhalten kann, daß sie nun auch in sich gehen und dasselbe uns gewähren, was sie den jüdischen Mitbürgern zu meiner Freude haben gewähren wollen. Meine Freunde rufen mir zu, das würden sie nicht thun. Ich will nicht ganz verzweifeln, obwohl auch meine Hoffnung nicht groß ist. Aber der gesunde Sinn und, ich wiederhole, die Logik pflegt doch, wenn auch langsam, Fortschritte zu machen.

(Heiterkeit.)

Und so ist meine Erwartung, daß wir nun auch von diesen Seiten eine bessere Unterstützung bekommen werden, nicht so ganz aus der Luft gegriffen. Also, meine Herren, seien wir nach allen Richtungen hin tolerant, vermeiden wir alles und jedes in Wort und Schrift, was unsre Mitbürger, welches Bekenntniß sie immer haben mögen, verletzen könnte. Dann wird es möglich sein, die Unruhe und Bewegung in den Gemüthern zurückzudrängen, die sich jetzt leider geltend macht.

Auf die einzelnen Fälle, welche von den Abgeordneten Dr. Hänel resp. Dr. Virchow angeführt sind, um zu konstatiren, daß ein Unrecht gegen unsere Mitbürger mosaischen Bekenntnisses geübt werde, kann ich zu meinem Bedauern nicht eingehen, weil theilweise die thatsächlichen Verhältnisse gar nicht klar und namentlich nicht bewiesen vorgelegt sind, und weil über andere die Untersuchung schwebt, dem Resultat einer solchen Untersuchung aber nicht vorgegriffen werden kann. Wenn aber in den lautgewordenen Klagen auf dem Gebiet, das uns beschäftigt, wirklich etwas Wahres liegt, wenn in der That das Christenthum und die christliche Gesellschaft mehr als wünschenswerth zurückgedrängt wird, meine Herren, so

schiebe ich das nicht den Juden als solchen zu. Die thun das, was sie ihren religiösen Ueberzeugungen nach thun müssen und gebrauchen die Freiheit, die ihnen gebührt; und wenn sie sie mißbrauchen, sind die Gesetze, sie zu bestrafen. Aber meine Herren, daß das christliche Prinzip zurückgedrängt wird, das verdanken wir der Aera, die mit dem Schulaufsichtsgesetz begann.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Ich habe damals gesagt: Es ist das ein Wendepunkt in der preußischen Geschichte; es ist die Wendung zu einem Staate ohne Gott,

(Hört! hört!)

Das scheint sich mir immer mehr und mehr zu bestätigen. — Dem Abgeordneten Träger wollte ich übrigens sagen, daß ich seiner Distinktion zwischen dem Gott der Juden und dem der Christen durchaus nicht beistimme; der Gott der Juden ist auch der Gott der Christen; und ich glaube, daß seine jüdischen Mitbürger sich diese Distinktion ganz entschieden verbitten werden. Daß aber im Landrecht der Schutz für alle Götter gegeben werde, das glaube ich nicht;

(Heiterkeit)

und ich halte nicht für überflüssig, das zu konstatiren, weil die jetzt heranwachsende heidnische Generation dahin kommen könnte, uns nächstens auch den Jupiter vorzuführen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, das hat das Landrecht sicher nicht gewollt. — Also: die Aera, welche mit dem Schulaufsichtsgesetze begann, klage ich an, und vor allem die Entwicklung, welche das ganze Schulwesen genommen hat in den unteren und in den höheren Instanzen. Diejenigen würdigen Mitglieder jüdischen Bekenntnisses in unserem Lande, die ich kenne, haben mir oft mit Bedauern gesagt, wie sehr sie es beklagen, daß in den Schulen der Glaube ihrer Väter in den Kindern verwischt werde; und der Theil der jüdischen Mitbürger, über dessen Verfahren wir klagen — der Theil, sage ich ausdrücklich — wird uns, glaube ich, nicht ohne Grund vorwerfen können: wir haben das, was wir thun, in euren Schulen und auf euren Universitäten gelernt;

(sehr wahr!)

denn die Erscheinungen, über welche wir in der Presse klagen, fallen nicht den Juden zur Last, die an dem Glauben ihrer Väter festhalten, und welche die Gebote achten, welche unter dem Donner von Sinai verkündigt worden sind, sie fallen demjenigen Theile zur Last, welcher ungläubig geworden ist, den ungläubigen Christen die Hände reicht, und so gemein-

schaftlich über das positive Christenthum, in welcher Gestalt es ihnen auch entgegentritt, herfällt;

(sehr wahr!)

und wenn wir uns über diese beklagen, so müssen wir dieselben nicht als eine jüdische, sondern als eine ungläubige Gesellschaft bezeichnen, die uns also behandelt.

Daneben kann der christliche Staat und der christliche Sinn nur aufrecht erhalten werden durch eine freie Bewegung der christlichen Kirche, und Sie, meine Herren, haben in der Majorität die christliche Kirche geknechtet und knechten sie heute noch.

(Sehr wahr!)

Und, meine Herren, dann wundern Sie sich, daß der Unglaube, komponirt aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, solche Fortschritte macht und der christlichen Gesellschaft den Boden abringt? Und die Regierung, hat sie etwas gethan, um diesen Unglauben abzuwenden? thut sie jetzt etwas? Haben wir ein Wort der Art gehört? Gar nichts, sie bleibt in ihrer unerschütterlichen Haltung gegen die christliche Kirche entschieden fest, und ich behaupte, daß, wenn etwas am Christenthum verloren geht, dann ist die Regierung Schuld daran.

(Sehr wahr!)

Liegt darin der Hauptgrund aller der Beschwerden, die vorkommen, so ist allerdings auch nicht zu verkennen, daß die wirthschaftliche Gesetzgebung nicht auf dem richtigen Boden konstruirt worden ist, und daß in demselben den verschiedenen Kräften nicht das richtige Maß und das richtige Verhältniß angewiesen ist, und wir werden ohne allen Zweifel eine gründliche Revision in Beziehung auf die ganze soziale Gesetzgebung vorzunehmen haben. Wir müssen die Freizügigkeitsfrage, die Ansiedelungsfrage, wir müssen die Gewerbeordnung gründlich anfassen und sehen, was darin verkehrt ist. Wir müssen das Aktiengesetz revidiren, wir müssen die Männer, die die Geschäfte, auf die sich dieses bezieht, betreiben, seien sie christlichen oder jüdischen Bekenntnisses, vor die persönliche Verantwortlichkeit stellen.

(Bravo!)

Dann werden alle die Klagen vermindert werden und verstummen, die man jetzt nach meiner Ansicht einseitig und mit Unrecht den Juden im allgemeinen und allein zuschreibt.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, ich weiß, daß das weitgreifende Gedanken sind; ich weiß, daß sie auch vielfach bekämpft werden können,

aber das mußte ich aussprechen, um meinen Satz zu begründen, den ich nach wie vor aufrecht erhalte, gegen die Juden im allgemeinen, so wie es geschieht, vorzugehen, muß ich meinestheils laut mißbilligen. Nur der Theil, der mit den ungläubigen Christen in Gemeinschaft das Christenthum bekämpft, nur diesen Theil muß ich, nicht, weil sie Juden sind, sondern weil sie mit den ungläubigen Christen gemeinsam das Verkehrte thun, bekämpfen, und ich erwarte und hoffe, gerade wie es mein Kollege Reichensperger schon ausgesprochen hat, daß die guten Elemente der jüdischen Mitbürger dahin wirken werden, daß das geschieht, und ich flehe die Regierung an, für Schulen zu sorgen, in welchen nicht unsern Kindern der christliche Glaube und den Kindern unserer jüdischen Mitbürger der Glaube ihrer Väter verkümmert wird, in welchen sie nicht hingeführt werden zu den Ideen des Materialismus und zum vollen Unglauben. Uebrigens wünsche ich meinestheils, daß die Debatte, da sie einmal Platz gegriffen hat, doch die Leidenschaft nicht weiter aufregen möge. Ich wünsche dringend, daß wir uns an diesem Beispiel sammt und sonders, keiner ausgenommen, klar machen, wie dringend nothwendig es ist, nach allen Seiten hin gerecht und billig zu sein gegen unsere Mitbürger, mögen sie ein Bekenntniß haben, welches es sein mag, daß wir uns durchdringen von der Nothwendigkeit, die Ausnahmegesetze überall aufzuheben, namentlich auch die schweren Ausnahmegesetze, welche die Katholiken und ihre Kirche und auch die Protestanten gläubigen Bekenntnisses treffen und drücken, damit das Gleichgewicht der Kräfte hergestellt wird. Insofern kann diese Debatte von Nutzen sein, wenn wir sie richtig auffassen und richtig weiter entwickeln. Sollte das aber nicht sofort geschehen können, dann bitte ich Alle, daß die Erörterung, welche fortgeführt werden möchte, geführt wird in objektiv sachlicher, leidenschaftsloser Form, ohne Verletzung der Einzelnen und der Personen, daß wir im Frieden und mit friedlichen Waffen kämpfen, und daß wir uns immer bewußt bleiben des schönen Satzes: Was Du nicht willst, das Dir geschehe, das thue auch keinem Anderen!

(Bravo!)

Präsident: Es ist Vertagung beantragt von den Abgeordneten Freiherrn v. Minnigerode und v. Colmar. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht)

Das ist bereits die Majorität, das Haus will sich vertagen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Seelig.

Abgeordneter Dr. **Seelig:** Meine Herren, der Abgeordnete Reichensperger hat auf eine Ausführung heute Bezug genommen, die ich am vorigen Mittwoch hier gemacht habe. Er hat meine Ausführungen so interpretirt, als ob ich bereit wäre, den Artikel 9 der Verfassung zu ignoriren. Meine Herren, es war dies bei Gelegenheit der ersten Berathung des Gesetzes über die genossenschaftlichen Waldungen, wo der Abgeordnete Reichensperger darthun wollte, daß die Prinzipien dieses Gesetzes auf sozialistischem Boden sich bewegen und gegen die Verfassung seien. Ich habe mich bemüht darzuthun, daß es mit Artikel 9 der Verfassung in Uebereinstimmung sei; das heißt doch die Verfassung respektiren, nicht dieselbe ignoriren.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Reichensperger.

Abgeordneter Dr. **Reichensperger** (Olpe): Ich habe gehofft, daß der Herr Abgeordnete Dr. Seelig mich eines Irrthums hinsichtlich seiner Auffassung des Artikel 9 der Verfassungsurkunde zeihen würde, habe mich aber leider darin geirrt und konstatire von Neuem, daß der Abgeordnete Dr. Seelig den Artikel 9 nicht als die gleiche Schutzwehr für das Waldeigenthum, wie für alles andere Grundeigenthum anerkennt.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Seelig.

Abgeordneter Dr. **Seelig:** Ich bitte die Herren ganz einfach, den Wortlaut des stenographischen Berichts darüber anzusehen.

Präsident: Meine Herren, ich schlage vor, die nächste Sitzung am Montag, Vormittag um 10 Uhr, abzuhalten mit derselben Tagesordnung wie heute. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

Dreizehnte Sitzung

am Montag den 22. November 1880.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation des Abgeordneten Dr. **Hänel, betreffend die Agitation gegen die jüdischen Staatsbürger** — Nr. 41 der Drucksachen. —

Die Rednerliste vom Sonnabend geht fort.

Es hat zunächst das Wort der Abgeordnete Dr. Meyer (Breslau).

Abgeordneter Dr. **Meyer** (Breslau): Meine Herren, bevor ich in die Mitte der Sache eingehe, liegt mir als dem Abgeordneten für die Stadt Breslau die Pflicht ob, den Magistrat dieser Stadt in Schutz zu nehmen gegen einen Angriff, der vorgestern gegen ihn gerichtet worden ist. Es wurde von Seiten des Herrn Abgeordneten Reichensperger behauptet, der Magistrat in Breslau habe das Petitionsrecht verletzt, indem er die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer beantragt habe, dem weiter nichts zur Last falle, als daß er die bekannte Petition unterschrieben. Meine Herren, das ist nicht richtig; der Angriff gegen den Lehrer Dr. Fechner ist nicht erfolgt, weil er die bewußte Petition, sondern weil er ein Agitationsschreiben unterschrieben hat, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgefordert wird.

(Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, ich hoffe, Sie werden den Unterschied anerkennen.

(Ruf: Nein!)

Dann haben Sie Ihre Ansichten im Laufe der Jahre geändert; es ist von Ihrer Seite in dem bekannten Fall des Hamburger Postsekretärs, der von Hamburg nach Stallupönen versetzt wurde, dies geltend gemacht worden.

(Ruf: Im Abgeordnetenhaus?)

Im Reichstag; ich glaube, Sie werden die Identität der Parteibestrebungen im Reichstag und Abgeordnetenhaus nicht ganz in Abrede stellen wollen. Damals wurde behauptet, jener Postsekretär sei nicht versetzt worden, weil er eine Petition unterschrieben, sondern weil er anderweitig agitirt hat.

Es liegt nun aber der Fall des Dr. Fechner in mancher Beziehung eigenthümlich. Dr. Fechner ist angestellt am Johannesgymnasium in Breslau, einer Anstalt, welche die Stadt Breslau als ein Monument des in ihr herrschenden Geistes der Toleranz errichtet hat.

(Heiterkeit im Centrum.)

Es ist eine Anstalt, deren Eröffnung sich jahrelang hingezögert hat, weil der Magistrat in Breslau unter Zustimmung der ganzen Bevölkerung und unter Führung eines Mannes, der auch in der vorgestrigen Debatte Zeugniß für seine tolerante Gesinnung gegeben hat, sich geweigert hat, diese Anstalt auf rein konfessionelle Grundlage zu stellen. Es ist das Recht der jüdischen Lehrer auf Anstellung an diesem Gymnasium in ganz besonderer Weise in den Vordergrund gestellt worden, und man war einigermaßen berechtigt anzunehmen, daß ein Lehrer, der sich um Anstellung an dieser Anstalt beworben, von denselben Grundsätzen beseelt sei, welche diese Anstalt ins Leben gerufen haben. Dieser Umstand ist es nun eben gewesen, welcher bewirkt hat, daß das Auftreten des Dr. Fechner, der eben das bekannte Agitationsschreiben unterzeichnet hat, in den Kreisen der Bürgerschaft eine lebhafte Aufregung hervorgerufen hat, und darauf hat der Magistrat eine Erwiderung gegeben, in welcher er ausdrücklich erklärt, daß er das Petitionsrecht selber nicht antasten wolle, und daß der Lehrer, so weit ihm nichts zur Last falle, als die Unterzeichnung der Petition, in seinem Recht gehandelt habe, daß aber die Sache sich anders stelle, so fern ihm ein ostentatives öffentliches Auftreten zur Last falle. Eine Entscheidung selbst kann ja der Magistrat nicht treffen, die liegt dem Schulkollegium ob und es wird also dem Lehrer nichts Unrechtes geschehen, sofern das Schulkollegium von der Ansicht ausgehen sollte, daß er nichts gethan habe, als das Petitionsrecht zu gebrauchen.

Ausgehend von diesem einzelnen Falle möchte ich nun aber meine Freunde und mich gegen den Vorwurf verwahren, daß überhaupt in der Stellung unserer Interpellation bereits

ein Angriff auf das Petitionsrecht liege. Sie haben ganz Recht, wenn weiter gar nichts vorläge, als daß diese Petition mit den erlaubten Mitteln im Lande verbreitet wird und daß sie seiner Zeit der Staatsregierung unterbreitet werden soll, so hätten wir nicht das geringste Recht gehabt, diese Interpellation zu stellen und würden es auch nicht gethan haben. Es ist aber der Eindruck hervorgerufen worden, als ginge diese Petition nicht lediglich aus den Kreisen einzelner Privatleute hervor. Das Uebersendungsschreiben ist Ihnen theilweise verlesen worden, und Sie haben daraus entnommen, daß die Exemplare der Petition zur Verbreitung versandt werden sollen an alle Landrathsämter, Superintendenturen und eine Anzahl anderer amtlicher Stellen. Nun, es wird niemand den Muth haben, die Landrathsämter oder andere Behörden zur Unterstützung einer Petition in Anspruch zu nehmen, wenn er nicht Grund hat anzunehmen, daß diese Bestrebungen mit den Wünschen der Königlichen Staatsregierung zusammen fallen; es hätte nach meinem Dafürhalten Veranlassung vorgelegen mit Entschiedenheit eine derartige Zumuthung zurückzuweisen, daß die Landrathsämter sich einer Verbreitung dieser Petition unterziehen sollen.

Es ist aber das Gegentheil geschehen. In einem speziellen Falle ist mir wenigstens bekannt, daß die Petition in einem amtlichen Kreisblatte abgedruckt wurde, und daß die Redaktion dieses Kreisblattes, welche vom Kreissekretär geführt wird, dazu die Bemerkung machte, die Petition sei so überaus maßvoll und verständig, daß wohl niemand sich weigern werde, derselben beizutreten.

(Hört, hört! links.)

Es ist das geschehen in Langensalza, einem Wahlkreise, auf welchen die Aufmerksamkeit sich ja aus ganz nahestehenden Gründen richtet.

Es könnten noch andere Beispiele angeführt werden, daß die Behörden einer Störung des religiösen Friedens in der Oeffentlichkeit nicht immer so entgegengetreten sind, wie es hätte geschehen sollen. Es sind hier an den öffentlichen Anschlagssäulen Plakate angebracht worden, welche zu verbieten die Behörde berechtigt, vielleicht sogar auf Grund des Preßgesetzes verpflichtet gewesen wäre. Dieselben haben unbeanstandet etwa ¼ Jahr wiederholt werden können, und man hat auch daraus schließen müssen, daß es wohl an der Zeit sei, sich genau zu überzeugen, ob die Staatsregierung nicht in irgend einer Weise befürwortend, wohlwollend gerade solchen Bestrebungen gegenüberstehe, die sich zweifellos auf eine

Störung des öffentlichen Friedens richten oder dieselbe im Gefolge haben können.

Meine Herren, man hat in der vorgestrigen Sitzung darüber gesprochen, ob es sich hier um eine konfessionelle Frage, um eine Rassenfrage handelt. Ich nehme das Problem wie es von denjenigen unserer Gegner gestellt ist, die ich Grund habe, für die Wohlwollendsten zu halten. Ich nehme es so, auf, daß man sagt, es sei eine Entnationalisirung der Deutschen zu befürchten, der überwiegende Einfluß der jüdischen Bevölkerung, die ständige Vermehrung derselben sei eine Gefahr für das deutsche Volk. Nun, meine Herren, ich finde in der That nicht, wie man sich um ein Problem, von welchem nachgewiesen worden ist, daß es überhaupt nicht existirt, so viel Mühe geben kann. Der Herr Kollege Virchow hat bereits in der letzten Sitzung auf eine Schrift des Doktor Neumann über die angeblich jüdische Masseneinwanderung der Juden hingewiesen. Ich erlaube mir, auf dieselbe mit einigen Worten zurückzukommen. Vorweg bemerke ich, daß Doktor Neumann in dieser Schrift keine anderen Zahlen verwerthet, als solche, die er aus den amtlichen Werken über die Statistik entnommen hat, und daß, wenn er seine Untersuchungen nur fortgeführt hat bis zum Jahre 1871, dies lediglich seinen Grund darin gehabt hat, daß ihm weiteres amtliches Material noch nicht zu Gebote stand. Ich bin fest überzeugt, daß, sobald weiteres Material vorliegt, er seine Untersuchungen vervollständigen wird, und daß den Wünschen, die auf eine Statistik des Judenthums gerichtet sind, Genüge geschehen soll. Ich bemerke ferner, daß Doktor Neumann sich eines anerkannten Rufs als Statistiker erfreut und daß er ein hervorragendes Werk über die Bevölkerungszahl in Berlin geschrieben hat, daß er von den amtlichen Statstikern durchaus als ein gleichberechtigter und gleichstrebender Mann anerkannt wird. Die Resultate, zu denen Dr. Neumann kommt, gehen nun dahin. Erstens: die Einwanderung von Juden hat in keinem stärkeren Prozentsatze stattgefunden, als die Einwanderung von Christen; zweitens: die Auswanderung von Juden hat in gewissen Zeiträumen sogar die Auswanderung von Christen übertroffen; drittens: die Einwanderung über die Ostgrenze des Staates ist schwächer als die Einwanderung über die Westgrenze und erheblich schwächer als die Einwanderung über die Nordgrenze. Zugegeben also, daß alle Personen, die über die Ostgrenze einwandern, Juden seien, daß in denselben das slavische Element gar nicht vertreten sei, so würden doch immer noch weniger Juden nach Deutschland eingewandert sein, als Holländer oder Skandinavier. Alle diese Aus-

führungen sind bisher nicht widerlegt worden. Eine starke Vermehrung der Juden durch Einwanderung steht nicht fest, ein Anwachsen der jüdischen Bevölkerung durch längere Lebensdauer ist in geringem Maße festgestellt, das ist das einzige Verhältniß, was hat ermittelt werden können, es giebt jetzt vielleicht im deutschen Reich bei Weitem nicht 100.000 Juden mehr als vor 50 Jahren.

Nun, meine Herren, ist gesagt worden und von sehr hervorragender Seite gesagt worden, der Kern der Judenfrage sei der, daß die Juden Deutsche werden sollen. Ja, meine Herren, an wen richtet sich denn diese Aufforderung? Richtet sie sich an diejenigen Juden, die inmitten der höheren Klassen der Gesellschaft stehen, die sich bewerben um Richterämter, um Lehrämter, die in Handel und Wissenschaft eine hervorragende Stelle einnehmen? Ja, wendet sie sich an diese Klasse von Juden mit der Aufforderung, sie möchten anfangen Deutsche zu werden und nichts als Deutsche zu sein, so werden Sie von ihnen überall die Antwort erfahren, daß nichts im ganzen Laufe der Zeit sie so sehr verletzt habe, als diese Aufforderung, denn sie seien ehrlich überzeugt, von jeher gute Deutsche gewesen zu sein und sich als solche bewährt zu haben.

Man hat verschiedene Gründe angeführt, aus denen hervorgehen soll, daß eine Verschmelzung des jüdischen Elementes mit dem germanischen bisher noch nicht erfolgt sei. Herr v. Heydebrand hat in der Sitzung vom vergangenen Sonnabend darauf hingewiesen, daß die Mitbürger jüdischen Glaubens, die in dieses Haus oder in den Reichstag gewählt werden, stets nur auf dieser Seite (links) Platz nehmen, das sei also ein Zeichen, daß sie mit den staatlichen Zuständen noch immer nicht versöhnt seien. Meine Herren, ich bestreite diese Folgerung durchaus.

(Sehr wahr! links.)

Wenn der größere Theil der Juden, die eine parlamentarische Laufbahn ergreifen, sich auf Seiten der Linken niederläßt, so sehe ich darin gerade ein Zeichen der Zufriedenheit,

(Lachen rechts)

ein Zeichen der Anerkennung für die Gesetzgebung, die wesentlich unter unserer Mithülfe zu Stande gekommen ist.

Meine Herren, Sie mögen andere Folgerungen daraus ziehen, aber es widerlegt vor der Hand die Behauptung des Herrn v. Heydebrand. Noch immer steht die Sache so, daß die Juden sicher sind, auf liberaler Seite die volle und ungetheilte Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Konfessionen zu finden, während auf der anderen Seite mehr oder weniger daran gerüttelt wird; ja, es kann geradezu

als ein Kriterium angesehen werden zwischen liberal und konservativ.

Wenn uns die „Schlesische Zeitung" angeführt worden ist als ein Beweis für das Gegentheil, so hat Herr Reichensperger nicht allein darin Unrecht, daß die „Schlesische Zeitung" ein liberales Blatt sei, sondern auch darin, daß sie sich so nennt. Die „Schlesische Zeitung" hat wiederholt und noch in den letzten Tagen Veranlassung genommen, ihren Standpunkt genau zu präzisiren; sie hat gesagt, daß sie unabhängig sei von jeder Parteiströmung, von jeder Parteiorganisation. Thatsächlich hat sich aber die Sache so gestaltet, daß sie seit einer ganzen Reihe von Jahren bei allen Wahlen die liberale Partei bekämpft hat.

(Sehr richtig!)

Man hat es als ein Zeichen der nicht vollzogenen Ausgleichung zwischen jüdischem und germanischem Elemente hervorgehoben, daß die Juden keine schwere Arbeit thun, daß sie nicht Handwerker werden wollen. Meine Herren, ich glaube, das ist gerade ein Punkt, der von einsichtigen Juden am meisten bedauert wird; gerade von dieser Seite wird der Wunsch gehegt, daß die Juden sich an schwerer Arbeit betheiligen, daß sie lernen, den Hammer und Hobel zu führen. Wie ist das aber möglich, meine Herren, wenn man ihnen nicht entgegenkommt, wenn ein christlicher Meister sich weigert, einen jüdischen Knaben als Lehrling anzunehmen? Man kann doch nicht beides zugleich verlangen! Man kann doch nicht von den Juden verlangen, daß sie Handwerker werden sollen, und zugleich von den Christen, daß sie die jüdischen Lehrlinge zurückweisen?! Wenn auf der konservativen Seite immer die Parole ausgegeben wird: „Wählt keinen Juden, haltet Euch von den Juden fern!" so wird das ja dahin führen, daß die Spaltung sich immer vergrößert; es wird dahin führen, daß sich die vollkommene Ausgleichung nicht vollziehen kann, deren Mangel Sie den Juden und nur den Juden zum Vorwurf machen.

Herr v. Heydebrand hat ferner zum Beweise der antinationalen Tendenz der Juden hingewiesen auf die Bestrebungen der „alliance israélite" und namentlich ein paar Zeilen aus einem Schreiben derselben verlesen, worin triumphirend darauf hingewiesen wird, das Judenthum fange an, eine Macht zu werden. Ja, ich weiß nicht, ob Herr v. Heydebrand wirklich geglaubt hat, die alliance israélite sei eine politische Organisation. Meine Herren, die alliance israélite ist nichts als ein großer Wohlthätigkeitsverein,

(Widerspruch)

sie ist eine Geldsammlung für die Juden in der Türkei, im Orient, eine Geldsammlung, die sich zum Zweck gesetzt hat, in erster Linie die Begründung von Schulen aus den dafür bestimmten Fonds, die vorzugsweise wieder Ackerbauschulen begründet hat. Wenn der Leiter der alliance israélite, der Advokat Crémieux, gesagt hat, das Judenthum fange an, eine Macht zu werden, so liegt das doch klar vor, daß bei den obwaltenden Verhältnissen dies nichts weiter ist, als eine wohltönende Phrase.

(Oho! Heiterkeit.)

Es ist darin gesagt, zu wohlthätigen Zwecken finde sich das Geld der Juden immer zusammen. Daß die alliance israélite jemals den Zweck verfolgt habe, eine politische Macht zu erreichen, wird ihr niemals nachzuweisen sein.

Wenn jetzt der Ausdruck „Judenhetze" gebraucht wird, so lassen Sie uns doch ins Auge fassen, worauf es dabei eigentlich ankommt. Dasjenige, worüber wir uns beschweren, dasjenige, von dem es niemals wird bewiesen werden können, daß es politisch ersprießlich oder sittlich erlaubt sei, ist, daß man den Namen „Jude" überhaupt schon als ein Brandmal gebraucht, daß man sagt, man sei mit dem Menschen, den Bestrebungen, den Tendenzen, den Gedanken desselben fertig, sobald man behauptet hat, der Mann sei ein Jude, sei ein Semit, und das geschieht nicht allein thatsächlich, sondern es wird prinzipiell als das Richtige behauptet. Man sagt, man fasse unter dem Namen „Judenthum" gewisse kranke und verwerfliche Bestrebungen der Zeit zusammen. Meine Herren, das ist eben dasjenige, dessen Berechtigung ich bestreite. Man kann das Wort „Judenthum" in diesem Sinne nicht gebrauchen, wenn man nicht die Verantwortung dafür übernehmen will, daß ein Mißbrauch in dem Sinne erfolgt, daß der Haß und die Leidenschaft der weniger Aufgeklärten sich gegen den Juden lediglich aus dem Grunde richtet, weil er ein Jude ist, ohne daß er etwas Schlechtes gethan.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich die Frage vorzulegen, ob es im Interesse der Deutschen liegen kann, daß die Frage der Abstammung der Race in dem Sinne aufgeworfen ist, wie sie dem Judenthum gegenüber aufgeworfen. Der Deutsche steht in vielen Ländern genau eben so da, wie der Jude bei uns. In unseren Hansestädten wissen es die jungen Kaufleute gar nicht anders, als daß sie, sobald sie erwachsen, hinübergehen müssen nach Buenos-Ayres, nach Matanzas, nach Shanghai, nach Singapore, irgendwohin, daß sie sich dort ein Vermögen zu erwerben haben und dann, im Besitz eines Vermögens heimgekehrt, sich dem Dienst der öffentlichen Angelegen-

heiten widmen, und diesen zahlreichen Ansiedlungen von Deutschen im Ausland haben wir zu verdanken, was wir im Welthandel, was wir an Aufschwung unserer industriellen Bestrebungen besitzen. Würde uns das zerstört, wir würden tief zurück geworfen werden; und wie können wir das Recht haben, diese Beziehungen gepflegt zu sehen, wenn wir in dieser Weise verfahren gegen Andere, die in unserer Mitte Handel treiben, in unserer Mitte kapitalbildend arbeiten?

Wie ungünstig das Verhalten gegen die Juden im Auslande beurtheilt wird, geht klar hervor aus einem Leitartikel der „Times“ vom 18. November, der die Judenfrage behandelt. Ich kann denselben nicht in extenso verlesen, er behandelt zum Theil Personenfragen, die nach dem Gebrauch des Hauses hier ausgeschlossen bleiben müssen. Die Tendenz dieses Artikels geht aber darauf hinaus, nachzuweisen, daß der Deutsche zu dieser Judenhetze (jew-hating) gegriffen habe, weil er die Besorgniß hege, mit den Juden nicht konkurriren zu können, weil der Deutsche ein unfähiger Handelsmann sei, weil er gewöhnt sei an eine kleinliche, krämerische Behandlung und weil er nicht im Stande sei, sich die günstige Konjunktur zu Nutze zu machen, die durch die Schaffung der deutschen Einheit herbeigeführt sei; hier trete der Jude an seine Stelle, und das erfülle den Deutschen mit Haß und Neid. Ich halte es für geboten, mit dem vollen Stolze eines Deutschen eine solche Auffassung als völlig unbegründet zurückzuweisen. Der deutsche Kaufmann ist dem ausländischen ebenbürtig, ist ihm vielleicht überlegen in allen fünf Welttheilen und hat das bewiesen. Jene Handelskolonien im Ausland, von denen ich spreche, sind zum größten Theil in den Händen des deutschen Handelsstandes und in verschwindend kleinem Maße in den Händen der Juden; also die Handelstüchtigkeit der Deutschen kann gar keinem Zweifel unterliegen. Ist es aber zu verwundern, wenn eine fremde Nation, die sich einer solchen Erscheinung gegenübersieht, von der sie mit Recht behauptet, daß sie bei allen übrigen Kulturvölkern verschwunden sei, zu einer solchen Anschuldigung vielleicht in dem Glauben greift, uns damit eine wohlmeinende Entschuldigung zu Theil werden zu lassen?

Meine Herren, es liegt nach meinem Dafürhalten im gemeinsamen Interesse, daß diese Form der Judenhetze, die sich gegen den Juden lediglich aus dem Grunde richtet, weil er ein Jude ist, ohne daß ihm etwas Böses nachzuweisen ist, beseitigt werde. Ich erkenne mit vollem Danke an, daß die Herren Vorredner, die sich in der vorigen Sitzung geäußert haben, die Herren v. Heydebrand, Reichensperger und Windthorst

nicht allein erklärt haben, sie wollten die Gleichberechtigung der Juden aufrecht erhalten, sondern auch daß sie gegen die kleinliche Form der Judenhetze sich mit einer Entschiedenheit erklärt haben, die ihrer distinguirten Stellung zukommt, aber sie haben ihre Hände in Unschuld gewaschen und gesagt, wir müssen der Bewegung ihren Lauf lassen, wir können nichts dagegen thun. Meine Herren, ich glaube im Gegentheil, es liegt im gemeinsamen Interesse der Parteien, dahin zu wirken, daß eine so unberechtigte Bewegung erstickt werde.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Bachem.

Abgeordneter **Bachem:** Meine Herren! Ich erkläre von vorn herein, daß ich nicht gewillt bin, die vorliegende Frage in dem Maße akademisch zu behandeln, wie der Herr Vorredner. Er hat offenbar das Bedürfniß gefühlt, abwiegelnd in die Debatte einzugreifen, was von seinem und seiner näheren Freunde Standpunkt durchaus berechtigt erscheint im gegenwärtigen Stadium der Sache. Als das Fazit unserer bisherigen Verhandlungen darf ich wohl, ohne Widerspruch zu erfahren, bezeichnen, daß die weit überwiegende Majorität dieses Hohen Hauses, vielleicht mit Ausnahme der Herren Interpellanten, und ihrer näheren Freunde, die Interpellation Hänel als inopportun und als sachlich unberechtigt bezeichnet.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum; oho! links).

Ich glaube, daß diese Ansicht bis weit in die nationalliberale Fraktion hineingeht; die nationalliberale Korrespondenz hat derselben auch Ausdruck gegeben. Weder am Regierungstisch noch in den Parteien dieses Hauses denkt man daran, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der israelitischen Mitbürger irgendwie in Frage zu stellen, und doch wollte die Interpellation hauptsächlich einen angeblichen Angriff auf diese verfassungsmäßige Gleichberechtigung abwehren. Aber, meine Herren, die große Mehrheit dieses Hauses, glaube ich, ist andererseits auch nicht geneigt, „rund und voll“, um mit dem Herrn Abgeordneten Hänel zu reden, die sogenannte antisemitische Bewegung zu verurtheilen. Das ist ein weiteres Fazit der bisherigen Verhandlungen. Ich frage mich nun, wie ist bei dieser Lage der Dinge, die doch von vorn herein eigentlich gegeben war, denn man konnte doch nicht wohl eine andere Stellungnahme der Königlichen Staatsregierung und eine andere Stellungnahme dieses Hauses erwarten, —

(Zuruf links.)

nicht wohl, meine Herren — wie ist, frage ich, zunächst die Fortschrittspartei dazu gekommen, eine solche Interpellation, zu der so wenig materielle Veranlassung vorlag, in das Haus zu bringen? Die Fortschrittspartei, ich darf das sagen, fühlt sich wesentlich als Berliner Partei.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Die Fortschrittspartei vor allem in ihren leitenden Persönlichkeiten lebt und webt in der Berliner Atmosphäre, oder doch, um gleich auch die übrigen Herren Mitunterzeichner einzubeziehen, in der Atmosphäre einzelner Städte, deren Verhältnisse analog den Berliner Verhältnissen sind.

(Sehr richtig!)

Ich glaube daher den Herren von der Fortschrittspartei nicht zu nahe zu treten, wenn ich sage: die Interpellation ist in etwa hervorgegangen aus einer Verwechselung des preußischen Abgeordnetenhauses mit der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

(Bravo! rechts und im Centrum.)

Der Irrthum, daß dieselben im Stande seien, im Berliner Sinne oder im Sinne derjenigen Städte, wo die Verhältnisse analog liegen, zu ihren Gunsten öffentliche Meinung zu machen, dieser Irrthum ist ihnen durch den bisherigen Verlauf der Verhandlung genommen worden; und er mußte Ihnen auf jeden Fall genommen werden,

(sehr gut!)

so sehr auch die fortschrittliche Presse noch im gegenwärtigen Stadium bemüht ist, diesen Irrthum aufrecht zu erhalten und zu verbreiten. Meine Herren, wir sind von der Fortschrittspartei, insbesondere von ihrem ersten Redner, aufgerufen worden, gewissermaßen zum Schutze einer gefährdeten oder unterdrückten Minorität.

(Zurufe links.)

So liegt die Sache aber gar nicht, speziell nicht in jenen Städten, in welchen die sogenannte antisemitische Bewegung — ich brauche das Wort einmal, weil es einmal gang und gäbe ist — mit besonderer Lebhaftigkeit hervortritt. Dort liegt die Sache vielmehr umgekehrt. In diesen Orten ist eher ein fortschrittlich-jüdischer Terrorismus wahrnehmbar als das Gegentheil.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Um das in Bezug auf Berlin nachzuweisen, brauche ich nur zu erinnern an die de- und wehmüthige aber so charakteristische Erklärung des Stadtverordneten Limprecht,

(Sehr gut!)

dem Schuld gegeben war, gegen die Wahl des früheren

Stadtverordnetenvorstehers Herrn Dr. Straßmann agitirt zu haben, was übrigens sein Recht gewesen wäre. Demselben ist mit Bezug auf diese angebliche Agitation mit Drohungen derart zugesetzt worden, — man wolle seine ganze Stellung im Stadverordnetenkollegium untergraben und dergleichen — daß er sich zu jener Erklärung veranlaßt sah, die Sie alle gelesen haben und die für mich am besten beweist, wie stark der fortschrittlich-jüdische Ring in dieser Hauptstadt des Landes ist.

(Sehr richtig! im Centrum und rechts.)

Ganz ähnlich oder vielleicht noch schärfer tritt dasselbe Moment hervor in der zweiten Haupt- und Residenzstadt, in Breslau. Ich will in dieser Hinsicht nur auf ein besonders charakteristisches Vorkommniß hinweisen; dasselbe ist dem Briefe eines Breslauer Kollegen entnommen, der mich autorisirt und sogar aufgefordert hat, von seiner Mittheilung Gebrauch zu machen.

Sie wissen, meine Herren, daß der frühere Stadtkommandant von Breslau, Generallieutenant v. Wulffen, ein als sehr wohlwollend geschilderter Herr, die sogenannte antisemitische Petition unterschrieben hat. Er hat das Begleitschreiben, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgefordert wurde — ich sehe, beiläufig bemerkt, nicht ein, worin der große Unterschied zwischen Petition und Begleitschreiben liegen soll, den der Herr Abgeordnete Meyer soeben hervorgehoben hat — er hat das Begleitschreiben nicht unterzeichnet; man hat aber seinen Namen darunter gesetzt und Herr v. Wulffen hat diejenigen, welche das gethan haben, nicht desavouiren wollen, und seinen Namen unter dem Schreiben gelassen. Aus diesem Anlaß ist nun dem General v. Wulffen ein Schreiben eines sehr angesehenen jüdischen Banquiers in Breslau zugegangen, worin derselbe Herrn v. Wulffen aufforderte, sofort öffentliche Revokation zu leisten,

(hört! hört! und Gelächter im Centrum und rechts)

„widrigenfalls" — ich citire wörtlich — „er weiter gegen Seine Excellenz vorgehen werde mit Rücksicht auf verschiedene ihm (dem Schreiber) bekannt gewordene Thatsachen."

(Hört! im Centrum und rechts.)

General v. Wulffen ließ sich zunächst auf einen Briefwechsel ein; der Ton der anderen Seite wurde aber bald derartig, daß er die Korrespondenz nicht weiter fühen konnte. Was geschah nun? Von dieser Privatkorrespondenz nahm eine sehr verbreitete Breslauer Zeitung, die „Morgenzeitung," (Eigenthümer Israelit) Notiz, reproduzirte einen Theil derselben, bezeichnete den General in nicht zweifelloser Weise

und erzählte dann weiter, der Semit habe dem Antisemiten infolge dessen das Darlehn gekündigt, das dieser vorher nicht verschmäht habe von dem Semiten anzunehmen; jetzt sei aber der Antisemit in großer Verlegenheit und suche einen anderen Darleiher.

Meine Herren, diese ganze Dahrlehnsgeschichte war vollständig erlogen.

(Hört! hört! rechts und im Centrum.)

Um den General weiter zu kompromittiren in der öffentlichen Meinung, veröffentlichte dann ein zweites sehr verbreitetes Breslauer Blatt, die „Schlesische Presse“ (Eigenthümer gleichfalls Israelit) das bekannte Eingesandt, in welchen dem General die allerschändlichsten Schmähungen des Judenthums fälschlich in den Mund gelegt wurden. Die Unterschrift war, wie Sie wissen, gefälscht; die Redaktion der Zeitung erklärte, sie sei dupirt worden und setzte einen Preis auf die Ermittelung des Einsenders aus.

(Ruf links: Was beweist das!)

— Das werden Sie gleich hören; ich werde gleich meine Konsequenz ziehen. — Gleichzeitig wurden nun in der Presse über den General v. Wulffen die allergewöhnlichsten Redereien ausgesprengt, so z. B., er habe den Wein von der Hochzeit seiner Tochter noch nicht bezahlt, — Alles, um das Ansehen des Mannes, der das große Verbrechen begangen hatte, die antisemitische Petition zu unterzeichnen, zu ruiniren. Nun, wie zeigt sich der Breslauer jüdisch-fortschrittliche Terrorismus in diesem Falle? Dem General wurde die Sache zu arg, er suchte einen Rechtsanwalt, um die unwahren Angriffe vor dem gerichtlichen Forum zu belangen, und es hat sich in Breslau kein konservativer Anwalt gefunden, der den Muth hatte, gegen diesen Ring vorzugehen.

(Hört! Hört!)

Ein junger Anwalt aus derjenigen Partei, der anzugehören ich die Ehre habe, und der jetzt als Kandidat für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen aufgestellt ist, war schließlich der einzige, der sich des so gehetzten hochgestellten Mannes annahm.

(Hört! Hört!)

Meine Herren, beweist das nicht, daß in der That hier nicht von einem Terrorismus der antisemitischen Bewegung die Rede sein kann, sondern weit eher vom geraden Gegentheil.

(Sehr wahr! im Centrum und rechts.)

Ganz dieselbe Erscheinung tritt an anderen hierhin gehörigen Orten zu Tage, zum Beispiel in Frankfurt. Wo

werden — ich sehe zu meiner Freude den Herrn Kultusminister anwesend — wo werden die Katholiken mit Bezug auf ihr Schulwesen in solcher Weise mißhandelt und gedrückt, wie in dieser fortschrittlichen und demokratischen Stadt bis auf den heutigen Tag, so daß der neue Herr Oberbürgermeister für Frankfurt in dieser Sache reichliche Gelegenheit haben wird, sein uns Allen bekanntes Billigkeitsgefühl im weitesten Maße zur Geltung zu bringen.

Meine Herren, wir haben es also in denjenigen Städten, aus denen die Herren Unterzeichner der Interpellation zunächst ihre Erfahrungen herleiten, weit eher zu thun mit einer berechtigten Gegenwehr, als mit einer zu verurtheilenden Aggression. Trotzdem aber ist, wie ich schon gesagt habe, hier niemand im Hause, der dem gegenüber Ausnahmemaßregeln befürworten möchte, und wenn jemals die Königliche Staatsregierung, was ich nicht glaube und was nach allen ihren Antezedentien nicht anzunehmen ist, trotzdem mit Ausnahmemaßregeln vorgehen wollte, würden die Herren vom Fortschritt meine politischen Freunde an ihrer Seite finden.

Ich bin daher der Ansicht, daß, wie die Dinge heute liegen, die volltönenden Redewendungen vom Schutz der Verfassungsrechte, der Menschenrechte, der Freiheitsrechte, von Gleichberechtigung Aller und von christlicher Liebe gar nicht am Platze sind. Es hat der Abgeordnete Seyffarth (Liegnitz) für nöthig gehalten, eine Anzahl von Citaten aus der heiligen Schrift uns hier vorzutragen, die er in sehr unrichtiger Weise nach meiner Auffassung verwerthete. Mit Bezug auf die Erfahrungen, die wir im Kulturkampf gemacht haben, im Vergleich zu demjenigen was in der antisemitischen Bewegung etwa unberechtigt sein möchte, könnte ich auch eine Bibelstelle zitiren, die meines Erachtens hier sehr gut paßt: Lucas im 6. Kapitel, wo von den Heuchlern die Rede ist, welche den Splitter in des Nächsten Auge sehen, den Balken aber in dem eigenen nicht wahrnehmen.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Hänel unterbricht mich eben; er bringt mir dadurch in Erinnerung, daß er bei Begründung seiner Interpellation in einer nach meiner Auffassung ganz unberechtigten Weise auf den Berliner Kongreß sich berufen hat. Wie durfte der Abgeordnete Hänel auf diesen Kongreß und dessen Intervention zu Gunsten des Judenthums in den unteren Donauländern sich berufen, nachdem derselbe Abgeordnete im Jahre 1871 jene Adresse unterschrieben hat in welcher es hieß, daß von Intervention in

die Angelegenheiten anderer Länder unter keiner Form, und unter keinem Vorwande die Rede sein könne.

(Ruf: Europäische Anerkennung!)

Der fragliche Passus der Adresse, welche der Herr Abgeordnete Hänel mit zu Stande gebracht hatte, war allerdings gegen Rom gerichtet, und das wird schon das inkonsequente Verhalten rechtfertigen müssen. Es ist, beiläufig bemerkt, damals und die ganze Zeit hindurch bis auf den heutigen Tag dem Centrum nachgelogen worden, es habe seiner Zeit einen preußischen Römerzug behufs Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes herbeiführen wollen, woran das Centrum nie gedacht hat; es hat nur gegen einen unsinnigen und in der verschiedensten Weise thatsächlich dementirten Satz damals protestirt.

(Sehr richtig!)

Es ist nun, meine Herren, in der Interpellation des Herrn Abgeordneten Hänel die Judenfrage, wenn ich so sagen soll, im allgemeinen aufgeworfen worden, und da sie einmal aufgeworfen worden ist, bin ich der Ansicht, daß sie nun auch mit Ernst, Besonnenheit und Gründlichkeit verhandelt werden soll. Ich will mich darüber meinerseits mit derjenigen Offenheit aussprechen, die nach den Worten der größten deutschen Dichterin, Annette von Droste-Hülshoff, zu allen Zeiten die beste Politik ist.

(Heiterkeit.)

Ich erkenne eine Judenfrage als vorhanden an in doppelter Beziehung, in sozialpolitischer, wirthschaftlicher und sittlich-religiöser. Im Vordergrunde steht gegenwärtig die Judenfrage als sozialpolitische, als wirthschaftliche Frage. Am brennendsten ist die Judenfrage in diesem Sinn in den wirthschaftlich-schwächeren Ländern des Ostens, in den untern Donauländern, in Rußland, und um auf unser Vaterland überzugehen, in den wirthschaftlich-schwächern Landestheilen: in der Provinz Posen und in den polnisch redenden Theilen von Oberschlesien. Es ist das, glaube ich, eine Thatsache, die Sie werden gelten lassen müssen. Wenn hier im Hause eine irgendwie verschiedene Auffassung der Sache von wesentlich gleichem Standpunkte aus hervorgetreten ist, so erklärt sich das zum größten Theil dadurch, daß die Auffassung je nach den verschiedenen Landestheilen in etwa verschieden ist. Am günstigsten liegen die Erfahrungen in der Provinz Hannover, wo sehr gesunde wirthschaftliche Verhältnisse sind und wo die Mißstände auf diesem Gebiete daher am wenigsten sich geltend machen. Es ist nun ferner eine ebenso unbestreitbare Thatsache, daß seit einigen Dezen-

nien, insbesondere in dem letzten Dezennium, eine ungeheure Verschiebung des mobilen und immobilen Besitzes zu Gunsten der Juden eingetreten ist.

(Sehr richtig! — das sind Redensarten!)

Es ist das keine Redensart, Herr Hänel, aber es ist eine Redensart, wenn man glaubt, die sozialpolitische Judenfrage mit der Hinweisung auf den Neid abmachen zu können.

(Sehr richtig!)

Wie erklärt sich nun diese Verschiebung des Besitzes zu Gunsten der Juden? Erklärt sie sich einfach und ausschließlich aus der größeren Intelligenz und Betriebsamkeit der jüdischen Elemente? Nein, meine Herren! Ich will anerkennen, daß den Juden insbesondere ihre Nüchternheit wirthschaftlich sehr zugute kommt und daß ihnen auch eine große Gewandtheit im geschäftlichen Verkehr eigen ist; aber daraus allein erklärt sich die erwähnte Thatsache nicht; zum guten Theil erklärt sie sich daraus — ich spreche das in aller Ruhe aus, — daß ein Theil der jüdischen Bevölkerung, und ich füge hinzu, ein verhältnißmäßig großer Theil der jüdischen Bevölkerung, bedenklicher, verwerflicher Mittel sich bedient, um zu dem größeren Besitz zu gelangen.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren, dieser Satz läßt sich auf verschiedenen Gebieten mit aller Sicherheit durchführen.

Juden sind die Hauptträger des Börsengeschäfts, dessen sehr gefährliche Auswüchse unserm Verkehrsminister das geflügelte Wort von dem „Giftbaume" Börse eingegeben haben.

Es ist hier am Samstag ohne rechte Veranlassung in den überschwenglichsten Ausdrücken von dem Patriotismus der Israeliten die Rede gewesen. Gegenüber dieser Verherrlichung will ich doch die Thatsache in Erinnerung bringen, daß für die norddeutsche Bundesanleihe an der Berliner Börse nur 3 Millionen gezeichnet wurden.

(Hört! hört!)

(Zuruf.)

Ja, die Berliner Börse ist wesentlich in jüdischen Händen. Als die Schlacht bei Wörth geschlagen war, drängten sich allerdings diese Kreise an den Minister Camphausen heran, der ihnen natürlich erklärte, er habe sie jetzt nicht mehr nöthig, dagegen wurde die französische Kriegsanleihe von deutschen Banquiers mehrfach überzeichnet,

(Abgeordneter Richter: Von deutschen Banquiers!)

und zwar wesentlich von jüdischen . . . .

(Ruf: Namen.)

Präsident: Ich bitte, in den Unterbrechungen Maß zu halten.

Abgeordneter **Bachem:** Der Herr Abgeordnete Richter kennt die hiesigen Börsenverhältnisse so genau, daß er mir am ersten Recht geben wird, wenn ich sage, daß die Börse wesentlich in jüdischen Händen ist.

(Nein!)

Es gehört in diese Betrachtung auch das internationale Getreidegeschäft, das gleichfalls wesentlich in jüdischen Händen sich befindet, und dem wir so oft und in diesem Augenblick wieder die bedenkliche Manipulation künstlicher Vertheuerung des Brotes des armen Mannes hauptsächlich verdanken.

(Sehr richtig! rechts)

Meine Herren, es läßt sich im allgemeinen nicht in Abrede stellen — und ich provozire in dieser Beziehung auf die Erfahrungen der einzelnen Herren aus den verschiedenen Landestheilen, ganz besonders aber aus den östlichen Provinzen, — daß ein verhältnißmäßig großer Theil der jüdischen Bevölkerung Träger des unsoliden Geschäfts ist, einer unehrlichen, das solide Gewerbe schädigenden Konkurrenz, zu deren gebräuchlichsten Mitteln — so kann ich wohl sagen — die Zahlungseinstellung gehört. Was speziell die ländliche Bevölkerung angeht, so werden mir insbesondere die Herren aus den östlichen Provinzen bestätigen, daß dort ein verhältnißmäßig großer Theil der jüdischen Bevölkerung dem herzlosesten Wucher ergeben ist. Der Herr Minister für die Finanzen hat bei der Einbringung der oberschlesischen Nothstandsvorlage auch seinerseits darauf hingewiesen.

(Hört! rechts.)

Es ist hiernach, meine Herren, nicht bloß das Gefühl des Neides, ein unberechtigtes und verächtliches Gefühl, sondern es ist zum guten Theil ein sehr erklärlicher und berechtigter Unmuth, wenn die christliche Bevölkernng sieht, wie thatsächlich auf der Leiter der Ausbeutung, der Noth, der Unerfahrenheit und des Leichtsinnes Anderer die bessere soziale Stellung von einem verhältnißmäßig großen Prozentsatz desselben erklommen wird, und so ein großer Theil der jüdischen Bevölkerung in der Lage ist, seinen Kindern eine bessere Erziehung angedeihen zu lassen, als die christliche Bevölkerung das zu thun vermag.

Meine Herren, es mag hart sein, so etwas auszusprechen, aber im vollen Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit spreche ich es in Ruhe aus, weil ich die volle Ueberzeugung habe, daß es richtig ist, und Sie, meine Herren, werden, glaube ich,

[illegible] auf Ihrem [illegible] [illegible], daß ich [illegible] [illegible] gemacht habe.

Aber [illegible] die Dinge [illegible] mit dem [illegible]lichen Gebiet, denken wir doch, denken [illegible] meine [illegible] Freunde, nicht entfernt an eine [illegible], wohl aber glauben wir, daß hier geholfen werden [illegible] eine Reform unserer sozialen Gesetzgebung, welche das Kapital zu einseitig begünstigt und zu [illegible] gelassen hat, daß es Sache der Gesetzgebung [illegible] das Wohl aller Volksklassen gleichmäßig zu [illegible]. [illegible] hat in dieser Beziehung der Herr Abgeordnete [illegible] schon das Nöthige angedeutet. Ich möchte nur noch [illegible] hinweisen, daß es mit der Gesetzgebung allein nicht [illegible] ist, sondern ich muß auch auf die rechte Selb[illegible] [illegible]weisen. Es muß insbesondere dem verderblichen [illegible] gesteuert werden durch die Gründung von richtig geleiteten [illegible]banken in den größeren Orten, insbesondere [illegible] im richtigen Geiste geleiteten Hypothekenbanken, [illegible] ländliche Kreditinstitute, wie wir deren [illegible] in den westlichen Provinzen in den letzten Jahren [illegible] gegründet haben.

Meine Herren, es hat nun aber die Juden[illegible] auch eine sehr ernste sittlich-religiöse Seite. Ich [illegible] den Charakter der Bewegung, deren Hauptträger [illegible] hier im Hause haben, in dem Worte christlich-sozial [illegible] treffend ausgedrückt. Die soziale Seite der [illegible] habe ich eben schon berührt. Ich komme jetzt auf die [illegible] weit ist die Judenfrage eine ethische, eine sittlich-[illegible] Frage? Ueber die wahrhaft vergiftende Wirkung der [illegible]digen, reformjüdischen Presse, die speziell hier in [illegible] einen so gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung [illegible], ist schon einiges gesagt worden. Ich frage Sie, [illegible] Berlin stehen zu bleiben: giebt es etwas [illegible] etwas frivoleres und cynischeres als diese Presse?

(Bravo! sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Giebt es [illegible] etwas [illegible] als [illegible] ihrer Witzblätter?

([illegible] richtig! Ruf links: [illegible])

— [illegible]

[illegible]

sie es als ihre Aufgabe betrachtet, die christlichen Konfessionen möglichst gegen einander zu verhetzen!

(sehr richtig! rechts und im Centrum)

und mit welchem Hohn und mit welchem Spott hat sie insbesondere — ich muß das betonen — die Katholiken in den traurigen Jahren des Kulturkampfes behandelt.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, als man in unserem westlichen Nachbarlande, welches nach menschlichem Ermessen einer neuen Kommune entgegentritt, die Kommunarden zurückrief und die Ordensleute vertrieb, da sollte man meinen, — mochte man die Dinge sonst von welchem Standpunkte aus immer behandeln, mochte man sogar in der Vertreibung der Ordensleute eine durch die sogenannte Staatsraison gebotene Maßregel erblicken — daß das rein menschliche Mitgefühl doch auf Seite derjenigen sein müsse, die ohne ein Verschulden aus ihrer Wirksamkeit herausgerissen wurden, deren Bleibens in dem Vaterlande nicht mehr war; und mit welch rohem Hohne sind diese armen Ordensleute damals von der hiesigen reformjüdischen Presse überschüttet worden! Ich habe dieser Tage ein Gedicht des „Kladderadatsch" vom 4. Juli 1880 gefunden — ja, meine Herren, der „Kladderadatsch" ist ein Blatt von geradezu immensem Einflusse, er giebt die Essenz des im schlimmen Sinne reformjüdischen Geistes —; ein Gedicht, welches den Ordensleuten gewidmet war mit der Ueberschrift „Die Ausräucherung." Die Ordensleute, hieß es, seien schwer zu vertreiben, wie die Küchenschaben.

„So spinnt ein Wurm sich fest in Frucht und Blatt,
„Da hilft kein Streuen, kein Besprechen nützt,
„Auch Sumach nicht und andre milde Mittel,
„Man muß zuletzt doch schicken nach dem Büttel,
„Wenn gar zu fest die Brut im Lande sitzt."

(Pfui! im Centrum.)

Meine Herren! Was würde man in Berlin gesagt haben, wenn an Stelle der Jesuiten die Juden gestanden hätten, was würde es da für Erklärungen geregnet haben; aber es hat sich hier in den liberalen und jüdischen Kreisen Berlins niemand gegen die Exzesse, die seit 10 Jahren sich wiederholen, ausgesprochen; ich habe keinen Protest der öffentlichen Meinung in Berlin gegen derartige Rohheiten gehört.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Ich muß überhaupt sagen: wie sind gerade in dieser „Stadt der Intelligenz und Toleranz" wie sie die Herren vom Fortschritt Berlin so gern bezeichnen — von denjenigen Faktoren, welche die öffentliche Meinung machen, die Katho-

liken behandelt worden! In der Hitze des Kulturkampfes verstand es sich fast von selbst, daß in den Theatern in jedem Kouplet wenigstens die Verhöhnung eines Jesuiten oder einer katholischen Persönlichkeit vorkam. Es wurde Katholikenhetze getrieben in Bild, in Poesie und Prosa, Tag für Tag, und ich habe niemals Proteste aus Ihren Kreisen dagegen gehört. Wenn ich mir in Berlin auch heute noch die Schaufenster der Kunstläden ansehe, so finde ich nur neue Bestätigung dafür. Ich habe niemals in den Kunstläden und Buchhandlungen der Hauptstadt eine Nonne abgebildet gefunden, wie sie am Krankenlager den Sterbenden pflegt, und ich habe niemals einen Mönch dargestellt gefunden, wie er in seiner einsamen Zelle über die höchsten Probleme nachdenkt, aber sehr wohl finde ich tagtäglich in den Schauläden schlemmende Mönche abgebildet; und ich finde gegenwärtig einen Mönch in der Passage zur Augenweide des Berliner Pöbels

(Sehr richtig!)

als Muster der Frivolität dargestellt.

(Hört! hört! im Centrum.)

So wird in der Stadt der Intelligenz und Toleranz die öffentliche Meinung bearbeitet, und aus dieser Atmosphäre gehen dann die Interpellationen hervor, wie wir sie in letzter Zeit gehabt haben.

(Sehr gut! Unruhe.)

Meine Herren, es ist für Berlin in weitem Maße wahr geworden — leider Gottes! — was ein Mainzer reformjüdisches Blatt dieser Tage geschrieben hat:

> „Die moderne Journalistik hat die freigesinnte Juden- und Christenwelt vollständig erobert. Das deutsche Judenthum arbeitet jetzt so kräftig, so riesig, so unverändert an der neuen Kultur und Wissenschaft, daß der größte Theil des Christenthums bewußt oder unbewußt von dem Geiste des modernen Judenthums geleitet wird."

Das, meine Herren, ist leider Gottes! in weitem Umfange wahr.

Meine Herren, insoweit nun die christlich-soziale Agitation sich die Aufgabe gestellt hat, das christliche Volk über die Gefahren aufzuklären, die ihm von dieser Seite drohen, insbesondere auf die vergiftende Wirkung dieser von mir eben gekennzeichneten Presse aufmerksam zu machen; insoweit erkläre ich meine vollste und ganze Sympathie mit diesen Bestrebungen.

(Beifall rechts.)

Ich kann nur den weiteren Wunsch aussprechen, daß es dem

Leiter dieser Bewegung, dessen Muth ich im vollsten Maße anerkenne und bewundere,

(Bravo! rechts)

gelingen möge, von dieser in ihrem Grundgedanken, in ihrem Kern durchaus berechtigten Bewegung alles böse Beiwerk fern zu halten, an welches die Gegner sich anklammern, um den berechtigten Kern- und Grundgedanken der Sache zu verketzern, um ihn möglichst zurücktreten zu lassen. Das ist der Wunsch, den ich der christlich-sozialen Bewegung in dieser Stadt entgegenbringe.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, die Judenfrage in dem letzteren Sinn kann nicht nach dem Rezept Lessings gelöst werden. Ich zu meinem Theil wenigstens wünsche nicht die Vermischung und Vermengung, die doch ohnehin nicht möglich ist, wie das die Geschichte des Christenthums klar beweist. Wir können friedlich in unserem verfassungsmäßig paritätischen Staate neben einander wohnen, und wahrlich — ich sage Ihnen das in voller Aufrichtigkeit — auf unserer Seite wird die Schuld nicht liegen, wenn ein solches friedliches Nebeneinanderleben nicht möglich ist. Meine Herren, auch die katholische Presse hat die Aufgabe in demselben Sinn, wie ich es eben von der christlich-sozialen Bewegung gesagt habe, auf die Gefahren, welche dem christlichen Volke drohen, aufmerksam zu machen. Soweit ich übersehe, hat sie dieser Aufgabe — namentlich die Presse in den westlichen Provinzen und insbesondere auch das hier in Berlin erscheinende Organ der Centrumspartei — mit Nachdruck allerdings, aber auch mit Ernst und Besonnenheit sich unterzogen,

(Sehr wahr! im Centrum.)

und wo etwa in einem einzelnen Fall die richtige Grenze überschritten sein mag, da, meine Herren, erklärt dies sich doch wahrlich und entschuldigt es sich vollständig durch die maßlosen Herausforderungen von der anderen Seite.

(Sehr richtig! rechts.)

Was soll man dazu sagen, daß, während wir hier über die Judenfrage verhandeln, noch gestern der hiesige Börsenkurier ein sehr angesehenes Mitglied dieses Hauses als eine skurrile lächerliche, fratzenhafte Erscheinung zu bezeichnen wagte.

(Ruf: Pfui!)

Das ist ein Uebermaß von Frechheit, gegen welches man mit aller Entschiedenheit sich wenden muß.

(Ruf: Pfui.)

Meine Herren, was nun die sittlich-religiöse Seite der Frage anlangt, so wünsche ich auch da keine Ausnahme-

maßregeln. Ich wünsche nur, daß man wahrhaft gleiches Licht und gleiche Sonne auch den christlichen Bestrebungen gönne. Weiteres wünsche ich nicht. Ich wünsche vor Allem, daß man aufhören möge, der segensreichen Wirksamkeit der katholischen Kirche auf dem sozialen Gebiete Hemmnisse zu bereiten,

(sehr richtig!)

und ich möchte auch zu meinem Theil die Königliche Staatsregierung beschwören, daß sie das gleiche Recht und das gleiche Licht, welches niemand dem Judenthum verkümmern will, der christlichen und vor Allem auch der katholischen Kirche endlich in vollem Maße möge zu Theil werden lassen. (Lebhaftes, anhaltendes, wiederholtes Bravo rechts und im Centrum, Zischen links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Richter.

Abgeordneter **Richter:** Heute habe ich erst nach der Rede des Herrn Vorredners vollständig begriffen,

(Große Unruhe, Ruf: Lauter!)

— Sie werden mich verstehen wie immer, wenn Sie selbst ein wenig ruhiger werden — warum der Abgeordnete Windthorst am vorigen Sonnabend mit einer so scharfen Betonung erklärte,

(Hört, hört!)

daß er nur für seine Person spreche.

(Hört, hört! links.)

Die Rede des Abgeordneten Windthorst hebt sich sehr vortheilhaft ab von derjenigen, die wir eben gehört haben. War das die Rede eines Mannes, der wirklich vom religiös-sittlichen Ernst und der ganzen Bedeutung der Frage durchdrungen ist?

(Zuruf rechts.)

Es wäre für die Centrumspartei besser gewesen, sie hätte es bei dem einen Tage bewenden lassen,

(Widerspruch im Centrum.)

anstatt dieser Rede ihres Führers einen Herrn aus dem zweiten Rang des Centrums folgen zu lassen.

(Lachen im Centrum.)

Das sind eben die schlimmsten Wendungen der Rede, die nirgend wo an Thatsachen anknüpfen,

(Oho!)

die ganz allgemeine Verdächtigungen des jüdischen Charakters enthalten,

(Unruhe)

die immer blos davon sprechen: ein wesentlicher, ein stärkerer Theil der jüdischen als der christlichen Bevölkerung giebt sich

jenem Laster hin, sucht in jeder Weise zu unterdrücken, durch Betrug und unrechte Mittel zu Reichthum zu gelangen. Wo ist die Statistik, die das nachweist?

(Rufe rechts! Hier, hier!)

Im Gegentheil, die Kriminalstatistik ist für die Judenschaft durchaus günstig.

(Widerspruch rechts.)

Ja, meine Herren, diese allgemeinen Verdächtigungen, das ist das schlimmste, was in diese Frage hineingetragen werden kann. Der Herr spricht von der Börse und appellirt an meine Kenntniß der Börse unter Bezugnahme auf die Nationalanleihe von 1870. Herr Bachem, wissen Sie nicht, daß diese Anleihe von 1870 nicht auf der Börse aufgelegt worden ist, sondern im ganzen Lande zur allgemeinen nationalen Subskription?

(Große Unruhe rechts.)

Wissen Sie denn nicht, daß es jedem Katholiken an den tausenden von Zeichnungsstellen vollständig unbenommen war, dort auch zu zeichen?

(Hört, hört! links.)

Und wenn damals nur 70 Millionen gezeichnet worden sind, so erklärt sich das in einem Moment, wo allgemeine Unruhe die Geschäfte ergriffen hat,

(Aha! rechts)

wo jeder baares Geld haben mußte.

(Unterbrechung durch den Abgeordneten v. Ludwig.)

Herr von Ludwig, warum unterbrechen Sie mich, Sie verstehen wahrscheinlich kaum, was ich sage.

(Große Heiterkeit.)

Sie sprechen von der Börse, Sie stellen den Juden in den Vordergrund. Nun, meine Herren, bei den Sachen, die hier gerade konstatirt worden sind im Hause als Ausschreitung des Gründer- und Schwindlerwesens, standen da die Juden an der Spitze?

(Rufe rechts und im Centrum: Ja!)

War der Fürst Putbus ein Jude? War der Herzog v. Ujest ein Jude, war der Geheimrath Wagener ein Jude? Aber, meine Herren, Lasker war ein Jude!

(Ruf: Strousberg?)

Den konservativen Strousberg schenken wir Ihnen!

(Unruhe rechts.)

Lasker, ein Jude war es, der in diesem Hause zuerst jenem Gründungstreiben, das hinaufgegriffen hatte bis in die höchsten Kreise, die Larve abriß; ein Jude war es, der

jene allerhöchste Kabinetsordre hervorrief zur thatsächlichen Feststellung des Gründertreibens.
(Rufe rechts: Was ist denn festgestellt worden? — Abgeordneter v. Ludwig: Das ist ja unglaublich, was der Mann sagt. — Heiterkeit.)

Gewiß, meine Herren, der Wucher ist schändlich; aber giebt es denn bloß jüdische Wucherer? Es giebt auch sehr christliche Wucherer, sogar in der heiligen Stadt Köln. Ein Mittel allerdings gegen den Wucher sind die Volksbanken, aber leider haben die Führer der katholischen Bewegung diese Volksbanken, die wesentlich von liberaler Seite aus angeregt wurden, durch die immerwährende Verquickung mit kirchlichen und religiösen Zwecken nicht in dem Maße gefördert, wie es zur Bekämpfung des Wuchers wünschenswerth gewesen wäre. Und wer steht denn an der Spitze der größten Berliner Volksbank gegen den Wucher? Wiederum ein Jude, Dr. Straßmann, der so maßloß angegriffen wird.

Das sind Thatsachen, das sind Namen, Herr Bachem, gegenüber Ihren allgemeinen Verdächtigungen des jüdischen Charakters.

(Sehr wahr! links.)

Wo ein Jude sich Ausschreitungen schuldig macht, oder nicht seine Schuldigkeit thut, werden wir eben so gern, wie Sie, gegen solche einschreiten; aber man soll nicht aus Ausschreitungen Einzelner allgemeine Verdächtigungen eines ganzen Theiles des Volkes herleiten, die man in keiner Weise beweisen kann.

Meine Herren, der Kulturkampf hat ja zu Ausschreitungen geführt, die niemand mehr bedauern kann als ich.

(Lachen im Centrum.)

Aber, meine Herren, wer ist denn Schuld an diesen Ausschreitungen? Diejenigen, welche nicht den Gesetzen Gehorsam geleistet haben. Ja wohl, meine Herren, ist auf jüdischer Seite irgendwo den Gesetzen nicht Gehorsam geleistet worden? Und doch hat die jüdische Bevölkerung eine Gesetzgebung, die sie weit mehr beschränkt, als die katholische Kirche.

(Widerspruch im Centrum.)

Kennen Sie nicht das Gesetz von 1847, welches heute noch der Regierung Rechte in die Hand giebt, die tief einschneiden in die Verhältnisse der Synagogengemeinden, das Recht der Beanstandung jüdischer Kultusbeamter, wo den Verwaltungsbehörden weitergehende Rechte gegeben werden wie vielfach den Katholiken gegenüber! Haben Sie jemals gehört, daß von jüdischer Seite dem Staatsgesetz Ungehorsam geleistet wäre? Wenn freilich auf anderer Seite der passive

Widerspruch systematisch organisirt ist gegen verfassungsmäßig zu Stande gekommene Gesetze des Landes, und wenn dann zur Erzwingung des Gehorsams der Staatsbürger gegen Staatsgesetze solche Maßregeln schließlich ergriffen werden müssen, wie sie ergriffen sind — auf welcher Seite liegt dann ein wesentlicher Theil der Mitschuld für diese Ausschreitungen?

Meine Herren, ich habe immer bedauert, wenn derartige Spottbilder dasjenige herabziehen, was heilig und ehrwürdig sein sollte. Wenn Sie fragen, wo in Berlin die Krankenpflege würdig abgebildet ist in ihrem Beruf, so gehen Sie hin auf das Rathhaus, da finden Sie ein solches Bild. Freilich, meine Herren, den Mönch, der über die höchsten Probleme nachdenkt, den kann man nicht abbilden, denn wer weiß, worüber der Mann gerade nachdenkt.

(Heiterkeit.)

Sie sprechen von der Judenpresse, — sagen Sie es doch offen heraus, es ist die liberale Presse, die Ihnen nicht gefällt. Neulich haben wir gehört von der Posener Zeitung. Sie ist angegriffen worden als ein jüdisches Organ. Meine Herren, weder ein Verleger, noch ein einziger Redakteur der Posener Zeitung gehört der jüdischen Religion an. Der Jude hat das Posener Tageblatt, der Jude ist Besitzer des Regierungsblattes.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie hier von Berlin sprechen, Herr Stöcker, z. B. so ist Ihnen die Vossische Zeitung ein besonderer Greuel. Dort ist kein einziger Redakteur, kein Besitzer, der der jüdischen Konfession angehört. Nein, meine Herren, die Juden schlägt man und die Liberalen meint man. Glauben Sie denn, daß wir das nicht durchfühlen? Der Abgeordnete Bachem spricht ja selbst von der jüdischen fortschrittlichen Presse und dergleichen. Weil man die Liberalen in ihren Grundsätzen nicht bekämpfen kann,

(Widerspruch)

ohnmächtig dagegen ist in den großen Städten, — darum wird der Racenhaß zu Hülfe gerufen, nicht bloß um das Judenthum zu bekämpfen, sondern es ist die verzweifelte Anstrengung der konservativen Bestrebungen, um sich über Wasser zu halten; hat man zu solchen Mitteln greifen müssen, nicht bloß um die Juden zu bekämpfen, sondern um den Liberalismus anzugreifen. Meine Herren, das ist der eigentliche Kern der Sache.

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, Sie sprechen, die Interpellation sei

inopportun gewesen. Ja, inopportun für Sie, das glaube ich.

(Heiterkeit.)

Wir sind sehr zufrieden mit dem Erfolg dieser Interpellation.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn Sie so zufrieden sind mit dem Sonnabend, dann hätten Sie nicht nöthig gehabt, heute noch den Montag zu unserer Ueberraschung als zweiten Tag hinzuzufügen.

(Sehr gut!)

Die Rede des Herrn Abgeordneten Bachem scheint mir aber darzuthun, daß Sie auch heute schwerlich Lorbeeren pflücken werden. Meine Herren, der Freiheit des Petitionsrechts stellen wir gegenüber die Freiheit des Interpellationsrechts. Wenn sich diese Bewegung nur auf Berlin beschränken würde, dann würden wir schon selbst damit fertig werden, dann genügte uns die Stadtverordnetenversammlung, um solche Dinge zu kennzeichnen. Aber greift sie nicht hinaus auf das ganze Land?

(Sehr wahr!)

Hören Sie nicht, daß diese Petition an alle Bürgermeister versandt wird, an alle Superintendenten, alle Landräthe, an Steuereinnehmer und was weiß ich alles?

Meine Herren, es war gerade Zeit gegenüber einer Bewegung, die sich zu organisiren anfing, die öffentliche Meinung aufmerksam zu machen, was dort im Lande vorgeht. Meine Herren, das Abgeordnetenhaus soll das Gewissen der Nation vertreten; an dieses appelliren wir gegenüber jener im Dunkeln schleichenden Bewegung.

(Unruhe.)

Die Interpellation, das war die Leuchtkugel, die aufstieg, um alle jene Minirarbeiter zu kennzeichnen vor dem Volke, die jetzt thätig sind, jene Bewegung wachzurufen. Meine Herren, jetzt ist die Aufmerksamkeit im Lande darauf gelenkt, jetzt sind die Kräfte wachgerufen, jetzt sind Sie aus der Offensive in die Defensive geworfen.

(Widerspruch)

Das ist, was Sie inopportun finden, wir aber nicht. Wenn einzelne Stimmen angeführt worden sind, die sich zurückziehen, die sich der Bewegung nicht mehr anschließen wollen, ja, meine Herren, sie stehen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, nicht des jüdischen Terrorismus, es ist ihnen klar geworden durch die öffentliche Behandlung, warum es sich handelt, und darum fühlen sie sich in ihrem eigenen

Gewissen jetzt gedrungen, Zeugniß abzulegen, daß sie nicht zu jener Bewegung gehören.

Im Uebrigen, meine Herren, überlasse ich die Betrachtungen des Herrn Abgeordneten Bachem über die Feigheit der Konservativen, sich von gewissen Erklärungen zurückzuziehen, der Auseinandersetzung der Herren unter einander. Wenn er wirklich glaubt, daß auf jener Seite eine solche Feigheit vorhanden sei, wie wir sie an Herrn Limprecht und anderen gewissen Herren in Breslau . . . . .

Präsident: Herr Abgeordneter Richter, das hat der Herr Abgeordnete Bachem nicht in Bezug auf Mitglieder dieses Hauses gesagt; hätte er das gesagt, so hätte ich ihn zur Ordnung gerufen.

Abgeordneter **Richter:** Herr Präsident, mein Ausdruck bezieht sich nicht auf konservative Mitglieder dieses Hauses, sondern ich habe sagen wollen: wenn der Herr Abgeordnete Bachem sagt, Limprecht und die Breslauer Herren ständen derartig unter dem Terrorismus, daß sie es nicht mehr wagen, ihre Meinung aufrecht zu erhalten und kund zu geben, so habe ich Herrn Bachem aufgefordert, sich selbst mit diesen Leuten über den ihnen gemachten Vorwurf der Feigheit auseinanderzusetzen; keineswegs — wenn ich mich inkorrekt ausgedrückt haben sollte — auf irgend ein Mitglied dieses Hauses. Er spricht mit Emphase aus, es finde sich kein christlich-konservativer Rechtsanwalt in Breslau mehr, um in solcher Bewegung eine Klage zu vertreten; — warum wenden sich denn die Herren nicht an Herrn Schröder (Lippstadt), ist dem etwa auch bange geworden?

(Heiterkeit. Sehr gut!)

Ich glaube, es ist wirklich zu kleinlich, gegenüber dieser ganzen Bewegung, wenn man sie auf dergleichen persönliche Geschichten, wie sie in den Zeitungen hin und her getragen werden, reduzirt.

Meine Herren, warum ich mich zum Wort gemeldet habe, bevor der Abgeordnete Bachem gesprochen hat, das ist, weil das Wort wieder durchgeklungen ist aus der Debatte vom vorigen Sonnabend vom christlichen Volk, vom christlichen Staat. Da scheint es mir denn doch an der Zeit zu sein, eine Aeußerung ins Gedächtniß zurückzurufen, die gesprochen wurde vor 33 Jahren auf den vereinigten Landtagen in jener Debatte über dieselbe Frage, ebenfalls über den christlichen Staat. Der Mann, der sie that, gehörte nicht unserer Partei an, er war ein scharfer Gegner derselben, es steckte ein gut Stück Junker in ihm, es war der Freiherr v. Vincke. Er sagte, als von Kirche und Staat gesprochen wurde:

ich muß darauf zurückkommen, was ich als den eigentlichen Kern der Verhandlung von den Vertretern des Gouvernements aussprechen gehört habe, auf den Begriff des christlichen Staats. Es geht mir wie mehreren anderen Rednern, daß ich nämlich trotz der eifrigsten Forschungen und des gewissenhaftesten Nachdenkens, mir nicht habe klar machen können, was unter einem christlichen Staat zu verstehen. Ich glaube das Christenthum sehr hoch zu stellen; aber der Begriff der Religion kann doch nur auf der inneren individuellen Ueberzeugung beruhen. Der Staat aber ist ein Komplexus von Individuen, welcher als solcher keine allgemeine Ueberzeugung haben kann. Insofern daher der Staat eine moralische Person darstellt, so kann ich mir nicht denken, daß derselbe als solcher keine allgemeine Ueberzeugung haben könne. Wie man also von einem Staate sagen könne, er sei ein christlicher Staat, ist mir nicht erklärlich. Der Staat wird doch auch nicht die Bestimmung haben sollen, die Glaubenssätze in bestimmten Konfessionen zu realisiren — gewissermaßen der Exekutor der Kirche zu sein. Vielleicht hat diese Darstellung in einem andern Sinne genommen werden sollen; man will vielleicht sagen, als Staat hat er in der Gesetzgebung die Prinzipien zu realisiren, die aus der christlichen Moral hervorgehen, denn die Glaubenssätze selbst kann er nicht realisiren. Aber auch in dieser Beziehung kann ich mir nicht denken, daß der Staat sich als Exekutor des Reichs zu geriren habe. Wenn es sich darum handelt, die Grundsätze der christlichen Moral zu realisiren, so muß ich gestehen, daß ich die Benennung eines christlichen Staats für den unsrigen bestreiten muß. Ich will nur die Grundsätze unseres Staats mit dem neuen Testament vergleichen. Ich könnte zwar auch bei dem alten Testament anfangen und mit den zehn Geboten beginnen. Die zehn Gebote sagen schon: Du sollst nicht tödten, während der Herr Schatzmeister, den noch die Armee in ihren Reihen zu zählen das Glück hat, beabsichtigen wird, in strenger Anwendung jener Grundsätze den Krieg zu verdauen. Es steht ferner im neuen Testament: „Du sollst nicht schwören, Eure Rede sei Ja, ja, Nein, nein, was darüber ist, ist vom Uebel . . . .“

Es ist ferner das Gebot des Christenthums: „Liebet Eure Feinde", und: „wenn Dir Jemand einen Backenstreich giebt, so halte ihm die andere Backe auch hin, wie wollen wir aber mit diesem Grundsatz die Gesetzgebung über die Injurien in Einklang bringen? Viele Paragraphen des Landrechts müßten ausgetilgt werden. Wie will man in der auswärtigen Politik mit dem Gebote der Kindesliebe es vereinigen, Verträge gegen auswärtige Mächte zu schließen" ich glaube, wenn wir unsere Minister alle durchmustern, so können ihre Handlungen diesem Standpunkt gegenüber nicht bestehen.

Er führt diese Dinge im einzelnen an und schließt diese Ausführung damit:

Ich bin ferner der Ansicht, daß es auch hier vor Allem auf Recht ankommt, und daß die Beachtung der Grundsätze des Rechts, um derentwillen die Menschen sich zuerst veranlaßt sehen, aus dem Zustande der Rohheit in den zivilisirten Zustand überzugehen und zu Staaten zusammen zu treten, die Befugniß nicht ertheilt, Jemanden wegen seiner inneren Ueberzeugung von dem Genusse der Wohlthaten des Staatsverbandes auszuschließen.

Er schließt seine Rede damit:

die jüdische Religion enthält keine Vorschriften, welche die Juden verhindert, ebenso gute Staatsbürger zu sein, als wir Christen.

Meine Herren, es ist ein Zeichen der Zeit, der fortschreitenden Reaktion, daß man heute nach 33 Jahren auf das zurückkommen muß, was damals in jener Debatte gesagt worden ist zur Kennzeichnung des Charakters eines Staats. Ich glaube in der That, die Freunde des Herrn Bachem hätten am meisten Veranlassung wie jede Minorität, sich zu wahren gegen einen solchen Versuch, Staat und Religion, Staat und Christenthum zu identifiziren; denn vom christlichen Staat zum protestantischen Staat, zum evangelischen Staat ist nur ein Schritt, es ist sogar die logische Konsequenz des Gedankens. Sie selbst, als Sie sich bei der Frage der Simultanschulen verwahrten, daß die Schulen nur eine allgemeine christliche Unterlage haben sollten, indem Sie sagten: nur in Gestalt einer bestimmten Konfession wird das Christenthum lebendig, Sie selbst haben damals diesen Grundsatz nicht anerkannt. Meine Herren, ich bin überhaupt der Meinung, daß diejenigen, welche in dieser Weise Christenthum, Religion und Staat mit ein-

ander in Verbindung bringen wollen, in der That weiter gedrängt werden und zuletzt beim konfessionellen Staat ankommen müssen. Wir sehen es ja, daß auf jener Seite die weitere Schlußfolgerung gezogen wird in der Frage der Simultanschule; da sollen nun schon die Kinder beim Unterricht getrennt werden nach ihrer besonderen Konfession, da ist schon gar nicht mehr die Rede von christlichen Schulen gegenüber jüdischen Schulen, sondern da heißt es evangelische Schulen und katholische Schulen. Die Herren vom Centrum gehen dann noch weiter. Auf dem Katholikentage in Breslau ist von jener Seite in der Generalversammlung eine Resolution angenommen worden, die es nicht dabei wollte bewenden lassen, daß die Kinder getrennt werden in den Schulen, sondern die auch dazu übergeht zu trennen weiter in den gesellschaftlichen Verhältnissen, in den persönlichen Beziehungen zu einander. Dort heißt es:

> Die Generalversammlung beklagt es, daß gerade in den sogenannten gebildeten Klassen viele Mischehen geschlossen werden, welche jedem positiven Glauben nachtheilig sind und nur die Gleichgültigkeit im Glauben fördern. Pflicht katholischer Eltern ist es, alle ihre Autorität aufzuwenden, um Mischehen ihrer Kinder zu verhindern, Pflicht der katholischen Jünglinge und Jungfrauen ist es, Bekanntschaften mit Andersgläubigen zu vermeiden, welche eine Mischehe vorbereiten können.

(Sehr richtig! im Centrum.)

(Große Unruhe.)

Sie sehen, meine Herren, wohin das kommt. Ja, das nennen Sie sehr gut, die bürgerliche Gesellschaft in ihren persönlichen Beziehungen auseinanderzureißen; auf der einen Seite sollen nur die Katholiken mit Katholiken Bekanntschaft machen, auf der andern Seite nur die Protestanten mit Protestanten. Und, meine Herren, Sie gehen ja noch weiter. Ich habe hier vor mir liegen die Rede unseres Kollegen Dr. Franz. Herr Dr. Franz sagte auf jenem Kongreß, als er die Mittel angab zur Hebung des Handwerkerstandes und scharf das leidige Borgsystem verurtheilt und empfiehlt, seine Bedürfnisse beim selbstständigen Handwerker — „Sie wissen schon, was ich meine, (Stimme aus dem Publikum: Nicht beim Juden! zu kaufen)“. Meine Herren, ich zitire, um Hern Dr. Franz, er kann ja mißverstanden sein, hier ausdrücklich Gelegenheit zu geben, das klar zu stellen. Ich halte das für ganz außerordentlich wichtig. Meine Herren,

bisher hat noch keine politische Partei, keine Glaubenspartei diese Sonderung selbst in das geschäftliche Leben getragen.

(Widerspruch im Centrum.)

Nein, meine Herren, es hat einen Fall gegeben im deutschen Reichstag. In Altona bei einer Wahl haben die Sozialisten aufgefordert, daß man künftig nicht mehr kaufen soll bei einem Krämer, der nicht Sozialist sei, und als das im Reichstag berührt wurde von dem Abgeordneten Lasker, da trat der Abgeordnete Bebel auf und sagte: wir desavouiren unsere Altonaer Parteigenossen, nein, das wollen wir nicht; so scharf unsere Gegensätze auch sind, die Sozialisten wollen nicht diese Gegensätze in die geschäftlichen Beziehungen hineingetragen sehen. Ich will mich freuen, wenn nun hier in derselben scharfen Weise Herr Dr. Franz oder sonst ein Redner des Centrums erklärt, wie sie auch über die Judenfrage denken, sie halten es nicht für richtig, diese Fragen auf die geschäftlichen Beziehungen zu einander übertragen zu sehen. Meine Herren, Sie sehen, wohin solche Bestrebungen wollen. Das bleibt ja nicht bei den Juden stehen, das heißt doch schließlich, durch dasjenige, was angeblich im Namen der Nation an nationalen Bestrebungen begonnen ist, die Nation nach allen Richtungen auseinanderreißen.

(Sehr richtig! links.)

Ich bin der Meinung, es ist in der That eine antinationale Bewegung, es ist eine Bewegung, die sich gegen das einheitliche Deutschland kehrt, das unter so vielen Opfern im Jahre 1871 geschaffen worden ist.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, nun ist von Seiten des Herrn Bachem auf die christlich-soziale Partei hingewiesen und auch am vorigen Sonnabend darauf Bezug genommen. Es veranlaßt mich dies, diese Sache, die mir bisher etwas vernachlässigt zu sein scheint, etwas näher in Betracht zu ziehen, zumal hinter mir ein Redner kommen wird, für den, wie ich höre, diese Sitzung von der Majorität hauptsächlich in Aussicht genommen ist, um ihm Gelegenheit zu geben, über diese Sache zu sprechen.

(Ruf rechts: Natürlich!)

Ja wohl, meine Herren, ich unterstütze diese Bestrebungen und will noch Material zuführen.

Es ist gesagt worden, daß ein besonderer Muth dazu gehöre,

(Rufe rechts: Ja wohl!

an dieser christlich-sozialen Bewegung Theil zu nehmen; meine Bemerkungen richten sich natürlich nicht gegen das Mitglied

[illegible] sondern gegen diese ganze Bewegung [illegible] und darstellt — daß ein besonderer Muth [illegible] ein Wespennest zu stechen, wie man sich [illegible] meine Herren, ich muß sagen, wenn es ein [illegible] ist es nach meiner Auffassung ein trauriger [illegible] halte es auch nicht einmal für besonders muthig [illegible] Bevölkerungsklasse, die eine kleine Minorität [illegible] Berlin nicht einmal ein Dreißigstel der Bevölkerung [illegible] aufzutreten, zumal wenn man weiß, daß noch [illegible] diese Bewegung Unterstützer und Freunde hat, [illegible] Leute giebt, die den Juden so etwas gönnen. [illegible] Muth gehört heute dazu, wenn andere Geistliche [illegible] tische Glaubensfreiheit und Kanzelfreiheit gegen [illegible] orthodoxe Clique

(aha! rechts)

zu vertheidigen wagen, wenn sie ihre Ueberzeugung [illegible] unter der Drohung des Verlustes ihres Amtes [illegible] geben. Das ist es, was Muth erfordert, nicht [illegible] zu hetzen. Und, meine Herren, Muth nach unten! [illegible] bewahre, der Berliner Mob amüsirt sich darüber,

(Rufe rechts: Mob? Hört! hört!)

in dessen Augen gehört auch das zum Ganzen. [illegible] wisse Namen aus der christlich-sozialen Bewegung [illegible] Berliner Versammlungen genannt werden oder [illegible] im Theater vorkommen, so habe ich noch immer [illegible] daß nicht ein Ton der Entrüstung durch solche [illegible] geht, sondern eine gewisse heitere Stimmung. [illegible] und zudem mit dem Muth! Wenn Herrn Stöcker [illegible] es ein früherer Redner in dieser Diskussion ausgeführt [illegible] einmal auf die Hühneraugen getreten wird, [illegible] gleich zum Staatsanwalt. Er beklagte sich ja [illegible] der Staatsanwalt seinen Denunziationen nicht [illegible] leiste und erst in der letzten Zeit scheint er [illegible] kommen zu sein, nachdem er die Erfahrung gemacht [illegible] Erkenntnißgründe öfter gegen diejenigen, die [illegible] lungen herbeiführen, schärfer richten können, als [illegible] gegen den Verurtheilten.

Meine Herren, ich bin bekannt als einer, [illegible] demokratische Bewegung von Anfang an [illegible] aufs heftigste und entschiedenste bekämpft [illegible] aber sagen: in meinen Augen [illegible] wegung viel verderblicher, [illegible] demokratische.

([illegible])

Meine Herren, [illegible]

und wenn sie sich in Hamburg ansiedeln, werden sie weiter ausgewiesen, bis sie übers Meer wandern. Die Träger der christlich-sozialen Bewegung bleiben, während dies den Kleinen geschieht, in Ansehen und Würden im Kreise der Mächtigen. Meine Herren, das Gemeinsame dieser beiden Bewegungen ist das, daß sie überall den Staat voranstellen; sie sagen in ihren Flugschriften — sie liegen hier vor mir — in ihren Wahlaufrufen für Herrn Stöcker: die Gesetzgebung ist schuld, daß Ihr Arbeiter mit Weib und Kind am Hungertuche nagt! Dahin ist es gekommen in der Bevölkerung — und weiter versprechen sie dem Arbeiter: ja, wenn erst die Gesetzgebung in unserm Sinne geändert wird, werdet Ihr glücklich sein, dann wird die große Kluft, die jetzt besteht zwischen Reich und Arm, verschwinden und man wird sie nicht mehr wahrnehmen! Ich habe hier z. B. vor mir eine von dem christlich-sozialen Verein als Flugblatt Nummer 3 offiziell publizirte Rede des Herrn Stöcker, darin heißt es:

> Was uns vor Augen steht, ist die furchtbare Thatsache, daß die Kluft zwischen Reich und Arm auch im deutschen Land immer weiter und breiter wird, daß sie fast nicht mehr ausgefüllt, daß sie kaum überbrückt werden kann, und das ist schrecklich. (Bravo!) Das kann keinem Menschen gefallen, das gefällt auch Gott nicht. (Großer Lärm. Rufe: Schluß!) — Meine Herren, ich glaube, es wird Sie interessiren, was ich jetzt zu sagen habe. — Wenn im alten Testament verboten ist, vom Kapital Zins zu nehmen, (Ruf: Juden.) wenn der Zusammenkauf vieler Güter in der Weise verhindert ist, daß jedesmal im 50. Jahr alle verpfändeten und verkauften Güter wieder an den Eigenthümer von früher zurückfallen mußten, dann werden Sie erkennen, daß hier mit einer ungemeinen göttlichen Weisheit die soziale Frage angefaßt und für die damalige Zeit völlig gelöst ist. Wo die Dinge so geordnet sind, da ist es gar nicht möglich, daß sich auf der einen Seite ein ungeheures Vermögen ansammelt und auf der andern ein Pauperismus eintritt, der das Elend der gesammten Nation ist. (Gut!)

Meine Herren, ich weiß wohl, daß Herr Stöcker in seinen Reden dem Privateigenthum einen größeren Spielraum läßt als die Sozialdemokraten; aber es tritt dies in der Gesammtheit seiner Darstellung mehr zurück. Es ist der Staat, die Organisation der Arbeit durch den Staat, die Verantwort-

lichkeit durch den Staat, die er anruft, die den Leuten helfen soll, es ist der Staat, dem er Schuld giebt, die Zustände herbeigeführt zu haben, in denen wir uns befinden. Meine Herren, in den Reden finden Sie nichts von jenem Satz: Hilf Dir selbst, so wird Dir Gott helfen; Sie finden in den Reden nichts von dem Satz: Jeder ist seines Glückes Schmied; nichts finden Sie dort von der Macht der Liebe, insbesondere der christlichen Liebe, die dem Andern helfen soll. Nein, Herr Stöcker weist in diesen Reden es ausdrücklich zurück, er sagt, sie kann viel thun, aber glaubt nur nicht, daß die Macht der Liebe die Kluft verschwinden machen kann, daß von ihr Hülfe zu erwarten ist; nur der Staat, die Staatshülfe, die Organisation für den Staat ist es, die er empfiehlt, ebenso wie die Sozialisten es in ihrer Weise thun.

Meine Herren, es ist ein Glück, daß solche Vorstellungen in den germanischen Völkerschaften zum Unterschiede von den romanischen nicht vorherrschend sind, daß in den germanischen Völkerschaften das Gefühl für Selbsthülfe, für Selbstverantwortlichkeit, das Bewußtsein der Kraft des Individuums lebendiger sind als in den romanischen, daß man im Staat wohl eine Stütze sieht, die viel helfen kann, aber nicht geneigt ist, auf den Staat die Verantwortlichkeit für seine Existenz, für sein Dasein und den ganzen Fortschritt der Menschen zu wälzen. Wäre es anders, gelänge es solchen Vorstellungen im Volke Platz zu greifen, wohin kämen wir dann? In die Zustände der romanischen Völkerschaften, in französische Zustände; dort freilich ist die Vorstellung lebendig, wenn Mißstände sich zeigen, ja wenn die Ernte mißräth, kehrt sich die ganze Unzufriedenheit gegen den Staat, der Staat ist verantwortlich dafür, und was folgt daraus? Keine Staatsregierung, kein politisches System ist im Stande, solche Unzufriedenheit zu bannen, weil der Staat unmöglich in der Lage ist, die Anforderungen, die in dieser Weise gegen ihn wachgerufen werden, zu erfüllen, und deshalb sehen Sie dort in Frankreich Revolution auf Revolution folgen, kein Regierungssystem macht es den Franzosen recht, keins vermag die Ansprüche zu erfüllen, die an den Staat gestellt zu werden pflegen. Hüten wir uns, ähnliche Vorstellungen zu erwecken, sie mögen den augenblicklichen Machthabern vielleicht vortheilhaft sein, aber es kommt eine Stunde, wo die Erwartungen, die man an den Staat stellt, erfüllt werden müssen, und dann kehrt sich der ganze Mißmuth, die Unzufriedenheit gegen die Staatsregierung, und wenn die Konservativen dann vielleicht auch nicht mehr am Ruder sind, so wird es die Gesammtheit der Bürger zu tragen haben, es wird, wenn diese Bewegung wächst, die jetzt

von zwei Seiten, von der christlich-sozialen und von der sozialistischen Seite in gleicher Weise geschürt wird, dann wird die Gesammtheit darunter leiden und es droht manches zusammen zu stürzen, was aufrecht zu erhalten wir Alle ein großes Interesse haben; keine Bewegung ist antimonarchischer in ihren Grundzügen als diese.

(Sehr wahr!)

Das monarchische System kann bei einer so bewegten Unzufriedenheit so wenig auf die Dauer bestehen wie irgend ein anderes System, kein System wird in den wechselnden Revolutionen, wenn solche Vorstellungen herrschen, dauernd bestehen können. Wir sollten über alles das, was uns trennt, es ist gleich, ob wir Konservative und Liberale sind, sollten uns vereinigen das fern zu halten, daß im Volke Ansprüche an den Staat groß gezogen werden, die kein Regierungssystem zu erfüllen vermag.

(Sehr gut!)

Das Zweite, was die Christlich-Sozialen gemein haben mit den Sozialisten ist die Methode. Man sagt, das Ziel der Sozialisten, darüber ließe sich diskutiren; aber wenn die Sozialisten nicht eine so verwerfliche Methode hätten, wenn sie nicht den Klassenhaß nährten, den Neid, die Mißgunst. — — Ja, meine Herren, geschieht das nicht in derselben Weise in den Versammlungen der Christlich-Sozialen? Hier vor mir liegt ein Bericht der Post, in welchem auch ein Prediger auftritt; er führt in diesem Bericht ausdrücklich an, daß das Gesetz von 1869, das Reichsgesetz, welches die Religionsgleichheit bestätigt, daß dieses Gesetz schuld sei an allen den Uebelständen im wesentlichen, unter denen wir jetzt zu leiden haben. Mustern Sie das, was aus jenen Reden publizirt wird, nicht bloß in unseren Blättern, denen könnte man tendenziöse Berichterstattung vorwerfen — mustern Sie, wie es zugeht in den Versammlungen: da werden Reden gehalten gegen das mobile Kapital, da soll Herr Stöcker gesagt haben: Sehen Sie auf Bleichröder hin, der hat mehr in seinem Vermögen als alle Prediger zusammengenommen.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, so persönlich ist noch kein Sozialist aufgetreten. Dort wird gehetzt gegen die Börse, in jeder Weise wird Stimmung gemacht nach dieser Richtung. Es wird sogar in der Rede den Sozialdemokraten vorgeworfen, nicht genug gehetzt zu haben. Herr Stöcker sagt: Warum machen die Sozialdemokraten bloß die Meister und Fabrikanten für ihre Nothlage verantwortlich, warum nicht die Börse? Die Börse ist schuld, aber die wird nicht angegriffen. So stachelt

er sie also noch auf nach der Richtung, wo sie nach seiner Meinung noch nicht genug gethan haben.

Wie geht es nun zu in solchen Versammlungen? Nach einer Rede, wie ich sie angedeutet habe, wird eine Pause gemacht zur Entgegennahme von Beantwortungen, dann entsteht ein Tumult, man meldet sich zum Wort, Herr Stöcker ist nicht im Stande, die Ordnung aufrecht zu erhalten, er schließt die Versammlung,

(lebhafter Widerspruch)

und in einem Theile des Saales entwickelt sich eine kleine Schlägerei, in einem andern Theile hört man die Worte: „Gehen Sie doch in Ihre Synagoge, Sie langnäsiger Judenjunge", „Sie haben hier nichts zu suchen, Sie sind nur Gast".

(Große Heiterkeit.)

Dann sagt der andere wieder: Ich habe 10 Pf. Entree gezahlt und kann bis zum Ende der Vorstellung hier bleiben.

(Große Heiterkeit und Unruhe.)

Dann hört man die Rufe: Adieu, adieu, der Herr Hofprediger Stöcker soll leben! hoch! — die Sozialdemokratie soll leben! hoch! — die Juden sollen leben! hoch! — Lassalle, der Jude Lassalle soll leben! hoch! hoch! — Er lebt nicht mehr! Dazwischen vernahm man ein schrilles Pfeifen und Schreien, Schutzleute standen auf der Straße und langsam verlief sich die Menge." So sind die Berichte über solche Versammlungen.

(Ruf: Börsenkourier!)

Sie finden derartige Darstellungen in allen Zeitungen. Sie werden doch nicht leugnen, daß ein großer Theil dieser Versammlungen wegen Tumults geschlossen worden ist.

(Zuruf: Es ist nie eine geschlossen!)

Meine Herren! die ganze Bewegung hat einen durchaus ähnlichen Charakter in Bezug auf das letzte Ziel, in Bezug auf die Methode, wie die sozialistische.

(Zuruf.)

Das ist es, worauf es ankommt. Die kleinen gradiellen Unterschiede treten vollständig zurück, das ist gerade das besonders perfide an der ganzen Bewegung, daß während die Sozialisten sich bloß kehren gegen die wirthschaftlich Besitzenden, hier der Racenhaß genährt wird, also etwas, was der einzelne nicht ändern kann und was nur damit beendigt werden kann, daß er entweder todtgeschlagen oder über die Grenze geschafft wird. Das ist ja dasjenige, was den Sozialisten in [illegible]r Weise fehlt. Sehen Sie denn nicht, daß die Bewegung

auch deshalb viel mehr den öffentlichen Frieden untergräbt, wie die sozialistische?

(Sehr wahr! links.)

Die sozialistische Bewegung hat viel verschuldet, aber haben Sie jemals gesehen, daß sie so unmittelbar Straßenexzesse nach sich gezogen hat, Beschimpfungen oder Schlägereien in dieser Weise, wie wir es jetzt täglich lesen? Dort liegt die moralische Ursache solcher Vorgänge. Wenn Sie die Verwandtschaft mit den Sozialisten leugnen wollen: die schönen Seelen finden sich schließlich zusammen.

Herr Körner war noch in diesem Frühjahr der von allen sozialistischen Abgeordneten empfohlene Gegenkandidat meines Kollegen Virchow; Finn war bei der letzten Reichstagswahl der sozialistische Gegenkandidat des Kollegen Mendel. Jetzt sehen wir die Herren mit Herrn Stöcker zusammen, sie haben sich in derselben Sitzung gefunden; Herr Stöcker begrüßt sie und freut sich, daß sie sich bei ihm einfänden und hofft, daß, wenn auch Unterschiede beständen, sie doch zusammengehörten. „Wir königlich preußische Sozialdemokraten" so nennen sich die Herren! So bringen sie die Sozialdemokratie in enger Beziehung zur Firma des Königs.

Allerdings auffallend ist es; diese Leute Körner und Finn werden aus Berlin ausgewiesen, nach sechs Monaten kommen sie zurück, wie es heißt, unter Vorbehalt einer guten Aufführung. Was thun sie? Das erste, was sie thun, ist nicht, sich bescheiden, still zu verhalten, sondern ein Plakat in Berlin austragen zu lassen — „wir königlich preußische Sozialdemokraten" — ein Plakat, das den Fürsten Bismarck für einen vernünftigen Sozialisten erklärt und in dem zum Klassenhaß gegen die Berliner Hausbesitzer aufgefordert wird. Das sind also Leute, die auf Vorbehalt guter Aufführung nach Berlin zurückgelassen worden sind! Wenn die sich gleichwohl getrauten, so demonstrativ-agitatorisch vorzugehen, mußten sie nicht sicher sein, daß das Polizeipräsidium ihnen trotzdem den Aufenthalt gestattete? Wir sehen das Polizeipräsidinm nicht dagegen einschreiten. Der Polizeipräsident, ein so vorsichtiger Mann, mußte er also, als er Jene zurückkommen und so auftreten ließ, nicht fürchten, damit in den höchsten Kreisen zu verstoßen? Das sind alles unaufgeklärte Fragen. Ebenso diejenigen, welche der Herr Abgeordnete Virchow schon angedeutet hat, woher die Geldmittel fließen für die Blätter in Hamburg, für die Deutsche Volkszeitung, der eigentlichen Quelle der antisemitischen Literatur. Da werden die Ergüsse eines Marr gedruckt, da werden die perfidesten Artikel geschrieben, von dort aus werden

sie versandt an andere Orte und andere Blätter. Zum Beispiel wird mir berichtet, daß in Nassau, Blätter, welche von Hamburg die inneren Seiten mit solchen antisemitischen Artikeln beziehen, in ihrer Ausbreitung von den dortigen Behörden begünstigt werden. Diese ganze Art von Literatur, wie wir sie in Hamburg, Berlin, Dresden, Liegnitz erscheinen sehen, steht im engsten Zusammenhang miteinander. Hier ist eine Organisation vorhanden: wo ist die Geldmacht, die das bezahlt? woher fließen die Geldmittel? Es wäre uns sehr lieb, wenn wir hörten, daß nicht der Reptilienfonds dafür in Anspruch genommen wird.

In der That, meine Herren, die Regierung sollte sich hüten in ihren Organen, direkt oder indirekt, in dieser Frage, auch wenn sie die Ueberschrift „christlich-sozial" trägt, noch einmal mit dem Feuer zu spielen. Uns ist noch in guter Erinnerung, wie es damals gewesen ist, als die sozialistische Bewegung zuerst in Berlin aufkam. Damals als Lassalle von den Gerichten des Landes im Namen des Königs wegen Hochverrath und Majestätsbeleidigung verfolgt wurde, war es der Reichskanzler, der mit ihm seine vertraulichen Konferenzen zu gleicher Zeit pflog, wie mit einem interessanten Gutsnachbarn. Man äußerte sich schon damals zu: wenn ihn auch die Gerichte des Landes verfolgen, der Kanzler steht dahinter; er steht auf Seiten der Sozialisten. Damals hat man dies noch nicht so gewußt, wie jetzt durch die eignen Aussagen des Kanzlers bekannt geworden ist. Und wie war es mit Schweitzer, als die Sozialisten unter Schweitzer hier auftraten? wie waren die Verhältnisse zwischen Schweitzer und dem Geheimrath Wagener? woher hatte Schweitzer die Mittel, um hier so in Berlin aufzutreten? wie war damals das Verhalten der Regierung, als jene Sozialistenbanden das Versammlungsrecht zu nichte machten und die Versammlungen stürmten, und wir interpellirten? Da sagte der Minister Graf Eulenburg: was geht mich das an — die Sozialisten haben mit der Fortschrittspartei eine Versammlung angemeldet in demselben Lokal, nun prügeln sie sich da inwendig herum — wer eigentlich der Berechtigte ist? — die Polizei würde nur die Prügelei vermehren, wenn sie sich auch einmischte, sie wartet, bis die Sache auf die Straße kommt, dann geht sie sie erst etwas an.

Meine Herren, so hat man die Bewegung in ihren Anfängen mit einer gewissen wohlwollenden Neutralität behandelt. Was ist daraus geworden, welchen Umfang hat sie genommen? Von Schweitzer war bald nicht mehr die Rede, die Bewegung hat alsbald einen ganz selbständigen Charakter angenommen, eine Gefahr, die leider die Staatsregierung erst

in dem Augenblicke erkannt hat, wo ihre fluchwürdigsten Ausläufer sich in jenen scheußlichen Attentaten zeigten. Wir haben rechtzeitig gewarnt.

(Lachen rechts.)

Damals waren auch sogenannte konservative Stimmen hier laut

(hört! hört! links)

im Jahre 1865. Die konservative Partei drohte uns mit dem Tritt der Arbeiterbataillone, wie man heute von den Christlich-Sozialen in Berlin spricht. Da war es mein Freund Schulze-Delitzsch, der Wagener gegenübertrat, indem er an jenes Gleichniß von der Sphinx erinnerte und sagte: „Im Menschen wohnen zwei Naturen, eine göttliche und eine thierische, — hütet euch, die Bestie im Menschen wach zu rufen, sie wird mit ihren Löwenklauen diejenigen zuerst zerfleischen, die das zu unternehmen wagen!“ Das sage ich Ihnen auch: hüten Sie sich, Christlich-Soziale draußen, die Bestie wilder Leidenschaft in Volksmassen wach zu rufen! Vor der Geistlichkeit werden sie nicht stehen bleiben, mit den Herren werden sie sehr bald fertig werden.

(Unruhe und Bewegung.)

Meine Herren, ich weiß sehr wohl, der Kopf, die Hand des Reichskanzlers ist ja nirgends sichtbar in dieser Bewegung; ich bin auch weit entfernt davon, den Herren am Ministertisch irgend eine direkte oder indirekte Beziehung zu dieser antisemitischen Bewegung nachzuweisen oder vorzuwerfen. Aber das, was wir sehen, ist, daß diejenigen, die man so nennt, die sich selbst so nennen, die Leute des Kanzlers überall dabei sind, von Moritz Busch an und von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und ihren Hintermännern in der nächsten Umgebung des Kanzlers, einschließlich des Herrn v. Treitschke,

(Oho! rechts)

— alle diese Freiwilligen sind überall bei der antisemitischen Bewegung, und wenn der Reichskanzler selbst damit nichts zu thun hat, ja, wenn er die Bewegung selbst verabscheut — das schlimmste ist, man glaubt es nicht im Lande, das schlimmste ist, daß diese antisemitische Bewegung überall den Namen des Reichskanzlers mit herumträgt; nicht ohne Absicht hat sie an ihn die Petition gerichtet. Zugeflüstert wird überall: der Reichskanzler muß jetzt noch bei Seite stehen, jetzt ist die Sache noch nicht so weit, — bei der Agitation gegen den Freihandel war es ja im Anfange auch nicht so — aber wenn erst Petitionen mit einer Million Unterschriften vorliegen, wenn erst die Bewegung organisirt ist, wenn man dann an den Reichskanzler kommt, dann wird er auf die

Sache eingehen, vielleicht mit anderen Herren als jene, die jetzt am Ministertisch sitzen. Darum laßt Euch darin nicht irre machen, sammelt nur immer Unterschriften! Das sprechen die Leute und wühlen im Lande, und deshalb ist es von einer so besonderen Wichtigkeit, daß überall klar hervortritt, daß auch nicht der entfernteste Zusammenhang zwischen dem Reichskanzler und der antisemitischen Bewegung vorhanden ist. Ja, meine Herren, woher würde sich sonst die Dreistigkeit dieser Leute erklären? Haben denn irgendwie diese Leute, die unter dem Aufrufe stehen, sich sonst im öffentlichen Leben so besonders muthig und begeistert gezeigt, sind sie sonst irgendwo jemals für öffentliche Sachen in derselben Weise hervorgetreten? Im Augenblick liegt mir ein Schimpfbrief vor, den Professor Brecher gerichtet hat an ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, obgleich ihn die Verhandlung dort nichts angeht; sie schicken überall Kartellträger herum gegen diejenigen, die die Herren bei Namen nennen; sie haben die Dreistigkeit, sich an Landräthe, Bürgermeister, Superintendenten zu wenden mit ihren Petitionen. Woher soll diese Dreistigkeit kommen, wenn sie nicht die Ueberzeugung hätten, sie thäten dem Reichskanzler einen Gefallen? Eben um der Regierung eine Gelegenheit zu bieten, sich darüber auszusprechen, wie sie dazu steht, einschließlich des Reichskanzlers, das ist der Grund, weshalb wir die Interpellation gestellt haben, und wir freuen uns des Erfolges und wünschen, daß im ganzen Lande von nun an eine kräftige Reaktion diese antisemitische Bewegung niederschlägt, die wahrlich nicht zur Ehre und zur Zier unseres Landes gereicht.

(Bravo! links, Zischen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, der Herr Vorredner hat seine Freude ausgesprochen, daß er die antijüdische Bewegung in die Defensive gedrängt hat. Ich hoffe, er wird sehr bald bemerken, daß sie immer noch den Muth hat, zur Offensive überzugehen. Der sittlichen Entrüstung, welche mir von jener Seite mehr als einmal entgegengetreten ist, stehe ich in voller sittlicher Rüstung gegenüber, nur glaube ich, meine Waffen sind besser, und ich hoffe, am Schluß von Ihnen das Urtheil zu bekommen, daß ich Sie nicht bloß nicht entrüstet, sondern vielleicht entwaffnet habe. Ich bin mir der ganzen Verantwortlichkeit bewußt, die in diesem Moment auf meinen Schultern liegt: dafür, daß ich in diese Bewegung eingetreten bin, daß ich als Geistlicher eingetreten bin, und daß ich jetzt, in dieser Stunde, wo diese gewaltige Frage im [illegible] Styl vor unserer Landesvertretung abrollt, hier reden [illegible] stehe nicht allein, hinter mir sind Millionen, dar=

unter sehr viele von der Partei, deren Redner eben gesprochen hat.

(Hört, hört! rechts.)

Ich habe eben einen Brief bekommen, er liegt auf meinem Platz, in dem ein Mann aus dem Volke mir seine Zustimmung schreibt; ich habe in diesen Tagen unermeßlich viel Briefe aus der Fortschrittspartei bekommen. In der Judenfrage schreiben die Berliner Bürger, die Handwerker, die den Druck fühlen, stehen wir auf Ihrer Seite, nicht auf Seiten der Fortschrittspartei.

(Hört, hört! rechts.)

Meine Position ist, glaube ich, so günstig wie möglich: mir gegenüber der Abgeordnete Richter, als Vertreter des Fortschritts die „Säule der Ordnung und der Monarchie" —

(Große Heiterkeit)

„auch diese, schon geborsten, kann stürzen über Nacht." Ja, wenn der Fortschritt fortfährt, sich mit dem Judenthum so zu identifiziren, wie er es bisher gethan hat, so kann ihm das in der That in Berlin das Leben kosten, und ich wünsche das von Herzen.

(Heiterkeit.)

Trotzdem kann ich Sie versichern, daß ich, obwohl die Erfüllung mir heute zweifelhafter ist, als am Sonnabend, in dieser ganzen Bewegung nichts anderes wünsche als den Frieden.

(Heiterkeit links.)

Und ich glaube auch, daß trotz allem und allem das Resultat dieser Diskussion ein Friede sein wird;

(Sehr richtig! rechts)

allerdings nicht der faule, schlechte Friede, in dem wir in Berlin bisher gelebt haben, gehetzt wie ein wildes Thier von einer bubenhaften Presse,

(Heiterkeit links. Beifall rechts)

sondern der ehrliche Frieden der gegenseitigen Anerkennung und Achtung, die ich jedem Gegner, wenn er mit ehrlichen Waffen kämpft, nicht versage.

(Sehr gut! rechts.)

Was auf die Versammlung einen gewissen Eindruck gemacht hat, meine Herren, war die Verlesung des Berichtes einer von den Versammlungen, die ich gehalten habe. Diese Berichte sind mit der äußersten Vorsicht aufzunehmen. Ich meine, daß die Herren auf der Seite des Fortschritts über die christlich-soziale Bewegung darum so ungünstig urtheilen, weil sie die Nachrichten darüber aus der verlogenen jüdischen Presse der Residenz geschöpft haben.

(Bravo! rechts, Rufe links: Post!)

Beweis, meine Herren: Als ich die erste sogenannte Judenrede gehalten hatte, war ein Israelit gegen mich aufgetreten, ein Mann, der nachher schrieb, es wäre sehr anständig zugegangen. Als das Berliner Tageblatt einen ganz entgegengesetzten, völlig gefälschten Bericht brachte, hat der Mann dem Tageblatt einen Brief zugeschickt, den das Tageblatt nicht annahm.

(Hört, hört!)

Der Brief ist dann in den konservativen Blättern veröffentlicht, in demselben steht Folgendes: an die Adresse des Tageblattes

> Sie sandten heute einen Bericht in die Welt in ihrer Zeitung, welcher nur die eine Wahrheit enthielt, daß eine Versammlung stattgefunden hat; alles andere war erlogen und erdichtet.
>
> (Hört, hört!)
>
> Ich bin der größte Gegner von Herrn Stöcker, es gelang mir auch bei der Versammlung theilweise seine Ansicht abzuschwächen und dennoch werde ich am Ende gezwungen sein, Herrn Stöcker Gerechtigkeit zukommen zu lassen, als er die Behauptung aufstellte, daß die Reporter gewisser Blätter eine Schande für die Stadt der Intelligenz sind,
>
> (Sehr wahr!)
>
> daß sie ebenso unwissend als unwahr sind. Vieles fälschen sie aus Unverstand, das meiste aus Bosheit.
>
> (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, dies schrieb ein Berliner Jude nach dem Bericht der jüdischen Presse über unsere Versammlung. Aus solchen Quellen fließt meist die Kenntniß über die christlich-soziale Bewegung.

(Sehr gut! rechts.)

Ich will das gleich vorweg sagen: am vorigen Freitag unmittelbar vor unserer Debatte, habe ich unter der größten Aufregung, die in der ganzen Stadt herrschte, in dem Eiskeller, in jenem großen Saale, wo die christlich-soziale Bewegung begann, eine Versammlung abgehalten, mit dem Thema: „Die Beweise für das Dasein Gottes." Da waren 2000 Berliner Männer, darunter mehr als 800 Gäste; die haben das Thema angehört und sind ganz still und ruhig nach Hause gegangen. Das hat der Fortschritt nie geleistet.

Meine Herren, Ihre Versammlungen sind sehr oft aufgelöst worden. Wenn ich einer Versammlung präsidirt habe, [illegible] es nicht geschehen:

(Hört! hört!)

[illegible] sie polizeilich aufgelöst werden müssen.

Das Christliche beherrscht eben die Geister, der Fortschritt entfesselt sie.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Es herrscht ein vollkommenes Mißverständniß über die Dinge. Wir halten, seitdem in diesem Frühjahr Sozialdemokraten, Juden und, wie man mir erzählt hat, viele Mitglieder aus der Fortschrittspartei in Berlin unsere Versammlungen so stürmisch unterbrochen haben, keine öffentliche Versammlungen mehr ab, sondern wir sehen uns die Leute an, welche kommen, und stehen in der That seitdem viel besser. Wenn dann einige von jenen Sozialdemokraten bei uns gewesen sind, **welche ihrer Partei den Abschied gegeben haben, so darf Sie das nicht wundern. Dazu bin ich ja in Berlin aufgetreten, um die Sozialdemokraten aus ihrer Verirrung herauszureißen und auf die Wege der Wahrheit zu führen. Aus der Fortschrittspartei sind sie zur Sozialdemokratie übergegangen, aus der Sozialdemokratie kommen sie zu uns und werden Christlich-Soziale.**

(Lachen links.)

(Sehr wahr! rechts.)

Nicht Sozialisten.

Ich bitte den Herrn Richter, der in sozialen Dingen so oft, so viel, so lang geredet hat, doch zu erkennen, daß zwischen sozial und sozialistisch ein tiefgreifender prinzipieller Unterschied ist. Sozialismus ist eine materielle Forderung, daß alles Privateigenthum kollektiv werden soll. Sozial ist nichts anderes, als die gesellschaftliche Auffassung der Dinge. Die Isolirung, Atomisirung hat uns in den Zustand gebracht, in dem wir stehen, so suchen wir denn eine Organisation, in der die Arbeiter sich wieder fühlen als eine Schaar von Brüdern, die zusammenstehen.

(Sehr richtig!)

Königlich preußische Sozialdemokraten haben sich die Leute genannt, weil der Fortschritt sie so betitelt hat, sie haben den Namen zum Spott angenommen. Damit werde ich wohl mit dem, was aus den Versammlungen berichtet ist, so ziemlich fertig sein.

Ich bin erstaunt, meine Herren, daß der Abgeordnete Richter gar keine Empfindung hat für den Nothschrei der vielbedrängten Handwerker, der ruinirten Existenzen hier in Berlin und im Lande. Ich nenne noch einmal an dieser Stelle den Nothstand in Schlesien. Haben wir's nicht amtlich zu erfahren bekommen, daß es ein Wucher ist, meist jüdischer Art, unter dem ganze Kreise zu Grunde gehen? Ja, meine Herren, es sind nicht bloß Stimmungen, die in der antijüdischen Bewe-

gung wirken, sondern schreiende Thatsachen. Es berührt mich sympathisch, wenn von der Seite (links) das freie Wort betont wird, man muß das freie Wort nur nicht immer bloß nach oben schleudern, sondern auch anwenden auf die Schäden des Volkslebens.

(Sehr richtig! Bravo! rechts.)

Und das thue ich.

Die Judenfrage ist für mich keine religiöse Frage, keine Racenfrage, seitdem die völlige Emanzipation eingetreten ist, auch keine staatsrechtliche Frage mehr; sie ist eine sozial-ethische Frage. Ich stehe in dieser Beziehung ganz auf dem Standpunkt des Abgeordneten Bachem.

(Aha! links.)

Die Frage wurzelt in der Religion, in der Race, im Staatsrecht, aber in ihrer Erscheinung — und staatsmännisch kann sie ja gar nicht anders aufgefaßt werden — ist sie eine sozial-ethische Frage von großer nationaler Bedeutung. Darin besteht sie, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem andern Stamme angehörend, in ihrer Religion von uns verschieden, in ihrem Denken, Fühlen, Wollen mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserem Volke eine Stellung einnimmt, welche ihrem Zahlenverhältniß durchaus nicht entspricht. Ausgerüstet mit einer starken Kapitalkraft, auch mit vielem Talent, drückt dieser Bevölkerungstheil auf unser öffentliches Leben, nicht bloß in Handel und Gewerbe, sondern ebenso in Kommunalangelegenheiten, in Schulsachen, ja, zuweilen in den kirchlichen Dingen selbst!

(Hört! hört! rechts. — Widerspruch links.)

So wirkt er mit dem Einfluß, den er hat, das ist unerträglich. Man hat, um uns zu widerlegen, gesagt, unser Auftreten sei Neid, garstiger Neid, häßlicher Neid. Meine Herren, ich kenne die Männer, welche sich an dieser Bewegung betheiligen. Ich gebe Ihnen mein Wort, ich habe von diesem Neide aus ihrem Munde nichts gehört.

(Lachen links.)

Es ist nicht der Reichthum an sich, der bestritten wird, sondern die Art des Erwerbes, und der Einfluß, der durch diesen Reichthum erkauft und beschützt wird. Diesen Einfluß bekämpfen wir und müssen es thun. Ich kann nicht finden, daß mit der einen Formulirung, welche uns vorgestern gegeben ist, daß wir der jüdischen Bevölkerung Duldung gewähren sollen, wie sie uns, die Frage irgendwie erschöpft wäre. Ich kann auch die andere Formulirung, „daß die Existenz des preußischen Staates an die politische Gleichberechtigung der Konfessionen geknüpft sei, und daß ohnedies die Mo-

narchie gefährdet sei", für unsere Frage nicht als zutreffend anerkennen. Das Judenthum ist keine Konfession, es hat kein Bekenntniß; jene großen und wichtigen Worte beziehen sich ganz gewiß auf das Verhältniß der beiden christlichen Konfessionen, obwohl ich selbstverständlich zugestehe, daß wir auch mit unseren jüdischen Mitbürgern im besten Frieden leben müssen. Aber das soll niemand leugnen, daß wir in einem christlichen Staatsleben uns befinden, daß die Unterthanen dieses Staates zu $^{79}/_{80}$ Christen sind, und daß sie ein Recht haben, zu fordern, daß dieser Staat als eine christliche Gesellschaft angesehen, von christlicher Obrigkeit regiert und nach einer christlichen Gesetzgebung behandelt wird. Darum allein handelt es sich.

(Sehr wahr! rechts und im Centrum).

Die Frage, welche jetzt zur Diskussion steht, will man einigen wenigen Personen in die Schuhe schieben; man macht besonders mich für das Aufregende derselben verantwortlich. Aber ich habe sie nur in das öffentliche Leben übergeleitet und sie in einen ruhigen, sehr ruhigen Fluß gebracht —

(Lachen links)

weiter nichts. Man ruft dazu den Berliner Kongreß an und will mit Rumänien die Nothwendigkeit der Emanzipation beweisen. Aber lassen Sie uns doch erst ein Lebensalter abwarten, was in Rumänien aus dieser Emanzipation geworden sein wird.

So lange der Bodenwucher in orthodox-israelitischen Zeitschriften so begünstigt und gelobt wird, wie ich an einer Stelle vor mir finde, liegen in der That große Gefahren in einer solchen Emanzipation. Es schreibt der orthodoxe Israelit im Jahre 1878 von dem Bodenwucher in Galizien:

„Binnen zwei Dezennien wird der Ackerbau Galiziens zum großen Theil sich in den Händen der Juden befinden.

(Hört!)

Auch hierin sehen wir das Walten der Vorsehung mit dem beständigen Schutz für unser so viel duldendes jüdisches Volk."

(Hört! hört!)

Das ist sehr naiv.

Ich persönlich stehe zu der Sache so: Ich habe keine Antipathien, weder gegen das Volk Israel im Ganzen, noch gegen irgend einen einzelnen Israeliten. Was der Herr Abgeordnete Richter uns zum Vorwurf macht, daß wir das Judenthum an sich proskribiren wollen, weise ich von mir durchaus ab. Ich habe Freunde unter den Juden, und heute

Morgen, als ich in dieses Haus ging, sagte ein junger gebildeter Jude, der in den christlich-socialen Versammlungen unsere Art zu wirken kennen gelernt hat, zu mir: „Ich wünsche Ihnen zu dem heutigen Tage Glück."

(Hört! hört! rechts und im Centrum.)

(Bewegung links.)

Meine Herren, ich habe — das kann ich Sie versichern — meinen Einfluß, den ich etwa errungen habe, immer dazu gebraucht, von dieser Richtung, das Judenthum direkt anzugreifen, abzumahnen; ich habe besonders versucht, die getauften Juden aus dieser ganzen Bewegung herauszuziehen und die sogenannten Antisemiten abzuhalten, daß sie nicht bis ins dritte und vierte Glied jüdische Mitbürger, welche zum Christenthum übergetreten sind, anklagen. Für die anderen Dinge kann ich nichts. Die Antisemitenliga habe ich nicht mitbegründet, ihr nie angehört; ich weiß von dieser Liga nichts, als daß man mir die Statuten zugesendet hat, und daß die Männer, die daran betheiligt sind, einige Male bei mir gewesen sind. Es ist ganz dasselbe mit der „Wahrheit": Ich habe die „Wahrheit" nicht begründet, sie nicht unterstützt, ich halte sie nicht, ich lese sie nicht; aber das glaube ich in der That, daß die Männer von der Partei des „Kladderadatsch", des „Ulk", der „Wespen" kein Recht haben, zu tadeln, daß hier einmal nicht das Heilige, sondern auch das Unheilige verspottet wird. Mit Schrecken erinnere ich mich an einzelne Nummern dieser Witzblätter, in denen die Geistlichkeit des Landes fünfmal karrikirt, heruntergezogen, in den Schmutz geworfen wurde, wo unsere lieblichsten Gebete, das Tischgebet: „Komm, Herr Jesu, sei unser Gast," unsere evangelischen Lieder travestirt und angewandt wurden auf den Stickstoff, auf den Koloradokäfer und auf die Kohlensäure.

(Hört, hört!)

Um solche Dinge abzuwehren, sind wir vorgetreten. Wir wissen sehr wohl, daß unser Volk bekehrten Israeliten viel verdankt, ich erinnere an Namen wie Stahl, Neander, Mendelssohn. Wir ehren alle Israeliten, auch die nicht getauften, welche in Kunst und Wissenschaft sich an der Entwickelung unseres Volkes betheiligt haben, aber um die, meine Herren, handelt es sich hier nicht. —

Stellen wir die Thatsachen fest. Gerade mit dem Datum des Civilstands kam ich, meine Herren, nach Berlin, hinein in diesen Bankerott des äußeren Kirchenthums, der durch nichts mehr hervorgerufen war als durch die Infamien der Presse; ich fand von sozialdemokratischer Seite, wie von der Seite

dieser jüdischen Presse die Angriffe auf unsere Religion gleich schmachvoll. Ich nenne „jüdische Presse" diejenige, welche von Juden geschrieben ist; unter den Zeitungen verstehe ich darunter die, welche im Besitz und in der Redaktion von Juden sind; nur diese werde ich anführen, und man wird mir ja wohl Verzeihung gewähren, wenn ich das Tageblatt mit dazu nehme. Denn, meine Herren, mir erscheint dies Blatt, ebenso wie der Kladderadatsch, als ein jüdisches Blatt, wenn auch Leute, die einmal Theologie studirt haben, daran schreiben sollten. In diese Bewegung der Geister trat ich hinein und sah die Sozialdemokratie riesengroß anwachsen. Im Jahr 1878, dem Geburtsjahre der christlich-sozialen Bewegung, waren es 56.000 Mann, die hier für ihre Kandidaten stimmten; und fast ebenso viel, die noch nicht das Stimmrecht hatten, standen dahinter, hunderttausend evangelische, zum Theil auch katholische Männer, welche auf den Umsturz von Thron und Altar sannen. Ich glaube, man darf es mir als einem Geistlichen nicht verargen, wenn ich in dem Grollen dieser Massen nicht bloß den Unwillen des Armen gegen den Reichen, nicht bloß den Haß des Atheisten gegen Gott, wenn ich darin auch den Nothschrei heraushörte: helft uns äußerlich und innerlich! Da bin ich, weil die Bewegung der Sozialdemokraten hoch ging und nichts geschah, in diesen Abgrund hinabgesprungen, ich wußte nicht, wie tief er war!

(Bravo! rechts.)

Ich bin von jener Seite darauf angeredet, ich hätte das Christliche zum Deckmantel sozialistischer Bestrebungen gemacht, sozial die Arbeiten auf einen unehrlichen Boden geführt. Meine Herren, so lauteten die schwerwiegenden Anklagen von vorgestern. Ich würde mir nicht erlauben, einer anderen Partei in dieser Weise gegenüberzutreten, auch der Fortschrittspartei nicht, obwohl sie starke Sachen leistet.

In einem Flugblatt der Fortschrittspartei steht geschrieben:

> „Die Tanzmusik und ähnliche Volksbelustigungen wollen die Konservativen allenthalben einschränken. Der Spötter und Augenverdreher trinkt heimlich, was er muß."

So führt man auf jener Seite das Volk! Weiter, meine Herren, in einer Broschüre: „Was bezwecken die Gewerkvereine?" schreibt Dr. Max Hirsch, der Arbeiterführer der Fortschrittspartei, daß die Arbeiter mindestens eine Lohnerhöhung von weit über 3,75 Mark pro Woche haben müßten, um die riesigen Mehrausgaben in Folge nicht allein des Roggen-

zolls, sondern der unzähligen andern [illegible] auszugleichen.

(Sehr wahr! links.)

Meine Herren, ich erwarte den Beweis, daß die [illegible] ausgabe für eine Arbeiterfamilie an Zöllen und [illegible] Abgaben ungefähr 200 Mark im Jahre beträgt. [illegible] Beweis nicht geliefert — der Abgeordnete Richter [illegible] stark im Beweisen — dann werde ich hier öffentlich [illegible] Lande erklären, daß einer der Führer der Fortschritts[illegible] Arbeiter irre führt,

(sehr wahr! rechts)

ich sage nicht auf unehrlichem Boden, dazu bin ich zu [illegible] Meine Herren, unsere Devise heißt: christlich-sozial! [illegible] schönere Devise kann ich mir gar nicht denken, [illegible] das, was auf religiösem und wirthschaftlichem Gebiet [illegible] Auch für soziale Dinge braucht man das religiöse [illegible] Daß ein lebendiger Gott die Ordnungen auf Erden [illegible] ob reich ob arm, ob vornehm und gering, ob Obrigkeit [illegible] Unterthan, darauf ruht die soziale und die politische [illegible]

(Sehr wahr!)

Der Unglaube mag, wie ein geistvoller Mann [illegible] eine dünne Eisdecke sein, über welche ein einzelner [illegible] ein Volk bricht darauf unrettbar zusammen und [illegible] die Tiefe.

(Bravo! rechts.)

Wenn ich im alten Testament in Gesetzen [illegible] Anschauung finde: alle Menschen sind Haushalter, [illegible] wie die Reichen; — das Trachten nach unermeßlichem [illegible] thum bringt dem Menschen nichts Gutes; — [illegible] gegen den Armen ist höchstes Gesetz; wenn ich [illegible] nicht als Gesetze für eine einzelne Nation, [illegible] universelle Prinzipien für die Welt im neuen Testament [illegible] finde: wir sind Haushalter mit all dem Hab und [illegible] wir besitzen — wir sollen nicht trachten nach irdischem [illegible] wir sollen unsere Brüder lieben, — thue ich [illegible] wenn ich das hineinrufe in die Arbeiterkreise? [illegible] überzeugt, etwas Anderes habe ich nicht gethan.

(Bravo!)

Heißt das: das Christenthum zum [illegible] für politische Bestrebungen? Ich kann hier [illegible] Mann sagen, mich hat niemand [illegible] hineingeschickt, ich bin [illegible] nur viel Gegensatz, viel [illegible] Arbeit mit [illegible]

Das verdient nicht, daß man mich hier als einen Mann darstellt, der irgend etwas sucht oder erstrebt.

(Bravo!)

Sozial, ich habe das schon gesagt, ist nicht sozialistisch; sozial ist ganz etwas Anderes. Ich begreife nicht, warum der Herr Abgeordnete Richter anstatt dieses elenden Berichtes nicht unser Programm zitirt hat. Da können Sie lesen:

1. Obligatorische Innungen,
2. Obligatorische Versicherung,
3. Schutzzoll, indirekte Steuern und als Ausgleich eine mäßige Progressivsteuer,
4. den Staatsbetrieb.

Wenn ich Ihnen diese Punkte nenne, und es sind wirklich die Hauptpunkte unseres Programms, da muß doch auch ein Elementarschüler sagen, das ist kein Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie, das ist das absolute Gegentheil davon.

(Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.)

Und wenn der große Gang der wirthschaftlichen Politik seit drei Jahren diese Wege klar genommen hat, so werde ich doch den Vorwurf nicht verdienen, daß ich thöricht gehandelt habe, sondern sagen dürfen, daß ich mich im Einklang befunden habe mit dem großen gesunden Gedanken der Zukunft.

Und nun, meine Herren, komme ich zurück zu der jüdischen Bewegung. Was mich da hineintrieb, war die Presse, sie allein. Ich habe in den beinah hundert Versammlungen, die ich gehalten habe, die jüdische Frage kaum erwähnt, sie ist mir aufgezwungen durch das Verfahren der Presse und zuletzt durch das Verfahren des Herrn Abgeordneten Dr. Straßmann. Das will ich beweisen. Die jüdische Presse hatte keine Scheu, keine Scham vor irgend etwas, was uns Christen heilig ist.

(Bravo! rechts und im Centrum.)

Was läßt sich Förderlicheres, Unschuldigeres denken, als Versammlungen von Geistlichen, die zu geistigem Verkehr zusammenkommen. Diese Versammlungen sind in Berlin immer beschimpft. Einmal hieß es, als ein Missionsfest gefeiert wurde: „das sei eine Gesellschaft himmlischer Kaffernfänger." Das ist nicht edel. Missionare sind Männer, welche in unserer prosaischen Zeit das Heldenthum des Christenthums treiben

(Bravo!)

und einer großen christlichen Kultur oft unter Kannibalen den Weg bereiten. Ehrliche Männer müssen solche Helden achten.

(Bravo!)

Hier in Berlin werden sie beschimpft, und man kennt

sie gar nicht. — In einem andern Jahre wurden diese Konferenzen als Hundstagsgäste begrüßt. —

(Ruf: Pfui!)

Da versammelt sich ein andermal eine Synode unserer Kirche, eine offizielle Körperschaft, es giebt einen Streit, die Einen wollen das Glaubensbekenntniß abschaffen, wir vertheidigen es. Darüber schreibt Einer:

> Ich fange an zu lesen, unwillkürlich springe ich auf und fasse in die, mein Gesicht umspielenden, Blätter des großen Baumes, unter dem ich sitze, und nun wehe dir, du Raupengesindel, daß du das saftige Grün benagst und verkümmern läßt. Hinab mit dem Gewürm! Ecrasez l'infame! Es sei vernichtet! Hinweg mit den orthodoxen Benagern jedes kräftig treibenden jungen Lebens, wollt' ich sagen mit dem Raupengezücht, welches die Bäume leer macht, ebenso wie jene „frommen" Fanatiker die Kirchen leer machen. Und ich vernichte die Raupen mit einer wahren Begeisterung.

Von allen Synoden, meine Herren, ist die bedeutendste die Generalsynode, in welcher sich der kirchliche Geist unserer ganzen Landeskirche zusammenfaßt. Auch von dieser Synode kann man sagen, daß sie auf das traurigste beschimpft ist; die Verhandlungen wurden nur benutzt, um sie lächerlich zu machen. Es heißt einmal:

> Einen Punkt wissen wir, bei dem sich kein Widerspruch erhob, bei dem keine Zwistigkeiten laut wurden, — und das war bei dem Antrage, den verehrlichen Mitgliedern der sehr verehrlichen Generalsynode täglich 12 Mark Diäten und Vergütung der Reisekosten zu gewähren. Wir haben niemals eine Versammlung einhelliger und einmüthiger gesehen, als die Generalsynode in dem Augenblicke, als dieser Antrag zum Beschluß erhoben wurde . . . . ."

Dann wurden einzelne Synodalen, darunter wiederum ein Missionsdirektor, in der allerschimpflichsten Weise persönlich angegriffen. Als aber diese große kirchliche Versammlung das Herrenhaus verließ, schrieb ein solches Blatt, „man müßte den Saal desinfiziren."

(Pfui! rechts.)

Der Herr Abgeordneter Virchow lacht. Es thut mir leid, Herr Abgeordnete Virchow, daß Sie das thun.

(Sehr richtig! Brave! rechts.)

Meine Herren, im Dezember 1875 wurde in den Kulturkampf das Wort hineingerufen, daß in der Zeit der Regula-

tive jeder Keim des Edlen in den Seelen niedergetreten sei, Brutalität und Gottlosigkeit ins Kraut geschossen, daß jeder Tag einige Früchte der Regulative vor den Strafrichter liefere. Als die furchtbaren Attentate geschehen waren, die gewiß auch den enragirtesten Umstürzler hätten zur Vernunft bingen sollen, da schrieb ein Blatt dieser Presse: „Die Sozialdemokratie, der Ultramontanismus und die evangelische Orthodoxie steuern demselben Ziele zu.“ Und das in einem Artikel über die Attentate!

Meine Herren, ich führe noch Einiges an. Der Berliner Börsenkourier verspottete eine katholische Schauspielerin. „Wir werden“ — schloß er den pikanten Bericht — „stets fortan ein Kreuz schlagen, ehe wir die Feder eintauchen zu irgend einer Theaterplauderei und wir werden uns einen Redaktionsrosenkranz anschaffen. Gelobt sei Alexander Dumas! In Ewigkeit. Amen.“

(Pfui! im Centrum.)

Meine Herren, in diesem selben Blatt wurden später die Nihilisten mit christlichen Märtyrern zusammengestellt, und in den letzten Tagen haben wir es erlebt, daß man sich darin berief auf die Prinzipien aller Revolutionen.

Die „Frankfurter Zeitung“, ein Blatt gleichfalls jüdischen Charakters, besprach einmal das Ueberhandnehmen der Selbstmorde, sie kam zu dem Schluß, daß sie aus dem Christenthum und aus dem Militärwesen herstammten.

Und dennoch, meine Herren, trotz dieses Charakters unserer Berliner Presse, habe ich das Judenthum niemals angegriffen, niemals, sondern ich habe erst auf Vorfälle reagirt, die ich als Geistlicher nicht ignoriren konnte: das traurige Wort des Herrn Abgeordneten Löwe von der Verderbniß unserer Schulen, die unter dem konservativen Regiment eine Stätte der Heuchelei, Schlechtigkeit und Dummheit werden sollten, und das verhängnißvolle Wort des Abgeordneten Dr. Straßmann von den Ketzerrichtern, die am liebsten die Andersgläubigen verbrennen möchten,

(sehr wahr! links.)

und von den Vipern, welche die Zungen der Orthodoxen sind, und von den Miasmen ihres Odems, die aus den Sümpfen steigen.

(Pfui! rechts.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Straßmann kennt uns nicht, uns sogenannte Orthodoxen; er weiß nicht, wie sehr wir die Freiheit lieben. Ich wenigstens habe kein höheres Ideal für meine kirchliche Anschauung, als die Freiheit, die er mir abspricht. Freilich, meine Herren, kann ich nicht

wünschen, daß Leute, welche mit dem Bekenntniß der Kirche nicht einverstanden sind, in der Kirche ihre Stellungen dazu brauchen, eben dies Glaubensbekenntniß zu bekämpfen, aber ich muß einem jüdischen Mitbürger durchaus das Recht absprechen, in einer Wahl- oder Volksversammlung in dieser Weise in unsere Angelegenheiten sich hineinzumischen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und da habe ich es für meine Pflicht gehalten, meine Pflicht nicht bloß als Christ, sondern als Geistlicher, gleichsam als meine Amtspflicht, was in der Volksversammlung gesagt war, in der Volksversammlung zu widerlegen. Es war nur die Spitze von Allem, was ich bisher berichtet habe. Da habe ich denn in der That Versammlungen gehalten, in denen die Judenfrage behandelt wurde, und zwar sehr milde.

(Lachen links. Rufe rechts Ruhe!)

Die erste Versammlung habe ich Ihnen bereits am Anfang charakterisirt. In der zweiten trat ein gebildeter Jude zum Schluß auf und dankte mir für die noble Art, mit welcher ich diese Frage vor das Publikum gebracht hätte. Die dritte Versammlung verlief durchaus ruhig und in der vierten fand sich gar kein Widerspruch, so daß ich die Versammlung mit den Worten schließen konnte: ich nehme an, daß alle mit meiner Auffassung der Sache einverstanden sind; es gab auch keinen Lärm, sondern man ging ganz ruhig nach Hause.

Meine Herren, das habe ich gethan in dieser Frage, weiter nichts, für alles Uebrige bin ich durchaus nicht verantwortlich. Und nun frage ich, wenn ich nach alle dem, was ich Ihnen mitgetheilt habe, unsern jüdischen Mitbürgern als eine freundliche Mahnung zurufe: ein klein wenig bescheidener, ein klein wenig toleranter, etwas mehr soziale Gleichheit; — Meine Herren, das soll eine Versündigung sein an der Majestät des Judenthums?

(Sehr gut!)

Ich habe die Frage nicht behandelt als religiöse; das ist Sache der Mission, aber ich versichere Sie, daß noch nie in meinem Leben sich so viele Israeliten an mich wendeten, um ihnen Unterricht im Christenthum zu geben, als in diesen Monaten. Ich habe die Frage nicht behandelt als Racenfrage; ich weiß, daß das Christenthum sich durch die Racen und Völker hindurch brechen muß mit der siegreichen Gewalt des allmächtigen Gottes. Ich habe auch offen erklärt, daß ich gar nicht daran denke, den jüdischen Mitbürgern irgend etwas von ihrer staatsbürgerlichen Berechtigung zu nehmen,

(Hört! Hört! links)

gewiß nicht, meine Herren, das ist mein Standpunkt, ich habe

die Frage nur behandelt als eine ethische. Allerdings, das muß ich zugeben, ich habe sie in ungewöhnlicher Weise behandelt, in Volksversammlungen, und dabei tritt mir nun eine Opposition von mehreren Seiten entgegen. Der jüdische Gemeindevorstand, wie ich vorgestern gehört habe, hat sich über mich beschwert. Ich bedaure, daß er sich nicht bei mir selbst beschwert hat. Es haben sich öfters Juden an mich gewandt und ich habe mit ihnen eine ganz förderliche Korrespondenz geführt, — warum ist der Vorstand nicht einmal so freundlich gewesen, zu mir zu kommen und die Sache mit mir zu besprechen? Warum hat er den jüdischen Blättern in Berlin nie eine Mahnung gegeben, sie sollten sich in Acht nehmen, um diesen Funken unter der Asche nicht zur Flamme zu bringen?

Ich habe davon nie etwas gehört, ich habe nicht ein einzig mal gehört, daß dies unheilvolle Wort des Herrn Straßmann öffentlich getadelt wäre, auch nicht in der Stadtverordnetenversammlung, die doch für unkonstatirte Thatsachen gleich Verdammungssprüche hat.

(Bravo! Sehr gut! rechts und im Centrum.)

Es ist dann von anderer Seite gesagt, die Frage eigne sich nicht für Volksversammlungen, sie müsse wissenschaftlich behandelt werden. Meine Herren, ich kann das nicht zugeben, ich glaube, die Frage ist eine Frage der praktischen Gesetzgebung, und da wir im öffentlichen Leben stehen, da unsere ganze gesetzgeberische Organisation auf dem entweder theilweisen oder universellen Stimmrecht ruht, so sehe ich keine Möglichkeit, eine solche Frage von der öffentlichen Diskussion auszuschließen. Wenn wir sie ausschließen wollten, man würde uns danach fragen und wir müßten Stellung dazu nehmen. Ich kann auch nicht finden, daß die bloß wissenschaftliche Behandlung diesen Fragen irgendwie förderlich sein könnte, ebenso wenig wie der kirchenpolitischen. Und es ist mir etwas beruhigend gewesen, daß die beiden Herren, welche die Volksversammlungen ganz besonders verurtheilt haben, gewesene Minister sind. Ich kann mir wohl denken, meine Herren, daß Jemand, der im Staatsleben so hoch gestanden hat, einer Volksbewegung bedenklich gegenübersteht; aber wenn Herr Abgeordneter Hobrecht gesagt hat, das Beste an der sozialen Frage muß zuletzt der gesunde Sinn des Volkes thun! Wie wollen Sie denn an das Volk kommen, wenn Sie nicht in das Volk hineingehen? Ich bin unter das Volk getreten und habe die einfachen christlich-sozialen Anschauungen in sein Herz hineingerufen. Denn das ist meine tiefbegründete Ueberzeugung, daß unsere politischen wie sozialen Institutionen am sichersten ruhen auf der Achtung,

welche die unteren Volksklassen — um das Wort einmal zu gebrauchen — vor den höheren haben und daß Thron und Altar am besten begründet sind auf der vollen Liebe und Hingebung eines zufriedenen Volkes.

(Sehr gut!)

Gewiß würde auch diese ganze Bewegung nicht soviel Widerspruch gefunden haben, wenn nicht zuletzt etwas vorgekommen wäre, was den Berliner Fortschritt stutzig macht. So lange man die Bewegung in den Versammlungen niederschreien konnte, so lange fand sie keinen Anstand; man hat nur gespottet darüber, ich wundere mich nur, daß die Herren jetzt die Sache so ernsthaft nehmen.

(Heiterkeit.)

Wissen Sie, seit wann das ist? Seit in einigen Wahlbezirken der Herr Abgeordnete Straßmann unterlegen ist.

(Heiterkeit.)

Das war in der That der Anfang eines Sturmes der Entrüstung, den ich gar nicht begreife. Manchmal, wenn es sich darum handelt, daß der große Begründer unserer deutschen Einigkeit, der Fürst Reichskanzler, seine mühevolle Stellung aufgeben will, da lese ich in den Blättern von links nicht bloß: er kann gehen, nein, er muß gehen, und wenn der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin in einem Wahlbezirk durchfällt, dann thut man, als ob ganz Berlin einfallen sollte.

(Große Heiterkeit. Ruf: Sehr gut!)

Dann treten sie hin und bedauern das wie Ausschreitungen, es sagt wohl gar ein Stadtverordneter, daß so etwas nicht vorkommen darf: wir sind freie Männer! Ja, meine Herren, so frei wie Herr Zimmrecht.

(Heiterkeit.)

Ich komme nun zu der Interpellation und zu der Petition, die von vielen Seiten ungünstig aufgefaßt wird.

(Ruf: Haben Sie sie unterschrieben?)

Nein.

(Ruf: Ja wohl, hier steht es im Reichsboten.)

Ich werde es gleich sagen, meine Herren, lassen Sie mir Zeit, ich werde Ihnen Alles ganz genau sagen.

(Große Unruhe.)

Meine Herren! Hören Sie mich einen Augenblick an, es wird Ihnen Alles klar werden; ich werde gerade so rein wie in anderen Dingen aus Ihrer Prüfung hervorgehen.

Ich habe diese Petition nicht erlassen; sie ist ein Beweis, wie es in allen Kreisen gährt und brodelt. Ich bin allerdings mit zur Berathung hinzugezogen und da habe ich erklärt, für mich wäre es als Anfang genügend, wenn man

nur den einzigen vierten Punkt aufstellte, also sich nur eine Statistik erbäte, damit diese wichtige Sache aus dem Stadium der Volksinstinkte auf das Niveau staatsmännischer Behandlung gebracht werden kann und ich kann in der That hier nicht unterlassen, die Herren Minister zu bitten, daß bei der bevorstehenden Volkszählung, wenn es möglich wäre, eine Berufsstatistik in konfessioneller Beziehung aufgestellt würde. Wir würden dann das Material vor Augen haben, das zu einer förderlichen ruhigen Behandlung der Frage Stoff bietet.

Daß die Petition kam, war doch eigentlich eine Nothwendigkeit. Ich bin von jüdischer und christlicher Seite gefragt, was ich eigentlich mit dieser Bewegung wollte. Könnte man darauf nichts anderes antworten als das: ich will die Gemüther aufregen, ich will die Instinkte wach rufen, — meine Herren, das wäre ein großer Frevel. Es ist ja das Eine, was unserm Volke noth thut: man muß die deutschen Gemüther wieder auf die Schätze des deutschen Wesens, man muß die christlichen Herzen wieder auf die unveräußerliche Bedeutung des Christenthums hinweisen. Das kann man für gewisse Kreise nur in öffentlichen Versammlungen, wie die Dinge in Berlin liegen. Ich habe oft gefragt: giebt es einen andern Weg? Nein, — hat man mir gesagt —, nur für Dich hat es Schwierigkeiten. Ja, das ist wahr, meine Herren, es hat Schwierigkeiten; aber es ist doch ein Werk, das gethan werden muß, und ich habe es mit Freuden gethan. Mit Recht wird man dann fragen: Wohin soll die Bewegung führen? Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Petition in der That willkommen geheißen als einen Anhaltspunkt für die künftigen Verhandlungen. Ich möchte so sagen: diese Petition ist wie ein Wehr, das hinein gebaut ist in den Fluß, man weiß ja, dann stürzen sich die Wasser über das Wehr hinüber, aber das Wehr hält doch die Wasser auf. So meine ich, ist uns auch diese Petition trotz aller damit verbundenen Unruhe für unsere Debatte ein Haltepunkt. Richtig verstanden ist sie nicht, ich glaube auch, daß der Herr Abgeordnete Hänel sie ungünstig aufgefaßt hat. Ihr Inhalt geht wirklich nicht darauf aus, wie es in dem Anschreiben auch gesagt ist, unseren jüdischen Mitbürgern die staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken. Der erste Punkt kann gewiß so nicht verstanden werden, und ich erinnere daran, damit Sie das besonnene und maßvolle Auftreten in dieser Petition beurtheilen, daß darin von einer Masseneinwanderung gar nicht geredet ist.

Ich will noch Aufschluß geben über eine Sache. Meine

Herren, ich bin zu der Berathung der Petition zugezogen, habe sie aber beim erstmaligen definitiven Aussenden nicht unterzeichnet, ich habe sie nachträglich unterzeichnet.

(Große Heiterkeit links.)

(Abgeordneter Richter: Erst sagten Sie das Gegentheil!)

Ich habe ja gesagt, ich würde darüber die volle Auskunft geben; glauben Sie doch, wenn ich sage, ein Nein, ich brauche mich ja nicht zu schämen oder zu fürchten.

Also, meine Herren, in Bezug auf den ersten Punkt hat der Herr Abgeordnete Dr. Hänel selber nicht behauptet, daß damit irgend etwas den staatsbürgerlichen Rechten abgebrochen wird.

Beim zweiten Punkt, meine Herren, hat er das in der That behauptet; mich wundert, daß ihm der Wortlaut der Petition entgangen ist. Es steht da gar nicht, daß die Juden von obrigkeitlichen Aemtern zurückgehalten werden sollen, ausgeschlossen werden sollen, sondern von autoritativen Stellungen; das ist ein Unterschied. Die obrigkeitlichen Aemter sollen durch die autoritativen Stellungen erklärt werden. Es sind damit Stellungen gemeint, bei denen der Inhaber zugleich der persönliche Träger der ganzen obrigkeitlichen Gewalt ist, und ich glaube, da wird man mir zugeben, daß es in der That ein wünschenswerther Punkt ist, daß bei solchen Stellungen jemand, der mit dem Gesammtleben der Nation in Harmonie steht, grade an dieser Stelle sich befindet.

(Zurufe links. Rufe rechts: Ruhe!)

Von allen obrigkeitlichen autoritativen Stellungen, nicht Aemtern steht da.

Vizepräsident **v. Benda:** Ich bitte aber, diese ewigen Unterbrechungen zu unterlassen.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, es ist doch klar, daß, wenn wir auch den israelitischen Mitbürgern die ganze Fülle der staatsbürgerlichen Rechte anvertrauen, daß wir sie ihnen nur in dem Maße geben können, als sie sich mit dem Charakter unserer Institutionen verträgt. Wir können doch nicht um dieses Achtzigstels unseres Volkes willen unsere Institutionen verändern oder Dinge schaffen, welche unserem Volkswohl sich vielleicht nicht förderlich erweisen. Auch in Bezug auf die Stellung als Einzelrichter sind mir Fälle bekannt, daß ein Einzelrichter ein Jude war, zwei Schöffen, die ihm zur Seite gestanden, gleichfalls Juden, so daß die Justiz von einem Kollegium von nur jüdischen Mitbürgern geübt wurde. Meine Herren, Sie werden mir zugeben, daß das kein wünschenswerther Zustand ist.

(Heiterkeit.)

Es kommt doch hier nur davon, daß Christen vor einem jüdischen Richter nicht schwören wollen, und der Eid ist etwas großes. Wenn jemand das in seinem Gewissen nicht kann, was wollen Sie dann thun? es hat immer Schwierigkeiten, wenn solche Dinge einem entgegentreten. Das Richteramt, zumal das des Einzelrichters, ruht ja doch auf dem Vertrauen des Volkes. Nun, meine Herren, wenn wir sehen, mit welcher Macht und Zahl die israelitischen Mitbürger in die Justiz eindringen, wenn wir erfahren, daß von 150 Referendarien am Amtsgericht I in Berlin 43 Israeliten sind,

(hört! hört! rechts)

dann muß uns doch in der That ein Bedenken kommen, und wir werden sagen können: es ist das eine beachtenswerthe Erscheinung für uns und für das ganze Land.

Wie wenig daran gedacht ist, jüdische Mitbürger in ihrem Rechte zu beschränken, können Sie daraus ersehen, daß, wenn die Israeliten nicht Einzelrichter, sondern Kollegialrichter werden, es ihnen denn desto besser geht. Israeliten sind vielfach beim Militär als Aerzte beschäftigt, als Professoren an den Universitäten; — dagegen ist in dieser Petition nichts gesagt. Es ist nur das gefordert, was gefordert werden mußte.

Der dritte Punkt, meine Herren, ist eine beständige konservative Forderung, daß in der Volksschule ein Israelit nicht Ordinarius sein kann, daß in den höheren Schulen das jüdische Element außer in Ausnahmefällen nicht angestellt werden soll, — eine alte konservative Forderung, von der wir im Interesse des Volkswohles nicht abgehen können. Und wenn, meine Herren, sich das jüdische Element allzusehr in unsere christliche Schulverwaltung mischt, wenn, wie ich z. B. in den letzten Tagen gesehen habe, mit dem Referat über die ungetauften Schulkinder in Berlin der jüdische Herr Horwitz betraut ist —

(hört! hört! rechts)

(Zurufe links: Ist gar kein Jude! Heiterkeit)

Er ist kein Jude, dann freut es mich sehr;

(Heiterkeit)

meine Herren, es hat unwidersprochen in allen Zeitungen gestanden. — Nun, ich will Ihnen einen andern Fall vorführen. In Westfalen hat ein jüdischer Simultanschullehrer neben seinem Amte im vorigen Jahre noch die Arbeit betrieben, Heirathen zu stiften, und man fand dies in der Schulbehörde nicht ganz passend. Darauf hat er geantwortet, nach jüdischen Begriffen sei das nicht unpassend.

(Heiterkeit.)

Er hat in einigen Fällen [illegible] [illegible], in anderen Fällen hat er andere Sachen behauptet, und es ist ihm nachträglich gezeigt, daß [illegible] nicht [illegible] [illegible]; aber, meine Herren, es zeigt das doch, wie sehr die Anschauungen in diesen Dingen verschieden sind.

Von dem vierten Punkte, der amtlichen [illegible], habe ich bereits gesprochen, ich kann diesen Punkt jetzt lassen.

Es ist nun in der Interpellation gesagt, daß in dieser Sache Ausschreitungen vorgekommen wären. Meine Herren, ich leugne das nicht. Diese Szene in dem [illegible] und manche andere Szenen sind mir persönlich außerordentlich unangenehm, aber ich muß doch sagen, daß es auch eine Ausschreitung ist, wenn man in diesem Falle in einer so großen Behörde, wie die Stadtverordnetenversammlung [illegible] [illegible] ist, vor irgend einer geschehenen Untersuchung [illegible] [illegible] über Menschen herzieht und nachher vor anderen [illegible] steht. Ich kann nur sagen, meine Herren, der Stadtverordnete Hermes hat das nicht zum ersten Male gethan, er hat in einem ähnlichen Falle, als der Oberlehrer Rudolf —

(Zurufe links: es ist der [illegible].)

(Unruhe rechts)

als der Stadtverordnete Hermes in einem ähnlichen Falle mit dem Oberlehrer Rudolf es gerade ebenso machte, hat [illegible] dieser Herr in einer Broschüre nachgewiesen, daß [illegible] unwahre Behauptungen zu Grunde lagen, und Herr Hermes hat dann in der Versammlung erklärt, da die Sache nur [illegible] lich besprochen sei, verzichte er auf [illegible] Untersuchung.

(Hört! hört!)

Ja, meine Herren, das ist nicht die [illegible], wie man eine so bedeutende und wichtige Sache öffentlich [illegible]. [illegible] ist von einer Beunruhigung in der Interpellation die Rede; ich leugne auch die nicht; nur liegt sie für mich in einer anderen Richtung. Es liegt in der jüdischen [illegible] nicht bloß in der Zeitungsliteratur [illegible] [illegible] gung für den, welcher sie [illegible]. Ich glaube, daß [illegible] häßlichen Züge, welche auch aus der jüdischen [illegible] [illegible] [illegible], begründet sind in einer [illegible], [illegible] [illegible] Tadel verdient. Ich will das hier [illegible]. [illegible] [illegible] [illegible] in der jüdischen [illegible].

[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

von einer bildenden Einwirkung des Christenthums, wenigstens während des Mittelalters, reden zu wollen.

Und Geiger, dieser gebildete Reformjude, schreibt:

Das Jüdische muß als eine ebenbürtige, ja als eine höhere Macht anerkannt werden, das offizielle Christenthum aller Orten, das katholische und das protestantische, ist mit geringen Ausnahmen bildungs- und freiheitsfeindlich.

Es hat der bekannte Schleiden ein Buch geschrieben: „die Romantik des Märtyrerthums"; darin sagt er:

Heraklius brach mit echt christlicher Nichtswürdigkeit sein Versprechen."

Muß man sich nicht fast schämen ein Christ zu heißen! Ich will nicht noch mehr anführen. Ich habe diese Aussprüche in öffentlichen Versammlungen nicht angeführt, um nicht zu reizen, hier kann ich es thun.

(Zwischenruf.)

Das ist ein jüdischer Schriftsteller, sogar ein sehr angesehener Schriftsteller.

(Zuruf: er ist ein Christ!)

Nein, seien Sie unbesorgt, es ist richtig. Von diesem Schleiden ist dann ein Aufsatz erschienen: „die Bedeutung der Juden im Mittelalter" ein Jahr nach dieser Broschüre, der ist vom Ausschuß des deutsch-israelitischen Gemeindebundes herausgegeben, also gleichsam ein offizielles Buch, genau von demselben Schriftsteller, von dem ich eben diese Citate angegeben habe. Es ist dann von einem Rabbiner Kohrt, der später unter die Journalisten ging, aus dem Jahre 1872 im Kulturkampfe eine furchtbare Broschüre erschienen, wo die drei Dichterheroen, wie er sagt, Göthe, Schiller, Lessing dazu benutzt werden, um alles, was von Ihnen jemals gegen die christliche Kirche gesagt ist, ans Licht zu stellen. Sie werden mir zugeben, das ist ein schlechtes Geschäft, unsere deutsche Literatur dazu zu durchsuchen; und ich frage nun, wo ist der Haß? Meine Herren, dieser Haß fließt, ich kann es nicht leugnen, aus einer unbeschreiblichen Selbstüberhebung, welcher wir in dieser selben Literatur überall begegnen,

(Beifall! rechts.)

nicht bloß in der reformjüdischen Presse, sondern auch in der orthodoxen. Es heißt in dem „orthodoxen Israeliten":

In seiner Gesammtheit der Fähigkeiten und Eigenschaften ist der Israelit vollkommen, und wie der Mensch im Mikrokosmus ist der Jude der Inbegriff der gesammten Menschheit. Daher geschieht jeder Fortschritt innerhalb der Menschheit für Israel, jede

Entdeckung, jede Entwickelung, sie alle vollziehen sich in erster Linie zum Besten unseres Volkes.

Als in Nürnberg die Synagoge eingeweiht wurde, rief der Rabbiner in Anwesenheit des christlichen Magistrats ihm entgegen:

„Der Jude in der Zerstreuung ist der Messias der Ewigkeit."

Meine Herren, das sind Aeußerungen, wie sie uns immer wieder begegnen, da sagt Dr. Duschak:

Der Israelit ist den wohlthäthigen Winden gleich, der die bösen Dünste und Miasmen verscheucht; wie keine reine Atmosphäre ohne Winde möglich, so könnte die Welt nicht ohne Israel bestehen.

Nascher, der bekannte Reformjude, schreibt:

Jedes Sandkorn des jüdischen Stammes hat sich zugleich als Saatkorn erwiesen für echte und rechte Liebe in allen Zeiten und Ländern, wo Israel zerstreut ward.

Israels Sendung und Begabung ist, ein Leuchtthurm zu sein auf dem Gedankenmeer der Menschheit.

Das hören und lesen die jungen akademischen Israeliten; und es steigen in ihnen Gedanken auf, wie diese, daß ein junger Student schrieb:

„Ganz Israel auf dem großen Erdenrund hat eine gleiche heilige Seele."

Wo in aller Welt hat man solche Abgeschmacktheit, solche Absurdität gehört?

Menschen, welche der Menschheit in höherem Sinne nützen können, aus den Thürangeln der Weltmission heben zu wollen und sie einem Lebensberuf zu opfern, der Gemüth und Geist verödet. Nein, solche Thorheit muß man den Juden nicht zutrauen. —

Es handelt sich darum, Handwerker oder Arbeiter zu werden — das ist doch zu stark! Es kommt dazu, meine Herren, daß man niemals den freundlichen Ausdruck der Anerkennung für die Bedeutung des Christenthums in der Literatur findet. Vergleichen Sie nun diese Literatur mit der Zeitungspresse, so werden Sie finden, daß beides miteinander in engster Beziehung steht. Wenn aber die Minorität im Volke so über das reden will, was der großen Majorität heilig ist, wohin soll das führen? Toleranz ist das auf keinen Fall.

(Beifall rechts.)

Es ist nun noch gesagt, daß es ein Unrecht sei, dem Judenthum nachzusagen, daß es eine besondere Nationalität sein solle.

Meine Herren, es ist das doch der Fall. Es giebt gewisse Richtungen im Judenthum, anknüpfend an das Wort von d'Israeli, der sagt: „die Race ist Alles", welche in der That geeignet sind, die verwegensten Hoffnungen in dieser Beziehung zu nähren. So hat ein Dr. Kaufmann geschrieben:

„Das Judenthum von heute ist im Erwachen und Erstarken seines nationalen Selbstbewußtseins begriffen. — Die messianische Zeit ist die Zeit, wo Israel den Willen haben wird, das nationale Banner aufzupflanzen. — Der Jude verlangt sein Recht als Angehöriger seines Stammes; er will als vollbürtiges Glied eintreten in die Gemeinschaft der Völker; das Blut der Propheten wallt auch in seinen Adern, die Stimme der Gottheit ruft ihn an; er weiß und bekennt und betont sogar, daß er anders ist, als die Uebrigen; ein Ende hat die Gleichmacherei."

Der Jude soll also auch mehr sein als die Andern; nicht Gleichberechtigung, sondern Mehrberechtigung wird hier gefordert.

Dann ist viel vom Patriotismus geredet. Nun, der Präsident Cremieux ist hier in Berlin in dem Synagogen gefeiert nach seinem Tode, der Mann, der jenes Edikt unterschrieb, welches unsere deutschen Mitbürger aus Frankreich damals austrieb.

(Hört! Hört! rechts.)

Erst als in der Oeffentlichkeit sich der Unwille dagegen zu regen begann, hat das Preisen und Rühmen des Mannes aufgehört.

So ist es nun nicht bloß in Deutschland, so ist es überall; auf der ganzen Erde herrscht derselbe hochmüthige, widerchristliche Geist. In Dänemark ist ein Dr. Brandes, der, so klug er ist, nichts lieber thut, als die christliche Kulturentwickelung in den Staub zu ziehen. Er sagt — — —

(Zuruf von links.)

Dr. Brandes ist ein Israelit.

(Ruf links: Brandes ist ein Atheist.)

Ja, das kann man ja doch sein, um so schlimmer für ihn.

(Unruhe.)

Der Mann sagt, als er auf das Mittelalter zu sprechen kommt:

Als das Mittelalter dem Kannibalismus ähnlich war, erstand die Gothik — in einer solchen gothischen

Kirche tappt man herum, wie in einem hohlen Marterwerkzeug, und wenn die Sonne durch die bunten Fenster scheint, das ist wie Blut und Eiter.

Meine Herren! So muß man nicht reden über die Pracht und Herrlichkeit unserer christlichen Kunstentwicklung. Ein Mann, der so schreibt, taugt nicht, weder zum Lehrer, noch zum Professor für eine christliche Jugend.

(Sehr gut! links.)

Ich komme, meine Herren, nach diesen Citaten, die ich wirklich um das Zehnfache vermehren könnte, auf die gegen die Petition gerichtete Erklärung, eine Erklärung, welche in ungeheurer Weise die Sache entstellt und übertreibt. Nach allem, meine Herren, was Sie gehört haben, muß ich billig fragen: Ist es nun „Wahn, Fanatismus, künstlich angefachter Haß, Treubruch," ist es „gegen die Ehre unserer Nation, daß es eine antijüdische Bewegung giebt? Ist das wirklich ein treues Zusammengehen mit unserer Nation, wenn die Presse, nicht bloß die Tagespresse, sondern auch die Literatur, uns nicht bloß so kalt, sondern so absolut gehässig entgegensteht?" Meine Herren, das ist nicht Freundlichkeit, nicht Harmonie, es ist das Gegentheil.

(Sehr richtig!)

Man beruft sich auf das ideale Erbe der Fürsten, auf das Vermächtniß Lessings. Meine Herren! Führen Sie doch nicht immer ein literarisches Ereigniß, welches mehr als hundert Jahre alt ist, für politische Fragen der Gegenwart an. Und außerdem, der Nathan der Weise Lessings war kein Jude, und die Christen darin sind keine Christen und der Muhamedaner ist auch kein Muhamedaner,

(Lebhafte Zustimmung rechts)

sondern, meine Herren, der Jude im Nathan ist ein Christ.

(Widerspruch links)

Ja gewiß, meine Herren, innerlich. Ich bedaure, daß diese Erklärung von einigen Gelehrten unterschrieben ist, welche mit dieser Erkärung ihre ganze wissenschaftliche Vergangenheit desavouiren.

(Widerspruch und Lachen links.)

Der Professor Mommsen nennt das israelitische Volk „ein Element der nationalen Dekomposition", das heißt Zersetzung; er kann nicht sagen, daß dies selbe Element mit einem Male bei uns ein treues Zusammengehen mit dem deutschen Stamm herstellen kann. Es ist ganz unmöglich.

Es ist dann zuletzt in dieser Erklärung noch gesagt: gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampf. Dabei muß ich einen Augenblick verweilen. Ich glaube, daß diese Er-

klärung darin sich durchaus versündigt, daß sie nicht gleiche Sonne giebt, sondern ein ganz verschiedenes Licht, auf der einen Seite nur Gunst und Freundschaft, auf der anderen Seite nur Verkennung und Entstellung. Was wir Christen, zumal in Berlin, fordern, was unsere Handwerker fordern, ist eben nur gleiches Licht im Wettkampf für Alle.

Der Herr Abgeordnete Richter hat mit einer Leidenschaftlichkeit, welche ich nicht verstehe, darauf hingewiesen, daß die Theilnehmer an den Gründungen von 1873 und 74 auf dieser Seite des Hauses säßen. Meine Herren, er hat von Neuem diesen Mythus von jenem Cato Censorinus, der mit dem Knüppel die Sozialdemokratie bearbeiten will, hervorgebracht. Ich muß sagen, mich indignirt das; ich glaube, daß diese Debatte heute eine Abrechnung für die Unwahrheit ist, welche damals geübt ist. Wenn Sie unter dieser Erklärung mehr als den vierten Theil von Männern lesen, welche in jenen Jahren ein, zwei, drei, fünf, ein Dutzend Mal theilgenommen haben an jenem Hexentanz ums goldene Kalb,

(Oho! links.)

dann können Sie nicht sagen, daß die Schuld allein auf Seiten der konservativen Partei sei.

(Rufe links: Namen nennen!)

Die Namen werden in der Presse genannt werden.

(Rufe links: Nein hier!)

Ich werde mich hüten. Ich kann sie Ihnen aber nennen, darauf können Sie sich verlassen.

(Unruhe. — Zurufe.)

Präsident: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Nur Einer hat das Wort.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter **Stöcker:** Ich komme zum Schluß meiner Rede.

Das, was ich im Namen des deutschen Volkes, im Namen des Handwerkers, des Bauern, die so oft sich an uns wenden in ihrer bitteren Noth, fordere, ist wirklich nur gleiches Licht im Wettkampf. Meine Herren, das können wir uns nicht verhehlen: das Judenthum als Finanz-, Handels- und Industriemacht hat bei uns sozial eine tiefgreifende und, ich glaube, nicht heilsame Bedeutung; indem es den Grundsatz einer weitgetriebenen Konkurrenz im Großen und im Einzelnen anwendet, führt es dahin, daß in Deutschland die Löhne so niedrig werden und bleiben, wie sie sind. Der Herr Abgeordnete Richter wird das wissen; es ist ein Argument, welches in seiner Partei sehr oft gebraucht wird

(Zuruf links: Dreiste Unwahrheit!)

und findet sich auch in der „Concordia", in einer Zeitschrift, an welcher ja Dr. Max Hirsch betheiligt ist.

Zweitens ist durch die übertriebene Börsenspekulation unser Geschäftsleben sehr oft in Gefahr, von einer Krisis in die andere zu stürzen und tausende von Arbeitern, wie wir es hier in Berlin zu unserem Schrecken gesehen haben, brodlos zu machen und an den Abgrund ihrer Existenz zu stellen.

Meine Herren, die soziale Frage als Arbeiterfrage ist eine Lohnfrage, eine Existenzfrage im allerinnersten Sinne, und Gegensätze, welche diese Frage verschärfen, sind uns nicht heilsam. Ich kann, meine Herren, dies in Uebereinstimmung mit dem größten Theile meiner Freunde erklären, daß wir in dem Druck, welchen das Judenthum auf Grundbesitz, Handel und Gewerbe ausübt, einen der Gründe zur Verschärfung der sozialen Frage sehen.

(Bravo! rechts. Sehr richtig!)

Wir sind geneigt, in diesen, wie auch in den geistigen Dingen der Minorität das Privilegium zuzugestehen, welches eine Minorität immer hat, das Privilegium der liebreichsten und freundlichsten Behandlung; aber wir können ihr nicht das Privilegium zugestehen, daß sie gegen die große Mehrheit unseres Volkes in gewerblichen und in geistigen Dingen so auftritt, wie sie es thut. Meine Herren, wer Wind säet, erntet Sturm, und wenn der Sturm kommen sollte, so ist es nicht die kleine Minorität, welche ihn aushalten muß, sondern die große Masse unserer Nation. In dieser großen Masse gilt es, gesunde sittliche, religiöse, wirthschaftliche Anschauungen zu wecken, und das ist es, was unsere Aufgabe ist, und was wir auch auf unserer Seite mit allem Fleiße thun und treiben wollen, damit unser Volk lebendig bleibe.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, neulich ist hier in einem benachbarten Kreise die Leiche eines Gestorbenen gefunden. Sie wurde untersucht und dabei war ein jüdischer Kreisphysikus, ein jüdischer Wundarzt, ein jüdischer Amtsrichter und ein jüdischer Referendar, — nur die Leiche war deutsch.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, wir wünschen nicht, daß dieses das Schicksal von Berlin, das Schicksal der großen Städte werde; wir wollen unser Volk lebendig halten durch die wirklichen Lebenskräfte; und seien Sie überzeugt, bei diesem Versuche wird unser Volk hinter uns stehen.

(Bravo! rechts. Zischen links.)

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Langerhans hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Dr. **Langerhans:** Ich ersuche den Herrn Präsidenten, den Theil des stenographischen Berichtes recht bald feststellen zu lassen, in dem der Herr Vorredner ganz bestimmt absolut geleugnet hat, die bewußte Petition unterschrieben zu haben.

(Rufe rechts: Nicht wahr! — Unruhe.)

Präsident: Herr Abgeordneter Langerhans, der stenographische Bericht wird auf dem vorgeschriebenen Wege festgestellt und veröffentlicht werden.

(Sehr gut! rechts.)

Das Wort hat der Abgeordnete Loewe (Berlin.)

(Der Abgeordnete Loewe (Berlin) beginnt vom Platze zu sprechen.)

(Große Unruhe — Ruf: Tribüne!)

Meine Herren, ich bitte um Ruhe, der Redner hat das Recht, vom Platze zu sprechen.

Abgeordneter **Loewe** (Berlin). (Vom Platz.) Meine Herren auf die Tribüne gehe ich bekanntlich nicht. Sie hören mich von hier vollständig gut, wenn Sie ruhig sein wollen, und ich glaube, der Gegenstand ist dazu angethan, daß ein Jeder, der ein Interesse hat, wirklich friedlich und ehrlich die Angelegenheit zu behandeln, auch uns hört, die wir angegriffen werden, in Anbetracht der Mittel, mit denen die Angreifer arbeiten. Meine Herren ich bin ja in einer etwas schweren Position gegenüber dem Herrn Vorredner. Ich habe nicht die Absicht gehabt, und ich glaube, viele von Ihnen werden es mir nachfühlen, warum ich die Absicht nicht gehabt habe, in diese Debatte einzugreifen, und ich schicke gleich vorweg, daß der Verlauf der Debatte am Sonnabend, namentlich auch die Einleitung der Debatte durch die Erklärung der Königlichen Staatsregierung, allerdings derartig gewesen ist, daß Niemand von uns nöthig zu haben glaubte, in die Debatte noch eingreifen zu müssen. Der Verlauf der Debatte war so, daß vom ganzen Hause, ohne Ausschluß irgend einer Partei, anerkannt worden ist, daß, wenn die Petition, die wir in unserer Interpellation angezogen haben, dahin geht — und das ist erwiesen — die staatsbürgerlichen Rechte der Juden anzutasten, daß sie dann gerade an dem Tische der Minister das stärkste Bollwerk finden wird gegen eine solche Brandung, daß die Staatsregierung sich verfassungsmäßig verpflichtet hält, eine derartige gegen die Grundlage unserer Verfassung wühlende Bewegung zurückzuweisen.

Nun hat der Herr [illegible] [illegible] [illegible] allerdings jeden unbefangenen [illegible] [illegible] [illegible] das Wort zu ergreifen und wenn [illegible] [illegible] [illegible] Dr. Langerhans mir auch die betreffende [illegible] [illegible] genommen hat, so muß ich doch nochmals auf [illegible] [illegible] schiedenste auf Grund der Ableugnung, die der Herr [illegible] ordnete Stöcker selbst seinem eigenen ersten [illegible] [illegible] gesetzt hat, Protest dagegen einlegen, daß [illegible] [illegible] Ausführungen die Sympathie und den [illegible] [illegible] ihnen von der rechten Seite aus zu Theil geworden [illegible] alles das wahr wäre, was der Abgeordnete [illegible] [illegible] sprochen hat —

(oho! rechts)

ja wohl, ich werde Ihnen das beweisen, daß es nicht [illegible] dann würden Sie ja berechtigt sein, auf seine Seite [illegible] und ihn mit Ihrem Schild zu decken. Meine Herren, [illegible] mich aber in diesen Beziehungen den Ausführungen [illegible] Freundes Träger anschließen. Es ist außerordentlich [illegible] von dieser Bewegung gewesen, sich gerade hinter [illegible] zu stellen! Ich kann mir lebhaft denken, daß [illegible] das andere Gefühl, was in Ihrem bürgerlichen [illegible] verletzt worden ist, Sie instinktiv dazu geführt [illegible] einer solchen Bewegung, wenn auch mit Vorbehalt [illegible] schließen. Diese Gemüthsseite ist nun im Lande [illegible] ausgenutzt worden, und heute auf der Tribüne [illegible] Versuch gemacht worden. Deshalb halte ich [illegible] Dingen für erforderlich, daß Sie sich selbst klar [illegible] das, was Ihnen berichtet wird und [illegible] [illegible] das Gemüth einzuwirken, vielleicht gegen Ihre [illegible] legung etwas zu thun, wozu Sie von Ihrem [illegible] Standpunkt aus die Hand nicht bieten würden,

(Widerspruch rechts)

— ob es so nachgewiesen ist, wie es Ihnen [illegible] Deshalb leite ich meine Bemerkungen [illegible] kurzen Blumenlese derjenigen Unrichtigkeiten [illegible] heiten ein, die zur Basis dieser Ausführungen [illegible] sind, die den Zweck haben sollen, Sie auf [illegible] hinüberzuziehen. Zuerst also der [illegible] worden ist und der [illegible] [illegible] graphischen Bericht so [illegible] [illegible] nicht mehr [illegible] [illegible] der [illegible]

[illegible]

[illegible]

Ihnen mich einer Mißdeutung dieses Berichts schuldig finden wird, wenn er ihn aufmerksam gelesen hat — zuvörderst auf Zwischenrufe von hier aus entschieden „nein" gesagt, daß er die Unterschrift gegeben habe; als ich dann von meinem Platze aus sein eigenes Organ mit seiner Unterschrift vorgezeigt habe, hat er sie anerkennen müssen.

(Widerspruch rechts.)

Das zweite Argument des Herrn Abgeordneten Stöcker geht dahin, daß in unseren Kommunen Mißbrauch getrieben würde durch den Einfluß, den die Juden auf gewisse Zweige der Schulverwaltung ausüben. Der Herr Abgeordnete hat dabei exemplifizirt auf dem Stadtverordneten Dr. Horwitz. Meine Herren, es ist aber in diesem Hause bekannt — und wer eine Anklage oder einen Angriff formulirt, hat die Pflicht und die Schuldigkeit, sich über die Wahrheit seiner Argumente vorher zu versichern — daß der Abgeordnete Horwitz bis zur vorigen Session Mitglied dieses Hauses gewesen ist und also in unserem parlamentarischen Handbuch der vorigen Legislaturperiode mit Angabe seines Glaubensbekenntnisses zu finden ist. Wenn nun der Abgeordnete Stöcker den Muth gehabt hat, hiermit einen Pfeil gegen uns abzuschießen, war es seine Pflicht und Schuldigkeit zu untersuchen, ob der Pfeil nicht auch vergiftet war, wie viele andere seiner Pfeile. Bei Nachlesung des Almanachs wird Herr Stöcker gesehen haben, daß der Abgeordnete Horwitz aber seinem Bekenntniß nach nicht Jude ist, sondern Christ, dann hat der Herr Abgeordnete Stöcker, um seine Position stärker zu machen, behauptet, daß ein Angriff gegen das Christenthum, den er verlesen hat, von einem Juden geschrieben sei und hat als Verfasser Dr. Schleiden genannt. Ich konstatire, daß Dr. Schleiden niemals Jude gewesen,

(hört! hört! links)

sondern als Christ geboren ist, wie mir von kompetenter Seite soeben bestätigt wird. Der Abgeordnete Stöcker hat es ferner für nothwendig gehalten zu behaupten, daß derjenige Hermes, der in der Stadtverordnetenversammlung seine Mißbilligung ausgesprochen hat über gewisse Vorkommnisse der Abgeordnete Hermes ist. Meine Herren, dem Abgeordneten Stöcker ist aber bekannt, daß der Herr Hermes, der dort gesprochen hat, nicht unser Kollege, der Abgeordnete, ist.

Präsident: Herr Abgeordneter Loewe, der Abgeordnete Stöcker hat nachträglich das selbst berichtigt und hat gesagt, er habe sich versprochen, er hat gesagt, es sei nicht der Abgeordnete, sondern der Stadtverordnete Hermes.

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Ich gebe zu, daß der

Abgeordnete Stöcker in Bezug auf dieses letzte Mißverständniß genau so sich nachträglich korrigirt hat, wie er es gethan hat mit Bezug auf sein ursprüngliches Nein und sein späteres Ja bei der Unterschrift, das heißt, auf unsern Widerspruch hin.

Der Herr Abgeordnete Stöcker hat ferner behauptet, daß der dänische Abgeordnete Brandes ein Jude sei. In allen Zeitungen, die den Fall, den der Abgeordnete Stöcker auf die Tribüne gezogen hat, besprochen haben, stand zugleich ausdrücklich, daß der Abgeordnete Brandes ein Atheist sei und kein Jude.

Dann hat der Herr Abgeordnete Stöcker, um seine Kampfmittel zu vermehren, auf ein Organ hingewiesen, das auch nach seiner Meinung in judenfreundlicher und fortschrittlicher Weise agitire. Er hat behauptet, daß dies ein Organ sei, für das wir die Verantwortlichkeit übernehmen müßten, weil Dr. Max Hirsch den von ihm verketzerten Artikel geschrieben hat. Ich konstatire, daß dieses Organ zu demjenigen Verein gehört, der unter der Führung und Patronage des Generalfeldmarschalls v. Moltke arbeitet.

(Hört! links.)

Meine Herren, wer mit solchen Kampfmitteln wirkt, kann der verlangen, kann der erwarten, daß man in der Oeffentlichkeit seinen Worten Vertrauen schenkt? Meine Herren, und nun sage ich: handelt es sich denn mit der Veränderung der Kampfmittel bloß um diese verhältnißmäßig untergeordneten Dinge, wie ich eben konstatirt habe, oder geht das durch die ganze Bewegung hindurch? Der Abgeordnete Stöcker, der Träger dieser perversen Bewegung, hat allerdings gesagt, daß das, was er in den Versammlungen ausgesprochen habe, weit verschieden sei von demjenigen, was die sogenannte Judenpresse über diese Versammlungen bringe. Aber abgesehen hiervon hat Herr Stöcker auch unbestritten eigene Erklärungen abgegeben und aus diesen Erklärungen ist nachzuweisen, daß sie nach Ort und Publikum geändert werden; so geht es aus den eigenen Reden und Niederschriften des Herrn Stöcker hervor. In einer Pastoralkonferenz um die Zeit des 25. Mai 1880 haben sich verschiedene der Amtsbrüder und Gesinnungsgenossen des Herrn Hofprediger Stöcker auch über die Judenfrage ganz entgegengesetzt geäußert; der eine will sie als Racenfrage, der andere als Relegionsfrage angesehen wissen. Herr Stöcker selbst charakterisirt dort die Judenfrage weder als eine Racenfrage, noch als eine nationale oder soziale, sondern als eine religiöse Frage und betont, daß diese Frage nicht als Racen-

frage zu lösen sei, weil sie in diesem Falle nur mit Todtschlag und nicht anders enden könne. Nachdem also Herr Hofprediger Stöcker das konstatirt hat, —

(Rufe: Abgeordneter!)

in der dortigen Versammlung hat er nicht als Abgeordneter gesprochen — was er als Abgeordneter spricht, das haben Sie heute gehört und das steht im Widerspruch mit dem, was er in Volksversammlungen spricht — nachdem er also in jener Versammlung, die ich citirt habe, gesagt hat, daß die Judenfrage keine Racenfrage sei, daß, wenn sie eine Racenfrage wäre, sie nur durch Todtschlag beendet und ausgetragen werden könne, sagt Herr Hofprediger Stöcker in der Broschüre „das moderne Judenthum" in seinem zweiten Vortrag auf Seite 38: „auf diesem Boden des Kampfes steht Race gegen Race."

(Hört! Hört! links.)

Ja, meine Herren, kann man entschiedener ausdrücken, natürlich nicht in einer logischen Folgerung, nicht so, daß der Staatsanwalt gezwungen ist, einzuschreiten, ich sage: kann man klarer feststellen, daß man aufgefordert hat zu Mord und Todtschlag?

(Lachen rechts.)

Meine Herren, Sie lachen: ich kann Sie nur im Sinne meines Freundes Richter davor warnen: spielen Sie nicht mit dem Feuer! Heute sind es die Juden, wie es vor einer geraumen Zeit auch einmal Leute waren, die nicht unter unser spezielles religiöses Bekenntniß subsumirt werden können, sondern denen man an den Leib ging, weil sie sonst besitzende Klassen waren und nicht bloß Juden. Heute sind es unzweifelhaft bloß deshalb die Juden, weil Sie nicht die Juden treffen wollen, sondern weil Sie vorspielen wollen auf den Vernichtungskampf, den Sie führen möchten gegen die ganze liberale Partei und zwar deshalb gegen diese Partei, weil sie bisher in diesem Kampfe allein den Muth gehabt hat, gegenüber schändlichen Einflüssen und Strömungen das allgemeine Menschenthum und die deutsche Nationalität unserer Glaubensgenossen hoch zu halten.

Meine Herren, Sie werfen fortwährend den Juden vor, daß Sie noch nicht auf Ihrer Höhe ständen. Ja, meine Herren, warum wollen Sie denn vergessen, die Sie doch Zeit genug haben, sich mit dem Studium der Geschichte zu befassen, wie sich das Leben der Bekenner des jüdischen Glaubens unter Ihren Vorfahren entwickelt hat?

Meine Herren, vergessen Sie doch nicht, daß, wenn manchen Juden noch gewisse Fehler anhaften, die uns und Ihnen keine Sympathien einflößen — vergessen Sie nicht,

wie die Juden in vergangenen Jahrhunderten und bis in unser Jahrhundert hinein behandelt worden sind! Noch im vorigen Jahrhundert ist es den Juden ausdrücklich verboten gewesen, Grundbesitz zu erwerben, sie konnten keinen Ackerbau treiben; es ist ihnen verboten gewesen, irgend ein Handwerk zu betreiben, weil die Zünfte dies für unverträglich hielten; es ist ihnen verboten gewesen, Handel nach Maß und Gewicht zu treiben, nur gewisse Zweige des Handels waren es, die von ihnen betrieben werden durften. Die Juden waren gezwungen, wie einer Ihrer Vorkämpfer sagt, mit alten Kleidern zu handeln — und nun, meine Herren, jetzt tadeln Sie das, jetzt wollen Sie sie niedertreten, weil sie noch mit alten Kleidern handeln? Ist das die Konsequenz unseres Jahrhunderts?

Erst im Beginn unseres Jahrhunderts hat eine erleuchtete Regierung, als es noch keine Volksvertretung gab, sich gesagt, daß zur Regenerirung unseres Staates und Volkes es nothwendig sei, diese wahnsinnigen Phrasen von Racen- und Klassenunterschied aus der Welt zu schaffen. Unsere Regierung hat damals dahin gewirkt, diese wahre Kulturmission durchzuführen. Aber wie erschwert ist dies worden durch derartige Kräfte, wie sie heute von Herrn Stöcker wachgerufen werden!

Ferner werfen Sie den Juden jetzt vor, daß sie aus der Vergangenheit gewisse Reichthümer herüber gebracht haben. Ja, meine Herren, bis vor noch ganz kurzer Zeit in unserm Jahrhundert war es den Juden absolut unmöglich, Aufnahme als Bürger zu finden anders, als im Besitz eines gewissen Kapitals; es wurde kein Jude in das Land gelassen, es wurde ihm nicht die Verheirathung gestattet, wenn er nicht nachwies, daß er im Besitze gewisser Kapitalien sei. Das ging sogar so weit, daß, wenn ein Jude sich verheirathen wollte, er außer dem Nachweise eines bestimmten Vermögens auch noch auf seine Kosten eine gewisse Menge von Porzellan ins Ausland exportiren lassen mußte. Jetzt, seitdem endlich den Juden volle bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung zugestanden ist, nicht bloß theoretisch auf dem Papier, sondern auch thatsächlich durchgeführt — jetzt können die besseren Kräfte im Judenthum dahin wirken, daß die Assimilirung allmählig vor sich geht, wenn wir auch deshalb nicht aus den Herzen unserer jüdischen Mitbürger, eben so wenig wie Sie Ihren Glaubensgenossen gegenüber, den Glauben ihrer Väter herausreißen wollen; nein, meine Herren, wir wollen auch in diesem Punkte dasselbe Recht, das Sie für sich in Anspruch nehmen, auch bei uns gelten lassen. Aber

wir wollen, daß eine wirkliche Verschmelzung und ein vollständiges Ineinanderleben vor sich gehen soll. Das ist indeß eine große und schwere Arbeit, der sich nicht verhältnißmäßig weite Kreise unterziehen können. Und was thun Sie in dem Augenblick, wo Sie sehen, daß es uns damit Ernst wird, und daß wir Erfolg haben in unserer Mission? In diesem Augenblick lassen Sie fanatische, andersgläubige Elemente gegen uns los in jenen Versammlungen des Herrn Hofpredigers Stöcker, durch die, wie er sagte, er seiner Mission genügen wird. Denn was er in Bezug auf die Friedlichkeit seiner Versammlungen schilderte, steht gerade so im Verhältniß zur Wahrheit, wie seine anderen heute gekennzeichneten Behauptungen.

(Oho! rechts.)

Ja wohl, meine Herren, warum werden denn die Stöcker'schen Versammlungen nach den Brandreden, die in ihr gehalten sind, nicht geschlossen? Weil Herr Stöcker sie sofort selbst schließt! Meine Herren, ist es denn nun eine Kunst, auch einen Juden zu finden, der in einer solchen Versammlung sich dem großmächtigen Hofprediger Stöcker zur Disposition stellt, um ihm ein Attest auszustellen, daß es sehr schön zugegangen ist?

Meine Herren! Es sind nun in der Debatte zum Theil in nicht bösgemeinter, aber in mißverstandener Weise einzelne Momente angeführt worden, die ich richtig zu stellen jetzt die Gelegenheit benutze.

Herr v. Heydebrand, der sich, wie ich anerkenne, von seinem Standpunkt so gemäßigt gehalten hat, daß seine Nachfolger von heute sich an ihm ein Beispiel hätten nehmen können, hat den Juden vorgeworfen, daß unter ihnen eine Organisation bestehe, die alliance israélite, die nach seiner Vorstellung die Aufgabe haben müßte, unter den Juden der ganzen Welt eine Verschwörung zu bilden. Nichts liegt dieser alliance israélite ferner, als derartige Gedanken, sie ist gebildet nach dem Vorbilde der evangelischen Alliance, sie hat gar keinen anderen Zweck, als unsere Glaubensgenossen im Orient, die noch im tiefsten Schmutz leben, die noch so von der Kultur unangefaßt sind, wie viele Tausende Ihrer Glaubensgenossen, die dort leben, und für die Sie ebenfalls wirken, aus dem thierischen Leben in ein besseres, intelligenteres zu führen. Meine Herren, wie die Leistungen der Alliance sind, die nur zu diesem Zweck Geld annimmt und ausgiebt, können Sie daraus ersehen, daß der Generalkonsul des deutschen Reiches in Marokko ausdrücklich einem unserer Freunde gegenüber anerkannt hat, daß die Schulen, die die jüdische Alliance dort hält, so vorzüglich sind, daß

zum Beispiel in Tanger die Kinder unserer christlichen Mitbürger, der Beamten, die wir dorthin schicken, diese Schulen besuchen, weil sie besser sind als die sonst vorhandenen. Das ist die Mission, der sich die alliance israélite unterzieht, gerade so wie die evangelische Alliance, und gerade so wie auch unzweifelhaft die katholischen Mitbürger große Organisationen über die ganze Welt haben. Ja, meine Herren, und wenn nun die Juden also bestrebt sind, sich durch ihre eigene Kraft und in ruhig arbeitender Weise aus dem Sumpf, in den sie vielfach durch die Politik der vergangenen Jahrhunderte hineingestoßen sind, heraus zu ziehen, dann machen Sie ihnen den Vorwurf, daß sie sich zu überheben suchen?

Aber, meine Herren, wir sind klar darüber, es ist unseren Feinden in Wahrheit nicht darum zu thun, uns daraus einen Vorwurf zu machen, wenn wir nicht für unsere jüdischen Genossen sorgen, im Gegentheil, sie wünschen im innersten Herzen bloß, es bliebe das ganze jüdische Volk in dieser Versumpfung, daß sie sich von Rechts wegen ihm zum Richter aufwerfen könnten. Das können Sie aber nicht! Nun kommen die jüdischen Mitbürger, die in sich den Drang und die Kraft fühlen, ihrem Vaterlande und ihrem Volke nützlich zu sein, natürlicherweise dadurch auch mit in maßgebende Positionen hinein. Und das, meine Herren, ist der Grund, weshalb jetzt in den christlich-sozialen Versammlungen gehetzt wird gegen diese Männer, die sich durch ihre Thätigkeit im öffentlichen Leben einen Ruf erworben haben, deren Verdienste man abzuschwächen sucht, indem man Haß und Mißtrauen gegen sie säet. Und nicht genug mit den alten Vorwürfen. Der Herr Abgeordnete Stöcker hat heute ein ganz neues Stichwort erfunden. Bisher sprach man bloß von der jüdischen Presse, von der jüdischen Börse, heute kommt der Herr Abgeordnete Stöcker und spricht von der jüdischen Industrie. Nun, meine Herren, also auch diejenigen Juden, die ihre Aufgabe darin gefunden haben, in unsere vaterländische Industrie einzutreten, auf die also der Vorwurf des „Schacherns“ nicht paßt, die ehrlich bestrebt sind, mitarbeitend unsere vaterländische Industrie aufrecht erhalten zu helfen, auch diese werden in das Hephepgeschrei hineingezogen. Meine Herren, hiernach protestire ich dagegen, daß der Herr Abgeordnete Stöcker, wie er es gethan, im Namen der deutschen Nation irgend eine Forderung auszusprechen hat; die deutsche Nation steht auf einem höheren, idealern Standpunkte.

Nun, meine Herren, müßte man ja verzweifeln, wenn man denkt, daß Männer von der bürgerlichen Stellung des

Herrn Abgeordneten Stöcker in der Lage sind, in die Bewegung maßgebend eingreifen zu können, und, meine Herren, weil die Bewegung eine Zeit lang diesen Charakter der Verzweiflung annahm für Hunderttausende Ihrer Mitbürger, deshalb sind wir dahin gekommen, wir Fortschrittliche und Liberale, die Interpellation in das Haus einzubringen. Meine Herren, ich habe hier die Aeußerung gehört, es könnte uns bange sein um diese Interpellation, wir möchten sie lieber nicht eingebracht haben! Meine Herren, weit entfernt von alledem, was die Debatte auch Peinliches mit sich gebracht hat, uns ist diese Interpellation sehr erwünscht, denn sie hat zur Klärung der Verhältnisse sehr viel beigetragen: das deutsche Volk weiß jetzt, wo die Freunde und Feinde seiner Kultur stehen, diejenigen, die auf wahrhaft freisinnige Weise eine Fortentwickelung haben wollen, und diejenigen, die, wie hier ausgeführt worden ist, mit Mord und Todtschlag ihre Mission ausführen müssen.

In dieser ganzen Bewegung giebt es einen einzigen festen Punkt, den mußten die Liberalen suchen, und dieser Punkt ist die Haltung, welchen die Königliche Staatsregierung einnimmt. So lange die Organe der antijüdischen Bewegung durchschimmern ließen, daß sie nicht bloß auf eigene Verantwortung, sondern unter höherer Protektion arbeiteten, so lange die Regierung nicht in die Lage gebracht war, selbst zu erklären, daß ihm alle derartige Bestrebungen zuwider seien, so lange ging eine Beunruhigung durch unser Land. Seit dem vorgestrigen Tage ist die Sache geklärt. Von unseren Glaubensgenossen wird sich niemand mehr gezwungen halten, das Wort zu ergreifen, wir können das jetzt getrost unseren Freunden überlassen, die für die Verfassung eintreten; denn daß unsere Gegner den festen Wall der Verfassung nicht einrennen können, dafür ist unsere beste Gegegenwehr die feste, bestimmte Erklärung der Königlichen Staatsregierung; darauf bauen alle diejenigen, die da wollen, daß die gleiche Sicherheit für Alle gewährleistet ist — für die Juden, denn um die handelt es sich heute, über 4 Wochen handelt es sich wieder um ein anderes Opfer — für alle diejenigen Staatsbürger also, welche frei unter dem Schutz der Verfassung leben wollen. Von heute ab wird man aufs neue anerkennen müssen, daß Gleichberechtigung für alle Bürger dieses Staates existirt und daß durch Petitionen, wie sie der Herr Abgeordnete Stöcker mit in Scene gesetzt hat, keine rückläufige Bewegung zur Schande für unser Volk erreicht werden kann.

(Bravo! links.)

Präsident: Es ist der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Kalle und Neßler.

Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Auf der Rednerliste stehen noch gegen: die Abgeordneten v. Kröcher, Strosser, Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Dr. Lieber, Dr. Reichensperger (Köln) und Dr. Röckerath; für: die Abgeordneten Rickert, Neßler, v. Ludwig, Struve und Kieschke.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche den Schluß herbeiführen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Schlußantrag ist abgelehnt.

Das Wort hat der Abgeordneter v. Kröcher.

Abgeordneter **v. Kröcher:** Meine Herren! Nach den Debatten von vorgestern und heute, nach der meines Erachtens glänzenden Rede des Herrn Abgeordneten Stöcker, bei der großen Zahl der Redner, die Sie ja alle noch hören können, wenn Sie wollen, werde ich mich enthalten, auf die Judenfrage selbst einzugehen, und nur über die Interpellation sprechen. Ich denke sie in einer ganz kurzen Ausführung und zwar auch nur in dem Sinne zu beleuchten, für wen diese Interpellation opportun, für wen sie inopportun ist.

Ich bin dazu von dem Herrn Abgeordneten Richter veranlaßt, welcher davon sprach, daß es für das Centrum wohl besser gewesen wäre, wenn der Herr Abgeordnete Bachem nicht gesprochen hätte, und daß es für uns, die Gegner der Interpellation, inopportun sei, dieselbe überhaupt ausführlich zu behandeln. Nun, meine Herren, ich bin anderer Ansicht, ich bin der Meinung, daß die Partei, welche ein Interesse hat, diese Debatte abgebrochen zu sehen, welche ein Interesse daran gehabt hätte, die Interpellation nicht in's Haus kommen zu sehen, die Fortschrittspartei ist.

Meine Herren, was sind denn eigentlich für schreckliche Dinge passirt, die die merkwürdige Erscheinung ins Leben gerufen haben, daß die Fortschrittspartei als Hüter der Gesetze der Königlichen Staatsregierung und der konservativen Partei gegenüber auftreten zu müssen geglaubt hat? Also der Herr Hofprediger Stöcker hat einige Volksversammlungen abgehalten, in denen er in der maßvollsten und ruhigsten Weise die Judenfrage behandelt hat. Diese Volksversammlungen von etwas mehr Leuten besucht gewesen, wie Ihnen lieb

gewesen zu sein scheint. Meine Herren, fehlt es Ihnen denn ganz an Kräften, um auch Volksversammlungen abzuhalten? Halten Sie doch auch welche ab, melden Sie sich den Gesetzen gemäß an, wie es Herr Stöcker gethan hat und es wird Ihnen nichts in den Weg gelegt werden. Sie werden ja dann die urtheilsfähigen Männer um sich versammeln, und können getrost uns Dunkelmännern, der „im Dunkel schleichenden Bewegung", den Haufen, wie in der Erklärung der Herr Dr. Albrecht und Genossen so geschmackvoll, oder „den Mob", wie Herr Abgeordneter Richter noch schöner sagte, überlassen.

Nun, meine Herren, sind auch einzelne Ausschreitungen vorgekommen, unter andern die bekannte Pferdebahnangelegenheit. Na, so etwas kommt ja alle Tage in Berlin vor, aber Dank dem erfolgreichen Widerstand, welchen wir seit 32 Jahren Ihren auf das Gegentheil hinzielenden Bestrebungen entgegengesetzt haben, hat ja die Königliche Staatsregierung und sogar die Polizei die Macht, alle diese Ausschreitungen im Keime zu ersticken.

Nun komme ich zur Petition. Hier schicke ich voraus, da die Herren auf der Seite (links) so viel Gewicht auf das einzelne Wort legen, namentlich der Herr Abgeordnete Löwe, daß der Herr Abgeordnete Stöcker bestritten hat, die Petition unterschrieben zu haben. Ja, meine Herren, wenn wir die Worte auf die Goldwage legen, dann bestreite ich Ihnen auch, die Petition unterschrieben zu haben. Ich habe die Petition auch nicht unterschrieben, ich habe bis jetzt nur den Aufruf unterschrieben, der die Petition vorbereitet. Ich weiß überhaupt noch niemand, der die Petition unterschrieben hat; hoffentlich werden es recht viele werden. Wenn Herr Stöcker etwas unterschrieben hat, hat er auch nur den Aufruf unterschreiben können.

Also, meine Herren, wir haben eine Petition gerichtet an den Fürsten Reichskanzler. Das können Sie ja auch!

(Heiterkeit rechts.)

Bei Ihrer großen geistigen Ueberlegenheit — Sie behaupten ja immer, daß Sie die Koryphäen der Wissenschaft in Ihren Reihen haben — bei der Güte der Sache, die Sie zu vertreten haben, wird es Ihnen ja nicht schwer werden, nach Form und Inhalt ein Werk herzustellen, welches das Machwerk der Dunkelmänner weit in den Schatten stellt, und Sie werden hier in der Metropole der Intelligenz allein ja wohl so viel Unterschriften für die Petition finden, daß Sie der Provinzen gar nicht bedürfen und das bethörte Volk dort uns ruhig überlassen können.

(Heiterkeit rechts.)

Sie haben einigemale von jener Seite des Hauses uns auseinandergesetzt, was Sie für konservativ halten, und was Sie an uns für nicht konservativ hielten. Erst vorgestern hat der Herr Abgeordnete Träger die Güte gehabt, uns darüber eine kleine Belehrung zukommen zu lassen. Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich in aller Bescheidenheit auch mal sage, was ich für liberal oder was ich an Ihrer Interpellation und Ihrem Auftreten für nicht liberal halte. Für nichtliberal halte ich es, bei Ausschreitungen politischer Gegner sofort nach der Polizei zu rufen und die Hülfe der Regierung in Anspruch zu nehmen;

(sehr gut! rechts)

für nichtliberal halte ich es, in gesetzlichen Schranken sich bewegenden Bestrebungen der politischen Gegner auf dem Boden des Versammlungs- und Petitionsrechts hindernd in den Weg zu treten.

(Sehr richtig! rechts)

Wollen Sie die Polizei verstärken, wollen Sie das Versammlungs- und Petitionsrecht schmälern — meine Herren, machen Sie ihre bezüglichen Anträge; wir werden sie wohlwollend prüfen

(große Heiterkeit)

und, soweit es unsere konservativen Grundsätze zulassen, Ihnen freundlichst entgegenkommen.

(Heiterkeit rechts)

Also, meine Herren, Sie haben einen Theil Ihrer liberalen Grundsätze mit Ihrer Interpellation aufgegeben;

(sehr wahr! rechts)

Sie werden sie vielleicht wieder aufnehmen, aber in diesem Moment haben Sie sie jedenfalls fallen lassen. Und, meine Herren, was haben Sie nun erreicht? man kann wirklich sagen: tant de bruit pour une omelette! Was haben Sie erreicht? Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, Sie würden die Interpellation gerne ungeschehen machen.

(Sehr wahr! rechts.)

Sie haben damit erreicht, daß Sie eine Propaganda für unsere Petition gemacht haben, wie wir sie uns wirklich nicht schöner hätten malen können; Sie haben damit erreicht, daß die Judenfrage hier in sachlicher Weise hat erörtert werden können, daß der Abgeordnete Stöcker Gelegenheit hatte, seine Prinzipien in dieser Angelegenheit auseinanderzusetzen. Das ist eigentlich das Ganze, weiter haben Sie ja nichts erreicht.

Wenn Herr Löwe sagt, er wäre mit der Antwort der Königlichen Staatsregierung so sehr zufrieden gewesen, so [illegible]me ich damit vollständig überein; ich bin auch außer-

ordentlich befriedigt darüber, ich habe sie mir auch nicht schöner denken können.

(Heiterkeit rechts.)

Nun, meine Herren, ich komme jetzt dazu: was hatten Sie für Gründe, die Interpellation einzubringen? Vielleicht dachten Sie, daß Sie der Königlichen Staatsregierung eine kleine Verlegenheit bereiten könnten. Das ist nicht gelungen. Ich kann mir auch psychologisch erklären, wie Sie dazu kamen. Herr Stöcker hat schon gesagt, daß, seit Herr Straßmann nicht wiedergewählt ist als Abgeordneter für die Stadtverordnetenversammlung, von dem Momente an die Agitation gegen die antijüdische Strömung losgegangen wäre, von da ab wären die Herren böse geworden. Nun, meine Herren, ich kann mir ja sehr wohl denken, daß Sie einige Besorgniß sowohl für Ihre Sitze in der Stadtverordnetenversammlung wie hier fühlen, das kann ja passiren. Aber, meine Herren, ich möchte Ihnen doch — man soll ja von seinen Gegnern am meisten lernen können — den Rath geben: wenn Sie künftig wieder eine ähnliche Besorgniß fühlen, dann lassen Sie es nicht gleich merken.

(Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Nichts, meine Herren, entmuthigt den Soldaten so, als wenn der Führer Furcht zeigt, und nichts entmuthigt die Wähler so, als wenn die Führer der Partei Furcht zeigen. Meine Herren, es ist ein verhängnißvoller Irrthum für eine politische Partei, wenn sie glaubt, einen schwindenden Einfluß durch das Darangeben von Prinzipien wiederzugewinnen. Die Geschichte lehrt, daß der Einfluß nicht wieder gewonnen wird, und daß die Prinzipien verloren gehen. Das wird Ihnen noch öfter begegnen, wenn Sie noch öfter Operationen wiederholen, wie die Einbringung der Interpellation des Abgeordneten Hänel. Meiner Meinung nach haben Sie dadurch, daß Sie Ihre Vergangenheit, die Sie zu dem gemacht hat, was Sie sind, preisgegeben haben, auch die Zukunft geopfert. Mit der Interpellation Hänel haben Sie die Säge an den Ast gelegt, auf dem Sie sitzen, und die Folgen werden nicht ausbleiben.

(Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Präsident: Es ist abermals der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Wagener und v. Liebermann. Ich bitte diejenigen, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Pause.)

Die Unterstützung reicht nicht aus, der Schlußantrag ist also abgelehnt.

Das Wort hat der Abgeordnete Rickert.

(Ruf rechts: Hört, hört!)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ehe ich noch etwas gesagt habe, rufen mir die Herren auf dieser Seite des Hauses im Centrum jetzt schon hört, hört! zu. Ich habe die Bitte an die Herren Kollegen schon lange aussprechen wollen, daß Sie mir doch in öffentlicher Diskussion dasjenige sagen, was Sie auf dem Herzen haben, ich werde Ihnen dann auch in öffentlicher Diskussion antworten.

Zunächst habe ich eine persönliche Bemerkung gegen den Abgeordneten Stöcker zu machen. Der Abgeordnete Stöcker erkärte unter anderem, der vierte Theil der Männer, welche die bekannte Erklärung gegen die Judenhetze unterschrieben haben, gehöre zu denjenigen, welche Theil genommen haben an dem Herentanz um das goldene Kalb. Ich gehöre zu den Männern, welche diese Erklärung gegen die Judenhetze aus voller innerster Ueberzeugung unterschrieben haben. Ich habe also das Recht, den Herrn Abgeordneten Stöcker zu fragen: wer sind die Männer, die unter der Erklärung stehen und welche an diesem Herentanz um das goldene Kalb theilgenommen haben.

(Hört! Hört! links.)

Wird der Abgeordnete Stöcker nicht hier auf der Tribüne, auf der er diese Verdächtigungen ausgesprochen hat, die Antwort geben, dann werde ich erklären, daß man sie gemißbraucht hat, und daß er eine ebenso haltlose, unbegründete Behauptung ausgesprochen hat, wie ihm das schon von anderen Seiten nachgewiesen ist. Ich glaube, Sie sind dazu verpflichtet; es ist Ehrensache, wenn man derartige Behauptungen aufstellt, daß man sofort und ungesäumt die Namen derjenigen Männer nennt, die man meint, und ich glaube, daß ich und diejenigen Kollegen, Weber und Virchow, die diese Erklärung auch unterschrieben haben, ein Recht darauf haben, diese Namen hier zu hören. Wir werden dann mit Herrn Stöcker weiter sprechen, wenn uns die Namen vorliegen.

Meine Herren, der Herr Vorredner sagt, er wundre sich darüber, daß von liberaler Seite der Ruf nach der Polizei erschollen sei; wir möchten doch Anträge auf Beschränkung des Versammlungsrechts u. s. w. einbringen, dann würde der Herr Abgeordnete Kröcher die Güte haben, sie in seine wohlwollende Erwägung zu nehmen. Ja, meine Herren, das wissen wir; wir danken Ihnen aber bestens für Ihr Wohlwollen, wir brauchen dasselbe in diesem Falle so wenig wie im anderen. Wir haben auch nicht den Ruf nach Polizei erhoben, sondern was wir gethan haben, das will ich dem Abgeordneten von Kröcher sagen, da er es noch nicht zu wissen [illegible] Wenn ein Anschreiben in 100.000 Exemplaren ver-

breitet wird, von dem der Herr Interpellant Hänel bereits Kunde gegeben hat, in dem es heißt: „wir werden die Petition in 100.000 Exemplaren successiv versenden an sämmtliche Organe, sogar auch an die Königlichen Landräthe, an die Superitendenturen, die landwirthschaftlichen Vereine, die Richter, Aerzte u. s. w." und wenn es dann weiter heißt:

> „alle etwa weiter gehenden, noch so berechtigt scheinenden Wünsche müssen vor der Hand wenigstens schweigen.
>
> (Hört! hört!)
>
> Wir haben dagegen allen Grund zu der Annahme, daß die von uns formulirten Bitten eine aufmerksame Beachtung der Staatsregierung finden werden.
>
> (Hört! hört!)

Nun, meine Herren, scheint Ihnen das in der That so harmlos, wenn Männer, deren Namen zum Theil bekannt sind, die in angesehenen Stellungen sind, sogar Mitglieder des Herrenhauses, wenn die vor den Wählern, vor dem Landrath erklären:

> Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die von uns formulirten Bitten eine aufmerksame Beachtung der Staatsregierung finden werden —

(Zwischenrufe rechts)

Ist es Ihnen unangenehm, daß diese Sachen jetzt hier an die Oeffentlichkeit gebracht sind?

(Rufe rechts: nein!)

Nun, meine Herren, wenn Ihnen das nicht unangenehm ist, dann freuen Sie sich doch mit uns. Wir rufen nicht etwa die Polizei an gegen derartige Petitionen, dazu braucht man keine Polizei — sondern wir wünschen nur, daß die Königliche Staatsregierung durch ihre Vertreter hier offen davon Kunde gebe, daß derartige Petitionen eine Berücksichtigung nicht werden zu erfahren haben. Das war der Grund; wir wollten es nicht dulden, daß die Unterzeichner der Petition die Leute im Lande in dem Glauben bestärkten, daß aller Grund wäre zu „der Annahme, die Königliche Regierung würde dieser Petition aufmerksame Beachtung schenken".

Meine Herren, nennen Sie das die richtigen Waffen, mit denen Sie Ihren Grundsätzen vollen Eingang schaffen in große Kreise der Bevölkerung? Ja, meine Herren, ich glaube, es würde vielen sehr recht gewesen sein, wenn hier im Abgeordnetenhause die Sache verschwiegen worden wäre, bis diese 100.000 Exemplare an ihre Adresse gekommen wären

und ihre Wirkung gethan hätten. Das, meine Herren, glauben wir verhindert zu haben

(lebhafter Widerspruch rechts)

zum großen Theile; wir werden ja abwarten, wieviel landwirthschaftliche Vereine und insbesondere, wieviel Landräthe es in Preußen giebt, die es wagen, ihre amtliche Autorität dazu zu mißbrauchen, daß sie derartige Petitionen an offizieller Stelle unterstützen oder Hülfe dazu leisten.

Meine Herren, es ist leider wahr, alle wir Deutschen müssen einen tief beschämenden Eindruck von der Debatte dieser Tage haben;

(Widerspruch rechts)

nicht sowohl über die Art, wie die Debatte stattgefunden hat, sondern daß sie überhaupt hat stattfinden müssen. Ja, meine Herren, ist denn das nicht wahr, was das erste Blatt in Europa, die Times, welche als solches allgemein anerkannt ist, sagt? —

(Widerspruch rechts)

Von Ihnen wird dieses Blatt nicht als solches anerkannt? Darüber mögen andere außerhalb dieses Hauses urtheilen, ob die Times es ist. — Ist es nicht wahr, daß die Times Recht hat, wenn sie ihren dritten Leitartikel der Nummer vom 18. November so anfängt:

> „Der Brief, welchen wir heute Vormittag von unserem Berliner Korrespondenten bringen, richtet die Aufmerksamkeit auf einen der schimpflichsten Züge des modernen deutschen Lebens"

und daß die Times schließen muß:

> „Außerhalb Deutschlands wird, wir sind dessen überzeugt, dieser Wiederbelebung der Leidenschaft einer vorübergegangenen Zeit wenig Sympathie bewilligt werden. Es ist eine Satire auf die Kultur, welche Deutschland so hoch schätzt, ein Pasquill auf die wirkliche Gutartigkeit der deutschen Natur, daß in Berlin, der Stadt, welche beansprucht, so viel für den Fortschritt und die Aufklärung gethan zu haben, eine Bewegung aufgekommen ist u. s. w.

Ja, meine Herren, es ist traurig genug, daß wir uns dergleichen Dinge von dem Auslande sagen lassen müssen.

(Widerspruch rechts, Zustimmung links.)

Ich glaube aber auch, das Ausland wird davon Notiz nehmen, daß dieser Bewegung von vornhein von allen freiheitlich denkenden Männern in der Nation entgegengetreten ist und daß wir die Beleidigung, den Schimpf, der unseren deutschen Mitbürgern, den Juden, angethan ist, als eine

persönliche Beleidigung empfinden, die uns angethan ist.

(Widerspruch rechts.)

Ist es erhört, daß in diesen Räumen fortwährend das Wort „jüdische Mitbürger" in Zusammenhang mit „Unehrlichkeit" im Erwerbe und anderen ähnlichen Dingen in Verbindung gebracht wird? Sind das nicht unsere deutschen Mitbürger, die so angegriffen werden, und empfinden Sie dies nicht wie wir auch als eine ihnen angethane Beleidigung?

(Nein! rechts.)

Wenn Sie diese Empfindung nicht haben, — ich bedaure es tief; aber ich kann sagen, daß ich in diesen Tagen wirklich mit Scham es empfunden habe,

(Oho! rechts)

ja namentlich heute, daß ein Theil unserer deutschen Mitbürger, die Männer in ihren Reihen haben, die meine besten Freunde zu nennen ich stolz bin, in solcher Weise angegriffen werden.

(Zuruf.)

Ja, treffen Sie diese Männer denn nicht, auch diejenigen nicht, die in unsern Reihen sitzen, wenn Sie fortwährend von „jüdischem" Wucher, „jüdischer" Konkurrenz, „jüdischer" Unsittlichkeit sprechen? Meine Herren, die Juden sind deutsch.

(Widerspruch rechts.)

So! meine Herren! Sie sagen Nein, keine Deutschen sind es? Das begreife ich nicht. Was sind sie denn?

(Ruf: Juden!)

Ja, ja, meine Herren, das ist ja eben der Standpunkt, auf dem Sie stehen! Sie verletzen aber unsere Verfassung und besonders den Geist der Verfassung, wenn Sie sagen, daß die Juden keine Deutschen sind. Sie verletzen jene großen Grundsätze, welche einer der größten deutschen Fürsten, Friedrich der Einzige, schon vor der Verfassung ausgesprochen hat, und von dem mein Freund Seyffarth einen Ausspruch angeführt hat, den Sie in Ihre Herzen und Gemüther einschreiben sollten:

> Die Juden sind allerdings Deutsche, sie sind es Kraft der Geburt, der Gesetze, der Verfassung, die Sie, meine Herren, beschworen haben; und es leugnen, heißt die Verfassung, heißt die Gesetze dieses Landes leugnen.

(Widerspruch rechts.)

Ja, meine Herren, es ist traurig, daß man hier mit dem ABC unserer Verfassungsverhältnisse anfangen muß,

(Heiterkeit)

ja, meine Herren, angesichts Europas. Ich hoffe aber, die Nation wird eine Antwort geben, die Sie verdienen.

Meine Herren, nach dem ersten Tage, als die Debatten hier beendigt waren, nachdem die Abgeordneten Windthorst und v. Heydebrand gesprochen hatten, war ich der Meinung: es ist doch ein Glück, im ganzen Abgeordnetenhause ist eigentlich niemand, der sich mit dieser Bewegung identifizirt. Meine Herren, niemand hat es vorgestern gewagt, dieser Petition das Wort zu reden. Der Abgeordnete Dr. Windthorst hat in schneidenden Ausdrücken dem Abgeordneten Stöcker sehr klar und deutlich gesagt, was er über die Agitation der sogenannten Christlich-Sozialen außerhalb des Hauses denke. Ja, meine Herren, der heutige Tag hat die Scene verändert. Auch wir wären ruhig geblieben und hätten uns nicht an der Sache betheiligt, wenn nicht der Abgeordnete Bachem damit angefangen hätte, sich zu identifiziren mit jenen Bestrebungen außerhalb, und der Abgeordnete Stöcker nicht mit noch schärferem Nachdruck die Uebereinstimmung mit diesen Bestrebungen ausgesprochen hätte. Herr Stöcker hat gesagt: er hätte alles mögliche gethan, — ich möchte gerne seine eigenen Worte möglichst genau anführen — um die Agitation in eine friedliche Bahn zu lenken, er hätte alles gethan, um die Pfeile gegen die Juden möglichst abzustumpfen. Das also nennt Herr Stöcker den mildernden Einfluß, wenn er Reden hält wie zum Beispiel folgende — ich habe mir auch die Mühe genommen, die Reden des Herrn Stöcker durchzulesen und zwar nicht nach den Berichte der „Post", denn die scheinen ja die Herren, nach den Zurufen dem Herrn Abgeordneten Richter gegenüber zu urtheilen, auch für ein Judenblatt zu erklären,

(Heiterkeit.)

sondern nach der Kreuzzeitung und dem Reichsboten. Die sind vielleicht vor dem Verdacht sicher. Da sagt der Herr Kollege Stöcker in einer derartigen Versammlung, wo er angeblich also nach seinen Aeußerungen zu Frieden, Milderung und so weiter die Gemüther angeregt — da sagt er über das Judenthum:

> Es ist leider so weit gekommen, daß auch für viele Christen — nachdem er gesagt hat, es sei allgemein zugegeben, daß die Israeliten, namentlich bei den Gründungen betheiligt waren, daß der Giftbaum der Börse fast ganz in ihren Händen ist — es ist leider

so weit gekommen, daß auch für viele Christen der Mammon Gott, die Börse Tempel, und der Kurszettel das einzige Buch ist, das ihnen heilig erscheint. Wahrlich, einen derartigen Zustand verträgt auf die Dauer keine Nation. Auch verwerfliche Geschäftsgrundsätze, wie sie namentlich von jüdischen Geschäftsleuten angewendet werden, werden unserem Volke recht gefährlich. Von schlechten Geschäftmanieren jüdischer Händler ist neuerdings manches in die Oeffentlichkeit gekommen. Vallentin ist auch ein Israelit. Wenn mir nicht ein Gedicht vom Mühlendamm in die Hand gekommen wäre, in dem dieser Händler ein „frommer Mann" genannt wird, so würde ich ihn nicht genannt haben. Das ist eben die große Gefahr, daß solche Dinge selbst gebraucht werden gegen die Frömmigkeit und gegen den Glauben, die dem Volke in solcher Weise unvermerkt verächtlich gemacht werden. Der Apotheker, der im Jahre 1866 die Arzneimittel verfälschte, die er zur Heilung der Wunden unserer preußischen Soldaten zu liefern hatte, war ein Israelit; ein israelitischer Bankier war es, der zuerst im Jahre 1871 auf die französische Kriegsanleihe zeichnete. Vor einiger Zeit wurden Wagenladungen voll unsittlicher Schriften bei zwei jüdischen Händlern konfiszirt.

(Rufe: Pfui!)

Durch fingirte Ausverkäufe, Konkurse und so weiter suchen nicht wenige jüdische Geschäfte Gimpel auf den Leim zu locken. Zu diesen Geschäftsmanipulationen gesellt sich der Wucher. Man denke an Oberschlesien. Diese Thatsachen, die aktenmäßig feststehen, lassen sich nun einmal nicht wegwischen.

Das nennt Herr Kollege Stöcker einen mildernden Einfluß ausüben,

(Heiterkeit!)

um Feindseligkeiten gegen die Juden nicht aufkommen zu lassen. Ja, Herr Kollege Stöcker, ist dies das Evangelium der Duldsamkeit und Liebe, die der Stifter unserer Religion verkündet hat, ist das die Demuth, die er gepredigt hat? Vor allem sollte diese Demuth und Liebe sich doch darin äußern, daß man nicht eine ganze Klasse unserer deutschen Mitbürger ganz ungerechtfertigt in dieser Art verdächtigt. Ich habe einen anderen Begriff vom Berufe christlicher Demuth und Toleranz, wie sie der Stifter unserer Religion gepredigt

kann, weil er in einer wichtigen Angelegenheit, bei der er betheiligt ist, —

(Zwischenrufe links)

also bei der Beerdigung seines Stellvertreters in der Stadtverordnetenversammlung ist er, wie mir zugerufen wird, heute anwesend und leider daher nicht im Stande, hier zu erscheinen. Weiter sagte der Herr Kollege Stöcker, — ich glaube, es ist noch nicht widerrufen worden — die „Concordia" sei ein Organ des Herrn Dr. Max Hirsch.

(Widerspruch rechts. — Zuruf des Abgeordneten Stöcker: Er nehme daran Theil, habe ich gesagt. — Dem Redner wird ein Zettel überreicht. — Pause.)

Meine Herren, ich will nur erklären, was mir soeben von Herrn Dr. Max Hirsch hereingeschickt wird. Er erklärt, daß er niemals an diesem Blatte mitgearbeitet hat, nie eine Zeile dafür geschrieben hat.

(Hört! hört! links.)

(Ruf: Wieder eine Unwahrheit!)

Meine Herren, dieses Blatt ist das Organ für die Gesellschaft — ich weiß nicht, wie sie heißt — für das Wohl der arbeitenden Klassen, der auch Graf Moltke — ein Name, der wohl vor dem Verdacht schützt, daß er mit Herrn Max Hirsch gemeinschaftlich fortschrittliche Agitation treibt — und noch mehrere sehr konservative Männer, wenn ich mich nicht irre, sogar unser verehrter Freund und Kollege Herr v. Wedell-Malchow, angehört; ich habe auch die Ehre, mit Herrn Kalle, der Vorsitzender ist, in dem Ausschuß zu sitzen.

Es war also wieder einmal nichts mit dieser Anführung!

(Heiterkeit links.)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: wo Sie sich auf das Gebiet der Thatsachen, der Namen, der Zahlen begeben, zerrinnen Ihre Gemälde.

(Unruhe rechts.)

So ist es Ihnen ergangen mit der jüdischen Einwanderung, so wird es Ihnen gehen mit der Betheiligung der Juden bezüglich der Kriminalstatistik, — heute wird schon wieder in großen Buchstaben eine neue Broschüre darüber herausgegeben; ich hoffe, die Herren werden sich mit dieser Broschüre nicht identifiziren; wir kommen darauf später vielleicht zurück.

Nun sagt Herr Stöcker weiter: die Presse habe ihn dazu bewogen, so zu sein, wie er ist. Ja, meine Herren, es ist doch wirklich eigenthümlich, daß Sie für diejenigen Angriffe, welche Sie gegen eine ganze, geachtete Klasse unserer Bevölkerung, gegen unsre deutschen jüdischen Mitbürger rich- [illegible] nun nichts weiter zur Entschuldigung anführen kön-

nen, als das Verhalten einzelner Zeitungsorgane, als einzelne Aussprüche aus Broschüren, von denen wir zum Theil sogar gehört haben, daß sie von Christen herrühren. Glauben Sie denn, daß es mir nicht möglich wäre, Ihnen aus den Blättern des Centrums — die Herren haben sich so sehr beifällig über jene Aeußerung des Kollegen ausgesprochen — aus dem Schwarzen Blatt, aus dem Bairischen Vaterland —

(Widerspruch.)

Sie sagen, das Bairische Vaterland ist nicht Ihr Organ; ist denn der Börsenkourier unser Organ? Ich will Ihnen nachweisen, wohin es führt, wenn man in dieser Weise deduzirt. Sie sagen, und das ist Ihre einzige Entschuldigung —

(Unruhe, Zurufe)

Soll ich Ihnen Citate bringen aus der Deutschen Landeszeitung und aus dem Schwarzen Blatt, namentlich aus den schönen Gedichten? — Ich will sie den Herren zur Disposition stellen — zum Beispiel ein Gespräch zwischen A. Meier und B. Meier aus dem Schwarzen Blatt über einen Beamten, von welchem wir wissen, daß er in eine der höchsten Stellen jetzt eingetreten ist? Bitte, lesen Sie das selbst, mich genirt das, es hier vorzulesen

(Zuruf)

(zu einem anderen Abgeordneten)

ja, wenn Sie es vorlesen wollen, hier ist es; ich habe nichts dagegen. Glaubt denn der Abgeordnete Stöcker, daß es mir nicht leicht wäre, aus derartigen Zeitungsblättern, beispielsweise auch aus dem Reichsboten, hier Stellen vorzulesen?

(Rufe: vorlesen!)

Beispielsweise wird unsere Sitzung vom Sonnabend so charakterisirt in der Deutschen Landeszeitung

(Rufe: Reichsbote!)

es ist aus der Landeszeitung

(Rufe: Reichsbote!)

Präsident: Ich muß wiederholt bitten, die Unterbrechungen nicht derart ausarten zu lassen, daß eine Diskussion daraus hervorgeht.

Der Abgeordnete Rickert hat das Wort.

Abgeordneter **Rickert:** Ich verstehe nicht, was die Herren wollen. Also da steht: Speisezettel für Sonnabend: Holsteiner Hänel mit Knoblauchsauce angerichtert.

(Heiterkeit.)

Ich bin wirklich erstaunt, daß der Abgeordnete Stöcker gar keine anderen Gründe für seine Bestrebungen gehabt hat, daß er nichts besseres zu thun gehabt hat, als den Börsenkourier

zu lesen und sich darüber zu ärgern. Ich möchte dem Abgeordneten Stöcker den Rath geben: lesen Sie doch den Börsenkourier nicht, wenn er eine solche Wirkung auf Sie ausübt. Ich zum Beispiel habe denselben seit Jahren nicht in Händen gehabt und bin also ganz unschuldig in dieser Beziehung; ich weiß es auch nicht, was er alles verbrochen haben mag, um die Wirkung zu erzielen, den Abgeordneten Stöcker herauszulocken und seinen Kampf vor versammeltem Volke gegen die jüdischen Männer und die „Unredlichkeit" ihrer Konkurrenz und so weiter zu führen. Haben Sie wirklich keine besseren Gründe, Herr Abgeordneter Stöcker? Nur die paar Zeitungen haben Sie dazu gebracht? Nochmals, ich gebe Ihnen den Rath, und wir wollen uns das gegenseitig merken: wir wollen Ihre Zeitungen schreiben lassen was sie wollen, lassen Sie die Zeitungen auch schreiben, die angeblich liberal sein sollen, — ob der Börsenkourier es auch ist, weiß ich beiläufig gesagt, gar nicht — lassen Sie die auch schreiben, was sie wollen. Halten Sie sich an andere Thatsachen und nicht an wenige Zeitungsartikel. Selbst wenn bezüglich dieser Ihre Anklagen begründet wären, so sind sie es doch nicht werth, daß Sie eine solche Bewegung anfachen, die bis in die tiefsten Tiefen unseres Volkes geht.

Wie steht es aber mit den andern Thatsachen? Der Abgeordnete Stöcker hat heute hier wieder gewagt zu sagen

(Widerspruch.)

— ja er hat gewagt — als er von dem Nothstand in Oberschlesien sprach, darauf hinzuweisen, daß wir — oder vielmehr die Fortschrittspartei — kein Herz hätte für diesen Nothstand

(Widerspruch.)

erlauben Sie, lassen Sie mich weiter sprechen. Er hat gesagt, es sei Thatsache, daß der Wucher „meist jüdischer Art" daran schuld sei.

(Rufe: meist!)

Wenn Sie Einwendungen machen wollen, so haben Sie die Güte, sich mir etwas näher zu setzen, damit ich wenigstens, was Sie sagen, verstehe, es soll mir sehr werthvoll sein, ihre Einwendungen zu berücksichtigen. Woher weiß denn Herr Stöcker, daß der Wucher „meist jüdischer Art" in Oberschlesien den Nothstand hervorgebracht hat.

(Ruf rechts: Regierung!)

Vom Regierungserlaß ist das ausgesprochen?

(Ruf: Ja wohl!)

Es wird eben gesagt, der Herr Finanzminister habe es gesagt. Ja, meine Herren, ich habe doch auch hier gesessen

und die Rede gehört; ich frage den Herrn Finanzminister, hat er je davon gesprochen, daß der Wucher „meist jüdischer Art“ schuld sei an dem Nothstand in Oberschlesien. Ich glaube nicht, daß der Herr Finanzminister das gesagt hat; sollte er es aber wirklich gesagt haben, so würde die Kritik ihn eben so treffen wie die, die ich eben gegen Herrn Stöcker geübt habe, — vorläufig glaube ich es nicht.

Nun, meine Herren, ich könnte in der That noch vieles hier anführen, namentlich könnte ich eine Parallele ziehen zwischen den Deutschen in anderen Ländern und unseren jüdischen Mitbürgern. Die Wiener „Neue Freie Presse“, die heute hier angekommen ist, sagt, und ich möchte den Herren, die so sehr gegen die Juden sprechen, das einmal auch zur Beherzigung empfehlen:

> Man beschwert sich in Deutschland darüber, daß in Ungarn Deutsche bedrängt werden. Nun wohl, der Deutschenhaß der Magyaren ist im Interesse der Bildung und Gesittung, im Interesse der Wechselseitigkeit unter den Völkern schwer zu beklagen. Aber wenn das hochentwickelte Volk der Deutschen unter dem Vorwande des Racenunterschiedes die Juden verfolgt und bedroht, was will man dagegen sagen, daß dieselbe Parole in Ungarn gegen die Deutschen in Anwendung kommt. Oder ist es etwa den Juden in Deutschland billig, was den Deutschen in Ungarn nicht recht ist.

Meine Herren, ich habe hier aus diesem selben Zeitungsblatt eine Notiz, daß die Deutschen in einer czechischen Stadt in ihrem Gesangverein, und zwar ist dieser Gesangverein ein israelitischer, die Einladungen in deutscher Sprache ergehen lassen und die Lieder in deutscher Sprache singen; die Czechen haben verlangt, daß sie die Lieder auf czechisch singen sollen. Die Juden, die deutschen Juden, waren es, die dort das Deutschthum aufrecht erhalten haben wollen. Sehen wir denn etwas anderes in Polen? Wer hat die Juden herausgetrieben aus Deutschland? Christen sind es gewesen, und die Juden sind nach Polen gegangen, und sie haben Treue ihrem angestammten Vaterlande bewahrt und deutsche Sitte und deutsche Sprache bewahrt bis auf den heutigen Tag. Und da kommen Sie jetzt und sagen: die Juden sind keine Deutschen.

Der Abgeordnete v. Heydebrand hat auch daran Anstoß genommen und das scheint ja immer der Hauptpunkt der Beschwerde zu sein, daß die Juden zu liberal seien. In Parenthese will ich hier noch einen Ausspruch des Herrn Stöcker

vorlesen, der genau dasjenige trifft, was ihm schon Herr Abgeordneter Richter vorgeworfen hat. Der Herr Abgeordnete Richter nämlich sagte: Ach, Herr Stöcker, Sie haben die Juden im Verdacht, daß sie Fortschrittler sind, die Juden schlagen Sie, uns wollen Sie treffen. Hören Sie folgende Stelle aus einer Rede des Herrn Stöcker nach der „Kreuzzeitung" — nein, entschuldigen Sie, im Reichsboten ist der Bericht, also noch offizieller:

> Wichtig aber ist es für die Bürger von Berlin, zu wissen, daß Judenthum und Fortschritt zusammenstehen und daß man das Joch der Juden in industrieller und geistiger Beziehung nur brechen kann, wenn man sich vom Fortschritt losmacht. Diese Erkenntniß ist mehr werth, als alles zusammen, was über die Abendsitzung vom 11. Februar gesagt oder geschrieben ist.

Das war jene Abendsitzung, die Herrn Stöcker nicht ganz bequem war, nämlich wegen der Rede, die der Abgeordnete Hänel gegen ihn damals gehalten hat. Ist es denn hier nicht ganz deutlich gesagt? Warum beklagen Sie sich denn nicht auch über Herrn Strousberg, der war in Ihren Reihen (rechts) Abgeordneter und ist auch ein Jude, soviel ich weiß. Warum klagen Sie denn nicht über die andern jüdischen konservativen Autoritäten? Auch Rothschild, als er Abgeordneter war, saß auf Ihrer Seite. Ja, meine Herren, so mächtige Männer wie diese Beiden haben wir in unsern Reihen noch gar nicht gehabt. Also klagen Sie doch nicht darüber. Sie haben auch Juden, die Ihre Waffen tragen und die sehr rüstige Kämpfer sind, hervorragende Kämpfer. Stahl und Goe sind schon genannt. Meine Herren, was wäre Ihre Partei gewesen ohne Stahl! Juden haben Ihnen Ihr Programm ausgearbeitet! Also, meine Herren, etwas mehr Respekt vor diesen unseren Landsleuten und Mitbürgern und Sie werden der deutschen Sache auch im Auslande einen guten Dienst erweisen.

Meine Herren, das deutsche Reich ist im Jahr 1870 unter schweren Opfern gegründet worden. Der Kaiser von Deutschland hat es in der Thronrede ausgesprochen, daß das deutsche Reich ein Hort des Friedens sein solle, daß das deutsche Reich in Wehr und Waffen zu stellen sei, um dieser seiner Friedensmission einen Nachdruck zu geben gegen alle Friedensstörer. Meine Herren, wir haben geglaubt, und wir sind heute noch des festen Glaubens, daß dieses unter so vielen schweren Opfern aufgerichtete, mit dem Blute unserer Brüder wiedergewonnene deutsche Reich ein Hort sein solle des

Friedens nicht bloß nach außen hin, sondern auch ein Hort des Friedens nach innen,

(Rufe im Centrum: Kulturkampf!)

daß es der Träger jener kulturellen Mission sein würde, die dem deutschen Volke zugeschrieben wird von dem ganzen civilisirten Auslande. Meine Herren, glauben Sie, daß das deutsche Reich seinen Beruf erfüllen wird unter der Firma der Christlich-Sozialen des Herren Stöcker? Ist das der Friede, den Sie hineintragen wollen in die Masse der Bevölkerung?

(Unterbrechungen aus dem Centrum und Rufe: Kulturkampf!)

Unterbrechen Sie mich doch nicht fortwährend; über den Kulturkampf haben wir oft genug gesprochen. Wenn Sie sich wie unsere jüdischen Mitbürger unter die Autorität, unter die Hoheit unserer Gesetze stellen, dann, meine Herren, wird auch dieser Kampf aufhören. Deshalb kann auch der Herr Minister v. Puttkamer, der Ihnen ja freundlich gesinnt ist, diesen Kampf nicht beendigen, weil Sie die Autorität und Hoheit der Gesetze nicht anerkennen,

(Unruhe im Centrum)

der Gesetze, die auf geordnetem Wege zu Stande gekommen sind. Also sprechen Sie hier nicht fortwährend vom Kulturkampf.

(Rufe im Centrum: Gerade!)

Unsere jüdischen Mitbürger haben sich der Autorität des Gesetzes gefügt, und das ist der Unterschied.

Also, meine Herren, den Satz werden Sie nicht ableugnen können, daß das deutsche Reich auch in der That sein soll ein Träger des Friedens, ein Träger jener großen Ideen, die niedergelegt sind im preußischen Landrecht und in den Sprüchen des großen Königs, die Herr Kollege Seyffarth schon angeführt hat. Ich will Ihnen noch vorlesen, was ein evangelischer Geistlicher, dessen Schrift in diesem Jahre erschienen ist, über die Judenhetze sagt. Es ist die Schrift „Christ und Israelit“ von Pastor Gruber in Reichenbach in Schlesien, die auch in unseren höchsten Kreisen Anerkennung gefunden hat, darin heißt es:

> Die Möglichkeit, daß Ideen, welche heute noch in den Köpfen der „oberen Zehntausend“ hausen, auch in die niederen Schichten des Volkes hinabsinken und dort, wo die Fäuste schnell das Denken überflüssig machen, in rohe Gewaltthaten umgesetzt werden; die Möglichkeit, daß bei irgend einer Er-

schütterung des Volkskörpers oder irgend einer Erregung der Volksseele Haß und Leidenschaft eine grausige Befriedigung suchen, ist auch in diesem Jahrhundert der Bildung und Aufgeklärtheit keineswegs ausgeschlossen. Noch ist es Zeit, der Erregung Maß zu geben; noch kann der Friede, welcher die stärksten und gefährlichsten Leidenschaften, religiöse und nationale, in Fesseln hält, zum Heil des Ganzen und zur Ehre der Menschheit erhalten werden; noch sind in diesem Streite Hand und Gewissen unbefleckt, und Gott gebe, daß nicht unter dem Vorwand seines heiligen Namens die unheilige Flamme des Hasses die Herzen unseres Volkes verzehre!

Meine Herren, das hat ein Mann geschrieben, der evangelischer Geistlicher ist, ein Träger der christlichen Liebe, Demuth und Duldung, der uns den Rath giebt, von diesem unseligen Kampf abzustehn und die Leidenschafften der Masse nicht aufzuregen. Glauben Sie mir, die Fundamente unseres deutschen Reiches können ins Schwanken gerathen, wenn Sie hier antasten. Friede und Freiheit für die Ueberzeugungen, und das Gewissen des Einzelnen, nicht aber jene ungerechtfertigten Verdächtigungen und Angriffe gegen unsere Mitbürger, die in Ehren mit uns gemeinsam arbeiten für Vaterland und seine Freiheit!

(Bravo! links; Zischen rechts und im Centrum.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Stroffer.

Abgeordneter **Stroffer:** Es thut mir leid, daß ich bei so vorgerückter Stunde Ihnen leider nicht versprechen kann, kurz zu reden; des Stoffes hat sich so unendlich viel angehäuft und auch des zur Sache gehörigen Stoffes ist noch so viel unerledigt geblieben, daß ich glauben würde, diese hochbedeutsame Frage käme nicht zu ihrem richtigen Abschluß, wenn ich meine Stelle an diesem Platz nicht dazu benutzen wollte, um das, was noch etwa geredet werden muß, meinerseits auszusprechen. Ich werde mich nach Möglichkeit befleißigen, mit der äußersten Ruhe die Dinge zu behandeln, die behandelt werden müssen, selbst wenn sie da und dort unangenehm berühren; ich werde versuchen, ob es mir möglich ist, von der Lebendigkeit und Heftigkeit unseres Kollegen Richter und des Kollegen Loewe, zum Theil auch des Kollegen Rickert mich frei zu halten.

Ehe ich auf diejenigen Punkte, die ich eigentlich in erster Linie hier besprechen wollte, eingehe, will ich doch mich mit

einigen Ausführungen derjenigen Redner, die heute gesprochen haben, zunächst auseinander setzen, vielleicht bleibt mir die Zeit, auf einzelne Aeußerungen der Herren, die von der Gegenseite am Sonnabend gesprochen haben, auch noch zurückzukommen.

Der Kollege Rickert hat uns gesagt: freuen Sie sich mit uns über die Einreichung unserer Interpellation. Es ist ihm bereits von der rechten Seite des Hauses geantwortet worden, daß wir uns im vollsten Umfange darüber freuten, und wir wünschen Ihnen von Herzen, daß Sie recht viele so außerordentlich wohl motivirter Interpellationen auch in der Zukunft einbringen möchten. Er hat dann freilich hinzugesetzt, die heutige Debatte und die vom Sonnabend sei ihm peinlich, er habe mit Scham hier gesessen. Der Abgeordnete Rickert hat sich wohl eingebildet, als er die Interpellation mit einbrachte, sie würde hier etwa denselben Effekt machen wie im Berliner Stadtverordnetenkollegium? Er hat sich gründlich geirrt. Wenn er dann hinzusetzt, die deutsche Nation werde nicht mit uns in diesen Kampf hineingehen, dann irrt er sich wahrscheinlich in noch viel großartigerem Maße, als er sich in der Stimmung dieses Hauses geirrt hat. Es ist ja eine Eigenthümlichkeit der Herren von der liberalen Seite, Fortschritt und Sezessionisten, daß sie stets hinter sich die Nation im Ganzen haben.

(Heiterkeit! rechts.)

Es passirt ihnen nur zuweilen, daß die Nation nicht zu ihnen stimmt und sie verläßt, wie bei den Wahlen.

Er hat uns dann gesagt, bei Einbringung der Interpellation habe ihnen namentlich der Gedanke vorgeschwebt, sie wollten es nicht dulden, daß die Leute es *glaubten*, die Staatsregierung werde die Sache mit unterstützen. Das ist der wunderbare Despotismus des Liberalismus, der auch anderen Leuten nicht einmal die Gedanken frei lassen will.

Er hat dann den Herrn Abgeordneten Stöcker wiederholt darauf hingewiesen, daß in dem, was er treibt, *christliche Liebe, Demuth, Toleranz* nicht enthalten sei. Es ist ja ganz vortrefflich, daß er über diese schönen Tugenden eine solche Epistel liest; in dem, was von *jüdischer* Seite bisher hier angeführt worden ist, ist von Demuth, Toleranz und Liebe gar nichts zu erkennen gewesen. Das Werk, was der Herr Abgeordnete Stöcker Tag für Tag bis tief in die Nacht hinein mit unermeßlicher Mühe treibt, mit großer Anstrengung der Kraft des Leibes und der Seele, das Werk der inneren Mission, ist ein Werk so voller Liebe, Demuth und Hingabe für unser Volk, wie es wahrscheinlich der Herr Ab-

geordnete Rickert und die meisten der Juden nicht thun, auch der vielgefeierte Straßmann bei seiner Nationalbank nicht,

(Ruf: Volksbank!)

— Gut, Volksbank, — nicht thut.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat es dann für ganz ungeeignet gefunden, daß der Herr Kollege Stöcker den Kampf begonnen und seine Ausführungen vorzugsweise gestützt auf die giftigen Ausfälle der jüdischen Presse; er hat dann seinerseits erklärt, daß er den Börsenkourier, den man ja doch im Ernst oder Scherz den Moniteur der Berliner Judenschaft nennt, seit Jahren gar nicht gelesen hat. Ja, meine Herren, da ist es gar nicht zu verwundern, daß der Herr Abgeordnete Rickert von dem, was uns hier augenblicklich beschäftigt, außerordentlich wenig weiß, weil er es nicht gelesen hat, wo er doch hätte an die Quelle gehen können.

Der Herr Abgeordnete Rickert ist dann auf den Kulturkampf gekommen und hat den Männern des Centrums, die vor mir sitzen, wiederum die bereits zum hundertsten und tausendsten Mal gegebene Lehre entgegengerufen, sie sollten sich erst der Majestät des Gesetzes beugen, eher könne von einem Aufhören des Kulturkampfes gar nicht die Rede sein. Ja, kennt denn der Herr Abgeordnete Rickert die von unseren größten Rechtslehrern eingehend behandelte Frage von der Berechtigung des passiven Widerstandes gar nicht, hat er davon gar keine Idee?

(Sehr gut!)

Kennt er nicht die Bestimmung des preußischen Landrechts, die ausdrücklich den passiven Widerstand auf dem religiösen Gebiete zuläßt und nur ausdrücklich hinzusetzt: derjenige, der sich aber der Gesetzgebung nicht fügen kann und fügen will nach seinem Gewissen, der muß die damit verknüpften Folgen tragen. Das haben — und das wollen wir ihnen Allen zur Ehre anrechnen — unsere Mitchristen katholischer Konfession bisher in aller Treue, mit unendlichen Opfern gethan.

(Bravo!)

Und weiß der Herr Abgeordnete Rickert nicht, daß zwischen Recht und Gesetz doch noch immer ein himmelweiter Unterschied liegt? Sollten die französischen Legitimisten und die französischen Christen aus der Revolutionszeit von 1789 bis 1793 alles das unbedingt befolgen, was dort geschah bis zur Ermordung des Königs, waren sie berechtigt, dagegen Widerstand zu leisten? Gesetz und Recht decken sich nicht immer, Gott gebe, daß es im preußischen Staate stets der Fall sei!

Damit bin ich mit dem Herrn Abgeordneten Rickert fertig.

Von dem Herrn Abgeordneten Loewe, von dessen langer Rede ich bei der eminenten Schnelligkeit, womit bei ihm der Strom der Rede dahinfließt, nur sehr wenig verstanden habe.

(Oho! — Zwischenruf.)

Ob ich für den Herrn Abgeordneten Richter interessant oder langweilig bin, ist mir wirklich die gleichgültigste Sache von der Welt, ich brauche es aber nicht hier von ihm zu erfahren.

Präsident: Meine Herren, ich bitte nochmals, die Unterbrechungen, namentlich mit persönlicher Bezeichnung der Redner, zu unterlassen. Sollte diese meine Bitte nicht helfen, so würde ich in der Folge genöthigt sein, diejenigen Herren persönlich zu nennen, die fortwährend unterbrechen.

Abgeordneter **Stroffer:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete Loewe äußerte, der Liberalismus hat die allgemeine Nationalität unseres Volkes vertheidigt. Das sind zwei Zugeständnisse von eminenter Bedeutung, die ich kaum bei ihm erwartet hätte. Ja wohl, darin liegt ein Theil der ganzen Streitfrage, daß die Juden, wie es auch Mommsen ausgeführt hat, nicht eigentlich in die Nationalität hineintreten, innerhalb deren sie wohnen, daß sie Kosmopoliten sind, und wenn er dann in dem Augenblick, wo uns der Herr Abgeordnete Rickert mit so ungeheurer Emphase versichert: Juden sind Deutsche, sie sind Glieder unseres Volkes, dafür haben wir sie zu achten, wenn er dann spricht von unserem Volk, dem jüdischen Volk, — das sind zwei Zugeständnisse, mit denen ich zufrieden bin, da wird sich in Zukunft mancher Streitpunkt lösen lassen.

Dann hat er uns gesagt, jetzt wo die volle Emanzipation eingetreten sei, beginnen die besseren Kräfte der Juden sich geltend zu machen.

Meine Herren, im Gegentheil, jetzt wo die volle Emanzipation eingetreten ist, sehen wir die schlimmen Kräfte des Judenthums in einem Maße auf dem öffentlichen Felde, daß die besseren immer schweigend davor zurücktreten und den schlimmen das Feld lassen; Beweis dafür: diese Brutalität der Presse gegen alles, was den Christen heilig und theuer ist.

Ich komme nun noch mit ein paar Aeußerungen zum Kollegen Richter. Der Herr Kollege Richter sagt uns, das System des Herrn Abgeordneten Stöcker sei antimonarchisch. Ja, es ist ihm vorhin schon gesagt worden, das wunderbarste in diesem Hause, das wir bis jetzt gehört haben, sei, daß er also danach mit seinen Anschauungen eine rechte Säule und Stütze der Monarchie sei. Dann wird wohl die Monarchie

in der Lage sein, das bekannte Wort auszusprechen, Gott schütze uns vor unseren Freunden.

(Heiterkeit.)

Er hat dann gesagt, der Herr Abgeordnete Stöcker stachle in seinen Bestrebungen im christlich-sozialen Verein gegen die Börse auf. Wenn nicht leider $^9/_{10}$ des Börsenverkehrs ein großartiger Scheinverkauf und Schwindelverkehr sei, dann wäre es unrecht, daß Herr Stöcker dagegen agitirte, wenn die Börse aber ist ein Giftbaum im vollsten Sinne des Worts, ein Ort, wo der größte Schwindel getrieben wird in der Welt, dann ist es gut, recht ernst dagegen zu agitiren.

Kollege Richter hat sich dann wiederholentlich in Beziehung auf die Versammlungen der christlich-sozialen Partei darüber mequirt, daß da auch Störungen, wie er sagt, selbst kleine Schlägereien vorgekommen seien. Das kann selbst so vortrefflichen und unschuldigen Leuten passiren, wie die Fortschrittspartei ist, denn als die Sozialdemokraten dort wiederholentlich eindrangen, gab es sehr argen Skandal und er hat selbst angeführt, wie der Minister Graf Eulenburg früher sich darüber ausgedrückt habe. Wenn nun jetzt die Demokraten in die Versammlungen der Christlich-Konservativen kommen und sie da Störungen veranlassen, dann machen sie es, wie der Wolf mit dem Lamm, die Schuld wird auf das Lamm geschoben.

Demnächst hat er auch auf einen Ausspruch von Schulze-Delitzsch verwiesen und hat gesagt: hüten Sie sich, die Bestie im Volke wachzurufen! Hätten Sie sich das, die Fortschrittspartei, im Jahre 1848 sagen lassen, wir hätten —

(Zuruf links: da gab es noch keine!)

— Sie und die Demokraten, die sehen so gleich aus, wie ein Auge dem andern, die Einen waren die Väter und der Andere der Sohn, oder eigentlich ist es nur ein anderer Name für dieselbe Sache.

Damit will ich mich zunächst zu demjenigen Moment wenden, den ich für mich ursprünglich in das Auge gefaßt. Wenn nun die bisherige Debatte sich vorzugsweise um die große Prinzipienfrage gedreht hat, eine Art Generaldebatte gewesen ist — mit Ausnahme etwa dessen, was Kollege Bachem gesagt und eines Theiles von dem, was Kollege Stöcker geäußert, so halte ich es doch für gut, meine Herren, noch ein wenig Spezialdebatte zu treiben und namentlich die Genesis dieser Interpellation, mit dem was daran und darum hängt, ein wenig näher zu beleuchten.

Es ist ein eigenthümliches Geschick, was über dieser Interpellation waltet, daß der Anlaß zu ihrer Einbringung ein

Jude gewesen ist mit etwas sehr zweifelhaft gerichtlichen Attesten, ein Jude schlimmster Art, wie er ja mehrfach auch von den Rednern auf jener Seite zugestanden und anerkannt ist, der in den Geschäften betrügerische Manipulation gebraucht, 10 Jahre lang eine fremde Etiquette anwendet, um sein Fabrikat —

(Zuruf! nein 8 Jahre lang!)

— nun in den Zeitungen lese ich 10 Jahre — also eine ganze Reihe falscher Marken und Etiquetten verwandt, um sein vielleicht auch etwas zweifelhaftes Fabrikat unter die Leute zu bringen unter dem Renommee eines berühmten Hauses. Wie hat das gerichtliche Urtheil dieses Verfahren bezeichnet? Das sagt: Das Verfahren der Firma ist unreell, illoyal, eines anständigen Kaufmannes unwürdig. Und dieser im ersten Sturm der Begeisterung nach der bekannten Eisenbahnaffaire viel bewunderte, viel bejubelte Mann ist ein Mann von solchem Attest, und dieses Urtheil war bereits seit einer langen Zeit in den Berliner Zeitungen zur Genüge bekannt geworden. Trotzdem aber, wie stellt sich von vorn herein die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die ganz unbefugter Weise diese Sache aufnimmt, in der ersten Hitze und der ersten Aufregung, obgleich sie hätte ruhig abwarten können, wie der Schiedsrichter, oder der Injurienrichter oder der Disziplinarrichter die Sache ordnungsmäßig erledigt und klar gestellt hätte? Sehen wir uns da die Reden, die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung nach dem amtlichen Bericht gehalten sind, ein wenig näher an. Es ist eine der interessantesten Zeiterscheinungen, der ich seit langer Zeit in dieser langweiligen Gegenwart begegnete.

Da sagt der Dr. Hermes: es sei ein ungewöhnliches Aufsehen in der Bürgerschaft erregt; diese skandalösen Vorgänge zeugten von dem niederen sittlichen Standpunkt der beiden Lehrer; wie es möglich sei, daß solche Männer an einer höheren Unterrichtsanstalt lehren könnten; er verachte alle, die sich an der vom Hofprediger Stöcker in Scene gesetzten Judenhetze betheiligten; das Verhalten der beiden Lehrer sei unqualifizirbar; Lehrer dieser Art pflanzten geradezu das Gift in die Seelen der Jugend; die pädagogischen Leistungen der Lehrer erheben sich nicht über die Mittelmäßigkeit; für solche Leute, welche die gegen die Juden gerichtete Petitionen unterschrieben, habe die Stadt keine Schulämter.

Der Mann weiß über den ganzen Vorgang noch nichts, als was die Zeitungsberichte gebracht haben, aber ohne Weiteres nimmt er für den Juden Partei, obgleich er sich doch sagen

mußte, auch selbst auf die Zeitungsnachrichten hin: der Mann sitzt in einem Eisenbahnwagen, zwei Fremde steigen hinein und unterhalten sich über die Tagesereignisse; er sitzt an dem ganz entgegengesetzten Ende, nun pflanzt er sich aber mit Zudringlichkeit — ich möchte beinahe sagen mit Frechheit — den beiden andern gegenüber, um zuzuhören, was sie sprechen. Das ist ihm nicht bequem, er mischt sich in unangemessener Weise in den Streit, er ist sein Selbstrichter mit einer Ohrfeige. Es hat nun in dem Moment, wo diese Verhandlung stattfand, kein Mensch gewußt, ob diese beiden Lehrer wirklich provozirend, einen andern verletzend, ihre Unterhaltung gepflogen haben und mit Recht sagt ein katholisches westphälisches Blatt, als die Nachricht durch die Zeitungen ging:

> „Ja, wenn in den 8 Jahren des Kulturkampfes jeder katholische Geistliche, der auf Eisenbahnfahrten und bei anderen Gelegenheiten öffentlich verhöhnt, beleidigt, in der infamsten Weise gekränkt wurde, namentlich auch von Juden gekränkt, gleich mit Ohrfeigen hätte antworten wollen, dann würden die Backen sehr vieler tausend Juden in Deutschland braun und blau aussehen.

(Sehr gut! im Centrum und rechts; große Heiterkeit.)

Was thut denn nun ein Mann anständiger Art, wenn er irgendwo mit anderen zusammen sitzen muß, die ihm Unangenehmes sagen? er ingnorirt es. Hier aber, der vorlaute Mann mit dem schlechten gerichtlichen Attest im Hintergrund

(Heiterkeit)

setzt sich sofort gegenüber und mißhandelt einen ehrenhaften, unbescholtenen Lehrer. Und was ist die Folge? Nun sollte man glauben, Juden und Christen würden, so lange sie nichts genaueres über die Sache wußten, entweder parteilos abwarten, wie der Gang der Untersuchung ist, oder für die in dieser unwürdigen Weise mißhandelten anständigen, ehrenhaften Männer mit unbescholtener Vergangenheit zunächst Partei genommen haben. Wie Sie sehen, Herr Dr. Hermes nicht! Der ist sofort fertig. Er, der sie gar nicht kennt, weiß auch sofort, die Leute haben sich in unangemessener Weise über die Juden ausgesprochen, folglich sind sie auch Leute von mittelmäßigem pädagogischen Talent.

(Heiterkeit.)

Das ist die wunderbare schnelle Art, womit die Herren im Fortschritt stets fertig gewesen sind über die Leute, die ihnen nicht bequem sind; ruhiges Abwägen, Prüfen, Abmessen, leidenschaftslos, davon wissen sie nichts. Wenn man diese

exaltirten Ausdrücke in der Rede des Herrn Dr. Hermes liest, dann muß man wirklich in Erstaunen gerathen, daß ein solcher Mann hier in Berlin in die Stadtverordnetenversammlung hereingekommen ist. Wenn die anderen nicht ebenso wären, dann wäre es unerklärlich.

(Stürmische, andauernde Heiterkeit, rechts und im Centrum.)

Setzt Herr Dr. Hermes schon in Erstaunen, dann steigert es sich zum Komparativ bei Herrn Stadtschulrath Cauer. Der tritt nun hinter Herrn Dr. Hermes auf, um die Versammlung mit demjenigen, was ihm bis dahin bekannt geworden ist, näher bekannt zu machen, aber er giebt in gleich exorbitanter, in gleich leidenschaftlicher, in gleich einseitiger Weise sofort sein Urtheil ab über die beiden Männer, die doch eigentlich ihm als seine amtlich Untergebenen zu Schutz befohlen sind, für die er so lange eintreten soll, bis er sich vom Gegentheil überzeugt hat;

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

nein, einem gerichtlich verurtheiltem Juden gegenüber haben seine beiden Lehrer gleich absolut Unrecht. Der Herr spricht nun so:

> Ich schließe mich, mit Ausnahmen der Aeußerung über die pädagogischen Leistungen der beiden Lehrer allem Uebrigen vollständig an, was Dr. Hermes gesagt hat.

Hoffentlich existirt im preußischen Staat nur ein solcher Stadtschulrath.

(Heiterkeit.)

„Die Sache sei ja im einzelnen" — und nun kommt das wunderbare Bekenntniß, womit er sich selbst ins Gesicht schlägt, noch so wenig aufgeklärt und die Verhandlung noch so in den ersten Stadien, daß dazu der Magistrat als solcher noch gar keine Stellung einzunehmen in der Lage gewesen ist." Meine Herren, also nicht aufgeklärte Sachen — in den ersten Stadien und dann vollständige Zustimmung zu dem grenzenlos verwerfenden Urtheil des Dr. Hermes. Ich hoffe das Provinzialschulkollegium wird auch dem Herrn Dr. Cauer den Standpunkt klar machen.

(Heiterkeit.)

Er fährt dann weiter fort: „Der Magistrat werde beim Provinzialschulkollegium strengste Untersuchung und nach Befund strengste und nachdrücklichste Bestrafung beantragen. Das Verfahren der Lehrer sei ein leidenschaftliches und gehöre zu den verwerflichsten Agitationen."

Er weiß nichts darüber aber — leidenschafttlich — verwerflichste Agitation — sofortige Beantragung strengster

Bestrafung, womöglich müßte es Zuchthaus sein. Das ist die Parteinahme widrigster Art, statt ruhig zu prüfen und den übrigen, dessen Pflicht und Gesetz es war, sie mit Würde und Ruhe zu vertreten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Ist man nun über den Dr. Hermes und den Stadtschulrath Cauer noch nicht aus dem Erstaunen herausgekommen, dann setzt sich dieses Gefühl bei dem Herrn Gymnasialdirektor Kempf fort. Das ist der direkte Vorgesetzte beider, oder eines der beiden Lehrer. Bei dem ist nun Stadtschulrath Cauer sofort auch gewesen und nun, nachdem der eben erst die erste Nachricht bekommen hat, wie urtheilt der Gymnasialdirektor Kempf, der doch auch den Beruf hatte, die Männer, die unter ihm arbeiteten, die er als persönliche Ehrenmänner kannte, zunächst erst zu vertreten und wenn ein Fehler vorgekommen war, darauf hinzuweisen, es sind ein paar noch im jugendlchen Alter stehende Männer, denen vielleicht mal unter Umständen das Blut ein wenig zu lebhaft wallen kann? Diesen beiden Leuten gegenüber, selbst wenn sie unangemessene Aeußerungen gethan haben sollten, erscheinen die beiden alten Herren, Cauer und Gymnasialdirektor Kempf, in einer wirklich sehr üblen Situation; sie machen einen viel schlechteren Eindruck, wie die beiden jungen Leute, selbst wenn sie sich vergangen

(sehr gut! rechts)

hätten. Also der Gymnasialdirektor Kempf ist nach Angabe des Schulrath Cauer auch sofort im höchsten Grade aufgeregt.

(Heiterkeit)

Man sollte glauben, es sei eine der gewaltigsten Staatsaktionen im Gange, wenn man die alten Herren mit einmal in diese fanatische Begeisterung hineingerathen sieht.

(Heiterkeit.)

Herr Direkter Kempf ist entrüstet über das, was geschehen ist: nämlich daß ein Jude einem Christen eine Ohrfeige gegeben hat —

(Heiterkeit.)

und bittet den Schulrath ausdrücklich, den Stadtverordneten von seiner Entrüstung den nachdrücklichsten und kräftigsten Ausdruck zu geben. Es könne das gar nicht so stark ausgedrückt werden, wie er es empfindet.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, ich hoffe, er schämt sich heute schon über diese seine Aufregung.

(Hört! hört! links.)
(Sehr richtig rechts.)

Nun, meine Herren, kommen wir in unser eigenes Kollegium. Jetzt kommt der Herr Dr. Langerhans.

(Zuruf links.)

Meine Herren! Wenn man so lange schon im Parlament sitzt und hier eine solche Menge aufregender Dinge hat an sich vorübergehen lassen, dann, sollte man meinen, wird so ein alter Parlamentarier mit einer gewissen eisernen Gemüthsruhe auch diese höchst aufregende Stadtneuigkeit betrachten. — Fehl geschossen!

(Heiterkeit.)

Wie die drei Vordermänner, so der Dr. Langerhans; der sagt nun seinerseits:

> Er wolle durch das Auftreten der Stadtverordneten der weiteren Mit- und Nachwelt beweisen

(Große Heiterkeit rechts.)

Da sehen die Herren, der Dr. Langerhans sorgt bereits für die spätesten Geschlechter,

(Heiterkeit)

und weil ich befürchtet habe, die Stadtverordnetenprotokolle könnten doch mal im Laufe der Jahrhunderte schneller aus dem Gedächtniß der Nachwelt kommen, als unsere parlamentarischen Verhandlungen, darum habe ich dem Dr. Langerhans als getreuer Kollege zu Hülfe kommen wollen und habe diese welthistorische Thatsache auch hier zur Kenntniß gebracht und Sie werden nun durch unsere stenographischen Berichte mit größerer Sicherheit aufbewahrt.

> er wolle durch das Auftreten der Stadtverordneten der weiteren Mit- und Nachwelt beweisen, daß nicht die ganze Bevölkerung Berlins von einem derartigen *unfläthigen* Treiben erfaßt sei.

(Sehr richtig! links.)

Er will die Gegner der Juden gezwungen wissen, gar nicht mehr zu wagen, mit *ihrer Meinung öffentlich* hervorzutreten.

(Sehr gut!)

Sie sehen, es ist der reine Despotismus fortschrittlicher Art im besten Sinne des Wortes.

(Sehr gut!)

Aber dabei ist mir doch eins eingefallen. Ich bewundere den Herrn Dr. Langerhans, daß er in demselben Moment so eminent für die körperliche Züchtigung eintritt, wo sein und unser verehrter Kollege Richter eben erst in das Haus hineingerufen hat: Wenn die konservative Partei mit der Einführung und Weiterführung der körperlichen Züchtigung auftritt, dann ist sie stets an ihrem Ende. Aber, meine Herren, wofür ist

die konservative Partei eingetreten? Gegen die ruchlosesten Verbrecher nöthigenfalls auch die körperliche Züchtigung nach gerichtlichem Spruch eintreten lassen zu können; oder innerhalb der Strafanstalten, nachdem alle niederen Strafmaße erschöpft sind, gegen solche Leute, die wegen schwerer Verbrechen dort sitzen und sich der Zucht des Hauses nicht unterwerfen wollen, mit milderen Mitteln nicht zu bändigen sind und zwar in streng geordneten Formen, wie sie die Königliche Staatsregierung seit Jahren vorgeschrieben hat, die körperliche Züchtigung auszuführen. Dem gegenüber tritt Herr Dr. Langerhans sowie der Abgeordnete Richter bei Unterschreibung der Interpellation für die körperliche Züchtigung ein und zwar ungesetzlich, in jedem Augenblick, nach der Willkür jedes Einzelnen, und zwar gegen höchst ehrenhafte Männer

(Sehr gut!)

Die naturnothwendige Folge davon, meine Herren, nach dem eigenen straffen Ausspruch des Kollegen Richter ist: die fortschrittliche Partei geht der unheilbaren Schwindsucht entgegen, sie vertheidigt jetzt die körperliche Züchtigung ohne Gesetz, und kommen Sie noch einmal gegen uns ins Feld, wenn es sich mal wieder um gesetzliche körperliche Züchtigung handelt, wir wollen Sie an den heutigen Tag erinnern.

Wie's denn so in aufgeregten Zeiten geht, es ist eine ansteckende Krankheit. Kaum haben die Berliner Stadtverordneten der Welt kund gethan, wie sie die Sache auffassen, da finden sich noch 76 andere Herren, die nun ebenfalls die gesammte Christenheit aller Konfessionen auffordern.

(Ruf links: körperlich zu züchtigen.)

Nun, um die Frage handelt es sich nicht, und wenn Sie mich nicht unterbrechen wollten, so wäre es vielleicht besser. — Also sie entschließen sich, die gesammte Nation aufzufordern, für die gerichtlich verurtheilten, zweifelhaften Juden und gegen zwei ehrenhafte, gemißhandelte Gymnasiallehrer für den Juden in die Schranken zu treten. Da kommen nun die absprechendsten Urtheile von einer Reihe von Männern, von denen man es gar nicht erwarten sollte. Da beruft man sich auf den Krieg von 1870 und 1871, daß der alle alten Glaubensgegensätze in Deutschland verwischt habe. Ob die Herren die acht verflossenen Jahre geschlafen haben?

(Sehr richtig! rechts.)

Wer hat denn gerade nach dem Kriege von 1870/71 den furchtbaren Haß des Kulturkampfs in die Welt hineingesetzt? Vorzugsweise die Herren von der Fortschrittspartei.

(Zuruf: Bismarck!)

Fürst Bismarck? Ja, der hat allerdings auch . . . .

(Heiterkeit links. — Aha!)

Meinen die Herren etwa, ich würde die Mitthätigkeit des Fürsten Bismarck auf diesem Gebiete einen Augenblick ableugnen, ich, der ich 1871, 72, 73 auf diesen Bänken der Königlichen Staatsregierung gegenüber immer lebhaft für Nichteinführung dieser Gesetze eingetreten bin? So furchtsam bin ich nicht! bilden Sie sich das nicht ein.

(Heiterkeit.)

Es wären alle Stämme vereint, heißt es in jenem Schriftstück weiter, statt dessen werde jetzt Racenhaß und Fanatismus des Mittelalters geschürt.

Hätten doch die Herren, als der Kulturkampf entbrannte, sich auch so rasch gemeldet mit ihren Versöhnungsworten! Wo war denn Oberbürgermeister v. Forckenbeck und Professor Mommsen, als draußen in Moabit der Klostersturm stattfand, als ruchlos ein Gebäude zerstört, stille friedliche Leute aus dem Hause gejagt wurden? War es da nicht Zeit, daran zu erinnern, daß soeben erst ein glorreicher Krieg geführt sei, damit Jeder seines Glaubens leben könne? Die Herren waren nicht da, sie schwiegen.

(Zuruf: v. Forckenbeck war ja gar nicht in Berlin!)

Er wohnte doch aber in Deutschland und konnte seine Erklärung auch von Außen her abgeben. Seitdem sind acht Jahre verflossen und ich habe nicht gehört, daß er und Mommsen in der ganzen Zeit einmal zum Frieden gemahnt und sich so energisch an die gesammte Christenheit und Judenschaft gewendet habe, den Kulturkampf zu beenden und ihn nicht zu verschärfen durch das Treiben der Presse und Versammlungen. Mit dem, was die Gesetzgebung auf diesem Felde gewährt hatte, war des Guten genug gethan; das Schlimmste beim Kulturkampf lag leider in der Art seiner praktischen Ausübung! Wo waren denn diese Herren mit ihren Friedensworten, als die Schulschwestern, die sich nach preußischem Gesetz auf ihren Beruf vorbereitet hatten, aus ihrem Gewerbe und Lebensunterhalt hinausgejagt und in die Fremde geschickt wurden? Wo waren die Herren, als die Jesuiten, ganz gegen unsere bisherige Gesetzgebung, aus dem Lande gejagt wurden? Niemals haben sie sich hören lassen, sie waren still und stumm; der große Aufruf an die Nation und an die Wirkungen des Krieges 1870/71 ist damals niemals zur Erscheinung gekommen. Und wenn die Herren so eilig sind, wenn der zweifelhafte Jude Kantorowicz einen andern mißhandelt, warum sind sie nicht ein einziges Mal eingetreten für den Hofprediger Stöcker? Niemals, bei all den

wüsten Anschuldigungen, bei den grenzenlosen Gemeinheiten, die ihm gegenüber durch die Presse und in öffentlichen Versammlungen ausgesprochen sind, — niemals irgend ein Wort der Mißbilligung! An diesen verschiedenen Punkten, meine Herren, da war zuerst die Gelegenheit gegeben, ein Wort des Friedens zu sprechen. Jetzt war es eine etwas unbequeme Gelegenheit, die Sie in der ersten Aufregung erfaßt haben, und es thut Ihnen vielleicht hinterher selbst schon leid, daß Sie an keinen besseren Fall, als an den von Kantorowicz angeknüpft haben.

(Sehr wahr!)

Und nun fordern die Herren uns auf, in wahrer Begeisterung uns für die Juden in die Schanze zu schlagen! Ja, meine Herren, wenn noch so viel Beleidigung und Besudelung von Personen und christlichen Glaubenswahrheiten die Christenheit aller Konfessionen sich jetzt auf den Fall Kantorowicz hin begeistert in die Schanze schlagen sollte, so hieße das — und das wird ja der Geschichtsschreiber des römischen Volkes, Herr Professor Mommsen, am besten wissen, — die Christenheit auffordern, unter dem kaudinischen Joche hindurchzukriechen.

(Sehr richtig!)

Nun kommt auch eine jener großen stereotypen Phrasen, an denen die Fortschrittspartei alle Zeit so reich gewesen ist,

(sehr gut! rechts.)

— hochtönend, geringer Inhalt.

Da heißt es:

„Unser Ruf ergeht an die Christen aller Parteien, denen die Religion die Botschaft vom Frieden ist; unser Ruf ergeht an alle Deutschen, welchen das ideale Erbe ihrer großen Fürsten, Denker und Dichter am Herzen liegt."

(Heiterkeit. Zuruf: Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, wer das „sehr richtig" gesagt hat.

(Ruf des Abgeordneten Rickert: Ich!)

Ah! Herr Rickert. Nun, ich pflege in der Regel das zu beweisen, was ich ausspreche. Ich halte mich genau an das Wort, was der Herr Richter vorhin einem Andern zurief: „Thatsachen"; ich werde sie Ihnen schon vorführen und werde Herrn Rickert wieder fragen, ob das „sehr richtig" am Platze war; ich glaube, er hat einen historischen Schnitzer gemacht.

(Heiterkeit.)

Also wir werden verwiesen auf unsre großen Fürsten. ., wie betrachtete denn Kaiser Friedrich II. die Sache,

den Sie doch unbedenklich als größten Hohenstaufen unter die großen deutschen Fürsten rechnen — der Mann, der so lange den Kampf gegen das Papstthum geführt hat, er ist doch in Ihren Augen gewiß ein Mann, der zu diesen großen Fürsten, auf die sich die Sechsundsiebenzig berufen, gehört —? Der sagte:

„Man muß die Juden von den öffentlichen Aemtern ausschließen,

(Sehr wahr! rechts.)

damit sie nicht unter dem Deckmantel der Obrigkeit die Christen unterdrücken."

Wie Friedrich der Große über diese Sache dachte, wissen Sie alle — und das war auch einer unserer größten Regenten, also die Heranziehung der großen Regenten stimmt nicht, trotz des Herrn Professor Mommsen, der Historiker ist.

(Heiterkeit.)

Nun will ich gleich hinter die Fürsten die dazu gehörigen Staatsmänner einrangiren. Da ist Stein und Vincke. Das sind ein paar Männer von so anerkannter Autorität, und sie lebten nicht wie Kaiser Friedrich im Mittelalter — darauf könnten Sie sich allenfalls beziehen — ich gebe ja gern alles zu, was ich kann. Das sind die Männer der neuesten Zeit. Meine Herren, es brachte noch vor einigen Tagen eine westphälische Zeitung die Verhandlungen des westphälischen Provinziallandtages vom Jahre 1826, wo fast einstimmig der gesammte Landtag sich sehr energisch gegen die Emanzipation der Juden aussprach. Also die großen Staatsmänner stehen auch nicht alle auf Ihrer Seite trotz der verschiedenen Staatsmänner, die im vereinigten Landtage nach der Aeußerung des einen der Herren Vorredner sich dafür ausgesprochen haben.

Nun aber kommen unsere großen Denker. Ja, ich sollte meinen, Kant und Fichte und Schopenhauer und Luther, die gehören unter unsere großen Denker. Aber Kant und Fichte und die andern sprachen sich alle in einer sehr anderen Weise aus als die 76 Berliner. Da sagt z. B. Kant:

„Die unter uns lebenden Palästiner sind durch ihren Wuchergeist in den nicht ungegründeten Ruf des Betruges gekommen."

Das war ein Ostpreuße vom Anfang des Jahrhunderts; einen Westpreußen dagegen, der vom Wuchergeist der Juden nichts weiß oder wissen will, haben wir eben in Herrn Rickert gehört.

(Heiterkeit.)

Dann berufen sich die Herren auch auf unsere großen Dichter; sie führen aber kluger Weise nur den einen, Lessing, an und

haben dabei natürlich an seinen Nathan gedacht. [illegible] die Personen im Nathan geschildert sind, hat Herr [illegible] Stöcker bereits gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hänel: Geschmacksache. [illegible]) Mein Geschmack ist ein etwas anderer, als der Ihrige, [illegible] in der Regel passen unsere beiden Geschmäcker gar [illegible] zusammen.

(Heiterkeit.)

Das rechne ich mir für meine Person natürlich zur [illegible] Ehre an;

(sehr gut! rechts)

ich würde mich bedauern, wenn wir uns jemals [illegible] einem Felde zusammenfinden sollten, ich würde dann [illegible] selber irre werden. Man mag ja über die [illegible] Nathans des Weisen denken, wie man will, man [illegible] aller Verehrung und Hochachtung vor Lessing [illegible] zweifeln, ob das sein bestes Werk sei. Ich will [illegible] anführen: wenn alle Juden so sind, wie Lessing [illegible] Weisen schildert, dann ist die Emanzipationsfrage [illegible] Judenfrage sofort aus der Welt geschafft und [illegible] mit ihnen den entschiedensten Bund. Nun giebt es [illegible] Lessing noch einige andere großen Dichter, und [illegible] Herren doch wohl bekannt sein, wie Göthe, [illegible] Herder über die Sache gedacht haben ganz entgegengesetzt [illegible] der Auffassung Lessings. Es ist schade, daß die [illegible] gewandten Leute unter den 76 so bedeutende [illegible] ihren einzelnen Sätzen gemacht haben.

Nun, wie Mommsen, der Historiker, Treitschke [illegible] und ich habe vorher schon Luther angeführt. [illegible] denken, das weiß Jeder, und Treitschke, Mommsen [illegible] sind doch auch noch Männer aus neuerer [illegible] Mommsen, der wunderbarerweise die [illegible] unterschreibt, derselbe Mann sagt, daß die Juden [illegible]

der Interpellation hingewiesen. Dabei ist ja natürlich vorzugsweise an den Kollegen Stöcker gedacht worden. Er hat sich bereits selbst zur Genüge vertheidigt; einige Anführungen, die er selbst aber wohl nicht gut machen konnte, oder die er nicht zur Mittheilung gebracht hat, will ich doch eben auch hier anführen. Was hat er denn in seiner ersten Rede, die ja der [illegible] und der erste Angriffspunkt für die jüdische Presse gegen ihn in besonderem Maße war, gesagt? Die Juden möchten ein wenig bescheidener und toleranter werden. Selbst die Abgeordneten Hänel [?] und Virchow konnten vorgestern nicht umhin zu [illegible], daß es eine Anzahl von Juden gebe, die — wirklich [illegible] unangenehme Charaktereigenschaften hätten, mit denen [illegible] nicht immer angenehm leben ließe. Daß es [illegible] ehrenhafte, anständige Juden giebt, das ist dem Kollegen Stöcker auch ebenso gut wie mir bekannt und das [illegible] werden wir mit aller Entschiedenheit aussprechen: [illegible] es giebt eine ganze Reihe von Juden, ehrenhaft, treu [illegible] Glauben ihrer Väter haltend, vor denen haben wir [illegible] Respekt, und ich möchte sogar sagen, ich habe vor einem [illegible] Juden, dem das Gesetz seiner Väter heilig gilt, [illegible] der für seinen Glauben eintritt, mehr Sympathie, auf [illegible] Gebiet genommen, mehr Respekt als vor der ganzen [illegible]partei zusammengenommen.

(Große Heiterkeit!)

[illegible] will dies mit ein paar Worten motiviren.

(Rufe links: wir glaubens ja!)

[illegible] Reihe von Jahren, in denen ich die Ehre habe — [illegible] jetzt 9 Jahre, wo ich im Landtag mitsitze — mit den [illegible] der Fortschrittspartei hier in näherer Beziehung [illegible] und ihre Wirksamkeit und Thätigkeit im Lande zu [illegible] — und ich mache es mir stets zum Gesetz, auch ihre [illegible] mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit anzuhören [illegible] gar nicht leugnen, daß ich Vieles und Manches [illegible] habe, aber in allem, was sie bis jetzt gesagt [illegible] habe ich noch nicht ein einziges Wort gefunden, wo [illegible] die christliche Kirche [?] eingetreten wären.

[illegible], wo es galt, gegen die Dogmen und die Rechte [illegible] aufzutreten, waren Sie mit dabei. Der erste [illegible] aus den Reihen der Fortschrittspartei gehört [illegible] sich selbst das Zeugniß abgab: ich bin ein [illegible], — das war vorgestern der Kollege Träger. [illegible] sagen, ich glaube ihm aufs Wort und [illegible] von der Fortschrittspartei ein kleines [illegible], aber es giebt auch wunderbare Heilige.

(Große Heiterkeit)

denn in seinen weiteren Aeußerungen und in seiner weiteren Haltung dieser Frage gegenüber waren doch einzelne Dinge, die von einem gläubigen Christen schwer glaubbar sind.

Nun, was hat denn der Kollege Stöcker, den der Kollege Loewe trotz seiner ruhigen Ausführungen hinterher dennoch so heftig angriff, gethan? Er ist mitten in eine Zeit hinein, wo diese Stadt Berlin auf das heftigste in allen ihren unteren Bevölkerungsschichten durch die Sozialdemokratie bewegt wurde, mit dem von allen Seiten hier anerkannten Muth hineingestiegen in die Höhlen der Sozialdemokratie, um den positiven Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Königliche Staatsregierung ihrerseits, als sie die sehr nothwendigen und gesegneten Gesetze gegen die Sozialdemokraten einbrachte, erkannte zu gleicher Zeit doch klar und vollständig, daß damit die Frage nicht gelöst wäre, daß man äußerlich zwar für eine gewisse Zeit Ruhe und Ordnung schaffen und die aufgewühlten Geister wieder zur Stille bringen könne, daß man dem wie ein Krebs um sich freisenden Feuer der Sozialdemokratie in der Weiterausbreitung wenigstens Thür und Thor abschließen könne, aber bei denen, die bereits mitten in ihr befangen waren, man nur sehr schwer und nur durch positive Mittel herankommen könne. Da ist der Kollege Stöcker hineingegangen und hat das positive Wort gesprochen, was für die Leute nothwendig war; er hat zugegeben, daß ja manches in ihren Forderungen berechtigt, und daß in unserem Gesellschaftsleben manches der Reform bedürftig sei. Wenn man den Sozialdemokraten gegenüber das, was berechtigt und wahr ist, anerkennt, dann kann man um so entschiedener alles das zurückweisen, was unberechtigt, was hassenswerth ist.

Ist das aber die einzige Thätigkeit unseres Herrn Kollegen Stöcker. In der Berliner Stadtmission? Nein, denn wo er rastlos daran arbeitet, um tausenden von Armen leiblich und geistig Brod darzubieten, wo er die Verirrten, sittlich verkommenen Elemente überall wieder herauszureißen sucht aus ihrem sittlichen Elend, — das ist eine Arbeit so schwerer, so saurer Art, wie sie kein Zweiter unter uns getragen hat, und wenn irgend jemand, dann hätte der Berliner Magistrat und die Berliner Stadtverordneten einen Anlaß, ihm dafür tausendwerth Dank zu wissen, ihm den Ehrenbürgerbrief zu geben.

(Sehr wahr! rechts. Heiterkeit links.)

Es hat, wie mir vorgestern ein Kollege hier erzählte, ein Landrath der Nachbarschaft gesagt, in seiner Kreisstadt sei

es bisher sehr ruhig gewesen, — da sei der Hofprediger Stöcker hingekommen — und nun sei eine nicht geringe Unruhe in seine Bevölkerung gefahren. Das glaube ich auch und halte es für sehr gut Die Grabesruhe ist nirgends was werth, und das Wort: „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht", haben Sie selbst oft genug perhorressirt. Wenn die Geister so von allen Seiten auf dem Plane sind, die Geister der Zerwühlung, der Zerstörung, der inneren Auflösung, dann ist es die Pflicht jedes ehrlichen Mannes, auch an seiner Stelle die ruhenden, die lethargischen, die trägen Elemente zu wecken, damit es uns nicht so geht wie es uns 1848 ging, da kam man auch überall mit der Spritze darüber, wenn energische konservative Männer darauf aufmerksam machten, es sei hohe Zeit, unser Volk gegen diese zerstörenden Elemente anzurufen. Es war nachher zu spät! Mit schlafenden Geistern richtet man dem Aufruhr gegenüber nichts aus, und ich halte es für eine gesegnete Arbeit, daß gerade in unserer Zeit eine große Menge von Männern auf dem Plan sind, um diesen zerstörenden Elementen gegenüberzutreten.

Und nun frage ich Sie, wenn Sie diese Menge beleidigender Ausfälle sich vergegenwärtigen — und einige werde ich nachher noch anführen . . . . .

(Große Unruhe links.)

Ja, meine Herren, (nach links), Sie haben es gewollt und nun sollen Sie es haben. Ich denke nicht eher aufzuhören, als bis ich mit dem letzten Worte fertig bin.

(Sehr gut! Bravo! rechts.)

Also all dieser Menge von Beleidigungen, Verleumdungen ihm gegenüber fordere ich Jeden auf, der ein Wort in dieser beleidigenden Tonart auch nur aus einer seiner Reden anzuführen vermag; er hat sich auch unter den schwierigsten Verhältnissen stets einer würdigen, ruhigen, sachlichen Sprache befleißigt und das sollte ihm auch bei aller prinzipiellen Gegnerschaft Achtung verschaffen. Sie (nach links) nehmen für sich das Recht in Anspruch, ungescheut, frei und offen mit Ihrer Ansicht herauszutreten. Lassen Sie Anderen auch dieses Recht, bekämpfen wir uns in würdiger Weise, lassen wir alle Beleidigungen und Verleumdungen bei Seite, dann wird sich vielleicht sehr viel früher ein Einverständniß ergeben. Von diesem Gesichtspunkte aus begrüße auch ich die heutigen Verhandlungen, sie werden etwas zur Verständigung beitragen; namentlich wünsche ich, daß alle ehrenhaften und in dieses schwierige Treiben nicht hineinverwickelten Juden gegen ihre eigenen Glaubensgenossen fest und entschieden auftreten, auf

unsere Seite treten und zu einer würdigen Kampfesweise auffordern.

Es ist das Wort von unserm Kollegen Straßmann zwar schon angeführt, aber da in der vorgestrigen Debatte der eine der Herren Redner so sehr erregt war, daß man an das Berliner Rathhaus rothe Zettel mit den Worten geschrieben hatte: „Wählt keinen Juden!“ da frage ich: wie oft haben Sie (nach links) in allen möglichen Wahlkämpfen das Volk ernstlich davor gewarnt: „Wählt keinen Konservativen!“, und nun das Berliner Volk sich das herausnimmt, auch einmal zu sagen: „Wählt keinen Juden!“ ist es ein halbes Verbrechen. Warum will das Berliner Volk, wenigstens diejenigen, die diese rothen Zettel angeschrieben haben, einen Juden nicht gewählt haben? Erstens sitzen ihrer schon viel zu viel in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, weit über das Maß ihrer Bevölkerungsziffer hinaus; zweitens aber sagt sich das christliche Volk: wenn ein Mann wie der Berliner Stadtverordnetenvorsteher in einer großen Versammlung den christlichen Geistlichen und auch Laien gegenüber solche aufreizenden Worte zu sprechen wagt, gegen die der Oberbürgermeister v. Forckenbeck, Professor Mommsen und ihre Genossen nicht eingeschritten sind, gegen die sie keine Erklärung abgegeben haben, dann wollen wir solchen Mann wenigstens nicht mehr im Stadtverordnetenkollegium haben. Wenn er von diesen Geistlichen sagt, die, soweit ich mich entsinne, kein verletzendes Wort gegen die Juden geäußert haben: „ihre Zunge ist wie die der giftigen Viper und ihr Athem wie der Hauch des Sumpfes, in dessen Miasmen alles Leben erstickt“, — meinen Sie, meine Herren, die ganze Christenheit soll sich von einem Juden so etwas sagen lassen,

(Sehr gut! rechts)

ohne daß sie mit dem Horn wider den Kopf stößt, ohne daß sie nachher erklärt, den Mann wollen wir nicht mehr in dem Stadtverordnetenkolleg haben, der so von den christlichen Geistlichen spricht? Wollen Sie würdig behandelt sein, dann behandeln Sie erst die große Majorität, $^{85}/_{86}$ unseres Volkes in einer angemessenen und richtigen Weise! Wie nennt der Börsenkourier, den der Kollege Rickert nicht liest, den Abgeordneten Stöcker? Er sagt, er sei der Rhapsode des Bierdunstes. Ist das eine Art, wie man einen Gegner behandelt? Und ist es nicht eine Perfidie ersten Ranges, wenn man einen Hofprediger Seiner Majestät des Kaisers, einen hochstehenden Geistlichen — ich führe Seine Majestät hier nicht an, um ihn für mich sprechen zu lassen, ich sage blos, daß er der Hofprediger des Kaisers ist — wenn man einen

Mann in solcher Lebensstellung verläumdet und der Börsenkourier es durch die ganze Welt bringt, er verletze in schmachvoller Weise seine Pflicht gegen seine alte, betagte und bedürftige Mutter — ist das nicht die größte Infamie gegen einen Geistlichen, daß er seine kindliche Pflicht gegen die Mutter verletzt, daß er das vierte Gebot mit Füßen tritt? Und nun, meine Herren, ist nicht auch durch die Reihen der Juden ein Aufschrei des Zornes hindurchgegangen, als derselbe Börsenkourier vor einigen Tagen von dem Lump Stöcker sprach und dann hinterher recht perfide das Komma korrigirte, damit die Aufmerksamkeit der Leute erst recht darauf gerichtet wurde? Ist das eine ehrenhafte Kampfesart? Ich sollte meinen, Jeder, der nur ein wenig für ehrlichen Kampf, auch der schärfsten gegenüberstehenden Parteien ist, muß so etwas verurtheilen und es wird sicherlich den Juden keinen Vortheil bringen, wenn sie in dieser Weise fortfahren mit hochverdienten Männern unseres Volkes, unserer christlichen Kirche zu verhandeln. Ich will von der anderen Waffe nicht sprechen, daß eine Unmasse anonymer Zusendungen mit den gemeinsten Schmähungen ihm zugegangen sind. Es sind mir ja, als ich das eine einzige Wort des Sprüchworts einmal hier von der Judenschule anführte, ganz discursiv, auch einmal derartige Ergüsse zugegangen. Es scheint unter den Juden eine Manie zu sitzen, solche Postkarten zu versenden; wegen der Postkasse könnte ich mich freuen, sie nimmt wenigstens immer die 5 Pfennige Porto ein.

(Ruf vom Abgeordneten Richter: Auch von den Konservativen bekomme ich solche Karten!)

Das sollte mir sehr lieb sein, wenn wir solche Hallunken herausbrächten.

(Große Heiterkeit.)

Ich gebe dem Kollegen Richter ganz entschieden das Versprechen, jeden, der sich in lumpiger anonymer Weise und in unanständiger Form an ihn wendet, unbarmherzig aus unseren Reihen auszuschließen, mit solchem Gesindel wollen wir nichts zu thun haben.

(Sehr gut! Heiterkeit.)

Meine Herren, es ist vorhin schon darauf hingewiesen worden, da aber die Nutzanwendung davon nicht gemacht ist, muß ich doch noch einmal darauf hinweisen. Ich hoffe, daß auch diejenigen Herren, welche immer sagen, die Erregung gegen die Juden sei eine nicht begründete, vom Neid eingegebene, von falscher Agitation irre geleitet, wenn sie diese Menge von Thatsachen, die im Laufe der zweitägigen Debatte an Ihnen vorübergegangen sind, sich nachher ruhig vergegen-

wärtigen, daß sie dann wenigstens mit aller Entschiedenheit diesem Treiben auch ihrerseits mit Einhalt thun werden und das ist gewiß der Weg zum Frieden.

Hier in Berlin im Herrenhause kommt die höchste Versammlung der preußischen evangelischen Landeskirche, die Synode, zusammen und tagt. Und da scheut sich nachher ein jüdisches Blatt nicht, das infame Wort auszusprechen, daß der Sitzungssaal des Herrenhauses desinfizirt, ausgeräuchert werden müsse.

(Pfui! rechts.)

Ja, meine Herren, wenn nun diese Redensart nicht vorgekommen wäre und es nicht als eine Art Retourkutsche erschiene, und morgen erklärte der Reichsbote oder die Preußische Zeitung, bei der großen Zahl von Juden, die heute die Tribünen unseres Hauses erfüllen, sei es nöthig, unsern Saal auszuräuchern, um ihren Geruch zu vertreiben — würden Sie das nicht, und zwar mit Recht, für eine Infamie sondergleichen erklären? Und wir, meine Herren, würden Ihnen von ganzem Herzen beistimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Richter.)

Herr Abgeordneter Richter, Sie haben mich nicht zu korrigiren, das hat Ihnen der Herr Präsident schon ein paar Mal gesagt, Sie haben nur zu schweigen.

(Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abgeordneter Stroffer, ich bitte Sie, in Ihrer Rede fortzufahren.

Abgeordneter **Stroffer:** Daß das kränkend ist, das sehen und fühlen die Juden sofort heraus. Aber meinen Sie nicht, daß die Leute, die auch nicht antworten können, um ihres Amtes Willen, die höchsten Würdenträger der Kirche und mit ihnen die gesammten evangelischen Glaubensgenossen des Landes sich auch tief gekränkt gefühlt haben?

Was du nicht willst, daß man dir thu',
das füg' auch keinem Andern zu.

Und wie hat denn das Mosse'sche Montagsblatt noch in diesen Tagen die Freunde und Gegner des Kulturkampfes gruppirt? Hie Lessing, hie Gesindel! Also Alles, was nicht einstimmt in die angeblich Lessing'schen Anschauungen ist Gesindel! Meine Herren, derartige freche Ueberhebung und Aufreizung sollte man besser unterwegs lassen, es thut nicht gut. Zu allen diesen Dingen, die ich eben angeführt habe, wo man hätte glauben sollen, daß den 76 großen Friedensstiftern

(Heiterkeit.)

und den durch die Affaire Kantorowitz so außerordentlich ent-

rüsteten Herren von der Fortschrittspartei und daß allen ehrenhaften Juden auch die Galle überlaufen mußte — kein Wort der Mißbilligung, der Zurückweisung. Erst jetzt kommt zu meiner großen Freude ein Professor jüdischen Glaubens in der Kreuzzeitung mit der Erklärung, die er gegen den Börsenkourier losläßt, ich wünsche, daß so etwas öfter vorkommt.

(Heiterkeit.)

In solchen Dingen nicht auf der einen Seite jede Kleinigkeit, z. B. die einfachen und vielleicht ja auch — ich weiß das noch nicht — verletzenden Worte der Lehrer ungeheuer in den Himmel erheben, und diese groben Mißbräuche der Preß- und Redefreiheit vollständig mit Schweigen behandeln — das heißt Mücken hängen und Kameele verschlucken.

Nun, meine Herren, in ein paar kurz zusammengezogenen Sätzen nur das, was wir an den Juden der Gegenwart bekämpfen. Das ist also, daß diese Menge ungläubiger Juden, die an ihrem eigenen Glauben Schiffbruch gelitten haben, sich selbst rühmen, daß sie bereits zersetzend auf hunderttausend deutscher Christen eingewirkt hätten, daß die in der Presse für alle Zukunft unsere Glaubenssachen ruhig unberührt lassen, oder wenn sie sie ja berühren, dann in anständiger Form. Kommt dann von unserer Seite ein unangemessenes Auftreten gegen das Judenthum vor, das wir sehr hoch stellen, das alte Testament ist für uns auch Gottes Wort vom ersten bis zum letzten Buchstaben, es ist uns als Gottes Wort heilig, und es wird schwerlich von Christen irgendwie angegriffen werden — sollte es doch geschehen, dann dürfen sie fest und entschieden auf uns zählen.

(Zuruf.)

Ja, ich erkläre jeden für einen Hallunken und Lumpen, der anonym gegen den Herrn Abgeordneten Richter vorgeht.

(Heiterkeit)

Wenn der Herr Abgeordnete Rickert von den zahlreichen Wucherern aus den Kreisen der Juden nichts weiß, dann muß ich sagen, geht er mit einer seltenen Unbefangenheit durch die Erscheinungen der Zeit, und ich wundere mich, daß er als Politiker in unserer Mitte sitzt, der sich in der Regel um die Dinge der Gegenwart zu kümmern hat. Es ist keine Frage, es giebt eine Menge christlicher Wucherer, und wir wollen keinen davon irgendwie milder beurtheilen, wie die jüdischen. Aber es ist auch keine Frage, daß das überwiegende Gros der Wucherer vorzugsweise Juden sind. Da sind weiter diese schwindelhaften Börsenoperationen, das ganze schwindelhafte Börsenwesen, von dem

ich entschieden wünsche, daß ihm auch auf dem Wege der Gesetzgebung überall die Quellen zugestopft werden, daß namentlich die bloßen Scheinkäufe, die vielfach in verderblichster Weise auf die Preise der Lebensmittel und sonstiger nothwendiger Dinge erheblich einwirken, im Grunde gesteuert werde. Daran sind im besondern Maße die Juden betheiligt. Sehen Sie sich auf der Börse um, und es wird Ihnen der äußere Eindruck schon sagen, wer dort zu $^{9}/_{10}$ vertreten ist.

In der Gründerzeit, — ich komme da auf den Kollegen Lasker zu sprechen — da war ihm vorhin von dem Herrn Abgeordneten Richter in sehr erregter Weise es als ein Großes angerechnet worden, daß er damals dagegen Front gemacht hat. Soweit stimme ich mit; hätte er die Sache nicht bloß angefangen und sich 4 oder 5 aus unserer Mitte herausgesucht, wofür ich ihm dankbar bin, denn ich wünsche die Gründer der eigenen Partei nach keiner Seite hin zu schützen, — denn wäre er zu seinen eigenen Glaubensgenossen übergegangen, die 90 Prozent dieser Gründer umfaßten, dann würden wir ihm noch mehr dankbar sein. Das hat er nicht gethan.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein tiefer Schaden, an dem unser Volk durch die Juden krankt, ist die Hof- und Güterschlächterei. Höfe werden gekauft, nicht um sie zu bewirthschaften, — das würden wir mit Freuden begrüßen — sondern um sie zu zerstückeln und dann die elenden Hintersassen, die sich darauf befinden, wiederum vollständig zwischen ihre Finger zu nehmen, bis sie als ausgesogene Pomeranzen zur Seite fallen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und nun eine der schwersten Schädigungen, die aus dem Gesammtleben des Judenthums erwachsen, das ist das ungeheure enge Zusammenhalten aller Juden des ganzen Erdballs, wenn es sich um große Finanzoperationen handelt, daran tritt ihr Kosmopolitismus, den Mommsen schon hervorgehoben hat, grell hervor; ich bin hier mit dem Historiker Mommsen ganz auf ein und derselben Stufe. Es hatte schon im Jahre 1827 die evangelische Kirchenzeitung darauf aufmerksam gemacht, wenn ein portugiesischer Jude und eine germanischer Deutsche mit einander in Krieg gerathen und ein deutscher Jude wäre mit dabei, er würde unversehens immer sofort auf den Deutschen losschlagen und seinem jüdischen Glaubensgenossen aus Portugal beistehen. Das ist der enge Zusammenhang der Juden untereinander. Ich stimme bei, der Glaube ist ebenso, wie die Nationalität, etwas Hohes, Einendes, aber dieser enge, innige Zusammenhang hat nach und nach so

enorme Summen unseres Baarkapitals in die Hände jüdischer Bankhäuser gebracht, daß das eine der bedenklichsten Erscheinungen unserer ganzen Zeit ist, die tief hineingreift in alle politischen und socialen Fragen des Lebens. Es wird sich empfehlen, dem entgegenzutreten, bei recht straffer Handhabung unserer neueren Börsengesetzgebung wird diese Vermögensüberwucherung sich vielleicht im Laufe der Zeit, wenn auch erst in Jahrhunderten umgestalten lassen. Von unseren Banquiersgeschäften im Lande sind etwa auch 90% in den Händen unserer jüdischen Mitbürger, die Reichsbank, — wem ist sie vorzugsweise zum Vortheil gekommen? — das Institut, was eigentlich mit seinen Einnahmen dem Reich allein dienen sollte, um Geld aus Papier zu machen, sollte stets nur ein Hoheitsrecht des Staates sein. Hier ist es in verderblicher Form wiederum, wenn ich nicht irre, das Verhältniß von 95 Juden zu 5 Christen, die in der Reichsbank sitzen; es kann vielleicht ein klein wenig anders sein, aber viel ist es nicht.

Wenn dann in Folge dieser gewaltig angeschwollenen Geldmacht eine große Zahl unserer heutigen Zeitungen sich in jüdischen Händen befindet, und nun in dem angedeuteten Geiste seinen Kampf gegen Christenthum und deutsche Art und Weise führt, so ist das eine der Erscheinungen, die wir tief beklagen, und von der wir wünschen, daß sie im Laufe der Zeit Abstellung findet. Helfen uns darin alle ehrenhaften und besten Juden, dann, bin ich überzeugt, wird sich zwischen uns ein Verhältniß bilden, daß wir im größten Frieden mit uns neben einander leben.

Ich will auf die Goldwährung und ihre Einwirkung,

(Lachen links)

und was dabei von den 90 Millionen —

(Unruhe)

Ja, meine Herren, Sie wissen, der Kommissarius der königlichen Regierung sagte uns von dieser Stelle: 90 Millionen Mark hat der Staat daran verloren. Davon haben sich 89 in den Händen der Juden verkrümelt.

Nun will ich nur ein paar kurze Worte mit den Herren Rednern vom Sonnabend abmachen. Der Kollege Hänel sagt, wir hätten seit einem Jahrtausend die Juden nach Bedarf todtgeschlagen. Nun, das war ein etwas leicht hingeworfenes, aber gewaltiges Wort, so schlimm hat man es weder in Deutschland, noch in irgend einem anderen Volke gemacht. Es sind zwar im Laufe der Jahrhunderte eine ganze Anzahl von mir entschieden gemißbilligter Judenverfolgungen vorgekommen. Aber die Klage geht durch die ganze Zeit hindurch,

daß schon damals die Juden durch Wucherthum und Heranziehen aller Geldschätze der Nation den Haß der übrigen Bevölkerung auf sich gezogen haben. Selbst Thomas von Aquin — also im höchsten Mittelalter —, wie mild, wie freundlich empfiehlt er den Zeitgenossen, die Juden in allen ihren berechtigten Verhältnissen, in ihrem Glauben, in alledem zu schützen, und nur da gegen sie einzutreten, wo sie in bedenklichster Weise Wucher treiben.

Dann hat uns der Kollege Hänel in Bezug auf die Versammlung des Kollegen Stöcker gesagt, es seien turbulente Volksansammlungen, eine Masse, die nur der nervösen Bewegung, des Skandals bedürfe. Wenn jemand aus den ultrakonservativen Reihen so vom Volke spräche, so wäre das sehr unrecht, aber wenn ein Volksmann der Fortschrittspartei sich so über das Volk äußert, so ist mir das, ganz milde ausgesprochen, höchst unbegreiflich. Ich wünsche, daß das Volk von derartigen liebenswürdigen Redensarten von Herrn Hänel Notiz nimmt. Wir haben heute von Herrn Richter dasselbe Volk als Mob bezeichnen gehört, und das war auch keine freundliche Bezeichnung für Schuhmacher, Schneider und Handschuhmacher.

(Zuruf links.)

Mit einem schlechten Witz kommt man über die Dinge nicht weg,

(Sehr richtig! links)

und der Zuruf gehörte nicht zu den guten Witzen.

Da frage ich die Herren blos: was waren denn das für Leute, die in allen Volksversammlungen seit 1848 um ihre Redner sich versammelten? war das auch Mob? waren es auch turbulente Leute, die einer nervösen Aufregung bedurften. Das Eine wie das Andere müßte es nach ihrem Ausspruch gewesen sein.

Dann hat er uns vorgeführt, es seien Massenschändungen jüdischer Gräber in einem Dorf vorgekommen, und hat dies zu einer Beurtheilung der gesammten Judenfrage in einer Weise verwerthet, die fast unbegreiflich ist. Ich habe von dem Vorfall leider nichts näheres gehört, obgleich ich ein sehr fleißiger und eifriger Zeitungsleser bin. Aber der Abgeordnete Hänel sagt es, und er ist ein ehrenwerther Mann — es muß wahr sein. Nun frage ich ihn aber: Glaubt er denn, daß ein wahrer Christenmensch Judengräber schänden kann? Nun und nimmer mehr. Wenn es geschehen ist, war es ein ruchloser Bube oder mehrere, und die können auch der Fortschrittspartei oder den Juden selbst angehört haben.

(Zurufe.)

Nun höre ich gar, daß der unschuldige Sturm es gethan hat, und das wird als Massenschändung an Gräbern gegen die Christen ausgebeutet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hänel: Gar nicht wahr! eine vollständige Entstellung des Sinnes.)

Es wird mir sehr lieb sein, wenn der Kollege Hänel mich nachher in den persönlichen Bemerkungen widerlegt,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hänel: Lesen Sie den stenographischen Bericht.)

ich habe mich an das gehalten, was ich gestern notirt habe.

(Erneute Zurufe.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, nicht mehr zu unterbrechen, der Abgeordnete Strosser hat das Wort.

Abgeordneter **Strosser:** Der Herr Kollege Virchow hat uns vorgeführt, daß Stahl und Leo auch den Juden angehört hätten. Was den verewigten Stahl anbetrifft — ja der war ein Jude und wurde ein lauterer, voller und ganzer Christ und ein konservativer Mann ersten Ranges, so daß wir heute noch stolz sind auf ihn. Wenn die sämmtlichen 500,000 Juden, die wir im Lande haben, wie Stahl so treue und gläubige Christen werden wollen, so entschiedene Konservative, sollen sie uns höchst willkommen sein.

(Große Heiterkeit.)

Dann sagt der Abgeordnete Virchow mit derselben Sicherheit und Entschiedenheit, auch der verewigte Leo wäre ein Jude gewesen. Da sieht man, wie sich auch ein großer Gelehrter auf dem Gebiete der Geschichte irren kann, und es hätte der Kollege Löwe vorhin nicht so zu lamentiren brauchen, daß auch der Kollege Stöcker sich eines kleinen Irrthums in Bezug auf Schleiden schuldig gemacht hätte. Dem Kollegen Virchow — vielleicht wird er es sonst schon erfahren haben, es ist ihm in der Hitze des Gefechts passirt — will ich in Bezug auf Leo sagen: sein Vater war ein evangelischer Geistlicher in einem Dorfe im Thüringer Walde bei Rudolstadt und soweit er selbst ermittelt hat über seine Vorfahren, — er hat nur bis zur zehnten Generation rückwärts Erkundigungen einziehen können — so waren das alles gute Christen.

In einem der kleinen Zugeständnisse, die uns der Kollege Virchow in Bezug auf die Juden gemacht hat, sagte er, er wünsche, daß sich die Juden etwas praktischer im Kampfe benommen hätten. Praktisch, meine Herren, sind sie immer gewesen, ich wünschte, sie hätten sich etwas bescheidener und anständiger, ehrenhafter benommen. Das war der richtige Ausdruck, das praktische will nicht viel sagen, dabei hätten wir nicht viel gewonnen. Dann hat er selbst gesagt, nichts

sei für die Sache nützlicher, als die öffentliche Diskussion. Ich bescheinige ihm das, die beiden Tage bezeugen es.

Nun kommt der Kollege Träger. Der behauptet, Fürst Bismarck habe erst, seit er Kanzler geworden, andere Ansichten über seine Stellung zu den Juden bekommen, wenn ich den Abgeordneten Träger richtig verstanden habe, — es kann sein, daß ein Irrthum vorgekommen ist. Er behauptet, Fürst Bismarck dürfte früher ähnliche Anschauungen darüber gehabt haben, wie die von ihm angeführten Mitglieder der Herrenkurie vereinigten Landtages.

Da ist er doch auch in einem großen historischen Irrthum. Fürst Bismarck hat in jener Zeit, wo der vereinigte Landtag existirte, in dieser Frage gesagt:

> „wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, (also als Richter, der nomine des Königs seine Urtheile fällt) dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich das freudige und aufrechte Ehrgefühl verlassen würde, mit welchem ich meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin."

Sie sehen also, es war ein kleiner historischer Schnitzer unseres Kollegen Träger. Nun fordert er uns auf, wir sollten nicht eintreten für Ideen, die verdammt und gebrandmarkt seien seit 1847. Ja, meine Herren, selbst die liberalen Adligen, die damals 1847 im vereinigten Landtage sich so aussprachen, wie er uns vorgestern vorgeführt hat, sind doch für uns nicht so große Autoritäten wie die Dichter, Denker, Staatsmänner und Fürsten, die ich Ihnen vorher angegeben habe. Die wiegen für uns noch etwas mehr als jene 3 bis 4 liberalen Adligen des Jahres 1847.

Nun will ich nur noch auf eine seiner Bemerkungen zurückkommen. Er rühmt die Tapferkeit der Juden in den Freiheitskriegen, ihre Lust zu sterben für das Vaterland. Da scheint er noch ein wenig an den älteren Berichten zu kleben und von den neueren Berichtigungen, die später veranlaßt worden sind, keine Kenntniß gehabt zu haben. Als man diese Behauptung zum ersten Mal aufstellte, wurde hinterher amtlich ermittelt, wie viel Juden eigentlich in die Freiheitskriege gegangen seien; ihre Zahl war erstaunlich klein im Verhältniß ihrer Kopfzahl zur Gesammtbevölkerung des Landes. Ich beschäftige mich sehr aufmerksam damit, ich habe eine ganze Reihe von Detailbeschreibungen der Freiheitskriege studirt, habe aber nirgend von diesen großen Heldenthaten der Juden in den Freiheitskriegen gelesen. Wird aber wohl an

mir liegen. Herr Kollege Träger hat sie wahrscheinlich besser gelesen.

(Ruf: Beitzke!)

Ja das ist eine sehr zweifelhafte Sache; ich habe auch den Beitzke gelesen, das ist mir aber nicht in Erinnerung geblieben. Das will ich zugeben in den Kriegen von 1864, 1866, 1870/71 haben sich die Juden in der Zahl, wie sie im Heer standen, ebenso ehrenvoll und brav gehalten, wie ihre christlichen Mitbürger. Aber ich will den Kollegen Träger auf ein Schlachtfeld aufmerksam machen, wo ich sagen muß, da leisten die Juden ganz außerordentlich viel an Tapferkeit, an Hingebung an Niedermetzelung aller ihrer Gegner. Das ist die Börse!

(Heiterkeit.)

Da metzeln sie jeden Tag eine ganze Portion von Leuten hin, und die finanziellen Leichen der Börse, die dort alljährlich sich zusammenfinden, übersteigen alle das Maß der Todten und Verwundeten, die wir in den sämmtlichen Kriegen, seit den Freiheitskriegen gehabt haben.

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

Herr Kollege Träger hat uns dann darauf aufmerksam gemacht — da er als gläubiger Christ das wissen muß — es gäbe christliche Preßorgane mit den schimpflichsten Tendenzen. Ich möchte ihn nun bitten, uns dieselben namhaft zu machen, damit wir andre Christenmenschen uns davon lossagen; denn mit Schimpf und Schande wollen wir nichts zuthun haben.

(Ruf links: Deutsche Landeszeitung!)

Ich weiß nicht genau, wie die Tendenz der Deutschen Landeszeitung ist; daß sie wirklich so schimpfliche Tendenzen habe, ist mir zweifelhaft. Was die „Wahrheit" betrifft, so hat der Herr Kollege Stöcker es schon ausgesprochen und ich kann ihm das nachsagen: Mit dem Antisemitenverein habe ich nichts zu thun, habe auch seinen Aufforderungen; mich dort zu betheiligen, entschieden nicht entsprochen, die von ihm herausgegebene „Wahrheit", die mir auch in einzelnen Exemplaren zugeschickt wurde, um darauf zu abonniren, halte ich nicht, denn die Kampfesweise und die Waffen, die dort gebraucht werden, billige ich nicht;

(Hört! links.)

aber ich muß das hinzusetzen, was der Kollege Stöcker bereits gesagt hat: so lange von der anderen Seite in den Witzblättern ein solcher Ton inne gehalten wird, ist es nicht zu rechtfertigen, aber zu erklären, wenn auch von der „Wahrheit" in dieser Weise gehandelt wird — vielleicht nicht immer so

schlimm gegen den jüdischen Glauben und jüdisches Dogma, wie es von dort aus gegen unseren Glauben und unser Dogma geschieht.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, das letzte Wort.

(Bewegung.)

Thun wir unsrerseits alles mögliche, um die gerügten Uebelstände, die einem großen Theil des jüdischen Volkes ankleben, gemeinsam zu bekämpfen und überall Front zu machen, auch wenn auf christlicher Seite in unwürdiger Art die Juden bekämpft werden. Dann wird der Friede von selber kommen.

(Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Es ist der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Wagener, v. Rauchhaupt und Freiherrn v. Minnigerode. Ich bitte, daß diejenigen, welche den Schlußantrag unterstützen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Auf der Rednerliste stehen noch für: die Abgeordneten Dr. Virchow, v. Ludwig, Richter, Kieschke; gegen: die Abgeordneten Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Dr. Lieber, Dr. Reichensperger (Köln), Dr. Roeckerath. Ich bitte nunmehr, daß diejenigen Herren, welche den Schluß herbeiführen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Wir bitten um die Gegenprobe, und daß diejenigen Herren sich erheben, welche gegen den Schluß stimmen.

(Geschieht.)

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Schlußantrag gilt als abgelehnt. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abgeordneter **Richter:** Herr Präsident, obwohl es für den Augenblick nach dieser Erklärung keine praktische Bedeutung mehr hat, so möchte ich doch bemerken, daß, wenn eine Abstimmung über den Schluß zweifelhaft ist, dann ohne Gegenprobe der Schluß als abgelehnt gilt.

Präsident: Die Schriftführer waren uneinig und wünschten ausdrücklich, um einen Ueberblick zu gewinnen, daß die Gegenprobe gemacht wird.

Es ist die Vertagung beantragt von den Abgeordneten v. Ludwig, Mooren und Dr. Virnich.

(Unruhe und Widerspruch.)

Meine Herren, darüber wird ja die Abstimmung entscheiden. — Ich bitte, daß Diejenigen, welche den Vertagungsantrag unterstützen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Ich bitte nunmehr, daß diejenigen Herren sich erheben, welche vertagen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Minorität. Der Vertagungsantrag ist abelehnt, die Debatte geht fort

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Meine Herren, ich wollte, bevor die Auswanderung begonnen

(Heiterkeit)

erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Sie lange zu behelligen. Ich erkenne ja mit Ihnen an, daß die Debatte weit genug gegangen ist. Ich habe nur das Interesse einerseits, gegenüber den ziemlich heftigen Angriffen, welche gerade die letzten Herren Redner gemacht haben, ein Paar abwehrende Bemerkungen zu machen, andrerseits von meinem Standpunkte aus das praktische Resultat der Debatte zu ziehen.

Meine Herren, der Abgeordnete Strosser hat sich mit einer gewissen Zähigkeit immer wieder von neuem darauf gestützt, als sei das, was von Seiten der liberalen Partei in der letzten Zeit in dieser Sache geschehen ist, durch den Fall Kantorowitz herbeigeführt worden. In dieser Beziehung darf ich wohl annehmen, daß die Erklärung, welche — ich glaube von Herrn Mommsen persönlich — in der Zeitung gestanden hat, daß unsere Erklärung schon vor dem Fall Kantorowitz formulirt ist, endlich einmal anerkannt werden wird.

(Hört! hört!)

Wir haben in der That diesen Fall nicht zum Gegenstand unserer Erklärung gemacht, sondern die schon damals drohende Situation; wir sahen voraus, daß Fälle der Art eintreten könnten.

Auf den Fall Kantorowitz habe ich speziell keine Veranlassung, im Einzelnen hier einzugehen, aber das bin ich doch Herrn Kantorowitz schuldig, gegenüber den wegwerfenden Bemerkungen des Herrn Strosser hervorzuheben, daß die Gerichtsverhandlung, welche gegen ihn geschwebt hat, den Charakter nicht gehabt hat, den Herr Strosser ihr beizulegen beliebte. Ich habe eben die Ehre gehabt, ein Mitglied dieses Hauses, Herrn Beisert, der mich autorisirt hat, seine Erklärung zu benutzen, über diesen Fall zu hören und ich möchte darnach hier ausdrücklich konstatiren, was mir auch sonst schon bekannt war — erstens, daß der Fall Kantorowitz so zweifelhaft lag, daß in der ersten Instanz ein freisprechendes Urtheil erfolgt ist und zweitens, daß in der zweiten Instanz nicht etwa ausgesprochen worden ist, daß die Firma dolos gehandelt hat. Es handelt sich auch gar

nicht um einen Strafprozeß, sondern einfach um einen Civilprozeß. Wäre in dem Civilprozeß festgestellt worden, daß eine dolose Handlung stattgefunden hat, so wäre gegen Herrn Kantorowitz in anderer Weise vorgegangen. Endlich habe ich darauf hinzuweisen, daß es sich um eine zweifelhafte Bestimmung des Markenschutzgesetzes handelte, daß nicht nur Herr Kantorowitz, sondern eine ganze Anzahl von Firmen im Spritgeschäft in ganz ähnlicher Lage gewesen sind und zum Theil sich noch gegenwärtig befinden, und daß gegenüber diesen Fabrikanten in keiner Weise der Vorwurf erhoben wird, daß sie verbrecherische Personen seien, die der öffentlichen Verachtung denunzirt werden könnten. Nein, meine Herren, so liegt es in keiner Weise.

Ich will ebensowenig ins Einzelne eingehen in Beziehung auf die meiner Meinung nach durchaus ungeeignete Behandlung, welche Herr Strosser der Erörterung dieser Angelegenheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat angedeihen lassen. Persönlich war ich nicht dabei betheiligt; ich kann also für mich nicht sprechen, — ich war nicht anwesend. Indessen das möchte ich zunächst hervorheben, daß der Stadtschulrath Cauer nicht etwa ein Mitglied der Fortschrittspartei ist, oder ein vorgerückt Liberaler, sondern den Konservativen sehr viel näher steht als uns. Und, meine Herren, wenn ein Mann dieser Art als Vertreter des Magistrats in die Stadtverordnetenversammlung kommt, — ich habe hier den stenographischen Bericht vor mir liegen — und ausdrücklich sagt, er sei vollkommen über die Sache informirt und sei entrüstet über das Verhalten dieser Männer und der Direktor Kempf, der die Schule, an welcher Dr. Förster beschäftigt ist, leitet, sei noch vielmehr entrüstet darüber, ja, dann weiß ich nicht, wie Jemand hier auf die Tribüne gehen und in dem Tone von Wegwerfung von diesen sehr ernsthaften, ehrlichen, für die Stellung ihrer Schulen im höchsten Grade besorgten Männern sagen kann, das sei reines Parteigetriebe. Meine Herren, in dieser Beziehung will ich zur weiteren Aufklärung noch hinzufügen, daß Herr Dr. Kempf allerdings allen Grund hatte, entrüstet zu sein; denn es war schon vorher in Bezug auf den Dr. Förster ein Fall vorgekommen, in dem er sich einem jüdischen Schüler gegenüber in einer solchen Weise benommen hatte, daß Herr Kempf es für nöthig gehalten hatte, ihm darüber eine ernsthafte Vorhaltung zu Theil werden zu lassen, in Folge deren Herr Dr. Förster versprochen hatte, sich für die Zukunft zurückzuhalten. Da konnte doch wohl Herr Direktor Kempf entrüstet sein, daß bald nachher Herr Dr. Förster in der Weise hervortrat. Ich möchte noch besonders

erwähnen, daß Dr. Förster als Generalagent des Petenten wirkt, derjenige, der für alle Adressen als derjenige angegeben wird, an welchen die Unterschriften eingesandt werden sollen; er ist der eigentliche Zentralagent. Nun, meine Herren, daß ein solcher Mann nicht gerade ein hervorragend geeignetes Element in einer Schule ist, die keinen speziell konfessionellen Charakter trägt, in einer Schule, in der jüdische Schüler in großer Zahl vorhanden sind, in einer Schule, welche dazu bestimmt ist, den öffentlichen Frieden der Stadt nicht bloß gegenwärtig zu wahren, sondern auch für die Zukunft Personen heranzubilden, die geeignet sind, ein Gefühl zu haben für diesen öffentlichen Frieden, — das, denke ich, wird das Haus im Ganzen wohl anerkennen.

Ich will ebensowenig hier das Haus behelligen mit einer eingehenden Erörterung über die sonstigen Berliner Verhältnisse, die hier zur Sprache gebracht sind. Was Herrn Straßmann persönlich anbetrifft, von dem ja alle Welt weiß, welches der Grund ist, daß er heute nicht anwesend sein konnte, so wird er wohl Gelegenheit haben, sich anderweitig Herrn Stroffer gegenüber zu äußern. Ich will nur das hervorheben, daß, wenn die Herren von jener Seite gegenwärtig darin garnichts finden, daß man an die Säulen schreibt: „wählt keinen Juden mehr", während Sie sagen, man habe doch nichts dagegen, daß geschrieben werden könnte: „wählt keinen Konservativen mehr", meine Herren, dann muß ich doch sagen, das ist eine vollkommene Verwirrung zwischen politischen und religiösen Dingen.

(Sehr richtig!)

Wir haben garnichts dagegen, schreiben Sie an alle Säulen: „wählt keine Fortschrittsleute mehr;" kleben Sie das meinetwegen an alle Ecken des Rathhauses an. Im Gegentheil, es würde uns sogar ein besonderes Vergnügen sein, wenn Sie das thun; machen Sie das Experiment, wir wollen einmal sehen, was die nächsten Wahlen dann bringen werden. Aber, daß Sie an dieselben Stellen Plakate anheften: „wählt keinen Juden mehr" — das ist gerade so, wie wenn wir Plakate machen wollten: „wählt keinen Katholiken mehr."

(Zuruf aus dem Centrum: Präsidentenwahl!)

Ja, meine Herren, (zum Centrum gewandt) nehmen Sie mir das nicht übel, mit Ihnen ist im Augenblick gar nicht zu sprechen.

(Heiterkeit.)

Jeder kann ja in seinem Innern, in seinem Gewissen oder Herzen oder Verstande sich berufen fühlen, Jemanden nicht zu wählen, weil er ein Jude ist; daraus werde ich ihm

niemals einen Vorwurf machen, so wenig wie ich Jemand einen Vorwurf mache, wenn er jemand nicht wählt, weil er Katholik ist; aber ich verlange, daß er das nicht als einen Gegenstand der Agitation nach außen trägt.

(Ruf im Centrum: Das ist ja hier geschehen!)

Es ist wirklich jetzt darüber nicht zu reden.

(Unruhe im Centrum.)

Ich möchte aber den Herrn Konservativen gegenüber, von denen ich annehmen darf, daß sie sich nicht in einem solchen Zustande der Erregung befinden, daß sie alles persönlich nehmen, noch einmal aussprechen: es ist wirklich nicht einerlei, ob ich in den Wahlkampf die religiöse Frage unmittelbar hineintrage, in der Weise, daß ich sage: die und die Personen, weil sie eine bestimmte Religion haben, will ich nicht gewählt haben, die dürft ihr nicht wählen, und sie sind, weil sie diese Religion haben, von vornherein schlechte Leute.

Auch das, meine Herren, möchte ich noch einmal konstatiren, — vielleicht täuschen sich die Herren darüber selbst, ich will annehmen, daß es nicht böse Absicht ist, — daß die Art von Agitation, die von jener Seite betrieben wird, meiner Meinung nach nicht denjenigen Charakter an sich trägt, den Sie auf der Tribüne schildern. Herr Stöcker hat persönlich darüber gesprochen, Herr Strosser hat die Sache weiter ausgeführt. Ich habe recht aufmerksam zugehört, auch mir schon früher Mühe gegeben, allerdings nicht durch eigenes Zuhören, aber durch Originalschriften, mich zu vergewissern, was denn eigentlich Herr Stöcker will. Da muß ich nun aussagen, daß er fast in jeder der Reden, die mir authentisch zugegangen sind, am Schluß zu einem ganz schwächlichen Resultat kommt. Es springt immer fast gar nichts heraus; zuletzt riegelt er ab. Da sagt er: O Gott, wir wollen uns mit wenig begnügen, wir wollen das Wenigste nehmen; auch bei Gelegenheit der Petition ist das wieder vorgekommen, daß er gesagt hat, man müsse recht wenig nehmen, man sollte eigentlich nicht so weit gehen in der Petition. Aber, meine Herren, lesen Sie einmal, was Herr Stöcker *vor* dem Schluß sagt. Da geht die Aufregung immer weiter, so daß man glauben könnte, er werde wirklich zuletzt die Vernichtung der Juden fordern. Man braucht nur eine der Reden zu lesen. Ich habe hier nicht etwa einen Zeitungsabdruck, sondern die mit dem Namen des Herrn Adolf Stöcker, Hof- und Domprediger, verzierte 5. Auflage seines Buches „Das moderne Judenthum in Deutschland, besonders in Berlin; zwei Reden in der christlich-sozialen Arbeiterpartei gehalten." Aus diesem Buche hatte ich in meiner ersten Rede, ohne den Herrn Stöcker zu

nennen, einen Passus verlesen. Es scheint selbst von der Judenpresse nicht verstanden zu sein, daß es Herr Stöcker war, aus dem ich las. Das war die Stelle, wo Herr Stöcker Klage führt, daß die Juden in großer Zahl ihre Kinder in die höheren Lehranstalten schicken, und wo er zu der rein darvinistischen Doktrin kommt, daß es nun zum Kampfe ums Dasein gehen müsse, und daß man sich nicht darüber täuschen solle, daß auf diesem Boden Race gegen Race stehe, nicht im Sinne des Hasses, sondern des Wettbewerbes, ein Racenstreit. Er führt in derselben Rede weiter aus, daß die Israeliten ein fremdes Volk seien und nicht mit uns vereinigt werden könnten, außer wenn sie sich zum Christenthum bekehrten. So geht es weiter, so daß man glauben könnte, wenn die Juden nicht alle Christen würden, müßten sie entweder aus dem Lande geworfen oder getödtet werden. Aber am Schluß heißt es: was soll man machen? Die Gesetzgebung kann einiges thun in Beziehung auf das Kapital, aber das Beste muß aus dem Wiedererwachen des lebendigen Christenthums kommen. Das ist ja sehr schön, aber Herr Stöcker mag sich nicht darüber täuschen, daß andere Leute aus seinen Vordersätzen kräftigere Schlüsse ziehen als er selber. Selbst wenn man noch mit Herrn Stöcker, um seine Höflichkeit zu erwidern, annimmt, daß er redlich sei, so können doch andere Leute glauben, es wäre eine bloße Verstellung, daß jemand, der vorher so weit gegangen ist in seinen Anschuldigungen, zuletzt sagt, das Christenthum muß helfen. Warum hat er denn eine so kräftige Rede gegen die Juden gehalten? Jene Schlußermahnung ist doch weiter nichts als ein Impuls an gewisse Personen, daß sie in ihrem Christenthum energischer werden sollen, aber sie zieht keineswegs die praktische Folgerung aus der voraufgehenden Rede. Nein, meine Herren, Sie werfen zunächst die Brandfackel hinaus, und nachdem dies geschehen ist, ziehen Sie rasch daran, um sie wieder zurückzunehmen, ohne danach zu sehen, ob nicht inzwischen wer weiß wie viele Funken ausgestreut sind, welche an anderer Stelle wieder den Brand anfachen werden. Meine Herren, ich wünschte wohl, daß wir wenigstens dahin gekommen wären, daß Jeder in den verschiedenen Parteien dieses Landes sich ohne solche Vorurtheile, wie sie augenblicklich im Centrum aus ihrer eigenen Bewegung heraus an die Sache herangetragen werden, sich einmal klar mache: wollen wir fortfahren, die religiösen Fragen im Sinne der politischen Agitation zu behandeln? und sollen wir die in der That erst nach sehr schweren Kämpfen gewonnene Rechts-

stellung, welche die verschiedenen Konfessionen und Religionsgesellschaften in unserem Staate nebeneinander einnehmen, von neuem alteriren? Meine Herren, das ist die praktische Frage.

Wenn ich nun meinerseits das Ergebniß ziehe, welches in diesen Verhandlungen zu Tage getreten ist, so glaube ich, konstatiren zu können, was ich schon vorgestern voraus sagte, daß Niemand hier im Hause es gewagt hat, die praktischen Konsequenzen in vollem Maße zu vertheidigen, welche in der Petition niedergelegt sind, daß also im Voraus die Bestrebungen von allen Seiten verlassen worden sind, welche in der Petition ihren Ausdruck suchten. Wenn wir nun zugleich konstatiren, daß an sich viel höhere Forderungen erhoben worden sind in den antisemitischen Kreisen und daß die Petition ein schon sehr abgeschwächter Ausdruck dessen war, was in diesen Kreisen eigentlich gefordert wurde, so denke ich, können wir befriedigt sein mit diesem Gesammtergebniß.

Ich schließe, meine Herren, mit einer kleinen persönlichen Bemerkung. Der Herr Abgeordnete Stöcker hat heute auf der Tribüne, als ich zu wiederholten Malen ihn bei solchen Punkten, wo er meiner Meinung nach nicht ganz korrekt war, Einwendungen zurief, nie gethan, als ob er sie hörte; mit der größten Kaltblütigkeit hat er fortgefahren, seine Ausführungen zu machen. Ein einziges Mal hat er seine Augen auf mich gewendet und bemerkt, daß ich lachte. Er hat das dann dem Hohen Hause angezeigt, und das hat auf jener Seite eine, wie es schien, große Aufregung erzeugt. Meine Herren, es war an einer Stelle, die nachher von Herrn Strosser noch einmal vorgebracht ist, wo von der Desinfektion des Herrenhauses nach dem Schluß der Generalsynode die Rede war. Wenn diese Bemerkung des Herrn Stöcker, der gerade sie so stark betonte, nach außen kommt, so könnte es leicht den Eindruck machen, als hätte ich wer weiß wie laut gelacht. Meine Herren, ich saß ganz ruhig da, ich erinnere mich noch sehr lebhaft daran, den Kopf in die Hand gestützt; als der Satz von der Desinfektion herauskam, so lächelte ich still. Ja, meine Herren, ich würde wahrscheinlich, wenn ich noch einmal in dieser Weise überrascht würde, auch wieder lächeln. Ich finde darin wirklich gar nichts besonderes. Ich kann wohl sagen, daß jeder Versuch einer Desinfektion bei mir immer schon eine gewisse freudige Stimmung erzielt, und daß der Gedanke an sich mir in der That gar nicht herabwürdigend erschien. Die Generalsynode ist doch nicht etwa eine göttliche Institution, —

(Zuruf: Anständige Leute!)

anständige Leute sind es ja, indessen das Desinfiziren war doch nur figürlich gemeint. Wenn man z. B. von einer Pest der Bigotterie oder von einer Pest der Frömmelei spricht, so kann man auch von einer Desinfektion eines Ortes reden, wo diese Pest zur Erscheinung gekommen ist. Aber, meine Herren, ich lächelte eigentlich über etwas ganz anderes; es fiel mir nämlich ein, daß, wenn die Desinfektion geschehen sei, sofort die Unterzeichner der Petition, die Herren von der Schulenburg (Beutzendorf) und Herr Senft (Sander) mit demselben Geist dort einziehen würden, der in der Generalsynode die Herrschaft hatte. Ich bitte also, daß Sie mir das nicht zu hart auslegen. Ich will übrigens versprechen, künftig mehr über meine Mienen zu wachen, damit es mir nicht wieder so ergeht.

Präsident: Es ist wiederum der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Kalle, v. Liebermann und Freiherrn v. Zedlitz. Ich bitte, daß diejenigen, die den Schlußantrag unterstützen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Die Rednerliste hat sich nicht verändert, außer daß der Abgeordnete Dr. Virchow gesprochen hat. Wenn es nicht ausdrücklich verlangt wird, werde ich annehmen, daß die Rednerliste bekannt ist und gleich über den Schluß abstimmen lassen. —

Ich bitte also, daß diejenigen Herren, welche den Schlußantrag jetzt annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Schluß ist abgelehnt.

Das Wort hat der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode.

Abgeordneter Freiherr **v. Minnigerode:** Meine Herren! Ich werde überhaupt sehr kurz sein und stelle einige Personalien voran.

Ich bin, nachdem über die Person des Herrn Kantorowicz so verschiedenes durch den Saal getragen ist, in der Lage, Ihnen Einzelheiten aus dem bezüglichen Erkenntniß selbst zu geben; danach schrumpft die Person des genannten Herrn nicht unwesentlich zusammen. Es heißt in dem gerichtlichen Erkenntniß:

> Dieses unreelle Verfahren, welches lediglich zu dem Zwecke erfolgte, dem eigenen Produkt unter fremder Marke die Verkehrsgebiete zu erschließen, welche im Weltverkehr das französische Fabrikat bereits sich erschlossen hatte, konnte auch durch mehrjährige Ausübung nicht zu dem faktischen Zustande führen u. s. w.

Dann lautet es weiter im Erkenntniß:

> daß Verklagter seit Jahren sich der klägerischen Zeichen in illoyaler Weise auch für ihre Marken bedient hat.

Weiter:

> Zur besonderen Kennzeichnung des bereits oben als eines soliden Geschäftsmannes nicht würdigen bezeichneten Verhaltens u. s. w.

Dann:

> Das geht über den auch in der Konkurrenz zu wahrenden Anstand hinaus, —

und endlich ist nicht von einem, sondern von acht verschiedenen Waarenzeichen die Rede, die in dieser Beziehung von dem Verurtheilten gebraucht worden sind.

Ich komme nun zu einer Bemerkung, die gewissermaßen auch persönlich ist.

Es ist hier vorgestern von der Schlesischen Zeitung gehandelt worden und man ist nicht davor zurückgeschreckt, die Schlesische Zeitung auch mit der Bezeichnung „Reptilienblatt" zu belegen. Es mag ja sehr bequem sein, in diesem Raum eine solche Anschuldigung auszusprechen und ebenso billig, weil kein Wort der Entgegnung Seitens der draußen Stehenden, also der Vertreter dieser Zeitung hier erfolgen kann; wer aber die schlesischen Verhältnisse, die Schlesische Zeitung und die betreffenden Personen kennt, der findet die Andeutung eines solchen Verhältnisses höchstens lächerlich.

(Sehr wahr! rechts.)

Weshalb ich, um es offen zu sagen, gebeten habe, mich an dieser Stelle noch zu hören, das liegt in der Art und Weise, wie der Abgeordnete Virchow den ganzen Lauf der Sache hier zum Schluß zu drehen versucht hat. Es war an sich schon der kühne Versuch einer ausgesprochenen Minderheit, es so darzustellen, als ob sie in der Lage sei, das Schlußresumé der gesammten Debatte zu geben, aber wenn der Herr Abgeordnete Virchow so weit gegangen ist, daß er in diesen Debatten gewissermaßen ein Verdikt gegenüber den allgemeinen Auffassungen gesehen hat, die sich in der bekannten Petition aussprechen, so möchte ich doch demgegenüber an das Haus appelliren, und ich glaube, ich begegne keinem Widerspruch, wenn ich sage, daß der Verlauf der ganzen Debatte den Redner in keiner Weise zu diesem Schluß berechtigt hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Anempfindungen über die ganze Debatte sind folgende: unsern jüdischen Mitbürgern gegenüber haben wir es einmal ausgesprochen: keine übertriebene Besorgniß! Aber

andererseits auch, daß nicht normale Verhältnisse vorliegen, besonders mit Rücksicht auf das moderne Judenthum und gegenüber der Bewegung haben wir gesagt: es sind in der That nicht vollständig normale Verhältnisse vorhanden — aber auch eurerseits keine Uebertreibungen, keine Einseitigkeiten! Das ist meiner Auffassung und meinem Gefühl nach das, was im großen und ganzen im Laufe dieser zwei Tage zur Erscheinung gekommen ist.

Im übrigen, so sehr die Herren von links es versucht haben, uns gewissermaßen in Verlegenheit bei diesem Gegenstande erscheinen zu lassen, kann ich nur wiederholt auch meinerseits hervorheben, daß die konservative Partei nur dankbar sein kann, daß es ihr durch die Interpellation ermöglicht gewesen ist, dem gewichtigen Gegenstand näher zu treten und daß man so auch im Lande die Gelegenheit haben wird, nach allen Seiten die verschiedenen Gründe zu hören und zu wägen. Eine Aeußerung muß ich aber noch zitiren, die bei Gelegenheit der Berathung des emanzipirenden Reichsgesetzes von 1869, gefallen ist. Damals sagte ein Mitglied von der Rechten: in einem jüdischen Staate würden nur die Juden regieren. Meine Herren, ich überlasse Ihnen die Anwendung dieser Worte.

Präsident: Abermals ist der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten v. Rauchhaupt, v. Meyer und v. Colmar. Ich bitte, daß diejenigen, die den Schlußantrag unterstützen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Die Rednerliste hat sich nicht verändert, nur daß noch der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode gesprochen hat.

Ich bitte, daß diejenigen, welche den Schluß jetzt annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Majorität, die Diskussion ist geschlossen.

Es sind verschiedene persönliche Bemerkungen angemeldet. Zunächst hat der Abgeordnete Dr. Virchow das Wort.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Ich muß annehmen, daß die Bemerkung des Abgeordneten v. Minnigerode, welche sich auf die Reptilienstellung der Schlesischen Zeitung bezog, auf mich Anwendung finden sollte.

(Ruf rechts: Nein!)

Wenn das nicht der Fall ist, habe ich nichts zu sagen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Franz.

Abgeordneter Dr. **Franz:** Der Herr Kollege Richter ist auf eine Aeußerung zurückgekommen, welche ich in der Breslauer Versammlung der schlesischen Katholiken am 12. Oktober gethan haben soll. Ich habe hier den offiziellen Bericht über diese Reden vor mir. Nachdem ich von den Pflichten gegenüber dem Handwerk gesprochen, habe ich gesagt:

> Ein zweiter Grundsatz sei: lassen Sie, wenn immer möglich, selbst unter Hinnahme aller höheren Preise, bei selbstständigen Handwerkern arbeiten; gehen Sie nicht in den Laden, um Arbeit zu kaufen, an welcher der schlecht bezahlte Schweiß und oft genug die Thränen des braven Handwerkers haften.

Wie Herr Richter sagt, soll ich dabei die Bemerkung gemacht haben: Sie wissen, was ich meine, und eine Stimme aus dem Publikum soll gerufen haben: „nicht beim Juden." Ich kann mich nur an den offiziellen Bericht halten, ich weiß nicht, ob ich jene Worte gesagt habe, und ob der Zwischenruf gefallen ist, jedenfalls würde ich mich freuen, wenn in Folge meiner Aeußerung meine damaligen Zuhörer zu dem selbstständigen Handwerker, zum selbstständigen Schneidermeister und Schuhmachermeister gehen und nicht zum großen jüdischen Konfektionär.

(Sehr gut!)

Herr Richter und die Herren Liberalen sollten nicht so empfindlich sein in solchen Dingen; es sind von Seiten der liberalen Partei in den heißen Kämpfen am Rhein in der Presse Warnungen ergangen, bei Katholiken zu kaufen.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Herr Richter hat weiter von der Versammlung, an der ich Theil genommen, berichtet, sie hätte einen Beschluß, betreffend die Mischehe, gefaßt. In dem Verzeichniß der der General-Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegten Sätze findet sich dieser Beschluß nicht.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Bachem.

Abgeordneter **Bachem:** Meine Herren, zunächst möchte ich ein mögliches Mißverständniß ausschließen. Ich habe gesagt, daß die Interpellation Hänel aus der Berliner Atmosphäre hervorgegangen sei. Ich möchte ausdrücklich konstatiren, daß ich dabei nicht an die Atmosphäre gedacht habe, aus welcher die von mir charakterisirten Witzblätter und die übrige schlechte Literatur entsprossen ist.

Dann, meine Herren, habe ich die überaus freche Aeußerung eines hiesigen Blattes über ein Mitglied dieses Hohen

Hauses irrthümlicher Weise dem Börsenkourier zugeschrieben; dieselbe findet sich in der sonst nobleren Börsenzeitung.

Der Herr Abgeordnete Rickert bemerkte, ich habe mich mit der christlich-sozialen Bewegung identifizirt. Er hat da meine Ausführungen nicht ganz richtig wiedergegeben. Ich habe gesagt, daß der Grundgedanke und Kern der christlich-sozialen Bewegung in Berlin nach meiner Auffassung ein durchaus berechtigter sei, ich habe aber gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen, daß es dem Herrn Abgeordneten Stöcker gelingen möge, alles bedenkliche Beiwerk, alle Auswüchse von dieser Bewegung fern zu halten, damit man daraus nicht Waffen gegen die an sich durchaus berechtigte Bewegung hernehmen könne.

(Bravo! im Centrum.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Langerhans.

Abgeordneter Dr. **Langerhans:** Meine Herren, die unrichtigen Aeußerungen, die über mein Verhalten in einer hiesigen Stadtverordnetenversammlung vom Herrn Abgeordneten Strosser vorgebracht sind, können nur darauf beruhen, daß er wahrscheinlich einen schlechten Bericht gelesen hat. Hätte er, ehe er mich angriff, den stenographischen Bericht gelesen, so würde er wahrscheinlich nicht zu den Aeußerungen gekommen sein. Namentlich war es sehr billig, das Lachen von Ihrer Seite in Bezug auf den Fall Kantorowicz hervorzurufen, als hätte ich überhaupt darüber gesprochen, also für die Ohrfeige. Als ich anfing zu sprechen, sagte ich, daß ich über die beiden Lehrer überhaupt kein Wort verlieren wolle und daß ich nur einen Protest einlege gegen das Verhalten einer großen Reihe von Leuten gegen unsere jüdischen Mitbürger. Ich würde mich freuen, wenn Herr Strosser meine Worte wiedergegeben hätte, denn ich nehme kein Wort zurück und freue mich, daß ich gerade das gesagt habe.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Strosser.

Abgeordneter **Strosser**: In Bezug auf Herrn Virchow und seine Beleuchtung des Falles Kantorowicz hat bereits mein Kollege v. Minnigerode das Nöthige geäußert.

Was Herrn Dr. Langerhans betrifft, so habe ich wörtlich zitirt, was ich in einer Zeitung

(Zuruf links: Welcher?)

gefunden habe mit der Bezeichnung, daß es eine wörtliche Wiedergabe aus dem offiziellen stenographischen Bericht sei. War ich im Irrthum, so werde ich mich freuen, von Herrn Dr. Langerhans den Wortlaut zu hören, und dann Alles zu-

rücknehmen, was ich im übrigen gesagt habe; ich mußte aber annehmen, daß es wörtlich sei, da ausdrücklich auf den stenographischen Bericht Bezug genommen war.

(Zuruf: Welche Zeitung?)

Das werde ich Herrn Dr. Langerhans sagen, habe ich Ihnen gegenüber Verpflichtungen?

(Heiterkeit.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, ich muß dieses „nein", was mir von der andern Seite entgegengehalten worden ist, auf seinen wirklichen Werth bringen. Ich habe — ich weiß nicht, sind es 20 oder 30.000 — die ersten Exemplare des Anschreibens wirklich nicht unterschrieben, und das wollte ich sagen, indem ich sagte „nein". Darauf rief man mir entgegen „das Blatt", und ich konnte nicht gleich die Sache weiter führen, sonst würde ich gesagt haben, die folgenden, zumal die an Geistliche gerichteten, habe ich auf erneutes Bitten unterschrieben. Ich muß doch daran erinnern, daß, wenn man eine Unterschrift unter eine Petition setzt, die in 50.000 oder 60.000 Exemplaren durch das Land geht, es eine Thorheit sein würde, die man keinem Menschen zutrauen könnte, wenn er das ableugnen wollte.

Ich bemerke, da mir die Konfession des Herrn Dr. Herwitz entgegengehalten ist, daß ich durchaus bona fide gehandelt habe. Ich habe in Zeitungen unwidersprochen gelesen, daß er Jude ist und höre nun, daß er getaufter Jude ist. Ich bin darauf angesprochen, daß Schleiden nicht Jude sei. Ich möchte nun erwidern, daß ein Mann, der im Auftrage eines jüdischen Gemeindebundes seine Schrift herausgiebt und nachher in einem andern Schreiben sich so ausspricht, wie ich verlesen habe, von mir so lange nicht für einen Christen angesehen werden kann, als bis der Nachweis geliefert wird, daß er wirklich dem Christenthum angehört. Ueber seinen sonstigen Standpunkt in religiösen Dingen werde ich mich genau informiren; ich kann nur sagen, daß ich in wissenschaftlichen Schriften ihn als reformjüdischen Mann habe bezeichnet gefunden.

Ich behaupte ferner, daß der Däne Brandes ein Reformjude ist, nicht blos Atheist, bringen Sie den Gegenbeweis, dann ist es gut.

(Widerspruch links.)

Gewiß, meine Herren, so billig, wie Sie denken, kommen Sie nicht weg.

Herr Max Hirsch gehörte zu dem Vorstand des Vereins

„Concordia", der die Zeitschrift „Concordia", auf welche ich mich berufen habe, herausgiebt. Das Wort „meist jüdischer Art" steht in der That in einem Regierungsbericht. Ich habe nicht gesagt, daß der Finanzminister das geäußert hat, aber in einem Anschreiben, welches in Oberschlesien an die Landrathsämter und auch an andere Personen gegangen ist, findet sich dieser amtliche Ausdruck.

Ich bin von den Herren Abgeordneten Rickert und Richter aufgefordert, die Namen zu nennen, an welche ich bei der Bezeichnung „kein Viertel" gedacht habe. Meine Herren, ich bin bereit, sofort hier im Hause jedem einzelnen Herrn, der zu mir kommt, auch mehreren, vollkommen Auskunft zu geben,

(Unruhe links)

ich erwarte dann die Widerlegung. Ich werde unter keiner Bedingung, um nicht öffentlichen Skandal zu geben, und um nicht diese Personen zu kompromittiren, hier öffentlich im Hause die Namen nennen. Ich bitte, daß die Herren zu mir kommen, um das Verzeichniß von mir in Empfang zu nehmen.

(Bravo! rechts.)

Zwei von den Herren von drüben haben mir einen Widerspruch vorhalten wollen, daß ich in einer Rede gesagt hätte, dann steht „Race gegen Race". Meine Herren, es ist mir unbegreiflich, wie man diesen Fehler hat machen können. Ich habe gesagt, „Race steht gegen Race" unter einer Bedingung die vorangeht, „wenn diese Minderheit einer fremden Race nach der maßgebenden Macht strebt." Fünf Zeilen dahinter sage ich ausdrücklich „ich bekämpfe nicht die semitische Race, sondern ihren Frevel am deutschen Leben". Meine Herren, warum haben Sie nicht fünf Zeilen weitergelesen? Sie würden meinen Standpunkt gefunden haben.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dirichlet.

Abgeordneter **Dirichlet:** Meine Herren, das Gelächter hat ja in den persönlichen Bemerkungen heute schon eine größere Rolle gespielt; ich muß lediglich auch noch auf ein Gelächter zurückkommen.

Der Herr Abgeordnete Bachem hat mich persönlich unter Nennung meines Namens zur Rede gestellt, daß ich gelacht habe bei einem Gedicht, das er aus dem Kladderadatsch verlesen hat. Das ist an sich wohl nichts verwerfliches, ich kann aber die Versicherung geben, daß ich über das Gedicht nicht gelacht habe, ich habe es sehr mäßig gefunden, sondern für mich war der große Aufwand von sittlichem Pathos, den Herr Bachem bei der Verlesung des Gedichtes des Kladdera-

[illegible] entwickelte, von so unwiderstehlicher Komik, daß [illegible] mich des Lachens nicht enthalten konnte.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Hobrecht.

Abgeordneter **Hobrecht:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stöcker hat mich heute persönlich genannt mit der Anführung, ich hätte am Sonnabend mich gegen die öffentliche Behandlung der Judenfrage in Volksversammlungen erklärt; warum er dabei auch auf den früheren Minister gekommen ist, verstehe ich nicht. Die Anführung war mindestens nicht genau. Ich habe in keiner Weise mich gegen die öffentliche Behandlung irgend einer sozialen Frage erklärt, nur in Beziehung auf die Art und Weise, wie dies oft geschieht, habe ich meine Besorgniß ausgesprochen. Nachdem ich heute die Methode hier habe kennen gelernt, wie Herr Abgeordneter Stöcker über die Judenfrage spricht, so bekenne ich, daß meine Besorgnisse gestiegen sind.

(Sehr gut! links.)

Ich fürchte, die große Masse wird seine Absicht, sie [illegible] wilden und rohen Leidenschaften zu befreien, nicht verstehen.

(Unruhe rechts.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das letzte war keine persönliche Bemerkung.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abgeordneter **Richter**: Als ich jene Bemerkung über den Katholikenkongreß in Breslau machte, folgte ich sämmtlichen Zeitungsberichten in Breslau, und es wird mir auch gesagt, daß der Bericht ebenso in der „Schlesischen Volkszeitung" steht. Ich wollte dem Herrn Dr. Franz Gelegenheit geben, und bemerkte das auch ausdrücklich, seinerseits mich zu rektifiziren, wenn ich etwas Unrichtiges berichtet habe.

Ich bedaure nur meinerseits, daß, indem er nicht bloß den Konfektionär als solchen dem Handwerksmeister gegenüberstellt, sondern den *jüdischen* Konfektionär, er das im wesentlichen bestätigt hat, was ich verurtheilend über die Haltung des Centrums geäußert habe.

(Zuruf aus dem Centrum: Der Konfektionär ist Hauptsache!)

Bei anderen ist nicht der Konfektionär, sondern der Jude die Hauptsache, Herr Kollege!

Dann hat Herr Stöcker es so dargestellt, als ob ich [illegible] Aeußerungen nach beliebigen Zeitungsberichten liberaler [illegible] der jüdischen Presse wiedergegeben hätte. Ich will [illegible] konstatiren, daß alles, was ich über Programm [illegible]

der Christlich-Sozialen und seiner selbst in den einzelnen **Wendungen** entnommen habe, ich entnommen habe aus offiziellen **Flugblättern** der Partei, aus Wahlaufrufen und aus der **„Post“** mit einer einzigen Ausnahme. Jene Rede des Herrn **Stöcker,** die ich zitirte, worin er den Sozialdemokraten **vorhielt, daß** sie nicht genug gegen die Börse sich gewendet haben, **und jene** Rede, die mit der Pointe schloß: „Herr Bleichröder **hat mehr** Geld, als alle evangelischen Prediger **zusammengenommen“, —** die habe ich nicht aus solchem Organ zitirt. **Ich habe** aber allerdings bei der Gelegenheit Herrn Stöcker **aufgefordert,** wenn er nicht so gesprochen hätte, mich zu **rektifiziren.** Das hat er nicht gethan.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das **Wort der** Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordnete Dr. **Virchow:** Meine Herren, Herr Abgeordneter Stöcker hat es abgelehnt, die Anschuldigungen, welche er gegen die Unterzeichner der Erklärung gerichtet hat, zu spezifiziren. Ich als einer dieser Unterzeichner mache Herrn Stöcker darauf aufmerksam, daß durch dieses Verhalten der Vorwurf, den er erhebt, sich auf die Gesammtheit der Unterzeichner vertheilt.

(Sehr richtig! links.)

Wenn er daher nicht eine solche allgemeine Verleumdung erheben will — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Virchow, das Wort „Verleumdung“, angewendet auf einen Abgeordneten, ist unparlamentarisch; ich rufe Sie zur Ordnung.

(Bravo! rechts.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Rickert.

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren! Ich will auch nur hier konstatiren, daß der Herr Abgeordnete Stöcker sich trotz meiner Aufforderung ausdrücklich jetzt weigert — —

(Rufe rechts: Nein!)

Meine Herren! Verlangen Sie von uns, daß wir Herrn Stöcker deswegen einen Besuch privatim machen sollen, wenn er uns derartige Anklagen in das Gesicht schleudert, die er hier nicht beweisen kann? Ich konstatire ausdrücklich, daß Herr Kollege Stöcker das, was er hier öffentlich ausgesprochen hat — weil er fürchtet, einen Skandal zu erregen, wie er sagt — nicht erweisen will. Ich lehne es ab, von Herrn Stöcker privatim darüber eine Auskunft zu erfordern. Meine

Herren! Ich konstatire nochmals, daß er erklärt hat, der vierte Theil der Unterzeichner gehöre den — —

(Rufe rechts: Persönlich!)

Meine Herren! Das ist persönlich.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Rickert, das ist keine persönliche Bemerkung mehr.

Abgeordneter **Rickert:** Nun gut, Herr Präsident, ich werde dann schweigen und werde mir das weitere vorbehalten.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, über Taktgefühl läßt sich nicht streiten. Was ich unterlasse, unterlasse ich aus Schonung für Andere.

(Oho! links.)

Ich bin bereit, in diesem Moment Rechenschaft zu geben jedem, der es von mir fordert, aber ich werde diese Erklärung öffentlich nun und nimmer geben.

(Bravo! rechts, Lachen links.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Loewe (Berlin).

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Der Herr Abgeordnete Stöcker hat in Abrede gestellt, daß das, was ich vorgetragen habe über die Doppelzüngigkeit seiner Behauptungen, die in seiner Stellung — —

Präsident: Herr Abgeordneter Loewe, wenn Sie den Ausdruck „Doppelzüngigkeit" gebrauchen mit der Intention, daß eine zwiefache Ausdrucksweise beabsichtigt sei, so ist das unparlamentarisch.

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Ich antworte darauf, daß der Ausdruck etwas zu scharf gewesen sein mag, daß aber das, was ich damit ausdrücken wollte, daß zweierlei Sinn in diesen Worten liegt, richtig ist. Widerholt behaupte ich, dies aus Seite 38 der Broschüre des Herrn Stöcker nachgewiesen zu haben; ich empfehle ihm und seinen Freunden, die betreffende Stelle mit den fünf Zeilen vor- und nachher nachzulesen, dann werden Sie mir zugestehen müssen, daß ich ohne irgend etwas daraus zu suchen, richtig gelesen habe mit gesundem Menschenverstand.

Dann habe ich Herrn Stöcker auf eine zweite Bemerkung persönlich zu antworten. Er ist auch heute wieder zurückgekommen, allerdings, wenn ich seine Aeußerungen über Herrn Straßmann damit vergleiche, in etwas höflicherer und reservirterer Weise auf das, was ich seiner Zeit zu den Eingriffen der Pastorenkonferenz in das Berliner Gemeindeschulwesen

gesagt habe. Ich habe schon bei der Verhandlung dieser Angelegenheit die Sache richtig gestellt, und mußte erwarten, daß auch Herr Stöcker von dieser Richtigstellung Notiz genommen hätte. Inzwischen aber hat Herr Abgeordneter Stöcker in einer Broschüre eine Behauptung ausgesprochen, die ich persönlich zurückweisen muß. Er hat nämlich gesagt, daß der Redakteur Dietz meine Mittheilung als eine grobe Unwahrheit nachgewiesen habe. Ich konstatire demgegenüber — —

(Rufe: persönlich!)

Präsident: Meine Herren! Ich bin nicht mehr im Stande, den Abgeordneten Loewe zu verstehen. Ich bitte um so viel Ruhe, daß ich hören kann, was er sagt.

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Ich konstatire dem gegenüber, daß zwar von dem Redakteur Dietz behauptet worden ist, daß seine korrigirte Rede die richtige sei, daß ich aber thatsächlich nach der „Germania" und der „Post" den wirklich richtigen Wortlaut gebracht habe.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Meine Herren, ich hoffe, Sie werden mir verzeihen, auch der Herr Präsident, wenn ich noch einmal dem Abgeordneten Stöcker gegenüber hervorhebe, daß das Verfahren, daß er gegenwärtig einschlägt, mehr und mehr einen persönlich beleidigenden Charakter annimmt. Er sagt, daß er aus Schonung hier nicht Namen nennen wolle.

(Rufe: persönlich.)

Meine Herren, ich bin einer von den Unterzeichneten und ich kann doch wohl verlangen, wenn in dem Hause die Anklage erhoben wird, daß unter den Unterzeichner eine größere Zahl, ja sogar ein Viertel sich befindet, welche zu den Gründern gehörte, daß man dann wenigstens mittheile, aus welchen Personen dieser vierte Theil besteht.

(Zwischenrufe.)

Präsident: Herr Dr. Virchow! Ich bitte, daß Sie Ihre persönliche Bemerkung machen und sich nicht mit den Herren unterhalten. Ich werde bestimmen, ob Ihre Bemerkung eine persönliche ist.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Ich wollte nur konstatiren, daß der Abgeordnete Stöcker sich nicht scheut, zur offenen Beleidigung überzugehen, daß er es aber verweigert, die geforderte Aufklärung zu geben.

Präsident: Das ist keine persönliche Bemerkung.

W. Moeser Hofbuchdruckerei in Berlin.
Stallschreiberstraße 34. 35.

Die Judendebatte

im

Preußischen Abgeordnetenhause.

Reden

Sr. Excellenz des Herrn Ministers **von Goßler**
und der Herren Abgeordneten **Stöcker** und **Rickert**

anläßlich

der zweiten Berathung des Kultusetats

am 20. und 21. März 1890

nach den

stenographischen Parlamentsberichten.

Berlin 1890.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft für Druckerei u. Verlag.
Wilhelmstraße 30/31.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, ich würde glauben, ein Unrecht zu begehen, wenn ich es nicht versuchte, für das viel angefochtene Gymnasium auch von unserer Seite ein Wort zu sagen und, soviel ich kann, den Schild darüber zu halten. Die Antike ist nun doch einmal die Grundlage der eigenthümlichen deutschen Bildung und wird das, mit dem Christenthum verbunden, auch bleiben. Ich kann mir nicht denken, daß es je gelingen wird, die klassische und die realistische Bildung an einer Schule so zu verschmelzen, daß beide zu ihrem Rechte kämen, und muß besonders Herrn Dr. Arendt gegenüber, dessen Angriffe am schärfsten gewesen sind, meine Ueberzeugung dahin aussprechen: auf diesem Gebiete wird es immer bei der Doppelwährung bleiben. (Heiterkeit.)

Er hat von der Ueberschätzung der Gelehrsamkeit gesprochen. Das ist mißverständlich. Die wahre Gelehrsamkeit kann man nie hoch genug schätzen. Die Gelehrsamkeit, welche die richtigen Theorien entwickelt und den rechten Uebergang in die Praxis zeigt, ist ganz unschätzbar, sie wird auch bei uns noch nicht hoch genug geachtet. Nur eine falsche Gelehrsamkeit, die falsche Systeme aufstellt, oder sich in Einzelheiten verliert, die eben nur gelehrt, aber sonst zu nichts zu gebrauchen ist, die steht, glaube ich, in Deutschland in einem zu hohen Kurs, die wahre und echte Gelehrsamkeit nicht.

Man kann aber auch die gelehrte Bildung unterschätzen, und das ist jetzt vielfach bei der Antike der Fall. (Sehr richtig!) Ich muß doch sagen: ich würde geistig ärmer sein, — und sehr viele von den Herren hier im Hause werden dasselbe Gefühl haben — wenn ich die griechischen Klassiker Homer, Thukydides, Sophokles, Demosthenes und Plato nicht in der Ursprache gelesen hätte. Das Lesen allein macht es ja freilich nicht. Aber ich erinnere meinen alten Schulfreund, den Herrn Abgeordneten Schmelzer, daran, daß wir unvergeßliche Lehrer hatten, welche uns das Verständniß und die Liebe zur Antike in das Herz prägten. Das muß ja hinzukommen, damit die alte Welt uns recht befruchte. Aber ohne dieselbe eine gründliche Bildung zu erlangen, ist noch immer schwer. Seit 400 Jahren ist unser ganzes Geistesleben

mit den Elementen der antiken Kultur durchzogen. Ich wüßte nicht, wie man Theologie, Jura, Philosophie studiren sollte, ohne eine gründliche Kenntniß der alten Sprachen. Mit der Medizin ist es ein wenig anders.

Gewiß kann und muß in dem Betrieb der Sprachstudien viel geändert werden. Ich verwerfe die Versmacherei, wie die grammatikalische Haarspalterei durchaus; ich gebe auch den lateinischen Aufsatz und das Uebermaß von Exerzitien preis. Aber daß es gleichgültig sei ob man die alten Schriftsteller in der Ursprache oder in der Uebersetzung liest, das werde ich niemals zugeben.

Was uns an der Antike so durchaus wohl thut, ist der Umstand, daß wir es hier mit einer abgeschlossenen Welt zu thun haben, in welcher wir von der Unruhe der Gegenwart gleichsam ausruhen können. Diese Welt zeigt uns zugleich das Höchste, wozu der Menschengeist ohne Offenbarung aufsteigen kann. Die Vergleichung derselben mit der Kultur, welche aus dem Christenthum stammt, ist eine der fruchtbarsten Aufgaben der Bildung, auf die der Menschengeist bei seiner Ausbildung nicht verzichten kann. Wie der Bildhauer immer und immer wieder zu Phidias und Praxiteles zurückkehren wird, um die Schönheit zu studiren, so wird auch die Wissenschaft immer wieder zu der Tiefe der Antike zurückkehren müssen. Hier sind geniale Anlagen einer höheren Welt zum schönsten Ausdruck gekommen, die Gott selbst in die Völker gelegt hat. Das läßt sich durch nichts ersetzen, das ist in der Geistesgeschichte nur einmal vorhanden. Ich wüßte wirklich nicht, wo anders man den Zauber und die Kraft der antiken Welt von neuem finden sollte; ich möchte dieselbe nicht entbehren.

Ich glaube, daß man bei der Beurtheilung dieser Dinge vielfach irrt, weil man die Masse des angeeigneten Wissens betont, sei es des klassischen Stoffes, sei es der Realien. Ein Uebermaß ist auf beiden Gebieten gleich schädlich. Aber, offen gestanden, ich finde eine Ueberschätzung des gelehrten Wissens viel weniger auf dem Gebiete der klassischen Litteratur als auf dem der realen Wissenschaften. Wenn Sie fragen, was unsere moderne Geisteswelt in Bezug auf Sittlichkeit und Religiosität mehr zerrüttet und geschädigt hat, die Ueberschätzung der Naturwissenschaften — ich erinnere an die Verwüstung eines unbesehen hingenommenen Darwinismus — oder die Ueberschätzung der alten Sprachen, so besteht für mich gar kein Zweifel, daß die Ueberschätzung der Naturwissenschaft, die allzu oft widerrechtlich in die Geisteswelt übergriff und Vermuthungen zu Wahrheiten stempelte, uns viel mehr geschadet hat als die Liebhabereien in den eigentlich gelehrten Fächern.

Bei aller Größe und Herrlichkeit unseres deutschen Schulwesens möchte ich es doch für einen durchgehenden Fehler halten, daß wir überhaupt zu viel danach trachten, Schüler und Schülerinnen schon während der Schulzeit mit allem möglichen Wissenswerthen für die ganze Lebenszeit auszurüsten. Dadurch kommt in unser ganzes Schulwesen eine Ueberhäufung mit Stoff. Für mich wäre es das Ideal eines Schulwesens, den Geist so lernbegierig wie möglich und zugleich so lernfähig zu machen, daß er geschickt wäre, die Kräfte, die er an dem einen Stoff erprobt hat, auch an dem anderen zu üben. (Lebhaftes Bravo!) Da liegt ein tiefer Mangel unserer deutschen Geistesbildung.

Ich weiß nicht, ob Sie andere Erfahrungen gemacht haben als ich, aber ich kenne sehr wenige Menschen, die außer ihrer eigentlichen Fachwissenschaft nach absolvirtem Examen noch irgend Lust haben, die Schulfächer weiter zu treiben. Das zeigt doch, daß dieselben bis zum Ueberdruß gelehrt sind. Ich finde auch, daß viele sogenannte gebildete Leute in Deutschland ganz urtheilslos und durchaus nicht geschickt sind, die geistigen Angelegenheiten des Vaterlandes und der Kirche recht zu prüfen. Ich erinnere nur an unser politisches und öffentliches Leben. Trotz einer großen Bildung sind viele angesehene Leute unfähig, in das Wesen der Dinge einzudringen; sie lernen nichts und vergessen Alles. Die Freudigkeit am Lernen, die Fähigkeit sich zu vertiefen, ist nicht genug geübt.

Ich freue mich dessen, was der Herr Minister über die körperliche Ausbildung, besonders über die Spielplätze gesagt hat. Ich las kürzlich die Anpreisung einer englischen Gelehrtenschule. Wissen Sie, was das Erste war, womit man sie zu empfehlen suchte? Daß diese Schule einen excellent play-ground habe, einen ausgezeichneten Spielplatz. Das stimmt zusammen mit dem, was der Herr Minister sagte, er wolle für die Schulen große Plätze zur freien Bewegung haben. In der That ist bei uns in Norddeutschland das Geräthturnen zu stark ausgebildet und die Bewegung im Freien zu wenig. Wer das letzte internationale Turnfest in München beachtet hat, dem muß es aufgefallen sein, daß unsere norddeutschen Turner bei aller bewunderungswürdigen Geschicklichkeit hinter den Süddeutschen und anderen Nationen zurückgestanden haben, weil sie das Geräthturnen zu viel und die Bewegung im Freien zu wenig geübt hatten. Dem Herrn Minister wünsche ich in diesen Bemühungen von ganzem Herzen Erfolg.

Ich wende mich zu dem Herrn Abgeordneten Schmelzer. Er hat mir zugerufen, ich möchte bei dem „ora" das „labora" nicht vergessen, denn das Sprüchwort verbände beides. Ich glaube nun freilich nicht, daß ich in dieser Gefahr schwebe. Ich glaube aber, daß es heutzutage viel mehr Leute giebt, die das ora über dem labora vergessen und der Meinung sind, daß in dem labora das ora schon enthalten ist. (Sehr gut!) Derer, die so stehen, sind gewiß mehr, als derer, die das ora in der Bildung zu sehr betonen. (Sehr richtig!) Dann möchte ich nun den Herrn Abgeordneten Schmelzer erinnern, daß das ganze labora von dem ora durchzogen sein soll, und daß jenes Sprüchwort mit ora anfängt und mit —ora endigt, (sehr gut! und Heiterkeit) denn das Tiefste auch in der Bildung ruht auf einem unsichtbaren Grunde und soll aus der Unsichtbarkeit in die Sichtbarkeit hineinwirken.

Ja, meine Herren, das ist der Mittelpunkt, um den sich unsere Unterhaltung vorgestern und auch heute wieder dreht, daß es nicht genug ist, die Religion als ein Fach neben anderen Fächern zu behandeln. Wenn man das thut, ist der Religionsunterricht auf den Schulen eher schädlich. Dadurch, daß man die religiöse Bildung nur als ein einzelnes Fach behandelt, wird sie herabgezogen. (Sehr wahr!) Entweder sie ist der Geist, der Alles durchdringt, und da muß eben jeder einzelne Wissensstoff irgendwie von diesem Geist beherrscht sein. Oder die Religion ist ein Fach nebenbei; und zwar, wie Jedermann weiß, nicht einmal ein Hauptfach, sondern ein Nebenfach. Dann nützt ihre Behandlung nicht, sondern sie schadet. (Sehr richtig!) Wenn

nun der Herr Minister in seinen Worten beides betont hat, das positive Wissen in den religiösen Dingen und zugleich den kirchlichen Geist, so bin ich darin ganz mit ihm einverstanden. Ich glaube, daß die Veränderungen, die auf diesem Gebiete vorzunehmen sind, gewiß da liegen, daß man eben auch in den höheren Klassen — in den unteren geht man schon immer mehr auf den Katechismus und die kirchlichen Bedürfnisse zurück — die Religion nicht als ein gymnasiales Fach ansieht, sondern fortgesetzt die Schüler in Beziehung mit der Kirche, den kirchlichen Lehrbüchern und dem kirchlichen Bekenntniß zu halten und von da aus das ganze Wissen, besonders das geschichtliche, das litterarische und sprachliche mit christlichem Geiste zu durchdringen sucht. Dann, hoffe, ich, wird unsere Schule mehr leisten in der Erziehung der Persönlichkeiten, die den großen Aufgaben der Gegenwart gewachsen sind. (Bravo! und sehr richtig!) Aber, meine Herren, nicht eigentlich zu diesen allgemeinen Bemerkungen hatte ich mir das Wort erbeten, sondern zur Betonung eines besonderen Punktes, der aber mit den Angelegenheiten, die wir seit einigen Tagen hier besprochen, im engsten Zusammenhang steht. Ich wollte ein Wort sagen in Bezug auf die Ueberlastung einiger höheren Schulen mit jüdischen Elementen. (Aha! und Heiterkeit links. — Sehr richtig! rechts.) Es ist außerordentlich merkwürdig, wie schon die Nennung dieses Wortes gewisse Menschenklassen in Aufregung versetzt. (Große Heiterkeit rechts.) Ich füge übrigens von vornherein hinzu, daß ich das, was ich sagen werde, nicht bloß für meine Person zu sagen habe, sondern in Uebereinstimmung mit meinen Freunden. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten es für eine politische Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß an gewissen Punkten unseres höheren Schulwesens unerträgliche Uebelstände vorhanden sind, die der vollen sittlich-religiösen Ausbildung des Charakters, welche auf den Schulen nöthig ist, hindernd gegenüberstehen. (Sehr richtig!)

Ich will damit beginnen, einige Zahlen zu verlesen, da sich sonst Niemand ein Bild davon machen kann, wie tief der Schaden bereits eingefressen ist. Selbstverständlich handelt es sich nicht um Verhältnisse im ganzen Lande, sondern um Zustände in gewissen Gegenden und Städten, unter welchen Berlin, Breslau mit Oberschlesien, Posen, Frankfurt a. M. hervortreten.) Auf Berlin will ich näher eingehen. Im Jahre 1887 waren nach dem letzten Jahrbuch der Statistik in allen Gymnasien der Hauptstadt, den staatlichen und städtischen, 1898 jüdische Schüler auf 6904 evangelische, 278 katholische und 26 dissidentische. (Hört!)

An sich muß schon dies das höchste Erstaunen erwecken, daß die jüdische Bevölkerung, welche so viel geringer ist als die katholische, einen so unverhältnißmäßig größeren Prozentsatz von Schülern in die Gymnasien schickt. Aber dies Bild wird noch weit bezeichnender, wenn Sie einzelne Gymnasien ansehen. Da ist das französische Gymnasium, in welchem 193 jüdische Schüler auf 222 evangelische und 12 katholische kommen; (hört! hört! rechts) das Wilhelmsgymnasium mit 201 auf 541 evangelische. Ich will im Folgenden nicht immer wieder die konfessionnelle Bezeichnung gebrauchen, ich werde die jüdischen Zahlen voransetzen. Im Friedrich-Werderschen sind 180 auf 293, im Köllnischen 180 auf 340, im Friedrichsgymnasium 202 auf 349. — Das sind die stärksten Zahlen, aber auch in den anderen Schulen ist das jüdische

Element nicht unbedeutend. Die Sache verschlimmert sich noch, wenn wir die höheren Klassen prüfen; da nimmt das jüdische Element wiederum zu. Ostern 1886 zum Beispiel ist in der Oberprima aller Gymnasien das jüdische Element auf 52 angewachsen bei 132 evangelischen, Michaelis 1886 auf 48 bei 141. Im Jahre 1887 hat das Verhältniß ein wenig abgenommen. Der Herr Minister sagte, daß überhaupt der Andrang zu den höheren Schulen etwas nachzulassen beginne; vielleicht hängt die Abnahme damit zusammen. Aber an einzelnen Schulen sind auch diese Zahlen noch ein Kinderspiel gegen den vorhandenen Prozentsatz. Bekanntlich pflegt das jüdische Element in den Geschäftsgegenden und in den eleganten Quartieren der Stadt sich besonders zusammenzufinden, und gerade in den hier vorhandenen Gymnasien finden wir Zustände, von denen gewiß die Herren, die nicht aus Berlin sind, keine Ahnung haben. Auf dem französischen Gymnasium zum Beispiel sitzen in Obersekunda 32 Schüler, darunter 22 jüdische, (hört! hört!) in der Abtheilung A 11 Schüler, darunter 9 jüdische. (Hört! hört!) Am vorigen Ostertermin wurden von Unter- nach Obersekunda versetzt 10 Schüler, der primus omnium war — zu meiner Genugthuung füge ich hinzu — ein Christ, alle übrigen — zu meiner geringeren Genugthuung — lauter Juden. (Hört! hört!) Am Wilhelmsgymnasium haben in diesem Jahre 13 Abiturienten das Examen bestanden, darunter 9 Juden. Sie werden mir zugestehen: was zu viel ist, das ist zu viel. (Sehr richtig!) Gerade in dem ungeheueren Prozentsatz liegt die Gefahr.

Ich bitte um die Erlaubniß, bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte über die höheren Töchterschulen und ein kurzes Wort über die Volksschulen zu sagen, damit ich das Thema nicht noch einmal oder zweimal zu behandeln habe. Ich werde es so kurz wie möglich machen. Bei den höheren Töchterschulen ist die Sache wiederum viel schlimmer. Da sind im Jahre 1887 in Berlin 1639 jüdische Schülerinnen bei 3446 evangelischen, 63 katholischen und 12 dissidentischen. In einzelnen Schulen finden wir 239 jüdische neben 565 evangelischen, 256 neben 586, 319 neben 518, 308 neben 589, 316 neben 386; ein Zustand, den man wohl so bezeichnen darf, daß er uns einer Art von Verjudung der höheren Töchterschulen entgegenführt. (Sehr richtig!)

Bei dieser Gelegenheit muß ich die Gefahren, die uns drohen, noch an einem besonderen Beispiel klar machen, an dem Fall Boretius. Auf die Thatsache will ich nicht näher eingehen, sie ist in der Presse genug erörtert. Weniger bekannt ist die Antwort, die in dieser Angelegenheit vom Provinzialschulkollegium ergangen ist und die mich für die Zukunft unseres höheren Privattöchterschulwesens besorgt macht. Sie lautet ungefähr so: da die betreffende Schulvorsteherin mehr als ein Drittel der Plätze ihrer Schule mit jüdischen Kindern besetzt habe, da in den Privatschulen von Berlin noch Tausende von Plätzen frei seien, so sei das Provinzialschulkollegium nicht in der Lage, hier irgend welche Maßregeln zu treffen. Sollte aber einmal der Fall eintreten, daß in den höheren Privattöchterschulen keine Plätze mehr vorhanden seien, so lasse sich ja erwägen, ob man nicht bei späteren Konzessionen den Schulvorsteherinnen die Bedingung auferlegt, Jüdinnen aufnehmen zu müssen. (Hört! hört!)

Sie werden mir zugestehen, daß das ein völlig unerträglicher Zustand sein würde. (Sehr richtig!) Nach diesen Grundsätzen, von denen

ich hoffe, daß sie niemals zur praktischen Ausführung kommen, können wir dahin gelangen, daß es christlichen Eltern garnicht mehr möglich wäre, ihre Töchter in rein christlichen Privatschulen unterzubringen, ein Zustand, den wir alle ohne Ausnahme, die wir Christen sind, verwerfen müssen. Ich würde dem Herrn Minister sehr dankbar sein, wenn er uns sagte, daß er mit dieser Anschauung des Provinzialschulkollegiums nicht übereinstimmt.

Ich will noch ein ganz kurzes Wort über die Volksschule sagen, wo ja die Gefahr so groß nicht ist. Doch haben wir bereits, obwohl die Konfessionalität der Volksschulen in Preußen verfassungsmäßige Regel ist, Gemeindeschulen in Berlin, die mit dem jüdischen Element recht stark versehen sind. So ist z. B. in der Gipsstraße, auch in so einem dicht gedrängten Quartier mit jüdischer Bevölkerung, eine Gemeindeschule, die schon vor 3 Jahren 131 jüdische Knaben, eine andere, die 151 jüdische Töchter hatte. Hier läge nun die Lösung sehr nahe. Wenn in zwei dicht neben einander liegenden Gemeindeschulen sich 131 Knaben und 151 Töchter zusammenfinden, so müßte man, der Verfassung und dem gesetzlichen Zustande gemäß, eine jüdische Elementarschule einrichten. (Sehr richtig! rechts.)

Hier ist die Zahl von Schülern vorhanden, welche nöthig ist, um mit Erfolg eine Schule zu begründen. Und es ist mir völlig unverständlich, warum man hier christliche Kinder mit jüdischen Kindern gemeinsam unterrichtet. Die Gesetze vom Jahre 1847 bestimmen ja, daß Juden kein Recht haben, in der Schule eine Absonderung ihrer Kinder von den Christenkindern zu beanspruchen, daß aber die Synagogen- oder Gemeindevorstände bei genügender Zahl von Kindern die Errichtung einer eigenen Schule beantragen können. Nun sehe ich nicht ein, warum nicht auch die Schulverwaltung, wenn solche Zustände hervortreten, — und in der Hirtenstraße ist auch eine Schule, die vor drei Jahren 144 Jüdinnen, in der Keibelstraße eine andere, die 283 Jüdinnen hatte, — von sich aus dazu übergehen könnte, ein jüdisches Schulsystem zu begründen.

In Breslau sind die Zahlenverhältnisse ähnlich, in Posen und Oberschlesien sind sie schlimmer, als ich es hier dargestellt habe.

Sie werden mir zugestehen, ein solcher Zustand ist bedenklich. Ich erinnere mich, im Laufe der Jahre öfters, und auch in diesem Jahre wieder hier im Hause die Klage gehört zu haben, daß wir in Deutschland eine Ueberproduktion an Gebildeten, an Dreiviertel- und Halbgebildeten haben. Das ist auch gewiß richtig. Wenn nun zu dieser Ueberproduktion das jüdische Element so große Zahlen stellt, so wird die Gefahr, die in der Sache selbst liegt, noch bedeutend verschärft. (Sehr richtig!)

Ich will von den sozialen Mißständen, die in den Schulen zwischen Schülern und Schülern stattfinden, nicht reden, da ich kein konfessionell verbitterndes Wort in dieser Sache sagen möchte. Ich will lediglich die pädagogischen Schwierigkeiten erörtern, die aus dem Ueberwuchern des jüdischen Elements folgern.

Vor allem hat dieser Prozentsatz jüdischer Schüler in den Gymnasien schon das zur Folge, daß auch ein stärkeres Personal von jüdischen Lehrern angestellt wird. Die staatliche Schulverwaltung thut es nicht, wohl aber die städtische. Darin liegt aber ein Widersinn. Wenn wir uns hier mit

Erörterungen abmühen, wie wir in der Geschichte, in der Litteratur, in den Sprachen den christlichen und nationalen Geist zur Geltung bringen wollen, und müssen hinterher entdecken, daß Juden Geschichte lehren, so ist unser ganzes Reden darüber völlig umsonst. (Sehr wahr! rechts.) Denn daß ein Jude — bei aller Achtung vor seiner vielleicht großen Gelehrsamkeit — die Fähigkeit haben sollte, christlichen Schülern so Geschichte zu lehren, daß sie die Leitung Gottes, den Gang Christi durch die Weltgeschichte erkennen, das halte ich für unmöglich. (Sehr wahr! rechts.) Die Erscheinung Christi ist ein Wendepunkt der Zeiten; von da ab ist alles, was gut ist, mit seinem Charakter geprägt. Vor Beginn des Mittelalters sind es die Kämpfe zwischen Christenthum und Heidenthum, im Mittelalter selbst die großen kirchlichen Ereignisse, z. B. Missionen und Kreuzzüge, in der modernen Zeit die von der Reformation ausgehenden Kämpfe und Entwickelungen, welche der gesammten Geschichte ihren Charakter aufprägen. Nun mag ein Jude objektiv genug sein, um sich in diese Geschichte hineinzuversetzen, um sie möglicher Weise für sich zu begreifen, daß er sie mit Begeisterung lehre, so daß sie Begeisterung weckt, ist einfach undenkbar. (Sehr wahr! rechts.)

Dies jüdische Element hat aber für die christlichen Schüler noch einen anderen großen Nachtheil. Es ist, wenn ich so sagen soll, ein aufhaltendes Element. Den Juden fehlt eine ganze Menge von Begriffen und Kenntnissen, welche nöthig sind, um die christliche Geschichte, um die nationale Litteratur zu verstehen. (Sehr wahr!)

Es ist dies in den siebziger Jahren in einer höheren Töchterschule Berlins bei einem charakteristischen Falle hervorgetreten; die Sache wurde damals in der Stadtverordnetenversammlung und in der Presse viel erörtert. Da rief ein städtischer Oberlehrer ein jüdisches Mädchen von 15 bis 16 Jahren vor an die Landkarte und fragte sie, ob sie wisse, wo Palästina sei. Sie wußte es nicht; wer Moses sei, wer Abraham sei, — nein, sie wußte gar nichts. Sie hatte in ihrem Leben niemals ein Wort von ihrer eigenen Religion gehört; und solcher Töchter waren mehrere in der Schule. Sie werden mir zugeben, daß es — ganz abgesehen von der erschreckenden Religionslosigkeit — ein furchtbarer Uebelstand ist, wenn solche elementaren Kenntnisse, die unter uns gang und gäbe sind, beim Unterricht fehlen. Ich sehe nicht ein, warum dieser pädagogische Nachtheil auf die christlichen Kinder gebürdet werden soll, nur um eine Anzahl von jüdischen Schülerinnen bei uns zu haben. Der pädagogische Zweck selbst gebietet uns, einmal auf die wunde Stelle den Finger zu legen. (Sehr richtig!) Und daß die Zahlen, welche ich vorher genannt habe, dazu Veranlassung geben, wird kein billig Denkender leugnen.

Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß die Frage der Abhülfe sehr schwierig ist. Aber mit Unbefangenheit betrachtet, und wenn wir uns die Energie des Denkens aneignen, die unsere gefährdete Zeit erfordert, ist eine Lösung doch möglich. In Frankfurt a. M. hat man seit langer Zeit jüdische höhere Schulen; sie sind vor der preußischen Zeit begründet. Dort haben unsere israelitischen Mitbürger aus eigener, gesunder, vernünftiger Erkenntniß der Sachlage sich ihre höheren Schulen selbst gestiftet. Wenn das Israeliten von sich aus thun für ihre Zwecke, warum sollen wir nicht den Muth haben, dasselbe für sie und uns zugleich zu thun? (Sehr wahr!)

Ich wenigstens würde keinen Grund sehen, der das [illegible] machte. Einige Schwierigkeiten sind vorhanden, und zwar wegen des Sabbaths. In Frankfurt a. M. wird am Sonnabend in den [illegible] genannten Schulen kein Unterricht gehalten, und da man in einem christlichen Staat am Sonntag doch nicht Schule halten kann, auch Sonntags nicht. Das ist unzweifelhaft ein Uebelstand. Aber wenn in den französischen Gymnasien grundsätzlich wöchentlich ein ganzer Tag frei bleibt, — der Donnerstag — damit die Schüler sich an Privatarbeiten gewöhnen, so liegt darin ein beachtenswerther Vorzug. [illegible] würde den Mißstand von zwei auf einander folgenden freien [illegible] immer noch nicht so hoch veranschlagen, daß er die Beseitigung der [illegible] wir berührten Gefahren aufwiegen könnte. Ich würde meinen, [illegible] ein Schulwesen, das wesentlich jüdisch ist, Sonnabend und [illegible] den Unterricht aussetzte und den Schülern Privatarbeiten für den Sonntag aufgeben könnte. Am Montag würden die Schüler [illegible] ihren Fleiß Rechenschaft geben müssen; ich würde das für [illegible] angängig halten. (Sehr wahr! rechts.)

Also, so ernst der Schritt ist, wenn wir dazu übergehen, für [illegible] überhohen Zahlen die Gründung jüdischer höherer Schulen [illegible] unmöglich ist es nicht, wie das Vorbild Frankfurts zeigt.

Vielleicht würde es auch bei uns geschehen, wie in Frankfurt a. M., daß hie und da eine christliche Familie ihre Kinder in die [illegible] höheren Schulen schickte; erwünscht wäre das nicht, aber [illegible] könnte man es auch nicht, da ja unsere höhern Schulen nicht [illegible] konfessionelle sind.

Nun haben Gelehrte, welche über diesen Gegenstand [illegible] haben, ich nenne die Professoren de Lagarde in Göttingen und [illegible]mund in Wien, gemeint, daß es für ein christliches Staatswesen [illegible] möglich sei, jüdische Schulen von sich aus zu gründen. Ich sehe [illegible] nicht ein. Die Juden zahlen ihre Steuern so gut wie jeder [illegible] warum soll der Staat nicht auch für sie sorgen können?

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß ein jüdisches höheres [illegible]wesen, in welchem die dort vorhandenen Bildungsmomente und die [illegible]giösen Anregungen, obwohl sie niedriger sind als die im [illegible] deutschen Leben, richtig verwandt würden, so müßte dies doch [illegible] Charakterentwickelung und Ausbildung der jüdischen Jugend [illegible] noch besser wirken, als eine halbchristliche Bildung ohne [illegible] Dies vielfach religionslose Reformjudenthum, das gar keine [illegible] Grundlage hat, ist ein viel empfindlicherer Schaden unseres [illegible] als das altgläubige Judenthum. (Beifall rechts.) Und dadurch, [illegible] das Judenthum in die christlichen Schulen hineingenommen wird, [illegible] es sich der eigenen religiösen Anschauung entfremdet und das Christenthum sich nicht aneignen kann, wird gerade dieser [illegible] frivole Geist, erzeugt, der das Judenthum verleugnet, das [illegible] bekämpft, der in der Luft schwebt und überhaupt keine [illegible] sittlich-religiöse Basis gewinnt. (Sehr richtig! rechts.)

Das ist eine Gefahr von der allergrößten Tragweite.

Ich weiß ja, es giebt Schwärmer, die sagen: [illegible] Welt keine Trennung der christlichen Bildung von der [illegible] Schule; gerade da ist die Stelle, wo das [illegible] werden, wenigstens mit christlichen, nationalen [illegible]

werden soll. Eine solche Erwartung ist im Allgemeinen irrig; die Schule ist gar nicht die Stätte, wo man christliche Propaganda treiben soll an anderen Konfessionen; dazu ist die Mission. Ich glaube auch nicht, daß es möglich ist, die jüdische Bevölkerung in der Schule zu christianisiren. Eine nüchterne Betrachtung unserer heutigen Zustände muß uns dahin führen, daß wir das Religiöse nur in festen Formen als wirklich wirksam ansehen. Es liegt sehr im deutschen Genius, religiöse Ideen, religiöse Kultur für ausreichend zu halten als Ersatz wirklicher Religion. Wir haben für diesen Irrthum schon jetzt schweres Lehrgeld gezahlt und werden vielleicht noch schwereres zahlen müssen, um ihn vollkommen zu begreifen. Es giebt aber schon jetzt Viele, die auf einem von dem meinigen ganz abweichenden Standpunkt stehen, aber doch allmählich dahin gekommen sind, daß sie ein bloß dämmerndes, unklares, formloses religiöses Wesen für unwirksam halten; Geister ohne Leib nennt man auf Erden Gespenster; sie leben nicht. (Heiterkeit.)

Ohne kirchlich feste Formen, die in der Schule gelehrt werden, hat man auch nur eine gespenstische Religion, ein Surrogat von Religion, aber nicht die stark religiöse Bildung, die nöthig ist, um Charaktere zu schaffen. (Bravo! rechts.)

Aber Sie werden sagen: mein Standpunkt streite gegen die Verfassung und Schulverwaltung. Meine Herren, gegen die Verfassung sind meine Vorschläge garnicht! Die Juden bleiben völlig gleichberechtigt mit uns; sie können in die christlichen Anstalten kommen; auch können in ihre Schulen Christen kommen; meines Wissens ist das wenigstens in Frankfurt nicht verboten. Die Gleichberechtigung ist da.

Aber, daß christliche Schulen in der deutschen Hauptstadt, wo vorzugsweise die Geisteskämpfe durchgefochten werden müssen, die unsere Zukunft wieder sichern sollen, in solchem Prozentsatz Elemente aufnehmen sollen, welche eine christlichnationale Durchbildung unmöglich machen, das ist nicht Gleichberechtigung, das würde ich eine Mehrberechtigung nennen. (Sehr wahr! rechts.) Und eine solche können unsere jüdischen Mitbürger nicht fordern.

Die Vorschläge, die ich mache, sind durchführbar. Andere, welche sich mit der Frage beschäftigt haben — ich nenne wiederum Professor Wahrmund — meinen, es sei genug, einen Prozentsatz nach der Bevölkerungsziffer oder auch ein wenig darüber hinaus festzusetzen; die jüdischen Schüler, die diesen Satz überschreiten, wären dann aus der Schule zu weisen. Aber, meine Herren, ohne Gründung von jüdischen Schulen geht das nicht. Diese Einrichtung muß vorangehen; ich sehe auch nicht ein, warum wir dieselbe nicht treffen sollten. Erwägen wir die pädagogische Schwierigkeit des heutigen Zustandes, die den Lehrern oft alle Freudigkeit des Unterrichtes nimmt, und lassen wir den jüdischen Mitbürgern zugleich ihr Recht, dann werden wir uns auch mit der Möglichkeit befreunden, jüdische Schulen zu beschaffen. Die Juden haben ja doch schon ihre jüdischen Schulen. Noch im Jahre 1872 haben sie hier in Berlin mit dem allergrößten Eifer eine jüdische Hochschule begründet, um darauf jüdische Wissenschaft zu treiben. Wenn sie auf den unteren Stufen ihre jüdischen Schulen behalten, wenn sie einen so großen Werth darauf legen, eine jüdische Hochschule zu besitzen — warum soll darin etwas Verletzendes liegen, daß wir sie da, wo sie im Uebermaß vorhanden sind, in eigene höhere jüdische Schulen hinein-

nöthigen? Ich sehe darin kein Unrecht, keine Minderberechtigung. Ich sehe darin nur etwas, was wir uns schuldig sind, wenn wir unsere Jugend im eigenen Geiste erziehen wollen. Das aber halte ich nicht nur für unser Recht, sondern einfach für unsere Pflicht. (Bravo! rechts.)

Meine Herren, wenn jüdische Großkapitalisten in Berlin sich an die Spitze der Sozialdemokraten stellen, wenn jüdische Rechtsanwälte in unglaublicher, ich möchte sagen, affenartiger Geschwindigkeit ihren Uebergang von der Demokratie zur Sozialdemokratie vollziehen und nun die rothe Fahne nicht ihrem, sondern unserem Volke vorantragen, so finde ich das unerhört. Das ist eine Gefahr, gegen die wir zu reagiren haben — ein Reagiren, das ich nicht unter den Begriff der Reaktion stelle, sondern unter den einer erlaubten, berechtigten und nothwendigen Aktion. Bei unseren Verfassungszuständen können wir uns gegen solche Thatsachen nicht anders schützen, als durch Pflege des deutschen Geistes. Die Gleichberechtigung ist ausgesprochen. Viele, die ihr seiner Zeit zugestimmt haben, werden das heute bedauern. Aber sie ist nun einmal da; was bleibt uns übrig, als daß wir auf unserer Seite die Kräfte zur Bekämpfung des Umsturzes und des Unglaubens soviel wie möglich stärken. Das ist aber nur dadurch möglich, daß wir in der Weise, wie es in diesen Tagen immer wieder zur Sprache gekommen ist, den sittlich religiösen Geist, den das Christenthum hat, mit dem nationalen Geiste, wie er deutscher Art und Natur ist, auf unsern niederen und höheren Schulen so innig wie möglich verbinden und gegenüber der Propaganda des Umsturzes ein junges Deutschland heranziehen, das für die Güter unseres Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Pfennig eintritt. (Bravo! rechts.)

Ich weiß kein anderes Mittel. Wissen Sie ein anderes, so bin ich gerne erbötig, mit Ihnen darüber zu verhandeln, darauf zu hören. Zunächst, glaube ich aber, bleibt nichts Anderes übrig, als das was ich vorzuschlagen mir erlaube. Ich bin mir ja bewußt, wie schwierig die Sache ist, die ich erörtere. Ich weiß, wie schwer es ist, in der sogenannten Judenfrage die Punkte zu finden, welche politisch zur Behandlung reif sind. Ich will auch bekennen, daß ich bis jetzt nur zwei Punkte weiß, die nach meiner Auffassung vollkommen reif sind: Der eine ist die Frage der Justiz, besonders die Frage der freien Advokatur; sie ist völlig spruchreif. (Bravo! rechts.)

Die andere ist die des Ueberwucherns des jüdischen Elements an unsern höhern Schulen. Da kann man, da muß man etwas thun, um unser deutsches Volk zu schützen. Ich kann dem Herrn Minister nur zurufen: Videant consules, nequid detrimenti respublica capiat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ich hatte auch die Absicht, einige Spezialien, die sich an diese Materie anschließen, zur Sprache zu bringen. Indeß, ich gebe zu, daß, nachdem der Herr Abgeordnete Stöcker die Debatte heute wieder auf ein solches Niveau gebracht hat, uns die Verpflichtung auferlegt ist, die von ihm angeregte Frage doch auch unsererseits noch einmal zu beleuchten und daß die übrigen Punkte daneben zunächst in den Hintergrund treten.

Meine Herren, ich kann nicht der Meinung sein, daß diese Hetzrede eines evangelischen Geistlichen, (oho! rechts) wie Herr Stöcker sie hier gehalten hat gegen einen großen Theil unserer Mitbürger ein würdiges Stück in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands ist, und wenn wir Herrn Stöcker nicht bereits kennten, — wir haben ihn ja vor Jahren auf diesem Gebiete schon vollkommen kennen gelernt bei der bekannten Petition, von der er sich schnell lossagte, obwohl er fest drangeknüpft war, — so würden wir uns mehr darüber wundern.

Ich würde auch, wenn Herr Stöcker allein hier für sich gesprochen hätte, viel weniger Notiz von dieser Rede nehmen; aber zwei Umstände veranlassen mich dazu, noch jetzt darauf einzugehen.

Der eine Umstand war der — das war mir allerdings schmerzlich —, daß Herr Stöcker sich autorisirt erklärte, im Namen seiner politischen Freunde und, wie ich also annehme, im Auftrage und in Uebereinstimmung mit der ganzen konservativen Partei, diese Rede hier zu halten — (Ja wohl! rechts.) — die Herren bestätigen mir das; sie hätten das gar nicht nöthig. Denn ihr schallendes Bravo, aus der innersten Seele herauskommend, dieser Ausdruck des unsäglichen Vergnügens, (Heiterkeit) hatte schon diesen Beweis geliefert. Sie brauchen es mir also gar nicht besonders zu bestätigen. Aber, so traurig an sich die Thatsache ist, daß die Tribüne der Volksvertretung zu solchen Reden gemißbraucht wird, (oho! rechts) so verdienstlich ist es, daß die Herren herauskommen mit ihren innersten Gedanken, und daß sie klar werden in ihren Zielen, daß dieselben vor dem Volke vollständig enthüllt werden. Insofern begrüße ich diese Rede des Herrn Stöcker, die den Beifall und die Uebereinstimmung der ganzen konservativen Partei hat. Aber das möchte ich doch den Herren zu bedenken geben: selbst wenn man derartige Ziele hat, sollte sich dann nicht ein Mann, der den Beruf hat, ein Prediger der christlichen Liebe und Toleranz zu sein, die Frage vorlegen, was derartige Reden in den zarten Gemüthern der Kinder, die noch auf den Schulbänken zu sitzen verpflichtet sind, für Wirkungen ausüben? Meine Herren, in meiner Nähe sagte ein praktischer Schulmann: ich würde mich nicht wundern, wenn jetzt die armen jüdischen Kinder sogar gehauen würden. (Lachen rechts.)

Meine Herren, wenn man in dieser Weise die konfessionelle Intoleranz hier im Abgeordnetenhause predigt, ist es dann ein Wunder, wenn die Knaben und die Mädchen, die Kinder jener Männer, dann ihren jüdischen Mitschülern gegenüber praktischen Gebrauch nachher machen? Und das wollen Sie christliche Liebe, das wollen Sie christliche Toleranz nennen! O nein, meine Herren, ich glaube, Zündstoff nach dieser Richtung hat Herr Stöcker genug aufgetragen, (nein! rechts) und es war wahrhaftig nicht nöthig, daß er die Flamme noch anfacht von dieser Stelle aus.

Der zweite Punkt aber, der mir ebenso schmerzlich war, war der, daß der Herr Kultusminister, obgleich an ihn gerade diese Rede gerichtet war — Herr Stöcker hat wiederholt zu ihm gesprochen, — nicht ein einziges Wort der Erwiderung darauf hatte. Meine Herren, ich muß sagen: ich denke über die Pflichten eines preußischen Kultusministers denn doch anders, (aha! rechts) und ich glaube, daß seine Vorgänger, selbst diejenigen, die konservativ waren, doch wohl einer solchen Rede gegenüber die Verpflichtung gefühlt hätten, einen Protest

einzulegen gegen eine derartige Rede, die in der That nur die Wirkung haben kann, daß die Kinder in der Schule nicht mehr den friedlichen Verkehr mit einander haben können, den sie bisher gehabt haben. Meine Herren, der Herr Kultusminister ist der Wächter des Friedens, er ist derjenige, dem die Sorge über die Schule, und namentlich die Sorge über den konfessionellen Frieden anvertraut ist, ich lege ihm die Frage vor: war das eine Rede, zu der er schweigen konnte, selbst wenn er mit den Zielen des Herrn Stöcker einverstanden war? Ich glaube nicht. Und ich frage den Herrn Kultusminister — ich muß es ihm natürlich anheimstellen, ob er mich einer Antwort würdigt oder nicht — erklärt er sich einverstanden mit der Tendenz, die aus jedem Worte jener Rede herauszuhören? erklärt er sich einverstanden mit dem Ziel derselben? Wenn er es ist, möge er es uns ganz offen sagen; es ist gut, daß das Haus darüber aufgeklärt wird, dann werden diejenigen, welche dem nicht zustimmen wollen, wenigstens wissen, was sie diesen Bestrebungen gegenüber zu thun haben. Ich glaube aber — vielleicht thut es der Herr Minister — daß es lohnt, in dieser Stunde auch vom Regierungstische ein Wort zu sagen, wie die Herren darüber denken.

Was nun die Thatsache anbetrifft, meine Herren: Ihnen sind die Zustände unerträglich, daß Ihre Kinder mit den jüdischen Kindern auf einer Schulbank sitzen müssen in den höheren Lehranstalten — (Zurufe: das ist nicht gesagt!) Nicht? **Was hat denn die ganze Rede für einen Zweck?** Nur das ist doch der Grund. „**Unerträglich**", „ein sittlicher Schaden" hat Herr Stöcker gesagt.

Es ist wunderbar, daß zwei Seelen in dieser Brust leben. Meine Herren, Sie sind doch sonst nicht so sehr gegen das jüdische Kapital. (Heiterkeit links.) Wenn es sich darum handelt, einen Mann aus der Junkerpartei unterzubringen, eine glänzende Laufbahn ihm zu geben mit jüdischem Kapital, dann sind die Juden gut genug, dann erhöht man sie, dann führt man sie in die Gesellschaft ein, dann ist man um sie besorgt. (Sehr richtig! links.) Und wenn gewisse jüdische Bankiers Geld geben zu politischen Zwecken, die Ihnen gerade dienen, dann ist der Jude ein ganz vortrefflicher Mann. Im übrigen aber wollen Sie mit ihm nichts zu thun haben und wollen sogar seinen Kindern verwehren, daß sie mit den Ihrigen auf einer Schulbank sitzen.

Ich finde diese Zustände **nicht** unerträglich; sie sind ein erfreuliches Zeichen von dem Bildungsdrange, welcher unter unseren jüdischen Mitbürgern vorhanden ist. Und wenn sie mehr Bildungsdrang haben als ihre christlichen Genossen, soll ihnen das zum Vorwurf gereichen? Wie kommen Sie dazu, die Juden **hineinzwingen** zu wollen in **besondere jüdische Lehranstalten**? Stehen Sie da auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze? Ist das der Boden der christlichen Freiheit, von dem Sie immer sprechen? Ich meine nein! Nirgendwo ist auch ein Mittel gegeben, Ihre Wünsche zu erfüllen, und ich bin neugierig, ob der Herr Kultusminister Ihnen darin zustimmen wird, daß diesen Stöckerschen Ideen, die ja, wie wir hören, die Ideen der konservativen Partei sind, stattgegeben werden könnte.

Meine Herren, es wird Ihnen nicht gelingen, den jüdischen Geist, insoweit er deutsch ist, von dem nationalen Geiste zu trennen. Unsere ganze deutsche Geschichte weist auf einer Reihe von Blättern Großthaten.

namentlich Geistesthaten von unseren jüdischen Mitbürgern auf, und ich glaube nicht, daß das Wort des Herrn Stöcker im Stande ist, diese Thaten auszulöschen. Meine Herren (nach rechts), was wäre Ihre Partei, wenn nicht einst ein Stahl, der auch ein Jude war, Ihr Vorkämpfer, Ihr Prediger gewesen wäre — ein viel bedeutenderer konservativer Mann wie zehn Stöcker sind. Und dieser Stahl war ein Jude! Ich könnte Ihnen noch mehr nennen auf diesem Gebiet.

Herr Stöcker ist namentlich so sehr darüber bekümmert, daß auf dem französischen Gymnasium unter 32 Schülern in der Obersekunda 22, sage 22 jüdische Schüler sind. (Zurufe rechts.)

Stimmt es nicht? Ich denke, die Zahl ist richtig.

Das ist ja eine wahrhaft entsetzliche Thatsache. Ein Freund hat eben den Adreßkalender kommen lassen und dort nachgesehen. Ich dachte, die Gefahr wird doch wohl eine große sein, wahrscheinlich werden dort lauter jüdische Lehrer sein. Nach den Namen zu urtheilen, kann wohl nur höchstens einer da sein! Nun begreife ich das Entsetzen des Herrn Stöcker darüber nicht, daß 22 jüdische Kinder von evangelischen Lehrern unterrichtet werden. Zeugt das von Vertrauen auf die Werbekraft des „christlich nationalen“ Geistes? Wenn Sie nicht Furcht davor hätten, daß christliche Lehrer jüdische Kinder unterrichten, und wenn Sie mehr Vertrauen hätten auf den „christlich nationalen“ Geist, so müßten Sie von Ihrem Standpunkt stolz darauf sein, daß diese Kinder von christlichen Lehrern Unterricht bekommen. Nichts von alledem; Herr Stöcker fürchtet sich davor; er glaubt nicht an die Kraft des christlich nationalen Geistes, daher will er diese konfessionelle Trennung. Aber wie? Wie gesagt, ich habe kein Verständniß für die Sache.

Der Abgeordnete Stöcker hat eine elegante Wendung am Schluß gemacht — ich glaube, er selbst weiß, daß das deutsche Volk noch nicht „reif“ genug, wie er sich ausdrückte, um die Stöckerschen Ideen, die er vorgetragen hat, ohne weiteres glücklich zu verdauen und zu acceptiren — nun macht er eine wunderbare Wendung, er schiebt dem Judenthum gewissermaßen eine Verantwortung für die Entwickelung der „Umsturzideen“, wie er sich ausdrückte, zu. Er sagte: das könnte man doch nicht dulden, jüdische Großkapitalisten verstärkten die Reihen der Sozialdemokratie, jüdische Rechtsanwälte seien übergegangen aus den Reihen der Demokratie zu den Sozialdemokraten. Und dann muntert er auf zum Kampf gegen den Umsturz. Das klingt ja so, als ob das Judenthum der Vorkämpfer der Sozialdemokratie wäre. (Sehr richtig! rechts.) — Gewiß, Sie sind der Meinung. —

Ja, wenn Sie mit den Thatsachen so umgehen. Und das sind die Vertreter geschichtlicher Wahrheiten, die Sie rein und unverfälscht den Kindern beigebracht wissen wollen. (Zuruf.)

Ach, meine Herren, sehen Sie doch einmal die Reihen der Sozialdemokraten an, diese 1½ Millionen, die sie jetzt beinahe haben — wieviel Juden sind denn darunter? Ich glaube, daß dies hier nur in den Vordergrund gestellt war, um die Kampfeslust gegen unsere jüdischen Mitbürger etwas anzustacheln; dazu brauchte man eben solche starken Dosen; Sie stehen aber im direkten Widerspruch mit den Thatsachen. Nun, daß Herr Stöcker in Bezug auf Thatsachen es ja nicht so ganz genau nimmt, das, glaube ich, wissen wir aus den Debatten, die wir früher mit ihm geführt haben.

Herr Stöcker will zunächst diejenigen Punkte anfassen, die reif sind nach seiner Meinung; die anderen sind es noch nicht, sie werden es unter der Stöckerschen Behandlung natürlich allmählich werden. Er will die freie Advokatur aufheben — da sind ihm die Juden zu stark eingedrungen; er will die jüdischen Kinder auch aus den jetzigen höheren Schulen hinausbringen — da sind sie ihm auch zuwider.

Herr Stöcker hat auch weiter sein Herz enthüllt, er sagte ganz offen, die Gleichberechtigung sei einmal durch die Verfassung gegeben, — man könnte das bedauern. Daß Sie es bedauern, Herr Stöcker, glaube ich sicher und daß Sie — natürlich auf gesetzmäßigem Wege — dahin kommen wollen, eine Reform Ihrem innersten Wunsche gemäß zu erwirken, das glaube ich Ihnen auch. Darum fangen Sie mit den reiferen Früchten an, das andere soll nachfolgen. Ich habe aber das Zutrauen, daß, trotzdem Sie beinahe die Majorität in diesem Hause haben — bedauerlicherweise, — Ihre Bestrebungen zu Schanden werden. Der Geist der Toleranz, welcher die Protestanten in Deutschland und insbesondere in Preußen geleitet hat, und der dazu geführt hat, daß die protestantischen Kinder von je her mit den Kindern der jüdischen Mitbürger auf einer Schulbank gesessen haben, von der Volksschule an bis hinauf in die höheren Schulen, — er wird nicht so leicht vernichtet werden, er hat eine lange Geschichte hinter sich. Ich möchte Herrn Stöcker einmal einladen, daß er seine Rede von heute vergleicht mit dem Geist, der in den Schriften des großen preußischen Königs Friedrichs II. herrscht. Das Volk ist durchdrungen von diesem großen Geiste, der in unserer Geschichte unauslöschliche Spuren hinterlassen hat. War das der Geist, der heute aus der Rede des Herrn Stöcker wehte? Wahrhaftig nicht! Friedrich der Große sagte einmal in dieser Beziehung: „Jesus war ein Jude, und wir verbrennen die Juden; Jesus predigte Toleranz und Duldung und wir verfolgen; Jesus predigte eine gute Moral; und wir üben sie nicht aus u. s. w." (Rufe rechts: und so weiter!) — Ja, meine Herren, es kommt nur auf die Stelle an. Ich werde Ihnen noch eine andere Stelle vorlesen. Gerade Friedrich der Große — und darüber hat die Geschichte uns kostbare Beispiele aufbewahrt — bekämpft aufs entschiedenste die „konfessionelle Engherzigkeit", wie er das nannte, den „falschen Eifer", den „Fanatismus", wie er zum Beispiel heute in der Rede des Herrn Stöcker sich kundgegeben hat. (Lachen rechts.) In der „Geschichte des Hauses Brandenburg" hat er die Spuren gefunden jener großherzig, weitgehenden Duldung und Toleranz, welche zur Zierde der Nation gereicht, und er schließt die Betrachtung über die Geschichte Brandenburgs mit folgenden Worten, die ich Herrn Stöcker auch zur Beherzigung empfehlen möchte: „Der falsche Eifer ist ein Tyrann, welcher die Länder entvölkert; die Toleranz ist eine zärtliche Mutter, welche sie nährt und zur Blüthe bringt." Ja, meine Herren, dieser falsche Eifer, den wir heute in der Rede des Herrn Stöcker gefunden haben, wird hoffentlich von dem preußischen Volk nicht acceptirt werden. Herr Stöcker hat so sehr viel gesprochen von dem sittlichen Geiste des Christenthums. Nun, meine Herren, wenn der sittliche Geist des Christenthums darin bestehen soll, in einer so lieblosen, verwerflichen und ungerechten Weise gegen die Kinder unserer jüdischen Mitbürger hier vorzugehen, dann wird das preußische Volk sich ihm nicht zuwenden, sondern von diesem

engherzigen Konfessionalismus der Stöckerschen Richtung sich loszureißen wissen.

Meine Herren, Herr Stöcker sagt, daß die christliche Religion in festen Formen nur wirksam sein könne. Wenn die feste Form christlicher Religion darin bestehen soll, daß man in dieser Weise, wie Sie, Herr Stöcker, gegen unsere voll gleichberechtigten jüdischen Mitbürger Hetze treibt, dann danke ich Ihnen für Ihre Formen und für solchen „sittlichen Geist“ des Christenthums; er könnte nur, das lehrt die Geschichte, nicht zum Heile, sondern zum Verderben unseres Vaterlandes gereichen. (Bravo! links! Zischen rechts.)

Kultusminister Dr. **v. Goßler:** Meine Herren, ich hätte wirklich nicht erwartet, daß ein so lebhafter Appell an mich gerichtet werden würde. Ich habe alle diejenigen Heftigkeiten, die der Herr Vorredner an der Rede des Herrn Stöcker getadelt hat, nicht darin gefunden. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, daß der Charakter der Rede, welche Herr Stöcker gehalten hat, ein anderer war, und wenn ich überhaupt das Wort ergreife, so will ich zunächst der Ansicht Ausdruck geben, daß Herr Rickert die Rede des Herrn Stöcker so bekämpft hat, wie er gewünscht hätte, daß sie gehalten worden wäre, nicht wie sie gehalten worden ist. (Sehr gut! rechts.)

Das Problem, welches der Herr Abgeordnete Stöcker angerührt hat: wie ist die konfessionelle Gestaltung unseres höheren Unterrichtswesens zu regeln? — ist eine der schwierigsten für die Unterrichtsverwaltung; sie ist sehr schwierig im Verhältniß zwischen beiden christlichen Konfessionen, sie ist es nicht minder im Verhältniß zu den jüdischen, zu den dissidentischen Elementen, mag man einen Standpunkt einnehmen, welchen man will in Bezug auf die Toleranz. Ich erinnere an die gesetzlichen Bestimmungen, welche im großen sich charakterisiren lassen, daß jeder, gleichviel welcher Konfession oder Religion er sei, Zutritt hat zu den öffentlichen Schulanstalten. Er hat nur kein Recht darauf, daß in bestimmungsmäßig konfessionell gestalteten Schulen die Lehren seiner Konfession vorgetragen werden. Das sind Grundsätze, welche denen, die das allgemeine Landrecht kennen, geläufig sind. Darüber hinaus ist es aber klar, daß, wenn eine starke konfessionelle Mischung eintritt, erhebliche Schwierigkeiten für die Unterrichtsverwaltung erwachsen. Wir haben die Simultanschulfrage hier oft erörtern hören. Wir können ja die Simultanschule nicht ganz aus dem Gebiete des Volksschulunterrichts ausschließen, obwohl Sie ja wissen, daß ich allermaßen angestrebt habe, diesen ewigen Zankapfel aus der Welt zu schaffen, und zwar unter voller Zustimmung eines großen Theiles, auch der liberalen Seite dieses Hauses. Denn da, wo die Simultanschulen verschwunden sind, ohne daß Nöthigung zu ihrem Bestande vorlag, ist Frieden unter den Konfessionen auf diesem kommunalen Gebiete eingetreten.

Sehr viel schwieriger gestaltet sich aber die Frage in Bezug auf das höhere Unterrichtswesen. Meine Herren, wenn man das Volksschulunterrichtswesen konfessionell gestalten kann, so hat dies nur darin seinen Grund, daß auf einem enger begrenzten Raum viele Kinder

wohnen, daß man also diese Kinder innerhalb eines übersehbaren Raumes konfessionell sondern kann. Das ist aber unmöglich in Bezug auf die höheren Schulen; denn der Raum, den in einer Stadt wie Berlin zum Beispiel Kinder zurücklegen müßten, wenn wir hier speziell katholische und speziell jüdische Gymnasien hätten, wäre unter Umständen ein nicht zu überwindender. In anderen Städten, wie beispielsweise in Breslau, hat es sich von vornherein sehr leicht machen lassen, daß sich die Katholiken und Evangelischen getrennt haben, denn da wohnten in einem verhältnißmäßig engen Bezirk zahlreiche evangelische und katholische Schüler.

Nun ist es gar keine Frage, wenn Sie die Entwickelung des höheren Unterrichtswesens verfolgen, in Betreff der konfessionellen Bevölkerung der höheren Schulen, daß da sehr merkwürdige Verschiebungen und Veränderungen eintreten.

Ich darf an meine Rede, die ich neulich gehalten habe über die Verschiebung der Konfessionen, vielleicht anknüpfen. Das Material habe ich leider heute nicht mit; aber es ist interessant. Ich habe eine Grundlage legen lassen über diese Frage im Januar 1883, wo ich für jedes Gymnasium genau habe feststellen lassen, welche Schüler und welche Lehrer den verschiedenen Konfessionen angehören. Sie werden aus diesen Zahlen, die vor mir liegen und von denen ich vielleicht noch einige verlesen werde, ersehen, wie schwierig die Stellung der Schulverwaltungen ist. Wenn Sie beispielsweise Schlesien nehmen — wie gesagt, es sind Zahlen von 1883, nach einigen Jahren soll eine neue Statistik aufgenommen werden — so finden wir in Beuthen 89 evangelische, 144 katholische und 174 jüdische Kinder; auf dem Johannisgymnasium zu Breslau 381 evangelische, 60 katholische und 85 jüdische; auf dem Friedrichsgymnasium dort 128 evangelische, 12 katholische und 150 jüdische; in Gleiwitz 84 evangelische, 235 katholische, 162 jüdische; (hört! hört! rechts) in Kattowitz 81 evangelische, 52 katholische, 124 jüdische; auf dem Elisabethgymnasium zu Breslau 242 evangelische, 17 katholische und 255 jüdische Kinder. Es sind in Posen und anderwärts ähnliche Verhältnisse.

Nun bin ich sehr oft in der Lage, mir die Verhältnisse solcher Anstalten klar zu machen; und Sie werden, mögen Sie eine Anschauung haben, welche Sie wollen, mir Recht geben, es sind der Unterrichtsverwaltung dadurch ungemessen schwierige Aufgaben gestellt. In Berlin und anderwärts haben wir wiederholt den Unterricht ausfallen lassen müssen, weil die Juden ihr Neujahrsfest feierten. Es war nicht möglich, so viele Schüler in den Klassen zu halten, daß man hätte mit Erfolg Unterricht geben können. (Hört! hört! rechts.) Außerdem muß man doch auch dafür sorgen, daß die jüdischen Kinder nicht zu weit zurückbleiben, denn sie haben ja nach ihrer Religion vollkommen ein Recht darauf, während ihrer hohen Festtage die Schule nicht zu besuchen. Wir haben die größten Schwierigkeiten gehabt in Schlesien. Ich habe darüber eine große Enquete vor einigen Jahren veranlaßt in Westpreußen und anderwärts; es war nicht möglich, in denjenigen Theilen, wo eine strengere rituelle Behandlung auf Seiten der jüdischen Bevölkerung eingetreten war, am Sonnabend noch mit Erfolg Unter[illegible] zu halten. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß jüdische Kultus[illegible] welche im Laufe der letzten Jahrzehnte aus Rußland nach

Preußen gekommen waren, ihren Kindern absolut verboten, irgend etwas am Sonnabend zu thun. Wir sind dann genöthigt gewesen, weil die jüdische Schülerzahl zu groß war, den ganzen Unterrichtsplan umzuwerfen; wir haben am Sonnabend Unterricht ertheilen müssen, welcher nach einem vollständig aufgebauten Lehrplan nicht hätte in dieser Folge ertheilt werden sollen. (Hört! hört!)

Meine Herren, das ist gerade aus der Freiheit, mit welcher die preußische Unterrichtsverwaltung den Konfessionen gegenüberzustehen bemüht ist, wohl ganz erklärlich, aber ich folgere doch daraus, meine Herren, daß man bei objektiver Betrachtung sagen muß, das sind sehr schwere Aufgaben. (Sehr wahr!) Daß sich also eine Sehnsucht unter Umständen bemerkbar macht, daß man zu einer größeren konfessionellen Trennung kommt, muß ich auch sagen; aber wie gesagt, ich halte es im Großen und Ganzen nach den Verschiebungen unserer Konfessionen für unmöglich, wenn nicht, wie beispielsweise in Breslau auf einen kleinen Raum Kinder der verschiedensten Konfessionen zusammengedrängt sind, zu einer solchen konfessionellen Sonderung des Schulwesens zu schreiten. Ich habe mich wieder auch auf diesem Gebiet mit statistischen Fragen beschäftigt und bin jetzt eben gerade dabei, über die preußischen Landesuniversitäten meine Publikation erscheinen zu lassen, welche für die künftige Generation die erste Grundlage bildet, um die Frage nach dem Antheil der Konfessionen an der Universitätsbildung zu erörtern. Da will ich doch nun einmal, da die Fragen, die hier angeregt sind, von erheblicher Bedeutung sind, darauf aufmerksam machen, daß nach einer Statistik vom Jahre 1885/86 damals festgestellt worden ist, daß in der Schülerbevölkerung der höheren Lehranstalten sich etwa 72 pCt. evangelische, 17,6 pCt. katholische und 9,7 pCt. jüdische Schüler befanden, also die Juden betrugen mehr als die Hälfte der Katholiken. (Hört! hört!) Und diesem Prozentsatz entsprach auch die Statistik, welche für das Jahr 1886/87 für die Universitäten aufgebaut ist, dahin, daß auf den Universitäten von den Preußen, die dort studirten, beinahe 70 pCt. Evangelische, wenig über 20 pCt. Katholiken und ungefähr 9½ pCt. Juden waren.

Wenn man nun die Bevölkerung des preußischen Staates damit vergleicht, so kommt man zu dem Resultat, daß die Bevölkerung Preußens dem männlichen Theile nach besteht aus 64¼ pCt. Evangelischen, wenig über 34 pCt. Katholiken und nur 1,29 pCt. Juden. (Hört! hört!)

Ja, meine Herren, das ist doch eine Thatsache! Ich ziehe gar keine Schlußfolgerungen daraus, aber es hat doch an sich eine große Erheblichkeit, daß wir in Preußen 1,29 pCt. männliche Juden haben, und auf den Universitäten 9,58 pCt. (Zuruf: Warum denn?)

Die Gründe, die von dem Verfasser dieser Statistik dafür angeführt sind, sind auch von Erheblichkeit. Man kann sagen: die größere Befähigung — es hat ein Herr ja auch heut in diesem Sinne sich ausgesprochen, — das große Bildungsbedürfniß, die großen materiellen Mittel; aber was mir sehr überraschend gewesen ist bei der Durcharbeitung der Zahlen, war der große Einfluß des Wohnortes. Es wohnen 82 pCt. sämmtlicher Juden in Städten, dagegen von den Evangelischen nur 40 pCt. und von den Katholiken nur 31 pCt. Ich weiß nicht, warum ich auf diese Differenz nicht früher schon gekommen

bin, aber sie gab ein sehr interessantes Bild von der Verschiebung der Konfessionen und erklärt mehr oder weniger in sehr interessanter Weise vieles, wie die Konfessionen wirken auf die Besiedelung der Orte, wenn ich so sagen soll, und auf die ganze Erwerbs- und Gewerbsthätigkeit. Man hat also den Eindruck, daß die christlichen Konfessionen die großen Arbeitermassen, die eigentlichen ländlichen Arbeiter und die ländlichen Grundbesitzer liefern, während ein großer Theil der jüdischen Mitbürger auf dem platten Lande sich nicht ansiedeln will, sondern größere Städte aufsucht. Daher das verhältnißmäßig starke Ueberhandnehmen des jüdischen Elements in unseren höheren Bildungsanstalten bezw. Universitäten.

Also, meine Herren, daß hier Probleme vorliegen, die man sich gestalten kann, wie man will, liegt ja auf der flachen Hand. (Abgeordneter Rickert: Hört! hört! — Große Heiterkeit rechts.) — Meine Herren, ich weiß aber gar nicht, welche Konsequenzen Sie wünschen, daß ich daraus ziehe. Es ist die Frage an und für sich wichtig, daß man sich darüber klar wird, wie gruppiren sich die Konfessionen eines Staates, wie gestalten sie sich, wie verschieben sie sich, und wie suchen sie ihre Kräfte zu bethätigen, sei es in körperlicher, sei es in geistiger Arbeit. Es ist doch eine große, bedeutende Sache, daß ein Bevölkerungstheil, der nur etwas über ein Prozent der Gesammtheit ausmacht, ungefähr zehn Prozent der akademisch Gebildeten stellt. (Sehr richtig! rechts.) Ich komme darauf zurück, wovon ich ausgegangen bin. Diese Frage steht bei mir nicht im Kopfe so fest, daß ich bereits irgend eine Schlußfolgerung daraus ziehe; ich kann nur wiederholen, für eine verständige Unterrichtsverwaltung ist die Frage nach der konfessionellen Mischung der höheren Bildungsanstalten eine sehr wichtige. Die Auswahl des Lehrerpersonals, meine Herren, ist eine ganz außerordentlich mißliche; ich muß für derartige Anstalten doch schon ganz besonders bevorzugte Lehrer haben. Die Lehrer sind auch Menschen, sie haben also auch gewisse überlieferte Anschauungen. Nun denken Sie sich also solche Gymnasien, wie ich sie genannt habe, wo jede Konfession ein Drittel liefert; wie sollen die Lehrer dort ihre Lehrmethode mit Sicherheit einrichten? Es giebt doch eine ganze Masse Fragen, wo wirklich auch ein einfacher Lehrer, der nicht gerade Religionslehrer ist, seinen religiösen Empfindungen irgend einen Ausdruck giebt. Wie ich den Volksschullehrern gegenüberstehe, habe ich gesagt: ich halte keinen für einen richtigen Volksschullehrer, der in seiner ganzen Persönlichkeit nicht durchdrungen und erfüllt ist von einem religiösen Geist. Denn — darin kann ich einer vorhin gehörten Aeußerung beitreten — wenn man die Religion auf die einzelnen Religionsstunden magaziniren will, so ist das sehr wenig, sondern die Hauptsache ist die edle Persönlichkeit, von der ich wünsche, daß der Lehrer sie den Kindern vorführt; jedes Kind hat ein klares Empfinden dafür: der Mann steht höher, weil er auf einem gereinigten religiösen Standpunkte steht.

Ich kann nur wiederholen, meine Herren, es sind das Fragen, — ich hatte keine Ahnung, daß sie angeschnitten würden, ich hatte auch meinerseits gar kein Interesse, daß sie angeschnitten wurden — welche so lange die Unterrichtsverwaltung existirt, dieselbe beschäftigt haben und beschäftigen müssen. Mehr kann ich ja in diesem Augenblick nicht sagen. Ich darf anführen, in Frankfurt a. M. haben die Juden sich

stets in ihrem ganzen Unterrichtswesen gesondert gehalten. Ich weiß nicht, wie es gekommen ist; wir Preußen haben die Verhältnisse übernommen, aber, soviel ich weiß, ist fast in der ganzen Reihe der Unterrichtsanstalten von unten nach oben eine konfessionelle Sonderung in der Weise eingetreten, daß die Juden für sich sind, namentlich in der höheren Töchterschule, daß dagegen unter dem Einfluß der städtischen Vertretung das Schulwesen für die christlichen Konfessionen simultan geblieben ist. Also, meine Herren, der Gedanke ist an und für sich nichts Ungeheuerliches, daß ein Mal eine Töchterschule nur von jüdischen Mädchen besucht wird. Ich weiß nicht, ob der Gedanke sich irgendwo anders auch in die Praxis übersetzt.

Ich darf noch erwähnen, — das wurde vorher, glaube ich, auch gestreift — die Juden haben bei uns das Recht, in jede öffentliche Schule zu gehen, haben aber unter Umständen die Verpflichtung, wenn sie als Juden allein bleiben wollen, selbst ihre Schulen zu unterhalten, das beruht auf unserer Gesetzgebung vom Jahre 1847. Ob es nun gerade das Gesetz ist oder ein sonst wie erweitertes Bildungsbedürfniß oder ihre sonstigen Interessen, das weiß ich nicht. Kurzum, ich habe den allgemeinen Eindruck, daß in den altpreußischen Landestheilen die Juden sich nicht gern absondern, sondern daß sie — ich kann das an einer Reihe praktischer Fälle erläutern, — eben lieber in Simultananstalten gehen, wo sie, wie ich das zu ihrem Ruhme anerkenne, in den höheren Klassen einen verhältnißmäßig höheren Prozentsatz der Schulbevölkerung bilden als es gewöhnlich der Fall ist. Ich habe früher solche Verhältnisse an der Hand westpreußischer Erfahrungen besprochen.

Ich komme zu keinem rechten Schluß als zu dem, daß ich sagen kann: für die Unterrichtsverwaltung hat die Gestaltung ein objektives Interesse. Ich habe mit Aufmerksamkeit der Rede des Abgeordneten Stöcker zugehört, ich habe im allgemeinen auch nicht viel anderes gefunden, ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß er die Unterrichtsverwaltung hat antreiben wollen zu irgend welchen Maßregeln, (sehr richtig!) sondern ich habe den Eindruck gehabt, daß er auf eine Erscheinung des öffentlichen Lebens hat hinweisen wollen, die besteht. (Sehr richtig!) Der eine findet das in der Ordnung, der andere wünscht vielleicht, daß es geändert wird. Das ist für die Unterrichtsverwaltung nichts Neues. Ich kann nur sagen, ich habe ein viel größeres Material seit dem Jahre 1883 zum Theil in den Händen, ich habe damit meines Wissens noch keinen Juden herabgedrückt. (Heiterkeit.)

Ich bin es dem Vaterlande schuldig, daß die Unterrichtsverwaltung auch auf diese Sache ihre Aufmerksamkeit richtet, ohne daß man jeden Augenblick sagt: ich will eine Maßregel daran knüpfen. Ich wüßte nicht, welche Maßregel ich daran knüpfen sollte. (Bravo!)

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, lange werde ich Sie nicht aufhalten, aber daß ich Einiges erwidern muß, werden Sie mir selber zugeben. Ich will mit dem nationalliberalen Herrn Redner beginnen, weil er mich nur kurze Zeit aufhalten wird. Er hat gefragt: zu welchem Zweck? Ich sollte meinen, nach den Aeußerungen des Herrn

Ministers ist es nicht mehr nöthig, so zu fragen. Es wird nun wohl Jeder, der für das öffentliche Leben überhaupt Verständniß hat, begreifen, zu welchem Zwecke man eine solche Frage an die Staatsregierung richtet. (Sehr richtig!)

Ich habe nichts weiter gewollt, als meinen Finger auf eine Wunde des Staatslebens legen. Dazu aber sind wir Abgeordnete hier. Ich weiß wohl, daß mir auf der äußersten Linken das Recht bestritten wird, irgend eine Frage, die das Judenthum berührt, in die Debatte zu ziehen. Wir werden uns daran nicht hindern lassen, und ich darf den Anspruch machen, daß ich das heut in der allermaßvollsten, objektivsten Weise gethan habe. (Sehr richtig! rechts.) Was mir von jener Seite vorgeworfen wird, sind lediglich eigene Zuthaten.

Der Abgeordnete Dr. Enneccerus sagt, daß die Gründung jüdischer Schulen kein Vortheil ist. Ja, davon bin ich ja ausgegangen, aber der gegenwärtige Zustand ist ein ungeheurer Nachtheil. Das habe ich bewiesen, das hat der Herr Minister bestätigt. Weiter habe ich zunächst nichts gewollt. Die Frage ist so schwierig, daß es nicht meine Aufgabe sein kann, sofort mit formulirten Vorschlägen vorzutreten. Nur das bestreite ich Herrn Dr. Enneccerus, daß er aus seinen hohen akademischen Kreisen sich ein Bild macht von den Zuständen wie von der Abhülfe. Die Volksnoth, auch die Noth in den höheren Schulen, ist eine ganz andere als die in den höchsten Spitzen der Bildung. Wenn Herr Dr. Enneccerus sagt, er habe Kollegen, die er in keiner Weise unter die Christen stelle, ja, meine Herren, auch ich kenne Juden, die ich hoch schätze. Es giebt unter den Israeliten rechtschaffene, bescheidene, patriotische Leute, wer sie angreift, thut ein Unrecht. Aber das ist doch nicht politisch, aus einigen Erfahrungen auf das Ganze zu schließen; politisch ist es, daß man das Judenthum als ein Kollektivum betrachtet. Und da wird mir Herr Dr. Enneccerus die Zustimmung nicht verweigern, wenn ich sage: das Judenthum als Ganzes ist in der That ein bedenkliches Element ebenso für unser Erwerbsleben, wie für unser geistiges Dasein, sowohl in der Presse, wie in der Umsturzbewegung. Das ist eine Thatsache, an der sich nicht zweifeln läßt. Also daß wir davon in einer politischen Körperschaft reden, das muß erlaubt sein, das ist sogar unsere Pflicht. Ich mache übrigens selber darauf aufmerksam, daß ich es nicht gewesen bin, der von jüdischen Vergehungen und jüdischem Wucher gesprochen hat, sondern Herr Dr. Enneccerus. Ich habe mich gehütet, diese ganze Seite der Judenfrage irgendwie in die Debatte zu ziehen, weil ich meine Mitbürger nicht verletzen wollte. Wenn das von der linken Seite, auch von Herrn Dr. Enneccerus geschehen ist, so lehne ich die Verantwortung dafür ab. Ich kann mir ihr Verhalten gar nicht anders erklären, als daß die Herren, wenn es sich um diese Sache handelt, sich im Gefühl ihrer falschen Stellung einen Strohmann zurecht machen, auf den sie losgehen. (Sehr gut! rechts.) Mein Zweck heute war lediglich der, zu zeigen, daß bei einer solchen Mischung und Zusammensetzung, wie sie vielfach existirt, der pädagogische Zweck der Schule leidet.

Ich habe dabei viel geringere Zahlen genannt, als der Herr Minister, der durch seine Mittheilungen völlig klar gestellt hat, daß es an gewissen Orten geradezu unmöglich ist, das Ideal einer deutschen nationalen christlichen Bildung richtig zu erfüllen. Daß solche Stö-

rungen vorkämen, wie der Herr Minister sie bezeichnet hat, habe ich nur von Frankfurt gewußt; daß es an vielen preußischen Gymnasien noch schlimmer ist, hat vielleicht in diesem Umfange niemals Jemand geahnt. Dann aber zu sagen, daß die ganze Sache eine Hetzerei ist, meine Herren, das ist doch wirklich ein Standpunkt, der eines politischen Mannes, eines verständigen Mannes nicht würdig ist. (Sehr wahr! rechts.)

Ja, meine Herren, wenn wir hier nur unsere Privatinteressen zu vertreten hätten, dann könnte ich schweigen. Aber für mich gilt der Grundsatz: salus reipublicae suprema lex esto. Wenn ich hinzufüge: auch salus rei publicae christianae, so soll mir keiner von der linken Seite einen Vorwurf daraus machen. Ich bin Vertreter meines Volkes und habe diese Interessen meines Volkes hier zu vertreten. (Ruf links: Wir auch!) Meine Herren, hier ist ein Interesse, ein lebendiges, ans Herz gehendes Interesse; wer das nicht versteht, den beneide ich nicht um seinen Mangel an Verständniß. Ja, Herr Dr. Enneccerus, mit der bloßen Betonung des Bildungstriebes läßt sich in dieser Frage gar nichts machen. Ein Gymnasium zu besuchen, dazu gehört nicht bloß Bildungstrieb, sondern eine ganze Menge Kapital. (Sehr gut! rechts.)

Einer Ihrer Kollegen, Professor Droysen, hat einmal die Frage, als sie in ganz ähnlicher Weise an ihn herantrat, treffend beantwortet. Er sagte, da müßte man auch annehmen, daß die Juden viel mehr Aesthetik haben, weil sie überall schöne Häuser besitzen, während die Christen vielfach in Kellern und Dachstuben wohnen. (Sehr gut! rechts.) Das ist ganz dieselbe Logik, die Sie hier entwickeln! (Sehr gut! rechts.) Ich will nun zu den Herren vom deutschen Freisinn übergehen, und zwar zuerst zu dem Herrn Abgeordneten Knörcke. (Oh! oh! rechts.) Nur kurz, meine Herren! Das, glaube ich, wird Jedem klar sein, wenn er die Ruhe, mit der ich gesprochen habe, vergleicht mit dem Seelenzustand: in welchem er selbst gesprochen hat, (Heiterkeit rechts), und den man mit dem Ausdruck „Pathos" zu gering bezeichnet, — daß man dann von vornherein wissen wird, auf welcher Seite das Recht, auf welcher Seite das Unrecht ist. (Sehr gut! Bravo! rechts.) Wenn er mich als evangelischen Geistlichen citirt und meint, daß ich als Diener der Liebe solche Fragen hier nicht vorbringen dürfe, ja, meine Herren, ich thue das gerade als evangelischer Geistlicher, weil ich das Gefühl habe, daß es meine Aufgabe ist, hier in diesem Hause auf diese sittlich-religiösen Fragen mein Augenmerk zu richten. Das ist meines Amtes und Berufes; ich handle durchaus dem entsprechend in dem, was ich thue und treibe, wenn ich diese Dinge hier verfolge und zur Sprache bringe. (Sehr wahr! Bravo! rechts.) Daß ich es in maßvoller Weise gethan habe, muß mir Jeder bezeugen. Was ein evangelischer Geistlicher ist, das richtig zu schätzen, bestreite ich dem Herrn Abgeordneten Knörcke. Er war Geistlicher und ist dann Standesbeamter geworden. Ja, er behandelt nun die Sache von seinem Standpunkt, vom Standpunkt des Standesbeamten. (Heiterkeit. Sehr gut! rechts.)

Wenn er sich als evangelischer Geistlicher wohl gefühlt hätte, wäre er es ja geblieben; ein Urtheil darüber hat er nicht. (Sehr gut! Bravo! rechts.)

Wenn er nun emphatisch fragt: wohin mit den Juden? wo ist das Unerträgliche? — dann sehe ich daraus, daß Herr Knörcke meine Rede gar nicht vernommen hat. Ich kann mir auch denken, daß jede Berührung dieses Gegenstandes die Herren von der äußersten Linken in einen Zustand versetzt, daß sie nichts mehr sehen und hören; — seine Rede wenigstens hatte ganz und gar diesen Charakter.

Wenn sich die Herren über den Gedanken jüdischer Schulen so ereifern, — die Thatsachen und Zahlen des Herrn Ministers zeigen, daß wir bereits Schulen haben, welche, wenn man die Zahl der Schüler, die Feier des Sabbath und des Osterfestes bedenkt, jüdische Gymnasien genannt werden können. Sind die Zustände so, dann thun wir am besten, um unsere christlichen Knaben vor dem Ausfall der Schule am Sonnabend und vor der Mitfeier jüdischer Feste zu schützen, wenn wir Schulen mit jüdischem Charakter errichten. Dort würden die Juden ihren Bildungstrieb befriedigen können. Die Thatsache aber, daß Frankfurt a. M. mit einem so reichen, alten Judenthum diesen Ausweg genommen hat, sollte mich doch gegen jeden Vorwurf schützen, daß ich etwas Intolerantes vorgeschlagen hätte. (Sehr wahr! rechts.)

Herr Abgeordneter Knörcke kommt nun mit dem hochgestellten Juden, der seinen Sohn hätte evangelisch werden lassen, aber dies bedauere, nachdem ich im öffentlichen Leben erschienen sei, und nennt ihn einen ernsten sittlichen Mann. Ich weiß auch, was sittlich und ernst ist; aber wenn man mit der Religion so spielt, daß man sagt, ich möchte meinen Sohn christlich werden lassen, aber wenn ein Mann wie Stöcker kommt, will ich ihn wieder zum Juden machen, — (Heiterkeit), so ist das eine Auffassung von Religion, von der ich nur sagen kann, Herr Knörcke hat den letzten Buchstaben seines ersten Kollegienheftes vergessen müssen, um solche Sachen zu sagen. (Sehr gut! rechts.)

Ich gehe nun zu Herrn Rickert über. Er nannte meine Rede eine Hetzrede, und da der Herr Präsident ihm das hat durchgehen lassen, darf ich über dieses Wort auch etwas sagen. Herr Rickert, das ist die Taktik, die Sie und die Juden, die Juden und Sie, (Heiterkeit) im schönsten Verein seit zwölf Jahren gegen mich verfolgen. Ich bin ein maßvoller Mann (Lachen links. — Sehr wahr! rechts), ein besonnener Behandler dieser Frage, und ich glaube, daß schon heute manche vernünftige Juden — vielleicht sind Sie (links) nie mit solchen zusammen gekommen — (große Heiterkeit rechts) der Meinung sind, wenn sie meinen bescheidenen und freundlichen Rathschlägen am Anfang etwas mehr Gehör geschenkt hätten, würde es vielleicht besser stehen, und manche Bewegung, die zu weit ging, würde unterblieben sein. (Sehr wahr! rechts.)

Aber das ist ja eben das Unglück, daß auf Ihrer Seite beständig gehetzt wird. Wenn wir uns aber vertheidigen, dann charakterisiren Sie vermittelst der Presse, die beinahe zu 5/6 oder 7/8 in Ihrer Hand ist, einen Menschen, eine Bestrebung, auch die höchstgestellten Menschen und die edelsten Bestrebungen, so wie Sie es für gut halten; dann heißt es drauf! Das ist Hetze, und mir thut am meisten leid, daß bei dieser Hetze die Juden die Piqueure sind, und schlechte Christen sind die Meute. (Lebhaftes Bravo! rechts. — Widerspruch links.)

Welchen Zweck ich habe, hat mich auch Herr Rickert gefragt; ich antworte: einen rein pädagogischen, nichts weiter. Das ist es eben, Herr Rickert weiß so wenig Bescheid, sonst hätte er unmöglich Stahl anführen können.

Herr Rickert bemängelte meine Genauigkeit in Thatsachen. Ja, ich führe oft sehr viele Thatsachen an, da kann man sich wohl einmal irren. (Sehr richtig! rechts!)

Sie (links) führen Ihre Thatsachen nur in Flugblättern an, wo Sie keiner widerlegen kann; hier haben Sie meist nur graue Phantasien und große Reden, die sich schön anhören, wo aber meist nicht viel dahinter ist. Stahl war ein rechter Israelit und wurde ein rechter Christ; Neander war ein solcher, beide waren Männer, die ihr Volk kannten. Es würde für Sie, Herr Rickert, ein nützliches Studium sein, einmal deren Gedanken über die Judenfrage zu studiren. Stahl war der entschiedenste Gegner der Judenemanzipation in Bezug auf die Justiz, und Neander der entschiedenste Gegner der jüdischen Lehrer in den Gymnasien. Das wissen Sie aber nicht und darum führen Sie Stahl an. (Heiterkeit und Bravo rechts.)

Herr Rickert hat sich dann ein pädagogisches System zurecht gemacht von wunderbarer Schönheit: christliche Lehrer und jüdische Schüler, wobei jene diese unterrichten und in unseren nationalen Geist einführen. Ja, meine Herren, wenn einer von den christlichen Lehrern ein christlich-nationales Wirken üben wollte, — da sollten Sie einmal sehen, was es für ein Geschrei gäbe. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe die Erinnerung an den Oberlehrer Rudolph aufgefrischt, einen ehrenwerthen Mann, der zu Juden in einem guten Verhältniß stand, der nur fragte: ist es recht, daß jüdische Mädchen nichts von der Geschichte ihres Volkes wissen? Das machte aber nicht bloß in der Schule, nicht bloß bei den Eltern, sondern in der ganzen Stadtverordnetenversammlung zu Berlin einen Rumor, daß es für Kinder zu thöricht war. (Heiterkeit.)

Und nun, meine Herren, führte der Herr Abgeordnete Rickert sogar den alten Fritz an. Herr Rickert, den kennen Sie wieder nicht! (Heiterkeit.)

Sehen Sie, Herr Rickert, der alte Fritz, der große Fritz, dachte über die Judenfrage gerade so wie ich. (Abgeordneter Rickert: So?) Als in Breslau einmal die Juden zu zahlreich wurden, sagte er, man solle ihnen nicht mehr erlauben, dahin zu ziehen, damit aus Breslau kein neues Jerusalem werde. (Heiterkeit.) Sie sehen also, daß in seinem Geiste die Furcht vor der jüdischen Ueberzahl durchaus lebendig war. Er sah eben als ein genialer Monarch voraus, wie schädlich das auf die christliche Bevölkerung wirken muß.

Aber das Alles, was ich zur Erwiderung gesagt habe, würde ich nicht angerührt haben, wenn es mir nicht aufgezwungen wäre. Denn diese Frage steht für mich unter dem einen großen Gesichtspunkt, daß eine Nation, die wir in früheren Jahren als Fremdlinge aufgenommen, nachher mit dem Gastrecht versehen, mit dem Bürgerrecht ausgestattet haben, — daß das Bruchstück einer solchen Nation sich nicht herausnehmen darf, die Grundlagen unseres Volkes zu unterwühlen. Da ist wiederum Herr Rickert nicht kundig genug, um die volle Theilnahme des jüdischen Elementes an der Verwüstung unseres Volkslebens zu

kennen. (Lebhafter Beifall rechts. Oho! links.) In der Presse mag er vielleicht Bescheid wissen, da er Besitzer einer Zeitung ist; in der Sozialdemokratie scheint er mir völlig unbewandert. Meine Herren, Marx ist der Dogmatiker der Sozialdemokratie, Lassalle ist der Agitator der Sozialdemokratie; wir hätten gar keine Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Form, wenn diese beiden Juden nicht wären. (Sehr richtig! rechts. Oho! links.) — Herr Rickert, das ist doch klar.! (Abgeordneter Rickert: Frankreich!)

In Frankreich ist es so schlimm lange nicht, wie bei uns. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe das neulich entwickelt, Sie haben nicht widersprochen. Nennen Sie mir irgend ein Land der Welt, wo 1¼ Millionen sozialdemokratischer Stimmen hätten abgegeben werden können! Das ist nur möglich dadurch, daß bei uns das Judenthum die Fahne voranträgt, daß das Judenthum in der Presse sich eine Macht geschaffen hat, um unser Volk zu ruiniren; und ich kann nur sagen, daß ich bedauere von tiefstem Herzen, wenn sich deutsche Menschen dazu hergeben, zu dieser Verwüstung ihres Vaterlandes und Volkes Bravo zu schreien. Ich werde, solange ein Blutstropfen in meinem Herzen ist, dagegen protestiren hier und überall. Darauf kann sich Herr Rickert verlassen. (Lebhaftes Bravo rechts, Unruhe links. Erneutes lebhaftes Bravo rechts.)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ich werde mich auf die von dem Herrn Vorredner angeregte Frage heute nicht näher einlassen, da sie ja mehr auf dem Gebiet des Volksschulwesens liegt, — ich meine die Frage des Simultanschulwesens — als auf diesem. Ich glaube in Uebereinstimmung mit meinen Freunden zu sprechen, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß die konfessionell getrennten Schulen als eine gute Einrichtung von uns nicht anerkannt werden und auch nicht die gute Wirkung derselben. Die gestrige Ausführung des Herrn Kultusministers hat mich von dem Gegentheil nicht überzeugt.

Meine Herren, im Uebrigen bin ich zufrieden, daß es mir gestern gelungen ist, den Herrn Kultusminister zu bewegen, daß er seine Meinung öffentlich zum Ausdruck gebracht hat. Das war der Hauptzweck meiner gestrigen Bemerkungen, weniger die Antwort auf die Rede des Herrn Stöcker. Denn ich kann nur wiederholen: den verehrten Herrn kennen wir genugsam aus der Geschichte der antisemitischen Bewegung und aus seiner Stellung dazu. Wichtiger aber ist es zu wissen, wie die ganze konservative Partei denkt, und das haben wir gestern erfahren, und noch viel wichtiger, wie der Herr Kultusminister darüber denkt. Meine Herren, ich danke dem Herrn Kultusminister. Er hat mit derselben Offenheit, die ihn immer auszeichnet, auch gestern seine Erklärungen abgegeben. Wenn er vielleicht noch nicht Alles gesagt hat, so liegt das daran, daß er auf Grund des massenhaften Materials, welches er seit dem Jahre 1883 angesammelt hat, wie er gesagt hat, mit seinen Entschlüssen noch nicht ganz fertig geworden ist, die Tendenz aber seiner gestrigen Ausführungen ist mir vollkommen klar geworden. Meine Herren, ich danke also dem Herrn Kultusminister für seine Ausführungen, erfreut aber bin ich

darüber gar nicht, im Gegentheil, sie haben mich bitter enttäuscht. Ich habe nicht geglaubt, daß der Herr Vertreter des Unterrichtswesens in Preußen diese Frage in solcher natürlich Herrn Stöcker durchaus angenehmen Weise hier vor uns auseinandersetzen würde.

Der Herr Kultusminister fing seine Rede gestern — ich habe hier den Bericht der Vossischen Zeitung, weil das Stenogramm uns nicht zur Verfügung stand, ich glaube aber, es wird richtig sein — mit den Worten an: „Der Herr Abgeordnete Rickert hat die Rede des Herrn Abgeordneten Stöcker so bekämpft, wie er gewünscht hätte, daß sie gehalten worden wäre." (Sehr richtig! rechts.) — ach, meine Herren, geben Sie sich doch gar keine Mühe, mit Ihnen rede ich ja gar nicht. (Große Heiterkeit rechts.)

Es ist auch nicht meine Absicht, Sie zu einer andern Ueberzeugung zu bringen. Wir kennen uns auf diesem Platze schon 20 Jahre und wissen, was wir von einander zu halten haben. Ich spreche mit dem Herrn Kultusminister; daß Sie derartige Dienste jeden Tag leisten, bis in die höchste Potenz, das weiß ich genau. Wenn aber der Herr Minister einem Abgeordneten eine derartige Unterstellung macht, ohne irgend welchen Grund, so fasse ich die Sache ernster auf. Ich frage den Herrn Kultusminister: was giebt ihm ein Recht zu der Annahme, daß ich gewünscht hätte, daß Herr Stöcker so gesprochen hätte, wie ich es dargestellt habe. Ich frage, weshalb diese Unterstellung? Der Herr Kultusminister hat diesmal Unrecht, und so ruhig sein Ton war, so energisch war er in dem, was er mir gegenüber sagte, soweit es eine persönliche Spitze hatte.

Der Herr Kultusminister mag mir glauben, wenn ich ihm die Versicherung gebe, daß ich über die ganze antisemitische Bewegung so denke, wie es aus hohem Munde einst unter dem Jubel der deutschen Bevölkerung ausgesprochen ist, daß sie eine Schmach für die deutsche Nation ist. Und, meine Herren, ein Mann, der davon überzeugt ist, daß das eine Schmach für die deutsche Nation ist, soll den Wunsch haben, daß ein Geistlicher, ein Hofprediger, hier mit solchen Hetzreden, wie er es gestern gethan hat, auftritt! (Große Unruhe rechts.) Dagegen verwahre ich mich, und ich weise diese Unterstellung des Herrn Kultusministers auf das Entschiedenste zurück. Das ist nicht die Grundlage für eine objektive Diskussion.

Der Herr Kultusminister hat manche Dinge aus der Stöckerschen Rede nicht gehört, und das möchte ich konstatiren. Der Herr Minister hat die Sache so angesehen, als ob Herr Stöcker eine rein unterrichtlich-technische Frage hier ganz harmlos vorgebracht hat. O nein, meine Herren, die Sache liegt denn doch anders. Schon die beiläufig eingestreuten Bemerkungen erinnern ganz genau an die frühere antisemitische Thätigkeit des Herrn Stöcker, wie das deutsche Volk sie genugsam kennt. Wenn er z. B. sagt: das jüdische Element pflegt in der Geschäftsgegend und in den eleganten Quartieren der Stadt zu wohnen. Eine weitere ähnliche Ausführung kommt in seiner zweiten Rede.

Meine Herren, wenn Herr Stöcker bei dieser unterrichtlich-technischen Frage auch herauskommt mit dem Gedanken, daß er nicht haben will, daß man ihm zumuthe, seine Kinder mit den jüdischen Kindern zusammen sein zu lassen, so ist das auch nicht gerade eine sanfte, objektive und

wohlwollende Form der Diskussion, — eine Begründung, wie der Herr Kultusminister sie dargestellt hat.

Nun weiter. Herr Stöcker — und das scheint der Herr Kultusminister auch nicht gehört zu haben — hat gesagt, daß das jüdische höhere Schulwesen auf die Charakter- und Volksbildung der jüdischen Mitbürger besser wirken würde, als eine Bildung ohne rechtes Fundament.

„Wenn das junge Judenthum — sagt er — so unvermittelt in die christliche Schule hineinkommt, ohne sich das Christenthum aneignen zu können, so wird dadurch vielfach der Zweifel, der frivole Geist erzeugt, der eine sittliche Gefahr von der größten Tragweite ist.“

Das ist so sanft, so objektiv! Natürlich, Herr Stöcker ist ja überhaupt nur ein Lamm, ein Lamm der Liebe, (Heiterkeit) er fließt über von Zärtlichkeit und Sanftmuth gegen seine jüdischen Mitbürger; es ist rührend, wenn man das hören muß.

Der Herr Kultusminister findet selbst eine Rede, wie die gestern gehaltene, ganz objektiv, er findet gar keinen Grund, von seiner Stellung aus zu protestiren gegen derartige Schilderungen. Herr Stöcker hat ausdrücklich erklärt, daß die christliche nationale Bildung durch das Besuchen der jüdischen Kinder auf den höheren Schulen erschwert werde. Scheint das dem Herrn Kultusminister auch so sehr harmlos? und wenn er wirklich der Meinung wäre: wäre es denn nicht seine Pflicht, endlich einzugreifen und die Schlußfolgerungen aus seinem Material zu ziehen?

Aber weiter — und auch dies scheint der Herr Kultusminister überhört zu haben: und das ist es gerade, was mich dazu brachte zu erwidern — am Schluß der Stöckerschen Rede, worin Herr Stöcker es wagte, ohne irgend welche weitere Begründung, zu behaupten, das Großkapital in Berlin stände an der Spitze der Umsturzbewegung, einige jüdische Rechtsanwälte, die früher der Linken angehört hätten, wären jetzt in das sozialdemokratische Lager übergegangen! Er rief dem Herrn Kultusminister zu, die Frage des höheren Schulwesens sei spruchreif: da müssen wir daran denken, uns vor dem Umsturz zu schützen. Wie denkt denn der Herr Kultusminister darüber? das soll so harmlos sein, wenn man unsern jüdischen Mitbürgern in dieser Weise so ziemlich in Bausch und Bogen geradezu Umsturztendenzen unterlegt? Steht denn das nicht mit glatten Worten darin? Das soll ja eben der warnende Ruf an den Herrn Kultusminister sein. Ich glaube im Uebrigen, daß alle Parteien — auch Sie meine Herren, da drüben (rechts) — eine andere Auffassung von der Stöckerschen Rede gehabt haben, wie der Herr Kultusminister. Das war der erste Angriff; die Sache soll weiter fortgesetzt werden.

Meine Herren, mir war nur auffallend, daß Herr Stöcker gerade den gestrigen Tag, an welchem in unserem inneren Staatswesen große weittragende Veränderungen zur Thatsache geworden sind, für geeignet hielt, das Werk, das er 1880 begonnen, und welches so kläglich gescheitert ist an dem Willen der deutschen Nation, wieder aufzunehmen. Glaubt Herr Stöcker, daß seit gestern seine Zeit gekommen ist? Ich glaube, die Herren irren sich darin gerade so, wie Sie sich geirrt haben in Bezug auf die „große“ Petitionsbewegung, welche im Jahre 1880 eingeleitet wurde.

Ich muß doch noch auf die Rede des Herrn Kultusministers mit ein paar Worten eingehen; das ist, wie gesagt, sachlich erheblich wichtiger für uns, als die Ausfälle des Herrn Stöcker gegen unsere jüdischen Mitbürger und deren Kinder.

Der Herr Minister hat anerkannt, — und darüber war ja gar kein Zweifel möglich — daß nach den Gesetzen des Landes die Erfüllung des Stöckerschen Wunsches, der zugleich ein Wunsch der gesammten konservativen Partei ist, unmöglich ist; er hat zugegeben, daß das Gesetz das nicht zulassen würde, und das ist richtig. Meine Herren, der Grundsatz des Landrechts heißt im zwölften Titel § 1:

„Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staats, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben."

Es wäre sehr gut, wenn Herr Stöcker diesen § 1 auswendig lernte, damit er wüßte, welches die Intentionen des Gesetzgebers sind. Da ist von den verschwommenen Phrasen, die er uns gestern vorgetragen hat, nicht entfernt die Rede; darin ist die nüchterne Auffassung eines groß denkenden Staatsmannes enthalten, eines Staatsmannes, dem nachfolgende Generationen noch zum höchsten Danke verpflichtet bleiben werden, wenn der Name Stöckers längst verweht sein wird in alle Winde. (Heiterkeit rechts.) Und, meine Herren, der § 10 dieses selben Titels heißt:

„Niemandem soll wegen Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses der Zutritt in öffentlichen Schulen versagt werden."

Also, meine Herren, daß der Herr Kultusminister den Wunsch erfüllen kann, davon ist gar keine Rede. Aber interessant ist es, daß die Herren, aus deren Mitte heraus neulich einmal — ich denke, es war der Graf Stolberg — vor den Abgeordnetenwahlen die Forderung nach einem Unterrichtsgesetz als die immer wiederkehrende Seeschlange und ein Gesetz bezeichnet wurde, für welches keine Nothwendigkeit vorhanden sei, — daß aus dieser Partei jetzt die Forderung kommt nach einer wichtigen Aenderung des gesetzlichen Zustandes. Wir haben garnichts dagegen, wenn der Herr Kultusminister — und er scheint ja im Begriff zu sein, in dieser Frage über eine gesetzliche Aenderung nachzudenken — mit einem Gesetz hervorkommt. Nur immer heran! Jeder Versuch, uns endlich auf eine gesetzliche Basis zu stellen, ist uns recht, selbst wenn der Inhalt uns einstweilen nicht gefällt. Selbstverständlich würden wir ihn in unserem Sinne zu gestalten suchen.

Was hat uns nun der Herr Kultusminister gesagt? Seit 1883 sammelt er Material. Er hat sofort, obgleich er nicht darauf vorbereitet war, uns hier mit einer ganzen Menge statistischen Materials gedient. Man sieht also, er führt es mit sich, selbst wenn er auf solche Stöckerschen Ausführungen nicht gefaßt ist. Auch das läßt tief blicken. Ich muß sagen, es scheint also dieses Material ihm sehr nahe ans Herz gewachsen zu sein. Er erklärt die Frage für „ein Problem", für ein schwieriges Problem, mit dem er sich beschäftigt, und nach welcher Richtung er sich damit beschäftigt, meine Herren, das können wir daraus ersehen, daß er sagt: „es ist doch dabei nichts Verwunderliches, wenn sich unter Umständen die Sehnsucht nach einer konfessionellen Trennung bemerkbar macht." Da haben wir die Sache. Aus diesen Worten schließe ich, wohin der Herr

Minister, ohne daß er jetzt schon eine bestimmte Schlußfolgerung aus dem statistischen Material gezogen hatte, doch vielleicht nicht abgeneigt wäre, uns zu führen.

Nun, meine Herren, ich hoffe, das preußische Volk wird es nicht erleben, daß es dem Herrn Kultusminister v. Goßler gelingt, eine derartige Aenderung des gesetzlichen Zustandes herbeizuführen. Möge er weiter Material sammeln, möge er sich mit diesem schwierigen Problem weiter beschäftigen, ich hoffe, wir werden nicht dazu kommen, daß der Wunsch und Wille des Herrn Stöcker erfüllt wird.

Meine Herren, ich weiß nicht, ob der Herr Kultusminister nach der zweiten Stöckerschen Rede heute noch so denkt, daß sie objektiv, harmlos wäre, nur unterrichtstechnisch, und daß keinerlei Antisemitismus darin vorhanden wäre, keinerlei Verurtheilung des Judenthums als solchen. Die zweite Stöckersche Rede läßt denn doch in der That jeden Zweifel fallen, sie läßt, obwohl Herr Stöcker dem Herrn Abgeordneten Enneccerus gegenüber sagte, daß er in der allermaßvollsten Weise die Sache vorgebracht hätte, ganz klar erkennen, wohin er will. „Eine politische Aufgabe ist es,“ sagt er, daß „man das Judenthum als Kollektivum betrachtet, welches sowohl auf unser gewerbliches als auf unser geistiges Leben einen schädlichen Einfluß ausübt.“ Das nennt man wohl keinen Antisemitismus! Ich denke: der schönsten Sorte! Und wenn Herr Stöcker meint, daß die Bezeichnung „Hetzrede“ eines politischen Mannes nicht würdig ist, so lege ich ihm die Frage vor: ist es würdig, in einer solchen Weise über einen großen Theil unserer Bevölkerung abzuurtheilen? ist es würdig, daß ein Geistlicher, ein Prediger der Liebe, der Humanität, der Menschenliebe, mit solchen Anklagen kommmt? (Unruhe rechts.)

Wie Herr Stöcker es mit den Thatsachen hält, das zeigt seine Vergangenheit. (Große Unruhe rechts und Rufe: Pfui!)

Herr Stöcker meint, wir brächten nur Phrasen vor, die Thatsachen verlegten wir in Flugblätter. Nun, der Thatsachen bringen wir genug vor, aber ich weiß nicht, ob es Jemand schon passirt ist, wie es Herrn Stöcker passirt ist in dem bekannten Bäckerprozeß, daß vor Gericht festgestellt ist, daß die Thatsachen, die er hier und anderwärts vorgebracht hat, mit der Wahrheit direkt in Widerspruch stehen. (Große Unruhe rechts. — Rufe rechts: Nicht wahr!)

Ich weiß nicht, wie ein derartiger Mann uns mit solchen Beschuldigungen kommen kann. Das ist mir absolut unverständlich. Genau so, wie er hinweist auf die eleganten Quartiere, in denen die Juden hier wohnen, es ist nicht anders, wenn Herr Stöcker in der zweiten Rede auf die Worte Droysens hinweist, der gesagt haben soll: Die Juden müßten mehr Aesthetik haben, weil sie überall so schöne Häuser besitzen, während die Christen vielfach im Keller wohnen. Das ist ja wohl auch ganz harmlos, so objektiv! (Zurufe.) — Ich kenne viele Juden, die im Keller wohnen. — (Unruhe rechts.) — Ich will Ihnen Zeit gönnen, mögen Sie vollständig Ihren Gelüsten freien Lauf lassen; ich kann warten, bis Sie fertig sind.

Herr Stöcker hat ja zugegeben: ich führe so viele Thatsachen an, und der Mensch kann einmal irren. Wir haben es gestern wieder gesehen, wie er sich in Bezug auf Frankfurt geirrt hat. Das große Schwert, was er schwang, heute hat es Herr Metzler aus Frankfurt

mit ein paar Bemerkungen ihm aus der Hand gewunden. Wo bleibt Ihr ganzes Argument in Bezug auf Frankfurt a. M.? (Zurufe.) Ich weiß nicht, ob Sie hier waren und Herrn Metzler zugehört haben, Herr Stöcker. Ich empfehle Ihnen, lesen Sie den stenographischen Bericht, dann werden Sie von einem sachkundigen Mitglied hören, was an Ihren Behauptungen wahr ist.

Meine Herren, Herr Stöcker hat dann ferner — und dieser letzte Ausfall in seiner Rede ist das Glänzendste — uns angeschuldigt, daß wir als Deutsche uns dazu hergeben, zu dieser Verwüstung des Volkes durch das Judenthum Bravo zu rufen. Das ist auch so sanft, — meine Herren, das reine Lamm der Liebe, der Menschenliebe! (Lachen rechts.) Und vorher hatte er erklärt, daß eine Nation, die wir als Gäste aufgenommen, der wir das Bürgerrecht gegeben haben, sich nicht herausnehmen solle, die Grundlagen des Volkes zu unterwühlen. Ja, meine Herren, ich möchte den Herrn Kultusminister fragen, ist das wirklich die Methode, mit der man einen solchen angeblich unterrichtstechnischen Antrag begründet? Ich meine, nein! Das ist wirklich Aufhetzung der Gemüther, das ist genau dieselbe Richtung, in welcher Herr Stöcker in den 80er und Ende der 70er Jahre die antisemitische Bewegung unterstützt hat. Wie Vieles Herr Stöcker darin leistet, das wissen wir Alle, aber was er gestern geleistet hat, das krönt das Gebäude. Er sagte in aller Ruhe und mit kaltem Blute: Der große König Friedrich dachte ebenso über die Judenfrage wie ich — der Herr Stöcker. Meine Herren, das ist wirklich eine famose Entdeckung, die Herr Stöcker da gemacht hat! Ich möchte ihm empfehlen, daß er die Werke des alten Fritz einer näheren Einsicht unterzieht. Herr Stöcker hat uns gestern eine Thatsache angeblich von dem alten Fritz mitgetheilt, daß er den Zuzug der Juden nach Breslau verboten habe, weil sonst daraus ein neues Jerusalem würde. Meine Herren, von gestern auf heute habe ich noch nicht die Zeit gehabt, diese Behauptung des Herrn Stöcker auf ihre historische Richtigkeit zu prüfen, ich weiß es nicht, ich will keine Zweifel daran ausdrücken; nach der Vergangenheit des Herrn Stöcker wäre ein solcher ganz berechtigt; wir wollen den Beweis der Wahrheit abwarten. Meine Herren, was will denn nun aber diese anekdotenhafte Mittheilung über den alten Fritz in einem Blatt oder Buch, das ich nicht kenne — was will die bedeuten gegen die andere herrliche Fundgrube, die wir in den Schriften des Königs selbst haben. Es wäre Herrn Stöcker wirklich sehr dienlich, wenn er die Werke des alten Fritz einmal genauer studiren möchte. Friedrich II. hatte den Grundsatz, „daß es keine Religion giebt, welche in Betreff der Sittenlehre von der anderen sehr abweiche.“ Er hat den Unterricht in der Sittenlehre immer als Hauptsache betrachtet. Solche Worte wie „christlich-germanischer Staat“ — was die bedeuten, das hat der bekannte Theologe Baumgarten in seiner Schrift „Wider den Hofprediger Stöcker“ in einer solchen Weise auseinandergesetzt, daß Herrn Stöcker die Lust verging, ihm eine Antwort zu geben, wie sie Herr Stöcker wohl gegeben hätte, wenn er das Material dazu gehabt hätte. Ich glaube, er kennt wohl die Broschüre des Herrn Baumgarten gegen den Hofprediger Stöcker, von der seiner Zeit an hoher Stelle gesagt wurde, daß es eine zeitgemäße Erscheinung sei. Da wird er auch Einiges finden über den „christlichen Staat“ Stahls,

von dem Herr Stöcker mir gestern nachweisen wollte, daß das Citat nicht richtig sei. Wie Stahl über den christlichen Staat dachte, das wußte ich. Ich habe es gestern gerade als Ironie bezeichnet (oh! oh! rechts), daß der Bekämpfer des Judenthums auf dem Boden steht, den ein Jude aufgebaut hat, der frühere Jude Stahl. Gerade diese Ausführungen von dem christlich-germanischen Staat sind seine Ausführungen. Mit den Erfindungen eines Juden schmücken Sie sich! (Lachen rechts.) Ja, meine Herren, das müssen Sie nachbeten: von einem Juden, der allerdings, weil er vom Judenthum zum Christenthum überging, um so schlimmer gegen seine alten Bundesgenossen war. Aber Sie, die Sie Protestanten sind, sollten doch anders denken — wir anderen Protestanten haben kälteres Blut, wir folgen solchen Renegaten nicht, wenn sie uns auch mit Dingen wie „christlicher Staat" und so weiter kommen. Ich möchte Herrn Stöcker auch empfehlen, daß er einmal den „Fürstenspiegel" des alten Fritz durchsieht. Alles will ich nicht vorlesen, was er von „den kindischen Priesterzänkereien" sagt, welchen er „nicht genug Verachtung entgegen bringen" könne; ferner was er von dem „Aberglauben und dem Fanatismus" dieser Priester spricht, die nur Verderben für den Staat seien.

Ich will aus dem Fürstenspiegel nur eine Stelle vorlesen, wo er sagt: „Ihr seid das Haupt der bürgerlichen Religion Eures Landes. Diese besteht in Rechtlichkeit und allen sittlichen Tugenden. Es ist Eure Pflicht, sie ausüben zu lassen, besonders Menschenliebe, welches die Haupttugend jedes denkenden Wesens ist, die geistliche Religion überlaßt dem höchsten Wesen. Wir sind Alle in dieser Beziehung Blinde, durch verschiedene Irrthümer irre geleitet. Wer von uns möchte so dreist sein, über den richtigen Weg abzuurtheilen. Hütet Euch also vor Religionsfanatismus, welcher Verfolgungen erzeugt. Wenn die armen Sterblichen dem höchsten Wesen gefallen können, so kann es nur durch Wohlthaten geschehen, die sie an Menschen üben, nicht aber durch Gewaltthätigkeit gegen Eigensinnige. — — — Durch Duldung erweitert Ihr die allgemeine Liebe, Verfolgung macht Euch zum Abscheu." Sehen Sie, das ist das, was Friedrich der Große, der nach Herrn Stöcker ebenso gedacht haben soll über die Judenfrage, wie der Herr Hofprediger Stöcker heut, darüber sagt. Ich denke, Herr Stöcker würde sich doch sehr wundern, wenn unter seinem Namen derartige Artikel in die Welt gingen. Das paßt nicht zu einander.

Ich habe schon hervorgehoben, es würde mir nicht gelohnt haben, mit Herrn Stöcker gestern so viel zu reden, wenn ich nicht den Herrn Kultusminister hätte befragen wollen, damit das preußische Volk weiß, was dieser neue antisemitische Feldzug bedeutet, und in wie weit die preußische Regierung eine Unterstützung zu gewähren bereit ist.

Ich habe schon hingewiesen auf den ersten Feldzug im Jahre 1880. Herr Stöcker hat damals ebenso sanft, ebenso wie ein Prediger der Liebe, der Humanität und der Menschlichkeit die Judenfrage auch hier in diesem Hohen Hause besprochen, und wir, die wir damals mit ihm im Kampfe gestanden haben, erinnern uns noch sehr genau der Rede des Herrn Stöcker vom 22. November 1880. Ich hatte damals auch die Freude, hierbei mit Herrn Stöcker zusammenzugerathen. Damals nahm die Bewegung ein anderes Ziel. Man glaubte, mit einer Petition mit einer Million Unterschriften — so hieß es — würde es schon

wirken; nun, eine Million haben sie nicht aufbringen können, ich glaube, 250 000 war das Ganze, was sie mit Mühe und Noth durch Hausiren im ganzen Lande zusammengebracht haben. Damals sagte Herr Stöcker: „In allen Kreisen gährt und brodelt es ...." und ferner: „Darin besteht sie — die sozial-ethische Frage — daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem anderen Stamm angehörend, in ihrer Religion von uns verschieden, in ihrem Denken, Fühlen, Wollen mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserem Volke eine Stellung einnimmt, welche ihrem Zahlenverhältniß durchaus nicht entspricht. Ausgerüstet mit einer starken Kapitalkraft, auch mit vielem Talent, drückt dieser Bevölkerungstheil auf unser öffentliches Leben, nicht bloß in Handel und Gewerbe, sondern ebenso in Kommunalangelegenheiten, in Schulsachen, ja, zuweilen in den kirchlichen Dingen selbst! So wirkt er mit dem Einfluß, den er hat, — das ist unerträglich!"

Unerträglich ist es ja auch, wie Herr Stöcker gestern gesagt hat, daß die jüdischen Mädchen die höheren Töchterschulen zahlreich besuchen, und daß diese höheren Töchterschulen dadurch der Verjudung entgegengehen. Das ist auch ein sehr geschmackvoller Ausdruck.

Herr Stöcker meinte damals, daß an sich der Reichthum es nicht wäre, den man den Juden bestreite, sondern die Art des Erwerbes und der Einfluß, der dadurch erkauft und ausgeübt wird. Herr Stöcker gab bei dieser Gelegenheit auch die Versicherung, natürlich aus voller Seele, daß die damals zirkulirende Petition wirklich „nicht darauf ausgehe, den jüdischen Mitbürgern die staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken", — das hat derselbe Herr Stöcker hier gesagt, der die Petition unterschrieben hat, die in ihrem ersten oder zweiten Satz ganz entschieden verlangt, die staatsbürgerlichen Rechte der Juden dadurch zu beschränken, daß sie von allen obrigkeitlichen Stellen auszuschließen sind. Als wir ihm damals zuriefen „Petition!", da antwortete er: diese Petition habe ich nicht unterschrieben. Wir legten den Reichsboten vor, wo unter der Petition der Name Stöcker unterschrieben stand; da mußte er sich angesichts dieser Thatsachen zurückziehen, und da sagte er — ich will Ihnen das wörtlich anführen: „Diese Petition habe ich nicht erlassen" „ich habe sie nachträglich unterzeichnet"; dieser geehrte Herr mußte also — wir hatten ihn in die Enge getrieben — eingestehen, daß er die Petition doch unterzeichnet habe. Herr Stöcker versicherte, er wolle die volle verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Konfessionen, also auch der Juden. Nun, meine Herren, aber wie? Man sieht, wie der Herr es mit den Thatsachen genommen in der Vergangenheit, sollen wir ihn daran erinnern, wie er „den Hexentanz um das goldene Kalb" vorbrachte, gegen einen großen Theil der Unterzeichner unserer Erklärung, gegen die antisemitische Bewegung im Lande, wie er sich nachher zurückzog, nachdem die Herren Zelle und — ich weiß nicht, wer es noch war — ihn aufforderten, die Namen derjenigen zu nennen, in wie ängstlicher und armseliger Weise er sich nachher zurückzog (Lachen rechts), wie das der Richter konstatirt und gekennzeichnet hat in dem Erkenntniß in dem Prozeß Stöcker, daß das allerdings ein Verfahren wäre, wie es nicht zu rechtfertigen wäre. Und dieser Prediger der christlichen Wahrheit, Liebe und Toleranz hat es nicht mal für seine Pflicht gehalten, öffentlich zu erklären, ich habe mich geirrt, ich habe den Herren Unrecht gethan, Sie haben den Hexentanz

um das goldene Kalb allerdings nicht mitgemacht. Und dieser Herr mit einer solchen Vergangenheit fühlt sich berechtigt (Lachen rechts) zu einem solchen Ausfall gegen einen großen, fleißigen, patriotischen Theil unserer Mitbürger. Da Sie keine Ahnung davon haben, daß unsere jüdischen Mitbürger völlig gleichberechtigt sind mit uns, und daß sie für das Vaterland im Kriege und im Frieden ebenso ihre Schuldigkeit gethan haben, wie wir Christen, begreife ich. Sie verdienen es nicht, daß man in dieser gehässigen, kleinlichen Weise gegen sie als Rasse im Ganzen, wie Herr Stöcker früher gethan hat, losgeht. Ich habe aber die Hoffnung, daß dieser Standpunkt, dieser engherzige, armselige Standpunkt, wie ich ihn nicht anders bezeichnen kann, keinen Widerhall im deutschen Volke finden wird, und daß dieser zweite antisemitische Feldzug ebenso kläglich endigen wird, wie der erste. Diese feste Zuversicht, dieses Zutrauen habe ich zu dem deutschen Volk. Dasselbe wird festhalten an den Traditionen des großen Königs Friedrich, — wenn auch Herr Stöcker sich gestern mit ihm identifizirt — es wird festhalten an dem ewigen Grundsatz, daß die Menschenliebe, die Toleranz, die Humanität die Pfeiler sind, auf denen ein Staatswesen für die Dauer sicher ruhen kann. Und diese Grundlage wollen wir erhalten wissen, und wir werden alle derartigen antisemitischen Hetzereien a limine zurückweisen. (Bravo! links. Zischen rechts.)

Kultusminister Dr. **v. Goßler:** Meine Herren, ich muß meine Rede mit der Bitte um Entschuldigung beginnen, daß ich die Erwiderung auf die eben gehörten Worte mit derselben Objektivität und Ruhe ertheile, wie ich es gestern zu thun versucht habe, wie ich überhaupt in Sachen meines Ressorts, wenn es irgend möglich ist, objektives Handeln zu meiner Gewohnheit mache. Nicht daß ich die Fähigkeit nicht besäße, in ähnlicher Weise zu sprechen, wie wir eben gehört haben. Ich kann versichern, als ich selbst noch im Parlament war, war es mir sehr viel bequemer, mit einer gewissen leidenschaftlichen Verve in die Diskussion einzutreten, als mir dieses Maß von Zurückhaltung und Beschränkung aufzuerlegen, das ich, glaube ich, gerade als Unterrichtsminister zu bewahren verpflichtet bin.

Wenn der Herr Abgeordnete Rickert seine Rede damit begonnen hat, daß er seiner Verwunderung Ausdruck gab, wie ich darauf hätte hinweisen können, daß er in seiner Erwiderung die Rede des Herrn Stöcker in einer Weise aufgefaßt hätte, wie der Vortrag nicht gelautet habe, so darf ich daran erinnern, daß der Herr Abgeordnete Rickert aus dieser Auffassung der Rede des Herrn Stöcker heraus in einer sehr scharfen und schroffen Weise sich hier laut verwundert hat, daß ich nicht sofort nach Herrn Stöcker das Wort ergriffen habe.

Er hat mir heute klar zu machen versucht, daß ich die Absicht des Herrn Stöcker nicht durchschaut habe, daß ich es nicht verstanden habe, aus den „eingestreuten Bemerkungen", wie er sich ausdrückte, die wahre Absicht dieser Rede zu erkennen, und um meinem Gedächtnisse nachzuhelfen, hat er heute einige Stellen aus der „Post" verlesen, (Abgeordneter Rickert: Vossischen Zeitung!) — aus der „Vossischen Zeitung". Ich bitte um Entschuldigung, daß ich versuche, selbst aus Parteireden

dasjenige heraus zu lesen und heraus zu hören, welches nach meiner Ansicht das Werthvollste ist. Ich kann nicht nach eingestreuten Bemerkungen meine Antworten und meine Erklärungen einrichten. Ich habe den Eindruck gehabt, daß in der ersten Rede des Herrn Stöcker wichtige Sachen, wichtige Vorkommnisse hervorgehoben worden sind, an welchen eine verständige Unterrichtsverwaltung schon im eigenen Interesse nicht hat vorbeigehen können. Diesen Gedanken habe ich versucht auszuführen. Wenn ich auf die eingestreuten Bemerkungen den Nachdruck legen wollte: was sollte ich jetzt gegen Herrn Rickert anführen! (Sehr gut! rechts. — Abgeordneter Rickert: Genieren Sie sich gar nicht!) — Ich mache von Ihrer Erlaubniß keinen Gebrauch; ich stehe an einer anderen Stelle wie Sie und bin meinem Amt schuldig, denjenigen Tenor zu bewahren, auch den Ton, welchen ich für nothwendig erachte. (Bravo! rechts.)

Wir kommen vielleicht bei einer anderen Gelegenheit auf derselben Arena zusammen, dann will ich zwar nicht derartige Bemerkungen einstreuen, wie Sie es heute gethan haben, aber deutlich kann ich auch sein. (Heiterkeit.)

Unter den eingestreuten Bemerkungen, meine Herren, habe ich also einige hervorzuheben, weil sie mich von dem Wege sonst wegdrängen würden. Der Abgeordnete Rickert hat die Tendenz meiner gestrigen Rede oder vielmehr die Tendenz, von welcher ich durchdrungen sei, klar erkannt. Da bin ich in der That gespannt, wie er das gehört haben kann; die Tendenz kenne ich selber nicht, ich bin in dem Stadium, in welchem ich mich in vielen Sachen bewege, daß ich über Sachen nachdenke, aber mit Tendenzen beschäftige ich mich erst dann, wenn ich eine Sache voll erfaßt habe, das habe ich nicht. Es wurde hier — ich kann nicht anders sagen — mir die Unterstellung entgegengebracht, als habe ich hier doch eine Ahnung haben können, daß die Frage angeschnitten werden würde, ich hätte zu viel Material bei mir gehabt. Ja, meine Herren, ich bereite mich — ich muß es zu meiner Schande bekennen — auf die Diskussionen über meinen Etat vor, ich kann nicht Alles improvisiren; ich halte gewissermaßen eine Heeresschau über diejenigen Fragen, die vielleicht vorkommen können. Konfessionalität ist ja eine Sache, die vielleicht bei der Spezialberathung noch vorkommen wird; wenigstens ist mir aus der ultramontanen Presse bekannt, daß nach gewissen Richtungen hin Beschwerden gegen mich erhoben werden. Ich bringe mir also grundsätzlich zu der Berathung meines Etats dasjenige Material mit, welches ich an größeren Nachweisungen besitze. Das eine ist die Universitätsstatistik, die jetzt veröffentlicht wird, das andere ist die Nachweisung vom Jahre 1883 über die konfessionellen Verhältnisse der höheren Lehranstalten; die habe ich bei jeder Etatberathung bei mir, wenn ich eben annehmen kann, daß die Titel dazu Veranlassung geben. Ich habe das, wie gesagt, einfach aufgeschlagen. Ich kann mich wirklich nicht aufregen, aber ich muß doch sagen: es ist merkwürdig, auch nur eine Andeutung nach der Richtung hören zu müssen, als ob ich mit irgend einem unter der Decke steckte, oder von ihm irgendwie auf eine Sache vorbereitet würde, wenn ich sage: ich bin es nicht. (Zuruf des Abgeordneten Rickert. — Lachen links.) Dann war die weitere Bemerkung angeknüpft: der Herr Vorredner wisse, nach welcher Richtung meine Sehnsucht ginge. Das bestreite ich auch. Ich

habe Ihnen gestern gesagt: man kann der Auffassung huldigen, daß es unter Umständen wünschenswerth ist, selbst in den höheren Schulen eine konfessionelle Sonderung der Schüler eintreten zu lassen: ich habe aber gleich hinzugefügt: gesetzlich liegt es so, — der Herr Abgeordnete Rickert hat die richtige Stelle heute vorgeführt. Ich habe dann auch gesagt, daß eben der Raum und die Fülle der Kinder maßgebend ist für die Konstruktion unserer höheren Schulen. Es ist unmöglich, beispielsweise hier in Berlin zwei katholische Gymnasien einzurichten und die Kinder vielleicht zu zwingen, im Durchschnitt einen Weg von 10 Kilometer dahin zurückzulegen. Man muß mit den gegebenen Thatsachen rechnen. Es liegen ja auch noch andere Gesichtspunkte vor; ich habe das nur so eingestreut. Also nach dieser Richtung hat der Herr Abgeordnete vieles gesehen, was eben nicht da ist. Ich kann mich auch gar nicht darauf einlassen, hier vor dem Hause und dem preußischen Volke zu erklären, wie ich über eine Reihe von Fragen denke, die hier vorgekommen sind; ich bin weder Semit noch Antisemit; die Königliche Staatsregierung ist es, so viel ich weiß, auch nicht. Ich habe mich niemals in diese Streitigkeiten eingemischt, werde es auch nicht thun; aber ich darf mir doch das Recht anmaßen, bei Sachen, welche meine Unterrichtsverwaltung betreffen, in einer klaren, möglichst allgemein verständlichen Weise mich auszudrücken. (Sehr richtig! rechts.)

Nun sagt Herr Rickert, Herr Metzler hat wieder Alles über den Haufen geworfen. Ich habe mein Stenogramm nicht durchgelesen, ich korrigire es auch nicht, weil ich keine Zeit dazu habe; ich habe mehr Geschäfte noch außerdem wahrzunehmen; ich habe ausdrücklich gesagt: in Frankfurt ist das Schulwesen der jüdischen Bevölkerung gegenüber konfessionell getheilt; aber ich weiß wohl, daß dies nicht durchweg der Fall ist; ich glaube, das habe ich ganz deutlich gesagt. Nun war es mir ja sehr wohl bekannt, daß die eigentlichen Gymnasien nicht konfessionell getheilt sind, wohl aber ist das höhere Schulwesen in Frankfurt a. M. — ich will einmal sagen — zu Gunsten der Judenschaft konfessionell in anderer Beziehung getheilt. Wir haben dort sogenannte Realschulen, wir haben in Frankfurt eine Realschule, welche die israelitische Religionsgesellschaft unterhält, in welcher im Januar 1883 184 Schüler waren, und zwar waren dieselben sämmtlich dieser Religionsgemeinschaft angehörig. In der Vorschulklasse waren sämmtliche 86 Schüler ebenfalls der jüdischen Gemeinschaft angehörig. Dann ist dort eine Realschule der israelitischen Gemeinde, welche 335 Schüler hatte und davon waren 329 Juden; (hört!) in der Vorschule 149 Schüler, davon 145 Juden. Es geht also in Frankfurt, wie wir sehen, so weit, daß die Juden unter sich nach Maßgabe ihrer religiösen Grundsätze geschieden sind, und wenn es die Juden in Frankfurt fertig bringen, sich unter einander zu scheiden, so braucht man sich nicht zu verwundern, wenn unter Umständen sich einmal die Christen scheiden wollen von den Juden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Unter den höheren Anstalten in Frankfurt a. M. ist die Wöhlersche als diejenige bekannt, die am meisten von Juden besucht wird, es ist ein Realgymnasium, wo sich 107 Juden unter etwa 400 Schülern befanden, und auf dem damals allein bestehenden Humanistischen Gymnasium waren 134 jüdische Schüler. Ich erkenne also an, daß in den eigentlichen Gymnasien eine konfessionelle oder religiöse Sonderung nicht

besteht, dagegen auf dem Gebiete des mittleren Schulwesens, der höheren Töchterschulen und des Volksschulwesens. Dort besteht eine Sonderung. Also ich glaube, ich habe gestern, auch wo ich nicht präparirt, das Richtige getroffen. (Sehr wahr! rechts.)

Ich habe gestern gesagt und kann es heute nur wiederholen, jede verständige Unterrichtsverwaltung, welche die Pflicht hat, die Augen aufzumachen und nicht zu schließen, auch das zu sehen, was ihr vielleicht unbequemer ist und nicht glauben zu machen, das, was man nicht sieht, auch nicht existirt, (sehr gut! rechts) hat auch die konfessionelle Entwicklung zu studiren.

Wenn Herr Rickert einmal die Güte hätte, sich selber in eine solche Lehrerstelle hineinzuversetzen, an Gymnasien, wo, wie gestern vorgetragen ist, die beiden christlichen Konfessionen und die jüdische Religion ungefähr gleichmäßig vertreten sind, wo das Lehrerkollegium aus den drei Religionsgesellschaften zusammengesetzt ist: jeder Lehrer — das darf man doch hoffen — ist von seiner religiösen Ueberzeugung durchdrungen; das darf man doch erwarten. Und nun bitte ich Sie, sich klar zu machen, welches Maß von Vorsicht ein jeder Lehrer anwenden muß den Kollegen und den Schülern gegenüber, um immer diejenige gerade Richtung einzuschlagen, welche die Unterrichtsverwaltung mit unerbittlicher Strenge von den Lehrern fordert. Das ist in der That eine hohe Anforderung. (Sehr richtig rechts.)

Ich habe weiter dargelegt, wie die ganze religiöse Ausgestaltung der Konfessionen eingreift in den Schulunterricht. Die Katholiken haben zum Theil sehr ausgedehnte Festtage, die Juden haben andere, und da wir Alles berücksichtigen müssen, so würden wir vielleicht in der Lage sein, eine nicht unerhebliche Zahl von Wochen anders zu verwenden als nach dem Schulbetrieb nöthig ist. Wir würden also die Zeit mit Repetitionen ꝛc. ausfüllen müssen, damit nicht die fehlenden Schüler einen Nachtheil davon haben, daß im Stoffe vorangeschritten ist. So schalten sich diese Anstalten mindestens zwei Wochen aus, und das ist in der That nicht ganz leicht. Auf den Sonnabend bin ich schon gekommen. Ich habe heute in der Nationalzeitung gelesen, in der Beziehung müßte man den Juden ganz bestimmt die Verpflichtung auferlegen, nachgiebig zu sein. Ja, meine Herren, das spricht sich Alles sehr leicht aus, aber die Unterrichtsverwaltung ist wirklich darin milder. Ich habe, als ich kurze Zeit Minister war, mal eine Enquete veranstaltet, wie in den verschiedenen höheren Schulen die Juden sich am Sonnabend und an den Feiertagen verhalten. Da gab es ein ganz merkwürdiges Bild. Wie ich schon gestern andeutete, waren diejenigen Religionslehrer, welche Rußland als ihre Heimath zählen, unendlich strenger, es wurden Fälle entdeckt, die, wenn sie eben nicht bewiesen wären, unglaublich erschienen wären. Ich entsinne mich einer westpreußischen höheren Schule, wo es auffiel, daß die jüdischen Schüler entgegen der sonstigen Erfahrung träge und überanstrengt waren. Es ergab sich, daß der frisch aus Rußland eingewanderte jüdische Religionslehrer 14 Stunden wöchentlich extra die jüdischen Kinder noch in der jüdischen Religionslehre unterrichtete. (Hört! hört!) Das sind eben auch Rücksichten, die wir zu nehmen haben.

Ich bin — und das konnte Herr Metzler vielleicht wissen — vor Jahren bei einer jüdischen höheren Töchterschule in Frankfurt ein-

geschritten. Ich glaube mich zu entsinnen, daß da sieben Religionsstunden extra gegeben wurden. Das geht eben nicht; es muß die häusliche Arbeit und was die Religionsgesellschaften extra geben, sich einigermaßen den Anforderungen der Schule anpassen.

Ich kann, meine Herren, damit schließen. Ich kann mich unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß ich mich auf das große allgemeine politische Gebiet hinausdrängen lasse; aber ich glaube, soviel geht hervor, — ich könnte ja noch mehr Material beibringen — daß die Unterrichtsverwaltung ein großes praktisches Interesse hat, diese Fragen zu verfolgen, und daß unter Umständen auch Wünsche entstehen, die darauf gerichtet sind, wie gewisse Unzuträglichkeiten leichter vermieden werden könnten. Vor einigen Jahren kam eine Deputation der hiesigen altgläubigen Rabbiner zu mir und verlangte von mir, ich sollte ein schriftliches Abiturientenexamen verlegen. Ich bin in diesen Dingen sehr gefällig, meine Herren, ganz egal, welcher Konfession die Herren angehören. Ich schrieb sofort an das Provinzialkollegium mit eigener Hand, ob es auch möglich wäre, — ich glaube, es waren fünf oder sechs jüdische Abiturienten in Frage — eine Verlegung eintreten zu lassen. Das betreffende Provinzialschulkollegium reichte sofort den Reiseplan des Schulraths ein, es ergab sich daraus, daß es unmöglich war, den Termin zu verlegen. Darauf erklärten dann die Rabbiner, dann würden die Schüler eben frustriren. Ich sagte, das thäte mir sehr leid, dann würden sie das Examen nicht machen können und noch ½ Jahr warten. Darauf haben die Abiturienten geschrieben und haben das Examen gemacht. (Hört! hört! rechts.)

Ich will nur sagen: es stoßen sich im Raum die Sachen. Ich bin in diesem Fall darüber hinweggekommen. Diese altgläubigen Rabbiner haben mir ja auch dabei geholfen. Aber denken Sie sich in die Lage eines Lehrerkollegiums und eines Direktors; und es treten nun, wie die Praxis zeigt, fortwährend neue Anforderungen heran. Dann tritt eine gewisse Unruhe in einer solchen Anstalt ein, welche ich für die Erfüllung der Aufgabe eines ergiebigen Unterrichtsbetriebes unerwünscht halte. Leider kann ich nur sagen: ich studire die Sachen, und suche in einzelnen Fällen, soweit es geht, Ordnung zu schaffen. Aber ich kann mich unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß ich Semiten oder Antisemiten unterstütze, oder ich mit Rekriminationen auftrete, für welche für die Königliche Staatsregierung gar kein Interesse und gar keine Nöthigung vorliegt. (Bravo! rechts.)

Abgeordneter **Stöcker:** Ich widerstehe der Versuchung, ebenso wie gestern, diese Frage auf das allgemeine Gebiet zu zerren. Wenn ich weitergeführt wurde, als ich wollte, so verdankt das Haus, auch das Judenthum, diesen Gang der Sache lediglich den Herren Knörcke und Rickert, (sehr richtig! rechts) die in übertriebener und von keinerlei Verständniß zeugender Weise rein aus agitatorischen Rücksichten die Dinge in ihrer Weise vorgebracht haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß aber einiges richtig stellen, was gesagt ist.

Herr Rickert sagt, daß wir den ersten Tag einer neuen Periode in unseren Regierungsverhältnissen dazu benutzen, um von der Juden-

frage zu reden. Darauf will ich ihm nur erwidern, daß unsere Verhandlungen mit diesem Wechsel gar nichts zu thun haben. Ich habe schon vor mehr als acht Tagen, als die neuen Ereignisse noch garnicht am Horizonte standen, in meiner Fraktion sehr eingehend über diese Frage geredet und schon damals die Zustimmung meiner Freunde erhalten.

Nicht der Wechsel der Verhältnisse, sondern die hinter uns liegenden Wahlen mit ihren schauderhaften Verhetzungen und Lügen sind der Grund, warum ich diese Frage unseres Bildungslebens einmal beleuchten wollte. (Zustimmung rechts.)

Ich muß dagegen protestiren, daß der Herr Abgeordnete Rickert einen hohen Mund, der längst geschlossen ist, hier wieder reden läßt. Die Aeußerung dieses hohen Mundes ist niemals konstatirt. (Rufe links: Jawohl!) — (Widerspruch rechts.) Ich kann Herrn Rickert den Abdruck eines Briefes zeigen, den Jemand an den hohen Herrn gerichtet hat, worin er schreibt: es ist unmöglich, daß Ew. Kaiserliche Hoheit das gesagt haben. Darauf ist keine Antwort erfolgt.

Wenn Herr Rickert mich beständig als einen Prediger der Liebe bezeichnet, so mache ich in der That darauf Anspruch; aber ich wäre wirklich ein elender Prediger, wenn ich nichts weiter predigte als Liebe. Dazu sind wir Geistliche gar nicht da. Herr Rickert, Sie haben gar keine Vorstellung von unserem Berufe; wir sind da, um die Wahrheit zu predigen. (Bravo! rechts, Lachen links.) Nun haben wir Beispiele genug an den Schriften des alten und des neuen Testaments, wie wir über die Juden reden sollen. Mir ist es äußerst zuwider, auf solche Angriffe zu antworten. Aber wenn Sie damit immer wieder an mich herantreten, so muß ich Sie auffordern, einmal die ersten Kapitel der Offenbarung St. Johannis zu lesen. Sie sind bekanntlich geschrieben von einem Mann, den man in der ganzen Kirchengeschichte einen Jünger der Liebe nennt. Dieser sagt von den Juden in zwei von sieben Städten Kleinasiens: „Sie sagen, sie sind Juden und sie sind des Teufels Synagoge.“ Solch ein Wort habe ich öffentlich nicht gebraucht. Aber ich könnte es gebrauchen; und wenn ich rede wie in der Bibel steht, so wird mir das keiner von den Deutschfreisinnigen verargen und verwehren können. Ja, ich will noch hinzufügen, wenn von jener Seite die beständige Advokatur der Juden geübt wird, daß ich auch in dem heutigen Judenthum noch sehr Vieles bemerke von dem, was dieser Jünger der Liebe so scharf bezeichnet hat.

Wenn Herr Rickert von einem „Lamm der Liebe“ redet, so muß ich sagen, daß das ein Ausdruck von einem solchen Ungeschick ist, daß ich ihn nicht brauchen würde. Ich könnte ja ebenso von einem Schaf der Liebe reden; aber das wäre ebenso ungeschickt und würde auch nicht auf Anerkennung Anspruch haben.

Herr Rickert hat dann eine Ungenauigkeit begangen, die ich zurecht stellen muß. Er hat gesagt, ich hätte gestern geäußert, das jüdische Großkapital stände an der Spitze der Berliner Sozialdemokratie. Herr Rickert, das ist so eine von den kleinen Umdeutungen, wie ich sie von Ihrer Seite gewohnt bin, womit Sie dann die Geschäfte im öffentlichen Leben machen. Ich habe nicht gesagt: das Großkapital, sondern: ein großkapitalistischer Jude. Wollen Sie es für eine Unwahrheit erklären, daß Herr Singer an der Spitze der Berliner Sozialdemokratie

steht? Ich war selber in einer Volksversammlung zugegen, in der ein sozialdemokratischer junger Mann auftrat, und nachdem ich Herrn Singer erwähnt hatte, sagte: Herr Singer hat Tausende für die Sozialdemokratie gegeben. Ich weiß es ja nicht, aber ein Sozialdemokrat selbst hat es gesagt. Glauben Sie nun wirklich, daß es uns gleichgiltig sein kann, wenn jüdisches Kapital dazu gebraucht wird, um die Sozialdemokratie groß zu füttern? Die Juden werden nachher wenig dazu thun, die sozialdemokratische Umsturzbewegung niederzuschlagen; das müssen wir alle. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn sich dann Herr Rickert das kindliche Vergnügen macht, Thatsachen, die schon zehn Jahre zurück liegen, hier von neuem aufzuwärmen, so geht schon daraus die grenzenlose Verlegenheit seines Standpunktes hervor. (Sehr richtig! rechts.) Herr Rickert, ich will Ihnen einmal etwas verrathen: Ich war vor zehn Jahren in den parlamentarischen Dingen noch nicht so geübt, ich habe damals noch nicht gewußt, daß, wenn ein ehrlicher Mensch sich hier auf die Tribüne stellt und arglos Dinge sagt, ohne grade bis ins Kleinste zu prüfen, es möglich wäre, daß eine gemeine Presse sich darüber hermacht und nun die Wahrhaftigkeit, den guten Ruf eines Menschen zu untergraben sucht. Warum thut sie es? Wenn gegen die Sache sich nichts sagen läßt, so muß man die Person herunterziehen, um die schlechte Sache zu schützen. (Sehr richtig! rechts.) Das sind Ihre Mittel und Wege, Herr Rickert; das habe ich seit 12 Jahren erfahren und mit einer unbeschreiblichen Geduld ertragen. Aber ich darf von mir behaupten, wenn es irgend einen Menschen giebt, gegen den sich die Nichtswürdigkeit des öffentlichen Lebens und der Presse — besonders der Judenpresse — erschöpft hat, ohne ihm schaden zu können, so bin ich es. (Bravo! rechts. Zuruf.) Schon wieder haben Sie gesagt: meine Angaben über Frankfurt a. M. seien nicht wahr. Das geht natürlich wieder in die Presse hinaus. Aber es ist buchstäblich wahr, was ich gesagt habe. Ich habe hier das Stenogramm von gestern; danach habe ich gesagt: „In Frankfurt a. M. hat man jüdische höhere Schulen;" — ich habe nicht gesagt, Gymnasien — „sie sind vor der preußischen Zeit begründet. Dort haben unsere israelitischen Mitbürger aus eigener gesunder, vernünftiger Erkenntniß der Sachlage sich ihre höheren Schulen selbst gestiftet. Wenn das Israeliten von sich aus thun für ihre Zwecke, warum sollen wir nicht den Muth haben, dasselbe für sie und uns zugleich zu thun?" (Sehr wahr!)

Das habe ich gesagt, und das ist buchstäblich wahr. Ich verbitte mir aber, daß man dann mit so unbegründeten Anklagen vorgeht. (Zurufe links.) Ja, Herr Rickert, Sie haben das gethan; als Herr Mezger hier davon sprach, war ich nicht hier, aber Sie haben in meiner Gegenwart gesagt, auch dies sei wiederum keine wahre Thatsache. So machen Sie es, Herr Rickert! (Sehr wahr! rechts.) Hier kann ich Sie einmal festkriegen, hier kann ich Ihnen sagen: das ist nicht wahr! — Aber draußen in Ihrer Presse sind Sie stark, da können Sie mit dem guten Ruf eines Menschen machen, was Sie wollen. (Widerspruch links. Sehr gut! rechts.)

Ich will Herrn Rickert, da er den Ausspruch des großen Friedrich bezweifelt, den er von gestern bis heute nicht hat finden können, was für seine Orientirung auf diesem Gebiet nicht gerade spricht, das ganze

Edikt vorlesen. Der große König sagte damals: „Wir befehlen, daß die schlechten und geringen Juden in den kleinen Städten, sonderlich in denen, die mitten im Lande liegen, wo solche Juden ganz unnöthig und vielmehr schädlich sind, bei aller Gelegenheit und bei aller Möglichkeit daraus weggeschafft werden sollen. Was wegen ihres Handels ist, behalten sie, aber daß sie ganze Völkerschaften nach Breslau hinbringen und ein ganzes Jerusalem daraus machen wollen, das kann nicht sein.“

Herr Rickert, vielleicht können Sie für Ihre politische Anschauung etwas daraus lernen. (Große Heiterkeit.)

Wenn man einen König zitirt, dann thut man gut, ihn nicht litterarisch zu zitiren, sondern nach seinen Regierungsakten. (Widerspruch links.)

Ja gewiß! Herr Rickert, es kommt garnicht darauf an, was der große Friedrich in seinen Schriften hier und da einmal geäußert, sondern was er als König gethan hat. Wir sind doch keine litterarische Gesellschaft, — obgleich Sie Zeitungsbesitzer sind, sondern eine politische Versammlung. Freilich merkt man auf Ihrer Seite oft gar nichts davon. (Heiterkeit.)

Was haben Sie hier zum Beispiel in Bezug auf Stahl für eine ungeheuerliche Sache ausgesprochen! Es kam beinahe so heraus, als sei Stahl der Erfinder der christlichdeutschen Nation, als hätte es vor ihm so etwas gar nicht gegeben und er hätte uns das Wort erst gelehrt, (Zuruf links.) Herr Rickert, das ganze Mittelalter hindurch gab es ein „heiliges römisches Reich deutscher Nation“. Wenn Sie da statt „heilig“ „christlich“ setzen — das ist doch gemeint — dann haben Sie ein „christliches Reich“ das ganze Mittelalter hindurch, aber davon wissen die Herren da drüben nichts, Sie wissen immer nur von gestern bis heute; damit kann man aber eine Frage nicht behandeln, die Jahrtausende zurückgreift und bis ans Ende der Welt dauern wird.

Ich komme nun auf die Sache von der Petition vor 10 Jahren. — Herr Rickert, ich möchte Sie auffordern — das will ich vorausschicken — mir in den ganzen 10 Jahren, die ich seit jener Zeit im Parlament bin, im Reichstage wie hier, irgend eine von mir ausgesprochene Thatsache nachzuweisen, die nicht völlig genau gewesen wäre. Ja, seit jener Sitzung des Jahres 1880! Sie wissen keine. Ist es nun richtig, ist es nobel, auf die Debatte vor 10 Jahren zurückzugreifen und die kleinen Irrthümer, die ich damals begangen habe, — gut, man kann ja irren — mir als Unwahrheiten vorzuwerfen! Ich will Ihnen auch einmal etwas vorhalten; ich möchte Sie, Herr Rickert, um Ihrer selbst willen ein wenig belehren. (Heiterkeit.) Mit meiner Rede zu der Petition ist damals ein furchtbarer Sturm gemacht. Es war ja ein Jude, der verstorbene Löwe, der die Schaar drüben im Kampfe anführte. Aber, Herr Rickert, stellen Sie sich doch einmal vor, ob es einem vernünftigen Menschen einfallen kann, einen anderen des Versuches der Unwahrheit zu zeihen, wenn es sich um eine Unterschrift unter 23000 Exemplare handelt, die überall im Deutschen Reich verbreitet sind. Ist es wohl möglich, mir zuzumuthen, daß ich über einen Punkt die Unwahrheit sagen wollte, betreffend dessen in jeder Stadt ein paar Exemplare sind, die den Leser von dem Stand der Sache überzeugen können? — Halten Sie das wirklich für möglich? Ich wünsche Ihnen, daß Sie und Ihre Partei-

genossen nie eine größere Unwahrheit sagen bei einer ähnlichen Sache, wie ich bei dieser! (Beifall rechts.)

Nun, der Hexentanz ums goldene Kalb! (Zuruf des Abgeordneten Rickert.) — Herr Rickert, ich habe damals die Namen der betreffenden Herren genannt, ich habe die volle Zahl genannt. Ja, ich habe mich lange dagegen gesträubt, aber ich habe sie zuletzt auf dem Tisch des Hauses niedergelegt, so daß sie jeder lesen konnte, — (Zuruf links) ja, ich habe die volle Zahl genannt! Aber das verstehen die Herren eben nicht, daß man aus Rücksicht persönliche Angriffe hier nicht machen will. In der Sache habe ich nichts versehen, Herr Rickert.

Was aber ein Gerichtshof für wahr annimmt, dafür kann ich nicht. Denken Sie nur an den Vorsitzenden dieses Gerichtshofes, der den Prozeß Bäcker leitete; erkundigen Sie sich, wie man in Juristenkreisen die Verhandlungen dieses Präsidenten nannte. Ich will es Ihnen nachher im Vertrauen sagen. Vergleichen Sie das erste Erkenntniß mit dem zweiten, wie da die Thatsachen verändert sind; bemerken Sie, wie auch im zweiten Erkenntniß noch eine ganze Menge von Sachen aufgeführt waren, die der Wahrheit nicht entsprechen. Damit können Sie sich wahrhaftig nicht hinstellen und versuchen, meinen Ruf anzutasten. Wenn Sie nichts Besseres wissen, werden Sie weder mich, noch irgend einen meiner Freunde beunruhigen. Lassen Sie endlich das Geschäft, es kommt nichts dabei heraus. Es hat mir in den zehn Jahren nichts geschadet, und auch heute wird es mir nichts schaden. Jeder Mensch weiß, daß man der Presse auf Ihrer Seite, vielfach auch den Aeußerungen das Maß der Wahrheit nicht beimessen kann, das im öffentlichen Leben nöthig ist, um Jemand zu beglaubigen.

In der Sache selbst habe ich nichts hinzuzufügen. Sachlich ist von jener Seite nichts geantwortet. Alles, was ich gesagt habe, ist durchaus bestätigt. Auch der Vorschlag, den ich gemacht habe, ist als möglich anerkannt. Wenn auf jener Seite das rechte Maß der Erkenntniß in pädagogischen Dingen nicht vorhanden ist, — dafür kann ich nicht. Ich halte die angeregte Frage für einen Punkt, wo es sich nicht handelt um Emanzipation der Juden von den Christen, sondern um Emanzipation der Christen von den Juden. Darüber zu reden, werde ich mir durch keine Parlamentsverhandlung ein Hinderniß bereiten lassen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Adolf Stöcker

und die

Angriffe seiner Gegner

im

Lichte der Wahrheit.

Von einem

Nichtpolitiker.

Berlin 1901.
Verlag von Martin Warneck.

Vorwort.

Es wäre nicht nötig, diese Schrift herauszugeben, wenn die gesamte deutsche Presse die Gewohnheit hätte, wahrheitsgemäß über die politischen Ereignisse Bericht zu erstatten. Daß das leider nicht der Fall ist, zeigt die Besprechung der Vorgänge im deutschen Reichstage am 19. und 20. März d. J.

Die Wahrheit ist:

1. Stöcker hat das preußische Königtum gegen schmähliche Angriffe verteidigt, die von den Sozialdemokraten ausgegangen waren.

2. Er hat persönliche Beleidigungen abgewehrt, die ihm im Reichstag zugefügt waren.

3. Er ist von dem nationalliberalen Vizepräsidenten des Reichstags gegen den Gebrauch des Hauses verhindert worden, die Beschimpfungen zu widerlegen, die in seiner Abwesenheit ausgesprochen waren.

4. Der frühere Reichstagspräsident Excellenz von Levetzow hat erklärt, daß die Brandmarkung der sozialdemokratischen Artikel zum 18. Januar 1901 durch Stöcker der Mehrheit des Reichstages wohlgefallen habe. Kein nationalliberaler Abgeordneter hat dem widersprochen.

Nun vergleiche man damit z. B. den Leitartikel des nationalliberalen „Hannoverschen Couriers“ vom 21. März, der von anderen liberalen Blättern nachgedruckt wurde.

„Herr Stöcker scheint sich nicht überlegt zu haben, daß die Palamentstribüne nicht der Platz ist, von wo derjenige, der zufällig Abgeordneter ist, beliebige Preßangriffe zurückzuweisen hat (vgl. oben Nr. 2). . . .

„Herr Stöcker stand in der heutigen Debatte allein, niemand eilte ihm zu Hilfe (vgl. oben Nr. 4). . . .

„Stöcker war allmählich so in die Enge getrieben, daß er kaum noch in zusammenhängenden Sätzen antwortete. (Wer dieses Märchen

beurteilen will, lese den stenographischen Bericht in der Zeitung: ‚Das Volk‘.“) ...

„Das ganze Haus atmete vernehmlich auf, als der Abgeordnete Stadthagen seinen Ordnungsruf weg hatte — es war der letzte von 12 — und der Präsident endlich verkündigte, daß die Debatte geschlossen sei. (Dies stimmt, denn es war für den Reichstag keine Ehre, diesen Mißbrauch der Redefreiheit durch die Sozialdemokraten zu erleben.)

Unmittelbar darauf sah man Herrn Stöcker bleich mit schlotternden Knieen zum Sitzungssaal hinausschleichen, den er heute nicht wieder betrat. Stöckers Rolle ist ausgespielt. Wenn er noch einen Funken von Selbsterkenntnis besitzt, wird er den Reichstag nicht wieder betreten ...

„Man kann nur immer wieder fragen: Was veranlaßte Herrn Stöcker, dieses Strafgericht selbst über sich heraufzubeschwören? (vgl. oben Nr. 1 und 2).

Sollte er wirklich geglaubt haben, sich durch rednerische Erfolge gegenüber den Sozialdemokraten irgendwo rehabilitieren zu können? Dann ist die Rechnung fehlgeschlagen. Er hat nicht nur die Schlacht verloren, sondern auch der Sozialdemokratie zu einem verhältnismäßig mühelosen Triumph verholfen“ (vgl. oben Nr. 4).

Daß die sozialdemokratischen und jüdischen Blätter bei dieser Gelegenheit ihrem Haß gegen Stöcker Luft machten, brauchte man ja nicht zu beachten. Daß aber auch nationalliberale Blätter den Sachverhalt so entstellen, legt den Wunsch nahe, der Wahrheit zum Recht zu verhelfen.

Die nachstehende Schrift ist aus diesem Wunsche hervorgegangen. Sie kann ihren Zweck allerdings nur erfüllen, wenn die Freunde der Wahrheit für ihre Verbreitung sorgen.

Berlin, den 11. März 1901.

Der unpolitische Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Ein eigenes Urteil über Stöckers politische und kirchenpolitische Wirksamkeit ermöglichen seine Veröffentlichungen:

1. Christlich-Sozial. Geb. M. 4,—.
2. Wach auf, evangelisches Volk! Geb. M. 4,—.
3. Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker. M. —,50.
4. Deutsche Evangelische Kirchenzeitung. Wochenschrift vierteljährlich. M. 2,50.

1. Der deutsche Reichstag am 20. März 1901.

Es war ein Schauspiel, wie es der deutsche Reichstag nicht oft gehabt hat, daß ein großer Teil der Verhandlungen ausgefüllt war mit den wütendsten Angriffen auf einen einzelnen Mann, den Reichstagsabgeordneten Hofprediger a. D. Adolf Stöcker, der den Mut gehabt hatte, wie schon so oft, die Stellung der Sozialdemokratie zu König und Vaterland, zu Kaiser und Reich öffentlich zu brandmarken. Der Anlaß dazu waren die Artikel, die das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts" zum 200jährigen Jubiläum des preußischen Königreichs veröffentlicht hatte.

„Nicht weniger als 13 Ordnungsrufe hat der Präsident verhängt," schreibt die „Frankfurter Zeitung", „und es war darunter keiner, den sich die Redner, die Führer der Sozialdemokratie, fahrlässig zugezogen hätten. Sie haben bewußt und dem inneren Drang einer tiefgehenden Mißachtung (Haß ist der richtigere Ausdruck) folgend, ihre Gefühle in Worte gekleidet, von denen sie wußten, daß kein Präsident sie dulden kann."

Bebel und Singer knüpften an den sogenannten „Scheiterhaufenbrief" die Bemerkung, der eine: „daß es kaum etwas Niederträchtigeres giebt, als diesen guten Rat", der andere: daß dieser „Brief eine Politik des Verrats an dem König übt." Singer erklärt: „Ich glaube nicht an Engel, nicht an Teufel, bin auch nicht so vergnügungssüchtig, in den Himmel gelangen zu wollen, aber wenn es sein muß, dann zehnmal lieber beim Teufel, als bei Herrn Stöcker" (den er also doch wohl glaubt, einmal im Himmel finden zu müssen). Ledebour sprach von dem „unglaublichen Tiefstand der öffentlichen Moral Stöckers", Bebel warf ihm „anarchistisches Verfahren" vor, was allerdings aus Bebels Munde entschieden erheiternd wirkt, und „unheilbaren moralischen Wahnsinn." Auch stellte er ihm das Zeugnis aus: „Wenn der Abgeordnete Singer dieselben Charaktereigenschaften besäße, wie Herr Stöcker, so hätten wir ihn längst aus der Partei hinausgeworfen." Das ist gewiß richtig, nur in anderem Sinne als Bebel es gemeint. Stadthagen erklärte, „daß es bedauerlich sei, daß man gegen

den Abgeordneten Stöcker nicht von der Bestimmung des Strafgesetzbuches Gebrauch machte, daß derjenige Zeuge uneidlich vernommen werden solle, der von der Bedeutung des Eides nicht die nötige Einsicht (!) habe." Dazwischen wurden nun die alten Angriffe gegen Stöckers Wahrheitsliebe vorgebracht, auch der Zwischenruf des sozialdemokratischen Abgeordneten Kunert „Meineidspfaffe" fehlte nicht. Die „Kreuzzeitung" hat diese Geschichten mit Recht als „alten Kohl" bezeichnet, wie alle diejenigen wissen, die die verschiedenen Prozesse Stöckers aufmerksam verfolgt haben. Indessen was fragt der Haß danach, der von der Reichstagstribüne straflos reden darf?

Die Stöcker feindliche Presse glaubt, daß mit dem 20. März der Mann nun abgethan sei.

So schreibt der „Vorwärts". „Inzwischen war es 1 Uhr geworden. Zwei Stunden hatte man bereits über den unsichtbaren Stöcker verhandelt, über dessen fluchtartige Abwesenheit natürlich das Gebührende gesagt wurde. Da mochte der Mann Gottes glauben, das Gewitter sei nun wohl vorüber und er könne nun wieder sich zeigen, ohne fürchten zu müssen, von den Blitzen erschlagen zu werden. Als Singer beinahe am Schluß war, erschien Herr Stöcker, lauernd schleichend, im Saale. Als er merkte, daß man immer noch seine Person vor hatte, daß er also zu früh gekommen, geriet er sichtlich in Verlegenheit und Aufregung. Er mußte noch einige Schmeicheleien Singers mit anhören und so konnte er sich nicht mehr der Notwendigkeit entziehen zu antworten."

Die „Berliner Zeitung" (Besitzer Löb Ullstein) urteilt: „Es war eine moralische Hinrichtung, wie sie die Geschichte der Parlamente Europas kaum kennt."

Das „Berliner Tageblatt" (Besitzer Mosse, Chefredakteur Levyson) läßt sich ähnlich vernehmen: „Was dieser ganzen Affaire Stöcker eine größere Bedeutung giebt, als ein gewöhnliches persönliches Gezänk an sich haben würde, das ist das bei Herrn Stöcker offenbar vorhandene Bestreben, sich an höchster Stelle, wo der frühere Hofprediger so scharf beurteilt wurde, wieder einzuschmeicheln. Herr St. möchte sich als Vorkämpfer gegen den „Umsturz" bemerkbar machen. Seine Kampfesweise ist heute indessen ebenso verwerflich wie sie es früher war ... es wurde gestern ein Strafgericht an ihm vollzogen, das er sobald nicht vergessen wird."

Die „Frankfurter Zeitung" (Besitzer Löb Sonnemann) bringt ihre Abneigung gegen Stöcker in anderer Tonart zum Ausdruck: „Und

das alles um Herrn Stöcker, einen politisch längst toten Mann, einen Mann, der in unserem parlamentarischen Leben viel Skandal und Haß erregt, aber noch nicht das geringste Nützliche geleistet oder überhaupt etwas Praktisches erzielt hat."

Haben so die Gegner sich der Angriffe der Sozialdemokratie auf den „bestgehaßten deutschen Mann" gefreut, so hat sich auf der anderen Seite gezeigt, daß Stöcker in christlichen Kreisen das alte Vertrauen besitzt, selbst wenn politisch die Wege auseinander gegangen sind. Der „Reichsbote" bethätigte in einem kräftigen Artikel die alte Waffenbrüderschaft vergangener Tage. Andere Blätter bezeugten ihre Zustimmung zu dem Angriff auf die Sozialdemokratie im Reichstag. Viele freundschaftliche Zuschriften aus dem ganzen Reiche wurden dem vielgeschmähten Hofprediger zuteil.

Wer die von den Sozialdemokraten vorgebrachten angeblichen Thatsachen miterlebt und ein gutes Gedächtnis hat, wird bei den einzelnen Punkten bald die Richtigstellung wissen. Aber unsere Zeit lebt schnell und vergißt schnell. Und wie viele aus der jüngeren Generation wissen nichts von dem Prozesse aus dem Jahre 1885 und nichts Genaues von den späteren Vorgängen. Deshalb erscheint es zeitgemäß, jene sozialdemokratischen Angriffe in das Licht der Wahrheit zu stellen, zu Nutz aller deutschen Christenleute, die in Hofprediger a. D. Adolf Stöcker nach wie vor ihren Vorkämpfer sehen, aber auch zur Prüfung für alle, die nicht durch Haß oder Parteileidenschaft oder instinktive Abneigung befangen gegen die Wahrheit sich verschließen wollen.

---

2. Woher der Haß gegen Stöcker?

Ehe wir auf die Einzelheiten der gegen Stöcker erhobenen Anklagen eingehen, müssen wir eine Vorfrage stellen: Woher kommt es, daß Stöcker nicht bloß von der Sozialdemokratie gehaßt, sondern auch von einem großen Teil unserer öffentlichen Blätter fanatisch verfolgt wird? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts uns im Geiste zurückversetzen.

Es war die Zeit des Kulturkampfes und des Gründertums, der furchtbarsten sozialdemokratischen Verhetzung und der unbeschränkten Herrschaft der vorwiegend von jüdischen Elementen bedienten ungläubigen

Presse. Schlimmer als sonst irgendwo stand es in Berlin. Es geht über den Rahmen dieser Broschüre hinaus, ein allgemeines Bild zu zeichnen. Wir begnügen uns damit durch einige Citate die Stimmung jener Zeit zum Ausdruck zu bringen.

Most, der wütende sozialistische Agitator und Reichstagsabgeordnete, sagte: „Lest nur die Bibel — vorausgesetzt, daß ihr den Ekel überwindet, der euch ergreifen muß, wenn ihr das infamste aller Schandbücher aufschlagt — und ihr könnt bald merken, daß der Gott, den man da euch aufschwatzt, ein millionenköpfiger, feuerspeiender, racheschnaubender wüster Drache ist."

Hasenclever erklärte: „Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstünde, würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen."

Bebel bekannte offen: „Wir erstreben auf politischem Gebiete die Republik, auf dem ökonomischen Gebiete den Sozialismus, und auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus" (Gottesleugnung, Gottlosigkeit).

Als österreichische Arbeiter in der „Volksstimme" erklärten, sie wollten „für die ruhige Fortentwickelung des Staatslebens wirken", nannte das der „Volksstaat" „offenen Verrat an der Sache der Arbeiter."

Der sozialdemokratische Kongreß in Eisenach wurde geschlossen mit den Worten: „Wir sind entschlossen die goldenen Früchte zu genießen und die Schlange zu verscheuchen. Sollte das nicht gelingen auf gütlichem Wege, wohlan, dann sind wir als Männer, die vor der That nicht zurückbeben, bereit den alten Baum zu fällen, und an seiner Stelle einen neuen kräftigen Baum erstehen zu lassen."

Furchtbarer noch klingt es in Form der Dichtung. Der „Braunschweiger Volksfreund" schrieb 1872:

„Ja, ja mein Freundchen Bourgeois (Bürger),
Das Unheil ist dir immer nah.
Du dauerst mich, du armer Wicht,
Auch siehst du ein, 's ist unsere Pflicht,
Um Weltverschönerung zu seh'n
Und nach Laternenschmuck zu späh'n."

Im Proletarierliederbuch finden wir „Der Menschheit Kriegsgesang" nach der Melodie: „Ein feste Burg":

„Hei seht, die Throne fallen ein,
Die heil'gen Stühle zittern!
Nun, brave Männer, drauf und drein!"

Rettungslos und widerstandslos schien die Arbeiterwelt dieser sozialdemokratischen Verhetzung ausgeliefert. Fast niemand wagte den Kampf dagegen persönlich aufzunehmen. Da war es am 3. Januar 1878 der Hofprediger Adolf Stöcker, der nach dem Eiskeller-Etablissement im Norden Berlins eine „Volksversammlung" zur Begründung einer christlich-sozialen Arbeiter-Partei einberufen ließ und damit seine öffentliche Thätigkeit begann, durch die er es unternahm, die christlichen Gedanken auf allen Gebieten des Volkslebens wieder zur Geltung zu bringen. In der ersten Versammlung stimmten die Sozialdemokraten natürlich Stöcker und seinen kleinen Anhang hohnlachend nieder. Aber Eindruck machte das Auftreten des Hofpredigers doch. Die Gründung jener Partei kam zustande. Ihre Versammlungen wurden besucht. Die Fragen des Christentums, die längst abgethan schienen, wurden wieder diskutiert. Die „Berliner Bewegung", die jahrelang politisch bedeutende Erfolge errungen und zur Umgestaltung und zum Aufschwung der kirchlichen Verhältnisse in Berlin geführt hat, hatte damit begonnen.

Man hätte meinen sollen, daß alle nicht sozialdemokratischen Parteien und Blätter das Vorgehen Stöckers und der christlich-sozialen Arbeiterpartei mit Freuden begrüßt haben würden. Aber dem war nicht so. Das Eintreten des Christentums in das öffentliche Leben mit dem Anspruch, für die schwierigsten Fragen eine Beantwortung herbeiführen zu helfen, war vielen damals wie heute ein Greuel.

Das „Berliner Tageblatt" äußerte sich also: „Wenngleich meine unmaßgebliche Meinung dahingeht, daß es um die sozialistische Lehre weit besser stände, wenn es keine Sozialdemokraten, wenigstens vom Genre der heutigen, gäbe, so sind mir doch diese, wenn auch etwas ungezogenen, aber doch ihre Meinung, ihre Pläne und Ziele frei heraussagenden Männer immer noch lieber als jene Herren, die durch Augenverdrehen und frömmelnde Salbadereien das Volk zu ködern suchen. Ihr Fiasko war ein wohlverdientes." Die Macht, die hinter dieser und ähnlichen Äußerungen anderer Blätter stand, war der entschiedenste Unglaube, wesentlich in den Blättern vertreten durch das moderne Judentum.

Zur Charakteristik desselben führen wir an, was Beyschlag, der Gegner Stöckers, im Januar 1881 über dasselbe schrieb: „Der unter den Juden in Deutschland — wir sagen nicht allein herrschende, aber — vorherrschende Geist ist ein solcher, der an Verderblichkeit für unser Volk in dessen gegenwärtigem Zustande geradezu seines gleichen sucht. Allen Idealen abgewandt, dabei dem Deutschen an Gewandtheit überlegen, bei

allem Anspruch auf deutsches Volksbürgerrecht durch und durch sonderbündlerisch, unsern volkswirtschaftlichen Interessen mit rücksichtslosem Erwerbstrieb, unsern geistigen mit auflösender Dialektik gegenüberstehend, ist diese Art von Judentum eine Parasitenpflanze schlimmster Art am Baum des deutschen Lebens geworden. Es ruiniert systematisch unsern Bauernstand durch aufgedrängte Wuchergeschäfte, es zerstört in unserm gewerbetreibenden Bürgerstand die Grundsätze geschäftlicher Ehrenhaftigkeit und Gewissenhaftigkeit, indem es dieselben als unhaltbar erscheinen läßt. Es verzehrt durch die von ihm überwiegend beherrschte politische Presse die Zucht, die Pietät, die Freude am Vaterlande, die Ehrfurcht vor Christentum und Kirche. Läßt unser Volk, das nach der Lösung seiner politischen Existenzfrage nunmehr daran gegangen ist, seine innersten Schäden zu erkennen und zu heilen, sich diese Untergrabung widerstandslos gefallen, so hätte es sich selber das Todesurteil gesprochen."

Wir erkennen aus dieser Charakteristik, daß das Christentum als Lebensmacht in der Öffentlichkeit mit dem modernen Judentum notwendig in Kampf geraten mußte. Indessen Stöcker hat diesen Kampf nicht gesucht. Er wurde erst aufgenommen, als das Judentum im Jahre 1879 zum Angriff gegen die junge Bewegung überging.

Der jüdische Stadtverordnetenvorsteher von Berlin z. B., also ein Mann in verantwortlicher Stellung, Dr. Straßmann sagte unter anderem: „Die kirchliche Reaktion nimmt einen kühnen Anlauf. Schon erheben sich nicht mehr die Dunkelmänner gewöhnlichen Schlages, sondern die wirklichen Ketzerrichter, die am liebsten die Andersgläubigen auf Scheiterhaufen verbrennen möchten und in Ermangelung dessen statt der Liebe, zu der sie verpflichtet, nur Haß und Zwietracht predigen. Gott möge sie nicht nach ihren Thaten richten und noch weniger nach ihren Worten, denn ihre Zunge ist wie die der giftigen Viper und hr Atem ist wie der Hauch des Sumpfes, in dessen Miasmen das Leben hinsiecht."

Stöcker hatte öffentlich erklärt: „Wir hassen niemand, wir hassen auch die Juden nicht. Wir achten sie als unsere Mitbürger und lieben sie als das Volk der Propheten und Apostel, aus welchem unser Erlöser hervorgegangen ist. Aber das darf uns nicht abhalten, wenn jüdische Blätter unsern Glauben antasten und jüdischer Mammonsgeist unser Volk verdirbt, diese Gefahr zu kennzeichnen." Eine Flut von Schmähungen

ergoß sich über Stöcker. Nun brachte er seine Stellung bestimmter zum Ausdruck in den drei Forderungen: „Ein klein wenig bescheidener! Ein klein wenig toleranter! Etwas mehr Gleichheit!“ Niemand wird behaupten können, daß das „Aussaat von Haß und Zwietracht“ gewesen ist.

Aber das moderne Judentum hatte geglaubt, die Herrschaft schon in den Händen zu haben. Daß jemand es wagte, ihm diese Herrschaft in öffentlichen Volksversammlungen streitig zu machen, war unerhört und reizte zur Wut. Die maßlosen Angriffe der jüdischen Blätter auf die Berliner Bewegung machten Stöcker in ganz Deutschland bekannt. Der „Reichsbote“ trug genaue Kunde besonders in die Pastorenkreise. Stöcker wurde nach auswärts gerufen. Die antisemitische Bewegung verbreitete sich im Reich, auch ohne Zuthun von Stöcker, schon damals nicht immer nach seinem Sinn, geschweige denn später. Die Parlamentsverhandlungen beschäftigten sich mit der Judenfrage. Als Urheber alles Unheils galt den Juden Stöcker. Allen ihren Haß häuften sie auf ihn. Da sie gegen seine gemäßigten und berechtigten Forderungen nichts sagen konnten, so führten sie den Kampf mit persönlichen Schmähungen und Verdächtigungen. Noch unter dem Eindruck der ersten antisemitischen Hochflut wagte in jüdischer Versammlung ein Redner den Ausspruch: „Wir dürfen uns bei dieser Gelegenheit nicht bloß zufrieden geben mit dem bisherigen Maße von Gleichberechtigung, sondern müssen versuchen die volle Gleichberechtigung zu erlangen auch in der Regierung, im Militär und in der Staatsanwaltschaft.“ [1]) Diese Rechnung war ohne das deutsche Volk gemacht. Gegenwärtig ist das Judentum fast aus allen Parteien in den deutschen Parlamenten verschwunden, nur nicht aus der Sozialdemokratie. Vom Eindringen in die Armee ist es wohl weiter als je entfernt. Und selbst in der Justiz scheint sich eine rückläufige Bewegung geltend zu machen, worauf die diesjährige (1901) Beschwerde im Abgeordnetenhause bezüglich der zu geringen (?) Zahl jüdischer Notare wohl hindeutete. Die meiste Hoffnung scheint das Reformjudentum gegenwärtig auf die Sozialdemokratie zu setzen. Diese Bundesgenossenschaft zwischen Sozialdemokratie und Judentum macht den Haß gegen Stöcker erst völlig erklärlich. Beide Mächte haben keinen Gegner, der ihnen soviel geschadet hat als Stöcker. Ihn zu vernichten auf jede Weise ist ihr Bestreben seit mehr als 20 Jahren.

---

[1]) Stöcker, Christlich-Sozial S. 393.

Im Jahre 1881 hoffte das Judentum noch auf Sieg. Der jüdische Abgeordnete Ludwig Löwe stand am 16. Januar noch ganz auf dem selbstgewissen Standpunkt von Dr. Straßmann: „In jeder Stadt", sagte er in einer Versammlung, „existiert ja ein gewisser Janhagel, der Lust am Skandal hat. In Berlin aber zeigt sich die seltsame Erscheinung, daß der Pöbel nicht gesucht werden darf in der arbeitenden Bevölkerung, sondern sich rekrutiert aus fälschlich sich so nennenden „gebildeten" Leuten. Schande über diese Gebildeten! Nicht bloß in unserer Stadt erregt dieses Treiben Ekel, sondern auch weniger entwickelte Städte weisen schon mit Fingern auf dieses Gesindel in Berlin."

Der jüdische „Berliner Börsen-Courier" verspritzte sein Gift auch gegen Wichern, den Herold der Inneren Mission. „Wäre er von reiner, edler Humanität geleitet gewesen, so hätte er eines der edlen Werke dieses Jahrhunderts gestiftet. Leider wandte er sich früh dem zelotischen Bekehrungseifer zu, und so wurden denn seine Besserungsanstalten zugleich zu Brutstätten des Muckertums, und statt daß die unglücklichen Kinder erfüllt wurden von eigentlicher sittlicher Erhebung, wurden sie zu Kopfhängern und zu Devoten erzogen. Wichern ist all sein Lebtag von den Orthodoxen einer der Orthodoxesten gewesen, und danach richtet sich die ganze Erziehung in seinen Instituten, die ganze Dressur jener vielen Hunderte von glatt gescheitelten leise auftretenden Leuten, die ‚Brüder' in jenen ‚rauhen Häusern' waren und dann in die Welt hinausgeschickt wurden."

Leider fand Stöcker seine Gegner nicht bloß bei der Sozialdemokratie und dem modernen Judentum, sondern auch in den weitesten Kreisen des gebildeten deutschen Bürgertums, weil demselben der alte Christenglaube auch eine abgethane Sache war, und weil es seine geistige Nahrung hauptsächlich aus der jüdischen oder jüdisch gesinnten Presse bezog und zum Teil noch bezieht. Das Empfinden dieser Kreise brachte die „Nationalzeitung" zum Ausdruck, wenn sie im Neujahrsartikel 1874 schrieb: „Was wir so lange gehofft: das Jahr 1874 wird es verwirklichen. Wir werden als Bürger außerhalb des Schattens der Kirche leben und sterben können." Die „Post" hat 1887 das Schlagwort: „Stöckerei und Muckerei" erfunden. Auf dem „Protestantentage" 1881 leistete sich der Professor der Theologie Holsten-Heidelberg folgenden Ausspruch: „Sie kennen alle jenen unlauteren Menschen, der mit der Unwissenheit und mit dem Fanatismus eines Bettelmönches die deutschen Lande durchzieht, unter wüstem Geschrei fordernd: Herunter mit der freien

Theologie von der Kanzel, herunter mit ihr vom Katheder, heraus mit ihr aus der Kirche!"

Stöcker, der Vorkämpfer für den alten biblischen Heilsglauben an Jesum, den eingeborenen Sohn Gottes, und für die Geltung des Bekenntnisses zu ihm in der evangelischen Kirche, der „Lanzenbrecher," wie ihn der alte Kaiser Wilhelm I. gelegentlich genannt hat, für das Recht des christlichen Glaubens, alle irdischen Verhältnisse mit seinem Maß zu messen und mit seiner Kraft zu beeinflussen oder gar zu durchdringen — Stöcker sollte unschädlich gemacht, vernichtet werden zur Strafe dafür, daß seine Gedanken ihren sieghaften Gang im deutschen Volke fortsetzen, auch bei solchen, die dem Vertreter derselben aus diesem oder jenem Grunde abgeneigt oder feind sind. Stöckers Charakter sollte dem deutschen Christenvolke verekelt werden. Ist das gelungen, so wird vielleicht, hofft man wohl, auch die von ihm vertretene Gedankenwelt zu Grabe getragen werden. Deswegen durchwühlte und durchwühlt man Stöckers persönliches Leben, um irgend welchen Grund zur moralischen Verurteilung zu finden. Aber es ist bisher nicht gelungen trotz aller Bemühungen. Dem soll der Nachweis der nachstehenden Blätter gelten.

---

3. Die Anklage auf Unwahrhaftigkeit.

Wenn Stöcker die Äußerungen seiner Gegner gebrauchte, um die Berechtigung seiner Abwehr darzuthun, so waren sie schnell mit dem Vorwurf zur Hand, daß die betreffenden Äußerungen nicht richtig wiedergegeben seien. Daß das etwa ein Irrtum sein könnte, ließ man bei diesem Gegner nicht gelten. Bei ihm mußte es Unwahrhaftigkeit sein. Im Parlament konnte man ja straflos solche Verdächtigungen aussprechen und in der Presse ebenfalls solange, als bis etwa der Angegriffene den Schutz der Gerichte anrief.

---

1. Loewe. Bebel citierte am 20. März 1901 die Äußerung des Abgeordneten Ludwig Loewe, der von der „bekannten Wahrheitsliebe" des Abgeordneten Stöcker gesprochen hatte. Was man von Ludwig Loewe im allgemeinen zu halten hat, geht aus der vorhin (S. 14) angeführten Äußerung hervor. Die Sache selbst liegt so. Stöcker hatte gegenüber den Anklagen der Fortschrittspartei gegen die Regierung wegen Wahl-

beeinflussung am 15. Dezember 1881 im Reichstage hervorgehoben, daß von seiten des Stadtregiments Berlin ebenfalls Wahlbeeinflussungen stattgefunden hätten. Er hatte eine Reihe von Punkten zum Beweise dessen angeführt,[1]) darunter auch einen Brief von Loewe selbst vorgelesen, im übrigen sich sehr vorsichtig ausgedrückt. Daraufhin hatte Loewe im Reichstag erklärt, daß diese Behauptung auf Grund der Akten unwahr sei und mit der obigen Äußerung Stöckers Wahrheitsliebe verdächtigt. Indessen die von Stöcker angeführten Thatsachen ließen sich nicht aus der Welt schaffen. Trotzdem blieb es bei dem Vorwurf.

Ganz ähnlich hat es Löwe kurze Zeit darauf gemacht. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts" hatte er in einer Wahlversammlung gesagt: „Der Innungszwang schafft Tagediebe. Er ist ein Verdammnis und Verderbnis. Solche Institution kann nur ein feiges Volk verlangen, das zu vertreten keine Ehre für einen anständigen Menschen wäre." Als nun Stöcker im Reichstage diese Äußerung Löwes am 17. Januar 1882 zitierte: „Handwerker, welche für obligatorische Innungen schwärmen, werden feiges Volk genannt, das zu vertreten keine Ehre ist", da bezeichnete Löwe dieses Zitat als eine „Unwahrheit." Auf solche Weise wird die Anklage auf Unwahrhaftigkeit gegen Stöcker begründet.

Es ist übrigens verwunderlich, daß Bebel nicht auch Eugen Richter als Zeugen für Stöckers Unwahrhaftigkeit aufgeführt hat. Denn der hat einen ähnlichen Ausspruch gethan, als Stöcker einen Ausdruck aus einer Wahlrede Richters festgenagelt hatte. Es stellte sich aber heraus, daß Stöcker wörtlich genau den Bericht der fortschrittlichen Zeitung angeführt hatte, der allerdings nach Richters Behauptung nicht ganz richtig gewesen war. Vielleicht hat Bebel nicht getraut, ob Richter ihn nicht bloßstellen würde. Denn Richter hat doch mit der Zeit etwas gelernt. Einst verteidigte er seinen Parteigenossen Straßmann und nannte dessen unerhörte Äußerungen (siehe S. 12) noch zu milde. Am 20. Juni 1881 brachte er es noch fertig zu sagen: „Wir wenden uns gegen das Schlechte, wo wir es finden, gegen schlechte Juden wie schlechte Christen, ja selbst gegen schlechte Pastoren. Wenn man alles aufbuchen wollte, was von schlechten Pastoren an Erbschleicherei, Betrug, Verführung gesündigt worden ist, so würde im Jahre ein anständiges Verbrecheralbum zusammenkommen." Stöcker sagte ihm darauf am 15. Dezember: „Ich will den Herrn Richter beim Worte halten. Ich will ihn bitten, einmal eine Rede gegen schlechte

---

[1]) Stöcker, Christlich-Sozial S. 299ff.

Juden zu halten, wie er es hier zugesagt hat. Bisher hat er das noch nicht gethan, obwohl er doch zugeben wird, daß mannigfache Veranlassung dazu vorhanden wäre . . ." Heute weist man Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung" doch gelegentlich antisemitische Anwandlungen nach. Vielleicht ist er heute unbefangen genug einzuräumen, daß der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gegen Stöcker unbegründet ist.

---

2. **Antisemiten-Petition.** Bebel führte unter seinen Anklagen weiter eine Äußerung des Abgeordneten Parisius an, der im Abgeordnetenhause, wie es scheint, im Zusammenhang mit der Antisemiten-Petition sagte: „Ich behaupte, daß Herr Stöcker nicht als wahrheitsliebender Mann aus dieser Diskussion hervorgehen wird."[1]) Diese Geschichte gehört zu den hauptsächlichsten Zugstücken unter den Theateraufführungen der Gegner Stöckers.

Nach dem amtlichen stenographischen Berichte über die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 22. November 1880 hat Stöcker gesagt:

„Ich komme nun zu Interpellation und Petition, die auf vielen Seiten ungünstig aufgefaßt werden."

(Ruf: Haben Sie sie unterschrieben?)

„Nein."

(Ruf: Jawohl, hier steht's im „Reichsboten.")

„Ich werde es gleich sagen, meine Herren, lassen Sie mir Zeit, ich werde es alles ganz genau sagen."

Es ließ sich in der That die Antwort mit wenigen Worten nicht geben. Stöcker wollte reden, wurde aber durch den furchtbaren, sinnverwirrenden Lärm der Gegner daran gehindert, die Aufklärung zu geben. Stöcker hatte anfangs unterschrieben, dann aber seinen Namen zurückgezogen. Er war im Recht „Nein" zu rufen. Er hatte zudem in der erregten Debatte keine Zeit lange zu überlegen. Es war eine schwierige Lage, in die er plötzlich hinein versetzt wurde. Er hat hernach genau auseinandergesetzt, wie sich die Sache zugetragen hat. Trotz des Lärms der Gegner haben Stöckers Freunde nicht einen Augenblick an seiner Wahrhaftigkeit gezweifelt. Die Aufregung ging vorüber. Und diese Geschichte, bei der der Schein der Zweideutigkeit auf Stöcker fiel, hat die meiste Aufregung erst 1885 bei der Prozeßverhandlung gegen den Redakteur Bäcker verursacht. Daß Stöcker durchaus wahrheitsgemäß sein Verhalten angegeben hat, bezeugt

[1]) Wir konnten die Äußerung nicht genau feststellen.

die Veröffentlichung von Dr. Förster, der die Petition in Bewegung gesetzt hatte.

Derselbe erließ in der „Kreuz-Zeitung" vom 25. Juni 1885 eine öffentliche Erklärung folgenden Inhalts:

„Gelegentlich des Prozesses Stöcker contra „Freie Zeitung" (Redakteur Bäcker) ist von den sogenannten „Verteidigern" das Verhalten des Klägers (Stöcker) bei der von mir im Jahre 1880 verfaßten und herausgegebenen Petition als gravierend für denselben erwähnt worden. Ich erfahre durch mancherlei Anfragen, daß man den Zusammenhang nicht recht verstanden hat, und sehe ich mich als einziger kompetenter Zeuge zu folgender Erklärung veranlaßt:

Herr Hofprediger Stöcker hat sich auf meine Bitte bereit erklärt, das die Petition begleitende und empfehlende Anschreiben mit seinem Namen zu versehen. Es kam mir darauf an, die Petition durch die Unterschrift einer größeren Anzahl moralisch völlig intakter, unbefangener Männer zur Beachtung zu empfehlen. In der Folge wurde mir von zwei Männern, auf deren Mitwirkung bei der Verbreitung des Schriftstückes ich Wert legte, versichert, daß sie bei der größten persönlichen Hochachtung für den Hofprediger Stöcker doch seinen Namen nicht für durchaus populär hielten, und daß diese Unterschrift in einzelnen Teilen des Vaterlandes eher hemmend als empfehlend wirken würde. Man wolle sich erinnern, daß Herr Hofprediger Stöcker im Sommer 1881 vorwiegend in Berlin und in Teilen Norddeutschlands wirklich gekannt wurde, dagegen in vielen Gauen unseres Vaterlandes sein öffentliches Auftreten selbst ehrlichen Leuten vielfach nur höchst unvollkommen bekannt war, weil ihre Parteiblätter es ihnen in völlig entstellter Form geschildert hatten. Es war immerhin möglich, daß mein beabsichtigter Appell an das unverdorbene Urteil der Deutschen auf diese Weise seine Adresse nicht überall erreichte, und ich bat somit Herrn Hofprediger Stöcker, seine Unterschrift zurückzuziehen, eine Bitte, die von ihm bereitwilligst erfüllt wurde.

Jeder Unbefangene wird zugeben, daß eine zwar vollzogene, aber demnächst getilgte Unterschrift sehr wohl als nicht geleistet bezeichnet werden kann, und daß somit Herr Stöcker in jener famosen Sitzung des preußischen Landtages sich vielleicht undiplomatisch, aber keinesfalls wahrheitswidrig ausgedrückt hat, daß seine Handlungsweise durchaus korrekt war.

Tautenberg, bei Dornburg a. S.

Dr. Bernhard Förster."

Der sozialdemokratische Schriftsteller Franz Mehring bemerkte zu dieser Geschichte: „Für so dumm kann man den Hofprediger Stöcker doch nicht halten, daß er eine Unterschrift, die unter 20000 Exemplaren steht, leugnen wird." Darin hat er recht. Das Gericht hat freilich später 1885 einen Widerspruch mit den Thatsachen finden wollen, wie wir später sehen werden.

---

3. **Die Eisenacher Konferenz.** Auch einen evangelischen Geistlichen führt Bebel als Zeugen an für die Unwahrhaftigkeit Stöckers, den jenensischen Superintendenten Braasch.

Im Jahre 1881 hatte Stöcker auf Einladung einen Vortrag in Eisenach gehalten bei Gelegenheit der „Thüringer Kirchlichen Konferenz" über: „Landeskirche und Freikirche". Bei dieser Konferenz stand als zweiter Gegenstand auf der Tagesordnung die Stellung zur evangelisch-theologischen Fakultät an der Universität Jena. An dieser Verhandlung betheiligte sich Stöcker nicht. Da trat ein junger Geistlicher Namens Zingst auf und sagte: „Infolge des Vortrags des Hofpredigers Stöcker ist die Frage aufgeworfen: Wie kann an der Universität Jena die orthodoxe neben der liberalen Theologie bestehen?" Der Vorsitzende fragte Stöcker, was er wohl dazu sage. Er erwiderte mit einhalb Dutzend Worten, die etwa dahin gingen: „Wir verlangen von Jena nur unser Recht." Er hatte damals soviele Konferenzen und Versammlungen beigewohnt, daß er diese wenigen Worte bald vergessen hatte. Als er nun von Jena her angegriffen wurde, als sei er der Urheber des angeblichen Angriffs auf die dortige theologische Fakultät, erklärte er, sich an der Debatte überhaupt nicht beteiligt zu haben. Eine wesentliche Beteiligung war es jedenfalls nicht, die ihm im Gedächtnis hätte bleiben müssen. Daraufhin wurde Stöcker von Superintendent Braasch und auf dessen Zeugnis hin von der theologischen Fakultät zu Jena bewußter Unwahrheit bezichtigt. Und die Stöcker feindliche Presse griff das natürlich mit Freuden auf, um ihrem Haß zu genügen.

Allein Stöcker fand auch hier alsbald Unterstützung in der Abwehr dieser unberechtigten Anklage. Der Vorstand der Thüringer Kirchlichen Konferenz erließ im November 1881 folgende Veröffentlichung („Reichsbote" 1881 Nr. 276.): „Die ganz ungerechtfertigten Verdächtigungen, welchen Herr Hofprediger Stöcker infolge eines in Eisenach über: „Landeskirche und Freikirche" gehaltenen, höchst dankenswerten Vortrags bisher ausgesetzt gewesen ist, nötigen uns zu folgender Erklärung:

1. An der Resolution unserer Konferenz, die jenaische Theologie betreffend, und an der daraus folgenden Petition, welche als „dringendes Bedürfnis“ erkannte, daß der vorherrschenden liberalen kritisch-spekulativen Richtung der theologischen Fakultät eine Vertretung der evangelisch-lutherischen Theologie durch Berufung namhafter evangelisch-lutherischer Theologen zu ordentlichen resp. außerordentlichen Professoren an die Seite gestellt werde“, ist Hofprediger Stöcker durchaus unbeteiligt. Wir wiederholen, daß Resolution und Petition allein und ausschließlich von dem Präses der Konferenz, Dr. Füllner in Gotha, verfaßt sind und nur dem Gesamtvorstande vorgelegen haben. Der Hofprediger Stöcker ist zur Mitwirkung weder aufgefordert, noch eingetreten, hat auch in Eisenach erst kurz vor dem Beginn der Versammlung mit dem Vorsitzenden einige Worte gewechselt, die sich nicht auf Jena, sondern auf die eigenen Thesen bezogen. Diese Thesen sind erst am Tage der Versammlung beim Vorsitzenden eingetroffen, so daß sie kaum noch rechtzeitig gedruckt werden konnten, und eine Einwirkung auf den Vortrag, die jenaische Theologie betreffend, nicht auszuüben vermochten. Jede Behauptung, daß Hofprediger Stöcker Resolution und Petition der „Thüringer Kirchlichen Konferenz“ verursacht oder irgendwie beeinflußt habe, ist demnach eine thatsächliche Unwahrheit.

2. In der Debatte über den zweiten Vortrag sprach ein Geistlicher Gewissensbedenken aus, welche durch einen vermeintlichen Widerspruch zwischen den Stöckerschen Thesen und unserer Resolution und Petition hervorgerufen schienen. Der Vorsitzende antwortete daruuf, daß er keinen Grund zu Gewissensbedenken über diesen Punkt sehe, jedoch dem Herrn Hofprediger nicht vorgreifen wolle, da die Bemerkung des Herrn Pfarrers auf einen Paragraphen der im ersten Vortrage aufgestellten Thesen zurückweise. Die nun von dem Hofprediger gesprochenen wenigen Worte waren nur die notgedrungene Antwort auf die vom Präsidium an ihn gerichtete Aufforderung — ein Zwischenfall, der für die Annahme der Resolution und Petition ganz ohne Bedeutung war, und welcher als eine Teilnahme Stöckers an der Debatte nur von solchen bezeichnet werden kann, die an der Täuschung des großen Publikums in dieser Sache ein besonderes Interesse haben.

3. Es gewinnt den Anschein, als ob durch die fortgesetzte persönliche Verdächtigung Stöckers die Aufmerksamkeit der hohen Nutritoren und der theologischen Welt von dem eigentlichen Gegenstande der Petition abgelenkt werden soll. Wir konstatieren darum, daß unser Bittgesuch noch

keine sachliche Widerlegung gefunden hat, und daß die von allen Unbefangenen anerkannte Billigkeit desselben die schlagendste Verurteilung der Antwort der hochwürdigen theologischen Fakultät und der Verdächtigungen sein wird, welche infolge dieser jenaischen Antwort gegen die „Thüringer Kirchliche Konferenz“ in Zeitungen und Pamphleten ausgesprochen sind.

Der Vorstand der Thüringer Kirchlichen Konferenz.

Dr. Füllner, Vorsitzender. P. Hunnius, Stellvertreter des Vorsitzenden.
P. Gebhardt, Schriftführer. Andr. Perthes, Rechnungsführer.“

Die Jenaische Fakultät hat durch D. Nippold ihre Verdächtigungen gegen Stöcker später zurückgenommen und sich entschuldigt. Sup. Braasch ist trotz dieser sicherlich vollgültigen Erklärung im Jahre 1885 als Belastungszeuge gegen Stöcker aufgetreten und hat auch dort aus den wenigen Worten Stöckers eine wesentliche Beteiligung an der Debatte gemacht. Daß dabei Parteileidenschaft im Spiele gewesen ist, beweist folgendes.

Sup. Braasch hatte in einer Broschüre „Das Eisenacher Attentat“ gegenüber der Stöckerschen Erklärung, daß er sich an der Debatte überhaupt nicht beteiligt habe, gesagt: „daß der Hofprediger Stöcker mit dieser Erklärung entweder ein Zeugnis seiner unglaublichen Gedächtnis- und Geistesschwäche abgelegt, oder aber eine bewußte Unwahrheit ausgesprochen hat.“ Er selber aber, der einen stenographischen Bericht der Verhandlungen aufgenommen hatte, schreibt: „Oder aber: wenn von den Konferenzmitgliedern (welchen allein nach Erklärung des vorsichtigen Vorsitzenden die Teilnahme an der Debatte verstattet war) u. s. w.“ Und doch entspricht das der Wahrheit nicht. Nach der authentischen Erklärung des Vorsitzenden, die derselbe an die Redaktion des „Reichsboten“ eingesandt hat (Reichsbote Nr. 146, 26. 6. 1885) hat derselbe erklärt, daß nur die Mitglieder der Konferenz berechtigt sind an der Abstimmung teilzunehmen, von der Debatte hat er kein Wort erwähnt. Natürlich macht niemand aus einem solchen Irrtum von Braasch einen sittlichen Fehler. Aber Stöcker mußte sittlich verdächtigt werden. Und auf das Zeugnis eines solchen Mannes, der sich durch die Erklärung der „Thüringer Kirchlichen Konferenz“ nicht belehren ließ, hat 1885 der Gerichtshof in dem schon erwähnten Prozeß angenommen, daß Stöcker sich wenigstens halb und halb mit den Thatsachen in Widerspruch gesetzt habe. Bebel wird bei denen, welche den Sachverhalt kennen, mit der Anführung des Zeugen Braasch kein Glück haben.

4. **Stadtmission und Politik.** Weil wir nun einmal bei dem Widerspruch sind, in den sich Stöcker mit den Thatsachen gesetzt haben soll, so wollen wir Bebel zu Hilfe kommen, und ihn an noch einen solchen Widerspruch erinnern, mit dem sogar ein Gerichtshof (1885) Stöcker hat belasten wollen.

Stöcker hatte auf einer Berliner Pastoral-Konferenz die Mitteilung gemacht, daß es einem Stadtmissionar gelungen sei, in einer (oder einigen?) Familie das „Berliner Tageblatt“ durch den „Reichsboten“ zu verdrängen. Daraufhin hatte Professor Beyschlag Stöcker den Vorwurf gemacht, daß er Politik mit Religion verquicke, indem er seinerseits durch die für die innere Mission thätigen Boten das Parteiblatt, den „Reichsboten“ kolportieren ließe. (Übrigens ein merkwürdiger Vorwurf nach dem, was Beyschlag über die jüdische Presse gesagt hat; s. S. 12.) Stöcker hat diese Thatsache in Abrede gestellt. Der Präsident des Gerichtshofs (1885) aber behauptete als von Stöcker zugegeben: „1. daß allerdings ein Bote der inneren Mission das ‚Tageblatt‘ aus einem Hause entfernt, und dafür den ‚Reichsboten‘ hineingeschoben hat, und 2. daß er die Boten der inneren Mission beauftragt und angewiesen, nichts anderes zu thun, als die Betreibung der inneren Mission. Wenn nun der Zeuge Stöcker zugiebt, daß einer seiner Boten nicht bloß die innere Mission, sondern Kolportage in der Form der erwähnten Journal-Unterschiebung betrieben, so war es einerseits seine Aufgabe, diesem Verfahren entgegenzutreten und andererseits befand er sich nach der Auffassung des Gerichtshofes mit seiner Behauptung, daß jenes in seinem Auftrage nicht geschehen sei, halb und halb (!) mit den ermittelten Thatsachen im Widerspruch.“

Man kann ohne weiteres daraus sehen, daß der Gerichtshof von dem Betrieb der Stadtmission keine Ahnung gehabt hat. Für die Kundigen war es nicht nötig, für die Böswilligen vergeblich, aber für den nicht kleinen Kreis der unwissenden, aber doch der Belehrung noch zugänglichen Leute immerhin gut, daß der Vorstand der Berliner Stadtmission schon am 19. November 1881 eine Erklärung erlassen hatte: „In der politischen und kirchlichen Presse, sowie auf den Provinzial-Synoden der Provinzen Brandenburg und Preußen ist neuerlich die Berliner Stadtmission der Gegenstand mannigfacher Mißverständnisse gewesen. Es ist ihr der Vorwurf gemacht, daß sie der Politik dienstbar gemacht werde; insbesondere ist Herrn Hofprediger Stöcker, dem Vorsitzenden des Komitees der Berliner Stadtmission, nachgesagt, daß er durch die Stadtmissionare den ‚Reichsboten‘ habe vertreiben lassen.

Dieser Vorwurf ist nach den von uns angestellten genauen Ermittelungen thatsächlich unbegründet. Die Dienstordnung für die Stadtmissionare enthält übrigens im § 4 die ausdrückliche Vorschrift, daß die Stadtmissionare von politischer und kirchenpolitischer Partei-Agitation sich fern zu halten haben. Sämtliche Mitglieder des Komitees haben es sich in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden besonders angelegen sein lassen, auf die gewissenhafte Befolgung dieser Vorschrift mit allem Ernste zu halten."

Im Jahre 1885 fügte derselbe Vorstand dann nach dem Prozeß noch zu obiger Erklärung hinzu: „Wenn in dem Erkenntniß die Stadtmissionare als ‚Boten' der inneren Mission, oder gar des Herrn Hofprediger Stöcker bezeichnet werden, so beruht dies auf völliger Unbekanntschaft mit dem Werk der Stadtmission. Die Stadtmissionare sind keine bloßen Boten, sondern Missionsarbeiter, welche eine verantwortungsvolle Thätigkeit auf kirchlichem Gebiet unter Aufsicht des Komitees, der Pfarrgeistlichen und besonders dazu angestellten geistlichen Inspektoren übertragen ist. Auch der Ausdruck ‚Journal-Unterschiebung' entspricht dem thatsächlichen Vorkommnis in keiner Weise und ist geeignet, auf den betreffenden Stadtmissionar sowohl, als auf unser Werk im allgemeinen ein falsches Licht zu werfen."

So zerfließt auch diese Unwahrhaftigkeit in nichts. Bei anderen Männern würde aus all diesen Fällen erst gar kein Aufhebens gemacht worden sein. Bei Stöcker machte man es anders, weil man ihn um jeden Preis verderben wollte, um die von ihm vertretene Sache der Mißachtung preiszugeben.

---

4. Meineid oder Irrtum?

Wir sind schon bei den letzten Erörterungen verschiedentlich auf den Prozeß vom Jahre 1885 zu sprechen gekommen. Wir müssen auf diesen etwas genauer eingehen.

Stöcker war es schon gewöhnt, von der gegnerischen Presse aufs gröblichste beleidigt zu werden. Der „Börsen-Courier" hatte geschrieben: „Herr Hofprediger, Sie sind ein Lügner." Der jüdische Redakteur wurde verklagt und erhielt eine Geldstrafe vom 15 (fünfzehn!) Mark. Die Richter nahmen bei dem damals so heftig entbrannten Kampfe Vertretung berechtigter Interessen an. Für solchen Preis konnte man es sich schon

gestatten, weiter zu lästern. Stöcker klagte zunächst nicht mehr. Doch im Wahlkampfe von 1884 entbrannte wieder die ganze Wut der Feinde. In der „Freien Zeitung“, deren Redakteur ein Jude Namens Bäcker war, erschien im Oktober 1884 ein Artikel: „Hofprediger, Reichstagskandidat und Lügner.“ Darin hieß es u. a.: „Wir meinen die Kandidatur Stöcker, welche nicht nur eine Schmach für das Land und Berlin, sondern speziell auch für die konservative Partei ist“ — „daß Herr Stöcker die stärkste Unzucht der Sprache treibt und mit einem Fischweibe um die Wette die schmutzigsten Schimpfwörter gegen seine politischen Gegner schleudert, so daß jeder anständige Mann sich mit Ekel von dem Kapuziner der Bierbank abwendet“ — „. . . welche den Hofprediger und Reichstagskandidaten als einen frivolen Lügner charakterisieren, als einen Ehrabschneider 2c.“

Das war doch zu bunt.

Stöcker stellte also Strafantrag. Aber darauf hatten es die Gegner gerade abgesehen. Man glaubte Material genug beisammen zu haben, um in öffentlicher Gerichtsverhandlung soviel Schmutz auf Stöcker zu werfen, bezw. an ihm nachzuweisen, daß er für immer ein toter Mann wäre. Der Verteidiger des angeklagten Redakteurs Bäcker, Rechtsanwalt Sachs, hat es damals selbst ausgesprochen: „Die Verteidigung begnügt sich damit, durch diese kleinen Mosaiksteine ein für alle Zeiten andauerndes Bild des Königlichen Hof- und Dompredigers, des edlen Wahrheitsmannes, des von fortgesetzten Irrtümern gepeinigten Talarträgers Stöcker festzulegen.“

Und der andere Verteidiger Rechtsanwalt Munckel erklärte die volle Absicht der Beleidigung: „Die Artikel sind geschrieben aus dem Abscheu über das Treiben dieses Mannes, aus der Gewissenspflicht, diesem Manne die Maske vom Gesicht zu reißen . . aus dem Gefühl, daß der Keulenschlag endlich einmal niederfallen mußte.“

Auf Munckel berief sich Bebel am 20. März 1901 im Reichstage auch. Der habe Stöcker „den Mann mit der Doppelzunge“ genannt, „ein Urteil, wie es schärfer gar nicht gedacht werden könne.“ Munckel hat auch in seiner Verteidigungsrede die Thatsache festgestellt, „daß — was bei einem religiös so hoch veranlagten Menschen doppelt schwer ins Gewicht fällt — er sich vergangen hat gegen die Eidespflicht, über welche er so schöne Worte gesprochen hat, daß er diesen Eid nicht so respektiert, wie es sonst jeder einfache Mensch für seine Pflicht zu halten pflegt.“ Munckel hat auch am 17. November 1896 im Reichstage eine Rede mit heftigen Angriffen auf Stöcker gehalten im Namen von

Religion, Moral und Gesetz. Von demselben Munckel aber schrieb 1897 Adolf Stein (Der gefälschte Brief S. 237), soviel wir wissen, ohne Widerspruch oder gar gerichtliche Anklage erfahren zu haben: „Und dabei ist es notorisch, daß Herr Munckel bis vor kurzem, trotzdem er verheiratet war, nebenbei in wilder Ehe lebte und neben der legitimen Familie eine zweite zahlreiche Familie im Konkubinat erzeugt hat.“ Über die Beweiskraft der Munckelschen Beschuldigungen wird sich der geneigte Leser danach ein Urteil bilden können, sowie auch darüber, was Stöcker von solchen Gegnern in dem Prozeß zu erwarten hatte.

Stöcker war zu harmlos gewesen, als daß er neben dem Staatsanwalt als Nebenkläger aufgetreten wäre und einen Rechtsbeistand angenommen hätte. So hatte er nur als Zeuge in dem Prozeß zu fungieren und war so den Praktiken der Gegenpartei wehrlos preisgegeben.

Das ganze Leben Stöckers wurde nun nach Flecken durchsucht. Die vorher besprochenen Irrtümer wurden zu bewußten Unwahrheiten gestempelt, die feindliche Presse schwelgte in den nun ans Licht geförderten Schlechtigkeiten Stöckers. Ganz Berlin war in Aufregung. Und diese wirkte sogar auf den Vorsitzenden derartig, daß er mehrere Male Stöcker als den Angeklagten in diesem Prozesse bezeichnete und bei dem angeklagten Redakteur Bäcker sich und den Gerichtshof wegen des zugebilligten Strafmaßes entschuldigte.

Die Hauptwaffe der Gegner Stöckers aber war, daß sie ihm einen Meineid nachweisen wollten.

Am 24. Januar 1885 stand ein Prozeß Görcki und Genossen gegen Berndt zur Verhandlung. Stöcker wurde als Zeuge vernommen, ob er mit den Sozialdemokraten politische Verhandlungen über Transaktionen zwischen den Sozialdemokraten und der christlich-sozialen Partei geführt habe. Stöcker verneinte das. Und das war auch völlig der Wahrheit gemäß.[1]) Er fügte nur noch die an sich völlig gleichgültige und

---

[1]) Das „Hamburger Volksblatt“ (29. März 1893) teilte über diesen Prozeß folgendes mit: „Es war zu Beginn des Jahres 1885, zu einer Zeit, wo die Wogen der durch die christlich-soziale Partei hervorgerufenen Bewegung in Berlin noch ziemlich hoch gingen, als die Herren der Sozialdemokratie, gegen welche die Bewegung vornehmlich gerichtet war, sich der Abwechselung halber einmal mit dem Freisinn, ihrer Nährmutter, in den Haaren lagen und ihren gewissermaßen häuslichen Streit nicht anders auszufechten wußten, als auf dem Wege des sonst so verpönten bürgerlichen Gerichtsverfahrens. Die sozialdemokratischen Gruppenführer Görcki, Ewald und

überflüssige Bemerkung hinzu: „Ich habe Herrn Ewald noch nie gesehen." Dieser letzte Satz, der mit der Entscheidung des Prozesses gar nichts zu thun hatte, allerdings mit unter dem vorher geleisteten Eide stand, war ein Irrtum. Stöcker war zweimal, 4 und 2 Jahre zuvor, mit Ewald in großen Versammlungen von 1200 und 800 Menschen zusammengetroffen. In der ersten Versammlung (1881), einer christlich-sozialen, war Ewald aus der Versammlung im Arbeitsanzug auf die Tribüne gekommen, in der zweiten, einer sozialdemokratischen (1883), zu der Eugen Richter und Stöcker eingeladen waren und der letztere erschienen war, hatte Ewald den Vorsitz geführt. Seitdem hatte Stöcker mehr als 1000 Versammlungen beigewohnt. Daß Stöcker ihn nicht mehr kannte, ist so erklärlich wie irgend etwas. Es wäre doch unsinnig gewesen, die Begegnung mit einem Menschen abzuschwören, für die 2000 Zeugen vorhanden waren. Für so dumm, um wieder mit dem Sozialdemokraten Franz Mehring zu reden, kann man doch den Hofprediger Stöcker nicht halten.

Allein Rechtsanwalt Munckel bezichtigte Stöcker des wissentlichen Meineides. Selbstverständlich war das für den Gerichtshof völlig gegenstandslos. Aber der Meineid Stöckers ging nun durch die jüdische, sozialdemokratische, liberale Presse und thut das bis auf den heutigen Tag. Nach dem Prozeß wurde von einem Stöckerhasser eine Denunziation gegen Stöcker wegen Meineids bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Wir geben die Antwort wieder, die die Staatsanwaltschaft unter dem 25. Juni 1885 dem Denunzianten, Zeitungsberichterstatter Kunzendorf, erteilt hat:

„Auf Ihre Denunziation gegen den Hofprediger Stöcker wegen Meineides werden Sie benachrichtigt, daß ich nach Prüfung der Sachlage mich

---

Tutzauer waren in der „Freisinnigen Zeitung" (verantwortlicher Redakteur damals: Berndt) des — Verrats an der Partei bezichtigt worden! Ewald insbesondere sollte mit dem Hofprediger Stöcker — man denke! — geheime Verhandlungen gepflogen haben, um seinen Anhang in das christlich-soziale Lager, zum Staatssozialismus, hinüberzuführen. Ewald und Genossen verklagten also den Redakteur Berndt wegen Verleumdung. Zu der betreffenden Gerichtssitzung wurde der damals noch seines Amtes waltende Hofprediger Stöcker hinzugezogen, um zu bekunden, ob jene geheimen Verhandlungen (die übrigens keinerlei Ungehöriges oder Ungewöhnliches im politischen Leben in sich geborgen haben würden) zwischen ihm und dem Vergolder Ewald stattgefunden oder nicht. Der Herr Hofprediger stellte, nachdem ihm da der Sachverhalt kurzer Hand mitgeteilt war, unter Zeugeneid dergleichen Unterhandlungen völlig in Abrede. Diese Aussage steht noch heutigen Tages unangefochten und von niemand angezweifelt da."

nicht veranlaßt sehen kann, gegen den Beschuldigten einzuschreiten. Derselbe hat allerdings als Zeuge in einer Privatklagesache beschworen, daß er bei dieser Gelegenheit den Kläger Ewald zum erstenmale sehe, während jetzt glaubhaft dargethan erscheint, daß er bei Gelegenheit öffentlicher Versammlungen wiederholt mit Ewald zusammengekommen ist. Es ist indessen die Annahme ausgeschlossen, daß der Beschuldigte jene thatsächlich falsche Beeidigung wider besseres Wissen gemacht habe. Es ist nicht denkbar, daß der Beschuldigte unternommen haben sollte, angesichts einer Anzahl ihm nicht wohlgesinnter Personen, welche ihn der Unrichtigkeit seiner Aussage zu überführen sofort in der Lage waren, unter dem Eide die Unwahrheit zu sagen. Es kommt hinzu, daß es sich bei der in Rede stehenden Vernehmung des Beschuldigten nur um die Feststellung der Thatsache handelte, ob derselbe mit Führern der sozialdemokratischen Partei im Wahlinteresse Unterhandlungen angeknüpft hatte, was der Beschuldigte unbestritten mit Recht verneinte. Die Thatsache, welche nunmehr die Grundlage der Beschuldigung bildet, war also ein nicht wesentlicher Teil der Vernehmung des Beschuldigten, und hatte dieser um so weniger Anlaß, sich durch eine Behauptung, welche derselbe ungefragt vorbrachte, bloß zu stellen, falls er nicht von der Richtigkeit seiner Behauptung überzeugt gewesen wäre.

„Ebensowenig kann angenommen werden, daß der Beschuldigte sich bei der Eidesleistung einer strafbaren Fahrlässigkeit schuldig gemacht hätte. Letzterer Vorwurf würde nur dann mit Grund erhoben werden können, wenn dem Beschuldigten zur Last zu legen wäre, daß er durch Anwendung größerer Aufmerksamkeit bei Erinnerung an die thatsächlichen Verhältnisse sich der Person des Ewald von früher her hätte erinnern müssen. Bei der oben erörterten Sachlage ist nicht wohl zu bezweifeln, daß der Beschuldigte bei seiner Vernehmung sein Gedächtnis sorgfältig geprüft hat, ehe er — ohne äußeren Zwang — die kritische Thatsache vorbrachte. Hierbei fällt ins Gewicht, daß derselbe notorisch, im Laufe der letzten Jahre sehr viele Volksversammlungen besucht oder selbst abgehalten hat und bei diesen Gelegenheiten ganz zweifellos mit einer überaus großen Anzahl von Personen auch sozialdemokratischer Richtung in Berührung gekommen ist, so daß ihm die Persönlichkeit des Ewald sehr wohl in Vergessenheit geraten sein konnte. Die Begegnung zwischen Ewald und den Beschuldigten hatte 2 beziehentlich 4 Jahre vor Vernehmung des letzteren stattgefunden.“ —

Nach diesen Ausführungen der Staatsanwaltschaft ist also klar, was man von der Behauptung Bebels im Reichstage zu halten hat: „Ich bin der Überzeugung, daß wenn einem Sozialdemokraten das nachgewiesen worden wäre, was Herrn Stöcker nachgewiesen worden ist, er unrettbar wegen Meineides zu Zuchthaus verurteilt worden wäre.“ Auf der Reichstagstribüne hat man ja das Recht zu solchen Aussprüchen.

Man hat auch das Recht, sich in Widersprüche zu verwickeln. Bebel und Stadthagen wollten beide am 20. März 1901 nachweisen, daß Ewald ein guter Bekannter von Stöcker gewesen sei, den er natürlich mit Absicht verleugnen wollte, selbst um den Preis des Meineids.

Bebel sagt: „Der Herr Hofprediger Stöcker erschien, und als er auf das Podium trat, ist er sofort auf Herrn Ewald zugetreten und hat ihn laut und deutlich auf Ehre und Gewissen gefragt (also Stöcker fragt den Ewald), ob jener Vorwurf gerechtfertigt oder ungerechtfertigt sei.“

Stadthagen berichtet: „Der Zeuge Stöcker hatte . . . an hervorragender Stelle mit Herrn Ewald gesprochen und, von Herrn Ewald gefragt auf Ehre und Gewissen, ob die Insinuation, die damals ausgesprochen war, richtig oder unrichtig war, hat der Zeuge Stöcker geantwortet.“

Wer hat nun recht, Bebel oder Stadthagen? Und wer will Stöcker eines Irrtums wegen anklagen?

Thatsächliche Irrtümer kommen bei Zeugenaussagen sehr häufig vor.[1]) Solche unrichtige Aussagen sind an sich nichts, was vor Gott oder Menschen irgendwie belastet. Das liegt zumeist an dem Gerichtsverfahren, welches durch den Voreid alle folgenden Aussagen zu eidlichen macht. Niemand macht Aufhebens davon.

Ein süddeutscher Jurist schreibt am 29. März 1901 im „Reichsboten“:

Die Thatsache, daß man Stöcker daraus, daß er sich unter Umständen, die jeder praktische Jurist als vollkommen erklärend anerkennen muß, in der Wiedererkennung einer Person irrt, — beständig einen so schweren Vorwurf macht, sogar obwohl die maßgebenden Behörden ihn als völlig schuldlos erklärten, muß im Interesse der Rechtspflege als in hohem Maße schädlich angesehen werden. Wer wird denn noch ohne mehr oder minder großen Widerwillen ein Zeugnis vor Gericht ablegen, wenn er, falls er sich irren sollte, eine ähnliche Verfolgung gewärtigt? Es

---

[1]) Selbst Rechtsanwalt Sello hat später (im Prozeß Liebmann) ausgeführt, daß „kein denkender Mensch“ Stöcker wegen seiner eidlichen Aussage über Ewald einen Makel anhängen könne.

ist dies eine ganz bedeutsame Seite dieser Angelegenheit und es sollte sich der allgemeine öffentliche Unwille in viel stärkerem Maße gegen die Verfolger Stöckers richten, als dies bis jetzt geschehen. Als ich vor Jahrzehnten Untersuchungsrichter war, wurde einmal in einer Synagoge eingebrochen. Mehrere Juden, es waren, glaube ich, lauter Synagogenräte, erklärten, ein Mann, der früher einmal in derselben Synagoge eingebrochen war, sei kurz vor der That von ihnen in der Nähe der Synagoge gesehen worden. Er wurde ausgeschrieben, nach einiger Zeit an einem weit entfernten Ort eines Nachbarlandes verhaftet, eingeliefert und verhört. Er leugnet. Die Synagogenräte, denen er alsdann vorgestellt wurde, erklärten aber auf Eid, ihn bestimmt wieder zu erkennen. Da er aber bestimmt leugnete, gab ich ihm Papier und Bleistift ins Gefängnis, damit er ganz genau aufschrieb, wo er zur Zeit der That gewesen sei. Die danach gemachten Erhebungen ergaben sein Alibi, d. h. daß er zur Zeit der That weit weg war, also unmöglich von den Juden gesehen worden sein und daß er unmöglich der Thäter gewesen sein konnte. Ich setzte die Synagogenräte davon in Kenntnis, es fiel aber weder mir, noch sonst jemand ein, ihnen daraus ein Verbrechen oder ein Vergehen zu machen oder auch nur einen ernstlichen Vorwurf und doch lag diese Sache für sie weit weniger günstig, als sie im Falle Stöcker für ihn liegt."

Es handelt sich bei der eidlichen Aussage über Ewald höchstens darum, ob Stöcker hätte vorsichtiger sein sollen.

Der Landgerichtsdirektor Lüty bemerkte dazu im Verlauf des Prozesses 1885 seinerseits: „Nun, obwohl ich die Sache selbst nicht für sehr erheblich halte, muß ich bemerken, Herr Zeuge, daß Ihre damalige Aussage doch nicht ganz korrekt gewesen ist. Ich würde z. B. in solchem Falle sagen: ‚Soweit ich mich erinnere, sehe ich heute Herrn Ewald zum erstenmale'." Der Herr Landgerichtsdirektor vergißt nur dabei, daß schon in dem Eide die Formel lautet: „nach bestem Wissen und Gewissen", jene Einschränkung also darin schon enthalten ist. Sonst müßte jeder Zeuge bei jedem Satze hinzufügen: „soweit ich mich erinnere." Es kann auch von keinem fahrlässigen Eide die Rede sein. Denn Stöcker hatte vor der Aussage am 24. Januar 1885 keinerlei Gelegenheit und Zeit, sich vorher über seine Aussage zu informieren und seinem Gedächtnis aufzuhelfen, da er gar nicht wußte, mit wem er es zu thun haben würde. Nur unter ganz besonderen Umständen kann es sich um fahrlässigen Falscheid handeln. Darauf weisen die Entscheidungen des Reichsgerichts.

Das Reichsgericht betont am 7. Oktober 1882, „daß der Gesetzgeber durch die Strafandrohung gegen den fahrlässigen Falscheid die Verpflichtung des Schwörenden zu vorgängiger Erkundigung über das Schwurthema einschärfen wollte, daß er die Vernachlässigung solcher Erkundigung als das strafwürdige Moment auffaßte."

„Wollen die Herren Sachs-Munckel nicht sagen," schrieb der „Reichsbote" am 15. 8. 1885, „wann und wo der Zeuge Stöcker in der Preßsache Ewald-Berndt vorgängig Erkundigungen über das betreffende Schwurthema behufs Schärfung seines Gedächtnisses einziehen sollte, damit der unterlaufene kritische Irrtum vermieden würde?"

Nach alledem war es selbstverständlich, daß der Redakteur Bäcker verurteilt wurde, und zwar nicht zu einer Geldstrafe, sondern zu Gefängnis, freilich nur zu drei Wochen, während der Staatsanwalt fünf Monate beantragt hatte.

Allein der Gerichtshof hatte einesteils die von uns beigebrachten Thatsachen nicht vollständig bei der Hand, anderenteils war er durch das Verhalten der Verteidiger und vor allem der hauptstädtischen feindlichen Presse anscheinend in nervöse Unruhe gesetzt, welche die Sachlichkeit des Urteils trübte.

Er billigte dem Redakteur Bäcker mildernde Umstände zu, weil er als Jude über die Angriffe Stöckers gegen seinen Glauben tief gekränkt und empört sein mußte — als wenn Stöcker je den Glauben der Juden angegriffen hätte. Er behauptete, daß Stöcker entsprechend dem Vorwurf Beyschlags wirklich Politik und Religion vermischt hätte. Er fand, daß Stöcker sich hinsichtlich der Unterschrift der Antisemiten-Petition und der Beteiligung an der Thüringer Kirchlichen Konferenz halb und halb mit den Thatsachen in Widerspruch gesetzt habe. Auch seien die Angriffe Stöckers gegen die Juden leichtfertig gewesen 2c.

Wir haben oben über das einzelne schon gesprochen, bemerken nur noch, daß bei späteren Prozessen manche Irrtümer dieses merkwürdigen Gerichtserkenntnisses richtig gestellt sind.

Der verstorbene nationalliberale Reichstagsabgeordnete **Reichsgerichtsrat Bähr** hat in seinen „Gesammelten Aufsätzen" (Bd. I, Leipzig, Grunow) dieses Urteil einer Besprechung unterzogen. Wir führen einige Abschnitte aus seinem Aufsatz an.

„Von vornherein wollen wir aussprechen, daß es uns hier nicht um eine Verteidigung des Hofpredigers Stöcker zu thun ist. Das, was uns zur Feder greifen läßt, ist allein der Wunsch, daß in Prozessen dieser Art die Gerichte stets eine ihrer völlig würdige Haltung einnehmen und nicht — wenn auch nur unbewußt — sich zu Werkzeugen politischer Agitation hergeben möchten.

„Die Hauptfrage war darauf gerichtet, ob das an die Spitze des Schmähartikels gestellte Wort „Lügner" in dem Verhalten Stöckers einen

Anhalt finde; ob man ihm die Gepflogenheit, absichtlich und bewußt die Unwahrheit zu sagen, vorwerfen könne. Das Urteil erörtert zu diesem Zwecke eine Reihe von Fällen und zieht das Ergebnis, daß in diesen Fällen Stöcker mit den Thatsachen sich in Widerspruch gesetzt habe. Bei einigen dieser Fälle wird dieser Ausspruch durch Einschiebung der Worte „teilweise“ oder „halb und halb“ abgeschwächt und verliert schon dadurch an Bedeutung. Bei anderen wird dagegen bestimmt gesagt, daß der Widerspruch bestehe „festgestellten und unzweifelhaften“ oder „vorhandenen, bestehenden und ermittelten Thatsachen“ gegenüber. Da nun auch diese Thatsachen unzweifelhaft Stöcker bekannt waren, so hätte man danach erwarten sollen, das Gericht werde allerdings zu dem Ergebnis gelangen, daß Stöcker mehrmals absichtlich und bewußt die Unwahrheit gesagt, also gelogen habe. Es folgt dann aber der Ausspruch, daß der Gerichtshof sich nicht zu der Annahme „bequemen“ könne, daß Stöcker nicht im Irrtum sich befunden habe, was mit der Erregtheit Stöckers und der notorischen Erregtheit und Heftigkeit politischer Debatten motiviert wird. Ohne Zweifel wäre es zur Vermeidung mißbräuchlicher Benutzung des Urteils dienlicher gewesen, wenn man bei jeder einzelnen Thatsache die Frage beantwortet hätte, ob dabei Stöcker bewußt und absichtlich die Unwahrheit gesagt habe. Dann würde man auch vielleicht minder entschieden einen „Widerspruch mit den Thatsachen“ konstatiert haben. Denn in Wahrheit lag die Sache so, daß auch in jenen beiden Fällen, wo das Gericht unbedingt einen solchen Widerspruch als vorhanden aussprach, nur ein relativer Widerspruch mit den Thatsachen vorlag. Dies tritt am deutlichsten hervor bei der Frage über die Beteiligung Stöckers an den Verhandlungen der Thüringer Kirchenkonferenz. Stöcker hat seine Beteiligung an diesen Verhandlungen verneint. Nun stand fest, daß er bei dieser Konferenz keine Rede gehalten, daß er aber auf eine dort an ihn gerichtete Frage mit einigen Worten geantwortet hatte. War dies nun eine Beteiligung an der Verhandlung? Je nachdem man diese Frage verneinte oder bejahte, konnte man sagen, daß Stöcker wahr oder unwahr gesprochen habe. Sonderbarerweise erklärt das Urteil, diese Frage dahingestellt sein lassen zu wollen, und der Vorsitzende spricht sogar seine persönliche Ansicht dahin aus, daß er diese Frage nicht bejahen würde; gleichwohl wird unmittelbar darauf gesagt, daß Stöcker sich durch jene Verneinung mit den feststehenden Thatsachen in Widerspruch gesetzt habe. Ähnlich verhält es sich mit der Unterschrift der Antisemiten-Petition. Stöcker hatte dieselbe anfangs unterschrieben, dann aber seine Unterschrift

auf Ansuchen des Dr. Förster zurückgenommen. Die große Mehrzahl der Petitionen war ohne seine Unterschrift in die Welt gegangen. Nur eine kleinere Anzahl war mit seiner Unterschrift versehen. Stöcker hatte nun auf Befragen verneint, daß er die Petition unterschrieben habe. Das war wahr oder nicht wahr, je nachdem man die Sache auffaßte. Wegen solcher relativen Unwahrheiten, die davon abhängen, wie der Erklärende die gestellte Frage aufgefaßt habe, kann man aber niemand der Lüge zeihen. Dafür liegt der deutliche Beweis darin, daß, wenn Stöcker in beiden Fällen die an ihn gestellten Fragen statt mit „nein" mit „ja" beantwortet hätte, auch dies relativ unwahr gewesen wäre, und man dann auch dies für eine Lüge würde haben erklären können. Der Ausspruch, daß Stöcker in jenen Fällen mit den feststehenden Thatsachen sich in Widerspruch gesetzt habe, paßt also nicht und steht zum Teil mit den eigenen Entscheidungsgründen des Gerichts nicht im Einklange. Nur in diesen Verhältnissen, allenfalls in Verbindung mit der „Erregtheit" Stöckers, kann aber der eigentliche Grund gefunden werden, der den Vorwurf der Lüge ausschloß. Statt dieses klar auszusprechen, gebraucht das Urteil die ungeeignete Form, erst einen entschiedenen Widerspruch mit den Thatsachen zu konstatieren und dann einen unzureichenden Entschuldigungsgrund dafür aufzustellen — eine Form, die der Agitation gegen Stöcker nicht wenig zu statten kam. Auch die Bemerkung in dem Urteile, daß bei der Antisemiten-Petition Stöcker „umsomehr" mit den Thatsachen sich in Widerspruch gesetzt habe, weil er nicht freiwillig, sondern auf Drängen Försters, seine Unterschrift zurückgezogen habe, ist ganz unverständlich.

„Nachdem nun das Urteil sich für die Annahme eines „Irrtums" bei Stöcker ausgesprochen, erklärt es gleich darauf weiter, daß es doch dem Angeklagten „nicht verargen könne", wenn er an der Hand der gedachten Widersprüche u. s. w. zu der Annahme gelangt sei, daß Stöcker sich bewußt mit der Wahrheit in Konflikt gesetzt habe. Es ist Regel, daß die Beurteilung, die das Gericht der Sache angedeihen läßt, auch der Angeklagte gegen sich gelten lassen muß; und wenn dieser Grundsatz angewendet wurde, so mußte das Gericht allerdings dem Angeklagten jene Annahme verargen. Oder lag etwa für den Angeklagten die Beurteilung der Frage anders als für das Gericht? Ohne Zweifel wollte man nur sagen, es gereiche dem Angeklagten einigermaßen zur Entschuldigung, daß Fälle vorliegen, die sich auf dem Grenzgebiet relativer Wahrheit und Unwahrheit bewegen.

„Noch an vielen anderen Stellen hat das Urteil Aussprüche gegeben, die offenbar ihre Spitze gegen Stöcker kehren, ohne daß diese Aussprüche durch die Sachlage veranlaßt waren. Wenn, wie das Gericht annahm, die Beschäftigung des rc. Aschenbrenner als Redakteur rechtlich nicht in Betracht kam, so war auch die Bemerkung im Urteile überflüssig: „Mag es auch noch so unangemessen erscheinen, einen Portier mit der Zeichnung von Artikeln zu befassen . . . .“

„Bei Beurteilung der Strafzumessungsgründe rechnet das Urteil dem Angeklagten zur Milderung an, daß er der jüdischen Konfession angehöre, und sagt in dieser Beziehung: „Derjenige müßte seinen Glauben und den seiner Väter nicht lieb haben, der nicht schließlich tief gereizt und innerlich empört würde, wenn er Angriffe sieht und wiederum sieht auf seinen Glauben und die Gleichberechtigung seines Glaubens, zumal wenn diese Angriffe von einem Geistlichen kommen.“ Wir lassen die Frage des Milderungsgrundes an sich dahingestellt. Was aber die angeführte Begründung betrifft, so ist ja völlig notorisch, daß nach der Ansicht Unzähliger die neuere Bewegung gegen die Juden, an der auch Stöcker hervorragend teilgenommen hat, ihren Grund und ihre Berechtigung hat nicht in dem Glauben, sondern in ganz anderen Eigenschaften, die man dem jüdischen Volksstamme beimißt, Eigenschaften, für die man auch die angeschuldigten Artikel als Beleg anführen könnte. Es ist auch nicht bekannt geworden, daß Stöcker in einem anderen Sinne sich an dieser Bewegung beteiligt habe. Es war daher durchaus nicht wohl angebracht, den Angeklagten gleichsam zu glorifizieren, daß er aus Liebe zu seinem und seiner Väter Glauben in gerechte Empörung geraten sei, gegen einen Geistlichen, der diesen Glauben verfolge. Ein Glaubensmärtyrer ist der Redakteur der „Freien Zeitung“ doch gewiß nicht. Gerade in einer Frage dieser Art sollte jeder Gerichtshof sich aufs strengste auch vor dem Scheine einer Parteinahme hüten. . . .

„Das Urteil ergeht sich in einem Wortschwall, der, wenn er auch vielleicht nur aus oratorischem Bedürfnis hervorgegangen ist, doch, wie sich das Gericht selbst sagen mußte, zu der naheliegenden Auffassung führt, es habe damit durch allerhand Anspielungen eine tadelnde Kritik gegen das ganze Verhalten Stöckers geübt werden sollen.

„Zu einer solchen erhebt sich dann auch noch am Schlusse das Urteil. Dem Ausspruche, daß das Gericht Stöcker nicht einen bewußten Konflikt mit der Wahrheit „unterschieben“ könne und wolle, wird der weitere Ausspruch zugefügt, daß das ganze Auftreten Stöckers ein unvorsichtiges, ja

sogar (wie der Gerichtshof ausdrücklich den Vorsitzenden zu sagen beauftragt habe) ein mindestens leichtfertiges[1]) gewesen sei. Wozu dieser Vorwurf? Gehörte er zur Beurteilung des Vergehens des Angeklagten? Oder war etwa Stöcker selbst der „Angeklagte“ (wie ihn allerdings der Vorsitzende mehrfach aus Versehen nannte)? Und wenn auch der Ausspruch, daß Stöcker „unvorsichtig“ gehandelt — was wohl niemand bezweifelt —, notwendig gewesen wäre, weshalb dann noch ihm durch den gesteigerten Vorwurf der „Leichtfertigkeit“ auch einen subjektiven Makel anhängen?

„Zu allen diesen kritischen Bemerkungen über Stöcker hatte das Gericht durchaus keinen Beruf. Durch sie hat es gerade das herbeigeführt, was es nach dem in der Einleitung des Urteils Gesagten vermeiden wollte. Es hat ein Urteil erlassen, das der von der Verteidigung in den Prozeß hineingetragenen politischen Tendenz volles Wasser auf die Mühle gab. Der Prozeß wurde nur kurzweg „der Prozeß Stöcker“ genannt. In einer Anzahl von Blättern erschien sofort eine Blumenlese aus dem Urteil, die alle die gegen Stöcker gerichteten Spitzen dem Publikum preisgab. Und wo das Urteil in seiner Gesamtheit wiedergegeben wurde, da waren jene Spitzen mit gesperrter Schrift gedruckt, um sie als den eigentlichen Inhalt des Urteils erscheinen zu lassen. Unzählige Artikel folgten dann, die aus dem so zurechtgemachten Urteile die gehässigsten Folgerungen zogen. Diese ganze wüste Agitation wäre vermieden worden, wenn man mit größerer Vorsicht die Entscheidungsgründe gefaßt, namentlich sich streng auf das beschränkt hätte, was zur Sache gehörte.“

Soweit die Kritik Bährs, dieses völlig unparteiischen Juristen.

Die Feinde Stöckers freilich triumphierten, daß dieser Prozeß dem „meineidigen“ Hofprediger den Hals brechen werde. Allein die Kirchenbehörde, welche die Prozeßakten einforderte, fand keine Ursache zum Einschreiten. Bei Kaiser Wilhelm I., auf den man einzuwirken suchte, daß er den kompromittierten Hofprediger entlasse, fand dieser von hoher Stelle Fürsprache, die, wie man sagt, an der Hand eines Artikels des „Reichsboten“ vom 30. Juni 1885 „Die politische Bedeutung des Prozesses Stöcker“ die Unschuld Stöckers und die Ursache des Prozesses klarlegte. Das deutsche Christenvolk nahm selbst die Revision des Prozesses in die Hand. Eine Vertrauensadresse an Stöcker fand tausende von Unterschriften durch angesehene Männer von tadellosem Rufe, besonders aus den Reihen der Geistlichkeit. Die Stellung Stöckers war nicht erschüttert, eher gefestigt. Ja,

[1]) Dies Wort ist bei der Urteilsausfertigung weggelassen.

die Hetze gegen ihn hat zur Verbreitung des Antisemitismus wesentlich beigetragen. Mag im Reichstage die Sozialdemokratie ihre Beschimpfungen ungestraft aussprechen, bei ehrlichen Menschen wird das den umgekehrten Eindruck machen, als der beabsichtigt ist.

Zum Schluß dieses Kapitels wollen wir noch einiges von dem wiedergeben, was Professor Adolf Wagner am 26. Juni 1885 in öffentlicher Versammlung anläßlich des Prozesses ausgesprochen hat („Reichsbote", 30. Juni 1885): „Wer offene thatkräftige Naturen kennt, weiß, daß sie dazu geneigt sind, mehr direkt zu sprechen, sich nicht zu verklausulieren. Vorsichtigere Männer thun das. Stöcker hat also wohl den Fehler begangen, daß er manchmal zu absolut gesprochen hat. Und weil er weiß, daß er viel Feinde hat, und daß ihm scharf auf den Dienst gepaßt wird, sollte er vorsichtiger sein, seinem Temperament Zwang anthun . . . Man tadelt an Stöcker auch manchmal die Schärfe des Ausdrucks, er sei manchmal zu heftig. Wohl, aber das kommt aus seinem Naturell. Er ist keine elegische, keine Johannesnatur, sondern mehr eine petrinische oder paulinische Natur. Und solche thatkräftige Naturen sind zuweilen heftig. Vielleicht könnte Stöcker manchmal etwas weniger heftig sein. Aber die reservierten Leisetreter haben zumeist auch keine Thatkraft. Wer nie einen Fehler macht, der wird auch nicht den zehnten Teil von dem leisten, was Stöcker geleistet hat. Es kommt dazu: wie ist Stöcker seit Jahren von den Gegnern behandelt, gereizt worden, er und andere, so auch ich. Und dann wundert man sich darüber, wenn einmal ein heftiges Wort fällt . . . Stöcker ist in der That gehetzt worden wie ein Wild. Einige Irrtümer, Versehen, Gedächtnisfehler sind ihm nachgewiesen worden. Das wollen wir gar nicht leugnen. Aber nichts Ehrenrühriges, nichts seinen Charakter Schädigendes. Stöcker steht vor uns allen so ehrenwert da wie jemals. Wir wollen zu Stöcker halten jetzt noch mehr als früher."

---

5. Der „Scheiterhaufen"-Brief.

Fast bis zum Tode Kaiser Wilhelms I. hat Stöcker von da an Ruhe gehabt in seiner Wirksamkeit. Während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs sollten alle Erschütterungen in der Politik vermieden werden. Das war Bismarcks Werk. So blieb Stöcker im Hofpredigeramt. Kaiser Wilhelm II. hatte als Prinz lebhafte Sympathieen für die christlich-sozialen Bestrebungen, wie für die Berliner Stadtmission. Die sogen. Waldersee-

Versammlung am 28. November 1887 [1]) sollte der letzteren eine reichlichere Unterstützung zuführen. Stöcker, der Leiter der Berliner Stadtmission, war nicht der Urheber der Versammlung. Von politischen Absichten war keine Rede. Aber die jüdische Presse meinte, daß Stöcker auf den künftigen Kaiser Einfluß gewinnen könnte und brach mit Wut los. Auch Bismarck befürchtete, daß der künftige Kaiser in das Netz einer hochkirchlichen Richtung hineingezogen werden könnte. So begann die offiziöse Presse den Kampf gegen Stöcker und seine politischen Freunde.

Am 30. November 1887, also 2 Tage nach der Versammlung, hatte die „Post" noch ganz sachlich geschrieben: „Es gilt die Berliner Stadtmission, deren Aufgabe es ist, dem kirchlichen Notstand besonders in den Vorstadtgemeinden durch die Verwendung von Laienkräften im Anschluß an die Kirche abzuhelfen, kräftigst zu unterstützen. Ausdrücklich wurde dabei betont, daß die Stadtmission absolut keine bestimmte politische Farbe trage, keiner politischen Partei angehöre, sondern ihre einzige Norm an der Königstreue und Pflege des patriotischen Geistes habe."

Am 24. Dezember 1887 aber, noch nicht 4 Wochen später, schrieb die „Post": „Dazu kommt, daß die Beflissenheit, mit welcher die Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften sucht, für diesen und für seine künftigen Aufgaben nur schädliche Folgen haben kann . . ." „Zu den empfindlichsten Störungen, welche ein solcher, gerade in so ernster Zeit bedeutsamer Entwickelungsprozeß (nämlich des Nationalgefühls) erleiden könnte, würde ein Wiederauftreten einer stärkeren klerikal-konservativen Strömung in Verbindung mit Stöckerei und christlich-sozialen Tendenzen gehören. Denn darüber besteht für alle diejenigen, welche sehen wollen, kein Zweifel, daß gerade in den höheren gebildeten Kreisen der Nation ein entschiedener Widerwille gegen Muckerei und Stöckerei besteht. Und zwar in dem Maße, daß die „Nordd. Allg. Ztg." nicht unrecht hat mit der Befürchtung weitgehender Abwendung dieser Kreise von einer Politik, in welcher jene Richtung eine größere Rolle spielen würde."

Bismarck hatte als Programm der inneren Politik das Kartell aller Nationalgesinnten aufgestellt — ohne Rücksicht auf die Stellung zum Christentum und daher unter Abstoßung derjenigen Richtung, die mit dem Christentum das gesamte Staatsleben beeinflussen wollte. Deren geistiges

[1]) Das Nähere bei: Stöcker, Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker S. 3 f.

Haupt war Stöcker. Kaiser Wilhelm II. begann seine Regierung im Sommer 1888 und verkündigte neue Bahnen, besonders auf dem Gebiete der sozialen Politik. Aber die Presse Bismarcks setzte alles daran, um den Kaiser auf die Bahn des Kartells zu drängen. Auch die Judenpresse des Auslandes arbeitete darauf hin, den Kaiser von einer entschiedenen Verbindung mit christlich-sozialen Gedanken und Kräften abzudrängen. Stöcker durchschaute natürlich die Absicht und that das seinige dazu, um dieselbe zu durchkreuzen. Er schrieb damals in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" vom 11. August 1888 ganz offen: „Jetzt eben wieder stellt sich die Regierungspresse in beinahe wilder Leidenschaft auf die Seite einer politischen Partei, welche ihren Wahlkampf mit dem wüsten Schimpfen auf ‚Mucker, Frömmler und Heuchler' einleitet . . ." Gleichzeitig schrieb er auch für die „Kreuz-Zeitung", deren Chefredakteur damals Freiherr von Hammerstein war, und zwar namentlich gegen die Angriffe des Judentums auf Kaiser Wilhelm II. In flammenden Worten zündete er die Scheiterhaufen an, auf denen die Anmaßungen der jüdischen Presse vernichtet werden sollten.

Damals, am 14. August 1888, schrieb er auch an Freiherrn von Hammerstein jenen Privatbrief, der später als der „Scheiterhaufen"-Brief eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Er lautet:

„Lieber Hammerstein. Heute morgen war ich in Ihrem Bureau, um meinem Ärger Luft zu machen und mich informieren zu lassen. Kropatschek sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufdecken, für zeitgemäß hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen? Ich glaube, daß im Augenblick Fürst Bismarck den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in Bezug auf das Kartell, das nun einmal Bismarck für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes Ereignis ansieht. Will man dagegen die B.schen Intriguen seit der Waldersee-Versammlung ausspielen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von B. und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letzteren. Ich hörte noch gestern, daß er ganz für die Kartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens thun kann und muß, ist folgendes: Prinzipiell wichtige Fragen, wie Judenfrage, Martineum, Harnack, Reichstagswahl im sechsten Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasko der antisozialdemokratischen Elemente schließt, muß man, ohne B. zu nennen, in der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den

Eindruck zu machen, daß er in diesen Angelegenheiten nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf B. überlassen. Man muß also rings um das politische Centrum resp. das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. — Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und B. Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: ‚Sechs Monate will ich den Alten — B. — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst.‘ B. selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch vorsichtig sein. Ich möchte Sie bitten, lassen Sie die Artikel jedenfalls bis zu Ihrer Rückkehr und einer gemeinsamen Besprechung. Die Stunde kommt schon, in der wir den Aufsatz: ‚Es ist System darin‘ vom Stapel lassen. Ich gebe ihnen völlig Recht, aber im Moment ist schweigen — d. h. nur in diesem Punkte — Gold und Reden nicht einmal Silber. Mein Aufsatz: ‚Ja man hätte früher etwas thun sollen‘ kommt nächstens. . . . Herzlichste Grüße!

Ihr getreuer Stöcker.“

Nicht Stöcker und die Kreuzzeitung allein, sondern die ganze konservative Presse befand sich damals im offenen Kampfe gegen Bismarck. Wäre der Brief damals in die Öffentlichkeit gedrungen, so hätten sich die Gegner der Konservativen nicht gewundert. Denn sie wußten ja, daß sie im Kampfe waren. Und die Konservativen hätten es als selbstverständlich angesehen, daß die Bismarck'sche Politik bekämpft werde. Das Ziel dieses Kampfes war weder bei den Konservativen — nur wenige ausgenommen —, noch bei Stöcker je die Entlassung Bismarcks, sondern nur die Niederlage des Kartellgedankens, für den der Kaiser um jeden Preis gewonnen werden sollte.

Es handelt sich hierbei nicht um die Entscheidung der Frage, ob die Bismarck'sche Kartellpolitik oder die Stöcker'sche christlich-soziale Politik richtig ist. Lediglich darum handelt es sich, ob es bei christlich-sozialer Überzeugung sittlich erlaubt war, mit allen christlich-anständigen Mitteln die Bismarck'sche Politik zu bekämpfen, um den Kaiser davor zu bewahren. Niemand von den konservativen ernst zu nehmenden Politikern hätten im Jahre 1888 diese Frage verneint.

Der Kaiser erklärte sich für die Kartellpolitik. Bismarck hatte gesiegt. Die Berliner Bewegung mit Stöcker als Führer war den Mittelparteien ein Greuel, und man wünschte Stöcker zu beseitigen. Wir lassen Stöcker selber erzählen, wie es zu seiner Entlassung gekommen ist.[1])

„Im Anfang des Jahres 1889 wurde ich eines Tages zu einer Unterredung mit dem Kabinettsrat von Lucanus aufgefordert. Als ich zu ihm kam, war das Thema sofort gegeben und bald im Fluß. Ich sollte zwischen meiner öffentlichen Thätigkeit oder dem Hofpredigeramte wählen. Natürlich ließ ich keinen Zweifel, daß ich, wenn mir nur diese Wahl blieb, notgedrungen mein Amt aufgeben würde. Aber ich wandte ein, daß dieser Gegensatz den eigentlichen Hauptpunkt nicht treffe; nicht auf meine agitatorische Thätigkeit sei es abgesehen, sondern auf das Kartell; offenbar sei Seine Majestät der Meinung, daß, wenn ich von der Bekämpfung des Kartells zurücktrete, dies System sich in Berlin durchsetzen werde. Und da ich gegen den königlichen Willen doch nicht erfolgreich im monarchischen Sinn wirken könne, so sei es mir nicht entgegen, wenn in Berlin der Parteikampf meinerseits aufhöre und die Kartellpolitik einmal zeige, was sie vermöge. Daß sie nicht siegen könne, sondern mit einer Niederlage der Regierung enden werde, stand mir fest. — Da man sich im politischen Leben nicht den Kopf einrennen soll, wenn doch nichts zu erreichen ist, so war es mir ganz lieb, daß ein Versuch gemacht wurde. Wenn er scheiterte, so dachte ich, würde man das falsche Kartell aufgeben, und wir würden dann, von der schon seit 5 Jahren schwer empfundenen Bedrängnis befreit, desto freier arbeiten und kämpfen können.

„Aber es waren nicht nur solche Erwägungen, welche mich veranlaßten, für eine Zeitlang vom politischen Kampfplatz der Hauptstadt zurückzutreten, sondern Rücksichten höherer Art. Ich fühlte selbst, wie schwer es auf unser öffentliches Leben einwirken mußte, wenn der Kaiser mir wie meinen Bestrebungen und damit denen aller Gesinnungsgenossen im Reich seine Ungnade zu erkennen gab. Starke und wirksame Kräfte, die bei einer entschlossenen Politik nicht zu entbehren waren, wurden dadurch notwendiger Weise lahm gelegt. Die Folgezeit hat es bewiesen, wie richtig meine Besorgnisse waren. Ein erfolgreicher agitatorischer Kampf gegen den Umsturz ist in Deutschland nicht möglich ohne die freudige Mithilfe der christlich-sozialen und stark-konservativen Kreise, die jetzt zurückgestoßen sind. — Auch will ich noch hinzufügen, daß meine innigen Beziehungen zu der

[1]) Stöcker, Dreizehn Jahre ꝛc. S. 47 ff.

geliebten Domgemeinde mich innerlich bewogen, jeden erlaubten Weg zu versuchen, der meinen Abschied zunächst vermied und vielleicht zu einem guten Ziel führte. So entschloß ich mich denn, ein Opfer zu bringen, das bei dem Stande der Dinge eigentlich kein Opfer war.

„Meine Anschauungen fixierte ich in den nachfolgenden an maßgebender Stelle angenommenen Sätzen: „Da Se. Majestät eine Thätigkeit, wie ich sie bisher im politischen Leben Berlins ausgeübt habe, mit dem Amte eines Hofpredigers für unvereinbar halten, ist es selbstverständlich, daß ich dieselbe aufgebe, so lange Se. Majestät mir dies Amt anvertrauen. Nach den gemachten Erfahrungen habe ich auch zunächst jede Freudigkeit verloren, den öffentlichen Kampf gegen den Umsturz auf politischem, sozialem und religiösem Gebiete in der bisherigen Weise fortzusetzen. Es hat deshalb für mich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Schwierigkeit, sondern entspricht meiner Neigung, den politischen Parteikampf überhaupt für mich wie für die christlich-soziale Partei einzustellen. Ich werde diesen Teil meiner Thätigkeit anderen überlassen und meine Vorträge nach Thema, Inhalt und Ton so einrichten, daß sie Seiner Majestät keinen Anstoß geben können. Ich werde, wenn ich öffentlich zu reden habe, nur religiöse, patriotische und soziale Gegenstände besprechen, und die letzteren nur soweit behandeln, als sie unter den Gesichtspunkt des Christentums, der Kirche und der Inneren Mission fallen. Sollte ich später von Gewissens wegen mich veranlaßt sehen, im Interesse des Vaterlandes oder der Kirche den Kampf wieder aufzunehmen, so werde ich Seiner Majestät davon pflichtmäßige Mitteilung machen und Allerhöchstderselben alles weitere unterthänigst anheimstellen."

„Ich bemerke noch, daß es sich lediglich um die Einstellung des Parteikampfes handelte, daß von der Judenfrage zwischen Herrn von Lucanus und mir nicht die Rede war und daß meine parlamentarische Thätigkeit von jeder Beschränkung ausdrücklich ausgenommen wurde. —

„Man hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich damals überhaupt auf Unterhandlungen und Zugeständnisse eingelassen habe. Ich hätte, so sagt man, zwischen Stellung und Überzeugung zu wählen gehabt und die erstere vorgezogen. So liegt es jedoch nicht. Wie die Berliner Bewegung einmal gedacht war, durch und durch monarchisch, konnte sie gegen das ausgesprochene System des Monarchen (Kartell) nicht in der alten scharfen Weise weiter gehen . . .

„Darin unterscheidet sich der politische Kampf von dem religiösen, daß dieser ohne jede Aussicht auf Erfolg unter Martyrium und Leiden unter-

nommen werden und siegreich enden kann, während jener ein freudiges Mitwirken aller Gleichgestimmten und die Möglichkeit andere mit fortzureißen, als unerläßliche Bedingung voraussetzt. — Ich hoffte noch immer, der Zusammenbruch der falschen Kartellpolitik bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 werde in den maßgebenden Kreisen die Augen öffnen. Daß trotzdem diese Politik, die sich auf die völlig kraftlosen Mittelparteien und auf die gemäßigt Konservativen mit Ausschluß des rechten Flügels, also bewußtermaßen auf eine winzige liberale Minorität und auf einen Bruchteil der konservativen Partei stützen will, sich nun schon fünf Jahre behauptet hat, ist ein so charakteristisches Zeichen der herrschenden Unklarheit, daß für die Dauer dieses Systems nichts zu hoffen ist. So lange wird auch das Sichaufraffen zum Kampf, zu welchem unser Kaiser inzwischen zum drittenmal aufgerufen hat, unmöglich sein.

„Gegen Ende des Jahres 1890 traten nun am Dom Ereignisse ein, die meiner immer unhaltbarer werdenden Stellung ein Ende bereiteten und mir die Genugthuung verschafften, daß ich nicht um meiner politischen Thätigkeit willen, sondern aus berechtigten pfarramtlichen Beweggründen meine Entlassung erbitten konnte. Der Oberhofprediger D. Kögel wurde so krank, daß eine dauernde Stellvertretung eintreten mußte. Sobald ich dies erkannte, ergriff ich die Initiative und besprach mich mit meinem nun verstorbenen Amtsbruder Schrader dahin, daß, wenn Se. Majestät der Kaiser ihn oder einen neu zu berufenden Hofprediger mit den Funktionen bei Hofe betraute, ich in meinem Amte verharren würde, daß aber, wenn ein anderer Geistlicher zu den Funktionen berufen würde, wir gemeinsam den Abschied erbitten wollten. Darin herrschte zwischen uns vom ersten Augenbick an völlige Übereinstimmung. Und es ist Unwissenheit, wenn das Märchen verbreitet wird, ich hätte mich von meinem Amtsbruder zur Einreichung des Abschiedes erst müssen zwingen lassen. Als dann von Seiner Majestät ein Stellvertreter berufen und diese Berufung im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, waren wir beide einig, daß die Stunde der Entscheidung gekommen sei. Nur darin war eine kleine Verschiedenheit der Auffassung zwischen uns, daß Hofprediger Schrader den Abschied unbedingt erbitten wollte, ich dagegen in der Form, daß wir dem Kaiser erklärten, wir erbäten den Abschied, wenn in der Berufung eines anderen Geistlichen gegen uns ein Mangel an Vertrauen läge. In dieser Form ist dann das Abschiedsgesuch eingereicht und in Gnaden bewilligt."

1. **Die Entlassung.** — Nach diesen Darlegungen ergiebt sich das Urteil über den Vorwurf Singers im Reichstage: „Herr Stöcker hat

sich dafür entschieden, seiner Agitation zu entsagen, er hätte doch seiner Einnahmen wegen seine Ansichten nicht aufgeben sollen!" Wahrhaftig, es ist zum Lachen! Stöcker hat durch sein unbeugsames Eintreten für seine Überzeugung sich die Feindschaft und den Haß der halben Welt zugezogen, er hat aus demselben Grunde sich alle Aussichten auf eine glänzende Laufbahn im offiziellen Kirchendienst zerstört. Und dann sagt man, er habe um einer fetten Pfründe willen seine Ansichten geopfert.

Singer hat ferner gesagt: „Über seine spätere Entlassung erzählt man sich auch sehr erbauliche Dinge. Es war eine zu sehr auf die Spitze getriebene Intimität gegen sehr hohe Personen, die da oben sehr mißliebig bemerkt wurde." Singer deutet schon selber an, daß das weiter nichts ist als der in der Reichshauptstadt reichlich vorhandene und immer neu sich erzeugende Klatsch.

Etwas von diesem Klatsch aus dem Jahre 1888, der freilich nicht harmlosen Ursprungs ist, erzählt Stöcker selbst.[1])

„Ich füge noch hinzu, daß der Artikel des ‚Figaro' von unserer Kaiserin schrieb, sie dürfe kein Buch lesen, das ich ihr nicht erlaube. Von mir schrieb damals die Fortschrittspresse die plumpe Lüge, ich hätte Ihre Majestät die Kaiserin meine liebe Freundin genannt und mir die Rolle als guter Onkel der kaiserlichen Kinder angemaßt.

„Damit die Leser einmal erfahren, wie solche Lügen gemacht werden, will ich von dem Ursprung des thörichten Geschwätzes berichten. — Ich war in Ostpreußen zu einem Stadtmissionsfest und nannte Ihre Majestät die Kaiserin eine Freundin der kirchlichen Arbeit und der Berliner Stadtmission. Nach einigen Wochen wurde mir ein Fortschrittsblatt von dort zugeschickt, das jene Verdrehung enthielt. Die Sache war so kindisch, daß ich selbstverständlich eine Berichtigung unterließ. Ich konnte nicht denken, daß irgend ein vernünftiger Mensch die Lüge glauben würde. — Was die Beziehung zu den kaiserlichen Prinzen betrifft, so verhält sich das folgendermaßen. Ich hatte in Schmalkalden eine Rede gehalten. Irgend einer schlug dann vor, nach dem nahegelegenen Oberhof zu fahren, wo die Prinzen ihre Sommerfrische hielten. Dies geschah, und als ein höflicher Mensch machte ich dem anwesenden Hofmarschall wie der Hofdame meinen Besuch. Zufällig sah ich dabei zwei der Prinzen. Mit dieser Thatsache vergleiche man die Entstellung der Fortschrittspresse und man

---

[1]) Dreizehn Jahre ꝛc. S. 22 f.

hat ein Bild von der Art und Weise, wie es gemacht wird. Daß ein Hofprediger, der amtliche Beziehungen zum Hofe hat, nicht einmal einer höflichen Form genügen soll, um dem Liberalismus keinen Anstoß zu geben, übersteigt doch alles, was an Tollheit jemals zum Vorschein gekommen ist. Aber die Tollheit hatte Methode."

Noch vor Stöcker war Bismarck von Kaiser Wilhelm II. entlassen worden. Als er ging, hat Stöcker im Gegensatz zu der offiziösen Presse, die sich in Caprivi-Schmeicheleien übte, dem Fürsten einen warmen Nachruf gewidmet. Allerdings sprach er es auch hier aus, daß der Fürst in der inneren Politik keine glückliche Hand gehabt hat. Und seit dem hat er stets wie vorher mit der größten Bewunderung von Bismarck gesprochen — abgesehen von der innerpolitischen Differenz.

Der neue Kurs mit der Ära Caprivi verletzte durch die Zollpolitik die Lebensinteressen der agrarischen Konservativen, der Eintausch von Helgoland gegen Zanzibar erregte die Nationalgesinnten, die Behandlung des Fürsten Bismarck durch die offiziellen Kreise, besonders bei dem Besuch in Wien, empörte die weitesten Kreise Deutschlands. Bismarck wuchs noch bei Lebzeiten in den Augen vieler zum Halbgott, gegen den zu kämpfen eine Art Majestätsbeleidigung war. Die Konservativen hatten ihre Fehde mit ihm bald vergessen. Dazu kam in der Mitte der neunziger Jahre die Ära Stumm mit dem Umschwung der sozialen Stimmung in den höchsten Kreisen und zugleich auch bei der Mehrzahl der Konservativen. Diese wollten bei der Bedrängnis der Landwirtschaft von sozialen Reformen wenig mehr wissen, zumal als die Schlagworte und Forderungen der späteren National-Sozialen auch auf die Landarbeiter sich erstreckten. So war die Situation des Jahres 1895 gegen die von 1888 völlig verändert. Man muß das im Auge behalten, wenn man die Ereignisse des Jahres 1895, soweit sie Stöcker betreffen, verstehen will.

2. **Der Fall Hammerstein.** — Der Frühling 1895 brachte die schmerzliche Enthüllung, daß der bisherige Leiter der „Kreuz-Zeitung", Freiherr von Hammerstein, in gröbste sittliche Verfehlungen geraten war. Es war ein Triumph der jüdischen und judenfreundlichen Presse, daß ein Vertreter des entschiedenen Christentums in der Politik im Privatleben dieselben Wege gegangen war wie viele seiner Gegner. Man stellte es natürlich so dar, als seien alle Vertreter des Christentums nur Heuchler. Die meiste Genugthuung aber gewährte es offenbar, daß man hier

Gelegenheit nehmen konnte, Stöcker, als den politischen und kirchenpolitischen Freund Hammersteins, mit in diesen Fall hineinzuziehen.

Bebel hat Hammerstein am 20. März im Reichstag Stöckers „Busenfreund“ genannt, obgleich das nicht zutrifft, lediglich um Stöcker mit verantwortlich zu machen für dessen Schuld. Damals im Jahre 1895 sprach man in einer gewissen Presse nur vom Falle „Hammerstein-Stöcker“, obgleich dazu nicht der geringste Grund vorhanden war. Weit in kirchliche Kreise hinein ging infolgedessen das Mißtrauen gegen Stöcker, so daß gegen ihn der Vorwurf erhoben wurde: „es dauerte sehr lange, bis Stöcker sich von den Missethaten seines Freundes überzeugte.“ Die sozialen Gegner Stöckers, u. a. der Oberst a. D. von Krause, damals an der Spitze der Konservativen in Berlin, der in einer Broschüre die Angelegenheit behandelte, und Freiherr von Stumm[1]) behaupteten: „Während Stöcker gesagt habe, er habe v. Hammerstein nur verteidigt, solange er dessen Verbrechen nicht kannte, sei nachgewiesen, daß Stöcker schon vorher von der Sachlage orientiert war. Stöcker stelle gar nicht in Abrede, daß er schon zur Zeit seines Verkehrs mit v. Hammerstein dessen ehebrecherisches Verhältnis zu Flora Gaß gekannt, und daß er ihm Geldmittel zur Flucht besorgt habe.“ Stumm wurde von Stöcker verklagt, und die Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken hat am 4. Juli 1898 Stumm wegen Beleidigung zu 300 Mk. oder 20 Tagen Haft und zur Tragung der Kosten beider Instanzen verurteilt. In der Begründung zu dem richterlichen Erkenntnis heißt es:

„Es ergiebt sich daraus, daß der Elferausschuß der konservativen Partei, dem der Kläger (Stöcker) damals noch angehörte, einstimmig den Antrag des Freiherrn von Manteuffel angenommen hat, an das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ das Ersuchen zu richten, den Freiherrn von Hammerstein sofort zu suspendieren, widrigenfalls Schritte zur Scheidung der konservativen Partei von der „Kreuz-Zeitung“ unternommen werden müßten. Der Privatkläger (Stöcker) hat damit selbst seine Einwilligung dazu gegeben, daß gegen den Freiherrn von Hammerstein, soweit die Beschuldigungen gegen diesen zur Entscheidung reif waren, vorgegangen werde.

[1]) Im Prozeß Witte (siehe weiter unten) ist am 29. Januar 1897 festgestellt, daß ein Redakteur (der „Post“) Auftrag gegeben hat, Anklagematerial gegen Stöcker zu sammeln. Der „Post“ aber stand Freiherr von Stumm sehr nahe. Die Gegnerschaft gegen den sozialen Stöcker war nicht minder heftig als gegen den christlichen und monarchischen Politiker.

Der Privatkläger giebt nun zu, daß er vermutete, die thatsächlichen Erklärungen von Hammersteins beruhten auf Unwahrheit; er habe aber erst die gerichtliche Entscheidung abwarten müssen, um sich von der Schuld zu überzeugen. Er weist den Vorwurf, daß ihm das ehebrecherische Treiben von Hammersteins bekannt gewesen sei, mit Entrüstung zurück und nennt ihn bösartig."

Bei der Voruntersuchung gegen Hammerstein hatte Stöcker vor Gericht alle seine Beziehungen zu Hammerstein bis in die geringsten Einzelheiten darlegen müssen. Dennoch ist sein Name bei den Gerichtsverhandlungen nicht einmal genannt.

Es haben andere dem Freiherrn von Hammerstein viel näher gestanden als Stöcker. Ihre Namen hat die feindliche Presse nicht mit dem Gefallenen in Verbindung gebracht. Aber hier schien die Gelegenheit günstig, den verhaßten Stöcker vollends umzubringen. Deshalb wurde Stöckers Name fortwährend in den Schmutz des Hammerstein'schen Falles hineingezogen.

Der bekannte von Egidy, der doch in vielen Dingen Stöckers Gegner, war hat dies Preßtreiben mit Recht das Schmachvollste an dem Fall Hammerstein genannt.

Stöcker sollte aber 1895 noch mehr erleben.

3. **Der Privatbrief.** Aus den Papieren des flüchtigen Freiherrn wurde ein Brief Stöckers v. J. 1888 dem „Vorwärts" in die Hände gespielt, den dieser im September schleunigst veröffentlichte. Stöcker zweifelte zunächst an der Echtheit, erkannte ihn aber hernach offen an. Es war der oben (S. 37) abgedruckte „Scheiterhaufen"-Brief, mit dem sich dann die Presse ausgiebig beschäftigte.

Die feindlichen Blätter stellten es etwa so dar, wie Bebel und Singer im Reichstage. Den Vorwurf, daß ein anständiger Mensch Privatbriefe, die unrechtmäßig in seine Hände gekommen sind, im öffentlichen Leben nicht verwerten darf, suchte Singer dadurch zu entkräften, daß er erklärte: „Solche Briefe schreibt ein anständiger Mensch nicht. Der Brief predigt eine Politik des Verrats an den König." Man stellt den Sinn des Briefes so dar, als ob Stöcker zwischen dem Kaiser und Bismarck Zwietracht säen und den letzteren stürzen wollte. Leider haben auch viele andere Männer um ihrer Bismarckverehrung willen, selbst viele preußische Konservative, sich diesen Sinn angeeignet. Ohne die Abneigung gegen den christlich-sozialen Stöcker wäre dies bei den letzteren kaum geschehen.

Die süddeutschen Konservativen stellten sich anders, unbefangen.

Die „Badische Landpost“, deren Redakteur übrigens auch ein Gegner von Stöckers sozialer Anschauung war, schrieb sofort nach der Veröffentlichung des Briefes, noch ehe Stöcker selbst etwas von ihm wußte: „Bismarcks unglückselige Kartellpolitik ist damals von jedem entschieden konservativen Manne verurteilt worden, und wenn Stöcker nun darauf hinweist, wie man auf den Kaiser die Thatsachen wirken lassen soll, ohne zwischen dem Kaiser und Bismarck ein persönliches gereiztes Verhältnis herzustellen, so hat er gewiß im Sinne aller konservativen Männer gehandelt. Es ist sogar anzunehmen, daß, wenn man im ganzen konservativen Lager dem Rat Stöckers gefolgt wäre, die ein paar Wochen nach dem Schreiben des Briefes hereingebrochene Kartellwirtschaft vermieden worden wäre. Der Schwerpunkt des Briefes ist: den Kaiser und Bismarck gegen einander persönlich nicht aufzubringen und zu reizen, sondern nur dafür zu sorgen, daß die politischen Thatsachen ungeschminkt auf den Kaiser einwirken können. Dahinter steckt keine Intrigantenkunst, sondern kühle politische Erwägung.“

Und später erwiderte das Blatt auf die Angriffe: „Aus diesem Briefe und namentlich aus den von uns unterstrichenen Stellen geht doch klar und deutlich hervor, daß Stöcker es gerade vermeiden wollte, zwischen Kaiser und Bismarck ‚Zwietracht zu säen‘. Stöcker vertraut auf die Macht der Thatsachen und den richtigen ‚politischen Instinkt‘ des Kaisers so sehr, daß er im Gegensatz zu jenen, die ‚Zwietracht säen‘ wollen, sagt: laßt diese Thatsachen nur objektiv auf den Kaiser einwirken, sorgt nur dafür, daß diese Thatsachen zur Wirkung kommen, und der Kaiser wird von selbst den ‚richtigen Schluß auf Bismarck‘ und seine Kartellpolitik machen. Nun in aller Welt fragen wir: wer kann vom Standpunkt der durchaus erlaubten und in allen Parteien geübten Taktik in diesen Ratschlägen etwas ‚Hinterlistiges‘ oder etwas Unrechtes finden! Der Brief Stöckers ist die Handlung eines kühl wägenden, politischen und dabei bis auf die letzte Faser prinzipiellen Kopfes und nichts anderes.“

Ebenso urteilte gleich am Anfange der damalige Landtagsabgeordnete Schrempf in der „Süddeutschen Reichspost“: „Stöcker hat keineswegs ‚Hintertreppenpolitik‘ getrieben oder treiben wollen — frei und offen hat er damals in seiner ‚Kirchenzeitung‘ Bismarcks Politik angegriffen und alles das offen geschrieben, was in dem Brief angeraten ist. Stöcker wollte auch Bismarck nicht stürzen. Er hat aus seiner Verehrung für Bismarck nie ein Hehl gemacht. Selbst als Bismarcks Hand

sehr schwer auf ihm lastete, sagte Stöcker zu dem Verfasser dieser Zeilen: ‚Trotz allem und allem achte ich Bismarck hoch — er ist ein Riesenkerl!‘ Wäre Stöcker der Intrigant und Streber, der Heuchler und Lügner, der schlechte Charakter, als den ihn seine Gegner hinstellen, er wäre nicht in seinen besten Mannesjahren Hofprediger a. D. geworden. Seiner Begabung und seiner Persönlichkeit nach hätte er bei etwas mehr ‚Biegsamkeit‘ und ‚diplomatischer Begabung‘ eine glänzende Karriere machen können! Als Ehrenmann hat er sein Amt verloren und seine Ehre soll uns deshalb kein Feind antasten. Hätte sich Kaiser Wilhelm II. mehr in den Bahnen gehalten, in welchen er sich zur Zeit der ‚Waldersee-Versammlung‘ Seite an Seite mit seiner edlen Gemahlin befand — er wäre in jeder Hinsicht weiter gekommen und würde heute leichter regieren. Der damalige Argwohn Bismarcks war ungerechtfertigt und rächte sich später an ihm selbst. Das Bestreben, ‚stets zur Hebung des Wohles aller Notleidenden nach Kräften beizutragen,‘ die persönliche Kenntnisnahme von dem Arbeitsfeld, den Mühen und Sorgen der Berliner Stadtmission hätte den damaligen Prinzen Wilhelm in eine gründliche Kenntnis des Volkslebens hineingeführt, die ihm und dem deutschen Volk sicher zum Segen geworden wäre. Er wäre ‚prinzipiell gestärkt‘ worden, hätte die Fehler der inneren Politik Bismarcks wohl durchschaut, aber er hätte dann gewiß milderen und einsichtigeren Sinnes, den verdienten Altreichskanzler nicht so schroff entfernt. Bismarck hätte den Kaiser nicht ‚in der Hand behalten‘, aber er wäre ihm zur Hand geblieben und an die Hand gegangen. Der Kaiser hätte ‚selbst regiert‘ aber nicht so selbstherrlich wie jetzt. Die ‚Stöckerei und Muckerei‘ ist in Berlin glücklich gedämpft worden — und der Kaiser appelliert im Kampf gegen die Berliner Sozialdemokratie an seine Garde! Stöcker ist Hofprediger a. D. — aber Bismarck ist auch a. D., er ist der ‚Kartellpolitik‘ nicht froh geworden und seine intimsten Vertrauensmänner von damals haben ihn zuerst verlassen und sich über die Maßen verächtlich gezeigt. Daß sich Stöcker in einem Privatbriefe schärfer ausdrückt als in einem Zeitungsartikel oder in einer Rede, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Der glühende Haß der Gegner kann uns belehren, was wir an Stöcker haben — gegen einen Strohmann, eine politische Null geht die gesamte gegnerische Presse nicht derart ins Zeug. Trotz der jetzigen Hetze werden auch Stöckers Feinde ihm früher oder später das Zeugnis nicht versagen können: ‚Er war ein Mann und wankte nicht!‘“

Auch der „Reichsbote“ schrieb am 8. September 1895: „Wenn einmal die Schreibtische liberaler Politiker aus jenen kritischen Tagen nach

dem Tode Kaiser Wilhelms I. über die Krankheit Kaiser Friedrichs hinaus bis in die ersten Regierungsjahre unseres jetzigen Kaisers geöffnet und die Briefe dem „Vorwärts“ zur Sichtung behufs Veröffentlichung übergeben würden, so dürften sich wohl noch ganz andere Proben von liberaler Parteidiplomatie und -Taktik finden als in dem Briefe Stöckers, welcher ja gerade durch die politische Operation hervorgerufen wurde, welche von anderer Seite in der Umgebung des jungen Monarchen vorgenommen wurde. Man sollte auf liberaler Seite doch nicht so thun, als wüßte man gar nichts davon, wie man gerade auf jener Seite damals alles aufbot, um den jungen Kaiser der konservativen Partei zu entfremden und auf die liberale und mittelparteiliche Seite hinüberzuziehen. Stöcker teilt in seinem Brief seine Ansicht mit, wie man es anfangen müsse, um jenen Bestrebungen, welche die konservative Partei zurückzudrängen und zu diskreditieren suchten, ein Paroli zu bieten und den Kaiser von der Verderblichkeit jener Bestrebungen zu überzeugen.“

Professor v. Treitschke, der Verehrer Bismarcks, hat in dem „Scheiterhaufen“-Brief ein durchaus loyales politisches Mittel gefunden und erklärt, daß seine Achtung vor Stöcker dadurch in keiner Weise vermindert sei.

Rittergutsbesitzer v. Thielmann, der Bruder des Staatssekretärs, schrieb in seiner Schrift „Volkswirtschaft oder Weltwirtschaft“ anknüpfend an das Wort des Kaisers, daß seine Thür jedem Unterthan offen stehe: „Die Thür, nicht die Hintertreppe! Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und dem Kanzler Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. So schrieb Stöcker vor sieben Jahren.“ In einer Anmerkung fügt er hinzu: „Die Parteileidenschaft faßte diese Warnung vor Intrigue allerdings als eine Aufforderung zu derselben auf.“

Stöcker mußte auch mit dieser Sache vor Gericht. Der erbitterte Gegner Stöckers Frhr. v. Stumm hatte — wir nehmen zu seiner Ehre an: im guten Glauben — den Brief privatim und öffentlich zum Zweck der moralischen und politischen Vernichtung Stöckers ausgenützt. So blieb diesem nur der Weg der Klage übrig, die dem feindlichen Manne, der leider soviel unheilvollen Einfluß schon geübt hatte, den Mund stopfte.

Es sei das Urteil des Landgerichts Saarbrücken vom 4. Juli 1898 angeführt:

„Was nun den Brief an den damaligen Chefredakteur der ‚Kreuz-Zeitung‘ betrifft (den ‚Scheiterhaufen‘-Brief), so hat der erste Richter die

Deutung des Privatklägers (Stöcker): er habe mit dem Brief nicht Zwietracht säen, sondern vor dem Säen der Zwietracht zwischen Kaiser und Kanzler warnen wollen, nicht als zutreffend anerkannt. Es läßt indessen der Brief der Auffassung Raum, der Briefschreiber wollte bewirken, daß in den vier in dem Brief hervorgehobenen Prinzipienfragen, von denen er annahm, der Kaiser stehe darin instinktiv auf seiten des Privatklägers (Stöcker), der Kaiser durch Stöckers Urgieren in seiner Ansicht ständig befestigt werden, aber seine Stellung zum Fürsten Bismarck ihm selber überlassen werden sollte."

Wer aus politischer Überzeugung die Politik Stöckers verwirft, hat natürlich das Recht, den Scheiterhaufen-Brief zu mißbilligen, wenn auch nicht in höherem Grade als den offenen Kampf, den Stöcker im Jahre 1888 gegen die Kartellpolitik Bismarcks geführt hat. Aber niemand, der politisch zu denken versteht, hat ein Recht, die Ehre oder den Charakter Stöckers um dieses Briefes willen anzutasten.

---

6. Der Prozeß Witte.

Unter den Anklagen, welche Singer im Reichstage vorgebracht hat, befindet sich auch die, daß Stöcker dritte Personen beauftragt habe, seinen Amtsbruder Witte in öffentlicher Versammlung anzugreifen. Warum sollte sich auch Singer diesen Punkt entgehen lassen? Hat doch im Prozeß gegen Bäcker 1885 der Gerichtshof das als festgestellt angenommen. Aber freilich im eigentlichen Prozeß Witte 1897 ist diese Annahme als Irrtum aufgeklärt worden. Wußten die Führer der Sozialdemokratie das nicht? Es ist eine lange und traurige Geschichte, die im Jahre 1878 angefangen und erst im Jahre 1898 ihr Ende gefunden hat. Sie hat den Feinden Stöckers wieder viel Anlaß zu Schmähungen und Verleumdungen Stöckers gegeben. Daß er zuletzt glänzend gerechtfertigt wurde, hat man natürlich verschwiegen.

Wir benutzen zur Darstellung des Sachverhalts die Broschüre von Adolf Stein „Der gefälschte Brief", welche den stenographischen Bericht über die Prozeßverhandlungen vor dem Landgericht I in Berlin vom 29. und 30. Januar 1897 enthält.

Pfarrer Witte von der St. Golgatha-Gemeinde im Norden Berlins war im Jahre 1876 oder nicht lange nachher in einigen sozialdemokratischen Versammlungen gewesen, ohne daß das besondere Folgen für die Öffentlichkeit gehabt hätte. Andere Pfarrer hatten das auch schon gethan, ohne daß eine Bewegung gegen die Sozialdemokratie daraus entstanden wäre. Anders wurde es erst, als Stöcker im Januar 1878 die „christlich-soziale Arbeiterpartei“ begründet hatte.

Am 5. Januar 1878 erschien über die Eiskeller-Versammlung vom 3. Januar ein Artikel im „Reichsboten“, welcher das Auftreten Stöckers billigte. Dieser Artikel erregte die Mißbilligung von Pfarrer Witte. Er glaubte, dieses Lob Stöckers könnte nur aus dessen eigener Feder herrühren und mißtraute der Versicherung des Redakteurs P. Engel, daß er den Artikel selbst geschrieben habe. Die Ursache für jene Mißbilligung und dieses Mißtrauen scheint die Meinung gewesen zu sein, daß er, Witte, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgenommen habe und das Lob verdiene, das nun Stöcker widerfahren war. Zum mindesten deutet die Zeugenaussage des Kirchenältesten von St. Golgatha Postsekretär Fritz Henning am 29. Januar 1897 darauf hin, der unter dem Eide folgendes bekundete:

„Es ist mir allerdings bekannt, daß Frau Pastor Witte wiederholt die Bemerkung gemacht hat: Ja diesem Mann — damit meinte sie Herrn Hofprediger Stöcker — widerfährt alle Ehre; mein Mann aber ist es gewesen, der in sozialdemokratischen Versammlungen gewesen ist, dem erweist man keine Ehre. Aber ich werde dem Mann — das sind die Worte, die sie selbst zu mir gesagt hat — den Talar einklemmen. Ein anderes Mal hat sie gesagt, sie werde dem Manne den Talar abreißen, er solle nicht wieder die Kanzel besteigen.“

Solche Äußerungen können nicht auf Ehrgeiz und Eifersucht allein zurückgeführt werden. Dazu sind sie zu stark. Wir werden den weiteren Beweggrund für diese Feindschaft hernach aufdecken. Zunächst müssen wir die geschichtliche Entwickelung geben.

Stöcker hatte für die Agitation bei der Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei den Schneider Grüneberg angenommen. Missionsdirektor D. Wangemann hatte den früheren Sozialdemokraten als „Bekehrten“ an Stöcker empfohlen. In der Stadtmission konnte ihn dieser nicht brauchen. Aber für die christlich-soziale Arbeit schien er ihm geeignet. In den ersten Monaten hat er auch treu und unermüdlich gearbeitet. Hernach aber ging es mit ihm bergab. Der Beifall der Menschen war ihm zu Kopfe gestiegen.

In den Frühling 1878 fielen die Attentate. Im Sommer fanden die Neuwahlen zum Reichstage statt. In Berlin stellte die junge christlich-soziale Arbeiterpartei in 3 Kreisen Kandidaten auf, während sie in den 3 anderen den Konservativen das Feld überließ; gegenseitige Unterstützung war dabei ausgemacht. Nur in dem 6. Wahlkreise, in dem Stöcker selbst kandidierte, tauchte eine konservative Konkurrenz auf, der Fabrikant Hoppe, empfohlen durch — Pastor Witte. Wer Witte nicht kannte, mußte vom diesem Vorgehen gegen einen Amtsbruder, der zudem im wesentlichen auf demselben politischen und religiösen Boden stand, aufs höchste befremdet sein. Über die moralische „Berechtigung" Wittes zu diesem Schritt wurde in Stöckers Kreisen natürlich viel gesprochen, dabei kam auch zur Sprache, daß der konservative Witte seinen Namen unter ein Gesuch gesetzt hatte, in welchem um Verleihung des Geheimen-Kommerzienrats-Titels an den jüdischen Herrn Cäsar Wollheim gebeten wurde.

Grüneberg merkte sich das, um es später zu verwerten; oder wenigstens er merkte es sich so gut, daß er es später verwerten konnte.

Die christlich-soziale Bewegung, von dem schlicht-herzlichen Wangemann und dem packend-beredten Stöcker und anderen unermüdlich gefördert, entwickelte sich in der nächsten Zeit mehr in der Stille, und zwar ohne Grüneberg. Gleich nach den Wahlen war er entlassen worden. Nicht nur hatte sich seine Unfähigkeit herausgestellt, sondern auch sein bewegtes Vorleben war genauer bekannt geworden und überdies war ihm seine Agitatorstellung zu Kopf gestiegen: er hatte die Mitgliederliste der Partei abgeschrieben, um sich von Stöcker zu trennen und — eine eigene Partei zu gründen. Die Entlassung und der Antritt einer von früher her stammenden Gefängnisstrafe machten den hochfliegenden Plänen einstweilen ein Ende. Stöcker, behauptet Grüneberg, habe ihn durch die Entlassung „ins Elend gestoßen"; thatsächlich aber hatte Stöcker dem Grüneberg den Vorschlag gemacht, er wolle ihn in einem Brüderhause auf seine (Stöckers) Kosten erziehen lassen, um ihn zu einem Lebensberufe tüchtig zu machen.

Grüneberg wartete einige Jahre, bis er sich zum Werkzeug gegen Stöcker gebrauchen ließ. Im Herbst 1884 machte er der „Volkszeitung" für 30 Mark „Enthüllungen". Sie waren nicht in dem Grünebergschen Stile geschrieben, sondern zu einer geschickten Mache zusammenredigiert. In diesen „Enthüllungen" erzählt Grüneberg unter der Überschrift „Wie ich mich von den Christlich-Sozialen trennte" folgendes:

„Über die Nächstenliebe des Herrn Stöcker hatten schon oft quälende Zweifel mein Herz beschlichen, namentlich, als er es versuchte, mich gegen seinen eigenen Amtsbruder, den Pastor Witte von der Golgatha-Kirche, zu hetzen und aufzureizen, damit ich denselben in öffentlichen Versammlungen angreifen sollte. Herr Witte hatte nämlich das in den Augen des Herrn Hofpredigers unverzeihliche Verbrechen begangen, statt seiner, Stöckers, Kandidatur im 6. Reichstags-Wahlkreise die Kandidatur Hoppe zu befürworten. Dafür mußte er gezüchtigt werden und Herr Stöcker versah mich mit dem nötigen Material. Er setzte es mir auseinander, daß sich Pastor Witte, ein christlicher Geistlicher, damit abgebe, bemittelten Leuten, namentlich Juden, Titel und Orden zu besorgen und nannte auch Juden, die durch Pastor Witte Kommerzienräte u. s. w. geworden seien, nachdem sie vorher gewissen christlichen Vereinen ansehnliche Geschenke gemacht. So habe ein Jude dem Oberlin-Verein zu Potsdam ein prachtvolles Klavier geschenkt und sei dann durch Wittes Vermittelung Geheimer Kommerzienrat geworden. Dies und anderes sollte ich in einer von Pastor Witte einberufenen öffentlichen Versammlung vorbringen. Es kam indessen nicht dazu, weil Sozialdemokraten und Fortschrittler die Versammlung sprengten. Dies ein Beispiel von der christlichen Liebe des Herrn Stöcker zu seinen Amtsbrüdern."

Von da an glaubten Witte und seine Frau, daß Stöcker ihr persönlicher Feind sei, der an allem Unglück Schuld sei, das sie bis dahin betroffen hatte.

Witte hatte schon vor 1878 mit seinen Amtsbrüdern in der St. Elisabeth-Gemeinde Streit gehabt, sodaß er sogar von den Geschäften und Sitzungen des Gemeinde-Kirchenrats am 7. Januar 1876 entbunden wurde. Mit Bezug auf die damaligen Verhandlungen berichtete das Konsistorium an den Kultusminister Falk:

„Jedenfalls mußten wir zu der Überzeugung gelangen, daß ein Verbleiben des p. p. Witte in der jetzigen Stellung eine Unmöglichkeit ist. Andrerseits ließ sich nicht verkennen, daß sich der p. p. Witte der Tragweite seiner Handlungsweise nicht voll bewußt war und ist und daß seine Verbitterung ihm den klaren Blick geraubt und ihn in eine psychologisch krankhafte Stimmung, eine Art von Verfolgungswahnsinn versetzt hat. Wir versuchten deshalb ihn im Wege der Güte zu einem Eingehen auf seine Versetzung zu bewegen, indes ohne Erfolg. Nunmehr blieb nichts übrig, als die Disziplinaruntersuchung gegen ihn zu eröffnen."

Inzwischen gab es in der St. Golgatha-Gemeinde in den achtziger Jahren neue Streitigkeiten.

Der oben angeführte Zeuge, Kirchenältester Henning, äußerte sich darüber so:

„Der Gemeindekirchenrat hat immer lebhaft bedauert, daß bei allen Angriffen immer die Person Stöckers als diejenige gewissermaßen hingestellt wurde, die Schuld daran war, daß Pfarrer Witte seines Amtes entsetzt worden ist. Wir, die wir also Mitglieder des Gemeindekirchenrats sind — ich, wie ich schon sagte, seit 10 Jahren ungefähr — wissen, daß Herr Hofprediger Stöcker absolut unschuldig an der Sache ist. Er hat mit dem Gemeindekirchenrat nicht die geringste Fühlung gehabt. Der einzige, der den Hofprediger Stöcker in die Versammlung hineingebracht hat, ist Herr Pfarrer Witte gewesen, so daß sehr oft in der Sitzung, wenn er in seiner gewohnten Weise 10, 20, 30 Minuten von sich sprach und auch den Hofprediger Stöcker erwähnte, wir uns fragten: was hat der Hofprediger Stöcker mit unserer Kirchenratssitzung zu thun? Wir hatten schon in früheren Jahren uns veranlaßt gesehen, gegen diesen Unfug, der damit getrieben wird, daß Herr Hofprediger Stöcker als Urheber der Entlassung des Herrn Pfarrer Witte hingestellt wird, Front zu machen. Aber wir sagten uns, die Sache schwebt noch und es schickt sich nicht von einer Behörde — denn der Gemeindekirchenrat ist doch gewissermaßen eine Behörde — daß man in die Sache eingreift. Nachdem aber die Sache im Abgeordnetenhause in dieser Weise zur Sprache gekommen ist, die uns empörte, haben wir uns entschlossen, Farbe zu bekennen und zu sagen: Wie kommt es, daß man die öffentliche Meinung irritiert in dieser Beziehung, um den Hofprediger Stöcker als Sündenbock hinzustellen? Im Gegenteil, alle die im Kirchenrat sind, die Liberalen wie die Positiven, sind einig darin, daß der Hofprediger Stöcker mit der Sache absolut nicht das geringste zu thun gehabt hat."

Witte wurde schließlich am 4. Januar 1892 von seinem Amte wegen Querulantenwahn vorläufig suspendiert. Stöcker hatte damit nichts zu thun. Aber Witte war und blieb davon überzeugt, daß Stöcker verantwortlich sei für all sein persönliches Unglück, und sein Bestreben ging dahin, das an den Tag zu bringen und Stöcker die nach seiner Meinung wohlverdiente Strafe zuzuwenden.

Im Jahre 1885 schon schien der Anfang dazu gemacht. Auf Grund der Grünebergschen Enthüllungen erschien der Artikel in der „Freien Zeitung", der zu dem oben ausführlich besprochenen Prozeß gegen Bäcker führte. In diesen Enthüllungen war von der Bekämpfung Wittes durch Stöcker die Rede. Auf den 9. Juni 1885 war der Termin angesetzt. Am 22. April 1885 noch ehe irgend eine Zeugenladung erfolgt war, schrieb Stöcker an Witte wegen der Grünebergschen Veröffentlichung und erklärte es für unwahr, Grüneberg einen solchen Auftrag je gegeben zu haben. Stöcker, der nicht ahnte, wie bitter Witte gegen ihn gesinnt war, erzählte, was er überhaupt von dem Fall Wollheim wußte, und fragte Witte, wie nach seiner Erinnerung die alte Geschichte wohl verlaufen sei. Er hoffe,

schrieb er, daß Witte nicht vorgeladen zu werden brauche; denn er glaubte, daß es Witte natürlich unangenehm sein müsse, vor Gericht über seine damalige politische Bekämpfung eines Amtsbruders Zeugnis abzulegen. Die bezeichnende Stelle dieses Briefes lautet:

„Grüneberg erzählt nun, ich hätte ihn aufgefordert, in einer öffentlichen Versammlung bei den Wahlen von 1878 dies zu Ihrer Bekämpfung und zur Beseitigung der Kandidatur Hoppe auszusprechen. Das ist natürlich unwahr. Aber wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen zuverlässigen Menschen — wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen. Übrigens wußte ich es damals nur aus dem Munde Grünebergs, daß ich von Ihnen bekämpft und durch Hoppe beseitigt werden sollte."

Witte antwortete ablehnend. Der mißtrauische Mann glaubte fest an die Wahrheit der „Enthüllungen" und argwöhnte in Stöckers Brief — den Versuch der Zeugenbeeinflussung.

Vor Gericht als Zeuge aufgerufen, las Witte die eine Stelle aus Stöckers Brief vor, ohne mitzuteilen, von wann der Brief sei. Das Gericht nahm an, er stamme aus dem Jahre 1878, mißverstand auch den Inhalt total und da stand dann zum Erstaunen der Welt im Erkenntnis, Stöcker habe vor der Reichstagswahl 1878 an Witte einen Brief geschrieben, „in dem er ihm mitteilte, daß er ihn bekämpfen und fallen lassen würde, wenn er, Witte, bei der Aufstellung des Hoppe verharre." Daraus ist der ganze Rattenkönig von Wirrnissen entstanden, darauf baute Witte seine Angriffe, daraufhin sprach die Presse von Stöcker als dem Verfolger Wittes!

Als Stöcker einige Tage später das Stenogramm des Erkenntnisses bekam, war er natürlich auf höchste verwundert. Er schrieb sofort an Witte:

„Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie sofort erklärten, daß ich einen solchen Brief an Sie nicht geschrieben habe. Sollten Sie zu einer öffentlichen Erklärung keine Freudigkeit haben, so schreiben Sie mir bitte, wie die Sache steht. Ich brauche die Wahrheit zu meiner Rechtfertigung auch vor der Obrigkeit."

Witte erwiderte, er werde keine Erklärung erlassen(!), müsse aber bestätigen, daß er in dieser Angelegenheit thatsächlich keine Briefe aus einer anderen Zeit, als vom April 1885, habe.

In seinem Mißtrauen hielt er das Schreiben Stöckers für einen Angriffsversuch.

Bis zum Jahre 1889 war nun Ruhe. Da veranlaßte eine Broschüre des Abgeordneten Cremer den Hofprediger Stöcker zu einer Erklärung in der „Kreuz-Zeitung" vom 3. Januar 1889:

„... der Fall Witte, den Cremer anführt, belastet mich nicht. Zur Beweisführung in demselben diente dem Gerichtshof die Aussage eines Zeugen und ein Brief, den ich geschrieben haben sollte. Da der Zeuge von dem Gerichtshof selbst als ein „nicht klassischer" bezeichnet worden ist, so fällt sein Zeugnis weg; der Brief aber existiert überhaupt nur in der Phantasie des Gerichtshofes ..."

Als „nicht klassischer" Zeuge war 1885 vom Gerichtshof Grüneberg bezeichnet worden. Witte glaubte aber, er sei mit dem „nicht klassischen Zeugen" gemeint. Stöcker erklärte sofort, Witte nicht damit gemeint zu haben. Es kam trotzdem zu Streitigkeiten, Prozessen, die mit einem Vergleich Stöckers und Wittes am 6. November 1890 schlossen.

Während dieses Streites, am 28. Januar 1889 stellte sich in der Wohnung Wittes der Schneidermeister Grüneberg ein und erklärte einen Brief aus dem Jahre 1878 von Stöcker zu haben, in dem er aufgefordert wird, Witte öffentlich zu bekämpfen. (Grüneberg brauchte Geld, wie er mehrfach selber schrieb.)

Bis dahin hatte man von zwei Briefen gehört. Der eine aus dem Jahre 1885 war echt. Der aus dem Jahre 1878 existierte nur in der Phantasie des in dem Irrtum einer Verwechselung der Jahreszahlen befangenen Gerichtshofs. Jetzt kam Grüneberg mit einem dritten. Er lieferte den Brief selbst nicht aus, sondern ließ nur von einer angeblichen Abschrift eine Abschrift anfertigen. Nur einmal hatte er Frau Pastor Witte einige Zeilen des angeblichen Originals aus einiger Entfernung gezeigt.

Der Brief lautet nach der Abschrift:

„Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heut Morgen bei mir war. Ich ersuche Ihn daher bei der nächste öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu Titel gelangen."

Als Datum ist der 19. August 1878 angegeben.

Trotz der grammatischen Fehler und obwohl Grüneberg das Original nicht herausgab, auch 10 Jahre von dem Briefe geschwiegen, ihn nicht mit an die „Volkszeitung" verkauft hatte, glaubte Witte doch an die Echtheit des Briefes.

Da Stöcker dieselbe bestreitet, unternimmt Witte es sogar unter Einreichung der von Frau Pastor Witte genommenen Abschrift des angeblichen Briefes Stöcker beim Evang. Oberkirchenrat wegen Meineides[1]) zu denunzieren.

Adolf Stein (der gefälschte Brief) berichtet nun weiter:

„Inzwischen war dem Oberkirchenrat die Geduld ausgegangen. Auf die Wittesche Denunziation Stöckers wegen Meineids wurde der Bescheid erteilt, daß die Prüfung des Sachverhalts nach Einsicht der Akten von 1885 keinen Anlaß zum Einschreiten gebe. Dagegen wurde wegen Wittes Broschüre ‚Mein Konflikt‘ das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet, das mit Wittes Bestrafung mit 300 Mark endete. Daß nichts schlimmeres erfolgte, erklärt das Erkenntnis mit den Worten:

„... Man hat es offenbar hier mit einer Idiosynkrasie des Angeklagten zu thun, die es ausschließt, ihm die absolute Grundlosigkeit eines Teils seiner Angriffe als besonders belastend anzurechnen.“

„Hofprediger Stöcker aber wurde um diese Zeit zu einer Unterredung mit dem Chef des Geheimen Civilkabinetts Dr. v. Lucanus aufgefordert (s. oben S. 39). Dr. v. Lucanus kannte Pastor Witte persönlich. Er stellte bei der Unterredung, offenbar im Namen des Kaisers, dem Hofprediger Stöcker die Wahl zwischen Beibehaltung des Amtes und Fortsetzung der politischen öffentlichen Thätigkeit. Stöcker schreibt in seiner Schrift: ‚Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker‘, daß Wittes Beschuldigungen gegen ihn (Meineid!) dabei zur Sprache gekommen seien.

„Nach dieser Unterredung wurde Stöcker vom Evangelischen Oberkirchenrat zu einer Besprechung aufgefordert. Der Präsident las ihm ein Kabinettsschreiben vor, in welchem dieser Streit zweier Geistlichen heftig getadelt und Stöcker als der mehrbelastete von beiden hingestellt wurde. Er erhielt einen Verweis und es wurde ihm eine Disziplinaruntersuchung auf Amtsentsetzung angedroht, wenn er in dieser Sache noch einmal das Wort ergreife, wozu übrigens für ihn keinerlei Grund vorlag.

„Die weiteren Ereignisse sind bekannt. Stöcker nahm seinen Abschied

---

[1]) Stöcker hatte unter dem Zeugeneid erklärt, daß er Witte nicht habe durch Grüneberg bekämpfen lassen wollen. Nun sollte der angebliche Brief Stöckers an Grüneberg beweisen, daß Stöcker einen Meineid geleistet habe.

und Witte, der entgegen dem Befehl seiner Behörde nicht ruhig blieb, wurde aus diesem Grunde[1]) seines Amtes entsetzt."

Stöcker hatte sich die Angelegenheit mit dem angeblichen Brief an Grüneberg aus dem Jahre 1878 nie erklären können. Er hatte aber keinen Anhalt, um die Sache zu ergründen. Vergeblich hatte er den Chefredakteur Freiherrn von Hammerstein, vergeblich den Missionsdirektor D. Wangemann gebeten, sich den Brief einmal zeigen zu lassen. Grüneberg ließ sich auf nichts ein. So hat niemand diesen angeblichen Brief zu Gesichte bekommen. Nur Frau Pastor Witte soll, wie oben erwähnt, einige Zeilen von ihm gesehen haben.

Endlich bekommt Stöcker im Herbst 1895 eine beglaubigte Abschrift des angeblichen Briefes zu sehen, der dem Evangelischen Ober-Kirchenrat mit der Denunziation Stöckers wegen Meineids durch Pfarrer Witte eingereicht ist. Sofort sieht er, daß der von Witte veröffentlichte Wortlaut mit dem Wortlaut dieser Abschrift nicht übereinstimme. Nun war es ihm zur Gewißheit geworden, daß der Brief, mit dem Grüneberg so spät hervorgetreten war, überhaupt nicht geschrieben war. Aber noch schwieg er.

Witte wußte inzwischen auch in der Öffentlichkeit die Meinung zu erwecken, die ja allerdings seine eigene Überzeugung war, daß an seiner Amtsentsetzung Hofprediger Stöcker schuld sei. Damit hatte er sofort die Gegner Stöckers auf seiner Seite. Der Fall Witte wurde am 4. März 1896 im Abgeordnetenhause besprochen und Stöcker direkt aufgefordert, sich über seinen Anteil an dem Fall Witte zu äußern. Er that das in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" vom 11. April 1896 in einem Aufsatz: Wahrheit! Wir führen denselben in den hauptsächlichen Ausführungen an:

„Seit sieben Jahren hat diese Angelegenheit das öffentliche Leben beschäftigt. Es galt für weite Kreise, und zwar auch positiver Richtung, für ausgemacht, daß der unglückliche Pastor Witte das Opfer persönlicher Verfolgung und amtlicher Ungerechtigkeit sei. Selbst gute Kirchenzeitungen waren durch parteiische Berichterstatter für ihn eingenommen. Daß der Herausgeber der ‚D.-Ev. Kztg.' gegen diesen Mann unbrüderlich gehandelt habe, stand vielen sonst wohlmeinenden Leuten fest; es galt als anerkannt, daß er ihn in gehässiger Weise habe angreifen lassen. Auch der Gerichtshof im Prozeß Bäcker hatte dies Urteil auf Grund unrichtiger Annahmen gefällt. Ein späteres Erkenntnis in einem anderen Prozeß hatte freilich den Irrtum des Gerichts aufgeklärt. Aber davon nahm man keine Notiz. — Als dann, ganz

[1]) Das Urteil der Kirchenbehörde, daß Witte an Querulantenwahn leide, war inzwischen durch die weiterhin angerufenen Medizinalbehörden umgestoßen und Witte für völlig geistig gesund erklärt worden. Er verblieb auch im geistlichen Amte.

ohne Zusammenhang mit diesen Ereignissen, Pastor Witte seines Amtes erst vorläufig, dann definitiv enthoben wurde, da sollte wiederum der Herausgeber der ‚D. Ev.-Kztg.' daran schuld sein. Im Inlande und im Auslande war der bemitleidenswerte Mann Grund der heftigsten Anklagen (anderer) gegen seine (Wittes) Feinde. Besonders als vor einigen Monaten eine Sammlung für ihn stattfand, erhob sich überall ein wildes Geschrei; alte und neue Unwahrheiten wurden hervorgeholt, um ihn zum Märtyrer zu machen. Selbst der Führer dre Freikonservativen, v. Zedlitz-Neukirch, und der Vorsitzende des Berliner Zweigvereins des reformierten Freiherr Bundes, Abgeordneter Lückhoff, verschmähten es nicht, den Sammelruf (zu Gunsten des um sein Amt gekommenen Witte) zu zeichnen, unter Angriffen auf Hammerstein und Stöcker den Pastor Witte zu erheben und ihn gegenüber diesen Verfolgern als Ehrenmann hinzustellen. Auch im Abgeordnetenhause kam die Sache zur Sprache und wurde vom Freisinn zu einer kirchenpolitischen Aktion aufgebauscht. Dadurch ist sie nun endlich klar gestellt. Der Gemeindekirchenrat von Golgatha hat amtlich erklärt, daß Wittes Amtsenthebung mit dem Herausgeber der ‚D. Ev.-Kztg., nichts zu thun habe. Und weitere Enthüllungen haben den klaren Beweis geliefert, daß mit sehr unlauteren Mitteln gegen diesen gekämpft ist.

In seiner Broschüre: ‚Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker' hatte er den Fall Witte in der schonendsten Weise behandelt. Er hatte geschrieben, daß Witte bei seiner Absicht, ihn mit einem Falscheid zu belasten, sich auf die Abschrift eines Briefes stützte, den er für echt hielt, der aber von der untersuchenden Behörde sofort als eine Fälschung erkannt wurde. Dagegen erklärte Witte in der ‚Kreuzzeitung' die Angabe, daß er mit einem gefälschten Briefe vorgegangen sei, für eine Erfindung und vollkommen unwahr. Auch diese Sache ist jetzt geklärt.

Der angeblich von Stöcker verfaßte Brief lautet wörtlich aktenmäßig: ‚Über den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche **Ihn** daher bei der **nächste** öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde wie die Juden zu **Titel** gelangen.'

Es liegt auf der Hand, daß dieser Brief gefälscht ist; man muß sich nur wundern, daß er irgendwie zur Verwendung kam.

In der Schrift Wittes ‚Mein Konflikt mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker' lautet dagegen der Brief auf S. 11: ‚Über den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche **Sie** daher, bei der **nächsten** öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu **Titeln** gelangen.'

Bei diesem Sachverhalt ist natürlich das Urteil, daß Pastor Witte den gefälschten Brief für echt hielt, nicht aufrecht zu halten. Der gefälschte Brief ist offenbar korrigiert, um mit dem Schein der Echtheit die öffentliche Meinung irrezuführen."

Witte erhob nun Anklage gegen Stöcker wegen Beleidigung.

Das Schöffengericht I Berlin glaubte an das Vorhandensein des angeblichen Grünebergschen Briefes und verurteilte Stöcker

am 12. November 1896 wegen verleumderischer Beleidigung zu 600 Mk. Geldstrafe event. zu 40 Tagen Gefängnis.

Nun hatte die Stöcker feindliche Presse gute Zeit. Mit frohem Triumph und gutem Behagen brachte sie es in immer neuen Variationen ihrem Leserkreise bei, daß endlich Stöckers Charakter gerichtlich festgestellt und der Mann für immer abgethan sei.

Stöcker konnte sich natürlich bei diesem Urteil nicht beruhigen. Die Sache kam am 29. und 30. Januar 1897 von dem Landgericht I Berlin aufs neue zur Verhandlung.

Hier ändert sich das Urteil über das Vorhandensein des Briefes. Der Gerichtshof kann denselben nicht als vorhanden ansehen. Wie hätte er es auch sollen?

Für die Existenz des Briefes ist kein anderer Beweis vorhanden, als das Zeugnis Grünebergs, dem das Zeugnis Stöckers gegenübersteht und als die Aussage der Frau Pastor Witte, welche den Brief aus einiger Entfernung gesehen und die in Rede stehende Stelle auch gelesen haben will, ihre Abschrift aber auffallenderweise nicht nach dem gelesenen Wortlaut des vermeintlich echten Briefes, sondern nach der fehlerhaften Abschrift Grünebergs gemacht hat. Grüneberg sagt in der ersten Verhandlung vom 12. November, er habe das Original des Briefes bei dem Bäckerprozeß dem Vorsitzenden Lüty gezeigt, weiter habe es niemand gesehen; er habe nie eine Abschrift von dem Briefe gemacht. Daß er den Brief der Frau Witte gezeigt habe, weiß er damals erst nicht, giebt aber dann die Möglichkeit zu, und bemerkt dann, wenn er ihr aber etwas gezeigt habe, so könne es nur das Original gewesen sein, denn er habe keine Abschrift gemacht. Und in der letzten Verhandlung am 29. Januar sagte er ausdrücklich, daß er eine Abschrift von dem Briefe gemacht habe und zwar aus dem Gedächtnis, und daß er diese Abschrift der Frau Witte in die Hände gegeben habe.

Der Brief ist falsch datiert. Statt „24. Juli 1878“ steht da „19. August 1878“. Rechtsanwalt Lenzmann, der Rechtsbeistand Wittes, meint, da habe sich Stöcker eben wohl verschrieben, das käme vor. Gewiß, daß man in den ersten Tagen des neuen Monats den alten schreibt, das ist möglich, daß man aber am 24. Juli den 19. August schreibt, das ist völlig unglaublich. Verständlich wird das Datum nur dann, wenn man annimmt, Grüneberg habe den Brief einige Jahre später selbst angefertigt. Die Reichstagswahl, während der angeblich Grüneberg gegen Witte auf-

treten sollte, war am 30. Juli beendet, die Versammlung, von der im Brief vorher die Rede war, fand am 23. Juli statt.

Grüneberg war am 19. August bereits entlassen. Er kann also in dieser Zeit unmöglich noch Befehle von Stöcker empfangen haben.

Das Landgericht erkannte also an, daß der Brief nicht existiere, aber es billigte Stöcker nicht den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zu. Stöcker wurde wegen einfacher Beleidigung zu 500 Mk. Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt.

Und nun bietet die Presse ein anderes Schauspiel. Die „Tägliche Rundschau" schreibt damals darüber:

„Das Urteil in dem Prozesse Stöcker-Witte wurde merkwürdigerweise von der gesamten liberalen Presse ohne Zusatzbemerkung veröffentlicht, während das erste Urteil, das den Hofprediger a. D. als der verleumderischen Beleidigung schuldig erkannt hatte, mit langen Leitartikeln über den ‚geächteten' Mann gefeiert worden war. Aus einer Verurteilung wegen einfacher Beleidigung, die sich zudem auf einem ziemlich löcherigen Zeugenbeweise aufbaut, ist eben kein Kapital zu schlagen zur Vernichtung des bis zum Übermaße gehaßten Mannes, und so begnügt man sich mit den Verdammungssprüchen, die man bei dem ersten Prozesse über ihn abgegeben hat. Stöcker ist eine Persönlichkeit, deren Wirken abseits von unserem liegt und deren Einfluß wir in den meisten Fragen für bedenklich halten; aber gerade deswegen müssen wir es hier aussprechen, daß die Befehdung dieses Mannes eine Form angenommen hat, die jeden anständigen Menschen anwidert und die, wenn sie unwidersprochen bleibt, unser politisches Leben vergiftet."

Aber auch mit diesem Urteil konnte Stöcker sich unmöglich zufrieden geben. Er war des Meineids verdächtigt und sollte nicht berechtigte Interessen wahrzunehmen haben?

So beschäftigte die Angelegenheit die Gerichte weiter. Von dem Landgericht II Berlin wurde das auch in den folgenden Revisionen nicht mehr umgestoßene Urteil am 30. September 1897 gefällt.

Stöcker wurde völlig freigesprochen. Die Zahlung der durch die Privatklage entstandenen Kosten aller Instanzen wurde Witte auferlegt.

Wir führen einiges aus der Begründung des Urteils an:

„Ein solcher Zeuge (Grüneberg) verdient keinen Glauben, und die einzige Person, die — soweit bekannt — außer ihm von dem Inhalt

des fraglichen Briefes aus eigener Wahrnehmung Kenntnis erlangt hat, Frau Pastor Witte, ist offenbar getäuscht worden . . .

„Am 9. März 1896 haben auch die kirchlichen Organe der St. Golgatha-Gemeinde erklärt, daß der Angeklagte (Stöcker) auf die Streitigkeiten zwischen den kirchlichen Gemeindeorganen und dem Privatkläger (Witte), die dessen Suspension zur Folge gehabt, keinen Einfluß geübt hatte . . .

„Fest steht zunächst, daß der Auszug aus dem angeblichen Briefe des Angeklagten an Grüneberg in zwei verschiedenen Lesarten existiert, in der einen von Frau Pastor Witte entworfenen Abschrift, die mit 5 Fehlern dem Konsistorium vorlag, und in einer zweiten Lesart, die sich ohne Fehler in den oben erwähnten Flugschriften des Privatklägers (Witte) befindet.

„Schon bei dieser Sachlage war der Angeklagte berechtigt, diesen Brief . . . als gefälscht zu bezeichnen. Hierzu war er um so mehr befugt, als der Privatkläger (Witte) selbst zugesteht, die Fehler in der von seiner Frau von der Grünebergschen Abschrift genommenen Abschrift verbessert und den so korrigierten Briefauszug dann in der erwähnten Flugschrift veröffentlicht zu haben . . .

„Aus dem vom Angeklagten (Stöcker) glaubhaft vorgetragenen Zusammenhang zwischen den gegen ihn seit Ende 1895 erhobenen Angriffen und den Anfang April 1896 erschienenen zwei Artikeln ergiebt sich auch, daß diese Artikel nicht unmittelbar gegen den Privatkläger (Witte) gerichtet sind, sondern zur Abwehr jener Angriffe, mithin zur Verteidigung von Rechten dienen sollten."

So das Gericht.

Was hat man im Laufe des Prozesses Witte alles dem bösen Hofprediger nachgesagt: hinterlistiges Verhalten gegen einen Amtsbruder, Verfolgungssucht, Lüge, Verleumdung, gar Meineid. Und von alle dem ist nichts übrig geblieben. Stöcker ist glänzend gerechtfertigt. Aber wer erfährt das im deutschen Volk?

---

7. Und die Moral?

Im Jahre 1897 schrieb die „Düna-Zeitung“, das angesehenste deutsche Blatt in den russischen Ostseeprovinzen:

„Vor einiger Zeit hat Stöcker in einem Vortrage, den er in Elberfeld hielt, erklärt, wir Deutsche besäßen die schlechteste Presse der Welt; das war nun vielleicht ein wenig übertrieben, und die an dieser Stelle zum Abdruck gekommenen Darlegungen der ‚Weser-Zeitung‘ dürften wohl eher zutreffen. Trotzdem enthält jener Ausspruch eine subjektive Wahrheit. Wenn einer, hat Stöcker ein heiliges Recht, über die Unmoral unserer Presse zu klagen. Gewiß ist in ihr das Gefühl für Anstand und honorige Gesinnung im allgemeinen nicht erstorben; aber ihr Verhalten zu Stöcker wird immer ein dunkler Punkt bleiben. Der einsame sozialreformatorische Pfadfinder, der trotz zeitweiligen Entgegenkommens und gelegentlicher Behutsamkeit doch so ganz und gar kein Diplomat war, ist ihr je und je ein Dorn im Auge gewesen, und da an seinen Werken und Zielen kein Makel klebte, versuchte sie es mit persönlichen Verunglimpfungen. Der Mann, der in frevlerischem Zorn die Majestät des Judentums und des Kapitals angetastet hatte, mußte verdorben werden, und so wurde seit nunmehr zwanzig Jahren unablässig und, von keinerlei Enttäuschungen entmutigt, gehetzt, gefälscht, verdächtigt und gelogen, bis die Gemüter der Zeitungsleser vollends in die Irre geführt waren. Das Verleumdungsgeschäft ist durch all die Jahre mit einer so raffinierten Geschicklichkeit betrieben und die öffentliche Meinung so gründlich vergiftet worden, daß es schwer wird, außer den engen Kreisen der Parteifreunde noch ein paar Tausend Menschen aufzutreiben, die sich ihre Unbefangenheit bewahrten.“

Und das Organ der bayerischen Konservativen, die „Süddeutsche Landpost“, schrieb anläßlich der Angriffe von 1895:

„Wir halten fest an dem bravsten und mutigsten Mann in Deutschland, an Adolf Stöcker . . . Der glühende Haß der Gegner kann uns belehren, was wir an Stöcker haben.“

Der sozialdemokratische Führer Singer hat sich am 20. März im Reichstage für die Berechtigung seiner Angriffe auf den Schultheß'schen Geschichtskalender berufen. Aber ein Geschichtskalender, der die Ereignisse der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt des Verfassers zusammenstellt, enthält nicht das Urteil der Geschichte. Wir sind überzeugt, daß die Geschichte über die Person und die Wirksamkeit Stöckers ein anderes Urteil fällen wird als viele unserer hinsichtlich seiner Person irregeleiteten Zeitgenossen.

Wenn erst die evangelischen Christen begriffen haben werden — was viele teils infolge falscher Weltflüchtigkeit, teils aus Scheu vor der gehässigen Kampfesweise der Mächte des Unglaubens noch nicht wollen —, welche Aufgaben die Lebensmacht des evangelischen Glaubens auf dem

Gebiet der Öffentlichkeit, auch im wirtschaftlichen und politischen Leben zu vollbringen hat, dann wird auch Stöcker die Ehre widerfahren, die ihm gebührt: Die Anerkennung, der oft einsame, aber trotz aller Anfechtungen in Treue gegen seinen Heiland bewährte Vorkämpfer dafür gewesen zu sein.

Und wer diese Blätter zu Ende gelesen und mit uns die Überzeugung gewonnen hat, daß Adolf Stöcker bisher seine Ehre unbefleckt erhalten hat, der helfe mit, daß auch andere dies Urteil sich aneignen.

Dann wird über den Reichstagsverhandlungen vom 20. März 1901 die Inschrift leuchten: „Ihr gedachtet es böse zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen.“

Druck von Herrosé & Ziemsen in Wittenberg.

LETTRE PUBLIQUE

A L'ADRESSE

DE M. STOECKER

PRÉDICATEUR DE LA COUR

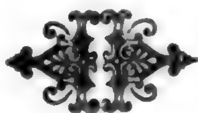
A BERLIN

PÈRE DE L'ANTISÉMITISME DE NOTRE ÉPOQUE

EN ALLEMAGNE

PAR

UN AMI DE LA VÉRITÉ.



1888.

LETTRE PUBLIQUE

A L'ADRESSE DE M. STOECKER.

Vouloir guérir M. Stoecker de son antisémitisme est une tâche aussi ingrate que de tenter de blanchir la tête d'un nègre ! Aussi cette lettre ne tend-elle pas à opérer ce miracle.

Elle se propose modestement d'établir quelques points de vérité. Le triomphe de certaines de vos manœuvres, M. Stoecker, pourrait vous faire oublier que ces attaques contre les faibles et ces persécutions contre des innocents, sont autant de crimes. Peut-être même prendrez-vous la joie que vous ressentez de ces succès pour le bonheur qu'amène avec soi toute bonne action.

Quelle tristesse et aussi quelle humiliation pour toute conscience droite, de voir un homme de votre instruction et de votre rang se fourvoyer aussi misérablement. Une route s'ouvrait devant vous, dans laquelle semblaient vous pousser votre caractère de pasteur et votre intelligence et où tout honnête homme eût aimé à vous voir marcher......... et vous prenez sans hésiter le chemin diamétralement

opposé. Devant une telle aberration, on se surprend à douter et à désespérer de l'homme. A quoi sert l'éducation ?

Quand le progrès semble rendre l'homme à la lumière, n'y a-t-il pas comme une fatalité mystérieuse qui le repousse dans sa fange et ses ténèbres ?

Que le loup déchire l'agneau, son instinct l'y pousse. Qu'il veuille persuader en outre à l'agneau qu'il fait œuvre pie, cela se comprend. Interrogez des forçats, le bagne vous paraitra rempli d'hommes de bien. Mais quelle bonne raison vous donneront les mangeurs de juifs ? D'où vient cette férocité, cette rage à s'acharner sur leur proie ? Serait-ce par hasard d'un autre intérêt que de celui du ciel, d'une légère envie d'or ? Mais alors MM. les antisémites ne persécuteraient dans les juifs que leurs propres défauts, ils ne haïraient en eux que des concurrents heureux. Les juifs auraient-ils excité la jalousie par leur soi-disant influence dans toutes les affaires publiques et sociales ?

O ministre de l'église évangélique, le Christ n'était jaloux que de sa mission, il ne connut ni honneurs, ni honoraires, il ne brigua jamais qu'un titre, celui d'ami de la vérité et de la justice. D'ailleurs, serviteur du Dieu de vérité, avouez que cette influence si vantée, n'existe, avec beaucoup d'autres belles choses, que dans votre fertile imagination. Et fût-elle réelle : elle serait légitime et certainement moins funeste au monde que la vôtre. Elle ne pourrait être que le résultat du

travail, de l'intelligence et de l'honnêteté et non d'un héritage ou de la force matérielle. Sans doute, modeste disciple de l'humble et noble Nazaréen, le sommeil du juste doit vous fuir quelquefois. Le sort qui vous accabla à la fois des soucis de Prédicateur de la Cour, de Représentant à la Chambre impériale, de Président de missions évangéliques et autres (!), de tribun du peuple, etc.... vous a voué d'avance aux insomnies brûlantes. Que faire dans l'insomnie, à moins que l'on y songe; aussi, quand quelque cauchemar pose son genou de fer sur votre poitrine haletante devez-vous vous réveiller en sursaut et songer.

Et à quoi songeriez-vous, si ce n'est à ces maudits juifs, objet de votre haine, sur qui pleuvent vos discours incendiaires, vos excitations haineuses, vos harangues assassines ? Vous recherchez la raison de votre haine inextinguible et, comme vous ne pouvez admettre ni instinct chez l'homme, ni fatalité dans le destin, vous arriverez avec effroi à la conclusion qu'au fond l'axiome du vieux Bacon est encore vrai de nos jours : « Les hommes sont des loups entre eux », vous vous surprendrez même à suivre vous aussi, ô ministre d'un Dieu de bonté et de paix, cette horrible devise d'une époque barbare.

De grâce, laissez encore un peu dans le silence et le calme de la nuit, votre esprit s'élever au-dessus des causes et de leurs effets. Dans cette région moins tumultueuse, il entendra peut-être la

voix de votre conscience. Ecoutez-la bien : celle-là, malgré vous, vous dira la vérité. Sa voix cependant ne sera ni insinuante, ni persuasive : le fanatique endurci n'entend ni ne voit que ce que sa passion lui fait apercevoir. Pour se faire écouter de lui, elle doit sonner comme un clairon au jugement dernier. Aussi vous criera-t-elle : comme vous paraissez vous abuser sur le caractère de vos actions, ainsi que sur les causes qui les produisent, vous allez connaitre maintenant l'un et l'autre, vous allez apprendre la vraie cause de votre conduite, le véritable mobile de vos persécutions contre les juifs, le but réel de votre prétendue mission divine. Ecoutez et soyez confondu, écoutez et amendez vous !

Vous avez été élevé dans une école où le nom de juif et de Caïn sont synonimes. On vous y a enseigné que les juifs sont des êtres chargés de malédiction qui, depuis que le christianisme s'est substitué au judaïsme, n'ont plus droit à l'existence. Mais la Bible vous dit que le juif, béni de Dieu, même dans le châtiment ne sera jamais abandonné. (Jér. XLVI, 28, Sam. XII, 22, Ps. XCIV, 14). D'où vient cette contradiction ? Déjà un doute se glisse dans votre cœur, un doute qui se changera pour vous en une certitude poignante. Le juif, sans droit à la vie, vit pourtant. Bien plus, jamais on n'observa pareille vitalité ni dans aucun climat, ni dans aucun pays. Quelle cause a ce phénomène? D'où vient cette exhubérance de qualités physi-

ques, cette résistance aux influences les plus diverses et souvent les plus opposées, d'où vient cette élasticité de l'âme et du corps qui se plie à toutes les exigences ? Quelle force, quand ils se sont courbés jusqu'à terre dans la tempête, les fait se redresser tout à coup après la tourmente dans toute leur droiture et leur vigueur première ?

Quelle force, en dépit des persécutions, des humiliations, des mépris, des fléaux dont on les accabla, en dépit de leur défaite, de leur abaissement, de leur esclavage ; quelle force, faut-il se demander les sauva de la chute morale où tombèrent tous les vaincus de l'antiquité ? Sont-ce donc là des stigmates d'un peuple maudit ? Quels signes voudriez-vous alors d'une bénédiction céleste ?

Vous n'en voulez pas d'autres, n'est-ce-pas ? car à ceux-ci, vous l'avez déjà reconnue. Mais vous, et vos pareils de tous les siècles, vos prédécesseurs comme vos successeurs, ont tout fait, et feront tout, pour que cette bénédiction porte tous les fruits de la plus affreuse malédiction. Insensés, qui vous érigez en exécuteurs des arrêts de la Providence! Et fussiez-vous réellement l'instrument dont Dieu se sert pour châtier Israël, y aurait-il lieu de vous en glorifier ? Les Egyptiens, les Assyriens, les Babyloniens furent tour à tour, eux aussi, les instruments de la colère de Dieu, et vous n'ignorez pas, ô savant théologien, qu'ils ont dû subir la peine du talion pour prix de leurs

forfaits. Le sort d'Aman ne peut guère sourire non plus aux ennemis des juifs. (Isaïe XLIX 22 ; LI 23 ; Jérémie LLI ; Esth. VII 10, etc.)

En continuant votre examen de conscience, et en fouillant jusqu'au dernier repli de votre cœur, vous trouverez une autre cause de votre haine du juif, et cette découverte vous sera d'autant plus pénible que vous souffrirez de vous l'avouer à vous-même. Permettez que je vous dise franchement ce que vous craignez de lire en vous-même. Quel dépit, quel chagrin pour vous à l'idée, que tout ce que vous honorez, tout ce que vous vénérez, admirez, adorez, vous vient de cette race dont vous avez juré la perte ! O fureur, penser que sans elle vous ne seriez rien, un simple barbare, un mécréant païen, et que c'est d'elle que vous vient votre foi et votre civilisation. Quel redoublement de rage contre ceux qu'on hait, parce qu'on se trouve quelque motif de les vénérer, eux, et leurs grands hommes, surtout quand ces grands hommes sont les patriarches, éternels modèles de toute vertu, et leur postérité bénie, puis les prophètes, héros sacrés qui savaient également bien mourir pour leur patrie terrestre et céleste, et tous les grands noms de l'Evangile, Jésus en tête dont le seul sang juif faisait battre le cœur juif.

Ah ! si le juif anéanti, disparu avec toutes les preuves de son antique croyance, ne pouvait plus, aujourd'hui absolument comme autrefois du temps de ses prophètes, se glorifier de l'alliance de Dieu,

comme votre orgueil souffrirait moins, et comme votre ingratitude serait moins en peine ! Vous auriez peut-être quelque respect rétrospectif pour l'antique religion et ses croyants. (L'orgueil, même le plus haut, ne marchande pas son admiration aux morts, et l'ingrat lui-même est plein de gratitude pour des bienfaits dont il ne pourra plus connaître l'auteur.) Mais pour vous quel supplice ! Le juif vit, et prospère de toutes façons ; il brille par des vertus dont vous vous sentez incapables. Tous les jours vous les voyez vivants et vous rappelant ainsi leurs bienfaits, le bonheur et les bénédictions qu'ils vous ont apportés! Quel pesant fardeau pour l'ingratitude. Elle rue et se révolte comme un cheval qu'on fouette.

Mais allez donc dire au monde que la reconnaissance est trop lourde pour vous. Si on pouvait, on se cacherait même à soi-même la noirceur de son cœur. L'ingratitude préfère faire signe à son amie l'imagination. Celle-ci arrive et le mensonge suit de près. Et voilà bientôt que le bienfait n'apparait plus si grand ; ce n'est déjà plus qu'un bien maigre service, rendu d'ailleurs par mégarde, sans intention, ou peut-être bien par intérêt. Et non contente d'amoindrir les bienfaits reçus, elle prête à leurs auteurs des sentiments de bassesse qu'elle est allée chercher en elle-même, des vices qu'elle a découverts dans son propre cœur.

Et voilà l'origine de votre haine; ô M. Stoecker, vous dit votre conscience. Haine incurable, car

n'ayant pas de motif, elle n'a pas de remède. Elle est la résultante de ces instincts pervers qui ont noms : orgueil, ingratitude, envie et jalousie.

L'antisémitisme ne guérira pas plus que le nègre blanchira. Ce changement psychologique paraît aussi impossible que ce changement physique.

Ni les avertissements, ni les châtiments ne purent détourner Pharaon de ses persécutions contre Israël. Pourquoi ses imitateurs, les antisémites en général et M. Stoecker en particulier, prêteraient-ils plus d'attention à la voix de la conscience ? (pas cette conscience étroite et mesquine de sectateurs, mais la conscience large et impressionnable des gens que n'a pas encore infectés la maladie à la mode, la haine des races.) Leur impunité dans le passé, les encouragements et les secours qu'ils semblent trouver dans le présent, non seulement auprès des envieux ou dans les bas-fonds de la société, mais encore auprès de fanatiques ou d'illuminés appartenant aux classes supérieures, tous ces triomphes apparents, leur ferment les yeux et endurcissent leurs cœurs. Ils n'ont ni le calme, ni le loisir nécessaires pour rentrer en eux-mêmes par un examen de conscience sérieux et attentif : leur aveuglement leur cache jusqu'au piège où ils sont tombés. Aussi Pharaon n'a-t-il pu que mourir dans l'impénitence : Le vice tue le méchant. (Psaumes XXXIV, 22.) Car après tout, reprend la conscience, ô antisémites, que reprochez-vous au juif ? Quel est son crime, soit d'homme, soit de

patriote ? En quoi est-il inférieur à ses frères des autres croyances ?

Il est commerçant, dites-vous, à qui la faute ? Et puis quel mal peut causer à un pays le développement de son commerce ? Le juif apporte-t-il moins de loyauté et d'honnêteté dans ses transactions que le commerçant non israélite ? La preuve en reste à faire et pour nous on ne le fera jamais. D'ailleurs à qui doit-on reprocher de voir le juif se jeter de préférence dans la carrière du commerce ? N'est-ce pas aux gouvernements, ou pour parler franc, à la société chrétienne, qui l'y a poussé et l'y a maintenu impitoyablement pendant de longs siècles ? Il serait plaisant qu'après avoir jeté un homme à l'eau et l'y avoir maintenu, on lui fit un crime de s'être mouillé ou d'avoir un peu appris à nager. D'ailleurs votre inconséquence et votre injustice ne lui épargnent pas ce reproche même, s'il est cultivateur où artisan et dans bien des pays il est l'un et l'autre.

Enfin s'il se destine aux carrières libérales (et depuis la création des écoles des prophètes en Israël, les études y sont en grande faveur,) les criailleries antisémitiques ne retentissent-elles pas cent fois plus fort ? Non, la faute est moins aux juifs qu'à vous, leurs persécuteurs présents et passés.

Convenez-en donc, théologiens ténébreux et fanatiques, Stoecker et consorts, la gratitude vous est un trop pesant fardeau ; la haine avec tous ses excès vous est bien plus légère. Antisémites de

haute et basse volée, le fanatisme religieux, la convoitise, l'envie et la jalousie nous expliquent toutes vos excitations et vos persécutions.

Avez-vous au moins quelque conscience du but de vos sentiments et de vos actes ? Vous êtes-vous parfois demandé ce que vous enviez, jalousez et convoitez si ardemment ? Le doute est permis. Les juifs sont-ils donc tous riches et gorgés de biens ? Il est à peine nécessaire de dire non, et la proportion entre riches et pauvres est la même chez les juifs que chez les non juifs. Mais supposons (supposition toute gratuite) que la balance penche légèrement en leur faveur, l'activité honnête, n'aurait-elle plus permission par hasard, de se déployer à son aise et de jouir paisiblement du fruit de son travail ? La persévérante poursuite d'un but social, le développement naturel d'une force morale ou physique, la sobriété, l'économie, seront-ils proscrits et poursuivis comme crimes ?

Le juif est-il jamais resté étranger dans son pays, à quelque manifestation de patriotisme ? N'accomplit-il pas consciencieusement ses devoirs d'homme et de citoyen ? Manque-t-il jamais de prendre part aux joies, aux triomphes et aux gloires de sa patrie ? Ne contribue-t-il pas selon ses moyens à la grandeur et à la puissance de son pays ? Dans les mauvais jours ne souffre-t-il pas lui aussi du malheur commun, des peines, des angoisses et des humiliations ? quelle manifestation nationale le

trouva jamais froid ou indifférent ? A-t-il jamais refusé son obole à l'infortune ou à la misère privée ou publique ?

On ne nie rien de tout cela, on ne le peut pas. Mais il est de toute nécessité de trouver des défauts aux juifs. Alors on croit avoir trouvé dans son patriotisme, le défaut de sa cuirasse, patriotisme d'un nouveau genre. On croit observer qu'il ne s'identifie pas avec la nation dans toutes les manifestations de sa vie sociale, qu'il ne s'absorbe pas entièrement dans l'âme du peuple ; et, comme comble de crime, on lui reproche son amour des siens et de sa race, et encore sa croyance indéracinable à un idéal, son Messie et son Jérusalem, croyance qui n'est autre que l'attente d'un état de grande perfection morale dans la société, l'arrivée d'une ère de paix générale et de progrès universel.

Ce reproche pourrait paraitre fondé, si par le mot peuple on entendait non l'ensemble de toutes les parties qui le composent, mais l'unité d'ordinaire la plus remuante.

Mais envisagés sérieusement, ces reproches ont-ils quelque apparence de justesse ? Pour être patriote est-il nécessaire de s'absorber dans la nation, d'accepter sans discussions toutes les idées de la majorité, d'en approuver jusqu'aux écarts, jusqu'aux erreurs et défauts ? Mais à ce compte-là on ne trouverait pas de patriotisme dans n'importe quel parti politique ou religieux, et tous mériteraient de disparaitre sans retard. Avec l'association

devrait aussi disparaître l'individu et le libre arbitre devrait cesser d'être. Mais alors ce serait en haut la pire tyrannie et en bas le plus dissolvant communisme. La barbarie reviendrait au galop, voire même la sauvagerie.

Catholiques, rallumez les bûchers de l'Inquisition, protestants, revenez sans tarder à la barbarie des iconoclastes, orthodoxes grecs, reprenez sans hésiter vos sublimes persécutions du moyen âge. Conservateurs et libéraux, qu'attendez vous, allons sus les uns aux autres, progressistes et radicaux, pas de pitié, dévorez-vous !

Poètes et artistes, pour vous surtout voilà la dernière heure. La société moderne n'a plus de place pour vous. Arrière ! vous qui osez encore croire à l'idéal, qui l'encensez, qui le prônez et cherchez à saisir par quelque endroit cet insaisissable Protée.

Erreur ou vérité, vice ou vertu, personne ne pourra plus choisir entre les deux. Humble individu d'une grande nationalité, l'idée qui domine en elle doit être la vôtre. Ses mœurs seront vos mœurs, ses travers vos travers et ses vices les vôtres, sous peine d'être coupable de crime de lèse-nation. Le peuple hante le cabaret, donc personne ne restera sobre; tu fais partie du peuple et tu te saouleras avec lui, et quand il insultera, que ta voix hurle avec la sienne !

Ici on se borne à hausser les épaules. L'histoire nous montre des progrès, en toutes choses, long-

temps retardés. On les retarde, on les entrave, mais jamais, nul n'en a détruit ou étouffé même un seul, pour toujours. Toujours l'idée fait son chemin, lentement, sinon vite, à travers tous les obstacles et toutes les entraves.

Cette certitude consolante est le refuge des juifs dans leurs peines ; leur force à supporter les amertumes dont on les abreuve, à résister aux assauts répétés de leurs ennemis et à lutter pour l'existence. Les longues leçons du malheur leur apprirent à ne plus désespérer. Si terrible que soit l'orage qui gronde sur leur tête, ils savent que tôt ou tard le calme reviendra dans l'atmosphère. Derrière les nuages orageux qui crèveront ou que le vent chassera, reparaîtra au-dessus de leur tête dans le bleu du firmament le soleil radieux des jours heureux. Les flambeaux de la paix et du progrès ne sont pas éteints pour toujours. Les juifs savent attendre avec résignation que le calme se refasse dans les esprits et la nature, et jamais leurs espoirs n'ont été déçus.

Pour vous, M. Stoecker, aujourd'hui votre triomphe semble complet, votre influence s'accroit, votre parti grossit, se fortifie, se targue de l'appui des puissants ! L'ivraie pousse plus vite que le bon grain. Le fléau que vous déchainez prend visiblement des proportions inquiétantes, votre haine alourdit sa main sur ses victimes; son souffle empoisonné en les touchant, comme le simoun, les sèche jusqu'à la racine, les tue dans leur

épanouissement, tarit les sources de progrès et de développement.

Mais court sera votre triomphe. Bientôt vous pourrez voir, et ce sera votre châtiment, tout le mal que vous aurez semé, germer pour eux en moisson de bénédictions. Même amoindris en apparence vous les trouverez toujours grandis en force morale.

L'histoire du peuple juif nous montre en maint endroit que la Providence choisit des voies mystérieuses pour amener son peuple à la grande et sainte mission qu'elle lui a confiée, suivant la parole de Moïse et des prophètes.

L'instrument du mal sera anéanti, voué aux malédictions futures, mais l'œuvre de la Providence rayonnera jusque dans l'éternité pour la gloire de Dieu et le bonheur des peuples.

Imp. Vve Michel Van Dantzig, à Bruxelles.

Der

Apostel Stöcker, seine Jünger

und

der deutsche Bürgerkrieg.

Ein Beitrag zur Entwickelungsgeschichte der antisemitischen Bewegung.

Von

Dr. L. Kleist.

Berlin 1881.
Stuhr'sche Buchhandlung.

Die tief in das deutsche Volksleben einschneidende Bewegung gegen unsere jüdischen Mitbürger, die ein protestantischer Geistlicher nicht nur nicht zur Ehre Gottes, sondern vielmehr ohne jede Rücksicht auf den höchsten sittlichen Grundsatz im Verkehr cultivirter Völker untereinander, auf die allgemeine Menschen- und Bruderliebe, mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, betreibt, ist zwar von bedeutenden und einflußreichen protestantischen und katholischen Theologen auf das Schärfste getadelt und beleuchtet worden; letzteres ist jedoch nicht in der Weise geschehen, daß der Laie sich ein klares Bild entwerfen könnte von der trügerischen Lehre des von einem Bierhaus in das andere wandernden Apostels, von seinem eigenen und seiner Jünger und Helfershelfer Charakter und endlich von den entsittlichenden Folgen, welche das Predigen seiner heillosen Lehre erzeugt hat und noch erzeugen kann, wenn die Erkenntniß der Verirrten nicht noch zur rechten Zeit einkehrt.

Diese Aufgabe ohne innere Erregung oder ohne scharfe Worte der Kritik zu lösen, ist wahrlich schwer; aber ich darf wohl hoffen, daß der Leser mir, der ich mit ehrlichen Waffen gegen die Bewegung ankämpfen will, indem ich, gestützt auf Thatsachen, dieselbe von ihrem Entstehen bis zur heutigen Entwickelung in das richtige Licht zu stellen gedenke, ein hartes Wort, das etwa der Feder entschlüpfen sollte, gern verzeihen wird. —

Gerade jetzt, wo der Tag der entscheidenden, großen Wahlschlacht naht, treten die ursprünglich verschleierten Absichten und Ziele des neuesten Apostels klar zu Tage; jetzt, wo er im Verein mit seinen Genossen alle erdenklichen Versuche anstellt, mittelalterliche Institutionen durch die Wahl von Dunkelmännern, von Feinden der Freiheit, von Freunden einer herrschsüchtigen Or-

thodoxie und einer knechtenden Reaktion, wieder einzuführen: da wird unser offenes Wort am Platze sein, da wird es zu der Erkenntniß führen, daß ein evangelischer Hofprediger einen Bruderkrieg heraufbeschworen hat, um mit seiner politischen Irrlehre leichter durchzudringen.

Jeder ehrliche und freisinnig denkende Staatsbürger soll dies erkennen und soll sich mit Entrüstung von einem solchen Apostel und von den Leuten abwenden, die Religions- und Bürgerkrieg auf ihre schmutzige Fahne geschrieben haben, um Reaktion und Orthodoxie zum Siege zu führen.

Am 3. Januar 1878 berief der Hofprediger **Stöcker** in Gemeinschaft mit seinem damaligen Famulus, dem Schneidermeister Grüneberg, die erste Versammlung nach dem Etablissement zum Eiskeller in Berlin. Hier hielt der Dompfarrer seine erste Bierpredigt, in welcher er das Programm zu dem später in's Leben gerufenen christlich-sozialen Verein begründete. Das plötzliche Auftreten des geistlichen Herrn in öffentlichen Versammlungen hielt man damals für eine von höherer Seite veranstaltete Agitation gegen die Sozialdemokratie, denn des gewandten Redners volltönende Phrasen enthielten vorerst nur treffliche Verheißungen für die Wohlfahrt und Glückseligkeit der arbeitenden Klassen.

Man war zu jener Zeit auch vollkommen zu der Annahme berechtigt, daß der Regierung nach den fluchwürdigen Attentaten auf den greisen Kaiser das Auftreten des Hofpredigers nur erwünscht sein konnte, weil man kombinirte, die Regierung könne sich der Hoffnung hingeben, Stöcker werde in seiner Stellung als Hofprediger durch geschickte Agitation die Reihen der Sozial-Demokratie lichten und die Bekehrten zu braven und der Regierung ergebenen Staatsbürgern machen.

Man täuschte sich in der Voraussetzung nicht ganz, denn die Stöcker'sche Gefolgschaft setzte sich in der ersten Periode seiner Thätigkeit auf sozialem Gebiete aus Elementen zusammen, die bis dahin der sozial-demokratischen Partei angehört und dieselbe entweder aus eigenem Antrieb verlassen hatten, weil die seitens der Führer gemachten Verheißungen noch nicht in Erfüllung gegangen waren oder von der Partei selbst mit Schimpf ausgestoßen waren.

Der Hauptmatador dieser bunten Gesellschaft war der vorher erwähnte Schneider Grüneberg, der in allen Versammlungen nach seinem Meister und Parteifreunde Stöcker das große Wort führte.

Die Reden des Tribunen Grüneberg glichen nach Form und Inhalt und vornehmlich in dem erzielten Erfolge den Reden des zur Zeit bereits todtgelachten aber noch in Aller Erinnerung lebenden „Bruder Miericke." — Die Zuhörer ergötzten sich an den salbungsvollen Vorträgen und zollten dem Redner stürmischen Beifall. Die Tagesblätter thaten fälschlich das ihrige, indem sie die Berichte, um den Lesern eine drollige Lektüre zu bieten, fast wortgetreu wiedergaben.

Auf diese Weise wurde in Vielen die Neugierde angeregt, sie wollten sich das unentgeltliche Possenspiel nicht entgehen lassen und besuchten die Stöcker-Grüneberg'schen Versammlungen.

So war das Zugmittel gefunden.

Der hochehrwürdige Herr Hofprediger hat vielleicht bei seinem geschickten Kombinationstalent dem treuen Parteifreunde und ersten Träger seiner Lehre zur Heranziehung des Publikums jene Clownrolle zuertheilt, denn er, ein Meister der Sophistik und Redekunst, bedurfte, um seine Lehre zu predigen, eines so untergeordneten Adjunkten nicht. Letzterer belustigte aber durch seine unsinnigen Vorträge die Menge und war das Hauptzugmittel für die Versammlung. Die Meisten wollten „Meister Grüneberg" und nicht den eigentlichen Herrn und Meister hören.

Grüneberg, der Sozial-Demokrat a. D., fühlte bald seine ganze und volle Bedeutung, er war sich seines mächtigen Einflusses auf die Menge bewußt. Bei ihm handelte es sich in Wirklichkeit nicht um die große Stöcker'sche christlich-soziale Idee, die drückende Armuth aus der Welt schaffen zu helfen, nicht um das Proletariat von Noth und Elend zu befreien, nein, ihm schwebte nur eine ganz bestimmte, materielle Sache vor Augen — er wollte Geld verdienen, er wollte zunächst für sich sorgen.

Als Herrn Stöcker's Beutel nicht mehr für die Bedürfnisse des arbeitsungewohnten Schneiders ausreichte, da bekehrte er sich schnell zur Lehre des reinen Kommunismus und befolgte die erste und wichtigste Satzung desselben: „Dein ist Mein." — Er

griff ohne Erlaubniß in den Vereins-Säckel und füllte seine leeren Taschen. —

Die Bruder- und Parteiliebe des ersten Vorkämpfers für die schöne christlich-soziale Idee fand so eine eigenthümliche Illustration. Der arme Grüneberg mußte Buße thun; er wanderte nach Plötzensee in's Gefängniß!

Das traurige Vorkommniß scheint ein böser Vorbote für die Zukunft gewesen zu sein.

Die Rolle des **Grüneberg**, der ursprünglich für die edle Sache mit einer fanatischen Begeisterung eingetreten war, übernahmen andere Jünger, die ihrem Vorgänger an scheinbarem Eifer und an Beredtsamkeit nicht nachstanden; aber an Ehrlichkeit — übertrafen; wenigstens ist ihnen nichts Böses nachzuweisen. Kleine Irrthümer und Vergeßlichkeiten, die bei der Ablieferung der eingesammelten Eintrittsgelder vorgekommen sind, verzeiht man gern und schwiege sie auf der Seite Stöcker's noch viel lieber todt, wenn die verruchte, liberale Judenpresse den kleinlichen Schmutz nicht aufrührte.

Nur in der Ueberzeugungstreue scheinen die Nachfolger ihrem Vorgänger recht ähnlich zu sein. Auch sie sind zum Theil schon von ihrem Meister abgefallen und haben sich unter einander bekämpft, als ob sie nie zueinander gehört. Der Kampf dauert gegenwärtig noch fort. Sein Ende steht nach dem 27. Oktober 1881 bevor. Die Kämpen werden uns vielleicht selbst Dinge offenbaren, an die heut kein Mensch denkt. Der Mißerfolg wird ihnen die Zunge lösen, und laut werden sie in die Welt hineinrufen: „Wir sind hintergangen, man hat unsere Arbeit, unsern Eifer und unsere Gaukelspiele schlecht belohnt!"

Nachdem **Stöcker** seinen ersten Zugvogel nach **Plötzensee** verschickt hatte, da bedurfte er anderer Mittel, um die Menge zu ködern. Der gewandte Herr wußte sich bald zu helfen; er kannte seine Pappenheimer. Wie **Hasselmann** und **Most** ihre Leute gegen die Bourgeosie und das Kapital zu entflammen wußten, so gedachte es der Herr Hofprediger in ähnlicher Weise zu thun.

Sein Versuch, die Arbeiter zu der verloren gegangenen Frömmigkeit zurückzuführen, schien ihm gewagt. Er wußte

wohl, daß der arme Mann nur dann für längere Zeit festzuhalten ist, wenn man ihn an sein Elend erinnert, daß er sich nur dann begeistert, wenn man ihm verspricht, man wolle die Quelle, woraus Noth und Elend angeblich entsprungen, verschütten.

Gegen Bourgeoisie und Kapital konnte der geistliche Agitator nicht eifern; er mußte Begriffe wählen, welche Vielen ebenso geläufig und willkommen sind: „Die Juden und das Kapital." Die Juden sollten das ganze Geld der Welt an sich gerissen, sie sollten die Schuldigen sein, die zuerst den „armen Mann" durch Wucher und Betrug ausgebeutet, die das ganze soziale Elend herbeigeführt haben und die schließlich für alles Unheil, das über die Welt gekommen, verantwortlich zu machen seien." —

Jetzt hatte der Seelsorger den Nagel auf den Kopf getroffen; er hatte das richtige Loch für einen Zündstoff gefunden, um die Flamme anzufachen, die später in Hinterpommern als hell loderndes Feuer zum Himmel emporschlug.

Mit dem Schlachtruf: „Die Juden und ihr Geld", zog Stöcker von einem Lokal in's andere, begleitet von demselben aufgewiegelten Anhange. Die Massen wuchsen unter dem Schlachtruf des geschickt operirenden Feldherrn allmälig, und als er die Zahl zur Aufnahme des offenen Kampfes für groß genug hielt, da trat er in den politischen Kampf ein.

Die Mitgliederzahl des Vereins mehrte sich sehr bald und rekrutirte sich neben Arbeitern aus Personen, die mit ihrer Lage unzufrieden, oder aus Leuten, die wenig Lust zur Arbeit hatten, oder aus entlassenen Offizieren, die begeistert in den „Hepp-Hepp-Ruf" einstimmten, weil sie als leichtsinnige Burschen angeblich von jüdischen Wucherern ausgebeutet worden und um ihre Lebensstellung gekommen sind. — Dieses Gros bekam immer noch kleine Verstärkungen durch stellungslose Kaufleute, die froh waren, ihre trostlose Lage gleichfalls den Juden in die Schuhe schieben zu können.

Der Nachtrab bestand aus Personen, die beschränkt genug waren, eine üble Erfahrung, welche sie vielleicht im Leben einmal mit diesem oder jenem jüdischen Mitbürger gemacht haben,

zu einem Vorurtheil und zum Groll gegen die ganze Glaubensgenossenschaft zu gestalten, und endlich aus Leuten, die unter irgend welchen traurigen Einflüssen so schlecht erzogen sind, daß sie aus reiner Unzufriedenheit mit sich selbst gelegentlich über Alles herfallen, was ihnen als zur Vernichtung geeignet hingestellt wird.

Man denke nun nicht etwa, daß die Stöcker'sche Knappschaft jetzt schon nach Tausenden zählte. Die Zahl hatte immer erst einige Hundert erreicht, sie mußte also, um mit Erfolg weiter operiren zu können, noch bedeutend erhöht werden.

Das Material zur Bereitung eines andern Zündstoffes für den leichtgläubigen Theil der Bevölkerung ward sehr bald gefunden, da der gewandte Geistliche bekanntlich sehr schwer in Verlegenheit zu bringen ist.

Da hatten sich zwei um die städtische Verwaltung hochverdiente Männer, Straßmann und Ludwig Loewe, erlaubt, öffentlich über kirchliche Institutionen und über Ueberhebungen von Geistlichen zu sprechen und siehe, der in seiner ganzen christlichen Pastoren-Würde verletzte Herr erhob stolz sein Haupt und ergoß seiner mächtigen Rede Strom unbarmherzig über Straßmann und Loewe, über zwei im christlich deutschen Staat geduldeten Eindringlinge, die es gewagt hatten, christliche Unduldsamkeit und Pfaffenübermuth zu geißeln.

In seinem Eifer blieb der fromme Herr nicht bei dem Angriff auf die genannten beiden Juden stehen, nein, er wandte sich wiederum gegen die ganze Glaubensgenossenschaft und suchte seinen Zuhörern darzuthun, daß durch die Judenwirthschaft in unserer städtischen Verwaltung alles Unheil über Berlin gekommen, daß unbarmherzig bei der Einziehung von übermäßigen und die Armen auf das Empfindlichste drückenden Abgaben verfahren werde und daß man zur Beseitigung dieser Mißwirthschaft für die Entfernung aller Juden aus dem Verwaltungsapparat der Hauptstadt des christlich-deutschen Reiches mit allen Mitteln kämpfen müsse.

Den frommen Brüdern demonstrirte er, daß durch den Reichthum der Juden eine Völlerei und Schlemmerei in dem sündigen Berlin herrsche, die der Entsittlichung und Gottlosigkeit immer weitere Thore öffneten.

Diese unerhörten und durch leere Wortfechterei betünchten Vorwürfe leitete der geistliche Agitator aus dem Benehmen zweier Männer her, die das unbegrenzte und unerschütterliche Vertrauen des größten Theils ihrer Mitbürger besitzen und die eben durch Offenheit und Ehrlichkeit dieses Vertrauen nicht mißbrauchen wollten. Als es sich um Uebergriffe einer orthodoxen Gesellschaft handelte, da traten sie mannhaft dagegen auf, weil sie es für ihre Pflicht hielten, weil sie wußten, daß ihre Wähler von ihnen Rechenschaft und Verantwortung verlangt hätten, wenn sie nicht gehandelt, wie sie thaten, weil sie wußten, daß die Männer, welche sie vertreten, ihnen niemals einen Vorwurf machen würden, wenn sie als Juden ein vernünftiges Urtheil in Angelegenheiten abgeben, die auf orthodoxe Anmaßungen Bezug haben.

Stöcker steht allerdings auf einem anderen Standpunkt und urtheilte anders. Ihm lag vielleicht weniger an der Entfernung der Juden aus der städtischen Verwaltung, als daran, seinen Anhang zu vermehren und recht warm empfänglich zu machen für das Ziel, welches er sich von vornherein gesteckt und das er nun bald erreicht hatte.

Der Theologe hatte sich unstreitig auch dem Studium der Psychologie hingegeben; er hatte erkannt, daß der Neid sehr leicht in unzufriedenen Menschen feste Wurzel fasse und daß da, wo der Neid erst herrscht, sehr bald auch Haß sich zugesellt. Die Bibel, das Buch Gottes, belegt diese Behauptung mit der hier zutreffenden Geschichte von dem feindlichen Brüderpaar, Kain und Abel. Der Neid trieb den Kain zum Haß, der Haß machte ihn zum Mörder seines leiblichen Bruders.

Die Agitationsgeschichte des Herrn Stöcker hat ähnliche Beispiele bereits aufzuweisen. In Pommern würden Deutsche ihre Mitbrüder erschlagen haben, wenn die Behörden die entfesselte Bestie in Freiheit gelassen hätten.

Neid und Haß verstärkten nicht nur den vollen Anhang zur Zufriedenheit des Meisters, sondern es fanden sich auch in der großen Zahl dieser Männer Leute, die ihm von Versammlung zu Versammlung folgten und mit in die Hetzreden einstimmten und sekundirten.

Der erste unter ihnen war Julius Ruppel, der Verleger der „Ostend-Zeitung", die bis dahin nur von einem ganz engen Kreise gekannt und gelesen war und an einer ungeheuren Abonnenten-Noth laborirte.

Niemand, der so denkt wie Herr Ruppel, konnte es ihm verargen, wenn er sich mit einem Schlage von dieser Noth zu befreien suchte.

In der Versammlung wurde die „Ostend-Zeitung" gratis vertheilt. Ihre von Verleumdungen und Beschimpfungen strotzenden Artikel wurden von der sensationslustigen Menge mit Gier gelesen und das geschriebene Wort von derselben für die lauterste Wahrheit gehalten. Diese schlimmsten und gefährlichsten Mittel mußten ihren Zweck erreichen, die Erbitterung und der Haß gegen die jüdischen Mitbürger steigerte sich immer mehr.

Ruppel geißelte die jüdische Geschäftspraxis, indem auch er, was ein Einzelner verbrochen, auf die Gesammtheit unter lockeren und widersinnigen Beweismitteln in Anregung brachte. Sein Losungswort: „Kauft Nichts beim Juden!" gefiel einem Hertzog, und dem bedürftigen Ruppel ward mit einigen Tausend Mark geholfen. Vermuthlich nicht der erste Lohn, welcher dem Jünger Stöcker's in klingender und lachender Münze gezahlt war.

Neben dieser silbernen Prämie errang Herr Ruppel noch einen andern moralischen Sieg; es vereinigte sich mit ihm der bekannte Stadtverordnete Limprecht und wurde ihm ein treuer Mitstreiter und Mitarbeiter.

Jetzt begann ein Kampf, geführt mit abscheulichen Waffen, gegen die jüdischen Mitglieder der städtischen Verwaltung. Alle erdenklichen Verdächtigungen schleuderte man gegen einzelne Männer, die ihre Ehrenstellungen nur zu ihrem Vortheil ausbeuteten, die bei Grundstückseinkäufen und Lieferungen für kommunale Zwecke ihren und ihrer Freunde Säckel füllten.

Bei dem Theil der Bevölkerungen, der nur hört und liest und nicht denkt, fanden die Ruppel-Limprecht'schen Hetzartikel und Hetzereien Anklang, wiewohl ihm von fast allen Seiten der Stadtverordneten-Versammlung die schlagendsten Beweise für die unwahren Behauptungen der Biedermänner geliefert wurden.

Den gemeinschaftlichen Bemühungen der Herren Stöcker und Ruppel gelang es wiederum, eine Anzahl von solchen Leuten, die neidisch über die Ehrenstellungen ihrer Mitbürger einer andern Konfession waren, an sich heranzuziehen.

Jetzt schienen die Vorarbeiten für die Inscenirung desjenigen Manövers, welches der Hofprediger ursprünglich geplant, beendet zu sein, denn er trat mit seinen Mannen in die eigentliche Aktion.

Die wirthschaftlichen Nothstände und die kommunalen Unzuträglichkeiten sollte mit einem Male der böse Liberalismus, der eiserne, jüdische Berliner Fortschrittsring verbrochen haben. — Liberalismus und Judenthum wurden in einen Topf geworfen, das Feuer weiter geschürt, um den Versuch zu machen, die ganze Gesellschaft in der Siedehitze zu zerkochen.

Zwei Köche genügten selbstverständlich für diese Arbeit nicht, es mußten neue hinzubesorgt werden.

Bald erschienen auch auf der Bildfläche Leute, die vorher kein Mensch kannte; wir nennen vorläufig nur die wohlklingenden Namen Henrici, Förster und Liebermann von Sonnenberg. Auch sie wollten be- — rühmte Männer werden, Reformatoren im 19. Jahrhundert.

Diese Gesellschaft begann nun ihren politischen Kreuzzug. Henrici, ein echt deutscher Christ, trug das Banner mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Judenthum, nieder mit dem fortschrittlichen Ring."

Von einem Bierhaus ins andere zog der Meister mit seinen Jüngern in bester Harmonie. Hier predigte er über die Glückseligkeit, welche die Sozial-Reform allen Klassen der Bevölkerung bringen würde, dort seine Jünger über das Unglück, welches der Liberalismus die Juden und die verjüdelte Presse über das gute deutsche Reich gebracht hätten.

Planmäßig wurden die schimpflichsten Angriffe gegen das Judenthum gerichtet, um die Menge im Zuge zu halten, um sie nach und nach durch Hetzereien sicher zu machen und allmälig aus dem liberalen in das konservative Lager hinüberzuhetzen.

Das schmachvolle Beginnen wurde durch die Bildung der Antisemiten-Liga besiegelt, welche jene bekannte Petition an den Reichskanzler ausfertigte.

Herr Stöcker wollte allerdings weder von der Liga noch von der Unterzeichnung der Petition etwas wissen; aber es wurde ihm nachgewiesen, daß er mit seinem Namen für die Bestrebungen der Petenten eingetreten sei. Sein Gedächtniß war in dem Augenblick, als er im Abgeordnetenhause bei einer Gelegenheit wegen Unterzeichnung der Petition interpellirt wurde, doppelt schwach geworden. Er hatte vergessen, daß er die Petition unterschrieben und —, was für einen Geistlichen viel schlimmer ist, das achte Gebot: „Du sollst nicht lügen."

Diese grobe Unwahrheit, bei welcher der Hofprediger ertappt wurde, war nicht die erste, die er gesprochen. Seine Anhänger hätten, wenn sie denken konnten oder wollten, sich sagen müssen, daß ein Geistlicher, selbst als politischer Agitator, viel penibler mit der Wahrheit umgehen muß, als andere Menschen. Aber die blinde und taube Menge zeigte sich über derartige Dinge erhaben.

Nach wie vor jauchzte sie in den Versammlungen dem Apostel zu, und kein Mensch durfte wagen, ihn zu widerlegen. Hatte dennoch Jemand, der sich von seiner bestrickenden Rede Macht nicht fangen ließ, den Muth, gegen ihn aufzutreten, dann wurde er gar bald von den wackeren Mannen entweder mundtodt gemacht, oder mit kräftigen Fäusten als guter Christ unter dem Ruf „Jude 'raus" in's Freie befördert. Nach solchen Zwischenfällen pflegte man die Versammlung, nachdem sich der Skandal gelegt, zu schließen, und in wilder Begeisterung ertönte das Lied: „Deutschland, Deutschland über Alles!"

Zu den Versammlungen und zu anderen Agitationszwecken war Geld erforderlich und wie die ersteren sich stark zu füllen begannen, wurde ein Eintrittsgeld erhoben, das mit der Zeit neben den Unterstützungen und Zuschüssen, die von bekannter und unbekannter Seite zuflossen, recht beträchtlich angewachsen sein mußte, denn die Agitation wurde immer dreister und wüster. —

Stöcker und Henrici gingen auf Reisen; ersterer besuchte, nachdem er die Brandfackel unter die Studenten der Berliner Universität geworfen, andere Universitätsstädte, um die gesammte deutsche Jugend für sich zu gewinnen, um sie dann in den christ-

lich=germanischen Bund aufzunehmen und sie kampfbereit zu machen für die heilige nationale Sache; letzterer fuhr gen Pommern und machte dort bestimmte Gegenden unsicher.

Bevor die Ortschaften von den Volksbeglückern selbst besucht wurden, waren Sendboten vorausgeeilt, um die Allarmtrommel zu rühren, um die Aufzuhetzenden zu einem würdigen Empfang der christlich=germanischen Reise=Apostel vorzubereiten.

Beiden ist das edle (!) Werk, das echte christliche Deutschthum über Berlins Grenzen hinaus zu tragen, zum Theil gelungen.

Die deutschen Studenten=Vereine, deren Vaterschaft Herr Stöcker sich mit vollem Munde rühmt, haben auf der einen Seite durch die zahlreichen Ergebenheits=Telegramme an den deutschen Reichskanzler ihre Reichstreue, auf der andern Seite durch Unduldsamkeit gegen ihre jüdischen Kommilitonen und selbst gegen Professoren, die ihr jugendliches Beginnen nicht billigten, ihre christlich=germanische Gesinnung lebhaft bekundet.

Henrici, der wackerste und deutscheste der Jünger, hatte andere Erfolge zu verzeichnen. Die Saat, die er in Pommern ausgestreut, trug schnell ihre fetten Früchte. Der gehetzte Pöbel trat aus sich heraus und begann zu rauben und zu plündern, ganz nach dem Muster seiner intelligenten Freunde in Polen und Rußland; dort war es vorläufig nur auf das Eigenthum, hier außerdem noch auf das Leben der Juden abgesehen. Weit war es also gekommen: der russische und deutsche Pöbel verfolgten dieselben Ziele, jagten nach demselben Opfer. Was ein verständiger Mensch für unmöglich hält, war eingetreten. Germanen und noch dazu Urgermanen bemühten sich den stupiden Slaven ähnlich zu handeln.

Die kommenden Geschichtsschreiber werden dieser Thatsachen mit besonders rühmenden Worten gedenken und den Vater der Judenfrage und der sozialen Reformation gebührend verherrlichen.

Die Aufgewiegelten in Pommern waren durch Henrici so musterhaft gehetzt, daß sie weder durch besänftigende Vorstellungen noch durch Drohungen der dort einflußreichen Beamten zur Vernunft gebracht werden konnten. Immer von Neuem und immer an anderen Orten wiederholten sich die beklagenswerthen

Vorgänge, immer größer wurde die Gefahr für die Ortschaften selbst. Die Regierung erließ endlich eine Verfügung, daß Polizei und Gendarmerie im Verein mit den Schützengilden vorkommende Revolten unterdrücken sollten. In **Stettin** mußte sogar das Militär in Waffen treten und einschreiten; hier und dort jedoch richtete sich die Wuth des Pöbels gegen Diejenigen, welche den Befehl hatten, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, ein Beweiß für die außerordentliche Gefahr, welche die revolutionäre Bewegung in sich birgt.

Der so ausgebrochene Krieg im eigenen Vaterlande fand nicht einmal durch diese Vorkehrungen seinen Abschluß, sondern der Verkehr der Bürger untereinander wurde erst dann wieder ein sicherer, als die Rädelsführer in's Gefängniß gesteckt waren.

Die Verheißungen der Volksbeglücker hatten sich schlecht erfüllt. Anstatt Heil war großes Unglück über die Verführten gekommen; sie wurden ihren Familien entrissen, die, von Noth und Elend heimgesucht, heut ihre im Kerker befindlichen Ernährer beklagen und die Verführer derselben verdammen!

Die Untersuchung gegen die Verirrten schwebt noch; aber die, welche die Verirrung erzeugt, sind nicht nur nicht demselben Geschick verfallen, sondern sie treiben ihr gefährliches Gewerbe in der Residenz noch immer fort.

Aus Pommern sind die revolutionären Reiseprediger verjagt worden. Wollte sich ein **Henrici**, **Stöcker**, **Förster** oder **Liebermann** dort produziren, sie würden unbedingt, wenn sie nicht freiwillig vom Schauplatz abträten, auf den Schub gebracht werden.

Dagegen hat **Förster** jüngst in einer in Berlin gehaltenen Rede wieder Unerhörtes geleistet; er hat seinem Groll, weil er für sein unpassendes Betragen gegen einen Juden öffentlich in einem Pferdebahnwagen und für die Stockhiebe, welche er von einem urdeutschen Gesinnungsgenossen empfangen, den Abschied als Offizier nehmen mußte, so recht Luft gemacht. Und um seiner Brandrede die rechte Würze zu verleihen, erklärte er an einer Stelle, daß der Reichskanzler der eifrigste Antisemit sei. — Man darf wohl erwarten, daß sowohl der Reichskanzler gegen Herrn Förster wegen dieser kühnen Behauptung den Strafantrag

stellen, als daß auch die Staatsanwaltschaft selbst auf Grund der vor Kurzem in einem Erlaß des Herrn von Puttkamer citirten Paragraphen wegen dieser Rede die Anklage gegen den Hetzer erheben wird.

Nachdem die Verführten in Pommern in's Gefängniß gewandert waren, da suchten die Anstifter, anstatt ihre Bundesgenossen, wie es ehrliche Aufwiegler zu thun pflegen, zu vertheidigen oder deren unglückliche Familien zu unterstützen, durch schöne Redensarten alle Schuld von sich abzuschütteln.

Stöcker war wiederum der erste, der mit salbungsvollen Worten in einer Versammlung am 14. August klagend verkündete: „Mein Gewissen in Bezug auf die Judenhetze in Pommern ist rein; ich habe stets davor gewarnt."

Das Gewissen mancher Menschen ist allerdings sehr weit; es gehört jedoch eine ganz sonderbare Anschauung dazu, sich von einem Vorwurf rein waschen zu wollen, den man selbst bei der größten Beredtsamkeit und der gewandtesten Sophistik nicht fortzuzaubern vermag.

Hat denn Herr Stöcker vergessen, daß er die sogenannte Judenfrage angeregt, daß er fort und fort und selbst heute noch in der gehässigsten Weise gegen die Juden herzieht? Hat er nicht unzählige Male die berückte Menge aufgefordert, sich von dem Einfluß der Juden freizumachen? Wie oft hat er gegen das jüdische Kapital und gegen den jüdischen Wucher geeifert? Hat er nicht ausdrücklich erklärt, daß die Juden und der Liberalismus die traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse verschuldet, daß der arme Mann im Interesse des jüdischen Kapitals ausgenutzt werde? Will er leugnen, daß er einen Henrici, einen Ruppel, einen Förster und einen Liebermann an die Oeffentlichkeit gezerrt und sie zu Agitatoren gemacht?

Diese Fragen wird Herr Stöcker, wenn er wirklich einmal die Hand auf's Herz legen und ehrlich reden wollte, mit einem lauten: „Ja, dies Alles habe ich gethan," beantworten müssen. In dieser Erkenntniß dürfte er auch zu der Ueberzeugung gelangen, daß derartige Hetzreden vollständig genügen, um den Pöbel zu entfesseln und schlagfertig zu machen; er wird ferner zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein Agitator sein Gewissen

durchaus nicht für rein halten kann, wenn er sich auch nicht direkt an die Tête von Revolutionären stellt und ihnen vernehmlich kommandirt: „Plündert und raubt und schlagt die Juden todt!“

Für die Reinheit des Stöcker'schen Gewissens sind auch noch andere Beweise als die Vorgänge in Pommern vorhanden. Eine treffliche Illustration liefert ein Brief, welchen ein Herr Hillner aus Schrimm an Stöcker, an seinen Verführer, wie er ihn ausdrücklich nennt, gerichtet hat. Derselbe lautet;

„Schrimm, 25. August.

Herr Hofprediger Stöcker!

Durch Ihre Brandreden gegen die Juden habe auch ich mich verleiten lassen, Exzesse gegen die jüdischen Einwohner Schrimms, mit denen ich stets im besten Einvernehmen gelebt, zu begehen! Das Ende vom Liede war, daß ich ein Jahr drei Monate drei Tage ins Loch mußte und mein Amt, welches ich zwanzig Jahre inne hatte, verlor und meine kranke Frau während meiner Haft mit Noth und Elend kämpfen mußte!

Obschon Sie mich brieflich vorher mit den Worten: „Muthig vorwärts! Wir kämpfen für eine gute Sache!“ angefeuert — beantworteten Sie meinen Hilferuf aus dem Gefängniß mit den salbungsvollen Worten: „Verlassen Sie sich auf Gott!“ Dazu gebrauche ich Sie nicht, das habe ich stets, auch ohne Ihren Rath gethan!

So wird es auch den Argenauern, Neustettinern, Schivelbeinern, welche unter Hochrufen auf „Stöcker und Konsorten“ die abscheulichen Exzesse gegen die Juden unternahmen, ergehen! Diese von Ihnen aufgewiegelten „Dummen“ müssen wegen Landfriedensbruchs ꝛc. ins Gefängniß, und Frauen und Kinder müssen betteln gehen!

Sie werden sich um diese armen Opfer nicht kümmern, sich ins Fäustchen lachen und sagen: „Der Zweck heiligt die Mittel!“ — Denn was Ihr unsinniges Treiben bezweckt, das durchschauen wir Liberale längst! Sie wissen ganz gut, daß wir gerade die Hauptstütze unter den intelligenten Juden für unseren Liberalismus haben!

Mit Rücksicht darauf, daß Sie mich und meine Frau,

die hinter Schloß und Riegel noch schmachtenden Argenauer, Neustettiner, Schivelbeiner 2c. nebst Familien unglücklich gemacht haben und noch mehr Unheil anstiften könnten, fordere ich Sie als deutscher Bürger auf: „Stellen Sie Ihr gemeingefährliches Treiben sofort ein!"

Wir leben in einem Verfassungsstaate, und so lange uns die schwer errungene Verfassung heilig ist und das Gesetz vom 3. Juli 1869 gilt, haben Christen und Juden in Deutschland gleiche Rechte und Sie würden, wenn ich Staatsanwalt wäre, schon längst auf Grund des § 49a Reichsstrafgesetzbuches Gelegenheit haben, hinter Schloß und Riegel über Ihr Treiben nachzudenken! —

Die Judenhetzen in Rußland schreiben Sie nur auch auf Ihr Konto!

Ihr Ziel — den Liberalismus und die Errungenschaften des Jahres 1848 — durch Reaktion zu vernichten — sollen Sie bei der nächsten Wahl nicht erreichen! — Wir „Liberale" machen in Politik keinen konfessionellen Unterschied, wir wählen Männer, denen die Freiheit des Volkes am Herzen liegt, ob sie Christen oder Juden sind! Ich für meine Person gebe bei der nächsten Wahl meine Stimme dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Lasker!

Hillner,
Königlicher Kreis-Gerichts-Büreau-Assistent a. D.
und Volks-Anwalt in Schrimm."

Selbstverständlich will Herr Stöcker von all' den Vorwürfen Nichts wissen, die Hillner ihm in dem Briefe macht. Er giebt zu, mit ihm korrespondirt zu haben, aber alles das bestreitet er, was gegen die Reinheit seines Gewissens in dem Briefe sprechen könnte. Ich habe jedoch keine Veranlassung, Herrn Hillner weniger zu glauben als seinem ehemaligen Meister; im Gegentheil, ich halte von der Wahrheitsliebe des Apostels, so weit sie mit seiner Agitation im Zusammenhange steht, sehr wenig. Und dazu bin ich berechtigt, weil ihm thatsächliche Unwahrheiten oft genug nachgewiesen sind. — So lange Stöcker gegen Hillner, und das ist er seiner Pastorenwürde unbedingt schuldig, eine erfolg-

reiche Verleumdungsklage nicht angestrengt hat, halte ich jeden Vorwurf, den Hillner ihm macht, für durchaus angebracht. —

Den Worten „Mein Gewissen ist rein“ stehen in dem Briefe die Worte entgegen „Muthig vorwärts, wir kämpfen für eine gute Sache.“ Nun den Kampf für die gute Sache hat Hillmer im Gefängniß ausgefochten; er hatte Zeit, seinen Verführer zu erkennen, er hatte Gelegenheit, sich von der Mildthätigkeit eines Hofpredigers zu überzeugen, dessen Hilfe er für seine darbende Familie angefleht hatte.

Wie schön und erbauend klingen ferner die Worte: „Verlassen Sie sich auf Gott“ aus dem Munde eines Geistlichen? Wie leer und hohl ist aber die Phrase für den, welcher von diesem Geistlichen wirkliche Hilfe für seine kranke und hungernde Familie erwartet? — Welche Moral spricht aus dieser Handlungsweise? — Ihr Juden und Ihr Liberalen nehmt Euch dieses echt christliche Beispiel nicht zum Muster, sonst würde es um die Hilfsbedürftigen sehr traurig bestellt sein. — Handelt nach seinen Worten und nicht nach seinen Thaten. — Ihr „Armen“ dagegen erkennet den, welcher Euch goldene Berge verspricht. Euch wird er später, wenn seine Verheißungen in Erfüllung gehen sollten und Eure Lage noch trostloser sein wird als heut, zurufen: „Verlasset Euch auf Gott.“ Der Mann, welcher einer einzigen nothleidenden Familie nicht hilft, hat und kann für den armen Mann kein Herz haben. Ebenso wie Hillmer mit schönen und frommen Redensarten abgefertigt worden ist, so werdet Ihr heut mit süßen Prophezeiungen bethört für eine Sache, die für Euch einen unheilvollen Ausgang nehmen muß. Denket an die bekannte Erfahrung, daß die Leute, welche viel versprechen, wenig halten!

So der Meister! —

Was dürfen wir da wohl von seinen Jüngern erwarten? In der ersten Zeit waren sie treue und dankbare Schüler; jetzt nach ihrer vollständigen Ausbildung arbeiten sie auf eigene Faust und machen ihrem Meister Konkurrenz. — Ruppel und Henrici kassiren in den Versammlungen die Zehnpfennigstücke selbst ein, weil sie keines Vormundes mehr bedürfen. Sie sind

auch vorsichtig geworden, weil Stöcker mit seinen Kassirern viel Unglück hatte.

Förster und Lieberman sind dem Stöcker'schen Banner treu geblieben, sie arbeiten unter der Aegide ihres Meisters weiter.

Die Thätigkeit der genannten Herren ist auch eine ganz ersprießliche und dankbare.

Ruppel's Ostend-Zeitung, die vor Monaten schon arge Existenzkämpfe zu bestehen hatte, erfreut sich heut einer regen und thatkräftigen Beihilfe mancher Gönner, Herr Ruppel lebt sorgenfrei, ist ein berühmter Mann und — — Reichstagskandidat gewesen. —

Henrici erfreut sich ähnlicher Vorzüge. Er besitzt ein Leiborgan, den deutschen Reichsherold, hat gute Freunde, ist ein be — rühmter Mann und gleichfalls Reichstagskandidat.

Förster und Liebermann sind nun allerdings nicht in der glücklichen Lage, über eine eigene Zeitung zu verfügen; dafür scheinen sie jedoch sehr reichlich entschädigt zu werden, denn Förster war mit Hilfe eines Freundes im Stande, dem hiesigen deutschen Studenten-Verein mit einigen Hundert Mark unter die Arme zu greifen. — Liebermann ist gleichfalls Reichstagskandidat; nur dem armen Förster konnte diese hoffnungslose Ehre nicht gut erwiesen werden, weil er durch die Kantorowicz'sche Ohrfeigen- und die Schramm'sche Stock-Affaire gar zu sehr blos gestellt worden ist.

Die genannten Reichstags-Kandidaten sind in der That so interessante Figuren, daß ich ihnen noch einige Worte widmen möchte. Der Kandidat Julius Ruppel hat sich in eigner Person seinen Wählern präsentirt. Am 19. August verlas er seine erste Kandidatenrede in der Norddeutschen Brauerei in Berlin. Der Redner verarbeitete die geplante Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers in sehr erheiternder Weise und demonstrirte, daß bei Einführung derselben Handel und Wandel erblühen und daß namentlich die Armen sehr bald zu Wohlstand kommen würden. Sie müßten namentlich dahin streben, die „verdammten Pollacken“ von Berlin fern zu halten und die „Juden“ nicht aufkommen zu lassen. Diese einleuchtenden Ausführungen

wollten die anwesenden Arbeiter nicht nur nicht begreifen, sondern sie erklärten dieselben sogar für Phrasen und — Blech. Dieser unbegründete Vorwurf ergrimmte Herrn Ruppel gewaltig. Erregt und grollend bestieg er noch einmal die Rednertribüne und donnerte mit lauter Stimme in den Saal: „Meine Herren, Sie sagen, ich hätte Phrasen gemacht, — geben Sie mir die Macht und Sie werden Thaten sehen." Diesem gewaltigen Pathos folgte eine mächtige Heiterkeit. — Herr Ruppel hatte in seiner Erregung bei diesem bedeutungsvollen Ausspruch sich unbedingt geirrt; er verwechselte, da die Entgegnung in seinem Manuskript nicht vermerkt war, die Begriffe „Macht und Geld", denn Geld spielt bei ihm, dem Antisemiten, die Hauptrolle. Das weiß sein Herzog und einige weniger mächtige Geldmänner der Partei. —

Die folgenden und neuesten Kandidaten = Vorlesungen des Herrn Ruppel haben einen so überwältigen humoristischen Eindruck auf die anwesenden Wähler gemacht, daß dem Kandidaten der glänzendste — — Durchfall gesichert war. Ruppel ist in der neuesten Zeit nun selbst zu dieser Ueberzeugung gekommen und hat seine Kandidatur, um eine — — Stimmenzersplitterung zu verhüten, zu Gunsten der konservativen Kandidatur niedergelegt.

Der zweite, Dr. Henrici, ein Mann von tiefer Einsicht und sehr klarem — —Verstande hat noch rechtzeitig die Situation in Berlin erkannt. In einer seiner Kandidaten=Reden hat er zum Trost für die Liberalen die feierliche Erklärung abgegeben, daß er seinen Kopf auf's Spiel setze, (gerade um diesen Kopf würden Physiologen streiten) wenn in Berlin ein Konservativer durchkäme, ergo müsse er liberal sein. Henrici weiß also, was ein Reichstags = Kandidat im geeigneten Moment zu thun hat. — Hat er Aussicht als Konservativer — Henrici war nach seiner ersten fortschrittlichen Wandlung ein ächt christlicher Reaktionär gewählt zu werden, dann spricht er konservativ; verlangt der Moment einen liberalen Mann, dann muß er nach Henrici unbedingt liberal sein, ja man kann dann sogar in vielen Punkten mit den Sozialdemokraten übereinstimmen. Nach solchen Ausführungen wird Niemand mehr an dem klaren Denkvermögen

des ehrenwerthen Henrici zweifeln, denn eine schärfere Logik wie die von ihm entwickelte, wäre kaum zu begreifen. Ein Mann, der den richtigen Moment so zu erfassen weiß, der die Menge durch seiner urwüchsigen germanischen Rede Macht so hinzureißen vermag, wie Henrici es in Pommern gethan, dem gebührt ein Sitz im Reichstage! — Ob die Wähler auch dieser Ansicht sind, das werden sie am 27. Oktober ganz deutlich darthun.

Der Dritte dieser Art von Reichstags-Kandidaten, Herr Lieutenant a. D. von Liebermann, ist ein charakterfester Held; er hat es sich zur Aufgabe gemacht, sein Leben für die Lösung der Judenfrage einzusetzen. Soldat vom Wirbel bis zur Zehe, gedenkt er, damit den jüdischen Wucher zu rächen, der ihn gezwungen hat, die militärische Laufbahn aufzugeben. — Diese Offenbarung des Herrn Lieutenant hat auf die Wähler keinen guten Eindruck gemacht; sie sind der Meinung, daß ein Mann, der selbst Schulden halber mindestens ein in Aussicht stehendes Generals-Patent aufgeben mußte, kein Verständniß für die komplizirten Wirthschaftspläne des Reichskanzlers haben kann; seine Aussichten für die Wahl sind deshalb sehr trübe. Für die Konservativen und Antisemiten wäre der Durchfall des abgegangenen Herrn Lieutenants sehr zu beklagen, da er bei lauten Differenzen zwischen der Rechten und Linken seines urgermanisch-kräftigen Organs halber vortrefflich zu verwenden sein würde. Solche Naturgaben hat nicht Jeder aufzuweisen; dieser Vorzug entschädigt Herrn Liebermann auch für alle sonstigen Eigenschaften, die man von einem Reichstags-Abgeordneten erwartet.

Ueber die Person des Lieutenant a. D. Dr. Förster, des verabschiedeten Kameraden und intimen Parteifreundes des Herrn v. L., können wir ohne viele Worte hinweggehen. Für ihn sprechen laut der Vorfall in der Pferdebahn, das weitere Rencontre mit Kantorowicz und Schramm, der Verlauf der Gerichtsverhandlungen und sein schlichter Abschied aus der Armee.

Dem Kranze dieser edlen Herren hat sich noch ein Dreiblatt eingereiht: die Herren Nolda, Wasinsky und Hennings.

Herr Nolda, Verleger des scharf antisemitischen „Halleschen Thorboten", war früher Makler an der hiesigen Produkten-Börse und hatte Gelegenheit, seine jüdischen Geschäftsfreunde von der

besten und bravsten Seite kennen zu lernen. Er zeigte sich auch dankbar, indem er das schamlose Treiben der Antisemiten ursprünglich auf das Schärfste tadelte. Plötzlich erfolgte, da auch der „Hallesche Thorbote" lebensfähiger werden sollte, als es bis dahin der Fall, die Umwandlung der Nolda'schen Gesinnung und seines Organs — Beide wurden verbittert antisemitisch — so recht aus innerer Ueberzeugung. — Den größten Antheil an dieser Umwandlung hatte der Redakteur des Blattes, Herr Wasinsky, ein Mann, der so liberal und duldsam war, daß er stets mit der Fülle seiner Geistes- und Körperkraft für den Liberalismus und gegen die antisemitischen Umtriebe eintrat. Mit seinen geistigen Vorzügen kämpfte er in seinem Blättchen, mit seinen körperlichen war er am Biertisch stets bereit, seinen Widersachern, wenn es nothwendig gewesen, entgegenzutreten. — Man wird sich fragen, wie dann eine solche Umwandlung möglich ist? Nun es giebt Biedermänner, die heut so und morgen anders denken, die heut dem Liberalismus huldigen und morgen der Reaktion zujubeln, ganz wie es die Situation erheischt.

Der „Hallesche Thorbote" genügte den hochgehenden Plänen des Herrn Wasinsky nicht, aus dem Blättchen sollte ein vielgenanntes Blatt werden, ein Bestreben, das er von jeher verfolgte, das er jedoch durch seines Geistes Kraft nicht verwirklichen konnte. Da kam ihm der Gedanke, eine große Semiten-Zeitung aus seinem Organ zu schaffen. Hierzu fehlte es wieder an Mitteln. Er beabsichtigte, sich an den jüdischen Prediger Dr. Ungerleider zu wenden, der ihm einige reiche Leute im Interesse seines trefflichen Vorhabens zuführen sollte. Von verschiedenen Seiten wurde ihm die Aussichtslosigkeit seines Vorhabens auseinandergesetzt und siehe — — nach fünf Tagen lagen sich Nolda, Wasinsky und Henrici in den Armen und besiegelten ihren Freundschaftsbund mit der Umwandelung des „Halleschen Thorboten" in ein Leiborgan der Antisemiten.

Die geringe Abonnentenzahl des „Halleschen Thorboten" ist wenig oder gar nicht gestiegen, Herr Nolda ist durchaus kein reicher Mann und dennoch erscheint vom 1. Oktober ab der Bote unter folgender Ankündigung täglich:

„Allen Anhängern einer christlich-sozialen Staatsidee, allen

Gegern des jeden ehrsamen Handel und Wandel vernichtenden Judenthums und dessen Presse sei zum Abonnement empfohlen:

Der

„Hallesche Thorbote“

Eines der hauptsächlichsten Organe

gegen das Judenthum und den verjudeten Fortschritt.“

Giebt es für solche Leute Bezeichnungen, die man, ohne mit dem Strafrichter in Berührung zu kommen, anwenden könnte? Nein und tausendmal nein! Der freie Mann, der seine innere Ueberzeugung für ein Heiligthum hält, wendet sich von solchen Personen mit Entrüstung ab, und die Verführten würden ebenso handeln, wenn sie Gelegenheit und Verstand genug hätten, diesen Vorkämpfern für die große

christlich-soziale Staatsidee

in die Karten zu gucken; sie würden die Coulissen der Bühnen, auf denen die Gaukelspiele aufgeführt werden, sehr bald zerfetzen.

Die Firma Nolda-Wasinsky wurde aufgelöst, und letzterer vereinigte sich mit einem Herrn Hennings, mit dem er zusammen die „Dampfwalze“, ein Organ zur Vernichtung des Liberalismus und des Judenthums, herausgab. Das frühere Geschäft des Herrn Hennings war wahrscheinlich in Verfall gerathen, da bekanntlich ein unsolider Erwerbszweig nur von kurzem Bestand ist. H. verlegt nämlich den „Cicerone“, Führer durch Berlin, und erhielt sich von dem Ertrage der Annoncengelder. Die Inserenten wurden durch die Vorspiegelung verlockt, daß der „Cicerone“ täglich in 20—30,000 Exemplaren erscheine und auf allen Bahnhöfen unter die ankommenden Fremden vertheilt würde. In Wirklichkeit aber wurde der „Cicerone“ in 180—200 Exemplaren gedruckt und der Satz nur dann geändert, wenn ein neuer Inserent gefangen oder eine Korrektur vorgenommen werden sollte.

Können Thatsachen lebendiger für den Charakter dieser Volksmänner sprechen? Wie traurig muß es um eine Sache, um einen politischen Kampf bestellt sein, wenn solche Helden in die Schlacht geschickt werden? —

Diese urgermanisch-überzeugungstreuen Männer wollen das echte Deutschthum nicht verjudeln lassen; sie verlangen die Ent-

fernung ehrlicher Männer jüdischer Konfession aus den öffentlichen Aemtern, vornämlich aus dem Richterstande; sie wollen die Juden, welche alle Pflichten eines Staatsbürgers gern und treu erfüllen, zurückdrängen in mittelalterliche Verhältnisse und womöglich einer Frohnarbeit überliefern! — Gemach, Ihr Herren, Ihr werdet weder mit Eurem Hetzen noch mit Euren Organen Etwas erreichen! Reformiret Euch selbst, dann könnt Ihr, wenn es erforderlich sein sollte, als ordentliche Staatsbürger reformiren helfen! Zeigt Euch würdig und brauchbar, dann werden Eure Mitbürger keinen Augenblick zögern, auch Euch Ehrenämter zu übertragen. Mit Eitelkeit und Neid, mit Hetzerei und Sonderinteressen werdet Ihr im Leben nichts weiter erreichen, als daß Euch später Die erkennen und richtig beurtheilen werden, die Ihr vorläufig noch bethört.

Die Motive, welche Herrn Stöcker zu den Hetzereien gegen das Judenthum mit geleitet haben, sind, das gebe ich zu, anderer Art wie die jener Männer gewesen. Das orthodoxe Pfaffenthum fürchtet den Liberalismus, der durch Bildung und Aufklärung immer mehr zu erstarken verspricht. Den orthodoxen Herren ist bekannt, daß die meisten Juden für eine tüchtige Ausbildung ihrer Kinder Sorge tragen, daß durch die Verbreitung der Bildung unter den Juden die Aufklärung, also auch der Liberalismus, immer weitere Pflanzstätten findet. Und gegen diesen ihren Hauptfeind waren, wie sich bald herausstellte, die Wurfgeschosse gerichtet. Vor der bethörten Menge wird heute noch das Judenthum beschimpft, um sie gegen die Fortschrittspartei aufzureizen.

Diese Kampfesweise ist in gleichem Maaße verächtlich wie verderblich. Das planvolle Vorgehen gegen den in Berlin bisher für unerschütterlich gehaltenen Fortschritt mußte so raffinirt ausgedacht, es mußte ein Sprenggeschoß in denselben hineingeworfen werden, das Kraft genug hatte, die Reihen zu lockern. Deshalb suchte Stöcker das von vielen Unzufriedenen angefeindete Judenthum mit dem Fortschritt zu identificiren.

Nachdem gegen das Judenthum lange genug die ungerechtesten Angriffe geschleudert waren, da wurden die Gesetze gegeißelt, welche durch den jüdischen Liberalismus geschaffen sein sollen.

Den Leichtgläubigen wird jedoch bis auf den heutigen Tag verschwiegen, daß zu jener Zeit, als eben diese Gesetze gegeben wurden, der Regierung dieselben ebenso verwünscht waren, wie die, welche heut durchgebracht werden sollen. Die Zeiten sind nur andere geworden.

Heut hat die Regierung viel mehr Geld nöthig als damals und gerade in der Art wie es angeschafft werden soll, liegt der Kampf zwischen der antisemitisch-konservativen Partei und dem Fortschritt. Jene will es vom „armen Mann" durch indirekte Steuern nehmen, diese dagegen will den armen vor einer Ueberbürdung schützen; jene macht verheißungsvolle Versprechungen für die Zukunft, wenn man ihr folgt, diese sucht darzuthun, daß der „arme Mann" zum vollständigen Ruin geführt würde, wenn er sich durch derartige Versprechungen bethören ließe! —

Diese schroffen Gegensätze haben in unklaren Köpfen eine Verwirrung geschaffen, die ebenfalls durch die Brandreden gegen das Judenthum für die bevorstehende Wahl ausgenützt wird und die für den Liberalismus gefährlich werden könnte, wenn nicht der größte Theil der Berliner Bevölkerung den wahren Volksvertreter von dem zu unterscheiden wüßte, welcher die Massen für die Reaktion gewinnen will.

Und wäre es möglich, daß der reaktionäre Strom ordentlich in den Fluß käme, dann würde das orthodoxe Pfaffenthum einer vielköpfigen Hydra gleich, wieder einmal sein Haupt nach dem Liberalismus ausstrecken, um ihn, wenn möglich, mit Haut und Haar zu verschlingen.

Aber der in seiner Ueberzeugungstreue unerschütterliche Liberalismus wird Kraft genug haben, das heiße Verlangen dieser kecken und lichtscheuen Gesellschaft zu vereiteln; er wird ferner als muthiger Bundesgenosse für die Minderheit eintreten, deren Gleichberechtigung im Staate eine herrschsüchtige Partei über den Haufen werfen will.

Die Männer, welche an der Spitze der Fortschrittspartei stehen und den schweren und doppelten Kampf führen, werden für ihr mannhaftes Auftreten und für ihre unantastbare Ueberzeugungstreue den herrlichsten Sieg erringen und den Dank Tausender. Und wenn das Hepp-Hepp-Geschrei längst verklun-

gen, wenn all' die Schreier, die es angestimmt, längst wieder von der öffentlichen Schaubühne verschwunden, dann werden jene immer noch als feste Stützen des echten Deutschthums dastehen, als Stützen, um die sich alle ehrlichen deutschen Männer, alle wahrhaften Freunde der Freiheit, vom Reichsten bis zum Aermsten herab, in dichten Reihen schaaren.

Die Juden mögen aus inniger Dankbarkeit für diejenigen Männer, welche hochherzig für ihre gerechte Sache eintreten, den Liberalismus in ihren Reihen pflegen; in ihren Familien mögen nach wie vor Bildung und Aufklärung eine weite Stätte finden; ihren Kindern mögen sie in frühester Jugend schon Sittsamkeit und Tugend ins Herz pflanzen, damit sie später in die Welt treten und das elende Vorurtheil, von dem leider noch Viele befangen sind, in derselben Weise verbannen helfen, wie es die Voreltern und Eltern bereits gethan. Dann endlich wird der Tag kommen, wo nicht die Konfession, sondern nur die Moral allein für die Beurtheilung des Menschen maßgebend sein wird.

Möchte doch Herr Stöcker auch das Seinige thun! Möchte er sich und seine Jünger bekehren und nur Nächstenliebe predigen. Will er dies, dann mag er im Verein mit ihnen in die Reihen des Volkes hinabsteigen und die Schäden zu heilen suchen, die bei jeder Nation und in jeder Konfession zu finden sind. Möchte er die Unwürdigen der menschlichen Gesellschaft würdig machen und dabei nicht nach Abstammung und Religion fragen. Mag er die Guten achten und die Schlechten dahin zu bringen suchen, daß sie von allen Menschen geachtet werden! Diese Agitation, Herr Hofprediger, würde Sie zu einem verehrungswürdigen Manne, zu einem wahren Apostel der christlichen Lehre stempeln. — Die Juden und die bösen Fortschrittsleute würden nach dieser Bekehrung Ihnen gern Alles verzeihen, was Sie und Ihre Jünger ihnen angethan!

Druck von Hempel u. Co., Berlin.

Stöcker's
gefälschtes Christenthum.

Rede

gehalten

am 15. Oktober 1881 in Berlin

von

M. Baumgarten,
Professor Doctor der Theologie in Rostock.

Berlin.

Stuhr'sche Buchhandlung.
(S. Gerstmann.)
Unter den Linden 61.

1881.

Digitized by Google

Hochgeehrte Versammlung!

Der verehrliche Vorstand des Potsdamer Thor-Bezirksvereins hat mich aufgefordert, hier in Berlin über die agitatorische Thätigkeit des Herrn Hofpredigers Stöcker einen Vortrag zu halten. Ich habe mich dazu bereit erklärt, wenn der Vorstand mir über zwei Dinge Gewißheit geben würde. Ich habe nämlich erklärt, ich würde Stöcker in seiner Burg bekämpfen, ich würde vor dem Richterstuhl der natürlichen Moral und der christlichen Wahrheit den Beweis antreten, daß das, was Stöcker in seiner agitatorischen Thätigkeit unter dem christlichen Namen vertritt, nicht das wahre Christenthum ist, sondern ein falsches, ein gefälschtes. Ich wünschte nun im Voraus darüber Gewißheit zu haben, ob der Vorstand mit diesem Thema einverstanden sei. Ferner, da es sich um einen sehr ernsten Gegenstand handeln würde, so müßte ich darüber vergewissert sein, daß nicht tumultuarische Störungen meinen Vortrag unmöglich machen würden. Denn

Im Sturm die Sonne spiegelt nicht
Im Meer ihr heilig Angesicht.

Ueber Beides ist mir die gewünschte Gewißheit ertheilt. So bin ich denn heute Abend vor Ihnen, meine hochgeehrten Zuhörer, erschienen, um mein Versprechen zu erfüllen. Ehe ich nun aber in die von mir übernommene Aufgabe eintreten kann, finde ich mich in der Nothwendigkeit, vorab einige Anstöße aus dem Wege räumen zu müssen.

Es ist, wie gesagt, meine ernste Absicht, die agitatorische Thätigkeit Stöcker's in ihrem eigentlichen Centrum zu bekämpfen. Um so gewissenhafter hüte ich mich, ihm Etwas abzusprechen, was ihm gebührt. Ich werde ihn nicht schmähen, wie ein süddeutscher Theologe ihn vor einigen Monaten hier in Berlin auf dem letzten Protestantentage geschmäht hat. Was ich in meiner Streitschrift wider Stöcker Rühmliches an ihm anerkannt habe,

dazu bekenne ich mich auch heute noch.*) Ferner betone ich ausdrücklich, daß, wenn ich sein agitatorisches Christenthum scharf bekämpfen muß, ich damit kein Urtheil fälle über seinen persönlichen Christenstand, sondern dieses Urtheil einem höheren Richter anheimgebe. Ein Christ kann in schweren Irrthümern befangen sein und dennoch ein Christ bleiben, wenn er aber mit seinen Irrthümern öffentlich hervortritt und damit Anhang findet, dann sind diejenigen, welche eine bessere Einsicht haben, verpflichtet, öffentlich den Irrenden zu berichtigen. Ich habe vor einigen Monaten Stöcker öffentlich gewarnt, er hat es aber nicht für zweckmäßig gehalten, darauf zu achten. Ich werde jetzt bei dem mir gebotenen Anlaß schärfer und bestimmter reden müssen. Ob ich berechtigt bin, mir eine bessere Einsicht zuzutrauen, das muß sich aus meinem Vortrag selber ergeben. Indessen, wenn Jemand es wagt, über das Christenthum eines Anderen öffentlich zu urtheilen, dann ist er verpflichtet, sein gutes Gewissen über sein eigenes Christenthum aufzuweisen. Das nöthigt mich, über einen persönlichen Umstand mich vor Ihnen offen auszusprechen. Es existirt seit 23 Jahren ein sogenanntes mecklenburgisches Konsistorialerachten, welches mich als einen fundamentalen Häretiker, einen Jugendverderber, einen Volksverführer und einen eidbrüchigen Beamten öffentlich brandmarkt. Zwischen Berlin und Schwerin giebt es nun folgenden Unterschied. In Preußen beschweren sich die Theologen, wenn sie vors Konsistorium gefordert werden. Ich habe mich 13 Jahre lang bemüht, auf allen möglichen und unmöglichen Wegen wegen jener entsetzlichen Anklagen Gehör zu erlangen. Meine ganze Mühe ist umsonst gewesen. Meine Ketzermeister können mich nur hinter meinem Rücken verurtheilen, sie haben nicht den Muth, mir ins Angesicht zu sehen. Denn sie wissen recht gut, daß sie an mir kein häretisches Haar entdecken können. Woher denn die Verfolgung? Ich habe sieben Jahre lang Alles daran gesetzt, die jungen Theologen in ihren Ueberzeugungen von Menschenfurcht und Menschenknechtschaft zu befreien, und das ist mir auch einigermaßen gelungen. Da zeigte sich aber, daß das mecklenburgische Kirchenregiment solche Theologen nicht brauchen kann. Darum mußte mir Katheder und

*) Wider Herrn Hofprediger Stöcker. 3. Aufl. S. 4. 5.

Kanzel verschlossen werden und meine Schüler mußten entweder schweigen oder das Land verlassen. Weil man die christliche Freiheit nicht will, hat man gegen mich neue Ketzernamen ausfindig gemacht und ich weiß es, dieser mein Vortrag wird den Lästerzungen neue Nahrung geben. Aber diese Aussicht schreckt mich nicht. Ich habe seit lange die Erfahrung gemacht, daß das Scheinchristenthum weit schlimmer und gefährlicher ist, als das Unchristenthum, und daß nur diejenigen tüchtig sind, wahres Christenthum zu pflegen und zu fördern, die den Muth haben, dem falschen Christenthum die trügerische Larve herunterzureißen. Ich habe bereits im Reichstag darauf aufmerksam gemacht, daß das Scheinchristenthum gegenwärtig einen neuen Anlauf nimmt und das öffentliche Leben mit einer neuen Gefahr bedroht. Hier in Berlin hat der Zauber dieses neuen Scheinchristenthums seinen Hauptsitz und darum muß dieser Zauber hier gebrochen werden. Ich weiß, daß es hier manche erleuchtete Theologen und Laien giebt, welche die Verderblichkeit dieses Scheinchristenthums erkennen, aber sie bleiben stumm, oder sie reden so schwach und undeutlich wie Herr Propst v. d. Goltz neulich in Erfurt. Zwar haben sich bis jetzt, soviel ich weiß, nur zwei Berliner Prediger Stöcker angeschlossen. Die anderen scheinen stille Gegner zu sein, schützen aber ihre Gemeinden nicht vor der grassirenden scheinheiligen Verführung. Ich habe zweimal die Geistlichen Berlins vergeblich aufgerufen, ich ergreife die mir heute dargebotene Gelegenheit, um zum dritten Mal diese Männer aufzurufen, daß sie mir beistehen möchten, den verderblichen Schein eines unächten Christenthums zu zerstören.

Nunmehr glaube ich mein Thema soweit vorbereitet zu haben, daß ich in dasselbe eintreten kann.

Meine Behauptung ist: das Christenthum, welches die agitatorische Thätigkeit Stöcker's verkündigt, ist nicht das wahre, sondern ein gefälschtes Christenthum.

Diese meine Behauptung gründe ich auf folgende drei Thatsachen:

1. auf die Auslassungen Stöcker's über den christlichen Staat,
2. auf seine Betheiligung an der Antisemitenpetition,
3. auf seine Selbsttäuschung über seine Erfolge.

I.

Dem gewaltigen [illegible] von dem christlichen [illegible], welches in fast jeder Rede Stöcker's seit der [illegible] [illegible] wiederkehrt, setze ich von vornherein die [illegible] eines der gelehrtesten, geistvollsten und gläubigsten Theologen der Neuzeit entgegen. Drei Jahre vorher, ehe Dr. [illegible] seine Apologie „des christlichen Staates" zuerst in der „[illegible] Kirchen-Zeitung" und demnächst als Monographie [illegible] schloß der in Erlangen verstorbene Professor von Hofmann, damals Professor in Rostock, ein großes exegetisches Werk mit der Behauptung: „Der Begriff des christlichen Staates ist eine Lüge."*)

Aus einem tiefen Studium der heiligen Urkunden hat sich diese Behauptung Hofmann's ergeben. Jene Schrift von [illegible] dagegen hat eine förmliche Scheu vor der Bibel, sie nimmt an keiner Stelle Bezug auf das heilige Buch. Diese auffallende Erscheinung hat einen natürlichen Grund. Das mosaische [illegible] verbietet, Ochs und Esel zusammen zu spannen, um [illegible] daß man Verschiedenes auseinander halten und nicht [illegible] soll. Nun zeigt die Bibel die Gegensätzlichkeit des [illegible] und Staatlichen so deutlich, daß man erst die Natur beider Elemente gewaltsam verändern muß, ehe man sie in einem [illegible] zusammenjochen kann. Man braucht nur einen Blick in das [illegible] Testament zu thun, um sich zu überzeugen, daß im Gegensatz zum Judenthum und zum Heidenthum das Christenthum die [illegible] löst von der gesammten Naturbasis des Staates, des [illegible] Stammes und der Familie; sie dagegen in die [illegible] Sakristei der persönlichen Freiheit und Selbstentscheidung [illegible] Das Christenthum ist darum seit fast 2000 Jahren [illegible] der Weltgeschichte, weil es in dem einzelnen Menschen [illegible] [illegible] schafft, welche, weil von der Welt unabhängig, [illegible] [illegible] ist. Christus verlegt den Schwerpunkt [illegible]

[illegible]

*) [illegible]

Knechtschaft der Eitelkeit, in dem Aether der christlichen Freiheit athmet und lebt. Der ganze Prozeß des Christenthums beruht auf Freiheit des Geistes, er leidet nicht die mindeste Unfreiheit. Nur vermöge dieser Freiheit, die sich alle Tage behaupten muß, gehört der Mensch dem Christenthum an.

Nur was aus dieser Freiheit geboren wird, ist christlich. Was dagegen diesen unverfälschbaren Stempel nicht an sich trägt, kann human, moralisch, auch religiös sein, aber christlich ist es nicht. Dagegen wird der Mensch Mitglied des Staates durch seine natürliche Geburt ohne seinen Willen und dem Staat bleibt er verhaftet, auch wenn er nicht will, durch das Zwangsrecht. Ferner umfaßt der Staat die Gesammtmasse des Volkes, von deren Mehrheit geschweige denn von deren Gesammtheit nicht vorausgesetzt werden kann, daß sie durch freien Entschluß und freies Beharren Christo angehört. Es kann also dieser Masse nicht ein Prädikat zuerkannt werden, welches höchstens für eine Minderheit Wahrheit besitzt. Wenn nun trotz dieses Gegensatzes der Staat sich christlich nennt, so begeht er einen Raub, er holt das Himmelreich von den Sternen herunter und überträgt diesen erhabenen Titel auf den irdischen Staat zum Schaden des Christenthums wie des Staates. Das ist der biblische Sinn des strengen Protestes, den der genannte Schriftgelehrte einst in Rostock gegen den Begriff des christlichen Staates im Jahre 1844 erhoben hat. Also nach der Bibel, dieser für Christen unantastbaren Urkunde, ist der Begriff des christlichen Staates eine Lüge. Von dieser biblischen Wahrheit ist bei Stöcker keine Ahnung.

Dieser christliche Protest hat eine sichtbare Spur nicht hinterlassen, dagegen hatte Stahl's Theorie vom christlichen Staat eine Geschichte.

Nachdem der Märzsturm 1848 ausgerast, gab es in Berlin für die ersten Jahre keine einflußreicheren Führer des öffentlichen Lebens als das Trifolium Stahl, v. Gerlach und Leo, und keine gewichtigeren Organe der öffentlichen Meinung als die „Kreuzzeitung“ und die „Evangelische Kirchen-Zeitung“.*) Und

*) Stahl veröffentlichte, wie schon bemerkt, seine Abhandlung über den christlichen Staat zuerst in Hengstenberg's „Evangelischer Kirchen-Zeitung“ und Leo schrieb in dem Jahrgang 1849 dieser Kirchenzeitung fünf Artikel „Ueber den christlichen Staat“.

frägt man nach einer einheitlichen Bezeichnung der Tendenz dieser geistigen Potenzen, so wird man wohl keine passendere Bezeichnung finden, als den Titel des „christlichen Staates“. Welches sind nun die thatsächlichen Ergebnisse dieser in den fünfziger Jahren einflußreichen Politik des „christlichen Staates“ gewesen? Wir wollen eine dreifache Auktorität über diese Frage vernehmen.

Die erste Auktorität ist Se. Majestät, unser jetziger hochverehrter Kaiser. Derselbe verurtheilte als Prinz-Regent in seiner Ansprache an das Ministerium am 8. November 1858 die Wirkungen dieses politischen Christenthums mit den allerschärfsten Worten; er strafte „die politischen Bestrebungen, welche die Religion zum Deckmantel machen“, er züchtigte die „vorhandene Orthodoxie, welche sofort die Heuchelei im Gefolge hat“; er befahl, „alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken zu entlarven, wo es nur möglich wäre“.*)

Die zweite Auktorität ist das vernichtende Volksgericht über eine ganze Reihe von Missethaten und Werkzeugen der Reaktion, welche in den fünfziger Jahren sich mehr oder weniger durch den Schein christlicher Frömmigkeit zu schmücken suchten. Ich brauche nur den einen Namen **Olmütz** zu nennen, um anzudeuten, was ich meine. Dieser Name ward in den Nimbus von Heiligkeit gekleidet, aber das, was er bedeutet, setzte den letzten Tropfen des gesunden deutschen Volksbewußtseins in Aufruhr.**)

*) „In beiden Kirchen — in der katholischen wie in der evangelischen — muß mit allem Ernst den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen! In der evangelischen Kirche — wir können es nicht leugnen — ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchelei hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der Union hinderlich in den Weg getreten und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterförderung ist mein fester Wille und Entschluß, mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und theilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen und dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden.“

**) Eine Uebersicht über die Sünden und Schanden dieser Reaktion gew[illegible] Bernstein: Die Jahre der Reaktion. Berlin 1881.

Als dritten Zeugen nenne ich Christoph Dahlmann, den Mann, dem man nur ins Angesicht zu schauen brauchte, um den Eindruck einer streng sittlichen Persönlichkeit zu empfangen. Zwei Berliner Kirchenzeitungen der strengen Gattung haben ihn nach seinem Tode als einen sittlichen Charakter gefeiert, die eine hat ihn sogar einen lutherischen Mann genannt. Dahlmann hat zum Theil in hohen Vertrauensstellungen die Zeiten des „christlich-germanischen Standpunktes“ und des „christlichen Staates“ durchlebt und seine Erfahrungen hat er in kernigen Sätzen ausgesprochen: es sind die Sprüche eines zürnenden Volkstribunen über den Verfall der Religion und des Staates.*) Der christliche Staat ist nach Dahlmann der wahre Ruin des Christenthums.

*) Als Jakob Grimm nach dem welfischen Attentat gegen die Heilighaltung des Eides schrieb: „von den Theologen, den Vertretern des Glaubens und Gewissens, hätte man erwarten sollen, daß sie eingedenk lutherischer Freimüthigkeit ihre Zornesschalen kräftig ausgeschüttet und alle Blödigkeit hingeworfen“, sprach Dahlmann: „Ehemals ward die Tapferkeit zu den christlichen Tugenden gerechnet. Die Geistlichkeit des hannoverschen Landes hat die Gelegenheit versäumt, Missionsgeschäfte in christlichen Landen zu treiben, wo sie vor der Hand weit nöthiger sind, als im Heidenthum.“ Dahlmann nennt das Christenthum „die höchste Gabe der Gottheit“, „aber das jetzige Christenthum, sagt er, ist ein schwaches Kind geworden, das sich in den rauhen Wind des Lebens nicht hinauswagen darf.“ (Dahlmann, von Springer I. 58, Geschichte von Dänemark I. 41.) „Unsere Religion, ehemals eine Stütze der Starken, ist jetzt zum Kopfkissen der Schwächlinge geworden“ (Springer II. 348). Im Jahre 1849 bedauert er sein Schicksal, „im Flüsterkreise der Frömmigkeit leben zu müssen“ (Springer II. 382). „Die Frömmigkeit ist ein Nahrungszweig geworden“ (Englische Revolution 5. Aufl. S. 260). „Das modische Christenthum, welches jetzt seine dumpfe Schwüle verbreitet, ist aus Schlechtigkeit und Beschränktheit entsprungen, man stempelt die lautere Lehre des Christenthums zu einer Religion der Schurken und Schwachköpfe“ (Springer II. 93, 94). „Wir gehen heillosen Zeiten entgegen, weil die ewig wahren Begriffe vom Staat in einen Schleier künstlich eingehüllt werden, zu welchem Schelmerei den Stoff und das Christenthum die eingestickten Redensarten hergiebt“ (Geschichte von Dänemark I. 140). „Das Christenthum ist über anderthalb Jahrtausend alt geworden, ehe es nur der Welt eingefallen ist, zu behaupten, es könne nicht mit der bürgerlichen Freiheit bestehen. Jetzt ist dies die Lehre von Jedermann, der Excellenz werden oder Gunst bei Excellenzen erwerben will“ (Springer II. 14). „Des neuen Christenthumes Gru[illegible]st unumschränkte Regierung“ (Springer II. 15). „Gleich[illegible]iheitskriegen wurden die gefeierten Sprecher des Tages nicht [illegible]olen, die Verfassung des Vaterlandes sei dem Manne der [illegible] gleichgültig und das Christenthum predige Gehorsam“ (Springer II. 93). „Am Trugvollsten ist das Treiben derjenigen, welche das Wohlgefallen an politischer Knechtschaft als das Merkmal eines guten Christen hinstellen. Verstockt man sich in diesem System der Mißgriffe,

[illegible] Vergangenheit und ihre Zukunft [illegible] „Der [illegible] Staat eine tödtliche Gefahr für Staat und Kirche." Der [illegible] Hofprediger, der auf die Bibel eigens verpflichtet ist, [illegible] biblische Verdikt gegen den christlichen Staat [illegible] noch kann er jene Warnungstafel gelesen haben. [illegible] sonst mit einem solchen Enthusiasmus in allen seinen [illegible] des laufenden Jahres gehaltenen Reden den christlichen [illegible] preisen, als wäre es der neuentdeckte heilige Graal!

Geschichte scheint überhaupt für Stöcker gar nicht zu existiren. Seinen Horizont bilden die Tagespresse, vor Allem der „Börsen-Courier" und die jüdische Moralstatistik. [illegible] nicht vermittelst einer solchen bornirten Tagesweisheit eine neue Aera ins Dasein setzen wollte!

Aber nicht blos muß man an der Bibel und an jener Warnungstafel blind vorübergehen, man muß auch [illegible] große prinzipielle Reichsgesetze förmlich begraben, ehe man [illegible] dem christlichen Staate sprechen kann, wie es Stöcker [illegible] jeder Woche ein paar Mal zu thun pflegt. Die [illegible] Jahre 1866 und 1870 haben den deutschen Staat in seine [illegible] Würde und Selbstständigkeit eingesetzt. Die reichsgesetzliche [illegible] dieser vollen und reinen Wahrheit und Würde des [illegible] Staates ist in den beiden Reichsgesetzen vom 3. Juli [illegible] und vom 6. Februar 1875 ausgeprägt. Die beiden [illegible] das, was man inkorrekterweise den christlichen Staat [illegible] könnte, sind durch diese beiden Gesetze gestürzt. In dem ersten Gesetz erklärt das deutsche Reich, in dem religiösen [illegible] erkenne ich weder ein Privilegium noch eine [illegible] frage nicht mehr nach dem Taufschein, sondern, wie [illegible] Washington, lediglich nach der bürgerlichen und [illegible] lichen Qualität des Mannes. Mit dem anderen Gesetz [illegible] das Reich die Buchführung über seinen Personenstand in die eigene Hand und erklärt damit, daß das [illegible] mit der religiösen Weihe, die nach der Sitte [illegible]

[illegible]

den natürlichen Ereignissen der Geburten, der Eheschließungen und der Sterbefälle verbunden ist, sich nicht befasse, sondern dieselbe lediglich dem freien Ermessen seiner Bürger anheimgebe. Mit diesen beiden Gesetzen hat das deutsche Reich die staatliche Korrektheit als ein großes Vorbild für die Lösung der allenthalben brennenden Kirchenfrage aufgestellt. Denn diese staatliche Korrektheit ist zugleich die Wiederanbahnung der kirchlichen Korrektheit, wie dieselbe im Neuen Testament, in den ersten Jahrhunderten der Kirche und in den Anfängen der Reformation dargestellt ist. Allerdings ist es ein Bruch mit einer 1500 jährigen Gewohnheit, aber diese Gewohnheit des Staatskirchenthums oder des sogenannten christlichen Staates hat im Laufe der Jahrhunderte in dem Heiligthum so viel Unfreiheit, Scheinheiligkeit, Lüge, Fanatismus, Mord, Wahnsinn und andere Greuel erzeugt, daß viele fromme und einsichtige Männer längst zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß diese unchristliche Mißgestalt des Kirchenwesens durch die Kraft des Geistes beseitigt werden müsse. Für dieses urchristliche Programm hat Schleiermacher sein Leben lang gekämpft und gearbeitet, und diesem großen Theologen stehen zur Seite Geister sehr verschiedener Art, die aber alle darin einig sind, daß ihnen das Christenthum als höchstes Heil der Menschheit gilt, ich nenne den einsichtigsten und charaktervollsten französischen Politiker der Neuzeit Alexis de Tocqueville, ferner Alexander Vinet, Franz von Florencourt, Dr. Wichern, Sören Kjerkegaard, eine Zeit lang gehörten auch zu ihnen der Lutheraner Dr. Rudelbach und der katholische Publizist Philipp von Segesser. Nach solchen Vorläufern hätte man erwarten sollen, daß wenigstens die evangelische Theologenschaft und Geistlichkeit den in jenen Reichsgesetzen verborgenen kirchlichen Segen mit hoher Freude begrüßt und dem Volke diesen Segen klar gemacht hätte. Statt dessen werden wir gestraft mit dem traurigen Anblick, daß diese Pastorenschaft mit ganz geringen Ausnahmen jenen beiden Gesetzen kalt, mißtrauisch, ja größtentheils feindlich gegenübersteht. In einer Zeit, in der das Bedürfniß nach wahrer mannhafter Religion zum Himmel schreit, wie vielleicht noch niemals, sehen wir bei denen, welche an der Spitze der Seelenführung stehen, auf der einen Seite eine unruhige, unfruchtbare

geistliche Polypragmosyne, auf der anderen Seite ein ungeheures Defizit an Glaubensmuth.

Den schwersten Vorwurf aber trifft denjenigen, der Deutschland und die Schweiz bereist, um eine Reform der christlichen Gesellschaft ins Dasein zu rufen, daneben aber das eine jener beiden heilsamen Reichsgesetze leidenschaftlich verdächtigt, dem anderen auf Befragen nur eine laue Zustimmung ertheilt, also den kirchlichen Segen dieser Gesetze theils verkennt, theils zerstört. Wahrlich, es ist nicht christlich, wenn ein solcher Reiseprediger für christliche Reform an dem öffentlichen Zeugniß über jenen schmählichen Bankerott des christlichen Staates stumpf und stumm vorübergeht; es ist noch weniger christlich, wenn ein solcher die Hinweisung zweier Reichsgesetze auf den urkundlichen Adel und die weltüberwindende Grundkraft des Christenthums in geistlichem Unverstand auszulöschen sich beeifert. Ich weiß sehr wohl, daß Stöcker dann und wann sagt: „Niemand verlangt Staatszwang zur Taufe und zur Trauung", er spricht auch gern von Kirchenfreiheit. Aber mit solchen pharisäischen Redensarten ist der gähnende Abgrund des 1500jährigen Mißbrauchs nicht zuzudecken. Wer jetzt endlich das Unchristliche alles Kirchenzwanges einsieht, der soll vor allen Dingen stille stehen und an seinem Geiste vorübergehen lassen all die himmelschreienden Missethaten und Gräuel, welche dieser unchristliche Kirchenzwang im Laufe von 1500 Jahren unter dem Titel des Christenthums verbrochen hat. Je mehr Einer sich seines Christenthums rühmt, desto mehr soll er entsetzt und zerknirscht vor diesen Sünden der kirchlichen Vergangenheit in sich gehen; er soll im Geiste hören das Klaggeschrei der Verfolgten, er soll im Geiste schauen die Marter der Gequälten. Nur wer durch dieses Feuer hindurchgegangen ist, darf wagen die Hand zu legen an ein kirchliches Reformwerk. Wer ein solches Werk wie aus dem Stegreif zu betreiben sich vermißt, wie Stöcker, der „säet Wind und wird Sturm ernten". Aber die Fälschung des Christenthums kommt erst recht zum Vorschein, wenn Stöcker die Satzungen seines christlichen Staates aufzustellen beginnt.

Nach einer Definition des christlichen Staates muß man bei Stöcker nicht fragen; er begnügt sich, einzelne Merkmale und

Fingerzeige namhaft zu machen, und überläßt uns dann, uns eine Gesammtanschauung zu bilden. Diese Merkmale und Fingerzeige reichen aus, um uns ein wahres Ungeheuer mit christlichem Namen vorzuführen. Stöcker verlangt am 13. September und sonst wiederholt für seinen christlichen Staat: christliche Obrigkeit, christliche Schule, christlichen Eid, die vierte Forderung der „Kreuzzeitung", „christliche Ehe", läßt er fallen. Analysiren wir nun ein wenig diese Stöcker'schen Forderungen. „Christliche Obrigkeit", so lautet die erste Forderung. Diese Forderung ist seit einem Jahre erheblich verschärft. Die Antisemitenpetition lautete: „Die Juden sind von allen obrigkeitlichen (auktoritativen) Stellungen ausgeschlossen." Für die negative Ausschließung der Juden wird jetzt die positive Forderung der Christlichkeit gestellt, ferner für obrigkeitliche (auktoritative) Stellungen heißt es jetzt Obrigkeit allgemein ohne beschränkenden Zusatz. Außerdem ist inzwischen in dem Begriff der Christlichkeit vornehmlich nach dem Sprachgebrauch Stöcker's eine merkliche Verengerung eingetreten. Da Stöcker Christenthum einerseits und Judenthum und Fortschritt andererseits auseinander hält und sich in diese Klassifikation immer fester hineinredet, so kann der Taufschein für den Charakter der Christlichkeit in dem christlichen Staate nicht mehr ausreichen.

Von Dr. Virchow hat Stöcker am 13. September gesagt: „er glaubt weder an Sichtbares noch an Unsichtbares" und am 29. September hat er ihn „einen entschiedenen Feind des Christenthums" genannt. Dieses letzte Urtheil hat er ausgesprochen in einer Rede, die er damit eröffnete, daß er erklärte: „Persönlichkeiten müßten von dem politischen Kampfe fern bleiben." Stöcker muß also dieses Urtheil über seinen politischen Gegner nicht für ein persönliches, sondern für ein sachliches und objektives halten. Soll nun irgendwie noch Logik gelten, so wird mit jenem Urtheil dem Dr. Virchow die Wählbarkeit abgesprochen. Denn wie darf Einer an der Gesetzgebung des christlichen Staates arbeiten, der „entschiedener Feind des Christenthums" ist? Da nun aber Stöcker noch nicht den christlichen Reichstag gefordert, so wollen wir diese logische Konsequenz dahin gestellt sein lassen. Aber christliche Obrigkeit fordert er, und eine Obrigkeit ist ohne

Frage der Landgerichtsrath Kloß. Aber ob christliche Obrigkeit, das ist nach dem Urtheil über Virchow mehr als zweifelhaft. Nun traue ich Stöcker die Billigkeit zu, daß er einen bereits im Amt ergrauten Richter nicht vor's Konsistorium zitiren wird. Aber für die neu anzustellenden Richter muß man, soll es mit dem christlichen Staat Ernst werden, eine deutsche Testakte einführen. Dann werden manche charakterfeste Juristen verzichten; die Meisten wollen aber doch nicht gerne umsonst studirt haben, sie werden daher zur Kirche gehen, werden sich die christlichen Redensarten merken und aneignen, werden den Reichsboten lesen und werden dann in den christlichen Staatskalender aufgenommen. Was sodann die Forderung der „christlichen Schule“ anlangt, so wollen wir weder von Religionsunterricht noch von der Mathematik sprechen, sondern von dem Geschichtsunterricht, und vom Unterricht im Deutschen und von der Anleitung zu schriftlichen Aufsätzen in den höheren Bürgerschulen und in den Gymnasien. Die Forderung der Christlichkeit muß auch hier zu einer deutschen Testakte führen und die natürliche Folge wird auch bei den Schulmännern dieselbe sein, wie bei den Juristen. Endlich fordert Stöcker für den christlichen Staat den „christlichen Eid“, wie auch Stahl dieselbe Forderung schon aufstellt,*) es soll also der christliche Zusatz: „Und sein heiliges Evangelium“ wiederum obligatorisch in die Eidesformel des deutschen Reiches eingeführt werden. Vergegenwärtigen wir uns nun ein Land, in welchem alle Postulate der jüngsten Augustkonferenz seit 30 Jahren in Kraft und Blüthe stehen, ein solches Land nach dem Muster von Professor Sohm ist Mecklenburg. Ueber dieses Land stellt nun ein mecklenburgischer Pastor am 22. Oktober 1879 folgendes öffentliche Zeugniß aus: „Wir wollen uns nicht täuschen lassen über den großen Abfall von den Wahrheiten des Christenthums unter uns, über die christusfeindliche Zeitrichtung der letzten Jahrzehnte, welche wie ein verheerender Sturmwind, manches Glaubensfünklein auslöschend, über unser Land gegangen.“**) Wenn nun in Mecklenburg der Abfall vom Evangelium so groß ist, wie massenhaft wird er dann in Berlin sein? Wir

*) Der christliche Staat S. 23.
**) Lesker: Aus Mecklenburgs Vergangenheit. 1880. S. 115.

wissen ja auch, daß der vor Jahren erschollene Ruf von David Strauß: „Wir sind keine Christen mehr!“ bei vielen Tausenden Widerhall gefunden hat. Wie gestaltet sich dann unter solchen Zuständen die Forderung des christlichen Eides? In den Fall, einen Eid zu schwören, kann jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau kommen. Lautet nun die Formel auf das „heilige Evangelium“, dann wird der Fall Hofferichter hundertfach wiederkehren, aber vieltausendfach wird die Eidesformel zu einer offenkundigen Lüge in dem Munde der Schwörenden.

Die Heuchelei ist ein Unkraut, das von selbst wächst und schwer auszurotten ist, wenn aber die Heuchelei förmlich gepflegt und gefüttert wird, wie das in diesem neuen christlichen Staat der Fall sein würde, dann würde die Heuchelei sich aufthürmen, wie ein Gebirge. Wir haben vernommen, welch ein Gericht über die durch den christlichen Staat in den fünfziger Jahren angerichtete Verwüstung ergangen ist, sollte nun noch einmal dieser christliche Staat sich unter uns festsetzen, so würde ein noch viel stärkerer Donner sittlichen Zornes erfolgen müssen.

Ich komme jetzt zu demjenigen Moment, welches in jüngster Zeit vornehmlich in den Reden Stöcker's dem christlichen Staat ein neues Prestige gegeben hat. Die Motive zu dem Unfallversicherungsgesetz beriefen sich an drei Stellen auf die Idee des christlichen Staates. Und der Herr Reichskanzler, in dessen Rede für jenes Gesetz ein warmer Hauch der Theilnahme für die Noth der Bedürftigen nicht zu verkennen ist, betonte vor Allem die Nothwendigkeit der Staatshülfe und nannte das praktisches Christenthum. Wenn man nun hinzunimmt, daß sowohl die Motive jenes Gesetzes als auch die Rede Bismarck's eine unabsehbare Perspektive für eine weitere Gesetzgebung in gleicher Richtung eröffneten, so hatte man den Eindruck, daß es sich handle um die Einführung eines ganz neuen, bisher noch überall unversuchten Prinzips, welches man bald den berechtigten Sozialismus, bald praktisches Christenthum nannte. Bisher war man gewohnt, Sozialismus und Christenthum als unvereinbare Gegensätze zu betrachten, es ist eine sehr ernste Frage, wie kommt man jetzt dazu, eine und dieselbe Sache bald mit dem einen, bald mit dem anderen Namen zu bezeichnen? Die Geschichte zeigt uns

die Möglichkeit dieser Verbindung, [illegible]
heit und Gefährlichkeit derselben.

Die erste Christengemeinde betrachtete und fühlte [illegible]
eine geistliche Familie, in welcher naturgemäß die Gegensätze [illegible]
Ueberfluß und Bedürftigkeit sich ausglichen. Die Welt [illegible]
vor diesem Werk des neuen Geistes und die heidnischen [illegible]
mußten im Jahre 313 die durch das römische Reich zerst[illegible]
und verfolgte Christenschaar als ein einheitliches Corpus [illegible]
erkennen und benennen. Die Menschheit hat von jeher eine schw[illegible]
Noth gehabt mit dem Gegensatz von Reichthum und Arm[illegible]
und sie wird auch diese Noth behalten bis zum jüngsten Tag[illegible]
Nun hat die Welt in einer Periode des gehobenen Geistes [illegible]
Lösung der sozialen Frage auf dem Boden der christlichen [illegible]
meinde angeschaut. Sollte sich diese Lösung der sozialen F[illegible]
nicht auch auf den weltlichen Boden verpflanzen lassen? Julian[illegible]
Apostata, der ins Heidenthum zurückgefallene Kaiser, machte [illegible]
Versuch, er entlehnte von der Kirche ihre christlichen Wohlth[illegible]
keitsanstalten und versetzte sie auf den Boden des heidnisch[illegible]
Polytheismus. Daß mit dieser Versetzung der Geist der chri[illegible]
lichen Wohlthätigkeit ertödtet war, leuchtet von selbst ein, [illegible]
hatte nur noch den entseelten Körper, den todten Leichnam [illegible]
christlichen Wohlthätigkeit ohne den christlichen Geist. [illegible]
lich war es, als den Kirchengemeinden die Last der Bed[illegible]
unerträglich wurde und man deshalb die freie Wohlthätigkeit [illegible]
die staatliche Armenversorgung verwandelte. In Frankreich [illegible]
England geschah dies schon im 16. Jahrhundert, in Deutsch[illegible]
meistens im Anfang dieses Jahrhunderts. Ich weiß, daß [illegible]
bei dieser Umwandlung der christliche Name angerufen [illegible]
Aber was ist daraus geworden? In England hat man [illegible]
haltigsten Erfahrungen gemacht. Wie sehr aber das [illegible]
des praktischen Christenthums in diesen englischen Insti[illegible]
staatlichen Wohlthätigkeit waltet, kann sich Jeder [illegible]
Schriften überzeugen. Daß wahrhaft [illegible]
[illegible] durch einen Bruch mit [illegible]
[illegible] hätte Stöcker aus [illegible]

praktischen Berührung mit dem Institut der staatlichen Armenpflege überzeugt, daß von moralischen Motiven geschweige denn von Christlichkeit weder bei den Beitragenden noch bei den Empfangenden keine Spur mehr zu entdecken ist. In der apostolischen Gemeinde standen sich Empfangende wie Gebende als freie ebenbürtige Persönlichkeiten gegenüber. Die staatliche Armenpflege stellt Beitragzahlende und Unterstützungsbedürftige unter den Zwang, der den Nerv der Freiheit auf beiden Seiten ertödtet und das Gegentheil von dem bewirkt, was das Christenthum erstrebt. Was in der urchristlichen Wohlthätigkeit heiliges Feuer war, das ist in der staatlichen Armenpflege todte, kalte, starre Lava geworden.*) Nun hat man zwar gemeint, daß der neue christliche Staatssozialismus sich geistig hoch abhebe von der Armenversorgung. So lange die Sache neu ist, wird Etwas von dem warmen Hauch der ursprünglichen Intention daran haften. Aber das wird sich bald verlieren und die Germania**) hat ganz Recht, wenn sie behauptet, durch die Staatsunterstützung werde der neugeplante Sozialismus dem Wesen nach nur eine umfassendere Armenversorgung werden. Wenn nun Eduard v. Hartmann behauptet, daß die Durchführung des sozialistischen Planes des Reichskanzlers „die Depossidirung der Kirche aus dem Gebiete der Armenpflege“ bedeutet, so ist er mit dieser Behauptung vollständig im Recht, und was Stöcker dagegen bemerkt hat, trifft in keiner Weise die Sache. Wenn man nun deßungeachtet diese Säkuralisation der christlichen Wohlthätigkeit christlich nennt, so ist das nicht mehr berechtigt, als wenn, wie Dr. Bamberger ganz zutreffend erinnert hat, Sct. Simon seinen Communismus „das neue Christenthum“ nennt.

Der katholische Geistliche Abgeordneter Winterer verwahrte sich sofort im Reichstag gegen die falsche Anwendung des christlichen Namens für den sozialistischen Plan. Um so mehr hatte der evangelische Theologe Stöcker die Pflicht, diesen apokryphischen Titel der Reichsregierung an der Norm der kanonischen Bibel zu prüfen. Der Vortrag, den Stöcker in Basel ge-

*) Daß die Materialisirung der Wohlthätigkeit den Geist der Wohlthätigkeit verscheucht, ist selbst dem Heiden Seneca einleuchtend: multum interest inter materiam beneficii et beneficium. De benef. I. 5, 2.

**) Germania 1881 Nr. 216, Leitartikel.

halten, ist eine gute christliche Moralpredigt, die sich ganz in den Schranken der christlichen Privatwohlthätigkeit bewegt. Hier zeigt Stöcker, daß er den freien Geist und die Liebe als die Quelle aller christlichen Wohlthätigkeit sehr wohl kennt. Aber dieses Licht der Erkenntniß ist völlig ausgelöscht, sobald er auf die in Aussicht gestellten Hülfen des „christlichen Staates“ zu sprechen kommt. Manche von seinen konservativen Parteigenossen haben Bedenken wegen des Staatszuschusses und wegen der unabsehbaren Konsequenzen dieses neuen Prinzips. Ohne Vorbehalt geht Stöcker auf den ganzen Plan des Reichskanzlers ein und begrüßt die Appellation an den „christlichen Staat“ und an das „praktische Christenthum“ wie ein neues Evangelium der Erlösung. Dieses Evangelium ist der Grundton in fast allen Reden Stöcker's während der letzten 9 Monate. Am 4. Februar 1881 verkündigt er in Berlin: „Als ich in den Motiven zu dem Reichsunfallgesetz die Worte von der Verpflichtung des christlichen Staates las, habe ich mich für meinen dreijährigen Kampf reichlich belohnt gefühlt. Das Wort „christliche Staatsidee“ in diesen Motiven ist ein gewaltiges Wort, der Anfang eines völligen Umschwungs.“ Am 16. März 1881 in Hannover: „Von oben her, von dem Reichskanzler ertönt der neue, der verheißungsvolle Ton eines christlichen Staates.“ Am 26. August in Berlin: „Der Staat soll die christliche Idee in gesetzliche Formen bringen; der Zukunft, in welcher das durchgeführt sein wird, sei Glück- und Segenswunsch dargebracht.“ Am 6. Oktober in Berlin: „Ein gesunder Sozialismus folgert sich aus der christlichen Staatsidee und wird dem Volke das Gefühl der Brüderlichkeit und Gemeinschaft wiedergeben, damit sich der Einzelne nicht mehr verloren und verlassen dünken kann.“ In Frankfurt a. O. am 6. Oktober: „Die Regierung reicht ihre starke Hand dar, und wenn die Regierung ihre Hand darreicht, so ist immer Etwas darin.“

Stöcker beeifert sich, dieses sozialistische Element, diesen entseelten Körper der christlichen Bruderliebe mit christlichem Namen zu schmücken und zu verherrlichen. Er forderte am 9. September in Liegnitz und ebenfalls am 13. September in Berlin für den sozialistischen Plan des Reichskanzlers Glauben, oder wie er sich

untheologisch ausdrückte, „ein Stück Glauben". In einer Angelegenheit, in welcher nationalökonomische und politische Argumente und statistische Zahlen entscheiden, an den Glauben appelliren, ist ein Mißbrauch dieses christlichen Wortes und im Grunde eine fanatische Proskription der pflichtmäßigen Prüfung.

Die Meinung, daß aus dem Buchstaben und Zwang der neuen sozialistischen Staatsgesetze ein neuer Geist christlicher Brüderlichkeit erstehen wird, ist eine neue unerhörte Häresie.

Wenn man nun erwägt, welchen Kampf und Preis es gekostet, das Christenthum von dem judaistischen und päpstlichen Gesetzesjoch zu befreien, dann sollte man denken, daß ein evangelischer Theologe, der ein solches in die krasseste Gesetzlichkeit und Fleischlichkeit eingetauchtes Programm für „den christlichen Staat" aufstellt, den Paulus, den Luther, den Melanchthon niemals könne gelesen oder, wenn gelesen, doch nicht verstanden haben.

Es ist jedenfalls ein sehr fragwürdiges Unternehmen, die christliche Wohlthätigkeit ohne den christlichen Geist auf das weltliche Gebiet zu übertragen, aber ganz verhängnißvoll wird dies Experiment, diesen entseelten Körper mit christlichen Titeln, als „Glaube", „christlich-germanischer Geist" (9. September), „christliche Idee" (26. August), „christliche Gemeinschaft" (19. September) zu belegen und als das ersehnte Christenthum der Zukunft zu verkündigen. Christliche Namen heften an Dinge, denen der christliche Geist abhanden gekommen ist, das heißt die Straße pflastern, die zum Thron des Antichristen führt.

Auf die Frage, ob denn das Christenthum jetzt gar keine Hülfe für die himmelschreiende Noth der Bedürftigen besitze, antworte ich: allerdings, die einzige ausreichende umfassende Hülfe liegt in dem Christenthum. Die Kirche der drei ersten Jahrhunderte ist eine weltgeschichtliche Realität und ihre Geschichte ist noch nicht am Ziel. Dr. Luther hat klar erkannt und vorhergesagt, die großartige christliche Organisation der brüderlichen Liebe sei nur möglich auf dem Boden der auf Freiheit ruhenden Christengemeinde.*) Der Geist des Protestantismus wird nicht ruhen, bis diese Gemeinde hergestellt sein wird. Der edle Mönch

*) Luther's Werke, Erl. A. 22, 230, 231.

Paul Sarpi sagt: die reformatorische Kirche wird vollendet werden, wenn sie ein neues Dach bekommt. Diese Kirche wird nicht ein Konventikel, auch nicht eine sektenhafte Freikirche sein, ihr neues Dach wird der große weite Horizont des prophetischen Wortes sein. Aber der „christliche Staat“ Stöcker's erweist sich als eine Brutstätte von neuen Heucheleien und als eine Verführung zum Antichristenthum und somit bestätigt sich die Behauptung des weiland Rostocker Professors: „der Begriff des christlichen Staates ist eine Lüge“.

II.

Wir kommen zu dem zweiten Beweis von der Unächtheit des Stöcker'schen Christenthums. Dieser Beweis ist enthalten in seiner Betheiligung an der Antisemitenpetition. Da Stöcker in seinen Reden sich nicht immer gleichmäßig über die Judenfrage ausspricht, so wollen wir uns an den stenographischen Bericht über die bekannte Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses vom 20. und 22. November 1880 über die Judenfrage zu halten suchen.*) Es handelt sich in der besagten Angelegenheit um zwei Schriftstücke. Das Hauptschriftstück ist die eigentliche an den Reichskanzler gerichtete, mit 250 000 Unterschriften versehene Petition mit den vier auf Beschränkung der Juden berechneten Punkten, welche Hänel nach ihrem Wortlaut anführt.**) Von dieser Petition selbst ist zu unterscheiden das in der besagten Parlamentsdebatte mehrfach erwähnte sogenannte Anschreiben.***) Dieses in Tausenden von Exemplaren verschickte Anschreiben, welches zum Unterzeichnen der Petition aufforderte, war gerichtet an Zeitungsredaktionen, Bürgermeistereien, Superintendenturen, Landräthe, Richter u. s. w.†) Dieses Schriftstück war unterzeichnet von einer großen Anzahl solcher angesehenen Männer, welche in erster Linie sich für diese Petitionsangelegenheit interessirten. Das Anschreiben ist besonders deshalb merkwürdig,

*) Die Judenfrage. Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Interpellation des Abgeordneten Dr. Hänel. Separatabdruck. Berlin, 1880.
**) A. a. O. S. 3.
***) S. 32, 76, 86, 143, 206.
†) S. 32

weil in demselben der Geist oder vielmehr der Ungeist dieses ganzen Unternehmens mit einer unglaublichen Naivetät ausgesprochen ist. Für uns hier haben die beiden Schriftstücke nur insofern Bedeutung, als der Hofprediger Stöcker bei beiden betheiligt ist und uns diese Betheiligung einen Maßstab in die Hand giebt, das Christenthum Stöcker's auch an dieser Thatsache zu prüfen. Stöcker bekennt selber, daß er bei der Berathung der Petitionsangelegenheit zugezogen sei, er bekennt ferner, daß er das Anschreiben unterzeichnet, daß ihm die Petition willkommen gewesen und daß er auch dieselbe unterschrieben habe.*)

Die Frage nun: wie kommt der evangelische Hofprediger in diese offenbar leidenschaftlich und weltlich aufgeregte Antisemitengesellschaft, führt uns etwas weiter zurück. Als Anlaß, der ihn als „Geistlichen“ in den Kampf wider das Judenthum hineingeführt, bezeichnet Stöcker einige verbitterte Invektiven jüdischer Zeitungen und Reden wider die Geistlichkeit. Nun ist es richtig, Frivolitäten empören mit Recht jeden ernstgesinnten Mann. Aber bei der Verwendung, welche Stöcker von diesen jüdischen Aergernissen macht, übersieht er doch Zweierlei. Der Jude sieht in der Mehrheit der orthodox-christlichen Geistlichkeit keineswegs lediglich die Vertreter eines anderen Glaubens, sondern auch und vornehmlich die Fahnenträger einer herrschenden politischen Gegnerschaft. Darum gilt hier die höchst wichtige Bemerkung, welche Tocqueville macht. Der ebenso erfahrene wie tiefsinnige Politiker sagt: „Die Ungläubigen in Europa hassen die Christen weit mehr als politische Feinde, denn als religiöse Gegner. Es ist weniger der Repräsentant Gottes, den sie in dem Priester verwerfen, als

*) A. a. O. S. 128, 129, 130, 206. Auch Stöcker's Fraktionsgenosse v. Kröcher hat dieses bestätigt, a. a. O. S. 149. Außerdem bezeugt Dr. Henrici, der Freund von Dr. B. Förster, dem Haupturheber der Petition, in seiner Rede vom 17. Dezember 1880, daß Stöcker 500 an Geistliche gerichtete Anschreiben unterzeichnet hat. Jüngst hat Dr. B. Förster zwei öffentliche Vorträge über diese Angelegenheit gehalten, aus denen sich Folgendes ergiebt: erst nach dreimaliger Berathung ist die Fassung der Schriftstücke festgestellt; die Betheiligung Stöckers wird als eine sehr hervorragende bezeichnet; und da unter den Unterzeichnern das Pfarramt, wie Förster hervorhebt, besonders stark vertreten ist, so hat die an die Geistlichen gerichtete Empfehlung Stöcker's eine erhebliche Wirkung gehabt. Wir sind demnach auf alle Weise berechtigt, die ganze und volle Verantwortlichkeit Stöcker's für diese antisemitische Agitation in Anschlag zu bringen.

der Freund der Gewalt."*) Daher darf man nicht, wie Stöcker thut, bittere leidenschaftliche Worte liberaler Juden gegen die konservative Geistlichkeit ohne Weiteres als Angriffe gegen das Heiligthum behandeln. Das Zweite, was Stöcker hier übersieht, ist die Thatsache, daß in den pastoralen Konferenzen der Gegenwart ganz unleugbar ein übertriebenes Pathos herrscht, welches dem Gegner Blößen giebt. Wenn selbst Hengstenberg in der „Evangelischen Kirchen-Zeitung"**) über dieses falsche Pathos klagt, dann darf man nicht einen jüdischen Witz über eine Pastoralkonferenz sofort als Sakrilegium behandeln.

Der Introitus Stöcker's in die Judenfrage ist demnach nicht ganz frei von klerikalem Vorurtheil, aber seine Betheiligung an jenen beiden Schriftstücken des Antisemitismus ist gradezu mit dem Makel der Unchristlichkeit behaftet. In dem Anschreiben wird Christ und Jude entgegengesetzt, und dann die Klage erhoben, „daß christliche Weltanschauung und christliche Ueberlieferung durch den fremden Stamm, dessen Weltanschauung materialistisch ist, gefährdet sei"; „daß das Ideal echter Frömmigkeit sich bereits zu verrücken beginne". In dieser Noth wenden sich die Petenten „an den in Preußen und Deutschland mächtigen Einfluß des Reichskanzlers", indem sie zugleich, wie sie sagen, „allen Grund haben, daß ihre Bitten eine aufmerksame Berücksichtigung der Staatsregierung finden werden". Diese Viertelmillion deutscher Reichsbürger faßt dann Alles zusammen in der Bitte: „um Emanzipation des deutschen Volkes von einer Art Fremdherrschaft".

Es ist eine wahre Ungeheuerlichkeit, die hier zum Vorschein kommt. Der fremde Stamm, also der achtzigste Theil der Gesammtbevölkerung Deutschlands, knechtet das achtzig mal größere Volk der Deutschen, indem der materialistische Geist der minimalen Judenschaft die christliche Frömmigkeit des deutschen Volkes ins Wanken bringt! Der frühere Minister Abgeordneter Hobrecht sagte ganz richtig: „wenn es wahr wäre, daß die Juden Herren sind, und die Christen Knechte, dann hätten die Juden Recht, dann wären sie mit Recht die Herren und wir wären durch

*) La democratie en Amerique. Ed. 14, Bd. II. 232.
**) Ev. K.-Z. 1849 S. 748.

unsere Schuld Knechte".*) Ernstlich genommen bedeutet also diese Klage der Antisemitenführer die thatsächliche Abdankung der deutschen Nation in der Weltgeschichte. Aber dieses schimpfliche Selbstgericht ist noch nicht das schlimmste Stück dieses Dokuments. Man erwäge nur das Folgende: Das muß ja ein ganz erbärmliches Christenthum sein, dessen Weltanschauung, Ueberlieferung und Frömmigkeit durch materialistisches Judenthum gefährdet und verrückt wird. Nun muß man doch voraussetzen, daß die Petenten, welche über das Christenthum der Volksmasse ein so vernichtendes Urtheil fällen, selber sich des wahren Christenthums bewußt sind. Aber was soll man dann sagen von diesen christlichen Notabeln des Antisemitismus, die, nachdem sie das Christenthum der Masse für unfähig erklärt, sich gegen den jüdischen Materialismus zu behaupten, in dieser geistigen Noth ihre Zuflucht nehmen zu dem mächtigen Reichskanzler und zu der Hülfe der Staatsregierung! Dieser christliche Materialismus ist ja viel sündlicher und gottloser als der jüdische! Und diese offenbare Versündigung gegen den Geist des Christenthums hat der evangelische Hofprediger in erster Linie mitberathen und unterschrieben.

Stöcker hat aber auch die Petition selbst und damit das dritte gegen das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 gerichtete Petitum unterschrieben. Wir halten uns nicht auf bei der Frage, ob dieses Petitum die Aenderung des Gesetzes selbst oder eine Beschränkung in der Anwendung des Gesetzes bezielt. Wir haben es lediglich mit der christlichen Würdigung jenes Gesetzes zu thun und müssen erklären, daß Stöcker durch seine Unterschrift jenes Petitums beweist, daß er die hohe christliche Bedeutung des Gesetzes vom 3. Juli 1869 nicht begriffen hat. Stöcker hat zwar in Karlsruhe behauptet, daß er die Judenfrage „genau studirt habe". Dieses Studium muß nicht tief gewesen sein, ich sehe überhaupt an keinem Punkt, daß Stöcker Etwas genau studirt hat. Der einzelne wahre, wiedergeborene Christ ist dem Juden moralisch und religiös überlegen, aber ganz anders ist es mit der Masse der Getauften. Der moralische Durchschnittswerth dieser christlichen Masse reicht nicht aus, um jenes Privilegium,

*) Die Judenfrage, S. 58.

mit welchem Konstantin und Justinian die Getauften bevorzugt und den Juden das Brandmal des Helotenthums aufgedrückt haben, zu rechtfertigen.*)

Das Gesetz vom 3. Juli 1869 ist die reichsgesetzliche Korrektur einer langen politischen Unbilligkeit und Ungerechtigkeit gegen die Juden. Aber die Kirche hat bisher ihr Siegel noch nicht aufgedrückt, wozu doch die dringendste Nöthigung vorliegt. Zur rechten Zeit hat Döllinger nachgewiesen, daß die Missethaten der kirchlichen Auktoritäten an den Juden während eines ganzen Jahrtausend himmelschreiender sind, als die Verfolgungen von Seiten der weltlichen Macht. Und doch umfaßt dieses Schuldbuch der Kirche einen noch weiteren Zeitraum, als Döllinger abgesteckt. Denn die Judenverfolgung beginnt schon mit Ambrosius,**) und wir Evangelischen dürfen nicht vergessen, daß unser Luther in seinen späteren Jahren das Licht seines früheren Verständnisses der christlichen Aufgabe der Heidenkirche den Juden gegenüber durch leidenschaftlichen Haß ganz verdunkelt hat.***)

Nachdem nun aber einestheils der Mißbrauch des Alten Testaments in dem christlichen Staatskirchenthum,†) anderentheils die sündliche Vernachlässigung des prophetischen Wortes††) mehr und mehr zum Bewußtsein gekommen ist, darf kein evangelischer Theologe die Judenfrage anrühren, ohne zuvor vor Allem an seinem Theil sich von jener Gesammtschuld der kirchlichen Vergangenheit loszusagen. Es ist überall nicht eher an eine gedeihliche Fortentwickelung der Kirche zu denken, als bis durch Thränen aufrichtiger Reue jene Schandflecken in den kirchlichen Annalen ausgelöscht sind. Von dieser Christenpflicht ist bei Stöcker keine Spur und darum kann er auch mit all seinen

---

*) Patrolog. ed Migne I., 8, p. 319, 320; Codex Justinianeus lib. I.

**) Ambrosius ad Theodosium. Ep. 29.

***) Luther, daß Jesus Christus ein geborener Jude ist, 1523. Vom Schem Hamphoras und von den Juden und ihren Lügen, 1542.

†) Jacobsen über den gesetzlichen Charakter des römischen Katholizismus und die Auktorität der heiligen Schrift, besonders des Alten Testaments in der römisch-katholischen Kirche. Doves, Zeitschrift für Kirchenrecht, 1867, S. 193—251.

††) Ich erinnere an Ph. J. Spener, J. A. Bengel, C. A. Crusius, Hofmann, Delitzsch.

lieblichen Redensarten sich nicht frei machen von der Mitschuld an den gegenwärtigen Judenverfolgungen.

Nach diesem Allen behaupte ich: die aktenmäßig erwiesene Betheiligung Stöcker's an der Antisemitenpetition ist der zweite Beweis von der Unächtheit seines agitatorischen Christenthums.

III.

Der dritte **Beweis** für die **Unächtheit** dieses agitatorischen Christenthums liegt in der Selbsttäuschung **Stöcker's** hinsichtlich seiner agitatorischen Erfolge. **Stöcker** sucht seinen christlich-sozialen Tausenden den Beweis zu führen, daß das Christenthum keine Kopfhängerei ist. Dieser Beweis gelingt ihm auch, seine Witze von dem Löwen, der sich selbst verzehrt, von dem Nasenring der Stadt Berlin und dergleichen bekunden eine heitere Lebensanschauung und erzeugen in den christlich-sozialen Versammlungen eine heitere Stimmung. Es giebt aber doch noch etwas Anderes, was dem Christenthum noch weniger gemäß ist, als Kopfhängerei, das ist die Hybris, welche Paulus*) ebenso verabscheut, wie die griechischen Dichter. Ich bin nicht im Stande, den evangelischen Hofprediger von dieser Hybris, dieser unchristlichen Selbstüberhebung frei zu sprechen. Er, der immer predigt, die Juden müssen ein klein wenig bescheidener werden, giebt selbst den Juden ein sehr schlechtes Beispiel. Daß **Stöcker** mit seiner neuen öffentlichen Thätigkeit einen großen Erfolg hat und daß dieser Erfolg seinem persönlichen Muthe und seiner Begabung für volksthümliche Rede zuzuschreiben ist, das ist unbestreitbar. Auch bin ich noch immer der Meinung, daß **Stöcker** daran Recht gethan hat, daß er für Besprechung brennender Gewissensfragen in die Arena der großen Oeffentlichkeit hinabgestiegen ist. Nach meiner Ueberzeugung wird, wenn die Aera des christlichen Sozialismus vorüber sein wird, dieses Beispiel eine weitere Geschichte haben. Dieses Alles gebe ich willig zu, aber dennoch ist mir die Art, wie **Stöcker** über die Erfolge seiner Agitation zu reden liebt, ganz unerträglich, weil dem

*) Apostelgeschichte 27, 21.

Geiste der christlichen Wahrhaftigkeit und Seelenkeuschheit widersprechend. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich auch hier, wie in meiner ganzen Rede, ausschließlich mit der Prüfung des christlichen Charakters der agitatorischen Thätigkeit Stöcker's mich befasse. Ob Stöcker seinen Erfolg für die politische Parteibildung und für die bevorstehenden Wahlen richtig oder unrichtig schätzt, das lasse ich gänzlich dahin gestellt sein. Offenbar legt auch Stöcker das Hauptgewicht auf die Förderung des Christenthums und seine dahin zielenden Aeußerungen kleiden sich meistens in solche biblische Ausdrucksweise, welche auf das Wachsthum und die Vollendung des göttlichen Reiches hinweist.

Hören wir also, wie Stöcker in geistlichen und biblischen Worten seine christlichen Erfolge verkündigt.*) Am 22. November 1880 sagte er im preußischen Abgeordnetenhause: „Hinter mir sind Millionen" und in immer neuen Wendungen spricht er in seinen Reden von einer „Morgenröthe", von den „Wundern Gottes vor unseren Augen", von „dem Aufwachen der Jugend", welches er am 6. Oktober dieses Jahres beschreibt als den „Anbruch einer neuen Zeit über das junge Deutschland". In Stuttgart sprach er am 1. April 1881 das geflügelte Wort: „Ich kann wohl sagen, wenn ich auf die tiefgehende Bewegung in den Herzen unseres Volkes schaue, dann ist es mir, als umrauschte mich der Adlerflügel einer neuen Zeit." Aehnlich am 23. September d. J. in Berlin: „Wir fühlen uns umrauscht von den Adlerflügeln dieser neuen Zeit, wir gehen dem Morgenroth entgegen, es wird heller Tag." Am 19. September heißt es: „Der Strom in Berlin wird bald durch ganz Deutschland fluthen" am 9. September: „ein Strom der Begeisterung geht durch Deutschland". Am 13. September: „Wir hoffen, bald wird das Alte vergangen sein, und Alles neu geworden." Am 16. September: „Der Unglaube dürfte bald als herrschende Macht überwunden sein." Am 24. September: „Durch ganze Schichten zucken heilige Funken der Begeisterung." Am 29. September: „Berlin ist auf dem besten Wege, die Stadt auf dem Berge zu werden." Am 8. Oktober: „Wir sind die Hoffnung." Am höchsten aber fliegt dieser

*) Die nicht in Broschürenform veröffentlichten Reden Stöckers un[illegible] ich nach dem Reichsboten.

Enthusiasmus am 23. September, an welchem Tage Stöcker sein christlich-soziales Volk mit Einschluß der Konservativen beschreibt als das neue Israel, welches nächstens über den Jordan in das gelobte Land einziehen wird; und die sämmtlichen Liberalen mit Einschluß der Nationalliberalen bilden das alte Volk Israel, welches verurtheilt ist, in der Wüste zu sterben. Hier kommt nun die finstere Kehrseite von jener überschwänglichen Verherrlichung der Christlich-Sozialen zum Vorschein, nämlich das geistliche Zorngericht über die liberalen Sünder. Unsere politischen Parteiverhältnisse sind ohnehin schon arg verhetzt, diese Scheidung aber in ein Volk der Verheißung und in ein Volk des Zornes ist geradezu die Vergiftung dieser Verhältnisse.

Also ein neues Israel ist in Berlin erstanden. Jüngst war der Kongreß für innere Mission in Bremen versammelt und auf diesem Kongreß haben auch zwei Spezialkollegen Stöcker's aus Berlin geredet. In diesen Reden habe ich auch nicht die leiseste Andeutung gefunden von dem Anbruch einer neuen christlichen Aera in Berlin, den Stöcker seit Jahren verkündet. Die beiden Herren Hofprediger Kögel und Baur haben von den neuen Offenbarungen und Wundern Gottes und von dem neuen Israel, was ihr Kollege belebt, noch gar nichts bemerkt. Einen Theil dieses neuen Volkes habe ich selber gewissermaßen aus der Nähe beobachten können, nämlich die akademische Jugend, deren Erwachen von Stöcker so hoch gefeiert wird. Dieselbe hat sich vielfach hervorgethan in öffentlichen Reden, welche ich gelesen habe. Eine gewisse Begeisterung habe ich allerdings gefunden, aber nach den verständigen Bemerkungen eines Göttinger Kommilitonen*) ist der Gehalt dieser Begeisterung nicht allzu hoch anzuschlagen. Natürlich suche ich auch hier vor Allem nach den Zeichen einer wahrhaft christlichen Begeisterung, ich habe aber auf dieser Suche nur hohe Worte gefunden, dem Wesen nach nichts Anderes als den Wingolf, dessen schwächliches Christenthum mir seit lange bekannt ist. Allerdings hat diese akademische Jugend ein Kyffhäuserfest gefeiert, und Dr. Hamel, der sich mit großem Nachdruck als einen Hauptvertreter dieses jugend-

*) Die deutsche Studentenschaft. Göttingen 1881.

lichen antisemitischen Christenthums [illegible]
merklich macht, hat eine Kyffhäuser-Zeitung herausgegeben. In
dieser Zeitung ist allerdings kein Mangel an christlichen [illegible].
Daneben aber steht in Nr. 2 dieser Zeitung folgender Satz:
„Besonders aber uns Deutschen ist hinsichtlich unserer nationalen
Idee praktische, konkrete Rücksichtslosigkeit, ja sogar eine Art
Rohheit sehr zu empfehlen.“ Dieser Satz mag antisemitisch sein, christlich wird man ihn doch nicht nennen dürfen.

Wo in aller Welt ist denn das Morgenroth der neuen christlichen Zeit, der wallende Strom der christlichen Begeisterung? Freilich die christlich-sozialen Versammlungen zählen ihre [illegible] nach Tausenden und die überschwenglichsten Huldigungen werden dem Redner dargebracht. Aber ist denn Stöcker so blind, nicht zu merken, daß in diesen Massen allerlei keineswegs christliche Geister sich zusammenthun, als da sind: leidenschaftlicher Rassenhaß, politisches Parteiwesen, Streberthum, materielles Interesse, Unbefriedigtheit, Neugierde. Da war doch Hengstenberg ein anderer Mann. Nach der Revolution 1848 trat in Berlin eine Zeit ein, in welcher auch politisches Christenthum [illegible] machte. Darüber fällt Hengstenberg in dem Vorwort zum Jahrgang 1852 der „Evangelischen Kirchen-Zeitung“ folgendes Urtheil: „Es ist seit 1848 eine Aenderung zum Bessern eingetreten, aber sie ist bei der Oberfläche stehen geblieben.“

Und wo sollte denn dieses neue Christenthum, dessen [illegible] Stöcker unaufhörlich feiert, herkommen? Man kann nicht ernten, wenn man nicht gesäet hat. Die Christenheit erneuert sich niemals anders, als indem Christus selber einer Zeit nach ihrem inneren Bedürfniß und Verständniß auf's Neue offenbar wird. „Das Volk will seinen Hirten selber hören und schauen.“ Dieses Wort der Reformationszeit gilt auch für unsere Zeit. [illegible] ist verdunkelt durch das Staatskirchenthum und durch das [illegible]thum, durch die Dogmatiker und durch die Kritiker. [illegible] selber will dieser abgrundsmäßig verwirrten Zeit zur [illegible] gebracht werden, nicht in dogmatischen Formeln, [illegible] [illegible]

können. Das ist das Eine, was unserer Zeit Noth thut. Das aber finde ich nicht in Stöckers Reden. Hier bleibt Christus selbst verhüllt und verdunkelt und christliche Redensarten vertreten seine Stelle. Es ist ein Christenthum ohne Christus, ein Schatten ohne Körper. Christenthum ist ein heiliger Boden, den Niemand betreten soll, er habe denn die Schuhe ausgezogen. Diese scheinchristliche Agitation macht das Christenthum platt und gemein wie eine Landstraße und erzeugt geistlichen Hochmuth und neues Pharisäerthum. Vor Allem fehlt in Stöcker's Reden ein ganz entscheidendes Merkmal des wahren Christus, nämlich das Salz der christlichen Wahrheit, die rechte Bußpredigt. Christus predigt allen Menschen ohne Ausnahme Buße, aber in einer sehr bestimmten Ordnung. Er fängt nicht an bei den Zöllnern und Sündern, bei den Samaritern und Heiden, sondern bei den Pharisäern, Hohenpriestern und Schriftgelehrten, bei denen, welche als die geistlichen Führer im höchsten Ansehen standen, aber durch Scheinheiligkeit ihre innere Unlauterkeit zu verdecken wußten. Indem Christus diese zuerst und am schärfsten straft, gewinnt er Zugang zu jenen Anderen. Ob Stöcker meint, daß der Herr Christus sein Werk verkehrt angefangen hat? Denn er macht den ganz entgegengesetzten Anfang: unaufhörlich predigt er Buße den Juden und den Liberalen, aber an der Stelle, wo der Bußruf am christlichsten angebracht wäre, wird Stöcker stumm. Nachdem er in Stuttgart am 1. April 1881 sich ohne Umschweife als konservativ bezeichnet, hat er am 23. Mai d. J. sein Bündniß mit den Konservativen öffentlich proklamirt, und kürzlich in Frankfurt a. O. mit den Konservativen getagt. Nun hat er an den Konservativen vornehmlich ihr Christenthum gelobt. Wer wird nun aber dabei nicht gemahnt an die Zeitung, die seit einem Menschenalter unter dem Zeichen des Kreuzes alle Tage der Welt Buße predigt? Dieses große Organ der Konservativen hat aber das heilige Zeichen so oft und so sündlich gemißbraucht, daß das Christenthum in der öffentlichen Meinung schwer dadurch geschädigt worden ist. Zu drei verschiedenen Zeiten*) haben ernste und gewichtige Stimmen das Gewissen der

*) In den Jahren 1848—1851, 1864, 1865 und am 9. Februar 1876 die Rede des Reichskanzlers.

„Kreuzzeitung“ angesprochen, aber wie „eine taube Otter hat sie ihr Ohr verschlossen“. Jetzt nun ist der Reformer der christlichen Gesellschaft Mitglied der konservativen Partei geworden. Keine heiligere Pflicht für diesen, als nach dem Vorgang Christi der „Kreuzzeitung“ ernstlich Buße zu predigen. Wenn Stöcker mit dieser Christenpflicht Ernst machte, dann würde er gar keine Zeit haben, den „Börsen-Courier“ zu lesen. Wenn er aber vor den Sünden der Konservativen verstummt, dann ist alles Schelten auf die Sünden der Juden nicht blos unnütz, sondern schädlich, es verbittert nur die Gemüther und verdächtigt das Christenthum. Dagegen wenn er den Muth gewönne, jene scheinheiligen Sünder öffentlich zu strafen, das würde sofort auf die Juden einen heilsamen Eindruck machen. Erst die Aergernisse im Heiligthum ausgerottet und gesühnt, dann den Heiden und Juden gepredigt, das ist Christi Ordnung, welche Stöcker auf den Kopf stellt.

Da nun Stöcker so wenig den Fußtapfen Christi folgt, so kann es nur eine auf Selbstüberhebung beruhende Täuschung sein, wenn er nicht müde wird, von großen christlichen Erfolgen zu sprechen. Mit vollem Recht warnte der evangelische Oberkirchenrath in Berlin am 20. Februar 1879 vor jener oberflächlichen geistlichen Polypragmosyne, welche Stöcker seit dem 4. Januar 1878 begonnen.*) Stöcker hat sich nicht warnen lassen. Die Folgen

*) „Den Geistlichen legt der Beruf, das Evangelium des Friedens Allen ohne Unterschied nahe zu bringen, insbesondere die Pflicht auf, in der Theilnahme an dem gegenwärtig so leidenschaftlich bewegten politischen und sozialen Leben, sowie bei Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte diejenige Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten, welche das Amt, dem Himmelreich in der Welt den Weg zu bahnen und das Wort von der Versöhnung zu predigen, mit sich bringt. Kaum etwas hat den Einfluß der amtlich organisirten Kirche nicht nur in den höher gebildeten Kreisen der Bevölkerung so geschädigt, als der von verschiedenen Seiten unternommene Versuch, die Kirche, ihr Bekenntniß und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu gebrauchen. Es ist nicht Sache der Diener der Kirche, im Namen des Christenthums volkswirthschaftliche oder sozial-politische Theorien aufzustellen und zu unterstützen; sie halten sich nicht in den Grenzen ihres Berufs, wenn sie an die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung auf Grund des Evangeliums Forderungen stellen für anderweite Vertheilung der Güter, für Verpflichtung der Behörden, Arbeitslosen Erwerb aus öffentlichen Mitteln zu verschaffen und die altersschwachen und gebrechlichen Arbeiter zu versorgen, oder wenn sie gar eine neue Regelung der Eigenthumsverhältnisse im Namen des Christenthums als ein Heilmittel wider die sozialen Nothstände empfehlen. . . . Dem Herrn und den Aposteln hat es in ihrer der unserigen mehrfach verwandten Zeit nicht an Anlässen gefehlt, mit religiösen

sind jetzt offenbar. Es verbreitet sich mehr und mehr ein oberflächliches politisches Christenthum, über welches ein rechtgläubiger Pastor in Pommern kürzlich ganz richtig gesagt hat: „Sobald man Christliches und Politisches zusammen treiben will, wird die Gläubigkeit von widerchristlichem Feuer verzehrt;“ „die neue Phase des politischen Christenthums, welche sich in sozialistischen und antisemitischen Versammlungen kundgiebt, kann viel gefährlicher werden, wie die Stahl'sche.“*)

Ich habe vor Monaten von dem abergläubischen Kultus des Erfolgs gesprochen, ich habe mich gewundert, daß eine solche Auktorität, wie der Professor Dove in Göttingen, vor diesem Kultus des Erfolgs verstummt ist. Was soll ich aber jetzt sagen von dem Hohen preußischen Oberkirchenrath? Alles das, wovor der Oberkirchenrath vor 2 Jahren gewarnt hat, wird jetzt in der preußischen Landeskirche öffentlich gefeiert als Anbruch einer neuen christlichen Aera. Alles, was der Oberkirchenrath von den heillosen Folgen eines politischen Christenthums gesagt hat, das zeigt sich jetzt zum Schrecken derer, welche ein geistliches Urtheil haben. In dieser gefährlichen Lage muß der Oberkirchenrath sein unheimliches Schweigen brechen, und zwar muß er deutlich reden, die Trompete muß einen deutlichen Ton geben, sagt der Apostel Paulus. Der Oberkirchenrath muß diese verderbliche

---

Motiven eine Neugestaltung der sozialen Ordnungen zu unterstützen. Allein davon hielten sie sich fern, sie haben die vorhandenen Einrichtungen in Staat und Gesellschaft unangefochten gelassen. Das Beispiel solcher heiligen Besonnenheit muß die Geistlichen, . . . namentlich von öffentlichen Parteibildungen, wie von der einseitigen Vertretung der Interessen eines einzelnen Standes fernhalten, wodurch die Unzufriedenen mehr gegen die bestehende Ordnung aufgereizt, als für christliche Wahrheit gewonnen und zu einer Besserung ihrer Lage geführt werden. . . . Bei den sozialen Problemen handelt es sich um schwierige, theils wissenschaftliche, theils technisch zu erledigende Fragen, welche auszutragen überhaupt nicht Sache der Kirche ist. Meist fehlt den Geistlichen auf diesem ihrer eigenen Vorbildung ferngelegenen Felde die umfassende Kenntniß und das reife Urtheil. Durch Eintreten in dasselbe laufen sie Gefahr, die Kirche zum Mittel für völlig außerkirchliche Zwecke zu machen. Zudem darf der Geistliche bei dem, was er außerhalb seines eigentlichen Berufs unternimmt, niemals außer Acht lassen, daß auf ihn als den Vertreter des Evangeliums die Augen beobachtend gerichtet sind und er im Dienste des Weltheilandes allen Gliedern der Gemeinde angehört, zu welchen sozialen oder politischen Theorien sie sich auch bekennen.“ (Allgemeines Kirchenblatt 1879 S. 257, 267.)

*) Die natürliche Moral christlich beurtheilt von Detlev Zahn. Gotha 1881. S. 160, 237.

geistliche Demagogie öffentlich züchtigen und den Anführer namentlich und öffentlich zur Rede stellen. Denn was Stöcker seine christlichen Erfolge nennt, das sind seelenmörderische Gefahren für Kirche und Staat.

In solchen ungeheueren Selbsttäuschungen über sich selbst und über seine Erfolge bewegt sich dieses Stöcker'sche Christenthum. Das wahre Christenthum ist das Licht der Welt, dieses Christenthum ist ein Irrwisch, der führt in Sumpf und Moor. Das ist der dritte Beweis von der Unächtheit des Stöcker'schen Christenthums.

Auf Grund meines dreifachen Beweises erkläre ich zum Schluß:

Laut und immer lauter in steigender Kraft muß sich erheben der moralische und der christliche Protest gegen die Selbstüberhebung, gegen die Verfolgungssucht, gegen die Korruption dieses sogenannten sozialen Christenthums; unter keinen Umständen darf die geistige Leitung unseres Volkes diesem Scheinchristenthum überlassen werden, denn es ist nicht wahr, wessen dieses Christenthum sich rühmt, es kann nicht die Schäden und Gebrechen der Zeit heilen und korrigiren, darum nicht, weil es selber vor Allem einer gründlichen Korrektur im höchsten Grade bedürftig ist.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

Herr Adolf Stöcker,

christliche Liebe und Wahrhaftigkeit

von

Hermann L. Strack,
der Theologie u. Philosophie Doktor, a.o. Prof. der Theol. in Berlin.

Zweite, durchgesehene Auflage.

(Der Reinertrag ist zur Förderung von Darlehenskassen
in Berlin bestimmt.)

Karlsruhe und Leipzig.
Verlag von H. Reuther.
1886.

Buchdruckerei von J. J. Reiff, Karlsruhe.

Vorrede zur ersten Auflage.

Sehr Viele werden über die vorliegende Broschüre, sobald sie nur von ihr hören, ein abfälliges Urteil fertig haben. Ich kann das nicht verhindern und muß mich darauf beschränken, Diejenigen, welchen diese Zeilen zu Gesicht kommen, zu bitten: „Leset, leset das Ganze, ehe Ihr urteilt!"

Die äußeren Gründe, welche mich zur Veröffentlichung genötigt haben, sind Kap. VI 15, 17, 20, 21 angegeben; über die inneren Gründe, die zu kennen für die richtige Würdigung des Ganzen erforderlich, vergleiche man Kap. IV 17 und Kap. V Schluß. — Der Gegensatz zwischen Hrn. Stöcker und mir hat eine weit über die der Personen hinausgehende Bedeutung. Die Frage lautet: Welcher Wert eignet der christlichen Liebe und der Wahrhaftigkeit bei der Behandlung der großen Fragen, mit denen die Gegenwart beschäftigt ist, insonderheit der „Judenfrage"? Kap. II zeigt, was Hr. Stöcker mit christlicher Liebe vereinbar hält. Seine Wahrhaftigkeit, bezw. „Leichtfertigkeit" wird erörtert bes. in Kap. IV, VI, VII; außerdem vgl. S. 2 (Schleiden), S. 12, S. 15 Anm. Über meine eigene Stellung habe ich in Kap. I gesprochen; vgl. auch S. 45 Abs. 2, S. 53 Abs. 3 f. Wie freundliche und friedliebende Gesinnung ich in bezug auf Hrn. Stöcker bethätigt habe, kann man ersehn aus S. 2 f.; 52 Z. 8; 53 Anm. 2; 54 Z. 17 ff.; 29 ff.; 55 Abs. 5; 57 Anf.; 60 Z. 18; Kap VI 1; VI 5 Anf.; VI 11. Nach dem Kap. VI 12 mitgeteilten Drohbriefe freilich wollte und durfte ich mit diesem Manne (dessen wirkliche Leistungen auf anderen Gebieten ich nicht leugne, wenn ich sie hier nicht weiter erwähne) nichts mehr zu schaffen haben. Das „sehr nahe an Blasphemie streifende" Telegramm, durch welches der mit Einer Stimme Majorität in den Landtag gewählte Hr. Stöcker dem konservativen Verein zu Gadderbaum am 8. Nov. gedankt hat*, konnte schon vor dem Erscheinen dieser Schrift ernsten Christen zeigen, daß in Hrn. Stöcker jetzt ein Geist sich regt, mit dem sie keine Gemeinschaft pflegen dürfen.

Tiefer Kummer erfüllt mich ob der Beschaffenheit der Berliner deutschkonservativen Presse, nicht nur des „Reichsboten" (S. [12 Anm.]; 38 Anm. 3, 4; 39 Anm.; 42; 60; 63, Kap. VII 3, 5), sondern auch der „Neuen Preuß. Zeitung", in der seit dem Juni durch Hrn. Frhrn. von Hammerstein (s. Kap. VI 4, 14, 17) der mildere Sinn des Hrn. Dr. Heffter einflußlos geworden ist. Nach dem Processe gegen die „Freie Zeitung" hat fast allein das unermüdliche Eintreten jener beiden Blätter Hrn. Stöcker gehalten und außer Anderen auch sehr zahlreiche brave Geistliche zur Unterzeichnung einer Vertrauensadresse für ihn, den sie nicht kannten, veranlaßt. Der „Reichsbote"

---

* „Herzlichen Dank für den brüderlichen Glückwunsch zum Bielefelder Siege! Das war keine Wahlschlacht, sondern ein Geisterkampf. Dem HErrn sei die Ehre! Die treuen Männer aber, welche den Kampf durchgeführt haben, bitte ich meiner Liebe und Freundschaft zu versichern. Mit christlich-konservativem Gruß Ihr Adolf Stöcker." („Chr.-Soc. Corr.-Bl." 18. Nov., No. 47, Beilage.)

und die „N. Pr. Ztg." haben sich dadurch kein Verdienst um die Sache des Christentums erworben, und ich bin gewiß, daß weitaus die meisten derjenigen urteilsfähigen Unterzeichner, denen meine Darlegung bekannt wird, ihre Unterschrift nicht gegeben zu haben wünschen werden. Übrigens nicht allein der guten Sache, sondern auch Hrn. Stöcker persönlich hat die übereifrige und kritiklose Zustimmung seiner „Freunde" und Anhänger geschadet: Hr. Stöcker ist durch dieselbe wohl manchmal weiter getrieben worden, als er sonst gegangen wäre, und (was schlimmer ist) das beständige laute Beifallsjauchzen, dem auf der andern Seite häufig gehässige, ja ganz falsche Beschuldigungen gegenüberstanden, hat ihn dahin gebracht, sich für unfehlbar zu halten und gut gemeinter ernster Mahnung sein Ohr zu verschließen.

Ich schließe mit dem Gebetwunsche, daß Gott der HErr auch diesen von mir mit schwerem Herzen, aber gutem Gewissen geführten Streit durch Wegfegung mancher Unlauterkeit aus dem öffentlichen Leben der Gegenwart zur Förderung des Ausbaues Seines Reiches auf Erden dienen lassen möge.

Berlin, 6. Dec. 1885.

Herm. L. Strack.

Vorrede zur zweiten Auflage.

Die zweite Auflage ist so plötzlich nötig geworden, daß ich die in der ersten stehn gebliebenen, übrigens nicht gerade wesentlichen, Druckfehler nur nachträglich berichtigen konnte und auch sonst jede Veränderung unterlassen mußte (ein Zusatz s. S. 99). — Mancher schnell fertige Leser hat Enttäuschung geäußert darüber, daß im wesentlichen nur Thatsachen trocken aneinander gereiht seien. Aber es war nicht meine Absicht Aufsehn zu erregen und eine (vielleicht morgen vergessene) Größe des heutigen Tagesgesprächs zu werden; sondern es handelte sich für mich erstens um die wichtige S. III gestellte Frage und zweitens um die Rechtfertigung meines in der „N. Pr. Ztg." und im „Reichsboten" angegriffenen Verhaltens vor den gläubigen Christen. Gerade die Sachlichkeit sichert meinen Darlegungen dauernden, wenn auch langsamen Erfolg. Hr. Dr. Heffter ist durch seine Stellung genötigt gewesen eine schon wegen dieser Notlage aber auch sonst nichts beweisende Erklärung in der „N. Pr. Ztg." wider mich zu veröffentlichen, die gewiß nicht so bös gemeint ist, wie sie klingt, und die ich ihm eben deswegen auch nicht übel nehme. Meine Gegner haben, soviel ich weiß, nicht einmal den Versuch gemacht mich zu widerlegen.

Berlin, 15. Januar 1886.

H. L. Str.

(Auf getreue Wiedergabe der aufgenommenen Aktenstücke ist große Sorgfalt verwendet. Insonderheit rühren die Hervorhebungen im Druck [durch Sperrung] nur da von mir her, wo ich eine bezügliche Bemerkung hinzugefügt habe.)

I.

Meine Stellung zum Judentum

oder

Der „Antisemit" und der „Philosemit".

Das Interesse für die jüdische Litteratur ist in mir während der zweiten Hälfte der sechsziger Jahre durch meine damaligen Lehrer und jetzigen Freunde J. H. R. Biesenthal und Franz Delitzsch erweckt worden. Es blieb lange Zeit ausschließlich auf die Nutzbarmachung der bezüglichen Schriftwerke für die Auslegung und die Textgeschichte des Alten Testaments gerichtet; doch sei, um der späteren Entwicklung willen, hier erwähnt, daß schon in eben jener Zeit ein Berliner Pastor S. mir den Wunsch äußerte, ich möge einst an der Berliner Universität einen Lehrstuhl für jüdische Litteratur erhalten und in dieser Stellung auch für die Judenmission thätig sein.

Ein dreijähriger Aufenthalt in Rußland (1873—76) bot mir Gelegenheit mit den dortigen Juden und also auch mit dem Judentum überhaupt näher bekannt zu werden.

Seit dem Jahre 1877 begann die christentumsfeindliche Gehässigkeit, welche sich seitens nicht weniger Juden und Judenfreunde in mündlichen Äußerungen, in Broschüren und in manchen Zeitungen kundgab, mich zu verletzen. Meine erste (soweit ich augenblicklich konstatieren kann) hierdurch veranlaßte öffentliche Äußerung war die Recension von Emanuel Schreibers „Die Principien des Judenthums verglichen mit denen des Christenthums zur Ab-

wehr der neueren judenfeindlichen Angriffe. Leipzig 1877" im Literar. Centralblatt 1878, No. 2. Besonders empörten mich „Die Romantik des Martyriums bei den Juden im Mittelalter. Von M. J. Schleiden. Leipzig 1878" (vergl. Liter. Centralbl. 1878, No. 48) und „Ben Sirah Militans. Von P[aul] P]inehas G[rünfeld]. Stuttgart 1880."*

So geschah es, daß ich nicht ohne Teilnahme die Berichte über Reden des seit 1878 agitierenden Hrn. Hofpredigers Stöcker las, zumal ich mit demselben wiederholt bei zwei mir und ihm befreundeten Familien zusammentraf. Gelegentlich wies ich Hrn. Stöcker auf dies und jenes die Juden von den christlichen Nationen Trennende hin, warnte auch wohl vor zu allgemeinen Urteilen. Als die später vielgenannte „antisemitische" Landtagsrede (22. Nov. 1880) in Aussicht stand, hielt ich es für meine Pflicht dem Glaubensgenossen, dessen spätere Entwickelung ich nicht voraussah, beizustehn. Daher schickte ich ihm einige mir zu diesem Zwecke dienlich erscheinende Ausschnitte aus jüdischen Zeitungen, außerdem auch die erwähnte Schleiden'sche Broschüre, letztere mit dem Hinzufügen, ich sende sie als ein merkwürdiges Zeichen der Zeit, aber ich müsse ausdrücklich bemerken, daß der Verfasser, wenngleich wahrscheinlich um jüdischen Geldes willen schreibend, Christ sei. Da Hofpr. Stöcker trotzdem in seiner Rede Schleiden als Juden bezeichnete, hielt ich ihm das bei der nächsten Gelegenheit vor und erhielt die Antwot: „Dann habe ich Ihren Brief flüchtig gelesen"!

Nicht ganz ein Jahr später kündigte Prof. M. Baumgarten auf Einladung des Potsdamer Thor-Bezirksvereins einen öffentlichen Vortrag gegen Hofprediger Stöcker an.** Die mir als einem Bewohner des genannten Bezirks zugegangene (unbenutzt ge-

* Vergl. ferner: Lit. Centralbl. 1880, No. 30 (Feßler, Mar Samuel); 1883, No. 12 (Reichenbach, Lehre des Rabbi Jesua von Nazareth); 1885, No. 11, Sp. 335—338 (Sammelanzeige); 1885, No. 20 Leop. (Stein, Morgenländische Bilder), sowie zahlreiche Anzeigen im Theolog. Literaturblatt.

** Stöcker's gefälschtes Christenthum. Rede gehalten am 15. Oktober 1881 in Berlin von M. Baumgarten, Professor Doctor der Theologie in Rostock. Berlin 1881. 32 S.

lassene) Eintrittskarte lautete auf meinen Namen. Ich schrieb daher umgehend an Hofprediger Stöcker und setzte ihn so in stand sich eine Karte zu fordern. Meines Erinnerns hat er sich nicht rechtzeitig bemüht und hat daher seinem Gegner nicht direkt antworten können.

Da die Förderung, welche ich Hrn. Stöcker angedeihn ließ nicht aus irgend welcher Feindseligkeit gegen das Judentum an sich hervorging, sondern aus Liebe für Christentum und Deutschtum, bin ich von Anfang an ein eifriger Freund des Vereins Deutscher Studenten gewesen und habe auf den Kommersen desselben auch einige Male das Wort ergriffen. Das von mir am 15. Juli 1881 Gesprochene hat dem „Deutschen Tageblatt" (16. Juli) und dem „Reichsboten" (17. Juli) ersichtlich gefallen, dagegen in der „Judenpresse" Unzufriedenheit erregt. Übrigens bin ich ernstlich und mit Erfolg bemüht gewesen, den oft mit Unrecht getadelten Verein, dessen Ehrenmitglied ich seit dem 1. März 1883 bin, von „antisemitischer Agitation" fernzuhalten und ihm zur Erstrebung positiver, edler Ziele zu raten (z. B. 3. Aug. 1882).

Nicht nur gegenüber meinen Bekannten in Berlin habe ich noch im Jahre 1884 Hrn. Hofprediger Stöcker verteidigt, sondern ich bin auch in Jerusalem (am 28. Febr. desselben Jahres) so warm gegen die dort über ihn verbreiteten Nachrichten eingetreten, daß mehrere Juden mich für — Stöcker hielten („Jüdische Presse" 1884, No. 13; vergl. die Berichtigung in No. 18).

Ein von der Berliner Rabbinerversammlung am 4. Juni 1884 gefaßter Beschluß veranlaßte mich zu nachstehendem Artikel (Neue Preuß. Ztg. 15. Juli, No. 163, Beilage):

Zur Kritik der Rabbinerversammlung

(Berlin, 4. und 5. Juni 1884).

Bekanntlich werden jüdische Gelehrte nicht müde, immer wieder die durchaus unwahre Behauptung aufzustellen, daß die in den Evangelien überlieferten Lehren unseres Herrn und Heilandes Entlehnungen aus thalmudischen Lehrsätzen seien. „Die ganze Bergpredigt" ist nach dem Rabbiner Emanuel Schreiber (Die Principien des Judenthums verglichen mit denen des Christenthums, Leipzig 1877, S. 10, 74, 78, 109) „aus thalmudischen Stellen zusammengesetzt". Aehnlich nach Abr. Geigers Vorgange J. H. Weiß, El. Solowepczyk und andere. Der Kundige kann sich leicht über-

zeugen, daß die meisten Sentenzen, welche im Neuen Testament Entlehnung sein sollen, im thalmudischen Schrifttume Autoritäten des 2. bis 4. nachchristlichen Jahrhunderts beigelegt sind. (Vergl. „Literar. Centralblatt" 1878, No. 2, Sp. 41 f.). Selbst wenn aber die meisten einzelnen Aussprüche Jesu, ja selbst wenn sie alle sich in älteren jüdischen Schriften nachweisen ließen: das „geistige Band", welches sie zusammenhält, und die Bedeutung, mit der sie im Neuen Testament erfüllt sind, würden Jesu (von seinem Thun und Leiden hier natürlich ganz abgesehen) eine außerordentliche Bedeutung sichern. Jedoch in Wirklichkeit hat nicht Jesus, hat nicht das Christentum von dem Judentum, welches sich nach der Vollendung der alttestamentlichen Bücher gebildet hatte, entlehnt, sondern das Gegenteil ist der Fall: Christi Lehre und das Christentum haben auf das Judentum mächtigen Einfluß ausgeübt. Es ist hier nicht mein Zweck, das im einzelnen zu zeigen; nur daran mag an dieser Stelle erinnert werden, daß erst der in Metz, später in Mainz lebende, im Jahre 1040 gestorbene Gerschom ben Juda, auch Meor ha-Gola (die Leuchte des Exils) genannt, die Polygamie verbot, und daß dieses Verbot längere Zeit nur von den in Europa lebenden Juden anerkannt ward.

Wohl aber ist es ein höchst interessantes Faktum, welches niedriger gehängt zu werden verdient, daß die Antwort, welche der Heiland Marc. 12, V. 28—34 auf die Frage, welches das vornehmste Gebot sei, erteilt, jetzt von den Juden — natürlich ohne daß sie wissen, was sie thun — für das Wesentliche der jüdischen Lehre und für ein Diktum Hillels erklärt wird, jenes Hillel, der nach Renan, Geiger und anderen „Größen" der Lehrer Jesu gewesen sein soll.

J. Singer schreibt in seinem mir vor einigen Tagen bekannt gewordenen Buche „Sollen die Juden Christen werden?", 2. Aufl., Wien 1884, S. 4, wörtlich:

„Die Religion des Judentums in ihrer reinen Gestalt ist auf den beiden Sätzen des Alten Testaments: ‚Der ewige, unser Gott, ist ein einig-einziger Gott' und ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst', aufgebaut."

Dazu gibt er folgende Anmerkung:

„Wir erinnern zur Steuer der Wahrheit unserer Behauptung an die bekannte Erzählung, daß der große Rabbi Hillel einem Heiden, der zum Judentum übertreten wollte, den ganzen Inhalt der Thora in jenen einen Satz zusammenfaßte; die übrige Thora sei nur ein Kommentar zu demselben."

Hätte J. Singer im babylonischen Thalmud Blatt 31a des Traktates Sabbath nachgeschlagen, so hätte er gefunden, daß die Stelle, an welche er dachte, in Wirklichkeit ganz anders lautet. Ein Heide kommt zu Hillel und erklärt sich bereit, Jude zu werden, wenn Hillel ihn das Erforderliche, während er (der Heide) auf einem Beine stehe, lehren wolle. Hillel ist einverstanden und sagt: — — ‚Was dir widerwärtig ist, thue deinem Nächsten nicht. Dies ist die ganze Thora, alles andere ist Kommentar dazu. Gehe

hin, das lerne.' Also einen Satz der Moral, nicht religiöse Belehrung gibt Hillel. Das dem eben angeführten fast gleichlautende Wort Jesu Matth. 7, 12, gewinnt durch den Zusammenhang, in dem es steht, eine viel tiefere Bedeutung.

Einen ganz ähnlichen Bock wie J. Singer hat die Rabbiner-Versammlung geschossen, welche am 4. und 5. Juni in Berlin getagt hat. Gleich am ersten Sitzungstage ist „gegenüber den Verunglimpfungen, welche Haß und Vorurteil in den letzten Jahren auf die Sittenlehre des Judentums gehäuft haben", eine Erklärung angenommen worden, in welcher sich wörtlich folgender Passus findet (s. „Israelitische Wochenschrift", No. 24):

„Das Gebot der Nächstenliebe, welches im 3. Buche Moses C. 19, V. 18 mit den Worten: ‚Und du sollst lieben deinen Nächsten wie dich selbst, ich bin der Ewige!' verkündet und von Hillel, dem großen Meister, als der ‚Inbegriff der ganzen jüdischen Lehre' bezeichnet wird, bezieht sich nicht allein auf den Stammes- oder Glaubensgenossen, sondern ist . . . eine uneingeschränkte, alle Menschen umfassende Satzung."

Dieser Satz ist von 68 Rabbinern Deutschlands einstimmig angenommen worden. Ich sage einstimmig; denn ein von etlichen Herren erhobener Einspruch bezog sich nur auf den hier nicht citierten Schlußsatz der Erklärung, welcher den „in dem Jahrtausende umfassenden jüdischen Schrifttume hie und da" sich vorfindenden entgegenstehenden Stellen verbindende Kraft absprach (vgl. einerseits: „Der Israelit" No. 46, S. 762; andererseits: „Israelitische Wochenschrift" Nr. 25, S. 187). Und wenigstens 18 Rabbiner haben der Erklärung nachträglich zugestimmt! Von mehr als sieben Dutzend Rabbinern also weiß keiner, daß Hillel das Gebot 3. Mos. 19, 18 nirgends für den „Inbegriff der ganzen jüdischen Lehre" erklärt hat, weiß keiner, daß der bezügliche Satz der Erklärung eine, noch dazu unvollständige und darum ungeschickte Entlehnung aus Jesu Worten Marc. 12, V. 28 ff. ist!

Die Herren Rabbiner könnten mir vielleicht einwerfen wollen, daß Hillel allerdings irrtümlich genannt sei; aber Rabbi Akiba habe den Vers so gedeutet (vgl. Allgemeine Zeitung des Judentums No. 23, S. 361). Dagegen ist zu erwidern, erstens, daß Akiba am Ende des ersten und in den ersten Jahrzehnten des zweiten Jahrhunderts blühte, also später lebte als Jesus. Und zweitens hat Akiba das Gebot der Nächstenliebe nur auf die Volksgenossen bezogen, nicht auf die Gesamtheit der Menschen. In dem Siphra genannten sehr alten Midrasch (Auslegungswerk) zum 3. Buche Moses lesen wir zu unserer Stelle (Ausgabe Wien 18.2, Blatt 89, Sp. 2)

„Du sollst nicht rachgierig sein noch Zorn halten gegen die Kinder deines Volkes. Gegen andere magst du rachgierig sein und Zorn halten. Und du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Rabbi Akiba sagte: Das ist ein Hauptsatz in der Thora. Ben

Asai (jüngerer Zeitgenosse des Akiba) sagte, wichtiger noch sei 1. Mose 5, 1 nach welcher Stelle der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen sei."

Der ungleich bedeutendere Ausspruch ist in diesem Zusammenhange offenbar der des Ben Asai. Nach Gottes Bilde sind ja alle Menschen geschaffen. Die notwendige logische Konsequenz hieraus ist die Ausdehnung des Gebotes der Nächstenliebe auf alle Menschen. Wir wollen jetzt nicht bestreiten, daß Ben Asai diese Konsequenz gezogen habe. Aber geraume Zeit vor ihm hat der Heiland im Gleichnisse vom barmherzigen Samariter den umfassenden und wahren Begriff der Nächstenliebe aufgestellt.

Berlin. Prof. Herm. L. Strack.

Infolge dieses Artikels wurde ich (alle Blätter sind mir schwerlich zu Gesicht gekommen) in der „Israelitischen Wochenschrift", in der „Voss. Ztg." von Dr. Maybaum (No. 343, Beilage 1; meine Antwort No. 345, Beil. 1) und in der „Jüd. Presse" angegriffen. Aus dem langen Artikel in No. 30, S. 311—313, des letztgenannten Blattes mögen folgende Sätze hier eine Stelle finden:

„.. das sehr billige Vergnügen, ohne wissenschaftliche Begründung und ohne Aufführung der Gegenargumente ‚mit wenig Witz und viel Behagen' in der »Kreuz-Zeitung«, wo natürlich kein Gegner zur Stelle ist, und man unbesehen Recht hat, einen Gegner zu besiegen, der — nicht anwesend ist. ‚Das war kein Meisterstück, Octavio.' Das gleicht ungefähr der — Schwächlichkeit gewisser Kinder, die, wenn sie von einem Kameraden einen Hieb bekommen haben, statt sich mutig zu wehren, zu ihrer Mutter laufen, wo sie natürlich immer Recht haben. Besonders kraftbewußt sieht das aber gerade nicht aus. Im vorliegenden Fall war noch zudem die Rabbinerversammlung taktvoll genug gewesen, um die Dogmen fremder Religionen sich überhaupt nicht zu kümmern, und wenn wir nunmehr uns hier mit der Frage beschäftigen müssen, ob Hillel wirklich vor der christlichen Religion die entscheidende Stellung der Nächstenliebe innerhalb des Religionsganzen gelehrt, so mag der blindwütende Eifer des Herrn Prof. Strack die Verantwortung dafür tragen. . . . . . Welch eine Welt voll Wahn, welch ein tiefer religiöser Abgrund gähnt aus diesen Worten heraus. [Aus den Worten: ‚Also einen Satz der Moral, nicht religiöse Belehrung gibt Hillel']."

Wie selbst noch Ende Mai d. J. mein Auftreten mir Tadel seitens der orthodoxen Juden zuzog, ich also offenbar nicht ihnen zu Liebe geschrieben habe, entnehme man daraus, daß „Der Israelit" (No. 41/42, S. 674, Mainz) mir wegen der letzten Sätze der Erklärung in „N. Pr. Ztg." No. 115 (s. unten Kap. III 7, S. 48) „schweren Irrtum" vorwirft.

---

2. Während ich so dem, was nach meiner Überzeugung am Judentum, sei es in dieser oder jener Hinsicht, Rüge verdiente oder verdient, offen entgegengetreten bin und auch fernerweit entgegentreten werde, habe ich es gleichermaßen für meine Pflicht gehalten, unbegründeten, insonderheit aufreizenden Anschuldigungen, zumal wenn sie sich auf die jüdische Religion bezogen, zu widersprechen, und bin daher auch als „Philosemit" und Judenknecht betrachtet worden.

Über den im Jahre 1880 geschriebenen Artikel „Kol Nidre" siehe hernach, bes. Kap. III 2.

Die gelegentlich der Ermordung der Esther Solymossy wieder aufgewärmte wahnwitzige Beschuldigung, daß die Juden zu rituellen Zwecken Christenblut gebrauchen, habe ich in: „Evangelische Kirchen-Zeitung", 12. Aug. 1882, Nr. 32, Sp. 683—690, widerlegt. [Mehrfach abgedruckt, u. a. in „Christliche Zeugnisse gegen die Blutbeschuldigung der Juden", Berlin 1882, S. 39—49]. — Dafür bin ich u. a. in der „Wahrheit" vom 26. August, im „Deutschen Tageblatt" vom 27. August (Nr. 223, vgl. Nr. 227) und in einer besonderen Broschüre („Brauchen die Juden Christenblut? Entgegnung auf den von Professor Strack.. veröffentlichten Auffatz ... Eine culturhistorische Studie von Kunibert Erbsreich", Berlin 1882, 24 S.) geschmäht worden.

Gegen die Erneuerung der erwähnten Anklage durch Aug. Rohling richtete ich zwei Briefe an den mir befreundeten Dr. Wilh. Bacher, Professor an der Landes-Rabbinerschule in Budapest, welche von diesem mit der Ueberschrift „Professor Strack gegen Rohling", im „Jüdischen Litteratur-Blatt" 1883, Nr. 34 mitgeteilt sind:

Berlin, W., 30/31. Juli 1883.

Herrn Professor Dr. Bacher in Budapest.

Sehr geschätzter Herr Kollege! Mit wahrem Entsetzen lese ich eben in der Zeitung, daß der Advokat Szalay in öffentlicher Gerichtsverhandlung zu Nyiregyhaza die Behauptung, daß die Juden sich zu rituellen Zwecken menschlichen Blutes zu bedienen pflegen, erneuert und durch Berufung auf Chajim Vitals Sepher ha-liqqutim und den Sohar zu stützen gesucht hat. Das veranlaßt mich, meinen seit mehr als Monatsfrist gehegten Entschluß, in eingehender wissenschaftlicher Erörterung zum zweiten Male der gedachten

Beschuldigung entgegenzutreten, beiseite zu setzen und schon jetzt, wenngleich es nicht mit allem mir erwünschten Material geschehen kann, von neuem zu erklären, daß die in Rede stehende Anklage durch und durch unwahr ist und daß speciell die beiden obenerwähnten Stellen so wenig Anlaß zu solcher Beschuldigung bieten, daß nur eine seltene Vereinigung von Unwissenheit, verblendetem Haß und Böswilligkeit eine dahin gehende Deutung — Auslegung kann ich nicht sagen, eher Einlegung — erklärlich macht.

Nun einige Mitteilungen zur Charakterisierung des Professors Rohling und seines Gehilfen Justus.

Als ich am 26. Juni in einer Berliner Zeitung einen Brief las, welchen Professor Rohling am 19. Juni in Sachen der „Blutbeschuldigung" an den Abgeordneten Geza v. Onody gerichtet haben solle, hielt ich die Nachricht für eine plumpe Fälschung, der in Kürze der Widerruf folgen werde. Ein solcher blieb aus; statt dessen erhielt ich zehn Tage später aus Ungarn ein Schreiben, in dem ich von der Aufregung, welche gedachter Brief daselbst hervorrufe, benachrichtigt und gebeten wurde, meine Stimme nochmals gegen die Blutbeschuldigung zu erheben. Noch immer konnte ich, zumal die Polemik der ungarischen Tagesblätter nicht in die Stille meiner Studierstube dringt, mich nicht entschließen den Brief für echt zu halten, und ich ersuchte daher am 6. Juli den Professor Rohling um Aeußerung, bezw. Mitteilung der von ihm gemeinten Stelle. Aus seiner Antwort vom 8. Juli ergab sich, daß er den Brief in der That geschrieben. Nach Nennung des Sepher ha-liqqutim und der Soharstelle II, 119a fährt er wörtlich fort: „Diese und sonstige hätte ich schon im Urtext und mit Erklärung „und Version veröffentlicht, wenn ich nicht auf ein Werk wartete, das ganz über „die Blutfrage handelt und von Rabbi Mendel, der vor etwa 20 Jahren „als Rabbiner in Kussow starb, verfaßt ist unter dem Titel gan naûl „(hortus clausus); es ist wohl zwanzig Mal aufgelegt, zuletzt noch vor drei „oder vier Jahren. Dieses Werk des Mendel will die Juden aneifern, daß „sie alle das Blut (!) in die Mazzen thun; Verf. spricht dabei umständlich, wie „überall zwar wohl von den Orthodoxen gemordet wird, aber nur die Eifrigen „gäben das Blut auch in die Mazzen; diese Eifrigen seien zahlreich in Ungarn, Galizien, überhaupt Polen; aber Verfasser will, daß auch anderswo „die Eifrigen zahlreich werden, deshalb schreibt er sein Werkchen [!]. Ich „habe es leider nur vorübergehend [!] zur Disposition gehabt, da es mir „durch ein Unglück verloren ging [!!], nachdem ich eben nur den Inhalt in „der Hauptsache ermittelt. Danach habe ich mir große Mühe gegeben es „wieder zu bekommen, aber — fruchtlos". Darauf spricht R. die Absicht aus, eventuell auch ohne das Mendel'sche Buch die ihm „bekannten Einzel„stellen aus Vital, Sohar u. s. w. im Original und mit Version und Er„klärung zu publicieren" und schließt „Veritas — sie allein macht frei, sie „allein leitet mich"!!

Zwei am 10. und 16. Juli von mir „im Interesse der auch Sie, nach dem Schlusse Ihres Briefes, leitenden Wahrheit" an Prof. R. gerichtete Bitten, mir den Wortlaut der Hauptstelle des Sepher ha-liqqutim sofort kopieren zu lassen, wurden ausweichend beantwortet.

Inzwischen war mir der in Paderborn erschienene „Judenspiegel" des Dr. Justus bekannt geworden. Da der Verf. in der Vorrede geschrieben: „sollte einer über einzelne Punkte näheren Aufschluß wünschen, so wende er „sich brieflich an die Verlagshandlung . .", ersuchte ich ihn am 18. Juli um Abschrift des Original-Wortlauts von Sepher ha-liqqutim zu 1. Könige 17 und Sprüche 30, sowie von Pri ez ha-chajjim, Bagdader Ausgabe Blatt 33. Bis heute bin ich ohne Antwort. Oder vielmehr: am 23. Juli schickte Prof. R. an mich eine vom 20. datierte, meine Zuschrift vom 16. beantwortende Karte: „Soll alles geschehen, in Kürze nämlich werden Ew. „Hochwohlgeboren das Ganze gedruckt und kommentiert ꝛc. vor sich haben." Also ist Justus ein unter Rohlings Flügeln sich bergender wahrscheinlich in Prag lebender gewesener Jude, den die römische Kirche — nicht die meine — in ihren Schoß aufgenommen hat.

Über den Wortlaut der Bagdader Ausgabe des Pri ez ha-chajjim habe ich bis jetzt nichts zu ermitteln vermocht, obwohl ich mich an mehrere große Bibliotheken gewendet habe. Hoffentlich brauchen wir zur Widerlegung nicht bis zum Erscheinen der nächsten Broschüre Rohlings zu warten. Der angeblich zwanzig mal gedruckte Gan naûl Mendels existiert aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt nicht; außer in Rohlings Enunciationen. Sollten meine fortgesetzten Bemühungen zu bestimmteren Resultaten führen, so werde ich Sie gern davon benachrichtigen.

Auf grund eigener Prüfung kann ich seit einigen Tagen über die wichtigste Stelle des Sepher ha-liqqutim (Blatt 156) urteilen: sie liegt vor mir in dem von der jerusalem. Zeitschrift „Habazeleth" (22. Februar 1883) gebotenen Abdruck. Natürlich steht in der kabbalistischen Auslegung der nach Prof. Rohling messianischen Stelle Sprüche 30, 19 kein Wort über das Vergießen des Blutes von Jungfrauen, geschweige denn das Vergießen des Blutes einer christlichen Jungfrau; das Blut von dem dort die Rede, ist nicht dam bethuloth (sanguis virginum), sondern dam bethulim (sanguis virginitatis). — Auch die Kommentierung von 1. Sam. 17, 25 (in der Vulgata 1. Könige 17) im Sepher ha-liqqutim hat Dr. Justus (S. 94 seiner Broschüre) gänzlich mißverstanden. Desgleichen habe ich mich überzeugt, daß aus der von Rohling und nach ihm von Szalay angezogenen Stelle des Sohar II, 119a weder die Blutbeschuldigung noch sonst etwas der Ethik des Judentums Nachteiliges gefolgert werden darf.

Mit hochachtungsvollem Gruße Ihr . .

Berlin W., 11. August 1883.

Sehr geehrter Herr Kollege! In Ergänzung meiner Zuschrift vom 30/31. Juli teile ich Ihnen mit, daß von dem Gan naûl Mendels auch M.

Steinschneider, Ad. Neubauer und S. R. Driver nichts wissen. Weder das Buch noch auch nur eine Spur seiner Existenz ist in Oxford oder in Cambridge aufzufinden. Ja selbst eine nach Lemberg, wo das Buch doch gedruckt sein soll, gerichtete Anfrage ist resultatlos geblieben. So bin ich überzeugt, daß das Buch überhaupt nicht existiert. Es wäre freilich sehr zu wünschen, daß es gefunden würde; denn nur dann wird sich Rohling positiv widerlegen lassen. — Von Pri ez ha-chajjim sind einige Handschriften in der Bodlejana zu Oxford; aber Driver und Neubauer sind nicht im stande gewesen, in ihnen die Stelle zu finden, welche Justus in der Bagdader Ausgabe Blatt 33 gefunden haben will und — leider! — nur in deutscher Uebersetzung mitteilt! In Erwägung, daß der Sinn der von uns kontrollierbaren Stellen aus dem Sepher ha-liqqutim und dem Sohar durch Justus und Rohling völlig falsch wiedergegeben ist, zweifle ich nicht, daß auch in bezug auf das in Rede stehende kabbalistische Buch mindestens — ich will mich gelinde ausdrücken — ein grobes Mißverständnis seitens der beiden katholischen Herren vorliegt. Mit freundlichem Gruße Ihr . .

Eine Reihe hierher gehöriger Aeußerungen, die in Recensionen und sonst gelegentlich gethan sind, übergehe ich hier.

Man pflegt jetzt die Menschen nach ihrem Verhalten in bezug auf die Juden in „Antisemiten“ und „Philosemiten“ einzuteilen. Das Vorstehende wird zeigen, wie oberflächlich solche Einteilung. Meine Stellung zu den Juden ist bestimmt durch die im Neuen Testament gebotene christliche Nächstenliebe, eine Liebe, welche der Mitmenschen, in diesem Falle also der Juden wahre Förderung allerdings gelegentlich auf anderem Wege und mit anderen Mitteln, als diese selbst thun, suchen kann, ja suchen muß, die aber doch weder aufhört noch aufhören darf wahre Liebe zu sein. In Einklang mit dieser Stellung habe ich auch den Inhalt der von mir herausgegebenen Zeitschrift „Nathanael“ zu gestalten mich bemüht.

II.

Das Christlich-Sociale Correspondenzblatt.

Rechtsanwalt Wolff-Fürstenwalde (Rechtsbeistand Stöckers, am 5. Nov. 1885 in Verteidigung Aschenbrenners, s. Ch.-S. C.-Bl. No. 46, S. 3c.): „Hofprediger Stöcker sei — wie gerichtskundig sein müsse — der Begründer der „christlich-socialen Partei und das »Corr.-Blatt« „sei das Organ der Partei. Hofprediger Stöcker „sei gewissermaßen der geistige Vater und Inspirator des Blattes."

Aus dem Proceß gegen die „Freie Zeitung" ist bekannt, daß Hr. Hofprediger Stöcker für das frühere Parteiblatt „Die Deutsche Volkswacht" als Redakteur einen gewissen . . . angestellt hatte, welcher wegen Unterschlagung von Mündelgeldern mit Zuchthaus bestraft worden war. Anläßlich dieser Enthüllung erklärte das Ch.-S. C.-Bl. 32, S. 2c, in einem besonderen Artikel auf den „Vorwurf" zurückkommen zu wollen, „daß Hofprediger Stöcker bestrafte Leute zur politischen Mitarbeit angenommen und beschäftigt habe." Ein solcher Artikel ist, soviel ich wenigstens bemerkt habe, nicht erschienen, und das hat seinen guten Grund. Der nominelle Redakteur des Blattes, F. Aschenbrenner, nämlich ist zwar ein unbescholtener Mann, auch Mitglied einer städtischen Schulkommission wie der Gemeindevertretung der Kirche „Zum heiligen Kreuz" (No. 32, 3a), besitzt aber als früherer Portier (bis 1. Mai 1881) schwerlich dasjenige Maß wissenschaftlicher Bildung und eindringender Urteilskraft, welches man von dem Herausgeber eines zur Erörterung so wichtiger Fragen bestimmten Blattes beanspruchen kann und muß. Daher ist denn der eigentliche Arbeiter nicht er, sondern eine andere Persönlichkeit, welche Hofprediger Stöcker mir selbst am 18. Mai als seinen Redakteur genannt hat. Von dieser berichtete ein in Berlin erscheinendes

Blatt*, ohne daß Widerspruch erhoben oder auch nur eine Beleidigungsklage angestrengt wurde, im Juni d. J. Folgendes:

„Etwa sieben Jahre lang schädigte . . . das genannte Institut durch fortgesetzte betrügerische Massenfälschung von Bons auf so erhebliche Weise, daß der derzeitige Vorsitzende des Direktoriums der . . . im Mai 1880 die Klage wegen schwerer Urkundenfälschung gegen . . . anstrengte. Darauf hin wurde . . . von der II. Strafkammer des Landgerichts I wegen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust verurteilt. Seine Betrügereien kamen übrigens nur durch einen Zufall ans Licht. Er pflegte nämlich aus Bequemlichkeit seine gefälschten Bons in derselben Druckerei zu bestellen wie das Direktorium. Eines Tages verirrte sich jedoch eine an ihn adressierte Rechnung für zehntausend Bons in die Hände des Vorsitzenden; es kam deswegen zu Recherchen, welche die Schuld des . . . ergaben. Der . . . hatte diese Fälschung viele 1000 M. gekostet. Das also ist der Ehrenmann, welcher heute noch unter der hohen Protektion Stöckers die ‚Christlich-Sociale Correspondenz‘ leitet und darin gegen Juden und Judentum schimpft."

Hr. Hofpred. Stöcker hat vor einigen Jahren über die „schlechte Presse" eine Rede gehalten („Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze von Adolf Stöcker", Bielefeld und Leipzig, 1885, S. 42—51), die mit dem Inhalte des „Ch.-S. C.-Bl." zu vergleichen wir den Leser bitten und deren dauernde und allseitige Beherzigung Hrn. Stöcker wie dem Redakteur des „Reichsboten" sehr zu empfehlen wäre. Hier interessieren uns nach dem, was wir eben haben anführen müssen, besonders folgende Sätze (S. 51):

„Das zweite Mittel gegen die schlechte Presse wäre eine Prüfung der Chefredakteure. Dabei denken wir nicht an ein mündliches Examen, sondern an einen Nachweis der Befähigung und der persönlichen Unbescholtenheit. Man hat ja darum von den Pfarrern ein Staatsexamen gefordert, weil sie Bildner und Lehrer des Volkes seien. Aber wie viel mehr ist heute der Redakteur einer gelesenen Zeitung Volkslehrer als ein Landgeistlicher; dieser sammelt vielleicht nicht fünfzig Menschen allsonntäglich um seine Kanzel, jener hat ein tägliches Auditorium von Tausenden, ja von Hunderttausenden."

* In guter Absicht lasse ich hier und in dem folgenden Excerpte die Namen fort. — „. . ." ist auch Mitarbeiter des „Reichsboten", wie gelegentlich eines der „Stöckerprocesse" ans Licht gekommen.

Was nun die folgenden Excerpte betrifft, so fällt es mir nicht ein, Hrn. Stöcker als für jeden Satz oder gar für jedes Wort in denselben verantwortlich zu bezeichnen.* Aber für die aus diesen Auszügen sich unzweideutig ergebende Gesamthaltung des „Chr.-S. C.-Bl." ist Hr. Hofprediger Stöcker (gleichviel ob ich es sage oder nicht und gleichviel ob er es zugibt oder nicht) verantwortlich. Und diese Verantwortlichkeit wiegt nach meiner Überzeugung um so schwerer, je ernstlicher man bedenkt, welches der Leserkreis ist, an den dies Blatt vornehmlich sich wendet. Die „christlich-sociale" Agitation will vor allem auf die Arbeiter wirken, also auf minder gebildete und minder urteilsfähige, vielmehr wesentlich autoritätsgläubige** Kreise. Nun lege man sich beim Lesen der einzelnen Abschnitte dieses Kapitels nachstehende Fragen vor: Welchen Eindruck muß der im „Chr.-S. C.-Bl." übliche Ton, der auch in den Reden des Hrn. Hofpredigers Stöcker oft angeschlagen wird, auf den einfachen Arbeiter machen, und zu welchen Folgen kann, ja muß dieser Eindruck führen? Hat Jemand, der solchen Ton in „seinem Blatte" auch nur duldet, das Recht, so über „die schlechte Presse" zu reden, wie Hr. Stöcker thut? Ist solcher Ton christlich oder auch nur sittlich?

A. Äußerungen gegen das Judentum.

No. 18. (Aus Stöckers Vortrag: „Semit, Atheist, Socialdemokrat):

„Die ‚Frankf. Ztg.' mokiert sich gegen die ‚Nordd. Allgem. Ztg.', weil diese es mißbilligend moniert, daß bei der Bismarckfeier in Karlsruhe ein Jude die Festrede gehalten, und fragt höhnisch, wer denn zur Bismarckspende das meiste Geld gegeben? Hier tritt die jüdische Eigenart in voller Abscheulichkeit hervor. Es schickt sich nicht, daß ein Jude bei einer deutsch-

* Zur richtigen Beurteilung gewisser Dementis, nicht nur im vorliegenden Falle, ist große Vorsicht erforderlich. „Ich habe diesen Artikel nicht geschrieben", glauben Viele behaupten zu dürfen, wenn einige Worte, z. B. am Anfange oder am Ende nicht von ihnen herrühren; „ich habe ihn nicht veranlaßt" wird nicht selten erklärt, wenn man doch vor dem Erscheinen von ihm gewußt und ihn, sei es ausdrücklich, sei es im Stillen, gebilligt hat.

** Autoritätsgläubig sind auch die von socialdemokratischen Führern verführten Arbeiter.

nationalen Feier die Festrede halte, es verstößt gegen das deutsche Nationalgefühl — warum? weil der Jude Jude und kein Deutscher ist. . . . Das Judentum, selbst unproduktiv, geht mit allem hausieren, so auch mit dem Unglauben dieser Gelehrten durch die große und kleine Presse."

[Über diesen am 24. April gehaltenen Vortrag vgl. auch Kapitel III 1. 2 der vorliegenden Broschüre.]

2. No. 21, Beilage:

„Ein Jude als Standesbeamter.

Der Magistrat hiesiger Reichshaupt- und Residenzstadt hat wieder ein überaus weises Stück ausgeführt, das selbst in Meseritz noch nicht dagewesen ist; der Hochwohlweise hat im hiesigen Standesamtsbezirke 10b einen Juden als Standesbeamten eingesetzt!

So etwas, bemerkt dazu der ‚Reichsbote', ist nur möglich in einer Stadt, wo die Juden eine so dominierende Stellung einnehmen wie in Berlin, und wo man sich so voll und ganz auf den Standpunkt der Religionslosigkeit gestellt hat, daß die religiösen Beziehungen, Grundsätze und Gefühle gar nicht mehr in betracht kommen, die Ehe weiter nichts mehr ist als eine Art Associationsvertrag zwischen einem männlichen und weiblichen Menschen und Geburten und Tod lediglich nur noch als Naturprocesse in betracht kommen. Aber so ausgezogen und ausgeleert ist auch das Berliner Volk in seiner Mehrheit denn doch noch nicht — und deshalb ist es begreiflich, daß dieser Akt weitgehender Rücksichtlosigkeit gegen das religiöse Bewußtsein des Volkes große Aufregung [!] hervorruft. Übrigens könnte die Sache auch ihr Gutes haben, indem sie es dem christlichen Volke recht drastisch vor Augen führt, daß der standesamtliche notarielle Akt nicht als die wirkliche Eheschließung anzusehen ist, sondern daß diese vor dem Altare Gottes zu geschehen hat. — Wir aber fragen: geniert sich denn der Magistrat gar nicht mehr oder noch immer nicht, daß er der christlichen Bevölkerung Berlins Solches zu bieten wagt?! Es gibt eine Grenze, wo der Respekt auch vor der Obrigkeit aufhört [!], wenn man ihren Anordnungen auch gehorchen muß. Den Hohn auf das christliche Gefühl und Gewissen, der sich in der Bestallung eines Juden zum Standesbeamten besonders bei heutigen Zeitläuften dokumentiert, werden wir uns merken! Schließlich werden wir doch noch einmal Herren im eigenen Hause werden, mag selbst der Magistrat noch einmal einen Juden zum Oberbürgermeister machen! Verdient hätten sie einander!"

3. Aus dem dasselbe Thema behandelnden Vortrage des Hrn. Hofpred. Stöcker (Freitag 29. Mai) entnehmen wir, da das Ganze zu lang, dem Berichte des Chr.-S. C.-Bl., No. 23, Beilage, folgende Sätze:

„Der Thalmud weist der Frau eine sehr niedrige Stellung an neben den Kindern und Sklaven. Das zeigt sich noch heute darin, daß die jüdischen Frauen beim Gottesdienst in der Synagoge mit den Männern nicht gleich teilnahmsberechtigt, sondern in besonderen Räumen abgeschlossen sind. (Meist auf den Emporen.) Soll man nun der deutsch-christlichen Frau zumuten, ihre Ehe von einem Juden schließen zu lassen? Ist es ein orthodoxer oder Thalmudjude, so hat er eine geringe Meinung von der Frau, ist es ein Reformjude, so ist er gar nichts. (Beifall und Heiterkeit.) — Redner citiert mehrere Stellen aus Schriften von Prof. D. Cassel, Delitzsch, P. Daab (‚Der Thalmud in Vorträgen'), sowie Aussprüche von Goethe, Schiller, Fichte, Kant und Friedrich dem Großen über das Judentum und zum Belege dafür, daß die Emancipation der Juden ein verhängnisvoller, kaum wieder gut zu machender Fehler sowohl für die Juden wie für unser Volk war. Diesen Fehler in gesetzlicher Weise zu beseitigen, gäbe es nur einen Weg: wenn das Uebel erkannt und sich eine Agitation dagegen bildete von einem Ende des Vaterlandes bis zum anderen und das Volk riefe: Wir sind ein christliches Volk und wollen solche Zustände nicht dulden [!]. Dann könnte vielleicht geholfen werden. So lange dies nicht geschieht, so lange Christen sogar Juden in die parlamentarischen Vertretungskörper wählen, so lange ist es unmöglich und wir müßten erst anfangen, die Emancipation dieser Christen von den Juden zu betreiben. (Beifall.) Dem Prof. D. Paulus Cassel dankt Redner für jedes Wort, was er in seiner 1860 im Verlage des Hauptvereins für christliche Erbauungsschriften in den preußischen Staaten erschienenen Schrift: ‚Die Geschichte des jüdischen Volkes seit der Zerstörung Jerusalems' geschrieben hat. Prof. Cassel zeigt sich darin in der richtigen Stellung eines Jugendchristen [so!]. Redner hat aus der ersten Auflage der Schrift citiert, weil die zweite* Auflage nicht mit derselben

* [Über diesen Vortrag wie auch über diese Äußerung ist auch in anderen Blättern (z. B. ‚N. Pr. Ztg.' No. 124, 3. Beilage, 31. Mai 1885) referiert worden. Dadurch erklärt es sich, daß Prof. **Paulus Cassel** in der ‚Voss. Ztg.' Nr. 268, Beilage S. 1, Freitag 12. Juni) folgende Erklärung veröffentlicht hat: „Herr Hofprediger Stöcker sagt am 10. Juni im Verlaufe seines Processes: ‚Ich weiß nicht, weshalb sich Hr. Professor Paulus Cassel sofort getroffen fühlt, sobald irgendwo der Name Cassel genannt wird'. Hr. Hofprediger Stöcker wird die Güte haben, auch nur einen Fall zu nennen, durch welchen er diese Meinung begründet. Ich weiß keinen. Als er am 22. November 1880 im Abgeordnetenhause einem ‚Professor Cassel' eine Äußerung zuschrieb, die ich nicht gemacht haben konnte, entschuldigte er sich selbst in der ‚Kreuzztg.' sowohl als in einem Privatschreiben an mich, einsehend, daß ein Mißverständnis entstehen konnte, weil es ja keinen andern Professor Cassel in Berlin gab als mich. Mein Bruder ist kein Professor, er hat sich auch nicht so bezeichnet. Stöcker hatte

Unbefangenheit ediert ist. Die Aussprüche von Goethe, Schiller, Fichte, Herder, Friedrich des Großen, Männern, die wir noch heute als Bahnbrecher deutschen Geistes verehren und die alle gute Antisemiten waren, zeigen, wie milde wir die Judenfrage behandeln."

4. No. 23, Beilage:

„Aussprüche deutscher Geistesheroen über das Judentum.

Goethe: An der christlichen Religion halten wir fest, aber auf eigene Weise; wir unterrichten unsere Kinder von Jugend auf von den großen Vorteilen, die sie uns gebracht hat; dagegen von ihrem Ursprung, von ihrem Verlauf geben wir zuletzt Kenntnis.

Alsdann wird uns der Urheber erst lieb und wert, und alle Nachricht, die sich auf ihn bezieht, wird heilig. In diesem Sinne, den man vielleicht pedantisch nennen mag, der aber als folgerecht anerkannt werden muß, dulden wir keinen Juden unter uns, denn wie sollten wir ihm den Anteil an der höchsten Kultur vergönnen, deren Ursprung und Herkommen er verleugnet?

Schiller: ...* Die Unwürdigkeit und Verworfenheit der Nation kann das erhabene Verdienst ihres Gesetzgebers nicht vertilgen .....* Als ein unreines und gemeines Gefäß, worin aber etwas sehr Kostbares aufbewahrt worden, müssen wir sie schätzen. Wir müssen in ihr den Kanal verehren, den, so unrein er auch war, die Vorsicht erwählte, uns das edelste aller Güter, die Wahrheit zuzuführen, den sie aber auch zerbrach, sobald er geleistet hatte, was er sollte. Auf diese Weise werden wir gleich weit entfernt sein, dem

---

sein Buch in der Hand, und das Citat, das er daraus vorlas, war aus dem Zusammenhang gerissen. Ich habe dies schon in meinem ‚Sunem' 1880, S. 401, mitgeteilt. Er hat erst jüngst wieder in einer öffentlichen Versammlung vom 29. Mai von mir behauptet, ich hätte in einer zweiten Auflage meiner jüd. Geschichte Korrekturen früherer Meinungen veranstaltet. Eine Notiz, die ich der ‚Kreuzztg.' zusandte, um dies zu berichtigen, weil gar keine zweite Auflage existierte, nahm diese nicht auf, sandte sie aber Herrn Stöcker, und dieser erklärte nun, er habe andere Schriften mit einer zweiten Auflage verwechselt. Aber solche Verwechselungen in öffentlicher Versammlung sind nicht ohne sittliche Gefahr, denn sie werden dort nicht widerrufen und kontrolliert. Wenn daher Stöcker sich über Anklagen gegen seine Ungenauigkeiten beklagt — und ich habe in der Einleitung zum ‚Ahasverus' ähnliche ausgesprochen — so ist er selbst schuld. Ein evangelischer Geistlicher muß genau wissen, was er redet; er darf sich nicht dauernd ‚irren' und ‚verwechseln'; in keiner Erregung darf man falsch citieren; ein falsches Citat auf Kosten eines Andern ist kein bloßer Irrtum, sondern eine Sünde. D. Paulus Cassel"]. — [Im Chr.-S. C.-Bl. habe ich eine Berichtigung nicht finden können.]

---

* [Die Punkte hier und S. 17 stehen auch im Ch.-S. C.-Bl.]

hebräischen Volk einen Wert aufzudringen, den es nie gehabt hat, und ihm ein Verdienst zu rauben, das ihm nicht streitig gemacht werden kann.

Fichte: Fast durch alle Länder von Europa verbreitet sich ein mächtiger, feindselig gesinnter Staat, der mit allen übrigen im beständigen Kriege steht, und der in manchem fürchterlich schwer auf die Bürger drückt; es ist das Judentum. Ich glaube es nicht, und ich hoffe es in der Folge darzuthun, daß dasselbe dadurch, daß es einen abgesonderten und so fest verketteten Staat bildet, sondern dadurch, daß dieser Staat auf den Haß des ganzen menschlichen Geschlechtes aufgebaut ist, so fürchterlich werde.... Dies alles seht ihr mit an, und könnt es nicht leugnen, und redet zuckersüße Worte von Toleranz und Menschenrechten und Bürgerrechten indes ihr uns die ersten Menschenrechte kränkt; könnt eurer liebevollen Duldung gegen diejenigen, die nicht an Jesum Christum glauben, durch alle Titel, Würden und Ehrenstellen, die ihr ihnen gebt, kein Genüge thun, indes ihr diejenigen, die nur nicht ebenso wie ihr, an ihn glauben, öffentlich beschimpft und ihnen bürgerliche Ehre und mit Würde verdientes Brot nehmt. Erinnert ihr euch denn hier nicht des Staates im Staate? Fällt euch denn nicht der begreifliche Gedanke ein, daß die Juden, welche ohne euch Bürger eines Staates sind, der fester und gewaltiger ist, als die eurigen alle, wenn ihr ihnen auch noch das Bürgerrecht in euren Staaten gebt, eure übrigen Bürger völlig unter die Füße treten werden?

Herder: ,Das ist das Volk Gottes ... ist Jahrhunderte her, ja fast seit seiner Entstehung eine parasitische Pflanze auf den Stämmen anderer Nationen! ein Geschlecht schlauer Unterhändler beinahe auf der ganzen Erde, das trotz aller Unterdrückung nirgends sich nach eigener Ehre und Wohnung, nirgends nach einem Vaterland sehnt.' ,Ein Ministerium, bei dem der Jude alles gilt; eine Haushaltung, in der ein Jude die Schlüssel zur Garderobe und zur Kasse führt; ein Departement oder Kommissariat, in welchen Juden die Hauptgeschäfte treiben; eine Universität, auf welcher Juden als Makler und Geldverleiher der Studierenden geduldet werden: das sind unauszutrocknende pontinische Sümpfe. Denn, nach dem alten Sprichwort: wo ein Aas liegt, da sammeln sich die Adler, und wo Fäulnis ist, hecken Insekten und Würmer.'

Friedrich der Große: Wir befehlen ... daß die schlechten und geringen Juden in den kleinen Städten, sonderlich in denen, so mitten im Lande liegen, woselbst solche Juden ganz unnötig und vielmehr schädlich sind, bei aller Gelegenheit und nach aller Möglichkeit daraus weggeschaffet werden. Was wegen ihres Handels ist, behalten sie. Aber daß sie ganze Völkerschaften zu Breslau anbringen und ein gantzes Jerusalem daraus machen wollen, das kann nicht seynd."

Da diese Aussprüche in derselben Nummer und auf demselben Blatte stehen, wie der eben erwähnte Vortrag, ist Hr. Hofpred.

Stöcker für die Wirkung des Wiederabdrucks dieser schon vor mehreren Jahren in der „Wahrheit" und sonst mitgeteilten Aussprüche, die, aus ihrem größeren Zusammenhange herausgerissen und in dieser Weise vereinigt, aufreizen müssen, unbedingt verantwortlich.

5. No. 33, 3 wird einem in der N. Pr. Ztg. abgedruckten Wiener Briefe (v. 27. Juli) u. a. Folgendes entnommen:

„Wie man in den Kreisen des Reformvereins, welcher antisemitische Tendenzen verfolgt und welcher heute als der bedeutendste und zahlreichste politische Verein Wiens anzusehen ist, über den famosen Proceß denkt, darüber mag Ihnen die Einleitung eines Artikels des Schriftstellers Marr im ‚Oesterr. Volksfreund' Andeutung geben:

‚Stöcker-Hetze.'

‚Recipe: Nimm einige geriebene Judenadvokaten und einige Judenjungen, welche unter dem Titel Redakteur die Prügeljungen für alles spielen und dann provociere Skandal und Skandalprocesse. Gewinnst du, gut; verlierst du, auch gut. Auf alle Fälle stehst du dich besser dabei, als dein gehetzter Gegner. „„Mürbe machen"" ist eine jüdische Eigenart in der Politik wie im Wucher, und daß die asiatischen Mitbürger den Pastor Stöcker aus der Hetze nicht herauslassen werden, wissen wir alle. Personen sind ja leichter zu töten als Ideen. Dazu kommt noch, daß Stöcker ein Theologe ist, und daß im allgemeinen die Herren Theologen die Fahne der Dogmatik besser zu tragen verstehen als die Fahne der socialen Bedürfnisse.'

Der Verfasser des Aufsatzes ist bekannt als ‚Freidenker' und weit entfernt von dem Verdachte, die Sache eines Theologen verteidigen zu wollen. Aber auch aus gutkatholischen Kreisen könnte ich Ihnen Beispiele anführen, welche darthun, daß man in denselben die Motive der Stöcker-Hetze durchschaut und daß man für den Hofprediger aufrichtige Sympathieen hegt."

6. Aus dem Leitartikel der Nummern 21 u. 22 [v. 20. u. 28. Mai datiert], auf den wir in Kapitel IV. No. 12 zurückkommen, müssen wenigstens folgende Absätze hier angeführt werden:

„Zur Frage des Judeneides.

[Nr. 21.] Die Kontroverse mit dem Herrn Prof. Dr. Strack über die Bedeutung des Kol-Nidre-Gebets der Juden hat die Frage über Wesen und Bedeutung des ‚Judeneides' überhaupt wieder wachgerufen. Diese Frage bildete von jeher den Gegenstand lebhafter Erörterungen, es entstand nach und nach eine ganze Litteratur über diesen Gegenstand, worin Juristen und Theologen ihre Stimme zumeist gegen die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit des Eides von Juden erheben. Schon die Titel einiger dieser Schriften zeugen von dem großen Mißtrauen gegen den Eid der Juden

und von dem Geiste, der sich in diesen Schriften gegen die Juden im allgemeinen ausspricht, z. B. ‚Die Judengeißel' (Straßburg, 1601), ‚Der abgestreifte jüdische Schlangenbalg' (Nürnberg, 1680), ‚Feuriges Drachengift und wüthiger Otterngall der Juden wider die Christen' (Koburg, 1682), ‚Das schwer zu bekehrende Judenherz' (Helmstädt, 1701), ꝛc. Das fast allgemeine Mißtrauen gegen den ‚Judeneid' hat bis in die neuere Zeit auch in der Gesetzgebung verschiedener Länder Ausdruck gefunden. Die zu Anfang unseres Jahrhunderts in Preußen giltige Allgemeine Gerichtsordnung bestimmt, daß in Kriminalfällen, wo es auf eine harte Leibes- und Lebensstrafe ankommt, die nach den Gesetzen in keine Geldbuße verwandelt werden kann, kein Jude zur Ablegung eines eidlichen Zeugnisses angehalten werden dürfe, und daß selbst die freiwilligen Zeugenaussagen niemals einen vollen Beweis ausmachen können, daß Juden überhaupt niemals als Beweiszeugen, sondern nur zur Erkundung und weiteren Erforschung der Wahrheit vernommen werden dürfen, wenn sie ein Jude in einem Processe mit einem Christen vorgeschlagen hat; und daß zum Vorteil der jüdischen Partei selbst mehrere jüdische Zeugen nie einen vollen Beweis bewirken, und ihre Aussagen nur insofern Berücksichtigung verdienen, als sie mit den Angaben eines christlichen Zeugen übereinstimmen.

Man mag solche Gesetzesbestimmungen heute ungerecht und ‚barbarisch' finden, die damaligen Gesetzgeber werden aber wohl gewußt haben, warum sie sie erließen.

. . . . Jedenfalls steht dem Juden auch der geringste Jude höher als der ‚Goi', der Nichtjude, und wenn er sich gegen ersteren, um sich vor Schaden zu behüten, schon ohne Gewissensskrupel eines Meineids schuldig machen kann, wird er sich wohl in seinem Gewissen beschwert fühlen, wenn er sich wegen eines Nichtjuden durch einen Meineid vor Schaden bewahren kann?

Noch größer aber wird die Gefahr für den Nichtjuden, wenn der Thalmud erklärt*: ‚Da Gott gesehen, daß die Heiden die 7 Gebote Noahs, die er ihnen gegeben, nicht gehalten, hat er ihr Vermögen den Israeliten gegeben', und wenn u. a. dem entsprechend der spanische R. Joseph Albo (1360—1444), eine entscheidende Stimme unter den Juden, in seinem Buche Ikarim (Grund- und Glaubenslehren) sagt: ‚Nach der Uebereinstimmung aller Gesetze ist sogar eines solchen (Götzendieners hebr. Nochri) Leben zu nehmen erlaubt. Selbst die (jüdischen) Philosophen erlauben dies und sagen: Bringt um den, der kein Gesetz hat. Ebenso ermahnt das mosaische Gesetz in Beziehung auf die Götzendiener: Du sollst keine Seele leben lassen (5. Mos. 20, 16). Ist nun eines solchen Leben proskribiert, um wie viel mehr sein Vermögen; denn ein Götzendiener verdient ohne Erbarmen den

* Vergl. „Der Thalmud in Vorträgen" von H. Daab, erster Prediger an der Judenmission in Berlin. Leipzig 1883, Georg Böhme.

Tod'. Wird ein Jude auf grund solcher maßgebenden Stimmen sich nicht für berechtigt halten, eine Schuldforderung dem Nichtjuden eidlich ableugnen dürfen, wenn er das ganze Vermögen des Gläubigers als sein von Gott ihm zugeteiltes Eigentum anzusehen berechtigt ist, und wird er meinen, sich mit dieser Ableugnung eines Meineides schuldig zu machen? Mag auch in dem Traktate Aboth R. Jose sagen: ‚Laß dir das Geld deines Genossen ebenso teuer sein, wie dein eigenes'. Der Nichtjude ist dem Juden kein Genosse oder Nächster. Mag auch im Traktate Baba kama R. Jochanan sagen: ‚Wer seinem Nebenmenschen auch nur eine Kleinigkeit raubt, ist anzusehen, als nähme er ihm das Leben', der Nichtjude ist dem Juden kein Nebenmensch. Mag auch im Traktate Chulin stehen: ‚Man soll Niemanden täuschen, auch nicht einen Heiden', wird der Jude solchen vereinzelten Stimmen, die auch dem Heiden gegenüber Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit widerfahren zu lassen ermahnen, wird er diesen freundlicheren Stimmen oder jenen gesetzlich fixierten und für ihn im Rechtsleben entscheidenden Grundsätzen folgen, zumal sein Geldinteresse mit im Spiele steht? Oder sollte die Gefahr nicht für Christen sein? Mögen immerhin alte und neue Rabbiner mit großem Pathos hervorheben, daß die Christen nicht zu den Heiden gerechnet werden, weil sie die noachidischen Gebote hielten und demnach den Proselyten gleich gerechnet würden, — so lange im Traktat Berachoth steht: ‚Nicht eher ist Jemand ein Proselyt, bis er beschnitten und untergetaucht ist, und so lange er nicht untergetaucht wurde, ist er ein Heide' — so lange werden uns die Wahrheitsfälscher nicht täuschen, und wir werden den Christen zuzurufen haben: Seht euch vor vor dem Eide der in thalmudischen Anschauungen erzogenen Juden!

[No. 22.] Daß die Kol-Nidre-Formel sich nur auf außergerichtliche Eide beziehe, wollen wir auch insofern [!] gern glauben, weil der gerichtliche Meineid in Deutschland und allen andern civilisierten Ländern, gleichviel ob er von Juden, Christen oder Heiden verbrochen wird, mit Zuchthaus bestraft wird. Auch werden wir gern zugeben können, daß das Entbinden von einem gerichtlichen Eide im Thalmud nirgends ausdrücklich gestattet ist, so — unvorsichtig ist der Thalmud doch nicht! Jedenfalls ist das aber eine unbestreitbare Thatsache, daß die Juden in bezug auf das Sichverheißen, Sichverschwören und Beteuern in Handel und Verkehr eine so himmelschreiende Leichtfertigkeit üben — und zwar gerade die orthodoxen Thalmudjuden, daß dieselbe völlig unerklärlich wäre, wenn sie nicht aus einer solchen Auffassung der ‚Eidesentbindungen' seitens der Juden — ob diese ihre Auffassung nach dem Thalmud berechtigt oder unberechtigt ist, lassen wir dahingestellt — erklärt werden könnte. Daß diese Auffassung thatsächlich möglich ist, gibt auch Herr Prof. Strack zu [?], erklärt die Kol-Nidre-Formel deshalb für ‚bedenklich' und plaidiert [?] selbst auch für die Abschaffung dieses Gebetes aus der jüdischen Gottesdienst-Ordnung. Etwas wesentlich anderes aber thun und verlangen wir auch nicht [!] und hat auch

Herr Hofprediger Stöcker nicht gethan und verlangt. Wozu also unnützer Lärm? Wie aufrichtige jüdische Gelehrte [S. Mah!!]über das Kol-Nidre denken, haben wir in der vorletzten christlich-socialen Parteiversammlung gehört.

Schließlich müssen wir doch auch noch darauf hinweisen, wie ein anderer christlicher Theologe und genauer Kenner* des Judentums, der Berliner Judenmissionar P. Daab über das Kol-Nidre urteilt; er erklärt die Formel rundweg als 'gefährlich, die ganze Glaubwürdigkeit eines von einem auf thalmudischem Standpunkte stehenden Juden geleisteten Eides geradezu vernichtend'.**

Nach dieser Darlegung überlassen wir es unseren Lesern, welche Meinung sie sich über Bedeutung und Wert des Judeneides bilden wollen, schließen aber mit dem nochmaligen Mahnrufe: Seht euch vor vor dem Eide eines in thalmudischen Anschauungen erzogenen Juden!"

7. Aus einem Artikel „Die Kreuz-Zeitung und die Judenfrage" in den Nrn. 36 u. 37 möge Folgendes hier Platz finden:

[No. 36.] „Manches, darauf darf man sich verlassen, wird noch geschehen. Die Judenfrage, die sich ganz unwillkürlich mehr und mehr zur Kardinalfrage unserer Bewegung gestaltet hat, wird und muß aus dem Gebiete der theoretischen Erörterungen heraustretend mehr nud mehr praktisch werden. Der Worte sind darüber genug gewechselt, es ist die höchste Zeit zu Thaten [!]. Und da ist es von der größten Bedeutung und erfüllt uns mit hoher Genugthuung, das leitende Organ der konservativen Partei, die »Kreuz-Ztg.«, den Reigen führen zu sehen."

„ . . . Es ist aber nicht ohne weiteres ein Armutszeugnis für ein Volk, wenn es der finanziellen Ausbeutung durch ein anderes anheimfällt."

[No. 37.] „Eines jedenfalls aber wird uns immer versagt bleiben: die schlaue Pfiffigkeit und die unruhige, beständig auf der Lauer liegende quecksilbrige Geschäftigkeit; sie sind unserem ganzen Wesen fremd, dem Deutschen in innerster Seele zuwider und von dem Tage ab, wo sie zu seinen Eigenschaften zählten, würde auch der frische, helle Quell versiegen, der den Boden tränkt und in immer junger Kraft erhält, aus dem seine besten Tugenden hervorsprießen. Es scheint uns unter diesen Umständen aber denn doch hart, unbillig und wenig weise, wenn der Staat in Mängeln — so weit sie solche sind — des deutschen Volkes, die das Gegenstück

---

* [Vergl. aber meine ausführliche Anzeige des Daab'schen Buches im „Theolog. Literaturblatt" 1883, No. 23. — Über die Ausspielung eines Missionars zu antisemitischen Zwecken vergl. unten (IV, 12) meinen Brief an Herrn Hofprediger Stöcker vom 1. Juni 1885.]

** Vergl. „Der Thalmud in Vorträgen" von H. Daab. Fünfter Vortrag: „Über den Eid nach dem Thalmud."

glänzender Vorzüge bilden, ein anderes, bei uns eingedrungenes Volk, welches an diesen Vorzügen nur wenig Anteil hat, die Handhabe finden und ruhig benutzen lassen will, um uns ‚auszupowern'.

Der Staat gebraucht kraftvolle, schlichte und in der Gottesfurcht und Königstreue festgegründete Männer, um seine Schlachten zu schlagen und seine Feinde bei Respekt zu erhalten, aber nicht pfiffige, kleine Comptoiristen mit Plattfüßen: er sorge also auch dafür, daß die Knochen seiner Bauern in Kraft bleiben, daß ihnen nicht das Mark ausgesogen wird, und daß der jüdische Hausierer oder Banquier, der ihm in der Stunde der Gefahr nichts zu bieten hat, als bestenfalls gegen Provision, Schuldschein und Zinsen so und so viel tausend Mark, sich nicht zu einem bevorzugten Stand unter uns ausbildet. Der Staat kann selbst bei einem leichtsinnigen preußischen Offizier, der spielt und über seine Kräfte Schulden macht oder sonstige Thorheiten treibt, fast ausnahmslos mit Sicherheit darauf rechnen, daß derselbe junge Mann auch jeden Augenblick bereit ist, sein Leben für sein Vaterland in die Schanze zu schlagen und den letzten Blutstropfen für den König und seine Soldatenpflicht zu opfern; er kann diese Eigenschaften, die im gegebenen Moment Gold wert sind, aber nicht von den Stellen ernten, wo das Quaere nummos als oberstes Lebensprincip gilt, und sorge zum mindesten dafür, daß sie nicht allzu leicht gemißbraucht und ausgebeutet werden können."

8. No. 40 (Polemik gegen die „Norddeutsche Allgem. Ztg."):

„... Mit vollem Recht führt der ‚Reichsbote' aus, daß, wenn und wo man auch die socialen Not- und Mißstände anrühre, man überall auf die Haupturheber und die größten Hindernisse ihrer Beseitigung auf den Einfluß der Juden stößt. Ueberall springt einem die Judenfrage entgegen; denn überall muß man sich sagen: wenn der jüdische Einfluß nicht wäre, so wäre es nirgends so schlimm, wie es ist, und wenn wir diesen Einfluß beseitigen oder mildern könnten, so wäre für die Besserung sehr viel gewonnen. Deshalb ist es thatsächlich unmöglich, die sociale Frage von der Judenfrage zu trennen; die letztere leugnen heißt die Augen vor den Thatsachen verschließen. Die Frage ist da, und wer in socialen Dingen mitreden will, muß das anerkennen. Wenn man z. B. unsere ländlichen Verhältnisse betrachtet und blickt auf die große Verschuldung der Bauern, auf die vielen Subhastationen und die daraus entstehende große Armut hin, wird man immer [!] zugleich auf die jüdischen Hausierer und Wucherer stoßen, und wenn man in den Städten die Verhältnisse der verarmten Handwerker, Kaufleute, die verschuldeten Beamten sieht, so wird man ebenfalls überall auf die unerträgliche kapitalistische und aus thalmudischer Moral entsprungene Geschäftspraxis der Juden stoßen.

.... Das Judentum nimmt, trotz der verhältnismäßig geringen Zahl seiner Angehörigen, eine so einflußreiche Stellung im öffentlichen

Leben ein, daß es die Einrichtung unseres christlichen Staates je nach Gefallen modelt. . . . . Der irreligiöse und unsittliche Geist der Judenpresse ist das Haupthindernis für die sittlich-religiöse Erneuerung unseres Volkes. Nicht aus Neid gegen den Reichtum einzelner Juden, nicht aus Haß gegen eine andere Religionsgesellschaft, sondern aus Besorgnis über den Gebrauch oder vielmehr Mißbrauch, welchen das Judentum als Gesamtmacht mit seinen Mitteln zur Zerstörung des Bestehenden, zum Verderben unseres Volkes treibt, bekämpfen wir dasselbe und werden es bekämpfen bis zum letzten Odemzuge unserer Partei. Zu diesem Kampfe zwingt uns mit Naturnotwendigkeit unser deutsches und christliches Gewissen."

9. No. 41 gibt die Schrift von Friedr. Bosse „Die Verbreitung der Juden im Deutschen Reiche auf Grundlage der Volkszählung vom 1. December 1880" u. a. zu folgenden Sätzen Veranlassung:

„Es ist ein erschreckendes Bild von der fortschreitenden Verjudung unseres Vaterlandes. Namentlich der Osten (Posen, Westpreußen, Schlesien) und der Westen (beide Rheinufer und Hessen-Nassau) Deutschlands weisen einen hohen Procentsatz der jüdischen Bevölkerung auf, während die dazwischen liegenden Gebiete verhältnismäßig noch frei sind. Beim Anblick der erwähnten Karte hat man aber unwillkürlich den Eindruck, daß von beiden Seiten her bald auch noch diese Gebiete überflutet und der jüdischen ‚Aristokratie' tributpflichtig gemacht werden möchten. . . . . Interessant wäre es, wenn dieser statistische Nachweis einst noch dahin erweitert werden könnte, daß er Angaben über den Procentsatz enthielte, welchen die Juden in den Städten zu den wirklich arbeitenden Klassen, den Handwerkern 2c. und andererseits zum sogenannten Kaufmannsstande stellen. Dadurch würde klar gestellt, wie weit die jüdische Bevölkerung an einer faktischen Kulturarbeit teilnehme und wieweit sie nur [!] ein schädlicher Parasit auf dem Felde der deutschen Arbeit sei."

10. No. 41, Beiblatt. In dem Artikel „Die Juden in der Socialdemokratie" folgt unmittelbar auf den Tadel des Eigenlobes des Herrn Singer (s. das Motto vor Abschnitt E, S. 32):

„Welcher Art der üble Geruch war, den das Eigenlob des Herrn Singer verbreitet, darüber wurde man vollständig klar, als nach ihm noch eine ganze Reihe semitischer Gestalten als Redner auftauchten, die mit rührender Übereinstimmung wenn auch nicht vom Socialismus, so doch von der »weltberühmten Firma: Gebrüder Singer« sprachen, mit der arbeiten zu können sich jeder Mensch glücklich preisen muß! Das roch doch ganz unverkennbar nach — Knoblauch! Bedauernswerter Singer! Je mehr sich seine spekulaten* Stammesgenossen zu seiner Verherrlichung in die Hitze redeten, um so kühler wurde die Stimmung im Saale.

* [Lies: spekulativen.]

Schließlich, nach der Rede eines Herrn, der sich Deutschland nannte, der aber mehr wie »Palästina« aussah, saßen die Arbeiter da: »kühl bis ans Herz hinan«! Doch für Ersatz war gesorgt. Wurden die Arbeiter verstimmt, so schonten die zahlreich anwesenden Juden um so weniger das natürliche Handschuhleder. . . . . Angenommen, es gäbe in Deutschland semitische Handarbeiter (ohne lange Finger), die sich mit ihren germanischen Genossen vereinigten, um eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen, so wäre dies eine Verbindung, die man kaum unnatürlich nennen könnte. Aber geckenhaft gekleidete, semitische Handlanger des ausbeutenden jüdischen Kapitals, die vorgeben Schulter an Schulter mit den noch vom Staube ihrer schweren Arbeit bedeckten germanischen Gestalten des werkthätigen Volkes für den Socialismus in die Schranken zu treten, — das ist ein Kontrast, wie er schärfer eine Verbindung, wie sie unnatürlicher nicht gedacht werden kann! Möchten sich doch die Arbeiter darüber keinen Illusionen hingeben! Der Jude pfeift auf den Socialismus! Mag er ihn auch aus spekulativen Gründen auf den Lippen führen, im Herzen wird der Jude nie ein Socialist in des Wortes edler Bedeutung sein, denn das gestattet ihm weder die geschichtliche Entwicklung und Bestimmung seines Stammes, noch seine thalmudische Erziehung."

. No. 42, 3c (in einem Artikel mit derselben Überschrift):

„Sodann kommt in betracht das socialdemokratische Princip von der allgemeinen »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, von dem man doch den Juden nicht ausschließen kann, auch wenn er den Arbeitern die Haut vom Rücken zieht und damit wie mit Hasenfellen handelt."

B. Das Verhältnis zu dem Deutschen Antisemiten-Bunde.

1. No. 26, Beilage.

„Der deutsche Antisemiten-Bund hat am letzten Freitag [19. Juni in den vereinigten Sälen der Berliner Bockbrauerei eine imposante, von ca. 5000 Personen besuchte Volksversammlung aus Anlaß des Processes Stöcker abgehalten, in welcher die Herren Stadtv. Pickenbach, Kretzer, Teubner, Schmidt, Langeheinecke, Burgmeyer, Perleberg und Rechtsanwalt Dr. Stein Vorträge hielten, resp. sich an der Diskussion beteiligten und sich sämtlich unter scharfer Kritik des wütenden Gebahrens der Gegner für Hofprediger Stöcker erklärten. Der Raum unseres Blattes gestattet uns leider nicht die volle Wiedergabe des Berichts. Herr Kaufmann Kretzer eröffnet die Versammlung mit den Worten: ‚Es ist diese Versammlung ein gutes Zeichen, daß der Mann, der so hart angegriffen und mit Schmutz beworfen wird von der Judenpresse, in allen Schichten der Bevölkerung noch so viele Anhänger hat (dröhnender Beifall und allgemeines dreifaches Hoch auf Stöcker): denn daß der D. A. B. bei einer

solchen Gelegenheit voll und ganz für Stöcker eintreten wird, bedarf keiner Erwähnung (Stürmischer Beifall). Unserem alten guten Brauche gemäß beginnen wir mit einem Hoch auf unsern lieben greisen Kaiser!' Begeistert stimmen die Massen ein. Stadtverordneter Pickenbach hielt dann den eigentlichen Vortrag. Einleitend sagte Herr Pickenbach: ‚Meine Herren! Ganz Israel jubelt. Wo Juden wohnen — und wo wohnten sie nicht? — ertönt ein Freudengebrüll: „„Stöcker ist tot! Stöcker ist vernichtet! Und ist Stöcker tot, dann gibt es keine Antisemiten mehr!““ M. H.! Damit glauben sie uns tot zu machen: aber wenn auch der bedeutendste Mensch unter uns sterben sollte, würden wir ihm erst recht folgen, auch wenn er nicht mehr unter uns ist. Es wäre ein Unglück für das Judentum, wenn „„wir gemäßigten Elemente““ der antisemitischen Bewegung zurückgedrängt würden; es würden dann schärfere Elemente in den Vordergrund treten und das Wort Rehabeams würde sich erfüllen (von den Peitschen und Skorpionen). Ich habe nicht nötig, den Hofprediger Stöcker zu verteidigen; wäre das nötig, würde ich dafür danken, in der Bewegung zu stehen. Wir wissen, was dieser Mann uns ist. Ich weiß auch, daß mir das heutige Eintreten Angriffe einbringen wird. Ich weiß, daß ein Rechtsanwalt im Korridor des Gerichtsgebäudes gesag that: „„Der zweiten Hydra““, nämlich uns, „„müsse auch der Kopf zertreten werden.““ — Wir sind hier keine Christlich-Socialen, keine intimeren Anhänger Stöckers. Wir haben in Ziel und Auffassung manche Differenzen mit ihm, gehen aber bei den Wahlen immer zusammen. Es ist gut, daß wir Herrn Stöcker nicht unbedingt Heeresfolge leisteten; ich habe den Herrn Hofprediger seit den Wahlen erst jetzt einmal auf einige Minuten gesehen; aber ich verehre den Mann, der alles, was er besitzt, hingibt für seine Überzeugung!' (Großer Beifall.) Zum Schluß der Versammlung wurde die Absendung folgenden Telegramms an Hofprediger Stöcker einstimmig beschlossen: ‚Viele Tausende heut in der Bockbrauerei versammelte Bürger senden Ihnen, hochgeehrter Herr Hofprediger, ihren aufrichtigen Dank für Ihr mannhaftes Auftreten gegen die Anmaßungen des Judentums und geloben mit Herz und Hand, Ihnen auch ferner in dem gewaltigen Kampfe zur Seite zu stehen.' — Sodann wurde noch folgende Resolution angenommen: ‚Die heute am 19. Juni in der Bockbrauerei tagende große, von vielen Tausenden besuchte Volksversammlung des Deutschen Antisemitenbundes spricht Herrn Hofprediger Stöcker ihr vollstes Vertrauen aus und bittet ihn, mutig in dem Kampf gegen ein übermütiges Judentum wie bisher zu beharren. Sie sieht in dem jetzt beendeten Proceß wieder, wie weit sich jüdische Intoleranz, Frechheit, Bosheit, Schmähung und Verleumdung breit machen dürfen, und erklärt ihre Indignation über das Verhalten der beiden Rechtsanwälte.'

Mit einem begeisterten dreimaligen Hoch auf den Hofprediger Stöcker, den Vorkämpfer der Berliner Bewegung, schloß die Versammlung."

[Daß auch Simon May an dieser „imposanten" Volksversammlung teilgenommen und eine Hetzrede gehalten hat, wird hier weislich verschwiegen, ergibt sich aber u. a. aus dem ausführlicheren Bericht in der „Staatsbürger-Ztg." No. 142 C v. 21. Juni].

2. No. 27, 3:

„Der Deutsche Antisemiten-Bund erhielt zu Händen seines ersten Vorsitzenden, des Stadtverordneten Pickenbach, vom Hofprediger Stöcker als Antwort auf das Zustimmungs-Telegramm der Bock-Versammlung folgendes Schreiben: ‚Rheinthaler Hof bei Partenkirchen, den 23. Juni 1885. Geehrter Herr Stadtverordneter! Nehmen Sie aus weiter Ferne den herzlichsten Dank für das Telegramm, das mich als erster Gruß aus der Reichshauptstadt bei meiner Ankunft in Partenkirchen empfing. Als Ausdruck der Teilnahme und des Vertrauens von Tausenden meiner Mitbürger ist es mir eine hohe Freude. Schon jetzt habe ich die Hoffnung, daß der widerwärtige Proceß der guten und großen Sache, welcher wir dienen, nicht schaden, sondern nützen wird. Mit der Bitte, daß Sie den deutschen Patrioten, welche bei der imposanten Versammlung vom letzten Freitag mitgewirkt haben, meinen Gegengruß sagen, bin ich unter der alten Losung der Freiheitskriege: „„Mit Gott für König und Vaterland!"" zu weiterem Geisteskampf entschlossen und gerüstet. Ergebenst Hofprediger Stöcker.'"

3. Bei dem Sommerfeste der Christlich-Socialen (3. August) hielt „Herr Stadtverordneter W. Pickenbach eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache" (No. 33, 3b).

4. No. 37, Beilage S. 2c.:

„Die ‚Conservative Correspondenz' schreibt: ‚Gewisse Vorgänge im Deutschen Antisemiten-Bund ‚D. A. B.' zu Berlin beschäftigen die liberale Presse außerordentlich, weil sie daraus schließen zu dürfen glaubt, daß sich zwischen Konservativen und Antisemiten ein Bruch vollziehen werde, unter dem der „„Fortschritt"" bei den Wahlen Nutzen ziehen könnte. Wer den Dingen näher steht, kann diese Auslegungen nur belächeln. Auf den wahren Zusammenhang einzugehen, haben wir aber natürlich keine Veranlassung. Seinerzeit wird schon alles klar werden, nicht zu unserem Schaden, davon dürfen wir schon jetzt überzeugt sein.' — Das denken wir auch!"

5. No. 39, 1c lesen wir zwar in einem den Juden feindlichen Artikel des ‚Reichsboten': „Was nun den Antisemitismus betrifft, so könnte die ‚Nordd. Allg. Ztg.' wissen, daß die christlich-sociale Partei mit dem specifischen [!] Antisemitismus sich nie identi-

ficiert [!] hat; S. 2b aber agt Hr. Hofpr. Stöcker in einer am 18. Sept. gehaltenen Rede: „Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, daß, abgesehen von unwesentlichen Dingen, in der Berliner Bewegung Einigkeit herrscht, die Christlich-Socialen und die anderen Elemente der Bewegung haben sich herzlich lieb, und den wollen wir sehen, der uns auseinanderbringt.“ [„(Lebhafter Beifall)“ folgt im Ch.-S. C.-Bl.].

6. No. 42, 3c:

„Hieraus erhellt doch wohl zur Genüge die einst ‚gut‘ antijüdische Gesinnung der socialdemokratischen Führer, wie es sich denn von selbst versteht, daß Jeder, dem es sich mit dem Bestreben, das Los der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, Ernst ist, ganz notwendig Antisemit sein muß. Jeder Socialist, gleichviel wie er sich die Veränderung der bestehenden unhaltbaren Verhältnisse auch denkt und welcher ‚Couleur‘ er auch angehöre, muß als Socialist auch ein Gegner des nicht arbeitenden, die Arbeitskraft Anderer nur ausbeutenden Judentums sein.“

C. Erweckung von Mißtrauen gegen die Gerechtigkeitspflege.

1. No. 19, Beilage:

„Wer ist der Mörder?

In den Tagen vom 23. bis 27. April cr. ist vor dem Geschworenengericht in Danzig ein sensationeller Mordproceß verhandelt worden, worüber die Tagesblätter seitenlange Berichte brachten, von dem man aber, nachdem das Urteil ergangen, nicht gern spricht. Wir haben vorher nicht von der dunklen Affaire gesprochen, weil wir die Ergebnisse — der gerichtlichen Verhandlung abwarten wollten, und werden uns auch jetzt kurz fassen, weil das Ergebnis unfaßbar ist. In dem westpreußischen Dorfe Skurz wird vor etwas über Jahresfrist ein 15jähriger Knabe ermordet. Der Mörder ist unbekannt. Einige jüdische Einwohner von Skurz werden verhaftet, weil das Gerede der Leute sie als die Mörder des Knaben Cybulla bezeichnet und gewisse thatsächliche Vorkommnisse für das Begründetsein des Gerüchtes zu sprechen scheinen. Da kommt der Berliner Polizei-Kommissarius Höft als ‚Pfadfinder‘ nach Skurz. Auf seine Anordnung werden die in Untersuchungshaft befindlichen Juden in Freiheit gesetzt und an ihrer Stelle der Fleischermeister Behrendt eingekerkert, warum? — weil das Gerücht auch ihn als den Mörder bezeichnet und gewisse Vorkommnisse für das Begründetsein des Verdachtes sprechen. Mithin alles so wie bei den Joseph-

sohns. Doch nein! Die thatsächlichen Verdachtsmomente sprechen gegen die zuerst in Haft genommenen Juden ungleich stärker als gegen Behrendt; gegen Letzteren konnte Höft nur geltend machen, daß Behrendt bleich geworden, wenn man in seiner Gegenwart von dem Mörder gesprochen. Mußte der Mann aber nicht erschrecken, wenn die betreffenden Reden immer so geführt wurden, daß er daraus entnehmen konnte, man betrachte ihn als den Mörder? Behrendt soll auf die Cybullas nicht gerade gut zu sprechen gewesen sein, ganz dasselbe wurde aber auch betreffs der Josephsohns ermittelt. Weshalb also die ungleiche Behandlung, weshalb setzte man die Juden, gegen die mindestens ebenso starke Verdachtsmomente vorlagen, in Freiheit, weshalb brachte man gerade Behrendt auf die Anklagebank? Ja warum? Das muß am besten der Herr Staatsanwalt wissen, wir wissen es nicht. Die Geschworenen haben ein freisprechendes Urteil gefällt, der Fleischermeister Behrendt ist in Freiheit gesetzt, die Juden in Freiheit gelassen worden, denn sie konnten nach Meinung des Hrn. Staatsanwalts nicht die Mörder sein. Wo kein Ankläger und kein Angeklagter, da ist auch kein Richter — tiefes Dunkel schwebt über der doch zweifellos verübten grausigen That. Wer ist der Mörder? so fragt das verletzte und durch das Resultat des Processes nicht beruhigte öffentliche Gewissen. Niemand weiß es. Vermutungen sind zollfrei, begründen aber keine Anklage, noch weniger ein Urteil. Ähnlich wie mit dem Verbrechen in Skurz war's mit jenem von Tisza-Eßlar und mit jenem von Neustettin, die Verbrecher sind nicht zu ermitteln und — der Rest ist Schweigen. Außer der fehlbaren irdischen aber gibt es noch eine unfehlbare ewige Gerechtigkeit, das ist unser Trost."

2. No. 23, Bleibl. 2 c:

„Bibelworte als Geschäftsreklame zu benutzen, schreibt man dem ‚Reichsb.', ist eine Frechheit, und zwar ein besonderes Maß von Frechheit, wenn es Worte des Welterlösers, unseres Herrn und Heilandes selbst sind. So nachfolgende Annonce, welche im hiesigen ‚Generalanzeiger', leider auch im ‚Intelligenzblatt', das als amtliches Organ dient, erschienen ist: ‚Lasset die Kindlein zu mir kommen. Stroh-Hüte für Knaben und Mädchen mit Bändern, farbig, für 25 Pf., 40 Pf., 60 Pf. und höher im Partiegeschäft von E. Aronstein, Bleidenstraße 9.' Sollte* da nicht der Staatsanwalt einschreiten? — Der Inserent hat den Vorteil Jude zu sein. Ein gerichtliches Einschreiten wider seine Frevelthat würde ohne Zweifel als Antisemitismus ausgeschrieen werden. So wird's wohl im Interesse des Friedens und der Toleranz unterbleiben."

* [Die Sperrung der folgenden Zeilen rührt von mir her. Selbstverständlich halte auch ich das Inserat für frivol.]

3. Unter der Überschrift „Weitere Preßstimmen zum Proceß Stöcker“ bringt No. 26 u. a. einen Auszug aus „Die deutsche Volks-Zeitung“ No. 138 A, aus welchem wenigstens folgende Sätze hier mitgeteilt seien:

„Wahrhaftig, wenn so ein gehetztes Opfer jüdisch-freisinniger Advokatenkniffe einmal im Gerichtssaale zur Selbsthilfe schritte und seine Peiniger niederschösse, wir würden uns durch unser Gewissen gezwungen sehen, als Geschworene diesem Manne Notwehr zuzubilligen.

. . . . Wir haben die obigen Darlegungen absichtlich ganz allgemein und nicht auf den speciellen Fall eingehend gehalten, weil es uns zunächst darauf ankommt, wieder einmal darauf hinzuweisen, daß die ‚freiheitliche Errungenschaft‘ der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens in der bestehenden Form von Israel zur Unterdrückung unseres Volkes mißbraucht wird. Welcher im Kampfe gegen das Judentum stehende Mann kann es noch wagen, gegen die frechste Preßbeleidigung den Schutz der Gerichte anzurufen? Irgend welche menschliche Schwäche, irgend welche Fehler und Irrtümer aus vergangener Zeit werden immer herauszufinden sein, durch deren Hervorzerrung man ihn tief verletzen und schädigen kann. — Die jüdische Preßfrechheit aber, welcher auf diese Weise Straflosigkeit gesichert ist, wächst ins Unendliche. . . . Möge daher die Staatsregierung aus dem Stöckerproceß die Veranlassung entnehmen, möglichst bald einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die in die Augen springenden Mängel des bisherigen Gerichtsverfahrens beseitigt. Vollzieht sich eine solche Reform nicht bald, so fürchten wir, daß der Richter Lynch [!] beginnen wird, seines Amtes zu walten und daß Scenen sich häufiger verwirklichen dürften, wie wir sie, aufgeregt durch die letzten Proceßverhandlungen, neulich im Traume sahen. . . .“*

4. No. 31 (29. Juli) brachte eine längere Kritik der in den Processen Stöcker-Bäcker und Schmidt-Stöcker ergangenen richter-

* [Die Punkte stehen im „Chr.-S. T.-Bl.“. Im Original folgt unmittelbar auf „im Traume sahen“ nachstehender Passus: „Wir glaubten uns auf einem freien Felde, anscheinend zwischen Westend und dem Grunewald, zu befinden, hörten Hilferufe und sahen einen am Boden liegenden Mann von zwei anderen mit Knütteln oder Reitpeitschen bearbeitet werden. Wir eilten zur Befreiung herbei. — — Aber Herr! es ist ja ein Advokat! rief uns einer der Exekutoren, seine Thätigkeit unterbrechend, zu. — Ah! so! Entschuldigen Sie die Störung.“ An der Entfesselung des Geistes, der sich in diesem Artikel kund gibt, sind Hr. Hofprediger Stöcker und sein Blatt nicht unschuldig. Die Zeit wird kommen, in der sie mit dem Zauberlehrling reuig rufen oder denken werden: „Die ich rief, die Geister, Werd' ich nun nicht los.“]

lichen Erkenntnisse, aus welcher hier wenigstens ein kurzer Passus Platz finden soll:

„Herr Dr. Kronecker schien uns persönlich mehr und weitergehend an dem Processe interessiert, als der Stellung und Würde des Richters angemessen erscheint. In solchem Falle aber schwindet die Ehrfurcht und an ihre Stelle tritt ein ganz anderes, minder schönes und feierliches Gefühl, das wir nicht nennen wollen, aus Respekt vor dem Amt, das des Königs ist und das außer Hrn. Dr. Kronecker noch andere verehrte Männer bekleiden."

Wegen dieses Artikels wurde der nominelle Redakteur F. Aschenbrenner, da der Verfasser ungenannt blieb, am 5. Nov. zu 200 Mk. Geldbuße, ev. 20 Tagen Gefängnis, verurteilt. — Eine Anmerkung zu dem Berichte über den Proceß lautet (No. 46, 3 c): „Wir halten es nicht für überflüssig hier zu erklären, daß Hr. Hofprediger Stöcker den inkriminierten Artikel in keiner Weise veranlaßt (NB.) hat. D. Red."

D. Roher Ton in der Polemik.

Gar manches in diese Rubrik Gehörige ist unter den vorhergehenden Excerpten zu finden. Die hier folgenden Äußerungen liefern weiteres Material zur Beantwortung der Frage, ob das sich als „christlich-social" bezeichnende Blatt des Hrn. Hofpredigers Stöcker die Bezeichnung „christlich" oder auch nur „anständig" verdient, ob es zur Veredelung der Sitten beizutragen geeignet ist und Arbeitern empfohlen werden darf.

No. 23:

„Das Rheinische Weltlügenblatt (Kölnische Ztg.) ist höchlich erbost über das Erscheinen und den Erfolg des Herrn Hofprediger Stöcker in Köln [26. Mai]. Es (das Weltlügenblatt) nennt den Herrn Hofprediger in blödem und deshalb ganz ungefährlichem Zorn einen ‚volksvergiftenden Rassenhetzer', muß aber zu seinem Schmerze selbst konstatieren, daß der ‚Rassenhetzer' bei seinem zweimaligen Auftreten in Köln ‚großen Beifall' gefunden hat. Die Kölner Bürger müssen über den Herrn Hofprediger demnach doch etwas anderer Meinung gewesen sein wie der Referent des Weltlügenblattes, der übrigens in überaus großer Liebenswürdigkeit noch zugibt, daß ‚Herr Stöcker ein sehr gewandter Volksredner' sei. Aber das ‚rhetorische Pathos, das Herr Stöcker sehr geschickt anzuwenden weiß', ärgert den Mann, der vielleicht selbst eine Blechstimme hat, jedenfalls aber eine in einem Kölner Rinnstein aufgelesene Krähenfeder führt. ‚Inhaltlichen Wert haben diese (die Stöcker'schen) Reden nach dem hier Gehörten zu

urteilen, ebensowenig wie seine gebrandmarkten Parlamentsreden, denen wegen des kurzen Gedächtnisses des Herrn Hofpredigers bedenklich oft die objektive Wahrheit fehlte' — so schreibt der Kölnische Federfuchser, der bei Moses Cohn in Berlin in die Schule gegangen zu sein scheint. Wir würden fürchten, den Herrn Hofprediger Stöcker zu beleidigen, wenn wir ihn gegen solchen Angriff verteidigen wollten. Wir polemisieren sonst gern ein wenig, der Gegner muß aber nicht gar zu dumm und ordinär sein. Wie viel oder wenig sachlichen Wert die von Herrn Hofprediger Stöcker in Köln gehaltenen Reden gehabt, mögen die Leser aus vorstehendem Bericht selbst beurteilen."

2. In dem ersten Leitartikel über den Proceß gegen die „Freie Zeitung" steht u. a. (No. 25, 2b):

„So wenig skrupulös nun auch die Herren Verteidiger in der Wahl ihrer Mittel waren, den ihnen persönlich verhaßten Hofprediger Stöcker zu ‚vernichten' — Herr Munckel sprach ja als echter Herkules (nicht etwa Harlekin) von einem ‚Keulenschlage', der endlich gegen den Hofprediger Stöcker hätte geführt werden müssen — eines wagten sie doch nicht selbst, weil es eben für Männer, für die sich die Herren Sachs und Munckel immerhin halten mögen — doch gar zu entwürdigend wäre und das man deshalb von einem ‚ruppigen Jungen', dessen rückseitiger Hosenteil und das, was darunter liegt, allenfalls noch als Tanzboden für Onkel Haselstock und Tante Birkenrute dienen kann und für den man dann ja wohl eine gewisse Salbe in petto hat — ausführen läßt. Und zur Ausführung eines solchen Dummenjungenstreichs hielten die Herren Verteidiger ihren geschätzten Klienten, den Angeklagten für gerade qualificiert genug.

3. Weitere Preßstimmen zum Proceß Stöcker. Unter dieser Ueberschrift bringt No. 26 u. a. einen Artikel des „Kasseler Journal", in dem es heißt:

„Wenn sich Tausende wütender Bluthunde an die Fersen eines gewappneten Ritters hängen, so ist es gar kein Wunder, wenn einer oder der andere von ihnen eine Stelle auffindet, wo die stahlblanke Rüstung nicht ganz festgeschnürt ist und eine leichte Fleischwunde gerissen wird. Diesen Mann nun den Bluthunden zu überlassen, weil man fürchten muß, andernfalls diese Bluthunde auf die eigene Spur zu locken, wäre eine jämmerliche, ganz erbärmliche Feigheit, deren wahrhaft Konservative nicht fähig sind! Demgemäß hat denn auch bereits die christlich-sociale Partei Berlins in ihrer letzten Versammlung dem Hofprediger Stöcker glänzende Ovationen dargebracht, und wir glauben zuversichtlich, daß der exponierteste, angefeindetste und verleumdetste Mann der Gegenwart aus dem feurigen Ofen dieses Processes völlig intakt hervorgehen und in dem Ofen nur zurücklassen wird, was vielleicht die durchschlagenden Erfolge seiner politischen, echt christlich-konservativen Arbeit hier und da noch beeinträchtigt haben

mag, — daß die Gegner den Stöcker der Zukunft noch weit mehr zu fürchten haben werden als den Stöcker der Vergangenheit, denn seine Fahne und sein haarscharfes Schwert wird Herr Stöcker im Gerichtssaale ganz gewiß nicht zerbrechen. Wir hoffen, daß letzteres den Juden und Judengenossen vielmehr nach Ablauf der Sommerferien, in welche die christlich-sociale Partei am letzten Freitag getreten ist, um den Kopf sausen wird, daß ihnen die Ohren darnach gellen!"

4. No. 34, 2c:

Die gegnerische Presse ist thatsächlich bereits vollständig verstummt und es ist bei ihr offenbar jener verzweifelte Zustand eingetreten, der naturgemäß jeder wüsten Orgie folgt und den die deutsche Sprache mit dem Worte »Katzenjammer« bezeichnet. Ob jene Presse noch einmal aus diesem Zustande herauskommt? Wir bezweifeln es. Die Wirtschaft war zu toll."

5. No. 35, 3c lesen wir in einem Originalartikel wider den „Fuhrhalter", das Organ der deutschen Fuhrvereine:

„Unheilbar ‚freisinnig', d. h. im Judenknechtssinn total versunken . . . . Die Berliner Fuhrunternehmer sind freie, thatkräftige deutsche Männer und keine Knechte! Ihren seitherigen ‚officiellen Fuhrhalter' aber sollen sie als richtigen Judenknecht ‚fahren' lassen, bis er in seiner eigenen Schande stecken bleibt!"

E. Lob Stöckers.

„Es hört sich immer peinlich mit an, wenn Jemand einen Panegyrikus auf sich selbst vom Stapel läßt! Doppelt wenn man dabei wie Herr S . . . . r* über alles Maß und Ziel hinausschießt. Man wird dann unwillkürlich daran erinnert, daß es ein altes Sprichwort gibt: Eigenlob . . .** riecht nicht gut!" (Chr.-S. C.-B. 41, Beil. S. 1c.)

Daß ein politischer Agitator, zumal ein viel angegriffener, in seinem speciellen Blatte und auch in den Blättern seiner Partei, sich, abgesehen von der natürlichen und notwendigen Verteidigung, nicht darauf beschränkt, die unrichtigen oder sonst tadelnswerten Sätze und Thaten der Gegner als solche zu erweisen, sondern auch als Gegengift, damit seine Anhänger gutes Muts bleiben, das Verkündigen seines eigenen Lobes veranlaßt — das scheint bei der

* [Im Original steht „Singer"].
** [Die drei Punkte im Original].

gegenwärtigen Gestaltung unseres öffentlichen Lebens unvermeidlich zu sein und soll hier auf seine Berechtigung nicht untersucht werden. Entschiedene Rüge aber gebührt der Art, wie Herr Hofprediger Stöcker sich in „seinem Blatte“ (und auch im „Reichsboten“) verherrlichen läßt*. Wer dieses Urteil für übertrieben hält, der lese, wie ich es gethan habe, das Chr.-S. C.-Bl., aber gleichfalls genau. Denjenigen, welche dazu keine Möglichkeit oder keine Lust haben, möge das Gesagte wenigstens durch einige Beispiele illustriert werden.

• No. 29, 3b heißt es in dem Berichte über eine Versammlung des christlich-socialen Vereins in Dresden (1. Juli):

„Redner [Pastor Seidel] führte zunächst der Versammlung in kurzen, aber trefflichen Zügen die Person und die großartige Wirksamkeit des unverdienter Weise so viel angefeindeten großen [!] Mannes vor Augen. Er erinnerte an sein hochverantwortungsvolles Amt als Hofprediger [!], sowie als Leiter der Berliner Stadtmission, die in ihrer großartigen Ausdehnung allein schon die ganze Lebenskraft und Lebensthätigkeit eines Mannes absorbiere.“

2. No. 31, Beil. S. 3 (29. Juli):

„Unter außerordentlicher Teilnahme nicht nur der Domgemeinde, sondern auch weiterer kirchlich gesinnter Kreise Berlins** hat Herr Hofprediger Stöcker am vorigen Sonntag, nach Ablauf seines Sommerurlaubs, wieder im Dom gepredigt. Die weiten Räume des Gotteshauses waren in allen ihren Teilen überfüllt, nur die Hofloge blieb leer, weil augenblicklich kein Mitglied des hohen Herrscherhauses in Berlin weilt, dagegen zeigten sich die Logen der kirchlichen und Staatsbehörden wie der Generalität besetzt.“ •

3. No. 32, 1 (aus der „N. Pr. Ztg.“):

„Er ist der Winkelried, der die Spieße für seine Brüder auffängt.“

4. No. 33, 3, das dreizehn Strophen lange Gedicht „Durch“ (An Adolf Stöcker) von P. B., aus dem „Jünglings-Boten“ abgedruckt.

5. No. 41, Beil. S. 2:

„Im Dom wurde am letzten Sonnabend [3. Oktober] u. a. auch eine Tochter des . (Ministers) . durch Herrn Hofprediger Stöcker eingesegnet.“

* Dies Wort ist zwiefacher Deutung.

** [Leider kamen viele Neugierige, um zu erfahren, ob Herr Hofprediger Stöcker wirklich wieder predigen werde].

6. No. 46, Beilage S. 2:

„Ein Gruß von Paris nach Bielefeld!

Der Pariser Korrespondent des ‚Reichsboten' hat an die Wahlmänner von Bielefeld-Herford-Halle, die Herrn Hofprediger Stöcker am 5. November gewählt haben, folgenden poetischen Gruß gerichtet:

Dreimal geläutert in des Wahlgangs Feuer,
Der Treue und des Glaubens echtes Gold,
Der Lüge Feind, der Wahrheit eine Steuer —
Standet ihr fest: — drum war das Schicksal hold.
Wer also kämpft, steht in des Geistes Sold,
Der uns der Menschheit Ziel treibt zu erreichen
Und lehrt zu siegen in des Kreuzes Zeichen.

Nun laßt den Mann uns auf den Schild erheben,
Der glaubensstark bleib' unsrer Reihen Hort!
Der Sieg der Wahrheit wird sein Schwert umschweben,
Das Schwert des Geistes — das ist Gottes Wort; —
Weltbildend wirkt's in deutschen Herzen fort,
Die neue Erde, die verheiß'ne bringend
Und um sein würd'ges Haupt die Krone schlingend.

v. W."

Ausdrücklich sei noch darauf hingewiesen, daß die vorstehenden Äußerungen nur aus den Nummern 18—46 des „Ch.-S. C.-Bl." entnommen sind und nur einen Teil dessen enthalten, was unter den hier gemachten fünf Rubriken hätte angeführt werden können.

Wegen der Verantwortlichkeit des Herrn Hofpredigers Stöcker für das Ch.-S. C.-Bl. vgl. auch hernach Kap. IV 9. 10.

III.

Stöckers Rede am 24. April und sein Bundesgenosse Simon May.

m 24. April hielt Herr Hofprediger Stöcker in der Freitagsversammlung der christlich-socialen Partei („in der vorzugsweise von Arbeitern bewohnten Ostvorstadt, in Kellers Saal, Andreasstraße", „N. Pr. Ztg." No. 97) über das Thema „Semit, Atheist und Socialdemokrat" einen Vortrag, aus dem schon oben (II A 1) ein Absatz angeführt worden ist. Der in der Sonntagsnummer (26. April) der „N. Pr. Ztg." erschienene Bericht erforderte hinsichtlich einer anderen Stelle nach meiner später in No. 112 (s. S. 43) begründeten Überzeugung eine Klarlegung des Thatbestandes. Ich schrieb daher sofort die gleich folgende Notiz, übergab sie aber der Redaktion erst am Dienstag (28. April), nachdem ich sowohl in der Sonntags- wie in der Dienstags-Nummer des Reichsboten vergeblich nach einem Referate über den Vortrag gesucht hatte (vgl. unten IV, 4). Länger zu warten war unthunlich, da ich möglichst verhindern wollte, daß jener Bericht unangefochten in andere Blätter übergehe und der Glaube an das in ihm Behauptete sich festsetze.

2. Die erwähnte Notiz erschien in der am Dienstag Abend ausgegebenen, das Datum Mittwoch, 29. April, tragenden Nummer 99 der „N. Pr. Ztg.", Beilage 1, S. 1, und lautet:

„Über den Eid der Juden.

Nach dem Berichte* der ‚Neuen Preuß. Ztg.' No. 97, Hauptblatt S. 3 (26. April 1885) soll* Herr Hofprediger Stöcker in der Freitags-

* [Über den Grund, der mich veranlaßte, die von Herrn Stöcker am 8. Mai hart angegriffenen Worte „nach dem Berichte" und „soll" zu gebrauchen, vgl. hernach (S. 43) ‚N. Pr. Ztg.' No. 112, Absatz 3, Ziffer 2].

Versammlung der christlich-socialen Partei in einem ‚Semit, Atheist und Socialdemokrat' betitelten Vortrage folgendes gesagt haben:

‚Wie groß die Gefahr ist, wie verschieden die sittlichen Anschauungen der Juden von uns sind, erhellt auch aus den Veröffentlichungen eines der gelehrtesten Berliner jüdischen Thalmudisten, eines ehrlichen wahrhaftigen Mannes. Derselbe hat die leichtfertigen Begriffe des Thalmuds über den Eid ans Licht gestellt. Danach wird noch heute in den Synagogen an einem bestimmten jüdischen Festtage ein Gebet vom Vorbeter vorgesprochen und von der Gemeinde nachgebetet, des Inhalts, daß alle Eide, Schwüre, Gelübde u. s. w. von diesem bis zum nächsten Versöhnungstage nicht bindend, nicht giltig, daß sie keine Eide, keine Schwüre, keine Gelübde u. s. w. sein sollen. In dieser, auch den leisesten Ansprüchen der Redlichkeit nicht genügenden Leichtfertigkeit liegt doch eine große Gefahr. Man sieht daran, wohin die Entartung des Judentums führt.'

Da die hier erwähnte gottesdienstliche Formel schon zu manchen Anklagen gegen die Juden Anlaß gegeben hat und die stets weithin beachteten Worte des Herrn Redners leicht zur Erneuerung dieser Beschuldigungen führen können, halte ich es für meine Pflicht, Einiges zur Aufklärung zu bemerken.

Es ist unmöglich*, daß ein Berliner jüdischer Thalmudist (oder überhaupt ein jüdischer Thalmudist) in der angegebenen Weise sich geäußert hat, — weil die Formel durchaus nicht die Bedeutung hat, welche ihr in dem Berichte gegeben wird. Der Berliner jüdische Gelehrte L. Zunz hat sich denn auch in seinem Buche ‚Die Vorschriften über Eidesleistung der Juden' (Berlin 1859; auch im zweiten Bande seiner Gesammelten Schriften) ganz anders ausgesprochen. Und Joseph Aub hat allerdings im Jahre 1863

---

* [Hier meinte ich selbstverständlich nicht physische, sondern moralische Unmöglichkeit. Wie recht ich hatte, möge man aus Folgendem ersehn. Als ich das oben Stehende schrieb, hatte ich keine Ahnung, an wen Hr. Hofpred. Stöcker bei seiner Beschreibung dachte. Am Abend des 13. Mai besuchte mich, ohne Veranlassung oder Vorherwissen meinerseits, Hr. Dr. J. Morgenstern und versicherte mir mit Thränen im Auge, daß Hofprediger Stöcker am 24. April und am 8. Mai (s. hernach) lediglich seine im „Deutschen Tageblatt" 1885, No. 25, 27 (wesentlich gleich vorher schon „Staatsbürger-Ztg." 1884, No. 304) abgedruckte Arbeit benutzt, aber keinerlei weiteres Material von ihm (Morgenstern) erhalten habe. Als wir dann das in jenem Artikel Gesagte besprachen, bereute Dr. Morgenstern, so, wie er gethan, geschrieben zu haben. Seine Absicht sei auf Empfehlung des religiösen Eides im allgemeinen gerichtet gewesen; er werde, wenn er Gelegenheit habe die Arbeit wieder drucken zu lassen, sich, namentlich über Kol Nidre, ganz anders äußern. Nach dem Processe Stöcker-Bäcker verließ Dr. Morgenstern,

als Großherzoglich hessischer erster Rabbiner gegen die übliche Art der ‚Eingangsfeier des Versöhnungstages‘ (Mainz, M. Jourdan) geschrieben, aber — weil sie mit dem Thalmud und den Ansichten der ältesten Autoritäten nicht übereinstimme und weil die Sprache dem Volke unverständlich sei.

Bei dem den Versöhnungstag einleitenden Abend-Gottesdienste wird in den Synagogen der orthodoxen Gemeinden folgende nach ihrem Anfange ‚Kol Nidre‘ (Alle Gelübde) genannte Formel gesprochen: ‚Alle Gelübde, Entsagungen, Bannungen, Schwüre u. s. w., welche wir geloben, schwören und bannen und auf unsere Seelen binden von diesem Versöhnungstage bis zu dem Versöhnungstage, welcher zu unserem Wohle herankommt: sie alle bereuen wir; sie sollen gelöst, erlassen, aufgehoben, nicht und vernichtet, ohne Kraft und ohne Geltung sein. Unsere Gelübde seien keine Gelübde, und unsere Schwüre keine Schwüre.‘

Diese Formel scheint bedenklich; aber nur unwissende jüdische Bösewichte können sie als eine Handhabe betrachten, mittels welcher von übernommenen Verpflichtungen sich zu befreien möglich sei. Die, wenn die gleich zu erwähnenden Gegengründe unberücksichtigt bleiben, formell vorhandene Möglichkeit solcher Deutung hat der Judenhaß seit dem 13. Jahrhundert für oft eintretende Wirklichkeit erklärt. Mit Unrecht. Erstens nämlich ist in der Formel, wie eine Vergleichung von 4. Mose 30, 8 (s. auch V. 14) ergibt, nicht die Rede von Eiden, die anderen geleistet werden, sondern nur von Gelübden, Verpflichtungen, die man sich selbst auferlegt. Gelübde und Eide, welche einem anderen geleistet sind, sind unlösbar, außer wenn die beteiligte Person anwesend und einverstanden ist. Das ist die einstimmige Ansicht der maßgebenden jüdischen Autoritäten. Dazu kommt noch, daß in den meisten neueren Ausgaben der Festgebete in einer Anmerkung nachdrücklich erklärt wird, daß durch dieses liturgische Stück die Interessen anderer nicht berührt werden.

---

wohl noch im Juni, Berlin. Ich unterließ es von seinen eben angeführten Äußerungen öffentlich Gebrauch zu machen und so zu zeigen, daß die Stütze, auf der das Urteil des Hofpredigers Stöcker ruhte, in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sei, — weil ich den Hofprediger Stöcker schonen wollte. Als letzterer aber im November von neuem gegen mich die Autorität des für mich und ihn verschollenen Dr. Morgenstern ins Feld führen zu dürfen glaubte („N. Pr. Ztg.“ 257, vom 3. Nov., s. Kap. VI), erklärte dieser seinerseits von Wien aus („Voss. Ztg.“ No. 519, Beil. S. 3): „Ich habe mit Herrn Prof. Strack, als ich noch in Berlin weilte, lange Unterredungen gehab und gestehe offen, daß ich eines Bessern belehrt wurde und mit ihm in bezug auf das Kol-Nidre-Gebet der Juden am Versöhnungstage ganz übereinstimme, wie er ja auch Vieles in meiner Arbeit als wahr und zutreffend gelten ließ.“] — (Vgl. noch „N. Pr. Ztg.“ 115, vorletzten Absatz: s. S. 47, Kap. III, 7.]

Aus der Formel Kol Nidre* kann daher kein Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des von einem Juden geleisteten Eides hergenommen werden.

Diejenigen, welche genauere Belehrung wünschen, erlaube ich mir auf meinen Artikel ‚Kol Nidre' in der Real-Encyklopädie für protest. Theologie und Kirche, 2. Aufl. Bd. VIII, S. 127—130 (Leipzig 1881), zu verweisen.

Berlin, 28. April 1885.

Prof. D. Herm. L. Strack."

3. Freitag, den 8. Mai, abends wurde mir folgender im „Reichsboten" No. 106 (datiert v. 8., erschienen am Abend des 7.), Hauptblatt S. 1. 2, stehende Artikel bekannt:

„Zur jüdischen Eidesentbindung.

Der Hofprediger Stöcker hatte in seiner letzten Rede (‚Semit, Atheist, Socialdemokrat') die Einleitungsworte des Gebets angeführt, welches am großen Versöhnungstage in der Synagoge in dem jüdischen Gottesdienste gebetet wird und worin eine Lossprechung von Gelübden und Eiden** für die Zeit von dem jeweiligen Versöhnungstage bis zum nächstjährigen enthalten ist. Diese Gebetsformel lautet: [wörtlich wie ‚N. Pr. Ztg.' 97, Absatz 5, (s. S. 37) angegeben].

Herr Hofprediger Stöcker hatte darauf hingewiesen, daß in der summarischen Art des Lossprechens von Eiden** und Gelübden eine große Gefahr liege. Das hat nun den Prof. Dr. Strack an der hiesigen evang.-theologischen Fakultät veranlaßt, eine Erklärung in die ‚Kreuzztg.' einrücken zu lassen, in welcher er das Judentum† in Schutz nimmt und wörtlich schreibt: . . [Nun folgen die beiden letzten Absätze der unter No. 2 angeführten Notiz].

Wir haben selbstverständlich gar nichts dagegen, wenn ein evangelischer Professor auch für das angegriffene Thalmudjudentum eintritt, wenn demselben Unrecht geschieht und wenn es dem Dienste der Wahrheit gilt, wir wünschen nur, es geschähe das von unseren Herren Professoren ebenso prompt,††

* [Man beachte, daß ich in knappster Erfüllung der mir als sachkundigem christlichem Theologen obliegenden Pflicht, mich darauf beschränkt habe, die falsche Deutung eines Stückes jüdischer Gottesdienstordnung zu bestreiten, und weder alle von Juden geleisteten Eide für glaubwürdig erklärt noch gar das Judentum im allgemeinen verteidigt habe.]

** Vergl. aber die ‚N. Pr. Ztg.' Nr. 97, Absatz 6 (oben S. 37 Z. 20 ff.)]

† [Unwahr! Vergl. auf dieser Seite die 1. Note. — Eine Verteidigung des Judentums wäre von der Redaktion der „N. Pr. Ztg." schwerlich ohne weiteres aufgenommen worden].

†† [Sowohl als Geistlicher (wenn auch a. D.) wie auch als Redakteur eines für positives Christentum zu kämpfen erklärenden Blattes konnte, ja

wenn das Christentum und die christliche Kirche angegriffen wird. Zu dieser Erklärung des Herrn Professor Strack geht uns von unbeteiligter * Seite eine Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen:

‚Herr Professor Strack behauptet: „„Die bei dem Versöhnungstag der Juden einleitenden Abendgottesdienste in den Synagogen gesprochene Formel Kol Nidre sei zwar bedenklich, werde jedoch mit Unrecht auf die Gelübde und Eide, welche einem anderen geleistet sind, bezogen, da sie nur auf solche Eide und Gelübde sich beziehen könne, die der Jude sich selbst geleistet habe.““ Dies trifft nicht zu. Talmud. Hilchoth Sch'vuoth c. VI, 1—2, heißt es wörtlich: „„Wenn jemand einen voreiligen Eid schwört und nachher gereuet ihn derselbe, weil er einsieht, daß, wenn er diesen Eid hielte, es ihm Kummer verursachen würde, und er ändert daher seine Gesinnungen; oder wenn ihm etwas zugestoßen ist, woran er zur Zeit des Eides nicht gedacht hat, und er dieserhalb denselben bereut, so bittet er einen Weisen (Rabbinen), oder, wo kein Weiser vorhanden ist, drei gemeine Leute, und diese entbinden ihn seines Eides, worauf es ihm dann erlaubt ist, das zu thun, was er nicht thun zu wollen geschworen hatte.

---

mußte Hr. Engel, von dem obige Bemerkung herrührt, meine religiöse Stellung, aus der ich nie ein Hehl gemacht, kennen. Jedenfalls ist die Bemerkung, da und insofern sie unverkennbar gegen mich gemünzt, eine objektive Unwahrheit, die zu vermeiden Hrn. Engel sehr leicht gewesen wäre. — Leider treten nicht wenige Redakteure der Ehre Anderer in solcher Weise zu nahe, daß sie jede Ahndung seitens des irdischen Gerichts ausgeschlossen wissen].

* [Diese drei Worte sind in zwiefacher Weise unglaubwürdig. Erstens: In engerem Sinne war „beteiligt“ nur Herr Hofprediger Stöcker, in dem auch ohne das „von unbeteiligter Seite“ Niemand den Verfasser der Zuschrift vermutet haben würde. Mithin hatte der Zusatz den Zweck, den Einsender als einen in durchaus keiner Weise gegen das Judentum engagierten und daher die Präsumption der Unparteilichkeit für sich habenden Mann zu bezeichnen. Nun ist aber der Verfasser, wie sich bald herausstellte, Simon May, der „mehrjährige und ständige Mitarbeiter des ‚Reichsboten‘“ und, um nur Eins anzuführen, der Verfasser einer im Frühjahr 1884 im „Reichsboten“ abgedruckten Reihe von sehr judenfeindlichen Artikeln „Das Judentum im Staate“. — Zweitens: Der „Reichsbote“ No. 106 ist am Donnerstag Nachmittag gedruckt worden; am Freitag Abend hielt May in einer Stöcker'schen Versammlung eine lange Rede wider mich. Nun aber hat Herr Hofprediger Stöcker mir selbst am 18. Mai gesagt, daß S. May vorher bei ihm gewesen sei und daß er (St.), gleichfalls vorher, bei Hrn. Engel Erkundigungen über May eingezogen und gute Auskunft erhalten habe. (Vergl. auch: Prozeß Stöcker wider die „Freie Zeitung“ Berlin 1885, S. 14, 15)].

Und dies ist es, was man Entbinden von Eiden nennt. Diese Sache hat aber in dem geschriebenen Gesetze (Mosis) keinen Stützpunkt, sondern sie (die Rabbinen) sind von Moses, unserem Lehrer, durch eine mündliche Tradition dahin belehrt worden (!!), daß die Heilige Schrift unter dem Ausdruck: ‚Er soll sein Wort nicht schwächen' (4. B. Mos., Kap. 30, V. 3), das verstehe, daß er nicht selbst auf leichtsinnige Weise und hochmütigen Herzens sein Wort brechen soll; so wie geschrieben steht: „„Noch sollst du entheiligen den Namen deines Gottes““ (3. B. M. 19, 12), wenn aber jemand bereut und seine Gesinnungen ändert, so kann ihn der Weise dispensieren.““

Hier wird also ausdrücklich gelehrt, daß wenn jemand Grund hat, irgend einen Nachteil für sich zu fürchten, der ihm Kummer bereitet, oder auch nur, wenn er seine Gesinnungen ändert, er der feierlichsten Verpflichtung, die dem Gewissen eines Menschen nur auferlegt werden kann, sich entziehen könne, und daß, nachdem er Gott zur Befestigung seines Vornehmens inbezug auf die Vollziehung oder die Unterlassung einer Handlung angerufen hat, einer oder mehrere seiner Mitsünder ihm seine Pflicht gegen seinen Schöpfer erlassen und die Erlaubnis geben können, ganz das Gegenteil von dem zu thun, was er thun zu wollen vor und zu Gott gelobt hat.

Daß diese thalmudische Lehre in der Bibel keinen Grund hat, gestehen die Rabbiner selbst zu. Sie versuchen es gar nicht, diese Lehre durch eine Berufung auf die hl. Schrift zu rechtfertigen; denn sie sagen — wie oben citiert — ganz offen: „Diese Sache hat in dem geschriebenen Gesetz durchaus keinen Stützpunkt“, und erkennen somit an, daß dieselbe durchaus nur ein Produkt des Thalmuds ist.

Auf die Ausrede, daß diese Lehre vom Entbinden von Eiden zwar nicht im Gesetz Mosis begründet sei, aber auf dem Wege mündlicher Ueberlieferung von Moses auf seine Nachkommen vererbt sei, kann natürlich kein Wert gelegt werden. Und wenn auch die Stelle 4. Mose 30, 3 noch eine ausschließliche Beziehung auf persönliche Gelübde Gott gegenüber zuließe, so weist doch die zweite vom Thalmud angezogene Stelle 3. Mos. 19, 12 unzweifelhaft auf die einem anderen Menschen geleisteten Eide und Gelübde hin; 3. Mos. 19, V. 11, 12 und 13 lauten nämlich: „Ihr sollt nicht stehlen, ihr sollt nicht lügen und trügen einer gegen den anderen und ihr sollt nicht falsch schwören bei meinem Namen, daß du entweihest den Namen deines Gottes; ich bin Jehovah. Du sollst deinen Nächsten nicht bedrücken und nicht berauben.“

Wenn also die oben citierte Thalmudstelle nach Hinweis auf diese Bibelstellen damit schließt, resp. unmittelbar darauf sagt: „wenn aber jemand bereut und seine Gesinnungen ändert, so kann ihn der Weise dispensieren“, so ist nach thalmudischer Logik hier ein kaum mißverständlicher Wink gegeben.

Wir fügen hieran nur noch ein praktisches Beispiel für die Bezugnahme auf Dritte aus dem Thalmud selbst. Derselbe erzählt (Nedarim 65, 1.), daß Zedekiah dem Nebukadnezar geschworen habe — der letztere wurde nämlich von Zedekiah überrascht, als er gerade einen Hasen verzehrte und sagte zu ihm: „Schwöre mir, daß du mich nicht verraten willst, damit die Sache nicht ruchbar werde" —, ihn in einer Sache nicht zu verraten, die er ohnehin anzuzeigen durch kein Gesetz, weder göttliches noch menschliches, verpflichtet war — daß er bei dem Namen Gottes geschworen, nachher aber sich darüber grämte und sich durch die Weisen seines Eides, ohne Zuziehung und Wissen Nebukadnezars, entbinden ließ. Zedekiah hat hier also trotz seiner feierlichen Versicherung bei dem Namen des Gottes Israels nachher das gethan, das er nicht thun zu wollen geschworen hatte, ungeachtet er dadurch einen Mann verriet, von dem er Wohlthaten empfangen hatte, und auf diese Weise die Pflichten der Dankbarkeit ebenso wenig geachtet, wie die heiligen Bande des Eides. — Er hat sich hier also von den sogenannten „Weisen" eines Eides entbinden lassen.

Diese von dem Thalmud, angeblich auf grund mosaischer mündlicher Tradition aufgebrachte Lehre von Entbinden von Eiden durch die Rabbiner oder durch andere Personen ist jedenfalls höchst bedenklicher Art, und das zuletzt angeführte thalmudische Beispiel scheint doch zu beweisen, daß es nicht bloß „Bösewichter" sind, wie Herr Professor Strack meint, welche davon Gebrauch machen. — Wie es scheint, liegt hierin auch die Erklärung für die bekannte große Leichtfertigkeit des Schwörens und Sichverheißens, wie es von den Juden bekanntlich fast ganz allgemein beim Handel und Verkehr mit dem größten Gleichmut geübt wird!'

4. Nach kurzem Suchen fand ich die Quelle, aus welcher der mir (damals) unbekannte Einsender geschöpft hatte. Sonnabend, den 9. Mai, etwa um 9 Uhr morgens ging ich persönlich zu Hrn. Engel. Nachdem er mir, auf meine bezügliche Frage, geantwortet, daß die Zuschrift „von durchaus ehrenwerter und vertrauenswürdiger Seite" gekommen sei, sagte ich ihm: meine Berichtigung sei auch von dem Standpunkte aus geschrieben, daß der Einsender keine Schuld habe; aber eine Fälschung liege vor.*

* Der Anfang meiner Erwiderung lautete: „Den Hrn. Einsender des in No. 106 des „Reichsboten" (Hauptblatt S. 2) abgedruckten, gegen mich gerichteten Schreibens ersuche ich die Kapitel 56 und 57 der berühmten Missionsschrift The Old Paths (die alten Pfade) von Alexander Mc Caul (ich habe den englischen Originaltext, Ausgabe London 1854, vor mir) zu lesen. Dann wird er sich überzeugen, daß die mir unbekannte

Herr Engel las nun meine Erwiderung, erkannte an, daß sie „ganz ruhig" geschrieben sei und versprach sie bald abzudrucken; ob sie schon in die (Sonnabend erscheinende) Sonntagsnummer aufgenommen werden könne, vermöge er mir allerdings noch nicht zu sagen.

An demselben Abend ersah ich aus der „N. Pr. Ztg." No. 108, daß am Freitag (8. Mai) in der Versammlung der Christlich-Socialen außer und nach Hrn. Hofprediger Stöcker „ein Dr. May (Jude)" gegen mich gesprochen und namentlich das im „Reichsboten" No. 106 Gesagte fast wörtlich wiederholt hatte. Daraus zog ich den (später als richtig erwiesenen) Schluß, daß dieser „Dr. May" der Verfasser der Einsendung sei.

In der Sonntagsnummer des „Reichsboten" stand meine Berichtigung nicht; die Dienstagsnummer (No. 109, 2. Beilage) wiederholte in einem ausführlichen Referat über die Reden Stöckers und Mays die von letzterem gegen mich begangenen Entstellungen der Wahrheit, ohne daß meine Widerlegung erwähnt worden wäre; auch in den beiden folgenden Nummern löste Hr. Engel sein Wort nicht ein, obwohl die Wiederholung des, wie er wußte, unwahren Angriffs gegen mich ihm ein mächtiger Antrieb zur Erfüllung seines Wortes hätte sein müssen. Daher ließ ich mir am Mittwoch (13. Mai), abends gegen 9 Uhr, nachdem ich die Donnerstagsnummer eingesehen, mein Manuskript abholen und veranlaßte nun Klarstellung in zwei anderen derjenigen Blätter, welche über Mays Rede berichtet hatten. Da ich inzwischen von Mays Verhältnis zum „Reichsboten" gehört, war mir das Benehmen des Hrn. Engel zwar nicht entschuldigt, aber doch begreiflich geworden.

5. Erstens sorgte ich für Abdruck eines schon am 11. Mai (Montag) für die „N. Pr. Ztg." geschriebenen Artikels (No. 112,

---

Schrift, aus welcher seine beiden Citate geschöpft sind, unzuverlässig und unlauter ist. Ihr Verfasser hat ohne Kenntnis der jüdischen Litteratur Einzelnes aus dem Zusammenhange des Mc Caul'schen Werkes gerissen und dadurch einen fast entgegengesetzten Sinn herausgebracht." — — Daß die hier friedliebend vorausgesetzte Schrift nicht existiert, betrachte ich nun als gewiß.

Beilage S. 2, datiert vom Sonnabend, 16. Mai, erschienen am Freitag Abend):

„Noch ein Wort über den Eid der Juden.

Der am 8. Mai in der Versammlung der christlich-socialen Partei gehaltene Vortrag ‚Der Eid der Juden und der Christen' ‚N. Pr. Ztg.' No. 108, Beilage 1), war in seinem ersten Teile gegen meine Kundgebung in No. 99, Beilage 1, gerichtet. Aber nicht dieser Umstand allein veranlaßt mich, der ich aller Zeitungspolemik abhold bin und an wichtigen positiven Aufgaben zu arbeiten habe, noch einmal das Wort zu ergreifen; in höherem Grade treibt mich die Notwendigkeit, ein in weiten Kreisen entstandenes Bedenken zu beseitigen.

Manche fragen, ob es denn erforderlich, ja auch nur zu rechtfertigen sei, daß ein christlicher Theologe die Juden verteidige gegen einen christlichen Geistlichen, welcher, ganz abgesehen von seiner Behandlung der ‚Judenfrage', wegen seiner Bekämpfung der Socialdemokratie so vielen Angriffen ausgesetzt sei und der sich doch auch auf dem Gebiete der Stadtmission unleugbare Verdienste erworben habe. Die Juden könnten sich ja selbst verteidigen. Darauf habe ich zu erwidern:

1) Ich habe Jahre hindurch im Privatverkehr, in Berlin und in Jerusalem, gegenüber Juden und gegenüber Christen, Herrn Hofpred. Stöcker warm gegen alle ungerechten Angriffe nach Möglichkeit geschildet.* 2) Ich habe in meiner oben citierten Kundgebung nicht das mindeste gegen die Person des Herrn Stöcker gesagt. Auf grund reiflicher Erwägung begann ich: ‚Nach dem Berichte der „„N. Pr. Ztg."" . . . soll Herr Hofprediger Stöcker gesagt haben'. Damit war deutlich gesagt, daß ich nur die in dem Berichte enthaltenen unrichtigen Angaben über ein Stück der jüdischen Liturgie zurückweisen wollte und absichtlich dahin gestellt sein ließ, ob der Redner oder der Reporter für das Unrichtige verantwortlich sei. Ihrer Natur nach zu einer Widerlegung nötigende irrige Angaben in einem Referate bleiben irrig und erfordern Richtigstellung, auch wenn sie nicht von dem Vortragenden, sondern von dem Referenten herrühren. Übrigens war das Referat der ‚N. Pr. Ztg.' in dem Punkte, auf den allein es mir ankam, in ausreichender Weise zutreffend.** 3) Es handelte sich um eine Anklage, die gegen ein Stück der orthodox-jüdischen Gottesdienstordnung gerichtet war, um eine Anklage, welche beunruhigend zu wirken geeignet war. Gern nehme ich Akt davon, daß Herr Hofpred. Stöcker am 8. Mai erklärt hat: ‚Ich habe keine Schlußfolgerungen daran geknüpft, habe nicht gesagt, man solle dem Judeneid nicht

* [Vgl. oben Kap. I].

** [Vergl. erste Note zu Kap. IV, 4].

mehr trauen'. Gut; aber lag es nicht für die* über den Ursprung der Formel und die officiellen Erklärungen der jüdischen Autoritäten nicht unterrichteten Hörer und Leser sehr nahe, solche Schlüsse zu ziehen?* — 4) Eine von Juden ausgehende Antwort wäre von den ‚Antisemiten'-Blättern für unglaubwürdig erklärt und mit der Frage: ‚warum sprechen keine kundigen Christen für euch?' — zurückgewiesen worden. In Berlin aber bin ich wohl der einzige geborene Christ, welcher das Judentum und die einschlägige jüdische Litteratur so weit kennt, daß er mit Fug über diese Frage ein Urteil zum Drucke geben darf. Anklagen, die etwa über Wucher, Fälschungen u. dergl., als in der Gegenwart geschehende Versündigungen, mit Gründen vorgebracht werden, zu erörtern, würde ich mich nur in ganz besonderen Fällen entschließen. Auf diesen Gebieten können andere, soweit es erforderlich oder möglich ist, besser als Verteidiger auftreten, Juden wie Christen. In dem vorliegenden Falle hatte ich als sachverständiger christlicher Theologe die Pflicht zu reden, und ich hätte mich durch Schweigen gegen mein Gewissen verfehlt.

Im übrigen verweise ich bezüglich des ‚Kol Nidre' nochmals einfach auf das, was ich in der Real-Encyklopädie für protest. Theologie u. Kirche, 2. Aufl., Bd. VIII, gesagt und in No. 99 der ‚N. Pr. Ztg.', Beilage 1, (oben S. 37) kurz wiederholt habe.

Nur auf Einen Punkt glaube ich hier eingehn zu müssen. In der erwähnten Versammlung hat ein ‚Dr. May (Jude)' gegen mich gesprochen. Ein großer Teil seiner Rede (nämlich dasjenige, was schon am 7. Mai abends unter der Überschrift: ‚Zur jüdischen Eidesentbindung' als eine ‚von unbeteiligter Seite' kommende Zuschrift im „‚Reichsboten'", No. 106, Hauptblatt, abgedruckt war!!) ist ein Plagiat aus der berühmten Missionsschrift Nethiwoth Olam von Alexander Mc Caul, und zwar ein Plagiat, in dem der Sinn des Originals durch Weglassungen fast in sein Gegenteil verkehrt ist! Ich lasse ganz kurz den Beweis folgen. ‚Dr. May' in seiner Rede und in No. 106 des ‚Reichsboten' will die Auflösbarkeit aller Eide durch die Stelle ‚Thalmud, Hilchoth Sch'wuoth c. VI. 1, 2' beweisen. Es gibt keinen Thalmudtraktat dieses Namens. Mc Caul citiert richtig einfach Hilchoth Sch'wuoth', womit der erste Traktat des sechsten Buches des von Moses Maimonides (1135—1204) herrührenden Gesetzeskodex Jad hachasaqa** Aus dem Zusammenhange des ganzen sechsten Kapitels und auch aus der Darstellung bei Mc Caul ergibt sich deutlich, daß die beiden ersten Paragraphen durchaus nicht die allgemeine Bedeutung haben, welche ihnen der Verfasser der Zuschrift, d. i. May, beilegt.

Und was die von König Zedekiah erzählte Geschichte betrifft, so ist das Wesentlichste ausgelassen, nämlich, daß der jüdische Gerichtshof (das

* [Diese 5, bezw. 11 Worte habe ich jetzt sperren lassen].

** [„gemeint ist" fehlt durch einen Druck- oder Schreibfehler].

Synedrium, nicht die ‚Weisen') dem Nebukadnezar auf seine bezügliche Frage ausdrücklich erklärte, ein einen anderen betreffender Eid könne nur in dessen Gegenwart gelöst werden. Somit hat das (damals übrigens nicht in Wirklichkeit, sondern nur nach jüdischer traditioneller Ansicht vorhandene) Synedrium sich durch die Auflösung jenes Eides versündigt. Dem entsprechend wird zu den Bibelworten Jeremia 29, 6 ‚und Nebukadnezar tötete alle Fürsten Judas' von Raschi, einem der bedeutendsten jüdischen Ausleger, bemerkt: ‚Das ist das Synedrium, welches den Zedekiah seines Eides entbunden hat'. Wie ernst z. B. der Spanier Bachja (oder Bechai) ben Ascher über den gegen den Heiden Nebukadnezar eidbrüchigen Zedekiah urteilt, kann man u. a. bei Eisenmenger, Entdecktes Judentum II, 497 (= Bodenschatz, Kirchliche Verfassung der Juden II, 363) nachlesen.

Zahlreiche und wichtige Differenzen trennen das Judentum vom Christentum. Ich will dieselben nicht verhehlen. Aber nur am rechten Orte und zur rechten Zeit dürfen sie zur Sprache gebracht werden. Und auf alle Fälle müssen wir uns unbegründeter Anschuldigungen enthalten. — Die Wahrheit lasset uns sagen, aber in Liebe!

Berlin, den 11. Mai 1885.

Prof. D. Hermann L. Strack."

Man beachte, wie sorgfältig ich mich hier bemüht habe, mit Herrn Hofprediger Stöcker keinen Streit zu haben, mich vielmehr auf Zurückweisung Mays zu beschränken!

6. Zweitens sandte ich an die Redaktion der „Post" nachstehendes Schreiben, welches in No. 131, Hauptbl. S. 2 (datiert v. 16. Mai, erschienen Freitag Abend) Aufnahme gefunden hat:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!

Erst heute lese ich in der ‚Post' No. 126, Hauptblatt (10. Mai) den Bericht über die letzte Versammlung der christlich-socialen Partei. In demselben wird mitgeteilt, daß Dr. May (‚Msi' ist Druckfehler), in weiteren Kreisen bekannt als Thalmudgelehrter, gegen meine auf die liturgische Formel ‚Kol Nidre' bezüglichen Darlegungen gesprochen habe. Die Charakterisierung des Redners muß auf einer Verwechselung beruhen, denn derselbe versteht gar nichts vom Thalmud. Ein großer Teil seines Vortrags nämlich . . .* Ich habe dem Redakteur des Reichsboten, da ich in diesem Blatte zuerst angegriffen war, bereits am Morgen des 9. Mai den, unmittelbar nachdem ich den Reichsboten gelesen hatte, gefundenen Beweis der gegen mich begangenen Fälschung vorgelegt. Der Herr hat es für gut

---

* [Hier folgt ein Auszug aus dem in „N. Pr. Ztg." No. 112, Absatz 5, 6, oben S. 44 f., Gesagten.]

befunden, mein Manuskript trotz seines mir gegebenen Wortes bis gestern Abend nicht [d. h.: ‚auch gestern (Mittwoch) Abend noch nicht'] abzudrucken, so daß ich es mir nun habe zurückgeben lassen. So ist es gekommen, daß diejenigen Sätze des ‚Dr. May', zu deren Zurückweisung ich mich verpflichtet fühle, bis jetzt in der Presse ohne Widerspruch meinerseits geblieben sind. Auf die Bedeutung der von den meisten orthodoxen Juden am Vorabende des Versöhnungstages gesprochenen Formel ‚Kol Nidre' unterlasse ich hier einzugehn, da ich alles Erforderliche in der Real-Encykl. für prot. Theol. u. Kirche, 2. Aufl., Bd. VIII, S. 127—30, bereits gesagt habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Prof. D. Hermann L. Strack.

Berlin W., 14. Mai 1885."

7. Auf „Eine vorläufige Antwort an Herrn Prof. Dr. Strack" („N. Pr. Ztg." No. 114, Beilage) erwiderte ich „N. Pr. Ztg." No. 115, Hauptbl. (datiert von Mittwoch, 20. Mai, erschienen am 19. Mai Abends; mit Rücksicht auf Kap. IV 9, ff. gebe ich die Daten ganz genau an):

„Herr Simon May und der Eid der Juden.

Herr Simon May hat in No. 114 der ‚N. Pr. Ztg.' eine längere Erklärung wider mich veröffentlicht. Die Leser, welche sich die Mühe nehmen, zu vergleichen, was ich in No. 112 angeführt habe (noch deutlicher diejenigen, welche No. 106 des ‚Reichsboten' neben Nethiwoth Olam von Mc Caul legen), werden erkennen, daß die von mir erhobenen Vorwürfe der Fälschung und des Plagiats nicht widerlegt sind und daß die in dem Citate ‚Talmud, Hilchoth Sch'wuoth' sich kundgegebene Unwissenheit durch das von Herrn May versuchte Sophisma nicht verdeckt wird.

Daß Herr May thalmudische Kenntnisse hat, werde ich erst glauben, wenn mir auf grund jetzt vorgenommener Prüfung ausgestellte Zeugnisse von Autoritäten vorliegen. Aus den Kenntnissen seiner Vorfahren folgt doch nichts für seine Person. Er beruft sich weiter darauf, daß er ‚in Gemeinschaft mit einem jüngeren Bruder schon im Jünglingsalter eine Sammlung von Epitaphien verfaßt habe.' Dazu gehören erstens keine besonderen Kenntnisse, und zweitens schreibt der von ihm citierte Dr. A. Berliner im Magazin für die Wissenschaft des Judentums Bd. 6 (1879), S. 86, nur ‚den jüngeren Bruder' Abraham nennend, wörtlich: ‚Die mitgeteilten Grabschriften gehören einer Sammlung von Epitaphien an, welche ein früh heimgegangener Enkel des S. 73 erwähnten Michel Simon May, der hoffnungsvolle Jüngling Abraham May (starb am 5. April 1870) angelegt und mir wenige Monate vor seinem Tode übergeben hatte, nicht ahnend, daß sie einst zu seinem Gedächtnisse dienen werden'.

Herr May citiert wider mich eine Stelle aus dem bekannten Werke Arbaa Turim von Jakob ben Ascher, welches die Grundlage zu dem Ritualkodex Schulchan Aruch bildet. Daß diese Stelle nicht auf allgemeine Lösbarkeit der Eide ꝛc. zu deuten ist, ergibt sich unzweifelhaft aus folgenden Worten desselben Werkes, die Herrn May wohlbekannt waren (da er sie in meinem am 9. Mai dem Redakteur des ‚Reichsboten‘ übergebenen, von diesem vier Tage* hindurch nicht abgedruckten Manuskript gegen No. 106 des ‚Reichsboten‘ gelesen hat).

Im Tur Orach Chajjim § 619 heißt es also: ‚Was aber das Gelübde angeht, welches einen sein Nebenmensch geloben macht, oder den Eid, welchen ein Nebenmensch oder das Gericht schwören läßt, so nützet denselben die Vernichtigung nichts.‘

Eisenmenger, welchem Autor gewiß niemand Parteilichkeit zu Gunsten der Juden vorwerfen kann, schreibt in seinem Entdeckten Judenthum II, 499: ‚Hierüber nun meine Meinung anzuzeigen, so muß ich gestehen, daß in den rabbinischen Büchern, wie obgedacht, das falsche Schwören scharf verboten sei und daß es wahr sei, daß bei gedachten beiden Gattungen der Entbindungen vom Eid oder Schwur von nichts anders als solchen Eiden gehandelt werde, welche Gattungen der Gelübde sind, dadurch sich jemand freiwillig und aus eigenem Trieb, ohne Begehren und Auflegung von jemand anders, etwas zu thun oder zu lassen verbindet.‘

Von befreundeter Seite geht mir der ‚Reichsbote‘ vom 19. Mai zu, der einen ausführlichen Artikel gegen mich enthalte. Ich habe denselben nicht gelesen, beabsichtige auch nicht ihn zu lesen**, und noch weniger beabsichtige ich meine Zeit mit einer Widerlegung zu vergeuden. Das bisher von mir Angeführte wird für alle Unparteiischen genügen.

Hier könnte ich schließen. Da ich aber noch einmal öffentlich das Wort habe ergreifen müssen, seien mir noch zwei kurze Bemerkungen gestattet. In No. 99 der ‚N. Pr. Ztg.‘ schrieb ich, es sei unmöglich, daß ein gelehrter jüdischer Thalmudist sich so geäußert habe, wie in dem Berichte über die Versammlung der Christlich-Socialen vom 24. April angegeben. Zu meinem Bedauern höre ich †, daß man auf grund dieses ‚unmöglich‘ Herrn Hofprediger Stöcker der Unwahrhaftigkeit beschuldigt habe. Obwohl diese Beschuldigung in meinen Worten weder liegen sollte noch liegt, erkläre ich dieselben doch, um auch keinen Schein eines Anlasses zu etwaiger Fortsetzung solcher Behauptung zu bieten, wie folgt: ich habe nur bestreiten wollen, daß jemand, der auf den Namen ‚Jude‘ im Sinne des religiösen Bekenntnisses Anspruch hat, alle Eide ꝛc. durch die Formel Kol Nidre für aufgehoben er-

* [d. h. vier Nummern, vgl. oben Kap. III, 4].

** [Ich habe ihn erst am 30. August angesehen].

† [Von Herrn Hofprediger Stöcker mündlich, am 18. Mai s. S. 58].

klärt habe, nicht aber, daß eine solche Aeußerung wirklich in dem Aufsatze eines gelehrten, als Jude geborenen, aber faktisch konfessionslosen Mannes sich finde.

Da mein Zweck nur der war, eine irrige Deutung eines Stückes der orthodox-jüdischen Liturgie zurückzuweisen, habe ich meine eigene positive Ansicht über die Formel nur leise angedeutet, nicht deutlich ausgesprochen. Auf den Wunsch mehrerer Freunde wiederhole ich nun hier, was ich eigentlich an anderer Stelle drucken lassen wollte und vielleicht auch noch ausführen werde, daß ich die Formel ‚Kol Nidre' nirgends ausdrücklich gebilligt habe, daß vielmehr, wenn die orthodoxen Juden meinen Rat wünschten und erhielten, dieser Rat auf Abschaffung lauten würde. Für die Auflösung des im Gelübde direkt oder indirekt Gott gegebenen Wortes sollte es eben so wenig eine officielle Formel geben, wie eine solche für Auflösung eines eigentlichen Eides existiert.

Berlin W., 19. Mai 1885.

Prof. D. Herm. L. Strack."

8. Am 29. Mai hielt Simon May in der öffentlichen Versammlung des Deutschen Antisemiten-Bundes eine sowohl mich angreifende, wie auch gegen das Judentum ungemein feindselige Rede, aus der ich hier nur Einen Satz hervorhebe: „Mindestens 33 Proz. aller der von den Juden geschworenen Eide seien, wie der Redner versicherte, falsch" („N. Pr. Ztg." 124, 1. Beilage). Weiteres über diese Rede und die an sie sich knüpfende Fortsetzung der Polemik zwischen mir und May hier mitzuteilen enthalte ich mich, weil infolge einer nicht durch mich veranlaßten Notwendigkeit die Angelegenheit richterlicher Prüfung unterworfen worden ist und noch keine endgiltige Entscheidung gefunden hat. Doch wird das in diesem Kapitel Gesagte ausreichen, um zu zeigen, daß Hr. Hofprediger Stöcker bei der Wahl dieses Helfers — nicht glücklich gewesen ist.

IV.

Verhandlungen mit und über Stöcker im Mai und Juni.

1. Am 6. Mai erhielt ich durch einen Freund die an demselben Tage erschienene Beilage zu No. 19 des „Ch.-S. C.-Bl." und bekam damit, meines Erinnerns, diese Zeitschrift überhaupt zum ersten Male zu Gesicht. Das Blatt enthielt folgenden gegen meine in „N. Pr. Ztg." No. 99 (s. oben Kap. III, 2) veröffentlichte Notiz sich wendenden Artikel:

„Das Kol-Nidre-Gebet der Juden.

In der vorletzten christlich-socialen Parteiversammlung hatte Herr Hofprediger Stöcker u. a. auch erwähnt, daß nach der unwidersprochenen* Angabe eines gelehrten jüdischen Thalmudisten, Dr. M., die Juden noch heute am Jom Kipur, dem jüdischen Versöhnungstage, in der Synagoge ein Gebet verrichten, in welchem alle für das nächste Jahr zu leistenden Eide [!] als null und nichtig erklärt werden. Ein christlicher Gelehrter, Prof. Dr. Strack, glaubte dem mit einer an die Redaktion der ‚Kreuz-Ztg.' gerichteten Zuschrift widersprechen zu müssen. Die Sorge dieses christlichen Herrn um die jüdische Reputation ist wirklich rührend [!]. Wir sind nun nicht in der Lage [!], positiv konstatieren zu können, wie es sich mit der Sache thatsächlich verhält, denn wir sind in die Geheimnisse der Synagoge nicht eingeweiht, meinen aber dem jüdischen Gewährsmann in dieser Sache mindestens [!] eben so viel Glauben schenken zu dürfen wie dem christlichen.** Es ist doch nicht anzunehmen, daß ein Jude in der Absicht, seine Glaubensgenossen zu diskreditieren, diese Eidesgeschichte erfunden haben sollte. Dazu schreibt er auch zu bestimmt wörtlich wie folgt:

‚Noch heute ist es heiliger Brauch im Judentume, daß die Juden am Eingange des großen Versöhnungstages in einem Gebet laut erklären, d

---

* [Unwahr! Die Ansicht der maßgebenden jüdischen Autoritäten ist eine andere, vgl. „N. Pr. Ztg." No. 112, vorletzten Absatz, s. oben S. 37].

** [Der „jüdische Gewährsmann" hat aber, bald nachdem seine Autorität angerufen worden, bereut so geschrieben zu haben und hat Anfang Novbr. auch öffentlich widerrufen, s. Kap. III, 2, zweite Note].

alle die Eide und Schwüre, die sie in dem kommenden Jahre leisten werden, ungiltig und nichtig seien, und den Zweck hat, alle anwesenden Glieder des Judentums ihrer zu leistenden Eide zu entbinden.'

Die von dem Vorbeter vor- und von der Gemeinde nachgebetete Absolution lautet zu deutsch wörtlich: . . . *

‚Diese Absolutionsformel' — erklärt der jüdische Thalmudist weiter — ‚trägt der Vorbeter drei Mal mit immer erhöhter Stimme vor. Zwei Rabbiner oder zwei jüdische Gelehrte postieren sich bei ihm, einer zur Rechten, einer zur Linken, damit ihrer drei seien, welche Zahl bei einer Absolution notwendig ist. Hierauf wird ein Vers recitiert, welcher lautet: ‚Und es wird der ganzen Gemeinde der Kinder Israels vergeben werden.' —

So der jüdische Gewährsmann, auf welchen sich Herr Hofprediger Stöcker berufen hat. Eine einfache Gegenbehauptung [!] kann diese so bestimmt aufgestellte Angabe nicht entkräften, es bedürfte dazu schon unzweifelhafter Gegenbeweise. Einstweilen steht Behauptung gegen Behauptung, und wir sind, wie gesagt, in diesem Falle eher dem Juden, als dem Christen zu glauben geneigt, wenn letzterer sich zweifellos selbst auch im guten Glauben befindet. Wäre der Synagogengemeinde vielleicht eine diesbezügliche unmißverständliche officielle Erklärung gefällig? Eine solche wäre doch viel besser am Platze, als das elende Gemauschel der Judenpresse über ‚eine neue Unwahrheit Hofprediger Stöckers.'

2. Teils dieser Artikel, teils die in demselben Blatte stehende Ankündigung, daß Herr Hofprediger Stöcker am 8. Mai abends einen Vortrag: „Der Eid der Juden und der Christen" halten werde, veranlaßte mich am 8. Mai an genannten Herrn folgendes Schreiben zu richten, welches er vor seinem Vortrage empfangen sollte und auch thatsächlich empfangen hat (zwei durch Punkte bezeichnete Auslassungen zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen):

„Hochehrwürdiger Herr Hofprediger!

Ein gegen mich gerichteter, von Ihnen selbst oder doch in Ihrem Auftrage geschriebener Artikel in der Beilage zu No. 19 des ‚Christlich-socialen Correspondenzblattes' 1885 veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen:

1) Es ist nicht wahr, daß ich ‚eine einfache Gegenbehauptung' aufgestellt habe. Ich habe in (No. 99) der ‚Kreuzzeitung' folgende Begründung gegeben: ‚Erstens nämlich .. hergenommen werden.' [S. oben Kap. III 2].

Außerdem habe ich behufs genauerer Belehrung auf meinen Artikel »Kol Nidre« . . verwiesen.

2) Der Artikel in dem ‚Chr.-soc. Corrbl.' erweckt in den Lesern desselben den irrigen Glauben, daß der Wortlaut der Formel von mir ver-

* [Den Wortlaut s. oben S. 37].

schwiegen worden sei. Ich habe ihn aber in der erwähnten Nummer der ‚Kreuzzeitung' angeführt und schon vor vier Jahren habe ich in der Prot. Real-Encykl. a. a. O. S. 127 die vor und nach dem ‚Kol Nidre' gesprochenen Worte fast wörtlich so wie jetzt der ‚gelehrte jüdische Thalmudist Dr. M.' citiert.

Der Artikel kann demnach von Ihnen nur in einem Augenblick geschrieben, bezw. veranlaßt worden sein, in welchem Sie zu ruhiger Erwägung keine Zeit hatten. Sie selbst werden wünschen, daß ich die Überzeugung hege, daß Sie als christlicher Geistlicher und als Angehöriger der konservativen Partei im Reichstage einen begangenen Irrtum, zumal wenn durch denselben ein christlicher Theologe und konservativer Mann beschuldigt worden ist, gern und rückhaltlos widerrufen. Indem ich demgemäß der Erwartung Ausdruck gebe, daß die nächste Nummer des ›Christlich-socialen Correspondenzblattes‹ die beiden Punkte meiner Berichtigung wörtlich und ohne abschwächenden Beisatz abdrucken wird, zeichne ich hochachtungsvoll

als Ew. Hochehrwürden

ganz ergebener

Berlin W., 8. Mai 1885. Prof. D. Hermann L. Strack.

N.-S. Wenigstens nachträglich bemerke ich noch, daß es Ihnen wohl hätte bekannt sein können, daß zuverlässiger Aufschluß über jüdische Dinge in Berlin jetzt auch bei einem Christen zu erlangen ist, und daß Juden, welche nicht nur mit allem Glauben zerfallen sind, sondern auch Haß gegen ihre Stammesgenossen hegen, nicht als gute Berater betrachtet werden dürfen. H. Str."

3. Auf diesen Brief erwiderte Hr. Hofpred. Stöcker noch an demselben Abend, und zwar ehe er in die Versammlung ging (Poststempel: „8—9 N."):

„Berlin, 8. Mai 1885.

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Artikel ist weder von mir noch in meinem Auftrage geschrieben. Ich werde heute Abend über die Sache reden. Allerdings kann ich auch nur mein Bedauern aussprechen, daß Sie auf einen völlig ungenügenden Reporterbericht ohne Grund die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gebracht und dadurch die Judenpresse ermächtigt haben, über mich herzufallen. — Selbstverständlich soll in der nächsten Nummer Ihre Berichtigung unverändert abgedruckt werden.* — Herzlichst Ihr

Stöcker."

* [Das ist in No. 20, S. 3, geschehen, aber mit folgendem, die Aufnahme fast wertlos machenden Zusatze:

„Wir sind dem Hrn. Professor Dr. Strack für diese Erklärung dankbar müssen aber ad 1) bei allem schuldigen Respekt vor der Autorität des Herrn Professors im Hinblick auf anderseitig angeführte Thatsachen und Urteile,

4. Meine Antwort:

„Berlin W., 9/5. 1885. [Sonnab. Nachm.]

Sehr geehrter Herr Hofprediger!

Gern habe ich Kenntnis genommen von Ihrer Versicherung, daß der Artikel nicht von Ihnen geschrieben noch veranlaßt ist und daß die nächste No. des ‚Corr.-Bl.' die Berichtigung unverändert bringen soll.

Infolge dessen glaube ich heute folgendes hinzufügen zu sollen. In der No. 99 der Kreuzzeitung habe ich nicht den mindesten Angriff auf Ihre Person gemacht, sondern vorsichtig gesagt: ‚Nach dem Berichte der Kreuztg... soll Hr. S. gesagt haben', wonach sich meine Ausführung nur gegen das Berichtete wendete. In No. 18 des ‚Christl.-Soc. Corr.', welche mir erst spät zugänglich wurde, ist über den Vortrag nicht wesentlich anders berichtet; denn das mit ‚freilich sagt man' Eingeführte wird durch ‚den leisesten Ansprüchen an Redlichkeit nicht genügend' für unglaubwürdig erklärt. Somit scheint auch dieser Bericht nicht genau.* Ich bemerke noch freiwillig, daß ich, ehe ich

---

die denen des Hrn. Prof. Strack nicht konform, zum teil sogar entgegengesetzt sind, bei unserer Meinung verharren, daß die Sache noch nicht genügend aufgeklärt ist. Zugeben können wir, daß Hr. Prof. Strack nicht eine einfache Gegenbehauptung aufgestellt, sondern seine Auffassung begründet hat, eine Begründung aber, die uns [!] nicht genügen konnte. ad 2) müssen wir erwidern, daß der Artikel des ‚Christl.-Soc. Corr.-Bl.' in keiner Weise den Glauben erwecken kann [?], jedenfalls nicht hat erwecken wollen, als ob Hr. Prof. Dr. Strack den Wortlaut der Formel verschwiegen habe.

Die Sache selbst bleibt streitig [!] und wir behalten uns vor in einem besonderen Artikel darauf zurück zu kommen. D. Red."]

* [Gegenwärtig zweifle ich durchaus nicht an der Genauigkeit. — Der betreffende Passus lautet wörtlich: „Wie groß die Gefahr, wie grundverschieden die sittlichen Anschauungen der Juden von den unserigen sind, lehrt beispielsweise ihre Auffassung vom Eid [!]. Ein gelehrter jüdischer Thalmudist hat unwidersprochen [!] ans Licht gestellt [!], daß heute noch in den Synagogen am Jom Kipur, dem jüdischen Versöhnungstage, ein Gebet verrichtet wird des Inhalts, daß alle Eide, Schwüre, Gelübde von diesem bis zum nächsten Versöhnungstage keine Giltigkeit haben sollen. ‚Unsere Eide ꝛc. sollen keine Eide sein.' Freilich sagt man, das beziehe sich auf die sich selbstgemachten Eide, aber das läßt doch auf eine Laxheit in der Auffassung des Eides überhaupt schließen. Warum schafft man dieses den leisesten Ansprüchen an Redlichkeit nicht entsprechende Gebet nicht ab? Und Leute, die ihren Glauben in solcher Weise mißbrauchen [!], thun . . ." — Wörtlich ebenso in der gleichfalls vom 29. April datierten No. 99 (Beilage) des ‚Reichsboten', welche ich im November zu vergleichen Gelegenheit hatte; nur steht dort ‚jetzt selbstgemachten' statt des zwar nicht gut deutschen, aber sachlich richtigeren ‚sich selbstgemachten'].

meine Bemerkungen in der Redaktion abgab, zweimal im „Reichsboten" nachgesehn habe, um auch dessen Bericht zu vergleichen. Der Bericht ist aber dort viel später erschienen, sodaß ich nach zweimaligem Nachsehn glaubte, es werde überhaupt keiner kommen.*

„Ohne Grund" habe ich meine Bemerkungen nicht eingereicht. Es handelt sich nach dem Berichte um eine gegen den jüdischen **Gottesdienst** gerichtete Anklage. Eine von Juden ausgehende Antwort wäre nicht von Ihnen,** wohl aber von den Antisemitenblättern für unglaubwürdig erklärt worden. In Berlin aber bin ich wohl der einzige geborne Christ, welcher die jüdische Litteratur so weit kennt, daß er ein Urteil zum Druck geben kann. Anklagen, die etwa über Wucher, Fälschungen, als in der Gegenwart geschehend, mit Gründen vorgebracht werden, zu erörtern würde ich nur in ganz besonderen Fällen für meine Aufgabe erachten.

Vertraulich gebe ich zu diesem Grunde, der für mich ausschlaggebend war,*** noch einen zweiten auch vorhandenen, da Sie in bezug auf diesen eher mit mir sympathisieren werden.† Ich habe meine Kraft in den Dienst der Judenmission gestellt,†† wie Sie die Ihrige in den der Stadtmission und der Bekämpfung der Socialdemokratie. Mission aber zu üben ohne Liebe und ohne daß der, an den die Mission geht, von der Liebe des Missionierenden überzeugt ist, ist unmöglich. So muß ich auch den Juden zuerst zeigen, daß ich auch für sie eintrete; sie müssen wissen, daß sie in mir keinen Hasser haben. Dann werden ihre Ohren offener sein, und auch das ernste Wort, welches nicht fehlen darf, wird nicht mit dem Vorurteil, ein gewöhnlicher Antisemit rede, von vornherein abgelehnt werden können. Ich weiß wohl, daß tiefgreifende Differenzen zwischen Christentum und Judentum auf dem Gebiete des kodifizierten Rechts und sonst bestehn. Diese Differenzen will ich auch nicht vertuschen; ich will

---

* [Die Versammlung war am 24. April; der Bericht der „N. Pr. Ztg." erschien am 25. April abends, der des „Reichsboten" erst am 28. abends (s. vorige Note)].

** [Man beachte, welche Gesinnung hier als bei Hrn. Hofprediger Stöcker vorhanden bezeichnet wird und wie anerkennende und freundliche Worte das obige Schreiben noch enthält].

*** [Diese fünf mir sehr wichtigen Worte habe ich erst im Druck hervorgehoben.]

† [Als ich dies schrieb, erinnerte ich mich allerdings nicht, daß Herr Hofpr. Stöcker fünf Jahre vorher in seinem Vortrage „Der Kern der Judenfrage" gesagt hatte: „Man hat mir ferner gesagt: ich solle die Judenfrage zu lösen suchen, indem ich mich bestrebe, die Juden zu Christen zu machen. Ich würde diesem Rate sehr gerne folgen, wenn ich nicht wüßte [!!], daß dies Beginnen erfolglos wäre" [!]. Vgl. „Die Post" 1880, No. 99 Beilage (11. April)].

†† [seit Herbst 1883].

sie vielmehr in den Dienst der Mission stellen. Das kann ich aber nur, wenn die Juden überzeugt sind, daß ich das Schlechte in ihren Institutionen nicht suche, daß ich übertreibenden Angriffen vielmehr mich entgegenstelle. Die Besprechung dieser Differenzen von Person zu Person kann eine mächtige Waffe der Mission werden. Die Besprechung in öffentlichen Versammlungen schadet, mindestens gegenwärtig. Und speziell muß das Vorbringen einer nicht fundierten Anklage — wie die Berichte über die Versammlung der Christlich-Socialen am 24. April eine enthalten — die Juden gegen christlichen Einfluß verschließen. Ich bin überzeugt, daß Sie die Wirkung nicht beabsichtigen; aber ich weiß von vielen Fällen, in denen Juden durch die Agitation gegen die Juden, insonderheit durch die über das Judentum gehaltenen Reden, unzugänglich, ja feindlich gegenüber dem Christentum geworden sind. Wenn die Judenmission nicht noch schwerer leiden soll, so muß hier Wandel geschafft werden. — Ich bitte Sie also herzlich: enthalten Sie Sich möglichst, über die Juden zu sprechen; und wenn Sie einmal glauben, es thun zu sollen, dann nur zweifellos beglaubigte Fakta aus der Gegenwart! . . . .* Bedürfen Sie einmal Auskunft (ausgenommen für Agitationszwecke), so werden Sie mehr als Einen Christen finden, der Sie Ihnen gibt, der Sie jedenfalls nicht im Notfall ohne Hülfe läßt.

Durch mich ist die Aufmerksamkeit der Juden nicht auf Ihre Rede vom 24. April hingelenkt worden. Glauben Sie etwa, daß die Juden nicht auf die Berichte über Ihre Reden, namentlich im „Reichsboten", achten, zumal wenn das Thema schon ihre Aufmerksamkeit erregt?

Es ist möglich, daß Sie auch nach Empfang dieser Zeilen bei der bisherigen Behandlung der »Judenfrage« bleiben zu sollen überzeugt sind. Sollte es dann wieder geschehn, daß ich gegen einen Bericht Bemerkungen machen muß, so seien Sie gewiß, daß solcher Gegensatz mich nicht hindert, anzuerkennen, was Sie gegen die Socialdemokratie und auf dem Gebiete der inneren Mission und auch sonst geleistet haben. – Sie entschuldigen wohl die Flüchtigkeit der Schrift. Ich bin mit mannichfacher Arbeit überbürdet, und Krankheit macht mir im Hause seit dem Oktober viel Sorge.

Mit freundlichem Gruße

Ihr ganz ergebener H. L. Strack.

Nach Vollendung dieser Zeilen erhalte ich durch die Zeitung Kunde von Ihrem gestrigen Vortrage. Ich schicke den Brief unverändert ab, um meine Gesinnung zu zeigen. H. Str."

---

* [Die hier im Manuskript folgende Warnung vor der Zurateziehung des Hrn. Dr. Morgenstern, den ich wegen des „Dr. M." im „Ch.-S. C.-B." No. 18 (s. oben No 1) im Verdacht hatte, Hrn. Stöcker direkt informiert zu haben, ist am 13. Mai durch die feierliche Versicherung des Hrn. Dr. Morg. (s. oben III, 2, zweite Note) hinfällig und daher in meinem Brief vom 14. Mai (s. hernach No. 5) zurückgenommen worden].

5. In der Hoffnung, daß mein Schreiben vom 8. Mai wenigstens durch seinen Schlußsatz (s. oben No. 2) Hrn. Hofprediger Stöcker veranlassen werde, vorsichtig zu sein, sah ich mich bald getäuscht. Schon am Abend des nächsten Tages (Sonnabend, 9. Mai) erfuhr ich aus der Zeitung, daß er nicht nur wegen meines in wohlerwogener Rücksichtnahme* gebrauchten „soll Herr Hofprediger Stöcker gesagt haben" („N. Pr. Ztg." 99, s. oben III 2) mich angegriffen hatte, sondern auch einen Juden als Widerleger und Zeugen gegen mich hatte auftreten lassen.**

Infolge dessen schrieb ich Hrn. Stöcker am 14. Mai:

„Auf mein Schreiben vom 9. d. ist mir bis jetzt keine Äußerung Ihrerseits zugegangen, obwohl sein freundlich gemeinter und formulierter Inhalt und der erst nach Vollendung meiner Zeilen mir bekannt gewordene Verlauf der am 8. Mai von Ihnen veranstalteten Versammlung der christlich-socialen Partei zu einem Briefe an mich Anlaß boten. Doch das nur nebensächlich.

Heute bin ich genötigt, folgende Punkte zur Sprache zu bringen . . [Nun folgt: 1. Zurücknahme des am 9. Mai gegen Dr. Morgenstern Geäußerten, vgl. S. 54 Anm.; 2. kurze Darlegung sowohl der Fälschung Mays wie auch des [oben III 4 geschilderten] Verhaltens des Hrn. Engel].

Um Ihren Gegnern und damit teilweise auch den Gegnern des positiven Christentums keinen Anlaß zur Schadenfreude zu bieten, wünsche ich persönliche öffentliche Polemik gegen Sie zu vermeiden. Deswegen schreibe ich heute an Sie.

Sie wissen selbst am besten, daß Sie Citate aus der neuhebräischen Litteratur nicht selbst kontrolieren können, geschweige denn im stande sind, auf jenem Gebiete eine wissenschaftliche Untersuchung anzustellen. Und doch haben Sie mit Hülfe des Morgenstern'schen Artikels, der meine Aufstellungen nicht widerlegt, und der Aussagen eines — May meinen guten wissenschaftlichen Namen dem Hohne zur rechten Beurteilung unfähiger Hörer und Leser preisgegeben!

Sie haben eine treffliche Gelegenheit, Ihre gerade jetzt von Ihren Gegnern angezweifelte Liebe zur Wahrheit und zum Frieden zu beweisen. Ich wiederhole, daß die Formel »Kol Nidre« sich nach der Erklärung der maßgebenden jüdischen Autoritäten nicht auf Eide bezieht, durch welche die Interessen Anderer berührt werden; ich erkläre mich bereit, Ihnen die Originalstellen zu übersetzen; ich erkläre, daß weder Morgenstern noch May etwas

* [Vgl. „N. Pr. Ztg." 112, Absatz 2 (s. oben III, 5).]

** [Ich erinnere daran, daß May, ehe er seine Rede hielt, bei Herrn Stöcker gewesen; vgl. oben S. 39 Anm.]

mich Widerlegendes bewiesen haben; ich erinnere endlich daran, daß die Formel am Vorabende des Versöhnungstages gesprochen wird und die Liturgie dieses Tages hauptsächlich aus Bußgebeten und Bitten um Vergebung besteht, daß bei solcher Gelegenheit Erteilung eines Freibriefes auf Eidbruch geradezu undenkbar ist.

Danach glaube ich erwarten zu dürfen,

1. daß Sie nun auch öffentlich erklären werden, daß Sie nach nochmaliger Prüfung der einschlägigen Litteratur Ihre über das »Kol Nidre« genannte Stück der jüdischen Liturgie gegen Prof. H. Stracks Sachkunde gethanen Äußerungen zurücknehmen;

2. daß Sie den Fälscher May dergestalt öffentlich rügen werden, daß Niemand mehr glauben kann, es bestehe irgendwelche Verbindung zwischen Ihnen und ihm. Als selbstverständliche Folge dieses Rügens betrachte ich, daß Sie auch den P. Engel aufklären und ihn zur Entlassung des genannten Menschen zu bewegen suchen.

In dieser Erwartung zeichne ich

ganz ergebenst
Prof. D. Hermann L. Strack.

14. 5. 1885."

6. Am Abend des 15. Mai erschienen meine Erklärungen in „N. Pr. Ztg." 112 (s. oben III 5) und „Post" 131 (s. oben III 6).

Sonnabend, den 16. Mai (Aufgabestempel: „9—10 V."), richtete Hr. Hofprediger Stöcker die Frage an mich, ob wir nicht zusammenkommen sollten, um die Angelegenheit zu besprechen. Wo, sei ihm gleich; wenn ich am Montag zwischen 10 und 12 Uhr zu ihm zu kommen die Güte haben wolle, erwarte er weiter keine Antwort. Wer die erste Hälfte des I. Kap. oder auch nur „N. Pr. Ztg." 112, Absatz 3, oben S. 43) gelesen hat, wird meiner Versicherung, daß mir Erhaltung, bzw. Wiederherstellung freundlich-friedlichen Verhältnisses mit Herrn Stöcker als sehr wünschenswert erschien, gern glauben. Um so mehr war ich verwundert, als ich an demselben Abend eine Postkarte (Aufgabestempel: „4—5 N.") folgenden Inhalts empfing:

„Sehr geehrter Herr Professor! Da Sie, wie man mir erzählt [!], in der Kreuzzeitung schon wieder eine Erklärung veröffentlicht haben, so verzichte ich auf eine Besprechung.

Hofpr. Stöcker."

7. Da ich wirkliche Friedensliebe hegte, erwiderte ich umgehend, wie folgt:

„G. H. H. Nach dem Datum der Aufgabe Ihres Briefes und weil ich Sie für einen Abonnenten der ‚N. Pr. Ztg.' hielt, mußte ich glauben, daß Sie mir gerade infolge des Artikels geschrieben hätten. Anbei übersende ich Ihnen ein Exemplar[v. No. 112], damit Sie selbst prüfen können. (NB Datum.) Ich war bereit (nach Röm. 12, 18) Montag 11¼ zu Ihnen zu kommen. Jetzt muß ich mich darauf beschränken zu bemerken, daß ich am Montag gegen 8½ das Haus verlasse, weil ich von 9–11 Vorlesungen in der Universität habe.

Berlin W. 16/5. 1885. Ab. 7 Uhr. H. Str."

8. Herr Hofprediger Stöcker antwortete, gleichfalls umgehend (17. Mai):

„Vielen Dank für die Uebersendung der Erklärung! Es liegt mir natürlich daran, diese Auseinandersetzung in vollem Frieden zu beenden. Wollen Sie also die Freundlichkeit haben, 11¼ Uhr hier vorzukommen, so wird es mich herzlich freuen. Ihr

Hofpr. Stöcker"

9. Infolge dessen ging ich am 18. Mai (Montag) Vorm. zu Herrn Hofprediger Stöcker und wurde freundlich empfangen. Nach einigen einleitenden Worten (u. a. zeigte ich ihm zur Dokumentierung meiner Gesinnung die oben S. 3 erwähnte Notiz der „Jüd. Presse" 1884, No. 13) sagte er mir: „Ich habe, um meinerseits etwas zu thun, meinem Redakteur ..*, der heute früh, ehe Sie kamen, bei mir war, befohlen kein Wort mehr über den Judeneid zu drucken." S. May sei, ehe er die Rede am 8. Mai gehalten, zum ersten Male bei ihm gewesen. Er (St.) habe sich vor der Versammlung bei Engel nach ihm erkundigt und gute Auskunft erhalten (vgl. oben S. 39 Anm.). Meine Notiz in „N. Pr. Ztg." 99 habe er mit einem Vortrage erwidert, weil die gegnerischen Blätter eine etwa von ihm in dieser Zeitung gegebene Antwort nicht beachtet haben würden. Auf meine Beschwerde über Engels Verfahren mit meiner ihm (E.) selbst übergebenen Berichtigung (vgl. oben III 4) antwortete er, auch andere Redakteure zeigten in solchen Fällen oft kein Entgegen-

* Hier nannte er den Namen Desjenigen, dem das oben S. 12 erwähnte gerichtliche Erkenntnis, von dessen Dasein und Inhalt ich erst nach Mitte Juni erfahren habe, gegolten hat.

kommen. Als wir vom Thalmud und dessen verschiedenartigem Inhalt sprachen, sagte er, er „habe den Thalmud in der Übersetzung gelesen.“ Um der Unterredung ihren freundlichen Charakter zu lassen, begnügte ich mich zu bemerken: „„Sie meinen wohl die Traktate, welche übersetzt sind““; worauf er replicierte „natürlich, die Traktate, welche übersetzt sind“*. Noch sei, wegen dessen, was sich daran geknüpft hat, eines weiteren damals von mir gegebenen Beweises freundlicher Gesinnung gedacht. Im Laufe des Gespräches erwähnte Herr Hofprediger Stöcker, daß er wegen des von mir in „N. Pr. Ztg.“ 99 (s. oben S. 36) gebrauchten Wortes „unmöglich“ von seinen Gegnern der Unwahrheit beschuldigt worden sei. Ich bemerkte darauf, daß ich, wenn mir eine derartige Äußerung zu Gesicht kommen sollte, gegen solche falsche Deutung jenes Wortes protestieren würde. – Meine Befriedigung über die freundliche Art, wie die Unterhaltung geführt ward und endete, wurde auf dem Heimwege nur dadurch getrübt, daß ich bedauerte, mich Herrn Hofprediger Stöcker gegenüber auf allgemeine Warnungen vor jüdischen Ratgebern, insonderheit vor S. May, sowie vor generalisierenden Anklagen gegen das Judentum beschränkt, nicht aber nochmals ausdrückliche, öffentliche Lossage von May gefordert zu haben. Indes tröstete mich über dieses durch die Art der Beredsamkeit des Herrn Hofpredigers Stöcker wohl entschuldbare Versäumnis der Gedanke, nun Ruhe zu haben oder höchstens mit May weiter streiten zu müssen.

Letzteres war sehr bald der Fall; denn schon an demselben Abend fand ich in „N. Pr. Ztg.“ 114 (Datum 19. Mai) eine längere Erklärung Mays gegen mich, auf welche ich sofort antworten mußte und auch antwortete, s. „N. Pr. Ztg.“ 115, ausgegeben Dienstag 19. Mai, Nachm., Datum 20. Mai. Man wolle beachten, wie ich im vorletzten Absatze dieser (oben III 7 abgedruckten) Antwort Hrn. Hofpred. Stöcker gegen den mir nur

* Diese scheinbar unbedeutenden Äußerungen über den Thalmud sind mir fest im Gedächtnis geblieben, weil ich wußte, daß Hr. Prof. Paulus Cassel einige Jahre früher die gleiche Behauptung des Herrn Hofpredigers Stöcker gerügt hatte (s. Kap. VII 2). Sie sind charakteristisch für das leichtfertig zufahrende Reden und Urteilen Stöckers.

durch ihn und zwar ohne Vorlegung von Beweisen bekannt gewordenen Vorwurf der Unwahrheit (wegen meines „unmöglich") verteidigt habe.

10. Aber auch im übrigen dauerte meine Befriedigung nicht lange; denn schon am Mittwoch (20. Mai) Morgen erhielt ich folgendes Schreiben (Aufgabestempel: „19/5 85 5—6 N."):

„Berlin, d. 19. 5. 85.

Sehr geehrter Herr Professor!

Aus dem Reichsboten [!] von gestern Abend ersehe ich, daß Sie Pfr. Engel in der Post überaus scharf [!] angegriffen* und daß die Schandblätter** Ihre zweite Erklärung wiederum gegen mich ausgebeutet haben. Unter diesen Umständen kann ich selbstverständlich [!] mein Wort, ich würde über die Sache [!]*** nicht weiter reden, nicht aufrecht erhalten. Es würde schlecht sein, wenn ich Andere sich für mich schlagen ließe und selber schwiege. Ich behalte mir also volle Freiheit für mich und unser Blatt [!] vor. Herzlich [!!!] Ihr Stöcker."

---

* [Nein! Ich habe nur ein Faktum konstatiert, dessen ich gegenüber Hrn. Hofprediger Stöcker schon zweimal (am 14. Mai brieflich und am 18. Mai mündlich) Erwähnung gethan hatte.]

** [Der „Reichsbote" No. 114 (datiert v. 19. Mai), den ich erst am 30. August gelesen habe, spricht allerdings allgemein von „der jüdischen Presse", citiert dann aber nur das „Berl. Tageblatt". Hätte sich Hr. Hofprediger Stöcker nicht damit begnügt, die beiden einzelnen im „Reichsboten" angeführten Sätze zu lesen, sondern die betreffende Nummer des „Berliner Tageblatt" selbst angesehen, so würde er gefunden haben, daß der eigentliche Vorwurf, der ihm daselbst gemacht wird, die Verbindung mit Simon May ist, an welcher Verbindung ich unschuldig bin. — Ich bitte die Leser nochmals „N. Pr. Ztg." 112 (oben III 5) zu vergleichen und sich zu überzeugen, daß ich daselbst den „Schandblättern" keinen Anlaß gegeben habe, über Hrn. Stöcker herzufallen.]

*** [Welche Logik! Und wenn Hr. Hofprediger Stöcker auch hundert Artikel über den Judeneid schriebe oder schreiben ließe, würde dadurch irgend etwas an dem Urteil über das Verhalten des Hrn. Engel hinsichtlich meiner Berichtigung geändert werden?? Logisch und zugleich ohne Verletzung seines gegebenen Versprechens hätte Hr. Stöcker etwa schreiben können: „Unter diesen Umständen ist es meine Pflicht, Hrn. Engel gegen den Vorwurf, welchen ich in Ihren Worten finde, öffentlich zu verteidigen." Ja er konnte, falls er das sonst zu verantworten im stande zu sein meinte, hinzufügen: „Daran, daß jedem Worte des Hrn. Engel unbedingt zu glauben sei, darf Niemand zweifeln, auch Sie nicht. Sein Wort gilt mir mehr als das Ihrige und das werde ich auch öffentlich erklären".]

11. Dieser Brief befremdete mich in hohem Maße; doch glaubte ich zu Stöckers Ehre wenigstens das annehmen zu sollen, daß er dem formalen Zurücknehmen seines mir bedingungslos gegebenen, noch dazu im Verlaufe der Unterredung wiederholten Wortes jedenfalls nicht gleich die That folgen lassen, sondern meine Erwiderung abwarten werde. Noch an demselben Vormittag (Einwurf in den Briefkasten 11¼) antwortete ich:

„Hochwürdiger Herr Hofprediger!

Nach dem überaus freundlichen Entgegenkommen, das ich Ihnen durch meine Karte am Sonnabend [s. oben No. 7] und durch meinen Besuch am Montag bewiesen habe, setzt Ihr Brief von gestern Abend mich sehr in Verwunderung. Wie können Sie wieder über etwas urteilen, was Sie nicht gelesen haben!* Und wie konnten Sie mir so schreiben, wie Sie jetzt thun, ohne Kenntnis von meiner doch vorauszusehenden Antwort an May, die, als Sie gestern Abend schrieben, bereits in der Kreuzzeitung [No. 115] gedruckt stand!!! In der ‚Post' steht nichts, was Anlaß zum Angriff gegen Sie bietet; und aus der ‚Kreuzzeitung' No. 114 [lies: 115] werden Sie ersehn, daß Hermann Strack noch mehr erfüllt, als er versprochen hat.

Den Artikel im ‚Reichsboten' habe ich nicht gelesen und ich beabsichtige auch jetzt noch nicht ihn zu lesen, und zwar weil ich aus folgendem Grunde das Blatt zu gering achte. P. Engel hat mir am Sonnabend, 9. Mai früh (gegen 9 Uhr) Abdruck meiner den Einsender der ‚Zuschrift' in No. 106 in keiner Weise angreifenden Widerlegung der gegen mich begangenen Fälschungen versprochen; er hat diese Widerlegung auch in der das Datum ‚Donnerstag 14. Mai' tragenden, am 13. Abends erschienenen No. nicht abgedruckt, obwohl die Wiederholung der Fälschung in der von Dienstag datierten No. ihm ein mächtiger Antrieb sein mußte, spätestens in der von Mittwoch datierten No. sein Wort einzulösen. Daher habe ich am Mittwoch, 13., Abends gegen 9½ Uhr das Manuskript abholen lassen. Wenn im ‚Reichsboten' ‚Dienstag' steht — wie mir erzählt wird (ich beabsichtige, wie erwähnt, nicht das Blatt zu lesen), so wäre das eine zweite Unwahrheit Engels . . . . . .**

Sie haben mir gesagt, auf grund jenes ‚unmöglich' seien Sie von ‚liberalen Blättern' der Unwahrhaftigkeit beschuldigt worden. Ich ersuche

* [Der „Reichsbote" hat nur zwei Sätze aus meiner in der „Post" 181 abgedruckten Notiz (s. oben III 6) citiert: „Ich habe dem . . . zurückgeben lassen"].

** [Vgl. meinen Brief vom 1. Juni (unten No. 12). Das Urteil des Herrn Dr. Berliner über May steht ebendort ausführlicher, ist daher hier weggelassen].

Sie mir diese Blätter zuzusenden, damit ich die Redaktionen ev. auf das in der ‚Kreuzztg.' No. 114 [lies: 115] Bemerkte hinweisen kann.

Nach dem Vorstehenden betrachte ich Sie nach wie vor an Ihr mir gegebenes Wort gebunden.

Wenn in Ihrem Korrespondenzblatte noch etwas über die Angelegenheit gebracht werden soll, so würde dies in einer Ihnen und mir genügenden Weise so geschehn, daß Sie unter der Rubrik ‚Zwei Erklärungen des Herrn Prof. D. H. Strack' abdrucken: a) ‚Kreuzztg.' No. 112 die gegen May gerichteten Sätze, b) ‚Kreuzztg.' No. 114 [lies: 115] von ‚Hier könnte ich schließen' an, also beidemal die zweite Hälfte meiner Einsendungen. Über jeden Zusatz erwarte ich vorherige Vereinbarung.

Ich erwarte von Ihrer Wahrheitsliebe: 1) daß Sie nichts wider mich schreiben, — 2) daß Sie verhindern, daß in Ihren beiden Blättern (‚Korr.-Blatt der christlich-socialen Partei' und ‚Reichsbote') irgend etwas gegen mich veröffentlicht werde, — 3) daß Sie Sich öffentlich von dem unwissenden Fälscher* May lossagen und für seine Entlassung aus dem ‚Reichsboten'-Personal sorgen. (‚Es thut mir weh, wenn ich dich in der Gesellschaft seh.') — 4) daß Sie dem P. Engel die Ungehörigkeit seines Verhaltens klar machen.

In dieser Erwartung

zeichne ich ganz ergebenst

Berlin W Prof. H. Strack.

Mittw. 20. 5. 1885."

12. Nachdem ich mehr als eine Woche vergeblich auf Antwort gewartet hatte, kaufte ich die neuesten Nummern des „Chr.-S. C.-Bl.", in der Hoffnung, daß Hr. Hofprediger Stöcker wenigstens nicht mit der That von seinem Worte abgewichen sein werde. Wer beschreibt mein — Erstaunen, als ich in den am 20., bzw. 28. Mai morgens ausgegebenen Nummern den oben S. 18—21 auszugsweise abgedruckten Aufsatz „Zur Frage des Judeneides" fand, einen Aufsatz, in dem weder des Hrn. Engel noch seines Verhaltens auch nur mit Einer Silbe Erwähnung geschieht, sondern lediglich gegen die Glaubwürdigkeit der von Juden geleisteten Eide und gegen meine Auffassung des Kol Nidre mit sehr gehässiger, aber ungenügender Beweisführung polemisiert wird. — So schrieb ich denn am 1. Juni:

* [Der Zusammenhang (s. bes. „N. Pr. Ztg." 112, „Post" 131) ergibt, daß hier nicht an eine gesetzlich strafbare Handlung gedacht ist, sondern daß das Wort „F." in ähnlichem Sinne gebraucht ist, in welchem es für Abr. Firkowitsch u. s. w. Gültigkeit hat].

„Herrn Hofprediger Ad. Stöcker, Hochw.

Mein am 20. Mai (Mittw.) Vorm. 11¼ Uhr an Sie abgesendeter Brief ist ohne Antwort geblieben!

In bezug auf Engel bemerke ich heute: Die von mir am „[20. Mai]“ nur hypothetisch ausgesagte zweite Unwahrheit ist von ihm faktisch verübt worden; denn im Reichsboten steht wirklich (wie ich durch einen zuverlässigen Zeugen weiß, den ich nachsehn ließ) die Behauptung, daß ich mein Manuskript am Dienstag (12. Mai) zurückgefordert hätte, während ich das erst am Mittwoch (13. Mai) Abend that, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß auch in der von Donnerstag (14. Mai) datierten No. mein Nachweis der Fälschungen (Mays) nicht abgedruckt war.* — Hier der Beweis für eine dritte Unwahrheit Engels. Vor mir liegt das Original eines von Engel erst im April dieses Jahres geschriebenen Briefes, in dem es wörtlich heißt: ‚Ich habe übrigens auch mit Dr. May keine Verbindungen mehr“!!**

In bezug auf Simon May schreibt Dr. A. Berliner, auf den May sich berufen, am 19. Mai 1885: ‚Ohne auf den weiteren Inhalt jenes Artikels [‚N. Pr. Ztg.‘ No. 114] einzugehen, darf ich dem Verfasser desselben das Zeugnis nicht versagen, daß, als er vor c. 16 Jahren hierher nach Berlin kam und als Lehrling in ein Fellgeschäft eintrat, er in etwa zwei Stunden mich zu der Überzeugung führte, daß er nicht im Stande sei, auch nur eine Zeile im Talmud richtig zu lesen, geschweige zu übersetzen und ich ihn damals schon für zu alt hielt, solche schwierige Studien noch aufzunehmen.“

Der jüdische Geistliche . . .† hat mich ohne Veranlassung meinerseits zu der Erklärung autorisiert, daß May damals nicht einmal die Elemente der hebräischen Grammatik ordentlich gekannt habe.

Die . . .†† Vergangenheit des Simon May kann Ihnen nicht unbekannt gewesen sein.

Und doch haben Sie Sich selbst von Ihrem mir am 18. Mai gegebenen Worte, daß über Kol Nidre und das damit Zusammenhangende im ‚Corresp.-Blatte‘ nichts mehr gedruckt werden solle, entbunden, Sich selbst entbunden um Mays willen und um Engels willen!

---

* [Am 30. Aug. habe ich mich auch direkt überzeugt, daß Hr. Engel in No. 114 in der That geschrieben hat: „Da schickte Herr Prof. Dr. Strack am Dienstag Abend“. Die anderen Behauptungen des Hrn. Engel hier richtig zu stellen, ist mir des erforderlichen Raumes wegen leider nicht möglich.]

** [Simon May aber hat sich in diesem Herbst vor Gericht als mehrjährigen und ständigen Mitarbeiter des „Reichsboten“ bezeichnet!]

† [Hier habe ich Namen und Legitimation des Herrn weggelassen].

†† [Die Punkte auch im Original].

Ja der neue Artikel über den Eid der Juden war gedruckt (in Ihrem ‚Corresp.-Blatt‘ v. 20. Mai, No. 21), ehe ich Ihren Brief vom 19. abends (der ordnungsmäßig am 20. morgens 9 Uhr in meine Hände kam) auch nur empfangen haben konnte, während Sie doch zum mindesten verpflichtet waren, meine Antwort abzuwarten!!

Und damit nicht genug — acht Tage, nachdem Sie meinen Brief erhalten und nachdem Sie meinen Ihnen so außerordentlich entgegenkommenden Artikel in ‚N. Pr. Ztg.‘ No. 115 („No. 114“ in meinem Brief vom 20. Mai ist Schreibfehler) gelesen hatten, in welchem May von neuem charakterisiert war, geben Sie in Ihrem ‚Corresp.-Blatt‘ No. 22 (v. Donnerstag 28. Mai) dem Simon May das Prädikat eines ‚aufrichtigen jüdischen Gelehrten‘!!*

Und damit noch nicht genug — Sie dulden (denn ohne Ihr Wissen kann das nicht geschehn sein), daß dieser Mensch mich in der Versammlung des Deutschen Antisemitenbundes in der schmählichsten Weise angreift, s. Staatsbürger-Zeitung No. 124C, Volks-Zeitung No. 124, Drittes Blatt, vom 31. Mai, welche ich beilege, und andere Blätter.**

Herr Hofprediger! Kehren Sie um, da es noch Zeit ist! Lüge und Fälschung haben sich Ihnen als Bundesgenossen — nun ich will sagen, aufgedrängt. Sie werden mit Hülfe derselben augenblicklich in der Gunst der urteilslosen Masse hoch stehn. Aber Sie schädigen, wenn Sie solche Bundesgenossenschaft auch nur dulden, die Wahrheit, das Christentum! Um der guten Sache willen, nicht um meinetwillen, beschwöre ich Sie: hören Sie auf gut gemeinten Rat! Veranlassen Sie, daß der ‚Reichsbote‘ sofort auf seiner ersten Seite folgende Erklärung bringt:

‚Ehrenerklärung für Hrn. Prof. D. Hermann Strack.

‚Einer der Unfälle, welche auch der achtsamsten Redaktion begegnen ‚können, hat uns betroffen. Hr. Simon May† hat unser Vertrauen in be‚dauerlicher Weise getäuscht, und wir bitten demnach unsere Leser, Alles

* [Vgl. oben S. 21, Zeile 2].

** [Nach der „Staatsbürger-Ztg.“ hat May u. a. gesagt: „Warum hat er [Strack] aber bei solcher Einsicht nicht, statt Hrn. Stöcker anzugreifen, im ‚Berliner Tageblatt‘ die Abschaffung dieses Gebets befürwortet? Natürlich hat er das nicht gethan; denn die Judenpresse hätte ihn dann sicher als Ignoranten in Sachen des Judentums erklärt, was Hr. Strack aber fürchte. (Sehr richtig!) Der Jude schwöre“ . . . — Ein gelegentlicher Berichterstatter der ‚Volks-Ztg.‘ verbürgt folgende Äußerung: „Strack, der eine Säule des christlichen Staates sein sollte, den der Staat durch die Übertragung einer Professur geehrt habe, sei in seinen, Redners, Augen kein Priester der christlichen Kirche mehr.“

† [Die Notwendigkeit, daß Hr. Stöcker sich von May, den er neben sich hatte auftreten lassen, öffentlich lossage und daß auch Hr. Engel diesen

‚was in NNoo. 106 ff. des „„Reichsboten““ gegen die Person, die Gesinnung, ‚die Kenntnisse und die Handlungsweise des Hrn. Prof. Strack geäußert ‚worden ist, als nicht gesagt und als unsrer jetzigen besseren Ueberzeugung widersprechend betrachten zu wollen. - Hr. Prof. Strack* hat wiederholt, ‚so z. B. in einem in No. 163 der „„N. Preuß. Ztg.““ v. J. 1884 veröffent- ‚lichten Artikel [s. oben S. 3—6] bewiesen, daß er zur rechten Zeit auch dem ‚Judentum gegenüber ein ernstes Wort zu sagen sich nicht scheut.

‚Berlin, den 2. Juni 1885.

Red. des Reichsboten.‘

Diese Erklärung ist unverändert und ohne anderen Zusatz als die Worte ‚Der „„Reichsbote““ veröffentlicht . . .‘ in die nächste Nummer Ihres ‚Correspondenzblattes‘ aufzunehmen. **

Meinem Ersuchen [Brief v. 20. Mai], mir diejenigen Blätter zuzusenden, in welchen Sie auf grund meines ‚unmöglich‘ der Unwahrhaftigkeit beschuldigt worden seien, damit ich ev. an die Redaktionen schreiben könne, haben Sie nicht folge geleistet. Ich erneuere das Ersuchen, da ich mich nicht erinnere, ein Blatt gesehen zu haben, in dem diese Beschuldigung gestanden. ***

Mann von der Mitarbeit an seinem „christlichen“ Blatte entferne, habe ich schon am 14. Mai, auf grund nur des Artikels im „Reichsboten“ No. 106 und der am 8. Mai gehaltenen Rede Mays, mit Entschiedenheit ausgesprochen und am 20. Mai wiederholt. Die mir allerdings auch an sich wünschenswerte Zurücknehmung der in einem wesentlich von gläubigen Pastoren gelesenen Blatte mit Unrecht gegen mich erhobenen Beschuldigungen wurde mithin damals wie auch später (24. Oktob.) meinerseits hauptsächlich deswegen gefordert, weil aus ihr die um der Wahrheit willen unbedingt erforderliche Entfernung Mays vom „Reichsboten“ vor der Öffentlichkeit begründet werden konnte].

* [Diesen Satz fügte ich hinzu, um dem] stark (wie stark, habe ich später noch mehr erkannt) antisemitischen Redakteur des „Reichsboten“ den Rückzug zu erleichtern].

** [In dieser Aufnahme hätte, in einer für Hrn. Stöcker sehr gelinden Form, die erforderliche Lossagung Stöckers von May gelegen; denn das „Ch.-S. C.-Bl.“ hatte in No. 20 über Mays am 8. Mai gehaltene Rede berichtet und in No. 22 ihn als einen „aufrichtigen jüdischen Gelehrten“ bezeichnet].

*** [Auch bis jetzt habe ich kein solches Blatt gesehen. Das vermutlich gemeinte und deshalb von mir später auf der Expedition genau durchgesehene „Berl. Tagebl.“ erwähnt unsre Differenz bis auf die in betracht kommende Zeit, soviel ich bemerkte, nur zweimal: No. 214, Hauptbl. S. 3 (29. Apr.), und No. 242, Hauptbl. S. 2 (16. Mai), an beiden Stellen ohne des „unmöglich“ zu gedenken.]

Wie unvorsichtig und zugleich wie unrecht Sie gehandelt haben, als Sie das Buch des P. Daab * sowohl in Ihrem ‚Corresp.-Blatt' als auch in Ihrem am 29. Mai gehaltenen Vortrage als Beweismittel benutzten, scheinen Sie nicht einmal zu ahnen.

Die Verhältnisse nötigen mich eine umgehende und klare Antwort auf meine in diesem und im vor. Briefe enthaltenen Forderungen zu verlangen.

Berlin, . . 1. Juni 1885, Nachmittags 4¼ Uhr. Durch Eilboten."

D. Herm. L. Strack, a.o. Prof. d. Theol.

13. Als Antwort erhielt ich am 2. Juni früh eine Postkarte (Aufgabestempel: 1/6 85. 8—9 N.), auf welcher lediglich und wörtlich Folgendes stand:

„In aller Eile [!] nur ein Wort! Ich habe selbstverständlich [!] mit Dr. M. kein Wort über die Versammlung gewechselt**, überhaupt mit ihm keine Verbindung mehr [?]***. Sie sehen, daß Ihre Vermutungen [!] wieder nicht zutreffen. — Der Streit mit Ihnen ist in dem Korrespondenzblatt und auch von mir nicht weitergeführt†, obwohl ich dazu völlige Freiheit habe††. Über jüdische Gegenstände††† zu schreiben kann†* und will ich dem Redakteur nicht verbieten. Ich habe mich übrigens um alle die Artikel*†* nicht gekümmert†*†.

Hofprediger Stöcker."

* [Vgl. oben S. 15. 19. 21].

** [Das Vorherwissen um den z. B. in der „N. Pr. Ztg." vorher angekündigten Vortrag wird nicht bestritten. Mußte nicht Hr. Hofprediger Stöcker, nachdem er von mir und von anderer Seite über May aufgeklärt war und nach allem, was seit dem 8. Mai sich ereignet, dafür sorgen, daß der „mehrjährige und ständige Mitarbeiter" des „Reichsboten" nicht Anlaß zu weiterem Ärgernis gab? Und meine wiederholte Forderung einer Lossagung von diesem Manne bleibt ganz unerwähnt!]

*** [Vgl. hernach No. 17, S. 69, Z. 26.]

† [Unwahr! Ist der Leitartikel in „Ch.-S. C.-Bl." No. 21 und 22 nicht ein Streiten gegen mich (s. oben S. 18 ff.)?]

†† [Nein! Hr. Hofpred. Stöcker hatte am 19. Mai sich selbst von seinem Worte entbunden, nicht ich ihn!]

††† [Nicht auf „jüdische Gegenstände" bezog sich das gegebene Wort, sondern auf den „Judeneid".]

†* [Unwahr! Denn Hr. Hofpred. Stöcker hat am 18. Mai seinem Redakteur verboten! (s. oben S. 57)].

† [Es handelte sich nur um Einen Artikel!]

†*† [Unglaublich! Das am 18. Mai gegebene Verbot, den Artikel zu drucken, muß spätestens am 19. ausdrücklich zurückgenommen worden

14. Noch Einen Versuch glaubte ich des Friedens halber machen zu müssen. Durch einen Boten sandte ich Hrn. Hofpred. Stöcker folgendes Briefchen:

„Die ausweichenden Zeilen, welche ich eben erhalte, genügen mir nicht. Wollen Sie den Ihnen und Engel durch mich noch offen gehaltenen anständigen Weg zur Wahrheit und zum Frieden wählen durch die heute im ‚Reichsboten'* zu veröffentlichende Ehren-Erklärung? Ja oder Nein!
2. 6. 1885. H. Strack."

15. Die Antwort lautete:

„Berlin, d. 2. 6. 85.

Ew. Hochwürden muß ich leider erwiedern, daß ich durchaus nicht im Stande bin, Ihrem Wunsche** zu entsprechen. Sie gehen von Neuem von der irrigen Voraussetzung aus, daß ich Herrn Pfr. Engel Vorschriften*** machen kann. Wenden Sie sich an ihn selbst, dann wird er thun, was er für recht hält.

Ihnen kann ich nur raten, den in so thörichter Weise [!] begonnenen Streit aufzugeben. Wer sich mutwillig in Gefahr begiebt, kommt darin um, das erfahren Sie jetzt. Ihre Briefe an mich strotzen [!] von unbegründeten Insinuationen, von falschen Voraussetzungen, von gröblichen Beleidigungen gegen meinen Freund [!] Engel. Führen Sie den Streit weiter, so wird mir nichts übrig bleiben, als alle die unbesonnenen Behauptungen und Beleidigungen Ihrer Briefe zu veröffentlichen [!]. Sie kennen das öffentliche Leben nicht und überschätzen Ihre Bedeutung. Kehren Sie um! Das rufe ich Ihnen mit viel mehr Recht zu, als Sie mir.

Ergebenst

Hofprediger Stöcker."

---

sein; sonst konnte die erste Hälfte des Artikels nicht am 20. Mai früh im „Ch.-S. C.-Bl." stehn. Und für den Inhalt eines Artikels, durch dessen Veröffentlichung man seinem Worte untreu wird, ist man ohne Zweifel voll verantwortlich.]

* [Dann natürlich (s. IV 12, S. 64) auch im „Ch.-S. C.-Bl.".]

** [Ich hatte zwei Forderungen aufgestellt: nicht nur Hr. Engel, sondern auch Hr. Stöcker sollte sich von S. May lossagen. Die zweite, schon am 14. Mai ausgesprochene und dann mehrfach (noch am 1. Juni, s. IV 12) wiederholte Forderung wird hier einfach totgeschwiegen!]

*** [Es handelte sich nicht um „Vorschriften", die Hrn. Engel zu machen gewesen wären; sondern Hr. Hofpred. Stöcker sollte seinen ausreichenden Einfluß zu dem Zweck aufbieten, daß sein „Freund" und begeisterter Lobredner, der „christliche" Hr. Pastor a. D. Engel, eine der Liebe wie der Wahrheit nicht entsprechende, mithin auch der Sache des Christentums schädliche Genossenschaft und Handlungsweise aufgebe.]

16. So sehr der Inhalt dieses Briefes mich zu verletzen geeignet war, bemühte ich mich doch um des Friedens willen in ihm eine Stelle zu finden, von welcher aus ein Ausgleich sich anbahnen ließe. „Wenden Sie Sich an ihn selbst". Würde ich mir nicht Vorwürfe machen müssen oder doch machen können, wenn ich persönliche Aussprache mit Herrn Engel nicht versucht hätte? War es nicht möglich, daß dieser auf gut gemeinte, ernstliche Vorstellungen hörte? War es dann nicht fast selbstverständlich, daß Herr Stöcker im „Ch.=S. C.=Bl." nachfolgte? So that ich denn, noch an demselben Vormittag (Dienstag, 2. Juni) den wahrlich nicht leichten Gang zu Herrn Pastor a. D. Engel. Auf die in seinem Zimmer hangende Darstellung des gekreuzigten Heilandes hinweisend sprach ich zu Herrn Engel von der Persönlichkeit Mays und wie gefährlich es für ein das Christentum auf sein Panier schreibendes Blatt sei, sich mit einem solchen Manne zu versippen. Herr Engel erklärte, nichts Nachteiliges von May gehört zu haben, obwohl ich wußte und ihm dann auch sagte, daß er mehr als Einmal vor May gewarnt worden war. Auf meine Beschwerde über Mays Angriff im „Reichsboten" No. 106 (s. oben III, 3 ff.) erwiderte Herr Engel, er begreife nicht, wie man jene Darlegungen als „Fälschungen" bezeichnen könne! Sich von May loszusagen, habe er durchaus keinen Anlaß! May* stehe zum „Reichsboten" in keinem andren Verhältnisse als andre gelegentliche Reporter! Die Aufnahme der oben Kap. IV 12 mitgeteilten Erklärung verweigerte er auch dann, als ich zu einigen für ihn erleichternden redaktionellen Änderungen, ja selbst zur Weglassung des Namens Mays** (falls nur die Entfernung Mays vom „Reichsboten" stattfinde), mich bereit erklärte. — So schied ich, unverrichteter Sache zwar, aber mit dem befriedigenden Bewußtsein, das Gute nach Maßgabe meiner Kräfte erstrebt zu haben.

* Der „mehrjährige und ständige Mitarbeiter" s. S. 62 Anm. **

** Es war ja gar nicht meine Absicht den S. May persönlich zu schädigen.

7. Was nun? Weiterer Briefwechsel mit Herrn Hofprediger Stöcker war unmöglich. Sein Schreiben ganz unerwidert zu lassen war ebenso unmöglich. Da Herr Stöcker mir mit dem „Veröffentlichen" meiner Briefe offenbar hatte drohen wollen, war wie begreiflich, mein erster Gedanke, Herrn Stöcker zu zeigen, daß ich die Öffentlichkeit nicht zu scheuen habe, und meinerseits eine Darstellung des ganzen Handels zu publicieren. In diesem Gedanken bestärkte mich das gleich zu erwähnende Bedenken betreffs der ferneren sittlichen Duldbarkeit der gegenwärtigen, sich immer mehr befestigenden Stellung Stöckers in christlichen, insonderheit konservativen Kreisen. Andrerseits war mir erst anderthalb Wochen vorher eine geliebte Schwester nach kurzer Krankheit unerwartet gestorben und schon mehr als sieben Monate herrschte in meinem eigenen Hause durch schwere Krankheit große Sorge, so daß zu dem Wunsche, öffentlichen Streit, wenn irgend möglich, zu vermeiden sich auch physisches Ruhebedürfnis gesellte. Dazu kam die für mich schwer ins Gewicht fallende Erwägung, daß unter Denen, die sich über diesen Streit freuen würden, vornehmlich die Gegner des Evangeliums vom Gekreuzigten und Auferstandenen sein würden. Und schließlich wollte ich nicht als Zeuge in den Proceß „Stöcker-Bäcker" verwickelt werden. So beschloß ich die Vermittelung Jemandes zu erbitten, von dem ich wußte, daß er viel von Herrn Stöcker und dessen Wirken hielt — weil ich einerseits gewiß war, Jeden zu überzeugen, daß Herr Stöcker nicht bei der Liebe und der Wahrheit geblieben sei, andrerseits hoffen durfte, daß gerade ein solcher Herr auf Herrn Hofprediger Stöcker Einfluß haben werde. So ging ich denn am Abend des 15. Juni (Montag) zu Herrn N.* „und** teilte ihm in längerer Darstellung „meine Beziehungen zu Stöcker und meine Ansicht über Stöcker

---

* Durch unnötige Veröffentlichung des Namens würde ich mich einer Taktlosigkeit schuldig machen. Es genügt zu bemerken, daß Herr Hofprediger Stöcker weiß, wen ich meine.

** Das Folgende entnehme ich ohne Änderung (daher fehlt auch „Herr" vor den Namen) meinem den Ereignissen stets unmittelbar oder doch sehr bald folgenden Tagebuche, damit Niemand behaupten könne, daß ich mir Motive zuschreibe, von denen ich in jener Zeit nicht geleitet worden sei.

„mit, übergab ihm auch die zwischen mir und St. gewechselten „Briefe, in der Hoffnung, es werde N. gelingen auf St. einzu„wirken. Weit wichtiger als das Unrecht, welches Stöcker und „der Redakteur seines ‚Reichsboten‘ Engel mir persönlich zugefügt, „ist mir das Bedenken, ob Jemand, der so ‚leichtfertig‘ urteilt, „der es mit der Wahrheit je länger desto weniger genau nimmt, „ob der geeignet sei weiter als hervorragender Führer der positiv„christlichen Partei zu fungieren, ob nicht der guten Sache „aus solchem Führer früher oder später Schaden er„wachsen müsse. N. hatte bisher ganz an die Wahrhaftigkeit „Stöckers geglaubt; Manches, was ich anführte, machte ihn aber „doch bedenklich; er versprach mir das Ganze weiter zu erwägen „und wo möglich mit St. zu sprechen." Da Herr Hofprediger Stöcker schon einige Tage darauf für drei Wochen verreiste, konnte Herr N. ihn am 18. Juni (Donnerstag) nur flüchtig sprechen, so daß Eingehn auf die Einzelheiten nicht möglich war. In dieser kurzen Zeit aber behauptete Herr St. erstens, keinen Einfluß auf den „Reichsboten" zu haben, und zweitens, daß er den S. May (mit dem in Verbindung zu sein ihm auch Herr N. als bedenklich bezeichnet hatte) nur Einmal, nämlich vor der am 8. Mai gehaltenen Rede, bei sich gesehen habe! Was den ersten Punkt betrifft, so glaubte ich nach dem, was ich von Herrn Engel kennen gelernt, das freundliche Anerbieten des Herrn N., selbst mit Herrn Engel zu sprechen, nicht annehmen zu dürfen. Hinsichtlich der zweiten Behauptung des Herrn Stöcker konnte ich nach kurzer Zeit Herrn N. den Beweis liefern, daß sie unwahr gewesen, daß vielmehr Herr Stöcker den S. May noch Montag, 15. Juni, also nur drei Tage vor der Ableugnung bei sich empfangen habe.

So war denn, äußerlich betrachtet, am 13. Juli, die Lage der Dinge für mich ebenso, wie sie am 2. Juni gewesen war, und auch der Schein der Feigheit mußte in den Augen des Hrn. Stöcker weiter auf mir lasten. Dennoch folgte ich, als Hr. N. mir seelsorgerlich riet: ich möge meine Kraft stiller wissenschaftlicher Arbeit erhalten und jetzt nicht gegen Hrn. Stöcker vorgehn; ich möge die weitere Entwickelung der Dinge abwarten; zudem würden gerade jetzt, angesichts der Beschaffenheit der meisten Gegner des Hrn. Stöcker,

seine Anhänger auf Niemanden hören, der etwas gegen ihn vorbringe. Ich schwieg, glaubte aber um so zuversichtlicher nun wenigstens völlig in Ruhe gelassen zu werden, da auch Simon May, der „mehrjährige und ständige Mitarbeiter" des „Freundes" des Hrn. Stöcker, auf meine in der „Post" vom 6. Juni (No. 151) abgedruckte kurze Zurückweisung eines schwer beleidigenden Angriffes in No. 149 desselben Blattes dort nichts mehr erwidert hatte, sondern sich darauf beschränkte, in antisemitischen Versammlungen meiner in Reden zu gedenken, von denen ich nur gelegentlich erfuhr und die mir kein Herzweh verursachten.

Ich schließe dieses Kapitel mit zwei Sätzen aus der feierlichen „Erklärung", die Hr. Hofpred. Stöcker am 16. Juni, gleich nachdem das Urteil in dem Processe gegen die „Freie Zeitung" gefällt war, im „Ch.-S. C.-Bl." No. 25, Beilage, im „Reichsboten" und in der „N. Pr. Ztg." veröffentlichen zu lassen den Mut hatte:

„Das Urteil über mich selbst kann aus dem Munde „von Leuten, die mich persönlich nicht kennen, nicht „maßgebend sein. Unter denen aber, die mich kennen, „wird Niemand behaupten, daß ich es mit dem Worte „und der Wahrheit leicht nehme."

V.

Die Gerichtsverhandlung am 20. Oktober.

Ende August, wenige Tage vor Eintreten der Verjährung, fühlte Simon May sich veranlaßt, mich wegen Beleidigungen, die von mir gegen ihn in der „Post“ No. 148 u. No. 151 verübt seien, zu verklagen. Erst als die nach Lage der Dinge nicht unwahrscheinliche Möglichkeit, daß die Klage werde zurückgewiesen oder zurückgezogen werden, sich nicht verwirklicht hatte und nachdem der Termin zur Verhandlung angesetzt war, ließ ich meinen Rechtsbeistand wegen der am 29. Mai gehaltenen Rede (s. oben S. 63, Anm.) und der in der „Post“ No. 149 geäußerten Beleidigungen Widerklage erheben.

Simon May hat nicht geklagt gegen die „Jüdische Presse“ (14. Mai, S. 199; 4. Juni, S. 230; vgl. auch 19. Mai, S. 211 f.), obwohl er diese Angriffe, die so scharf wie nur denkbar, kannte; er hat nicht geklagt gegen die zahlreichen Angriffe andrer Zeitungen („Berliner Ztg.“ 16. Mai; „Freie Ztg.“ 31. Mai, u. s. w.); er hat nicht geklagt gegen den Mann, welcher Hrn. Hofpred. Stöcker über sein (Mays) Vorleben informiert hatte*; er hat sich veranlaßt gefühlt, gegen mich zu klagen, obwohl . . .**: das waren

* Hr. Hofpred. Stöcker hat am 9. Juni im Proceß wider die „Freie Zeitung“ gesagt: „Auf die bei einer Redaktion [des „Reichsboten“ s. oben S. 39 Anm.] eingezogene Erkundigung sei ihm May als ein wahrhafter und redlicher Mann bezeichnet worden. Erst später habe er einen Brief erhalten, in welchem Mitteilung von der Vorbestrafung des May gemacht wurde. Er habe diesen dem May übersandt mit der Aufgabe entweder zu klagen oder vom öffentlichen Leben abzutreten“ (s. Sonderabdruck S. 14, 15; Volksztg. No. 132, zweites Blatt).

** Der Proceß hat noch keinen Abschluß gefunden, weil S. May und infolge dessen (zur Sicherung gegen Rechtsnachteil) auch ich Berufung angemeldet haben. Daher enthalte ich mich hier weiterer Äußerungen. Doch darf ich bemerken, daß der Kläger in erster Instanz zu 30 Mk. Geldbuße und zur Tragung der gerichtlichen Kosten verurteilt worden ist, während ich für straffrei erklärt worden bin.

mir deutliche Beweise, daß es sich nicht um einen gewöhnlichen Privatbeleidigungsproceß handelte. Dennoch beschloß ich, die Angelegenheit vor Gericht als eine nur zwischen mir und May schwebende verhandeln zu lassen, wenn S. May nicht selbst auf die der Anklage eigentlich zu grunde liegenden Motive hinweise.

Im Laufe der Verhandlungen nun nannte May zuerst den Namen des Hr. Hofpred. Stöcker, indem er mitteilte, daß ich, um ihn (May) aus seiner Stellung beim „Reichsboten" zu entfernen, nicht nur bei Hrn. Engel gewesen sei, sondern auch Hrn. Hofpred. Stöcker Briefe geschrieben hätte. Kenntnis von dieser letzteren Thatsache konnte May — sei es direkt, sei es kraft Vermittelung des Hrn. Engel — nur durch Mitteilung des Hrn. Hofpred. Stöcker erlangt haben; sie war mir ein neuer Beweis (s. oben S. 69), daß alles Vorgefallenen ungeachtet die Verbindung zwischen den HH. Stöcker und Engel einerseits und S. May andrerseits nicht beseitigt war.

Ferner erklärte S. May, daß er „auf besonderen Wunsch* der Redaktion des »Reichsboten«" gegen mich geklagt habe.

Nunmehr war ich in die Notwendigkeit versetzt meine Verteidigungsrede folgendermaßen zu schließen:

„Durch die teils direkt, teils indirekt bis in die unmittelbare Gegenwart, ja bis in den Gerichtssaal hinein fortdauernden Angriffe von Anhängern des Herrn Hofpredigers Stöcker, insonderheit die Angriffe des »Reichsboten« werde ich seit 5¾ Monaten in meiner Ehre als positiv christlicher Theologe gekränkt, in meinem akademischen Wirken wie in meiner Thätigkeit für die Judenmission geschädigt und in dem mir zu wissenschaftlichen Arbeiten erforderlichen Frieden gestört. Da ich mich sonach für mich selbst und den von Gott mir gegebenen Beruf im Stande der Notwehr befinde, erkläre ich, zwar mit schmerzlichem Bedauern, aber mit gutem Gewissen, öffentlich und feierlich vor Gericht, wie folgt: In meinem ganzen Verhalten zu dem Herrn Hofprediger Stöcker habe ich bis zum äußersten, so weit daß ich sogar in der Öffentlichkeit den Schein gegen mich sein ließ, dem Frieden und der

* Meiner Erinnerung nach, welche durch die von verschiedenen Reportern herrührenden Berichte der „Post" No. 289 und des „Berl. Tagebl." No. 533 bestätigt wird, brauchte S. May die Worte „auf Beschluß." Da ich Einsicht in das Protokoll zu erbitten jetzt nicht Zeit habe, wählte ich im Text den etwas milderen Ausdruck der anderen von mir eingesehenen Zeitungen, die sämtlich einem und demselben Berichterstatter folgen.

Vermeidung öffentlichen Ärgernisses nachgejagt. Der Herr Hofprediger Stöcker aber hat sich mir gegenüber derartig benommen, daß das Königl. Landgericht I., wenn ihm bei dem Processe gegen die „Freie Zeitung" diejenigen Äußerungen Stöckers, welche ich beweisen kann, bekannt gewesen wären — daß, sage ich, das Königl. Landgericht I. dann die Art, in der der Herr Hofprediger Stöcker mit seinem Worte umgegangen ist, mit einem schärferen Ausdrucke als ‚leichtfertig' bezeichnet haben würde."

Hier unterbrach der Herr Vorsitzende mich mit der Bemerkung, es sei unstatthaft, daß Abwesende in die Erörterung hineingezogen würden. Mein somit formell unstatthaftes Verfahren wird entschuldigt durch meine Unbekanntschaft mit dem Gange gerichtlicher Verhandlungen und sachlich gerechtfertigt durch meine hernach noch zu begründende feste Überzeugung, daß ich mich nicht nur nicht der Hineinziehung eines fernliegenden Punktes schuldig gemacht, sondern vielmehr gerade auf die tiefsten Gründe des Gegensatzes hingewiesen habe.

Diejenigen Leser, welche bisher aufmerksam gefolgt sind und namentlich das beständige Schweigen des Hrn. Hofpredigers Stöcker zu meiner Forderung, daß er sich von S. May lossage, beachtet haben, werden wohl schon jetzt von dem Zusammenhange der Erklärung mit der Gerichtsverhandlung überzeugt sein oder ihn doch wenigstens sehr wahrscheinlich finden. Ehe ich, mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit, über diesen Punkt mich noch etwas genauer äußere, bemerke ich noch ausdrücklich, daß meine Erklärung mit den oben mitgeteilten Worten sachlich beendet war und daß ich nicht beabsichtigte irgendwelche Einzelheiten anzuführen. Ich dachte nur noch die Versicherung zu wiederholen, daß meine Aussage nicht leichten Herzens, sondern lediglich weil ich nicht anders gekonnt, abgegeben worden sei.

Der letzte Satz der Erklärung ist, infolge zu weit getriebenen Strebens nach Kürze, leider etwas undeutlich geworden. Ich meinte und ich hätte sagen sollen:

„. . derartig benommen, daß ich berechtigt und veranlaßt bin als meine Ueberzeugung auszusprechen, daß das Königl. Landgericht . ."

Ich hatte nämlich alles Dasjenige im Sinn, was mir, abgesehen von dem im Processe gegen die „Freie Zeitung" eingehend Erörterten, in betreff des Verhaltens des Herrn Hofpredigers Stöcker

bekannt geworden war (also namentlich auch das in Kap. VII. Angedeutete und das in Kap. II Angeführte).

Und nun noch einige Worte, um zu motivieren, weshalb ich die Erklärung gerade an jenem Tage abgegeben.

Herr Rechtsanwalt Wolff (s. oben S. 11) hat gesagt, Herr Hofprediger Stöcker sei, „gewissermaßen der geistige Vater und Inspirator" des „Ch.-S. C.-Bl.". Nicht minder offenkundig ist das Verhältnis zwischen Hrn. Hofprediger Stöcker und dem „Reichsboten". Wer an der Innigkeit dieses Verhältnisses zweifeln sollte, möge irgend einen Vierteljahrgang des „Reichsboten" mit einiger Aufmerksamkeit lesen. Der „Reichsbote" — gleichviel ob Herr Stöcker im einzelnen viel oder wenig Einfluß auf das Blatt ausübt — lebt nur durch Herrn Stöcker und für Herrn Stöcker, gilt als „Stöckerblatt" und würde, wenn plötzlich gegen ihn Front machend, nicht bestehn können. Es ist daher kein Zweifel, daß die Klage seitens des „Reichsboten" (s. S. 72 Anm.) angestrengt worden ist, um Herrn Stöcker zu nützen, und daß es nicht zur Klage gekommen wäre, wenn Herr Stöcker, der zeitig genug von dem Processe wußte, seinen Einfluß ernstlich geltend gemacht hätte. Letzteres zu thun, war Herr Stöcker nach allem, was zwischen uns vorgefallen, meiner Überzeugung nach, moralisch verpflichtet; aber freilich — wem sie Unrecht gethan, dem pflegen die Menschen . . .

Die Thatsache der Klage und ihre Begründung hatten mir gezeigt, daß die extremen Anhänger des Herrn Stöcker mir nie vergeben würden, daß ich ihr Idol angetastet — wenn auch diese Antastung nur in ihrer Einbildung bestand. Und auch andere Thatsachen hatten mich belehrt, daß es erforderlich sei, mit Herrn Stöcker selbst sei es erklärten Frieden zu haben, sei es die principielle Differenz offen und endgültig zu erledigen. Nicht nur habe ich mit Herrn Stöckers Anwälten, Herrn Engel und S. May, zu kämpfen gehabt und noch zu kämpfen; nicht nur habe ich schon im Mai anonyme Schmähkarten erhalten, — sondern ich habe auch von wohlmeinenden Theologen seit demselben Monat Worte hören müssen wie: „Ich habe mich leider zu wenig um Ihre persönliche [!] Differenz mit Stöcker bekümmert, als daß ich jetzt als ein alter

ergrauter Mann Ihnen raten dürfte, aber bitten, bitten möchte ich Sie im Namen aller christlichen und deutschgesinnten Kreise in Pommern: lassen Sie die Differenz mit Stöcker ruhen" (Brief vom 9. Juli). Und meine Bemühungen für die Judenmission sind nicht nur durch die antisemitische Berliner Agitation (dies in sehr erheblichem Maße, vgl. oben S. 54), sondern auch unmittelbar durch den Konflikt mit Herrn Stöcker geschädigt worden. — Ich habe weder dieselben physischen Kräfte noch dieselbe Begabung für das Agitieren noch eine unbedingt und ohne eigenes Prüfen ergebene Anhängermasse wie Herr Hofprediger Stöcker. Was gewann ich, wenn ich May besiegte? Was, wenn ich sogar Herrn Engel das Kriegsbeil zu begraben zwang? Zwanzig Mays und zehn Engels konnten neu erstehn und mußten neu bekämpft werden, und es wäre immer nur ein mich aufreibender, aber nutzloser Kampf um die Außenforts gewesen. War kein ordentlicher und öffentlicher Friedensschluß mit Herrn Stöcker möglich, so war es in mehr als Einer Hinsicht meine Pflicht, direkt den Kampf zu führen gegen Dasjenige, zu dessen Förderung ich angegriffen wurde, d. i. gegen Herrn Stöcker selbst und gegen die durch ihn, mit ihm und noch mehr für ihn gepredigte unchristliche, ungerechte, nicht Liebe sondern Haß säende Entartung des „Antisemitismus".

VI.

Vergebliche Ausgleichsversuche und Fortsetzung des Konflikts.

Am 21. Oktober mittags, also kaum zwanzig Stunden nach Abgabe meiner Erklärung, brachte mir ein Diener der Generalsynode ein Schreiben, auf dessen Beantwortung er warten solle; den Absender kenne er nicht, da es ihm durch einen anderen Diener übergeben worden sei. Die Handschrift auf dem Umschlage ließ mich zu meiner Verwunderung Hrn. Hofprediger Stöcker als Absender vermuten. Da ich mich zu keinem übereilten Entschlusse drängen lassen wollte, erwiderte ich dem Boten: der Auftraggeber möge sich nennen, eher könne ich den Brief weder annehmen noch beantworten. Nach einiger Zeit wurde das Schreiben wieder gebracht, mit dem Bemerken, es sei von Hrn. Hofprediger Stöcker. Nunmehr setzte ich folgenden Brief auf:

„Sr. Hochwürden Hr. Hofprediger Adf. Stöcker.

Ihr mir heut Nachmittag zugegangenes Schreiben ohne weiteres zu öffnen bin ich bei den obwaltenden Umständen nicht in der Lage. Andererseits will ich einen etwa in ihm gewünschten Ausgleich, der zu ehrlichem und dauerhaftem Frieden führen sollte, nicht durch Zurückweisung Ihres Briefes unmöglich machen und habe denselben daher soeben meinem Rechtsbeistande zur uneröffneten Asservierung übergeben. Wenn die Absicht Ihres Schreibens eine auf Ausgleich gerichtete gewesen ist oder wenn Sie diese Absicht jetzt hegen, wollen Sie Hrn. . . .* dies, wenn auch nur in kürzester Form, mitteilen. (Aufschrift auf dem Briefe: persönlich!) Die etwaigen Verhandlungen würden dann in diskretester Weise** geführt werden.

Prof. D. Hermann L. Strack.

Berlin W., 21. Okt. 1881. Gegen 6 Uhr abends.***

---

* [Ich halte es für richtig den Namen fortzulassen, da der mir damals zur Seite stehende Herr jetzt richterliche Funktionen auszuüben hat.]

** [Ich rechnete dabei auf Diskretion auch auf gegnerischer Seite — mit Unrecht, wie der Erfolg gezeigt hat, s. VI 12.]

*** [Die Angabe der Stunde ist unmittelbar vor der wirklichen Absendung hinzugefügt.]

2. Darauf begab ich mich zu meinem Rechtsbeistande und sagte ihm:* Ein etwa in dem Schreiben enthaltenes Urteil des Hrn. Hofpredigers Stöcker über meine Erklärung wolle ich nicht in Empfang nehmen; noch weniger aber wolle ich einen ernstlich gemeinten Friedenswunsch zurückweisen, da mir nicht Streit, sondern Erreichung eines guten Friedens als Ziel vor Augen stehe. Antworte Hr. Stöcker nicht, so solle sein Schreiben einstweilen unereöffnet aufbewahrt bleiben. Wenn er aber Verhandlungen wünsche, so scheine mir auf folgender Grundlage ein Ausgleich bewirkbar. Selbstverständlich könne ich die Äußerungen des Hrn. Hofpredigers Stöcker, auf welche meine Erklärung sich stütze, nicht ungethan machen, [also auch ihr Gethansein nicht ableugnen. Daher müsse Hr. Hofprediger Stöcker etwas thun, wodurch er mir ermögliche, an jetzt bei ihm vorhandene Wahrheitsliebe zu glauben und demgemäß die öffentliche Bezweifelung der Wahrheitsliebe des Hrn. Stöcker zurückzunehmen. Diese Vorbedingung eines Ausgleichs wolle ich schon dann als erfüllt betrachten, wenn Hr. Stöcker und Hr. Engel sich offen von S. May losgesagt hätten** und in Verbindung damit die um Stöckers willen im „Reichsboten" gegen mich gerichteten Angriffe (Mays und Engels) zurückgenommen wären.

3. Mein Brief vom 21. Okt. hatte die Folge. daß Hr. Frhr. v. Hammerstein als Bevollmächtigter des Hrn. Hofpred. Stöcker mit meinem Rechtsbeistande eine Konferenz hatte, über welche das nachstehende Protokoll Auskunft gibt:

Verhandelt Berlin, den 22. Oktober 1885.

Infolge getroffener Verabredung fand sich heute Hr. Frhr. v. Hammerstein auf dem Bureau des Hrn. . . . ein und erklärte, daß er im Auftrage des Hrn. Hofpred. Stöcker komme und von demselben bevollmächtigt sei, auf grund des Schreibens des Hrn. Prof. D. Strack vom 21. ds. in Unterhandlung zu treten. — Hr. . . . erkannte sowohl den Auftrag des

---

* Ich muß, damit die am 2. Nov. gegen mich gerichteten Erklärungen (VI 14, 15) richtig beurteilt werden, nachdrücklich auf den oben getreu wiedergegebenen Inhalt der von mir am 21. Okt. meinem Rechtsbeistande gemachten Mitteilungen hinweisen.

** Man erinnere sich, daß und warum ich dies seit dem 14. Mai wiederholt gefordert habe (s. oben IV 5, S. 56).

Hrn. Hofpred. Stöcker als das gleichfalls vorgelegte, bereits erwähnte Schreiben des Hrn. Prof. D. Strack als authentisch an und erklärte sich seinerseits Namens seines Mandanten bereit, die Unterhandlungen zu eröffnen.

Nachdem Hr. v. Hammerstein erklärt hatte, daß das in den Händen des Hrn. . . . befindliche uneröffnete Schreiben des Hrn. Hofpred. Stöcker seines Wissens nur eine Anfrage enthielte, schritt Hr. . . . zur Eröffnung dieses Schreibens. — Dasselbe enthielt, wie die Unterzeichneten sich überzeugten, lediglich das Ersuchen des Hrn. Hofpred. Stöcker an Hrn. Prof. D. Strack um Bezeichnung derjenigen Äußerungen, welche ihn zu der am 20. Oktober cr. vor dem Kgl. Schöffengericht abgegebenen Erklärung veranlaßt hatten*. — Was den Wortlaut dieser Erklärung betrifft, so erkannte Hr. . . . an, daß dieselbe in dem ihm vorgelegten Bericht des „Berl. Tageblatt" korrekt wiedergegeben sei.

Hr. . . . erklärte zunächst: Hr. Prof. Strack wäre zu einer friedlichen Beilegung der zwischen ihm und dem Hrn. Hofpred. Stöcker bestehenden Differenz unter der Voraussetzung bereit, daß ihm im „Reichsboten" eine Ehrenerklärung gegeben wird. Dieselbe hätte nach Ansicht des Hrn. Prof. D. Strack darin zu bestehen, daß die Redaktion des „Reichsboten" erklärt, ihre Angriffe gegen Hrn. Prof. Strack seien auf grund unrichtiger Informationen bezw. unwahrer Mitteilungen eines Mitarbeiters erfolgt. Hierbei geht Hr. Prof. D. Strack von der Annahme aus, daß Hrn. Hofpred. Stöcker ein maßgebender Einfluß auf die Redaktion des „Reichsboten" zusteht, sodaß es lediglich eines Wunsches des Hrn. Hofpred. Stöcker bedarf, um die eben gedachte redaktionelle Erklärung herbeizuführen.

Hr. v. Hammerstein gab hierauf folgende Erklärung ab: Die Voraussetzung, von welcher Hr. Prof. Strack bei seiner von der Redaktion des „Reichsboten" erforderten Erklärung ausgegangen sei, sei nicht zutreffend; er könne deshalb Namens seines Mandanten erklären, daß derselbe nicht in der Lage sei, die von Hrn. Prof. Strack gestellte Bedingung für eine fried-

* [Das Schreiben lautet wörtlich: „Berlin, d. 21. 10. 1885. Ew. „Hochwürden bitte ich mir die Äußerungen zu bezeichnen, welche Sie in „dem gestrigen Proceß zu Ihrem Urtheil über mich veranlaßt haben. Der „Bote wartet auf Antwort. Hofpred. Stöcker." — Welche Leichtfertigkeit setzte Hr. Hofpred. Stöcker bei mir voraus, indem er annahm, daß ich, ohne zu wissen, zu welchem Zwecke gefragt wurde, und ohne reifliche Ueberlegung (während „der Bote wartet") unter den obwaltenden Umständen auf eine so wichtige Frage schriftliche Antwort geben werde!! Oder war eine Überrumpelung beabsichtigt? Hätte ich den Brief gleich geöffnet, so hätte ich nur antworten können: „Ohne den Zweck Ihrer Frage zu kennen, bin ich nicht in der Lage, dieselbe auf diesem Wege eingehend zu beantworten; doch will ich Sie auf unseren Briefwechsel (Mai, Juni) verweisen", und dann wäre es wohl gar nicht zu Verhandlungen gekommen.]

liche Beilegung der bestehenden Differenz zu erfüllen. Hr. Hofpred. Stöcker müsse vielmehr seinerseits die Fortsetzung der Unterhandlungen davon abhängig machen, daß Hr. Prof. Strack ihm zuvor diejenigen Äußerungen bez. Thatsachen vollständig angebe, auf welche sich seine gegen Hrn. Hofpred. Stöcker gerichtete Erklärung stützt. Hr. Hofpred. Stöcker sei überzeugt, daß es ihm gelingen werde, Hrn. Prof. Strack davon zu überführen, daß er sich geirrt habe.

Hr. . . . nahm diese Erklärung mit dem Bemerken entgegen, daß er dieselbe Hrn. Prof. Strack mitteilen und eine Antwort von genanntem Herrn veranlassen werde. Diese Antwort soll Hrn. v. Hammerstein zugestellt werden.

(gez.) F. v. Hammerstein. (gez.) . . . Gerichts-Assessor.

4. Wenn man beim Lesen dieses Protokolls sich an das in Kap. IV Dargelegte erinnert, wird man begreifen, daß ich im ersten Augenblick jedes weitere Verhandeln für aussichtslos hielt. Doch die Verhandlungen waren einmal angeknüpft; es bestand die Möglichkeit zu bezweifeln, ob Hr. Hofpred. Stöcker an seiner nach meiner Überzeugung nicht begründeten Weigerung festhalten werde, und ich hoffte durch Mitteilung etlicher Beweise auf Hrn. Frhrn. v. Hammerstein und durch diesen auch auf Hrn. Stöcker Eindruck zu machen. So entschloß ich mich ersteren, zugleich in Erwiderung seines Kommens zu meinem Rechtsbeistande, persönlich aufzusuchen.

Gleich beim Beginn unsrer Unterredung machte ich zwei Vorbemerkungen: a) Ich wünsche, daß das freundliche Verhältnis zwischen meiner Person und der „N. Pr. Ztg." und die wenn auch lockeren, doch gleichartigen Beziehungen zu Hrn. Frhrn. v. H. durch des letzteren gegenwärtige Stellung als „Kartellträger" für Hrn. Hofpred. St. nicht berührt würden. Hr. Frhr. v. H. erwiderte, das sei ganz selbstverständlich, und so trug unsere Besprechung einen persönlich sehr freundlichen Charakter. Wie Hr. Frhr. v. H. sein Wort gehalten, wird man aus VI 14 ersehn. — b) Es sei meines Erachtens unerläßliche Vorbedingung für weiteres Verhandeln, daß beide Parteien sich während der Verhandlungen jeder öffentlichen Äußerung über den Streit, insonderheit jeder polemischen, enthielten. Auch dies wurde mir als selbstverständlich bezeichnet. Wie Hr. Hofpred. Stöcker diese Vorbedingung erfüllt hat, s. VI 10.

Meine Frage, ob er zu irgend welchen Abmachungen befugt sei, verneinte Hr. Frhr. v. H.: er sei nur zur Entgegennahme von Mitteilungen meinerseits beauftragt. Infolge dessen erklärte ich, nur einen Teil des Beweismaterials angeben zu können. Die Beschränktheit der Zeit (ich war an demselben Abend noch anderweitig beansprucht) und der Umstand, daß Hr. Hofpred. St. über die mich bewegenden Gedanken aus meinen Briefen genügend informiert sein mußte, veranlaßten mich, die Herstellung des Ausgleichs, wie ich sie mir dachte, im wesentlichen nur nach ihrem äußeren Verlaufe, weniger nach ihrer inneren Begründung und Abzweckung, zu skizzieren. Der Kürze wegen lasse ich nun gleich das von mir selbst, im Vertrauen auf die Diskretion der anderen Partei (s. oben VI 1), innerhalb weniger Minuten eilig aufgesetzte Protokoll folgen:

5. „Verhandelt Berlin 24. Oktober 1885. Abends 5 Uhr.

Infolge der am 22. Oktober zwischen Hrn. Frhrn. v. H. und dem Hrn. . . . veranstalteten Besprechung fand sich heute Hr. Prof. H. Strack in der Wohnung des erstgenannten Herrn ein. Er erklärte, daß er, wie er überhaupt stets Frieden gewünscht und dies auch durch seinen Brief vom 21. Okt. bethätigt habe, so auch jetzt — schon um der Vermeidung öffentlichen Ärgernisses willen — Frieden wünsche, aber nur ehrlichen und dauerhaften*. Zu solchem sei es erforderlich, daß seine etwaige Einigung* mit dem Hrn. Hofpred. Stöcker auch* im »Reichsboten« zu unzweideutigem Ausdruck komme, weil er nur dann vor weiteren Angriffen, namentlich des »Reichsboten«, geschützt zu sein glaube. Er schlägt vor, daß von Hrn. Hofpred. Stöcker, Hrn. Red. Pastor a. D. Engel und ihm selbst eine gemeinsame Erklärung im »Reichsboten« veröffentlicht werde, dahin lautend: 1. Die Angriffe im »Reichsboten« gegen Hrn. Prof. Strack werden zurückgenommen; 2. May wird entlassen; 3. Strack nimmt seine Bezweiflung der Wahrheitsliebe** Stöckers zurück.

Als vorläufiges Beweismaterial citiert Hr. Prof. Strack:

1. Stöckers Brief vom 19. Mai (vgl. Stracks Antworten vom 20. Mai und 1. Juni); 2. Ist Schleiden Jude? [vgl. oben S. 2]; 3. Stöcker

---

* [„dauerhaften", „Einigung", „auch": Diese drei Ausdrücke zeigen deutlich, daß der Ausgleich mir mit der Zustimmung zu der gemeinsamen Erklärung noch nicht perfekt war; vgl. noch den VI 9 zu erwähnenden Entwurf eines „Privatabkommens".]

** [nicht: „seine vor Gericht abgegebene Erklärung", was ich zu beachten bitte].

habe kurz vor seiner Abreise im Juni Hrn. N. erklärt, den S. May nach Anfang Mai nicht wieder bei sich empfangen zu haben, — obgleich derselbe noch am 15. Juni bei ihm gewesen sei. [Vgl. oben IV 17, S. 69.]; 4. Anstellung von ... [hier folgt der Name des oben S. 12 gemeinten Mannes] und gab über diese Punkte mündliche Erläuterungen. Für den Fall, daß Hr. Hofpred. Stöcker zu direkten Verhandlungen auf der Basis obiger Erklärung bereit ist, ist Hr. Prof. Strack zu solchen bereit.

Anderenfalls ist er bereit die Angelegenheit vor einem Schiedsgerichte verhandeln zu lassen, welches aus den Herren X., Y., Z.* bestehn könnte. Wenn dieses erkläre, daß Stöcker, abgesehen vom Proceß Bäcker, nicht leichtfertig gewesen, würde Prof. Strack die Erklärung** vom 20. d. öffentlich zurücknehmen. Wenn es dagegen erkläre, Stöcker könne sich nicht öffentlich rechtfertigen, würde Prof. Strack zur friedlichen Beilegung der Angelegenheit auf Basis der oben skizzierten Erklärung auch dann noch bereit sein.

Die Unterzeichneten sind übereingekommen, daß in diesem Protokoll nicht erwähnte Punkte Niemandem mitgeteilt werden***.

(gez.) F. v. Hammerstein. (gez.) Prof. H. Strack."

6. Im Laufe der Besprechung las ich Hrn. Frhrn. v. H. den folgenden Entwurf für die vorgeschlagene gemeinsame Erklärung vor (ohne mich als an denselben unbedingt gebunden zu bezeichnen):

„In allseitiger Zurücksetzung persönlicher, gleichviel ob berechtigter „ob unberechtigter Erregtheit haben wir beschlossen, eine Fortsetzung „der zwischen den Unterzeichneten seit mehreren Monaten bestehenden „Uneinigkeit und damit öffentliches Ärgernis und Gefährdung der

---

* [Ich halte es für taktvoll die Namen fortzulassen. Hr. X. ist ein hochgestellter Geistlicher, von dem ich wußte, daß er mit Gerechtigkeitssinn warmes Wohlwollen für Hrn. Hofpred. Stöcker verband. Die Herren Y. und Z. schlug ich vor mit Rücksicht auf ihr Interesse für die Judenmission].

** [„Die Erklärung", was man beachten wolle. So felsenfest war (ist) mein Vertrauen auf den Sieg der Wahrheit und die Triftigkeit meiner Beweise, daß ich es für undenkbar hielt (und halte), daß irgend ein ernst prüfendes Schiedsgericht Hrn. Stöcker als „nicht leichtfertig" bezeichnen werde. Dieses in einem formal sehr weit gehenden Zugeständnisse sich kundgebende Vertrauen hätte Hrn. Hofpred. Stöcker veranlassen müssen sein ganzes Thun recht ernsthaft zu prüfen].

*** [Dieser auf mein Verlangen hinzugefügte Satz hatte nur den Zweck zu verhüten, daß ein von mir in der Unterredung erwähnter Vorfall, dessen Beweiskraft mir zweifelhaft gemacht worden war (er ist in dieser Schrift aus einem anderen Grunde beiseite gelassen), seitens des Hrn. Frhrn. v. H. dem Hrn. Hofpred. St. mitgeteilt werde].

„Interessen des positiven Christentums zu vermeiden. — Die im „»Reichsboten« von No. 106 an gegen Gesinnung und Thun des „Prof. D. Herm. L. Strack vorgebrachten Angriffe werden hiermit „auf grund neuer, guter Information für unbegründet erklärt und „zurückgenommen. — Da sich herausgestellt hat, daß die Haupt„schuld des Zerwürfnisses an dem bisherigen Mitarbeiter des „»Reichsboten« Simon May liegt, von dem auch jene Artikel zum „teil herrühren, ist sein Verhältnis zum »Reichsboten« hiermit für „immer beendigt. Dadurch ist auch die Wahrheitsliebe des Hofpred. „Stöcker für Prof. Strack in ein anderes Licht gerückt und letzterer „nimmt hiermit seine öffentliche Anzweiflung dieser Wahrheitsliebe „zurück."

Ich teile diesen Entwurf hier mit, weil die Worte „Dadurch ist auch . ." beweisen, daß ich auch Hrn. Frhrn. v. H. gegenüber darauf hingedeutet habe, daß seitens des Hrn. Hofpred. Stöcker etwas gethan werden müsse, damit mir ein andres Urteil über seine Wahrheitsliebe ermöglicht werde.

7. Hiernach waren zwei Wege vorgeschlagen: *1.* direkte Verhandlung, wobei Hinzuziehung je eines Vertrauensmannes nicht ausdrücklich ausgeschlossen war; *2.* ein Schiedsgericht. Meiner Zusicherung, ich würde die Erklärung einfach zurücknehmen, wenn das Urteil des Schiedsgerichts „nicht leichtfertig" laute, mußte natürlich für den entgegengesetzten Fall eine Leistung seitens des Hrn. Stöcker entsprechen, nämlich, wie der ganze Zusammenhang, insonderheit auch der vorletzte Satz des Protokolls ergibt, die Erwirkung der Mitbeteiligung des Hrn. Engel an der gemeinsamen Erklärung (mindestens ev. die unzweideutige energische Aufbietung des ganzen Einflusses, den Hr. Hofpred. Stöcker auf den „Reichsboten" hat, um diese Mitbeteiligung zu erzielen). Zugleich mit etwaiger Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Schiedsgerichte verpflichtete sich also Hr. Stöcker für den Fall, daß der Spruch gegen ihn lauten würde, zu der eben bezeichneten Leistung.

8. Montag, den 26. Okt., abends schrieb mir Hr. X., der durch seine Stellung berufen war, Obmann zu sein: „Stöcker ist bereit, am Mittwoch Abend 6 Uhr zu mir zu kommen. Er wünscht

seinerseits Herrn v. Hammerstein mitzubringen. Können Sie um dieselbe Zeit mit den beiden andern Herren kommen? Leider ist es mir unmöglich, Sie heute oder morgen Vormittag aufzusuchen. Aber morgen Nachmittag oder übermorgen müssen wir uns natürlich sprechen." — Am Dienstag, 27. Okt., gegen Abend, ließ mich auch Hr. Frhr. v. H. wissen, „daß der Hofprediger Stöcker den Vorschlag eines Schiedsgerichts acceptirt und Herrn X. gebeten hat, die weiteren Schritte zu veranlassen."

Auf grund der am Abend vorher erhaltenen Kunde begab ich mich am Dienstag Vorm. in die Wohnung des Hrn. Y., um diesen erstens zur Annahme der ihm zugedachten Aufgabe zu bewegen und dann zweitens von den zu beurteilenden Daten in Kenntnis zu setzen. Ich hatte ihn nämlich, der Stimme des Gewissens folgend, lediglich als einen sachlich zum Urteil über eine derartige Frage geeigneten Herrn vorgeschlagen, aber bis dahin auch nicht ein einziges Wort über die zu erörternde Angelegenheit mit ihm gesprochen. Sobald er das Richteramt angenommen, durfte, ja mußte ich zu seiner Information frei reden, da er dann seine Privatansicht mir gegenüber zurückzuhalten verpflichtet war. Zu meinem Bedauern hörte ich, daß er verreist sei und erst in einer Woche wiederkehren werde. So war ein sofortiges Zusammentreten des Schiedsgerichts unmöglich, und ich hatte keinen Anlaß, den mehrere Stunden von Berlin entfernt wohnenden Hrn. Z. telegraphisch zu berufen.

9. Dienstag, den 27. Okt., abends, und Mittwoch vormittags hatte ich längere Besprechungen mit Hrn. X., der das Beweismaterial aufmerksam, doch mit der bei seiner augenblicklichen Stellung gebotenen Reserve entgegennahm. Da Hr. Y. verreist sei, könne, sagte ich weiter, eine Beratung des Schiedsgerichts noch nicht stattfinden. Inzwischen empfehle es sich wohl, eine Vereinbarung über den wesentlichen Wortlaut der von mir vorgeschlagenen gemeinsamen Erklärung zu erstreben; denn die Einigung über die „Schuldfrage" werde erheblich leichter sein, wenn dieser Wortlaut vorher in der Hauptsache feststehe. Daher bat ich Hrn. X., er möge den oben No. 6 abgedruckten Entwurf Hrn. Stöcker mitteilen und hinzufügen, daß mir nicht sowohl an den einzelnen Worten als

vielmehr an dem Inhalt liege. Für den Fall, daß Hr. Stöcker bei der (nach meiner Überzeugung unrichtigen) Behauptung beharre, daß er die Mitbeteiligung des Hrn. Engel nicht durchsetzen könne, sei ich auch einverstanden mit einer von Hrn. Stöcker allein unterzeichneten Erklärung, in welcher dieser S. May desavouiere und das Verhalten Engels in bezug auf May wie gegen mich rüge; auf diese Erklärung wolle ich dann folgen lassen: „Durch die vorstehende Erklärung ist die Wahrheitsliebe . . .“ Endlich bemerkte ich, zur Sicherung eines ehrlichen und dauerhaften Friedens sei noch die gemeinsame Unterzeichnung eines nicht zu veröffentlichenden „Privatabkommens“ unerläßlich, für welches ich auch einen Entwurf überreichte.*

10. Am Morgen des 28. Okt. (Mittw.) brachte das „Chr.-S. C.-Bl.“ No. 44, Beilage S. 2a, folgenden Artikel:

„In einem Doppelprocesse, den der Berliner Professor Strack und der Literat May gegen einander angestrengt hatten und der am 21. [lies: „20.“] ds. Mts. zum Austrage kam, erlaubte sich der Herr Professor gegen den Herrn Hofprediger Stöcker, der mit der ganzen Sache durchaus nichts [?!] zu thun hat, so** beleidigende Ausfälle, daß ihm das vom vorsitzenden Richter untersagt werden mußte. Natürlich sucht die fortschrittliche Presse das weiter gegen Herrn Hofprediger Stöcker auszubeuten. Es fehlt nur, daß sie den Herrn Strack zum Ehrenmitgliede ihrer Partei vorschlägt. Wie derselbe jedoch zu seinem längst bestehenden [?] und uns auf anderen Gebieten [?] längst [?] bekannt gewordenen Hasse [?] gegen Herrn Hofprediger Stöcker kommt, ist uns kaum zu begreifen. Die mit großer Empfindlichkeit verbundene, allenthalben [?] zu Tage tretende Nervosität***

* „1. Der ‚Reichsbote‘ und das ‚Chr.-S. C.-Bl.‘ werden ohne Zustimmung des Hrn. X. keinerlei Angriffe gegen Hrn. Prof. Strack und dessen Thätigkeit bringen und versprechen, sich den Juden gegenüber mehr als bisher der christl. Liebe und der Gerechtigkeit zu befleißigen. — 2. Hofprediger Stöcker wird religiöse Institutionen des Judentums nicht wieder angreifen, auch nichts thun, was die Judenmission schädigen könnte; er wird sich, soweit er ferner noch die Judenfrage besprechen zu müssen glaubt, auf Mitteilung und Erörterung thatsächlichen Materials beschränken und dabei Verallgemeinerungen möglichst vermeiden. Er acceptiert in diesen Beziehungen den Spruch des Herrn X. — 3. Prof. Strack wird ohne Zustimmung des Hrn. X. nichts gegen Hofpred. Stöcker und sein Wirken veröffentlichen.“

** [Unwahr, s. oben Kap. V, S. 73]

*** [Daß ich in Erwägung der großen Tragweite des von mir als notwendig erkannten Schrittes bei Abgabe der Erklärung tief bewegt sein

des Herrn Strack erklärt diesen Haß durchaus nicht. Daß aber Eifersucht und Gelehrtendünkel die treibende Ursache sei, wird man wohl auch nicht annehmen wollen, obgleich [!] wir Professoren gekannt haben, die es schon als persönliche Beleidigung ansahen, wenn ein Mann in der öffentlichen Geltung höher stand, als sie selber. Jedenfalls steht das fest,* daß sich Herr Hofprediger Stöcker allzeit versöhnlicher und brüderlicher gegen Herrn Strack benommen hat, als dieser gegen Herrn Hofprediger Stöcker."

Vgl. oben Kap. VI 4b! Kann dieser Artikel (vgl. namentlich den Schlußsatz) ohne Wissen des Herrn Hofpred. Stöcker gedruckt worden sein? War es nicht, falls Herr Stöcker in jenen Tagen keine Zeit hatte, sich im einzelnen um „sein Blatt" zu kümmern, seine Pflicht wenigstens jeden Angriff gegen Den zu verbieten, mit dem er seit einer Woche in Verhandlungen stand?! — Wäre dieser Artikel mir gleich am Tage seines Erscheinens zu Gesicht gekommen, so hätte ich sofort erklärt, durch diese schmähliche Täuschung meines Vertrauens seien die Verhandlungen abgebrochen.

11. Mittwoch, den 28. Okt., 11 Uhr abends, erhielt ich von Hrn. X. ein längeres Schreiben, in dem es heißt: [Hr. Stöcker] „erklärt sich ganz und gar außer stande, auf Ihre Vorschläge einzugehen", d. h. sowohl auf die von Hrn. Engel, Hrn. Stöcker und mir gemeinsam abzugebende Erklärung als auch auf die von ihm allein zu unterzeichnende Erklärung (s. oben No. 9**)! „Da die Sache [in Hrn. Stöckers Augen] Eile hat, so beantragt er eine Ausführung Ihres Gedankens für morgen Abend in Aussicht zu nehmen, und zwar in der Weise, daß Sie einen Vertrauensmann mitbringen (welchen Sie wollen); er seinerseits will Hrn. v. Hammerstein ernennen". Also das acceptiert gewesene Schiedsgericht sollte, weil einer der Herren, ehe er von der Sache wußte, für wenige Tage verreist war, plötzlich durch ein anderes ersetzt werden, und dieses sollte sofort zusammentreten, beraten, beschließen! Wie, nun ich

---

mußte, wird mir Jeder, der es mit seinem Worte nicht leicht nimmt, nachfühlen.]

* [Ich bitte um Beweise. Für das Gegenteil s. S. 2, 3.]

** Von dem Privatabkommen scheint Hr. X. (ich habe nicht danach gefragt) angesichts der vorangegangenen Weigerung Hrn. Stöcker keine Mitteilung gemacht zu haben. Jedenfalls ist der betr. Entwurf ein Zeugnis meiner Gesinnung.

will sagen, naive Vorstellungen zeigt hier Hr. Stöcker in bezug auf die Thätigkeit eines Schiedsgerichts! Mußte nicht, um nur Eins zu erwähnen, jeder einzelne Herr die umfangreichen Akten prüfen, sowie sich sonst informieren? Und erforderte nicht schon diese Vorbereitung, selbst wenn jede Verschleppung ferngehalten wurde, nahezu eine Woche? Und ferner: was sollte ein Schiedsgericht, dem nur über die Schuldfrage zu entscheiden oblag, in einem Augenblicke, in dem der Eine (Hr. Stöcker) die vorher mindestens implicite angenommenen (s. oben No. 7) Vorschläge des Anderen betreffs der Verwirklichung des auf den Urteilsspruch folgenden Ausgleichs völlig verworfen hat?!

Am 29. Okt., vormittags bat ich einen befreundeten hochgestellten Juristen um seine Ansicht. Diese lautete dahin, daß unter den obwaltenden Umständen aus einer an demselben Abend stattfindenden Beratung kein haltbares Ergebnis hervorgehn könne. Demnach antwortete ich Hrn. X., nachmittags 1¾ Uhr: „Ihr . . Schreiben hat mich durch seinen Inhalt mit tiefem Schmerze erfüllt. Ich will aber doch nicht ablassen auf Herstellung eines guten Friedens zu denken: nur bin ich nicht im stande, so plötzlich, wie Hr. Hofprediger Stöcker mir ansinnt, so wichtige Beschlüsse zu fassen und zu formulieren. Auch ist es nicht so leicht, wie er meint, einen wirklichen Vertrauensmann, der Zeit hat, zu finden und über das Wesentliche zu unterrichten (welches Unterrichten erforderlich, da ich mit nur sehr Wenigen über die ganze Sache gesprochen habe). Dazu kommt noch, daß ich heute Nachmittag (3—5 Uhr) ein neues Kolleg beginne. Somit bin ich außer stande heute Abend zu kommen. Wenn irgend möglich, werde ich Ihnen aber noch bis 7½ Uhr eine eingehende Antwort zustellen, an die, so Gott will, sich wieder anknüpfen läßt. Ich muß Ihnen demnach überlassen, ob Sie Hrn. Hofprediger Stöcker heut wollen zu Sich kommen lassen".

An der ausführlichen Antwort schrieb ich bis gegen Mitternacht, so daß ich sie Hrn. X. erst am nächsten Morgen, Freitag, 30. Okt., zustellen lassen konnte. Ich bedauere, daß ich des beschränkten Raumes wegen dies Schreiben hier nicht mitteilen kann.

12. Freitag, d. 30. Okt., nachm. erhielt ich folgendes Schreiben (Aufgabestempel: „30. 10. 85. 11—12 V."):

„Berlin, d. 29. Oktober 1885. Ew. Hochwürden teile ich im Auftrage des Herrn Hofprediger Stöcker ergebenst mit, daß derselbe bis Sonnabend d. 31. October Mittags 12 in der Redacktion [so!] der ‚Kreuzzeitung' einen klaren und unzweideutigen, zur Veröffentlichung bestimmten Widerruf Ihrer in der Gerichtsverhandlung mit May gegen ihn abgegebenen Erklärung von Ihnen erwartet [!]. Leisten Sie dieser Erwartung kein Genüge, so wird mein Auftraggeber das [NB.] Protokoll* der von Ihnen mit mir gepflogenen Verhandlungen veröffentlichen und eine Darstellung des Herganges der gesammten Ausgleichsverhandlungen hinzufügen. Hochachtungsvoll ergebenst (gez.) Frhr. von Hammerstein."

Während ich mich also darüber zersann, wie, trotzdem daß Hr. Stöcker das Schiedsgericht und somit ev. auch die Erklärung erst acceptiert und dann verworfen hatte, weiteres Verhandeln möglich sei, ließ sich Hr. Stöcker bereden**, mein Entgegenkommen zum Ausgangspunkte einer Drohung zu machen! Meine Friedensliebe sollte mir als Unwahrhaftigkeit, als hinterlistiger Egoismus gedeutet werden! Und gedroht wurde mir nicht mit einer Klage, auch nicht mit Resolutionen der Hrn. Stöcker meist blind gehorchenden Berliner Bürgervereine, sondern mit einer Veröffentlichung des Herganges der formal noch gar nicht abgebrochenen Verhandlungen! Das versteht Hr. Stöcker unter Diskretion: (s. oben No. 1.) Pfui! — Nur Eins weiß ich, zwar nicht zur Entschuldigung, wohl aber zur Erklärung dieses Benehmens des Hrn. Stöcker anzuführen: ich hatte zu seiner am 2. Juni ausgestoßenen Drohung geschwiegen (s. oben IV 15, 17). Da mochte er mich für feige halten und glauben, ich sei aus Feigheit fähig, meiner innersten Ueberzeugung ins Gesicht zu schlagen. Aber auch dann kann ich nur sagen: Pfui!

---

* [Hier wird mir mit der Veröffentlichung Eines bestimmten Protokolls gedroht, und später erlaubt sich Hr. Frhr. v. H. („N.-Pr.-Ztg." No. 257) mir daraus einen Vorwurf zu machen, daß ich nur dies eine Prot. veröffentlicht habe!]

** Der Inhalt des oben angeführten Schreibens ist zu abscheulich, als daß ich es nur aus „Leichtfertigkeit" erklären und daher Hrn. Stöcker allein zurechnen möchte. Oder trieb ihn innere Unruhe ob des am 28. Okt. (s. oben No. 10) gegen mich verübten Angriffs zu neuem Unrecht?]

13. Unmittelbar nachdem ich Kenntnis von der Drohung erhalten hatte, ging ich zu Hrn. X., sprach ihm meinen warmen Dank für seine treuen Bemühungen aus, erklärte aber gleichzeitig, daß von Verhandlungen jetzt selbstverständlich keine Rede mehr sein könne*. — Ich mußte nun zeigen, daß ich die Veröffentlichung auch einer vertraulichen Besprechung nicht zu fürchten habe; ich konnte es nur zeigen durch den Abdruck desjenigen Protokolls, mit dessen Veröffentlichung Hr. Stöcker mir hatte drohen wollen. Daher veröffentlichte ich, ohne den Drohbrief irgend einer Beantwortung zu würdigen, am 31. Oktober abends in der „Post" 299, 1. Beilage (datiert v. 1. Nov.), und in der „Voss. Ztg." 509, 1. Beil., das Protokoll** mit vorausgeschickter Erläuterung.

14. Hr. Stöcker fügte dem Unrecht noch einen Fehler hinzu: er hatte gedroht und verwirklichte die Drohung nicht sofort. Erst 48 Stunden nach meiner Publicierung (ein Sonntag lag dazwischen) brachte — nicht der „Reichsbote", nicht das „Chr.-S. C.-Bl.", sondern — die „N.-Pr.-Ztg." 257, Beilage (datiert v. 3. Nov.), zwei Erklärungen gegen mich. Die erste war von Hrn. Frhrn. v. Hammerstein, der somit in zwiefacher Weise nicht bei seinem Worte (s. oben VI 4a) geblieben ist. Sie enthält mehrere Abweichungen von der Wahrheit, die teilweise davon herrühren mögen, daß er ganz ungenügend informiert war. Wenn man aber nicht genau Bescheid weiß, redet man in so wichtigen Dingen nicht öffentlich mit, Herr Freiherr von Hammerstein!

15. Gleich hinter dem eben erwähnten langatmigen Machwerk, das hier mitzuteilen und im einzelnen zu widerlegen ich mit Rücksicht auf den Raum und die Leser unterlasse, steht folgende Erklärung des Hrn. Stöcker:

* Dies gegen Hrn. Frhrn. v. Hammerstein, der der Wahrheit zuwider die Sache in „N.-Pr.-Ztg." 257 so darstellt, als ob ich noch nach Empfang der Drohung eine Hoffnung auf friedliche Beilegung im Wege der Verhandlung kundgegeben hätte.

** Die Namen der für das Schiedsgericht vorgeschlagenen Herren ließ ich aus Taktgefühl fort; das Beweismaterial deutete ich in — leider zu weit getriebener — Schonung des Hrn. Stöcker gleichfalls nur durch Punkte an.

„Herr Professor Dr. Strack beunruhigt seit einiger Zeit seine Bekannten[1] noch mehr als mich selbst durch unbesonnene, unbegründete und unbegreifliche[2] Äußerungen. An seinem Streit mit dem ‚Reichsboten', in welchem er den Kürzeren[3] zog, bin ich, wie die Redaktion dies ausdrücklich erklärt hat,[4] unbeteiligt gewesen. Trotzdem hat er es sich in den Kopf gesetzt, durch mich von dem ‚Reichsboten' eine Ehren-Erklärung zu erlangen, die ich ihm selbstverständlich[5] nicht verschaffen kann. Seine Behauptungen gegen mich vor Gericht, die als nicht zur Sache gehörig von dem Vorsitzenden unterbrochen wurden, hatten, wie das Protokoll vom 24. Oktober beweist,[6] keinen anderen Zweck,[7] als durch mich eine solche Erklärung zu erzwingen. Aus dem Wortlaut desselben geht klar hervor, daß er bereit war, seine gerichtlichen Beschuldigungen[8] zurückzunehmen, wenn ich ihm die gewünschte Erklärung und die Entlassung Mays verschaffte. Was er aber unter Bedingungen, die mit den betreffenden Thatsachen nichts zu thun hatten,[9] widerrufen konnte, das mußte er überhaupt widerrufen.

Ich erkläre die von Herrn Prof. Dr. Strack mir vorgeworfenen angeblichen »Unwahrhaftigkeiten« so lange für bloße Einbildungen, bis er den öffentlichen Beweis dafür erbracht haben wird. Was er bis jetzt davon vor Zeugen veröffentlicht hat, beruht auf Entstellung und Mißverstand.[10]

Dagegen will ich sofort den Beweis antreten [hört! hört!], daß Herr

---

[1] [Unwahr! Vgl. auch VI 11 „mit nur sehr Wenigen].

[2] [So glaubt Hr. Stöcker über meine in Kap. IV abgedruckten Briefe urteilen zu dürfen!].

[3] [In dem seitens des „Reichsboten" gegen mich angestrengten Proceß ich jedenfalls nicht! Und wie wird das Urteil über den „Reichsboten" in Zukunft lauten?!]

[4] [Erklärungen beweisen nichts gegen Thatsachen].

[5] [Hr. Stöcker sagt „selbstverständlich" und „natürlich" mit besonderer Vorliebe da, wo andere Sterbliche etwas nicht selbstverständlich finden].

[6] [Unwahr! Vgl. den Wortlaut VI 5].

[7] [Unwahr! Vgl. namentlich VI 9].

[8] [Unwahr! Nicht die gerichtlichen Beschuldigungen, nicht die Behauptung des Vorgekommenseins von „Leichtfertigkeiten" wollte ich zurücknehmen, sondern ich hatte mich bereit erklärt, an jetzt bei Hrn. Stöcker vorhandene Wahrheitsliebe zu glauben, in der Erwartung, daß er etwas thue, um mir diesen Glauben zu ermöglichen (vgl. VI 2, 6)].

[9] [Unwahr! Die Forderungen standen wohl mit dem Streit in Zusammenhang. Übrigens ist mir eine andere Leistung zu Ehren der Wahrheit seitens des Hrn. Stöcker gar nicht angeboten worden].

[10] [Der Leser wolle sich des im Protokoll (VI 5) vorläufig citierten Beweismaterials erinnern].

Prof. Dr. Strack den obschwebenden Streit, der ihn nichts anging,[1] mit unwahren Insinuationen [!] begonnen hat. Er erklärte es für unmöglich,[2] daß ein Berliner Thalmudist Äußerungen, die ich in einer öffentlichen Rede citierte, gethan habe, und zog mir dadurch[3] schon einmal völlig grundlos den Vorwurf der Unwahrheit zu. Es ist nachgewiesen, daß Dr. Morgenstern, ein an thalmudischen Kenntnissen dem Prof. Dr. Strack überlegener[4] Gelehrter, jene Äußerungen wirklich gethan[5] hat. — Er begann den schriftlichen Streit gegen mich mit einem Briefe, der also anfängt: „Ein gegen mich gerichteter, von Ihnen selbst oder doch in Ihrem Auftrage geschriebener Artikel in der Beilage zu No. 19 des ‚Christlich-socialen Correspondenzblattes'." Dieser Artikel war weder von mir noch in meinem Auftrage geschrieben.[6] — Solcher Art sind bisher alle Angriffe[7] des Herrn Professors Dr. Strack gewesen. Wer dies ruhig erwägt, wird es begreifen, daß ich gegen ihn nicht im Wege des Processes vorgehe.[8]

Berlin, 2. November 1885.

Adolf Stöcker."

16. Dienstag, d. 3. Nov., abends, brachten die „Voss. Ztg." 513, Beilage, und fast wörtlich ebenso die „Post" 302 (datiert v. 4. Nov.) folgende Entgegnung von mir:

„Hr. Frhr. v. Hammerstein und Hr. Hofprediger Adf. Stöcker veröffentlichen in der ‚Kreuzztg.' No 257 einen langen augenscheinlich mühsam zu stande gebrachten Aufsatz wider mich. (Vgl. ‚Voss. Ztg.' 509, Beiblatt). Ich unterlasse es, die Unrichtigkeiten und Schwächen desselben hier im einzelnen darzulegen, da ich dadurch die Geduld der Zeitungsleser zu sehr beanspruchen würde, und konstatiere hier nur zweierlei. Erstens: In dem von der ‚Kreuzztg.' gebrachten Abdruck des Protokolls vom 24. Okt.

[1] [Mich geht der jüdische Gottesdienst jedenfalls mehr an als Herrn Stöcker. Vgl. „N. Pr. Ztg." No. 112, oben S. 43 f.]

[2] [Vgl. oben S. 36 Anm.]

[3] [„dadurch". Ich fordere zum dritten Male den Beweis. Vgl. oben S. 64 Anm. ***].

[4] [Die, nun sagen wir, Naivetät, mit der Hr. Stöcker sich hier ein Urteil anmaßt, ist geradezu grotesk].

[5] [gethan, aber auch bereut hat. Vgl. oben S. 36 Anm. und hernach No. 19].

[6] [Das „Chr.-S. C.-Bl.", welches in No. 45, Beilage, die Erklärung des Hrn. Stöcker abdruckt, hält für notwendig oder doch für passend, hier hinzuzufügen: „Wird von der Redaktion des ‚Corresp.-Bl.' bestätigt"! — Daß Hr. Stöcker vorher von dem Artikel gewußt habe, wird nicht bestritten; ja nicht einmal, daß er ihn vorher gekannt habe. Vgl. S. 13, Anm. 1].

[7] [Unwahr! Vgl. Beweismaterial im Protokoll, VI 5].

[8] [Begreiflich ist dies allerdings, aber aus andern Gründen!].

sind zwar (in wenig taktvoller Weise) die Namen derjenigen Herren genannt, aus denen das Schiedsgericht bestehn sollte (welches infolge der mir am 30. Oktober nachmittags zugegangenen Drohung des Hrn. Hofpred. Adf. Stöcker überhaupt nicht zusammentreten konnte); aber das von mir ‚vorläufig' citierte Beweismaterial ist fortgelassen! Zweitens: der Kern der ganzen Darlegung meiner Gegner ist für mich, daß Hr. Hofpr. Stöcker sich scheut, sein Verhalten richterlicher Prüfung zu unterbreiten. Berlin, 3. Nov. 1885. Prof. D. Hermann L. Strack."

17. Nunmehr ließ sich am Mittwoch, d. 4. Nov., abends, Hr. Frhr. v. H. in der „N. Pr. Ztg." 259, S. 3 (dat. v. 5. Nov.) also vernehmen:

„Es liegt mir fern, Herrn Professor Dr. Strack den Rückzug zu erschweren. Nur im Interesse der Wahrheit muß ich konstatieren: 1) daß Hr. Prof. Strack sich einer Entstellung [!] der Thatsachen schuldig macht, wenn er das Scheitern des Schiedsgerichts auf meine an ihn unter dem 30. Oktober gerichtete Mitteilung zurückführt, daß bei Ausbleiben seines Widerrufs die Veröffentlichung der Vorgänge erfolgen werde. Hr. Prof. Strack hat vielmehr, wie ich schon einmal dargethan [?], an zwei aufeinander folgenden Tagen durch sein und seiner Freunde Ausbleiben einen Spruch des Schiedsgerichts selbst unmöglich gemacht.* 2) Daß Hr. Prof. Strack bei der von ihm zuerst veranlaßten Veröffentlichung des Protokolls vom 24. Oktober das von ihm citierte ‚vorläufige' Beweismaterial selbst sorgfältig** fortgelassen hat, während es doch unzweifelhaft seine Pflicht ist, für die gegen Hofprediger Stöcker öffentlich gethane beleidigende Äußerung auch doch öffentlich den Beweis zu erbringen, wenn er sich nicht den berechtigten Vorwurf der Verleumdung zuziehen will. Berlin, 4. November 1885. Frhr. v. Hammerstein."

18. Gegenüber dem Vorwurfe der Verleumdung durfte ich nicht schweigen. Da ich mich jedoch aus Motiven, die in der gleich zu citierenden Antwort angegeben sind, noch nicht entschließen konnte, mein Urteil über Hrn. Stöcker vor der Öffentlichkeit eingehend zu begründen, antwortete ich einfach in den am Freitag Abend, 6. Nov., erschienenen Zeitungen „Post" 305, S. 2 (dat. v. 7. Nov.) und „Voss. Ztg." 519 Beil. S. 2, 3):

„Auf die durch Hrn. Frhrn. v. Hammerstein in Verteidigung des Hrn. Hofpred. Stöcker in der ‚Kreuzztg.' No. 259 gegen mich gerichteten Bemerkungen erwidere ich lediglich Folgendes: 1. Ich halte fest und kann es beweisen, daß die Unmöglichkeit weiterer Verhandlungen, insonderheit die Unmöglichkeit

* [Herr Freiherr v. Hammerstein, urteilen Sie doch nicht über Vorgänge, von denen Sie keine genaue Kenntnis haben!]

** [Vgl. oben S. 88 Anm. **]

des Zusammentretens des Schiedsgerichts nicht durch mich, sondern durch die mir am 30. Okt. nachmittags zugegangene Drohung des Hrn. Hofpred. Stöcker konstituiert worden ist. 2. Ich denke nicht daran, meine am 20. Okt. vor Gericht abgegebene Erklärung zurückzunehmen, halte dieselbe vielmehr durchaus aufrecht, zumal Hr. Hofpred. Stöcker durch seine Behauptungen in No. 257 der ‚Kreuzzeitung' mir neue Beweise für die Richtigkeit dieser Erklärung gegeben hat. Aber, wie ich namentlich in Rücksicht auf die mir und Hrn. Hofprediger Stöcker wesentlich gemeinsame religiöse Stellung und auf die Beschaffenheit eines großen Teils seiner Gegner am 21. Okt. die Möglichkeit zu Verhandlungen geboten habe, so werde ich aus demselben Grunde das Beweismaterial auch jetzt noch nicht durch den Druck veröffentlichen. Was ich bisher schon erwartete, muß ich bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge erst recht erwarten, nämlich, daß Hr. Hofpred. Stöcker sein Verhalten, wenn er wirklich glaubt, es rechtfertigen zu können, richterlicher Prüfung unterbreiten wird. Berlin, 5. November 1885. Prof. D. Herm. L. Strack."

19. In derselben No. der „Voss. Ztg." trat unerwartet (vgl. S. 37 Anm.) Hr. Dr. Morgenstern als Zeuge gegen Hrn. Stöcker auf. Aus seiner dort abgedruckten Zuschrift (datiert: Wien, den 4. Nov.) teile ich hier den hauptsächlich in betracht kommenden Passus mit:

„Wie ich aus der ‚Kreuzztg.' vom 3. November ersehe, sucht Hr. Stöcker noch heute die Zirkel meiner Kreise zu trüben, indem er mich in seinen Streit mit Hrn. Prof. Strack neuerdings hineinzieht. Wenn Hr. Stöcker, weil ihm das in seiner Argumentation gegen Hrn. Strack in den Kram paßt, sagt, daß ich ein an thalmudischen Kenntnissen dem Prof. Strack überlegener Gelehrter bin, so erkläre ich dies für eine Unwahrheit. Meine Arbeit ‚die Heiligkeit des Eides', worin ich auf den religiösen Eid aller Konfessionen bringe, spukt noch immer in dem Kopfe des Hrn. Stöcker und läßt ihn nicht zur Ruhe gelangen. Ich freue mich, daß er sie fleißig liest, sich daran erbaut, wenn ich darin nachweise, daß selbst im Geruche der Heiligkeit stehende Männer Meineide geleistet haben; nur wünschte ich, daß sie auch den im Glashause sitzenden Stöcker belehre, nicht so leichthin mit Steinen nach Anderen zu schleudern. Hr. Stöcker reißt aus meiner Arbeit einen Satz über die Eide der Juden heraus, weil er ihm für seine Hetzereien paßt. Ich habe in derselben Arbeit nachgewiesen, daß ein Papst einen Meineid geleistet hat, der historisch gesichert ist. Warum greift er nicht diese Worte heraus, um auch dem Katholicismus falsche Eide nachzuweisen? Meine Arbeit habe ich lange vor dem Proceß ‚Bäcker-Stöcker' geschrieben. Bei einer Revision derselben wird mir Hr. Stöcker als Bild sitzen, und ich bin begierig, ob er sich auch dann noch auf die Arbeit des ‚großen Gelehrten' berufen wird. Ich habe betreffs meiner Arbeit mit Hrn. Prof. Strack, als

ich noch in Berlin weilte, lange Unterredungen gehabt und gestehe offen, daß ich eines Bessern belehrt wurde und mit ihm in bezug auf das Kol-Nidre-Gebet der Juden am Versöhnungstage ganz übereinstimme, wie er ja auch Vieles in meiner Arbeit als wahr und zutreffend gelten ließ. Bei aller Eitelkeit, aus der wir Menschen zusammengeknetet sind, muß ich doch das Compliment des Hrn. Stöcker, daß ich an thalmudischen Kenntnissen dem Hrn. Prof. Strack ein überlegener Gelehrter bin, energisch zurückweisen."

20. Ich hoffte, Hr. Stöcker werde diese Zurechtweisung sich zur Lehre dienen lassen, — leider vergeblich: am Abend des 9. Nov. brachte die „N. Pr. Ztg." 263, S. 3 (dat. 10. Nov.) wieder eine Erklärung des Hrn. Stöcker:

„Hr. Prof. Dr. Strack scheint nach seiner letzten Erklärung noch immer von dem Wunsche* beseelt, einen Beleidigungsproceß mit mir zu haben. Ich erkläre hiermit von neuem, daß ich ihm diesen Wunsch nicht erfüllen werde. Daß es einem Professor der Theologie sittlich nicht erlaubt ist, ohne Grund und Beweis öffentlich eine Beleidigung auszusprechen und sich nachher hinter einen Proceß zurückzuziehen [!], das steht für jeden vernünftigen Menschen zweifellos fest. Hr. Frhr. von Hammerstein hat dies Verhalten in seiner Erklärung völlig zutreffend bezeichnet. Bis jetzt steht die Sache für jeden Verständigen so, daß ich Hrn. Prof. Dr. Strack zwei Unwahrheiten [??] öffentlich vorgehalten habe, daß er dagegen seine unbesonnene Äußerung bisher nicht bewiesen und ein dieser Sache wegen von ihm selbst vorgeschlagenes Schiedsgericht vereitelt [Unwahr!] hat. — Übrigens hoffe ich, daß er sich allmählich in dieser ganzen Angelegenheit beruhigen wird, da** ja Hr. Dr. Morgenstern ihm ein glänzendes Zeugnis über seine Kenntnisse ausgestellt hat. Was er von dem „Reichsboten" vergeblich erhoffte, das hat ihm nun ein jüdischer Thalmudist attestiert. Damit wird sich Hr. Prof. Dr. Strack wohl beruhigen und der für mich unerhebliche [?!] Streit sein Ende finden. Berlin, den 9. November 1885. Adolf Stöcker.

21. Am 13. Nov. glaubte Hr. Stöcker in der auch von der „Studentenschaft zahlreich" besuchten Versammlung der Christlich-Socialen sagen zu dürfen: „Und das kann ich mit gutem Gewissen behaupten, daß die Gegner über mich lügen. Es ist bei ihnen zur fixen Idee geworden, ich sei ein unwahrhaftiger Mann. Diese Idee hat sich sogar bei Professoren der Theologie festgesetzt, und

* [Wie völlig mißverstanden ist meine Erwähnung des Gerichts, die nur den Zweck hatte, im Interesse des Hrn. Stöcker die Veröffentlichung des Beweismaterials unnötig zu machen! Einem Manne der Wissenschaft kann auch der erfolgreichste Beleidigungsproceß keinen Nutzen bringen].

** [Pfui!].

wenn sie die Wahrheit ihrer Behauptungen beweisen sollen, sind sie nicht zu Hause. Nach Prof. Strack ist nun ja auch Prof. Baumgarten losgegangen . . ."

---

22. Durch diese Herausforderungen war die letzte Möglichkeit, die öffentliche Begründung meiner vor Gericht abgegebenen Erklärung zu vermeiden, für mich endgültig beseitigt, und ich entschloß mich, da der Beweis in einer Zeitung nicht geführt werden konnte, die nun vorliegende Broschüre zu schreiben.

VII.

Weitere Beiträge zur Charakterisierung Stöckers.

Mangel an Zeit wie an Raum nötigt mich, hier nur einige kurze Andeutungen zu geben. Ich behalte mir vor, dies Kapitel später zu vervollständigen.

1. Hr. Stöcker drückt sich oft so aus, daß die Hörer (Leser), ohne, daß er direkt von der Wahrheit abweicht, zu falschen Auffassungen Anlaß haben. a) Erstes Beispiel. Was Hr. Stöcker in der Einleitung zu „Christlich-Sozial“ S. XI, XII über die Entstehung der christlich-socialen Arbeiterpartei sagt, ist nicht falsch, wenn die beiden Eigenschaftswörter „politische“ und „organische“ scharf betont werden; es ist aber ein Unrecht gegen den nicht unterrichteten Leser, daß des Hrn. P. Witte wie des von ihm Geleisteten und Erstrebten keine namentliche Erwähnung geschieht. Vgl. u. a. Evang.-Kirchl. Anzeiger für Berlin 3. Nov. 1876, No. 44. und 24. Nov., No. 47; „Rheinisch-Westfäl. Post“ v. 17. Nov. 1876 (mir jetzt nicht erreichbar) und No. 262. — b) Zweites Beispiel. Die von Hrn. Stöcker am 27. Mai 1881 über Prof. M. Baumgarten-Rostock gethanen und in „Christlich-Sozial“ S. 195 wiederholten Äußerungen. Vgl. P. Ziegler in „Prot. Kirchen-Ztg.“ 1885, No. 32; J. H. Kurtz, Lehrbuch der Kirchengeschichte, 9. Aufl. 1885, § 179, 1 u. § 191, 6.

2. Hr. Stöcker hat am 27. Mai 1881 gesagt und in „Christlich-Sozial“ S. 192 wiederholt: „Ich würde in Volksversammlungen nie über den Thalmud reden*, weil er ein heiliges Buch der israelitischen Mitbürger ist. Allerdings habe ich ihn nicht bloß gesehen, sondern in der Übersetzung auch gelesen [!]**, aber nicht genug, um ein gründliches Urteil darüber zu haben.“

* [Vgl. aber die Vorträge vom 24. April 1885 (oben S. 36 vgl. S. 52 Anm.) u. v. 29. Mai (oben S. 15 Anf.)]

** [Vgl. oben S. 58 u. P. Cassel, Ahasverus S. 66 f.]

3. Hr. Stöcker hat am 27. Mai 1881 gesagt: „Professor Cassel, der für die gottlosesten Berliner Blätter schreibt“ und diese Unwahrheit trotz der sofort durch Hrn. Prof. Cassel („Sunem“ No. 25) erfolgten Widerlegung in „Christlich-Sozial“ S. 193 unverändert und ohne berichtigenden Zusatz wiederholt!

Viel Beachtenswertes über Hrn. Stöcker und seine Agitation hat Hr. Prof. P. Cassel bemerkt in „Ahasverus. Die Sage vom ewigen Juden. Berlin 1885“, S. 5—8, 12, 16—18, 65—70. Vgl. noch „Sunem“ 1880 S. 46, 63 ff., 163 ff., 223 ff., 385, 401; dgl. 1881, S. 54 ff., 89 f., 201 ff., 271 Anm., 349 ff. Gegen den „Reichsboten“ s. „Sunem“ 1880, S. 7, 15, 46, 224; dgl. 1881, S. 148, 161 ff., 271 Anm., 342 f.

4. Hr. Stöcker hat 26. Sept. 1879 gesagt und in „Christlich-Sozial“ S. 164 wiederholt: „Ein junger jüdischer Studiosus ... hat freilich die Stirn zu behaupten, der Thalmud enthalte keine einzige inhumane Stelle ... aber es ist doch eine Thatsache, daß derselbe erklärt: ‚Wie die Menschen über den Tieren stehen, so die Juden über den Völkern der Erde.‘ Ich mag die einzelnen Tierarten nicht wiederholen, mit denen der Thalmud die nichtjüdische Menschheit zu vergleichen die Unart hat.“ — Also ist es Thatsache, daß der Thalmud das erklärt? Hr. Stöcker hat den Satz, wie er selbst sagt, von Rohling entlehnt, also aus dessen Schrift „Der Talmudjude“ (6. Aufl., Münster 1877, S. 58 Anf.) wo der Fundort durch Zeror h. f. 101, 2 bezeichnet ist. Hr. Stöcker hält das für den Namen eines Thalmudtraktats! Ich will ihm sagen, daß Zerôr hammôr („Myrrhenbündel“, s. Hoheslied 1, 13) der Titel eines kabbalistischen Pentateuchkommentars ist, welchen der im 16. Jahrhundert, also nur etwa ein Jahrtausend nach dem Thalmud, lebende Abraham Saba verfaßt hat! Noch sei hinzugefügt, daß die inkriminierten Worte im Zusammenhange einen nicht unwesentlich anderen Sinn haben, wie man sich durch Vergleichung von Eisenmengers „Entdecktes Judenthum“ I, 573 f. (der Quelle Rohlings) leicht überzeugen kann.

5. Die am 3. Januar 1878 im „Eiskeller“ veranstaltete Versammlung wird jetzt als Geburtstag der christlich-socialen Partei gefeiert. Einige Tage später sah Hr. P.* den Redakteur Hrn.

Pastor a. D. Engel und sagte zu ihm: „Da steht ja im ‚Reichsboten‘ ein Artikel über die ‚Eiskeller-Versammlung‘. Den Artikel haben Sie nicht geschrieben.“ „„Doch; ich habe ihn geschrieben.““ „Nein“. „„Doch““. „Nein, Sie können ihn nicht geschrieben haben“. „„Ich habe ihn wohl geschrieben““. „Nein. Sie werden Sich nicht selber desavouieren. Sie haben doch früher im ‚Reichsboten‘ anders geurteilt.“ „„Nun, ich will es Ihnen gestehn: Der Artikel ist von Hrn. Hofpred. Stöcker.““ Bald darauf besuchte Hr. P. Hrn. Stöcker. Da fing dieser an von der Versammlung zu reden, wollte Hrn. P. belehren, wie es bei solchen Versammlungen zugehe, und sagte im Verlaufe des Gesprächs: „Ich habe den Artikel im ‚Reichsboten‘ nicht geschrieben.“ Hr. P. schwieg dazu, weil er zwischen Hrn. Engel und Hrn. Stöcker keine Veruneinigung veranlassen wollte.

6. Herr Otto Glagau bringt in Heft 120 seines „Kulturkämpfer“ (Juli 1885) einen mehr als 36 Seiten füllenden (gerade weil Herr Glagau „Antisemit“, sehr lesenswerten) Artikel „Hof-Prediger Stöcker und sein Proceß“. Darin wird erwähnt, daß Herr Stöcker am 22. Nov. 1880 im Abgeordnetenhause gesagt, mehr als der vierte Teil der „Notabeln“ habe in den Gründerjahren an dem Hexentanz um das goldene Kalb teilgenommen. „Um sich einigermaßen aus der Affaire zu ziehen, schickte er die Liste, die er von mir empfangen hatte, ohne meine Erlaubnis, zum Abdruck an die . . ‚Deutsche Landes-Zeitung‘ . . Dazu hatte ich sie ihm aber nicht gegeben, sondern einzig und allein zum Gebrauch im Abgeordnetenhause, was ich ihm auch bemerklich machte. . . . Die Liste . . . war indes auch nicht vollständig;

* Er selbst hat mir die Geschichte vor etwa zwei Jahren erzählt und war (ist es also auch jetzt) bereit, sie erforderlichenfalls auch vor der Öffentlichkeit zu bezeugen. Ich lasse den Namen fort, weil ich mit Rücksicht auf die meinem Gewährsmanne Anbefohlenen und angesichts der gegenwärtigen Stimmung der Stöckerianer gegen mich zu vermeiden wünsche, daß Hr. P. in den öffentlichen Streit gezogen werde. Hier erwähnt aber mußte das mir Erzählte werden, weil es zu dem von mir Hrn. X. (s. VI 5,8) angegebenen Beweismaterial gehört. Hr. P. ist von der an dieser Stelle erfolgenden Erwähnung benachrichtigt.

u. a. fehlte der Name —o—* . . . Stöcker schrieb mir am selben Abend: ‚. . . Ich . . bitte Sie nun herzlich, Ihre Angaben noch einmal mit Rücksicht auf die Rickert'schen Einwürfe zu revidieren . .' Hofprediger Stöcker erhielt von mir einen Bürstenabzug der Gründerliste, die für den ‚Kulturkämpfer' bereits gesetzt war. . . . Auch die Liste, welche Stöcker jetzt auf den Tisch des Hauses legte, war unvollständig; sie enthielt, wieder ‚aus Schonung für Andere', nicht den Namen . . —o—. Zu solcher Weglassung war Stöcker durchaus nicht berechtigt, und sie kann in keiner Weise entschuldigt werden" (S. 26—28).

7. Herr Stöcker hat am 19. Nov. 1884 in der Sitzung der 4. ordentl. Brandenburg. Provinzial-Synode gesagt: „Er erinnere endlich daran, daß ein Mann wie Prof. Dillmann in einem 1876 erschienenen Buche ausgeführt habe, daß die Christusvergötterung eine Verletzung der Majestät Gottes sei. Das sei denn doch ein Unfug, gegen den man sich entschieden wehren müsse" („Voss. Ztg." 544). — Hätte Herr Stöcker vorher mich als einen ihm in mehreren Beziehungen nahe stehenden Bekannten gefragt, so hätte ich ihm gesagt: *1.* nicht er, sondern ein Professor der Theologie habe, nicht vor der Provinzial-Synode, sondern vor der General-Synode die Besetzung der theologischen Professuren zur Sprache zu bringen; *2.* die inkriminierte Äußerung sei nicht in einem Buche, sondern in einer Rektorats-Rede gethan, die ich ihm zur Einsicht geben könne; *3.* Herr Professor Dillmann sei viel zu taktvoll, auch persönlich viel zu fromm, als daß er eine derartige Äußerung, noch dazu in so feierlicher Stunde und an so feierlichem Orte zu thun fähig sei; *4.* die Stelle habe eine ganz andere Bedeutung, als Hr. Stöcker meine; *5.* ich wisse, daß Hr. Professor Dillmann jener schon im Jahre 1876 vorgekommenen Entstellung seiner Worte sofort und entschieden in der „N. Pr. Ztg." widersprochen habe. — Dann hätte Herr Stöcker sich einen kläglichen Rückzug erspart und die Sache, der er nützen wollte, nicht kompromittiert.

* [Ich lasse den Namen fort].

Nachtrag.

Zu Seite 3, Absatz 3, u. S. 85, Anm. 1. — Als ich vor einigen Jahren (es mag 1881 gewesen sein) den von Leipzig wieder nach Berlin übergesiedelten D. Biesenthal besuchte, erzählte mir derselbe im Laufe der Unterhaltung, daß er in der „Vossischen Zeitung" unter der Ueberschrift: „Ein Berliner Hofprediger" einen Artikel veröffentlichen wolle, in dem das verdienstliche Wirken des trefflichen Daniel Ernst Jablonski (geb. 1660, gest. 1741) unter fortwährender Vergleichung der ganz anders gearteten Thätigkeit des Hrn. Stöcker geschildert sei. Ich erwiderte, Hr. Stöcker habe sich doch durch seine Arbeit für die Stadtmission und durch die Bekämpfung der Sozialdemokratie Verdienste erworben, und bat ihn doch zu erwägen, welche Parteien sich am meisten über solchen Angriff auf Hrn. Stöcker freuen würden. „Ihnen zu liebe", lautete die Antwort meines verehrten Freundes — „werde ich den Artikel unterdrücken."

Druckfehler.

S. 3, Z. 6 setze Komma nach „ließ". — Z. 28 l. „Rabbiner-Versammlung". — S. 7, Z. 18 l. „17" st. „27". — S. 24, Z. 12 setze Komma nach „schärfer". — S. 42, Z. 2 setze Komma nach „sei". — S. 45, Z. 16 l. „ungegründeter". — S. 46, Z. 16 v. u. l. „kundgebende".

Inhalt.

Hofprediger Stöcker

und

der Hof.

Berlin.
Richard Eckstein Nachfolger
(Hammer & Runge).

Alle Rechte vorbehalten.

„Den Geistlichen legt der Beruf, das Evangelium des Friedens Allen ohne Unterschied nahe zu bringen, insbesondere die Pflicht auf, in der Theilnahme an dem gegenwärtig so leidenschaftlich bewegten politischen und sozialen Leben, sowie bei Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte diejenige Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten, welches das Amt, dem Himmelreich in der Welt den Weg zu bahnen und das Wort von der Versöhnung zu predigen, mit sich bringt. Kaum etwas hat den Einfluß der amtlich organisirten Kirche nicht nur in den höher gebildeten Kreisen der Bevölkerung so geschädigt, als der von verschiedenen Seiten unternommene Versuch, die Kirche, ihr Bekenntniß und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu benutzen. Es ist nicht Sache der Diener der Kirche, im Namen des Christenthums volkswirthschaftliche und sozialpolitische Theorieen aufzustellen und zu unterstützen; sie halten sich nicht in den Grenzen ihres Berufs, wenn sie an die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung auf Grund des Evangeliums Forderungen stellen für anderweitige Vertheilung der Güter, für Verpflichtung der Behörden, Arbeitslosen Erwerb aus öffentlichen Mitteln zu verschaffen und die altersschwachen und ge-

[illegible] gegenzuwirken. „Wenn dieser Erlaß in jedem Punkte haltbar wäre, wenn namentlich die soziale Reform, in welcher die Gegensätze des heutigen Tages hauptsächlich wurzeln, nicht eine Unterstützung von der religiösen Seite her erfahren dürfte, jene Reform, die sich gegen den nackten Egoismus des Individuums, gegen den Wucher in allen Formen, gegen die Ausbeutung der Schwachen durch das Faustrecht des wirthschaftlich Stärkeren wendet, Schutz und Hilfe für den Armen, für den Krüppel, für Wittwen und Waisen von Staats wegen fordert, nun, dann ist allerdings es auch mit dem Bismarck'schen Worte vom praktischen Christenthum nichts, und dann fällt auch die kaiserliche Botschaft vom 17. Novbr. 1881, dieser Kanon der heutigen Reform, in sich zusammen. Der Kaiser wandte sich damals in warmen, väterlichen Worten an den Reichstag, um denselben in Vertrauen auf seine Unterstützung ohne Unterschied der Parteistellungen zur Mithilfe an der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter aufzufordern, unter dem Hinweis auf seinen früheren Ausspruch, daß die Heilung dieser Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen gesucht werden könne. Der Kaiser bezeichnete jene positiven Bestrebungen auf dem beregten Gebiet als eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Die Staatsgewalt allein sei diesen Aufgaben nicht gewachsen, die Lösung derselben würde in dem engeren Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und in dem Zusammenfassen derselben in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung zu suchen sein. Wenn es ihm gelänge, sagte der Kaiser, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande auf diesem Wege neue

und dauernde Bürgschaften seines [illegible] Hülfebedürftigen größere Sicherheit [illegible] Beistandes, auf den sie Anspruch haben, [illegible] wurde er mit um so größerer Befriedigung auf [illegible] mit denen Gott seine Regierung sichtlich [illegible] blicken.“

Aber der Geistliche, sagt man, soll sich nicht in de[n] Streit der Parteien mischen, da das niemals ein [illegible] Geschäft ist, und jeden Theilnehmer der Gefahr ausset[zt] vom Gegner unwürdig behandelt zu werden. Mögen And[ere] sich gegen Verunglimpfungen ihrer Ehre frei in die S[ieg]fried'sche Hornhaut hüllen, ein Geistlicher muß es vermeiden politische Gegner zu provoziren und in Folge dessen sich [illegible] Koth bewerfen zu lassen. „Dem sei wie ihm wolle [illegible] man erwidert — es ist um so mehr das Opfer anzuerkennen daß der Hofprediger Stöcker, vielleicht nach langem Kon[flikte] mit sich selbst, gebracht hat, indem er in die Lücke ein[sprang], die in der Hauptstadt gähnend klaffte, und für welche sich kein Laie, keine politische Größe, kein Parlamentar[ier] fand, der die begeisterte Hingabe, das Selbstvertrauen und die Kraft des Glaubens besaß, um die in Berlin unter [illegible] Oberfläche schlummernden konservativen Neigungen zu wecken, zu ermuthigen, zu sammeln, und sie zum Krystallisations[punkt] einer neuen, von aller Welt für unmöglich ange[sehenen], siegreichen Bewegung zu machen; einer Bewegung, [die] zugleich Hunderttausende wieder zur Besinnung auf ihr [ver]gessenes Christenthum zurückgeführt hat. Ein geistreicher Engländer hat gesagt, er höre in Zeiten der Gährung aus der Menge immer den Ruf heraus: Ist denn kein Mann, kein Kluger, kein Starker, kein Großer da, der uns führe? So war es in Berlin vor zehn Jahren. Es [illegible]

schwache Anfänge, die auf die Sehnsucht deuteten, aus der Opposition zum Monarchen und zum leitenden Staatsmanne herauszukommen, wenn dieselben sich nur ihrer Sache annehmen und die Gesetzgebung, deren Früchte in der Verwüstung aller sittlichen und materiellen Verhältnisse vorlagen, in eine andre Bahn lenken wollten. Wohl ergriff der leitende Staatsmann und der Monarch die Initiative der Reform, aber in der Hauptstadt wollte es mit der jungen Bewegung und mit der embryonischen Reformpartei nicht vorwärts kommen, es fehlte ein Führer! Eine wilde Opposition fuhr fort, das politische Leben der Hauptstadt in Fesseln zu schlagen und jede widerstrebende Richtung durch Hohn und Spott zu ersticken. Rede man vom Hofprediger Stöcker, was man will, verurtheile man ihn, daß er als Geistlicher ein politischer Partei-Vorkämpfer ist, verurtheile man diese oder jene Angriffsweise, eben weil sie von einem Geistlichen kommt, die aber die Erhitzung im Kampfe mit sich führt — jedenfalls hat er in der Hauptstadt einen Erfolg errungen, dessen Bedeutung außerhalb der Hauptstadt noch nicht nach Gebühr geschätzt wird. Was heißt denn das, eine Millionenstadt, in der vor Jahren die winzige konservative Partei sich gefallen lassen mußte, als eine Schaar von Hoflieferanten, Hofräthen und Hoflakaien ausgelacht zu werden, und der fortschrittliche Terrorismus unerschütterlich zwei Jahrzehnte hindurch regelmäßig mit überwältigender Stimmen-Majorität Männer in Land- und Reichstag schickte, die zu den Kriegen mit Dänemark und Österreich die Geldmittel verweigerten, die 1866 die Idemnität zurückwiesen, 1867 die mühsam zu Stande gebrachte und die nationale Wiedergeburt Deutschlands begründende Verfassung des Norddeutschen Bundes, 1870 ebenso die Verträge mit den süddeutschen Staaten, die

einzig gegebene Grundlage zur Herstellung des seit Jahrhunderten ersehnten deutschen Reiches, 1874 dem deutschen Vaterlande die gegen seine feindlichen Nachbarn erforderliche Wehrkraft, 1878 dem Kaiser den persönlichen Schutz für sein Leben verwarfen — was heißt das, in einer solchen verwilderten Stadt eine so kräftige Gegenströmung zu schaffen und zu organisiren, daß ihr die Zukunft der Hauptstadt sicher ist? Eine Gegenströmung, die politisch und kirchlich zugleich ist? Möglich, daß ein andrer es auch zu stande gebracht hätte, aber es fand sich eben niemand, der die Sammlung und die Führung übernahm, niemand, der sich stark genug fühlte, den Waffen des Hohnes und des Spottes, denen des persönlichen Angriffs und der Verdächtigungen, auch denen der ernsten und ehrlichen Gegnerschaft, ja selbst der Gefahr für Leben und Gesundheit unerschrocken zu trotzen. Wer hätte eine solche Kraft der Beredsamkeit, solche Begeisterung, solche Ausdauer, solche Unermüdlichkeit, wie Adolf Stöcker, sich zugetraut? Erst nachdem er die Bahn gebrochen, fanden sich die Jünger.

Dafür hat er aber auch aus wenigen Hunderten von Konservativen bis Hunderttausend gemacht, und wer dies noch vor wenigen Jahren vorausgesagt hätte, würde als ein Narr von Feind und Freund verlacht worden sein, zumal, wenn er sich zu der Prophezeihung verstiegen hätte: Berlin würde einmal zu Tausenden zu den Füßen eines frommen, das Christenthum bis in die Wahlversammlungen verkündenden Hofpredigers lauschen und mit nicht endenwollenden Beifallsstürmen ihn erdrücken".

„Welche Wandlung mit Berlin vorgegangen ist, so schilderte ein Berliner Correspondent der in Barmen erscheinenden „Christlichen Monatsschrift" 1885 den damaligen Aufschwung

der berliner Bewegung, kann nur derjenige würdigen, der die Stadt zehn Jahre nicht gesehen und plötzlich wieder hineinversetzt wird. Er würde schon staunen, wenn er etwa in ein kleines bescheidenes Restaurant einträte und hier den „Reichsboten" nicht bloß ausgelegt, sondern auch von dem kleinen Handwerker oder Arbeiter begierig gelesen findet. Er müßte bei der Erinnerung an ehemals, wo man in diesen Kreisen, aber auch in anderen, das reaktionäre Blatt sammt dem Leser zur Thür hinausgeworfen hätte, sich geradezu an die Stirn fassen, ob er nicht träumt. Er würde dasselbe thun müssen, wenn er die Zeitungsfrau in das Hintergebäude drei oder vier Treppen hoch das „Deutsche Tageblatt" tragen sieht. Ist denn da oben unter dem Dache nicht mehr die exklusive Domäne der „Volks-Zeitung"? Woher der neue Eindringling? Nun, er kommt von Stöcker und von keinem andern. Er hat die Umwandlung bewirkt. Der Fremde, der zehn Jahre lang Berlin nicht gesehen, sieht plötzlich gegen Abend das Gedränge in den Straßen eines Stadtviertels immer dichter werden. Er läßt sich vom Strome fortreißen, und kommt in eine konservative Wahlversammlung. Tausende sind versammelt, Tausende müssen aus Mangel an Platz draußen zurückgehalten werden. Alle Stände sind vertreten, vom Arbeiter hinauf bis zum Offizier in Zivil und bis zu dem auf einer Tribüne hinter einer Säule sich nur schlecht verbergenden Minister. Es geht ein lebhaftes Geflüster durch die des Redners harrende Versammlung. Mit einem Male wird es still, dann athemlos still und dann wieder stürmisch laut. Hofprediger Stöcker ist in den Saal getreten und ein donnerndes Hoch aus den tausenden von Kehlen, ein Hoch, das nicht enden will, empfängt den populärsten Redner Berlins, einen Hofprediger! Der Fremde denkt nach, er verweilt mit seinen

Gedanken bei jener konservativen Versammlung, die er vor zehn Jahren besucht hat. Er hat davon noch die Empfindung einer Krankenstube. Vornehmer war die damalige Versammlung, aber klein und gichtbrüchig. Wer hat das Wunder vollbracht?

Das konservative Berlin hat unter der Führung Stöcker's noch keinen Wahlsieg errungen. Es wäre aber auch vermessen, so etwas jetzt schon erreichen zu wollen Ein so jäher Umschwung des alten Sodoms könnte für die Solidität und den Bestand der jungen Bewegung fürchten lassen. Nur allmälig, durch gesunde Entwicklung derselben ist das Ziel zu erreichen. 15000 Stimmen für Stöcker in seinem Wahlkreise ist eine Errungenschaft sonder gleichen. Es ist das der Wahlkreis der hauptstädtischen Intelligenz par excellence. Man denkt dabei vorzugsweise an den Geheimen Rath und Professor. Sie wählen Stöcker nicht. Alles, was an dem Wahltage in Equipagen ankam, wählte ihn auch nicht. Aus einer solchen sprang, als ich zur Wahl ging, mein Hausarzt, ein außerordentlich geschickter Mann. Wir begrüßten uns, traten gleichzeitig in den Hausflur, der zum Wahllokale führte und wo die Posten standen, die Stimmzettel ausgaben. Ich forderte einen Zettel mit „Stöcker", mein Hausarzt einen solchen mit „Virchow". Das Wahlgeheimnis zwischen uns war verrathen. „Aber Herr Doktor, ‚sagte mir mein Hausarzt verdutzt, Sie, ein Mann der Wissenschaft' verleugnen unsern Virchow?"

Derselbe Correspondent fährt fort: „Die herrschende Fortschrittspartei hat im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr Elemente, die der Partei überdrüssig sind, nach zwei Seiten hin abgegeben, nach der sozialdemokratischen und nach der sozialkonservativen und wird naturgemäß fortfahren, nach

beiden Seiten hin abzugeben. Ohne die neue Bewegung, die von Stöcker, wenn nicht ausgegangen, doch wesentlich getragen ist, wären die sämmtlichen sechs Reichstagssitze für Berlin bereits in Händen der Sozialdemokratie. Die Werbungen der sozialkonservativen Partei sind bisher insofern auch der Fortschrittspartei zu gute gekommen, als sie zugleich auf Kosten der Sozialdemokratie stattgefunden haben. Für die Zukunft wird der Kampf nur noch zwischen Sozialkonservativen und Sozialdemokraten auszufechten sein, und der Fortschritt sich in den vornehmen Zirkel zurückziehen, der nur noch per Equipage zum Wahllokale sich begiebt. Ob dann noch, wenn allein die Sozialkonservativen und die Sozialdemokraten um die Herrschaft in der Hauptstadt ringen, geleugnet werden darf, daß es sich um die Sache des Christenthums handelt, und daß ein Geistlicher dann erst recht auf seinem Posten ist, wird für die meisten wohl keine Frage mehr sein. Indem die Sozialreform der Gegenwart auf das Christenthum gestützt wird, ist die Gewinnung von Anhängern für jene zugleich eine Zurückführung von Hunderttausenden auf das vergessene Christenthum und auf die Kirche. Das Verdienst Stöcker's geht eben dadurch zugleich nach der politischen und nach der kirchlichen Seite. Er ist ein Apostel, dem die Gegenwart keinen zweiten an die Seite zu setzen hat, und sofern er sich die Hauptstadt zum Wirkungskreis ausersehen hat, ist er zu einem Missionar geworden, wie ihn das Heidenthum nicht oft gleich wirksam gesehen hat.

Innerhalb der kirchlichen Kreise waren die Ansichten über das Auftreten Stöckers keineswegs nach dem religiösen Parteistandpunkte getheilt. Der General-Superintendent Dr. Büchsel sagte im Dezember 1884 öffentlich:

„Seitdem mein lieber Bruder Stöcker sein Werk an-

gefangen hat, habe ich mich oft recht geschämt, daß ich so wenig gethan habe. Was mag den Mann treiben, anstatt ruhig sein Gehalt zu verzehren, wie andere Geistliche, sich so in die rastlose unangenehmste Thätigkeit zu stürzen? Eigennutz kann es nicht sein. Was in seiner Seele lebt, das ist die Liebe Christi, die dringet ihn also. Wir müssen ihn darum wieder lieben und ihm für alle Verfolgungen, für allen Haß und alle Feindschaft, für alle Verleumdungen unsere Liebe um so mehr bezeugen und uns nicht stören lassen. Ich könnte nicht so arbeiten wie Stöcker, denn nicht alle haben solche Gaben, so viel Muth." Dagegen unterzog in seinem Jahresrückblick des Jahres 1880 der „Evangelische Kirchliche Anzeiger" das Verhalten des Hofprediger Stöcker einer tadelnden Kritik, indem er u. A. bemerkte: „Allgemein anerkannt wird, daß dem Hofprediger Stöcker eine große Arbeitskraft und ein Geschick der hinreißenden Volksrede innewohnt, welches ihn zu einem Agitator und Vorkämpfer prädestinirt. Was aber die Anerkennung seines Wirkens vielfach in kirchlichen Kreisen hemmt, ist vornehmlich, daß er sociale Forderungen auf Grund der heiligen Schrift und im Namen des Christenthums geltend macht und auf dem Wege seiner Agitation, namentlich in der Judenfrage, zu Mitteln des Angriffs und der Vertheidigung zu greifen sich genöthigt sieht, die auch wohlgeneigten Freunden Bedenken erregen, weil sie eher Wunden schlagen als heilen und Wasser auf die Mühle von Leuten geben, mit denen Hofprediger Stöcker nichts zu schaffen haben will."

In seinen weiteren Ausführungen sagte das Blatt bezüglich der christlich-socialen Versammlungen, deren Werth zur Unterstützung der innern Mission es anerkannte: „Anders verhält sich die Sache, sobald diese Versammlungen vom christlichen und religiösen auf das soziale und politische Ge-

biet übergehen. Besonders aber, wo sie anfangen, aggressiv zu werden, soziale Forderungen zu formuliren, allgemeine Anklagen gegen ganze Klassen vorzubringen und sich in ihrer zufälligen Zusammensetzung zum moralischen Richter aufwerfen in Dingen, deren sittliche Beurtheilung eine tiefere Einsicht und ruhige Erwägung fordert. Da ist die Gefahr unvermeidlich, daß in die wohlgemeinte Bewegung Störungen sich hineindrängen, welche auf anderm Boden und aus Motiven herauswachsen, die die Tendenz einer religiösen und sittlichen Einwirkung am Ende überwuchern." Und zur Judenfrage äußerte sich das Blatt, indem es bei einzelnen Vertretern des Judenthums das Vorhandensein eines „frechen jüdischen Chauvinismus und bei vielen Juden eines Partikularismus anerkannte, u. a. wie folgt: „Bei der Antisemitenbewegung wird unleugbar in den durch sie erregten Volksklassen der persönlichen Sympathie und Antipathie ein größerer Einfluß verstattet, als der politischen und rechtlichen Erwägung und dem sozialen Bedürfniß. Manche Fehler, welche den Juden vorgeworfen werden, sind keine spezifischen Eigenthümlichkeiten und die letzteren, so empfindlich sie für ein christliches Volk bei dem steigenden Einflusse des jüdischen Geldes und der jüdischen Presse sich gestalten mögen, dürften doch noch nicht die Nothwendigkeit rechtfertigen, den Juden die staatliche Gleichberechtigung abzusprechen und administrative Schutzmaßregeln gegen sie zu treffen." — „Der alte konfessionelle Haß gegen die Juden ist noch nicht todt; wo er wieder entflammt, da soll er nicht unter dem Namen des Christenthums sich einführen, welches Gewissensfreiheit und Duldung aus seinem Schooße hervorgebracht hat." —

Gegen diese Auslassungen brachte der Reichsbote einen längeren scharf polemischen Artikel, dem folgendes zu ent-

nehmen: „Stöcker hat nie bestimmte sozial-politische Forderungen mit Berufung auf gewisse Bibelstellen aufgestellt, er hat ferner in der Judenfrage, weder im Angriff noch in der Vertheidigung, zu bedenklichen Mitteln gegriffen, darf man denn aber wirklich im Namen des Christenthums keine sozialen Forderungen aufstellen? Man muß staunen, so etwas als Vorwurf in einem christlichen Blatte zu lesen. Wimmelt doch das alte wie das neue Testament von sozialen Forderungen und ist doch die ganze Geschichte des Christenthums zugleich die Geschichte der sozialen Erneuerungen der Völker. Und wo jetzt das Christenthum zu den heidnischen Völkern kommt, bringt es auch soziale Reformen mit. Giebt's eine größere soziale Reform, als die Beseitigung der Vielweiberei und der Sklaverei? Sind diese Reformen nicht im Namen des Christenthums gefordert? Mit Berufung auf gewisse einzelne Bibelstellen hat wohl niemand ein bestimmtes Steuersystem oder eine Wirthschaftsgesetzgebung gefordert. Jedenfalls hat weder Stöcker noch die christlich-soziale Partei die Bibel zum Koder für die Finanz- oder Wirthschaftspolitik gemacht. Aber nichtsdestoweniger ist die christliche Weltanschauung auch für diese Gebiete, wie überhaupt auch für alle menschlichen Verhältnisse von der größten Bedeutung. Ist es nicht eine ganz ungeheuerliche Forderung, wenn der Evangel. Kirchenanzeiger verlangt, eine christlich-soziale Versammlung solle sich lediglich mit religiösen und unter keinen Umständen mit sozialen Fragen beschäftigen, solle keine dahin zielende Beschlüsse fassen, keine Forderungen stellen, während wir sehen, daß der Naturalismus sowohl auf Seiten der Armen als Sozialdemokratie, wie auf Seiten der Reichen als manchesterlicher Kapitalismus seine Forderungen stellt . . . ? Wenn wir uns blos mit religiösen Fragen beschäftigen und politische den Naturalisten überlassen, dann

sind wir nicht im Stande, die christliche Kultur aufrecht zu erhalten. Dann würde jener jüdische Rabbiner Recht haben, welcher uns Christen darüber verhöhnte, daß wir Wunder meinten, was wir gethan, wenn wir einen Juden zum Christenthum bekehrt hätten, während die Juden durch die liberale Presse unsre christlichen Volksmassen entchristlichen."

Die Tendenz der Christlich-Sozialen, die 1878 in Berlin auftraten, richtete sich ursprünglich gegen die Sozialdemokratie, indem man die soziale Frage zwar ebenfalls im Gegensatz zur liberalen Partei, aber doch auf eine anderer Basis als die Sozialdemokratie zu lösen suchte, d. h. auf derjenigen des Christenthums. Bald nahm die christlich-soziale Bewegung den Antisemitismus in sich auf und stellte sich an die Spitze der konservativen Partei Berlins. Im Februar 1879, also noch unter dem Kultusminister Falk, erließ der evangelische Oberkirchenrath den oben erwähnten Erlaß, welcher sich gegen das agitatorische Auftreten der Geistlichen in der Politik richtete.

Im Dezember 1880 wurden über die Stellung der Regierung zu der sozial-politischen Thätigkeit des Hofpredigers Stöcker die folgenden Angaben in die Presse gebracht. „Es ist in neuester Zeit der Regierung wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie die sozial-politische Agitation des Hofpredigers nicht ungern sehe oder wohl gar begünstige. Es erscheint daher angezeigt, das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit auf Grund durchaus zuverlässiger Information endlich einmal darzulegen. Der Hofprediger Stöcker ist wegen seines Vorgehens auf sozialem Gebiete der Regierung von vornherein nichts weniger als persona grata gewesen; — es ist vielmehr schon früher die Frage in Erwägung gezogen worden, ob das Auftreten desselben nach Erlaß

des Sozialistengesetzes überhaupt noch zu dulden sei. Fürst Bismarck hat sogar den Ausdruck entschiedener Mißbilligung des Auftretens des Herrn Stöckers bis an die Allerhöchste Stelle gelangen lassen. Es ist jedoch als irrthümlich erkannt worden, das Sozialistengesetz gegen Herrn Stöcker in Anwendung zu bringen, weil seine sozial-politische Thätigkeit entschieden keine dem Gesetz verfallende ist, wenn auch die Form seines Auftretens zu Bedenken und Ausstellungen Anlaß geben mag. Wiederholt soll dann das Kirchenregiment angegangen worden sein, der Agitation des Herrn Stöcker Einhalt zu thun. Wenn dies bisher nicht geschehen, so ist einzig und allein der Umstand daran schuld, daß immer und immer wieder von hervorragend einflußreicher Stelle, der nicht wohl zuwider gehandelt werden konnte, die zweifellos redliche Absicht des Herrn Stöcker geltend gemacht worden ist. Die bezüglichen Vorstellungen des Kirchenregiments sollen jedoch in neuerer Zeit dahin geführt haben, daß Herrn Stöcker wiederholt eröffnet wurde, die Stellung eines Hofpredigers sei mit seinem Auftreten schwerlich vereinbar. Hieraus mag wohl das Gerücht entstanden sein, daß Herr Stöcker, der ein vermögender Mann ist, und der aus innerster Ueberzeugung den Kampf gegen den Sozialismus und im Zusammenhange damit gegen das Gründerwesen und das Ueberhandnehmen des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens für seine Mission hält, lieber seinen Abschied nehmen, als auf die nachdrückliche Geltendmachung seiner Bestrebungen verzichten werde. So viel steht fest, daß man die etwaige Fortdauer der Stöckerschen Agitation nicht als eine Folge der von der Regierung geübten Connivenz bezeichnen darf. Die Regierung vermag Herrn Stöcker gegenüber kein wirksames disziplinarisches Mittel zur Anwendung zu bringen, in diesem

Falle würde allein das Kirchenregiment einschreiten können.“

An diese Auslassung knüpfte die Kreuzzeitung folgende Erörterung: „Hofprediger Stöcker hat niemals behauptet, mit seinen Bestrebungen der Regierung persona grata zu sein, vielmehr in der Rede über die Judenfrage selbst erklärt, daß er völlig auf eigene Verantwortung vorgegangen sei und eher Gegensatz als Förderung gefunden habe. Seine Thätigkeit unter das Sozialisten-Gesetz zu stellen, verbot sich schon deßhalb, weil er im denkbar schärfsten Gegensatz zum sozialistischen System der Sozialdemokratie steht. Was die Form seines Auftretens betrifft, so hat er einfach von dem Vereinsrecht Gebrauch gemacht. Gegenwärtig, wo nur Mitglieder der Partei und mitgebrachte Gäste Zutritt haben, dürfte weder von der staatlichen, noch von der kirchlichen Obrigkeit an den Versammlungen Anstoß genommen werden. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß seit Jahr und Tag keinerlei offizielle Eröffnungen oder Vorhaltungen an den Hofprediger Stöcker von Seiten des Kirchenregiments gemacht sind und daß er vor die Alternative, sein Amt oder seine sozialpolitische Thätigkeit aufzugeben, noch niemals gestellt worden ist. Abgeordnete verschiedener Fraktionen, hochgestellte Staatsbeamte haben die von dem Hofprediger Stöcker abgehaltenen Versammlungen besucht und sind mit einem durchaus günstigen Eindruck geschieden. Die falschen Berichte über die Versammlungen in liberalen Blättern mögen an vielen Mißverständnissen schuld sein.“

Diese Bemerkungen waren offenbar mit großer Vorsicht redigirt. Einige Worte, auf welchen ein besonderer Nachdruck zu liegen schien, sind oben durch gesperrten Druck hervorgehoben, der sich in der Kreuzzeitung nicht fand.

Ursprünglich war Fürst Bismarck von der [illegible] Agitation, so weit sie eine rein „christlich-soziale“ war, [illegible] men. Die Nordd. Allg. Ztg. gab dieser Stellungnahme [illegible] Ausdruck, indem sie u. A. bemerkte: „Die Hauptsache ist, [illegible] menschenfreundlich und patriotisch gesinnte Männer [illegible] Namens einen äußerst zeitgemäßen Schritt thaten, [illegible] wagten, offen Farbe zu bekennen, und an alle Gegner der sozialistischen Bewegung in ihrer heutigen Form die Aufforderung erließen, zur Vertheidigung der höchsten Güter sich zu vereinigen, und zwar sich zu vereinigen im vitalsten Interesse derjenigen Klassen, die am schwersten unter der Noth des Lebens zu leiden haben. Der Sozialismus der Gegenwart ist ohne Widerrede seiner Natur nach atheistisch und antimonarchisch. Die Bekenner des Christenthums und die Anhänger der monarchischen Staatsform müßte schon der Umstand, daß beide Prinzipe in den Vordergrund des Programms gestellt sind, mit nebensächlichen Mängeln [illegible] versöhnen.“

Später (Nov. 1881) wurde eine Äußerung bekannt, [illegible] Fürst Bismarck in Varzin gegen den Antisemitismus [illegible] Derselbe unterhält mit der Mehrzahl seiner pommerschen Nachbarn sehr freundliche persönliche Beziehungen, die in häufigem ungezwungenem Verkehr ihren äußeren Ausdruck finden. Fast täglich sieht der Kanzler einen oder mehrere derselben als Gäste an seiner Tafel. In der genannten [illegible] befand sich darunter ein jüdischer Industrieller, der mit dem Fürsten insofern in geschäftlicher Verbindung stand, als [illegible] großes Fabrik-Etablissement des Herrn sich auf dem [illegible] Kanzler gehörenden Grund und Boden befand und [illegible] materialien für die Fabrik aus den Varziner [illegible] entnommen wurden. Die genannte Persönlichkeit [illegible]

dem Fürsten seit einer langen Reihe von Jahren in ununterbrochenem regelmäßigem Verkehr. Die diesmalige Begegnung gab dem Staatsmann auf eine zufällige Bemerkung seines Gastes Veranlassung, sich über seine Stellung zur Judenfrage zu äußern. Er sprach in eingehendster Weise darüber und ließ dabei starke Schlaglichter auf einzelne bezeichnende Phasen der Bewegung fallen. Dann sagte er u. A. auf die sich selbst gestellte Frage, ob er mit der antisemitischen Bewegung einverstanden sei: „Nichts kann unrichtiger sein. Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden," sei es, daß er auf konfessioneller oder gar auf der Grundlage der Abstammung sich bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutschen. Daß die Juden sich mit Vorliebe mit Handelsgeschäften befassen, nun, das ist Geschmackssache, durch ihre frühere Ausschließung von anderen Berufsarten mag das wohl begründet sein. Aber sicherlich berechtigt das nicht, über ihre größere Wohlhabenheit jene aufreizenden Äußerungen zu thun, die ich durchaus verwerflich finde, weil sie den Neid und die Mißgunst der Menge erregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte in irgend einer Weise verkümmert werden. Die geistige Organisation der Juden im Allgemeinen macht sie zur Kritik geneigt, und so findet man sie wohl vorzugsweise in der Opposition, aber ich mache keinen Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Gegnern meiner Wirthschaftspolitik, die ich nach meiner Überzeugung als ersprießlich für das Land verfechte. Wenn ich zustimmende Adressen und Telegramme beantwortet habe, so erfüllte ich damit eine Pflicht der Höflichkeit, wie ich dies schon Richter erwiderte:

[illegible] Zusammenkünften der Fortschrittspartei [illegible] haben. [illegible] — [illegible] Frage des [illegible] [illegible] [illegible] Theile [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] durch die Presse machen [illegible] [illegible] [illegible] zusammen.

In denselben Tagen richtete das Berliner [illegible] Central-Wahlcomité an den Fürsten Bismarck [illegible] Telegramm:

„[illegible] beehrt sich [illegible] anzuzeigen, daß es ungeachtet des [illegible] [illegible] Wahlverhältnisses [illegible] [illegible] [illegible] den Kampf gegen den Berliner Fortschritt [illegible] schwächeren Kräften fortzusetzen und [illegible] [illegible] ihm [illegible], zur Heilung des an unserem Staatsleben [illegible] chronischen Übels beizutragen."

Darauf antwortete der Kanzler:

„Ich danke Ihnen verbindlichst für die [illegible] und werde für jede Unterstützung dankbar sein, [illegible] dem Kampf gegen die meiner Überzeugung nach Kaiser und Reich gefährdenden Bestrebungen der Fortschrittspartei [illegible]."

Es war das eine dem Antisemitismus des Berliner konservativen Central-Wahlcomitees erwiesene Höflichkeit, aber auch eine Ermunterung. Als ein Recept für die Juden gegen die „Hetze," brachte die freikonservative „Post" einen Artikel, unter dem Titel: „Der Kanzler und die Judenhetze." In diesem hieß es:

„Es liegt in der menschlichen Natur, Wohlwollen [illegible] Wohlwollen zurückzugeben, auf Haß und Verleumdung [illegible] mit Übelwollen oder stiller Verachtung zu antworten. [illegible] mag es ein Zufall sein, aber jedenfalls ist es eine [illegible]

sache, daß alle Bezeugungen von Vertrauen und Sympathie, die dem Fürsten Bismarck während der letzten Jahre zugegangen sind, von christlich-germanischen Elementen der Bevölkerung herrühren, während die gehässigsten Angriffe gegen seinen persönlichen Charakter aus jüdischen Quellen flossen. In der ganzen deutschen Presse kennen wir nicht eine einzige namhafte, von Juden redigierte Zeitung und nicht allein in Deutschland, sondern auch in Österreich, — die nicht dem Fürsten Bismarck feindlich gegenüberstände, die nicht, anscheinend mit Freuden, jede Gelegenheit ergriffe, um ihn zu verdächtigen und zu kränken In jüngster Zeit waren es die jüdischen Berliner Zeitungen, welche, gelegentlich des vom Reichskanzler empfangenen Drohbriefes, sofort mit der niederträchtigen Verleumdung zur Hand waren, die Veröffentlichung des bekannten Drohbriefes sei ein Wahlmanöver, das an die Schelmereien der napoleonischen Regierung erinnere, der Reichskanzler selbst habe das anonyme Schriftstück fabrizieren lassen, um darauf gestützt, irgend welche verbrecherischen, geheimnißvoll angedeuteten Angriffe auf die Rechte der Nation auszubilden. Viele deutsche Zeitungen haben diese Insinuationen, die den persönlichen Charakter des Fürsten herunterziehen sollten, mit Entrüstung zurückgewiesen. Im Auslande, überall wo das deutsche Reich Feinde und Neider hat, sind sie mit Schadenfreude reproduziert worden — und nicht eine Achtung gebietende Stimme hat sich in der gesammten jüdischen Presse vernehmen lassen, um gegen das Gebahren der Berliner Börsen- und Fortschrittspresse zu protestiren.

„Wer Wind säet, wird Sturm ernten." Die jüdische Presse, in der allein der Reichskanzler den Ausdruck der Stimmung der Juden ihm gegenüber suchen kann, hat seit Jahr und Tag auch nicht das kleinste Körnchen von Sym-

[illegible] für den Mann [illegible], unter dessen [illegible] die Juden überhaupt erst thatsächlich emanzipiert worden sind — Haß und Groll, Mißtrauen und Verachtung [illegible] jüdische Publizisten und Redner gepflanzt [illegible] ein Baum emporgewachsen ist, der bittere [illegible] haben sie allein es sich zuzuschreiben. [illegible] Bismarck Rassenhaß gepredigt, noch durch Wort, [illegible] That gebilligt; wogegen die leidenschaftliche [illegible], mit der er seit Jahr und Tag von der jüdischen Presse und den jüdischen Rednern verfolgt wird, kaum durch [illegible] als durch Rassenhaß zu erklären ist. Des [illegible] dem Fürsten Bismarck näher als der [illegible], [illegible] überhaupt Veranlassung hätte, sich über eine Hetze aufzuhalten, so würde das zunächst wohl über die schamlose Bismarckhetze [illegible], welche von Fortschritt und Juden zur Entrüstung aller [illegible] Männer betrieben wird. Als in Frankreich vor Jahr und Tag die Frage der Abschaffung der Todesstrafe ventiliert wurde, und die leidenschaftliche Discussion pro et contra [illegible] punkt erreicht hatte, ließ sich plötzlich eine Stimme [illegible], die bald alle andern übertönte. „Auch ich bin [illegible], daß der Mensch den Menschen nicht tödten soll, schrieb ein französischer Philosoph, aber nach meiner unmaßgeblichen Meinung sollten die Herren Mörder den Anfang machen; que Messieurs les assassins commencent!" „Dies schlug, fährt [illegible] fort, dem Faß, das red- und schreibselige Philanthropen bis zum Überfließen mit Milch der Menschlichkeit gefüllt, [illegible] plötzlich den Boden aus und die [illegible] der Mörder unterblieb. Wir verwahren uns [illegible] dagegen, einen tendenziösen Vergleich machen zu wollen. Wir haben des Vorfalls aus dem parlamentarischen Leben Frankreichs nur erwähnt, um daran [illegible] zu [illegible]

wenn Friede ernstlich gewollt wird, der angreifende Theil die Feindseligkeiten einstellen muß. Que Messieurs les juifs commencent! Wenn die jüdische Presse und die jüdischen Redner aufhören, den Fürsten Bismarck in seiner persönlichen Ehre anzugreifen, oder wenn die jüdische Bevölkerung endlich zu erkennen giebt, daß sie sich nicht fernerhin mit der jüdischen Börsen- und Fortschrittspresse indentifizirt, dann wird die seit Entstehung der Bismarckhetze aufgeworfeue Frage, wie Fürst Bismarck sich persönlich zur Judenhetze stelle, gar nicht mehr existiren, und auf diese Weise befriedigende Lösung gefunden haben."

Im Sommer 1885 wurde die Stellung des Fürsten Bismarck gegen die konservativ-antisemitische Bewegung eine feindselige. Sie contrecarrirte seine Tendenz, die auf Stärkung der Mittelparteien ging. Er verzichtete lieber auf die Niederlage der Fortschrittspartei in Berlin, ehe er aus dem Siege der antisemitischen Bewegung in der Hauptstadt eine Stärkung dieser Richtung im ganzen Lande hervorgehen sah. Stöcker und Genossen erhielten ihren Abschied mit den Worten: „Die Christlich-Sozialen haben zwar den Antisemitismus nicht in Scene gesetzt, aber sie haben ihm eine nutzbare Verwendung zu geben gesucht. In wiefern? Der Antisemitismus zielt auf ein bestimmtes Ziel ab, welches im Bereiche des politisch-praktischen Lebens auf dem Wege friedlicher Reform nicht wohl erreichbar scheint. Es ist einer der sichersten Ergebnisse der politischen Entwickelung, daß die bürgerlichen Rechte der Staatsangehörigen durch den Unterschied des Religionsbekenntnisses nicht alterirt werden, und selbst eine Politik des Fanatismus, welche dem Antisemitismus zu Hülfe kommen wollte, würde die Möglichkeit kaum finden, weil der Antisemitismus nicht klar erkennen läßt, ob er sich gegen die

Religion, gegen die Nationalität, oder nur gegen die Geschäftsgewohnheit der Juden richtet. Insofern also die „Christlich-Sozialen" sich solidarisch mit dem Antisemitismus erklären wollten, würden sie nur als eine Agitations-Partei in Betracht kommen können, welcher ebenso wie der Sozialdemokratie die Agitation Selbstzweck ist. Aber diese Richtung entspringt nicht aus dem Begriff der Partei, welche ihrem Namen nach darauf angewiesen ist, den sozialen Schäden mit den Hülfsmitteln des praktischen Christenthums beizukommen. Je ernster aber die Christlich-Sozialen gerade diese Aufgabe nehmen, destoweniger werden sie den Beruf empfinden können, sich als politische Partei geltend zu machen, denn diese Aufgabe liegt nicht im Bereich der politischen Arena, sondern auf dem Gebiet der inneren Mission."

An diesen Absagebrief knüpfte sich ein Streit zwischen Stöcker und der offiziösen Presse. Von Interesse ist die Stellung, die die „Adelszeitung" dabei einnahm. Vermöge des Publikums, das sie repräsentirt, läßt sie uns in sehr hohe Kreise hineinblicken.

„Bei Gelegenheit des sogenannten „Stöcker-Prozesses" unterzogen wir das Verhältniß des Herrn Hofprediger Stöcker zur konservativen Partei einer ganz sachlichen Beurtheilung. Obwohl Gegner des Antisemitismus, fanden wir uns in unserem Gewissen gedrungen, lebhaftes Zeugniß für die großen Dienste abzulegen, welche sich Stöcker dadurch erworben, daß er in der Hauptstadt des deutschen Reiches, zum ersten Male seit Beginn eines öffentlichen Lebens, große Volksmassen um das Banner des Christenthums und der Monarchie schaarte und dadurch einen Schutzwall gegen die Sozialdemokratie aufrichtete, der, wäre 1871 ein ähnlicher in Paris gewesen, die Commune hätte verhindern können. Gleichzeitig führten wir das bedeutende Vorwiegen der Versammlungsagitation in

der christlich-sozialen Bewegung hauptsächlich auf die Charaktereigenschaften und Unterlassungssünden der konservativen Partei zurück, welche es seit Hubers Zeiten einem konservativen Agitator fast unmöglich machen, seine politischen Gesinnungsgenossen zu praktischen Veranstaltungen fortzureißen. — Zu unserer großen Genugthuung gab die „konserv. Corresp." bald darauf die Losung aus: „Daß das Heil nur in der stillen Arbeit zur Umwandlung der Gesellschaft, nicht aber in dem äußeren Lärm gegen die Juden zu suchen sei."

„Wenn die „Nordd. Allg.-Ztg." neuerdings gegen den Antisemitismus der christlich-sozialen Partei zu Felde zieht und den Herrn Hofprediger Stöcker mit seinen christlich-sozialen Bestrebungen auf das Gebiet der inneren Mission verweist, so will es uns scheinen, als habe sie damit nur den guten Rath der „Konservativen Korrespondenz" wiederholt, ohne im geringsten daran zu denken, das Arbeitsfeld der inneren Mission bis zu derjenigen sozialen Bedeutungslosigkeit einzuengen, welche man früher mit diesem Begriffe verband. Und nur diese Einengung und soziale Nullifizirung kann dem Herrn Hofprediger Stöcker vorgeschwebt haben, wenn er der „Nordd. Allg.-Ztg." erwidert, daß sich mit den Mitteln der inneren Mission die Aufgaben der Gegenwart nicht lösen, wenn man das Wesen der „inneren Mission" im Gegensatz zu jeder politischen und wirtschaftlichen Agitation bringt, wie solches beim ersten Auftreten Stöckers im Jahre 1878 sowohl von liberaler wie evangelisch-orthodoxer Seite geschah. Die „N. A.-Ztg." vertrat indessen damals diesen beschränkten Standpunkt nicht, und aus ihren neuesten Veröffentlichungen geht nicht hervor, daß sie ihn jetzt einnimmt. Als Stöcker nämlich im Jahre 1878 den „Centralverein für Sozialform", den „Staatssozialisten" und die „Christlich-soziale Arbeiter-

partei" ins Leben rief und sich wie ein Löwe der durch Most entfesselten Volkswuth entgegenwarf und dadurch den gewohnten Rahmen „innerer Missionsthätigkeit" sprengte und außerordentlich erweiterte, da war es gerade die „Nordd. Allg.=Ztg.", welche diesem Auftreten den wärmsten Beifall zurief. Was sie im Jahre 1878 an dem Auftreten und den Bestrebungen Stöckers lobte, hat sie auch durch ihre neuesten Veröffentlichungen nicht getadelt. Wenn sie neuerdings auf die Aufgaben der „inneren Mission" verweist, so faßt sie in Gemäßheit ihres älteren Artikels den Begriff der „inneren Mission" in zeitgemäßer Weise so weit auf, wie solches schon V. A. Huber, dieser große Vorkämpfer des christlich=sozialen Gedankens, that. Huber behandelt die innere Mission ausdrücklich als soziale Frage. Er wendet sich gegen diejenigen Geistlichen, welche davon nichts wissen wollen, weil sie meinen, die soziale Frage habe mit dem geistlichen Amte nichts zu thun. Er stellt der christlichen Liebesthat die weitesten Aufgaben. Auf allen Gebieten des Lebens soll sie das moderne Heidenthum bekämpfen und besiegen. Hält man an dieser Arbeitsfeld=Erweiterung der inneren Mission fest, so liegt in der Zumuthung der „N. A. Ztg." weder ein Widerspruch mit dem Beifall, den sie Stöcker vor sieben Jahren zollte, noch mit den Anforderungen, den die christlich=sozialen Aufgaben der Zeit an Stöcker stellen. Eine andere Frage ist es freilich, ob der tapfere Hofprediger endlich für diejenige „stille Arbeit" innerhalb der konservativen Partei Helfer findet, welche er im Jahre 1878, also zu einer Zeit, wo von Antisemitismus noch keine Rede war, namentlich im Rahmen des „Centralvereins für Sozialreform" anstrebte. Ihm diese Mitarbeiter zu verschaffen, sollte jetzt das einmüthige Bestreben der konservativen Presse, namentlich der „N. A. Ztg." sein.

Damals hörte man leider nicht auf die letztgenannte Zeitung, als sie den „dringenden Wunsch“ aussprach, daß der Aufforderung der Staatssozialisten, die Bildung von Lokalvereinen in Angriff zu nehmen, schleunigst und hingebungsvoll Rechnung getragen werde.“ Dieser von tiefer Einsicht in die Lage zeigende Rath blieb seitens der konservativen Partei, und besonders der geistlichen Amtsbrüder Stöckers, in geradezu verhängnißvoller Weise unbeachtet. Vielleicht findet er heute aus vielen und schweren Gründen willigeres Gehör.“

Der Hader innerhalb der antifortschrittlichen Berliner Bewegung mußte in dem Grade zunehmen, als sie liebrale Elemente aufnahm, die ihre ganze Vergangenheit und ihre Prinzipien hätten verleugnen müssen, wenn sie sich hätten zu Stöcker bekennen wollen oder nur mit ihm kompromittiren. So weit ging ihr antifortschrittliches Interesse nicht. Ein höherer Einfluß entschied schließlich gegen Stöcker — aus Gründen, die gleich angeführt werden sollen.

„Die Berliner Bewegung,“ schrieb die Staatsbürgerzeitung im Mai 1889, ist durch nichts so schwer geschädigt worden, wie durch die Versuche, die für das Land ja zugegebenermaßen ganz nützliche, für Berlin aber durchaus nicht anwendbare Cartellideen auch auf sie zu übertragen.“ In einer auf vollständiger Unkenntniß der eigenartigen Berliner Verhältnisse beruhenden, fast unbegreiflichen Verblendung hätten, sagt dasselbe Blatt, die „Conserv. Corr.“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Gechäfte des Berlin beherrschenden jüdischen Freisinns und in zweiter Linie der damit verwandten Sozialdemokratie dadurch besorgt, daß sie gegen die aufrichtigsten Patrioten, die eifrigsten Träger des nationalen Gedankens, die wackersten Kämpfer gegen den Freisinn hetzten, indem sie die Antisemiten und Bürgervereine in unerhörter Weise schmähten. Natürlich hätten sich die

fortschrittlichen Juden und Judengenossen die Hände gerieben über solch Thun und mit Freuden die Früchte eingeheimst, welche ihnen ohne ihr Zuthun in den Schoß fielen; wie dies z. B. gelegentlich der letzten Landtagswahl geschehen sei. Jetzt freilich scheine den Herren eine böse Ahnung aufzudämmern und da ihnen dabei vor der eignen Weisheit wohl bange werden möge, so möchten sie die Schuld auf andere schieben und wieder sei es die „Cons. Corr.", welche den Ton angebe, während die „Nordd. Allg. Ztg." mit vollem Klange einfalle. Gelegentlich einer Besprechung der Berliner Lohnbewegung kam nämlich die „Cons. Corr." auch auf das Hineintragen sozialdemokratischer Parteiinteressen in die Arbeiterbevölkerung zu sprechen und fuhr dann fort:

„Unter diesen Umständen ist es nur auf das schmerzlichste zu bedauern, daß noch immer nichts, auch nicht das geringste gethan ist, um der sozialdemokratischen Organisation, die die Berliner Arbeiter in Werkstatt und Fabrik fast allenthalben beherrscht und auch die gegenwärtige Strikebewegung in's Leben ruft und leiten wird, eine andere, conservative und christlich-soziale entgegenzustellen. Mit nur geringer Anstrengung würde eine solche Gegenorganisation, deren Einrichtung wir wiederholt dringend empfohlen haben, wenn sie überhaupt vorhanden wäre, jetzt die Strikevorbereitungen sprengen. Aber man hat da, wo man in dieser Weise eine praktische Aufgabe hätte lösen sollen, viel zu sehr für die Parade gearbeitet. Hofprediger Stöcker hat eine tüchtige Bresche in den Wall der Berliner Sozialdemokratie gelegt, aber diejenigen, die in seinen Fußtapfen gingen, und das ausgestreute Samenkorn hätten zur Entwickelung und zur vollen Frucht bringen sollen, haben ihn im Stich gelassen. Man dachte immer nur daran, große Thaten gegen die Mittel-

parteien zu verrichten, sich mit den Offiziösen herumzuschlagen und Deutschland vor dem Cartell zu retten, aber die anscheinend nächstliegende Aufgabe, die allerdings nicht bloß große Worte auf dem offenen Markt, sondern stille, selbstlose Arbeit fordert, die Hunderte und Tausende gediegener Arbeiter, die nur auf das Losungswort warten, zu einem Bund zusammenzufassen, der die Werkstätten ebenso planmäßig, wie es seitens der Sozialdemokatie geschieht, mit einem Netz der Gegenagitation überzieht, und überall einen zuverlässigen, auf festem christlichen und konservativen Boden stehenden Mann als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Verfügung in die Fabriken bringt, diese Aufgabe ließ man liegen."

Die Staatsbürgerzeitung nannte das eine Auslassung, ganz würdig der schon so oft gekennzeichneten Unwissenheit, deren die „Conf. Corresp." in Bezug auf die Berliner Bewegung sich rühmen dürfe und die in keiner Weise dadurch beeinträchtigt werde, daß die „Nordd. Allg. Ztg." ihr „Ja und Amen" dazu spreche, indem sie schreibe:

„Der hierin enthaltenen Mahnung kann man nur beitreten. Wenn man sieht, wie in Berlin die staatserhaltenden Elemente teils in persönlichen Reibereien, teils wegen allerlei Voreingenommenheiten gegen diejenigen, auf deren Mitwirkung man angewiesen ist und bleibt, ihr Kräfte zersplittern, so wird man der „Conf. Corresp." in doppeltem Sinne darin Recht geben müssen, es sei immer nur „für die Parade" gearbeitet, und nur daran gedacht, große Thaten gegen die Mittelparteien zu verrichten. An einer planvollen Bekämpfung der Berliner Sozialdemokratie, deren Einwirkung bei den Strikes so recht zum Ausdruck kommt, mitzuwirken, sollten aber nach Meinung der „Conf. Corresp." besonders auch die Mittelparteien ein Interesse nehmen, und deshalb hält sie den

Moment für geeignet, „um trotz alledem zum Frieden und zur Eintracht zu reden.“ Man müsse sich eben allseitig in die Thatsache fügen, daß in Berlin nur mit vereinten Kräften ein Erfolg möglich, um von mittelparteilicher Seite dem Umstande Rechnung tragen, daß die Mitarbeit der schon im Arbeiterstand gewonnenen (Also doch! bemerkt die Staatsb Zt.) Schichten, der Christlich-Sozialen, unentbehrlich ist. Bei ruhiger Prüfung werde man erkennen, daß es weit überwiegend gute, treue, patriotisch selbstlose Leute sind, die man vor sich habe, und was sich in deren Kreisen zur Zeit etwas wild geberde, und selbst sehr bedenkliche Irrlichter aufleuchten lasse, werde zur Ruhe kommen oder sein Publikum verlieren, sobald die beständige Reizung von der Gegenseite aufhören und man zur Mitarbeit angerufen werde. Der erste Schritt also müßte — so meint die „Conf. Corresp.“ — von den Mittel-Parteien ausgehen; man müsse aussprechen, daß man das Vergangene vergessen sein lassen möchte und bereit sei, in ein ehrliches, loyales Cartell einzutreten.“

„Ein loyales Kartell“! ruft die Staatsbürgerzeitung aus. „Was versteht wohl die „Konf. Korresp. darunter? Die ganze Berliner Bewegung war von vornherein auf der Grundlage eines loyalen Kartells der verschiedenartigsten Parteirichtungen begründet und gediehen. Dadurch, daß die Berliner Bewegung einen antifortschrittlichen, vor allem aber antisemitischen Charakter zeigte, wurde es so verschiedenartigen politischen Elementen, wie sie eben in einer Großstadt vorhanden sind, möglich gemacht, sich an derselben zu betheiligen und nur hierdurch waren die Erfolge zu erreichen, wie sie die Berliner Bewegung in so überraschender Weise gezeitigt. Und darum sind die Auslassungen des „Konf. Korresp.“ nichts weiter als leere Redensarten. Mit solchen

Redensarten ist aber kein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken, und nachdem die „Konf. Korresp." und die „Nordd. Allg. Ztg." die mittelparteilichen Geister gerufen und durch diese die Berliner Bewegung ordentlich „wässerig" gemacht haben, werden sie dieselben so leicht nicht wieder los werden, denn der Meister, der das bannende Wort sprechen könnte, fehlt eben."

Es sei doch in der That völlig unverständlich, fährt das genannte Blatt fort, wenn man in der „Konf. Korresp." lese: „Herr Hofprediger Stöcker hat eine tüchtige Bresche in den Wall der Berliner Sozialdemokratie gelegt," und mit diesen Worten die Haltung der „Konf. Korresp" und der Nordd. Allg. Ztg." vergleiche. Eine Verdrehung der Thatsachen sei es geradezu, wenn da gesagt werde: „Man dachte immer nur daran, große Thaten gegen die Mittelparteien zu verrichten, sich mit den Offiziösen herumzuschlagen und Deutschland vor dem Kartell zu retten." Das sei eine Unwahrheit. „Still und ruhig verlief die Berliner Bewegung, und tüchtige praktische Erfolge wurden, — wie ja selbst die „Konf. Korresp." anzuerkennen sich gezwungen sieht, — erzielt, bis plötzlich, von den Offiziösen unterstützt, die mittelparteilichen, aber, um es klar und offen herauszusagen, die judenfreundlichen Elemente den Apfel der Zwietracht in die Bewegung warfen. Die Berliner Bewegung war ihrer Hauptsache nach eine antisemitische, und deshalb war sie gewissen Kreisen nicht genehm; Stöcker rechnete mit dieser antisemitischen Richtung, und deshalb mußte er gestürzt werden. Es ist eine große Entstellung der Wahrheit, wenn behauptet wird, daß man in Berlin Deutschland vor dem Kartell retten wollte; die Männer der Berliner Bewegung kümmerten sich um das Kartell im Lande sehr wenig, und soweit sie sich darum kümmerten,

billigten sie es sogar, wie wir dies oft genug hervorgehoben haben. Als aber die Kartellschwärmer sich der Berliner Bewegung bemächtigten, ihr den antisemitischen Charakter nehmen wollten, um mit Hilfe von Juden und Judengenossen einen philosemitischen Kartellbrei zusammenzubrauen, da erhob sich allerdings das Selbstgefühl aller derer, die ohne zu ermüden und zu erlahmen, in der Berliner Bewegung gewirkt und gearbeitet hatten, da lehnte sich die Selbstachtung dieser treuen erprobten Männer auf gegen die Zumuthungen, dem Volke diesen Brei als genießbare Kost vorzusetzen, und da kam es zu der Zersplitterung und Zerfahrenheit, welche die Berliner Bewegung bis in ihr innerstes Mark getroffen hat, und deren üble Folgen man ja schon erlebt hat und noch erleben wird. Dafür aber jene Männer verantwortlich machen zu wollen, welche ohne jenen Wunsch nach äußerer Anerkennung, zufrieden mit dem Bewußtsein, ihre Pflicht zu erfüllen, nur um der Sache willen gekämpft und gerungen haben, ohne sich von den vielen Widerwärtigkeiten, ja durch persönliche Nachtheile zurückschrecken zu lassen; ihnen jetzt vorwerfen zu wollen, sie hätten nur für die „Parade" und nicht in stiller selbstloser Arbeit für den praktischen Erfolg etwas gethan — das ist eine Anmaßung, die am allerwenigsten denen wohlansteht, deren ganze Arbeit bisher darin bestanden hat, das Erreichte zu zerstören und sich hemmend der im Flusse befindlichen Bewegung entgegenzustellen. Ist, um hier auch einmal Berlinisch zu reden, die Karre verfahren, so trägt niemand anders die Schuld daran, als die, welche aus querköpfigem Doktrinarismus ohne jedes Verständniß für die praktische Ausführbarkeit, mit allerlei unerwünschten Rathschlägen sich aufdrängten, und es nicht begreifen konnten, daß die Berliner Bewegung mit dem Kartell im Lande nicht über

einen Kamm geschoren werden kann. Aus aufrichtig patriotischem Herzen und im Interesse der Berliner Bewegung beklagen wir jene Verirrung, welche so viele Mühe und Arbeit patriotischer Hingabe zu Schanden gemacht hat, auf's tiefste. Der Versuch aber, jetzt, wo die Mißgriffe klar zu Tage treten, und die Folgen der unheilvollen, unverständigen Störung der Berliner Bewegung fühlbar zu werden drohen, durch Verdrehungen und Entstellungen die Schuld auf andere Schultern wälzen zu wollen, ist ein Gebahren, welches wir bisher nur auf der gegnerischen Seite zu finden gewöhnt waren. Soll es besser werden, sollen die Fehler, die gemacht worden sind, nicht noch weiter schlimme Folgen nach sich ziehen, dann sei man ehrlich genug, zuzugeben, daß man gefehlt hat. Nicht Winkelzüge, wie sie die „Kons. Korresp." und die „N. Allg. Ztg." zu machen versuchen, vermögen eine Besserung herbeizuführen, das kann nur geschehen, wenn man Wahrheit und Klarheit auch da, wo geirrt worden ist, nicht scheut."

In erregter Weise besprach ei nArtikel der „Westdeutschen Zeitung" in Barmen — eines Kartellblattes — den Rücktritt Stöckers. „Die Thatsache, daß Hofprediger Stöcker für den Augenblick in seinem Auftreten gelähmt und in seinem Entschluß bis zu einem gewissen Grade gebrochen ist, hat Hunderttausende im weiten deutschen Lande mit tiefem Weh durchzittert, und in Augen, in die selten Thränen kommen, sind solche gekommen, und Stimmen, die nicht zu zittern pflegten, haben beim Gespräch hierüber gebebt — theils vor Schmerz, theils vor Zorn. Stöckers Anhänger in der chrtstlich-sozialen Partei und in der Berliner Bewegung überhaupt waren bereit, wenn er seine Entlassung gab, ihr letztes Stück Brot mit ihm zu theilen, und in großartigen Monstre-Versammlungen,

deren Anberaumung schon geplant war, hatten sie ihrem unveränderten Vertrauen zu ihm einen glänzenden Ausdruck gegeben. Jetzt steht die Zukunft dunkel vor der Partei; aber der kleine Mann, der Handwerker und Arbeiter, halten treuer und fester, als manche meinen. Zu Stöcker werden sie halten so lange sie leben; zur jetzigen ministeriellen Regierung dagegen haben sie zum großen Theil das Vertrauen verloren, und die reinen Antisemiten, sowie die aufs äußerste ermuthigten Freisinnigen und Demokraten werden die Früchte ernten, die Kartellparteien nicht. Stöckers Anhänger sind aber nicht bloß in Berlin, sondern im ganzen deutschen Reich verbreitet; in den Ostgrenzen, am Rhein, in Baden, in Stuttgart schlagen unzählige Herzen ebenso warm für ihn, wie in Berlin. Der deutschen studierenden Jugend ist Stöckers Name in weiten Kreisen ein Pannier, dem sie folgen. Und Leute in hohen geistlichen Stellungen, die der politischen Agitation Stöckers durchaus fernstehen, haben doch diesen Ausgang der Sache als ein Strafgericht für unsere evangelische Kirche bezeichnet. Worauf beruht der Zauber der Persönlichkeit Stöckers? Darauf, daß er ein Volksmann ist, wie es in solcher Art in Deutschland keinen zweiten giebt. Das Volk hat für wahre, wirkliche Herablassung zu ihm, für selbstloses Dienen und Schöpfern in seinem Interesse ein feines Verständniß, Darum hängt es Stöcker mit solcher Liebe an. Stöcker hat von aller seiner Arbeit nie den geringsten Vorteil für sich selbst, keine Dotation und dergleichen gehabt, er hat neben Zeit und Kraft stets auch noch sein Geld in den Dienst seiner Sache gestellt. Das war ihm selbstverständlich, denn er liebte sein deutsches Volk über alles: Und er wollte als rechter Volksmann — in Dr. M. Luthers Nachfolge — ihm das beste erhalten, was es hat, das Evangelium. Darum sprang er hinein in

den Abgrund, als die Sozialdemokratie in Berlin alles zu überwuchern drohte.

Die „Westdeutsche" citirte sodann die „große epochemachende Rede", die Stöcker im Eiskeller zu Berlin am 3. Januar 1878 gehalten, und in welcher zum Schluß es hieß: „Ja, meine Herren, Sie hassen Ihr Vaterland. Aus Ihrer Presse glüht dieser Haß schrecklich heraus. Und das ist schlecht. Das Vaterland hassen, das ist, wie wenn einer seine Mutter haßt. Auch haben Sie dazu keinen Grund. Gewiß ist auch bei uns nicht alles, wie es sein sollte; wir sind eben auf der Erde und nicht im Himmel. Aber dazu hat Ihnen das Deutsche Reich das allgemeine Stimmrecht aus freien Stücken gegeben, damit Sie in Frieden mit den andren berathen und beschließen, was zum Besten dient. Nicht dazu dürfen Sie Ihr Recht mißbrauchen, daß Sie auf Zertrümmerung Ihres Vaterlandes sinnen, das ist unvernünftig und undankbar. Aber Sie hassen auch das Christenthum, Sie hassen das Evangelium von der Gnade Gottes. Man predigt Ihnen den Unglauben, man lehrt Sie den Atheismus, und Sie trauen den falschen Propheten. O, wie das weh thut, wenn deutsche christliche Menschen nicht mehr an Gott und an den Geist glauben, wenn sich an ihnen das Wort erfüllt: Gott verloren, alles verloren! Was man mit den fünf Sinnen nicht begreifen, mit den fünf Fingern nicht betasten kann — so heißt es in Ihren Versammlungen — das ist auch nicht wahr, es stammt alles aus der Materie. Es ist durchaus thöricht so zu reden. Wenn Ihnen das Gewissen in der Brust schlägt und Sie um Ihre Sünden straft — und ich glaube, Sie kennen diese Stimme noch — das stammt nicht aus der Materie. Wenn Sie sich umsehen in der großen Schöpfung und fragen: woher kommt das alles? — es ist

leicht gesagt, daß alles aus sich selbst geworden ist, aber das ist Unsinn. Es giebt einen Gott, der die Welt geschaffen hat und der die Menschen selig macht. Und wer will, der kann's auch mit Augen sehen. Meine Herren, ich habe schon am Sterbebette vieler Arbeiter gestanden und habe den schweren Kampf mit dem Tode gesehen, aber wenn ich die heilige Schrift aufschlug, ihnen das Wort Gottes vorlas und mit ihnen betete, dann wurde der Kampf leichter. Sie können mir glauben, das habe ich erfahren. Ich bin schon manchmal zu einem schlechten Menschen gekommen, den nichts von seiner Sünde befreien konnte, aber die Liebe Christi hat ihn frei gemacht. Sie können mir glauben, das ist wahr. Warum wollen Sie das Christenthum hassen, das doch so reich an Trost und Kraft und Gewißheit ist? Wenn ich Sie frage um das, was Ihrer Seele das liebste Losungswort ist, nicht wahr es ist das Wort: Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit? Nun gibt es freilich eine Freiheit ohne Zucht; eine Gleichheit, bei der nach dem Worte eines geistreichen Mannes alles darauf hinausläuft, daß sich alle ganz egal sind, eine Brüderlichkeit, die doch voll Haß ist gegen die andern Klassen. Aber wenn Sie jene drei in ihrem wahren, edlen Sinne nehmen, als die Freiheit des Gewissens, als die Gleichheit vor Gott und als die Brüderlichkeit in der Liebe zu allen: dann stammen alle drei aus dem Evangelium von Christo. O, meine Herren, es ist einer großen Partei unwürdig, Vaterland und Christenthum zu hassen. Wollen Sie, als Arbeiterpartei, wirklich eine geschichtliche Bedeutung gewinnen, dann dürfen Sie das Edelste, was bisher in der Brust des Menschen gelebt hat, die Liebe zum Vaterland nicht todt schlagen; das dürfen Sie wahrhaftig nicht. Eins aber erbitte ich zum Schluß von Ihnen. Wenn Sie in Blättern wieder die

schnöde Rede von Pfaffen lesen, die das Volk nicht lieb haben, dann glauben Sie der Lüge nicht. Ich meine es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterstande, so wahr mir Gott helfe."

„Der lang anhaltende Beifall, sagt die „Westd. Ztg." der diesen Worten folgte, obgleich ein Most zugegen war, zeigte, daß Stöcker als Redner von Gottes Gnaden des Volkes Herz getroffen hatte." Das genannte Blatt führt dann die im Jahre 1885 im Vorwort zu Stöcker's „Christlich-Sozial" enthaltenen Worte an, um die Folgen seines Anstrebens zu konstatieren: „Der Gang der deutschen Sozialpolitik hat doch in kurzer Zeit der christlich-sozialen Bewegung durchaus Recht gegeben. Es liegt in der Natur so pionierartig vordringender Gedanken, daß sie nicht große Parteien um sich sammeln; dazu sind sie zu stark und zu neu. Aber sie dringen, wenn sie wirklich gesund sind, in den Kreis anderer Parteien ein, erobern das öffentliche Leben und werden zu allgemeinem Eigenthum. Die beiden Grundgedanken der christlich-sozialen Bewegung, soziale Erneuerung aus dem Herzen eines gesunden Sozialismus heraus und Zurückeroberung des Volkes für das Christenthum durch die Geltendmachung der christlichen Weltanschauung im öffentlichen Leben — haben sich tief in das politische Denken der Gegenwart eingeprägt. Wenige Beispiele werden sich finden lassen, daß ein sozialpolitisches Programm, das bei seinem Auftauchen so viel Widerspruch und Mißbilligung fand, so schnell in praktische Politik umgesetzt wurde. Gewiß verdankte das die christlich-soziale Bewegung zum guten Teil der treuen Berathung kundiger Männer, die an der Wiege des Programms standen und die ersten Schritte desselben mit ihrer Sympathie begleiteten. Einer derselben, Prof. Dr. Adolf Wagner, den

die christlich-soziale Partei mit Stolz und Freude den Ihrigen nennt, sei hier in Liebe und Dankbarkeit besonders genannt. Seine Rede in der Oktober-Versammlung des Jahres 1871 hat viel gethan, die kirchliche Kreise zuerst aus dem Schlummer zu wecken und für die soziale Frage zu interessiren. Sein unerschrockenes und überzeugungsvolles Eintreten für die berechtigten Forderungen des Sozialismus hat seitdem unzählige deutsche Herzen für die Sozialreform gewonnen. Und wenn „das Aufwachen der deutschen Jugend" — das Thema der vorletzten Rede aus den christlich-sozialen Versammlungen — nicht bloß ein Redestoff, sondern eine Thatsache geworden ist, so verdankt die Nation diesen hoffnungsvollen Zustand nicht zum geringsten Theile der fortreißenden Beredsamkeit und Begeisterung, mit welcher Wagner durch seinen glühenden Patriotismus, seine sozialen Ideale, sein Bekenntniß zur christlichen Weltanschauung die akademischen Jünglinge bis in die tiefste Seele bewegt hat. Die „Kaiserliche Botschaft" vom 17. November 1881 ist nach der einen Richtung hin als Programm der Sicherung der Arbeiterexistenz auf Grund von christlich gedachten Korporationen nahezu die Erfüllung der christlich sozialen Hoffnungen; auf sie läßt sich mit ebenso großem Recht das Wort von Sedan anführen: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung"! — Die andere Seite der sozialen Frage, die Hebung der Arbeiterexistenz, sowohl in den sittlichen Bedingungen der Arbeit wie in dem reicheren Anteil am Ertrag der Produktion, ist der praktischen Politik noch aufbewahrt. Gerade hier liegt für die Kirche ein Stück schönster und erfolgreichster Arbeit. Die thunlichste Einschränkung der Arbeit verheiratheter Frauen, die Beseitigung der Kinderarbeit, die Aufhebung der Sonntagsarbeit, die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit — Normalarbeitstag — sind Aufgaben, welche der Kirche geradezu

obliegen und ohne welche die soziale Reform nicht zum Ziele gelangen kann. Es ist eins der erfreulichsten und bedeutendsten Ereignisse des Jahres 1884, daß der Zentralausschuß für innere Mission der deutschen evangelischen Kirche zu diesen Fragen Stellung genommen hat. Aus der berufensten Hand, mit Meisterschaft verfaßt, wie in Stein gehauen, kurz und knapp, von ergreifender Gewalt, schildert eine Denkschrift dieses Kollegiums „die Aufgaben der Kirche und ihre innere Mission gegenüber den wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart.“ Ein großes Zeugniß der sozialen Arbeit in der evangelischen Ki che, dessen sich alle evangelischen Christen zu freuen und zu bemächtigen haben.“

„Wahrlich, die Erfolge der Anregungen Stöcker's sind groß, fährt die Westd. Zeit. fort, und unendlich bedeutungsvoll. Und nun ist dieser Heros über Männer wie Cremer und Witte gestolpert! Das wäre nicht möglich gewesen ohne mächtige Hintermänner, denen er schon längst durch seine Unabhängigkeit und Freimüthigkeit unbequem war. Die prinzipielle Frage, ob ein Hofprediger auch politischer Agitator sein könne und sein dürfe, war vor elf Jahren gerade ebenso brennend, wie heute; damals hat man ihn ruhig gewähren lassen, warum denn jetzt mit einem Male nicht? Der Blick auf die kommenden Reichstagswahlen gibt die Erklärung. In Berlin sollen die Geheimen Räthe fortan die Leiter der Politik sein Wir gehen auf die Details der Sache, obgleich sie uns ziemlich genau bekannt sind, nicht ein; die Geschichte wird ihr Gericht darüber halten, wie überhaupt das Bild der Geschichte seit 1871, wenn die Memoiren gewisser Staatsmänner und Kirchenmänner einst erscheinen werden, sich etwas andres ausnehmen wird, als es sich jetzt in den liberalen und nun gar in den offiziösen, die Geschichte am meisten

fälschenden Zeitungen spiegelt. Aus dem Munde rheinischer Konservativer, die durchaus Freunde des Kartells sind, haben wir die schärfsten Verurtheilungen der offiziösen Presse gehört. Und wie haben leider auch die liberalen Zeitungen von gemäßigter politischer Richtung ihre Hetze gegen Stöcker getrieben! Im letzten Grunde galt ihr Haß — davon sind wir fest überzeugt — der positiv-biblisch-gläubigen Persönlichkeit. Weil er ein zündender Volksredner über das souveräne Recht der göttlichen Offenbarung, über die Sonntagsruhe als Menschenrecht und als Stück der göttlichen Weltordnung, über die Schäden des modernen Judenthums mit seiner zersetzenden und auflösenden Kraft, kurz, weil er ein Zeuge Christi war, darum hat ein falscher, unchristlicher Liberalismus ihn gehaßt. Die Grundsätze, welche Stöcker vertritt, sind die der christlichen Weltanschauung, der Monarchie, der gesellschaftlichen Reform, des Schutzes der Arbeit und der Industrie gegenüber der Allmacht des kapitalistischen Handels, des christlichen Charakters des deutschen Volkes und seiner öffentlichen Einrichtungen. Daß Stöcker bei der Vertheidigung dieser Prinzipien im einzelnen, in der Form oft gefehlt hat, daß er manchmal hätte ruhiger und milder im Ausdruck sein können, leugnet er selber nicht. Aber seinen Fehlern gilt eben der Haß seiner liberalen Feinde nicht, sondern seinen Tugenden. Das haben sie am besten durch ihren Ansturm gegen die Berliner Stadtmission, dies von der ganzen Generalsynode der Evangelischen Landeskirche Preußens einmütig als segensreich anerkannte Werk, bewiesen. Aber eben weil sich diese einzigartige, kraftvolle Persönlichkeit nicht unter die Götzen des Tages beugte und auch nicht in die gewöhnliche, bureaukratische und eine falsche Kartell-Schablone pressen ließ, darum mußte er gehaßt und verfolgt werden. Stöcker hat, was ich zum Schluß er-

wähnen will, für unsere Verhältnisse am Rhein immer ein besonderes Verständniß gehabt. Er freute sich über jeden Namen eines positiv-christlichen Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen, den ich ihm nannte. Er wünschte, daß die rheinischen Verhältnisse in dieser Beziehung für das ganze Land maßgebend sein möchten. Aber so sei es im Osten eben nicht. Um so mehr ist es zu bedauern, daß auch am Rhein theilweise ein blinder Haß gegen „Stöckerei und Muckerei" herrscht".

Ueber die Folge der augenblicklichen Niederlage Stöcker's hatte der „Reichsbote" geschrieben: „Jemehr die jüdisch-freisinnige Presse den von Stöcker vertretenen Prinzipien den Krieg erklärt, desto mehr wird dem deutschen Volke volle Klarheit zu Theil werden über die Sachlage. Diese Klarheit wird noch vermehrt durch die Kundgebungen der sozialdemokratischen Presse. Dieselbe verkündet ein ungeheures Anwachsen der Sozialdemokratie." Auch das „Berl. Tageblatt" hatte kürzlich aus Schleswig-Holstein über die Ausbreitung der sozialdemokratischen Agitation in jener Provinz berichtet und dazu bemerkt, „die Kartellpolitik könne diese sozialdemokratische Hochfluth nicht zurückhalten, ohne die freisinnige Partei würde sie rettunglos der Sozialdemokratie in die Arme fallen!"

Dazu bemerkte wieder das sozialdemokratische „Volksblatt": „Der „deutsch-freisinnige Damm" eignet sich ebenso zum Zurückwerfen der Sozialdemokratie, wie ein Sieb zum Wasserschöpfen". Ferner: Die Gegnerschaft gegen Stöcker sei in den liberalen Kreisen, die anfangs das Auftreten Stöcker's gegen die Sozialdemokraten ganz wohlgefällig betrachtet hätten, erst aufgetreten, als Stöcker erkannte, daß mit dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zugleich auch

die Vorfrucht der letzteren, der antichristliche, antimonarchische und manchesterliche Liberalismus zu bekämpfen sei". Das „Volksblatt" schloß: „Wie es aber auch kommen mag, immerhin ist es ein Stück weltgeschichtlichen Humors, daß Stöcker, der einst gefeierte Sozialistentödter, genau zu derselben Zeit in die Versenkung politischer Unthätigkeit verschwinden muß, wo die deutsche Sozialdemokratie sich zu einem Wahlkampf rüstet, der ihr Erfolge verspricht, wie sie von ihr noch nie erzielt worden sind".

„Es ist weniger ein Stück Humor, meinte der „Reichsbote", als vielmehr ein Stück Tragödie, daß man in einem solchen Augenblick den Rücktritt eines Mannes von dem politischen Parteikampf verlangt, der allein mehr gegen die Sozialdemokratie ausgerichtet hat als alle anderen. Soll das aber bedeuten, daß man auch an diesen Stellen die von Stöcker vertretenen und von Herrn Levysohn bekämpften Prinzipien aufgegeben habe, so würde dadurch natürlich der Sozialdemokratie der Sieg erst recht leicht gemacht. Jedenfalls könnte sie sich nichts besseres wünschen."

Solchen schweren Anklagen gegenüber frägt man, wie es denn hat kommen können, daß in den leitenden Kreisen von Berlin man hat Stöcker fallen lassen, daß Kanzler und Kaiser geglaubt haben, ihn von der politischen Bühne verweisen zu müssen. Wir greifen hier auf die vor einigen Monaten erschienene hochoffiziöse Brochüre zurück: „Die Vorgänge der inneren Politik seit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelm's II." Sie ist, so zu sagen, die Einleitung zu dem gegen Stöcker später eingeschlagenen Verfahren, sie bringt die „Motive" zu dem beabsichtigten und dann ausgeführten Schritte. Der Verfasser derselben ist Professor Rößler, der ehemalige Direktor des 1882 von Herrn v. Puttkamer auf-

gehobenen literarischen Büreaus im Ministerium des Innern. Herr Rößler stellt in seiner Schrift Richter und Stöcker einander gegenüber. „Herr Richter, sagt er, sieht ein, daß man mit einem Radikalismus nichts ausrichtet, den die stärksten und dauerhaftesten Elemente der Nation verabscheuen. Er macht eine ganz andere Rechnung auf die Zukunft, nachdem ihm die Rechnung auf die Gegenwart fehlgeschlagen ist, daß der junge Kaiser den Einseitigkeiten der konservativen Partei verfallen werde Dann wäre es ja in der That möglich gewesen, die ganzen Kräfte der deutschen Bildung in das freisinnige Lager zu ziehen Seiner Partei und vor allem sich selbst diese Möglichkeit zu erhalten, ist Herr Richter wohl bedacht. Er will so operiren, daß, wenn die deutsche Bildung nur die Wahl hat zwischen ihm und Stöcker, sie sich für ihn entscheiden muß, während, vor die Wahl gestellt zwischen Herrn Stöcker und dem bodenlosen Radikalismus, die deutsche Bildung mit Stöcker gehen müßte. In Folgendem besteht Herrn Richters Rechnung auf die Zukunft. Er glaubt, daß, wenn eines Tages Fürst Bismarck die politische Bühne verlassen, die Monarchie durch die konservative Partei in eine Stellung gerissen wird, welche die deutsche Bildung nöthigt, ihre Zuflucht bei Herrn Richter zu suchen. Er hält sich für nicht zu alt, dies zu erleben, und hätte wahrscheinlich Recht, wenn Fürst Bismarck nicht das Seine thäte, durch diese Rechnung einen Strich zu machen."

Man darf wohl sagen, daß hier die Gedanken Bismarcks wiedergegeben werden. „Das Auftreten Stöckers, sein hetzender Antisemitismus verschärft die politischen Gegensätze und stärkt die Sache des Fortschritts durch den Übertritt von gemäßigten Liberalen und die Füllung seines Geldbeutels aus den Spenden der reichen Juden, denen der gegen sie gerichteten

Bewegung gegenüber kein Opfer zu groß ist.“ In dieser Auffassung beruht nach oben hin die Abneigung gegen Stöcker und wurzelt seine Verurtheilung als Politiker. Man ist in unseren leitenden Kreisen wie anderswo antisemitisch gesinnt, soweit man darunter die Gegner desjenigen Judenthums versteht, „das den Schwärmern und unpraktischen Leuten schmunzelnd und hohnlächelnd den Luxus ihrer Ideale gönnt und inzwischen die „reellen“ Werthe des Lebens in seinen Besitz bringt, bis es sich in der Lage sieht, diejenigen zu bezahlen und in hellen Haufen auf den Markt zu schicken, die die Welt mit neuen Idealen versehen und ihm durch ihre Minirarbeit und mit Hülfe nebelhafter Humanitätsphrasen auch noch alle Nebenstraßen öffnen, die es an sein Ziel, die souveräne Herrschaft, führen.“

Bismarck und Stöcker sind auch wohl einig in dem Wunsche, es möchte dem deutschen Volke für immer versagt bleiben: „Die schlaue Pfiffigkeit und die unruhige, beständig auf der Lauer liegende quecksilberne Geschäftigkeit: sie sind unserm ganzen Wesen fremd, den Deutschen in innerster Seele zuwider, und von dem Tage ab, wo sie zu seinen Eigenschaften zählten, würde auch der frische, helle Quell versiegen, der den Boden tränkt und in immer junger Kraft erhält, aus dem seine besten Tugenden hervorsprießen.“ Einig auch darin, daß sie auf Mittel und Wege sinnen, um die ehrlich arbeitende christliche Bevölkerung zu schützen vor dem „Auspovern“ durch Leute „denen das quaere nummos als oberstes Lebensprinzip gilt.“ Aber etwas anderes ist das System der Verhetzung gegen das Judenthum. „Ein solcher Antisemitismus kann niemals das Programm eines wirklichen Politikers sein, auch keines konservativen.“

Die Politik ist ein eignes Ding. Wir Deutschen haben

darin mehr Laien, als man gewöhnlich annimmt. Minister, Abgeordnete, Zeitungsschreiber sind oft „sehr gescheidte Leute, aber keine Politiker.“ (Ausdruck des Fürsten Bismarck). Die Meisten kleben zu sehr an der Sache und ermangeln der „politischen“ Gesichtspunkte. Der Deutsche hat Ideale, Parteiprogramme u. s. w., die oft sehr schön sind, aber er ist kein „zoon politikon,“ kein „politisches Thier,“ das die Umstände und praktischen Verhältnisse in Betracht zieht. Auch Stöcker ist ein Idealist, oder ein Programmmensch, aber ein „schlechter Politiker“, deswegen mußte er schweigen. Seine „Politik“ brachte dem Staate Gefahren, denn sie stärkte Richter.

Herr Rößler setzt die Partei Stöcker wie folgt den Conservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen gegenüber: „Als nationale dürfen diese letzteren Parteien betrachtet werden, weil sie wenigstens die unentbehrlichsten Grundlagen des deutschen Staates erkennen und demnach ernstlich erhalten wollen, nämlich das selbstständige Königthum, das mit dem Königthum aufs engste verbundene Heer und das durch den kategorischen Imperativ an den Staat geknüpfte, aber dadurch auch vor jedem andern Einfluß geschützte Beamtenthum. Auf diesen Grundlagen, sicher durch sie getragen, sollen die nationalen Parteien lernen, den aus der lebendigen Entwicklung beständig neu hervorgehenden Forderungen des nationalen Staates durch rechtzeitiges Verständniß und rechtzeitigen Entschluß Genüge zu thun. Denn das ist der Unterschied zwischen Grundlagen und Forderungen: die einen stellen die unveränderlichen Größen im Staatsleben dar, die anderen, die aus den beweglichen, fortwährend neu entstehenden Elementen erst zu schaffenden Größen. Für diese schöpferische Thätigkeit kann man sich nicht an eine Richtschnur sogenannter politischer Grundsätze halten. Die Grundsätze als unveränderliches Element ge-

hören der Beschaffenheit des innern Willens an. Die Grundsätze sollen verhüten, daß die sittliche Beschaffenheit des Willens durch die äußern Handlungen geschädigt werde, aber sie können diese Handlungen selbst nicht lenken. Die Tödtung des Menschen als äußere Handlung kann durch keinen Grundsatz verboten werden, wohl aber die Tödtung aus selbstsüchtigen Motiven. Der Scharfrichter, der Soldat, der Raubmörder begehen gleichmäßig die Tödtung, aber die beiden ersten gehen vor dem sittlichen Richterstuhl frei aus. Es ist klar, daß der deutsche Staatsmann wünschen muß, den über die Grundlage des deutschen Staates einigen Parteien das Bewußtsein der aus den beweglichsten Elementen zusammengesetzten Aufgabe einzuflößen, welche dem deutschen Reich während einer vielleicht sehr langen Periode aufgedrungen ist und der sich mit sogenannten politischen Grundsätzen nicht beikommen läßt. Möchten die nationalen Parteien lernen, daß es keine grauenvollere Verirrung giebt, als die jenes Wortes: que les colonies périssent plutôt qu' un principe."

Weil die Stöcker- oder Kreuzzeitungspartei einer „Richtschnur sogenannter politischer Grundsätze" folgt, so steht sie auch in gleicher Linie mit den Deutsch-Freisinnigen, die auch eine solche Richtschnur haben und daher gleich feindlich zu Bismarck stehen. „Was hatte die demokratisch-liberale Partei vor allem von dem Kaiser Friedrich erwartet? Die Entlassung des Fürsten Bismarck. Was hatten die äußersten Gegner des Liberalismus vor allem von dem Kaiser Wilhelm II erwartet? Nicht gerade die Entlassung des Fürsten Bismarck, aber doch die unumwundene Zumuthung an den Kanzler, die innere Politik ganz in das Fahrwasser dieser Parteimänner zu steuern: also etwa Widerruf der staatsbürgerlichen Rechte für die Juden, evangelische Kirchen- und Schulpolitik im Sinn

des Herrn von Kleist-Retzow, obligatorische Einführung der Handwerkerzünfte u. s. w. Wer steht allen Forderungen der Demokratisch-Liberalen als das größte Hinderniß nach Kaiser Friedrichs Tode gegenüber? Fürst Bismarck. Und zwar erkennen jene Politiker sehr gut, daß es gerade die Mäßigung des Kanzlers ist, welche das Hinderniß unüberwindlich macht. Denn würde er in das konservative Fahrwasser einlenken, so würde er sich einer ganz andern Opposition gegenübersehen, als der ganz hohlen, auf dem staatsverderblichen Gebrauch eines formalen Rechtes beruhenden Opposition von 1862—1866. Wer steht der Gewinnung des jungen Kaisers für die äußerste konservative Partei als das größte Hinderniß gegenüber? Fürst Bismarck. Die Partei ist überzeugt, daß ihre Forderungen dem wahren Vortheil entsprechen, ja daß nur deren Erfüllung der Monarchie die unerschütterliche Grundlage wiedergeben kann. Was ist da zu wundern, daß die Partei in einem Kaiser, der von dem thätigen, schöpferischen Beruf der Monarchie ganz durchdrungen ist, ihr natürliches Haupt sieht, daß sie nur dem Einfluß eines verblendeten Dämons die bittere Enttäuschung zuschreiben will, diesen Kaiser andere Bahnen einschlagen zu sehen, als die ihrigen?"

Gilt Herr Stöcker als ein Hinderniß der Kartellpolitik, so kommt die Methode seines Vorgehens hinzu, die sich als Demagogenthum kennzeichnet. „Herr Stöcker, sagt Rößler, ist freilich kein Demagoge der Art, wie sie vor Zeiten in Athen, wie sie in Paris zur Revolutionszeit, wie sie in Amerika noch alle Tage, wie sie bei uns im Jahre 1848 auftrat. Diese Demagogen beginnen alle mit derselben Tonart: „Volk, du bist groß, tapfer, edel, weise, wenn dort die Schurken nicht wären, du hättest längst das Paradies aus dem Aermel geschüttelt." Aber man stellt sich nicht ungestraft an die

Spitze der Volksversammlungen, so wenig man ungestraft unter Palmen wandelt. Goethe sagt: „Wer vor andern lange allein spricht, ohne den Zuhörern zu schmeicheln, erregt Widerwillen.“ Demagoge sein, heißt Schmeichler sein. Wer nicht schmeichelt, wie die Demokraten, der mag es geschickter thun, aber der Nothwendigkeit entgeht er nicht. Der Demagoge muß herabsteigen zu dem Verständniß, zu dem Gesichtskreis, zu den Bedürfnissen der Menge. Sind keine starken Bedürfnisse da, deren Befriedigung er sogleich in Aussicht stellen kann, so muß er andere Bedürfnisse wecken. Es können nie die edelsten und höchsten sein. Herr Stöcker wendet sich an den selbstsüchtigsten Instinkt der Zuhörer, an das gemeine Bedürfniß des Hasses und an den gemeinen Glauben, daß die Ursache aller Uebel irgend wo verkörpert sein müsse, so daß man sie mit einem Schlag zertrümmern könne. Darin macht er es ganz wie die demokratischen Demagogen. Alles Uebel kommt von den Aristokraten und ihren Helfern, sagte man 1793; alle Uebel kommen von den Juden und Judengenossen, sagt Herr Stöcker. Wenn die Macht der Juden gebrochen ist, oder wenn sie aus dem Lande vertrieben sind — Herr Stöcker sagt nie, was er mit den Juden vorhat — dann soll ein Paradies errichtet werden, von dem Herr Stöcker einige Umrisse zeichnet. Als unentbehrliche Kräfte soll es da ein Königthum, orthodoxe Prediger und Zünfte geben. Andere Dinge sind zulässig, aber gleichgültig oder entbehrlich.“

Fürst Bismarck hat ebenfalls schon den Vorwurf der Demagogie hören müssen, und zwar von Seiten der Fortschrittspartei. Ein dieser letzteren früher nahestehendes Blatt nahm den Fürsten gegen diesen Vorwurf in Schutz mit den Worten:

„Die politischen Rollen sind im Augenblick ganz eigenthümlich ausgetheilt. Fürst Bismarck hat mit der ihm eigen-

thümlichen hartnäckigen Energie die Initiative ergriffen und sich zum Tribun einer Reihe mächtiger und volksthümlicher Strömungen gemacht. Die Fortschrittspartei hat sich durch den Mund des Abg. Richter sogar schon mehrfach über Demagogie beklagt. Wir halten aber ganz dafür, daß es gut ist, dem Bruder Bauer die Hand zu drücken, und sich mit ihm in seiner Sprache zu unterhalten, die Fürst Bismarck meisterhaft versteht. Ahmen wir doch dem Reichskanzler nach, statt über ihn zu klagen, bringen wir unsere Ansichten klar und volksthümlich vor und bedenken wir, daß die Fraktion der Wähler, wie der Abgeordnete v. Bühler ganz witzig bemerkt hat, diejenige ist, mit welcher der Abgeordnete sich in letzter Instanz zu verständigen hat. Sind wir denn so luftscheu geworden, daß eine lebhafte Volksströmung uns mit der Furcht vor einem politischen Schnupfen erfüllt? Im Gegentheil, der Erfolg der ganzen Agitation wird eine dauernde Stärkung des volksthümlichen Elements in Staat und Kirche sein — welchen Grund haben wir, uns darüber zu beschweren?" Es war ein nationalliberales, also ein Kartellblatt, das die Bismarck'sche „Demagogie" als Muster empfahl.

Hofprediger Stöcker ist zu allerletzt Antisemit; er ist ein Christlich-Sozialer, aber auch darüber hinaus geht ihm noch ein anderes Ziel, dem er alle anderen Bestrebungen dienstbar macht. Das ist die Freiheit und Selbstständigkeit der evangelischen Kirche. Dafür wirbt er, wo und wie er kann, diesem Bestreben unterwirft er jede andere Tendenz.

Auch hierin hat er sich sagen lassen müssen, daß er ein „schlechter Politiker" sei. Man erinnert sich der scharfen Abfertigung, die der Reichskanzler dem bekannten „Hammerstein-schen Antrag" sofort nach seinem Auftauchen im Abgeordnetenhause widerfahren ließ. Nicht das, was er gegen den Antrag

an und für sich vorbrachte, war die Hauptsache, sondern die Abweisung einer Politik, die in dem Augenblicke, wo der Kulturkampf geschlossen wurde, denselben in anderer Form nach der Auffassung des Reichskanzlers neu belebte. Die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche in der Weise wie sie angestrebt, gilt nicht blos als Gefahr drohend für den Frieden des Staates mit der evangelischen Kirche als schwere Konflicte heraufbeschwörend, sondern auch als neue Reibungen zwischen den Confessionen, zwischen der evangelischen und römischen Kirche und nicht weniger zwischen dem Staate und den Ultramontanen provocirend. Es ist also wieder, mag man sonst über den Antrag Hammerstein denken wie man, eine „schlechte Politik“, sagt man, die von den „Hochkirchlichen“ und „Hochkonservativen“ getrieben wird. Kurz, Stöcker geräth überall durch seine Ideale in Konflikt mit der praktischen „Politik.“ Dadurch ist seine Stellung unhaltbar geworden. Mag er als „Christlich-Sozialer“ in engeren Kreisen weiter wirken, er soll aber nicht mehr als politischer Agitator die Zirkel Derer stören, „die die hohe Politik machen und diese besser verstehen, als er.“

Herr Rößler sagt:

„Unbefangene und ernsthaft denkende Leute haben die Frage aufgeworfen, ob der Erfolg, die hauptstädtischen Abgeordnetensitze den Händen der Demokratie zu entreißen, nicht so werthvoll gewesen sein würde, um alle Bedenken gegen Herrn Stöcker schweigen zu lassen.“ Darauf antwortet Rößler: „Wer sich durch die Aussicht auf einen Augenblickserfolg von immerhin starker Wirkung nicht hinreißen lasse, der muß jedoch dabei bleiben, daß weder die Staatsregierung noch die nationale Mittelpartei Herrn Stöcker zum Bannerträger machen dürfen, und nicht minder dabei, daß der Hof

servativen Partei diese Wahl früher oder später theuer zu stehen kommen wird."

Zwar geht darüber die Berliner Bewegung zu Grunde, aber darauf darf es beim Hinblick auf das Ganze nicht ankommen.

Hofprediger Stöcker hat kürzlich in einer Versammlung der Christlich-Sozialen seine Angelegenheit in betreff seines Rücktritts als politischer Agitator zur Sprache gebracht. Er sagte seinen Zuhörern: „Wie Sie gehört und gelesen haben, sind, seitdem wir getrennt gewesen, Verhandlungen gepflogen worden, welche dazu geführt haben, daß ich vorläufig auf den politischen Parteikampf in Berlin verzichtet habe. Ich habe schon jetzt von vielen Seiten die Versicherung erhalten, daß meine Freunde glauben, ich hätte recht daran gethan. Das kann ich Sie versichern: Hätte ich geglaubt, daß damit der christlich-sozialen Sache und der Berliner Bewegung ein Abbruch geschehen würde, so hätte ich es nicht gethan. (Beifall). Aber wir haben längst geglaubt und in den Berathungen des Vorstandes ist es oft zur Sprache gekommen, daß der politische Parteikampf in Berlin in seiner gegenwärtigen Gestalt kein heilsamer ist. Darum will ich versuchen, ob die Verhältnisse besser werden, wenn ich mich von dem Parteikampfe zurückziehe. Das könnte dann ja nur für alle Seiten nützlich sein. Mir ist es durchaus angenehm und niemand würde sich mehr freuen als ich, wenn dadurch die unerquicklichen Verhältnisse ausgeglichen und die Gegner besiegt würden. Ich bin zu jeder Zeit bereit gewesen, meine Person hinter die Sache zu stellen."

Wir vermuthen, Stöcker wollte seine Gegner, soweit die Berliner Bewegung in Betracht kommt, durch seine willige Verzichtleistung als politischer Agitator ad absurdum führen,

indem er sie die Erfahrung machen läßt, daß es in Berlin nicht ohne ihn geht. Die conservative Bewegung stürzt hier zu dem status quo ante 1878 zurück. Ja, wenn sich jemand an Stöcker's Stelle setzte, der von einem gemäßigteren Standpunkte aus mit demselben Feuer in's Geschirr ginge, dann wäre Stöcker ein geschlagener Mann. Aber ein solches Vertrauen zur Aufraffung der Berliner Bewegung fehlt bei den Gegnern Stöckers im Kartelllager selber. „Den Stöcker sind wir los, und das ist gut — was aber nun?“ Die strikten Anhänger Stöckers fragen, ob denn außerhalb der politischen, sozialen und kirchlichen Richtung Stöckers eine solche Hingabe und zugleich ein solcher Erfolgreichthum in Berlin möglich sei. Die Politik aber in den Regierungskreisen giebt Berlin preis, um das Kartellprincip für das Ganze zu retten. Für sie giebt es andere Gesichtspunkte, als die Rücksichtnahme auf eine bloß lokale Bewegung, so großartig es hätte wirken müssen, wenn die Hauptstadt dem Terrorismus der Fortschrittspartei hätte entwunden werden können, was jetzt nicht mehr möglich ist.

Ueber unsern Kaiser und seine Beziehungen zu Stöcker haben wir das Zeugniß des Grafen Douglas, der in seinem bekannten Vortrage sagt:

„Sie wissen, wie eine Versammlung, welche bei dem jetzigen Chef des Generalstabes, Grafen Waldersee, abgehalten wurde, und an der der damalige Prinz Wilhelm Theil nahm, ausgebeutet wurde, um den Prinzen in der öffentlichen Meinung zu verdächtigen und ihn mit den politischen Parteibestrebungen hochkirchlicher Kreise, insbesondere mit denen des Hofpredigers Stöcker zu identifiziren, und, wie ich sehe, ist diese Legende auch zu Ihnen gedrungen. Alle diese Versuche, dem Kaiser eine persönliche Stellungnahme zu Gunsten be-

stimmter Parteianschauungen zuzuschreiben, beruhen auf positiver Entstellung der Wahrheit Mein verehrter Freund, der nationalliberale Abgeordnete v. Benda, welcher jener Versammlung beigewohnt hatte, hat sich unmittelbar nachher notirt, was ihm im Verlaufe derselben bemerkenswerth erschien. In diesen Notizen heißt es wörtlich: „Der Prinz hob ausdrücklich hervor „daß es sich für ihn um Bestrebungen handele, welche jedem einseitigen kirchlichen Standpunkte fern liegen.“ Das ist die authentische, nicht zu mißdeutende Widerlegung aller jener thörichten oder böswilligen Gerüchte Das offene Gerede ist denn auch verstummt, namentlich, nachdem Kaiser Friedrich die damalige Kronprinzessin, unsere erlauchte Kaiserin, durch eine besondere Kabinetsordre ermächtigt hatte, sich an die Spitze des Liebeswerkes zu stellen, das in jener Versammlung in seine ersten Anfänge gepflanzt worden war. Aber ich halte es doch gerade gegenüber den versteckten Angriffen, welche gegen unsern Kaiser aus Anlaß der damaligen Versammlung noch jetzt erhoben werden, für geboten, zu konstatiren, daß die Beziehungen, welche der Kaiser Wilhelm zu dem Hofprediger Stöcker unterhalten hat, nur sehr vorübergehende waren, die sich lediglich auf jene echt humanen, weil echt christlichen Bestrebungen, behufs praktischer Hülfeleistung bei den unteren Klassen ihrer Nothlage gegenüber beschränkt haben, welche jeder christlich denkende und das Volk liebende Mann auf das Wärmste begrüßen muß und für die dem Hofprediger Stöcker rückhaltloser Dank und Anerkennung zu zollen ist. Darüber hinaus hat keine Verbindung mit dem Hofprediger Stöcker bestanden, und am wenigsten huldigt unser Kaiser den extremen politischen und konfessionellen Parteianschauungen, welche man an den Namen dieses Abgeordneten zu knüpfen pflegt. Darüber besteht volle,

unzweideutige Klarheit. Und wenn versucht worden [illegible] den Kaiser sogar mit der antisemitischen Bewegung in Verbindung zu bringen, so ist auch dies eine Dreistigkeit, der ich auf das Bestimmteste entgegentreten muß. Der Kaiser ist sich bewußt, daß er auch in dieser Beziehung auf einer höheren Warte steht, als auf der Zinne der Partei und daß die Preußen jüdischen Glaubens so gut seine Unterthanen sind, wie die christlichen Preußen. Hieraus ergiebt sich, daß er ihnen in gleicher Weise, wie diesen, allezeit seinen Königlichen Schutz gewähren wird und gewähren will. Ich darf in dieser Beziehung auf eine der „Berliner Börsenzeitung“ von vertrauenswürdiger Seite zugegangene Mittheilung Bezug nehmen. Darnach hat der Kaiser gelegentlich einer Unterredung ähnliche Anschauungen geäußert, wie:

„Ich kenne nur Vaterlandsfreunde und Gegner unserer gesunden Entwickelung. Niemand wird mir zutrauen, das Rad der Zeit zurückschrauben zu wollen. Im Gegentheil, es ist der Hohenzollern Stolz, über das zugleich edelste und gereifteste wie gesittetste Volk zu regieren. Und in dies [illegible] schließe Ich Alldeutschland ein. Unsere ganze Gesetzgebung ist von humanen Grundanschauungen diktirt. Wer dies verkennt und die Geister gegeneinander hetzt, gehöre er welcher Richtung immer an, hat auf Meinen Beifall nicht zu rechnen. Es giebt wahrlich Ernsteres zu thun.“

Der Vortrag des Grafen Duglos hat vor seiner Vervielfältigung durch den Druck dem Kaiser zur Durchsicht vorgelegen. Ueber die Thatsachen, die er berichtet, ist also nicht zu streiten. Man darf annehmen, daß der Kaiser als Prinz dem Hofprediger Stöcker einmal näher gestanden habe, [illegible] er ihm als Geistlicher gleich seiner erlauchten Gemahlin [illegible] nahe steht. Das ist eine Privatangelegenheit, gerade wie [illegible]

Beziehungen seines verstorbenen Vaters und seiner hohen Mutter zum freisinnigen Prediger Stechow an der Dorotheenstädtischen Kirche. Wie in allem unser Kaiser frühzeitig seine Subjectivität dem politischen Denken und Handeln unterworfen, so ist er mit dem Fürsten Bismarck auch in der Stellung zu der Stöcker'schen Agitation zusammengetroffen. „Ich bin kein Antisemit", hat er schon als Prinz gesagt, eine Aeußerung, die dem „Deutschen Tageblatt," wie wir wissen, von zuverlässiger Seite her berichtet worden ist, und die einen wunderbaren und wüsten Lärm in einem gewissen Lager hervorgerufen hat. Wenn wirklich die Aeußerung nicht gethan wäre, oder wenn sie nicht wirklich wörtlich so gelautet hat, so ist es ja doch eine rein selbstverständliche Sache, daß ein Hohenzoller, ein politisch denkender Monarch, gar nicht anders sprechen kann. Ist damit etwa dem Philosemitismus ein Zugeständniß gemacht? Kaiser Wilhelm II. hat schon als Prinz die Worte Geffcken's in der Proclamation Kaisers Friedrich III. vorweggenommen: „Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner meinen Unterthanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein Jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe — haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt."

Unser Kaiser hat als Prinz auch dem Grafen Waldersee innerlich näher gestanden, als heute sein politisches Denken und sein unbedingtes Vertrauen zum Fürsten Bismarck es zuläßt. Ein gewisser Gegensatz zwischen der Politik des Auswärtigen Amtes und der Generalsstabpolitik hat bei uns schon zur Zeit Moltke's bestanden. Derselbe hat sich im Dänischen Kriege, in der Luxemburger Frage, im französischen

Kriege und später bemerkbar gemacht. Er hat sich noch persönlich zugespitzt beim Grafen Waldersee. Dieser war im Anfange des Jahres 1870 als Attaché zur Botschaft nach Paris kommandirt und wurde in dem bald darauf ausbrechenden Kriege auch diplomatisch verwandt. Sein eifriges Streben, ganz und gar in den diplomatischen Dienst des deutschen Reiches einzutreten, blieb erfolglos. Er gilt als ein äußerst gewandter und selbstständiger Mann. Auf ihn hat man gelegentlich Artikel in einer gewissen Presse zurückgeführt, in denen bei auswärtigen Tagesfragen das deutsche Reich an seine Großmachtsstellung erinnert wurde, es war da von dem „ins Kraut geschossenen russischen Uebermuth" die Rede, von „jenem servilen Uebereifer, der den Frieden dadurch zu sichern glaube, daß er den dreistesten russischen Ansprüchen mit einer Zuvorkommenheit ohne Ende die Spitze abzubrechen bemüht sei," von „subalterner Denkweise," „die Schmälerung des deutschen Sprachgebietes in Ungarn und in den russischen Ostseeprovinzen stände in einem auffallenden Gegensatze zu der politischen Machtstellung des deutschen Reiches, es sei eine eigne Art von Aufschwung, den wir nehmen," „England und Frankreich seien Jahrhunderte lang mit ihrem Uebermuth an Selbstbewußtsein weit besser gefahren, als wir mit dem Gegentheil." Die Elsaß-Lothringer hingen deshalb an Frankreich, „weil dieses ihnen die Genugthuung böte, einer **wirklichen Großmacht** anzugehören."

Graf Waldersee ist ein Gönner Stöckers, gleich seiner Gemahlin, die bekanntlich eine Verwandte unserer Kaiserin ist. Auf Graf Waldersee werden viele Hoffnungen gesetzt. Er ist jetzt [illegible] Jahre alt. Graf H. Bismarck gilt zu sehr als der Sohn seines Vaters.

Druck von [illegible] Berlin SW. [illegible]

Seiner Hochwürden, Herrn Stoecker, Hofprediger

in Berlin.

Mein angebogner, offener Brief darf Eure Hochwürden nicht überraschen. Schon vor Jahren, als die Wogen des Antisemitismus in Deutschland so hoch gingen, war es meine Absicht, Ihr aller besseren Gefühle hohnsprechendes Treiben in's rechte Licht zu setzen. Mein Gerechtigkeitsgefühl erbebte ob der Frevel, die an uns Juden ob unserer Abstammung verübt worden; doch hielt ich an mich und schwieg in der festen Ueberzeugung, dass berufene Personen, im Namen der Wahrheit und Gerechtigkeit ihre Stimme erheben werden.

Meine Hoffnung ist nicht zu Schanden geworden. Viele Ehrenmänner, jüngst eine Fürstin, haben den Antisemitismus verdammt und gebrandmarkt. Seine Majestät, der nun in Gott ruhende unvergessliche, hochherzige deutsche Kaiser Friedrich III.

Zeit Kronprinz, hat schon vor Jahren den Antisemitismus als eine Schmach unseres Jahrhunderts bezeichnet.

Das wüste Treiben der Antisemiten, Sie, Herr Pastor an der Spitze, hat seither nur durch Zwang ein wenig nachgelassen. Ein fortgesetztes Schweigen wäre schliesslich ein Verrat an sich und an der Gesamtheit. Jeder einzelne Gekränkte, und das ist jeder Jude, hat das Recht und die Pflicht sich gegen den Verrächter seiner Ehre zu verteidigen und den Verläumder zu entlarven.

Das ist der Zweck meines Briefes. Er is französisch abgefasst, da die französische Sprache einen grösseren Lesezirkel als die deutsche hat und selbst von den meisten Gebildeten in Deutschland verstanden wird. Uebrigens wird eine deutsche Abfassumg bald nachfolgen.

Eurer Hochwürden

Ergebener

Brüssel, Juli, 1888

Wider das Stöcker'sche „Volk."

Von

Carl Witte,
Pfarrer an St. Golgatha-Berlin.

3. Mose 19,16:
„Du sollst kein Verleumder sein unter deinem Volk."

Berlin.
F. Fontane.
1890.

Der Hofprediger Stöcker hatte in Gemeinschaft mit dem Redakteur und Herausgeber Leuß in Sachen des „Volk" ein vertrauliches Zirkular an Geistliche erlassen, in welchem es mit seiner Unterschrift heißt: „Wir glauben deshalb der ernstlichen Unterstützung aller christlich gesinnten Männer gewiß sein zu dürfen und richten auch an Ew. Hochwürden die Bitte um solche Unterstützung. Insbesondere bitten wir Ew. Hochwürden, nicht nur zum Abonnement auf das „Volk" anzuregen, sondern auch das erste Mal selber die Bestellung bei dem Kaiserlichen Postamt Ihres Bezirks zu vermitteln."

Von Hofprediger Stöcker ist Redakteur Leuß gewonnen und nach Berlin gebracht. Sogar noch am 23. Februar 1889 wird aus einer Tonhallenversammlung berichtet: „Nachdem der Redner in einem warmen Appell an die Zuhörer für die Zeitung „Das Volk", das wichtigste Unternehmen, das seit langem begründet ist, eingetreten ist, schließt er." Der Redner, welcher sich so zu dem „Volk" und seinen Artikeln bekannte, war Hofprediger Stöcker und der Bericht erschien im „Volk" selbst am 26. Februar 1889.

Alsbald in Nr. 2 am 3. Januar 1889 hatte „Das Volk" schreiben können: „Es geht uns folgende „Erklärung" des Herrn Hofpredigers Stöcker zu," und diese Erklärung trug die Unterschrift: „Adolf Stöcker, Präsident der christlich-sozialen Partei, Reichstags- und Landtagsabgeordneter." So war denn eine mehrseitige Auctorität des Mannes vollbewußt in's Gefecht geführt. Am 11. Januar in der Tonhalle rief (laut Bericht vom 15. Januar) Hofprediger Stöcker aus: „Auch haben wir eine neue gute Waffe, unsere Zeitung „Das Volk". „Wenn manche Schwierigkeiten noch nicht ganz überwunden „sind, so haben Sie mit dem jungen Unternehmen Geduld.

„Zuletzt wird Alles gut werden. Seien Sie in der Arbeit für „Das Volk“ unermüdlich.“ Die Zeitung „Volk“ ist eben des Herrn Hofpredigers Stöcker Gründung, Werkzeug und Waffe, in seinem Sinne sogar eine „gute Waffe.“

Als Herr Hofprediger Stöcker in der Prozeßsache Stöcker-Schmidt sich zu äußern hatte mit Bezug auf die eigene Beschuldigung, der Reichstagsabgeordnete Schmidt habe Lügen „drucken lassen“, vertheidigte er sich ungefähr mit folgenden Worten: „Er „läßt“ drucken.“ Was bedeuten diese Worte? Heißt das: er schreibt es, hat es bestellt oder bezahlt? Oder heißt es nicht vielmehr: „er läßt es zu, er läßt es geschehen?“ „Damit,“ fuhr er fort, „ist Herrn Schmidt kein Unrecht geschehen.“ Zuvor hatte nach unwidersprochenen Zeitungsberichten der Herr Hofprediger Stöcker gesagt: „Sie wissen, was solche Buben von mir schreiben, ist nicht wahr, einfach, weil ich ein evangelischer Geistlicher, weil ich Hofprediger Sr. Majestät des Kaisers bin.“ So tritt zu Tage, welche Tragweite er der Verantwortlichkeit Anderer, hier der sittlichen Verantwortlichkeit eines politischen Gegners gab, welcher Fabrikbesitzer war und einigen Preßprodukten völlig fern stand. Mit welchem Maaße muß der Herr Hofprediger Stöcker bei solcher Erkenntniß und Sprache seine Verantwortlichkeit für die Artikel der neuen christlich-sozialen Zeitung „Das Volk“ bemessen sehen? Gerade in dem von ihm selbst gegen den Abgeordneten Schmidt geltend gemachten Sinne hätte Stöcker die gegen mich gerichteten Artikel sogar alle drucken „lassen“ und würde erst recht auch ihm, wenn ihm hierfür die moralische Verantwortlichkeit beigemessen würde, bei keinem derselben hiermit „ein Unrecht geschehen.“ Jedenfalls hat er einen Gegensatz gegen jene wider mich in der Streitsache Stöcker-Witte gerichteten Artikel weder nach Innen noch nach Außen mit irgend einer Wirkung markirt, oder es müßte schon damals und im engsten Kreise seiner literarischen Leibgarde sein Einfluß fast auf Null herabgesunken gewesen sein.

Hiernach treten die nachfolgenden Auszüge aus der Zeitung: „Das Volk“, was die Frage der moralischen Verantwortlichkeit des Hofpredigers Stöcker betrifft, erst in das rechte Licht.

Das Volk, Nr. 2, Berlin, Donnerstag 3. Januar 1889.

„Wenn Herr Cremer zu dem traurigen Mittel greift, mich durch einen Theil des Erkenntnisses in dem Prozeß Stöcker zu verdächtigen, so hat er damit so wenig Glück wie jeder andere, der diesen gewagten Weg beschreitet: Der Fall Witte,1) den er anführt, belastet mich

nicht. Zur Beweisführung in demselben diente dem Gerichtshof die Aussage eines Zeugen und ein Brief den ich geschrieben haben sollte. Da der Zeuge von dem Gerichtshof selber als ein „nicht klassischer" bezeichnet worden ist, so fällt sein Zeugniß weg. Der Brief aber existirt überhaupt nur in der Phantasie2) des Gerichtshofes,*) damit werden auch für jeden Einsichtigen die allerdings sehr unfreundlichen Schlußfolgerungen hinfällig, welche der Gerichtshof an die vermeintliche Thatsache3) geknüpft hat."

Adolf Stöcker,
Präsident der christlich-sozialen Partei,
Reichstags- und Landtagsabgeordneter.

Hiergegen ist Folgendes zu bemerken:

1) In dem obigen „Fall Witte", also in meiner eigenen Angelegenheit war ich selbst derjenige Zeuge gewesen, der dem Hofprediger Stöcker den Brief in die Hand gegeben, dem Gerichtshofe in Stöckers Gegenwart vorgezeigt und in Stöckers Gegenwart zum Theil verlesen hatte. In der Briefsache war ich thatsächlich der einzige Zeuge. Nun wurde zunächst ich weithin für den „nicht-klassischen Zeugen" gehalten.

2) Die gerichtliche Inhaltsangabe des Briefes war wesentlich richtig, nur nicht ganz erschöpfend; sie war mit einer für Stöcker nur „vortheilhaften" Milderung der Schroffheit eigener Stöcker'scher Ausdrücke verbunden.

Ein Gegenstück aus dem October 1889 nach der guten Seite hin, allgemein anerkannt, möge den Sachverhalt illustriren. Kaiser Alexander III. von Rußland bringt einen warmen Toast auf sein Alexander Garde-Grenadier-Regiment aus. Der Toast erscheint nach den Zeitungen in zwei Fassungen. Nun hat Angesichts der einen oder der anderen Fassung oder um der Verschiedenheit der Fassungen willen Niemand die Behauptung aufstellen mögen, der Toast des Kaisers „existire überhaupt nur in der Phantasie der Berliner". Niemand hat die Thatsache und den Charakter des Toastes geleugnet. Durch die Verschiedenheit der Zeitungstexte, weil sie ohne die Thatsache des Toastes

*) Der Gerichtshof bestand aus dem Landgerichtsdirektor Lüty als Vorsitzendem und den Landgerichtsräthen Markstein, Oppert, v. Makomaski und Graf Strachwitz. C. W.

selbst unmöglich gewesen wäre, wurde eben diese Thatsache selbst nur bestätigt. Mit Recht sagte daher noch nachträglich am 16. Oktober z. B. die Zeitung „Germania": „Wesentlich sind diese Aenderungen, wie man sieht, nicht; der warme Ton des Kaiserlichen Trinkspruchs wird durch dieselben um nichts herabgestimmt."

Wie die Thatsache des Toastes nicht geleugnet werden kann, so hier in vorliegendem Falle auch nicht die Thatsache des Briefes. So wenig wie es sich dort um einen Phantasie-Toast handelt, so wenig hier um einen Phantasie-Brief.

3) Die andere Thatsache, um welche es sich hier handelt, nämlich des Hofpredigers Stöcker Auftrag an Schneider Grüneberg, mich öffentlich mit einer Verleumdung anzugreifen, stand dem Gerichtshof auch ohne den Brief bereits fest. Aus dem Briefe ward nur obendrein das entnommen, daß Hofprediger Stöcker auch nach eigenem Geständniß sich zu einer derartigen öffentlichen Bekämpfung eines anderen Pastors sittlich fähig gezeigt habe.

Sogar wenn der Brief vom Gerichtshofe oder von mir erfunden, aus der Luft gegriffen oder erphantasirt wäre, würde die Thatsache des Stöcker'schen Auftrages nach wie vor eine bewiesene bleiben; der Gerichtshof würde eine nicht sowohl „sehr unfreundliche" als vielmehr eine für Stöcker sehr unrühmliche Schlußfolgerung auch dann auf Grund des ohnehin vorliegenden Materials gezogen haben. Einen phantasirenden Gerichtshof sich auch nur zu denken, ist aber etwas Unvollziehbares. Und ein Märtyrer des Gerichtshofes ist Hofprediger Stöcker nicht geworden, eher der Gerichtshof ein Märtyrer Stöcker's und seiner Erkenntlichkeit.

Das Volk, Nr. 12, Beilage vom 15. Januar:

„Herrn Hofprediger Stöckers Erklärung, welche wir hier unten mittheilen, scheint uns Herrn Pastor Witte die Pflicht1) aufzulegen, endlich doch einmal mit dem Briefe, mit dem er überall umherspukt, an's Tageslicht zu kommen.

Herr Hofprediger Stöcker veröffentlicht folgende Erklärung: „In einem Vorwort zur zweiten Auflage seiner Broschüre theilt Herr Cremer mit, daß der besprochene Brief, den ich dem Erkenntniß2) des Gerichtshofes gemäß an Herrn Pastor Witte geschrieben haben soll, aber nicht geschrieben habe, in den Händen des Letzteren sich befinde. Ich erkläre von Neuem, daß Herr Cremer damit eine Unwahrheit

behauptet; der im Erkenntniß angeführte Brief existirt nicht; wenn Herr Cremer anders berichtet ist, so hat man ihn zum Besten gehabt, was mir bei dem Ernst der Sache leid thut."

Hierzu bemerke ich:

1) Man bedenke, wie ich hier im Blatte eines Stöckerschen Vertrauten zur Veröffentlichung des Briefes gedrängt und gereizt werde, während schon fünf Tage zuvor Hofprediger Stöcker vor jeder von mir bewirkten Veröffentlichung, in Intimität mit Herrn von Hammerstein, dem ich vergeblich meine Gegenerklärung gegeben hatte, sich über mich beim Königlichen Konsistorium beschwert*) hatte und sich vermöge dessen schon der Hoffnung hatte hingeben können, ich müsse öffentlich schweigen, dürfe und könne z. B. keine Briefe veröffentlichen! Auf der einen Seite zu Thaten gereizt und auf der anderen möglichst gehindert zu sein, war meine Lage, und in den Schein des Ungehorsams gegen die Behörde versetzt zu werden, gleichzeitig meine sichere Aussicht.

2) Früher hieß es „der im Prozeß eine Rolle spielende Brief," sodann: „der dem Gerichtshof zur Beweisführung dienende Brief", jetzt: der „dem Erkenntniß des Gerichts gemäß geschriebene" oder: der „im Erkenntniß angeführte, noch später: „der im Erkenntniß datirte Brief". Ein fast unmerkliches, jedoch nicht gleichgültiges Wechseln der Ausdrücke. Es liegt in dieser oscillirenden Sprache des Hofpredigers Stöcker ein Rückzug und Vorstoß zugleich, zumal der Gerichtshof in Wirklichkeit den Brief nicht einmal datirt hat!!

Sollte die Beschuldigung dahin gehen, daß ein „Phantasie-Brief" an den Gerichtshof herangebracht oder von ihm hervorgebracht sei, wie ja allerdings auch von einem „Phantasie-Produkt des Gerichtshofes" später im „Volk" gesprochen worden ist? Oder sollen beide Beschuldigungen einander ergänzen? Im „Erkenntniß" ist natürlich von keinem andern die Rede als dem, von welchem im „Prozeß" überhaupt geredet ist, und im Prozeß von keinem anderen Briefe als von dem, aus welchem ich als Zeuge eine Stelle vorgelesen habe. Diese Briefstelle mit ihrem buchstäblichen Wortlaut belastet aber den Hofprediger Stöcker noch mehr als der Wortlaut in der Inhaltsangabe des Gerichts-

*) Darum gilt er seinem „Volk" doch als „der Held mit dem Löwenmuth" und dem „Rückgrat von Eisen," wie er sich selbst seines „Rückhalts" bewußt ist. C. W.

hofes. Die Behauptung des Hofpredigers Stöcker, daß der „Fall Witte" ihn nicht belaste, ist daher mindestens oder milde gesagt eine durchaus unbegründete. Mehr, als geschehen ist, konnte Stöcker auch vom Gerichtshof nicht geschützt werden. Sich für seine haltlosen Behauptungen unter Verunglimpfung Anderer noch auf den „Ernst der Sache" zu berufen, das erschwert allerdings die Verantwortlichkeit des Herrn Hofpredigers Stöcker noch mehr. Uebrigens finden sich fast alle obigen Wendungen und Windungen aus dem „Volk" dem Sinne nach gleichzeitig auch in der Kreuzzeitung sowie im Reichsboten, dazu zum Theil mit Stöcker'scher Unterschrift. Gleichzeitig schreibt Stöcker in der Kreuzzeitung denn auch ausdrücklich, daß ich das Publikum in die Irre geführt habe, und wagt die Behauptung, daß von dem Briefe, aus welchem ich **vor** Gericht eine Stelle verlesen, **vom** Gericht in seinem Erkenntniß nicht geredet werde, sondern von einem anderen!

Das Volk, Nr. 13 vom Mittwoch, 16. Januar.

„Herr Pastor Witte veröffentlichte eine Erklärung, in welcher er noch immer das Vorhandensein seines Briefes behauptet, von dem Herr Hofprediger Stöcker in unserer Zeitung gesagt: er existire nur in der Phantasie des Gerichtshofes. Herr Pastor Witte ist klug genug, zwei verschiedene Dinge zu unterscheiden; es ist deshalb klar, daß er, nachdem es ihm gelungen ist, Herrn Cremer 1) und die Nordd. Allg. Ztg. zum Besten zu haben, nun das gesammte Publikum zum Besten 2) haben möchte. ... (Daß das Deutsche Tageblatt die Witte'sche Erklärung aus der Nordd. Allg. abgedruckt, ohne sie zu lesen, übersteigt alles Dagewesene. Das Deutsche Tageblatt erklärt nämlich, unser Wunsch, Herr Pastor Witte möge doch mit seinem Briefe an die Oeffentlichkeit kommen, sei nun erfüllt. Zum Beweise druckte es die Witte'sche Erklärung ab, in welcher dieser Herr den Brief nicht veröffentlicht).

Das Verfahren des Herrn Pastor Witte ist übrigens dem Konsistorium 3) zur Beurtheilung unterbreitet."

Hierzu bemerke ich:

1) Mit Herrn Cremer habe ich keine Beziehungen, was ich mir weder als Vorwurf noch als Lob anzurechnen bitte. Derselbe hat auch seinerseits jede Anknüpfung von solchen vermieden. In seiner ..schüre stand eine für mich verfängliche und verdrießliche, bona ..us der Cremer'schen Broschüre auch vom „Berliner Tageblatt"

aufgenommene Stelle. Dort sprach er von einer „wahren Thatsache“; er war dazu verleitet. Ich wollte sowohl gegen ihn wie gegen die Zeitung in einer öffentlichen Erklärung mich wenigstens verwahren, widerstand aber dem starken Impulse um des Friedens willen und aus Rücksicht auf Hofprediger Stöcker. Da kam die Stöcker'sche Erklärung vom 3. Januar. Das war denn der letzte Tropfen. Und hier im „Volk“ vom 16. Januar wird denn gesagt, der „Phantasie-Brief“ sei mein Brief. Der angebliche „Phantasiebrief des Gerichtshofes“ wird somit mir in die Schuhe geschoben.

2) Angesichts solcher Beschuldigung, welche mit Stöcker'scher Namensunterschrift ihre parallele Ergänzung in der v. Hammerstein'schen Kreuzzeitung fand, war ich so zu einer Gegenerklärung herausgefordert, daß sogar für eine zu meinem Schutze gleichzeitig etwa selbst geneigte Behörde es zur Unmöglichkeit wurde, mir das Recht einer öffentlichen Erklärung zu versagen — es sei denn, daß ihr diese frivolen Verdächtigungen gegen einen ihrer Aufsicht und ihrem Schutz befohlenen Pfarrer unbekannt geblieben waren. Der Gesichtspunkt der Sanftmuth kann hier ja durchaus nicht der einzige sein. Das bedarf nicht erst der Erörterung. Es ist ein grobes Aergerniß, wenn ohne alle Ursache ein Hofprediger Stöcker einen anderen Pastor beschuldigt, in hochwichtiger Sache Menschen zum Besten gehabt zu haben und haben zu wollen. Vom Pastor Witte und „seinem Briefe“ zu sprechen, ist raffinirt genug, um die Köpfe zu verwirren. Ich werde beschuldigt, nicht „meinen“, sondern einen anderen Brief veröffentlicht zu haben, als hätte ich die Pflicht gehabt, einen von Hofprediger Stöcker ersonnenen und redigirten „Phantasiebrief“ zu veröffentlichen und zuvor diesen Phantasiebrief Stöcker'scher Kunst und Herkunft als den „meinen“ erst noch zu adoptiren oder zu legitimiren.

3) Solch ein Antrag auf Disziplinar-Untersuchung besagt und bezweckt sehr viel. Daß eine Disziplinar-Untersuchung wider einen Geistlichen diesem unter Umständen eine größere Ehre sein kann als jede sonst anerkannte Auszeichnung, welche Menschenkinder zu vergeben haben, kommt hier zunächst garnicht in Betracht und entzieht sich dem allgemeinen Verständniß. Eine Disziplinar-Untersuchung ist eine schwere, scharfe Waffe wider den Betroffenen. Während der Dauer derselben ist er, selbst weiteren Angriffen und Schmähungen nach wie vor ausgesetzt, thatsächlich fast mundtodt gemacht, erscheint dann um so eher

diskreditirt, und es kann solche Sache recht lange dauern. Wohl dem Manne, dem dann Alles außer der Gerechtigkeit der Sache nur Beiwerk ist. „Nubes est, transibit.“ Es ist übrigens für viele deutsche Kreise noch nicht zum Bewußtsein gekommen, welche Privilegien bei uns ein Hofprediger gegenüber einem anderen Geistlichen hat. Jetzt kann ein Hofprediger Stöcker einen anderen Pastor dergestalt amtsbrüderlich oder im Geleise seines „brüderlichen Mitleides“ verklagen und in's „Reich der Gnade“ versetzen, so seine „Kirche“ im Unterschied vom „Staate“ benennend, daß er, der Ankläger selbst, der Kompetenz des Konsistoriums entrückt und außer Schußweite bleibt. Bei einiger Feinhörigkeit für die Vorgänge kann er mit den Vorzügen des Denuncirenden und des „Helden mit dem Löwen-Muth“ noch andere verbinden. Kaum ist das der Generalsynode so zum Bewußtsein gelangt, als sie § 18 der Disziplinar-Ordnung zu berathen hatte. Im Sinne einer Aufhebung der zur Zeit bestehenden Rechtsungleichheit sind ja rechtzeitig die geeigneten Anträge zu stellen, damit es nicht auch Anderen gehe wie mir.

Die erste Beschwerde reichte der Hofprediger Stöcker gegen mich ein, bevor meinerseits etwas veröffentlicht war, während vom Hofprediger Stöcker bereits mehrere Erklärungen veröffentlicht waren. Jede Gegenwehr meinerseits sollte eben im Keime erstickt werden. Im gegebenen Falle wäre „wehrlos“ gleichbedeutend mit „ehrlos“ geworden.

Das Volk, Nr. 15. Freitag, 18. Januar 1889.

> „Nachdem Herr Hofprediger Stöcker den oft angezogenen Brief an Pastor Witte in der Kreuzzeitung veröffentlicht hat, sieht sich nunmehr endlich auch Herr Witte veranlaßt, mit seinen bisher geheimnißvoll zurückgehaltenen Briefen in der Norddeutschen Allg. Zeitung an das Tageslicht zu kommen. Da wir der Entscheidung des Königlichen Konsistoriums nicht vorgreifen wollen, so behalten wir uns, bis die Behörde gesprochen hat, eine genauere und zusammenhängendere Darstellung der Vorkommnisse Witte gegen Stöcker vor.“

Hier tritt das Geständniß uns entgegen, daß der von Hofprediger Stöcker veröffentlichte Brief vom 22. April 1885 der „oft angezogene Brief“ dennoch ist. Auch das Geständniß, daß ich endlich und nur nachträglich mit meinen Veröffentlichungen

hervorgetreten bin. Aus „seinem“ Briefe, nämlich dem „des Pastor Witte,“ sind in Zeile 4 vorstehender „Volk“-Auslassung „seine“ geworden. Es wird verschwiegen, daß auch ich als ersten der veröffentlichten Briefe eben keinen anderen als den Brief vom 22. April 1885, das heißt den „oft angezogenen“ veröffentlicht habe und zwar in voller Integrität, und außerdem noch drei Briefe. Es wird verschwiegen, daß 2 Briefe von Stöcker und 2 an Stöcker gerichtet und diese alle meinerseits veröffentlicht sind. Ueberhaupt bleiben diese 4 eng zusammengehörigen Briefe den Lesern des „Volk“ vorenthalten, und es wird, wie es die „christliche Weltanschauung“ dieser Leute nicht verhindert, den Lesern zugemuthet, sich daraufhin ihr Urtheil gegen einen allerdings dem Hofprediger Stöcker gegenüberstehenden Pfarrgeistlichen zu bilden. Dabei behaupten sie, zur Christianisirung der Welt beitragen zu wollen.

Freilich behält sich das „Volk“ etwas vor; vorenthalten bleiben aber den Lesern die meinerseits veröffentlichten vier Briefe gänzlich. Anstatt der den „Volk“-Lesern verheißenen „Darstellung“ ist's beim „Vorbehalt“ geblieben.

Es war im Januar 1889, als die mancherlei Erklärungen des Hofpredigers Stöcker die Welt erfüllten, da sagte mir ein Freund: Hierbei komme ihm folgende Geschichte in's Gedächtniß: Es war einmal ein Mann; der entlieh von seinem Nachbarn eine neue Kaffeekanne. Nach einiger Zeit brachte er die Kanne zerbrochen zurück. Der Nachbar machte ihm deswegen wohlbegründete Vorwürfe. Der unverfrorene Mann jedoch erwiderte:

Erstens habe ich die Kaffeekanne unversehrt zurückgegeben;
Zweitens war sie schon zerbrochen, als ich sie empfing;
Drittens habe ich sie überhaupt gar nicht gehabt.

Mir war die Geschichte allerdings noch neu, aber etwas Typisches mag sie schon haben und daraufhin freilich geprüft werden.

Das Volk, Nr. 21, Beilage. 25. Januar 1889.

„Aus der Berliner Bewegung.“

„Wie aus guter Quelle mitgetheilt wird, hat Herr P. Witte am Tage zuvor, ehe er seine großen „Enthüllungen“ in der Nordd. Allg. Ztg.“ der staunenden Welt preisgab, den Besuch des Herrn Dr. Blasius empfangen. Dem Eingeweihten wird der Zweck dieses Besuchs ohne weiteres klar sein. Angeblich ist bei dieser

Gelegenheit „Stöckers Sturz", von dem Herr P. Witte schon manchmal in Freundeskreisen geschwärmt haben soll, beschlossen worden. Man dachte in den Enthüllungen*) die Waffe gefunden zu haben, Stöcker abzuschlachten. O heilige Einfalt!"

Der Besuch des Herrn Dr. Blasius war ein durchaus unerwarteter, und glaube ich mir denselben noch heute zur Ehre schätzen zu können. Meine Erklärung an die „Norddeutsche Allg. Ztg." war jedoch vom 12. Januar, jener Besuch war vom 13. Januar Nachmittags. Ich habe den genannten Herrn damals zum ersten und letzten Male gesehen. — Daß ich übrigens von Spionen und Agenten umgeben war, sollte mir immerhin noch deutlicher werden.

Nr. 27, Beilage. Freitag, 1. Februar 1889.

„Witte gegen Stöcker. Ein äußerst zuverlässiger Gewährsmann theilt uns mit, daß Herr Witte nun auch bereits zwei Mal den Besuch des bekannten Herrn Grüneberg, der s. Z. der christlichsozialen Partei gegenüber so eine Art Verräther spielte, dann aber später um Wiederaufnahme bat, empfangen hat. Es muß wackelig stehen, wenn man schon die Hülfe so tadelloser Zeugen, wie Herr Grüneberg einer ist, braucht."

Einen zweiten Besuch des Herrn Grüneberg empfing ich meiner Erinnerung nach erst in der zweiten Hälfte des März. Bis zum 1. Februar lag nur ein Besuch des Herrn Grüneberg vor. Meine Unterredung mit ihm dauerte wenige Minuten. Es folgte meinerseits auch eine Anzeige hierüber an den Ev. O.-K.-Rath und von Seiten des Herrn Grüneberg gegen mich eine Beschwerde. Ich habe nie seines Zeugnisses „bedurft", habe ihn als Zeugen aber in Folge der Stöcker'schen Beschwerden wider mich sowie mit Bezug auf die am 9. Mai wirklich gegen mich beschlossene Disziplinar-Untersuchung allerdings vorschlagen müssen. Herr Grüneberg hat, wohl unter dem Eindruck, welchen die Herren Stöcker und v. Hammerstein auf sein Gemüthsleben erfolgreich mit „allem Geist und Gaben" ausgeübt, jede Ablegung eines Zeugnisses über die Existenz des auf Seite 11 meiner Broschüre mitgetheilten Auszuges

*) Anm. Man redet eben nur von „Enthüllungen", um ihren Inhalt zu verhüllen und mich vor einem in völliger Unkenntniß gelassenen Leserkreise noch dazu womöglich zu verhöhnen. So wünscht man meine Person zu treffen. C. W.

aus einem Briefe von Stöcker an Grüneberg verweigert. Nach Nachrichten, welche ich für wohlbezeugt halte, hat im Januar 1889 Frhr. v. Hammerstein den Herrn Grüneberg besucht, desgleichen denselben auch der Herr Hofprediger Stöcker etwa am 3. Februar, wenn auch zunächst ohne seine Absicht, ihn zu sprechen, zu erreichen. Ein Bittschreiben Grünebergs an mich, betreffend ein Darlehen an ihn, habe ich geglaubt, unbeantwortet lassen zu sollen. Wer sich um Grüneberg's Reden oder Schweigen Mühe gegeben hat, wird ja auch noch an den Tag kommen. Grüneberg hat inzwischen dem Konsistorium erklärt, er werde kein Zeugniß ablegen, selbst wenn er wegen dieser Verweigerung in's Gefängniß komme. Nahrungssorgen scheinen ihm zur Zeit nicht in Betracht zu kommen. Der auf Seite 11 der Broschüre im Briefauszuge erwähnte Küster*) war übrigens auch ein persönliches Organ von Stöcker und Redakteur des christlich-sozialen Arbeiter-Partei-Blattes: „Die Deutsche Volkswacht".

Das Volk, Nr. 37. Mittwoch, 13. Februar 1889.

„Aus der Berliner Bewegung."

„Witte gegen Stöcker. Die Norddeutsche „Allg. Ztg., die sich des Herrn Pastors Witte mit be„sonderer Liebe und Sorgfalt annimmt, theilt mit, daß „seitens des Königl. Konsistoriums der Antrag Stöckers „auf eine gegen Herrn Witte zu verhängende Disciplinar„untersuchung abgewiesen sei. Damit, meint das ge„nannte Blatt, sei die Richtigkeit der Handlungen des „Herrn Witte festgestellt. Es erübrige noch, daß nun

*) Der angebliche Auszug aus einem Briefe d. d. 1878 von Stöcker an Grüneberg, abgedruckt auf Seite 11 meiner Broschüre, lautet: „Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche Sie daher, bei der nächsten öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu Titeln gelangen."

Zwar habe nun ich den Herrn Grüneberg Ende Januar 1889 keineswegs schroff angelassen, ihm jedoch gesagt, ich könne nicht wissen, ob er als Spion zu mir komme, darauf erwiderte er, er komme, um sich vor mir zu rechtfertigen und nicht als Lügner vor mir dazustehen. Als ich ihm sagte, ich würde ihn nie zu meinem Generalstabschef gemacht haben, stimmte er dem als richtig zu. Hofprediger Stöcker, der später sogenannte „König" der Berliner Bewegung, hatte es eben seinerzeit anders gehalten.

C. W.

„auch Hofprediger Stöcker's Verhalten seitens der für „ihn zuständigen Behörde, d. i. des Evangelischen „Oberkirchenraths, einer Prüfung und Billigung oder „Mißbilligung unterzogen werde. Wir fügen hinzu, „daß es uns sehr fraglich dünkt, ob die oberste „Kirchenbehörde sich dieser Sache annehmen wird. „So weit wir unterrichtet sind, könnte es freilich „niemandem erwünschter sein, als Hofprediger „Stöcker. Allein der Oberkirchenrath wird wohl „wichtigere Dinge zu thun haben als sich mit solchen „Kleinigkeiten, die nur in gewissen Köpfen als „weltbewegende Ereignisse spuken, des Näheren zu „befassen. Hält dagegen die „N. A. Ztg." und ihr „Schützling eine Anklage gegen Stöcker für erforderlich, „so bitten wir beide von Herzen, ihren Gefühlen keinen „Zwang anzuthun. Je klarer die „Richtigkeit der Hand„lungen" der beiden Herren Stöcker und Witte festgestellt „wird, desto lieber kann es uns sein."

Man darf sich über die intime Sprache keineswegs verwundern, sie ist nur der Ausdruck der intimen Beziehungen. Das „Volk" weiß, was dem Hofprediger Stöcker wirklich oder angeblich erwünscht ist, und das „Volk" weiß vielleicht noch mehr. Das „Volk" hat nicht unterlassen, den angeblichen „Kleinigkeiten" einen großen Theil seiner Kräfte zu widmen und daran mit einer gewissen Liebhaberei für das Wörtlein „spuken" sich noch weiter zu reiben, wie zunächst aus nachfolgender Nr. 39 hervorgeht.

Das Volk, Nr. 39, vom 15. Februar 1889.

„Zur Witte'schen Haupt- und Staatsaktion."

„Die Sache „Witte-Stöcker" ist bekanntlich vor dem „Konsistorium abgeschlossen und dem Evang. Ober-Kirchen„rath zur Kenntniß1) mitgetheilt. Dabei sollten sich „nun zunächst die Menschen beruhigen und abwarten, „was kommt. Anstatt dessen wird, offenbar von einer „bestimmten Stelle aus, diese widerliche Angelegenheit „in der schlechten Presse ausgebeutet und mit frechen „Drohungen gegen Hofprediger Stöcker begleitet, die „geradezu an Wahnwitz streifen.

„Da die „Nordd. Allg." den P. Witte unter ihre „schwarzen Fittiche genommen hat, und auch die „Kartellbrüder2) in der Sache drinstecken, wollen wir „wenigstens ein Wort zur Ernüchterung der be„rauschten Feinde sagen. — Uns ist es völlig

„unbegreiflich, wie sie glauben können, mit der Witte'schen „Klatscherei3) Geschäfte zu machen.

„Daß die Behauptung, P. Witte besitze den im Erkenntniß datirten Brief,4) eine grobe Täuschung „ist, kann von keinem klardenkenden Kopf bestritten „werden. Und daß die Verdächtigung, Hofprediger Stöcker „habe in der Zeugnißaussage irgend etwas Unrechtes „beabsichtigt, eine Verläumdung ist, geht aus einem „dritten und letzten5) Brief Stöcker's hervor, den P. Witte „zu veröffentlichen nicht für gut befunden hat,6) weil „dadurch das ganze beabsichtigte Spiel von vornherein „in nichts zerfallen wäre. Der Brief ist vom 28. April „1885 datirt und lautet:

„Lieber Herr Bruder!

„Es ist selbstverständlich daß ich nicht weiter versuchen werde, Ihre wenig freundliche Stellung in der „bewußten Angelegenheit zu ändern. Nur um vor „Mißdeutungen, die mir erst7) aus Ihrem Briefe von „gestern entgegentreten, geschützt zu sein, schreibe ich Ihnen „noch einige Worte. Es ist mir natürlich nicht in „den Sinn gekommen, Ihre Aussagen zu beeinflussen, „oder die meinigen durch Ihre Mittheilungen beeinflussen „zu lassen8). Unter anständigen Leuten — ich sage „nicht einmal: christlichen — versteht es sich ganz von „selbst, daß sie nicht daran denken. — Ein Oberstaatsanwalt, den ich in dieser Sache um Rath fragte, fand „es übrigens ganz unbedenklich, daß ich mich über „die Sache mit Ihnen in Verbindung setzte. Nun gut, „es wird auch so gehen.

„Brüderlich grüßend
„Ihr Stöcker."

„Demnach kann kein Mensch mehr zweifeln, auf „welcher Seite in diesem Handel die Ehrlichkeit steht. „Wir wollen nur noch hinzufügen, daß der ganze Briefwechsel zwischen Stöcker und Witte vorher stattgefunden „hat, ehe dieselben als Zeugen vorgeladen waren. Mit „dieser Feststellung wird wohl auch der letzte Schein von „ungesetzlicher oder unlauterer Handlungsweise verschwinden müssen. Die ganze Sache steht auf derselben sittlichen und juristischen Höhe, wie die schamlose Meineidskomödie im Prozeß Bäcker, sie wird ebenso „enden9)."

1) Hierzu bemerke ich Folgendes: Ich selbst habe erst mehrere Wochen später Kenntniß davon, daß der Ev. O.-K.-Rath damit sich beschäftige, erhalten und zwar gelegentlich der Vernehmung vor dem

Ev. O.-K.-R. und durch den am 26. März in meine Hände gelangten Verweis. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Redakteur des „Volk" noch nähere Beziehungen zu Consistorium und Oberkirchenrath haben sollte als Hofprediger Stöcker.

2) Die langwierige Kartellfehde hat mit der ganzen Sache nichts zu schaffen. Uebrigens wollen Leuß, v. Hammerstein und Stöcker sogar als die „gesundesten" Kartellvertreter gelten.

3) Es war meine erste Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erst erfolgt, nachdem Hofprediger Stöcker drei eigene Erklärungen gegen mich erlassen hatte, nachdem ich in seinem „Volk" verhöhnt, verdächtigt und herausgefordert war, nachdem Hofprediger Stöcker in einer Volksversammlung versteckt und um so wirksamer die Gemüther auf mich hingelenkt hatte und nachdem, wie dem Hofprediger Stöcker bewußt war, ernste Unterredungen und Korrespondenzen zwischen Herrn v. Hammerstein und mir vorangegangen waren. Endlich, nachdem er sich über mich beschwert hatte. Das alles also in meinem Stande der Nothwehr.

4) Der Brief ist im Erkenntniß thatsächlich überhaupt nicht „datirt" worden. Man operirt hier mit einer Fiction und sucht Weiteres darauf aufzubauen.

5) Die Redaktion des „Volk" war hier anscheinend unvollkommen informirt; ich nehme an, daß auch sie geglaubt hat, obiger Stöcker'scher Brief sei das „letzte" Wort in der Korrespondenz gewesen. Auch für manche Männer der Behörde, welche den persönlichen Gegensatz des Hofpredigers Stöcker gegen mich wahrnahmen, waren wichtige Vorgänge zwischen Stöcker und mir eben zu unbekannt geblieben.

6) Weil es nicht nöthig und nicht geboten war, so hatte ich nicht auch sofort den 5. Brief veröffentlicht. Wenn ich denselben veröffentlicht hätte und natürlich auch meine Antwort darauf, so hätte ich einen Vorwurf wenn nicht geradezu verdient, doch wahrscheinlich bekommen. Denn der Brief vom 28. April, welcher nur angeblich für Stöcker spricht, spricht in Wahrheit und erschwerend schon an sich gegen Stöcker. Ich hatte eben der Versuchung, diesen Brief alsbald und natürlich zugleich mit meiner Antwort*) zu

*) Meine Antwort lautete nämlich:

Berlin, 29. April 1889

„Hochwürdiger Herr Hofprediger.

„Ew. Hochwürden sage ich für Ihr letztes geehrtes Schreiben vom

veröffentlichen, widerstanden. Auch hier wird aber meine Schonung zum Ausgangspunkte einer neuen verleumderischen und entehrenden Verdächtigung gemacht.

7) Ich hatte in Wahrheit schon in meiner ersten, allerdings den Lesern des „Volk“ von der Redaktion vorenthaltenen Antwort vom 24. April 1885 auf die absolute Unstatthaftigkeit des Stöcker'schen Begehrens hingewiesen.

8) Dabei hatte Hofprediger Stöcker mir geschrieben, es sei von der höchsten Wichtigkeit, daß unsere Aussagen sich deckten, und er hat um deßwillen schriftlichen oder mündlichen Gedankenaustausch gewünscht. Auch davon bekommen die vernachlässigten Leser des „Volk“ keine Ahnung. Mir selbst aber war es wohl erlaubt gewesen, den Hofprediger Stöcker zu schonen, nicht aber war es mir erlaubt, wenn ich anders bei der Wahrheit bleiben

„28. April meinen verbindlichsten Dank; ich habe darin vollen Aufschluß „über Zweck und Bedeutung unserer Korrespondenz sowie die „Bestätigung gefunden, daß meine Haltung eine durchaus korrecte, „mit Anstand und Christenthum in vollem Einklang stehende „gewesen ist. — Nach den bestehenden Gesetzen ist es Jemandem, der „als Zeuge in Aussicht genommen ist, nicht gestattet, vorher privatim mit „einem der Betheiligten den Versuch einer Ausgleichung der beiderseitigen Auffassung zu machen, und ich finde in der Zurückweisung eines derartigen Verlangens keine Verletzung weder „des Anstandes noch der christlichen Gesinnung, sondern nur den „Ausdruck des Verlangens, das eigene Zeugniß nicht zu kompromittiren oder verdächtig zu machen. Jedenfalls befinde ich mich „gegenüber Ihrer herben Kritik nunmehr in der Zwangslage, für den „Fall, daß ich noch als Zeuge vorgeladen werden sollte, dem betreffenden „Gerichtshofe unsre Korrespondenz vorzulegen, und dessen Entscheidung „darüber zu extrahiren, ob ich anders handeln durfte, als ich gehandelt „habe. Es kann nur auf einem Mißverständniß beruhen, wenn sich „ein Oberstaatsanwalt so geäußert haben sollte, wie Sie mir mittheilen. Mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Hochwürden ganz ergebenster

C. Witte, Pfarrer.

Allerdings war ich während der Gerichtsverhandlungen in starker Besorgniß, in Folge näherer Befragungen die ganze Korrespondenz vorlegen zu müssen, war aber im Interesse meines bedrängten, sonst wohl auch drängenden Gegners Stöcker dann um so froher, als durch den Gerichtshof und die Vertheidiger mir dieser Zwang erspart blieb. C. W.

wollte, meine Aussagen so einzurichten, daß sie sich mit den seinigen deckten.

9) Wie hat denn die sogenannte „schamlose Meineidskomödie geendet?"

In der Ewald'schen Sache hat sich mit Bezug auf den Seitens des Hofpredigers Stöcker geleisteten Eid der Gerichtshof der Annahme einer Unvorsichtigkeit zugeneigt. Der Präsident des Gerichtshofs gab im Uebrigen nachstehende Erklärungen ab: „Ich „habe bereits bemerkt, daß wir für die Glaubwürdigkeit des Zeugen „Stöcker Nichts brauchen, als was wir haben. . ."

„An anderer Stelle heißt es: „Ungeachtet dieser Wider- „sprüche, welche entschieden vorliegen, kann der Gerichtshof . . . . „sich nicht zu der Annahme bequemen, daß der Zeuge Stöcker sich „nicht „im Irrthum" befunden, d. h. der Gerichtshof hält die Mög- „lichkeit eines Irrthums trotz aller dieser Vorfälle nicht für aus- „geschlossen. Auf der andern Seite ist aber der Gerichtshof nicht „in der Lage, dem Angeklagten (Bäcker, d. Vfr.) es zu verargen, „wenn er an der Hand dieser Behauptungen und Widersprüche „dieses Erklärens und Zurückgehens, dieses ganzen Hin und „Wider seinerseits zu der Auffassung und Annahme gelangte, „daß der Zeuge (Stöcker, d. Vfr.) **bewußt sich mit der „Wahrheit in Konflikt setzte.** Und insofern sind die vom „Gerichtshofe sorgfältig geprüften Vorgänge (nämlich die Bäcker'schen „Vorgänge, d. Vfr.) in einem milderen Lichte erschienen, milder sage „ich, wenn man das Verfahren des Angeklagten (Bäcker, d. Vfr.) „dem des Zeugen Stöcker gegenüberstellt."

An einer noch anderen Stelle heißt es: „Ich will am Ende „aller Enden nicht unberührt lassen, daß wenn der Gerichtshof den „Zeugen Stöcker auch nicht den bewußten Konflikt mit der Wahr- „heit unterschieben kann und will, doch das ganze Auftreten des „Zeugen Stöcker in Bezug auf seine Erklärungen, was er sagt und „verneint: ein unvorsichtiges, der Gerichtshof hat mich ausdrücklich „beauftragt, es zu sagen: **ein mindestens leichtfertiges gewesen ist,** „und der Gerichtshof müßte sich der Klarheit alles dessen, was hier „vor ihm erörtert ist und sich abgespielt hat, absolut verschließen, „wenn er nach sorgfältiger Prüfung zu der von mir Namens des „Gerichtshofes verkündeten Erwägung und Feststellung nicht hätte „gelangen sollen."

So hat's „geendet."

Vorstehende Nummer 39*) lernte ich leider erst am 27. April kennen, anderenfalls hätte ich dieselbe gleichfalls wie Nr. 41 dem Evangelischen Oberkirchenrath zur Verfügung unterbreitet und zwar gleichzeitig am 25. Februar.

Das Volk, Nr. 41, 17. Februar 1889:

Zur Witte'schen Haupt- und Staatsaktion.

„Da es Hofprediger Stöcker, solange die Witte'sche „Sache schwebt, unmöglich ist, persönlich**) das Wort zu „nehmen, die Verdrehung der Thatsachen in dieser „Angelegenheit aber mit einer Planmäßigkeit, welche „Herrn Mackenzie Ehre machen würde, betrieben wird, „so erscheint es nöthig, die Nebel zu zerreißen. Freilich „ist es in unserer Zeit, die ernstere Arbeit fordert, doppelt „traurig, sich mit solchen Dingen befassen zu müssen. „Denn was ist das Ganze eigentlich? Nichts als eine „große Lächerlichkeit. Es handelt sich im letzten Grunde „doch nur um ein Privatgespräch, das vor elf Jahren „unter vier Augen geführt sein soll. „Die Berge kreisen „und ein lächerlich Mäuslein kommt zum Vorschein." „Deswegen dieser große Lärm, der den Tagesklatsch „beinahe der Welt bildet! Er fordert die Gegen„wehr nur heraus wegen der Niedertracht, die er „in kühnem Wurf um sich schlingt. Eben deswegen auch „sieht sich ein Beobachter, der die Dinge und die beiden „betheiligten Männer besser kennt, als die „Blätter, welche Stöcker verlästern und Witte erheben, „veranlaßt, dem Schwindel, den wieder einmal die „Bosheit mit der Dummheit treibt und dessen Un„verfrorenheit auch ehrliche Leute betrügt, entgegen„zutreten und auf Thatsachen aufmerksam zu machen, die „durch den bestellten Zeitungsdampf verdunkelt sind.

„1) Wenn das Betragen Witte's dem Konsistorium „zu einer Disziplinaruntersuchung nicht genügende Veran„lassung bot, so liegt darin noch keineswegs eingeschlossen, „daß P. Witte auch keinen Tadel erhalten hat. Dies muß „offenbar erst klargestellt werden, um das Verfahren „des Konsistoriums erschöpfend beurtheilen zu können.

„2) Unzweifelhaft besitzt P. Witte einen Brief, aber

---

*) Diese Nummer 39 ist ein eklatanter, keiner Abschwächung auch nur unter einem Scheine fähiger Beweis von der Influenz des Hofpredigers Stöcker auf dies sein Blatt „Volk".

**) Anm. Soll das nur heißen: „Mit Stöckers persönlicher Namensunterschrift? oder muß hier Herr Leuß oder ein Anderer als Hülfs-Löwe aus dem Privat-Löwen-Garten der christlich-sozialen Partei in die Lücke springen?

„einen ganz andern als den Phantasie-Brief des „damaligen Gerichtshofes, d. h. den im Erkenntniß des „Prozesses Bäcker angeführten. Die vielfach auftretende „Behauptung, daß dies derselbe Brief, nur anders „datirt, sei, muß als eine dreiste Unwahrheit bezeichnet werden, die mit dem vollen Bewußtsein „der Lüge von der verleumderischen Presse „weiterverbreitet wird, weil darin eine brauchbare „Handhabe zur Verleumdung liegt. Wir lassen zur „durchsichtigen Klarstellung die betr. Stellen beider „Briefe, des Phantasie-Briefes und des wirklichen, im „Besitz des P. Witte befindlichen Briefes nebeneinander „folgen. Vorher sei noch einmal ausdrücklich hervorgehoben, daß das Erkenntniß von einem vor den Reichstagswahlen 1878 geschriebenen Brief redet,*) während „der wirkliche Brief an Witte am 22. April **1885**, also „7 Jahre später geschrieben ist, ein Unterschied, der „nicht blos die Tragweite eines verwechselten Datums, „sondern einer völlig andern Beurtheilung der damals „vor Gericht behandelten Frage hat.

„Phantasiebrief.	**„Brief vom 22. April 1885.**
„Wortlaut des Erkenntnisses. „„Vorher" (nämlich vor „einer Wahlversammlung 1878) schrieb „Stöcker „an Witte einen Brief, in „dem er ihm mittheilte, daß „er ihn bekämpfen und „fallen lassen würde, wenn „er, Witte, bei der Aufstellung „des Hoppe verharre." Der „Gerichtshof fügt als Urtheil über diesen Brief,**) der	„„Dies" (nämlich, daß „Stoecker Auftrag gegeben „habe, die Wollheim'sche Angelegenheit zu Wittes Bekämpfung auszusprechen) ist „natürlich unwahr. Aber „wohl ist es **möglich,** daß „ich gesagt habe, wenn Sie „die Kandidatur Hoppe gegen „mich ausspielten, sei ich in „der Lage, Sie mit der „Veröffentlichung der obigen „Geschichte zu bekämpfen."

*) Anm. Das Erkenntniß „redet" eben nicht „von einem vor den Reichstagswahlen 1878 geschriebenen Briefe." Die Worte „nämlich vor einer Wahlversammlung 1878" sind eine Zuthat zu den Worten des Erkenntnisses und sind ursprünglich eigene Erfindung oder Phantasie des Herrn Hofpredigers Stöcker.

**) Das hier erwähnte Urtheil des Gerichtshofes gründet sich in Wirklichkeit keineswegs auf einen thatsächlich nie geschriebenen Phantasiebrief, sondern wesentlich auf die zeugeneidlich nachgewiesene Thatsache, daß Grüneberg von Stöcker beauftragt war, mich in einer Wahlversammlung durch die Behauptung anzugreifen, ich pflege für Geschenke Juden Titel [illegible]fen.

C. W.

„also thatsächlich nie ge„schrieben ist, was Stöcker „eben behauptet, hinzu: „Nach „Lage vorstehender That„sachen hat Stöcker einen „geistlichen Amtsbruder an„zugreifen und in der öffent„lichen Meinung herabzu„setzen versucht" u. s. w.

„Jeder sachlich Urtheilende wird daraus erkennen, daß „Hofprediger Stöcker mit seiner Behauptung: einen Brief, „wie er nach Form und Inhalt vom Gerichtshof „zur Unterlage seiner Beurtheilung der Stöcker„schen Handlungen gemacht wurde, nie geschrieben „zu haben, die lauteste Wahrheit ausspricht.

„3) Die Veröffentlichung von privaten Briefen aus „Feindschaft, ohne daß der Empfänger dazu veranlaßt „war, hat noch nie als eine Thätigkeit edler Menschen ge„golten. Daß aber P. Witte den dritten Brief dem „Publikum vorenthielt, beweist, daß es ihm nicht „auf die volle Wahrheit ankam. Und gerade dieser „dritte Brief löst jenen von der Judenpresse geschleuderten „Verdacht, als habe Stöcker die Witte'sche Zeugenaussage „vorher zu seinen Gunsten beeinflussen wollen, in ein „Nichts auf. Denn es kann doch Stöcker kaum als „Fehler angerechnet werden, daß er einen Amtsbruder „für einen anständigen Menschen hielt. Freilich, „wer geneigt ist, selber falsches Zeugniß abzu„legen, kann es auch fertig bringen, in Stöckers Briefen „einen ähnlichen trüben Hintergrund zu wittern. Wer „dagegen selber ehrlich ist, wird Verdächtigungen, „wie sie jetzt ausgesprochen werden, für bloße Niedertracht „halten.

„4) Die Behandlung der Sache in der gesammten, „nicht konservativen Presse beweist einen schlau an„gelegten Plan, der die Angelegenheit, deren eigent„liche und ursprüngliche Bedeutung wir in unseren ein„leitenden Worten abgeschätzt haben, aus dem Kreise per„sönlicher Angriffe weit hinaushebt. Seit einem Jahre „blüht bei uns die Beschimpfung der sogenannten „Extremen „oder Hochkirchlichen" als ein politischer Geschäftszweig. „Wer daran hilft, ist der Anerkennung gewisser „Kreise gewiß. Wie jedoch ein im Grunde auf den kirch„lichen Rechten stehender Mann sich zum Werkzeug „solcher Bestrebungen mißbrauchen lassen kann, ist „uns unbegreiflich. Freilich ob die Ehrlichkeit bei all' „derartigen Unternehmungen leidet, kömmt in einer

„opportunistischen Zeit nicht in Betracht. Auch in den „Werkzeugen ist man nicht wählerisch.

„Für heute damit genug! Eins sei nur noch her„vorgehoben. Bezeichnend bleibt, daß kein anderer im „weiten deutschen Vaterland soviel Feuerproben zu be„stehen hat, wie der eine Stöcker. Mit einem werthlosen „Metall würde man sich garnicht soviel Mühe geben. „Nur das edle Gold sucht man immer reiner zu läutern. „Und je kräftiger man das Eisen unter den Hammer „nimmt, desto schneidiger und schärfer wird die Klinge. „Darum können auch Stöckers Freunde, durch deren Reihen „in diesen Tagen manchmal ein gerechter Groll gegangen „sein mag, getrost sein."

So weit das **„Volk"**. — Zu bemerken ist:

Amtlich war vom Königlichen Konsistorium zwar mir mitgetheilt, was an Hofprediger Stöcker verfügt war, nicht aber dem Hofprediger Stöcker das, was an mich verfügt war. Um so befremdlicher war es, daß darüber in die stöckerfreundliche Presse dennoch eine Kunde gelangte, aber minder befremdlich, daß die gegen mich auszubeutende Kunde entstellt wurde. Die Verfügung des Königlichen Konsistoriums lautet also:

„Königliches Konsistorium Berlin, 31. Januar 1889.
„der Provinz Brandenburg.

„Ew. Hochwürden erwidern wir ergebenst auf Ihre Anträge „vom 10. und 16. d. Mts., betreffend den Pfarrer Witte an der „hiesigen St. Golgatha-Kirche, daß wir nach Anhörung des eben„genannten und Prüfung der Sache zu einem disziplinarischen Ein„schreiten gegen den Pfarrer Witte keine genügende Veranlassung „gefunden haben.

An
„den Herrn Hof- und Domprediger Stöcker
Hochwürden
hier.

„Die eingereichten Schriftstücke erfolgen anliegend zurück."

„Obige Abschrift erhalten Ew. Hochehrwürden auf Ihre Berichte vom 22. und 25. d. Mts. zur Kenntnißnahme mit dem Bemerken, daß wir es loyaler gefunden haben würden, wenn Sie mit der Correspondenz aus dem Jahre 1885 auch zugleich den uns in Abschrift vorgelegten Brief des Hof- und Dompredigers Stöcker vom

28. April 1885 in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht hätten."

Königliches Konsistorium.
Hegel.

An
den Herrn Pfarrer Witte
Hochehrwürden
hier.

Somit ergiebt der Wortlaut, daß das unter irriger Voraussetzung mir indirekt ertheilte Monitum*) mit der Wahrheit, wie sie sich zwischen dem Hofprediger Stöcker und mir vertheilt, nichts zu thun hatte. Man fragt sich aber, woher, da nicht einmal Stöcker die

*) Anm. Das seitens des Königlichen Konsistoriums mir ertheilte Monitum ist allerdings für mich thatsächlich ein Quell großer Unannehmlichkeiten geworden. Ich kritisire hier nicht, ich bezeuge ohne unehrerbietigen Vorwurf hier nur Thatsachen. Selbstverständlich benutzte man es auch, um von der ursprünglichen Hauptfrage wo möglich abzulenken.

Meine jenem Monitum gewidmete Antwort hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, 10. Februar 1889.

„Hochwürdigem Königlichen Konsistorium

„verfehle ich nicht, ganz gehorsamst zu melden, daß ich hochverehrliche Ver- „fügung vom 31. Januar 1889, C. Nr. 2393, durch welche der Hof- und „Domprediger Stöcker mit seiner Beschwerde zurückgewiesen ist, am gestrigen „Tage empfangen habe.

„Wenn in dieser Verfügung mit Rücksicht auf die Ressort- und Competenz- „Verhältnisse ein Urtheil über das Auftreten des Herrn Stöcker nicht aus- „gesprochen ist, so muß ich es nunmehr als meine nächste Aufgabe betrachten, „mit meiner Beschwerde und meinen bereits näher formulirten Anträgen „an den hochw. Evangelischen Oberkirchenrath als an die Disziplinarbehörde „des Herrn Stöcker heranzutreten.

„Den mir gemachten Vorwurf eines Mangels an Loyalität muß ich „allerdings schweigend entgegennehmen, doch habe ich mir bis dahin vielmehr „den Vorwurf gemacht, in meinem Vertrauen und in meiner Rücksichtnahme „auf den Herrn Stöcker zu weit gegangen zu sein.

„In dem Briefe vom 28. April 1885 habe ich kein Entlastungsmoment „für diesen zu finden vermocht.

„Mit vorzüglicher Ehrerbietung verharrend Hochwürdigen Königlichen „Konsistoriums ganz gehorsamster

C. Witte, Pfarrer.

Kunde von diesem Monitum amtlich bekommen hat, das „Volk“ sie bekommen habe. Amtlich gleichfalls nicht. Inhaltlich habe ich nun zwar einen indirekten Vorwurf erhalten, jedoch ausschließlich weil ich nicht auch noch einen Brief vom 28. April 1885 veröffentlicht hätte. Daß ich eher ein Lob wegen der Nichtveröffentlichung verdient hätte, stellte sich erst später in Folge meiner Veröffentlichung der dem Hofprediger Stöcker meinerseits gegebenen und von ihm verschwiegenen Antwort heraus. Stöcker hatte mich in Verdacht gebracht, etwas tendenziös verschwiegen zu haben, und, was er mir mit Unrecht vorwerfen „läßt“, thut er selbst mit vollem Bewußtsein. Das ist aber sehr gravirend, um so mehr, da er durch das „Volk“ überhaupt nur einen Brief von sechs Briefen zur Mittheilung bringen „ließ“. Lehrreich ist und vor falschen Schätzungen bewahrend, daß ich der einen Behörde zu wenig und der anderen zu viel in der Veröffentlichung gethan hatte. Der Dissensus der Behörden hilft schützen vor Aberglauben.

Der Gerichtshof hatte die Inhaltsangabe der von mir verlesenen Briefstelle in zwei verschiedenen, dem Sinne nach beide Male wesentlich richtigen Fassungen gegeben. Nun hat Hofprediger Stöcker jede der beiden Fassungen als „Phantasiebrief“ bezeichnet, so daß eigentlich der Gerichtshof hiernach vermöge seiner Phantasie zwei „Phantasiebriefe“ geschaffen hätte. Es bedarf nun freilich nicht erst eines anscheinend ernsthaften Beweises, daß „Phantasiebriefe“ nicht existiren; nicht zwei, nicht tausend existiren; selbst wenn man einen ganzen Eisenbahnzug in Gedanken mit „Phantasiebriefen“ füllen wollte, existiren würde dennoch nicht einer, denn ein „Phantasiebrief“ — ist eben ein Phantasiebrief. Ein „Phantasiebrief“ ist ein Nichts, fast weniger als Nichts, nur daß er moralisch schlimmer als Nichts, nämlich eine Schuld und ein Zeichen sittlichen Defekts sein kann. Es muß dann der ermittelt und festgestellt werden, der für das wirkliche oder angebliche „Phantasie-Produkt“ verantwortlich sein würde, wenn überhaupt Ausdrücke wie „Phantasie-Brief“ und „Phantasie-Produkt“ hier nur angebracht wären.

Aber der Werth auch des Verfahrens muß festgestellt bleiben, nach welchem die wesentlich richtige Inhaltsangabe einer Briefstelle souverain als „Phantasiebrief“ verdächtigt wird.

Den Brief, welcher ihrem Erkenntniß zu Grunde gelegen, sollen nun die fünf mehr oder minder angeblich phantasirenden Herren des

Gerichtshofes einstimmig oder auch nur in der Mehrzahl fingirt haben. Dieser Brief wird aber an anderer Stelle auch „mein Brief" mit einem gewissen Spott genannt. Die Phantasie soll Schuld daran getragen haben, daß der Gerichtshof geurtheilt habe, Hofprediger Stöcker habe Grüneberg beauftragt, mich verleumderisch anzugreifen, und nur hierdurch sei unschuldiger Weise Hofprediger Stöcker durch meine Schuld in ein schlechtes Licht gesetzt. Es ist dies nichts als eine bodenlose Unterstellung, wie sich aus nachstehender treuer Nebeneinanderstellung ergiebt:

Gerichtliche Inhaltsangabe der verlesenen Briefstelle:	Der buchstäbliche und vor Gericht vorgelesene Wortlaut im Original des Stöcker'schen Briefes:
„ein Brief, in welchem er sagte „(ihm mittheilte): „daß er „ihn bekämpfen und fallen „lassen würde, wenn er „bei der Aufstellung des „Hoppe verharre."	„Die Stelle lautet:" „Aber wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja Grüneberg damals für einen zuverlässigen Menschen — wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen."

Hieraus ergiebt sich, daß die Fassung, vielleicht auch die Auffassung des Gerichtshofes eine viel mildere ist, als sich durch den buchstäblichen Wortlaut rechtfertigen würde. Der buchstäbliche Wortlaut enthält nicht nur mir direkt gegenüber stärkere Ausdrücke und zwar noch 7 Jahre nach jenem an Grüneberg ertheilten Auftrage, sondern außerdem noch das eigene Zugeständniß, daß, sei es aus äußeren, sei es aus inneren, sei es aus beiderlei Gründen, es wohl möglich gewesen sei, daß Hofprediger Stöcker mit den nämlichen starken Worten dies seinem damaligen Vertrauten und dem Mitgründer der christlich-sozialen Arbeiter-Partei, Schneidermeister Grüneberg, schon im Jahre 1878 gesagt habe. Die so viel mildere Fassung des Gerichtshofes, noch dazu, als ob dennoch erst und nur durch sie der Hofprediger Stöcker eigentlich belastet

worden, unternimmt Hofprediger Stöcker nur seinerseits als „Phantasiebrief" zu bezeichnen, um nur daraufhin, d. h. auf nichts als auf diese seine Namengebung hin, zu behaupten, daß der Brief, der dem Gerichtshof zur Beweisführung gedient habe, überhaupt nicht existire. Wie ich schon in meiner Conflikts-Broschüre gesagt habe, **kann man einen preußischen Gerichtshof nicht empfindlicher beleidigen, als wenn man ihm unterstellt, daß derselbe seiner Entscheidung ein Schriftstück zu Grunde gelegt habe, das bei ihm gar nicht zur Sprache gekommen ist. Es wäre dies in der preußischen Rechtspflege unerhört. Freilich ist es ebenso unerhört, gegen einen preußischen Gerichtshof derartige Vorwürfe und Insinuationen zu erheben.** Sollte nun der Gerichtshof den Brief in das Jahr 1878 sogar irrthümlich und ausdrücklich verlegt haben, was indessen keineswegs geschehen ist, so wäre auch dieser etwaige Irrthum nur ein solcher zu Gunsten des Hofpredigers Stöcker gewesen, insofern dann wenigstens angenommen wäre, daß Hofprediger Stöcker nicht blos hinterrücks, sondern auch mit offenem Visir in den Kampf gegen mich eingetreten wäre. Von einem „Drohbrief" hat der Gerichtshof auch nirgend gesprochen. Ein angeblicher Drohbrief, gerichtet von Hofprediger Stöcker an mich, dazu in seiner Kandidaturangelegenheit und vermengt mit der „Wollheim'schen Angelegenheit" im Jahre 1878, wäre damals von Stöcker gewiß nicht gewagt worden, aber auch als Kuriosum noch immer verzeihlicher als der Umstand, daß er an mich als Mitzeugen eine Mittheilung richtete, welche einen drohenden Beigeschmack hatte. Wenn ein Zeuge einem Mitzeugen direkt schreibt, sagt, mittheilt, daß er ihn mit einer That seines Lebens zu bekämpfen **in der Lage** sei, so hat diese Mittheilung, so objektiv nichtig wie sie sein mag, subjektiv auf Seiten des Schreibenden allerdings zugleich die Bedeutung einer Drohung. Wenn außerdem derselbe Zeuge noch schreibt, daß er dies schon 7 Jahre vorher einem Manne wie Grüneberg mit angeblich thatsächlichem Grunde gesagt haben könne, so ist es das in Folge irgend einer Nothwendigkeit gemachte Zugeständniß einer Incollegialität. Ja, es liegt darin das Zugeständniß der Möglichkeit, den Amtsbruder in schlimmen Verdacht gebracht zu haben und dem Grüneberg für diese Verdächtigung mindestens vorbildlich geworden zu sein. Hofprediger Stöcker **war** nun thatsächlich **nicht** und **nie** „in der Lage," „mich mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte bez. der sogen. Wollheim'schen

Angelegenheit zu bekämpfen." Wenn er dies behauptet, so ist diese Behauptung nichts als eine beleidigende Unterstellung. Die Angelegenheit bot ihm im Jahre 1878 mir ins Angesicht keinerlei Ursache oder Handhabe oder Aussicht; nur hinterrücks hatte er sie „in einem süßen Plauderstündchen mit Grüneberg" geltend machen können. Möglich ist dies „Plauderstündchen" sammt Inhalt nur der Sinnesart und Erfindungsgabe Stöckers wegen gewesen, nicht aber, weil etwas Unrechtes auf meiner Seite vorgelegen hätte.

Aus seinem Briefe vom 22. April 1885 sollte ich dagegen es als etwas Unbestreitbares entnehmen, daß ich etwas Unrechtes gethan hätte, und aus dieser angeblichen, nur von ihm so hingestellten Unbestreitbarkeit meines angeblichen Unrechts, woran nicht gerüttelt werden sollte, folgert derselbe Stöcker die Möglichkeit seines Gesprächs mit Grüneberg. So sehr bedurfte er der Konstruktion oder des Schein-Axioms meines Unrechts, daß er, was er im Jahre 1878 nur hinterrücks gewagt, mir nach sieben Jahren allerdings auch ins Angesicht hinein vorzutragen gewissermaßen wagen mußte. Stöcker muß hierbei zugleich von einer Eigenthümlichkeit erleuchtet gewesen sein, wenn ich in solchem seinem Briefe ein Mittel zur Auffrischung der Erinnerung und ein Zeichen seines Vertrauens auch nach Ausspruch seiner Preß-Freunde habe erkennen sollen.

Nur in der späteren gerichtlichen Einfassung der Briefstelle heißt es: „Vorher schrieb Stöcker einen Brief". Das Wörtlein „vorher" ist an sich mehrdeutig und kann an sich sowohl auf die Wahlverhandlungen von 1878, auf welche der Brief vom 22. April 1885 sich bezieht, wie auf die Gerichtsverhandlungen von 1885 sich beziehen; denn kurz vorher*) war eben der Stöcker'sche Brief

*) Anm. Hierzu sei folgende Parallele aus einem Briefe mitgetheilt: „Wir bedauern, von Ihrem Herrn Sohn verfehlt zu sein. Meine Mutter war in den Dom gegangen und ich hatte zwei Minuten vorher das Haus verlassen." Sollte das heißen, daß der Schreiber zwei Minuten vor seiner Mutter das Haus verlassen? Keineswegs, wiewohl es an sich so verstanden werden könnte. Nur folgt im betreffenden Briefe zufällig noch der Zusatz: „Wäre Ihr Sohn nur etwas früher gekommen, so hätte er wenigstens mich angetroffen." Hieraus folgt nun freilich unwiderleglich, daß hinter „vorher" nur ergänzt werden dürfte: „vor Ankunft Ihres Sohnes." Das „Vorher" ist hier im Briefe und im ge-

geschrieben. Man hat den Eindruck, der Gerichtshof habe genug gehabt, und, um vielleicht noch schwerere Belastung zu vermeiden, nicht tiefer eindringen wollen, als unbedingt geboten war. Jedenfalls liegt kein zwingender Grund vor, einen Irrthum des Gerichtshofes auch nur hinsichtlich des Datums anzunehmen. Der Gerichtshof hat eben überhaupt nicht „datirt". Das eben ist eine Erfindung, um hiermit wenigstens ein Schein-Fundament für weitere Behauptungen und Operationen zu gewinnen. Man hat hier selbst eine Lücke empfunden, und so erklärt sich's, daß in Stöckers Feder und Presse mit regelmäßig wiederkehrender Willkür hinter dem Wörtlein „vorher" im Text des Gerichtserkenntnisses, als ob sie ursprünglicher Bestandtheil desselben wären, aus dem Eigenen die Worte hinzugefügt werden: „nämlich vor einer Wahlversammlung des Jahres 1878." Ich selbst würde mir ein derartiges Umspringen mit dem Texte eines gerichtlichen Erkenntnisses sowohl als eine Anmaßung wie als eine Fälschung angerechnet haben. Warum und wozu glaubt denn Hofprediger Stöcker den Lesern durch solchen eigenmächtigen Zusatz noch erst eine Richtschnur des Verständnisses geben zu müssen? Aber selbst wenn ein Irrthum des Datums vorgelegen, so hätte er sich nur gratuliren können, anstatt daß er jetzt darin von Anderen eine Ursache des Gegentheils erkannt sehen will. Auch ist nicht zu übersehen, daß Stöcker das Gerede von dem „Phantasiebrief" in Curs ge-

---

richtlichen Erkenntniß an sich gleich mißverständlich und deutbar. Etwas Nachträgliches kann sehr wohl mit einem „Vorher" eingeführt werden, wenn etwas noch Späteres ins Auge gefaßt ist, dort im Briefe der um zwei Minuten später gemachte Besuch und hier im Erkenntniß des Gerichtshofs die nach dem Stöcker'schen Briefe nur wenig später eingeleiteten Gerichtsverhandlungen.

Um so deutlicher wird so auch die Uebereinstimmung mit der Fassung des mündlichen Erkenntnisses, in welchem es heißt: „und er selbst schreibt noch einen Brief".

Rechtsanwalt Munckel scheint in seiner Prozeß-Rede von 1885 ihn nicht ohne Ironie als einen für den Zweck der „Ausgleichung" bestimmten, wenn auch recht ungeeigneten Brief gekennzeichnet zu haben, m. E. nicht mit Unrecht.

Außerdem hatte ich eidlich ausgesagt, daß ich erst im Jahre 1879 von dem Stöcker'schen Auftrage an Grüneberg gehört, so daß schon um deswillen es näher liegt, auch nicht einmal in der „Datirung" einen Irrthum des Gerichts anzunehmen, sondern nur eine zulässige Enthaltsamkeit hinsichtlich der Verwerthung des vollen Brief-Inhalts und hinsichtlich der ausdrücklichen Feststellung aller Nebenpunkte. C. W.

bracht hatte, **bevor** das zweite gerichtliche Erkenntniß erschien und bevor in dem Wörtlein „vorher“ ein nur scheinbarer Strohhalm vorlag.

Hofprediger Stöcker war bekanntlich mit Veröffentlichung seines Briefes vom 22. April 1885 vorangegangen, freilich dergestalt, daß er denselben nur zugestutzt mitgetheilt hatte. Dabei nahm man mir meine darauf allerdings erfolgende und auch erfolgreiche Gegenwehr übel und fand sie nicht „edel.“ Wenn das „Volk“ das Stöckersche Vorgehen und Vorangehen mit der Veröffentlichung seines ersten, dazu zugestutzten Briefes dagegen „edel“ finden mag und bei sich selber die Vorenthaltung von fünf Briefen, um mich seinen Lesern preisgeben zu können, auch „edel“ finden mag, so ist dies ein unfreiwilliges Zeugniß dafür, daß man allerdings an mich höhere Ansprüche stellt als an sich selbst.

Das Volk, Nr. 42, Dienstag, den 19. Februar.

Witte gegen Stöcker.

„Die Sache wird immer netter. Die Mittel, mit „denen man den Kampf gegen Stöcker aufnimmt, werden „immer schmutziger. Gestern (Sonntag) Nachmittag „erhielt Hofprediger Stöcker folgenden Rohrpostbrief, „dessen Schreiber seinen Namen nur durch zwei An„fangsbuchstaben bezeichnet. Der Brief lautet wörtlich „und buchstäblich, wie folgt:

„„Geehrter Herr Hofprediger! Soeben komme ich „von Grüneberg und hatte Gelegenheit genommen, über „die Wittesche Angelegenheit zu sprechen. Der Mann ist „in Wahrheit wirklich durch die Sache in Noth gerathen, „er sagte, hätte man ihn 500 Mark Entschädigung über„sandt, so wäre für den Hofprediger Stöcker ein großer „Sieg erfolgt, welcher aber auch jetzt noch in letzter „Stunde möglich wäre; er hätte Ihnen ein Schreiben „zugestellt, in welchem die Sache zum großen Nach„theil Wittes ausgefallen wäre. Bis jetzt hat Grüne„berg noch nichts aus den Händen gegeben, da aber eine „überaus große Noth vorhanden ist, so scheint aber die „Sache am oder zum Dienstag in sehr gewiegte Hände „gelegt zu werden, wenn ich merke, in den Händen der „Norddeutschen Gesellschaft. Als hoher Verehrer Ihrer „Person bin ich der festen Ueberzeugung, daß Sie, Herr „Hofprediger, noch rechtzeitig eingreifen und diese kleine „Entschädigung leisten können. Vielleicht macht's Grüne„berg auch noch billiger. Sie bekommen werthvolles „dafür, ohne es zu verlangen; es wird Ihre Ehre auf „großer Weise gerettet, und dies geschieht ohne Ihr

„zuthun; darum noch schnell der Wink in letzter „Stunde.““

„Man sieht, der Plan ist nicht schlecht ausgedacht. „So ein kleiner Briefhandel, 500 Mk. das Stück, wäre „nicht übel. Es sieht beinahe aus, als hätte ein geschäfts„kundiger Jude bereits seine Finger dazwischen. Ob mit „der „Norddeutschen Gesellschaft“ etwa die „Norddeutsche „Allgemeine Zeitung“ gemeint sein soll? Es würde das „dann auffallend im Einklang stehen mit der Andeutung „der „Norddeutschen“ in ihrer Sonnabend-Abendausgabe: „„auf die von den verschiedensten Motiven eingegebenen „Verdunkelungsversuche in den Zeitungen an der Hand „des so reichhaltig vorliegenden thatsächlichen Materials „näher einzugehen.“ So machen's die Kartellbrüder. „Sollte man übrigens in dieser gemeinen Art und Weise „der Androhung von „Enthüllungen“ u. s. w. von ge„wisser Seite fortfahren, so würden schließlich auch an„ständige Leute nicht länger an sich halten dürfen, „über die Urheber, Helfer und Helfershelfer in dieser „Sache Enthüllungen zu machen, die ein nicht „geringes Erstaunen hervorrufen würden. — „Das „Berliner Tageblatt“ hat natürlich alles bisher „dagewesene mit der kühnen Phantasie, die dem Orientalen „eigen ist, überflügelt. Das genannte Blatt theilt seinen „Lesern in der heutigen Morgennummer bereits nach„stehendes mit: „Einem glaubwürdigen Gerücht zufolge „unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß Herr Stöcker in „nicht mehr langer Zeit seines Amtes als Hofprediger „enthoben werden wird.“ Man kann sich vorstellen, mit „welch' wonnevollem Entzücken die gesammte Berliner „Judenschaft diese so lang ersehnte Nachricht beim Morgen„kaffee eingeschlürft hat. Leider war es wieder ein Traum. „Vorläufig wird Hofprediger Stöcker am nächsten Freitag „in der Tonhalle reden über: „Die schlechte Presse — „das Verderben der Völker.“ Vielleicht dürfte diese „Rede zur Ernüchterung des Berliner Tageblattes und „seiner Anverwandten geeignet werden.“

Man fragt erstaunt, wie obiger Artikel zu seiner Ueberschrift gelangt, und kann nur annehmen, es sei „zum großen Nachtheil Wittes“ beabsichtigt. Jener Rohrpostbrief giebt allerdings viel zu denken.

Daß der Artikel dagegen mich mit „schmutzigen“ Dingen in aktiven Zusammenhang bringen soll, ist zweifellos. Nicht Herr Leuß, sondern Herr Stöcker muß doch den Rohrpostbrief bekommen haben, und schon darum hat nur Herr Hofprediger

Stöcker den Artikel drucken „lassen" können. Zwei von Grüneberg zu Ende März 1889 an mich gerichtete Schreiben mit der Bitte um ein Darlehen habe ich nicht beantworten zu sollen geglaubt; er scheint jetzt neuerdings wieder ohne Nahrungssorgen zu sein.

Die Drohung gegen mich mit „Enthüllungen" war mir bis auf Weiteres völlig unverständlich, bis ich nachträglich von einer inzwischen Seitens des Königlichen Konsistoriums gleichfalls bereits zurückgewiesenen, damals aber noch frischeren Anzeige gegen mich Kenntniß erhielt, mit welcher Hofprediger Stöcker kraft seines „Rückgrats von Eisen" abermals bei den Behörden mich hatte treffen wollen. Es mögen etwa vier Beschwerden Seitens dieses in seiner Art unermüdlichen Mannes aus dem Jahre 1889 gegen mich vorliegen. Von etwa nebenherlaufenden „Plauderstündchen" ist hier natürlich abzusehen. Uebrigens ist Herr Stöcker amtlich hinreichend wenig beschäftigt, so daß ihm für Anderes so viel Kraft übrig bleibt — namentlich auf dem Gebiete der brüderlichen Gesinnung und ihrer Pflege durch Beschwerden, wie ich denn seine Arbeitskraft stets neidlos anerkannt habe.

Das Volk, Nr. 44, vom 21. Februar.

„In jeder Nummer ein Artikel über Herrn Hof„prediger Stöcker, das ist jetzt die Losung der jüdischen „und judengenössischen Zeitungen. Vor uns liegt ein „Kleeblatt solcher Artikel: „Berl. Tageblatt" von gestern „Abend bringt einen Leitartikel „Hofprediger Stöcker und „Fürst Bismarck", in welchem das Judenblatt dem Reichs„kanzler nahelegt, wenn er die Absetzung Stöckers durch „den Oberkirchenrath nicht erlangen könne, eine „Kalt„stellung" durch das Hofmarschallamt zu bewirken; letzteres „könne dem Herrn Hofprediger einfach mittheilen, daß er „sich der geistlichen Amtshandlungen zu enthalten habe. — „Die freikonservative „Post" bringt einen kurzen „An„schlag", in welchem erklärt wird, in Abgeordnetenkreisen „verlaute, daß Se. Majestät die Stellung eines Hof„predigers mit derjenigen eines politischen Agitators nicht „für vereinbar halte. Die Freis. Ztg. nimmt von dieser „Nachricht augenblicklich Notiz und reiht an dieselbe eine „Mittheilung aus unseren Spalten.

„So zerbrechen sich die Juden und Judengenossen „die Köpfe des Oberkirchenraths und des Kaisers. „Inzwischen weiß man längst, daß dem Oberkirchen„rath die Sache nicht viel Kopfzerbrechen verursachen

„wird, daß der Liebe Müh umsonst sein wird, obgleich „die „Nordd. Allg. Ztg."1) zu einer Disziplinarunter„ziehung wiederholt gedrängt hat. Der Oberkirchen„rath läßt sich nicht zu politischen Intriguen miß„brauchen, das hätte sich die Nordd. Allg. Ztg. auch „vorher sagen können."

1) Wenn die Nordd. Allg. Ztg. meine Erklärungen auch ihrerseits nicht veröffentlicht haben würde, so hätte sie ähnliches, wenn auch nicht dasselbe Unrecht an mir gethan, was die „Kreuzzeitung" mir wirklich angethan hat. Die Redaktion des „Volk" ist mit ihrem „Wissen", was sie am 21. Februar schon „längst" haben wollte, vielleicht auch hatte, zu einem wohlbegreiflichen Gefühl der Ueberlegenheit gelangt; sie gerirt sich wie in das Thun und Lassen des Oberkirchenraths schon vor der Zeit eingeweiht, wahrscheinlich aus Vertrauen in ihren für unfehlbar gehaltenen Berichterstatter.

Der Oberkirchenrath hat aus bestimmenden Gründen „die Sache" allerdings nicht untersucht. So hat sich die Voraussetzung des „Volk" allerdings erfüllt, aber eben doch nur thatsächlich und ohne Gewinn eines behördlichen Nimbus für das „Volk". Das Blatt sucht daneben gerne in dieser sittlichen Frage auf das Politische abzulenken und bringt die Frage einer politischen Partei-Gruppirung, des sogenannten „Kartells" mit hinein, an welche ich auch nicht im Traum zu denken gehabt habe.

Das Volk, Nr. 45, vom 22. Februar.

„Der Liebe Müh' umsonst."

„Sobald irgendwo die Gelegenheit gewittert wird, „Herrn Hofprediger Stöcker etwas am Zeuge zu „flicken, sieht man gleich in allen Hauptstädten und Klein„städten sich Federn in Bewegung setzen, welche bei solchem „Bubenstück mitwirken wollen. Halb belustigt es, halb „erfüllt es einem mit Ingrimm, wenn man das Schau„spiel für Götter mit ansieht, welches die Juden„blätter aufführen, sobald es gegen Stöcker geht. Von „den armseligen Wichten der Volks-Zeitung, welche ihre „ohnmächtige Wuth gegen Stöcker kindisch genug dadurch „bekundet, daß sie ihn immer nur „der Stöcker" nennt, „wollen wir garnicht reden. Darüber lacht man, oder „man zuckt die Achseln und überläßt sie ihrer Kinderei."

„Aber spaßhaft war es doch, wenn dieser Tage alle „mehr oder minder dem Judenthum verschriebenen Zei„tungen lange Artikel, Drahtnachrichten u. s. w. über

„Stöcker brachten, **und das Alles um nichts**. Denn inzwischen war längst festgestellt, daß aus der „ganzen Sache nichts derartiges hervorgehen werde, „wie jene Blätter es wünschten. Pastor Witte hat von „dem Konsistorium einen Tadel bekommen, und wir denken, „er kann sich freuen, daß es dabei sein Bewenden „gehabt hat. Die Absichten, welche ihn geleitet haben, „hätten wohl verdient, daß wir rücksichtsloser gewesen „wären, es ist auch noch keineswegs ausgemacht, „daß wir, wenn der ganze Sturm vorüber ist, nicht rücksichtslos vorgehen, um aller Welt zu zeigen, was „es für Leute sind, welche der Judenschaft und allen „Feinden der evangelischen Kirche helfen wollen, Herrn „Hofprediger Stöcker zu verderben."

„Daß der Oberkirchenrath keinen Anlaß „nehmen wird, sich mit der Angelegenheit in Bezug „auf Herrn Hofprediger Stöcker weiter zu befassen, stand „natürlich von vornherein fest und konnte nur noch „mehr festgestellt werden, wenn die „Nordd. Allg. Ztg." „plumpe Versuche machte, jene kirchliche Behörde in ein „politisches Ränkespiel zu verflechten."

„Damit wäre die Sache ja eigentlich erledigt. „Warten wir ab, ob andere Leute anderer Meinung sind. „Sobald wir sehen, daß die erhitzten Hoffnungen der „Judenblätter verrauscht sind, werden wir in einer Nachlese eine genaue Würdigung der ganzen Angelegenheit bringen."

Es klingt ganz auctoritativ. Auch im eigenen Druck des Blattes ist das „wir" gesperrt gedruckt. Es wird wie aus den Intentionen des Oberkirchenrathes heraus geredet, nur noch mit etwas Zuthat von eigenthümlicher, selbstständiger „Volk"-Güte. Gewiß ist das Vertrauensverhältniß von Oberkirchenrath und „Volk"-Redaktion mitnichten ein gegenseitiges. Das „Volk" giebt seinen Lesern Hoffnung auf „rücksichtsloses Vorgehen" und erweckt den verleumderischen Schein gegen mich, als hätte ich die Veröffentlichung von Thaten zu scheuen. Es bewegt sich dies auf ähnlichem Niveau, wie jene Mittheilung des Hofpredigers Stöcker, mittels welcher er noch sieben Jahre nach dem Vorkommniß mich gleichsam vor mir selbst mit der Wollheim'schen Angelegenheit verdächtigte und beschuldigte und zwar so in's Angesicht, wie er es sieben Jahre früher hinterrücks gethan. Wer weiß — so frage ich heute — an welche neuen ähnlichen Denunziationsversuche das unter Umständen so gerne vertrauensselige Blatt bei seinen

Besprechungen, u. A. auch bei dem wiederholten Versprechen einer „genauen Würdigung der ganzen Angelegenheit" angeknüpft hat? Heute glaube ich auch hierüber unterrichtet zu sein.

Königlichem Konsistorium bin ich selbstverständlich in nichts hierbei zu Danke verpflichtet. Es geht aber doch etwas weit, wenn Königliches Konsistorium hier dargestellt wird als von denselben Gesinnungen, Stimmungen und Absichten mit dem „Volk" beseelt. Augenscheinlich ist das „Volk" mit einer vermeintlichen Abschlagszahlung nur noch nicht zufrieden und vertraut noch mehr seiner eigenen „Rücksichtslosigkeit".

Das Volk, Nr. 46, den 23. Februar.

„Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt in der Sache Stöcker-„Witte unter einem kleinem Scheingefecht gegen die „„Kreuzzeitung" den Rückzug an, indem sie jede Verant-„wortung für den ganzen „Rattenkönig von Unsinn und „Unwahrheit" von sich abweist, welchen „eine bestimmte „Kategorie von Blättern (unter dieser vorsichtigen „Wendung begreift die „Nordd." offenbar die Judenblätter) „zur Angelegenheit Stöcker-Witte in Umlauf zu setzen „beliebt." Die „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet die betr. „Erörterungen der Judenblätter ferner als „Schlamm", „über den man sich weder wundern noch grämen dürfe. „Sie bestreitet nur, daß sie die Veranlassung zu den-„selben gegeben habe. Trotzdem bleibt es natürlich wahr, „daß die weitschweifenden Hoffnungen der Judenblätter „sich an der Forderung der „Nordd. Allg. Ztg." nach „einer Disziplinaruntersuchung gegen Stöcker entzündet „und erhitzt haben. Sie werden wohl ebenso rasch einer „Erkältung und Ernüchterung Platz machen, nachdem nun „die „Nordd. Allg. Ztg." den Rückzug angetreten hat. „Dann wird es für uns an der Zeit sein, diesen „politischen Vorgang, dessen Beweggründe die Judenblätter „jedenfalls im Ganzen richtig durchschaut haben, noch „einmal übersichtlich zu würdigen. Für heute sei „nur festgestellt, daß 1) die Nordd. Allg. Ztg. eine „Disziplinaruntersuchung gegen Herrn Hofprediger Stöcker „gefordert hat, daß aber 2) der Oberkirchenrath eine „solche bislang nicht eingeleitet, sondern daß vielmehr „3) das Konsistorium Herrn Pastor Witte einen „Verweis ertheilt hat und daß nun 4) die Nordd. „Allg. Ztg. den Rückzug antritt, nachdem sie ein erklär-„liches Mißtrauen gegen die Absichten maßgebender Stellen „im Volke wachgerufen hat. Das letztere ist für die „Regierung die Hauptwirkung der Angelegenheit.

„Endlich sei noch festgestellt, daß wir von Anfang „an erklärt haben, es könne niemandem lieber sein, als „Herrn Hofprediger Stöcker, wenn der Ober„kirchenrath die Sache klarstellte. Selbstverständlich „bleiben wir dabei auch, wenn der Oberkirchenrath „es ablehnt, auf die Sache einzugehen. Erwünscht „ist uns nach wie vor, daß der Evang. Ober-Kirchen„rath die Angelegenheit in die Hand nimmt."

Zu wiederholten Malen wird den Lesern mit mehr oder minder versteckter Drohung gegen mich versprochen, den „Vorgang" übersichtlich zu würdigen. „Festgestellt" wird, daß das Konsistorium Herrn Pastor Witte einen Verweis ertheilt habe, und es ist dennoch nicht wahr gewesen. Die „Klarstellung" der Sache war schon erfolgt, oder vielmehr die Sache war von Anfang klar. Allerdings konnte daneben auch noch in jedem beliebigen Sinne „die Angelegenheit in die Hand genommen werden" — sogar ohne Rücksicht auf schon vorhandene oder zu schaffende Klarheit. War das der Wunsch, wenn es heißt: „Erwünscht ist uns?" Man kann eine Angelegenheit „in die Hand nehmen," auch wenn man ihr zürnen oder sie in den Papierkorb werfen möchte. Es kommt aber auf die Untersuchung der Sache an. Warum mir wohl von denselben Leuten, die genau wußten, daß Hofprediger Stöcker mit seinen Beschwerden zurückgewiesen war, dennoch vor den Lesern des „Volk" ein Verweis angedichtet werden mag? Die zeitige „Kreuzzeitung" macht es nicht viel besser.

Es würde mir daher durchaus wohlthuend geworden sein, wenn etwa der Präsident des Königl. Konsistoriums, D. Hegel, zumal er Herrn v. Hammerstein so nahe steht und großen persönlichen Einfluß auf die Spalten der Kreuzzeitung hat, hinsichtlich meiner als eines seiner Aufsicht und auch seinem Schutze unterstelltem Geistlichen öffentlich das Wort ergriffen hätte. Ich mache mir ein ideales Bild davon, daß derselbe, empört über die Versuche, mich durch Verdächtigungen in der öffentlichen Achtung zu Grunde zu richten, aus seiner Sachkenntniß heraus erklärt hätte, daß keinerlei Schatten auf mich falle, und daß seitens des Kgl. Konsistoriums mir ein Verweis daher **nicht** ertheilt worden sei. Wohl dem, der so schützen kann! „Derselbige wird selig sein in seiner That."

Das Volk, Nr. 50, den 28. Februar.

„Blinder Eifer

„beginnt die großen und kleinen Gegner Stöckers zu er„fassen. Sie haben die Sehkraft verloren. Manche „wissen schon nicht mehr, was sie thun."

„Was treibt sie eigentlich, täglich lauter Stöcker's „Sturz zu fordern? Die Witte'sche Sache nimmt „heute keiner mehr ernst. Selbst die „Nord„deutsche Allg. Ztg." hat sie endlich recht gewürdigt. „Witte war nur das Streichholz, das die lang ge„plante Hetze in Brand setzen mußte. Der Grund „liegt tiefer. Man sieht in Stöcker den Feind des „Kartells. Das Kartell ist die Losung für die Zukunft. „In ihm allein soll das Heil liegen. Also der Schluß: „Stöcker muß gefällt werden."

„Allein diese Ansicht, auf der man den Racheplan „aufbaut, ist falsch. Stöcker selbst spricht es in der „letzten Nummer seiner Kirchenzeitung aus, daß „alle „vernünftigen Menschen heutzutage für ein ver„nünftiges Kartell sind." Oft genug hat er öffent„lich einem gesunden Kartell das Wort geredet, „stärker, als mancher seiner Freunde. Nur jener an„maßenden Willkür, wie sie gewisse Kartellbrüder in die „Berliner Bewegung hineingetragen, durfte und konnte „er sich nicht fügen. Er wäre nicht mehr der Held „mit dem „Löwenmuth" und dem Rückgrat von Eisen „gewesen, der er ist, wenn er jenen unverschämten „Forderungen der Minderheit und den gesinnungslosen „Ansichten der mittelparteilichen Presse hätte weichen „wollen. Nur ein Feigling weicht vor Drohungen, „nur eine Miethlingsseele verleugnet vor Ver„sprechungen. Bleiben die unedlen und unreinen „Manöver aus dem Spiel, dann ist Stöcker stets zur „Unterstützung der Kartellpolitik bereit. Sonst „aber giebt's kein Versöhnen, und wenn die Welt „darüber unterginge."

„Freilich im gegenwärtigen Augenblick sind Mieth„lingsseelen gern gesehen. Kraftvolle*) und selbstständige „Persönlichkeiten sind unbequem. Und dem Zeitalter des

---

*) Allerdings halte ich den Schneider Grüneberg für weniger „kraftvoll" als den Hofprediger Stöcker, auch für weniger „selbstständig", schon darum, weil Stöcker der Beauftragende und Grüneberg nur der Beauftragte war. Ich habe Herrn Grüneberg stets doch nur für den **zweiten** christlich-socialen Partei-Löwen gehalten, so weit das Jahr 1878 in Betracht kommt. C. W.

„Materialismus ist es ja nur entsprechend, daß man bei „seinen Schachzügen auf den gemeinen und selbstsüchtigen „Geist der Menschen rechnet. Auch Stöcker, so glaubt „man, ist ein Kind seiner Zeit. Ein kleiner Kläffer „in der Berliner Preßwelt hat es in diesen Tagen aus- „gesprochen, wenn Stöcker vor das entweder — oder „gestellt würde, so würde er zweifellos das Hof- „predigeransehen und die Hofpredigerpfründe „dem Agitator und Volksmann vorziehen. Die „Leute, die so etwas schreiben, urtheilen eben nach sich „selber. Weil ihnen ihre Ueberzeugung für Gold feil „ist und ihr Muth sich nach dem Winde richtet, der „gerade weht, so halten sie andere Leute für eben solche „Jammermenschen“.*)

„Der Plan ist nicht übel. Würde Stöcker in diese „Falle gegangen sein, so würde man natürlich am nächsten „Tage durch die Welt posaunt haben: „also auch ein „Stöcker zieht die Pfründe des Hofpredigers „der Aufopferung des Märtyrers vor, er ist wie „sie alle.“ Damit war er der Verachtung preisgegeben „und für jeden weiteren Einfluß auf die Masse unmög- „lich gemacht. Allein dieser Plan wird wohl nie zur „Ausführung kommen. Stöcker hat schon so oft seinen „Feinden das Rezept verdorben. Er würde auch diesmal „sich seinen eigenen Weg wählen. Denn sein Auge ist „doch zu klar, als daß er die gewaltige Schädi- „gung seiner großen Sache übersehen könnte, die „ihr durch seinen Rücktritt von der öffentlichen Thätig- „keit zugefügt werden würde. Die Arbeit von 11 Jahren, „die Aufgabe seines Lebens wischte er mit einem „Striche aus! Sollte er wirklich in seiner Stellung als „Hofprediger „gebrochen“ werden, in seiner Ueberzeugung, „in seiner Stellung zum öffentlichen Leben wird er sich „nicht „beugen“ lassen. Das geht bei einem Stöcker „nicht. Und ob das Kartell dann besser gedeihen wird,

*) Feigheit ist allerdings heute eine negative Großmacht, und dennoch sollte man den Betreffenden hin und wieder immerhin mildernde Umstände zubilligen. Auch mit der Feigheit muß man Geduld haben; einige Geduld selbst noch hier oder da mit der der Denuncianten. Aus einer Zwangslage erklärlich ist sogar die Feigheit Derjenigen, welche aus der Disciplinar-Untersuchung wider mich einen einseitigen Waffenstillstand dergestalt machen möchten, daß ein solcher meine Entwaffnung und dagegen die Bewaffnung und verstärkte Thätigkeit meiner mächtigen, zum Theil zugleich intriguirenden Feinde bedeute.

C. W.

„ob das Judenthum, das im letzten Hintergrunde doch als „die treibende Kraft hinter dem allen steht, dabei besser „fahren wird, das bleibt abzuwarten.“

„Aber so erwünscht eine endliche Klärung vielen er„scheinen mag, eins ist bei diesem öffentlichen Unfug, wie „wir ihn jetzt seit mehr als Jahresfrist sich abspielen „sehen, tief bedauerlich: Die schnöde Behandlung wahr„haft königstreuer und ernst christlicher Männer. Es „handelt sich ja in diesem Streit nicht um die Person „des einzelnen Stöcker. Stöcker weiß, was jene offiziösen „Streber nicht wissen, daß es in diesem heiligen Kampf „für die Errettung des Vaterlandes, den Schutz des „Königsthrones niemals auf die eigene Person ankommen „darf. Aber mit ihm sollen all die tausende treuer deutscher „Männer getroffen werden, die gleich Stöcker in ihrem „Glaubensbekenntniß entschieden, in ihrer Königstreue un„bedingt, in dem Kampf gegen die inneren Feinde voll „heiligen Zornes sind. Daß man in einer Zeit, in „welcher der Umsturz weithin um sich frißt und die zwei„köpfige Internationale, die goldene und die rothe, be„denklich das Haupt erhebt, solche Männer, die für „Kirche, König und Vaterland jeden Augenblick das „Herzblut zu lassen bereit sind und viele tausende in „gleicher Richtung begeistern, niederwerfen will — das „wird den Besten im Lande unverständlich bleiben.“

„Was hat er denn gethan? — so fragte gestern ein „konservativer Mann, als von den Absichten gegen Stöcker „die Rede war. Ja, was hat er gethan? Es ist weit „gekommen, wenn man die Männer vergewaltigen will, „die nichts gethan haben, als sich für ihren Gott und „ihren König in die Bresche zu stellen!“*)

Der Schreiber obigen Artikels wußte allerdings, was er that. „Streichholz“ hin, „Streichholz“ her, „vernünftiges“ Kartell hin, „vernünftiges“ Kartell her sammt Stöcker'scher „Unterstützung“ desselben — auf das Alles kommt es eben überhaupt hier nicht an. Man will ablenken. Hier handelt sich's ausschließlich um Fragen sittlichen Kernes. Eines Kampfes für die Errettung des Vaterlandes hat es nicht bedurft, am Wenigsten des Stöcker'schen, angeblich „heiligen“ Kampfes. Man sollte sich hüten, so unnöthige Bereitwilligkeiten an den Tag zu legen, als ob man jeden Augenblick bereit sei, sein Herzblut zu lassen. Wer ver-

*) Anm. Hofprediger Stöcker hat doch nicht etwa aus Königstreue gesagt, daß ich mit „meinem Briefe“ das Publikum zum Besten gehabt. C. W

langt das? Und wer erlaubt das? Und wer erlaubt sich das? Was hätten Stöckersche Insinuationen mit der Errettung des Vaterlandes zu thun, es sei denn, daß dieselben auch um dieses Zieles willen zurückgewiesen und entlarvt werden müßten? Es ist empörend, Stöcker'sche Insinuationen unter das Banner des Royalismus zu zerren und sie, als ob es sich um den activen Schutz des Königsthrones dabei auch nur handeln könnte, als unantastbar zu behandeln. Mich interessirt die Hofprediger-Stellung des Mannes kaum, **mir handelt es sich darum, ob Stöcker, der ja Pastor ist, von einem vor Gericht meinerseits vorgebrachten und vom Gericht nur einigermaßen verwertheten Briefe sagen soll und darf, derselbe sei aus der Luft gegriffen, existire nicht, existire überhaupt nur in der Phantasie.**

Das Volk, Nr. 67, den 20. März.

„Heute wird angeblich **Pastor Witte** in der Angelegen-„heit **Stöcker-Witte** vor dem Oberkirchenrath vernommen. „Herr Witte setzt die Judenblätter in den Stand, mit-„zutheilen, daß er eine umfangreiche Denkschrift „abgefaßt habe, in welcher er die christlich-sozialen Be-„strebungen Stöckers und seiner Anhänger klarlegt. An „den Inhalt dieser Denkschrift wird sich Herr Witte bei „seiner Vernehmung anschließen. Es wird ihm darauf „wohl bedeutet werden, daß er nicht berufen ist, seine „Meinung über die christlich-sozialen Bestrebungen Stöckers „abzugeben, sondern Zeugniß abzulegen über den Fall, „um den es sich handelt, d. h. über den Brief-„wechsel mit Herrn Hofprediger Stöcker. Hoffent-„lich legt Herr Witte dieses Zeugniß etwas „sorgfältiger ab, als dasjenige im Prozeß „Bäcker, in welchem er erklärte, er wolle aus „christlicher Liebe gegen Stöcker einen Theil des „Briefes, den er vorlas, unterdrücken, während „er nach seinem Eide nichts verschweigen und „nichts hinzusetzen durfte. Im Uebrigen halten „wir es für durchaus ausgemacht, daß Pastor „Witte vom Oberkirchenrath den vom Consistorium „ertheilten Verweis bestätigt erhalten wird. „Wenn es damit für ihn abgeht, so verdankt er „das der auf unserer Seite vorhandenen Gutmüthig-„keit, die allerdings auch ein Ende nehmen kann, viel-„leicht bald ein Ende nehmen wird."

Diese Nummer war mit einem Begleitzettel, auf welchen um neue Abonnenten geworben wurde, unter die Corridorthüren der

Familien von St. Golgatha geschoben worden. Es ist ganz richtig, daß ich ähnlich, wie es in meiner Broschüre*) auf Seite 46 geschehen ist, die christlich-sozialen Bestrebungen Stöckers charakterisirt habe. Uebrigens ist mir nicht bedeutet worden, daß ich nicht berufen sei, mich über die Stöcker'schen Bestrebungen zu äußern. — Im Prozeß Stöcker-Bäcker habe ich die mir oben untergeschobene Erklärung nicht abgegeben. Die Behauptung, daß ich wider meinen Eid gehandelt, macht das Maaß übervoll. Im Uebrigen führt „Das Volk" eine Sprache, als ob der Oberkirchenrath vom „Volk" ressortire. Es ist die Erneuerung einer Verleumdung, wenn es in diesem dem Hofprediger Stöcker so engverbundenen Blatte in einer Sache, in welcher es sich doch um Stöckers und meine Wahrhaftigkeit gehandelt, abermals heißt, ich hätte in derselben vom Königlichen Consistorium einen Verweis erhalten. Selbstverständlich war ich hierin unbedingt makellos erfunden. Auch durch die Entscheidung des Oberkirchenraths ist hierin nichts geändert. Das können die Leser aus den Mittheilungen des „Volk" freilich nicht entnehmen. Es ist aber auf der anderen Seite eine hochwichtige Frage, ob ein Mann irgendwie christlicher Führer sein kann, der solche Verleumdungen drucken „läßt". Auch dann nicht, wenn er die in obigem Artikel mit Eigenlob gerühmte Gutmüthigkeit des „Volk" theilt und an anderer Stelle sogar sein „brüderliches Mitleid" noch nach allen seinen Angriffen sammt Beschwerden rühmen „läßt". Ein etwaiger Rückzug auf eigene angebliche Einflußlosigkeit würde dem Anspruch auf Einfluß über weitere Kreise erst recht allen Boden entziehen.

Es ist unzulässig, und muß auch die Fortdauer der Möglichkeit ausgerodet werden, daß Hofprediger Stöcker durch Werkzeuge in der Presse mich, der ich ihm im Sommer 1885, wenn auch nur meiner Pflicht gemäß, die amtliche Existenz gerettet und gefristet hatte, in den Verdacht des Meineids bringt und solches drucken „läßt".

Das Volk, Nr. 88. Sonnabend, 13. April 1889.

„Sie rathen und hoffen und wünschen und glauben „und fürchten — es ist wirklich ein großer Irrgarten von

---

*) „Mein Conflict mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker. Eine Rechtfertigung und ein Appel von Carl Witte, Pfarrer an St. Golgatha, Berlin." Berlin, F. Fontane 1889.

„Nachrichten, welche die Zeitungen in Bezug auf Hof-„prediger Stöcker in diesen Tagen wieder zurecht-„phantasirt haben. Was an diesen Nachrichten Wahres „ist, entspricht, soweit uns bekannt, einem früheren „Stande der Angelegenheit. Die N. N. theilen mit, „Stöcker habe vom Oberkirchenrath einen ent-„schiedenen Verweis bekommen, aber auch Pastor „Wittes Verhalten sei gemißbilligt worden. So weit „das Ergebniß der Sache Stöcker-Witte, die übrigens „amtlich völlig abgeschlossen ist, bekannt geworden „ist, lautet es gerade umgekehrt. Pastor Witte hat „einen scharfen Verweis davongetragen, während in „Bezug auf Hofprediger Stöcker eine nebensächliche „Episode der Angelegenheit als nicht ganz correct erachtet „worden ist. Der Fall Stöcker-Witte kann also unter „keinen Umständen als Ausgangspunkt eines Vorgehens „gegen Hofprediger Stöcker dienen."

Das Wahre bleibt; bleibt auch bei jedem „früheren" oder späteren „Stande der Angelegenheit". Es wird der Schein erweckt, daß in einer Nebensache Hofprediger Stöcker als nicht ganz correct erfunden, dagegen ich im Gegensatz hierzu in der eigentlichen Sache oder Hauptsache einen „scharfen Verweis" bekommen habe. Abermals eine vollkommen unwahre Erfindung und Verdächtigung, zumal es sich um die Frage handelt, wie sich die Wahrheit der Behauptungen zwischen Hofprediger Stöcker und mir vertheile. Auch Unwahrheit bleibt Unwahrheit. Auffälliger Weise ist nur der mir ertheilte Verweis, wenn auch nur zum Theil, veröffentlicht worden. Das hat mir bei einer großen Zahl urtheilsloser Leute sehr geschadet. Tieferblickende haben den mir ertheilten Verweis thatsächlich mir nur zur Ehre angerechnet, so weit sie der Sache und der Personen kundig waren.

Das Volk, Nr. 91. Mittwoch, 17. April 1889.

„Was wir in Bezug auf die Sache Witte-Stöcker „am vorigen Sonnabend mitgetheilt haben, ist insofern „unrichtig, als es den Stand der Sache darstellt, so-„weit derselbe vom Konsistorium festgestellt zu sein schien. „Es wurde geglaubt, daß Pastor Witte vom „Konsistorium getadelt sei, während das Verhalten „des Hofpredigers Stöcker in der Wollheim'schen Sache „vom Jahre 1878 als nicht ganz correct angesehen war. „Ueber den Stand der Dinge in der oberkirchenräthlichen In-„stanz haben wir überhaupt nichts Thatsächliches erfahren."

Es ist nicht wahr, daß der Sachverhalt so, wie das „Volk" eben seinerseits angegeben, vom Konsistorium festgestellt „schien". Die Wahrheit ist, daß der, der diese Nachricht zuerst ausgebreitet, dieselbe erfunden und die Leser des „Volk" durch seine Mittelspersonen bewußt getäuscht hatte. Auch hatten außer dem „Volk" alle anderen Blätter theils unterlassen, theils gezögert, die falsche „Volk"-Nachricht in Vertrieb zu nehmen.

Es wurde freilich Vieles „geglaubt", jedoch nur soweit die vom „Volk" selbst ausgegangene und ausgesprengte Verdächtigung geglaubt war.

Unvermuthet und nachträglich behauptet das „Volk", über den Stand der Dinge in der oberkirchenräthlichen Instanz nichts „erfahren" zu haben, und stellt so unfreiwillig seiner Gewissenhaftigkeit bei seinen früheren Nachrichten das rechte Zeugniß aus, nachdem es zuvor mit triumphirender Sicherheit allerlei Uebles wider mich wie aus den Entscheidungen der oberkirchenräthlichen Instanz gemeldet hatte. So werden denn die vorausgegangenen eigenen „Volk"-Aeußerungen vom „Volk" selbst als Erfindungen charakterisirt und ebenso unfreiwillig auch als Verleumdungen, haben jedoch inzwischen ihren Dienst Namens „der christlichen Weltanschauung" dieser Kreise gethan.

Das Volk, Nr. 100. Dienstag den 30. April.

„Die Nachrichten über die **Stöckerkrisis** wollen kein „Ende nehmen. Die „Voss. Ztg." bringt **abermals** eine „Nachricht über die oberkirchenräthliche Entscheidung „im Fall Stöcker-Witte. Darnach stehe in der Herrn „Stöcker zugegangenen Entscheidung, er habe sich fortan „jeder Agitation zu enthalten, andernfalls werde durch „disziplinarisches Erkenntniß die Frage entschieden „werden, ob ihm sein Amt noch länger belassen werden „könne. — Wir wissen nicht, von wem die „Voss. Ztg." „ihre Nachrichten über ein Erkenntniß bezieht, das unter „dem Siegel der Amtsverschwiegenheit ruht. **Wir kennen** „**auch den Inhalt der oberkirchenräthlichen Entschei-** „**dung nicht, aber wir glauben behaupten zu dürfen,** „**daß das, was die „Voss. Ztg." behauptet, in der Ent-** „**scheidung nicht stehen kann.** Jedenfalls hat der vorläufige Verzicht des Hofpredigers Stöcker auf den „politischen Kampf nichts mit der Sache Stöcker-Witte „zu thun. Diese Sache ist durch das oberkirchenräthliche Verfahren völlig abgethan. Es ist nicht „der Oberkirchenrath gewesen, welcher vom Hofprediger

„Stöcker gefordert hat, sich des politischen Kampfes zu „enthalten. — Ein merkwürdiges Verhalten ist dasjenige „der „Nordd. Allg.-Ztg.“ Das Blatt, welches die „Fälschung von Aeußerungen anderer Zeitungen durch „Herausgreifen einzelner Sätze und Zugabe einer irre- „führenden Spitzmarke am besten versteht, die „Freis. „Ztg.“, welche der Schuft Eugen Richter herausgiebt, „hat unsere Bemerkung über die antichristlichen Be- „weggründe des Hasses gegen Stöcker zum Theil ab- „gedruckt und darüber geschrieben: „Jesus Christus „und Stöcker“. Wir haben nicht den Hofprediger „Stöcker mit Jesu Christo in eine Linie gestellt, sondern „lediglich festgestellt, daß die Verfolger des Gottessohnes „dieselben Beweggründe hatten, wie die Feinde Stöckers. „Und das steht einfach fest. In beiden Fällen ist es der „jüdische Christushaß, welcher dort Christum selber „ans Kreuz schlug und hier einen Bekenner Christi mit „Schmähungen und Bosheiten verfolgt. — Die „„Nordd. Allg. Ztg.“ übernimmt aber dies Gebräu, „welches die „Freis. Ztg.“ aus unserer Notiz gemacht „hat, wörtlich.“

„Die Absicht ist deutlich genug. Man hat die ersten „Schläge gegen Stöcker durch die freisinnigen Blätter „ergehen lassen, welche unter Führung Eugen Richters „mit Wonne auf diese offiziöse Taktik hineinfiel und der- „selben diente. Allmählich schlägt nun aber die offiziöse „Presse selber ihre Haken in die entstehenden Erörterungen „ein, und bezeichnenderweise muß eine Fälschung der „Frei- „sinnigen Zeitung“ ihr für ihre Zwecke gegen Stöcker „dienen. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ beansprucht für „ehrlicher gehalten zu werden, als Eugen Richters „Schandblatt, so drucke sie gefälligst auch das ab, was in „unserem Artikel anderes stand, denn daraus geht hervor, „daß es einfach eine Fälschung ist, wenn uns nachgesagt „wird, wir hätten den Hofprediger Stöcker mit Jesu Christo „auf eine Linie gestellt. Auf das Bestimmteste müssen wir „es auch zurückweisen, wenn die „Frankf. Ztg.“ sagt, „Stöcker „lasse sich“ in seinem Organe „Das Volk“ direkt „mit Christus vergleichen. Stöcker ist in der Schweiz; „wir haben seit seiner Abreise nichts von ihm gehört. „Was wir mitgetheilt haben, ist lediglich unserer An- „sicht über die Angelegenheit entsprossen.“

Abermals wird bestätigt, daß die angeblich aus der Entscheidung des Oberkirchenrathes früher geschöpften „Volk“-Mittheilungen ohne Kenntniß derselben gemacht gewesen seien. Andererseits wird darin fortgefahren, über die Stellung des Oberkirchenrathes zur

Angelegenheit Stöcker-Witte anscheinend Authentisches zu berichten. Hierdurch gewinnen nämlich alle Verdächtigungen eher Glaubwürdigkeit und Bedeutung Das Blatt hofft, indem es die Beweggründe aller Gegner Stöckers verlästert, alle guten Menschen in das Stöcker'sche Lager hinüberzuführen. Das Blatt versäumt aber, bei der Sache zu bleiben, als ob Stöcker im Dienste Gottes seine „Erklärungen" über Phantasiebrief und desgleichen abgegeben und das „Volk" im Dienste Gottes seine charmante Sprache rede.

Alle vorstehenden Aeußerungen des „Volk" fallen noch vor das Erscheinen meiner Broschüre und beweisen schon allein, wie ich auf jede Gefahr hin dazu schreiten mußte, über meinen Konflikt mit Hofprediger Stöcker durch eine Broschüre öffentlich mich zu rechtfertigen. Dies war der einzige Weg und das einzige Mittel, da von dem Evangelischen Oberkirchenrath, wenn auch nicht auf Grund zureichender Kenntniß der Thatsachen, meine an sich unbedingt nöthig gewesenen Veröffentlichungen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 12. (14.) und 16. Januar 1889 mit einem Verweise bestraft worden, da ferner ein wesentlicher Theil des Verweises in den Zeitungen verschiedenster Richtung veröffentlicht war, und „Volk", „Kreuzzeitung" und „Reichsbote", unzugänglich für meine etwaigen Einsendungen und Berichtigungen, unausgesetzt am Werke meiner Verleumdung arbeiteten, ja, mit ihrer „christlichen Weltanschauung" es zu vereinbaren wußten, daß sie mehrere, wenn nicht alle zur Beurtheilung der Sachlage für ihre Leser unerläßlichen Schriftstücke, insonderheit vier bis fünf Briefe, ihren Lesern vorenthielten. Der Oberkirchenrath hatte mich nicht geschützt, hatte wiederholte Anträge auf Untersuchung aus gewissen ihm zureichend erschienenen Beweggründen abgelehnt und mir sogar einen Verweis ertheilt — nachdem ich auf bösartige Verunglimpfungen hin endlich mich sachgemäß vertheidigt hatte. Dies war außerdem in infamer Weise entstellt und gegen mich ausgebeutet worden. So war es recht und es wird recht bleiben, daß ich meine Broschüre geschrieben habe; die Art, wie ich dieserhalb behandelt werde, kann mir weder Recht geben noch nehmen.

Hätte ich mit der Broschüre nicht recht gethan, so würde ich sie eben nicht geschrieben haben. Wer sie versteht und dennoch verurtheilt oder verurtheilen möchte, spricht sich selbst damit sein Urtheil.

Die Behandlung der Sache litt an der disparaten Art des Verfahrens. Gegen Hofprediger Stöcker kann eben das Konsistorium nicht vorgehen,

der Evangelische Oberkirchenrath*) aber hat aus bestimmenden Gründen nicht mit Untersuchung der Sache vorgehen wollen. Die Schuld in der Sache liegt einmal allein auf der Seite Stöckers, und gleichwohl ist ein Helldunkel entstanden, da die öffentlichen Verhandlungen vielfach auf die Peripherie abgelenkt worden sind. Da ich aber meine Rechte und meine Pflichten kenne, so werde ich keineswegs auf halbem Wege stehen bleiben. Ich bin mir meiner Pflicht bewußt, um sie ohne Murren und ohne Tadel bis zum letzten Hauch in diesem Kampfe zu erfüllen. Nur in der Nothwehr habe ich zu den Waffen gegriffen, aber auch dies nicht, damit zwei Männer sich auf ihrem Lebenswege wegen der „meisten Weisheit" zanken, sondern damit etwas herauskomme für das Vaterland und die Kirche. In meiner Vocationsurkunde steht auch die ausdrückliche Verpflichtung, **„des Vaterlandes und der Kirche Bestes aus allen Kräften zu befördern, Schaden und Nachtheil aber zu verhüten."** Im Kampfe gegen das, was ich meinerseits schon seit 11 Jahren „Stöckerei" genannt und wobei ich stets viel verstecktes „Aufmucken",**) eine neue Spielart von Muckerei, gefunden habe, kämpfe ich gegen das Phantom einer nur scheinbaren Normaluhr. Wenn ihr Zeiger um 12 Uhr auf 8 Uhr zeigt, so schadet sie nicht, wenn ihr Zeiger um 12 Uhr aber auf 10 Minuten vor 12 Uhr zeigt, so kann sie unsäglich schaden. Getäuscht werden fast alle, und die Meisten, deren Uhr bis dahin richtig ging, stellen mit verhängnißvollen Folgen ihre Uhr in ihrer unbegründeten Vertrauensseligkeit falsch und lassen sie falsch weitergehen.

Niemals ist Stöcker als Bekenner des Christenthums angegriffen worden; er ist auch von liberaler Seite angegriffen nur wegen seines Christenthums im Sinne seiner specifischen Eigenschaften, Agitationen und Methoden. Mit Verstecktheit und Anonymität berührt sich der Begriff der „Muckerei" zwar nahe, woher sich die Zusammenstellung von „Stöckerei und Muckerei" für Viele wohl erklären mag.

*) Anm. Die Kreuzzeitung des Herrn v. Hammerstein schrieb am 25. April und noch vor der Broschüre: „Mochte das Verhalten Stöcker's in der Witte'schen Sache den gegnerischen Blättern noch so nichtswürdig erscheinen — eine Behörde wie der Oberkirchenrath hatte nach anderen Gesichtspunkten zu entscheiden, und da konnte der Ausgang nicht der sein, von dem die Liberalen träumten." Läßt solches Gerede nicht tief blicken?

**) Er selbst hat einmal Anfangs 1889 sich ein gewisses „Aufmucken" in einer Volksversammlung attestirt und sich dabei bejubeln lassen. C. W.

Nichtsdestoweniger war diese Zusammenstellung eine mißverständliche, weil daran gegen die, die sie brauchten, sich die Verdächtigung knüpfen ließ, unter „Muckerei“ solle ihrerseits eine verzerrende Bezeichnung für „Frömmigkeit“ eingeführt werden und der Gegensatz gegen Stöcker sei als ein Gegensatz gegen die Frömmigkeit gemeint. Wer aber wollte leugnen, daß Stöcker die personificirte Vermischung von Religiösem und Politischem für das Feld einer sogenannten „Massenagitation“ ist, und daß durch ihn weder eine Läuterung des politischen Lebens und seiner Umgangsformen, noch eine Vertiefung des religiösen Lebens in den sogenannten „Massen“* bewirkt ist!

Angesichts aller Verstöße und Verfehlungen Stöcker's den Gegensatz gegen ihn als Christushaß zu kennzeichnen, ist eine entstellende Dysphemie. Christus und alle Heiligen werden hierdurch nicht geehrt, sondern, so es möglich wäre, mit dem Vergleich der angeblichen Beweggründe des Gegensatzes — mindestens herabgezogen. Doch sei hier der obigen „Volk“-Dysphemie nur einfach gegenübergestellt die apostolische Euphemie: „Was ist das für ein Ruhm, so ihr um Missethat willen Streiche leidet. Aber wenn ihr um Wohlthat willen leidet und erduldet, das ist Gnade bei Gott.“

Inzwischen wurden am 4. Mai gegen Abend die ersten Exemplare meiner Broschüre: „Mein Conflikt mit Hof- und Domprediger Stöcker“, Verlag von Fontane, Berlin 1889, herausgabt. An demselben Abend, meines Erachtens ehe sie gelesen sein konnte, wurde am Schluß des Blattes unter den neuesten Drahtberichten im „Volk“ Nr. 105 für 5. Mai Folgendes veröffentlicht:

Das Volk, Nr. 105. Sonntag, den 5. Mai 1889.

„Neueste Drahtberichte.“

„Die Schrift von **Pastor Witte** gegen **Hofprediger** „**Stöcker** ist soeben erschienen. Ein flüchtiger Durchblick „zeigt, daß es sich um eine Schmähschrift niedrigster „Ordnung handelt, um eine Schrift allerdings, welche „das Schicksal Witte's besiegelt. War Pastor Witte's „pfarramtliche Stellung schon ohnehin er„schüttert, wird sie nunmehr ihr Ende finden, daran

* Anm. Beiläufig bemerkt sind die Ausdrücke „Masse“ und „Massen“ zwar immer wiederkehrende geworden, sind aber im Grunde ohne Bürgerrecht in der christlichen Sprache. Nicht die Massen, sondern die Völker, und in den Völkern sind die Einzelnen Objekt der Wahrheitsverkündung. „Masse“ ist zum Glück nicht einmal ein deutsches Wort. C. W.

„zweifeln wir nicht. Wir werden in nächster Nummer „auf den Herrn zurückkommen, der es wagt, seine schlechte „Sache mit sittlicher Entrüstung zu verbrämen und mit „seinem unstillbaren Haß gegen Stöcker das große Publikum „ohne Ende zu belästigen."

Meine pfarramtliche Stellung zu erschüttern, ist ja Vieles im „Volk" aufgeboten worden und zwar in einer Weise, welche bei einer Menge Harmloser und Unkundiger hätte äußerst wirksam sein können. Es war seinerseits auch nicht ungeschickt, sich mit den Behörden als solidarisch erscheinen zu lassen. Die Redaktion war auch niemals schlecht über die Stimmung recht mächtiger Stöcker-Freunde unterrichtet; sie konnte glauben, sehr nahe, fast gegenwärtige Dinge zu prophezeien. Es mochte außerdem gewiß vielen Lesern als eine Bestätigung der Autorität des „Volk" erscheinen, als achtundvierzig Stunden später schon am 9. Mai wirklich, wie gehofft und am 7. Mai vorausgesagt war, vom Königlichen Konsistorium die Disziplinar-Untersuchung gegen mich beschlossen ward. „Post hoc" und „propter hoc" werden einmal leider zu leicht von thörichten Menschen verwechselt.

Das Volk, Nr. 106, den 7. Mai 1889.

„Noch einmal!"

„Es geht von Neuem los. Mit den Verweisen „gegen Stöcker und Witte schien die Sache Stöcker „erledigt. Daß die freisinnige jüdische Presse sich auf „alle Fälle noch eine Zeitlang mit der Angelegenheit „befassen würde, ließ sich voraussehen, aber die Sache „selbst schien doch abgeschlossen.

„Es schien so. Wir freilich haben diese Meinung „nicht getheilt, sondern vielmehr erwartet, daß der Feld-„zug, den man von gewisser Seite planmäßig seit „mehr als einem halben Jahre gegen Stöcker führt, „bald sich weiter bemerkbar machen werde. Am Sonn-„abend ist, wie schon mitgetheilt, eine Schrift des Pastors „Witte erschienen, in welcher dieser mit leidenschaftlicher „Rachsucht gegen Hofprediger Stöcker die gehässigsten „Beleidigungen schleudert. Bezeichnenderweise waren alle „Judenblätter in der Lage, über diese Schrift Witte's „schon vorher Andeutungen zu bringen. Dagegen halten „es die „Nordd. Allg. Ztg." und die „Post" für an-„gezeigt, den Schmutz einstweilen nicht zu berühren. „Man kann ja das Geschäft der ganzen freisinnigen Sippe „überlassen; das ist bequem und gestattet auch, nachher

„jede Betheiligung gewisser Kreise an der Hetze gegen „Stöcker abzuleugnen. Das „Berl. Tagebl." und seines„gleichen lassen sich, wenn es gegen Stöcker geht, mit „Vorliebe zur Aufnahme jedes offiziösen Spülwassers „verwenden. Was selbst der offiziösen Presse zu gewagt „ist, nimmt das „Berl. Tagebl." gern auf. Das letztere „ist in der Lage, die „Ansicht wohlunterrichteter Personen" „dahin wiederzugeben, daß eine Wiederaufnahme des „Disziplinarverfahrens in Sachen Stöcker-Witte nöthig „sei, und stellt auch eine solche Wiederaufnahme in Aussicht.

„Nach Meinung des „wohlunterrichteten" Mannes „würde es also neuerdings Sitte preußischer Behörden „werden, eine erledigte Disziplinarsache, welche nicht nach „Wunsch eines Betheiligten ausgefallen ist, wieder aufzu„nehmen, wenn einer der Betheiligten sich in einer leiden„schaftlichen, offen gegen die Entscheidung der Be„hörde revoltirenden Schrift an die Oeffent„lichkeit wendet. Allerdings wird die Behörde nicht „umhin können, diese Thatsache der Renitenz eines „mit einem Verweise bestraften Geistlichen zum „Gegenstand eines neuen Verfahrens zu machen; und „wir zweifeln nicht daran, daß das geschehen wird.

„Eine Wiederaufnahme des erledigten Verfahrens „würde aller Tradition preußischen Beamtenthums ins „Gesicht schlagen. Doch das ist nicht unsere Sache; wir „berichten sie nur, weil ein ausschließlich jüdisches Blatt, „wie das „B. T.", sie zur Sprache bringt.

„Die Schrift Wittes ist ein so verblendetes, „unklares Machwerk, daß sie nur ihrem Verfasser „schaden kann. Für heute nur wenige Bemerkungen.

„Zunächst ist es eine durch nichts begründete, „mindestens leichtfertige Manier des Pastors Witte, „den Hofprediger Stöcker als den Verfasser oder Leiter „der Artikel des „Volk" hinzustellen. Hofprediger Stöcker „hat ein einziges mal in der Witteschen Sache eine „Erklärung in dieser Zeitung veröffentlicht: sonst schreibt „er für das „Volk" kein Wort. Wir werden stets den „Ansichten Stöckers ein gebührendes Gewicht beilegen, „aber die Redaktion des „Volk" ist kontraktmäßig „unabhängig nach allen Seiten.

„Pastor Witte appellirt an die Gesammtheit der „Pastoren des deutschen Reiches, sowie an eine ehren„gerichtliche Instanz zwischen Stöcker und ihm. Er wird „darin nicht viel Glück haben. Der Pastor Witte, der „es wagt, einen Mann, wie den Chefredacteur des „„Reichsboten", Herrn Engel, der Lüge zu beschuldigen, „hat seine Sache vor der Gesammtheit der deutschen

„Pastoren schon verloren. Man kennt Herrn Engel als „einen Mann von unantastbarer Lauterkeit, als eine „anima candida; man weiß, daß unter allen Zeit„genossen keine Seele zu finden ist, welche Herrn Engel „an Reinheit der Absichten, an Lauterkeit überträfe. Wenn „Witte diesen Mann als Lügner hinzustellen wagt, so kann er, „Witte, überzeugt sein, daß er damit vor der Gesammt„heit der Pastoren sein eignes Urtheil gesprochen hat.

„Witte hat eine Schrift gegen Stöcker schreiben „wollen, er hat eine Schrift gegen sich selber geschrieben. „Er hat sich bloßgestellt als Mann voll Rachsucht, „voll leichtfertigen Urtheils, als einen giftigen „Pasquillschreiber, welcher mit Fanatismus die „Wahrheit verdreht.

„Witte unternimmt es auch, die „andauernd un„freundliche Gesinnung" Stöckers gegen ihn einer Prüfung „„auf ihre Wurzelfasern" zu unterwerfen. Aber er liefert „unfreiwillig eine Darlegung seines eigenen Hasses „gegen Stöcker, er schildert die Wurzelfasern dieses „Hasses. Er hält sich für den eigentlichen Vater „der „Berliner Bewegung" und glaubt sich durch „Stöcker verdrängt. In ruhmredigster Weise hat sich „Witte schon in dem Stöcker-Bäcker-Prozeß als den „ersten bezeichnet, welcher den Sozialdemokraten ent„gegen getreten sei und dem „Riesen Goliath im Lästern", „dem Abgeordneten Most, gegenübergestanden habe; er „hat die „Ehrerbietung" gerühmt, mit welcher die Sozial„demokraten ihm begegnet seien, er hat sich gerühmt, daß „nach einmaligem Auftreten seinerseits eine sturmbewegte „sozialdemokratische Versammlung „still wie aus der „Kirche" nach Hause gegangen sei.

„Da stecken die „Wurzelfasern" des Witteschen Hasses, „welcher Jahre lang im Stillen genährt, nur hier und „da einen halb versteckten Ausbruch wagend, jetzt, wo „das Schimpfen gegen Stöcker Wohlgefallen an einfluß„reichen Stellen erregt, brutal und giftig hervorbricht.

„Auch Frau Witte spielt in der Schrift eine Rolle, „allerdings keine sympathische. Sie hat eine Unterhaltung „mit Herrn v. Hammerstein gehabt, über welche ausführlich „berichtet wird. Sie hat erklärt, daß sie schon vor „Jahren ihrem Manne gerathen habe: „verdirb ihn" — „den Hofprediger Stöcker nämlich. Sie hat erklärt, sie „wünsche, daß sich der Talar des Hofpredigers so klemmen „möge, daß er ihn ausziehen müsse. Das sind Züge „eines „alttestamentlichen" Hasses, von dem anscheinend „Herr und Frau Witte gleichmäßig beseelt sind."

Von „Haß" kann bei mir keine Rede sein, es handelt sich um

eine sehr andere Empfindung, und zwar befinde ich mich mit derselben in guter Gesellschaft. Jeder Versuchung des „Hasses“ bin ich dem Hofprediger Stöcker gegenüber seit 6. August 1885 entrückt.

Allerdings bin ich „der Erste“ thatsächlich gewesen, ich habe mich aber nicht als solchen bezeichnet. Im Gegentheil habe ich auf Frage des Rechtsanwalts Munckel ausdrücklich und mit Recht jede Beziehung zur sogenannten christlich-sozialen Bewegung, aber überhaupt jede Absicht einer politischen Führung verneint. Wenn ich indessen im Prozeß es ausgesprochen haben würde, daß nicht von Stöcker, sondern zuerst von mir und in einer wirklich sozialdemokratischen Versammlung sogar nur von mir der mir angebotene Kampf aufgenommen worden sei, so hätte ich hiermit nicht Unrecht gethan. Ich würde dann nur mein Recht auf ein Stück persönlichen Lebenserwerbs geltend gemacht haben, und hätte, insofern von „Ruhm“ einmal geredet werden möchte, objektiv oder academisch betrachtet allerdings doch noch mehr Anspruch auf einen wirklichen Ruhm gehabt als Stöcker auf seinen legendarischen. Dennoch habe ich nichts der Art geltend gemacht, sondern in schlichter Rede und in Gegenwart des Zeugen Stöcker nur geantwortet nach einer Richtung hin, nach welcher hin Rechtsanwalt Munckel mich befragte. Die Tendenz meiner Worte ist sodann die gewesen, daß ich mit Anerkennung von der Haltung einer Versammlung aus dem Jahre 1876 gesprochen habe. Der Stöcker'schen Agitation dagegen wurde von Anfang an, und wie für den Tieferblickenden von vornherein klar war, ihr zum unentrinnbaren Unsegen die Legende, in manchem Munde sogar eine „Lügende,“ eingeimpft, Hofprediger Stöcker sei der muthige „Held“ gewesen, der angeblich als Erster hier in Berlin der Sozialdemokratie in einer ihrer eigenen Versammlungen am 3. Januar 1878 entgegengetreten sei; von diesem ihm nur angedichteten Ruhm zehrt er bis heute, und doch war derselbe von Anfang an nur auf Flugsand gebaut.

Noch folge zum Schluß der **„Volk“**-Mittheilungen Nachstehendes aus Nr. 107 vom 8. Mai 1889:

> „In der That ist die Witte'sche Schrift eine Selbst-
> „erwürgung ihres Verfassers; soweit wir Stöcker
> „kennen, wird er ihr nur ein brüderliches Mitleid
> „widmen. Mitleid muß man in der That mit dem Ver-
> „fasser haben, den der Haß so verblendet hat, daß er

„nicht mehr klar zu denken im Stande scheint, daß er „nicht erkennt, wie sehr er sich und seine Frau bloß „stellte, als er diese Schrift erscheinen ließ.“

Gewiß habe ich bei meiner Broschüre ein volles Bewußtsein sowohl um die mir drohende Gefahr wie um die sanfte Vorfreude eines Theils meiner übermächtigen und übermüthigen Gegner gehabt. Wenn der Hofprediger Stöcker, von ihnen sich abhebend, außerdem noch sein „brüderliches Mitleid“ drucken „läßt“, so hat er hangend und bangend gewiß dabei gewünscht, daß sein Gedanke so gut wie eine That Anderer und daß sein brüderliches „Mitleid“ ein recht wirksames sein möchte. Der erste Vertraute seiner „Brüderlichkeit“ ist ja der Schneider Grüneberg gewesen und vielleicht mit goldener Treue und nicht rostender alter Liebe immer neu geschätzt. Uebrigens stand, nachdem die Disciplinaruntersuchung am 9. Mai 1889 gegen mich beschlossen war, dem nämlichen „Volk“ erst recht nichts mehr im Wege, mit Kreuzzeitung und Reichsboten aus einer ad hoc geschätzten „Correspondenz“ auch noch das Urtheil über mich zu kolportiren, daß ich „ein mindestens urtheilsloser und verblendeter Mensch sei.“

Wer nun vorstehende Auszüge aus dem ganz und gar Stöckerschen „Volk“ gelesen hat, eignet es sich mit sittlichem Verständniß an, wenn ich mit Bezug auf den mir ertheilten Verweis des Ev. Ober-Kirchenrathes diese nämliche behördliche Instanz vom Gesichtspunkt ihrer eigenen moralischen Verantwortlichkeit aus noch heute mit der Erklärung zu ehren glaube, daß mir kein Verweis ertheilt worden wäre, wenn ihr jene Preßausschreitungen gegen mich bekannt gewesen wären. Hinzukamen die parallelen, gleichfalls christlich-drapirten Angriffe in „Kreuzzeitung“ und „Reichsboten“, bedauerlich namentlich für diejenigen alle, welche meine Achtung vor ihrem, leider so mangelhaft bedienten und übel angeführten Leserkreise theilen. Der Verweis des Oberkirchenraths und das Monitum des Konsistoriums hatten daher in dem guten Gewissen eines schwerangegriffenen Mannes, der sich allerdings vor seinem Leserkreise erfolgreich vertheidigt hatte, keinen Widerhall finden können. So lagen nämlich die Sachen:

Von sechs Briefen theilte das „Volk“, Kreuzzeitung und Reichsbote nur einen mit, nur daß Kreuzzeitung und „Reichsbote“ daneben keine Vorliebe für das „Intakte“ bethätigten, indem sie, zwar auch den ersten Brief bringend, diesen nur „zugestutzt“ brachten und es dabei beließen.

Ich kannte die hier in Betracht kommenden Dinge und die Personen und ich kenne sie. Mir sind sie noch besser bekannt als einem Kirchenregiment, welches aus vielen und wechselnden Personen mit Auffassungen und Stimmungen besteht, welche mit den Personen sehr wohl wechseln können. Man hat Aergerniß an mir genommen, ich habe aber kein Aergerniß gegeben.

Je größeres Aergerniß aber eine gewisse Clique an meinen Veröffentlichungen genommen hat, desto mehr erhellt die Nothwendigkeit und Heilsamkeit derselben. Ich kenne den Personalbestand auch einer verwöhnten, herrschgeneigten Clique. Und diese ziemlich herzlose Clique, mag sie sich zu einer Parallel-Regierung fähig fühlen oder nicht, ist nicht von Gottes Gnaden. Durch und durch nepotistisch nach Gesinnung geartet und byzantinisch gefirnißt, möchte sie schon das, was sie sagt, wie vom Himmel herab geredet haben, während ihre Art eher wohl mitunter zum Himmel schreit. Zugleich nach einer bestimmten Richtung hin sollten aber auch außerhalb derselben sich etliche Männer aufraffen lernen nach dem Sprüchwort: „Sage mir, mit wem Du umgehst, so will ich Dir sagen, wer Du bist."*)

Obschon, wie selbstverständlich auch mir bekannt ist, im Laufe der Kirchengeschichte nicht selten große Aergernisse auch gerade Seitens des Kirchenregiments gegeben sind, und obschon ich durch den mir gemachten kirchenregimentlichen Vorwurf schwer betroffen worden bin,**) so habe ich thatsächlich dennoch keine unehrerbietigen Kombinationen gemacht oder entsprechende Schlüsse gezogen. Andererseits weiß ich, daß ächte Auktoritäten durch ehrerbietige Kritik niemals geschwächt werden, und daß Augendienerei, den doch nur als

---

*) Die „National-Ztg." schrieb in ihrer Morgenausgabe Nr. 364 vom Mittwoch, den 17. Juni 1885, in einem Artikel, betitelt: Der Prozeß Stöcker: . . . „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich werde Dir sagen, wer Du bist." — Dieses Sprüchwort kam einem nicht aus dem Sinne, wenn man die Verhandlungsberichte las. Und der Mann, welcher sich solcher Werkzeuge regelmäßig bediente, mit der Wahrheit immer auf's Neue in solche Conflikte gerieth, wie sie vor dem Gerichtshofe konstatirt worden, dieser Mann wollte die aus dem öffentlichen Leben der Reichshauptstadt angeblich verschwundene Sittlichkeit und Wahrhaftigkeit in dasselbe zurückführen!

**) Der Verweis trat obenein eines Tages noch in fast sämmtlichen Zeitungen Berlins in die Oeffentlichkeit, während der Verweis, den Hofprediger Stöcker erhalten haben soll, dagegen nicht veröffentlicht ward.

Organe im Pflichtverhältniß unter einem höheren Willen fungirenden Menschen zu gefallen, nichts mit dem Ernst des Gehorsams zu schaffen und auf dem Boden des Christenthums keine Stätte hat. Die aber, welche zum Mißbrauch der Auktorität womöglich verführen möchten, sind es, welche sie schwächen und für solche Schwächung verantwortlich bleiben.

Thatsache ist, daß das ohne schroffen oder gehässigen Beigeschmack weithin schon seit einem Jahrzehnt als „Stöckerei" bezeichnete persönliche Parteitreiben mit einer Fülle von wirklichen Aergernissen absonderlichen Charakters begleitet gewesen und geblieben ist. Leider sind Viele, Viele von einem Schein der Solidarität mit dieser unheilsamen Zeiterscheinung kaum freizusprechen. Mit fast mütterlicher Geduld hat die Kirche bisher diesen Bestandtheil unserer Zeit-Richtungen getragen. Natürlich dürfte das nie so weit gehen, daß die Lebensinteressen Anderer verletzt würden.

Es ist bezeichnend, daß sogar in Witzblättern eine ernstere sittliche Auffassung sich geltend gemacht hat, als in solchen Blättern, welche sich in den Mantel einer ausgesprochenen Frömmigkeit hüllen. Man lese nur einmal nach, mit welchen Aussprüchen oder mit welchen Gedichten und Bildern der „Kladderadatsch" in den Sommern 1878 und 1885 jener oben genannten Zeiterscheinung kritisch gefolgt ist. Man wird nicht Allem zustimmen können oder wollen. Aber Eins steht fest, hier sind Anschauungen niedergelegt, welche bei vielen Tausenden von ernsten Lesern eben so sehr Anklang finden, wie ihnen die Art spezifisch Stöcker'sche Bethätigungen zum Aergerniß gereicht. Wer vermag diese Anschauungen und Empfindungen und ihren Widerhall für werthlos und gleichgültig zu erklären? Aehnliches gilt von einem anderen Witzblatt, das zwar auch nicht von der Bekundung des Lebensernstes seinen Namen hat und doch trotz seines Namens „Ulk" in der Praxis vielfach eine ernstere sittliche Auffassung als „Das Volk", die zeitige „Kreuzzeitung", die „Antisemitische Correspondenz" und der „Reichsbote" bekundet. Z. B. ist ein früheres Bild sehr lehrreich, auf welchem ein so ehrlicher und vielfach bewährter Promache wie Herr v. Kleist-Retzow anscheinend recht schwer an seiner seltsamen Rückendeckung, dem Freiherrn v. Hammerstein, hebt und trägt und schleppt. Warum thut er das auch? Auch ist mir ein sehr werthvolles Gedicht des genannten Witzblattes in Erinnerung, doch leider nicht zur Hand. Es behandelt den Gegensatz von Wahrheit und Lüge.

Jene Augendienerei dagegen weiß zum Schaden des Glaubens sich

auch mit einem heuchlerischen Aberglauben zu durchdringen und sich so zu empfehlen, als ob jeder Majoritätsbeschluß von Männern der Behörde außer der gesetzlichen Wirkung auch noch einen besonderen geistlichen Nimbus habe, während hiervon die activ Betheiligten sowohl aus den Majoritäten wie aus den Minoritäten als Kenner am Wenigsten selbst überzeugt sind. „Es wird überall mit Wasser gekocht," sagt ein tiefsinniges Sprüchwort. Es geht dabei nicht übermenschlich, sondern menschlich zu. „Nihil humani a me alienum esse puto." So kann auch jede Behörde sagen, und das thut gewiß der schuldigen Ehrerbietung der Untergebenen, die der eigenen Schwachheit gedenken, mitnichten Eintrag. Man soll nicht entweder die Majorität oder die Minorität als vom heiligen Geiste nothwendig erleuchtet sich vorstellen. Es ist gar nicht gesagt, daß weltliche, politische Behörden weniger erleuchtet wären als kirchliche. Höchstens könnte man an kirchliche, geistliche Behörden a priori noch höhere Ansprüche zu stellen geneigt sein, und neige ich dazu, die persönliche Verantwortlichkeit und die Ehren-Pflichten ihrer Mitglieder nicht zu unterschätzen.

Die „Antisemitische Correspondenz", in welcher das „Volk" nebst „Kreuzzeitung" im Gegensatz zu denjenigen Blättern, welche bei ihr „Kartell-Reptilien" heißen, lebhaft empfohlen wird, und welche sich selbst auch dadurch zu empfehlen sucht, daß es „Berichte über Stöckers Reden bringt," schreibt am 19. Mai Folgendes:

„Unterdessen ist Hofprediger Stöcker von seiner Urlaubsreise „zurückgekehrt, ist begeistert von seinen Anhängern empfangen „worden .... Seine intimsten Feinde, Herr Pastor Witte und „Schneider Grüneberg haben aber, im Einverständniß mit „der Judenpresse, beschlossen, den „Vernichtungskampf" fort„zusetzen; . . Hochehrwürden Witte hat . . . der bestimmten „Mahnung seiner kirchlichen Oberen, Frieden zu halten, zum „Trotze eine Broschüre gegen Stöcker erscheinen lassen und ist „nunmehr aufs Neue in Disziplinar-Untersuchung ge„nommen worden, die gar nicht anders als mit Amtsent„setzung enden kann. Für so dumm halten wir den Pastor „Witte übrigens nicht, daß er eine solche Folge seines Vergehens „nicht hätte voraussehen sollen. Er wird sich also wohl eine „Märtyrer-Pfründe gesichert haben. Vielleicht wird er geist„licher Mitarbeiter des Berliner Tageblatts, des Börsen-Couriers „und der Berliner Zeitung, und liefert für diese Blätter die

„Weihnachts-, Oster- und Pfingstbetrachtungen .... Ob nun „noch Herr Grüneberg bald losschießen wird, wissen wir nicht. „Vor einigen Monaten hatte er durch Mittelspersonen den Hof- „prediger Stöcker um 500 Mark anzapfen lassen. Da er hiermit „natürlich kein Glück hatte, wandte er sich an die Juden. Sollten „diese die Denkwürdigkeiten des Ehrenmannes eines Trinkgeldes „und der Druckkosten werth halten, so wird P. Witte ja wohl „noch einen Enthüllungs-Kollegen erhalten. Einem noch unver- „bürgtem Gerüchte zufolge, soll nach Witte's Absetzung eine „neue Schneider-Firma „Grüneberg, Witte u. Co." etablirt „werden. Das Talent der beiden Firmen-Inhaber zu diesem „Handwerk ist unbestreitbar ...."

In „Kreuzzeitung" und „Reichsboten" ist so manche Auslassung des „Volk" abgelagert, weil eben „das Volk" um seines Führers willen überhaupt die Führung hatte, nur daß leider der Freiherr v. Hammerstein, Chefredakteur der Kreuzzeitung, nicht Nacharbeiter blieb, sondern sehr bald diesem „Volk" Konkurrenz zu machen verstand. — Unter Zuhülfenahme v. Hammersteinscher Intelligenz und des vermeintlichen Anklagematerials, welches er von diesem Edelmanne empfangen, hatte Hofprediger Stöcker, immer seinerseits wohlgedeckt und nicht etwa auch selbst unter Königlichem Konsistorium stehend, wie die Competenzverhältnisse eben sind, vermöge seiner Eigenart von Löwenmuth sich über mich bei Königlichem Konsistorium bereits am 10. Januar beschwert. Ueber die Beschwerde oder vielmehr die Beschwerden vom 10. und 16. Januar war am 31. Januar Zurückweisung derselben in Ablehnung der Disziplinaruntersuchung beschlossen. Solche Untersuchung wäre auch durchaus unangebracht gewesen. Das Königliche Konsistorium hatte eben gar nicht anders beschließen können.*)

*) Anm. Im Konsistorium sitzt, was nicht so sehr bekannt ist, auch ein geistlicher Rath Mathis. Derselbe äußerte sich um jene Zeit im Pferdebahnwagen: „Die Sache ist vollständig erledigt; sie lag ja allerdings nicht so, um zu einem disciplinarischen Einschreiten gegen Pastor Witte! Anlaß zu geben." „Aber," so wurde bedeutungsvoll hinzugefügt, „in seiner Haut möchte ich nicht stecken!" Und es folgte noch Anderes. Der Konsistorialrath Mathis ist nicht wie Präsident Hegel mein Vorgesetzter, wohl aber Mitglied des mir vorgesetzten Konsistoriums. Er selbst wird, um ex sese zu reden, den Sitzungssaal dem Pferdebahnwagen prinzipiell vorziehen. Im Uebrigen habe ich, was gerade eigentliche Vorgesetzte

Kurz, aber schlecht bezeichnete man später diesen Vorgang, sich aus einer Stöckerschen Beschwerde und einer unumgänglichen behördlichen Zurückweisung derselben zusammensetzend, im „Reichsboten", dort der Wahrheit in's Angesicht schlagend, als angeblicher Feind aller „Wortklauberei", als erste gegen mich eingeleitete Disziplinaruntersuchung. So ließ man Stöcker'sche Beschwerden und behördliche Maßnahmen in einander fließen.

Man nahm dabei eine ernsthafte, anscheinend fromme Miene an wie im Dienste einer vielzitirten „christlichen Weltanschauung" und führte so eine Menge rechtschaffener Leser irre. Eine Sprache wurde hie und da in stöckerfreundlicher Presse geführt, als ob zweifellos Seitens der kirchlichen Behörden und zwar auch recht prompt nicht anders, als wie prophetisch vorausgeschrieben sei, werde entschieden werden. Dem Begehren und Drängen des „Heros" sollten nicht flugs Königliche Behörden, wenigstens auf dem Gebiet der **Kirche**, zu Diensten stehen? Die Sprache war hin und wieder eine stark anpochende, ja recht ungeduldige.

Der Freiherr v. Hammerstein bez. die Kreuzzeitung hat früher und genauer als ich die Nachricht von der gegen mich beschlossenen Disziplinaruntersuchung bekommen. Er scheint auf meine Kosten mit übertriebener Höflichkeit von irgend einem „Wissenden" informirt zu sein. Weder ist v. Hammerstein Konsistorialrath noch ist die zeitige Kreuzzeitung ein offizieller Konsistorial-Anzeiger. Wohl aber ist der Freiherr v. Hammerstein der Mann, welcher als mein persönlicher Gegner sich erwiesen hat durch seine Intimität mit meinem persönlichen Gegner Stöcker. Er hat es mit seiner Standesehre und seiner Journalistenehre — wohl ohne Anklang sowohl bei den deutschen Freiherren wie bei den Vertretern der deutschen Presse — für verträglich gehalten, über die ihm anvertraute und höchst loyal mit ihm erörterte Zeitungserklärung dergestalt als über sein Eigenthum zu verfügen, daß er dieselbe meinem persönlichen Gegner wenigstens als vermeintliches Anklagematerial und als Grundlage seiner Beschwerde beim Königlichen Konsistorium übergab. Derselbe

---

betrifft, stets dafür gehalten, daß nicht nur der Untergebene dem Vorgesetzten sondern auch der Vorgesetzte dem Untergebenen ein bestimmtes Maaß amtlicher Achtung schuldet, und daß namentlich ein Vorgesetzter doppelt seine Pflicht verletzt, wenn er kränkende Aeußerungen an unbegründete sachliche Voraussetzungen knüpft. C. W.

Mann hatte in meiner Abwesenheit meine Frau in das Netz der Stöcker-Hammerstein'schen Deduktionen über die Briefaffaire hineinzuziehen versucht, und war so abgewiesen, wie er es verdient. Derselbe Mann hatte mich feindselig auch direkt angegriffen, nachträglich und im Widerspruch mit seinen eigenen schriftlichen Auslassungen meine Unterredung mit ihm vom 5. Januar ins Gegentheil verkehrt und so in der von ihm gemißbrauchten „Kreuzzeitung" wiedergegeben. Derselbe Mann hatte eiligst die Stöcker'sche Beschwerde ausgerufen! als werde eine solche ohne Weiteres mich belasten. Derselbe Mann hatte, ohne auch nur vermöge seiner persönlichen Beziehungen, was so leicht war, corrigirt zu werden, den Inhalt der „Volk"-Nachrichten über die Konsistorialentscheidung vom 31. Januar 1889 mit verbreitet. So fiel in den Augen mancher Freunde ein Schatten auf irgend einen Konsistorial-Interessenten, als gerade dieser Mann eher und genauer über die Disziplinaruntersuchung Bescheid wußte, als ich selbst.

Herr v. Hammerstein war mit seinem Begehren nach Briefen Seitens meiner Frau zurückgewiesen. Im Gegensatz zu der allseitigen und vollkommenen Zurückweisung schrieb er mir dennoch: „im Verfolg der Unterredung, welche ich vor einer Stunde mit Ihrer Frau Gemahlin hatte .... mit Rücksicht auf diese Erklärung Stöckers wiederhole mein Ersuchen an Sie um Vorzeigung des Briefes von 1878, um dessen Vorhandensein es sich in der Cremer'schen Broschüre handelt." Es scheint hiernach, als ob er sich mit Bezug auf die Unterredung mit meiner Frau in seinem Verlangen nach einem angeblichen Briefe aus 1878 auf ebener Bahn befinde. Nun steht aber in der genannten Broschüre in Wirklichkeit nichts von einem solchen Brief, so wenig wie in dem einfach nach seinem unverfälschten Wortlaut in die Cremer'sche Broschüre übergegangenen gerichtlichen Erkenntniß. Auch in der Stöcker'schen Erklärung vom 3. Januar steht nichts davon. Aus dem Hammerstein'schen Briefe ergiebt sich dagegen der Schein, als habe meine Frau hinsichtlich des ersonnenen Briefes aus dem Jahre 1878 sich wenigstens zu irgend einer verwerthbaren Behauptung ablenken und bewegen lassen. Hat doch derselbe v. Hammerstein, ohne zu bedenken, daß sein eigener Brief vom 6. Januar ihn nachträglich strafen werde, sich am 17. April 1889 nicht gescheut, das schon innerlich unmögliche Zugeständniß sogar mir selber anzudichten, daß nicht Stöckers, sondern meine eigene Erklärung

nicht mit der Wahrheit übereinstimme! Es that Noth und es war Eile dabei, daß ich nun wenigstens rechtzeitig die Unterredung zwischen ihm und meiner Frau vor etwaiger gleichmäßiger Entstellung und Ingebrauchnahme Seitens dieses Mannes gelegentlich meiner Broschüre in Sicherheit brachte. Es mußte konstatirt werden, daß und wie Herr v. Hammerstein immerhin von einer Frau ad absurdum geführt war. Die Unterredung ist berichtet, wie sie gehalten worden ist, und sie ist, wie mit Recht die National-Zeitung hervorhob, aufgezeichnet wie mit protokollarischer Sicherheit.

Herr v. Hammerstein hatte am 5. Januar 1889 nach einer Stunde selbst zugegeben, daß er schon einmal, nämlich in meiner Abwesenheit meiner Frau gegenüber das Ersuchen um Vorzeigung des Briefes von 1878 (nur angeblich gemäß der Cremer'schen Broschüre. D. Vfr.) ausgesprochen habe. Dagegen schreibt er in der Kreuzzeitung am 6. Mai ganz erfinderisch, „er habe es ausdrücklich abgelehnt, die Actenstücke in meiner Abwesenheit einzusehen.“ So wird es begreiflich, daß die seinerseits vertretene politische Ueberlegenheit vor der gegenüberstehenden sittlichen Ueberlegenheit den Rückzug hat antreten müssen. Außerdem habe ich mit viel Langmuth, indeß leider vergeblich auch noch in meiner eigenen Abend-Unterredung vom 5. Januar mich bemüht, ihn auf seiner abschüssigen Bahn aufzuhalten.

Die Unterredung meiner Frau mit dem Herrn v. Hammerstein hatte nicht stattgefunden behufs einer bewundernden oder etwa auch tadelnden Aufnahme seitens des Publikums, auch war der Herr Freiherr v. Hammerstein nicht zweckbewußt zum Vergnügen der Einwohner über den Korridor entlassen worden. Es handelte sich um einen für die Sache und für die Betheiligten tiefernsten Vorgang. Herr v. Hammerstein hat nachträglich am 6. Mai die nichtige Behauptung gewagt, die Einsicht „in die Actenstücke abgelehnt“ zu haben. Sollte etwa der Schein entstehen, meine Frau habe sie ihm angeboten? Nun, er kennt ja die Wahrheit. Freilich wenn er sich später nicht gescheut hat, sogar mir selbst aus unserer beiderseitigen Unterredung in seiner Zeitung Aeußerungen unterzulegen, über deren Unmöglichkeit schon nach seinem eigenen Schreiben vom 6. Januar 1889 an mich kein Zweifel sein kann, so konnte er ja vermeinen, auch mit einer Unterredung, welche er mit einer Frau gehabt, nicht minder „ritterlich“ umspringen zu können. Bezeichnender Weise sagt er nach Erscheinen der Broschüre selber, „er habe bisher noch keinen Ge-

brauch von jener Unterredung mit meiner Frau gemacht.“ Nach seinem Schreiben vom 6. Januar und seinen Verstecktheiten **an sich** hätte meine Frau sogar vor mir in den Schein gerathen können, daß sie den Besitz eines Briefes aus dem Jahre 1878 behauptet habe. Es hätte dies in den Augen Mancher zur Erschütterung meiner Position allerdings beitragen können, weil mir dann leicht eine indirecte Verantwortlichkeit für unsichere Behauptungen zugeschoben werden konnte.

Mittels des Scheins solcher Aeußerungen konnte die Ehefrau gegen den Ehemann zu ihrem gemeinschaftlichen Verderben ausgespielt werden. Durch Veröffentlichung der Unterredung ist die Nichtigkeit auch des künstlichen Scheins erwiesen. Auch darauf kam es an.

Es war nicht etwa nur ein schwieriges, sondern ein gefährliches Extemporale, welches von dem offenbar in mancherlei Sätteln gerechten Chefredakteur-Politikus der Pfarrfrau aufgegeben ward. Es war nicht meine Sprechstunde. Meine Frau empfing zunächst einen Anonymus; sie empfing denselben, weil sie an Krankenkommunion oder amtliche Bestellungen in anderer Angelegenheit dachte. In meinem Amtszimmer war außer meinem ältesten Sohn der Kirchendiener. So wurde das erste Zimmer durchschritten. In's zweite Zimmer eingetreten, schloß Herr v. Hammerstein die Thür und stellte dann mit der Klimax, welche diesseits des Grafen abschloß und bei dem „Chefredakteur der Kreuzzeitung“ Halt machte, sich der ahnungslosen Pfarrfrau vor. Selbstverständlich hätte der nominelle erste Vertreter einer christlich-konservativen Presse in meinem Hause eine vertrauende Aufnahme gefunden, wenn nicht gerade für den Scharfblick des Weibes durch den ganzen Habitus dieses Mannes die Lage wie durch einen Blitzstrahl erhellt gewesen wäre. Meine Frau erkannte und empfand in dem Versuche dieses Freiherrn, sie in Erörterungen über den Brief hineinzuziehen und zu verwickeln, sowie in der kundgegebenen, nicht gerade bescheidenen Begehrlichkeit, einen Brief erst zu sehen, einen Mangel an Ritterlichkeit; sie bekam Angst vor diesem Manne. Um so mehr brach sie das Gespräch rechtzeitig ab, erhob sich und gab im geeigneten Augenblick Herrn Freiherrn v. Hammerstein nach den Regeln der Höflichkeit seine Entlassung. Derselbe nahm seinen Rückzug direkt über den Korridor, so daß der Kirchendiener nichts davon wahrnahm, wie denn die ernste Unterredung selbst sich mit so großer Stille vollzog, daß in der Nebenstube

nach dem mir gewordenen Bericht kaum etwas zu hören gewesen ist. Daß gerade dieser so wohlvorbereitete Freiherr v. Hammerstein mit seiner zweifellos „großen juristischen Begabung“ es bitter empfunden hat, die geistig-sittliche Ueberlegenheit einer unvorbereiteten und noch wenige Augenblicke zuvor ahnungslosen Pfarrfrau inne geworden zu sein und sich eine persönliche, unbedingte Niederlage in jeder Beziehung errungen zu haben, wird für ihn stets ein Stück negativen Lebenserwerbs bleiben. Dies findet auch seine Bestätigung in der eigenthümlichen Ritterlichkeit, in welcher derselbe nachträglich an einer Frau seine edle Rache mit etwas Druckerschwärze zu nehmen gewußt hat, wie er eben vermöge seines zeitigen Berufs darüber recht fröhlich und frei hat verfügen können.

Der Freiherr v. Hammerstein ist übrigens nicht der Erste, der es versuchte, in Sachen Stöcker-Witte durch Vermittelung meiner Frau etwas zu erreichen.

Es war an einem Sonntage im Mai 1888, als ein ehemaliger Anhänger des Hofpredigers Stöcker meiner Frau, welche gleich ihm aus der Kirche kam, erzählte, etliche Herren von den Vorständen der Vereine im Norden Berlins beabsichtigten eine Versöhnung der beiden Männer Stöcker und Witte herbeizuführen. Meine Frau solle nach Möglichkeit versuchen, mich versöhnlich zu stimmen. Ferner solle sie ein festes Versprechen abgeben, dahingehend, für den Fall meines Todes mit den Stöcker'schen Briefen nicht hervorzutreten. Meine Frau hat ein solches Ansinnen empört zurückgewiesen und geantwortet: „Wer darf es wagen, ein solches Verlangen an mich zu stellen. Wenn mich das Unglück treffen sollte, daß mein Mann vor mir stirbt, noch dazu, ehe diese Angelegenheit geordnet ist — so weiß ich nicht, ob und was ich mit den Briefen beginne. Das aber weiß ich ganz genau, daß ich stets wissen werde, was ich der Ehre meines Mannes schuldig bin, sei es, daß er lebe, sei es, daß der Rasen ihn decke. „Was meinen „Sie wohl, wieviel Steine meinem Manne noch in's Grab geworfen „würden, aus sicherer Position, in der Erwägung, daß die Todten „stumm seien. Dann würde meine Pflicht sein, für meines Mannes „Ehre und guten Namen einzutreten, und sollte ich selber darüber zu „Grunde gehen. Denn es giebt ein Etwas, das steht höher, als das „Leben, und das ist die Ehre, — das können Sie, bitte, den Herren „als meine Antwort bringen.“

Daß meine Frau, mit Bezug auf Hofprediger Stöcker, mir gesagt hatte: „verdirb ihn, sonst wird er Dich zu verderben

trachten", darf nur aus seinem ganzen Zusammenhang verstanden werden. Eine Frau hatte ihren Mann auf die ihm von Hofprediger Stöcker sicher drohende verderbliche Gefahr auch ihrerseits schon vor Jahren hingewiesen, und Herr von Hammerstein erfuhr es nun, daß wir in Hofprediger Stöcker den rücksichtslosesten und feindseligsten Gegner unseres Hauses kannten. Ich aber konnte an dieser Mittheilung bei meiner Veröffentlichung der Unterredung nicht vorüber gehen.

Man hat mir dennoch hier und da gerade mit Bezug hierauf sehr überflüssige, satte Vorwürfe gemacht. Zu dem Zweck ist viel Heuchelei und viel Spekulation auf Unverstand und Geistesträgheit aufgewandt worden. Von der Hütte bis zum Throne hat jede Frau das Recht und die Pflicht, so zu ihrem Manne zu sprechen, wie meine Frau es that, und nicht jede Frau wird so im Gehorsam sich beugen, wie gleichfalls so vorbildlich meine Frau gethan hat, als ich ihre in einem höchst kritischen Zeitpunkt (6. August 1885) an mich ergehende Aufforderung, mit ernsten Mitteln mich und die Meinigen vor einer für uns verderblichen Persönlichkeit zu schützen, ablehnte und nicht befolgte. So hat denn meine Frau dem Herrn v. Hammerstein auch — vgl. Seite 3 der Brochüre — ausdrücklich gesagt: „Aber mein Mann übte immer wieder Schonung. Hätte Hofprediger Stöcker jetzt (nämlich 3. Januar 1889 C. W.) in seiner gegen Cremer gerichteten Erklärung meinen Mann nicht angegriffen, sondern geschwiegen, dann hätte mein Mann ja gar keine Veranlassung gehabt, ihm entgegenzutreten." Hieraus geht hervor, mit welcher Ergebung des Gehorsams meine Frau sich darein gefunden und geschickt hatte, daß ihr Mann dem Verderber seiner Ehre aufs Neue hatte Schonung angedeihen lassen.

Auch meinen Verleumder darf ich nicht verleumden, wohl aber darf ich meinen Verderber verderben, wenn unter Umständen zuletzt er selbst hierzu mich unfreiwillig zwingt, und ich ihn verderben muß. Ich unterlasse es absichtlich, auf erhabene, menschliche Vorbilder hinzuweisen. Das Recht, einen Verderber zu verderben, ja unter Umständen die Pflicht mag denn theoretisch mit größerer oder geringerer Heuchelei bestritten, darf aber nicht geraubt werden, wenn eigenes Leben und eigene Ehre, welche mehr ist als das Leben, nicht mehr auf anderem Wege geschützt und bewahrt werden können oder sollen. Mag's [illegible]ritten werden gerade auch von solchen, die mich

schon ganz gerne verderben möchten, und denen ihr sanftes, so liebreiches Herz blutet, so sie mich nicht verderben können!

Wir sind alle Unterthanen, aber inmitten der Unterthanen giebt es Tyrannen und Sklaven, Tyrannen, welche Sklaven sind und Sklaven, welche Tyrannen sind, und ich verachte sie. Das Verächtliche und die Verächtlichen sollte ich nicht verachten? Und sie sollten wissen oder es Anderen erst sagen dürfen, was Gottesfurcht und Frömmigkeit, was Ritterlichkeit oder edle Weiblichkeit sei? Es soll ihnen nicht gestattet sein, wenn sie in Folge ihrer hochgradigen „Sanftmuth" auch noch so sehr mit den Zähnen knirschen mögen. Das thun nämlich solche Leute, wenn sie mehr unter sich sind; dabei möchten sie am Liebsten, mit der Meisterschaft der Gewohnheit ihr Gesicht in pathetische Falten legend, Pietät an ihre Persönlichkeit vergeuden lassen, während sie, wie ich weiß, auch die Faust zu ballen nicht verschmähen.

Es war am 6. August 1885, daß gegen 9 Uhr Morgens der hochbetagte Generalsuperintendent D. Büchsel, wie er je nach dem Stand der Kräfte gerne that, mich besuchte; dies Mal blieb er über vier Stunden und auch zu Mittag. Kaum hatte er sich gesetzt, als er von Hofprediger Stöcker in prägnanter und charakteristischer Weise zu reden begann; wir verstanden uns ohne Weiteres in der Hauptsache. Doch ward erst, nachdem ich ihm das kurze Abschiedsgeleit gegeben, mir klar, daß er noch etwas Besonderes müsse auf dem Herzen gehabt haben. Ich aber, unter Abkürzung meines Urlaubs erst in der Nacht aus Sylt heimgekehrt, hatte die Zeitungen der letzten Tage noch nicht gelesen. D. Büchsel aber, den es so früh zu mir getrieben und so lange bei mir gehalten hatte, mochte sich wundern, daß ich nichts sagte über allerjüngste, ganz bedeutsame Preßvorkommnisse, deren Kenntniß er gerade am Ehesten und Genauesten bei mir voraussetzen konnte, und mochte auch mit einer gewissen Zartheit die Verantwortlichkeit scheuen, mich erst auf Artikel aufmerksam zu machen, welche einen Brand zu entzünden höchst geeignet waren. Hatte ich doch in den Prozeßverhandlungen Bäcker-Stöcker kaum zwei Monate zuvor in Gegenwart von Hofprediger Stöcker unter Anderem Folgendes ausgesagt nämlich 1. am 9. Juni 1885:

„Noch fällt mir ein, daß ich erst etwa im Jahre 1879 davon „hörte, daß Hofprediger Stöcker Herrn Grüneberg den erwähnten „Auftrag gegeben hatte, daß mich dies damals mit Betrübniß er-

„füllte, ich es aber mit Fleiß vermieden habe, je wieder auf diese „Angelegenheit zurückzukommen."

und 2. am 10. Juni 1885:

„Schon gestern, nachdem ich meine Aussage gemacht, befragte „ich Herrn Hofprediger Stöcker nachträglich, ob nach dem Inhalt „seiner mir noch unbekannten Aussage ich eine seinerseits an mich „gerichtete näher bezeichnete briefliche Mittheilung noch werde „vorlesen müssen, und bekam die beruhigende Antwort, daß er „bereits genau dasselbe ausgesagt, was er mir geschrieben. In„zwischen sind die Zeitungsberichte erschienen, und ist es mir „doch ungewiß geworden, ob ich nicht die gestern unterlassene „und auch vergessene Vorlesung der bezüglichen Stelle eines „von Hofprediger Stöcker an mich gerichteten Briefes heute nach„zuholen habe. Ich möchte nicht nachträgliche Skrupel empfinden „müssen, etwas verschwiegen zu haben, „was ich weiß." Ich kann „die kurze Stelle um so unbefangener vorlesen, als ich dies nach „Besprechung und in vollem Einverständniß mit Herrn Hofprediger „Stöcker thue. Die Stelle lautet: „Wohl ist es möglich, daß ich „gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen „zuverlässigen Menschen —, wenn Sie die Kandidatur „Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie „mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu be„kämpfen."

Unter dem Datum des 6. August 1885 schlossen sich nun mit einander und Schlag auf Schlag — zunächst ohne mein Ahnen — nachstehende Auslassungen an:

Christlich-sociales Korrespondenzblatt:

„Die Beweisaufnahme über diesen Punkt hat in uns unbegreiflicher Weise doch hauptsächlich auf das Zeugniß Grüneberg's hin, dem das Hofprediger Stöcker's gerade im entscheidenden Punkte — des gegebenen oder nicht gegebenen Auftrags an Grüneberg — widersprach, dahin geführt, daß auch in diesem Punkte der Beweis der Wahrheit zu Ungunsten Hofprediger Stöcker's als erbracht zu betrachten sei.

Der Gerichtshof selbst hat den Grüneberg als einen „klassischen", d. h. vollen Glauben verdienenden Zeugen nicht anerkannt, gleichwohl scheint sein Zeugniß in diesem Punkte entscheidend gewesen zu sein.

„Noch eins; das Unbegreiflichste in diesem Punkte zuletzt. „In dem schriftlichen Erkenntniß heißt es: „Vorher schrieb Stöcker an Witte einen Brief, in welchem er ihm mittheilte, daß er ihn bekämpfen und fallen lassen würde, wenn er, Witte, bei der Aufstellung des Hoppe verharre.“

Ein Brief solchen Inhalts existirt nicht und hat nicht existirt, Hofprediger Stöcker hat einen solchen weder **jemals** geschrieben, noch hat Pastor Witte **jemals** einen solchen erhalten — der Brief existirt nur in der Phantasie.“ —

Der **Reichsbote** für 6. August 1885 brachte Folgendes:

Zur Stöckerhetze.

„Die inzwischen weiter aufgeklärten Thatsachen haben Stöcker gegenüber dem gegen ihn geschleuderten Vorwurf glänzend gerechtfertigt, und werden es immermehr thun. Heute bringt, wie uns berichtet wird, das „Christlich-Soziale Korrespondenzblatt“ die Mittheilung, daß der Brief an Pastor Witte, der in dem Prozeß gegen Stöcker eine Rolle spielte, gar nicht existirt.“

Die **„Freie Zeitung“** brachte am 6. August 1885 Folgendes:

„Das „Christlich-Soziale Korrespondenzblatt“ bringt die „Mittheilung, daß der Brief Stöckers an Pastor „Witte, der in dem Prozeß eine Rolle gegen Stöcker „gespielt hat — gar nicht existire. Das Stöcker'sche „Blatt beschuldigt den Pastor Witte **des Mein„eides und zwar des wissentlichen Meineides**; hat doch „Pastor Witte einen Theil jenes Briefes in der „Verhandlung verlesen! Herr Witte wird hierauf „die Antwort nicht schuldig bleiben.“

Unter dem unmittelbaren Eindruck dieser drei Auslassungen war es, daß meine Frau mir sagte: „Du hast ihn jetzt in der Hand, verdirb ihn, sonst wird er Dich zu verderben trachten.“ Was anders konnte und sollte das heißen als eben dies, daß ich das heillose Treiben des Hofpredigers Stöcker gegen mich nunmehr endlich entlarven müsse, um dasselbe unschädlich zu machen! In welchem anderen Sinn hätte dies gemeint sein können? Wenn ich als Meineidiger geächtet war, so mußte nun der betreffende Verleumder geächtet werden. Dahin ging die Erkenntniß und die Empfindung eines Weibes.

Seit der Zeit konnte es sich meinerseits gegenüber dem Hofprediger Stöcker nicht mehr um amtsbrüderliche Empfindungen sondern

nur noch um die Frage, ob mir das Gebot der Feindesliebe die Pflicht auferlege, mich von einem derartigen Feinde bewußt, verderben zu lassen? Ist es doch nirgendwo befohlen, Namens der Feindesliebe Feinden zu vertrauen, sie zu bewaffnen und sich zu entwaffnen. Es ist nicht Pflicht, ihre etwaigen Geheimmittel für Arzneien und ihre Phantome für Ideale auszugeben. Warum denn auch und wozu? Etwa aus einer gewissen, nur selbsterwählten Sucht, sich zertreten und verderben zu lassen? Es ist dagegen Pflicht, einen dargebotenen Kriegszustand rechtzeitig anzunehmen und den Guerilla-Krieg in einen offenen ehrlichen Kampf umzuwandeln.

Hofprediger Stöcker hatte mich insgeheim verleumdet, daß ich gegen Geld und Geschenke „bevorzugten" Juden gewohnheitsmäßig Titel vermittele. Er hatte Grüneberg beauftragt, mich mit dieser Verleumdung öffentlich zu bekämpfen. Diese Thatsache des Auftrags, welcher mir erst 1879 bekannt geworden, hatte er im Sommer 1885 zeugeneidlich bestritten; er hatte vorher mich „auszuholen" versucht, mich gelockt, beschuldigt, gekränkt; er hatte im weitgehenden Vertrauen auf meine vertrauende Noblesse unserer gemeinsamen „Erklärung" eine andere Fassung gegeben, als verabredet war; er hatte mir auf Befragen gesagt, er habe genau das ausgesagt, was in dem Briefe stehe — während es in Wahrheit doch sehr anders gewesen war — er hatte mich bezeichnet als einen Mann, „der solche Sachen doch nicht treiben solle" —; er hatte gesagt: ich glaube, es war Cäsar Wollheim, während er doch in den Briefen von „der Wollheim'schen Angelegenheit" redet. Es soll hier durch dies „ich glaube" vermuthlich gesagt werden, unter den vielen Fällen der Art war es, ich „glaube" Cäsar Wollheim. Er hatte mit Dank die Wollheim'sche Gabe für den Oberlin-Verein angenommen. Indessen galt fortan mein eigenes Klavier vielfach als ein Geschenk Cäsar Wollheim's*); er

*) Anm. Meine diesbezügliche Zeugenaussage lautet: Im Sommer 1878, als ich mich in Stennewitz bei Landsberg a. W. aufhielt, wurde ich benachrichtigt, daß ich als konservativer Reichstagskandidat aufgestellt werden sollte. Da ich zugleich erfuhr, daß seitens der christlich-sozialen Arbeiterpartei Herr Hofprediger Stöcker aufgestellt werde, so gab ich die Erklärung ab, daß es sich für mich nicht zieme, gegen einen Amtsbruder mich aufstellen zu lassen. Außerdem sei zu bedenken, daß der 6. Reichstagswahlkreis ein wesentlich industrieller sei und würde ich dafür sein, in der Person des Fabrikbesitzers Karl Hoppe einen konservativen Industriellen aufzustellen. Die bezügliche Wahlversammlung in der Norddeutschen Brauerei ist von

hatte eine vorsichtig begrenzte Inhaltsangabe einer Briefstelle, ausgegangen von einem Preußischen Gerichtshofe, textuell verändert und Angesichts der so von ihm veränderten Fassung einer Briefstelle mir zugemuthet, seine Bezeichnung „Phantasie-Brief" auf die Fassung des Gerichtshofs anzuwenden und zu übertragen. Er hatte damit eine ebenso ungeeignete wie gefahrvolle Zumuthung an mich gestellt. Solches geschah, nachdem ich durch Nicht-Vorlegung seiner 3 Briefe vom 22., 26., 28. April und meiner Antworten — wenn auch nur nach Pflicht — ihm seine amtliche Existenz gerettet hatte. Man halte fest, die Reklamationsfrist war noch nicht abgelaufen. Meines Erachtens hätte ich mich durch solche „Phantasie-Erklärung" gegenüber

---

mir weder einberufen noch besucht worden, vielmehr habe ich mich zur selben Zeit in Bad Elster, wohin ich an ein Krankenbett gerufen worden war, befunden. — Präs.: Es ist von Herrn Hofprediger Stöcker bemerkt worden, daß Jemand, der jüdischen Leuten Auszeichnungen zu verschaffen suche, politisch nicht in conservativem Sinne wirken könne. — Pastor Witte: Niemals habe ich Derartiges gethan, was mir, wie es scheint, vorgeworfen ist; das einzige, um was es sich handeln kann, ist dieses: Im Februar oder März 1878, wenn ich mich recht erinnere, erschien eines Tages bei mir Herr Alexander von Wedell, ein konservativer Edelmann, ein würdiger betagter Herr, welcher um die Berliner konservative Bewegung große Verdienste hat, und bat mich unter Vorlegung eines schriftlichen Votums von der Hand und mit der Unterschrift eines Pastor Müller um meine Mitunterschrift dieses Votums zum Zweck der Auszeichnung des Kommerzienraths Cäsar Wollheim durch Gewährung des Titels eines Geheimen Kommerzienrathes. Ich war gewissermaßen Station auf dem Wege des Herrn von Wedell zu Herrn Hofprediger Stöcker. Mit Freuden erklärte ich mich zur Unterschrift bereit, sah mich nach Durchlesung des Votums jedoch zu einer anderen Redaktion desselben veranlaßt. Ich sagte Herrn von Wedell, er könne Herrn Pastor Müller gegenüber versichern, daß dies meinerseits in voller amtsbrüderlichen Bescheidenheit geschehe, indem eine derartige Aenderung immer leichter erscheinen müsse als ein erster Entwurf; auch werde Herr Hofprediger Stöcker es in dieser veränderten Form noch eher unterschreiben. Ich selbst hatte zu Kommerzienrath Wollheim niemals irgendwelche Beziehung. Von einem Pianino habe ich damals nichts, dagegen erst jetzt, im Zusammenhange mit diesem Prozesse, etwas gehört, und aus dem Munde des Herrn von Wedell nur überhaupt vernommen, daß der Kommerzienrath Wollheim irgend eine größere Gabe an das unter Leitung des Herrn Hofprediger stehende Oberlinstift gegeben habe. Daß der Kommerzienrath Wollheim Jude sei, wußte und ahnte ich nicht; ich konnte auch nicht darauf kommen. Mir sprach einmal nicht der Vorname

einem aktiven Gerichtshof sogar ins Gefängniß bringen können. Sofort nach Ablauf dieser Frist „ließ“ er in seinen Blättern den fraglichen Brief ableugnen. In richtiger Consequenz schrieb nun die „Freie Zeitung“ von dem Meineid . . . dessen ich beschuldigt wurde.

Absichtlich theile ich Einiges aus einem Artikel des „Westfälischen Volksblatts“ Nr. 125 mit, das sich zwar hier und da vergreift, aber ungeachtet seiner Konfessionsstellung der Gattin eines Pfarrers mehr gerecht wird, als es den Mündeln des Herrn v. Hammerstein möglich gemacht wird. Das Blatt verwechselt „Wurzel“ und „Anlaß“, wie es wohl selber zugeben wird. Den Wunsch eines Kommerzienraths, Geheimer Kommerzienrath zu werden, darf man nicht ohne Weiteres als „gewöhnliche Titeljägerei“ und als etwas „Weibisches“ bezeichnen. Solcher Wunsch ist durchaus natürlich und achtbar. Auch meine Langmuth und Geduld hätte man, wie ich wohl sagen darf, mir nicht als ein Stück „zaghafter“ Schwachheit anrechnen sollen, denn „sich selbst bekriegen, ist der schwerste Krieg; sich selbst besiegen, ist der schönste Sieg.“ Endlich wird „mein amtsbrüderliches Interesse für das Hofpredigerthum“ nicht richtig gewürdigt. Erwähnen will ich noch,

Cäsar dafür, auch nicht der Umstand, daß ein Herr von Wedell dafür so lebhaft eintrat und sich gerade an uns drei Geistliche wandte, auch nicht, daß der genannte Kommerzienrath an christliche Anstalten Gaben gespendet hat. Ich vermuthe, daß auch Herr von Wedell hiervon nichts gewußt und geahnt, sonst hätte er mir wohl hiervon gesagt. Ich führe dies aber nur rein thatsächlich an, weil es nicht meine Aufgabe ist, zu erörtern, was ich gethan hätte, wenn mir bekannt geworden wäre, daß es sich um die Empfehlung eines jüdischen Unterthans Sr. Majestät handele. Wäre mir dies bekannt gewesen, so kann ich mir nicht denken, daß es mir ein Hinderniß gewesen wäre, wenn es sich um eine in ganz Berlin anerkannte, so hoch achtbare Persönlichkeit, wie die des Kommerzienraths Wollheim, gehandelt hätte, für welche unter den dargelegten Verhältnissen dazu ein Mann, wie Herr von Wedell, Bürgschaft leiste. Die Empfehlung ging ja nicht dahin, daß der Genannte etwa Konsistorial-Rath werden, sondern dahin, daß er Kommerzien-Rath, oder vielmehr, daß der Kommerzien-Rath Geheimer Kommerzien-Rath werden möchte. Es ist mir darum noch heute lieb, daß und wie ich mich dabei betheiligt habe. Erst nach längerer Zeit befragte ich Herrn von Wedell nach dem Verlauf der Angelegenheit und nach der Unterschrift seitens des Herrn Hofpredigers Stöcker. Da erfuhr ich, daß der Herr Hofprediger die Unterschrift nicht gegeben, vielmehr gesagt habe, er mache dergleichen Dinge lieber persönlich ab. Aus dieser Mittheilung habe ich nicht im Geringsten entnehmen können, daß der Herr Hofprediger sachliche Bedenken gehegt habe. C. W.

daß wir im Sommer 1885 unter dem Scepter unseres Kaisers Wilhelm I. lebten und daß Kaiser Wilhelm hoch betagt war. Hier war Schonung der Empfindungen und Vermeidung jeder Erregung aus Pietät vor den Aufgaben eines hohen Herrscher-Alters doch wohl angebracht. Gerne aber und aufrichtig will ich anerkennen, daß der Verfasser gerade der für ihn vielleicht nicht so fernliegenden Versuchung widerstanden hat, hinsichtlich einer Pfarrfrau sich von dem pseudochristlichen Geschwätz Anderer auch in seinem Urtheil beeinflussen zu lassen. Es ist zu meiner Freude nicht geschehen. Auszugsweise heißt es in dem genannten Artikel folgendermaßen:

„Der Oberkirchenrath, das Landgericht, die gesammte deutsche „Presse, ja, den Gerüchten zufolge sogar die höchste Autorität im „Staate sind in Anspruch genommen von dem Streite der beiden „Pastoren; man knüpft an denselben Folgerungen, welche das ganze „Parteiwesen im deutschen Reiche in seinen Fundamenten berühren — „und was ist die Wurzel dieser gewaltigen Angelegenheit?"

„Ein konservativer Edelmann geht mit der bezüglichen Petition „hausiren und läßt sie zunächst von orthodoxen Pastoren unterschreiben, „weil das Pianino ja einer konfessionellen Stiftung zu Gute gekommen „ist. Pastor Witte von St. Golgatha in Berlin unterschreibt das „Gesuch, weil er ein gar so gutmüthiger Herr ist. Herr Stöcker, „der bei der Leitung des mit dem Pianino beglückten Oberlin-Vereins „betheiligt ist, wäre der Nächste dazu, aber er lehnte die Unterschrift „ab, weil Wollheim ein Jude ist; das Pianino hat er aber „trotz der jüdischen Herkunft nicht zurückgehen lassen.

„Bald darauf sind die Reichstagswahlen von 1878. Pastor „Witte der Gutmüthige wird von einer Seite als Kandidat in Vor„schlag gebracht, weil er in einer sozial-demokratischen Ver„sammlung, die in seiner Pfarre tagte, in anerkennenswerther „Weise gegen den Anarchisten Most aufgetreten ist. Witte lehnt für „seine Person die Ehre ab, aber er hat den unglückseligen Einfall, einen „ihm befreundeten Fabrikbesitzer Hoppe als Kandidaten in Vorschlag zu „bringen. Der Gedanke war an sich gar nicht so übel, denn in dem „„Maschinenbauer-Viertel", welches den Kern des fraglichen Wahlkreises „bildet, war die Kandidatur eines angesehenen Industriellen „wohl am Platze. — Aber Herr Stöcker wollte in diesem Wahlkreise „kandidiren.

„Derartige Zwistigkeiten bei der Auswahl von Kandidaten „kommen bekanntlich sehr häufig vor. Aber unter richtigen Männern

„macht man die Sache durch offene, freimüthige Aussprache ab oder „läßt eine Wählerversammlung nach sachlicher Erörterung entscheiden. „Herr Stöcker jedoch trat nicht gegen Herrn Hoppe in die Schranken, „sondern schickte seinen Vertrauten Grüneberg aus, um dem Beschützer „Hoppe's, Pastor Witte, ein Bein zu stellen. Eine echt weibische „Kampfart. Nicht die Würdigkeit oder Fähigkeit der Kandidaten, „nicht die Verhältnisse des Wahlkreises und die Neigungen der Wähler „sollten entscheiden, sondern den Ausschlag zwischen Stöcker und Hoppe „sollte die Wollheim'sche Affaire geben. Die Wähler sollten dadurch „gegen Herrn Hoppe eingenommen werden, daß sein Patron Witte „als ein Patron jüdischer Titeljäger hingestellt würde.

„Bei der Titeljägerei hatte das Pianino bekanntlich eine Rolle „gespielt. In dem Klatsch, der sich nachträglich entspann, wurde das „Pianino und die Gönnerschaft Witte's derartig in Beziehung „gebracht, daß Pastor Witte in den Verdacht kam, das Pianino als „Belohnung für seine Unterstützung der Titelpetition erhalten zu „haben. Man kann sich denken, wie ihn dieser Verdacht gewurmt „haben muß. Noch im Jahre 1888 mußte Pastor Witte es erleben, „daß bei den Kirchenwahlen in seiner Gemeinde ein boshaftes „Schäflein einen Zettel mit dem Namen Cäsar Wollheim abgab.

„Pastor Witte schwieg trotz alledem. Aber nun kamen die „Grüneberg'schen Enthüllungen, und daran schloß sich der Prozeß „Stöcker-Bäcker vom Jahre 1885. Der Klatsch und die Intriguen „von 1878 kamen vor Gericht. Herr Stöcker richtete an Pastor „Witte den berühmten Brief, in welchem er als „möglich" zugestand, „zu Grüneberg geäußert zu haben, daß er eventuell in der Lage sei, „Herrn Witte durch die Veröffentlichung der Wollheimschen „Geschichte zu bekämpfen, und zugleich versuchte, Herrn Witte „über seine Erinnerung betreffs dieser Angelegenheit auszuholen.

„Darin knüpft sich nun eine lange, verwickelte Tragikomödie, „welche man allenfalls „Kabale und Liebe" betiteln könnte. Pastor „Witte sucht mit Zittern und Zagen den rechten Mittelweg „zwischen der Scylla seiner strengen Gewissenhaftigkeit und „seinem amtsbrüderlichen Interesse für die Würde des Hof„predigerthums. In der Form seiner Antworten an Stöcker sieht „man, daß es ihm nicht leicht wird, die persönliche Empfindlichkeit „und Revanchelust zurückzudrängen. Aber als es zur Gerichts„verhandlung kommt, da opfert er voll und ganz sein per„sönliches Interesse dem Amtsbruder. Er hat den Brief in

„der Tasche, mit welchem er dem arg bedrängten Stöcker einen „tödtlichen Streich versetzen kann; aber er wendet all' seine „Geschicklichkeit an, um nicht zur Mittheilung des Briefes ver„anlaßt zu werden. Herr Stöcker thut natürlich das Möglichste, „um das Gewissen des Amtsbruders zu beruhigen und ihn „nicht zu redselig werden zu lassen. Er versicherte ihn an „dem kritischen Verhandlungstage, daß in seiner (Wittes) Abwesenheit „bereits Alles so klargestellt sei, wie es dem Briefinhalt entspreche. „Aber zu seiner Ueberraschung liest Herr Witte in den Zeitungs„berichten, daß die Sache nicht in der angeblichen Weise klargestellt „sei. Nun regen sich Ehrgefühls- und Gewissensscrupel. Vor „Beginn der Verhandlung des nächsten Tages stellte er Herrn „Stöcker ernstlich zur Rede. Sie verabredeten eine „gemeinsame „Erklärung", treten dann in den Verhandlungssaal und Herr Stöcker „gibt sich daran, die Erklärung schriftlich zu fixiren. Herr Witte liest „und bemerkt ganz erstaunt: „Aber Herr Hofprediger, da steht ja „ganz etwas anderes, als wir verabredet haben!" Er aber bat mich „dringlich, es dabei zu belassen. Da packte mich das Mitleid mit dem „Manne." — Herr Witte proklamirt nun aus kirchlich-amtsbrüder„lichen Rücksichten die „brüderliche Verständigung" und salvirt sein „Gewissen dadurch, daß er einen Satz aus dem Briefe Stöcker's verliest, „ohne das Datum und den eigentlichen Zweck des Briefes anzu„geben.

„Welch' ein Aufwand von Kunst und Schweiß, um die un„angenehmen Folgen dieser weibischen Titeljägerei, Klatscherei und „Hetzerei abzuwenden! Sonderbarer Weise sahen sich weder die „Advokaten des Gegners Stöcker noch der Gerichtshof veranlaßt, das „Nähere über den Brief zu erforschen, mit dem Herr Witte so ängst„lich umging. So kam es, daß in dem Urtheil des Briefes und seines „Inhalts in ungenauer Weise gedacht war. Da die Stelle, welche „Pastor Witte verlesen hatte, bloß von den Vorgängen im Jahre 1878 „handelte, so schien der Gerichtshof der Ansicht geworden zu sein, daß „der Brief aus jener Zeit stamme.

„Nun hätte Herr Stöcker als gescheidter Mann über die Brief„angelegenheit, bei der er mit einem blauen Auge davon„gekommen, schweigen sollen und seine Freunde auch. Aber nein! „Die Herren konnten sich das Vergnügen nicht versagen, an der un„bestimmten Ausdrucksweise des Urtheils über den Brief, von „welchem bloß ein Satz den Richtern mündlich mitgetheilt war,

„herumzunörgeln. Mit einer nicht besonders männlichen „Silbenstecherei wurde die „Existenz eines Briefes vom Jahre 1878“ „in Abrede gestellt. Herr Witte hatte wieder einen schweren „inneren Kampf zu bestehen und entschied sich abermals für „schonendes Schweigen.

„Da rührte im Frühjahr 1889 Herr Cremer das sumpfige „Wasser der alten Geschichte wieder auf. Stöcker und seine Freunde „waren so unvorsichtig, die Ableugnung des Briefes in eine Form „zu kleiden, die Pastor Witte verletzen mußte. Letzterer wollte nun „in der „Kreuzztg.“ feststellen, daß es einen auf die Vorgänge von „1878 bezüglichen Brief Stöcker's wohl gebe. Die „Kreuzztg.“ „fürchtete „Scandal“ von dieser Erklärung, und ihr Chefredakteur, „Herr v. Hammerstein, begab sich persönlich zu Witte's Behausung, „um ihn zum Verzicht zu bewegen.

„Jetzt tritt die erste Frau in diesem Klatsch- und Intriguenspiel „auf die Bildfläche, und diese Frau, die Gemahlin des Pastors Witte „vertritt die Sache ihres Gatten mit einer solchen Energie „und Tüchtigkeit, daß die betheiligten Männer um so weibischer „erscheinen. Nun kommt es endlich zur Ausschüttung des Brief-„vorraths, den Herr Witte besitzt, und zu einer Entscheidung des „Oberkirchenraths. Letzterer hat allem Anscheine nach beiden „Theilen einen Verweis gegeben, um sie zur Ruhe zu bringen. Herr „Stöcker hat nun den Manen des Herrn Cäsar Wollheim das Opfer „des „vorläufigen“ Verzichts auf seine Volksversammlungs-Beredsamkeit „bringen müssen. Herr Witte aber hat sich — sicherlich im Einver-„nehmen mit seiner thatkräftigen Gattin — zu einem Kampf auf's „äußerste entschlossen und das ganze Material in einer von weh-„müthigem Zorn durchwehten Broschüre veröffentlicht, welche uns „als Unterlage zu dieser Betrachtung über die „Männlichkeit“ moderner „Helden gedient hat.

„Um den Eindruck voll zu genießen, muß man auch die salbungs-„vollen Worte lesen, mit welchen Stöcker einen Brief an Witte aus „Partenkirchen schließt, der den in dem fatalen Urtheil erwähnten „Brief zum „Phantasiebrief von 1878“ machen soll: „Ich bin „hier in der Trosteinsamkeit und fühle mich meinem Gotte inniger „denn je verbunden.“ — So weit das „Westfälische Volksblatt“.

Meinerseits bedarf es kaum noch einer Ergänzung. Nur würde der Verfasser des obigen Artikels unter Umständen doch auch selbst bereit gewesen sein, in eigener Angelegenheit Selbstverleugnung zu

üben, und wird gerne auch selbst einen Gegner thunlichst lange schonen, ehe er seine Vollkraft gegen ihn geltend macht. Er wird anerkennen, daß es nicht „weibische" Schwachheit war, wenn ich bis zum Aeußersten Schonung gegen einen bitteren Gegner übte, wiewohl es auch immerhin nach Schwachheit aussah. Diesem Schein der Schwachheit wird auch der Verfasser als Christ sich unter Umständen schon auszusetzen fähig sein.

Absichtlich lasse ich eine Aeußerung aus sehr anderem Lager folgen, nämlich ein Urtheil des „Kladderadatsch", ob vielleicht etliche Nachfolger derer, die sich einst „selbst vermaßen, fromm zu sein" und auch heute noch „sich obenan setzen", für ihr sittliches Urtheil und ihren Lebensernst bei diesem „Witzblatt" in die Schule gehen möchten.

„Erst stand Stöcker contra Witte,
„Dann ergriff das Wort als der Dritte
„Der Herr Freiherr von Hammerstein,
„Jetzo stellt als die Vierte sich ein
„Witte's getreues Eheweib;
„Rückt dem Freiherrn stark auf den Leib,
„Zeichnet den Stöcker ihm im Moment
„Nur so dahin, daß erschreckt er erkennt
„Die Züge, die ihm theuer sind.
„Sagt ihm selber denn noch geschwind
„Allerlei deutlich ins Gesicht,
„Läd' ihn länger zu bleiben nicht,
„Sondern macht es ihm freundlich leicht,
„Daß er den Korridor erreicht.

„Wenig erquicklich ist dieser Streit,
„Der nun währt schon lange Zeit.
„Gut drum ist, was keiner gemeint,
„Daß ein Wesen in ihm erscheint,
„Daran ein unparteiischer Mann
„Wohl seine Freude haben kann."

Auch aus Privat-Aeußerungen eine Probe, da sie zugleich ein Denkmal alter Freundschaft ist.

„Der Pfarrfrau, die so unverzagt
Dem schlauen Feind die Wahrheit sagt,
Die ihres Mannes Ehre schützt,
Daß Herr v. Hammerstein abblitzt,

Die auch der „Freiherr“ nicht genirt,
Deß Finten sie geschickt parirt,
Und die den Herrn „Chefredakteur“
Ganz sacht spediret „vör die Döhr“,
Sprech ich im Liede fröhlich aus
Den Dank und send ihn ihr ins Haus:
Sie soll von „öden Stöckerei'n
Fortan ganz unbehelligt sein,
Als Muster einer Pfarrerin,
Von klugem, resolutem Sinn,
Als Rose, die den Dorn benutzt,
Wo ihrem wackren Mann man trutzt.
Wohl jedem Haus, das Recht und Sitte
So wahrt, wie die Frau Past'rin Witte.

Bremen, 10. 5. 89. Ein alter Freund ihres Mannes,
der ihn in 35 Jahren nicht gesehen hat.“

Wer aber bist Du, lieber, alter Freund, der Du die Freundschaft mir in so schöner Weise noch nach Jahrzehnten bekundest? Nenne Dich mir mit Deinem Namen, daß ich Dir noch anders danken kann, als es hier an dieser Stelle geschieht. Es sind mir nach dem Erscheinen meiner Broschüre über meinen Konflikt mit Hofprediger Stöcker von beiden Erdhälften so mancherlei Beweise sittlich werthvoller Zustimmung geworden; doch Deine Verse haben als ein Denkmal alter Freundschaft mir in besonderer Art das Herz erquickt.

Am Vorabend seiner ersten Beschwerde gegen mich, in Kenntniß meiner Verhandlungen mit Herrn von Hammerstein, seinem Verbündeten, und fünf Tage vor Erscheinen meiner ersten, nach der eigenen „Volk“-Aussage erst „endlich“ erfolgenden Gegenerklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ trug Hofprediger Stöcker nach Bericht der „Staatsbürger Zeitung“*) vom 11. Januar in einer Volksversammlung vor dem Halleschen Thor u. A. folgendes vor:

*) Anm. Sogar der für Hofprediger Stöcker lebhaft eintretenden „Staatsbürger Zeitung“ wurde manches zu viel, sie macht zu der Stöcker'schen Aeußerung: „Die beiden Briefe“ wiederholt Fragezeichen und schreibt: „Wir haben hierzu nur zu bemerken, daß Herr Stöcker nach „unserer Ansicht einen logischen Schnitzer begeht, wenn er von „den beiden „Briefen“ spricht. Da nur ein Brief existirt, kann füglich nicht von „den „beiden Briefen“ die Rede sein. Herr Stöcker drückt sich hier insofern

„Als die Zeitungsartikel nicht mehr zogen, ging man zu Broschüren „über, in denen man vertrauliche Gespräche veröffentlichte, wie es „jüngst Herr Cremer gethan hat, der damit allerdings kein gutes „Geschäft gemacht hat. Für mich hat die Broschüre nur Vortheil„haftes, denn durch die Erwähnung des Falles Bäcker hat er mir „Gelegenheit gegeben, einen Punkt **aufzuklären**, der für mich „nichts Unvortheilhaftes hat, sondern **für jemand ganz anderen.**" „(Zustimmung.)"

Hofprediger Stöcker hatte den „einen Punkt" nicht „aufgeklärt," sondern verdunkelt, wie ich schon mündlich am 5. Januar 1889 dem Herrn von Hammerstein gegenüber dies ausgesprochen habe.

Man wußte, daß der „eine Punkt" in dem „Fall Bäcker" in jener öffentlichen Stöcker'schen Erklärung bez. „Aufklärung" vom 3. Januar 1889 als der **„Fall Witte"** bezeichnet war, und daß hinsichtlich dieses „einen Punktes" kein anderer als ich der „ganz andere" Jemand sein konnte. Nicht genannt war ich, aber es war wie mit Fingern auf mich gezeigt, und die Zustimmung aus der Versammlung dieses Redners war der sich von selbst ergebende Lohn. Zudem hatte Hofprediger Stöcker, indem er schon das bloße Citiren jener Stelle eines gerichtlichen Erkenntnisses als ein Mittel der „Verdächtigung" charakterisirt hatte, noch von dem geringen „Glück" ge-

---

„inkorrekt aus, als er .... einen zweiten Brief in die Erscheinung „treten läßt, der thatsächlich gar nicht .... Wie leicht es aber ist, „durch solchen Schnitzer auch die „festgefügte" Logik anderer Köpfe ins „Wanken zu bringen".... Das richtet den ganzen Wirrwarr an: wir haben diesen „lapsus" bereits angeführt. Nun nimmt die „Staatsbürger Zeitung," selbst unbewußt in Irrthum versetzt, einen für Stöcker schädlichen Irrthum des Gerichtshofes an, ahnt auch so wenig wie ein späterer Jurist der Kreuzzeitung, daß ich durch Kraus hatte den Sachverhalt unter Mittheilung des Materials thatsächlich klarstellen lassen. Dennoch kann sie ehrlicher Weise nicht umhin, zu sagen: **„Andererseits begreifen wir auch nicht, weshalb Herr Stöcker nicht sofort über diesen Irrthum Aufklärung geschafft hat, wie dies doch durch Anführung des Datums so leicht gewesen wäre."** Herr Hofprediger Stöcker hat sich wohlweislich gehütet, so prompt zu sein. Einen Irrthum des Gerichtshofes gab es nicht, und ein Versuch, aus einem angeblichen Irrthum für sich Kapital zu schlagen, wäre für Herrn Hofprediger Stöcker „sofort" verhängnißvoll geworden. Denn es handelte sich doch um etwas sehr Anderes, als um einen „nur logischen Schnitzer" oder „lapsus", sondern es handelte sich hierbei um den eigentlichen Ausgangspunkt des ganzen Stöcker'schen Täuschungsversuchs.

sprochen, welches außer dem Verfasser der damals erschienenen Broschüre **jeder** Andere habe, der diesen „gewagten Weg beschreite." In Wirklichkeit bietet nun das gerichtliche Erkenntniß eine unerschütterliche Grundlage für richtige Charakterisirung des Herrn Stöcker und seines Thuns. Dies auszusprechen, mag unangenehm berühren und um der Wirkungen des Zornes willen den Weg zu einem „gewagten" machen, aber der Weg selbst ist dennoch der Weg der Wahrheit und daher der rechte, in sich nichts „Gewagtes" bietend.

Als der Hofprediger Stöcker unter so durchsichtigem Schleier zeigte, für wen der von ihm vorgebrachte „Fall" angeblich „unvortheilhaft" sei, war er schon innerlich gerüstet zu seiner unerquicklichen, vielleicht auch Etlichen erquicklichen Beschwerde gegen mich, welche er sofort andern Tages dem Königl. Konsistorium übergab, einer Beschwerde, welcher er bald noch eine zweite folgen ließ, wie er denn aus regem Herzen sich gegen mich auch noch mit anderen Dingen trug. So „war er", um einen seiner früheren Ausdrücke zu gebrauchen, „in der Lage", einerseits selbst mit allen öffentlichen Stimmmitteln gegen mich zu wirken, und konnte andererseits meinen, daß er wie nicht leicht ein anderer Held drohen und schrecken, mich verklagen, erniedrigen und vor der Oeffentlichkeit so gut wie stumm machen könne. — Alles ohne Zweifel unter dem Gesichtspunkt der Erquicklichkeit. Denn hinsichtlich seiner Beschwerde suchte er sich öffentlich dadurch zu rechtfertigen, „daß er der Oeffentlichkeit etwas Unerquickliches habe ersparen wollen."

Nachdem er durch seine „Erklärungen" die Oeffentlichkeit so reichlich „erquickt," gab er sie plötzlich für schonungsbedürftig aus, um sich auf die geheimen Erquickungen zu legen. Durch Beschwerden wußte er sich genug zu thun. Gemäß seiner öffentlichen „Erklärung" sollte das der Schlußeindruck bleiben, daß ein nur in Folge meiner Zeugenaussage vor und vom Gericht erörterter Brief nur in der Phantasie existire. Außerdem hielt er sich den Herrn v. Hammerstein, und dieser formulirte: „Nun hat aber Stöcker den von dem Gericht behaupteten Brief **niemals** geschrieben." Noch am 6. Mai wirft v. Hammerstein mir vor, daß **ich der Wahrheit zuwider** behaupte, daß ich den in dem Prozeß Stöcker-Bäcker dem ersteren vom Gericht zur Last gelegten Brief, dessen Nichtvorhandensein Stöcker festgestellt hätte, dennoch besitze."

Und das „Volk" sekundirte.

Der Herr Freiherr von Hammerstein hat, wie er im Januar und Mai

mich mit meiner Frau zu bekämpfen gesucht hat, am 17. April 1889 in der Kreuzzeitung versucht, mich mit mir selbst zu bekämpfen. Der Herr von Hammerstein hat mir natürlich „keinen Beweis geführt," im Gegentheil habe ich ihm ausdrücklich gesagt, er habe mich nicht überzeugt, ich habe es sogar zu wiederholten Malen und endgültig abgelehnt, mit ihm die Sache überhaupt nur zu diskutiren, ich habe ihm gesagt, daß ich die im Sinne Stöcker's angeführten Gründe mir nur als „Sophistereien" anrechnen würde, und daß ich in der spezifisch Stöcker'schen Agitationsfrage „toto coelo" mit ihm dissentire. Auch haben wir nicht so von einander Abschied genommen, wie zwei Männer, die sich verständigt hätten. Wie zum Ueberfluß ist denn auch unsere Korrespondenz für die Dissonanz ein Beweis. Im Gegentheil wurde mir die Illusion in bonam partem, welche ich mir über den Mann bisher und bis zuletzt zu bewahren gesucht, von Minute zu Minute zerstört, wiewohl er ja immerhin schon in den ersten Minuten von seiner verfehlten und etwas kuriosen Wichtigthuerei zurückgekommen war. Auch gab ich als Grund, daß ich Herrn Stöcker nicht schon vor 10 Jahren principiell bekämpft, eben das an, daß ich von ihm persönlich so Manches erlitten hätte und mir selbst das Gefühl der Unbefangenheit hätte sichern wollen. Ich nannte ihm noch einen anderen, von ihm dissentirenden Standesgenossen, Frhr. v. M., mit welchem ich eher in Harmonie mich verständigen werde und er erwiderte noch, derselbe sei „weicher als er." Mir gegenüber betonte er außerdem — und ich gebe zu, es geschah nicht ohne Grund und Zweck, wohl aber vielleicht ohne Selbstüberschätzung — „seine bedeutende juristische Begabung", worauf ich seiner „juristischen Feinfühligkeit", wie ich sie ironisch nannte, mein „sittliches Urtheil" entgegensetzte. Ich verlangte Aufnahme meiner Erklärung, wollte gehen und bemerkte, als er bei meinem bestimmten Verlangen stutzig wurde und andere Saiten aufzog, er könne ja dann seine „Annotationen" dazu machen, (ich wählte bewußt dies nach meinem Gefühl mildere Wort anstatt „Glossen," was mir schon auf der Zunge war) und werde ich dann ja darauf antworten können, worauf er erwiderte: „Dann würden Sie doch nicht mitkommen können."

Wenn nun v. Hammerstein das Gegentheil hiervon in Kurs setzt und rechtschaffene Leser dazu hinleitet, seine Worte bis auf Weiteres zu glauben, so hat dies die entsprechende Würdigung bei mir gefunden. Wenn ich seinen angeblichen „Beweis" nicht mehr angefochten haben soll, so könnte er mit demselben Rechte behaupten, ich hätte irgend

einen „Beweis“ nicht angefochten, daß der Berliner Rathhausthurm dennoch höher sei als der Eiffelthurm. Da ich nicht das Mittel hatte, die in meiner Broschüre gekennzeichneten „kurzbeinigen Insinuationen“ des Herrn v. Hammerstein öffentlich durch seine Zeitung und für seine Leser zu entkräften, so konnte sich immerhin dieser und jener täuschen lassen. Sofort schlug er in einem Artikel vom 28. April daraus Kapital und fußte, nachdem er sich mit Bezug auf seinen „Wahrheits“-Artikel vom 17. April noch selbst zuvor gesegnet, für die liberale Presse noch das Signum bei: „sie lügt fast ohne Ausnahme, indem sie Stöcker der Wahrheitswidrigkeit bezüchtigt, selbst in der niederträchtigsten Weise, was ihr freilich etwas längst gewohntes ist.“ So erwirbt sich dieser Mann den Anspruch, mit Nachsicht behandelt zu werden.

Es klingt nach etwas, wenn v. Hammerstein, wie er gerne thut, schreibt: „an der Hand der Aktenstücke.“ Dabei hatte er bei seiner Unterredung mit mir gar nichts Rechtes, las, die Cremer'sche Broschüre vor sich haltend, wie aus derselben mir die Worte: „nämlich vor einer Wählerversammlung von 1878“ vor, als ob sie da in der Broschüre wirklich ständen, und dabei hatte er nicht einmal seine eigene „Kreuzzeitung“ zur Hand, sondern mußte sie wenigstens anscheinend erst suchen, fand sie denn auch, und mußte immer wieder von mir hören, daß ich es eben nur mit der Stöcker'schen „Erklärung“ zu thun habe. Ich begann, vor seinen Augen, wie ich ohne Bitterkeit ihm sagte, seine „Schlagworte“ aufzuschreiben, so sein Wort: „juristisch unanfechtbar“, zeigte und gab ihm solches, stellte ihm anheim, seinerseits mir solche aufzuschreiben, und nahm darauf sein Anerbieten an, mir einen Brief zu schreiben, von welchem er sagte, derselbe werde geeignet sein, von mir veröffentlicht zu werden. Nun habe ich in meiner Broschüre das v. Hammerstein'sche Schreiben vom 6. Januar veröffentlicht. Man vergleiche nur dasselbe mit seinem Artikel vom 17. April. So wird es als eine Erfindung offenbar, daß wir uns am 5. Januar irgendwie verständigt hätten. Es wird hieraus als eine aus der Luft gegriffene Behauptung die so verspätete Aeußerung charakterisirt, als hätte ich seinen angeblichen „Beweis“ gewissermaßen anerkannt. Auf diese Erfindung gründete sich aber die Unterstellung, mein Thun habe meinen in jener Unterredung gesprochenen Worten widersprochen. Es ist außerdem eine nicht gutartige Ausflucht jenes Artikels gewesen, mich mit „Hintermännern“, als sei ich von solchen „aufgestachelt“, in Verbindung zu

bringen. Ich bedarf solcher nicht und verschmähe solches jederzeit, wie ich denn in meinem ganzen Vorgehen auch bei diesem Anlaß von der Unmittelbarkeit meiner Empfindung über das mir entgegentretende Treiben beherrscht und getrieben worden bin. Man muß eben gewissen Opportunisten gegenüber recht vorsichtig sein. Daß mein Gang zu Herrn v. Hammerstein eine Unvorsichtigkeit war, und ich bis auf Weiteres ein Opfer meiner Unvorsichtigkeit werden könne, hielt ich wider Willen schon vorher nicht für ausgeschlossen, aber ich habe den Gang dennoch gemacht.

Leuß und Freiherr v. Hammerstein, v. Hammerstein und Leuß — jeder konnte vom anderen sagen: „ich hatt' einen Kameraden, einen besseren find'st du nicht;" beide ergänzten, verjüngten und begeisterten einander und Stöcker konnte sagen: „ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der — Erste."

Mit einander Leuß und v. Hammerstein und, ihnen beiden womöglich noch über, der Hof- und Dom-Prediger Stöcker! Weder Stöcker in seiner Erklärung vom 3. Januar noch Cremer noch der Gerichtshof hatten von einem Briefe aus dem Jahre 1878 gesprochen. Das bei etlichen Harmlosen absichtlich erzeugte und verbreitete Mißverständniß in der Datirung konnte eben darum Platz greifen, weil man in Folge der Unverfrorenheit Stöcker-Leuß-Hammerstein'scher Behauptungen nicht sofort in den Originalen nachschlug und einen solchen Exceß im Erfinden nicht im Voraus für möglich halten konnte. Denn im Erkenntniß ist ein Brief aus dem Jahre 1878 nicht angeführt, obschon Stöcker dies schreibt. Stöcker hat im Erkenntniß den „apokryphischen Brief" nicht gefunden, obschon er es schreibt. In der Cremerschen Broschüre handelt es sich nicht um einen Brief aus dem Jahre 1878, obschon dies v. Hammerstein schreibt. Es ist nur ein angeblich „angeblicher" Brief aus dem Jahre 1878 und dieser wird von dem Konsortium Leuß—Stöcker—v. Hammerstein **der Phantasie eines Preußischen Gerichtshofes nur untergeschoben!**

Alles im Interesse der sogenannten „guten Sache?" Welchen Werth aber man darauf legt, die „gute Sache" gerade durch das Stöcker'sche „Volk" vertreten zu sehen, ergiebt nachstehende Annonce, im „Reichsboten" abgedruckt in Nr. 296 vom 18. December 1889:

Ohne das geringste Opfer

unterstützt man die gute Sache am kräftigsten dadurch, daß man alle seine Druckarbeiten in der

Druckerei
Berlin S.W. Wilhelmstr. 30/31
anfertigen läßt. Saubere Arbeit! Schnelle Bedienung auch nach außerhalb! Mäßige Preise!

Die Reinerträge der Druckerei dienen ausschließlich der Zeitung „Das Volk".

Wir empfehlen deshalb die Druckerei allen Frunden und Gesinnungsgenossen aufs wärmste!

v. Dallwitz-Berlin; Oberstlieut. z. D. Krug v. Nidda-Berlin; Frhr. v. Ungern-Sternberg-Berlin; Pastor Burckhardt-Berlin.

Indessen hat eben dieses „Volk" zu Ehren seines Helden Stöcker mich verunglimpft und zerkleinert. Mir wird mit der Phantasie-Brief-Angelegenheit eine widerliche, schlechte und schmutzige Sache aufgebürdet, dagegen es dem Hofprediger Stöcker als ein ehrenvoller Irrthum angerechnet wird, mich eine Zeitlang für einen anständigen Menschen gehalten zu haben. Ich selbst werde so der Verachtung preisgegeben, daß die Leser des „Volk" in Gottes Namen sich berechtigt glauben konnten, mir ins Angesicht zu speien. So hat Hofprediger Stöcker die vielen Versuche geschehen „lassen," mich zu verderben.

Es ist schon erwähnt, wie empört ich habe sein müssen, als Stöcker im August 1885 durch seine Gehülfen Kraus und Engel (dessen Reichsboten er, Stöcker, übrigens 9/10 seines Stöcker-Ruhms verdankt) mich in Verdacht des Meineids gebracht. Hatte ich ihm das Leben im Prozeß gerettet, so hatte ich's ihm im August 1885 geschenkt; mit anderen Worten, ich hatte noch nicht den sittlichen Werth der Handlungsweise aufgedeckt, vermöge welcher ein Geretteter seinem Retter mit neuen Verleumdungen die Ehre abzuschneiden suchte.

Nachdem er im August 1885 seinem Ableugnungsversuch eine Berichtigung durch Andere hatte folgen und über sich ergehen lassen müssen, so desavouirt er thatsächlich selber diese Berichtigung durch seinen neuen Ableugnungsversuch vom 3. Januar 1889.

Wir haben gehört, wie die „Freie Zeitung" am 6. August 1885 diese Ableugnung aufnahm und auslegte. Daß sie richtig ausgelegt hat, beweist

„Das Volk" Nr. 67 vom 20. März 1889, dieselbe war in meiner Parochie geflissentlich verbreitet, und Stöcker hat es drucken „lassen."

Das Volk, Nr. 67, den 20. März.

„Heute wird angeblich **Pastor Witte** in der Angelegen-
„heit **Stöcker-Witte** vor dem Oberkirchenrath vernommen.

„Herr Witte setzt die Judenblätter in den Stand, mit„zutheilen, daß er eine umfangreiche Denkschrift „abgefaßt habe, in welcher er die christlich-sozialen Be„strebungen Stöckers und seiner Anhänger klarlegt. An „den Inhalt dieser Denkschrift wird sich Herr Witte bei „seiner Vernehmung anschließen. Es wird ihm darauf wohl „bedeutet werden, daß er nicht berufen ist, seine Meinung „über die christlich-sozialen Bestrebungen Stöckers abzu„geben, sondern Zeugniß abzulegen über den Fall, um „den es sich handelt, d. h. über den Briefwechsel „mit Herrn Hofprediger Stöcker. Hoffentlich „legt Herr Witte dieses Zeugniß etwas sorg„fältiger ab, als dasjenige im Prozeß Bäcker, „in welchem er erklärte, er wolle aus christlicher „Liebe gegen Stöcker einen Theil des Briefes, „den er vorlas, unterdrücken, während er nach „seinem Eide nichts verschweigen und nichts hin„zusetzen durfte. Im Uebrigen halten wir es für „durchaus ausgemacht, daß Pastor Witte vom Ober„kirchenrath den vom Consistorium ertheilten Ver„weis bestätigt erhalten wird. Wenn es damit für „ihn abgeht, so verdankt er das der auf unserer „Seite vorhandenen Gutmüthigkeit, die allerdings auch „ein Ende nehmen kann, vielleicht bald ein Ende „nehmen wird."

Diese Nummer ist, dem Evangelischen Oberkirchenrath meinerseits eingereicht, in den Akten des Evangelischen Oberkirchenraths verblieben*), während die 17 Anlagen meiner Februar-Beschwerde mir wieder zugestellt sind, ein Umstand, aus welchem ich den Schluß gezogen habe, daß ein Bericht an höhere Stelle kaum in der Absicht des Evangelischen Oberkirchenraths liegen möge. Ich sah mich auch für die ferneren Stadien auf den Weg der Selbsthülfe verwiesen. Was hätte in solcher Sache ein „Verweis" doch ändern dürfen? Schmach über den Mann, der durch einen Verweis oder andere Macht-Mittel sich abhalten ließe, seine Ehre zu vertheidigen! Man hat den Hinweis auf Erwägung schärferer Maßregeln vielfach als eine Drohung gegen mich mit der Wirkung eines vorausgegangenen Verbotes meiner Broschüre aufgefaßt. Ich sollte der obersten Kirchenbehörde solches zutrauen dürfen? — Nein! — Glaubt man damit ein Kollegium wie das des Evangelischen Oberkirchenrathes zu ehren? — Eine eventuelle „Erwägung" ist von Demselben in Aussicht gestellt; je gründlicher dieselbe ist, desto an-

*) Konfer Anhang.

genehmer für mich. Meines Wissens hat sich der Evangelische Oberkirchenrath nicht selbst zu jener mir nach wie vor fernliegenden Auffassung bekannt. Wen könnte auch das Gegentheil freuen? — Läge darin irgend ein Gewinn oder Schmuck? — Verbieten konnte der Oberkirchenrath meine Broschüre nicht und hat mir solche nicht verboten. Nach dieser Auffassung habe ich gehandelt und handeln können und dürfen. Wozu denn der Lärm — so vieler Unberufenen? — Aus Ehrerbietung kann ich mich daher auch nicht entschließen zu sagen, was ich gethan hätte, wenn es mir verboten gewesen wäre. In solchen Fällen darf man sich nicht erst besinnen, auch keine Minute hätte ich geschwankt: Ich kenne meine Farben, sowohl als evangelisch-lutherischer Christ wie als Preuße und Deutscher.

Die „gute Sache", wie sie seit Jahren vielfach aufgefaßt und behandelt wird, könnte doch nachgerade mit etwas rapiderem Schritte zu einer akuten Volks-Gefahr werden! — Nun giebt ja freilich gerade das „Volk", durch Stöcker und Leuß literarisch-brüderlich eingeführt, an, den **Volksgefahren wehren, insonderheit der schlechten Presse wehren zu wollen**; es verspricht anscheinend viel Gutes. Das „Volk", hieß es, würde die Verwirklichung einer für dringend nothwendig erachteten Volkszeitung sein, indem es von Hofprediger Stöcker in einem mit seinem Herrn Leuß gemeinsam unterzeichneten Schreiben im Voraus als ein gediegenes, christlich-konservatives, unabhängiges, ebenso monarchisch wie volksthümlich gesinntes Organ empfohlen wird.

Dr. P. F. schreibt im Leitartikel Nr. 159 des **„Volk"** Folgendes:

Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Ruhe.

Jeder vernünftige Socialpolitiker wird für eine den Umständen angepaßte, möglichst weitgehende Sonntagsruhe eintreten; die Gründe auseinanderzusetzen, erscheint nachgerade so überflüssig, wie zu beweisen, daß man dem Ochsen, der da drischet, das Maul nicht verbinden soll. Dem Rechte auf Arbeit das Recht auf angemessene Ruhe zur Seite.

Aber dieses Recht bedarf noch einer Ergänzung. Wie man nach 6 Tagen am siebenten ruhen will und soll — und in der That erscheint gerade die Siebenzahl leiblich wie geistig die bestgewählte —, so soll auch das wochen- und monatelange Arbeiten ab und zu seine längere Unterbrechung haben, mag man sie nun Ferien oder Urlaub oder sonst wie nennen.

Wie ein Leben ohne Arbeit, das eines herzverfetteten

Rentners oder eines vor der Zeit unthätigen Pensionärs verächtlich ist, so ist andererseits das Leben Derer, welche Tag für Tag in der großen Werkstatt des modernen Erwerbslebens thätig sein müssen, ohne (kaum den Sonntag ausgenommen) auch nur einmal im Jahre auf eine längere Frist ausruhen und verschnaufen zu können, freudelos und schließlich unerträglich. Das ewige Gleichmaß der Tage muß einmal unterbrochen werden; die Arbeit soll uns ein Segen, eine Freude, nicht ein Fluch erscheinen. In der weisen Abwechselung zwischen Arbeit und Erholung ist wohl in letztem Sinne die menschliche Glückseligkeit begründet.

Das mag wohl auch ein Grund mit zu der Neigung für Streiks sein. Den Arbeitern erscheint es verlockend, sich einmal von dem ewigen Einerlei loszumachen, sich selbst Ferien zu verschaffen.

Das Verlangen ist ein berechtigtes bei Jung und Alt; und es wird in dem deutschsocialen Zukunftsstaate erfüllt werden. Es ist durchaus erwünscht, daß jedem Arbeiter ein Maß von wenigen Wochen Ferien zugebilligt wird. Unter „Arbeiter" verstehen wir aber natürlich alle Arbeitenden, alle, welche für die Gesammtheit mit Kopf, Hand und Fuß thätig sind. Wir durchbrechen die socialdemokratische Beschränktheit und stellen die wirklich demokratischen Lehren von der Gleichheit aller werthschaffenden, mitarbeitenden Staatsbürger auf:

Jedem Ehre, Jedem Preis!
Ehre jeder Hand voll Schwielen;
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinter'm Pfluge! Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Emsig pflügt, sei nicht vergessen!

Wie verhält sich der Staat zu solchem Ferien-Recht? Er bleibt vielfach hinter den gerechten, hinter den mäßigsten Ansprüchen zurück.

Nicht als ob nicht der Herr Staatssekretär für die Post und Telegraphie und der Herr Eisenbahn-Minister ihre ausreichenden Ferien hätten — und auch die Dienstreisen werden leicht zur Erholung — und desgl. die Herren Räthe oberer Ordnungen. Aber wie steht es mit den unteren Beamten, welche tagaus, tagein in die Amtsstube und an das Schalter gebannt sind?

Ihnen wird ihr Recht auf Erholung verkümmert; und wenn die Sache auf dem Papier manch-

mal noch leidlich aussieht, so macht sie sich unleidlich in der Praxis. Warum? Es ist kein Stellvertreter da, heißt es. Warum nicht? Weil man gerade da sparen will, wo es am wenigsten angebracht ist. Will man sparen, so fange man von oben an.

Uebrigens sind auch die gewaltigen Einrichtungen und und Beamtenkörper der Post, der Telegraphie, der Eisenbahnen gar nicht dazu da, damit der oberste Vorgesetzte und Leiter vor der Volksvertretung mit Ueberschüssen Parade machen könne. Es ist das ein ganz verfehlter volkswirthschaftlicher Grundsatz. Ein Löwenantheil an den Erträgen soll den in diesen Diensten Anstellten zur Aufbesserung der Gehälter und zur Bewilligung ausgedehnterer Ruhezeit dienen.

Ein solches Verfahren, wie es vielfach von den Staats-Verwaltungen beliebt wird, ist ungerecht. Es macht den Vaterlands- und Volksfreund „beklommen", wie dieser beklommen wird, wenn er hört, daß jene Verwaltungen für ihre Kleiderkassen noch immer mit jüdischen Großhändlern abschließen.

Man gebe das unwürdige, gefährliche Sparsystem auf und treibe gesunden Socialismus. Sonst —!

Sonst müssen sich jene großen Staatsverwaltungen den Vorwurf gefallen lassen, daß gerade sie die Unzufriedenheit künstlich züchten, daß durch ihre Schuld socialdemokratische Anwandlungen auch unter den großen Mengen der niederen Beamten um sich greifen.

Ein solches Verfahren ist des Staates, der theils auf deutsch-socialen Grundlagen aufgebaut ist, theils immer mehr aufzubauen ist — oder er ist verloren —, am wenigsten würdig, mit dem jüdischen Händler und „Fabrikanten", mit der großkapitalistischen Ausbeutung in Wettbewerb zu treten.

Und das Einzige, was der drohenden, alles wegraffenden socialdemokratischen Bewegung die Spitze zu bieten im Stande ist, das ist eine weise deutsch-sociale Staatskunst, wie sie die Hohenzollern seit Jahrhunderten betrieben haben, sie, die „Fürsten der armen Leute". Ihre Räthe aber seien immerhin Finanzgenies und Sparer, sie seien aber auch zugleich gute, wohlwollende Vorgesetzte und Fürsorger ihrer Unterstellten.

Dr. P. F.

Man darf nichts versprechen, was man nicht halten kann. In keinem sozialdemokratischen Artikel habe ich je so weit gehende Versprechungen gelesen. Auch so doktrinäre Utopionen werden unter der

Flagge der „guten Sache" in Kurs gegeben. Wer in der Praxis des Lebens steht, kann sich nur schmerzlich berührt fühlen, daß ernsthaften Besserungen die Wege durch solche Ausschreitungen verbaut werden. Dr. Paul Förster ist meines Erachtens ein aufrichtiger Enthusiast, und liegt mir jede unfreundliche Gesinnung gegen seine Person durchaus fern. Aber er ergänzt sein politisches Programm noch durch den ihm als Ideal geltenden Vegetarianismus. Sein vegetarianisch-antisemitisch-deutsch-nationaler Zukunftsstaat müßte eigentlich auch vegetarianischer Speisegesetze nicht entbehren, und das deutsche Reich könnte sich zu einer großen, nur antisemitisch-koscheren Volksküche herrlich entwickeln. **Les estrêmes se touchent.** Daß ein antisemitischer Führer sich so mit den „Semiten" berühren muß, auch in seiner Weise koscheres Essen mit einer Art religiöser Färbung für die Gesundung der Nation anzuempfehlen!

Dr. Paul Förster ließ sich im August 1888 dem Reichstags-kandidaten Holtz gegenüber aufstellen. Aus Bochum 12. Januar 1890 schreibt die „Germania" vom 15. Januar: „Unser Wahlkreis wird in einer Weise umworben werden, wie kein zweiter. Im Schützenhofe hatten auf 4 Uhr (Sonntags, C. W.) die Antisemiten eine Versammlung anberaumt. Herr Dr. König eröffnete dieselbe. Als nach langem Lärm endlich Ruhe herrschte, ertheilte er dem Redakteur Leuß aus Berlin das Wort zu dem Vortrage: „Wen sollen wir wählen?" Derselbe, oft stürmisch unterbrochen, war natürlich der Ansicht, daß nur die Deutschnationalen (die Antisemiten) „die rechten Leute seien." Leuß blieb nun hiermit nur in der Konsequenz des früheren Stöckerblattes, nämlich des Deutschen Volksblatts, einer Metamorphose des Christlich-sozialen Korrespondenzblatts. Denn schon damals zum 30. August 1888 ward Dr. Paul Förster im Gegensatz zu einer so anerkannten Persönlichkeit wie dem Direktor Holtz als christlich-sozial antisemitischen Reichstags-kandidat empfohlen. Das war für den Berliner 6. Reichstags-wahlkreis geschehen.

Mit Bezug hierauf erging ein Aufruf, u. A. unterzeichnet von Konservativen als solchen wie Geheimrath Engelke, Lehrer Kolbe, Dr. Bellermann, Rechtsanwalt Raetzell, Major a. D. Scheibert. In diesem Aufruf hieß es noch im Gegensatz zur Kandidatur Paul Förster: „Neu auf dem Kampfplatz erscheint die „Partei der Antisemiten, sie betont ihre Anhänglichkeit an Kaiser „und Reich, leichten Herzens aber zersplittert sie die Kraft

„der nationalen Parteien durch ihr getrenntes Vorgehen. „Treue zu Kaiser und Reich, Sicherung des Vaterlandes nach Außen, „Ordnung und gedeihliche Entwickelung im Innern, allmähliche Durch- „führung der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, ins- „besondere fortgesetzte Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen und „Ausbildung unseres Steuersystems im Sinne einer mehr gleichmäßigen „Vertheilung der Lasten: Das ist es, was wir wollen. Unser früherer „Kandidat Herr Fabrikdirektor J. F. Holtz steht auf diesem Boden. „Herr Holtz tritt ein für die wirthschaftlich Schwächeren, Herr Holtz „unterstützt die Bestrebungen des Handwerkerstandes gegen die Ueber- „macht des Großkapitals und die Auswüchse der Gewerbefreiheit. Herr „Holtz hat sich in seiner geschäftlichen Stellung durch die That als „Freund „der Arbeiter bewährt; er wird auch im Reichstage für das „Wohl der Arbeiter wirken. Wähler des VI. Reichstags-Wahlkreises! „Wer Kaiser und Vaterland liebt, wer die Erhaltung von Deutsch- „lands Macht und Größe erstrebt wer dauernden Frieden im „Inneren und nach Außen will, der gebe am 30. August seine Stimme „Herrn Fabrikdirektor Holtz." Der antisemitische Aufruf zu Gunsten „des Antisemiten Dr. Paul Förster-Friedenau wandte sich „an alle „freidenkenden Patrioten, an alle klardenkenden Köpfe, an alle „unbefangenen Wähler, gleichviel ob konservativ oder liberal, „ob Arbeiter, Handwerker, kleine Beamte und höher hinauf. Jegliche „Förderung alles edlen, deutschen Geisteslebens, Sonntagsruhe, „Normal-Arbeitstag, Abschaffung der Frauen- und Kinder- „arbeit in den Fabriken, Erhaltung und Selbstständigmachung des „Handwerkerstandes und bäuerlichen Grundbesitzes, Schutz des Arbeiter- „standes und Verbesserung seiner wirthschaftlichen Lage, gerechtere Ver- „theilung der Steuern zur Entlastung der ärmeren Volksklassen; „entschiedene Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte (Freiheit des „Wortes, der Schrift und der Wahl, kein Impfzwang) Reform der „Rechtspflege wolle man erzielen. Die Arbeiter sollen an der Be- „freiung des deutschen Volkes von der Herrschaft des internationalen „Judenthums mitarbeiten, und das soll erstrebt werden, daß Arbeiter „und Arbeiterinnen nicht zu rechtlosen Lohnsklaven des raffenden Kapitals „hinabsinken."

„In einer öffentlichen Versammlung sagte Dr. Förster noch, daß „bei den Konservativen etwas zu viel von religiösen Dingen die Rede „sei; er ist eben Vegetarianer.

Die Spaltung war da — durch Stöckers Schuld. Stöcker hat

zuerst im Jahre 1878, zum zweiten und nicht zum letzten Male im August 1888 eine verhängnißvolle Spaltung in den 6. Reichstagswahlkreis hineingebracht. Wer Herrn Holtz gesehen und gehört hat, begreift es, daß er über 17 000 Stimmen hat bekommen können. Als er nun abermals in Frage kam, wandten sich Antisemiten und Christlich-Soziale gegen ihn; die Gesammtsumme von mehr als 17 000 Stimmen minderte sich auf etwa 8000 herab. Damals befragt, hatte ich erklärt: kein guter Förster fällt ein grünendes Holz. Ich hörte und sah Holtz nur einmal. Als Mann der Praxis gewann er Herz und Gewissen der Zuhörer, sich nur an die edlen Regungen der Zuhörer wendend. Es war eine durchaus heilsame Candidatur, so wie 10 Jahre früher die unbestrittene Candidatur Hoppe eine durchaus heilsame gewesen wäre. Nie habe ich z. B. die Arbeiterfrage mit solcher Einsicht, Vorsicht, Umsicht, Gewissenhaftigkeit, Erfahrung und Wärme von einem Sachkenner öffentlich erörtern hören, wie von Holtz und ehedem von Hoppe. Nun ist das Wort „Kartell" ein streitiges geworden. Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in den Tageszeitungen. In unserer Politik kommt andererseits keine Partei thatsächlich ohne Kartell aus, mag nun das Wort gebraucht werden oder nicht.

Dies sage ich nicht, um eine politische Frage politisch zu erörtern. Ein anderer Gesichtspunkt ist mir hier der wichtigere. Stöcker und von Hammerstein sammt Leuß erklären sich nämlich auf's Eifrigste als eigentliche Kartellfreunde und für ein angeblich „gesundes" und für ein angebliches vernünftiges Kartell, bringen im Namen des Christenthums und der Treue möglichst Vieles unter diesen Gesichtspunkt und zeigen sich empört über jeden „Kartellbruch". Es komme ihnen nur darauf an, einen Mischmasch zu bekämpfen und der Verdunkelung der conservativen Ideale zu wehren. So ist es dahin gekommen, sie als sogenannte Extrem-Conservative oder Hochkirchliche oder Extrem-Orthodoxe zu bezeichnen. Nichts irriger als das. Der 6. Reichstagswahlkreis ist der Gegenbeweis. Unter dem „gesunden" Kartell meinte man ein Kartell Stöcker'scher Observanz, und dies angeblich „gesunde Kartell" war nur ein ungesundes Quodlibet oder auch ein pseudoconservatives Ragoût verschiedener Richtungen, für welches Hofprediger Stöcker sich zum verborgenen, aber um so verantwortlicheren Oberkoch selbst bestellt hatte. Ja, auch ein Unterlassen von seiner Seite war hier ein Begehen. Der 6. Reichstagswahlkreis krankt seit 1878 an Stöcker. Ohne ihn

wären wir weiter — auch hinsichtlich eines versöhnlichen modus vivendi der Parteien; anläßlich der antisemitisch Förster'schen Candidatur hat sich Stöcker's Einfluß, beziehungsweise seine Macht so recht als etwas Negatives und Zersetzendes herausgestellt. Wie im Jahre 1878 so auch im Jahre 1888 hat Hofprediger Stöcker Verwirrung angerichtet und hat die conservative Sache bei uns compromittirt, gehemmt, gelähmt, geschwächt. Im Sommer 1885 habe ich ihm persönlich dasselbe gesagt mit Bezug auf das Jahr 1878. So wenig Grün mit Gelb gemischt ein Extrem-Grün erzeugt, so wenig wird das Conservative, gemischt mit Stöcker-Förster'schen Zuthaten, etwas Extrem-Conservatives, es wird nur etwas Pseudo-Conservatives, und kann ich nur neu mich zu dem bekennen, was auf Seite 46 meiner ersten Broschüre über die Stöcker'sche Agitation bereits gesagt worden ist.

Während der Reichsbote sagt: „Conservative sind keine Antisemiten," sagt in Bezug auf dieselbe sog. „Berliner Bewegung" die Staatsbürger-Zeitung: „sie ist antisemitischer und antifortschrittlicher Natur, nichts anderes." Feststehend ist allerdings, daß ohne das Bündniß mit dem Antisemitismus es nicht nur eine christlich-soziale Arbeiter-Partei, sondern auch eine christlich-soziale Partei seit zehn Jahren nicht mehr geben würde, vielmehr durch dies Bündniß der spezifisch Stöckerschen Agitation eine Fristung der Existenz gewährt ist. Der Antisemitismus ist der bald rücksichtsvolle, bald etwas tyrannische und hin und wieder etwas wilde Eheherr der sonst eben so anspruchsvollen, wie in sich haltlosen und schwächlichen christlich-sozialen Partei.

Die Staatsbürger-Zeitung spricht weiter von einer „Hetze", welche gegen den antisemitischen Charakter der „Berliner Bewegung" sich richte und von Unverstand und böswilligem Haß ausgehe. So schreibt die Staatsbürger-Zeitung vom 8. Oktober Nr. 235: „Die „Berliner Bewegung" hat dadurch, daß Judenthum und freisinniges „Manchesterthum hier ihre Hochburg haben, einen ganz spezifischen „Charakter angenommen und unterscheidet sich durchaus von den „politischen Verhältnissen im Lande; denn sie ist ausschließlich anti-„semitisch und antifortschrittlich, ohne selbst eine bestimmte Partei-„gruppirung auszumachen. Wir haben daher auch stets und „immer wieder darauf hingewiesen, daß es ein Mißgriff war, die für „das Land angebahnten Kartellbestrebungen auch auf die Berliner „Bewegung übertragen zu wollen. Die Berliner Bewegung **war** von herein ein Kartell derjenigen Elemente, welche es müde waren,

„die Tyrannei des jüdisch-fortschrittlichen Ringes länger zu ertragen „und sein widerwärtiges Liebäugeln mit der vom Judenthum ebenfalls „durchsetzten Sozialdemokratie ruhig mit anzusehen, ein Kartell aller „jener Elemente, bei welchen die Ueberzeugung Wurzel geschlagen „hatte, daß das jüdisch-freisinnige Manchesterthum lediglich die Un„zufriedenheit nähre und daher der Sozialdemokratie in die Hände „arbeite. Daher hatte die Berliner Bewegung niemals einen „besonderen Parteicharakter, konnte einen solchen auch garnicht „haben; denn diejenigen, die sich zu ihr bekennen, setzen sich aus „Anhängern der äußersten Rechten und aller Parteischattirungen bis „zur äußersten Linken zusammen; selbst alte Fortschrittler und „Sozialdemokraten fehlen nicht unter ihnen. Der Antisemitismus „war eben der neutrale Boden, auf dem sich diese heterogenen „Elemente zusammenfinden konnten zur gemeinsamen Arbeit."

Und der Kreuzzeitung paßt es am 13. Oktober, zu sagen: „Von der christlich-sozialen Partei ist die Berliner Bewegung ausgegangen, die in ganz Deutschland den tiefsten Eindruck gemacht hat."

An anderen Stellen wird gerade in der „Kreuzzeitung," entsprechend ihren wechselnden Zwecken und Taktiken, dem Hofprediger Stöcker eine nur losere Beziehung zur „Berliner Bewegung" zugeschrieben. Wie es eben paßt. Thatsache ist, daß Stöcker seinen politischen Halt, abgesehen von einigen gern oder ungern zu ihm haltenden, von ferne her auch noch leichtgläubigen Redactionen, wesentlich in der Verbindung und Verquickung seiner Christlich-Socialen mit den Antisemiten hat.

Mit Bezug auf die Namens des Vereins für Socialreform von Grüneberg im Stöckerschen Auftrage berufene sogenannte Eiskellerversammlung vom Januar 1878, welche bekanntlich mit einer wilden socialdemokratischen Resolution abschloß, sagte er nach sieben Jahren am 16. August 1885 bei einem Eiskeller-Sommerfest seiner Partei: „Hier ist die christlich-soziale Partei am 3. Januar 1878 geboren ... Es waren zwei Weltanschauungen, die sich da zum ersten Male gegenüberstanden: die christliche und die atheistische, des Lichts und der Finsterniß, von denen die eine in die Höhe, die andere in die Tiefe zieht."

Noch am 3. Januar 1889 schrieb der „Reichsbote": „Ein veralteter, subalterner, militär-frommer Konservatismus verhinderte stets allen Aufschwung. So brachte man es über müßige Klagen nicht hinaus ...

Da brach endlich Hofprediger Stöcker diesen Bann des rath- und thatlosen Gouvernementalismus, trat der Social-demokratie persönlich in ihren Versammlungen entgegen. Damit war das Eis gebrochen." Und es ist dennoch nicht wahr. Hofprediger Stöcker weiß selbst am Besten, daß jene Eiskeller-Versammlung eine Stöcker-Grüneberg'sche Versammlung war, und daß längere Zeit vor ihm selbstlose, ernste und treue Männer wirkliche Arbeit gethan hatten, doch ruft er am 11. Januar 1889, zunächst nach einer bestimmten Seite hin, aus: „Sie schliefen den Schlaf der Faulen; man hatte die Dinge gehen und liegen lassen, so trostlos wie sie waren. Daß nichts geschah, hat uns hineingetrieben!"

Mit Bezug auf die nämliche Stöcker-Grüneberg'sche*) Versammlung vom 3. Januar 1878 bez. jene Versammlung des Vereins für Socialreform hatte der „Reichsbote" schon ganz kurz darauf ausgesagt, von Hofprediger Stöcker sei zum ersten Male die christliche Wahrheit in eine social-demokratische Versammlung hineingerufen worden. Diese vollkommen falsche Nachricht war darauf in Verfolg einer langen Unterredung zwischen Engel und mir immerhin, wenn auch sehr gezwungen und kümmerlich, dahin berichtigt, daß der Bericht des „Reichsboten" nicht „ganz genau" gewesen sei, indem auch Pastor Witte vor einer social-demokratischen Versammlung gestanden. Die nothgedrungene und gewundene Berichtigung konnte nur weiter in die Irre führen, überhaupt wurde aber der zu Grunde liegenden Thatsachen hernach in den Spalten des seitdem an Stöcker gänzlich hingegebenen Reichsboten nie wieder gedacht. Meinerseits hatte ich dem von Stöcker zu mir gesandten Grüneberg gegenüber mein Theilnehmen aus guten Gründen abgelehnt gehabt, nun hatte ich etwas wie eine thatsächliche Antwort darauf.

Wohl könnte ich aus dem Jahre 1876 Auszüge auch grade aus „Kreuzzeitung" und „Reichsboten" mittheilen, um sie aus ihren eigenen Worten mit Bezug auf ihre spätere Haltung mir gegenüber zu richten. Es widerstrebt mir jedoch. Dagegen lasse ich gerne aus der Fülle wenigstens einen Auszug aus der „Rheinisch-Westfälischen Post" (jetzt Westdeutsche Zeitung) Nr. 240 vom 8. Dezember 1876 folgen.

---

*) Anm. Stöcker schrieb damals an Grüneberg: . . . , da ich Ihnen den Auftrag gegeben habe, die Versammlung zu halten, da ich Ihnen das Geld für die Anschlagssäulen gegeben habe, . . . Wir halten die Versammlung, aber wir müssen darüber noch reden."

„Eindrücke aus einer socialdemokratischen Volks-“ „versammlung in Berlin.“

(Originalcorrespondenz der „Rh.-W. Post“.)

„Die academischen Viertel bis zum Beginn der Versammlungen „benutzte ich regelmäßig zu Privatunterhaltungen mit den schon an- „wesenden Socialdemokraten. Vergangenen Sonntag interessirte mich „ein junger Arbeiter, der durch sein blühendes Aussehen und gesittetes „Wesen vortheilhaft für sich einnahm. Er fragte mich, ob ich die „Schriften Lassalle's kenne. Als ich ihm sagte, daß ich sie seit dem „Tage ihres Erscheinens besäße, und daneben auch sonst ziemlich Alles, „was an socialdemokratischen Büchern und Schriften vorhanden, wurde „er zutraulich. Ich durfte jetzt zum Angriff übergehen und sagte ihm, „daß viele aufrichtige Arbeiterfreunde abgestoßen würden durch die „Religionsfeindlichkeit der Socialdemokraten so wie durch ihre „Stellung zur Ehe und Familie. Ich führte ihn aus, daß die leichtere „Lösbarkeit der Ehe, wie sie socialdemokratischen Systemmachern vor- „schwebe, nothwendig zur Sklaverei der Frau, zur Entheiligung der „Familie, zur Untergrabung der Kindesliebe u. s. w. führen müsse. „Was aber die Religion anbelange, so sei ihre Bekämpfung vom „Standpunkte des Arbeiters aus reiner Selbstmord, weil jede Religion „specifisch socialdemokratisch im besten Sinne des Wortes sei, indem sie „die Mission habe, sich der Armen und Bedrückten anzunehmen, ganz „geradeso, wie der Arzt die Bestimmung habe, sich der Kranken anzu- „nehmen. Der junge Socialdemokrat gab das, was ich über Ehe und „Familie sagte, nach einigen vergeblichen Rettungsversuchen zu, ver- „neinte meinen religiösen Standpunkt aber mit einer so tief ein- „gewurzelten Feindseligkeit, daß ich dagegen nicht aufkommen konnte. „„Glauben Sie denn wirklich — fragte er mich mit erregter Stimme „und flammenden Augen — daß es ein Geistlicher gut mit den Arbeitern „meinen kann? Nein, fügte er in überzeugtem Tone hinzu, die Pfaffen „halten es mit den oberen Klassen und haben es immer gethan.“ Ich „erinnerte ihn an den Pastor Witte und dessen Rede in der neulichen „socialdemokratischen Versammlung. „Jawohl,“ antwortete er, „ich „war selbst dabei und habe den Pastor gehört, aber eine Schwalbe „macht keinen Sommer.“

Herr Hofprediger Stöcker hat sich allerdings nicht als die zweite Schwalbe erwiesen und hat, als er im Jahre 1878 nach seiner Weise mit Grüneberg auftrat, keineswegs den Sommer gebracht.

Die Begründung einer christlich-sozialen Arbeiter-Partei erschien ihm als das einfachste und wirksamste Mittel, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Aber bald sollte aus der Raupe dieser sogenannten christlich-sozialen Arbeiter-Partei der Schmetterling einer christlich-sozialen Partei hervorgehen. Zunächst aber wurde eine friedliche Organisation der Arbeiter erstrebt, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die nothwendigen sozialen Reformen anzubahnen. Dies Versprechen hat er allerdings als Erster gegeben, hat es aber nicht gehalten, es scheiterte an der Logik der Thatsachen, und das war das Beste daran. Er hat eine Partei von Anhängern organisirt, aber nicht von Arbeitern, zumal nicht für das angekündigte volkswirthschaftliche oder sozialpolitische Ziel. Dies Unterlassen war an sich ja ein glückliches. Aber daß die Organisation der Arbeiter überhaupt als Ziel bezw. als Mittel für konkrete Ziele proklamirt war, enthielt schon eine Gefahr, selbst wenn es nur geeignet war, Gemüther zu verwirren. Massenversammlungen sind die ungeeignetsten Stätten für eine vernünftige Diskussion bedeutsamer Fragen im gemeinsamen Interesse. Einschränkung der Konkurrenz, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Invaliden-Unterstützung, Unterstützung der Wittwen und Waisen und diesbezügliche Formen sind ernsteste Fragen von größter Bedeutung, und der Dilettantismus ist das größte Hinderniß, sie heilsam zu bewältigen. Hatte er doch selbst geäußert, in einer so verworrenen Frage wie der sozialen könne Niemand sagen, was Noth sei, jedoch zeige der Verein für Sozialreform, sofort an die Gründung einer Partei gehend, in den nebelhaften Umrissen seines Programms ein klares Bild!

Dabei hatte er von diesem Verein, dem er sich angeschlossen, und in dessen Namen die Eiskellerversammlung berufen war, sogar versichert, er sei für die Rechte unannehmbar, weil ohne positives Bekennntniß.

Parallel der Stöcker'schen politischen Bewegung ging seine religiöse, kirchenpolitische. Einen ganz unnöthigen und keineswegs heilsamen Apparat suchte er für die kirchlichen Wahlen der Hauptstadt zu schaffen. Die Vorstellung ward erzeugt, eine positive Majorität in Gemeinden oder Synoden sei sein Werk. Aber in etlichen Aufrufen ihm Engverbundener klingen Töne an, welche für ein kirchliches Gehör ungewohnt sind.

Wie es auswärts geschehen ist, so hat Stöcker selbst auch die Frage der „Befreiung der Kirche vom Staate" zu popularisiren gesucht. Man kann hierzu nur schmerzlich lächeln. Mit „conservativ"

und „orthodox" hat dies destruktive Schlagwort, von ihm schon 1878 als Ausdruck der „Heiligsten Pflicht" für die Conservativen hingestellt, nichts zu thun.

Aus einer angeblichen Bevormundung Seitens des Staatsministeriums soll der König befreit werden behufs freierer Bewegung als Summepiscopus. Man sollte dagegen in der That in keinem Lande vom Landesvater an den Summepiscopus appelliren wollen. Der umgekehrte Weg kann in jedem Lande zu Zeiten weit eher angezeigt sein. Eine etablirte Kirche ist nimmer mit der Kirche des dritten Artikels zu verwechseln, so wenig wie ein administrativer Verband oder irgend eine Kreisordnung mit dem Preußischen oder mit dem Deutschen Volk dasselbe wäre. In Wirklichkeit würde bei jener im Rahmen der sog. Kirchenbefreiung scheinbar mitberücksichtigten Machtsteigerung des Summepiscopats an Stelle der Personal-Union von Landesvater und Summepiscopus eine Art Personal-Spaltung eintreten können. Nur irgend eine Gruppe könnte ihren zeitweiligen Erfolg davon haben. Alle Unterthanen, sei es in Preußen, sei es in Oesterreich, sei es in Bayern oder Sachsen oder Württemberg oder auch in Rußland-Livland müssen an erster Stelle sich unter dem Scepter ihres Landesvaters gleichmäßig geborgen fühlen. Dies ist der Weg fürstlicher Gewissensfreiheit und der des Volkes.

Dann gäbe es in keinem Lande irgendwie fesselnde Traditionen vorgeblicher oder wirklicher Neigungen. Da würde es überall aus der Enge*) in die Weite geh'n, wie es nicht nur politisch in dem Fort-

---

*) Anmerkung: „Aus der Enge in die Weite!" Ein glänzendes Blatt in der Preußischen Geschichte, wenn auch nur vom Minister von Lauenburg gezeichnet, tritt uns in nachstehender Zeitungs-Mittheilung aus dem Anfang des Juli 1866 entgegen. Der Erlaß, um welchen es sich handelt, ist in höchst kritischer Zeit bei Beginn des Böhmischen Feldzuges ergangen, und ein Beispiel fürsorglicher Treue und Gewissenhaftigkeit, welchem unser Kaiser Wilhelm I., als König von Preußen, seinem preußischen Minister-Präsidenten und Minister für Lauenburg sich nicht verschließend, aus landesväterlichem Herzen durch allerhöchste Entschließungen bekanntlich das Siegel aufgedrückt hat. Nicht der Summusepiskopus hat damals den Landesvater, sondern der Landesvater hat damals den Summusepiskopus bestimmt. Hiermit war ein Quell großer Segnungen eröffnet. Aber etlichen Leuten, welche der Summusepiskopus für ihre partikularistische Kirchenpolitik Kraft angeblich zwingender Traditionen oder Vermächtnisse

schritt vom weiland Brandenburgischen Kanzler Pruckmann zum ersten Kanzler des neuerstandenen Deutschen Reichs so schön sich widerspiegelt und solches z. B. in unserem Vaterlande von König Friedrich dem Großen s. Z. durchgeführt worden ist. Da würde, wie z. B. im Königreich Sachsen anscheinend Schweres leicht geworden ist, auch in Rußland keine Klage laut werden. Jede Verflechtung der Krone in die Kämpfe und Reibungen einzelner Richtungen und

---

womöglich mit Beschlag belegen möchten, als ob der Landesvater in einer Summusepiskopus ihres Sinnes fest aufgehen müßte, ist damals ein unheiliger, noch nicht gewichener Zorn in die Glieder gefahren. Namentlich in den Kreisen späterer, so herrschsüchtiger „Kirchenbefreier.“ Wer aber den Zusammenhang des Kirchengeschichtlichen und Weltgeschichtlichen kennt, wird die Bedeutung des Nachstehenden sofort erfassen:

Hierunter wird „nachstehender, höchst bedeutungsvoller Erlaß des Herrn Ministerpräsidenten, Grafen Bismarck, an den Herrn Superintendenten Brömel der Oeffentlichkeit übergeben:“

Berlin, den 30. Juni 1866.

„Ew. Hochwürden haben mir von Besorgnissen geschrieben, „welche in Ländern des altlutherischen Bekenntnisses unter den gegen„wärtigen Verhältnissen entstehen oder erregen werden könnten. Ich „habe Ihnen zu danken, daß Sie mich auf eine Möglichkeit aufmerk„sam gemacht haben, die ich sonst schwerlich ins Auge gefaßt haben „würde. Denn, daß in Ihrer Heimath Lauenburg nicht die leiseste „Veranlassung gegeben ist, von der Vereinigung mit den Preußischen „Staaten eine Gefährdung der Kirchenverfassung oder Beunruhigung „des Bekenntnisses zu fürchten, ist Ew. Hochwürden als ersten Geistlichen „des Herzogthums am Besten bekannt. Ebensowenig in Schleswig„Holstein, wo die Königliche Staatsregierung sogar in der Verwaltung „und der Rechtspflege das Bestehende schont, für dessen theilweise „Modificirung es in der Bevölkerung nicht an Wünschen fehlt. „Preußen hat in der Achtung des kirchlichen Bekenntnisses „immer wieder ein Element seiner kräftigen Entwicklung „gesucht und gefunden; die vor zwei Menschenaltern bei „einer entsprechenden Disposition der Gemüther zu Stande „gekommene Vereinigung zweier Konfessionen ist heute bei uns noch „nicht allgemein angenommen. Und um dieser Vereinigung „willen sollte die Regierung in Schleswig-Holstein den „Frieden stören wollen? — oder gar in Staaten, mit welchen „Preußen anstatt des zerrissenen ein neues völkerrechtliches Band „zu knüpfen denkt? Ich vertraue, daß eine solche Besorgnis, wenn „sie erregt werden sollte, vor einer unbefangenen Betrachtung von

Parteien mit ihrem oft so kläglichen Wechsel von Hoffnungen und Besorgnissen, nicht selten von Fall zu Fall, bliebe ausgeschlossen. So ein rechtes Binden und Lösen, religiös, fromm, staatsmännisch, patriotisch zugleich, und das suum cuique unserer Hohenzollern, dem Geiste nach als Losung auch in anderen Landen anerkannt, würde in noch wachsendem Maaße ein Quell des Friedens und des Segens werden. Ein erleuchteter Patriot und ein geborener Preuße, z. Z. in dem Reichslande, schreibt u. A. Folgendes: „Eine Seite der positiven Union kämpfte schon seit längerer Zeit (mit Herrn „v. Hammerstein) für eine Umgestaltung der unirten Kirche, daß die„selbe weniger durch den Staat gezügelt und besorgt, sich künftig aus „sich selbst regierte . . . und ein mächtiges, prächtiges, alles „leitendes und begeisterndes „Kirchenregiment bringt."

„Der eifrigste und wichtigste Vorkämpfer dieser Partei war bisher „Hofprediger Stöcker, in welchem viele schon einen neuen Reformator „oder noch was Höheres sehen. Er sollte die abtrünnige grobe Welt „christlich machen und die Kirche vom Staate befreien; aber er hat „Jahre lang eine angeblich christliche Politik und politisches Christen„thum gepredigt und betrieben, daß auch auf diese Art das Christen„thum verweltlicht und die Kirche auf gründliche Verstaatlichung hin„gesteuert würde. Stöcker war unter diesen Kämpfen zum General „seiner Partei geworden . . . .

Da nun aber P. Witte, wie es scheint, in bester Freundschaft, anstatt eines Pastors lieber einen Laien der Partei zur Wahl ins Parlament vorschlug, damit P. Stöcker seinem Predigtamte nicht noch mehr entzogen würde, so nahm das P. Stöcker übel und wurde dem P. Witte in einer sehr bedauerlichen Art abgeneigt. Das kann man in dem Büchlein lesen, wie es zugegangen. Der Ob.

„selbst verschwinden würde, ergreife aber gern die Gelegenheit, „Ew. Hochwürden ausdrücklich zu erklären, daß der Staatsregierung „der Gedanke völlig fremd ist, für die Preußische Landeskirche „Propaganda machen oder dulden oder sonst wie das Bekenntnis „und die Verfassung der altlutherischen Länder beunruhigen zu wollen.

Der Minister für Lauenburg.

In Vertretung: C. Werther.

An

den Superintendenten des Herzogthums Lauenburg

Herrn Brömel Hochwürden

in Ratzeburg.

K.-Rath mußte sich endlich darein mengen und ertheilte dem P. Witte einen Verweis darüber, daß er die Sachen vor alle Welt gebracht habe, während er den Hofprediger Stöcker schonend sich nur dahin in genauere Aufsicht nahm, daß er näher bei seinem Berufe bliebe. Wichtig und lehrreich scheint mir der Vorgang in so fern, als man daraus abnehmen kann, welche Früchte eine neu organisirte Unionskirche (im Sinne v. Hammersteins) bringen würde, wenn sie überhaupt möglich wäre. Die Staatsmänner haben schon von Anfang an sich nicht willig gezeigt, solche neuorganisirte Unionskirche mit allmächtigem Kirchen-Regimente bauen zu helfen, und damit können wir, und sollen auch wohl alle, die etwas lutherischen Sinn haben, sehr zufrieden sein. Nehmen diese mehr päpstlich gewandten Hochunirten auch manchmal fast ganz lutherischen Schein an, so geht ihr Geist doch zu merklich aus der Bahn der Reformation heraus und läuft bald neben der der römischen Generäle und Nuntien und Legaten her: ein Papst müßte sich dann ja noch erst herauskämpfen; der Gehorsam würde ihm freilich bei seinen Leuten wohl sehr fehlen.

Noch weist er darauf hin, daß solche die aller Welt Wetterwacher hebend sein wollen, der blutigsten Kriege nur mehr gemacht haben.

In der That kommen wir mit Schlagworten nicht weiter, und es läßt sich aus dem letzten Jahrzehnt auf mancherlei Zeiterscheinungen hinweisen, welche insofern ein antichristliches Ziel haben, als sie das wahre Christenthum schädigen unter dem höchsten Schein des Christenthums."

Daß übrigens das **„Volk"** auch die allermodernste Befreiung der Kirche auf seine Fahne geschrieben hat, sei noch ausdrücklich erwähnt.

Nur sehr ungern kehre ich zum Persönlichen zurück.

Es ist bekannt, daß ich das „Volk" gerichtlich verklagt habe. Am 30. Oktober 1889 sollte Termin anstehen, derselbe wurde vertagt. Inzwischen sollte versucht werden, beide Parteien friedlich zu einigen. Von Seiten der „Volk"-Redaktion ist mir ein schriftlicher Einigungsversuch vorgelegt worden, den ich jedoch als ungenügend habe abweisen müssen. Es heißt darin:

. . . „Dagegen nehmen wir persönliche Ausfälle „gegen P. Witte, die sich in unseren Artikeln finden, zurück, „und zwar einestheils, weil wir durch einen so herbeizuführenden Vergleich die öffentliche Austragung einer „Beleidigungsklage des P. Witte gegen uns verhindern

„möchten, andererseits aber **nicht in der Lage sind, be-„stimmte, unseren Artikeln zu Grunde liegende Vorwürfe „gegen P. Witte aufrecht zu erhalten** . . ."

Also das „Volk" wünscht diese öffentliche Austragung einer Beleidigungsklage nicht. Das „Volk" hat sich aber nicht gescheut, meinen guten Namen durch den Schlamm hindurchzuschleifen.

Nach dem vergeblichen Versuch, den Prozeß auf anscheinend friedlichem Wege zu vermeiden, hat Herr Leuß es auf andere Weise versucht.

Ungeachtet scheinbar so weitgehenden Entgegenkommens waren mir vorstehende Erklärungen als durchaus ungenügend und werthlos erschienen, mochten sie von vornherein nur ein Stück Taktik sein sollen oder nicht. Nachdem ich einen Vergleich abgelehnt, hat an rechtsanwaltlicher Stelle der Redakteur des Volk zweierlei „Gerüchte" über mich in Scene zu setzen gesucht, nämlich solche „über meinen Lebenswandel in Westfalen" und über Beeinflussungen von meiner Seite behufs der Wahl zum Pfarrer in Moabit. Die erstgenannten „Gerüchte" sind mir bis heute unbekannt, sind nie an mein Ohr gedrungen und müßten 25—30 Jahre zurückliegen. Die anderen „Gerüchte" wären neueren Datums, nur bis ins Jahr 1888 zurückgreifend, auf nichts als Verleumdung beruhend, künstlich mit verschiedensten Mitteln verbreitet und zu spät an mein Ohr gelangend, Ausstreuungen, mit Hülfe welcher Hofprediger Stöcker gegen mich sogar Anzeige — bei der Behörde eingereicht hatte — und ich ahnte es nicht. Die Sache ist bereits untersucht und ist die Stöcker'sche Denunziation auch bereits von der Behörde auf ihr Nichts oder auf das Gegentheil von etwas zurückgeführt. Den Hofprediger Stöcker gedachte ich dieserhalb gerichtlich zu belangen, aber es war zu spät.

Die Moabiter Pfarre wurde mir angeboten und zwar mit dem Hinzufügen, ich solle mich verpflichten, nichts gegen Hofprediger Stöcker vorzunehmen und seine Briefe nicht zu veröffentlichen. Ich erklärte: mit dergleichen dürfe man mir nicht kommen. Selbstverständlich würde ich schweigen, falls ich nicht von gegnerischer Seite dazu gezwungen werde. Mit großer Kunst ward meiner Wahl vorgebeugt und obenein noch die Verleumdung gegen mich verbreitet: ich hätte durch Bestechung ins Moabiter Pfarramt kommen wollen. Ob Hofprediger Stöcker wegen dieses Vorgehens von seiner nächsten vorgesetzten Behörde rektifizirt worden ist, ich weiß es nicht.

Der Redakteur des „Volk" als Stöcker'scher Mitarbeiter und Nachzügler hat von juristischer Seite bereits hören müssen, daß seine jetzige Ankündigung, solche „Gerüchte" gegen mich geltend zu machen, für eine Drohung zu erachten sei, Leuß hat's als Beweis seiner Friedensliebe gedeutet.

Die Dinge müssen eben so reifen. Die Zeitung „Das Volk" führt einen an sich so schönen Titel. Es ist beklagenswerth, daß solcher Inhalt unter solchem Titel eingeführt wird. Es ist bekannt, wie das Blatt überhaupt stark darin ist und es auch anderen Persönlichkeiten gegenüber bewiesen hat, daß es sich mit Anzüglichkeiten am Nächsten zu vergreifen versteht. Das Blatt hätte seinen Namen nur von irgend einer, der Redaktion des bisherigen „Volk" geistesverwandten Volksschicht entnehmen sollen. Heute aber führt das Blatt seinen, wie gesagt, an sich so vorzüglich herrlichen Namen „Das Volk" nur nach Analogie des bekannten Wortspiels: „lucus a non lucendo." Und wir rufen ihm zu: „Bis hierher und nicht weiter!" — Denn: **„Du sollst kein Verleumder sein unter deinem Volk."** 3. Mos. 19,16.

Anhang umstehend.

Betrifft pag. 80 Zeile 17 von unten:

Berlin, 22. März 1889.

Hohem Evangelischen Oberkirchenrath

habe ich bereits in meiner Beschwerdeschrift gegen den Herrn Hofprediger Stöcker vom 25. Februar ganz gehorsamst gemeldet, daß der frühere Vertraute des Herrn Stöcker, der Schneidermeister Grüneberg, mich aufgesucht hat, um mir gewisse Mittheilungen zu machen, daß ich es aber abgelehnt habe, mich mit demselben außeramtlich in Verbindung zu setzen.

Vor wenigen Tagen hat derselbe weiter ein Schreiben an mich gerichtet und mir ausdrücklich gestattet, Abschrift davon zu nehmen.

Da das fragliche Schriftstück nebst Anlagen Mittheilungen enthält, welche für meine Beschwerde über den Herrn Stöcker von maßgebender Bedeutung zu sein scheinen und welche hochwürdigstem Evangelischen Obenkirchenrath zum Theil bereits vorgelegen haben, so glaube ich nicht unterlassen zu dürfen, dasselbe zu den betreffenden Akten einzureichen und dabei meine ganz gehorsamste Bitte zu wiederholen,

Hochgeneigtest den rc. Grüneberg über seine betreffenden Behauptungen eventuell zeugeneidlich zu vernehmen und zur Vorlegung der Originale der fraglichen Briefe aufzufordern.

Die Anklage, welche der Herr Grüneberg gegen den Herrn Stöcker erhebt, will nicht weniger besagen, als daß Herr Stöcker ihm gegenüber einen falschen Eid geleistet, und würde deshalb durch bloße Ignorirung in dem vorliegenden Verfahren in keinem Falle ihre Erledigung finden.

Zugleich verfehle ich nicht, der Hohen Behörde eine fernere Nummer des, so viel ich weiß, von Herrn Stöcker gegründeten, notorisch zur Disposition des Herrn Stöcker stehenden Blattes „Volk“ und zwar 67 vom 20. März zur hochgeneigten Kenntnißnahme ehrerbietigst vorzulegen, wobei ich noch bemerken will, daß diese Nummer auch in meiner Gemeinde weit über den Abonnentenkreis hinaus, mit einer von der Geschäftsstelle der Zeitung ausgehenden, gehorsamst beigefügten Anlage verbreitet worden ist. Dies Zeitungsblatt ergiebt, daß und in welcher gehässigen Weise der Herr Hofprediger, des schwebenden Verfahrens ungeachtet, die öffentliche Polemik gegen mich fortsetzt und mich abermals in demonstrativer Weise provocirt. Daß dies

in seinem Blatte unter dem Schilde der Anonymität geschieht, dürfte die Gehässigkeit des Vorgehens noch steigern und jeden Vorwurf ausschließen, wenn ich mich derartiger Angriffe erwehrt habe und erwehre.

Mit vorzüglicher Ehrerbietung verharrend Hohen Evangelischen Oberkirchenraths

ganz gehorsamster

C. Witte, Pfarrer.

Evangelischer Ober-Kirchenrath. Berlin, den 29. April 1889.
Nr. 2267. EO.

Auf die Vorstellung vom 22. März d. J., betreffend den Hof- und Domprediger Stöcker hier, erwidern wir Ew. Hochehrwürden, nach Einsicht der Akten des hiesigen Königlichen Landgerichts I über die im Jahre 1885 verhandelte Strafsache wider den Redakteur Baecker und nach Prüfung des Sachverhalts, daß wir einen ausreichenden Anlaß nicht haben finden können, die von Ihnen angeregte Angelegenheit in eine weitere amtliche Behandlung zu nehmen.

Hermes.

An
den Herrn Pfarrer C. Witte,
Hochehrwürden

hier.

Verlag von F. Fontane in Berlin W.

Die Entscheidung

über die

Entwürfe zum National-Denkmal

für

Kaiser Wilhelm

von

Dr. Georg Voß

Privatdozent der Kunstgeschichte an der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin.

Dem Deutschen Reichstage als Denkschrift überreicht.

56 Seiten. Preis Mark 1,—.

Ein Spaziergang

von der

Kaiser-Wilhelm-Brücke

bis zur

Weltausstellung.

Berliner Briefe vom Jahre 1900

von

* * *

23 Seiten. Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

W. Moeser Hofbuchdruckerei, Berlin S.

Mein Conflict

mit Herrn

Hof- und Domprediger Stöcker.

Mein Conflict

mit Herrn

Hof- und Domprediger Stöcker.

Eine Rechtfertigung und ein Appell

von

Carl Witte,

Pfarrer an St. Golgatha. — Berlin.

7. Tausend.

1. Petri 4,17: „Es ist aber Zeit, daß das Gericht anfange am Hause Gottes."

Berlin.

F. Fontane.

1889.

Druck von H. S. Hermann in Berlin.

Einige Tage nach dem Erscheinen der Broschüre des Herrn Landtagsabgeordneten Cremer war in der Abendausgabe der „Kreuzzeitung" Nr. 4 vom 3. Januar 1889 als Theil einer „Erklärung" des Herrn Hofpredigers Stöcker folgende, zuvor in seinem Blatte „Das Volk" erschienene Veröffentlichung zu lesen:

„Wenn Herr Cremer zu dem traurigen Mittel greift, mich durch einen Theil des Erkenntnisses in dem Prozeß Bäcker zu verdächtigen, so hat er damit so wenig Glück wie jeder Andere, der diesen gewagten Weg beschreitet: Der Fall Witte, den er anführt, belastet mich nicht. Zur Beweisführung in demselben diente dem Gerichtshof die Aussage eines Zeugen und ein Brief, den ich geschrieben haben sollte. Da der Zeuge von dem Gerichtshof*) selbst als ein „nicht klassischer" bezeichnet worden ist, so fällt sein Zeugniß weg. Der Brief aber existirt überhaupt nur in der Phantasie des Gerichtshofes, damit werden auch für jeden Einsichtigen die allerdings sehr unfreundlichen Schlußfolgerungen hinfällig, welche der Gerichtshof an die vermeintliche Thatsache geknüpft hat."

Am anderen Tage ging ich nach der Redaktion der „Kreuzzeitung" und überreichte folgenden Brief nebst Erklärung:

„. . . Nun muß ich also in der Sache, die zunächst zwischen den Herren Cremer und Stöcker schwebt, dennoch auch meinerseits das Wort nehmen. Demgemäß bitte Ew. Hoch- und Wohlgeboren ich um Aufnahme beifolgender Erklärung:

Den Konflikt mit dem Hofprediger Stöcker würde ich meinerseits nicht wieder angeregt haben, bin nun aber durch denselben gezwungen, jetzt die Sache ganz klar zu legen. Um deswillen beschränke ich mich hier auf die kurze Bemerkung, daß der vom Herrn Hofprediger Stöcker wiederholt abgeleugnete Brief dennoch existirt und sich in meinen Händen befindet.

Berlin, den 4. Januar 1889.

E. Witte,
Pfarrer an St. Golgatha.

Anstatt daß nun meine Erklärung am andern Tage in der „Kreuzzeitung" gestanden hätte, erschien Herr Freiherr v. Hammerstein im Laufe des Vormittags in meiner Wohnung. Ich war nicht zu Hause. Meine

*) Der Gerichtshof bestand aus den Herren Landgerichtsdirektor Lüty als Vorsitzenden und den Landgerichtsräthen Oppert, v. Makowski und Graf Strachwitz.

Frau empfing den ihr Unbekannten in der Meinung, er habe ihr eine Bestellung an mich zu übergeben. Es entspann sich nun folgendes Gespräch:

„Mein Name ist Hammerstein, von Hammerstein, Freiherr von Hammerstein, Chefredakteur der „Kreuzzeitung". Ich komme wegen der Erklärung, die Herr Pastor Witte uns gestern Nachmittag brachte. Ich kann sie nicht aufnehmen."

„Nicht aufnehmen? Warum nicht? Sind Sie dazu nicht durch das Preßgesetz § 11 verpflichtet?"

„Das trifft hier nicht zu. Denn die Erklärung Stöcker's richtet sich gegen Cremer."

„Aber mein Mann ist in derselben zum Lügner und Schwindler gemacht."

„Es existirt ja aber doch kein Brief aus dem Jahre 1878."

„Wer spricht denn vom Jahre 1878?"

„Cremer thut das in seiner Broschüre. Sie scheinen dieselbe nicht gelesen zu haben."

„Und ob wir sie gelesen haben! Es steht aber nicht darin, daß der fragliche Brief aus dem Jahre 1878 sei. Das ist ja aber auch gleichgiltig. Das Datum trifft ja gar nicht den sittlichen Kern der Sache. Es handelt sich doch nur um den einen Brief, von welchem mein Mann vor Gericht und vor Ohren und Augen des Herrn Hofpredigers Stöcker nur einen Theil verlesen hat. Und zwar nur einen Theil aus Schonung für das geistliche Amt, das mein Mann sogar im Hofprediger Stöcker geehrt sehen wollte. Was thut da das Datum? Wie kann Herr Hofprediger Stöcker diesen Brief verleugnen wollen?"

„Ja, dann muß ich den Brief erst sehen."

„Herr Freiherr, ich bitte Sie, es mir nicht als Unhöflichkeit anrechnen zu wollen, wenn ich mich weigere, Ihnen auch nur das Geringste zu zeigen. So lange mein Mann lebt, hat er allein das Verfügungsrecht über seine Korrespondenzen."

„Aber Stöcker behauptet doch, es existire kein Brief aus dem Jahre 1878."

„Ja, Herr Hofprediger ist sehr geschickt, ganz gewaltig geschickt. Es wird ihm ein Leichtes sein, hier ein Hinterthürchen zu finden, aus welchem er hinausschlüpfen kann. Ich wollte aber, sein Talar klemmte sich dabei, so daß er ihn ausziehen müßte. Er sollte diese seine Geschicklichkeit nur in den Dienst der Frömmigkeit gestellt haben, dann hätte er wirklich Großes leisten können. Herr Hofprediger Stöcker kämpft überhaupt mit Waffen, die uns fremd sind, die unserer nicht würdig sind. Insofern ist dieser Kampf ein sehr ungleicher. Was mein Mann in den letzten zehn Jahren durch diese ganz öden Stöckereien gelitten hat, weiß kein Mensch so gut, wie ich, seine Frau. Aber aus Rücksicht für das geistliche Amt hat mein Mann geschwiegen, seine Sache Dem anheim stellend, der da recht richtet. Wie rücksichtsvoll mein Mann bis zum letzten Augenblick gewesen, können Sie daraus ersehen, daß er an keine liberale Zeitung sich gewendet hat und nur die „Kreuzzeitung" um Aufnahme seiner Erklärung gebeten hat. Und jede Zeitung würde es doch mit Freuden aufgenommen haben. Sie nehmen Stöcker'sche Erklärungen auf, ohne ein Wort zu sagen, dann können Sie Erklärungen meines Mannes erst recht aufnehmen. Denn der Pastor Witte hat bis jetzt noch Niemanden belogen."

„Durch Herrn Pastor Witte's Erklärung würde ich aber Skandal in die Welt bringen, und das muß ich vermeiden.“

„So? Skandal in die Welt bringen? Durch meines Mannes Erklärungen? Ich dächte, Skandal wäre schon genug vorhanden; erstlich durch das Auftreten des Herrn Hofprediger Stöcker selbst und sodann durch seine Erklärungen.“

„Aber warum hat Herr Pastor Witte denn nicht vor drei Jahren im Prozeß Stöcker-Bäcker diese Briefgeschichte gemacht? Daß er es jetzt thut, ist doch Unsinn.“

„Nein, das ist kei[illegible] es ist vielleicht nur für Herrn Hofprediger Stöcker unbequem. [illegible] Unsinn, sondern nur rücksichtsvollste Schonung gegen das geistli[illegible] Ich an meines Mannes Stelle hätte es nicht gethan. Ich habe damals vor drei Jahren zu meinem Manne ungefähr so gesagt: Du hast den Mann jetzt in der Hand; verdirb ihn! Sonst wird er Dich zu verderben trachten. Aber mein Mann übte immer und immer wieder Schonung. Hätte Hofprediger Stöcker jetzt in seiner gegen Cremer gerichteten Erklärung meinen Mann nicht angegriffen, sondern geschwiegen, dann hätte mein Mann ja gar keine Veranlassung gehabt, ihm entgegenzutreten.“

„Der vom Gerichtshof erwähnte Brief lautet aber doch anders, als der Brief, den Sie besitzen.“

„Nun, wenn die Herren vom Gerichtshof in der mündlichen Wiedergabe auch den Wortlaut verändern, so bleibt der fragliche Brief doch immerhin derselbe. Gemeint ist von allen Betheiligten der Brief mit der Kandidatur Hoppe und dem Grüneberg'schen Auftrag. Und der Brief existirt! — Wenn ich nun einen Brief abschreibe und mache dabei statt eines Semikolon ein Komma oder umgekehrt, dann ist der Brief auch wohl nicht mehr derselbe?“

„Nein, es ist dann ein anderer Brief!“

„Werden Sie nun die Erklärung meines Mannes aufnehmen, oder nicht?“

„Ja, dann muß ich erst das ganze Aktenmaterial sehen.“

„Herr Freiherr, ich glaube, wir beide haben in dieser Sache nichts mehr zu verhandeln. Adieu.“

„Ich darf wohl durch diese Thüre direkt auf den Korridor gehen.“

„Wenn Sie die Güte haben wollen!“

Hierauf ging noch in meiner Abwesenheit nachstehendes Schreiben des Herrn von Hammerstein ein:

Ew. Hochwürden

theile ich in Verfolg der Unterredung, welche ich vor einer Stunde mit Ihrer Frau Gemahlin hatte, ergebenst mit, daß der Hofprediger Stöcker auf meine Aufforderung, sich zur Sache zu bekennen, folgendes schreibt:

Pastor Witte hat von mir drei Briefe aus dem Jahre des Prozesses 1885. Den im Erkenntniß angeführten Brief aus dem Jahre 1878 kann er nicht haben, da ich mich nicht erinnere, damal[illegible] geschrieben zu haben.

„Als das Erkenntniß herauskam, und ich den apokryphischen Brief darin fand, habe ich an Witte geschrieben,*) ob er außer den drei Briefen von 1885 noch einen anderen in dieser Angelegenheit von mir geschriebenen besitze. Darauf antwortete er unter dem 27. Mai:**) „Ein weiteres auf den Prozeß bezügliches Schreiben Ew. Hochwürden besitze ich nicht.“

Diesen Brief von Witte lege ich Ihnen zur Prüfung bei. Das Ganze muß also auf einem Mißverständniß beruhen. Wenn Sie Witte's Brief veröffentlichen wollen, so fügen Sie, bitte, diesen meinen Brief hinzu.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung Stöcker's wiederholt mein Ersuchen an Sie um Vorzeigung des Briefes von 1878, um dessen Vorhandensein es sich in der Cremer'schen Broschüre handelt.

Ich bemerke noch, daß ich bis 3 Uhr Nachmittags und von 8–10 Abends hier in der Redaktion anwesend bin.

Hochachtungsvoll

Freiherr von Hammerstein.“

Auf diesen Brief begab ich mich, obschon es Sonnabend war, noch des Abends zu ihm. Ich erbat noch einmal die Aufnahme meiner Erklärung. Herr Freiherr von Hammerstein beharrte bei seiner Weigerung. Schließlich kamen wir überein, ich solle erst einen Brief von ihm abwarten, ehe ich weitere Schritte unternähme.

Diesen Brief erhielt ich am Montage darauf, 7. Januar, und es entspann sich folgende Korrespondenz:

Berlin, den 6. Januar 1889.

Ew. Hochwürden haben mir aus Veranlassung der gegen die Cremer'sche Broschüre gerichteten Veröffentlichung des Hofpredigers Stöcker in No. 4 der Kreuzzeitung auch Ihrerseits eine Erklärung zum Abdruck übersandt. Ich habe dieselbe nicht veröffentlicht, weil in derselben Behauptungen enthalten sind, welche nach meiner genauen Kenntniß der Vorgänge ich als mit der Wahrheit in Widerspruch stehend erachten muß.

Cremer hat in seiner Broschüre die „Rücksichtslosigkeit“ und „Rachsucht“ Stöcker's mit der Behauptung zu begründen versucht, daß derselbe nicht einmal das alte Wort: „clericus clericum non decimat“ beachte. Diese Behauptung stützt Cremer lediglich auf den Wortlaut der Erkenntnißgründe aus dem Erkenntniß im Prozeß Bäcker, welchen er in der entscheidenden Stelle wörtlich abdruckt. In dieser Beweisführung des Gerichtshofes wird nun behauptet, daß Stöcker vor den Reichstagswahlen des Jahres 1878 an Sie einen Brief geschrieben habe „in dem er Ihnen mittheilte, daß er Sie bekämpfen und fallen lassen würde wenn Sie bei der Aufstellung des Hoppe verharrten.“

Allein gegen diese Behauptung des Gerichtshofes bezüglich Cremers wendet sich die in Rede stehende Erklärung Stöcker's.

*) In Wahrheit lautet dieser Brief Stöcker's an mich nach Form und Inhalt sehr anders. Vergl. Seite 33. C. Witte.

**) Auch dieses Datum ist ein anderes in dem betreffenden Brief. Vergl. Seite 35. C. Witte.

Er bezeichnet dieselbe als unwahr und den angeblichen Brief aus dem Jahre 1878 als nur in der Phantasie des Gerichtshofes existirend und er hat ein volles Recht dazu.

Zwischen Ihnen und Stöcker hat in der betreffenden Angelegenheit ein Briefwechsel im Jahre 1878 überhaupt nicht stattgefunden. Sie selbst erkennen in einem Schreiben vom 27. Juni 1885 Stöcker gegenüber an, daß Sie auf die „betreffende Angelegenheit bezügliche Briefe nur drei und diese sämmtlich aus dem April 1885 besitzen. Dementsprechend haben Sie auch, als Sie zeugeneidlich auszusagen genöthigt waren, lediglich aus einem solchen Schreiben vom 22. April 1885 Stellen vorgelesen.

Die in der Kreuzzeitung veröffentlichte Erklärung berührt somit Ihre Zeugenaussage in keiner Weise. Was Sie damals aussagten, steht aktenmäßig fest; der Brief, aus dem Sie Ihre Aussagen schöpften, wird in seiner Aechtheit von Niemand in Frage gestellt; ich selbst habe in diesem Augenblick eine Abschrift desselben in Händen.

Nach dieser Klarlegung der Sachlage zweifele ich nicht, daß Sie selbst anerkennen werden, Stöcker sei durchaus berechtigt gewesen, zu behaupten, daß der von Cremer gegen ihn angebrachte Brief in Wahrheit nicht existirt und niemals geschrieben worden ist. Damit ist aber Ihre mir übersandte Erklärung hinfällig.

Hochachtungsvoll ergebenst

Freiherr von Hammerstein.

Ich antwortete mittels eingeschriebenen Briefes, wie folgt:

Berlin, den 10. Januar 1889.

Hochgeehrter Herr Freiherr!

Da unsere mündlichen Verhandlungen und der daran angeschlossene Briefwechsel leider zu einem befriedigenden Resultat nicht geführt haben, so bleibt mir nur übrig, das Sachverhältniß und Rechtsverhältniß noch einmal kurz zu beleuchten und meine Bitte um Aufnahme einer mir geboten erscheinenden Entgegnung auf die von dem Herrn Hofprediger Stöcker im „Volk" veröffentlichte und demnächst in der „Kreuzzeitung" No. 4 vom 3. Januar Abends abgedruckte Erklärung zu wiederholen.

Meinerseits habe ich es weder mit der Cremer'schen Broschüre, noch mit dem in dem sogenannten Prozeß Bäcker abgefaßten Erkenntniß, sondern lediglich mit der Stöcker'schen Erklärung zu thun. Diese „Erklärung" ist in einer Weise redigirt, daß der unbefangene und weniger genau unterrichtete Leser kaum anders kann, als die Bezeichnung „unklassischer Zeuge" auf mich zu beziehen und anzunehmen, daß der Brief, welchen Herr Stöcker „als nur in der Phantasie des Gerichtshofes existirend" bezeichnet, von mir, sei es in Bezug auf das Datum, sei es in Bezug auf den Inhalt — welchen ich theilweise verlesen habe — phantasievoll behandelt worden sei. Es ist dies meiner zeugeneidlichen Vernehmung gegenüber ein Vorwurf, wie er schwerer kaum gedacht werden kann.

Daß Ew. Hoch- und Wohlgeboren für sich das Recht in Anspruch nehmen, als souverainer Richter über die Wahrheit meiner Gegenerklärung abzusprechen, dafür finde ich in dem Preßgesetz auch nicht den mindesten Anhalt und werde mich um so weniger dabei beruhigen, als Ihre Ablehnung der Veröffentlichung meiner Zurückweisung der durch

Nichts motivirten Stöcker'schen Insinuationen durch die Begründung, daß meine Gegenerklärung unwahr sei, eine neue Beleidigung hinzugefügt.

In dem Stöcker-Bäcker'schen Prozeß ist überhaupt nur ein Brief zur Erörterung gezogen und zwar der Brief, aus dem ich ein Stück verlesen habe. Daß dieser Brief aus dem Jahre 1878 — ein tausend achthundert und acht und siebenzig — datire, darüber ist von mir kein Wort in den betreffenden Verhandlungen gesagt, sondern nur, daß derselbe sich auf die Wahlverhandlungen im Jahre 1878, die Kandidatur Hoppe und auf einen dem pp. Grüneberg ertheilten Auftrag beziehe.

Von einem anderen Briefe kann nur mißverständlich die Rede sein. Es handelte sich ja damals nur um die Beweisfrage, ob Stöcker dem pp. Grüneberg den Auftrag, mich öffentlich anzugreifen, wirklich ertheilt habe.

Aus Rücksicht auf den geistlichen Stand habe ich in jenem Prozeß den Herrn Stöcker mit der äußersten Schonung behandelt, obschon er mich auf das Empfindlichste beleidigt hatte, indem er ausgesprengt, daß ich mich durch Geschenke habe bestimmen lassen, jüdischen Leuten — dem verstorbenen Kommerzienrath Cäsar Wollheim — Titel zu verschaffen. Ich habe jedoch nicht die Absicht, weitere beleidigende Insinuationen des Herrn Stöcker stillschweigend passiren zu lassen. Daß mir für meine Erklärung jedes Berliner Blatt, vielleicht mit Ausnahme von zweien, offen steht, darüber werden Ew. Hoch- und Wohlgeboren nicht zweifelhaft sein. Nichts destoweniger werde ich noch zwei Tage auf Ihre definitive Erklärung warten.

Es handelt sich auch heute für mich nicht etwa um „Revanche", sondern nur um nachhaltigen Schutz gegen die fortdauernden Insinuationen und Verdächtigungen Seitens des Herrn Stöcker, von denen ich kürzlich noch anderweitig eine sehr charakteristische Probe erhalten habe.

Hochachtungsvoll ergebenst

C. Witte, Pfarrer an St. Golgatha.

Berlin, den 11. Januar 1889.

Ew. Hochwürden

mache ich auf die beifolgende Notiz der Kreuzzeitung aufmerksam und bemerke zugleich ergebenst, daß ich eine weitere Vermittlung in der Sache nunmehr ablehne, nachdem mir Stöcker mitgetheilt hat, daß er die Angelegenheit dem Konsistorium unterbreitet hat.

Hochachtungsvoll

Freiherr von Hammerstein.

Eingelegt war die „Kreuzzeitung" Nr. 17 von Freitag, den 11. Januar, enthaltend nachstehende „Notiz";

Zur Cremerschen Broschüre.

Hofprediger Stöcker ersucht uns, mit Bezug auf seine gegenüber der Broschüre des Herrn Cremer abgegebenen Erklärung zu konstatiren — was übrigens für aufmerksame Leser sich von selbst ergiebt — daß unter dem von ihm erwähnten „nicht klassischen" Zeugen Herr Grüneberg und unter dem aus dem Erkenntniß citirten Briefe ein lediglich

auf Irrthum beruhendes, niemals vorhanden gewesenes Schreiben aus dem Jahre 1878 gemeint ist. Ein anderer Brief als dieser wird in dem Erkenntniß an der betreffenden Stelle überhaupt nicht angeführt.*)

Hiernach antwortete ich Herrn Freiherrn v. Hammerstein wiederum mittels eingeschriebenen Briefes.

„Berlin, den 12. Januar 1889.

Ew. Hoch- und Wohlgeboren

darf ich nicht unterlassen, auf das geehrte Schreiben vom 11. d. M. ergebenst zu erwidern, daß ich Sie in meinem Konflikte mit dem Hofprediger Stöcker nicht um eine „Vermittelung in der Sache", auch nicht um eine Gefälligkeit, sondern um die Erfüllung einer preßgesetzlichen Verpflichtung ersucht habe.

Dies Ersuchen wiederhole ich auch jetzt, da ich mich nur ungern entschließe, die Erfüllung dieser Verpflichtung zu erzwingen.

Wenn Herr Stöcker die „Angelegenheit dem Konsistorium unterbreitet hat" so ist mir dies sehr angenehm, da ich schon lange eine gründliche Auseinandersetzung gewünscht habe, doch wird mich dies nicht abhalten, meine — jetzt in Etwas zu modifizirende Erklärung in einem anderen Blatte abdrucken zu lassen.

Hochachtungsvoll

C. Witte, Pfarrer."

Hiernach hatte ich mich darein finden müssen, daß für meine Gegenerklärung mir eine Verzögerung vom 4. bis 14. Januar, in einer solchen Sache nichts Geringes, erwachsen war. Denn nun konnte eine berichtigende Gegenerklärung erst am Montag, den 14. Januar 1889 Abends, zur Veröffentlichung gelangen. Da die „Kreuzzeitung" mir ihre Spalten zu einer Berichtigung verschloß, so mußte ich mich mit dieser an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" adressiren, und zwar um so mehr gerade an diese, als ich selbst den Schein zu vermeiden wünschte, als suchte ich die Unterstützung einer dem Herrn Hofprediger Stöcker prinzipiell feindlichen Partei und Presse in Anspruch zu nehmen und für mich zu gewinnen.

Meine Berichtigung in Nr. 22 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hatte folgenden Wortlaut:

„Gelegentlich einer Polemik mit Herrn Cremer hat Herr Hofprediger Stöcker sich veranlaßt gesehen, auch meiner wieder Erwähnung zu thun.

Die fragliche Erklärung, welche zuerst in dem Blatte „Volk" veröffentlicht und demnächst auch in der „Kreuzzeitung" (Nr. 4 vom 3. d. M. Abends) abgedruckt worden ist, lautet wörtlich:

*) So hinkt erst am 11. Januar Herr Hofprediger Stöcker selbst mit der angeblichen Interpretation nach, daß er einen Brief vom Jahre 1878 „gemeint" habe.

„Wenn Herr Cremer zu dem traurigen Mittel greift, mich durch einen Theil des Erkenntnisses in dem Prozeß Bäcker zu verdächtigen, so hat er damit so wenig Glück wie jeder Andere, der diesen gewagten Weg beschreitet: Der **Fall Witte**, den er anführt, belastet mich nicht. Zur Beweisführung in demselben diente dem Gerichtshof die Aussage eines Zeugen und ein Brief, den ich geschrieben haben sollte. Da der Zeuge von dem Gerichtshof selbst als ein „nicht klassischer" bezeichnet worden ist, so fällt sein Zeugniß weg. Der Brief aber existirt überhaupt nur in der Phantasie des Gerichtshofes, damit werden auch für jeden Einsichtigen die allerdings sehr unfreundlichen Schlußfolgerungen hinfällig, welche der Gerichtshof an die vermeintliche Thatsache geknüpft hat."

Meinerseits würde ich diese Episode aus dem Prozeß Stöcker wider die „Freie Zeitung" nicht wieder mobil gemacht haben, doch da dies — ohne daß ich dazu die geringste Veranlassung gegeben — in sehr charakteristischer Weise von der anderen Seite geschehen ist, so darf ich dazu nicht schweigen.

Mit dem Vorbehalt, demnächst die Sache vollständig klar zu legen, beschränke ich mich heute auf die Erklärung, daß in dem bezeichneten Prozeß überhaupt nur von einem Schreiben die Rede gewesen ist, und zwar von dem Schreiben, von welchem ich aus Schonung gegen den Herrn Stöcker nur einen Theil verlesen habe. Dies Schreiben datirt allerdings nicht aus dem Jahre 1878, bezieht sich aber auf die Wahlvorgänge in diesem Jahre, und wird man danach den Werth der Angabe, daß dasselbe „nur in der Phantasie des Gerichtshofes existire", ohne Weiteres würdigen. Es handelt sich eben nur um Mißverständniß in der Datirung. Sonst existirt dies Schreiben mit dem angegebenen Inhalt in der Wirklichkeit, und befindet sich das Original mit Zubehör in meiner Hand.

Berlin, 12. Januar 1889, N. Eichendorffstr. 1.

Carl Witte,
Pfarrer an St. Golgatha."

Erst nachträglich und zufällig fiel mir am Sonntag, den 13. Abends, eine neue Erklärung des Herrn Hofprediger Stöcker, bereits in Nr. 20 der „Kreuzzeitung" vom Sonnabend, den 12. Januar veröffentlicht, ins Auge. Leichtlich hätte ich sie gänzlich übersehen können, stand sie doch hinter den nach Schluß der Redaktion eingetroffenen „Telegraphischen Korrespondenzen", also an einer für Stöcker'sche Erklärungen sehr ungewohnten Stelle. Dort hieß es nun:

Zur Broschüre des Abg. Cremer.

Hofprediger Stöcker schickt uns folgende Erklärung: „In einem Vorwort zur zweiten Auflage seiner Broschüre theilt Herr Cremer mit daß der besprochene Brief, den ich dem Erkenntniß des Gerichtshofes gemäß an Herrn Pastor Witte geschrieben haben soll, aber nicht geschrieben habe, in den Händen des Letzteren sich befinde. Ich erkläre von neuem, daß Herr Cremer damit eine Unwahrheit behauptet. Der im Erkenntniß angeführte Brief existirt nicht; wenn Herr Cremer anders berichtet ist, so hat man ihn zum Besten gehabt, was mir bei dem Ernst der Sache leid thut."

Am Tage nach meiner in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" abgegebenen Erklärung las ich in der „Kreuzzeitung" Nr. 25 vom 16. Januar Morgens eine neue Auslassung des Herrn Hof- und Dompredigers mit folgendem Wortlaut:

Zur Affaire Cremer-Witte.

Erklärung.

Herr Pastor Witte hat sich zu einer unrichtigen Erklärung mir gegenüber veranlaßt gesehen. Er hat damit drei Jahre lang sich selbst, acht Tage Herrn Cremer und nun das lesende Publikum in die Irre geführt. Zur Klarstellung diene das Nachstehende.

Als im Jahre 1885 der Prozeß Bäcker bevorstand und ich zufällig erfuhr, daß die Witte'sche Angelegenheit mit zur Verhandlung kommen würde, schrieb ich unter dem 22. April 1885 an Herrn Pastor Witte folgenden Brief:

„Vielleicht ist Ihnen während der letzten Wahlperiode ein Exemplar der G.'schen Enthüllungen vor die Augen gekommen, in denen auch Sie erwähnt werden. Die Sache ist folgende:

Im Jahre 1876 oder 1877 kam eines Tages der verstorbene Herr v. W. zu mir und forderte mich auf, ein von Ihnen befürwortetes Gesuch um Verleihung des Titels eines Geh. Kommerzien-Raths an den verstorbenen C. W. mit zu unterzeichnen, was ich natürlich ablehnte. G. erzählt nun, ich habe ihn aufgefordert, in einer öffentlichen Versammlung bei den Wahlen von 1878 dies zu Ihrer Bekämpfung und zur Beseitigung der Kandidatur H— auszusprechen.

Dies ist natürlich unwahr. Aber wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals G. für einen zuverlässigen Menschen — wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen. Uebrigens wußte ich es damals nur aus dem Munde G.'s, daß ich von Ihnen bekämpft und durch H. beseitigt werden sollte. Die Sache wird unter vielen anderen binnen kurzem gerichtlich zur Sprache kommen. Ich hoffe, daß sie weiter kein Aufsehen machen wird. Bitte, schreiben Sie doch, wie in Ihrer Erinnerung die W.'sche Angelegenheit sich darstellt. Vielleicht läßt sich dadurch vermeiden, daß Sie als Zeuge zitirt werden.

Dieser Brief ist, wie mir genau bekannt war, im Besitz des Herrn Pastor Witte. Er bezweckte nichts weiter, als eine Information über eine Sache, die von mir zu bezeugen war, sieben Jahre zurück lag und lediglich in Gesprächen privater Natur bestanden hatte.

Das Erkenntniß im Prozeß Bäcker dagegen enthält den folgenden Abschnitt. „Vorher (nämlich vor einer Wahlversammlung des Jahres 1878) schrieb Stöcker an Witte einen Brief, in dem er ihm mittheilte, daß er ihn bekämpfen und fallen lassen würde, wenn er (Witte) bei der Aufstellung des H— verharre."

Von diesem Briefe, dem einzigen, der in dem Erkenntniß erwähnt wird, habe ich behauptet, daß er lediglich in der Phantasie existire. Dieser Brief ist thatsächlich nie geschrieben und hat nie existirt. Daß Herr Pastor Witte aus dem anderen Brief vom 22. April 1885 bei seinen Zeugenaussagen etwas vorgelesen hat, thut nichts zur Sache;

davon ist in dem Erkenntniß eben nicht die Rede. Uebrigens enthält der Brief kein Wort, das aus Schonung hätte unterdrückt werden müssen.

Die beiden Briefe sind nach Zeit, Veranlassung, Inhalt durchaus verschieden. Ich muß es Herrn Pastor Witte überlassen, sich und den irregeführten Lesern die Frage zu beantworten, wie er die beiden Briefe verwechseln und öffentlich behaupten konnte: „Es handelt sich nur um ein Mißverständniß in der Datirung." Daß dies eine Unwahrheit ist, leuchtet Jedermann ein.

Da ich wußte, daß Herr Pastor Witte mit dem Gedanken umging, meinen Brief in die Oeffentlichkeit zu bringen, hatte ich schon in der vorigen Woche die Sache dem Königlichen Konsistorium zur Untersuchung übergeben. Ich glaubte, dadurch der Oeffentlichkeit diese unerquickliche, aber mich in keiner Weise belastende Angelegenheit vorzuenthalten. Obwohl Herr Pastor Witte sowohl hierüber wie über seinen Irrthum vorher aufgeklärt war, hat er es dennoch vorgezogen, in diesem Irrthum zu verharren und denselben drucken zu lassen.

Berlin, 15. Januar 1889. Adolf Stöcker.

Dieser angebliche Brief aus dem Jahre **1878** ist freilich lediglich ein Erzeugniß der dialektischen Kunst des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker, und konnte daher dessen Existenz mit Recht verneint werden. Der Brief aber, der in den Verhandlungen des Bäcker-Stöcker'schen Prozesses zur Sprache gekommen ist, und von mir theilweise verlesen wurde, ist der vom 22. April 1885 und dieser befand sich allerdings in meinen Händen. Schwerlich kann man einen preußischen Gerichtshof empfindlicher beleidigen, als wenn man ihm unterstellt, daß derselbe seiner Entscheidung ein Schriftstück zu Grunde gelegt habe, das bei ihm gar nicht zur Sprache gekommen ist. Es wäre dies in der preußischen Rechtspflege unerhört. Freilich ist es ebenso unerhört, gegen einen preußischen Gerichtshof derartige Vorwürfe und Insinuationen zu erheben. Es könnte daher nur von einer Verwechselung des Datums die Rede sein. In den Erkenntnißgründen, sowohl in den mündlich vorgetragenen wie den schriftlichen, ist aber auch gar nicht von einem Briefe aus dem Jahre 1878 die Rede, vielmehr heißt es dort zunächst im mündlichen Vortrage auf Seite 87 nur:

„Der Zeuge Stöcker beauftragte den Zeugen Grüneberg, in einer öffentlichen Versammlung den Pfarrer Witte anzugreifen, und er selbst schrieb noch an den Pfarrer Witte einen Brief, in welchem er sagte: Wenn derselbe bei der Aufstellung des Hoppe verharre, so lasse er den Amtsbruder, Gesinnungs- und Parteigenossen fallen." —

Um dies richtig zu verstehen, ist zu bemerken, daß der frühere Vertraute des Herrn Hof- und Dompredigers, der Schneidermeister Grüneberg eidlich bekundet hatte, daß Herr Hofprediger Stöcker ihm den Auftrag gegeben, falls ich den Fabrikbesitzer Hoppe als Reichstags-

kandidaten empfehle, öffentlich zu erklären, daß ich in keiner konservativen Versammlung einen Kandidaten empfehlen könne, weil ich jüdische Leute bevorzuge, indem ich ihnen für Geld Titel verschaffe. Hierauf bezieht sich nun der Brief des Herrn Hofpredigers vom 22. 4. 1885, in welchem Herr Hofprediger Stöcker ebenso wie bei seiner zeugeneidlichen Aussage vom 9. Juni 1885 einen Theil der Grüneberg'schen Behauptung zugesteht, den bedenklichsten aber bestreitet. (Es sei immerhin schon an dieser Stelle die Bemerkung eingeschaltet, daß mir als Gegensatz zu diesen Aeußerungen die angebliche Abschrift eines Theiles eines Briefes vom Herrn Hof- und Domprediger Stöcker an seinen Vertrauten, den Schneidermeister Grüneberg, mitgetheilt worden ist. Der Brief ist aus dem Sommer 1878 und lautet an der hierher gehörigen Stelle wie folgt:

„. . . Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche Sie daher, bei der nächsten öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu Titeln gelangen.“

Selbstverständlich habe ich diese Mittheilung hohem Evangelischen Oberkirchenrath zur Untersuchung unterbreitet.

Herr Hofprediger Stöcker hat viel Mühe und Kunst darauf verwendet, der Entscheidung in dem fraglichen Prozesse die Auslegung zu geben, als ob der Gerichtshof hier von einem garnicht existirenden Brief aus dem Jahre 1878 gesprochen habe, während der Wortlaut keine nähere Zeitbestimmung enthält und sehr wahrscheinlich die Aussage Grüneberg's mit dem von mir verlesenen Briefe kombinirt und vermischt ist. Hiernach darf ich es dem Leser überlassen, das Verfahren des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker, die Existenz eines vor den Verhandlungen an mich geschriebenen Briefes abzuleugnen, mit dem rechten Namen zu benennen.

Die Behauptung, daß der fragliche Brief überhaupt nur in der Phantasie des Gerichtshofes existire, beschuldigt auch mich, von einem nur in meiner Phantasie existirenden Briefe gesprochen zu haben. Zu dessen liebe ich die Wahrheit zu sehr, um in ernsten Dingen und Fragen mit Fiktionen und mit der Phantasie zu arbeiten.

Diese letzte Erklärung des Herrn Hofprediger Stöcker vom 15. Januar konnte keinen anderen Zweck haben als die Leser zu verwirren und nunmehr ausgesprochenermaßen den Schatten auf mich zu werfen, als hätte ich zwei Briefe miteinander verwechselt, während doch

Herr Hof- und Domprediger Stöcker ein solches Vorhandensein von zwei Briefen ausschließlich mit Hülfe seiner dialektischen Kunst für das eigenste Bedürfniß „in die Erscheinung treten läßt."

Schon war im Stöcker'schen „Volk" ich provociert worden, mit dem Brief endlich hervorzutreten, „mit dem ich herumspuke" und nun war Herr Hofprediger Stöcker mit der Veröffentlichung jenes Briefes vom 22. April 1885 und zwar in zurechtgestutzter Form vorgegangen, indem er sich auf meine Gedanken berief und nachdem er die Sache dem Konsistorium zur Untersuchung übergeben hatte. So antwortete ich denn sofort durch Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg." wie folgt:

„„Herr Hofprediger Stöcker ist einer bestimmten Erklärung über den in dem Prozeß Bäcker-Stöcker theilweise verlesenen und erörterten Brief dadurch ausgewichen, daß er in heutiger Morgennummer der „Kreuzzeitung" erklärt, in Voraussicht meines Vorgehens in der Angelegenheit dieselbe schon in der vorigen Woche dem Konsistorium unterbreitet zu haben, was mir bekannt gewesen sei.

Allerdings ist mir eine derartige Aeußerung des Herrn Stöcker durch den Freiherrn v. Hammerstein mitgetheilt, und, da ich über Zweck und Bedeutung derselben nicht im Unklaren war, so habe ich dem Herrn v. Hammerstein darauf erwidert, daß mir dies sehr angenehm sei, da ich schon lange eine gründliche Erörterung der Angelegenheit gewünscht hätte. Ich bin dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß Herr Stöcker dabei eine amtliche Untersuchung gegen sich selbst beantragt habe, da er doch die einzige Person ist, gegen welche eine fundirte Anschuldigung vorliegt.

Im Uebrigen entspreche ich gern der Aufforderung der hiesigen „Staatsbürgerzeitung", dadurch mehr Klarheit und Deutlichkeit in die Sache zu bringen, daß ich den fraglichen Brief nebst Zubehör veröffentliche.

Berlin, den 22. 4. 85.

„Lieber Herr Bruder!

Vielleicht ist Ihnen während der letzten Wahlperiode ein Exemplar der Grüneberg'schen Enthüllungen vor die Augen gekommen, in denen auch Sie erwähnt werden. Die Sache ist folgende:

Im Jahre 1876 oder 1877 kam eines Tages der verstorbene Herr v. Wedell zu mir und forderte mich auf, ein von Ihnen befürwortetes Gesuch um Verleihung des Titels eines Geh. Kommerzienraths an den verstorbenen Cäsar Wollheim mit zu unterzeichnen, was ich natürlich ablehnte.

Grüneberg erzählt nun, ich hätte ihn aufgefordert, in einer öffentlichen Versammlung bei den Wahlen von 1878 dies zu Ihrer Bekämpfung und zur Beseitigung der Kandidatur Hoppe auszusprechen.

Dies ist natürlich unwahr. Aber wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen zuverlässigen Menschen —, wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielen, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der elenden Geschichte zu bekämpfen.

Uebrigens wußte ich es damals nur aus dem Munde Grüneberg's, daß ich von Ihnen bekämpft und durch Hoppe beseitigt werden sollte.

Die Sache wird unter vielem Anderen binnen Kurzem gerichtlich zur Sprache kommen. Ich hoffe, daß sie weiter kein Aufsehen machen wird. Bitte, schreiben Sie mir doch, wie in Ihrer Erinnerung die Wollheim'sche Angelegenheit sich darstellt. Vielleicht läßt sich dadurch vermeiden, daß Sie als Zeuge zitirt werden.

Herzlich grüßend Ihr

Stöcker."

Antwort.

„Berlin, 24. April 1885.

Hochwürdiger Herr Hofprediger!

Da, wie Ew. Hochwürden dies auch in Ihrem geehrten Schreiben vom 22. April bestätigen, die Möglichkeit vorliegt, daß ich in der Grüneberg'schen Angelegenheit als Zeuge vorgeladen werde, so erscheint es mir für mich absolut unstatthaft, mich vorher privatim in der Sache zu äußern, und bitte ich, es mir um deswillen nicht als Unfreundlichkeit auslegen zu wollen, wenn ich es zu meinem Bedauern ablehnen muß, Ihrem Wunsche zu entsprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Hochwürden ganz ergebenster

E. Witte,
Pfarrer an der St. Golgatha-Kirche."

„Berlin, den 26. April 1885.

Lieber Herr Bruder!

Ob Sie von Munckel und Konsorten gegen mich als Belastungszeuge vorgeladen werden, weiß ich nicht. Jedenfalls aber muß ich Sie in dem etwaigen Verhör als den einzigen Menschen, der in dieser Angelegenheit noch als Lebender Zeugniß ablegen kann, in Anspruch nehmen. Selbstverständlich muß es mir deshalb von Werth sein, zu wissen, wie jene Angelegenheit sich in Ihrer Erinnerung darstellt. Aus welchem Grunde Ihnen eine desfallsige Mittheilung unstatthaft erscheint, ist mir unvorstellbar. Ihnen, wie mir, muß es von der größten Wichtigkeit sein, daß unsere Angaben sich decken. — Ist es Ihnen unlieb, schriftlich ein Wort darüber zu äußern, so bin ich mit einer mündlichen Rücksprache auch vollkommen einverstanden und bitte Sie, falls Sie dazu geneigt sind, mir eine Stunde zu bestimmen, in der ich mit Ihnen darüber reden kann.

Brüderlich grüßend Ihr

Stöcker."

Antwort.

„Berlin, den 27. April 1885.

Hochwürdiger Herr Hofprediger!

Soeben empfange ich Ihr zweites geehrtes Schreiben in der leidigen Grüneberg'schen Angelegenheit, und beeile mich, Ew. Hochwürden darauf ganz ergebenst zu erwidern, daß mir bei einer etwaigen

Vernehmung in dieser Sache unter den Generalzeugenfragen u. A. auch die Frage vorgelegt wird, ob ich mit Jemandem über die Sache Rücksprache genommen, oder ob Jemand den Versuch gemacht habe, auf mich einen Einfluß auszuüben. Ich glaube deßhalb auch in unserem beiderseitigen Interesse zu handeln, wenn ich jeden Privatverkehr in dieser Sache, sei es schriftlich, sei es mündlich, vor dem Termin ablehne, da ich ja sonst gezwungen sein würde, um nicht die Wahrheit zu verletzen, dieses Verkehrs zu erwähnen. Schon der Umstand, daß ich zwei Briefe in dieser Angelegenheit von Ihnen erhalten habe, setzt mich einigermaßen in Verlegenheit. Daher wiederhole ich meine Bitte, es mir nicht übeldeuten zu wollen, wenn ich jede private Aeußerung nochmals als unstatthaft bezeichne.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Hochwürden ꝛc."

Man wird hieraus ersehen, daß der erste Brief derselbe ist, welchen Herr Stöcker in seiner neuesten „Erklärung" erwähnt. Es ist dies, wie Herr Stöcker genau weiß, der einzige, also der nämliche, von welchem ich einen Theil verlesen habe, und welcher in dem Bäcker-Stöcker'schen Prozeß überhaupt zur Sprache gekommen ist. Wenn nun der Gerichtshof sich in Betreff des Datums geirrt hat — ein bestimmtes Datum ist in den Erkenntnißgründen nicht angegeben —, so kann mich dieserhalb kein Vorwurf treffen, um so weniger, als ich selbst ausdrücklich vor Gericht erklärt habe, daß mir erst im Jahre 1879 Etwas über den dem Grüneberg von Hofprediger Stöcker ertheilten Auftrag bekannt geworden sei.

Wenn Herr Stöcker, während er am zweiten Tage der Verhandlungen mein schonendes Verhalten mit gutem Grunde ausdrücklich mir gegenüber anerkannt hat, mir heute den Vorwurf macht, daß ich über den fraglichen Vorfall so lange geschwiegen, so ist dies seine „berechtigte Eigenthümlichkeit". Es ist mein Schweigen zur Schonung des geistlichen Amts bestimmt gewesen, obschon er mich auf das Tiefste durch die unwahre Insinuation beleidigt hatte, daß ich für Geschenke jüdische Leute bevorzuge, ihnen Titel zu verschaffen.

Es handelt sich um den inzwischen verstorbenen Kommerzienrath Cäsar Wollheim, der mir persönlich unbekannt, doch von einem hiesigen Amtsbruder und dem sehr ehrenwerthen Herrn v. Wedell empfohlen war, und das Geschenk soll, wie ich nachträglich, und zwar erst aus Anlaß des Prozesses Bäcker-Stöcker, also erst nach sieben Jahren, erfahren habe, in einem Pianino bestanden haben, welches Herr Stöcker von Herrn Wollheim mit Dank für das unter Leitung des Herrn Stöcker damals stehende Oberlinstift empfangen hat.

Wenn ich so lange geschwiegen, so wird meine jetzige Auslassung um so gründlicher sein.

Berlin, 16. Januar 1889, Vormittags.

C. Witte, Pfarrer an St. Golgatha.""

Das Vorhandensein des ersten Briefes vom 22. April 1885 als Bagatelle zu behandeln, die meinerseits geschehene Vorlesung aus demselben als „nichts zur Sache thuend" zu bezeichnen und wider besseres

Wissen geflissentlich zu verschweigen, daß in dem echten Briefe seine eigene Anerkennung seiner Inkollegialität aus dem Jahre 1878 mir gegenüber enthalten war, worauf eben dem Gerichtshofe es ankam, muß auf's Stärkste überraschen und befremden. Nur nach der Richtung hin, daß der Herr Hof- und Domprediger Stöcker im Jahre 1878 unkollegialisch gehandelt habe, hat der Gerichtshof die verlesene Stelle gewürdigt und zu würdigen gehabt. Herr Hofprediger Stöcker hatte aber unter allen Umständen die Pflicht, in seiner Erklärung wenigstens nicht den Schein zu erwecken, als ob der echte Brief vom 22. April 1885 ihn irgendwie minder belaste.

Es geht noch die Rede, daß Schneider Grüneberg als Beweismaterial Herrn Präsidenten Lüty einen an ihn gerichteten Brief des Hofpredigers Stöcker aus dem Sommer 1878 vorgelegt habe, in welchem der Auftrag an Grüneberg, mich anzugreifen, wiederholt worden sei, daß aber dies Beweismittel nicht mehr für erforderlich erachtet worden sei.

Sollte sich dies, wie ich allerdings glaube, bestätigen, so würde die mehrfach behauptete irrthümliche Datirung des Gerichtshofes ungeachtet der Bestimmtheit meiner Aussage, daß ich erst 1879 etwas davon gehört habe, sich desto eher erklären; für das Gedächtniß konnte eine Vermischung der drei auf das Jahr 1878 bezüglichen Aussagen sich leicht ergeben.

Wenn der Gerichtshof ein Bedürfniß gehabt hätte, außer der so oder so vorliegenden Bestätigung der von Grüneberg zeugeneidlich behaupteten Thatsache auch das Datum zu erfahren, dann würde allerdings über die Auffassung des Gerichtshofes hinaus sich etwas für Herrn Stöcker noch Gravirenderes ergeben haben, nämlich dies, daß er nicht offen, sondern hinter meinem Rücken und nur so mich bekämpft habe.

Es mochte auch nicht überflüssig sein, zu bemerken, daß ich in meiner Zeugenaussage — Seite 20 der Broschüre — ausdrücklich das Wort „damals" mit vorgelesen habe, zugleich als deutlichen Hinweis auf das Jahr 1878 als ein vergangenes.

Herr Hofprediger Stöcker verweist in seinem ersten Briefe vom 22. April 1885 auf die sogenannten Grüneberg'schen Enthüllungen. Dieselben waren etwa im Oktober 1884 erschienen, sie hatten die Entstehung und Entwickelung der christlich-sozialen Arbeiterpartei zum Gegenstande. Auch meiner war darin gedacht und hatte ich infolgedessen alsbald unangenehme Interpellationen von Nah und Fern zu beantworten. Denn die Seitens des Herrn Hofpredigers Stöcker gegen mich ausgesprengte Verleumdung, daß ich namentlich Juden gegen Geschenke

Titel und Orden verschafft habe, hatte durch die Grüneberg'schen „Enthüllungen" noch größere Verbreitung gefunden.

In den Grüneberg'schen „Enthüllungen" heißt es nämlich unter der Ueberschrift:

„Wie ich mich von den Christlich-Sozialen trennte:

Ueber die Nächstenliebe des Herrn Stöcker hatten schon oft quälende Zweifel mein Herz beschlichen, namentlich, als er es versuchte, mich gegen seinen eigenen Amtsbruder, den Pastor Witte von der Golgatha-Kirche zu hetzen und aufzureizen, damit ich denselben in öffentlichen Versammlungen angreifen sollte. Herr Witte hatte nämlich das in den Augen des Herrn Hofpredigers unverzeihliche Verbrechen begangen, statt seiner, Stöcker's, Kandidatur im VI. Reichstagswahlkreise, die Kandidatur Hoppe zu befürworten. Dafür mußte er gezüchtigt werden und Herr Stöcker versah mich mit dem nöthigen Material. Er setzte mir auseinander, daß sich Pastor Witte, ein christlicher Geistlicher, damit abgebe, bemittelten Leuten, namentlich Juden, Titel und Orden zu besorgen, und nannte auch Juden, die durch Pastor Witte Kommerzienräthe u. s. w. geworden seien, nachdem sie vorher gewissen christlichen Vereinen ansehnliche Geschenke gemacht. So habe ein Jude dem Oberlin-Verein in Potsdam ein prachtvolles Klavier geschenkt, und sei dann durch Witte's Vermittelung Geheimer Kommerzienrath geworden.

Dies und anderes sollte ich in einer von Pastor Witte einberufenen öffentlichen Versammlung vorbringen. Es kam indessen nicht dazu, weil Sozialdemokraten und Fortschrittler die Versammlung sprengten. Dies ein Beispiel von der christlichen Liebe des Herrn Stöcker zu seinen Amtsbrüdern." —

Ungefähr gleichzeitig mit den „Enthüllungen" erschien Nr. 239 der „Freien Zeitung" vom 11. Oktober 1884 ein Artikel mit der Ueberschrift: „Hofprediger, Reichstagskandidat und Lügner". Dieser Artikel und die „Enthüllungen" bildeten im Jahre 1885 die Unterlage eines Prozesses des Hof- und Dompredigers Stöcker gegen den Redakteur der „Freien Zeitung" Bäcker; denn in diesen Schriften war der Herr Hof- und Domprediger mehrfacher prägnanter Verstöße gegen die Wahrheit beschuldigt, so daß die Staatsanwaltschaft sich genöthigt sah, die Sache von Amtswegen in die Hand zu nehmen. Wenngleich dieser Prozeß seinen Abschluß in der Weise erfahren hat, daß der Angeklagte Bäcker wegen öffentlicher Beleidigung — jedoch nicht wegen Verleumdung — und zwar weit unter dem Antrage des Staatsanwaltes mit drei Wochen Gefängniß bestraft wurde —, so geschah dies doch nicht, ohne das Urtheil Seitens des Gerichtshofes mit einer Erwägung zu begleiten, welche bei Beurtheilung wohl auch der Stellung eines Hofpredigers kaum unbeachtet bleiben kann.

In der auf stenographischen Aufzeichnungen beruhenden Broschüre des Prozesses Stöcker-Bäcker heißt es nämlich auf Seite 94:

„Ich will am Ende aller Enden nicht unberührt lassen, daß wenn der Gerichtshof dem Zeugen Stöcker auch nicht den bewußten Konflikt mit der Wahrheit unterschieben kann und will, doch das ganze Auftreten des Zeugen Stöcker in Bezug auf seine Erklärungen, was er sagt und verneint: ein unvorsichtiges, der Gerichtshof hat mich ausdrücklich beauftragt, es zu sagen: ein mindestens leichtfertiges gewesen ist, und der Gerichtshof müßte sich der Klarheit alles dessen, was hier vor ihm erörtert ist und sich abgespielt hat, absolut verschließen, wenn er nach sorgfältiger Prüfung zu der von mir Namens des Gerichtshofes verkündeten Erwägung und Feststellung nicht hätte gelangen sollen."

* * *

Schon glaubte ich, von der ganzen Angelegenheit — abgesehen von den obenerwähnten Interpellationen — nicht weiter und länger berührt zu werden, als ich eines Tages mit dem schon oben mitgetheilten, in diesem Zusammenhange aber noch einmal wiederzugebenden Brief des Herrn Hofprediger Stöckers überrascht wurde.

Haus der Abgeordneten. „Berlin, den 22. April 1885.

Lieber Herr Bruder!

Vielleicht ist Ihnen während der letzten Wahlperiode ein Exemplar der Grüneberg'schen Enthüllungen vor die Augen gekommen, in denen Sie auch erwähnt werden. Die Sache ist folgende:

Im Jahre 1876 oder 1877 kam eines Tages der verstorbene Herr von Wedell zu mir und forderte mich auf, ein von Ihnen befürwortetes Gesuch um Verleihung des Titels eines Geh. Kommerzienraths an den verstorbenen Cäsar Wollheim mit zu unterzeichnen, was ich natürlich ablehnte.

Grüneberg erzählt nun, ich hätte ihn aufgefordert, in einer öffentlichen Versammlung bei den Wahlen von 1878 dies zu Ihrer Bekämpfung und zur Beseitigung der Kandidatur Hoppe auszusprechen.

Dies ist natürlich unwahr. Aber wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen zuverlässigen Menschen —, wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen.

Uebrigens wußte ich es damals nur aus dem Munde Grüneberg's daß ich von Ihnen bekämpft und durch Hoppe beseitigt werden sollte.

Die Sache wird unter vielem Anderen binnen Kurzem gerichtlich zur Sprache kommen. Ich hoffe, daß sie weiter kein Aufsehen machen wird. Bitte, schreiben Sie mir doch, wie in Ihrer Erinnerung die Wollheim'sche Angelegenheit sich darstellt. Vielleicht läßt sich dadurch vermeiden, daß Sie als Zeuge zitirt werden.

Herzlich grüßend Ihr

Stöcker."

Als ich dies gelesen hatte, war ich aus inneren Gründen fest überzeugt, daß Herr Hofprediger Stöcker es genau wisse, daß der von ihm erwähnte Besuch des Herrn von Wedell in das Jahr 1878 und zwar in

die Zeit nach der Gründung der sogenannten Christlich-sozialen Arbeiter-Partei fiel. Dabei machte ich für die irrige Jahresangabe keineswegs die Phantasie des Herrn Stöcker verantwortlich. Es war mir daneben verwunderlich, daß ein Mann, der im Jahre 1878 so wenig Schonung gegen mich gekannt, nun unter dem Schein der Schonung mir die Erfüllung meiner Zeugenpflicht ersparen oder auf so eigenthümliche Weise erleichtern wollte. Es war außerdem wohl kein unberechtigtes Mißtrauen, wenn ich mich auf ein gefährliches Terrain versetzt fühlte, wie denn seine briefliche Aeußerung: „Dies ist natürlich unwahr," schon vor der Grüneberg'schen Zeugenaussage mich, offen gestanden, unheimlich berührte. Ich sollte mich gegen mich selbst von meinem Verleumder in's Vertrauen ziehen lassen. Und der Versuch knüpfte gerade an die Verleumdung an, nur daß die Verleumdung nun in Form einer direkten Beschuldigung auftrat. Als Vertrauensmann eines Verleumders sollte ich zunächst auch meinerseits die jetzt gegen mich direkt gerichtete Beschuldigung des Charakters einer Verleumdung entkleiden und den Gegner durch meine etwaige Vertrauensseligkeit geradezu gegen mich selbst bewaffnen helfen. Das fühlte ich sofort als nächstes heraus. So vor mir selbst vom Gegner, dazu in einer Nothlage desselben, beschuldigt, sollte ich ferner gegen Gesetz und Moral dem nämlichen Gegner für seine Zeugenaussage noch vor den Gerichtsverhandlungen Handlangerdienste thun.

Es folgte nun, wobei hier noch zwei Briefe vom 28. April 1888 und 29. April 1889 hinzugenommen werden mußten, folgende Correspondenz:

Antwort.

Berlin, den 24. April 1885.

Hochwürdiger Herr Hofprediger!

Da, wie Ew. Hochwürden dies auch in Ihrem geehrten Schreiben vom 22. April bestätigen, die Möglichkeit vorliegt, daß ich in der Grüneberg'schen Angelegenheit als Zeuge vorgeladen werde, so erscheint es mir für mich absolut unstatthaft, mich vorher in der Sache privatim zu äußern, und bitte ich, es mir um deswillen nicht als Unfreundlichkeit auslegen zu wollen, wenn ich es zu meinem Bedauern ablehnen muß, Ihrem Wunsche zu entsprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Hochwürden ganz ergebenster

E. Witte.

Pfarrer an der St. Golgatha-Kirche."

„Berlin, den 26. April 1885.

Lieber Herr Bruder!

Ob Sie von Munckel und Konsorten gegen mich als Belastungszeuge vorgeladen werden, weiß ich nicht. Jedenfalls aber muß ich Sie

in dem etwaigen Verhör als den einzigen Menschen, der in dieser Angelegenheit noch als Lebender Zeugniß ablegen kann, in Anspruch nehmen. Selbstverständlich muß es mir deshalb von Werth sein, zu wissen, wie jene Angelegenheit sich in Ihrer Erinnerung darstellt. Aus welchem Grunde Ihnen eine desfallsige Mittheilung unstatthaft erscheint, ist mir unvorstellbar. Ihnen, wie mir, muß es von der größten Wichtigkeit sein, daß unsere Angaben sich decken. — Ist es Ihnen unlieb, schriftlich ein Wort darüber zu äußern, so bin ich mit einer mündlichen Rücksprache auch vollkommen einverstanden und bitte Sie, falls Sie dazu geneigt sind, mir eine Stunde zu bestimmen, in der ich mit Ihnen darüber reden kann.

Brüderlich grüßend Ihr Stöcker."

Antwort.

„Berlin, den 27. April 1879.

Hochwürdiger Herr Hofprediger!

Soeben empfange ich Ihr zweites geehrtes Schreiben in der leidigen Grüneberg'schen Angelegenheit, und beeile mich, Ew. Hochwürden darauf ganz ergebenst zu erwidern, daß mir bei einer etwaigen Vernehmung in dieser Sache unter den Generalzeugenfragen u. A. auch die Frage vorgelegt wird, ob ich mit Jemandem über die Sache Rücksprache genommen, oder ob Jemand den Versuch gemacht habe, auf mich einen Einfluß auszuüben. Ich glaube deshalb auch, in unserem beiderseitigen Interesse zu handeln, wenn ich jeden Privatverkehr in dieser Sache, sei es schriftlich, sei es mündlich, vor dem Termine ablehne, da ich ja sonst gezwungen sein würde, um nicht die Wahrheit zu verletzen, dieses Verkehrs zu erwähnen. Schon der Umstand, daß ich zwei Briefe in dieser Angelegenheit von Ihnen erhalten habe, setzt mich einigermaßen in Verlegenheit. Daher wiederhole ich meine Bitte, es mir nicht übeldeuten zu wollen, wenn ich jede private Aeußerung als unstatthaft bezeichne.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Hochwürden 2c. ergebenst

C. Witte, Pfarrer."

„Berlin, den 28. April 1885.

Lieber Herr Bruder!

Es ist selbstverständlich, daß ich nicht weiter versuchen werde, Ihre wenig freundliche Stellung in der bewußten Angelegenheit zu ändern. Nur um vor Mißdeutungen, die mir erst aus Ihrem Briefe von gestern entgegengetreten, geschützt zu sein, schreibe ich Ihnen noch einige Worte. Es ist mir natürlich nicht in den Sinn gekommen, Ihre Aussagen zu beeinflussen, oder die meinigen durch Ihre Mittheilungen beeinflussen zu lassen. Unter anständigen Leuten — ich sage nicht einmal christlichen — versteht es sich ganz von selbst, daß sie daran nicht denken. — Ein Oberstaatsanwalt, den ich in dieser Sache um Rath fragte, fand es übrigens ganz unbedenklich, daß ich mich über die Sache mit Ihnen in Verbindung setzte. Nun gut, es wird auch so gehen.

Brüderlich grüßend Ihr

Stöcker."

Warum „mußte es ihm vom Werth sein, daß unsere Angaben sich deckten?" Warum versuchte Herr Hof- und Domprediger Stöcker in seinem dritten Brief, den sehr verfänglichen Inhalt der beiden vorhergehenden Briefe vom 22. und 26. April 1885 umzudeuten dadurch, daß er einen anonymen Oberstaatsanwalt für sich zitirte? Nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung war das dritte Stöcker'sche Schreiben vom 28. April 1885 in keiner Weise dazu angethan, das am 22. und 26. April 1885 an mich gestellte Ansinnen zu rechtfertigen, wie ich mich auch für berechtigt halte, für die angeblichen Aeußerungen eines Oberstaatsanwals, „daß die Sache ganz unbedenklich sei," schon mit Rücksicht auf die der Glaubwürdigkeit des Herrn Hofpredigers Stöcker gewidmete gerichtliche Würdigung noch von anderer Seite eine unzweideutige Bestätigung zu wünschen.

So antwortete ich ihm denn am 29. April 1885:

„Hochwürdiger Herr Hofprediger!

Ew. Hochwürden sage ich für Ihr letztes geehrtes Schreiben vom 28. April meinen verbindlichen Dank; ich habe darin vollen Aufschluß über Zweck und Bedeutung unserer Korrespondenz sowie die Bestätigung gefunden, daß meine Haltung eine durchaus korrekte, mit Anstand und Christenthum in vollem Einklang stehende gewesen ist.

Nach den bestehenden Gesetzen ist es Jemandem, der als Zeuge in Aussicht genommen ist, nicht gestattet, vorher privatim mit einem der Betheiligten den Versuch einer Ausgleichung der beiderseitigen Auffassung zu machen, und ich finde in der Zurückweisung eines derartigen Verlangens keine Verletzung weder des Anstandes, noch der christlichen Gesinnung, sondern nur den Ausdruck des Verlangens, das eigene Zeugniß nicht zu kompromittiren oder verdächtig zu machen. Jedenfalls befinde ich mich gegenüber Ihrer herben Kritik nunmehr in der Zwangslage, für den Fall, daß ich noch als Zeuge vorgeladen werden sollte, dem betreffenden Gerichtshofe unsere Korrespondenz vorzulegen, und dessen Entscheidung darüber zu extrahiren, ob ich anders handeln durfte, als ich gehandelt habe.

Es kann nur auf einem Mißverständniß beruhen, wenn sich ein Oberstaatsanwalt so geäußert haben sollte, wie Sie mir mittheilen.*)

Mit 2c.

C. Witte, Pfarrer.

---

*) Es wird sich hieraus bereits ergeben haben, daß, wenn ich mit der Veröffentlichung des Briefes vom 28. April vorläufig noch zurückgehalten hatte, dies höchstens aus einer Tendenz der Schonung begreiflich wird. Es ist eine kurzbeinige Insinuation, wenn mich Herr v. Hammerstein mit dem Gegentheil verdächtigt, und zwar eine um so verwerflichere, als derselbe Mann es mit seiner Achtung vor der Wahrheit, vor seiner Stellung und vor seinem Leserkreise es für vereinbar gehalten hat, z. B. den 2, 3. 4. Brief seinen Lesern überhaupt nicht mitzutheilen.

Nach dieser Antwort verzichtete Herr Hofprediger Stöcker auf jeden weiteren Versuch, mich und meine Zeugenaussagen zu kompromittiren.

Bald darauf begann der Prozeß Stöcker contra Bäcker. Auch ich war geladen worden. Schweren Herzens ging ich zum Gericht. Die Zeugen Grüneberg und Stöcker gaben, wie hier bemerkt sei, ihre ersten Aussagen in meiner Abwesenheit ab, während ich den Vorzug hatte, mein Zeugniß in ihrer Anwesenheit abgeben zu können. In der nach dem Prozeß veröffentlichten, auf stenographischen Aufzeichnungen beruhenden Druckschrift lesen wir auf Seite 6, wie der Vorsitzende den Zeugen Grüneberg auffordert:

Nun geben Sie uns einmal Auskunft über die Affaire mit dem Pastor Witte. — Zeuge Grüneberg: Kurz vor der Reichstagswahl 1878 wurden noch verschiedene Versammlungen abgehalten. Während der Wahlbewegung wurde Herr Stöcker als Kandidat im sechsten Reichstagswahlkreis aufgestellt. Es fand aber eine konservative Versammlung statt, in welcher der Fabrikant Hoppe durch Herrn Pastor Witte als Kandidat empfohlen werden sollte. Herr Stöcker sagte mir nun, ich solle in jener Versammlung sagen, daß Herr Witte in keiner konservativen Versammlung einen Kandidaten vorschlagen könne, da er jüdische Leute bevorzuge, indem er ihnen für Geld Titel verschaffe. Sie können von dieser Mittheilung Gebrauch machen, sagte Herr Stöcker. Ich bin aber zu dieser Mittheilung nicht gekommen, weil die Versammlung noch vorher aufgelöst wurde. — Präs.: Haben Sie Herrn Witte davon Mittheilung gemacht? — Zeuge: Nein. — Präs.: Es wußte also Niemand davon als Sie? — Zeuge: Ja, weiter Niemand. — Präs.: Was waren denn das für Geschenke, die Herr Pastor Witte für seine Fürsprache genommen haben sollte? — Zeuge: Flügel und Pianino. — Präs.: Wissen Sie, von wem und was für ein Titel dafür gewährt wurde? — Zeuge: Nein, nur, daß es sich auf Potsdam bezieht; welcher Titel in Frage kam, weiß ich nicht. — Vors.: Ist Ihnen der Name des Herrn, dem Herr Witte den Titel verschafft haben soll, von Herrn Stöcker genannt worden? — Zeuge: Nein, ich hörte nur von einem Pianino, das der Herr dem Oberlinverein geschenkt hat. — Vors.: Es handelt sich hierbei nämlich um einen Kommerzienrath.

Auf Seite 11 und 12 derselben Broschüre lesen wir die Vernehmung des Herrn Hofpredigers Stöcker:

Präs.: Wie war die Sache mit Ihrem Amtsbruder Witte? — Zeuge Stöcker: Ich gestehe zu, daß ich s. Z. mit Herrn Grüneberg über Herrn Pastor Witte gesprochen habe. Ich besinne mich, daß ich meine Mißbilligung darüber ausgesprochen habe, daß Pastor Witte selbstständig mit einer Wahlagitation hervortrat. Ich habe mich etwa dahin geäußert, daß ein Mann, der selbstständig mit einer konservativen Agitation ins Leben tritt, doch vor allen Dingen solche Sachen nicht treiben sollte. — Präs.: Was denn für Sachen? — Zeuge: Es kam einmal ein jetzt verstorbener adliger Herr zu mir und überreichte mir eine auch vom Prediger Witte unterschriebene Bittschrift, die dahin

ging, daß ein jüdischer Kommerzienrath den Titel „Geheimer Kommerzienrath" erhalten sollte. Ich habe meine Unterschrift natürlich abgewiesen. — Präs.: Und in welcher Weise haben Sie etwaige „Geschenke" damit in Verbindung gebracht? — Zeuge: Wir*) hatten s. Z. einen Bazar für das Oberlinhaus. Für denselben erhielt ich von jenem Kommerzienrath ein Pianino, ich dankte ihm sehr dafür, war aber nachher um so erstaunter, als mir dann die Bittschrift für denselben Herrn überreicht wurde. — Präs.: Wie war der Name des betr. Herrn? — Zeuge: Ich glaube,**) es war Cäsar Wollheim. Auf Vorhalten des Vertheidigers, wie das Geschenk mit dem Namen des Pastors Witte zusammenhinge, erklärt Zeuge, daß dies nicht geschehen sei, daß es aber seiner Meinung nach sonderbar von Jemand sei, der konservativ wirken wolle, wenn er derartige Sachen mache, wie für jüdische Herren die Verleihung von Titeln zu vermitteln. — Auf Befragen erklärt Zeuge Grüneberg: Als ich Material für die Versammlung holen wollte, sagte mir Hofprediger Stöcker, Pastor Witte pflege für Geschenke an Vereine u. s. w. jüdische Leute zu bevorzugen, ihnen Titel zu verschaffen.

Und wie verhält es sich thatsächlich mit jener Angelegenheit, mit welcher ich nach dem Auftrag des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker von seinem vertrauten Freunde, dem Schneidermeister Grüneberg hatte öffentlich bekämpft werden sollen? Als Antwort diene meine gerichtliche Zeugenaussage, wie sie zu lesen steht in der Prozeß-Broschüre auf Seite 12 ff.

Im Sommer 1878, als ich mich in Stennewitz bei Landsberg a. W. aufhielt, wurde ich benachrichtigt, daß ich als konservativer Reichstagskandidat aufgestellt werden sollte. Da ich zugleich erfuhr, daß seitens der christlich-sozialen Arbeiterpartei Herr Hofprediger Stöcker aufgestellt werde, so gab ich die Erklärung ab, daß es sich für mich nicht zieme, gegen einen Amtsbruder mich aufstellen zu lassen. Außerdem sei zu bedenken, daß der 6. Reichstagswahlkreis ein wesentlich industrieller sei und würde ich dafür sein, in der Person des Fabrikbesitzers Karl Hoppe einen konservativen Industriellen aufzustellen. Die bezügliche Wahlversammlung in der Norddeutschen Brauerei ist von mir weder einberufen noch besucht worden, vielmehr habe ich mich zur selben Zeit in Bad Elster, wohin ich an ein Krankenbett gerufen worden war, befunden. — Präs.: Es ist von Herrn Hofprediger Stöcker bemerkt worden, daß Jemand, der jüdischen Leuten Auszeichnungen zu verschaffen suche, politisch nicht in konservativem Sinne wirken könne. — Pastor Witte: Niemals habe ich Derartiges gethan, was mir, wie es scheint, vorgeworfen ist; das einzige, um was es sich handeln kann, ist dieses: Im Februar oder März 1878, wenn ich mich recht erinnere, erschien eines Tages bei mir Herr Alexander v. Wedell, ein konservativer

*) Was heißt „wir"? Etwa Stöcker und Witte?

**) Ich glaube es war Cäsar Wollheim . . . Warum: ich „glaube?" In dem Brief vom 22. April 1885 weiß der Herr Hof- und Domprediger Stöcker ja sehr genau, daß es Cäsar Wollheim war. Er redet sogar von der „Wollheim'schen Angelegenheit."

Edelmann, ein würdiger betagter Herr, welcher um die Berliner konservative Bewegung große Verdienste hat, und bat mich unter Vorlegung eines schriftlichen Votums von der Hand und mit der Unterschrift eines Pastor Müller um meine Mitunterschrift dieses Votums zum Zweck der Auszeichnung des Kommerzienraths Cäsar Wollheim durch Gewährung des Titels eines Geheimen Kommerzienrathes. Ich war gewissermaßen Station auf dem Wege des Herrn v. Wedell zu Herrn Hofprediger Stöcker. Mit Freuden erklärte ich mich zur Unterschrift bereit, sah mich nach Durchlesung des Votums jedoch zu einer anderen Redaktion desselben veranlaßt. Ich sagte Herrn v. Wedell, er könne Herrn Pastor Müller gegenüber versichern, daß dies meinerseits in voller amtsbrüderlicher Bescheidenheit geschehe, indem eine derartige Aenderung immer leichter erscheinen müsse als ein erster Entwurf; auch werde Herr Hofprediger Stöcker es in dieser veränderten Form noch eher unterschreiben. Ich selbst hatte zu Kommerzienrath Wollheim niemals irgendwelche Beziehung. Von einem Pianino habe ich damals nichts, dagegen erst jetzt, im Zusammenhange mit diesem Prozesse, etwas gehört, und aus dem Munde des Herrn v. Wedell nur überhaupt vernommen, daß der Kommerzienrath Wollheim irgend eine größere Gabe an das unter Leitung des Herrn Hofprediger stehende Oberlinstift gegeben habe. Daß der Kommerzienrath Wollheim Jude sei, wußte und ahnte ich nicht; ich konnte auch nicht darauf kommen. Mir sprach einmal nicht der Vorname Cäsar dafür, auch nicht der Umstand, daß ein Herr v. Wedell dafür so lebhaft eintrat und sich gerade an uns drei Geistliche wandte, auch nicht, daß der genannte Kommerzienrath an christliche Anstalten Gaben gespendet hat. Ich vermuthe, daß auch Herr v. Wedell hiervon nichts gewußt und geahnt, sonst hätte er mir wohl hiervon gesagt. Ich führe dies aber nur rein thatsächlich an, weil es nicht meine Aufgabe ist, zu erörtern, was ich gethan hätte, wenn mir bekannt geworden wäre, daß es sich um die Empfehlung eines jüdischen Unterthans Sr. Majestät handele. Wäre mir dies bekannt gewesen, so kann ich mir nicht denken, daß es mir ein Hinderniß gewesen wäre, wenn es sich um eine in ganz Berlin anerkannte, so hoch achtbare Persönlichkeit, wie die des Kommerzienraths Wollheim gehandelt hätte, für welche unter den dargelegten Verhältnissen dazu ein Mann, wie Herr v. Wedell, Bürgschaft leiste. Die Empfehlung ging ja nicht dahin, daß der Genannte etwa Konsistorial-Rath werden, sondern dahin, daß er Kommerzien-Rath, oder vielmehr, daß der Kommerzien-Rath, Geheimer Kommerzien-Rath werden möchte. Es ist mir darum noch heute lieb, daß und wie ich mich dabei betheiligt habe. Erst nach längerer Zeit befragte ich Herrn v. Wedell nach dem Verlauf der Angelegenheit und nach der Unterschrift seitens des Herrn Hofpredigers Stöcker. Da erfuhr ich, daß der Herr Hofprediger die Unterschrift nicht gegeben, vielmehr gesagt habe, er mache dergleichen Dinge lieber persönlich ab. Aus dieser Mittheilung habe ich nicht im Geringsten entnehmen können, daß der Herr Hofprediger sachliche Bedenken gehegt habe.*) — Rechtsanwalt

*) Auch Herr v. Wedell vermuthete keine sachliche Bedenken, brachte es vielmehr auch seinerseits mit meiner ablehnenden Haltung gegenüber der Stöcker'schen Agitation in Verbindung, während ich gerade hatte bethätigen wollen, daß ich damals nicht abgeneigt war, wenigstens in anderen Dingen mit Herrn Hofprediger Stöcker zusammen zu gehen.

Munckel stellt an den Zeugen die Frage, ob er schon vor Hofprediger Stöcker eine christlich-soziale Bewegung ins Leben gerufen habe. — Pastor Witte: Das, was ich gethan, kann ich nicht mit dem Namen „christlich-soziale Bewegung" bezeichnen. Ich bin ein Konservativer. Ich bin nie darauf ausgegangen, eine politische Führung zu übernehmen, wohl aber habe ich in die öffentlichen Angelegenheiten vom Standpunkt meines Amtes und meiner Erfahrung aus lebhaft eingegriffen. Durch das tägliche Klingeln der Nothleidenden in meiner Wohnung, durch den Verkehr mit kundigen Industriellen, wie Herrn Fabrikbesitzer Hoppe, durch das Studium auch der Zollfragen, war ich veranlaßt, mit Gesinnungsgenossen im Oktober 1876 eine Wahlversammlung in die Norddeutsche Brauerei zu berufen. In dieser sollte die Wahl solcher Männer zu Abgeordneten vorbereitet werden, welche ein „offenes Auge und warmes Herz für die Bedürfnisse des Volkes" hätten. Zu dieser Versammlung erschien auch eine Anzahl von Sozialdemokraten. Die Folge war, daß ich wiederholt Einladungen in wirkliche sozial-demokratische Versammlungen erhielt. Ich folgte einer solchen Einladung, nicht sowohl als Politiker, sondern als Hirt der Herde, im Bereich der eigenen Gemeinde, der nicht fliehen durfte, als der Wolf kam. Ich habe da dem Reichstagsabgeordneten Most, diesem Riesen Goliath im Lästern, gegenübergestanden, bin viermal auf die Tribüne getreten, und ist die große Versammlung, anfänglich sturmbewegt, still wie aus der Kirche nach Hause gegangen. Auch ein Brief von mir, den ich in eine spätere sozialdemokratische Versammlung gesandt, ist in derselben vorgelesen und mit Ehrerbietung von ihr aufgenommen worden. — Noch fällt mir ein, daß ich erst etwa im Jahre 1879 davon hörte, daß Hofprediger Stöcker Herrn Grüneberg den erwähnten Auftrag gegeben habe, daß mich dies damals mit Betrübniß erfüllte, ich es aber mit Fleiß vermieden habe, je wieder auf diese Angelegenheit zurückzukommen.*)

Hiernach hat also Herr Hof- und Domprediger Stöcker wider besseres Wissen und gegen die Wahrheit mich, seinen Amtsbruder, aus politischer Rankünе beschuldigt, jüdische Leute zu bevorzugen und ihnen Titel zu verschaffen. Derselbe hat dies gethan, obschon er das Geschenk des jüdischen Mannes, ein Pianino, von dem Geschenkgeber, Herrn Kommerzienrath Cäsar Wollheim selbst und für den unter seiner Leitung stehenden Oberlin-Verein angenommen und sich bestens dafür bedankt hat. Er hat diesen verleumderischen Ausspruch in einer Fassung an die Oeffentlichkeit gebracht, welche den Stempel der Tendenz an der Stirne trägt und in geschickter Weise darauf berechnet war, mich nicht allein meinen politischen Gesinnungsgenossen, sondern auch meiner Gemeinde gegenüber als einen Mann hinzustellen, welcher sich für bedenkliche Gefälligkeiten bezahlen ließe. Es würde dies auch vielleicht bis auf einen gewissen Punkt gelungen sein, wenn ich mich nicht des

*) [illegible] ich damals zuerst davon hörte, rief ich, mich an die Stirn [illegible] ‚Das kann der Mann freilich nicht erfunden haben."

vollen Vertrauens in meinen Kreisen erfreute, und Herr Hofprediger Stöcker in meiner Gemeinde nicht gar so gut bekannt wäre.

Nichtsdestoweniger ist wiederholt die Frage an mich gestellt (und zwar durchaus nicht in böser Absicht), ob ich denn wirklich von dem Herrn Cäsar Wollheim ein Pianino geschenkt bekommen habe? Bei den allgemeinen Kirchenwahlen des Jahres 1888 kam die Sache abermals in Erinnerung und zwar diesmal so, daß der Name Cäsar Wollheim auf einem Wahlzettel erschien und ins Wahlprotokoll aufgenommen werden mußte.

Wie tief kränkend und gefährlich derartige Insinuationen gerade für einen Geistlichen sind, und welches Zeugniß der Verleumder sich damit ausstellt, wird keiner näheren Ausführung bedürfen.

Trotz dieser bitteren Kränkung seitens des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker habe ich nicht nur nicht nach Außen, sondern auch ihm selbst gegenüber keinerlei noch so berechtigte Empfindlichkeit fühlbar gemacht, habe vielmehr während der Verhandlungen neben der Wahrheit nur sein Wohl unter Hintansetzung meines eigenen Wohles mir zum Ziele gemacht. Er empfand dies auch und dankte mir dafür. Schon vorher hatte ich, indem ich für das etwaige gerichtliche Bedürfniß alle Originale bei mir führte, ihm unsere Korrespondenz gezeigt und wies nun, neben ihm sitzend, mit Finger und Wort nochmals besonders hin auf einen bestimmten Satz in seinem ihm in die Hand gegebenen*) Briefe vom 27. April 1885, und zwar mit der Erläuterung, daß diese Stelle doch etwas Thatsächliches enthalte und darum wahrscheinlich doch hätte verlesen werden müssen. Darauf sagte Herr Hofprediger Stöcker zu mir: „Das ist nicht nöthig denn ich habe genau das ausgesagt, was in dem Briefe steht."

Am Abend ersah ich in den Zeitungen, daß der Herr Hofprediger Stöcker nach ihrem Berichte sehr anders ausgesagt hatte, als in dem Briefe stand, und zwar das Wichtigste ausgelassen hatte.

Unter diesen Umständen wird meine Aussage, welche ich am zweiten Tage freiwillig ablegte, obschon ich nicht wieder geladen war, um so verständlicher sein.

Dieselbe wurde in Gegenwart des Herrn Hofpredigers Stöcker abgelegt und lautet nach dem stenographischen Bericht in der Broschüre „Prozeß Stöcker-Bäcker" auf Seite 20 wie folgt:

*) Darauf beziehen sich in meiner Zeugenaussage, Zeile 18 von unten, die Worte: „näher bezeichnete".

„Es liegt nicht in meiner Absicht, auf ungenaue Zeitungsberichte über die gestrigen Verhandlungen hier zurückzukommen, um so weniger, da der Herr Präsident schon nach anderer Richtung hin das Unzulässige solchen Versuches hervorgehoben hat. Wohl aber habe ich noch auf Eines hinzuweisen. Der Herr Präsident sagte gestern, wenn ich recht verstanden, Herr Hofprediger Stöcker habe zugegeben, Herrn Grüneberg solche Mittheilungen gemacht zu haben, welche, wenn ich so sagen soll, im Sinne eines Angriffs gegen mich gedacht waren. — Präs.: Herr Hofprediger Stöcker hat zugegeben, daß er sich mißbilligend auf Sie geäußert haben könne, weil Sie bei Ihrer politischen Stellung einem Juden hätten eine Auszeichnung verschaffen wollen; einen Angriff auf Ihre Person will er damit nicht beabsichtigt haben. — Witte: Schon gestern, nachdem ich meine Aussage gemacht, befragte ich Herrn Hofprediger Stöcker nachträglich, ob nach dem Inhalt seiner mir noch unbekannten Aussage ich eine seinerseits an mich gerichtete näher bezeichnete briefliche Mittheilung noch werde vorlesen müssen, und bekam die beruhigende Antwort, daß er bereits dasselbe ausgesagt, was er mir geschrieben. Inzwischen sind die Zeitungsberichte erschienen, und ist es mir doch ungewiß geworden, ob ich nicht die gestern unterlassene und auch vergessene Vorlesung der bezüglichen Stelle eines von Hofprediger Stöcker an mich gerichteten Briefes heute nachzuholen habe. Ich möchte nicht nachträgliche Skrupel empfinden müssen, etwas verschwiegen zu haben, „was ich weiß". Ich kann die kurze Stelle um so unbefangener vorlesen, als ich dies nach Besprechung und in vollem Einverständniß mit Herrn Hofprediger Stöcker thue. Die Stelle lautete: „Wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen zuverlässigen Menschen —, wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen." — Es bleibt mir nur noch übrig, in der Sache mich dagegen zu verwahren, daß aus meiner Handlungsweise in der Angelegenheit des Kommerzienraths Wollheim mich irgendwie der geringste Vorwurf treffe und ich um derselben willen das Recht verloren haben sollte, einen konservativen Mann als konservativen Reichstagskandidaten zu empfehlen.

Hiernach ist es ganz unmöglich, daß das Jahr 1878 in Frage kommt. Zur Ablegung meines Zeugnisses am zweiten Verhandlungstage machte ich mich so früh auf, daß ich noch vor Beginn der Verhandlungen ein längeres, sehr ernstes Gespräch mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker haben konnte. Ich fragte ihn mit Bezug auf seine Aussage vom vorigen Tage, ob das der Dank sei für meine Schonung? Diese seine Aussagen stimmten ja nicht mit jenem Briefe und nicht mit der Wahrheit und müßten aus der Welt geschafft werden, da ich sonst beim Konsistorium oder an einer anderen hohen Stelle Beschwerde über ihn führen müsse. Er erkannte an, daß ich Ursache habe, verletzt zu sein. Ich wies ferner ihn darauf hin, daß ich ihn im Sommer 1878 mit dem Recht als Reichstagskandidaten bekämpft habe, und zwar nicht

als Hofprediger, sondern als christlich-sozialen Arbeiterpartei-kandidaten, und zwar sei es glimpflich genug geschehen. Ich fügte hinzu: „Durch Aufstellung einer christlich-sozialen Arbeiterparteikandidatur haben Sie damals die konservative Partei kompromittirt, verwirrt, gehemmt, gelähmt, geschwächt.“ Gleichzeitig waren nämlich in zwei anderen Reichstagswahlbezirken Berlins als Reichstagskandidaten Namens der christlich-sozialen Arbeiterpartei der Schneidermeister Grüneberg und der Maschinenbauer Bernsdorf aufgestellt worden.

Nichts konnte der Herr Hofprediger gegen meine Aeußerungen einwenden und nichts hat er dagegen eingewandt. Darauf verabredeten wir eine gemeinsame Erklärung, deren Inhalt sagen sollte, daß der Zeitungsbericht über Herrn Hofprediger Stöcker's Aussagen vom vorausgegangenen Tage unrichtig sei, so daß die Verleumdung meiner Person in der Wollheim'schen Sache durch den Herrn Hofprediger „aus der Welt geschafft“ werde, und daß wir uns daraufhin brüderlich verständigt hätten.

Wir gingen — unverzüglich sollten die Verhandlungen beginnen — in den Saal. Herr Hofprediger Stöcker nahm nun Papier und Bleistift, schrieb und reichte es mir, während wir noch standen, zur Mitunterschrift. Ich las und bemerkte ganz erstaunt: „Aber, Herr Hofprediger, da steht ja etwas ganz anderes, als wir verabredet haben!“ Er aber bat mich dringlich, es dabei zu belassen. Da packte mich das Mitleid mit dem Manne; um so mehr aber meinte ich dieser Regung folgen zu müssen, als ich ihm noch glaubte, daß der Zeitungsbericht über seine Zeugenaussage wirklich falsch sei und daß ihn keine Verantwortlichkeit für den verletzenden Inhalt der ihm nur irrthümlich zugeschriebenen Zeugenaussagen treffe. Ich wollte ihm bei solcher Voraussetzung auch keinen Zipfel vom Rocke abschneiden, vertraute seiner Aeußerung, daß auch ihm das Unrichtige und Verletzende des Zeitungsberichts über seine Zeugenaussage leid thue und vollzog daraufhin getrost und gerne eine Erklärung, welche unsere brüderliche Verständigung deklarirte.

Am 3. Verhandlungstage war ich nicht mehr anwesend, so daß ich Authentisches über das, was da geschah, erst durch die Prozeß-Broschüre erfuhr. Dort heißt es zunächst in der Rede des Rechtsanwalts Sachs auf Seite 58:

„Herr Stöcker hat sich auch hier in der Verhandlung bei der Vertheidigung der ihm vorgeworfenen Unwahrheiten wiederum einiger Unwahrheiten . . . . — schuldig gemacht. Sie werden sich entsinnen, daß

uns der Zeuge Witte, ein Mann, der nach meiner Auffassung durchaus glaubwürdig ist, der mir so eigentlich als das Prototyp eines echten, rechten toleranten Geistlichen erscheint, dem ich jedes Wort, jedes Komma glauben möchte — ich komme auf den Fall Witte noch später zurück — daß dieser sagt, ein alter Edelmann, Herr v. Wedell, habe ihm mitgetheilt, Herr Stöcker habe ihm auf die Vorlegung des Herrn Wollheim betreffenden Gesuchs erklärt: „Ach nein, so etwas thue ich persönlich." Also von einer Ablehnung in schroffer Form war keine Rede. Und was hat Herr Stöcker nun hier unter seinem Eide gesagt? Er habe Herrn v. Wedell damals geantwortet, für Juden gebe er sich zu Derartigem nicht her. Ist nun Herrn Witte und Herrn v. Wedell voller Glauben zu schenken, so ergiebt sich, daß Herr Stöcker Herrn v. Wedell gegenüber nicht den Muth seiner Ueberzeugung gehabt, und daß hier eine vollständige Unwahrheit vorgelegen hat.

Eine weitere Unwahrheit: Herr Pastor Witte hatte uns von einem Briefe, den Herr Stöcker an ihn in der Hoppe'schen Angelegenheit gerichtet hatte, zuerst nichts mitgetheilt; er erzählte uns bei seiner zweiten Vernehmung, er habe eigentlich gar nicht die Absicht gehabt, als Zeuge nochmals zu erscheinen, da Herr Stöcker auf seine Frage, ob er den Brief erwähnt habe, ihm bejahend geantwortet habe. Da er nun aus den Zeitungen ersehen, daß Herr Stöcker entgegen seiner Versicherung, kein Wort von dem Briefe erwähnt habe, so dränge ihn das Gewissen, nochmals zu erscheinen. Er produzire also das Schreiben, welches die Drohung enthielt, wenn er, Witte, die Kandidatur Hoppe gegen Herrn Stöcker ausspiele, so werde ihn Herr Stöcker bekämpfen."

Und ferner auf Seite 69:

Der Herr Staatsanwalt hat sich mit dem Falle Witte gar nicht beschäftigt. Grüneberg hatte in seinen Denkwürdigkeiten dieses Ereigniß berichtet, was, wenn es allein dastehen würde, genügendes Licht auf die sittliche Qualifikation des Herrn Stöcker werfen würde. Herr Pastor Witte hatte den Muth gehabt, die Kandidatur Stöcker nicht zu unterstützen. Er meinte, daß ein Mann des praktischen Lebens besser hierzu geeignet wäre als ein Seelenhirte, der besser auf seine Gemeinde achten sollte. Herr Witte empfahl den Fabrikbesitzer Hoppe und trat nicht für die Kandidatur Stöcker ein. Grüneberg war damals der Vertraute Stöcker's und in einem süßen Plauderstündchen vertraute Herr Stöcker dem Grüneberg die unwahre Thatsache an, daß sich Herr Witte damit beschäftige, jüdischen Leuten gegen Geschenke Titel zu verschaffen. Die Unwahrheit war Herrn Stöcker genau bekannt, sie muß ihm genau bekannt gewesen sein. Es ist zufällig damals nicht dazu gekommen, daß Grüneberg seinen Auftrag ausgeführt hätte, was er sonst ebenso gut wie ein italienischer Bravo gethan hätte. Herr Stöcker ist gefragt worden, auf welche Thatsachen denn sein Urtheil sich stütze, und da sprach er von einem Piano, welches dem Oberlinverein in Potsdam geschenkt worden ist. Klassischer konnte die Unwahrhaftigkeit nicht demonstrirt werden, als damit, er könne einen Zusammenhang zwischen diesem Geschenk und Witte nicht herstellen. Nun ja, Herr Wollheim, der zu den edelsten und humanitärsten Menschen zählte, hat dem Oberlin-Verein dieses Klavier geschenkt. welche Willkürlichkeit gehört dazu, Demjenigen, der nun den enden empfahl, und zwar mit Herrn von Wedell gemeinsam, in

Zusammenhang zu bringen, mit diesem Piano. Ich meine, die Vorgänge sind charakteristisch, und wenn Jemand seinem Gegner nicht mit offenem Visir gegenübertritt, sondern Jemanden dingt, diesen Mann mit unwahren Behauptungen zu stürzen, und dies sogar gegen einen Amtsbruder anwendet, so weiß ich nicht, welche Bezeichnung ich dafür wählen sollte. Herr Witte hat, so viel ich gelesen habe, mit Herrn Hofprediger Stöcker sich brüderlich geeinigt, ich habe wenigstens eine Erklärung gelesen, in welcher dieses Faktum enthalten war.

Wer sich in der Moral öffentlich versündigt, der bleibt angeklagt vor der öffentlichen Moral; denn ein Vergehen gegen die Oeffentlichkeit scheidet mit diesem Moment aus den Antragsdelikten aus.

Die nachträgliche Versöhnung verstärkt höchstens das Maß des Unrechts, das Herr Stöcker Herrn Pastor Witte zufügte. Wenn Herr Witte jetzt noch Herrn Stöcker die Bruderhand bietet und sich mit ihm versöhnt, so erhebt das Herrn Witte und erniedrigt Herrn Stöcker.

Damit sind die Momente, welche die absolute Unwahrhaftigkeit des Herrn Stöcker enthalten, im Allgemeinen gestreift, aber keineswegs erschöpft."

Und auf Seite 72 schließt Herr Rechtsanwalt Sachs mit folgenden Worten:

„Ich bitte, alle diese Momente zu erwägen und zu bedenken, daß, wenn dem Herrn Hofprediger der schwere Vorwurf einer sittlichen Korruption gemacht worden ist, nach dem Resultat der Beweisaufnahme dieser Vorwurf voll und ganz nachgewiesen ist. **Die Zeit krankte an diesem Manne, die Zeit kann nicht anders geheilt werden, als wenn ein sittliches Verdikt über diesen Mann gefällt wird.** Und so habe ich die trostreiche Hoffnung, daß, selbst wenn eine Verurtheilung meines Klienten erfolgt, man das Ergebniß dieses Prozesses in die Worte wird zusammenfassen können: „Der Angeklagte ist verurtheilt, Herr Stöcker aber ist gerichtet!"

In der Rede des Herrn Rechtsanwalts Munkel lesen wir auf Seite 79 eben derselben Broschüre:

„Meiner Ansicht nach sind die Punkte, die in dem inkriminirten Artikel dem Herrn Hofprediger Stöcker vorgeworfen werden, als einzelne Unwahrheiten und alle durch den Beweis der Wahrheit erbracht. Erbracht ist auch namentlich, worauf der Herr Staatsanwalt in dem Artikel hinwies, daß Herr Stöcker aus persönlicher Rache und verletztem Ehrgeiz einen Amtsbruder öffentlich durch seine Kreaturen angreifen ließ. Denn der Auftrag war gegeben, damit hatte er ja seine Thätigkeit erfüllt, und wenn in dem Briefe steht: „Wenn Sie den Hoppe gegen mich ausspielen, so lasse ich Sie fallen", so ist das eine so gesunde amtsbrüderliche Ausgleichung, daß man sich freuen muß, daß, unverbürgten Zeitungsnachrichten zufolge, die Brüderlichkeit zwischen beiden Pastoren wieder hergestellt ist. Damals aber hatte sie ein großes Loch, wie Herr Stöcker auch den Grüneberg veranlaßt hatte, das öffentlich auszusprechen und auszuschreien. Aber weil Grüneberg nicht mehr dazu gekommen ist, soll Herr Stöcker deshalb um einen Grad edler gemacht werden, weil sein Werkzeug nicht mehr zum Perzeptiren kam? Nun,

so habe ich nicht viel dagegen einzuwenden. Das wird meinem Klienten nicht wesentlich schaden und Herrn Hofprediger Stöcker nicht wesentlich nützen."

In dem vom Herrn Landgerichtsdirektor Lüty publizirten Erkenntniß in dem „Prozeß Stöcker wider die ‚Freie Zeitung' heißt es auf Seite 87:

„Die zweite Behauptung betrifft den Vorfall mit dem Pfarrer Witte. Dieser hatte unbestritten einem jüdischen, notorisch achtbaren Mitbürger auf Veranlassung des Herrn von Wedell durch Unterschrift seines Namens unter eine Petition einen Titel mit verschaffen wollen. Diese Thatsache war dem Zeugen Stöcker bekannt geworden; Letzterer war Kandidat zum Reichstage und der Pfarrer Witte sollte auch kandidiren, hatte es aber für sehr angemessen gehalten, sich nicht mit der Politik zu befassen, und hatte in Herrn Hoppe dem Herrn Stöcker einen Gegenkandidaten gestellt. Daß dieses Stöcker nicht genehm war, daß es seinem Ehrgeiz zuwider lief, darüber dürfte kein Zweifel sein. Der Zeuge Stöcker beauftragte erwiesenermaßen den Zeugen Grüneberg, in einer öffentlichen Versammlung den Pfarrer Witte anzugreifen, und er selbst schrieb noch an den Pfarrer Witte einen Brief, in welchem er sagte: Wenn derselbe bei der Aufstellung des Hoppe verharre, so lasse er den Amtsbruder, Gesinnungs- und Parteigenossen fallen. Daraus zog der Angeklagte die Folgerung, daß der Zeuge Stöcker aus dem Gefühle der Rachsucht, Rache, oder sagen wir lieber „Revanche" heraus dieses gethan und aus verletztem Ehrgeiz den Amtsbruder in einer öffentlichen Versammlung habe angreifen lassen. Gleichgiltig ist, ob der Angriff wirklich erfolgt ist, oder ob er unterblieb, weil die Versammlung aufgelöst wurde. Das aber, was der Angeklagte behauptet hat, ist nach der Ansicht des Gerichtshofes erwiesen."

Dies „Daraus" kann sich wesentlich nur auf einen dem pp. Grüneberg gemachten Auftrag, aber nicht auf einen an mich gerichteten Brief beziehen. Von einem Briefe erfuhr der Angeklagte ja erst in den Gerichtsverhandlungen. Nun fiel in die Gerichtsverhandlungen „die Nachricht unserer brüderlichen Verständigung" unvermittelt hinein. Der anscheinend unvermittelte Gegensatz von Konflikt und Versöhnung war für den Gerichtshof hierbei augenscheinlich der beherrschende Gesichtspunkt, wobei selbstverständlich für die Beurtheilung des Vergangenen ausschließlich der vorausgegangene Brief im Vordergrunde blieb. So konnte es nun sehr wohl heißen: „Vorher schrieb Stöcker an Witte einen Brief." Es ist hierbei zu bemerken, daß beide Herren Vertheidiger die Versöhnungserklärung in eingehende Erörterung gezogen und dem Gerichtshofe vergegenwärtigt hatten.

Der Brief des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker war thatsächlich zugleich ein Drohbrief. Im Gewande einer Mittheilung beschuldigte er mich, etwas gethan zu haben, womit er mich öffentlich bekämpfen

könne, und eröffnete mir, seinem Mitzeugen, eine bedrohliche Aussicht, mochte diese Drohung an sich auch weder Grund noch Sinn haben.

Ein Brief aber aus dem Jahre 1878 ist lediglich ein Erzeugniß der dialektischen Kunst des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker.

Zur Ausschließung jeden Zweifels habe ich bei meiner Zeugenvernehmung (Seite 14 der Broschüre) ausdrücklich bekundet, daß ich erst im Jahre 1879 überhaupt davon hörte, daß Herr Hofprediger seinem Vertrauten, dem Schneidermeister Grüneberg, jenen erwähnten Auftrag gegeben, woraus sich von selbst ergiebt, daß ich nicht schon im Jahre 1878 einen darauf bezüglichen Brief von Herrn Hofprediger Stöcker selbst erhalten und von einem solchen Briefe gesprochen haben kann. Herr Hofprediger Stöcker muß es bei seinen im Uebrigen so mächtigen Beziehungen nicht der Mühe für werth gehalten haben, die Akten seines eigenen Prozesses noch einmal durchzulesen und die betreffenden Vorgänge in sein Gedächtniß zurückzurufen, sonst würde er sich kaum so handgreifliche Verstöße gegen die Wahrheit haben zu Schulden kommen lassen.

In welcher Weise der Herr Hof- und Domprediger Stöcker noch jetzt, nachdem das Königliche Konsistorium in dieser Angelegenheit dahin entschieden hat, daß es mir Recht gab und des Herrn Hofprediger Stöcker's Begehren, mich dieserhalb in Disziplinar-Untersuchung zu nehmen, abgewiesen hat, gegen mich polemisirt, ergiebt sich unter anderem am besten aus einem Artikel in Nr. 41 vom Sonntag, den 17. Februar, des Blattes „das Volk", welches notorisch unter der Direktion des Herrn Hofpredigers Stöcker steht. Dort heißt es:

Zur Witte'schen Haupt- und Staatsaktion.

Da es Hofprediger Stöcker, solange die Witte'sche Sache schwebt, unmöglich ist, persönlich das Wort zu nehmen, die Verdrehung der Thatsachen in dieser Angelegenheit aber mit einer Planmäßigkeit, welche Herrn Mackenzie Ehre machen würde, betrieben wird, so erscheint es nöthig, die Nebel zu zerreißen. Freilich ist es in unserer Zeit, die ernstere Arbeit fordert, doppelt traurig, sich mit solchen Dingen befassen zu müssen. Denn was ist das Ganze eigentlich? Nichts als eine große Lächerlichkeit. Es handelt sich im letzten Grunde doch nur um ein Privatgespräch, das vor elf Jahren unter vier Augen geführt sein soll. „Die Berge kreisen und ein lächerlich Mäuslein kommt zum Vorschein." Deswegen dieser große Lärm, der den Tagesklatsch beinahe der Welt bildet! Er fordert die Gegenwehr nur heraus wegen der Niedertracht, die er in kühnem Wurf um sich schlingt. Eben deswegen auch sieht sich ein Beobachter, der die Dinge und die beiden betheiligten Männer besser kennt, als die Blätter, welche Stöcker verlästern und Witte erheben, veranlaßt, dem

Schwindel, den wieder einmal die Bosheit mit der Dummheit treibt und dessen Unverfrorenheit auch ehrliche Leute betrügt, entgegenzutreten und auf Thatsachen aufmerksam zu machen, die durch den bestellten Zeitungsdampf verdunkelt sind.

1. Wenn das Betragen Witte's dem Konsistorium zu einer Disciplinaruntersuchung nicht genügende Veranlassung bot, so liegt darin noch keineswegs eingeschlossen, daß P. Witte auch keinen Tadel*) erhalten hat. Dies muß offenbar erst klargestellt werden, um das Verfahren des Konsistoriums erschöpfend beurtheilen zu können.

2. Unzweifelhaft besitzt P. Witte einen Brief, aber einen ganz andern als den Phantasie-Brief des damaligen Gerichtshofes, d. h. den im Erkenntniß des Prozesses Bäcker angeführten. Die vielfach auftretende Behauptung, daß dies derselbe Brief, nur anders datirt sei, muß als eine dreiste Unwahrheit bezeichnet werden, die mit dem vollen Bewußtsein der Lüge von der verleumderischen Presse weiter verbreitet wird, weil darin eine brauchbare Handhabe zur Verleumdung liegt. Wir lassen zur durchsichtigen Klarstellung die betr. Stellen beider Briefe, des Phantasie-Briefes und des wirklichen, im Besitz des P. Witte befindlichen Briefes nebeneinander folgen. Vorher sei noch einmal ausdrücklich hervorgehoben, daß das Erkenntniß von einem vor den Reichstagswahlen **1878** geschriebenen Brief redet, während der wirkliche Brief an Witte am 22. April **1885**, also 7 Jahre später geschrieben ist, ein Unterschied, der nicht bloß die Tragweite eines verwechselten Datums, sondern einer völlig andern Beurtheilung der damals vor Gericht behandelten Frage hat.

Phantasiebrief.

(Wortlaut des Erkenntnisses).

„Vorher" (nämlich vor einer Wahlversammlung 1878) schrieb Stöcker an Witte einen Brief, in dem er ihm mittheilte, daß er ihn bekämpfen und fallen lassen würde, wenn er, Witte, bei der Aufstellung des Hoppe verharre." Der Gerichtshof fügt als Urtheil über diesen Brief, der also thatsächlich nie geschrieben ist, was Stöcker eben behauptet, hinzu: „Nach Lage vorstehender Thatsachen hat Stöcker einen geistlichen Amtsbruder anzugreifen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen versucht" u. s. w.

Brief vom 22. April 1858.**)

„Dies" (nämlich, daß Stöcker Auftrag gegeben habe, die Wollheim'sche Angelegenheit zu Witte's Bekämpfung auszusprechen), „ist natürlich unwahr. Aber wohl ist es **möglich**, daß ich gesagt habe, wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen".

*) In der Frage, um welche es sich handelt, nämlich auf welcher Seite die Wahrheit sei, ob auf Seite des Herrn Stöcker oder auf meiner Seite, hat das Konsistorium vollkommen nur für — mich sich entscheiden können und sich entschieden. Es handelte sich außerdem nur darum, ob ich auch noch den 5. Brief vom 28. April hätte sofort mitveröffentlichen sollen, und konnte Königl. Konsistorium, so lange es diesen Brief für einen unbeantworteten und abschließenden irrthümlich hielt, es leicht für „loyaler" gehalten haben, wenn ich jenen Brief gleichzeitig mitveröffentlicht hätte.

**) Im „Volk" mißverständlich datirt, denn der ächte Brief ist nicht vom 22. April 1858, sondern vom 22. April 1885, wird übrigens meinerseits weder im Ernst noch im Scherz als ein Phantasiebrief des „Volk" bezeichnet

Jeder sachlich Urtheilende wird daraus erkennen, daß Hofprediger Stöcker mit seiner Behauptung: einen Brief, wie er nach Form und Inhalt vom Gerichtshof zur Unterlage seiner Beurtheilung der Stöcker'schen Handlungen gemacht wurde, nie geschrieben zu haben, die lauteste Wahrheit ausspricht.

3. Die Veröffentlichung von privaten Briefen aus Feindschaft, ohne daß der Empfänger dazu veranlaßt war, hat noch nie als eine Thätigkeit edler Menschen gegolten.*) Daß aber P. Witte den dritten Brief dem Publikum vorenthielt, beweist, daß es ihm nicht auf die volle Wahrheit ankam. Und gerade dieser dritte Brief löst jenen von der Judenpresse geschleuderten Verdacht, als habe Stöcker die Witte'sche Zeugenaussage vorher zu seinen Gunsten beeinflussen wollen, in ein Nichts auf. Denn es kann doch Stöcker kaum als ein Fehler angerechnet werden, daß er einen Amtsbruder für einen anständigen Menschen hielt. Freilich, wer geneigt ist, selber falsches Zeugniß abzulegen, kann es auch fertig bringen, in Stöcker's Briefen einen ähnlichen trüben Hintergrund zu wittern. Wer dagegen selber ehrlich ist, wird Verdächtigungen, wie sie jetzt ausgesprochen werden, für bloße Niedertracht halten.

4. Die Behandlung der Sache in der gesammten, nicht konservativen Presse beweist einen schlau angelegten Plan, der die Angelegenheit, deren eigentliche und ursprüngliche Bedeutung wir in unseren einleitenden Worten abgeschätzt haben, aus dem Kreise persönlicher Angriffe weit hinaushebt. Seit einem Jahre blüht bei uns die Beschimpfung der sogenannten „Extremen oder Hochkirchlichen" als ein politischer Geschäftszweig. Wer daran hilft, ist der Anerkennung gewisser Kreise gewiß. Wie jedoch ein im Grunde auf den kirchlichen Rechten stehender Mann sich zum Werkzeug solcher Bestrebungen mißbrauchen lassen kann, ist uns unbegreiflich. Freilich, ob die Ehrlichkeit bei all' derartigen Unternehmungen leidet, kommt in einer opportunistischen Zeit nicht in Betracht. Auch in den Werkzeugen ist man nicht wählerisch.

Für heute damit genug! Eins sei nur noch hervorgehoben. Bezeichnend bleibt, daß kein Anderer im weiten deutschen Vaterland soviel Feuerproben zu bestehen hat, wie der eine Stöcker. Mit einem werthlosen Metall würde man sich garnicht soviel Mühe geben. Nur das edle Gold sucht man immer reiner zu läutern. Und je kräftiger man das Eisen unter den Hammer nimmt, desto schneidiger und schärfer wird die Klinge. Darum können auch Stöcker's Freunde, durch deren Reihen in diesen Tagen manchmal ein gerechter Groll gegangen sein mag, getrost sein."

Der im Erkenntniß des Prozesses angeführte Brief wird also als „Phantasiebrief des Gerichtshofs" bezeichnet. Die Zusammenstellung beider Briefe ist aber offenbar darauf berechnet, dem weniger unter-

*) Dabei war Herr Hofprediger Stöcker in der Morgennummer der „Kreuzzeitung" vom 16. Januar mit der Veröffentlichung seines ersten Briefes an mich vorangegangen und hatte sich sogar erlaubt, denselben durch Zustutzung unverständlicher zu machen.

richteten Theil des Publikums Sand in die Augen zu streuen, und die Leser glauben zu machen, daß die Entscheidungsgründe des fraglichen Erkenntnisses wörtlich zitirt seien. Dies ist aber nicht der Fall, vielmehr haben wir es hier mit einen offenbaren, durch Einschiebung eines Satzes, geänderten Texte zu thun. Während es in den schriftlichen Erkenntnißgründen heißt: „Vorher schrieb Stöcker an Witte einen Brief," so heißt es im „Volk" unter Rubrik „Phantasiebrief": „Vorher, (nämlich vor einer Wahlversammlung 1878) schrieb Stöcker an Witte einen Brief." Die Worte „vorher und die eingeklemmten Worte: nämlich vor einer Wahlversammlung im Jahre 1878" stehen nicht mit einander in den Erkenntnißgründen, sondern es sind die Worte: „nämlich vor einer Wahlversammlung von 1878" (in der „Kreuzzeitung" mit Stöckerscher Unterschrift heißt es: „nämlich vor einer Wahlversammlung des Jahres 1878") von dem Herrn Hof- und Domprediger Stöcker auf seine eigene Hand und Verantwortlichkeit hinzugefügt. Damit gelangte er allerdings auf dem kürzesten Wege zu dem angestrebten Ziele, die angebliche Wahrheit seiner Behauptung durch dialektische Kunst und eine entsprechende Ergänzung und Umgestaltung zu erhärten. Auch durch die größte Verlegenheit werden solche Kunststücke nicht entschuldigt.

Diese Zeitung „Das Volk" ergiebt überhaupt, daß und in welcher gehässigen Weise der Herr Hofprediger die öffentliche Polemik gegen mich fast unausgesetzt fortführt, und mich fortwährend in demonstrativer Weise provocirt. Daß dies in diesem Stöckerblatte unter dem Schilde der Anonymität geschieht, dürfte die Gehässigkeit des Vorgehens noch steigern und jeden Vorwurf ausschließen, wenn ich mich derartiger Angriffe erwehrt habe und erwehre.

Um so weniger kann dies entschuldigt werden, als ein sehr ähnlicher Angriffsversuch des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker meinerseits schon im Jahre 1885 abgeschlagen war. Zu meinem nicht geringen Staunen erhielt ich nämlich eines Tages folgenden Brief:

Partenkirchen, 23. Juni 1885.

Lieber Herr Amtsbruder!

In dem stenographischen Erkenntniß steht, ich hätte Ihnen einen Brief geschrieben, in welchem ich sage: „wenn Sie bei der Aufstellung des Hoppe verharren, so lasse ich den Amtsbruder, Gesinnungs- und Parteigenossen fallen".

Dieser Brief existirt nur in der Phantasie? Nicht wahr? Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie sofort erklärten, daß ich einen solchen Brief an Sie nicht geschrieben habe.

Natürlich müssen Sie ausdrücklich sagen, daß dieser Passus in dem

stenographischen Erkenntniß steht, das durch die Zeitungen gegangen ist, und von dem man nicht wissen kann, wie weit es der Wirklichkeit entspricht. Ich bin hier in der Trösteinsamkeit und fühle mich meinem Gotte inniger denn je verbunden.

Herzlich grüßend

Ihr Stöcker."

NB. Sollten Sie zu einer öffentlichen Erklärung keine Freudigkeit haben, so schreiben Sie mir, bitte, wie die Sache steht. Ich brauche die Wahrheit zu meiner Rechtfertigung auch vor der Obrigkeit.

Man vergleiche diesen Brief mit demjenigen des Herrn v. Hammerstein vom 5. Januar 1889, in welchem Herr von Hammerstein schreibt, was ihm Herr Hofprediger Stöcker auf seine Aufforderung, sich zur Sache zu bekennen, geantwortet habe:

.... „Als das Erkenntniß herauskam, und ich den apokryphischen „Brief darin fand, habe ich an Witte geschrieben, ob er außer den drei „Briefen vom Jahre 1885 noch einen anderen in dieser Angelegenheit „von mir geschrieben besitze. Darauf antwortete er unter dem 27. Mai: „Ein weiteres auf den Prozeß bezügliches Schreiben Ew. Hochwürden „besitze ich nicht ....."

Herr Hofprediger Stöcker scheint Herrn von Hammerstein seinen eigenen Brief vom 23. Juni 1885 allerdings nicht vorgelegt zu haben. Aus einem Vergleich wird sofort klar, daß die seitens des Herrn Stöcker dem Herrn von Hammerstein gemachte Inhaltsangabe mit dem wirklichen Briefinhalt keineswegs identisch ist.

Nachdem es dem Herrn Hof- und Domprediger Stöcker mißlungen war, mich zu einer Kompromittirung meines eigenen Zeugnisses zu bewegen, machte er durch seinen Partenkirchener Brief noch einen erneuten, recht geschickt eingekleideten Versuch, das Terrain zu sondiren, und mich so zu sagen auf einer ihm erwünschten Position festzunageln und zugleich sich ein Gebiet zu umgrenzen, auf welchem er seiner Phantasie freien Spielraum gewähren konnte. Selbstverständlich habe ich auch dies neue Ansinnen zurückgewiesen, doch wird es dem aufmerksamen Leser gewiß nicht entgehen, daß schon bei dieser Gelegenheit das spätere Zwickmühlspiel mit dem sogenannten Phantasiebrief und dem wirklich existirenden Brief von langer Hand vorbereitet ist. Daß bei diesem Spiel von einem bloßen Irrthum oder einer Verwechselung auf Seiten des Herrn Hof- und Dompredigers nicht die Rede sein kann, tritt auf das Evidenteste darin zu Tage, daß er bei mir wegen der Existenz des von ihm in Bezug genommenen Briefes ausdrücklich angefragt und ebenso positiv eine verneinende Antwort erhalten hat. Er hat deshalb auch mit einer gewissen

[illegible] jenen Brief „einen Phantasiebrief“ genannt, [illegible] nur in seiner Phantasie existirt und ein Produkt derselben ist.

Hiernach wird Jedermann dem Urtheil des betreffenden [illegible] beitreten und finden, daß der Herr Hof- und Domprediger „mit der Wahrheit mindestens sehr leichtfertig umgehe“.

Meinem nachfolgenden Briefe wird man darum das Zeugniß [illegible], daß derselbe milde genug und mit nur leiser Ironie [illegible] ist, so daß dem Herrn Hofprediger Stöcker ein Einlenken in die [illegible] Bahn ohne zu große Beschämung ermöglicht war.

„Berlin, den 27. Juni [illegible].

Hochgeehrter Herr Hofprediger!

Ew. Hochwürden verfehle ich nicht, auf das verehrliche Schreiben vom 23. d. Mts. ganz ergebenst zu erwidern, daß ich allerdings meinerseits nicht die Absicht habe, in Ihrer Prozeßangelegenheit aus eigener Initiative noch mit irgend einer Erklärung in die Oeffentlichkeit zu treten. Nach meinem ganz ergebensten Dafürhalten ist unser gegenseitiges Verhältniß durch unsere gemeinsame Erklärung und durch die Berichtigung in Nr. 134 des „Reichsboten“ für Jedermann zur Genüge aufgeklärt, doch unterlasse ich nicht, zu Ihrer Information noch ganz ergebenst hinzuzufügen, daß ich von Ihnen in Bezug auf die betreffende Angelegenheit keine weiteren Briefe erhalten habe und besitze, als die drei vom 22., 26., 28. April 1885, von welchen ich das Schreiben vom 22. April, welches hier wahrscheinlich gemeint ist, für den Fall, daß Sie ein Konzept von demselben nicht besitzen sollten, in Abschrift ganz ergebenst anschließe. Ein weiteres auf den Prozeß bezügliches Schreiben Ew. Hochwürden besitze ich nicht.

Mit ꝛc.

Ew. Hochwürden ganz ergebenster

C. Witte, Pfarrer.“

Wenn nun Herr Hofprediger Stöcker erst solche Eile hatte, warum zögerte er nun mit einer **eigenen** öffentlichen Erklärung mit eigener Namensunterschrift? Er hat das damals noch offenbar [illegible] erachtet. Mit kluger Vorsicht wählte er sich Zeit und Weg. [illegible] nachdem die Reklamationsfrist von beiden Parteien [illegible] war, meldete der „Reichsbote“ vom 6. August [illegible] unter der Ueberschrift:

Zur Stöckerhetze.

[illegible]. Die inzwischen weiter aufgeklärten Thatsachen haben Stöcker [illegible] dem gegen ihn geschleuderten Vorwurf glänzend gerechtfertigt, [illegible] werden es immermehr thun. Heute bringt, wie uns berichtet wird, das „Christlich-Soziale Korrespondenzblatt“ die Mittheilung, daß der **Brief an Pastor Witte, der in dem Prozeß gegen [illegible] eine Rolle spielte, gar nicht existirt.**“

[illegible] by Google

Sofort stand mir fest, daß nur Herrn Hofprediger Stöcker die Verantwortlichkeit für diese Mittheilung treffe, und daß seine formell-indirekte Verantwortlichkeit, sittlich womöglich noch schwerer auf ihm laste. Ich sah darin den faktischen Rücktritt von unserer gemeinsamen Erklärung und war nun, wie man zu sagen pflegt, fertig mit ihm. Ich hatte nun die Stöcker'sche Quittung auf alles, auch auf meinen Brief vom 27. Juni 1885.

Ich verschaffte mir alsbald die betreffende Nummer des Stöcker'schen christlich-sozialen Korrespondenzblattes und las daselbst:

„Die Beweisaufnahme über diesen Punkt hat in uns unbegreiflicher Weise doch hauptsächlich auf das Zeugniß Grüneberg's hin, dem das Hofprediger Stöcker's gerade im entscheidenden Punkte — des gegebenen oder nicht gegebenen Auftrags an Grüneberg — widersprach, dahin geführt, daß auch in diesem Punkte der Beweis der Wahrheit zu Ungunsten Hofprediger Stöcker's als erbracht zu betrachten sei.

Der Gerichtshof selbst hat den Grüneberg als einen „klassischen", d. h. vollen Glauben verdienenden Zeugen nicht anerkannt, gleichwohl scheint sein Zeugniß in diesem Punkte entscheidend gewesen zu sein!"

„Noch eins; das Unbegreiflichste in diesem Punkte zuletzt. „In dem schriftlichen Erkenntniß heißt es: „Vorher schrieb Stöcker an Witte einen Brief, in welchem er ihm mittheilte, daß er ihn bekämpfen und fallen lassen würde, wenn er, Witte, bei der Aufstellung des Hoppe verharre."

Ein Brief solchen Inhaltes existirt nicht und hat nicht existirt, Hofprediger Stöcker hat einen solchen weder jemals geschrieben, noch hat Pastor Witte jemals einen solchen erhalten — der Brief existirt nur in der Phantasie." —

Welchen Eindruck aber mußten jene beiden Veröffentlichungen hervorrufen, deren intellektuell-moralischer Urheber Herr Hofprediger Stöcker war? In der „Freien Zeitung" vom 8. August 1885 fand dies die Auslegung, daß ich des Meineids beschuldigt werde. Alles war starr. Ich erwog, ob ich nicht Disziplinar-Untersuchung gegen mich beantragen solle, stand aber davon ab, weil ich mich überzeugt hielt, daß dieselbe gerade zum Verderben des gegnerischen Herrn Hofpredigers ausschlagen müsse. Und um des geistlichen Amtes willen wollte ich noch immer, obschon nicht ohne große Selbstverleugnung, Schonung üben. Auch fürchtete ich, daß den Redakteur des Reichsboten, Engel, sobald ich ihn wegen Verleumdung verklagte, schwere Strafe treffen würde. Und ich wollte, indem ich ihn in diesem Falle für düpirt hielt, doch auch [illegible]onen. Aehnliches galt auch von dem düpirten Ver-

fasser des Artikels im Christlich=Sozialen Korrespondenzblatte. So ging ich wiederum den unteren Weg, zugleich um großem öffentlichem „Aergerniß“ vorzubeugen. Von dem Redakteur des „Christlich=Sozialen Korrespondenzblattes“, Aschenbrenner, sowie von dem Schreiber des betreffenden Artikels erfuhr ich, daß beide die ihnen gegenüber gemachten mündlichen Aeußerungen des Herrn Hofprediger Stöcker dahin verstanden hätten, Herr Hofprediger Stöcker habe überhaupt keinen Brief an mich geschrieben. Beide waren aufrichtig und äußerst verwundert, von mir zu hören, daß ich in dieser Prozeßsache im Ganzen vier Briefe vom Herrn Hof= und Domprediger Stöcker erhalten und dieselben beantwortet hätte. Zweifellos wird Herr Hof= und Domprediger Stöcker jegliche Verantwortung für dergleichen „Mißverständnisse“ abzulehnen wissen, denn was kann er dafür, wenn seine eigenen Werkzeuge ihn mißverstehen?

Immerhin war der Verfasser des Artikels, der Unmittelbarkeit des Eindrucks sich durchaus nicht entziehend, bereit, mir vollen Aufschluß zu geben. So erfuhr ich denn genau, wie der Artikel der christlich=sozialen Korrespondenz entstanden war und empfing über die Mosaik=Arbeit bis ins Einzelne vollkommene Klarheit. Ursprünglich war auf die Stöcker'schen Angaben hin geschrieben: der Brief existirt nur in der Phantasie des Gerichtshofes, der Herr Hofprediger Stöcker hatte aber nach Durchlesung des Manuskriptes gesagt: „Lassen Sie die Worte: „des Gerichtshofes“ lieber fort.“ In seiner „Berichtigung“ bemühte sich der Schreiber des Artikels, mir etwas wie eine persönliche Genugthuung zu geben. Auch der „Reichsbote“ brachte nach einiger Zeit eine recht klein gedruckte „Berichtigung“ an sehr verborgener Stelle, wo sogar ich sie nur schwer entdeckt habe.

Die Artikel im „Reichsboten“ und „Christlichsocialer Correspondenz“ trugen nicht die Unterschrift von Stöcker, ich hatte es nur mit den Stöcker'schen Werkzeugen Engel, Krauß und Aschenbrenner zu thun; sie wollten mir in diesem Falle als unschuldige Opfer von Stöcker erscheinen, an sie konnte ich mich nicht halten.

Interessant ist, wie Herrn Stöcker in seinem Partenkirchener Briefe es noch gar nicht einfällt, auf das Jahr 1878 und überhaupt auf das Datum Gewicht zu legen, und wie berechtigt ich war, auch auf das stenographisch fixirte mündliche Erkenntniß zu recurriren. Denn einzig darauf fußt der Partenkirchener Brief. Da steht nun nicht einmal das Wörtlein „vorher“, was an sich sowohl von den Gerichtsverhandlungen wie von den Wahlverhandlungen, abgesehen von anderen Momenten, verstanden werden könnte. In seinem Partenkirchener

Schreiben reflectirt der Herr Hofprediger nur auf den Inhalt. Ganz abgesehen von einem wirklichen oder angeblichen Datum spricht er von einem „nur in der Phantasie“ existirenden Briefe und zwar nur auf Grund des Textes des stenographischen Erkenntnisses. Die Fiction eines Phantasiebriefes sollte damals schon seine Position decken; ich weiß nicht, ob ihm diese Fiction im Sommer 1885 nicht auch schon bei der Instanz des Ev. O.-K.-Raths ihre verborgen gebliebenen Dienste gethan hat, ohne daß sich für die hohe Behörde durch etwaige Zuziehung meiner persönlichen Angaben eine stärkere Möglichkeit der Controlle Stöcker'scher Phantasiebriefäußerungen dargeboten hätte.

Den Beleidigungsartikel der „Freien Zeitung“ nicht kennend, konnte ich annehmen, Bäcker werde freigesprochen werden. Denn so stark waren die gegen den Herrn Hof- und Domprediger Stöcker sprechenden Eindrücke; auch schien der Wahrheitsbeweis gegen ihn im Wesentlichen geführt zu sein. Mit Recht ist von einem gründlichen Ethiker gesagt worden, daß die unfreundliche Beurtheilung der Handlungsweise des Herrn Hofpredigers Stöcker, über welche derselbe sich öffentlich beklage, zweifellos eine noch dunklere Schattirung angenommen haben würde, wenn der Gerichtshof von mir die Mittheilung empfangen hätte, die verlesene Stelle sei ein Theil eines um meiner Zeugenaussage willen an mich gerichteten Briefes. Jeder Frage gewärtig, hielt ich auf's Allersorgfältigste meine Schranke inne, da es sich ja nur um den Beweis des an Grüneberg gerichteten Auftrages handelte. Aus mir selbst noch mehr zu sagen, hielt ich mich, weil ich hierzu nicht verpflichtet war, auch nicht für berechtigt. Nur dann, wenn ich es sagen mußte, durfte ich es sagen, in welchen Rahmen der Satz, den ich verlas, eingerahmt war. Das war meine sittliche Auffassung. Ich hätte mir Vorwürfe gemacht, wenn ich durch irgend ein Wort über meine Zeugenpflicht hinaus die Lage des Zeugen Hofpredigers Stöcker verschlechtert hätte.

Nur dadurch, daß der Gerichtshof sammt Vertheidigern im Fragen enthaltsam war, blieb auch mir meine Enthaltsamkeit in der Aussage möglich. Was aber die Folge gewesen wäre, wenn ich alles das damals ohne Pflicht und Noth gesagt hätte, was jetzt nicht etwa die damaligen Gegner des Herrn Stöcker, sondern erst jetzt die ihm befreundete Presse an meiner damaligen Aussage scheinbar vermißt, bedarf nicht erst einer Frage. Herr Hofprediger Stöcker hätte dann einen wohl unüberwindlich schweren Stand gehabt, ich aber damals einen sehr leichten, während mir nun bei heutiger

Konstellation aus meiner damaligen bewußten [illegible] [illegible] es nur möglich wäre, von der Stöcker-Presse noch [illegible] ein schwerer Stand bereitet werden soll.

Denn was ist jetzt in den Stöcker-Blättern zu lesen? [illegible] darauf hinaus, daß ich in doloser Weise darauf ausgegangen [illegible] Dinge zu verdunkeln und im Widerspruch mit meiner Eidespflicht [illegible] Gerichtshof absichtlich irregeführt habe, um damals den Herrn Hof- und Domprediger Stöcker zu verderben. So schreibt das „Volk“ in Nr. [illegible] vom 20. März:

„Hoffentlich legt Herr Witte dies Zeugniß etwas sorgfältiger [illegible] als dasjenige im Prozeß Bäcker, in welchem er erklärte, er wolle aus christlicher Liebe gegen Stöcker einen Theil des Briefes, den er vorlas, unterdrücken, während er nach seinem Eide nichts verschweigen und nichts hinzusetzen durfte. Im Uebrigen halten wir es für durchaus ausgemacht, daß Pastor Witte vom Oberkirchenrath den vom Consistorium erhaltenen Verweis bestätigt erhalten wird. Wenn es damit für ihn abgeht, so verdankt er das der auf unserer Seite vorhandenen Gutmüthigkeit, die allerdings auch ein Ende nehmen kann, vielleicht bald ein Ende nehmen wird.“ — Und der „Reichsbote“ bringt am 24. April 1889 in Nr. [illegible] einen Artikel, betitelt:

Ebbe und Fluth.

„Das Witte'sche Chloroform hat nicht die durchgreifende Wirkung gehabt, die ihm bis gestern die liberalen Apotheker und [illegible] Geheimmittelparteiler so zuversichtlich zuschrieben. Die Mittheilungen, welche die „Kreuzzeitung“ „zur Steuer der Wahrheit“ brachte . . . haben den besten Theil seiner Betäubungs-Wirkung zerstört und seine [illegible] mit einem scharfen Luftzuge zertheilt . . . .

Sodann wird im „Reichsboten“ ein Auszug mitgetheilt aus den Aeußerungen eines Berliner Correspondenten „als eines einzigen weißen Raben in der Krähenschaar“: „ein Mißverständniß des Gerichts [illegible] mitgewirkt, das Herrn Stöcker als einen ränkesüchtigen Priester erscheinen ließ“ . . .

Der „Reichsbote“ fährt mit eigenen Worten folgendermaßen fort: „Das ist ja eben der Punkt, der von Witte zur Unterlage seiner [illegible] der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten Angriffe gemacht wird [illegible] dem Stöcker trotz aller ungeheuerlichen Enthüllungen in der Presse [illegible] der Abgeordnete Meyer giebt im Augenblick in der „Breslauer [illegible]“ Beiträge, die weder seinem Herzen noch seinem Verstande Ehre machen — das unanfechtbare Recht auf seiner Seite hat. Man scheint [illegible] auf stöckerfeindlicher Seite einzusehen, daß man sich in [illegible] Haß abermals in eine Sackgasse verlaufen hat.“ —

In gleichem Geleise bewegt es sich leider, wenn Herr [illegible] [illegible] mich „von Hintermännern [illegible]“ [illegible]*).

---

*) [illegible]

Es ist absolut nichtig, unredlich und verwerflich, aus jenem wirklichen oder vermeintlichen Irrthum des Gerichtshofes in der Datirung eine Verschlechterung der Lage des Herrn Hofprediger Stöcker herzuleiten und mich für diese jenem „Irrthum" angelogene Wirkung verantwortlich zu machen.

Auf diesen unheimlich verstandeswidrigen und wahrheitswidrigen Punkt in den Stöcker'schen Deductionen und Denunciationen habe ich denn doch hierdurch einmal den Finger legen müssen.

In Wahrheit ist der Unterschied der beiden authentischen Lesarten des gerichtlichen Erkenntnisses ein gleichgültiges und nur ein Beweis, daß dem Gerichtshofe das Datum gleichgültig war und es ihm dagegen nur auf eine ethische Analyse des Stöcker'schen Briefes in Verbindung mit dem Auftrage an Grüneberg und der zeugeneidlichen Aussage desselben ankam. Dabei giebt der Gerichtshof nicht einmal die volle Schärfe Stöcker'scher Ausdrücke wieder.

Auf das Betonen des Datums ist man erst später und zwar zunächst im Interesse des Rückzugs verfallen. Das Ueberspringen auf den Text des schriftlichen Erkenntnisses, die Zuhülfenahme eines angeblichen Datums, die eigenen Zusatzworte: „nämlich vor den Reichstagswahlen des Jahres 1878" unter Erweckung des Scheins, als ob sie mit zum Wortlaut des Erkenntnisses gehörten, bilden neue Stationen zur Gewinnung eines angeblichen „Phantasiebriefs".

---

worden, daß meine Erklärung vom 4. Januar nicht mit der Wahrheit übereinstimme. Es ist verwunderlich, daß er solche Behauptung nicht alsbald nach meiner ersten Erklärung vom 12. Januar oder in der vorausgegangenen Correspondenz versucht hat. Er hat seine Behauptung erst gewagt während noch schwebenden Verfahrens, nachdem inzwischen der Ev. Oberkirchenrath mich vor Wiederholung von Zeitungs-Publikationen gegen Herrn Stöcker gewarnt hat. Ob er es daher wegen oder trotz meiner partiellen Wehrlosigkeit gethan hat, möge der Leser beurtheilen.

Durch obigen Satz aber straft er im Voraus seine nachträgliche Insinuation selbst unbewußt als eine kurzbeinige, da er in dem Briefe vom 6. Januar eine Anerkennung seiner Gründe erst als Frucht und Folge seines Schreibens vom 6. Januar erwartet und ausdrücklich bemerkt, daß nach seiner Darlegung ich etwas anerkennen werde, dessen Anerkennung er wünschte.

Freilich, wer ein gerichtliches Erkenntniß mit seinem Wortlaut so erfolgreich in seine Privatpflege zu nehmen weiß, wird auch, was Privatgespräche betrifft, selbst durch den stärksten Subjectivismus seiner Erinnerungen nicht mehr in Staunen setzen.

Von ähnlichem Werth ist es, wenn er dem Stoff seiner Argumente dadurch zu Hülfe gekommen ist, daß er meine Erklärung dem Herrn Hof- und Domprediger Stöcker bereits vor meiner ersten wirklichen Veröffentlichung als vermeintliches Anklagematerial übergeben hat. Der Vfr.

Der Rückzug auf's Datum, so klug wie er aussieht, so thöricht ist er, schon weil er so unlauter ist. Der Schein soll erweckt werden, als ob es sich um einen feststehenden und zu Ungunsten Stöcker's verhängnißvoll gewordenen Irrthum des Gerichtshofes gehandelt habe. Das Gegentheil ist wahr.

Herr Hof- und Domprediger Stöcker würde den Seinen während der Gerichtsverhandlungen eine derartige Taktik gewiß nicht gestattet haben. Schon als Augen- und Ohrenzeuge meines Zeugnisses hätte er sich auch nachträglich hüten sollen, aus einem Briefe seiner Phantasie Schein-Argumente für sich und angebliche Waffen gegen mich hernehmen zu lassen.

* * *

Der Leser, der bisher meiner Darlegung gefolgt ist, fragt sich vermuthlich, wie die Dinge sich so haben gestalten und zuspitzen können. Die andauernd unfreundliche Gesinnung des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker will eben auf ihre Wurzelfasern geprüft sein.

Es war in der letzten Woche des Jahres 1877, als eines Tages im Auftrage von Hofprediger Stöcker der frühere Socialdemokrat Schneider Grüneberg zu mir kam. Der Verein für Socialreform habe, so sagte er, für den 3. Januar eine Versammlung im Eiskeller-Etablissement behufs Gründung einer christlich-socialen Arbeiterpartei geplant. Ich persönlich sei sammt unserm christlichen Männerverein „Concordia" durch ihn von Herrn Hofprediger Stöcker als den eigentlich Einladenden eingeladen, dort zu erscheinen, wie denn aus ganz Berlin die Mitglieder ähnlicher Vereine eingeladen würden. Es war eben ein Aufgebot von Personen, welche für Gesinnungsgenossen gehalten wurden, im Werke, um den zu erwartenden socialdemokratischen Gästen als eine stärkere Macht gegenüberzustehen. Ich lehnte die Einladung höflich und bestimmt ab. Als Referent für die neue Partei-Gründung war Herr Schneider Grüneberg bestellt, wie denn derselbe mit Herrn Hofprediger Stöcker sich als Mitbegründer der christlich-socialen Arbeiter-Partei allerdings ansehen darf. Derartiges aber darf man überhaupt nicht gründen und nicht gründen wollen. Derartiges muß unbeabsichtigt entstehen und erwachsen. Werden muß es, aber nicht gemacht werden. Wird etwas, so fällt es dem, unter dem und um den es wird, ganz wider eigenes Erwarten in den Schooß.

Die an jenem Abend gegründete christlich-sociale Arbeiter-Partei hat bekanntlich nur ein Alter von etwa zwei Jahren erreicht, dann ihren spezifischen Charakter und Namen abstreifend und seitdem umgewandelt in eine christlich-sociale Partei. Ursprünglich sollte es eben eine Arbeiter-Partei im Sinne eines mehr oder minder noch gährenden christlichen Socialismus sein. Keiner, kein Pastor und auch kein Hofprediger sollte sich mit dem Plan einer solchen Gründung tragen und von Außen her an die Ausführung eines selbsterwählten Mandats sich heranmachen. Selbst wenn in irgend einem Sinne eine äußerliche Legitimation oder Licenz ertheilt wäre, es wäre kein Ersatz für den Mangel einer inneren Legitimation.

Die Versammlung verlief bekanntlich kläglich. Nur hat sehr schädlich die Legende eingewirkt, welche alsbald sich an diesen Abend geknüpft hat. Es war das Werk der Legendenbildung, welches namentlich in der Redaction des „Reichsboten" recht ungenirt betrieben ward und bei welcher die mit Herz und Hand von Herrn Hofprediger Stöcker beeinflußte „Neue Evangelische Kirchenzeitung" eine fleißige Mitarbeiterin war und blieb. Diese Legendenbildung ist darum so sehr zu beklagen, weil eine ganze Schaar redlicher Menschen hierdurch ganz und gar unfähig gemacht wurde, die Wirklichkeit der Verhältnisse kennen zu lernen. Da hieß es mit Bezug auf den Gründungs-Abend, zum ersten Male sei in Hofprediger Stöcker ein Geistlicher in eine „socialdemokratische Versammlung" gegangen, und es war und ist dies eine Legende, durch welche die Sympathien so vieler ritterlich Gesinnten ohne Grund für einen vermeintlichen Helden geweckt sind. Es war keine „socialdemokratische Versammlung", sondern eine Stöcker'sche Versammlung, und nicht war Herr Stöcker in eine socialdemokratische Versammlung, sondern Socialdemokraten waren in eine Stöcker'sche Versammlung gegangen; wirklicher Muth von Seiten des Herrn Hofpredigers war nicht erforderlich. Es konnte dem Herrn Hofprediger, höchst und allseitig wie er geschützt war, kein Uebel widerfahren, auch kaum irgend eine aufhaltende behördliche Intervention. Aber die thatsächliche, objective Verantwortlichkeit war allerdings groß. Der, milde gesagt, negative Erfolg jenes Abends war eine gereizte socialdemokratische Resolution, und dennoch sagte Stöcker nachher: er habe „einen Husarenritt" machen, oder habe „den Stier bei den Hörnern fassen wollen". Der Werth dieses Wollens bleibe dahingestellt, aber das Vollbringen hat ausbleiben müssen. Herr Hofprediger Stöcker meinte, die Begründung einer christlich-socialen Arbeiter-Partei sei das einfachste und wirksamste Mittel,

die Socialdemokratie zu bekämpfen, und bedachte nicht hinlänglich den Revers der Medaille. War es nicht zu besorgen, daß Mißgriffe gerade eines **Hofpredigers** irgendwie zurückprallen könnten auf das Kaiserliche Haupt, eines Hofpredigers, der für die Kreise, auf welche er wirken wollte, nichts für sich hatte als die Proclamation des guten Willens? Die Stellung eines Hofpredigers gilt als solche für fromme, königstreue Christenleute, was patriotische Anregungen betrifft, gewiß eine besonders *empfehlende*. Aber selbst unter den bestbegründeten *persönlichen Voraussetzungen* ist ein *Hofprediger* als solcher noch nicht etwa der geborene *Vertrauensmann* auch für die Anhänger einer der Religion und der Königstreue entfremdeten religiös-politischen Richtung, wie solche sich in der *Socialdemokratie* darstellt. Während es in der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung", *einem wesentlich Stöcker'schen Organ*, sehr bald und wiederholt hieß, daß die Socialdemokratie um seines Auftretens willen *sich fürchte* und daß die Agitatoren es fühlten, *das Heft nicht mehr ganz fest in der Hand zu haben*, wuchs die Socialdemokratie *zusehends*. Wir hatten darauf einen durchaus unglückseligen Sommer. Besser wäre die „ungeheure Aufregung" in den Arbeiterkreisen, welche die „Neue Evangelische Kirchenzeitung" damals auszumalen wußte, für Kaiser und Reich, König und Volk erspart geblieben. Dazu war ein „Impuls ungewöhnlicher Art" durch die vaterländischen Unglücksfälle gegeben! Nie habe unser Volk, so hieß es Angesichts der damaligen Wahlen, vor einer größeren Entscheidung gestanden, und das war richtig. Man klagte, daß man auf conservativer Seite*) der jungen, gährenden, gemischten Partei kein Vertrauen schenke, noch sei es für die christlich-socialen Arbeiter-Parteien nicht möglich gewesen, mit den Con-

*) In Uebereinstimmung mit meinem prinzipiellen Standpunkte habe ich mich zwar thunlichst persönlich zurückgehalten, nur daß ich eine friedliche und versöhnliche Zusammenfassung aller Volkskräfte stets zu fördern gesucht habe. Wie ich von jeher über das Verhältniß der konservativen Sache zur christlich-sozialen Arbeiter-Partei und ihrem Programm gestanden habe und heute noch stehe, geht auch aus folgendem Vereinsparagraphen hervor, welcher aus meiner Feder geflossen, meinerseits in großer Versammlung des Jahres 1878 öffentlich, auch im *Unterschied zu jener Bewegung erläutert und daraufhin einmüthig angenommen worden ist.* Dieser Paragraph Nr 1 ist seitdem als erster und grundlagernder auch in den Statuten der konservativen Bürgervereine von Berlin aufgenommen worden und lautet: „Zweck des Vereins ist, alle patriotischen Männer des . . . Wahlkreises in sich zu vereinigen, welche darnach streben, auf der *Grundlage der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, insbesondere eines starken Königthums das Wohl und Gedeihen der Gesammtheit des Volkes auf allen Gebieten gleichmäßig zu pflegen.*"

servativen zusammenzugehen, traute sich aber die Absplitterung so vieler Glieder der Socialdemokratie zu, daß diese Partei nicht siege. Gleichzeitig wurde den Deutsch-Conservativen als ihre angeblich heiligste Aufgabe die Befreiung der Kirche vom Staate zu jener Zeit vorgehalten.*) Was war das Sommer-Resultat? Die Conservativen und Regierungsfreundlichen hatten in Berlin 12,994**), die Christlich-Socialen 1422 Stimmen und die Socialdemokraten waren vom Vorjahre 1877 mit 35,000 Stimmen im Sommer 1878 auf 55,933 Stimmen gestiegen. Nachher hieß es in der Neuen Evangelischen Kirchenzeitung, so sei es vorauszusehen gewesen, die Christlich-Socialen hätten, kaum entstanden, in die Wahl eintreten müssen und, so zu sagen, die erste Musterung ihrer Kräfte gehalten. Die Conservativen aber im 6. Wahlkreise hielten sich von der Wahl bei der Verwirrung großentheils fern, nur daß sie durch Aufstellung einer besonderen Candidatur ihr treues Festhalten an der alten Fahne bekundeten. Ohne das unnöthige, verfehlte und schädliche Zwischeneintreten der drei christlich-socialen Arbeiter-Partei-Candidaturen Stöcker, Grüneberg, Bernsdorf würde ein versöhnliches Zusammenwirken weiter Kreise sehr erleichtert gewesen sein, und Berlin eine sehr andere Physiognomie dem wahren Volksfreunde dargeboten haben.

*) Das was Manche in jenem Lager „Befreiung“ nennen, würde, wenn Diese und Jene noch mehr frei schalten könnte, eher eine Knechtung werden. Die Gefahr ist vorhanden, daß die Verwirklichung jener Pläne die Bedeutung eines Eingriffs in die Gewissensfreiheit, sowohl in die fürstliche wie in die Gewissensfreiheit des Volkes gewinnen würde, und zwar unter Erzeugung eines vaterländisch-schädlichen Particularismus bezw. unter Beeinträchtigung des ökumenischen Charakters der Kirche.

Die Kirche ist kein Schachbrett oder Aehnliches, sondern ein weites ökumenisches Ackerfeld, auf welchem der Sonnenschein der Wahrheit Gottes nicht durch Schlagbäume abgegrenzt werden darf. — Oft genug ist der „Staat“ frömmer gewesen als die „Kirche“ und das Bedürfniß hervorgetreten, daß die Kirche von der „Kirche“ befreit werde. Hat nicht oft genug die Kirche im Laufe der Geschichte, auch Preußens, vor der „Kirche“ geschützt werden müssen?

**) Ein Vergleich der Zahlen lehrt, wie wenig die christlich-soziale Arbeiter-Partei zu einem selbstständigen Auftreten in so ernster Zeit berechtigt war und wie die Conservativen auch nicht einmal durch die Stellung eines Hofpredigers in's Schlepptau seiner Partei sich nehmen lassen mochten.

Um so mehr war es geboten, daß ich, gefragt, nicht nur als Conservativer, sondern auch als Pfarrer einer eben alle Stände umfassenden Gemeinde auch jedem Scheine einer Solidarität mit der gährenden jungen Partei aus dem Wege ging und für das Festhalten an dem bisher Erprobten und Bewährten an meinem Theile eintrat.

Es ist leider gekommen, wie vorauszusehen war, aber die Stimme der Thatsachen wurde durch das Getöse einer lauten Reclame für die christlich-sociale Arbeiter-Partei und für ihren Führer, Herrn Hofprediger Stöcker übertönt.

Nun erschien er den Seinen je länger je mehr wie in einem providentiellen Lichte, während bei seinen vielen Mißerfolgen die Bescheidenheit Johannes des Täufers eher am Platze gewesen wäre.

Daß Herr Stöcker eine mehr als gewöhnliche Begabung und Arbeitskraft besitzt, habe ich stets neidlos anerkannt, doch habe ich mich andererseits auch niemals darüber getäuscht, daß die Art und Weise, wie er seine „christlichen" Bestrebungen betreibt, auch abgesehen von den Schatten, die dabei auf seine Person gefallen sind, eine bedenkliche und zweischneidige ist.

Es ist kein unbegründeter Vorwurf, daß seine „christlich-sociale" Thätigkeit je länger desto mehr den Charakter und gleichzeitig den Beigeschmack einer politisch einseitigen Agitation angenommen hat, daß er die Postulate des Christenthums und einer bestimmten politischen Partei mit einander verwechselt, daß sich damit der politische Partei-Gegensatz zu einem Gegensatz gegen Christenthum und Kirche verbreitert und vertieft hat, daß deßhalb auch die „innere Mission" des Führers der christlich-socialen Partei vielseitig mit Mißtrauen betrachtet wird, und daß der Herr Hof- und Domprediger Stöcker den politischen Conflict unter christlicher Firma auch in die einzelnen Gemeinden trägt und dort Unfrieden säet.

Seine nachhaltigen Leistungen sind deßhalb auch mehr als unbedeutend; ich glaube nicht, daß er deßhalb auch nur ein Dutzend S o c i a l d e m o k r a t e n e r n s t h a f t b e k e h r t h a t, während er vielmehr mit den Heuchlern und Mantelträgern selbst die bedenklichsten Erfahrungen gemacht hat. Dabei läßt die Statistik keinen Zweifel darüber, daß die Zahl der socialistischen Stimmen in stetigem Zunehmen, und die Feindschaft gegen Christenthum und Kirche im Wachsen begriffen ist, was sich unter anderem seit jener „Eiskellerversammlung" i. J. 1878 auch in der sofortigen Steigerung der formellen Austritte aus der Kirche und der zunehmenden Gleichgültigkeit gegen die kirchlichen Handlungen manifestirte.

Außerdem ist es die unabweisliche Consequenz, daß Jemand, der im Namen des Christenthums und der Kirche als Agitator einer

bestimmten Partei auftritt, nicht allein alle anderen Parteien gegen sich verbindet, sondern diesen kompakten Gegensatz auch auf Christenthum und Kirche ausdehnt.

* * * *

Es bedarf aber noch der Aufklärung, warum Herr Hofprediger Stöcker seinen damaligen Vertrauten und Generalstabschef, den Schneidermeister Grüneberg gerade zu mir schickte, und warum von vielen Seiten immer und immer wieder, wenn auch erfolglos, Aufforderung an mich erging, mich der Stöcker'schen Agitation anzuschließen, und warum nach Seite 13 der Prozeß-Broschüre gerade während der Verhandlungen Rechtsanwalt Munkel an mich die Frage stellt, ob ich schon vor Hofprediger Stöcker eine christlich-sociale Bewegung ins Leben gerufen habe. Dieses klarzulegen, folge die Antwort, wie sie in dem stenographischen Bericht des Prozesses Stöcker-Bäcker enthalten ist:

P. Witte: „Das, was ich gethan, kann ich nicht mit dem Namen „christlich-sociale Bewegung" bezeichnen. Ich bin ein Conservativer. Ich bin nie darauf ausgegangen, eine politische Führung zu übernehmen, wohl aber habe ich in die öffentlichen Angelegenheiten vom Standpunkt meines Amtes und meiner Erfahrung aus lebhaft eingegriffen. Durch das tägliche Klingeln der Nothleidenden in meiner Wohnung, durch den Verkehr mit kundigen Industriellen, wie Herr Fabrikbesitzer Hoppe, durch das Studium auch der Zollfragen, war ich veranlaßt, mit Gesinnungsgenossen im October 1876 eine Wahlversammlung in die Norddeutsche Brauerei zu berufen. In dieser sollte die Wahl solcher Männer zu Abgeordneten vorbereitet werden, welche ein „offenes Auge und warmes Herz für die Bedürfnisse des Volkes" hätten. Zu dieser Versammlung erschien auch eine Anzahl von Sozial-Democraten. Die Folge war, daß ich wiederholt Einladungen in wirkliche socialdemokratische Versammlungen erhielt. Ich folgte einer solchen Einladung, nicht sowohl als Politiker, sondern als Hirt der Heerde, im Bereich der eigenen Gemeinde, der nicht fliehen durfte, als der Wolf kam. Ich habe da dem Reichstags-Abgeordneten Most, diesem Riesen Goliath im Lästern, gegenübergestanden, bin viermal auf die Tribüne getreten, und ist die große Versammlung, anfänglich sturmbewegt, still wie aus der Kirche nach Hause gegangen. Auch ein Brief von mir, den ich in eine spätere socialdemokratische Versammlung gesandt, ist in derselben vorgelesen und mit Ehrerbietung von ihr aufgenommen worden."

* * *

Es war gegen Ende des Jahres 1885, da erschien eines Tages die Broschüre des Universitäts-Professors D. Dr. Hermann L. Strack, betitelt:

Herr Adolf Stöcker,

christliche Liebe und Wahrhaftigkeit.

In dieser Broschüre lesen wir auf S. 96 ff.:

„Die am 3. Januar 1878 im „Eiskeller“ veranstaltete Versammlung wird jetzt als Geburtstag der christlich-socialen Partei gefeiert. Einige Tage später sah Hr. P.* den Redakteur Hrn. Pastor a. D. Engel und sagte zu ihm: „Da steht ja im „Reichsboten“ ein Artikel über die „Eiskeller-Versammlung“. Den Artikel haben Sie nicht geschrieben“. „„Doch; ich habe ihn geschrieben.““ „Nein“. „„Doch““. „Nein, Sie können ihn nicht geschrieben haben“. „„Ich habe ihn wohl geschrieben““. „Nein. Sie werden sich nicht selber desavouieren. Sie haben doch früher im „Reichsboten“ anders geurteilt.“ „„Nun, ich will es Ihnen gestehen: Der Artikel ist von Hrn. Hofpred. Stöcker““. Bald darauf besuchte Hr. P. Hrn. Stöcker. Da fing dieser an von der Versammlung zu reden, wollte Hrn. P. belehren, wie es bei solchen Versammlungen zugehe, und sagte im Verlaufe des Gesprächs: „Ich habe den Artikel im „Reichsboten“ nicht geschrieben“. Hr. P. schwieg dazu, weil er zwischen Hrn. Engel und Hrn. Stöcker keine Veruneinigung veranlassen wollte.“

Mit Bezug auf Vorstehendes gestehe ich offen, daß es mir lieber gewesen wäre, wenn Professor Strack ohne Weiteres meinen Namen genannt hätte. Doch sage ich dies nicht im Sinne eines Vorwurfes, indem ich nicht zweifle, daß in bester, wohlmeinendster Absicht so und nicht anders verfahren ist.

Interessant und lehrreich ist es, daß Herr Engel vom „Reichsboten“ und Herr Stöcker in dieser sie beide so sehr angehenden Angelegenheit monatelang nicht mit einander zu reden gewagt haben. Erwägt man hierbei, daß Herr Hofprediger Stöcker diese Angelegenheit für die wichtigste und bedenklichste erklärt hat aus der ganzen Professor Strack'schen Broschüre, so wird diese Vermeidung eines Gedanken-Austausches über eine solche Sache zwischen zwei doch so eng verbundenen Männern nur noch lehrreicher und führt auf die richtigen Spuren.

Ein junger westfälischer Geistlicher hatte schon etwa im Februar 1886 mit Herrn Hofprediger Stöcker diesen Passus nicht ober-

flächlich besprochen. Beide Herren — nämlich Redacteur Engel und Hofprediger Stöcker — hatten es vorgezogen, wie vor einander, so auch Herrn Professor Strack und mir gegenüber von der Sache zu schweigen, bis im Juni 1886 mit einer gewissen nachträglichen Hast Herr Hofprediger Stöcker bei Gelegenheit der vereinigten Kreissynoden, und zwar während der Verhandlungen mich interpellirte. Ich erwiderte ihm in Bezug auf die Strack'sche Mittheilung, daß ich von Engel s. Z. das Betreffende „mit rechtem Schmerz und tiefem Leid vernommen habe". Auf seinen Wunsch, ich möge einmal mit Herrn Pastor Engel reden, erklärte ich mich unbedenklich bereit. Mit verwunderlicher Eile interpellirte mich derselbe Herr Hofprediger Stöcker, der ungefähr ein halbes Jahr bis dahin gezögert hatte, sofort am anderen Synodaltage aufs Neue. Wiederholt wies ich darauf hin, daß meine Amtspflichten meine Zeit sehr in Anspruch nähmen; außerdem sollte ich an einem der nächsten Tage die Begräbnißfeier des Pfarrers S. zu Berlin leiten, sodann in Lübeck eine Festpredigt halten u. s. w. Außerdem war es in meinen Augen hochnöthig, den Sinn und das Ergebniß einer Unterredung mit Herrn Engel vor jeglichem Mißverständniß sicher zu stellen. Denn es harrte meiner die schwere Aufgabe, Herrn Engel, dessen endgültigen Aussagen in einer langdauernden ernsten Unterredung im Januar 1878 ich ja Glauben geschenkt hatte, für die Initiative zu gewinnen, sich mit Herrn Hofprediger über die bis dahin unter ihnen erstaunlicherweise unerörtert gelassene Angelegenheit zu verständigen. Da kam eines Tages eine offene Postkarte an mich, ohne Datum und ohne Anrede. Der Wortlaut war folgender:

„Darf ich Sie noch einmal daran erinnern, die besprochene Sache in Ordnung zu bringen? Ihnen muß doch mehr daran liegen wie mir. Mit Pf. Engel habe ich unser Gespräch auf der Stadtsynode besprochen. Er wartet auf Sie und wird die Angelegenheit so objectiv wie möglich erledigen. Ich reise heute Nacht nach Partenkirchen, Oberbayern; da treffen mich auch Briefe.

Hofprediger Stöcker."

Darauf antwortete ich ihm:

„Berlin, den 6. Juli 1886.

Ew. Hochwürden

unterlasse ich nicht auf Ihre mir gestern gewordene Mittheilung, welche ich allerdings lieber in einem verschlossenen Briefe erhalten haben würde, ganz ergebenst zu erwidern, daß ich gewohnt bin, meine Zusagen

zu erfüllen, und daß ich daher auch keiner Erinnerung bedurft habe. Im Gegentheil hat Ihre Erinnerung und die Form derselben das Bedenken in mir angeregt, ob es für mich räthlich wäre, ohne Zeugen in der Sache weiter zu verhandeln. Es widerspricht sowohl den Thatsachen wie unserer Besprechung, daß ich den Besuch bei Herrn Pastor Engel in meinem Interesse machen sollte und ich muß daher auch diesen Besuch so lange sistiren, bis Ew. Hochwürden die Güte gehabt haben, Sich deutlicher darüber auszusprechen, was ich eigentlich nach Ihrer Meinung mit Herrn Pastor Engel verhandeln und was dieser möglichst objektiv darstellen soll. Ihrer gefälligen Rückäußerung entgegensehend, verharrt hochachtungsvoll ergebenst

C. Witte, Pfarrer."

Hieran schloß sich nun folgender Briefwechsel:

„Berlin, den 8. Juli 1886.
(Poststempel zeigt Partenkirchen 9./7.)

Ew. Hochwürden

hatten versprochen, zu Pf. Engel hinzugehen. Darüber waren 14 Tage hingegangen — für eine solche Sache eine recht lange Zeit! — und Sie hatten Ihr Versprechen noch nicht erfüllt. Deshalb die Erinnerung, die Sie freundlich aufnehmen wollen. Was ich von Ihnen fordern muß, ist doch recht selbstverständlich. Sie haben durch eine über mich ausgesprochene Unwahrheit dem Professor Strack die Unterlage zu einer schmachvollen und unbegründeten Beleidigung gegeben. Mir persönlich ist die alberne Schrift von Strack völlig gleichgiltig. Aber es liegt in Ihrem Interesse als Christ und Geistlicher, eine Ehrenkränkung, die Sie verschuldet haben, gut zu machen. Denn in der ganzen Spreu des Strack'schen Urkundensammelsuriums ist die Geschichte mit Ihnen das Einzige, das, wenn es wahr wäre, mich wirklich verklagen könnte.

Ich erwarte demnach von Ihnen, daß, wenn Sie Pf. Engel gefragt haben werden, Sie eine Erklärung veröffentlichen, daß es Ihnen leid thue, aus Irrthum — oder Mißverständniß oder wie Sie wollen; nehmen Sie das mildeste Wort! — dem Professor Strack Veranlassung gegeben zu haben, über mich eine Unwahrheit zu berichten.

Ob Sie mit Pfarrer Engel vor Zeugen oder ohne Zeugen verhandeln, ist mir gleich.

Indem ich zum Schluß Ihnen meinen Schmerz ausspreche, daß ein gläubiger Geistlicher, ein Gesinnungsgenosse und Mitkämpfer in dem Streit gegen Satan und sein Heer, sich dazu hergiebt, Leuten wie Strack Waffen der Unwahrheit gegen mich in die Hände zu liefern, bin ich in amtsbrüderlicher Hochschätzung

Ihr

Stöcker."

Antwort.

„Berlin, den 14. Juli 1886.

Ew. Hochwürden

verfehle ich nicht, auf die verehrliche Zuschrift vom 8. Juli, erhalten 11. Juli, ganz ergebenst zu erwidern, daß es allerdings mein ernster Wille war, dem Herrn Pastor Engel in der fraglichen Angelegenheit meinen Besuch zu machen, daß ich aber nach Empfang Ihrer Karte und noch mehr Ihres letzten Schreibens von dieser meiner Absicht zu meinem Bedauern habe zurücktreten müssen. Mein Zweck bei jenem Besuche konnte kein anderer sein, als eine Ausgleichung der widersprechenden Erklärungen zwischen Ew. Hochwürden und Herrn Pastor Engel zu versuchen, während in Ihrer Behandlung neuerdings die unverkennbare Absicht hervortritt, mich als den schuldigen Theil erscheinen zu lassen und der Sache die Färbung zu geben, als wäre ich es, der es mit der Wahrheit nicht allzu genau genommen und der deßhalb das Bedürfniß habe, seinen Irrthum privatim und öffentlich zu berichtigen.

Mein Gedächtniß ist mir sehr treu, und ich weiß genau, was mir gesagt worden ist. Ich habe deßhalb auch nicht das Bedürfniß, mich näher zu informiren, und keine Veranlassung, den, wie ich annehmen muß, jetzt aussichtslosen Versuch zu machen, Herrn Pastor Engel und Sie in Einklang zu setzen.

Ich bin mir bewußt, Ew. Hochwürden gegenüber in der Selbstverleugnung so weit gegangen zu sein, als es ohne Beschädigung meiner eigenen Persönlichkeit möglich ist, und diese Grenze gedenke ich nicht zu überschreiten.

Hochachtungsvoll und ergebenst

C. Witte, Pfarrer."

Nun trat im Unterschied von der anfänglichen Eile wieder eine Pause ein, bis als Frucht einer Correspondenz zwischen den Herren Stöcker und Engel noch ein letztes Lebenszeichen an mich einging mittels nachfolgenden Schreibens des Herrn Engel vom Reichsboten:

„Berlin, den 11. August 1886.

Sehr geehrter Herr!

Wie ich aus Ihrem an H. Hofprediger Stöcker geschriebenen und von diesem mir dieser Tage zur Kenntnißnahme mitgetheilten Briefe vom 14. v. M. ersehen habe, sind Sie der Herr P., welcher dem Professor Strack das Geschichtchen erzählt hat, welches derselbe auf Seite 96 ff. seiner gegen Stöcker gerichteten Schrift mittheilt, welche die in dem Titel kundgegebene Tendenz hat, Stöcker (und auch mich) vor der Oeffentlichkeit als un=

wahren Menschen hinzustellen. Oeffentlich gegen diese Schmähschrift zu reagiren und die zahllosen Unrichtigkeiten, Verdächtigungen, Entstellungen und Mißverständnisse, welche dieselbe in Bezug auf mich und den „Reichsboten" enthält, zu berichtigen und mich gegen solche Schmähung zu vertheidigen, verbietet mir meine Ehre; überdies widerstrebt es mir auch, mich selbst zu rächen! —

Ihnen aber wollte ich nunmehr, um den Hofprediger Stöcker von dem Verdacht, als hätte er Ihnen eine Unwahrheit gesagt, zu reinigen, die Versicherung nicht vorenthalten, daß ich in der That jenen Artikel in Nr. 4 des „Reichsboten" vom 5. Januar 1878, welchen Sie bei Ihrer Erzählung im Auge haben, selbst geschrieben habe und daß Stöcker dabei genau ebenso unbetheiligt gewesen ist, wie Sie selbst. Stöcker steht überhaupt zu dem „Reichsboten" in keiner anderen Beziehung, als jeder andere Abonnent des Blattes; er hat keinerlei Einfluß oder Einwirkung auf den „Reichsboten". — Der von Ihnen erzählten Unterredung, welche Sie mit mir vor acht Jahren gehabt haben wollen, kann ich mich in keiner Weise mehr entsinnen, aber das weiß ich ganz bestimmt, daß ich nicht lüge! Und wenn ich Ihnen, wie Sie erzählten, zweimal die Versicherung gegeben hatte, ich hätte den Artikel geschrieben und Sie mir trotzdem nicht glaubten, so kann eine dritte, wie Sie behaupten, abweichende Antwort jedenfalls nur in dem Sinne gegeben sein, wie man eben Jemandem antwortet, der einem auf eine zuverlässige Versicherung nicht glaubt, aber keineswegs in ernsthafter Weise. Ich kann mich aber, wie gesagt, der ganzen Unterredung und ihres Wortlautes überhaupt nicht mehr entsinnen. Auf's Schmerzlichste aber muß ich bedauern, daß Sie dadurch, daß Sie dem Professor Strack die Erlaubniß zur Veröffentlichung dieser Erzählung in seiner polemischen Tendenzschrift gegeben, mitgewirkt haben, Stöcker und mich vor der Oeffentlichkeit als Lügner zu brandmarken.

Ergebenst

Engel."

Dieser Brief war einer Antwort weder bedürftig noch würdig. Es genügt, aus diesen Auslassungen als eine für Herrn Engel allein noch übrig bleibenden Ausflucht die kaum freiwillige Selbstanklage zu entnehmen, daß er die Möglichkeit zugab, sowohl mit Herrn Hofprediger Stöcker als auch mit mir ein unerlaubtes Spiel getrieben zu haben. So ist denn diese Sache für mich selbst dadurch erledigt, daß ich ohnehin weiß, was jeder dieser beiden Herren mir gesagt hat und daß ich es dagegen jenen beiden Herren überlassen muß, über die Differenz ihrer Auslassungen mit einem für beide Theile befriedigenden Erfolge sich zu verständigen und zu einigen.

* * *

Aus allem Vorstehenden ist klar zu sehen, warum Herr Hof- und Domprediger Stöcker mir gegenüber in seinem Gewissen afficirt sein mußte und mich darum verfolgte und verletzte, wo er immer nur konnte. Im Laufe des letzten Jahrzehntes hat er mir wiederholt Steine in den Weg geworfen, aber immer so geschickt und so vorsichtig, und bei solchen Gelegenheiten, daß es mir nicht gelingen wollte, eine greifbare Handhabe für meine Rechtfertigung zu gewinnen. Um so weniger durfte ich nun zu dem jüngsten Angriffe schweigen, zumal derselbe von mir durch nichts provocirt war und der ganz unbestimmte Hinweis, daß Herr Hof- und Domprediger Stöcker die Sache bereits dem Königlichen Konsistorium „unterbreitet" habe, vielfach auch in Kreisen, an deren Achtung mir gelegen ist, dahin verstanden wurde, daß ich von meiner vorgesetzten Behörde bereits als der schuldige Theil angesehen und behandelt würde.

Das Königliche Konsistorium hatte nach Prüfung der Sachlage, den Antrag des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker, mich in Disciplinar-Untersuchung zu nehmen, abgewiesen. Dies verhinderte nicht, daß in Stöckerblättern gemeldet wurde, das Königliche Consistorium habe mir einen Verweis ertheilt.

Wie aber stand es in Wirklichkeit?

Herr Hof- und Domprediger Stöcker hatte mich verleumdet, verfolgt und verklagt. Jene bekannte Insinuation hinsichtlich der Verleihung des Titels eines Geh. Commerzienrathes und die sich daran knüpfende Entgegennahme von Geschenken war moralisch um so bedenklicher, als Herr Hof- und Domprediger hatte zugestehen müssen, daß der große Industrielle, Commerzienrath Wollheim, um den es sich handelte, *nicht etwa an mich, sondern an ihn selbst für den unter seiner Leitung stehenden Oberlin-Verein ein Pianino geschenkt, und daß der Herr Hofprediger ihm dafür bestens gedankt hatte.*

Selbst durch diese tief kränkende und man darf wohl sagen, raffinirte Verleumdung, hatte ich mich nicht dazu verleiten lassen, Vergeltung zu üben, war vielmehr der näheren Erörterung dieser Angelegenheit ausgewichen, dadurch, daß ich jene Erklärung abgab, nach welcher wir uns brüderlich verständigt hatten.

Gewiß durfte ich erwarten, daß, abgesehen von allen anderen Motiven, schon die gewöhnliche Lebensklugheit den Herrn Hof- und Domprediger Stöcker veranlassen würde, möglichst wenig an dieser Sache zu

[illegible] und namentlich in der weiteren Behandlung [illegible] aus dem Spiele zu lassen. Leider trat jedoch das [illegible] allein, daß, wie mir bei verschiedenen Gelegenheiten [illegible] Seiten glaubhaft mitgetheilt wurde, der Herr Hof- und [illegible] Stöcker eifrigst bemüht blieb, mich hinter meinem Rücken zu [illegible] und herunter zu drücken, meine Bestrebungen zu [illegible] meine Wege zu durchkreuzen, er vermochte [illegible] übertriebenen Selbstgefühl — um mich des mildesten [illegible] zu bedienen — die erlittene Niederlage innerlich [illegible] überwinden und der Versuchung nicht zu widerstehen, [illegible] einem preußischen Gerichtshof gemachten Vorwurf des [illegible] fertigen Umgehens mit der Wahrheit auf [illegible] wälzen und meine Person dabei in eine Beleuchtung zu stellen, [illegible] durch meine Schuld in den Verdacht der Unwahrhaftigkeit [illegible]

Die Veranlassung, in dieser Weise auch wieder in die Oeffentlichkeit [illegible] treten, hatte jene Broschüre des Herrn Landtagsabgeordneten Cremer [illegible] welche dieser veröffentlicht hatte, um sich mit dem Herrn Hof- und Dom-prediger Stöcker wegen gewisser politischer Differenzen [illegible] Differenzen, mit denen ich absolut nichts zu thun hatte und [illegible] licher Diskussion ich völlig unbetheiligt war. Nichtsdestoweniger [illegible] Hofprediger Stöcker in dem unter seinem Einflusse stehenden [illegible] jene demnächst auch in Nr. 4 der Kreuzzeitung vom 3. Januar [illegible] druckte Erklärung veröffentlicht. Diese Erklärung durfte ich [illegible] ignoriren, als ich nicht zweifelhaft darüber sein konnte, welche [illegible] Herr Hofprediger Stöcker aus meinem Stillschweigen ziehen [illegible] dem mußte ich mir die Frage vorlegen, ob nicht der Herr Hof- und Domprediger Stöcker, als er im Jahre 1886 die „[illegible] auch zu seiner Rechtfertigung vor der Obrigkeit“, [illegible] methode hinter meinem Rücken wahrgenommen habe, [illegible] der Oeffentlichkeit wagte.

Hat durch Zurückweisung der Beschwerde des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker das Consistorium festgestellt, [illegible] Streit unserer Behauptungen die Unwahrheit auf Seite des Herrn [illegible] predigers liege, so glaube ich für mich auch [illegible] halten zu dürfen, meine Glaubwürdigkeit [illegible] haben.

[illegible]

erwidert habe. Derselbe war geschrieben nach dem Recept: „si fecisti nega." Mir ist von gediegenen Persönlichkeiten gesagt, daß sie diesen Brief eher für den „schlimmsten" erachten. Außerdem war ich nicht dazu gelangt, auch das Vorhandensein meiner Antwort zu melden und diese selbst mitzutheilen. Ich hatte auch bisher darauf verzichtet, dieselbe zu veröffentlichen.

Wer nun alle sechs Briefe aus dem April 1885 liest, wird erkennen, daß durch eine gleichzeitige Veröffentlichung aller Briefe die Position des Herrn Stöcker eine noch viel ungünstigere geworden wäre, und daß ich thatsächlich auch hierbei nicht etwa **mein** Interesse habe wahrnehmen wollen, wenn ich mich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 16. Januar auf die Veröffentlichung der vier ersten Briefe vorläufig beschränkt hatte.

Der vom Evangelischen Oberkirchenrath ertheilte Verweis, als schmerzhafte Wunde von mir empfunden, wird, obschon er sich ausschließlich auf die Thatsache der Veröffentlichung bezieht, leider dahin ausgebeutet, ich sei um der Sache willen von jener Ordnungsstrafe betroffen worden. Die für eine bestimmte Art von Publikationen mir noch außerdem angedrohten schärferen Maßregeln werden in denselben Reihen hoffnungsvoll dahin mißdeutet, es sei die geistliche Obrigkeit, durch welche mir jeder positive Schutz versagt und jede für die Oeffentlichkeit wirksame Selbstvertheidigung bis zur Erstickung meiner Stimme abgeschnitten werden sollte. Es giebt Individuen, welche terrorisiren und meine geräuschlose Unterdrückung und Vergewaltigung mit ihrer himmelschreienden „Andacht" begleiten möchten: Doch der Apostel Paulus spricht ein tadelndes Wort aus, wenn er sagt: „Ihr vertraget es, so euch jemand zu Knechten macht, so euch jemand schindet, so euch jemand nimmt, so euch jemand trotzet, so euch jemand in das Angesicht streichet." Ich vertrage dies nicht, eben darum bin ich dem Herrn Hof- und Domprediger Stöcker einigermaßen nach Gebühr entgegengetreten, um, wenn es nöthig bleibt, dies auf den gewiesenen Wegen ferner zu thun. Dieselben Leute, denen es sonst nicht darauf ankommt, gegen angeblich „unglaubliche Erlasse des Evangelischen Oberkirchenraths" die Gemüther zu erregen, möchten sich jetzt an der Forderung weder der christlichen noch der landrechtlichen Sanftmuth genügen lassen, sondern gerne noch weit über die Auslegung des Evangelischen Oberkirchenraths hinausgehen. Sie wissen selbst recht gut, daß Sanftmuth keine isolirte Tugend und absolute Sanftmuth etwas **Unchristliches** ist. Noch weniger sind sie geneigt, mit gleichem Maße zu messen. Speciell in vorliegendem Falle

handeln sie, als ob das himmlische Verheißungswort für die Praxis sich dahin wandele: „Alles, was ihr gethan habt einem dieser Hofprediger, das habt ihr Mir gethan!“

Ich halte an der Ueberzeugung fest, daß Hoher Evangelischer Oberkirchenrath, wenn er nur alle Provocationen gegen mich Angegriffenen gekannt hätte, mich nicht mit einem Verweise bestraft haben würde. In dieser Ueberzeugung liegt etwas Linderndes, zumal ich das respectvolle Vertrauen habe, daß alle Mitglieder der Behörde Mann für Mann in gleicher Lage nicht anders gehandelt hätten, als ich gehandelt habe.

Es ist nichts Ideales, sich für Phantome zu opfern, Diejenigen, die das wünschen, übersehen, in welchem Lande und unter welchen Behörden wir leben. In welche Zustände würden wir hineintreiben, wenn ein in seiner Ehre angegriffener, dabei schutzlos gelassener Geistlicher unter dem Deckmantel des Christenthums, des christlichen Glaubens und des christlichen Gehorsams, feige genug wäre, nicht öffentlich zu sagen: „Habe ich recht geredet, warum schlägst Du mich.“ Dem Herrn Hof- und Domprediger Stöcker werde ich Angriffe gegen meine Wahrhaftigkeit und Ehre keineswegs mehr passiren lassen, und hoffe ich, ebensowenig hiermit gegen die Intentionen der hohen Behörden zu handeln.

Daß die Behörden in diesem singulairen Falle mir nicht haben Schutz und Genugthuung in ausreichendem Maße gewähren können, habe ich ja an mir erfahren. Für Verwirrung und Täuschung der Gemüther ist in der Stöckerfreundlichen Presse und zwar zum Theil bona fide gesorgt. Dem wirksam entgegenzutreten, liegt nur in der Hand des angegriffenen Mannes selbst. Mir ist die Frage, um die es sich zwischen Hofprediger Stöcker und mir handelt, eine Machtfrage, insofern Wahrheit Macht ist und diese Macht sich auf meiner Seite befindet, wie ja auch durch die behördlichen Aussprüche declarirt ist. Ich wünsche, daß man in weiten, weiten Kreisen, in welchen man über den Werth einer nur pseudoorthodoxen und pseudoconservativen Bewegung seit einem Jahrzehnt dupirt worden ist, dahin gelangen möge, endlich klar zu sehen.

Die Doctor-Frage, ob Hofprediger oder Agitator oder beides, ist mir gleichgültig und liegt ihre Beantwortung außerhalb meines Berufs; solche Frage wird aber überhaupt nicht principiell gelöst werden können, muß vielmehr immer ihre theils individuelle, theils subjective Entscheidung finden.

Mir kommt es darauf an, in meiner Conflict-Angelegenheit, welche ja zugleich ein Sympton ist, vor dem Gewissen offenbar zu werden.

In dreißig Jahren meines Amtes ist von Sadduzäern und Pharisäern viel gegen mich gehetzt worden, und mag Derartiges jetzt wiederum gegen mich im Werke sein. Meine Art ist eine friedliche; muß indessen gekämpft sein, so lasse ich mir's angelegen sein, in jedem Falle einen guten **Kampf zu kämpfen, mit guten Waffen und für ein gutes Ziel. Daß ich gegen einen „großen Zorn" zu ringen habe, war mir im Voraus wohl bewußt. In die Austragung meines jetzigen Conflicts habe ich nur vermöge guten Gewissens eintreten können. Wenn ich den Herrn Hof- und Domprediger Stöcker nach seiner besonderen Amtsstellung in schuldiger Weise bezeichnet habe, so habe ich es demnach nicht sowohl mit dem Hofprediger als solchem, sondern mit dem Menschen und Pastor Stöcker zu thun. So appellire ich ihm gegenüber in unserer Conflict-Sache auch meinerseits als Mensch und Pastor hierdurch an das öffentliche Gewissen und an die Gesammtheit der Pastoren des Deutschen Reiches, als an zwei Senate Einer ehrengerichtlichen Instanz.**

Schneider Grüneberg

und

Hofprediger Stöcker

oder

Der gefälschte Brief

von

Carl Witte

Pfarrer

Berlin W

F. Fontane & Co.

1896

Vorwort.

Gegenüber der unglaublichen Beschuldigung des Hofpredigers Stöcker, die er jetzt plötzlich nach so langen Jahren gegen mich erhebt, daß ich einen gefälschten Brief gegen ihn ausgebeutet und diesem Brief durch Korrekturen den Schein eines ächten zu geben gesucht hätte, konnte ich unmöglich schweigen. Wenn die Sache so „(wie Stöcker behauptet C. W.) liegt", „so liegt", schreibt der Reichsbote vom 10. April, „so giebt es in der That keine Bezeichnung, die für das Verhalten Witte's ... hart genug wäre." Die Sache hat aber eine so lange Geschichte und ist überdies von der anderen Seite so verdunkelt, daß ich mich auf eine Erklärung in den Zeitungen nicht beschränken durfte. Hoffentlich ist es mir gelungen, in den nachfolgenden Blättern das Sachverhältnis klar zu stellen und den Leser davon zu überzeugen, daß das Auftreten des Hofpredigers Stöcker auch in dieser Sache — um mich milde auszudrücken, kein einwandfreies ist.

Gestern fand vor dem Schiedsmann Verlagsbuchhändler Dr. Langenscheidt der von mir beantragte Sühnetermin statt. Herr Stöcker hatte sich zu demselben mit einer beglaubigten Abschrift von demjenigen Wortlaut seines Briefes an seinen damaligen Vertrauten Schneider Grüneberg ausgerüstet, welchen ich selbst seiner Zeit dem Evangelischen Oberkirchenrat eingereicht hatte. Mir konnte es nur angenehm sein, von diesem Wortlaut Kenntnis zu nehmen. Ich konnte mir aber nicht versagen, stille Betrachtungen darüber anzustellen, daß die „Kirchenbehörde" ihm diese Abschrift erteilt hatte, während sie mir genauere Mitteilungen über die Stöcker'schen Beschwerden gegen mich wiederholt verweigert hat.

In der nachfolgenden Schrift habe ich an mehreren Stellen Dinge berühren müssen, die in den früher von mir veröffentlichten Broschüren eingehend behandelt sind. Ich darf daher auf die letzteren hier verweisen.

Berlin W., 24. April 1896.
Elßholzstr. 22. **C. Witte**, Pfarrer.

Inhalts-Verzeichniß.

I.

Hofprediger Stöcker greift mich von neuem an.

In dem bekannten Prozesse Bäcker-Stöcker vom Juni 1885 sagt der Vorsitzende des Gerichtshofes bei der Verkündigung des Urteils nach dem stenographischen Bericht (S. 94):

> „daß das ganze Auftreten des Zeugen Stöcker in Bezug auf seine Erklärungen, in Bezug auf das, was er sagt und verneint, ein unvorsichtiges, der Gerichtshof hat mich ausdrücklich beauftragt, es zu sagen: **ein mindestens leichtfertiges** gewesen ist, und der Gerichtshof müßte sich der Klarheit alles dessen, was hier vor ihm erörtert ist und sich abgespielt hat, absolut verschließen, wenn er nach sorgfältiger Prüfung zu der von mir Namens des Gerichtshofes verkündeten Erwägung und Feststellung nicht hätte gelangen sollen.“ Ferner sagte derselbe: . . . „der Gerichtshof ist nicht in der Lage, dem Angeklagten (Bäcker C. W.) es zu verargen, wenn er an Hand dieser Behauptungen und Widersprüche, dieses Erklärens und Zurückgehens, dieses ganzen Hin und Wider, seinerseits zu der Auffassung und Annahme gelangte, daß der Zeuge (Stöcker C. W.) sich bewußt mit der Wahrheit in Konflikt setzte“.

Angesichts einzelner Aussagen des Zeugen Stöcker erklärte der Vorsitzende (vgl. S. 91, 92, 94 des stenographischen Berichts),

> daß Zeuge Stöcker „mit der festgestellten und unzweifelhaften Thatsache in Widerspruch war“ und „daß er sich wiederum mit der Sachlage — man muß zum Mindesten sagen — teilweise in Widerspruch befand“ und „daß er mit seiner Behauptung sich halb und halb mit den ermittelten Thatsachen in Widerspruch befand“, und „daß er sich wiederum mit den vorhandenen und bestehenden Thatsachen in Widerspruch befand.“

Dieses Erkenntnis ist unangefochten geblieben. Stöcker seinerseits vermochte aber in seinem übertriebenem Selbstgefühl — um mich des mildesten Ausdrucks zu bedienen — die vor dem

Gerichtshof 1885 erlittene Niederlage nicht zu verwinden und der Versuchung zu widerstehen, den ihm von einem Preußischen Gerichtshof amtlich gemachten Vorwurf des leichtfertigen Umgehens mit der Wahrheit auf Andere abzulenken oder abzuwälzen und grade meine Person dabei in eine Beleuchtung zu stellen, als ob er durch meine Schuld in den Verdacht der Unwahrhaftigkeit geraten sei.

Auch ich war nämlich Zeuge gewesen. Seit diesem Prozeß hat er in verstärkten Maße öffentlich wie hinter meinem Rücken mich zu verdächtigen und herunterzudrücken, meine Bestrebungen zu stören und meine Wege zu durchkreuzen versucht.*)

Im Oktober 1895 griff Stöcker in seiner „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" mich plötzlich aufs Neue schwer an. Dadurch war ich gezwungen, mich dieser Angriffe zu erwehren mit folgender in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung:

„Als notwendige Abwehr gegen die Darstellung, welche „der Fall Witte" seitens des Herrn Hofpredigers Stöcker im Leitartikel seiner Kirchen-Zeitung Nr. 43 vom 26. Oktober 1895 unter der Ueberschrift: „Die falsche Kartellpolitik Deutschlands Verhängniß" gefunden hat, mögen nachstehende Ausführungen gestattet sein.

Herr Stöcker schreibt: „Bei jener Unterredung" (mit dem Geheimen Kabinetsrat Wirklichen Geh. Rat Dr. v. Lucanus Exc. E. W.) „kam noch eine Angelegenheit zur Sprache, die damals viel Lärm verursachte und noch heute nicht abgeschlossen ist, der Fall Witte. Pastor Witte glaubte sich damals ohne Grund von mir beleidigt. Ich hatte in einer öffentlichen Erklärung von einem nichtklassischen Zeugen gesprochen, und als ich erfuhr, daß er dies — jeder Möglichkeit entgegen — auf sich bezog, ausdrücklich erklärt, daß ich nicht ihn, sondern einen Anderen gemeint habe."

Hierzu bemerke ich: In der Stöckerschen öffentlichen „Erklärung" vom 3. Januar 1889 war nicht nur von einem Zeugen, sondern auch von einem Briefe die Rede. Dieser Brief war ein Brief Stöckers an mich. Ich war der einzige Zeuge für diesen Brief, sodaß, da von Stöcker der Zeuge nicht genannt war, jeder weniger genau unterrichtete Leser nicht anders konnte, als die Bezeichnung „unklassischer Zeuge" auf mich zu beziehen. Erst am 11. Januar 1889 ließ Stöcker, nachdem er mich

*) Ich vermeide es, früher Gesagtes zu wiederholen, und darf in dieser Beziehung auf meine in der Vorrede aufgeführten Broschüren hinweisen.

bereits beim Konsistorium verklagt hatte, „konstatieren“, daß in seiner Erklärung vom 3. Januar 1889 unter dem „nicht klassischen“ Zeugen der Schneider Grüneberg „gemeint“ sei. Derselbe war nämlich der Mitbegründer der christlich-sozialen Arbeiterpartei.

Weiter schreibt Herr Stöcker wider mich: „Trotzdem veröffentlichte er Briefe, die mich in den Verdacht der Zeugenbeeinflussung bringen sollten, und machte Gegenerklärungen, die in ihrem Verlauf bezweckten, mich als einen Mann hinzustellen, der einen falschen Eid geschworen habe. Bei dem letzteren Vorwurf stützte er sich hauptsächlich auf die Abschrift eines Briefes von mir, den er für echt hielt, der aber von der untersuchenden Behörde als eine Fälschung erkannt wurde, da er nicht einmal richtig geschrieben war.“

Hierzu bemerke ich: „Gemeint sind unter den von mir veröffentlichten Briefen meine am 14. und 16. Jan. 1889 in der „Nordd. Allg. Zeitung“ erschienenen Briefe Stöckers an mich und meine Antwort darauf. Hofprediger Stöcker hatte bekanntlich den Schneidermeister Grüneberg beauftragt gehabt, in einer Wähler-Versammlung von 1878 mich in herabwürdigender Weise anzugreifen. Als Beweismittel dafür war vom Gerichtshof der Brief Stöckers an mich vom 22. April 1885 gewürdigt worden. Dies Beweismittel hatte Herr Stöcker durch sein Ableugnen des Briefes beseitigen wollen. Ich aber hatte diesem Bestreben sowohl um der Wahrheit willen wie zu meinem Schutze entgegentreten müssen. Gleichwohl ist der Brief vom 22. April 1885 nicht einmal zuerst von mir, sondern zuerst — wenn auch in zugestutzter Form — gerade von Herrn Stöcker selbst im Rahmen seiner „Erklärung“ vom 15. Januar 1889 veröffentlicht worden! Um so weniger durfte Herr Stöcker mich in seinem jetzigen Leitartikel verdächtigen, ich hätte ihn durch meine antwortende Erklärung vom 16. Januar 1889 in den Verdacht der Zeugenbeeinflussung bringen wollen.

Die auf eine Zeugen-Beeinflussung hinauslaufenden Passus jener Stöckerschen Briefe an mich lauteten:

„Bitte, schreiben Sie mir, wie in Ihrer Erinnerung die Wollheim'sche Angelegenheit sich darstellt, vielleicht läßt sich dadurch vermeiden, daß Sie als Zeuge zitirt werden . . . . Ihnen wie mir muß es von der größten Wichtigkeit sein, daß unsere Angaben sich decken. — Ist es Ihnen unlieb, schriftlich ein Wort darüber zu äußern, so bin ich mit einer mündlichen Rücksprache auch vollkommen einverstanden . . .“

Wenn man in weiten Kreisen u. A. hierin eine Zeugenbeeinflussung seitens des Herrn Stöcker erkannte, so traf die Schuld hierfür nicht mich, sondern lediglich ihn selbst. Hofprediger Stöcker hatte sodann — $3^1/_2$ Jahr nach seinem Prozeß — den von Gerichtshof erwähnten Brief wiederholt abgeleugnet und hatte denselben dennoch veröffentlicht, indem er gleichzeitig behauptete, daß der Gerichtshof einen anderen Brief, aus dem Jahre 1878, seinem Erkenntniß zu Grunde gelegt habe. Ein solcher Brief hat niemals existirt; in dem Briefe vom 22. April 1885 war vielmehr nur auf eine Wählerversammlung im Jahre 1878 Bezug genommen. Trotzdem bezeichnete Herr Stöcker ohne Scheu den vom Gerichtshof als Beweismittel gewürdigten Brief als einen nur in der Phantasie des Gerichtshofes existirenden Brief, während doch der fingirte Brief aus dem Jahre 1878 lediglich ein Produkt seiner eigenen Phantasie war. Durch dieses falsche Spiel sollten die Leser irre geführt und getäuscht werden.

So dankenswert in meinem Interesse die Mitteilung der bisher unbekannten Thatsache ist, daß Herr Stöcker nach beendeter Untersuchung in der Streitsache mit mir einen Verweis erhalten hat, und ihm die Disziplinar-Untersuchung mit Amts-Entsetzung angedroht ist, sofern er in dieser Sache noch einmal das Wort ergriffe, so ist dies sein ferneres Schweigen durchaus nicht als ein Verdienst ihm anzurechnen, da ihm seine journalistischen Gehilfen, von Hammerstein, Leuß und Engel, zu Gebote standen, und diese es in ihren Zeitungen an ferneren Angriffen gegen mich nicht haben fehlen lassen. Daß ich diese öffentlichen Angriffe gegen meine persönliche Ehre ungeachtet meiner Stellung als Geistlicher nicht mit Stillschweigen hinnehmen durfte, wird für Jeden, der auf seine persönliche Ehre hält, selbstverständlich sein.

Wenn Herr Hofprediger Stöcker sich dadurch beschwert fühlt, daß Herr Professor Dr. Brecher an ihm einen auffallenden Mangel an Offenheit und Wahrheitsliebe beobachtet habe, so wird dieses Urteil nach Vorstehendem kaum Wunder nehmen dürfen.

Berlin, den 29. Oktober 1895.

C. Witte,
Pfarrer an St. Golgatha."

In der „Kreuz-Zeitung" und im „Reichsboten" war in Bezug auf eine Stelle in den Stöcker'schen Aeußerungen eine andere, prägnantere und klarere Lesart gebracht, so daß ich eine Habe gewann, das darin Gesagte als unwahr zu bezeichnen. [...]geschah mittels folgender Erklärung:

In der „Kreuz-Zeitung", 3. Beilage zu Nr. 504 vom Sonntag, 27. Oktober 1895, heißt es:

„Hofprediger Stöcker setzt in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" seine Darlegungen gegen die falsche Kartellpolitik fort und bringt in der neuesten Nummer folgende, in vieler Hinsicht bemerkenswerte Aeußerungen." . . .

Es wird in der „Kreuz-Zeitung" der größte Teil Stöckerscher Aeußerungen wörtlich wiedergegeben, aber bespielsweise an einer Stelle durch folgende eigene Darstellung der Redaktion unterbrochen:

„Im Folgenden kommt Stöcker auf den Fall Witte zu „sprechen, der in einem von der untersuchenden Behörde als ge„fälscht anerkannten Briefe gegen ihn vorgegangen sei und so „einen unliebsamen Streit hervorgerufen habe."

Durch diese Darstellung der Redaktion werde ich vor den Lesern in den Verdacht gebracht, daß ich gegen Stöcker mit einem gefälschten Briefe vorgegangen sei.

Demgegenüber bemerke ich, daß diese Angabe auf Erfindung beruht und vollkommen unwahr ist.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes bitte ich um Aufnahme der vorstehenden Erklärung.

Berlin, 9. November 1895. Carl Witte,
N., Tieckstr. 29 I. Pfarrer an St. Golgatha.

Auf vorstehende Erklärungen hat Stöcker fünf Monate vor der Oeffentlichkeit geschwiegen.

II.

Ein „gefälschter Brief"!

Ohne alle Veranlassung von meiner Seite brachte das Stöcker'sche „Volk" in Nr. 79 zum 2. April 1896 folgenden Angriff gegen mich:

> „In dem ganzen Streitfall Stöcker-Witte spielt ein angeblicher Brief Stöckers an den bekannten Schneider Grüneberg eine große Rolle. Stöcker wußte, daß dieser Brief gefälscht sei, während sich Witte fortgesetzt darauf berief. Noch in der „Kreuz-Zeitung" vom 10. November erklärt Witte es für „vollkommen unwahr und auf Erfindung beruhend", daß er mit einem Brief gegen Stöcker vorgegangen sei, der von der untersuchenden Behörde als gefälscht anerkannt sei. Der Zweck der Fälschung war, Stöcker zum Meineidigen zu machen. Trotz dieser ver-

werflichen Tendenz der Fälschung behandelt Stöcker in seiner Schrift „Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker" auf S. 49 den Pfarrer Witte in der schonendsten Weise, indem er seinen guten Glauben anerkennt. Das Urteil anderer Leute wird vielleicht härter ausfallen. Der angeblich von Stöcker an Grüneberg geschriebene, thatsächlich wohl von Grüneberg selbst verfaßte Brief lautet wörtlich aktenmäßig:

„Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche Ihn daher bei der **nächste** öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde wie die Juden zu **Titel** gelangen."

In der Schrift Wittes „Mein Konflikt mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker" lautet der Brief auf S. 11 dagegen:

„Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits vom(!)*) Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche Sie daher, bei der **nächsten** öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu **Titeln** gelangen."

Der gefälschte Brief Grünebergs, dem man schon wegen seiner Orthographie auf den ersten Blick ansehen mußte, daß er nicht von Stöcker herrühre, ist also in der Witteschen Schrift in Orthographie und Interpunktion so **verbessert**, daß er äußerlich nunmehr wirklich für einen Brief Stöckers gelten konnte!

Die Schlußfolgerungen überlassen wir unseren Lesern selbst, und sprechen nur das Bedauern aus, daß uns Pfarrer Witte durch seine unangebrachte Erklärung zwingt, in der stillen Woche solche Dinge zu erörtern."

Wenige Tage später schrieb Stöcker in Nr. 15 der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" im Hauptleitartikel unter der Ueberschrift „Wahrheit" u. a Folgendes:

„In seiner Broschüre „Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker" hatte er den Fall Witte in der schonendsten (!) Weise behandelt. Er hatte geschrieben, daß Witte bei seiner Absicht, ihn mit einem Falscheid zu belasten, sich auf die Abschrift eines Briefes stützte, den er für echt hielt, der aber in der untersuchenden Behörde sofort als eine Fälschung erkannt wurde. Dagegen erklärte Witte in der „Kreuzzeitung" die Angabe, daß er

*) In meiner Schrift steht dagegen in Wirklichkeit „**von Küster**", nicht „Küster". C. W.

mit einem gefälschten Briefe vorgegangen sei, für eine Erfindung und vollkommen unwahr. Auch diese Sache ist jetzt(!) geklärt.

Der angeblich von Stöcker verfaßte Brief lautet wörtlich aktenmäßig: „Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche **Ihn** daher bei der **nächste** öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu **Titel** gelangen."

Es liegt auf der Hand, daß dieser Brief gefälscht ist; man muß sich nur wundern, daß er irgendwie zur Verwendung kam.

In der Schrift Wittes „Mein Konflikt mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker" lautet dagegen der Brief auf S. 11: „Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche **Sie** daher, bei der **nächsten** öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu **Titeln** gelangen."

Bei diesem Sachverhalt ist natürlich das Urteil, daß Pastor Witte den gefälschten Brief für echt hielt, nicht aufrecht zu halten. Der gefälschte Brief ist offenbar korrigiert, um mit dem Schein der Echtheit die öffentliche Meinung irrezuführen.

Was sollen wir dazu sagen? Wir empfinden einen tiefen Schmerz bei dem Blick auf unser öffentliches Leben. Wir sind besonders traurig, daß im Protestantismus öffentliche Gehässigkeiten unter Glaubensgenossen möglich sind, die sonst nicht vorkommen."

Durch diese Darstellung hat Stöcker eine rechte Verwirrung erzeugt und z. B. sogar den „Reichsboten" zunächst in die irrtümliche Meinung versetzt, es handle sich um eine „überraschende Mitteilung" über den „vielbesprochenen Brief, der in der Witteschen Broschüre eine Rolle spielte". Jener „vielbesprochene Brief" indessen war kein anderer als der von Stöcker an mich am 22. April 1885 geschriebene; dieser war nämlich vom Gerichtshof im Prozeß Bäcker-Stöcker als Beweismittel gewürdigt, hernach indessen von Stöcker am 8. Januar 1889 wiederholt abgeleugnet, bald darauf dennoch — wenn auch in zugestutzter Form — veröffentlicht und wiederum abgeleugnet, als hätte nicht dieser Brief, sondern ein anderer Brief dem Gerichtshof vorgelegen.

In den vorstehenden Artikeln des „Volk" und der

„Kirchenzeitung“ handelt es sich aber um einen Brief des Hofpredigers Stöcker an den Schneider Grüneberg aus dem Sommer 1878, mit der Erneuerung des Auftrages an Grüneberg, mich in ehrenrühriger Weise in öffentlicher Volksversammlung anzugreifen.

Von diesem Brief behauptet Stöcker, derselbe sei gefälscht, ich hätte die Fälschung als solche erkannt, ja, mich noch obenein einer eigenen Textfälschung der Abschrift des Briefes schuldig gemacht und gegen ihn gemißbraucht.

Hiergegen habe ich mich in Nachstehendem zu verwahren. Ich thue dies, indem ich Thatsachen und Briefe in ihrer Zeitfolge dem Urteil des Lesers darbiete.

III.

Hofprediger Stöcker's Auftrag an Schneider Grüneberg.

Die Reichstagswahlen 1878 standen bevor. Hofprediger Stöcker, Schneider Grüneberg und Schlosser Bernsdorf waren als Kandidaten der christlich-sozialen Arbeiterpartei aufgestellt. Weil es mir nun gerade zu jener Zeit vergönnt gewesen war, mit Hülfe von Freunden aus dem ganzen Reiche vielen Notständen im Norden Berlins, dem 6. Reichstagswahlkreise, abzuhelfen, war es an sich begreiflich, daß viele daran dachten, mich in den Reichstag zu wählen. Schon um nicht mit einem Amtsbruder zu konkurrieren, entzog ich mich indessen derartigen Wünschen durch eine Reise aufs Land. Ich war von der schmerzlichen Erkenntnis durchdrungen, daß durch die neu aufgetauchte und völlig unfruchtbare christlich-soziale Arbeiterpartei nichts als Verwirrung erzeugt werden würde. Schriftlich zu einer Annahme einer Kandidatur neu gedrängt, durfte ich mich auch einer grundsätzlichen Stellungnahme nicht entziehen. Ich machte umgehend schriftlich den Vorschlag, Herrn Fabrikbesitzer Carl Hoppe zu wählen. Diese Kandidatur war eine unbedingt geeignete. Weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus kennt man die eminente geistige Begabung dieses Mannes, mit welcher sich eine seltene Popularität von jeher verband. Dabei war er ein Altkonservativer. Es konnte nichts Naiveres geben, als die Zumutung, vor diesem in der Bevölkerung eingewurzelten Mann einem Neuling wie Stöcker den Vorzug geben zu sollen. Von [illegible]

servativer Seite konnte Niemand die Mitverantwortlichkeit für Stöcker'sche Ziele übernehmen.

Zu Gunsten der Kandidatur Hoppe war eine Volksversammlung berufen. Leider konnte ich nicht zugegen sein, denn ich hatte zum Besuche einer Kranken nach Bad Elster reisen müssen. Zur Bekämpfung der Kandidatur Hoppe war von Stöcker als Hauptvertreter seiner eigenen Kandidatur der Schneider Grüneberg in die Versammlung geschickt worden.

Grüneberg hatte den Auftrag, um Hoppe zu fällen, mich zu bekämpfen als einen Mann, der den Juden gegen Geld und Geschenke Titel verschaffe. Es kam jedoch nicht zur Ausführung dieses Auftrages, weil die Versammlung aufgelöst wurde. Fern von Berlin mich befindend, ahnte ich von diesem allem nichts.

Neben Grüneberg hatte Stöcker noch einen anderen Vertrauten, nämlich einen Herrn Küster, Redakteur der christlich-sozialen „Deutschen Volkswacht."

Stöcker hielt es für sehr schädlich, diesen Herrn Küster „gehen zu lassen", aber trotzdem ließ er ihn „gehen" und zwar Grünebergs wegen! So wichtig war ihm Grüneberg. Nun soll am Tage nach der Wählerversammlung, in welcher Grüneberg nicht nach Wunsch von Stöcker gegen mich reussirt hatte, der nämliche Küster bei Stöcker gewesen sein und will Grüneberg von Stöcker daraufhin in einem Briefe unter anderem einen neuen Auftrag mittels folgender Worte bekommen haben:

> . . . . . „Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute morgen bei mir war. Ich ersuche Sie daher, bei der nächsten öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu Titeln gelangen."

Das Vorhandensein eines derartigen Briefes kann nach Lage der Dinge und allen inneren Gründen nur für sehr wahrscheinlich gelten. Von der Existenz eben dieses Briefes habe ich erst am 28. Januar 1889 erfahren.

Ich hielt es sofort für unmöglich, daß Schneider Grüneberg, von allem anderen abgesehen, die geistige Fähigkeit haben sollte, einen derartigen Brief aus dem Jahre 1878 noch nach etwa elf Jahren zu erinnern und zu verfassen.

IV.

Der Prozeß Bäcker-Stöcker.

Das Jahr 1885 brachte den Prozeß Bäcker-Stöcker. Die Unterlage zu demselben waren zwei in der „Freien Zeitung“ vom 11. Oktober 1884 veröffentlichten Artikel mit der Ueberschrift: **„Hofprediger, Reichstagskandidat und Lügner“** und **„Grünebergs Enthüllungen über die christlich-soziale Partei,“** in welcher der Hofprediger Stöcker mehrfacher, prägnanter Verstöße gegen die Wahrheit beschuldigt wurde.

Das Urteil des Gerichtshofes wurde, wie ich schon in der „Einleitung“ nachgewiesen, mit einer Erwägung begleitet, welche bei der Beurteilung der Amtsstellung von Stöcker kaum unbeachtet bleiben konnte.

Die Objektivität glaube ich am besten festzuhalten, wenn ich an dieser Stelle die stenographische Aufzeichnung über die Aussage der Zeugen Grüneberg und Stöcker, sowie meiner eigenen Zeugenaussage hier einfach wiedergebe.

Es heißt dort auf Seite 6, 11, 12 und 20 des stenographischen Berichtes über die Prozeßverhandlungen folgendermaßen:

> Präsident: Nun geben Sie uns einmal Auskunft über die Affaire mit dem Pastor Witte. — Zeuge Grüneberg: Kurz vor der Reichstagswahl 1878 wurden noch verschiedene Versammlungen abgehalten. Während der Wahlbewegung wurde Herr Stöcker als Kandidat im sechsten Reichstagswahlkreis aufgestellt. Es fand aber eine konservative Versammlung statt, in welcher der Fabrikant Hoppe durch Herrn Pastor Witte als Kandidat empfohlen werden sollte. Herr Stöcker sagte mir nun, ich solle in jener Versammlung sagen, daß Herr Witte in keiner konservativen Versammlung einen Kandidaten vorschlagen könne, da er jüdische Leute bevorzuge, indem er ihnen für Geld Titel verschaffe. Sie können von dieser Mitteilung Gebrauch machen, sagte Herr Stöcker. Ich bin aber zu dieser Mitteilung nicht gekommen, weil die Versammlung noch vorher aufgelöst wurde. — Präs.: Haben Sie Herrn Witte davon Mitteilung gemacht? — Zeuge: Nein. — Präs.: Es wußte also Niemand davon als Sie? — Zeuge: Ja, weiter Niemand. — Präs.: Was waren denn das für Geschenke, die Herr Pastor Witte für seine Fürsprache genommen haben sollte? — Zeuge: Flügel und Pianino. — Präs.: Wissen Sie, von wem und was für ein Titel

dafür gewährt wurde? — Zeuge: Nein, nur, daß es sich auf Potsdam bezieht; welcher Titel in Frage kam, weiß ich nicht. — Präs.: Ist Ihnen der Name des Herrn, dem Herr Witte den Titel verschafft haben soll, von Herrn Stöcker genannt worden? — Zeuge: Nein, ich hörte nur von einem Pianino, das der Herr dem Oberlinverein geschenkt hat. — Präs.: Es handelt sich hierbei nämlich um einen Kommerzienrat.

Präs.: Wie war die Sache mit Ihrem Amtsbruder Witte? — Zeuge Stöcker: Ich gestehe zu, daß ich s. Z. mit Herrn Grüneberg über Herrn Pastor Witte gesprochen habe. Ich besinne mich, daß ich meine Mißbilligung darüber ausgesprochen habe, daß Pastor Witte selbständig mit einer Wahlagitation hervortrat. Ich habe mich etwa dahin geäußert, daß ein Mann, der selbständig mit einer konservativen Agitation ins Leben tritt, doch vor allen Dingen solche Sachen nicht treiben sollte. — Präs.: Was denn für Sachen? — Zeuge: Es kam einmal ein jetzt verstorbener adliger Herr zu mir und überreichte mir eine auch vom Prediger Witte unterschriebene Bittschrift, die dahin ging, daß ein jüdischer Kommerzienrat den Titel „Geheimer Kommerzienrat" erhalten sollte. Ich habe meine Unterschrift natürlich abgewiesen. — Präs.: Und in welcher Weise haben Sie etwaige „Geschenke" damit in Verbindung gebracht? — Zeuge: Wir*) hatten s. Z. einen Bazar für das Oberlinhaus. Für denselben erhielt ich von jenem Kommerzienrat ein Pianino, ich dankte ihm sehr dafür, war aber nachher um so erstaunter, als mir dann die Bittschrift für denselben Herrn überreicht wurde. — Präs.: Wie war der Name des betr. Herrn? — Zeuge: Ich glaube**) es war Cäsar Wollheim. Auf Vorhalten des Verteidigers, wie das Geschenk mit dem Namen des Pastors Witte zusammenhinge, erklärte Zeuge, **daß dies nicht geschehen sei**, daß er aber seiner Meinung nach sonderbar von Jemand sei, der konservativ wirken wolle, wenn er derartige Sachen mache, wie für jüdische Herren die Verleihung von Titeln zu vermitteln. — Auf Befragen erklärt Zeuge Grüneberg: Als ich Material für die Versammlung holen wollte, sagte mir Hofprediger Stöcker, Pastor Witte pflege für Ge-

*) Was heißt „wir"? Etwa Stöcker und Witte?

**) „Ich glaube es war Cäsar Wollheim" ... Warum: ich „glaube?" In dem Brief vom 22. April 1885 weiß der Herr Hof- und Domprediger Stöcker ja sehr genau, daß es Cäsar Wollheim war. Er redet sogar von der „Wollheim'schen Angelegenheit".

schenke an Vereine u. s. w. jüdische Leute zu bevorzugen, ihnen Titel zu verschaffen.

Pastor Witte: Im Sommer 1878, als ich mich in Stennewitz bei Landsberg a. W. aufhielt, wurde ich benachrichtigt, daß ich als konservativer Reichstagskandidat aufgestellt werden sollte. Da ich zugleich erfuhr, daß seitens der christlich-sozialen Arbeiterpartei Herr Hofprediger Stöcker aufgestellt werde, so gab ich die Erklärung ab, daß es sich für mich nicht zieme, gegen einen Amtsbruder mich aufstellen zu lassen. Außerdem sei zu bedenken, daß der 6. Reichstagswahlkreis ein wesentlich industrieller sei und würde ich dafür sein, in der Person des Fabrikbesitzers Karl Hoppe einen konservativen Industriellen aufzustellen. Die bezügliche Wahlversammlung in der Norddeutschen Brauerei ist von mir weder einberufen noch besucht worden, vielmehr habe ich mich zur selben Zeit in Bad Elster, wohin ich an ein Krankenbett gerufen worden war, befunden. — Präs.: Es ist von Herrn Hofprediger Stöcker bemerkt worden, daß Jemand, der jüdischen Leuten Auszeichnungen zu verschaffen suche, politisch nicht in konservativem Sinne wirken könne. — Pastor Witte: Niemals habe ich Derartiges gethan, was mir, wie es scheint, vorgeworfen ist; das einzige, um was es sich handeln kann, ist dieses: Im Februar oder März 1878, wenn ich mich recht erinnere, erschien eines Tages bei mir Herr Alexander v. Wedell, ein konservativer Edelmann, ein würdiger betagter Herr, welcher um die Berliner konservative Bewegung große Verdienste hat, und bat mich unter Vorlegung eines schriftlichen Votums von der Hand und mit der Unterschrift eines Pastor Müller um meine Mitunterschrift dieses Votums zum Zweck der Auszeichnung des Kommerzienrats Cäsar Wollheim durch Gewährung des Titels eines Geheimen Kommerzienrates. Ich war gewissermaßen Station auf dem Wege des Herrn von Wedell zu Herrn Hofprediger Stöcker. Mit Freuden erkärte ich mich zur Unterschrift bereit, sah mich nach Durchlesung des Votums jedoch zu einer anderen Redaktion desselben veranlaßt. Ich sagte Herrn v. Wedell, er könne Herrn Pastor Müller gegenüber versichern, daß dies meinerseits in voller amtsbrüderlicher Bescheidenheit geschehe, indem eine derartige Aenderung immer leichter erscheinen müsse als ein erster Entwurf; auch werde Herr Hofprediger Stöcker es in dieser veränderten Form noch eher unterschreiben. Ich selbst hatte zu Kommerzienrat Wollheim niemals irgendwelche Beziehung. Von einem Votum habe ich damals nichts, dagegen erst jetzt, im Zu-

sammenhange mit diesem Prozesse, etwas gehört, und aus dem Munde des Herrn v. Wedell nur überhaupt vernommen, daß der Kommerzienrat Wollheim irgend eine größere Gabe an das unter Leitung des Herrn Hofprediger stehende Oberlinstift gegeben habe. Daß der Kommerzienrat Wollheim Jude sei, wußte und ahnte ich nicht; ich konnte auch nicht darauf kommen. Mir sprach einmal nicht der Vorname Cäsar dafür, auch nicht der Umstand, daß ein Herr v. Wedell dafür so lebhaft eintrat und sich gerade an uns drei Geistliche wandte, auch nicht, daß der genannte Kommerzienrat an christliche Anstalten Gaben gespendet hat. Ich vermute, daß auch Herr v. Wedell hiervon nichts gewußt und geahnt, sonst hätte er mir wohl hiervon gesagt. Ich führe dies aber nur rein thatsächlich an, weil es nicht meine Aufgabe ist, zu erörtern, was ich gethan hätte, wenn mir bekannt geworden wäre, daß es sich um die Empfehlung eines jüdischen Unterthans Sr. Majestät handele. Wäre mir dies bekannt gewesen, so kann ich mir nicht denken, daß es mir ein Hindernis gewesen wäre, wenn es sich um eine in ganz Berlin anerkannte, so hoch achtbare Persönlichkeit, wie die des Kommerzienrats Wollheim gehandelt hätte, für welche unter den dargelegten Verhältnissen dazu ein Mann wie Herr v. Wedell Bürgschaft leiste. Die Empfehlung ging ja nicht dahin, daß der Genannte etwa Konsistorial-Rat werden, sondern dahin, daß er Kommerzien-Rat, oder vielmehr, daß der Kommerzien-Rat Geheimer Kommerzien-Rat werden möchte. Es ist mir darum noch heute lieb, daß und wie ich mich dabei beteiligt habe. Erst nach längerer Zeit befragte ich Herrn v. Wedell nach dem Verlauf der Angelegenheit und nach der Unterschrift seitens des Herrn Hofpredigers Stöcker. Da erfuhr ich, daß der Herr Hofprediger die Unterschrift nicht gegeben, vielmehr gesagt habe, er mache dergleichen Dinge lieber persönlich ab. Aus dieser Mitteilung habe ich nicht im Geringsten entnehmen können, daß der Herr Hofprediger sachliche Bedenken gehegt habe. — Rechtsanwalt Munckel stellt an den Zeugen die Frage, ob er schon vor Hofprediger Stöcker eine christlich-soziale Bewegung ins Leben gerufen habe. — Pastor Witte: Das, was ich gethan, kann ich nicht mit dem Namen „christlich-soziale Bewegung" bezeichnen. Ich bin ein Konservativer. Ich bin nie darauf ausgegangen, eine politische Führung zu übernehmen, wohl aber habe ich in die öffentlichen Angelegenheiten vom Standpunkt meines Amtes und meiner Erfahrung aus lebhaft eingegriffen. Durch das tägliche

Klingeln der Notleidenden in meiner Wohnung, durch den Verkehr mit kundigen Industriellen, wie Herrn Fabrikbesitzer Hoppe, durch das Studium auch der Zollfragen, war ich veranlaßt, mit Gesinnungsgenossen im Oktober 1876 eine Wahlversammlung in die Norddeutsche Brauerei zu berufen. In dieser sollte die Wahl solcher Männer zu Abgeordneten vorbereitet werden, welche ein „offenes Auge und warmes Herz für die Bedürfnisse des Volkes" hätten. Zu dieser Versammlung erschien auch eine Anzahl von Sozialdemokraten. Die Folge war, daß ich **wiederholt Einladungen in wirkliche sozial-demokratische Versammlungen erhielt. Ich folgte einer solchen Einladung, nicht sowohl als Politiker, sondern als Hirt der Herde, im Bereich der eigenen Gemeinde, der nicht fliehen durfte, als der Wolf kam. Ich habe da dem Reichstagsabgeordneten Most, diesem Riesen Goliath im Lästern, gegenübergestanden, bin viermal auf die Tribüne getreten, und ist die große Versammlung, anfänglich sturmbewegt, still wie aus der Kirche nach Hause gegangen. Auch ein Brief von mir, den ich in eine spätere sozialdemokratische Versammlung gesandt, ist in derselben vorgelesen und mit Ehrerbietung von ihr aufgenommen worden. — Noch fällt mir ein, daß ich erst etwa im Jahre 1879 davon hörte, daß Hofprediger Stöcker Herrn Grüneberg den erwähnten Auftrag gegeben habe, daß mich dies damals mit Betrübnis erfüllte, ich es aber mit Fleiß vermieden habe, je wieder auf diese Angelegenheit zurückzukommen.*)"**

Hiernach hat also Herr Hof- und Domprediger Stöcker wider besseres Wissen und gegen die Wahrheit mich, seinen Amtsbruder, aus politischer Rankünе beschuldigt, jüdische Leute zu bevorzugen und ihnen Titel zu verschaffen. Derselbe hat dies gethan, obschon er das Geschenk des Herrn Kommerzienrats Cäsar Wollheim **selbst und für den unter seiner Leitung stehenden Oberlin-Verein angenommen und sich bestens dafür bedankt hat.** Er hat diesen verleumderischen Ausspruch in einer Fassung an die Oeffentlichkeit gebracht, welche den Stempel der Tendenz an der Stirne trägt und in geschickter Weise darauf berechnet war, mich als einen Mann hinzustellen, welcher sich für bedenkliche Gefälligkeiten bezahlen ließe.

---

*) Auch Herr v. Wedell vermutete keine sachliche Bedenken, brachte [illegible] vielmehr auch teilweise mit meiner ablehnenden Haltung gegenüber der Stöcker'schen Agitation in Verbindung, während ich gerade hatte be[illegible] wollen, daß ich damals nicht abgeneigt war, wenigstens in anderen Dingen mit Herrn Hofprediger Stöcker zusammen zu gehen. C. W.

Trotz dieser bitteren Kränkung seitens des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker habe ich am 9. und 10. Juni 1885 während der Verhandlungen vor Gericht neben der Wahrheit nur sein Wohl unter Hintansetzung meines eigenen Wohles mir zum Ziele gemacht. Er empfand dies auch und dankte mir dafür. Schon vorher hatte ich, indem ich für das etwaige gerichtliche Bedürfnis alle Originale bei mir führte, ihm unsere Korrespondenz gezeigt und wies nun, neben ihm sitzend, mit Finger und Wort nochmals besonders hin auf einen bestimmten Satz in seinem ihm in die Hand gegebenen*) Briefe vom 22. April 1885, und zwar mit der Erläuterung, daß diese Stelle doch etwas Thatsächliches enthalte und darum wahrscheinlich doch hätte verlesen werden müssen. Darauf sagte Herr Hofprediger Stöcker zu mir: „Das ist nicht nötig, denn ich habe genau das ausgesagt, was in dem Briefe steht."

Am Abend ersah ich aus den Zeitungen, daß der Herr Hofprediger Stöcker nach ihrem Berichte anders ausgesagt hatte, als in dem Briefe stand, und zwar das Wichtigste ausgelassen hatte.

Unter diesen Umständen wird meine Aussage, welche ich am zweiten Tage freiwillig ablegte, obschon ich nicht wieder geladen war, um so verständlicher sein.

Dieselbe wurde in Gegenwart des Herrn Hofpredigers Stöcker abgelegt und lautet nach dem stenographischen Bericht in der Broschüre „Prozeß Stöcker-Bäcker" auf Seite 20 wie folgt:

> „Es liegt nicht in meiner Absicht, auf ungenaue Zeitungsberichte über die gestrigen Verhandlungen hier zurückzukommen, um so weniger, da der Herr Präsident schon nach anderer Richtung hin das Unzulässige solchen Versuches hervorgehoben hat. Wohl aber habe ich noch auf Eines hinzuweisen. Der Herr Präsident sagte gestern, wenn ich recht verstanden, Herr Hofprediger Stöcker habe zugegeben, Herrn Grüneberg solche Mitteilungen gemacht zu haben, welche, wenn ich so sagen soll, im Sinne eines Angriffs gegen mich gedacht waren. — Präs.: Herr Hofprediger Stöcker hat zugegeben, daß er sich miß-

*) Ueber die Identität des von mir Vorgelesenen mit einem Auszuge des Briefes vom 22. April 1885 konnte daher grade für Stöcker, welcher Augen- und Ohrenzeuge meiner Vorlesung war, und dem ich vor meiner Vorlesung seinen Originalbrief vom 22. April 1885 noch dazu in die Hand gegeben hatte, kein Zweifel sein.

billigend auf Sie geäußert haben könne, weil Sie bei Ihrer politischen Stellung einem Juden hätten eine Auszeichnung verschaffen wollen; einen Angriff auf Ihre Person will er damit nicht beabsichtigt haben. — Witte: Schon gestern, nachdem ich meine Aussage gemacht, befragte ich Herrn Hofprediger Stöcker nachträglich, ob nach dem Inhalt seiner mir noch unbekannten Aussage ich eine seinerseits an mich gerichtete näher bezeichnete briefliche Mitteilung noch werde vorlesen müssen, und bekam die beruhigende Antwort, daß er bereits dasselbe ausgesagt, was er mir geschrieben. Inzwischen sind die Zeitungsberichte erschienen und ist es mir doch ungewiß geworden, ob ich nicht die gestern unterlassene und auch vergessene Vorlesung der bezüglichen Stelle eines von Hofprediger Stöcker an mich gerichteten Briefes heute nachzuholen habe. Ich möchte nicht nachträgliche Skrupel empfinden müssen, etwas verschwiegen zu haben, „was ich weiß“. Ich kann die kurze Stelle um so unbefangener vorlesen, als ich dies nach Besprechung und im vollen Einverständnis mit Herrn Hofprediger Stöcker thue. Die Stelle lautet: „Wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen zuverlässigen Menschen — wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielten, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen.“ — Es bleibt mir nur noch übrig, in der Sache mich dagegen zu verwahren, daß aus meiner Handlungsweise in der Angelegenheit des Kommerzienrats Wollheim mich irgendwie der geringste Vorwurf treffe und ich um derselben willen das Recht verloren haben sollte, einen konservativen Mann als konservativen Reichstagskandidaten zu empfehlen.

Die Behauptung des Herrn Stöcker, daß dem Gerichtshof — ich aber war der vorlesende Zeuge — ein anderer Brief als der vom 22. April 1885 vorgelegen, charakterisiert sich für immer als eine wahrheitswidrige, widersinnige und unter jedem Gesichtspunkte verwerfliche. Es ist nur ein großes Glück für mich, daß meine Zeugenaussage genau bis auf's Wort vorliegt. Was hätte anderenfalls mir noch nach Jahren nachgeredet werden können? Um so mehr aber bleibt es etwas Unerhörtes, daß Seitens des Herrn Stöcker auch noch trotz dieser Deutlichkeit meiner Aussage eine derartige Verdächtigung meines Zeugnisses etwa mehr als drei Jahre später gewagt worden ist. Nach Stöcker'scher Be-

hauptung würde es sich aber nunmehr sogar um zwei angeblich mir zur Last fallende „gefälschte Briefe" handeln und zwar erstens um den am 10. Juni 1885 vor Gericht von mir vorgelesenen Brief Stöcker's an mich und zweitens um einen Brief Stöcker's an Grüneberg.

Von den Vertheidigern im Prozeß Bäcker-Stöcker ist das Verhalten Stöckers gegen mich zutreffend gewürdigt. So sagte Rechtsanwalt Sachs in seinem Plaidoyer (S. 69 des Stenogr. Berichts):

> „In einem süßen Plauderstündchen vertraute Herr Stöcker dem Grüneberg die unwahre Thatsache an, daß sich Herr Witte damit beschäftige, jüdischen Leuten gegen Geschenke Titel zu verschaffen. Die Unwahrheit war Herrn Stöcker genau bekannt, sie muß ihm genau bekannt gewesen sein. Es ist zufällig damals nicht dazu gekommen, daß Grüneberg seinen Auftrag ausgeführt hätte, was er sonst ebenso gut wie ein italienischer Bravo gethan hätte. Herr Stöcker ist gefragt worden, auf welche Thatsachen denn sein Urteil sich stütze, und da sprach er von einem Pianino, welches dem Oberlinverein in Potsdam geschenkt worden ist. Klassischer konnte die Unwahrhaftigkeit nicht demonstriert werden, als damit, er könne einen Zusammenhang zwischen diesem Geschenk und Witte nicht herstellen. Nun ja, Herr Wollheim, der zu den edelsten und humanitärsten Menschen zählte, hat dem Oberlin-Verein dieses Klavier geschenkt. Aber welche Willkürlichkeit gehört dazu, Denjenigen, der nun den Betreffenden empfahl, und zwar mit Herrn v. Wedell gemeinsam, in Zusammenhang zu bringen, mit diesem Pianino. Ich meine, die Vorgänge sind charakteristisch, und wenn Jemand seinem Gegner nicht mit offenem Visir gegenübertritt, sondern Jemanden dingt, diesen Mann mit unwahren Behauptungen zu stürzen, und dies sogar gegen einen Amtsbruder anwendet, so weiß ich nicht, welche Bezeichnung ich dafür wählen sollte.

V.

Der „bekannte Schneider Grüneberg."

Das „Volk" spricht in dem Artikel vom 2. April von „dem bekannten Schneider Grüneberg". Für diejenigen, welche die Verhältnisse des Herrn Stöcker und die Persönlichkeiten, mit denen er sich umgeben hat, nicht näher kennen, bemerke ich hier kurz, daß dieser Grüneberg im Jahre 1878 die christlich-soziale Arbeiter-

Partei mitgegründet hat, bei der Gründungsversammlung von Stöcker zum Referenten bestellt war, in weiteren Versammlungen den Vorsitz geführt, eine Reihe sonstiger Vertrauensstellungen in der Partei bekleidet hat und schließlich daraufhin als Reichstags-Kandidat in Berlin aufgestellt worden ist.

Ich selbst hatte Herrn Grüneberg bis zum Januar 1889 nur dreimal in meinem Leben gesehen, nämlich im Dezember 1877, im Juni 1885 und im Februar 1888. Außerdem hatte ich einmal einen Brief von ihm vom 30. September 1878 bekommen. Diesen Brief hatte ich unbeantwortet gelassen.

Derselbe hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, den 30. 9. 78.

Herrn Pastor Witte.

Hochehrwürden.

Die letzte ihrer werthen Einladung in Betreff der Koncordia hat mich mit großer Freude überrascht, indem ich daraus ersehen, daß nicht alle christliche Vereine die Idee des Herrn Hofprediger Stöcker haben einen ausgebeuteten Menschen mißachtend zu behandeln. Ich trete heute eine Haft von 1 Monat in **Plötzensee** an, und werde nachdem treu zum Verein halten. Vorläufig nehmen Sie meinen Dank an für die wahre christliche Gemeinschaft welche ich erst jetzt fühle wo man die Freunde in der Noth suchen muß. Mit herzlicher Liebe Sie und den Verein grüßend zeichnet sich

ergebenst E. Grüneberg.

Da ich noch nichts ahnte von dem vorausgegangenen Auftrage Stöckers an Grüneberg, mich in öffentlicher Versammlung ehrenrührig anzugreifen, so hielt ich es für eine Pflicht der Loyalität, diesen Brief des Herrn Grüneberg an Stöcker zu senden. Es geschah mit folgendem Begleitschreiben:

Wie Ew. Hochwürden aus dem unter der Bitte der Rückgabe angeschlossenen Schreiben des bekannten Grüneberg des Näheren ersehen wollen, scheint derselbe sich gewissermaßen hier in Berlin retabliren zu wollen, und halte ich es deshalb für meine Pflicht, Sie von den Bestrebungen desselben in Kenntniß zu setzen. Der p. Grüneberg ist nämlich, nachdem er bereits der christlich-sozialen Arbeiterpartei beigetreten war, als Mitglied auch in den Verein „Concordia" eingetreten und in die Vereinsliste eingetragen worden, auch, da seine Löschung bisher nicht erfolgt war, ohne Vorwissen des Vorstandes auf gewöhnlichem Wege durch den Vereinsboten zu den Versammlungen eingeladen worden. Freilich ist er bisher niemals in den Versammlungen erschienen, so daß die jetzige Wiederaufnahme der Mitgliedschaft nur die Deutung zuläßt, sich dadurch eine Art Rückendeckung gegen die christlich-soziale Arbeiterpartei zu schaffen. Selbstverständlich ist es nicht unsere Absicht, ihm hierbei entgegenzukommen, vielmehr

liegt uns daran, die Angelegenheit Ew. Hochwürden Wünschen entsprechend weiter zu behandeln, und sehe ich Ihrer gefälligen Rückäußerung in dieser Beziehung ganz ergebenst entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ganz ergebenst
C. Witte.

Stöcker antwortete mir darauf mit folgendem Briefe:

Berlin, den 14. Oktober 1878.

„Geehrter Herr Amtsbruder!

„Haben Sie Dank für die Benachrichtigung betreffend Grüneberg. „Natürlich ist es so, wie Sie schreiben; Gr. will durch die Mitgliedschaft bei Ihnen seinen Ausschluß von uns decken. Der zweite „Bürgerverein hat ihn übrigens gleichfalls ausgestoßen, ohne ihn jedoch „öffentlich zu nennen. Dies würde ich für das Geratenste halten. „Daß sich Gr. als einen untreuen Haushalter und, seit er entdeckt „ist, als einen verlogenen und gegen die Partei treulosen Menschen „bewiesen hat, kann ich der Wahrheit gemäß bezeugen. Gott helfe „ihm wieder zurechte. Der Hochmuth hat ihn gestürzt; die Lügenhaftigkeit dazu. Trotzdem ist er kein religiöser Heuchler; bei der merkwürdigen Vermischung von Licht und Finsternis in diesem Menschen ist „er noch heute nicht ohne Glauben, d. h. ohne Ueberzeugung der Wahrheit des Evangeliums, sogar nicht ohne eine gewisse mystische Erregung, „aber freilich leider gänzlich ungeheiligt und durch Mangel an Buße „verwildert. Daß er trotz Allem und Allem noch einmal sich ernstlich „bekehrt, halte ich nicht für unmöglich. Gott gebe es! Ihr

sehr ergebener
Stöcker."

Im Dezember 1877 war Grüneberg zum ersten Male in meiner Wohnung erschienen, um im Auftrage Stöckers mich persönlich, sowie durch mich die Mitglieder des christlichen Männervereins „Concordia" von St. Golgatha zu bitten, an der für den 3. Januar 1878 von Stöcker und Grüneberg geplanten „Eiskellerversammlung" teilzunehmen. Ich lehnte ab.

Zum zweiten Male sah ich Grüneberg gelegentlich des Prozesses Bäcker-Stöcker am 9. Juni 1885.

Zum dritten Male und zwar zu meiner größten Ueberraschung sah ich ihn bei einer Vereinsfeier zu Moabit, zu welcher ich mit dem Vorsitzenden der „Concordia", dem Kreissynodaldeputirten Bieberstein, geladen war. Ich sollte reden und hatte mich schon bereit erklärt. Da wurde dem Herrn Grüneberg als dem Vertreter eines Jünglingsvereins aus einer innern Stadtgemeinde das Wort gegeben! Sobald ich diesen Namen hörte, verständigte ich vertraulich einen der leitenden Herren, daß

meines Bleibens nicht länger sei, und verließ mit Bieberstein die Versammlung, beim Weggehen den eben auf die Rednerbühne tretenden Herrn Grüneberg bemerkend.

Nach diesen Vorkommnissen konnte ich nicht darauf vorbereitet sein, Herrn Grüneberg einmal nach Ablauf von mehr als 11 Jahren wieder in meiner Wohnung zu sehen. Am 28. Januar 1889 traf ich, aus dem Konfirmanden-Unterricht kommend, ihn in meiner Studierstube an. Er hatte dringlich begehrt, mich zu sprechen und meine Frau hatte ihn auf meine baldige Heimkehr vertröstet. Was ihn zu mir führte, wird erklärlich aus dem Folgenden.

Im Dezember 1888 hatte der Abgeordnete Cremer gegen Stöcker eine Broschüre geschrieben. Beide Herren waren miteinander in politische Differenzen geraten, Differenzen, mit denen ich gar nichts zu thun hatte und bei deren öffentlicher Diskussion ich völlig unbeteiligt war. Cremer hatte zu näherer Charakteristik Stöckers den „Fall Witte" und den Stöckerschen Auftrag an Grüneberg erwähnt. Darauf erließ Stöcker am 3. Jan. 1889 folgende Erklärung:

> „Wenn Herr Cremer zu dem traurigen Mittel greift, mich durch einen Teil des Erkenntnisses in dem Prozeß Bäcker zu verdächtigen, so hat er damit so wenig Glück wie jeder Andere, der diesen gewagten Weg beschreitet: Der Fall Witte, den er anführt, belastet mich nicht. Zur Beweisführung in demselben diente dem Gerichtshof die Aussage eines Zeugen und ein Brief, den ich geschrieben haben sollte. Da der Zeuge von dem Gerichtshof selbst als ein „nicht klassischer" bezeichnet worden ist, so fällt sein Zeugnis weg. Der Brief aber existirt überhaupt nur in der Phantasie*) des Gerichtshofes, damit werden auch für jeden Einsichtigen die allerdings sehr unfreundlichen Schlußfolgerungen hinfällig, welche der Gerichtshof an die vermeintliche Thatsache geknüpft hat."

In Nr. 17 der „Kreuz-Zeitung" vom 11. Januar 1889 folgte nachstehende Notiz:

---

*) In einem späteren gerichtlichen Erkenntnis heißt es mit Bezug auf diese „schwere Bloßstellung" meiner Person: .. Jedermann, der davon wußte, daß der im Urteil erwähnte Brief ein vom Pfarrer Witte in seiner Eigenschaft als Zeuge vorgelesener gewesen sei, mußte bei der mit größter Entschiedenheit aufgestellten Behauptung, jener Brief habe nur in der Phantasie des Gerichtshofs existirt, die Meinung gewinnen, es werde dem Pfarrer Witte der […]wurf gemacht, dem Gericht einen gefälschten Brief vorgelegt […]en". Dies bezog sich auf Stöckers Brief an mich vom 22. April 1883.

Zur Cremerschen Broschüre.

Hofprediger Stöcker ersucht uns, mit Bezug auf seine gegenüber der Broschüre des Herrn Cremer abgegebene Erklärung zu konstatiren — was übrigens für aufmerksame Leser sich von selbst ergiebt — daß unter dem von ihm erwähnten „nicht klassischen“ Zeugen Herr **Grüneberg** und unter dem aus dem Erkenntnis zitierten Briefe ein lediglich auf Irrtum beruhendes, niemals vorhanden gewesenes Schreiben aus dem Jahre 1878 gemeint ist. Ein anderer Brief als dieser wird in dem Erkenntnis an der betreffenden Stelle überhaupt nicht angeführt.

Hieran schloß sich noch eine Reihe von Erklärungen, welche Stöcker und ich in den Tagesblättern veröffentlichten. Daß sein Name hierbei von Stöcker in die Erörterung gezogen war, hatte Grüneberg veranlaßt, mich in meiner Wohnung aufzusuchen. Wie schon bemerkt, war ich zunächst nicht anwesend. Bevor ich zurückkehrte, hatte er meiner Frau eine von seiner Hand gefertigte Abschrift eines Briefes von Stöcker an Grüneberg vom Sommer 1878 gezeigt und ihr zur Abschrift dargeboten. Meine Frau verlangte, zunächst das Original zu sehen. **Da entfaltete er den Originalbrief, ließ meine Frau die betreffende Briefstelle lesen, hielt ihr darauf seine Abschrift zum Abschreiben hin, wobei er es ausdrücklich ablehnte, Original oder Abschrift aus seiner Hand zu geben; daneben bemerkte er, solches sei ihm nicht zu verdenken, da beides doch zu wichtig sei.**

Er erzählte, außer diesem einen Briefe besitze er noch „einen ganzen Haufen von Briefen von Stöcker“, welche er sämmtlich mir wolle zur Verfügung stellen. Die Herren Stöcker und Freiherr v. Hammerstein wären beide bei ihm gewesen und hätten für diesen einen Brief allein 500 Mark geboten. Er wolle indessen mit ihnen nichts zu thun haben, wolle ihr Geld nicht. Mir aber wolle er die Briefe schenken.

Kaum hatte meine Frau die Abschrift gemacht, als ich eintrat. Im ersten Moment erkannte ich ihn nicht. Er nannte sich, und sofort erkannte ich ihn und die Situation. Ich bemerkte, ich fände es doch sehr auffällig, daß er zu mir käme. Er erwiderte, das begreife er. Ich fuhr fort, nur daß ich dabei jede Herbheit des Tones vermied, daß ich ja nicht wissen könne, ob er nicht als Spion käme und ob er nicht etwa von Stöcker zu mir gesandt wäre. Er behauptete das Gegenteil; er fühle sich von Stöcker verletzt und komme nun zu mir nur darum, weil er nicht

vor mir als Lügner gelten wolle. Er sagte mir, daß er noch großen Wert auf den Rat des Missionsdirektors Wangemann lege. Ich erwiderte nur, Wangemann und ich seien intime Duz-Freunde, doch wisse ich nicht, was er in Stöcker'schen Angelegenheiten solle raten können.

Bekanntlich bin ich wegen meiner im Mai 1889 (bei F. Fontane & Comp.) erschienenen Broschüre: „Mein Konflikt mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker" in Disziplinar-Untersuchung genommen worden. Herr D. Wangemann wurde als Zeuge vernommen und ist dahin verstanden, Grüneberg habe ihm erzählt, daß er mir das Original des Briefes von Stöcker an Grüneberg aus dem Jahre 1878 gezeigt habe. Das wäre ein Irrtum von Grüneberg; er war gekommen, den Originalbrief mir zu zeigen, hatte ihn aber, weil ich abwesend war, meiner Frau gezeigt und bei seiner Erinnerung an die in einander fließenden Gespräche mit meiner Frau und mir hätte er sich in diesem Nebenpunkte seiner Erinnerung geirrt. Wangemann ist übrigens, wie er als Zeuge bekundet hat, von Stöcker gebeten worden, er solle den Versuch machen, von Grüneberg Einsicht und wo möglich Auslieferung des Briefes zu erlangen.

Der Umstand jedoch, daß Stöcker den D. Wangemann um seine Vermittelung in der Briefangelegenheit überhaupt anging, um mit Grüneberg wegen der Auslieferung des Briefes zu verhandeln, ist mir ein selbstständiger Beweis für die Existenz dieses Briefes; es war mir soviel wie ein Eingeständnis von Stöcker selbst, daß Schneider Grüneberg das Original des Briefes in Händen habe. Es war mir auch wichtig, daß gerade D. Wangemann davon wußte, und es ist mir wichtig geblieben, daß er nie an der Existenz des Briefes gezweifelt hat. Diese Gewißheit hat ihm viele innerliche Bedrängnis verursacht.

VI.

Die Grüneberg'schen Briefe.

Grüneberg hatte mir versprochen, am nächsten Tage den Originalbrief und noch andere Stöckerbriefe zu geben und zu überlassen. Statt dessen erhielt ich zwei Tage darauf folgenden Brief:

Berlin den 30. 1. 89.

Hochwürden Herr Pastor Witte!

Bitte Euer Hochwürden ergebenst noch einige Tage auf meinen Besuch zu verzichten, indem ich heute den Hofprediger Stöcker auf-

gefordert habe, die durch die Presse verübte Beleidigung, welche mich als Lügner und unzuverlässigen Menschen hinstellt, zurückzunehmen, **widrigenfalls ich durch die Presse den Belag seines Briefes als Wahrheitsbeweis** veröffentliche.

Hochachtungsvoll

ergebenst

E. Grüneberg

Louisenstr 62

Diesen Brief ließ ich unbeantwortet, sandte dagegen denselben im Original samt andern Schriftstücken an den Evangelischen Oberkirchenrat mit der Bitte um Untersuchung.

Wenn nicht alles täuscht, scheint ein Brief von Grüneberg thatsächlich am 30. Januar 1889 an Stöcker ergangen zu sein. Ich war damals noch nicht Leser des „Volk", lernte daher einen Artikel, der für den 1. Februar 1889 am Donnerstag, den 31. Januar 1889, ausgegeben wurde und daher am 31. Januar geschrieben sein mußte, erst später kennen. Der Artikel lautet folgendermaßen in Nr. 27, Beilage des „Volk":

Freitag, 1. Februar 1889.

„**Witte gegen Stöcker.** Ein äußerst zuverlässiger Gewährsmann teilt uns mit, daß Herr Witte nun auch bereits zwei Mal den Besuch des bekannten Herrn Grüneberg, der s. Z. der christlichsozialen Partei gegenüber so eine Art Verräter spielte, dann aber später um Wiederaufnahme bat, empfangen hat. Es muß wackelig stehen, wenn man schon die Hülfe so tadelloser Zeugen, wie Herr Grüneberg einer ist, braucht."

Hierzu bemerkte ich bereits in meiner Broschüre aus Januar 1890 „Wider das Stöckersche Volk" auf Seite 12 bis 13:

Einen zweiten Besuch des Herrn Grüneberg empfing ich meiner Erinnerung nach erst in der zweiten Hälfte des März. Bis zum 1. Februar lag nur ein Besuch des Herrn Grüneberg vor. Meine Unterredung mit ihm dauerte nur wenige Minuten. Es folgte meinerseits auch eine Anzeige hierüber an den Ev. O.-K.-Rat und von Seiten des Herrn Grüneberg gegen mich eine Beschwerde. Ich habe nie seines Zeugnisses „bedurft", habe ihn als Zeugen aber infolge der Stöcker'schen Beschwerden wider mich sowie mit Bezug auf die am 9. Mai wirklich gegen mich beschlossene Disziplinar-Untersuchung allerdings vorschlagen müssen. Herr Grüneberg hat, wohl unter dem Eindruck, welchen die Herren Stöcker und v. Hammerstein auf sein Gemütsleben erfolgreich mit „allem Geist und Gaben" aus-

geübt, jede Ablegung eines Zeugnisses über die Existenz des auf Seite 11 meiner Broschüre mitgeteilten Auszuges aus einem Briefe von Stöcker an Grüneberg verweigert. Nach Nachrichten, welche ich für wohlbezeugt halte, hat im Januar 1889 Frhr. v. Hammerstein den Herrn Grüneberg besucht, desgleichen denselben auch der Herr Hofprediger Stöcker etwa am 3. Februar, wenn auch zunächst ohne seine Absicht, ihn zu sprechen, zu erreichen. Ein Bittschreiben Grünebergs an mich, betreffend ein Darlehen an ihn, habe ich geglaubt, unbeantwortet lassen zu sollen. Wer sich um Grüneberg's Reden oder Schweigen Mühe gegeben hat, wird ja auch noch an den Tag kommen. Grüneberg hat inzwischen dem Konsistorium erklärt, er werde kein Zeugnis ablegen, selbst wenn er wegen dieser Verweigerung ins Gefängnis komme. Nahrungssorgen scheinen ihm zur Zeit nicht in Betracht zu kommen."

Die beiden Freunde, Frhr. v. Hammerstein und Stöcker, haben auf diese meine kritischen Aeußerungen vollständig geschwiegen, nur sprach sich Herr v. Hammerstein dahin aus, daß er nicht mit mir als Geistlichem in ein Duell eintreten könne. In diesem Schweigen lag mir eine Bestätigung der Thatsache, daß beide sich um Grüneberg wirklich beworben hatten, daß aber Grüneberg eine überlegene Stellung ihnen gegenüber damals beibehielt.

Für eine Folge des obigen „Volk"-Artikels erachte ich nachstehendes Schreiben von Grüneberg an Stöcker, ein Schreiben, welches nicht gerade den Eindruck eines ersten seiner Art macht.

Berlin, den 1. Februar 1889.

Ew. Hochwürden Herr Hofpred. Stöcker.

Theile ich hiermit mit daß ich es nicht länger Dulde, daß mein Name in der Oeffentlichkeit als Lügner bezeichnet wird. Heute morgen erst machte mir ein Offizier wieder die Mitteilung daß ich von Ew. Hochwürden als Lügner und unzuverläßiger Mann hingestellt werde und ich dadurch an Vertrauen bei den Offizieren täglich einbüße und Arbeit verliere. Ich ersuche jetzt Ew. Hochwürden mir meine Ehre wieder herzustellen, **indem Ew. Hochwürden sehr gut wissen daß der Auftrag in der Witteschen Angelegenheit sich noch schriftlich in meinen Händen befindet.**

E. Grüneberg
Militärschneider
Louisenstr. 62.

Am nämlichen Tage antwortete Hofprediger Stöcker dem Schneider Grüneberg auf den vorstehenden Brief, welcher fast auf versuchte Erpressung hinausläuft, mit folgendem Schreiben:

Berlin, 1. Februar 1889.

Ew. Wohlgeboren ,

ersuche ich, mich in der betreffenden Sache morgen Sonnabend oder Sonntag früh 9 Uhr zu besuchen.

Hofprediger Stöcker.

Hierauf schrieb angeblich Frau Grüneberg in ihrer Antwort an Herrn Stöcker, ihr Mann sei krank und könne nicht kommen.

Stöcker schrieb darauf an Frau Grüneberg:

Berlin, 2. Februar 1889.

Wenn Ihr Mann nicht zu mir kommen kann, so ersuche ich Sie, mich zu besuchen. Ich bin gern bereit, für den Offizier, der Ihnen die Arbeit entzogen hat, eine Mitteilung zu machen, wodurch derselbe Ihnen seine Kundschaft wieder zuwendet. Auch ich war froh, daß Ihr Mann seinen guten Erwerb hatte. Und daß er nun krank ist, thut mir leid.

Morgen Sonntag 9 Uhr bin ich zu Hause.

Mit dem Wunsch baldiger Genesung für den Kranken

Hofprediger Stöcker.

Es ist bezeichnend, daß Stöcker in diesen beiden Briefen die Grüneberg'sche Behauptung, daß er in der Witte'schen Angelegenheit von Stöcker schriftlich beauftragt worden sei, nicht in Abrede gestellt hat, obgleich er das Gegenteil beschworen hat.

Grüneberg selbst schrieb an Stöcker Folgendes:

Berlin, 3. Februar 1889.

Herrn Hofprediger Stöcker!

Diene hiermit ergebenst zur Kenntnis, da eine Einigung unsererseits doch nicht zu Stande kommt, so halte ich alle Korrespondenz für überflüssig und erkläre hiermit, daß ich weder persönlich noch schriftlich mit Ihnen nichts mehr zu thun haben will.

E. Grüneberg

Grüneberg wandte sich sodann am 5. Februar 1889 mit folgender Beschwerde an den Evangelischen Oberkirchenrat:

In Sachen der Herren Pastor Witte und des Hofpredigers Stöcker.

Berlin, den 5. Februar 1889.

An

Den Königlichen evangelischen Oberkirchenrath

Berlin

Köthenerstr. 38.

Am 16. 17. und 18. Januar dieses Jahres ging durch die ganze öffentliche Presse eine Auseinandersetzung in einer Beleidigungssache der beiden Geistlichen, des Herrn Pastor Witte und des Hofprediger Stöcker. Diese Angelegenheit wäre für mich soweit Gleichgültig, wenn ich nicht in dieser Angelegenheit um meine Ehre und in meinem Gewerbe erheblich geschädigt worden wäre. Die Worte, daß ich die Unwahrheit gesagt haben soll, und nicht zuverlässig bin, sind von schwer

wiegender Bedeutung, vornämlich für einen Handwerker, welcher nur eine Kundschaft besitzt welche aus konservativen Kunden besteht. Es ist mir leicht nachzuweisen, ob ich früher in dieser Streitsache die Wahrheit oder Unwahrheit gesagt habe, **denn die in meinen Händen sich befindende Korrespondenz zwischen mir und Hofprediger Stöcker befindet sich noch von vor zehn Jahren in ausgedehntester Weise in meinen Händen und gerade diese Briefe, über diese jetzt angeregte Streitfrage beider Herren habe ich am sichersten aufbewahrt.** Ich bin aber vorläufig nicht Willens von denselben Gebrauch zu machen, obgleich mir schon indirekt von einem hochstehenden, aro-kratischen Redakteur bedeutendes Gebot gemacht worden ist, ich will und mag dieselben nicht eher verwenden als bis mir von allen kirchlichen Behörden mein Recht abgeschnitten wird. Ich bin daher mit beiden der Herrn Geistlichen schon in Verbindung getreten, mit Herrn Pastor Witte am 28. Januar um mir zu rechtfertigen daß ich keine Unwahrheit gesagt. Derselbe ließ sich aber in keiner entschuldigent gegen mir aus, um zu beklagen, daß er mich durch seine Veröffentlichung wieder an den Bettelstab gebracht und erkannte sofort, daß ich mit denselben nicht weiter zu verhandeln habe.

Mit Hofprediger Stöcker habe ich vom 1. bis 4. Februar schriftlich verhandelt, derselbe war nicht abgeneigt etwas für mich zu thun, obgleich er erklärte keine Schuld zu haben an den Grund der Veröffentlichung, nur war mir mit den Weg welchen er zu meiner Hülfe einschlagen wollte nichts geholfen,

Da ich seid mehr denn 9 Jahren unbestraft, durch des Herrn Barmherzigkeit an seiner Hand geleitet worden bin, im seeligen Frieden, wie ich mir denselben im Himmel nicht schöner wünsche in meinem Hause gelebt, durch das Vertrauen der christlichen Brüder in christliche Vereine eingeführt, aufgenommen und wieder Aemter erhalten, in meinem Stadttheil mich das Ansehen meiner Mitbürger erworben habe, bei den Gerichten als Schöffe vertreten wahr und mich durch Gottes Gnade und Barmherzigkeit wieder eine Existenz und Broderwerb gesucht habe, nachdem ich 400—500 Mark zur Gründung meines Geschäft wieder abgezahlt habe, nachdem ich Alles wieder geordnet, da kommen diese beide Herren Geistliche wieder und werfen die Brandfackel in mein friedliches Haus um es bis auf den Grund zu zerstören.

Ich habe durch diese öffentlichen, unwahren Beschuldigungen den ganzen Theil meines Erwerbes und den Ruf meines gut erworbenen Namens eingebüßt und sitze mit den Beweis in Händen als Laie da, um von den Menschen verachtet und verspottet zu werden, und dies verursacht durch evangelische Geistliche welche die brüderliche Liebe und die Heilandsliebe predigen.

Sind das Waffen der Gerechtigkeit? gegen einen unschuldigen in dieser Sache betheiligten Handwerker? Ich wollte daher den hohen evangelischen Kirchenrath bitten, ehe ich auf eine gerichtliche Entscheidung dränge als Vermittler dieser Angelegenheit zwischen mir und

diesen beiden Herrn zu treten um auf irgend einem Wege mir eine Rechtfertigung welche mir als Schadenersatz dient zukommen zu lassen, denn auf den Rechtsweg würde mir dieselbe doch zugestanden.

Das der Rechtsweg einen noch nie dagewesenen Staub aufwirbeln würde läßt sich leicht denken, indem ich von vielen Seiten dazu gedrängt werde, aber mich ekelt für diesen lästigen Drängern, indem ich nur den Frieden Gottes suche.

Darum ersuche ich nochmals den evangelischen Ober-Kirchenrath sich meiner dieser Angelegenheit anzunehmen, auch bin ich bereit persönlich zu erscheinen und meine Aussagen genau zu machen.

Mit Hochachtung ergebenst

Emil Grüneberg
Militair-Schneidermeister
Luisenstraße 62

Hierauf erhielt Grüneberg folgende Antworten:

Ihre Eingabe d. d. Berlin, den 5. Februar 1889, betr. Angelegenheiten der Herren Pastor Witte und Hofprediger Stöcker, ist mittels Dekrets vom 11. Februar 1889 urschriftlich an das hiesige Königliche Konsistorium gesandt worden.

Berlin, dan 12. Februar 1889.
Geheime Kanzlei
des Evangelischen Ober-Kirchenrats
gez. **Scheithauer**
Geheimer Kanzlei-Inspektor.

Vorläufige Benachrichtigung
No. 639 **E. O.**
Herrn Militär-Schneidermeister
Emil Grüneberg
E. O. 639 hier N. W.
Portopfl. D. Sache! Luisenstraße 62.

Wohlverständlich wird jedem Leser die in folgendem ergangene Konsistorial-Eröffnung erscheinen:

Königliches Konsistorium
der Provinz Brandenburg
C. Nr. 3767.

Berlin, den 18. Februar 1889.
SW. Schützenstraße 26.

Auf Ihre unter dem 5. d. Mts. an den Evangelischen Ober-Kirchenrath gerichtete, zur Kenntnißnahme und geeigneten Verfügung uns zugefertigten (!) Eingabe, welche die Veröffentlichungen des Herrn Hof- und Dompredigers Stöcker und des Herrn Pfarrer (!) Witte betrifft — mit Bezug auf den Beleidigungsprozeß gegen den Redakteur **Bäcker** aus dem Jahre 1885 — erhalten Sie hiermit den Bescheid, daß wir keine Veranlassung finden, der gerichtlichen Geltendmachung Ihrer angeblich verletzten Rechte durch irgend welche Vermittelungsversuche entgegen zu treten.

Königliches Consistorium.
gez. Hegel.

An
den Schneidermeister für Militair,
Herrn **Emil Grüneberg**
hier.

Am nämlichen Tage, an welchem vorstehende Verfügung vom 18. Februar erging, erschien für den 19. Februar 1889 im „Volk" nachstehender Artikel.

Witte gegen Stöcker.

Die Sache wird immer netter. Die Mittel, mit denen man den Kampf gegen Stöcker aufnimmt, werden immer schmutziger. Gestern (Sonntag) Nachmittag erhielt Hofprediger Stöcker folgenden Rohrpostbrief, dessen Schreiber seinen Namen nur durch zwei Anfangsbuchstaben bezeichnet. Der Brief lautet wörtlich und buchstäblich, wie folgt:

„Geehrter Herr Hofprediger! Soeben komme ich
„von Grüneberg und hatte Gelegenheit genommen, über
„die Wittesche Angelegenheit zu sprechen. Der Mann ist
„in Wahrheit wirklich durch die Sache in Not geraten.
„er sagte, hätte man ihm 500 Mark Entschädigung über-
„sandt, so wäre für den Hofprediger Stöcker ein großer
„Sieg erfolgt, welcher aber auch jetzt noch in letzter
„Stunde möglich wäre; er hätte Ihnen ein Schreiben
„zugestellt, in welchem die Sache zum großen Nachteil
„Wittes ausgefallen wäre. Bis jetzt hat Grüneberg noch
„nichts aus den Händen gegeben, da aber eine überaus
„große Not vorhanden ist, so scheint aber die Sache am
„oder zum Dienstag in sehr gewiegte Hände gelegt zu
„werden, wenn ich merke, in den Händen der Norddeutschen
„Gesellschaft. Als hoher Verehrer Ihrer Person bin ich
„der festen Ueberzeugung, daß Sie, Herr Hofprediger,
„noch rechtzeitig eingreifen und diese kleine Entschädigung
„leisten können. Vielleicht macht's Grüneberg auch noch
„billiger. Sie bekommen werthvolles dafür, ohne es zu
„verlangen; es wird Ihre Ehre auf großer Weise gerettet,
„und dies geschieht ohne Ihr zuthun; darum noch schnell
„der Wink in letzter Stunde."

Man sieht, der Plan ist nicht schlecht ausgedacht. So ein kleiner Briefhandel, 500 Mk. das Stück, wäre nicht übel. Es sieht beinahe aus, als hätte ein geschäftskundiger Jude bereits seine Finger dazwischen. Ob mit der „Norddeutschen Gesellschaft" etwa die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gemeint sein soll? . . . . Sollte man übrigens in dieser gemeinen Art und Weise der Androhung von „Enthüllungen" u. s. w. von ge- wisser Seite fortfahren, so würden schließlich auch an- ständige Leute nicht länger an sich halten dürfe-, über die Urheber, Helfer und Helfershelfer in diese- Sache Enthüllungen zu machen, die ein ni- geringes Erstaunen hervorrufen würden. —

Hierzu habe ich schon meinerseits im Januar 1890 in meiner Broschüre „wider das Volk" Folgendes bemerkt:

„Man fragt erstaunt, wie obiger Artikel zu seiner Ueberschrift gelangt, und kann nur annehmen, es sei „zum großen Nachteil Wittes" beabsichtigt. Jener Rohrpostbrief giebt allerdings viel zu denken.

Daß der Artikel dagegen mich mit „schmutzigen" Dingen in aktiven Zusammenhang bringen soll, ist zweifellos. Nicht Herr Leuß, der Redakteur des „Volk", sondern Herr Stöcker muß doch den Rohrpostbrief bekommen haben, und schon darum hat nur Herr Hofprediger Stöcker den Artikel drucken „lassen" können. Zwei von Grüneberg zu Ende März 1889 an mich gerichtete Schreiben mit der Bitte um ein Darlehen habe ich nicht beantworten zu sollen geglaubt; er scheint jetzt neuerdings wieder ohne Nahrungssorgen zu sein.

Die Drohung gegen mich mit „Enthüllungen" war mir bis auf Weiteres völlig unverständlich, bis ich nachträglich von einer inzwischen Seitens des Königlichen Konsistoriums gleichfalls bereits zurückgewiesenen, damals aber noch frischeren Anzeige gegen mich Kenntniß erhielt, mit welcher Hofprediger Stöcker kraft seines „Rückgrats von Eisen" abermals bei den Behörden mich hatte treffen wollen. Es mögen etwa vier Beschwerden Seitens dieses in seiner Art unermüdlichen Mannes aus dem Jahre 1889 gegen mich vorliegen."

Außerdem aber scheint dieser Artikel zu beweisen, daß vorübergehend damals die Dissonanz zwischen Grüneberg und Stöcker eine aufrichtige war.

Demnächst richtete Grüneberg an das Konsistorium folgendes eigenartige Schreiben:

Berlin, den 12. 3. 1889.

An das Königliche Konsistorium der Provinz **Brandenburg**.

In Erwiederung Ihres geehrten Schreibens vom 18. Februar teile ich mit, daß ich allerdings mit der Antwort des Königlichen Konsistoriums nicht zufrieden gestellt bin, jedoch von einer weiteren Verfolgung dieser beiden Herrn Geistliche Abstand nehme.

Erstens weil mir die heilige Passionszeit zu ernst erscheint, und der Beschimpfer seiner Amtsbrüder (der Herr **Stöcker**) zu gering ist, um durch denselben das Christenthum in diesen heiligen Tagen zu schädigen, wenn auch gleich das Königl. Konsistorium anderer Ansicht ist als die eines **Laien**.

Zweitens weil ich mir zur Aufgabe gemacht habe, keinen irdischen Richter mehr damit zu beauftragen in göttlichen Angelegenheiten ein Urteil zu sprechen, indem Gott der Herr allein von diese Herrn Rechen-

schaft verlangen wird, was dieselben mir und den Christenthum geschädigt und ob man dieses Handeln mit ihren geistlichen Stand vereinbaren kann.

Zum Schluß aber werde ich zur Stelle sein und die Beweismittel vorlegen, wenn ich dazu berufen werde, [damit die Gerechtigkeit den Sieg behält, und die Lüge aus dem Munde eines Heuchler seltener Größe verstummt, dann werde ich den Beweis bringen, ob der in staubgetretene Handwerker ein Lügner ist, oder der Königliche Hofprediger. Denn Gott ist gerecht, darum sollen seine Diener auch gerecht sein und nicht lügen, womöglich noch die Lüge beschwören und später einen Irrtum vorschützen und als Ausrede benützen, denn mit immerwährenden Irrtümern läßt uns der Herr nicht ins Paradies.

Mit Hochachtung ergebenst

E. Grüneberg.

(B.*) Die Abschrift ist dem evangelischen Oberkirchenrath an denselben Tage auch zugesandt.

Wenige Tage darauf trat Grüneberg auf's Neue bei mir an. Er beklagte sich bei mir, daß ich, wie er von Stöcker erfahren habe, derjenige sei, der seinen Namen als eines „unklassischen Zeugen" in die Oeffentlichkeit gebracht und ihm dadurch seine Kundschaft ruiniren geholfen habe. Ich bestritt diese Anschuldigung und versprach, zur Entkräftung derselben ihm das betreffende Exemplar der Kreuz-Zeituug zu senden. Außerdem sagte ich ihm, daß alle persönlichen Verhandlungen unfruchtbar sein würden, und es nur darauf ankommen könne, daß er sein Versprechen erfülle, mir das Original der von ihm im Auszuge mir vorgelegten Abschrift zu zeigen, von welcher Abschrift meine Frau auf seinen Antrieb eine eigenhändige Abschrift gemacht habe.

Anstatt daß nun Grüneberg, wie er versprach, das Original mir gebracht hätte, empfing ich durch besonderen Boten folgenden Brief zur Kenntnisnahme, jedoch mit der Erlaubnis, denselben nebst einer Anzahl Grüneberg'scher Abschriften, darunter auch einer neuen Abschrift des an ihn nach seiner Behauptung gerichteten Stöcker'schen Briefes, abschreiben zu dürfen. Weil ich keine Zeit hatte, so unterzog sich auf meine Bitte meine Frau dieser Arbeit.

Grünebergs Brief lautete also:

Berlin, den 18. März 1889.

Sehr geehrter Herr Pastor Witte!

Als ich heute Morgen im Begrif war, Ihnen den Brief des Herrn Stöcker zu überbringen, verweigerte meine Frau mit Recht die

* Vermuthlich soll das lateinische B. bedeuten so viel wie Bemerkung.

Ueberbringung, indem sie sagte, es wäre eine unwürdige Handlungsweise von mir, wenn ich einen Pastor, welchen ich gemeinsam mit den Hofprediger zugleicher Zeit am Oberkirchenrath angeklagt habe, jetzt Einsicht von Briefen nehmen lasse, bevor mir irgend eine Satisfikation gegeben worden ist. So wenig meine Frau eine Freundin des Herrn **Stöcker** ist, so muß sie ihm doch nach sagen, daß er den Willen hatte, etwas zu thun, indem er persönlich mit uns unterhandeln wollte, obgleich er in einem Briefe erwähnte, daß die Schuld der Publikation nicht ihn, sondern den Herrn Pastor **Witte** träfe, aber abgeneigt sei er nicht, für mich in die Schranken zu treten.

Um nun den Herrn Pastor **Witte** genau zu informieren, laß ich die Abschrift, oder Anklageschrift, welche an den Oberkirchenrath und Königliches Konsistorium gerichtet war folgen, um hiermit Hochwürden zu überzeugen daß ich auch nicht im kleinsten Maaße Einsicht nehmen lassen kann, von dem, was ich in Händen habe.

Mit Hochachtung und Ergebenheit
E. Grüneberg.

Das Verhalten Grüneberg's wird noch ferner illustriert durch ein paralleles Schreiben vom nämlichen Tage an den Vereinshelfer Kreutzberg.

Hier ist die Bemerkung einzuschalten, daß Herr Vereinshelfer Kreutzberg ein Mann war, bei dem der Schneider Grüneberg durch die „Sprache Kanaans", welche er stellenweise gebrauchte, Vertrauen erweckt hatte. Derselbe hatte es für seine Pflicht gehalten, auf Grund seiner mehrjährigen Beziehungen dem Grüneberg vorzustellen, daß es sich zieme, sein Versprechen zu halten.

So wird der nachstehende Brief um so eher verständlich:

Berlin, den 18. 3. 1889.

Lieber Herr **Kreutzberg**!

Soeben komme ich von Herrn Pastor **Witte**. Was wir zu sprechen hatten war ja immer wieder der Gegenstand **Stöcker**. Ich hatte mir vorgenommen **den Brief Stöckers worin ich aufgefordert werde, nach der vorhergegangenen verunglückten Versammlung in der Norddeutschen Brauerei, die Angelegenheit Witte in einer nächsten öffentlichen Versammlung zu erledigen Herrn Pastor Witte zu übergeben damit er Einsicht davon nehme.** Daß ich mit meiner Frau darüber sprechen mußte war selbstverständlich, und erhob sich darum, weil meine Frau eine Gegenansicht darüber hatte, eine im meinen Hause noch nicht dagewesene Friedensstörungen.

Sie sagte folgender Maaßen.

1.) deine Noth und unser Elend, welches wir durch diese Herren gehabt haben ist wohl nicht groß genug, um uns zuletzt noch unter den Bettelstab zu bringen, wenn ich nicht bald aufhöre mit jeden über Diese Angelegenheit abzubrechen.

2.) Helfen aus deiner Lage thut dir kein Mensch, jeder sucht dir nur zu seinen Vortheil, um dir nachher deinen Schicksal Preis zu geben.

3) die Menschen können dir keine Ehrenerklärung mehr geben, wenn du nicht von Gott deinen Heiland reingewaschen wirst.

4.) hat Stöcker dir nicht alles versprochen? Wolte er dir nicht Stellung und Mittel geben auf alle Arten, und hat dir fast jämmerlich verhungern lassen, daß du bei den Juden mußtes dein Brod erbetteln?

5.) Lieber wollen wir im Elend umkommen, und dem Herrn in seinen Händen fallen, als den Menschen Waffen geben, damit Sie sich bekämpfen.

Dieß die Vorwürfe meiner Frau nebst einen heftigen Auftritt, indem sie in Wahrheit erklärt und daß ich die ehrliche Hülfe erkennen werde, auch dann wenn ich nichts thue.

Mein lieber Herr Kreutzberg ich soll also nach der Ansicht meiner Frau eine ganz abwartende Stellung einnehmen, ich soll erst abwarten, **ob Stöcker irgendwelchen Eid über diese Sache leistet,** ich soll nach der Ansicht meiner Frau keinen Menschen von diesen Briefen Kenntniß geben, damit ich mir die Vergeltung nicht aus den Händen gebe.

Ich komme immermehr in Verdrießliche Verhältnisse durch die Sache und muß bedauern schon etwas Rücksicht auf meine Frau nehmen zu müssen, denn mein Haus muß friedlich bleiben. Es würde mich daher freuen, da Herr Pastor Witte auf mich wartet, doch zu bitten, daß Sie sofort nach Empfang meines Briefes sofort zu Herrn Pastor Witte gehen und denselben Kenntniß geben. Auch kann es die Frau Pastorinn sein.

Sie können dieß Schreiben Ihnen vorlegen.

Mit Gruß in herzlicher Liebe

E. Grüneberg

Aus den Aeußerungen des Herrn Kreutzberg hatte ich entnommen, daß der Verdacht von Grüneberg, ich hätte seinen Namen als den eines „nichtklassischen Zeugen“ in die Oeffentlichkeit gebracht, in ihm noch immer tief eingewurzelt war. Auch aus der mir von Grüneberg am 18. 3. 1889 mitgeteilten Abschrift seiner Eingabe vom 5. Febr. 1889 an den Oberkirchenrat hatte ich dies entnehmen müssen. Auch vor Grüneberg durfte ich mich nicht endgültig in falschen Verdacht bringen lassen. Daher schrieb ich ihm nachstehenden Brief:

Berlin, 22. März 1889
N., Eichendorffstr. 1.

Sehr geehrter Herr!

Ew. Wohlgeboren verfehle ich nicht, Ihre letzte Zusendung [illegible] 18. März, nachdem ich mit Ihrer [illegible] Abschrift [illegible] habe, beifolgend im Original [illegible]

Mir persönlich hat nichts ferner gelegen, als die Wahrheit Ihres Zeugnisses zu bemängeln, vielmehr habe ich mich, im Gegensatz zu dem Herrn Hofprediger Stöcker, ausdrücklich darauf berufen, und kann der Vorwurf, als habe ich Sie auch meinerseits geschädigt, nur auf einem völligen Mißverständniß beruhen. Ich habe ja das größte Interesse dabei, jeden Makel von Ihrer Aussage entfernt zu sehen.

Hochachtungsvoll

ergebenst E. Witte,
Pfarrer an St. Golgatha.

An
den Schneidermeister für Militär
Herrn Grüneberg
Wohlgeboren Berlin.

Von Grüneberg aber empfing ich andern Tages folgende Antwort:

Berlin, den 23. 3. 1889.

Ew. Hochwürden!

Setze ich ergebenst in Kenntniß, daß ich soeben zu Montag Vormittag an höchster Stelle vorgeladen bin, um Aussage in der Ihnen bekannten Sache zu geben.

Da ich aber in meiner immermehr steigenden Nothlage auch noch nicht im Geringsten von einen der beteiligten Herrn unterstützt worden bin, sondern mich über Hülfe in letzter Stunde noch getäuscht habe, so werde ich diese Vorladung nicht Folge leisten, und jede Aussage nebst Belag darüber für jetzt und Zukunft verweigere.

Hochachtungsvoll
E. Grüneberg.

Ich antwortete nicht. Demnächst erhielt ich folgende neue Zuschrift:

Sehr geehrter Herr Pastor!

Meine Lage wird immer bedenklicher und steigert sich zu einem Höhepunkt welcher mich bald in Verzweiflung treibt. Ich habe auch nicht das geringste von Arbeit. Alles, Alles verloren. Ich komme nun noch einmal im letzten Augenblick zu Ihnen um dringend zu bitten mich nur wenigstens Leihweise mit einen kleinen Betrag zu helfen damit ich von neuen versuchen kann mein Geschäft aufzurichten. Würden Euer Hochwürden mich 150 Mark borgen, welche ich auf Grund eines Schuldscheins verspreche, bestimmt bis zum 12 — 15. Juni d. Jahres wiederzugeben, so wäre mir doch augenblicklich geholfen.

Meine Lage steigert sich daher noch immer unerträglicher, daß ich die furchtbarsten Vorwürfe von meiner Frau zu ertragen habe welche mich täglich Stöcker seine Hülfe vor die Augen stellt.

Und was thut der Mensch oft in der so bittern Noth und Verzweiflung, er muß sich seinen Feinden zur Beute geben. O ich bitte Sie, bewahren Sie mich davor, denn schon steht es gefahrvoll für mich.

Ich bitte Euer Hochwürden darum gütigst gleich bei Empfang

des Schreibens mich gütigst zu antworten, damit ich nicht noch vergebens warte, denn jede Stunde ist schlimmer von Qual.

Auf Euer Hochwürden gütigen Bescheid rechnend

zeichnet sich hochachtungsvoll
Emil Grüneberg
Luisenstraße 62.

Inzwischen wurde Grüneberg mittels der ihm von mir zugesandten Kreuz-Zeitung durch Herrn Vereinshelfer Kreuzberg überzeugt, daß **nicht ich**, sondern Stöcker seinen Namen als eines „nicht klassischen Zeugen" in die Oeffentlichkeit gebracht hatte. Auch hatte ich ihm durch diesen Herrn sagen lassen, daß ich keinerlei Verantwortlichkeit für seine Lage trage und auch nicht durch Regungen des Mitleides mich verleiten lassen dürfe, weil ich sonst den Schein einer Verantwortlichkeit auf mich nehmen würde.

Darauf bekam ich nachstehendes Schreiben:

Berlin, den 1. 4. 1889.

Hochwürden

Herrn Pastor **Witte**!

Ich nehme Ihre werthe Aufklärung mit Dank entgegen und sehe daraus **das Hofprediger Stöcker abermals gelogen hat**.

Sobald ich mich in irgend etwas besserer Lage befinde, übergebe ich Ihnen sämmtliches Material, also alle Briefe Stöckers Originale, als Ihr Eigenthum, und können Sie dieselben nach Belieben verwenden indem ich hoffe daß dieselben dann nicht nutzlos eingeschlossen liegen als bei mir.

Mit Hochachtung
E Grüneberg

Auch dies Schreiben habe ich **unbeantwortet** gelassen, und es hat Grüneberg mir gegenüber nie wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben.

Auf Seite 15 meiner Broschüre: mein Konflikt mit Hofpr. Stöcker habe ich bemerkt: „Es geht noch die Rede, daß Schneidermeister Grüneberg als Beweismaterial Herrn Präsidenten Lüty einen an ihn gerichteten Brief des Hofpredigers Stöcker aus dem Sommer 1878 vorgelegt habe, in welchen der Auftrag an Grüneberg, mich anzugreifen, wiederholt worden sei, daß aber dies Beweismittel nicht mehr für erforderlich erachtet worden sei." Als Grüneberg am 28. Januar mir dies erzählte, stand mir fest, daß Grüneberg es nicht riskieren werde, mich hierin zu belügen; denn Lüty **lebte noch**, war meines Wissens sogar noch aktiv und hatte voraussichtlich **zeugeneidlich** bei Untersuchung sich zu äußern.

Aus dem Vorstehenden wird wohl jeder **unbefangene**

Beurteiler die Ueberzeugung gewinnen, daß der Hofprediger Stöcker entgegen seiner Behauptung in der That im Jahre 1878 einen Brief an den Schneider Grüneberg geschrieben hat, in welchem er diesen sogar von Neuem beauftragte, mich in einer Versammlung anzugreifen.

Uebrigens ist es in hohem Grade befremdlich, daß Grüneberg, ohne daß ich persönlich ihm dazu Anlaß gegeben hätte, seine Haltung gegen mich zu ändern, -- auf sein Anerbieten wegen Aushändigung der Stöcker'schen Briefe niemals zurückgekommen ist und daß er, wie ich weiter unten darlegen werde, auf die Gefahr hin, in's Gefängnis gehen zu müssen, sogar sein Zeugnis in dieser Angelegenheit verweigert hat. Welche Beweggründe ihn dazu bestimmt haben, und welche Vorgänge sich nach seinem letzten Briefe vom 1. April 1889 hinter den Kulissen abgespielt haben, vermag ich nicht zu sagen, verzichte auch darauf, die Vermutungen, welche ich in dieser Beziehung habe, auszusprechen.

VII.

Die Angelegenheit Stöcker-Grüneberg vor den geistlichen Behörden.

Die Angelegenheit Stöcker-Grüneberg war eine vom Oberkirchenrat ressortierende, denn der Oberkirchenrat ist die Diszipinarbehörde der Hofprediger. Als ich daher am 25. Februar 1889 an diese Behörde eine Eingabe richtete, in der ich mich über das Verhalten des Hofpredigers Stöcker beschwerte, führte ich u. A. auch in Betreff der Grüneberg'schen Angelegenheit Folgendes an:

„Als neue Thatsache muß ich dabei ganz gehorsamst „hinzufügen, daß der Zeuge Grüneberg neuerdings in „meiner Behausung gewesen ist und von einem Briefe „des Herrn Stöcker erzählt hat, in welchem dieser nicht „allein die Richtigkeit der Zeugenaussage des Grüneberg „anerkennt, sondern den demselben erteilten Auftrag auch „wiederholt haben soll. Wie der im Original ehr„erbietigst eingeschlossene Brief des pp. Grüneberg vom „30. Januar des Näheren ergiebt, hat er diese Be„hauptung auch mir gegenüber schriftlich wiederholt „und dabei anderen Personen noch mündlich erzählt, daß „er von der Existenz und dem Inhalt dieses Briefes auch

„dem Chef-Redakteur der Kreuz-Zeitung, dem „Frhr. von Hammerstein Mitteilung gemacht habe.

„Da ich von Hause aus die Absicht gehabt habe, „den Konflikt mit Herrn Stöcker zur Entscheidung meiner „höchsten vorgesetzten Behörde zu bringen, so habe ich „es nicht für angemessen erachtet, mich mit dem Herrn „Grüneberg privatim in Verbindung zu setzen, stelle „vielmehr ganz gehorsamst anheim, die Vernehmung des „Grüneberg auf amtlichen Wegen zu bewirken. Die „Behauptung desselben ist insofern von schwerwiegender „Bedeutung, als Herr Stöcker seiner Zeit ausdrücklich „das Gegenteil beschworen hat."

Am 22. März 1889 richtete ich im Sinne eines Nachtrags zu dieser Vorstellung vom 25. Februar an Evangelischen Oberkirchenrat in der Angelegenheit Stöcker-Grüneberg eine neue Eingabe. Bald darauf erhielt ich eine Verfügung vom 25. März. Die Eingabe vom 22. März war noch unberücksichtigt geblieben. Dagegen wurde mir auf meine Eingabe vom 25. Februar 1889 Nachstehendes eröffnet:

. . . . . „Da die Gründe des rechtskräftigen Urteils in dem „Prozeß wider den Redakteur Bäcker, soweit dieselben den „Hofprediger Stöcker betreffen, vom Standpunkt der Amts-„disciplin bereits 1885 in vollem Umfange geprüft worden „sind, haben wir keine Veranlassung finden können, nach „Ablauf von mehr als drei Jahren auf jene Vorgänge „zurückzukommen. . . . . Es war aus diesem Grunde „auch dem Antrage in Ihrer Beschwerde, den Schneider-„meister Grüneberg über den Ihnen angeblich von Hof-„prediger Stöcker gemachten, von diesem aber bestrittenen „Vorwurf zu vernehmen, daß Sie gegen Geschenke oder „Geld jüdischen Leuten Titel verschaffen, eine weitere „Folge nicht zu geben." . . . .

Nun aber handelte es sich bei meinem Antrage nicht sowohl um einen von Stöcker mir gemachten „Vorwurf", sondern um die Untersuchung einer von mir gegen Hofprediger Stöcker beigebrachten neuen Thatsache. Um so wichtiger war es mir, daß ich am 22. März einen neuen Antrag in Bezug auf diese zu untersuchende Thatsache gestellt hatte. Als ich am 30. April, also neun Wochen nach meinem ersten Antrage, Antwort bekam, hoffte ich, daß die von mir beantragte Untersuchung nunmehr eingeleitet werden würde. Diese Hoffnung blieb unerfüllt.

Meine Eingabe und der darauf erhaltene Bescheid lautet folgendermaßen:

Berlin, 22. März 1889.

Hohem Evangelischen Ober-Kirchenrath

habe ich bereits in meiner Beschwerdeschrift gegen den Herrn Hofprediger Stöcker vom 25. Februar ganz gehorsamst gemeldet, daß der frühere Vertraute des Herrn Stöcker, der Schneidermeister Grüneberg, mich aufgesucht hat, um mir gewisse Mitteilungen zu machen, daß ich es aber abgelehnt habe, mich mit demselben außeramtlich in Verbindung zu setzen.

Vor wenigen Tagen hat derselbe weiter ein Schreiben an mich gerichtet und mir ausdrücklich gestattet, Abschrift davon zu nehmen.

Da das fragliche Schriftstück nebst Anlagen Mitteilungen enthält, welche für meine Beschwerde über den Herrn Stöcker von maßgebender Bedeutung zu sein scheinen, und welche Hochwürdigstem Evangelischen Oberkirchenrat zum Teil bereits vorgelegen haben, so glaube ich nicht unterlassen zu dürfen, dasselbe zu den betreffenden Akten einzureichen und dabei meine ganz gehorsamste Bitte zu wiederholen,

Hochgeneigtest den ꝛc. Grüneberg über seine betreffenden Behauptungen eventuell zeugeneidlich zu vernehmen und zur Vorlegung der Originale der fraglichen Briefe aufzufordern.

Die Anklage, welche der Herr Grüneberg gegen den Herrn Stöcker erhebt, will nicht weniger besagen, als daß Herr Stöcker ihm gegenüber einen falschen Eid geleistet, und würde deshalb durch bloße Ignorirung in dem vorliegenden Verfahren in keinem Falle ihre Erledigung finden.

Zugleich verfehle ich nicht, der Hohen Behörde eine fernere Nummer des, so viel ich weiß von Herrn Stöcker gegründeten, notorisch zur Disposition des Herrn Stöcker stehenden Blattes „Volk", und zwar Nr. 67 vom 20. März zur hochgeneigten Kenntnisnahme ehrerbietigst vorzulegen, wobei ich noch bemerken will, daß diese Nummer auch in meiner Gemeinde weit über den Abonnentenkreis hinaus, mit einer von der Geschäftsstelle der Zeitung ausgehenden, gehorsamst beigefügten Anlage verbreitet worden ist. Dies Zeitungsblatt ergiebt, daß und in welcher gehässigen Weise der Herr Hofprediger, des schwebenden Verfahrens ungeachtet, die öffentliche Polemik gegen mich fortsetzt und mich abermals in demonstrativer Weise provocirt. Daß dies in seinem Blatte unter dem Schilde der Anonymität geschieht, dürfte die Gehässigkeit des Vorgehens noch steigern und jeden Vorwurf ausschließen, wenn ich mich derartiger Angriffe erwehrt habe und erwehre.

Mit vorzüglicher Ehrerbietung verharrend Hohen Evangelischen Oberkirchenrats

ganz gehorsamster

gez. E. Witte, Pfarrer.

Berlin, den 29. April 1889.

* * *

Evangelischer Ober-Kirchenrat.

Nr. 2267. EO.

Auf die Vorstellung vom 22. März d. J., betreffend den Hof-

und Domprediger Stöcker hier, erwidern wir Ew. Hochehrwürden, nach Einsicht der Akten des hiesigen Königlichen Landgerichts I über die im Jahre 1885 verhandelte Strafsache wider den Redakteur Baecker und nach Prüfung des Sachverhalts, daß wir einen ausreichenden Anlaß nicht haben finden können, die von Ihnen angeregte Angelegenheit in eine weitere amtliche Behandlung zu nehmen.

Hermes.

An
den Herrn Pfarrer C. Witte,
Hochehrwürden
hier.

Bald darauf sah ich mich durch fortwährende Angriffe aus dem Stöckerschen Lager genöthigt, eine Broschüre „Mein Konflikt mit Hof- und Domprediger Stöcker" zu schreiben. Wegen dieser Flugschrift wurde das Disziplinarverfahren gegen mich eröffnet. Bei meinen Vernehmungen gab ich in der Angelegenheit Stöcker-Grüneberg u. A. Folgendes zu Protokoll:

Verhandelt am 19. Juni 1889.

„Ich habe diese Broschüre im Laufe weniger Tage geschrieben, nachdem der Evangel. Oberkirchenrat durch eine in den letzten Tagen des April cr. mir behändigte Verfügung es abgelehnt hatte, meinem Antrage auf Vernehmung des Schneiders Grüneberg zu entsprechen. . . . . . .

Verhandelt am 22. Juni 1889.

„Wenn ich Seite 11 Zeile 7 ff. behauptet habe, daß der Schneider Grüneberg mir selbst Abschrift eines an ihn gerichteten Briefes des Hofpredigers Stöcker aus dem Jahre 78 vorgezeigt hat, so beruht dies auf Wahrheit. Ich berufe mich hierüber auf das Zeugnis des Schneidermeisters Grüneberg, NW. Luisenstraße 62. Ich hätte die Abschrift dieses Briefes nicht in meine Broschüre gebracht, wenn ich nicht aus den verschiedensten Gründen recht von seinem wirklichen Vorhandensein und seiner Echtheit überzeugt gewesen wäre. Abgesehen von inneren Momenten war mir nämlich durch den Vereinshelfer Kreutzberg, Auguststraße 83 (?) mitgeteilt worden, daß Herr von Hammerstein und Hofprediger Stöcker im Januar und Februar dieses Jahres mit Grüneberg in Bezug auf das Vorhandensein des Briefes verhandelt bezw. zu verhandeln versucht haben, aber vergeblich. Auch glaubte ich gegen jede Mißdeutung dadurch gedeckt zu sein, daß ich die Angelegenheit dem Evangelischen Oberkirchenrat zur Untersuchung unterbreitet hatte.

Verhandelt 4. Okt. 1889.

Wenn Grüneberg dem Missionsdirektor Wangemann erzählt hat, daß er mir das Original des Stöcker'schen Briefes vom Jahre 1878 gezeigt, so ist dies ein Irrtum seinerseits. Er hat mir nur eine auszugsweise Abschrift, wie dieselbe in der Broschüre veröffentlicht ist, zugestellt." — —

Grüneberg wurde von Konf.-Rat Balan aufgefordert, in dieser Sache Zeugnis abzulegen. **Er hat jedoch im Juni 1889 sein Erscheinen und Zeugnis verweigert mit dem Bemerken, daß er, selbst wenn er in das Gefängnis gehen müsse, nicht Zeugnis ablegen werde.** Das Konsistorium hat dann keinen Versuch gemacht, um Grüneberg zur Ablegung seines Zeugnisses zu zwingen.

In meiner Broschüre hatte ich bemerkt, daß ich den Oberkirchenrat gebeten hätte, die Angelegenheit des Stöcker'schen Briefes an Grüneberg zu untersuchen. Ich hatte absichtlich den Zusatz unterlassen, daß der Oberkirchenrat die Untersuchung abgelehnt habe. Daraus wurde jedoch gegen mich der Vorwurf hergeleitet, ich hätte bei diesem Zusatz die Mitteilung verschwiegen, daß der Oberkirchenrat thatsächlich eine Untersuchung eingeleitet hätte. Um diesen Vorwurf zu begründen, sowie behufs Entkräftung meiner Angabe, daß nicht untersucht worden sei, beantragte das Konsistorium beim Oberkirchenrat die Vorlegung der betreffenden Akten. Der Oberkirchenrat versagte aber die beantragte Vorlegung unter Hinweis auf § 96 des Strafgesetzbuches. Dieser Paragraph hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorlegung oder Auslieferung von Akten oder „anderen in amtlicher Verwahrung befindlichen Schrift„stücken durch Behörden und öffentliche Beamte darf „nicht gefordert werden, wenn deren oberste Dienstbehörde „erklärt, daß das Bekanntwerden des Inhaltes dieser „Akten oder Schriftstücke dem Wohle des Reiches oder „eines Bundesstaates Nachtheil bereiten würde."

Man mag die Stellung eines Hofpredigers Sr. Majestät noch so hoch anschlagen; daß die Bekanntgabe von Akten, welche ihn betreffen, mit dem Wohle des deutschen Reiches oder des Preußischen Staates überhaupt, in Verbindung gebracht werden kann, wird Manchem doch befremdlich erscheinen. Wenn dies gleichwohl in vorliegendem Falle geschehen ist, sogar im inneren Verkehr geistlicher Behörden, so läßt sich die Schlußfolgerung nicht abweisen, daß die Aktenstücke, deren Vorlegung der Evangelische

Oberkirchenrat ablehnte, für den Hof- und Domprediger Stöcker besonders gravirend und compromittirend gewesen sein müssen. Jedenfalls lag in dieser Haltung des Oberkirchenrats für Stöcker ein starker Schutz, der andererseits für mich eine empfindliche Schädigung in sich schloß.

Schon bevor der Oberkirchenrat die Vorlegung der erwähnten Aktenstücke mittels seines an Königliches Konsistorium ergangenen Reskripts vom 20. September 1889 ausdrücklich verweigert hatte, hatte ich es für geboten erachtet, wenigstens meine Eingabe vom 22. März 1889 und die ablehnende Antwort des Oberkirchenrats vom 29. April 1889 dem Konsistorium abschriftlich mitzutheilen. Diese Schriftstücke wurden vom Konsistorium dann später doch nach Eingang jenes oberkirchenrätlichen Reskripts in ausgiebiger Weise verwertet und gegen mich geltend gemacht! Zuerst in der Anklageschrift aus November 1889, dann weiter in dem Urteil vom 6. März 1890 wurde die Begründung versucht, daß meine Beschwerde gegen Stöcker von dem Bestreben geleitet gewesen sei, Stöcker in unchristlicher Weise zu schaden, daß dies verwerfliche Bestreben aber an der ablehnenden Haltung des Oberkirchenrats gescheitert sei.

Der Umstand, daß Stöcker sowohl seinen mir feindlichen Auftrag an Grüneberg wie seinen vom Gerichtshof gewürdigten Brief an mich — also zwei notorische Thatsachen — einfach bestritten und damit zugleich mich persönlich in meiner Eigenschaft als vereidigten Zeugen schwer verdächtigt hatte, fand keine Berücksichtigung. Das Konsistorium behandelte die Sache Stöcker-Grüneberg vielmehr dahin, daß es mir gegenüber als Herzenskündiger und Gedankenrichter auftrat. Nachdem mir vorgeführt worden, daß mir in meiner Eigenschaft eines Christen und Geistlichen „höhere Pflichten" auferlegt seien, und daß die heilige Schrift zahlreiche Ermahnungen enthalte, nicht Böses mit Bösem zu vergelten und nicht Rache zu üben, wurde mir eine üble Gesinnung zugeschrieben und hieraus wie aus meiner Selbsthülfe mir eine „Verschuldung", eine „Schuld des Angeklagten" konstruirt. Ich wurde zu 300 Mk. Ordnungsstrafe verurteilt. Das geschah von dem Boden der bezeichneten moralischen Theorie des Konsistoriums aus. Ein Hofprediger Stöcker konnte einen Pfarrer in vorliegendem Falle mich, öffentlich in Verdacht des Meineides bringen, und es sollte unchristliche, ungeistliche, unfromme, unge-

eignete, unerlaubte Selbsthülfe sein, daß ich mich hiergegen öffentlich verwahrte und in meiner Selbstverteidigung dazu überging, die Unzuverlässigkeit meines Gegners Stöcker in seinen betreffenden Angaben, Anklagen und Angriffen auch durch Thatsachen, um deren Untersuchung ich bat, außer Zweifel zu stellen. Von dieser Theorie aus hatte das Konsistorium, wie es mir sogar auch ausdrücklich eröffnete, „gar keine Veranlassung, in eine Prüfung bezüglich der Richtigkeit einzelner vom Angeklagten behaupteter Thatsachen einzutreten. Es konnte für die Beurteilung des sittlichen Verschuldens (!) des Angeklagten nur in Frage kommen und ist infolgedessen der Prüfung unterzogen worden, ob nach den vorliegenden Umständen der Angeklagte selbst von der Richtigkeit der von ihm behaupteten Thatsachen und der Berechtigung der daraus gezogenen Schlußfolgerungen überzeugt sein konnte!"

Mein Urteil über Stöcker leitete das Konsistorium aber ohne Prüfung der Thatsachen aus meiner „Stimmung" her und schrieb: „Man hat es hier offenbar mit einer Idiosynkrasie des Angeklagten zu thun."

In der Konsistoral-Entscheidung vom 6. März 1890 heißt es zwar weiter:

> „Der Gerichtshof hat unter solchen Umständen zu Gunsten des Angeklagten angenommen, daß die Mitteilung des Schneiders Grüneberg über den S. 11 der Broschüre abgedruckten angeblichen Brief des Hofpredigers Stöcker in Verbindung mit dem oben erwähnten sonstigen, mit dem fraglichen Briefe in Zusammenhang stehenden Thatsachen genügend war, den Angeklagten (nämlich mich C. W.) an die Existenz dieses Briefes glauben zu machen."

Aber das Konsistorium hat hieraus keineswegs zu meinen Gunsten praktische Folgerungen gezogen. Das war bei seiner Theorie von den „höheren Pflichten" auch nahezu ausgeschlossen.

Um auch hier wieder die Objektivität festzuhalten, lasse ich aus dem Konsistorial-Erkenntnisse vom 6. März 1890 noch nachstehenden Auszug folgen:

> „Der Angeklagte bemerkt, die Behauptung der Broschüre S. 113. 7. ff, daß der Schneider Grüneberg ihm selbst Abschrift eines an ihn gerichteten Briefes des Hofpredigers Stöcker aus dem Jahre 1878 vorgezeigt habe, in welchem letzterer den Grüneberg anweist, die Angelegenheit Witte-Wollheim öffentlich zur Sprache zu bringen, beruhe

auf Wahrheit. Dies werde Grüneberg bekunden. Er hätte die Abschrift dieses Briefes nicht in die Broschüre gebracht, wenn er nicht aus den verschiedensten Gründen von dessen wirklichem Vorhandensein überzeugt gewesen wäre. Denn, abgesehen von inneren Momenten, sei ihm nämlich durch den Vereinshelfer Kreutzberg mitgeteilt worden, daß Herr v. Hammerstein und Hofprediger Stöcker im Januar und Februar 1889 mit Grüneberg in Bezug auf das Vorhandensein dieses Briefes zu verhandeln vergeblich versucht hatten. Uebrigens habe er geglaubt, gegen jede Mißdeutung dadurch gedeckt zu sein, daß er die Angelegenheit dem Evangelischen Oberkirchenrat zur Untersuchung unterbreitet gehabt.

„Der Schneidermeister Grüneberg hat zur Sache nicht vernommen werden können. Er erklärte, aus innern Gründen, über welche er sich nicht näher auslasse, zu verweigern, irgend welches Zeugnis abzulegen. Es sei ihm bekannt, daß und welche Zwangsmittel das ersuchte ordentliche Gericht haben würde, um seine Zeugenaussage zu erzwingen. Er sei gern bereit, diese Maßregel über sich ergehen zu lassen, werde aber dessenungeachtet schweigen. Bei diesen Erklärungen ist Grüneberg auch stehen geblieben, als ihm eröffnet wurde, daß es sich nur um Auskunft darüber handle, ob sich der S. 11 der Broschüre auszugsweise mitgeteilte Brief des Hofprediger Stöcker aus dem Jahre 1878 thatsächlich in seinen Händen befinde, und ob im Januar oder Februar dess. Jahres der Redakteur von Hammerstein und Hofprediger Stöcker mit ihm jenes Briefes wegen verhandelt. — Ueber diesen Punkt sind alsdann der Vereinshelfer Kreutzberg und der Missionsdirektor D. Wangemann als Zeugen eidlich vernommen worden.

Kreutzberg bekundet: Eines Tages im Febr. 1889 habe ihm der ihm seit dessen ersten öffentlichen Auftreten persönlich bekannte Schneider Grüneberg erzählt, wie unangenehm und nachteilig es ihm gewesen, daß in Folge eines neuerlichen Zeitungskonfliktes zwischen Stöcker und Witte sein Name in unliebsamer Weise in die Oeffentlichkeit gebracht worden sei. Grüneberg habe ihm, dem Zeugen, dabei mitgeteilt, daß sich in seinem Besitze ein Brief des Hofpredigers Stöcker aus dem Jahre 1878 befände, in welchem ihn Stöcker direkt beauftrage, den Pfarrer Witte wegen seiner Verwendung für die Charaktererhöhung des jüdischen Kommerzienrats Wollheim in öffentlicher Versammlung anzugreifen. Nach dem, was ihm Grüneberg über den Inhalt jenes angeblichen Briefes mitgeteilt, müsse er annehmen, daß derselbe identisch sei mit dem S. 11 der Witte'schen Broschüre abgedruckten. Grüneberg habe weiter erzählt, daß vor kurzer Zeit Hofprediger Stöcker ihn in seiner Wohnung aufgesucht, daß er sich jedoch von demselben nicht habe sprechen lassen. Einige Tage darauf sei der Chefredakteur der Kreuz-Zeitung Freih. v. Hammerstein, bei ihm gewesen und habe mit ihm wegen Herausgabe des Briefes verhandelt. Er, Grüneberg habe es jedoch entschieden abgelehnt, den in Rede stehenden

Brief herauszugeben. Späterhin seien noch andere, von Grüneberg nicht näher bezeichnete Herren bei letzterem gewesen, welche ihn in dieser Angelegenheit hätten sprechen wollen; er habe dieselben überhaupt nicht erst vorgelassen. Grüneberg habe ihm weiter mitgeteilt, daß sich noch andere wichtige eigenhändige Schriftstücke des Hofpredigers Stöcker in seiner Hand befänden, und habe ihn dabei um seine Meinung befragt, ob er diese Briefschaften dem Hofprediger Stöcker oder dem Pfarrer Witte herausgeben solle. Zeuge habe ihm gesagt, daß er ihm in dieser schwierigen Frage keinen Rat geben könne, und habe ihn darauf hingewiesen, daß er das nur vor Gottes Angesicht mit seinem Gewissen abmachen möge. Er habe dem Grüneberg ferner gerathen, er möge doch die Angelegenheit einmal mit dem Superintendenten Leonhardt seelsorgerisch besprechen. — Bei einem späteren Zusammentreffen habe ihm Grüneberg erzählt, daß Superintendent Leonhardt ihm denselben Rat erteilt habe, den er, Zeuge, dem Grüneberg gegeben. Von dieser Unterredung mit Grüneberg habe er, Zeuge, bei gegebener Gelegenheit dem Pfarrer Witte Mitteilung gemacht und zwar, wie er sich bestimmt zu erinnern glaube, bevor letzterer seine Broschüre gegen den Hofprediger Stöcker veröffentlichte.

D. Wangemann bekundet: Schneider Grüneberg sei ihm seit 1877 bekannt. Er habe denselben s. Z. dem Hofprediger Stöcker zugesandt mit der Bitte, zu prüfen, ob er ihn in der Stadtmission verwenden könne, so daß durch ihn, Zeugen, Hofprediger Stöcker den Grüneberg erst kennen gelernt habe. Als im Mai 1889 die Witte'sche Broschüre erschienen, habe Hofprediger Stöcker ihn einige Wochen darauf gebeten, er solle den Versuch machen, von Grüneberg Einsicht und womöglich Auslieferung desjenigen Briefes zu erlangen, welcher S. 11 der Witte'schen Broschüre auszugsweise abgedruckt sei. Er habe infolge dessen Grüneberg ersucht, einmal zu ihm zu kommen. Derselbe habe der Aufforderung Folge geleistet, ihm bestimmt versichert, daß das Original jenes Briefes noch jetzt in seiner Hand sei, und daß durch den Inhalt jenes Briefes Hofprediger Stöcker nach seiner, des Grüneberg, Ansicht in anderer Beziehung kompromittiert werde. Grüneberg habe ihm, dem Zeugen, erzählt, daß er den Brief dem Pfarrer Witte vorgelegt, jedoch nur die hier interessierende Stelle, und daß Pfarrer Witte von dieser Stelle mit Grünebergs Erlaubnis Abschrift genommen habe. Es habe geschienen, als ob Grüneberg großes Gewicht auf den Besitz dieses Briefes lege, und er, Zeuge, habe den Eindruck gehabt, als ob Grüneberg hoffe, von der Herausgabe jenes Briefes an irgend welche Personen gelegentlich einmal äußere Vorteile zu haben. Trotzdem habe er ihm bedingungslos versprochen, ihm den Brief zur Einsicht zuzusenden. Grüneberg habe dies jedoch nicht gethan. Zeuge habe vielmehr einige Tage darauf von Grüneberg einen Brief erhalten, in welchem derselbe die Vorlegung des fraglichen Briefes abgelehnt habe,

und zwar, wie er darin angegeben, auf Anraten seiner Frau. Weder vor der eben geschilderten Besprechung noch späterhin habe er mit Grüneberg in dieser Angelegenheit verhandelt. Grüneberg habe damals auch aus freien Stücken geäußert, er werde keinesfalls mehr gegen Hofprediger Stöcker und gegen Pfarrer Witte Zeugnis ablegen, denn er wolle in Frieden leben.

Der Angeklagte hat hierzu bemerkt, daß es ein Irrtum Grünebergs sei, wenn er dem Zeugen Wangemann erzählt habe, ihm, dem Angeklagten, das Original des Stöckerschen Briefes vom Jahre 1878 gezeigt zu haben. Grüneberg habe ihm nur eine auszugsweise Abschrift, wie dieselbe in der Broschüre veröffentlicht sei, zugestellt. (Wangemann hatte übrigens schon selbst erläutert, daß es sich nur um die interessierende Stelle des Briefes gehandelt. E. W.)

In einem an den Untersuchungskommissar gerichteten Briefe vom 24. 9. 1889 hat dann der Angeklagte (ich selbst E. W.) beantragt, den Superintendenten Leonhardt und den Pfarrer Bahnsen hinsichtlich des im Besitze des Grüneberg befindlichen Briefes des Hofpredigers Stöcker, den Frh. v. Hammerstein und den Hofprediger Stöcker selbst über ihre bei Grüneberg gemachten Besuche zu vernehmen. Diese Beweise sind jedoch nicht erhoben worden.

Seitens der Vertheidigung ist dann noch der Antrag gestellt worden, gegen den Schneider Grüneberg mit den gesetzlichen Maßregeln zur Erzwingung eines Zeugnisses über die Frage, ob er den in der ersten Broschüre des Angeklagten. S. 11, erwähnten Brief von dem Hofprediger Stöcker erhalten habe und vorlegen wolle, vorzugehen. Der Gerichtshof hat jedoch diesen Antrag abgelehnt und ebenso die Erhebung der vom Angeklagten angetretenen Beweise für unnötig erachtet, da es ohne Belang ist, ob der Brief thatsächlich existiert oder nicht, es vielmehr, wie späterhin noch näher begründet werden soll, für die Beurteilung der Handlungsweise des Angeklagten lediglich darauf ankommt, ob derselbe unter den obwaltenden Umständen annehmen konnte, daß der fragliche Brief wirklich existiere. Diese Annahme erschien aber schon nach den bereits erhobenen Beweisen wenigstens erklärlich."

Dem gegenüber läßt Stöcker in seiner Broschüre: „Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker" ohne Scheu gegen mich drucken, ich hätte mich gestützt auf die Abschrift eines Briefes von Stöcker, welcher Brief „von der untersuchenden (!) Behörde sofort als eine Fälschung erkannt wurde". Im „Volk" Nr. 79 vom 2. April heißt es, daß der von Stöcker an Grüneberg gerichtete Brief „von der untersuchenden (!) Behörde als (gefälscht) anerkannt sei". Ferner heißt es: „Stöcker wußte, daß dieser Brief gefälscht ..." (Es bleibt hierbei u. a. auch das unbeachtet, daß es sich um ... Stelle solches Briefes handelt.) In Nr. 15 seiner Kirchen-

zeitung vom 11. April 1896 stellt Stöcker neu die Behauptung auf, „der Brief sei in der untersuchenden (!) Behörde sofort (!) als eine Fälschung erkannt“! Hiernach hat Stöcker hier lauter unrichtige Behauptungen aufgestellt!

Gegen das mich verurteilende Konsistorial-Erkenntnis vom 6. März 1890 legte ich rechtzeitig im Juni 1890 Berufung ein und erhielt zur Rechtfertigung dieser Berufung eine Frist bis zum 1. September einschließlich. Am Abend des 1. September reichte ich **meine umfangreiche Rechtfertigungsschrift ein, indem ich sie einem vereideten Unterbeamten des Konsistoriums übergab.**

Im Anschluß daran richtete ich am 24. September 1890 an den Evangelichen Oberkirchenrat eine weitere Eingabe, die ausschließlich die Angelegenheit Stöcker-Grüneberg zum Gegenstande hatte, nachdem ich sie mit Anderen schon am 1. September erörtert.

Am 16. Februar 1891 erhielt ich eine oberkirchenratliche Entscheidung vom 21. Januar 1891, durch welche meine Berufung zurückgewiesen wurde. Es heißt darin:

> „Die sehr umfangreiche Rechtfertigungsschrift des Angeschuldigten ging aber bei dem Konsistorium erst am 2. September, also verspätet, ein und bleibt sonach in diesem Verfahren als solche außer Betracht, ebenso wie die weiteren nachträglichen Eingaben an den Evangelischen Oberkirchenrat, eine vom 17. September 1890, zwei vom 24. September v. J., eine vom 6. November v. J. und vom 14. Dezember v. J. Es war, wie geschehen, zu entscheiden.“

Zwar konnte ich jederzeit beweisen, daß ich eine Rechtfertigungsschrift am 1. September 1890 rechtzeitig eingereicht hatte.

Meine Berufungsschrift trägt aber in den Akten des Konsistoriums das Präsentatum des 2. September 1890 und ist vom Präsidenten Hegel am 2. September dem Konsistorialrat Arnold, dem Vertreter der Anklage wider mich, überwiesen. Die Arnold'sche Empfangsbescheinigung datiert vom 3. September. In dem Berichte, mittels dessen sie dem Evangelischen Oberkirchenrat eingereicht ist, wird gleichfalls als Tag des Eingangs der 2. September angegeben. Dagegen findet sich auf dem ersten Blatte der Berufungsschrift eine Angabe der Registratur, wonach die Rechtfertigungsschrift bereits am 1. September 1890 eingegangen ist:

Mit Rücksicht auf diesen Widerspruch hat der Evangelische Oberkirchenrat unter dem 9. Dezember 1890 angefragt, wann meine Berufungsschrift eingegangen sei. Es ist darauf angezeigt worden, daß der Eingang am 2. September 1890 erfolgt sei, und die Angabe der Registratur auf einem Irrtum beruhe, da bei Einsicht des Journals die Spalte des Präsentatums mit derjenigen des Datums des Schreibens verwechselt wurde, die Akten selbst hätten sich am Tage der Anzeige im Geschäftsgange befunden.

So hatte der Evangelische Oberkirchenrat lediglich aus einem formellen Grunde es abgelehnt, meine Berufung zu prüfen und damit auch die Angelegenheit Stöcker-Grüneberg zu untersuchen. Der Justizrat Munckel hat später als mein Verteidiger die Ansicht vertreten, daß, selbst wenn eine Berufungsschrift einen Tag zu spät eingegangen wäre, der Billigkeit es entsprochen hätte, daß der Oberkirchenrat in eine sachliche Prüfung eingetreten wäre. Wie dem auch sein mochte, mir war durch diese Behandlung der Dinge eine tiefe Wunde geschlagen.

Aber wenn ich auch mich zu der Aeußerung berechtigt halte, daß die geistlichen Behörden eher hart als wohlwollend gegen mich verfahren sind, so muß ich doch anerkennen, daß es ihnen niemals beigefallen ist, in der Angelegenheit des Stöcker'schen Briefes an Grüneberg meine bona fides anzuzweifeln. Dies blieb Herrn Stöcker vorbehalten. Er scheut sich nicht, mir die Beschuldigung ins Gesicht zu schleudern, ich hätte einen Brief, den ich als unechten erkannt hätte, trotzdem gegen ihn öffentlich und den Behörden gegenüber verwertet, und ich hätte, um diesem angeblich gefälschten Briefe das Aussehen eines echten zu geben, Korrekturen darin vorgenommen. Dieser Angriff schneidet mir geradezu meine Ehre ab, und der „Reichsbote" hat Recht, wenn er sagt, daß kein Ausdruck hart genug sein würde, um mein Verhalten zu kennzeichnen, falls der Stöcker'sche Vorwurf gegen mich begründet wäre. Und während Stöcker so die gefährlichsten Verdächtigungen gegen mich ausspricht, trieft er andererseits von christlicher Sanftmut und Milde und spricht von meiner „elenden Lage", von „dem unglücklichen Pastor Witte" „diesem bemitleidenswerten Mann". Ich habe ihm im gestrigen Sühnetermin vor dem Schiedsmann bereits erklärt, daß sein „Bedauern" für mich wertlos sei. Wie hätte ich an die Echtheit seines „Bedauerns" glauben können! Dieser Mann

hatte es nicht unter seiner Würde gehalten, in öffentlicher Volksversammlung einem unbequemen Gegner zuzurufen: „Ich wünsche dem Schreier, daß er nicht auch in Querulantenwahnsinn verfällt wie mein früherer Kollege, der Pastor Witte.“ Wenn er damals mich wirklich für geisteskrank hielt, so war es eine sittliche Rohheit, ein solches Unglück höhnisch und schadenfroh in dem Bierdunst der Volksversammlung auszubeuten. Und sein Auftreten vom 4. März im Hause der Abgeordeten ist noch in frischer Erinnerung.

Sieben Jahre hatte Stöcker grade zu der Sache seines Briefes an Grüneberg geschwiegen. Jetzt, wo er glaubt, daß ich unter dem Pferde liege, rührt er die Sache wieder auf, von seiner Leidenschaft verblendet. Er wollte mich vernichten und gleichzeitig sich selbst in dieser Sache rein waschen. Wie es scheint, hat er dabei nicht vorausgesetzt, daß ich in der Lage wäre, an der Hand meiner Akten aller Welt die völlige Grundlosigkeit der gegen mich ausgestoßenen Beschimpfung nachzuweisen und damit zugleich seinen eigenen Charakter in die rechte Beleuchtung zu setzen.

Die kommende gerichtliche Verhandlung wird, wie ich hoffe, seinen Irrungen und Wirrungen ein Ende bereiten. Das deutsche Volk weiß aber heute schon, was es von Stöckers Wahrheitsliebe und brüderlicher Gesinnung zu halten hat. Das öffentliche Gewissen wird ihn richten.

Druck von Paß & Garleb, Berlin W., Steglitzerstraße 11.

Digitized by Google